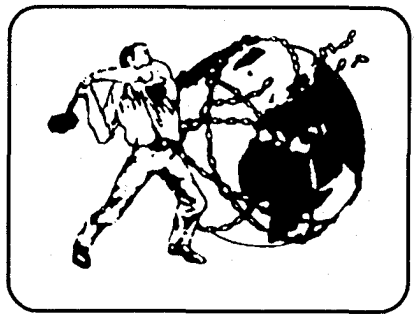
PROLETARIER ALLER LÄNDER, VEREINIGT EUCH!
PROLETARIER ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER, VEREINIGT EUCH!

GEGEN DIE STRÖMUNG



Organ für den Aufbau der Revolutionären Kommunistischen Partei Deutschlands

Mai 2003 10 Euro

Politische Stellungnahmen

2001-2002

Zu Themen und Fragen
des revolutionären Kampfes
und des wissenschaftlichen Kommunismus
in

Flugblättern und Plakaten von
Gegen die Strömung

Diskussionsbeiträge
zu den Flugblättern und Plakaten

INHALTSVERZEICHNIS

2001

		Seite
Januar (1)	Ohne auch nur einen Millimeter im Kampf gegen die Nazis zurückzuweichen – den Kampf gegen staatlichen Abschiebeterror und staatliche Faschisierung überhaupt verstärken! **Gegen den Staatsterror!** ✍ *Diskussionsbeiträge*	1
Februar – März (2-3)	Wie der mörderische türkische Staat versucht, den Kampf der Gefangenen in Blut zu ersticken **Der Kampf der demokratischen und revolutionären Gefangenen in der Türkei geht weiter!**	8
April – Mai (4-5)	**Die kommunistische Arbeit in den Betrieben langfristig vorantreiben!** ✍ *Diskussionsbeiträge*	16
Flugzettel (Juni 2001)	**Thesen gegen den kapitulantenhaften Aufruf zum „Antifakongreß" der Autonomen Antifa (M), der Antifaschistischen Aktion Berlin und des Bündnis gegen Rechts Leipzig im April 2001**	24
Juni (6)	1.Mai 2001: **Die Erfahrungen der Kämpfe gegen die Nazi-Banden auswerten!**	26
Juli – August (7-8)	Ein Beitrag zur Klassenanalyse in Deutschland **Revolutionäre Perspektiven auf dem Land?**	32
September (9)	Erklärung von „Gegen die Strömung": **Die militanten Kämpfe in Genua gegen die weltweite imperialistische Ausbeutung und Unterdrückung waren gerecht!**	44
Flugzettel, 11.10. 2001	Angesichts der amerikanisch-britischen Bombardierungen Afghanistans: **Gegen den dümmlichen „Anti-Amerikanismus" der Opportunisten!** ✍ *Diskussionsbeiträge*	46
Oktober – November (10-11) Zeitung Beilage Flugblatt	Angesichts der amerikanisch-britischen Bombardierungen Afghanistans und des Beschlusses des deutschen Bundestags zum Kriegseinsatz der Bundeswehr in und um Afghanistan: **Kampf gegen die Kriegspolitik des deutschen Imperialismus!** Einige Fakten zu **Afghanistan** (Zweiseitiger Auszug aus der Zeitung) ✍ *Diskussionsbeiträge*	50

Dezember (12)	22. Juni 1941 – 8. Mai 1945: Krieg des deutschen Nazifaschismus gegen die Diktatur des Proletariats in der Sowjetunion **1418 Tage!**	78
Beilage	Rundfunkansprache des Genossen Stalin vom 3.Juli 1941: **„Die faschistische Hitlerarmee kann und wird geschlagen werden…“** ✍ *Diskussionsbeiträge*	98

2002

Januar (1)	Die anhaltenden Kämpfe der Ausgebeuteten und Unterdrückten in Argentinien zeigen den fortschrittlichen Kräften der ganzen Welt: **So wie es ist, bleibt es nicht!**	104
Zeitung	Grundlegende Daten und Fakten zu **Argentinien** – Der deutsche Imperialismus in Argentinien. ✍ *Diskussionsbeiträge*	
Plakat	**Solidarität mit den Kämpfen der Ausgebeuteten und Unterdrückten in Argentinien!**	111
Februar (2)	NPD und Verfassungsschutz: **Die Nazis mitten im Staatsapparat!**	112
Beilage	NPD und Verfassungsschutz - Fakten ✍ *Diskussionsbeiträge*	
März (3)	Ex-Jugoslawien, Afghanistan, Usbekistan, Kuwait, Somalia… **Der deutsche Imperialismus beim dritten militärischen Anlauf für seine Weltherrschaftsziele!**	120
Plakat	**Militaristische Propaganda auf dem Vormarsch !** Die Schüler Goebbels‘ bei der Arbeit! ✍ *Diskussionsbeiträge*	126
Zum 1.Mai (4)	Die imperialistischen „Herren der Welt“ haben NICHT „alles im Griff“! **Die gerechten Kämpfe der Ausgebeuteten und Unterdrückten in aller Welt lassen sich nicht aufhalten!**	130
Mai (5)	**Die erstarkende Feindschaft gegen die Juden in Deutschland bekämpfen!** ✍ *Diskussionsbeiträge*	134
Juni (6)	Die imperialistischen Großmächte hetzen die Völker gegeneinander, um ihre Expansion zu betreiben: **Die Masse der werktätigen Bevölkerung Israels und der palästinensischen Autonomiegebiete wird gemeinsam im Kampf gegen Imperialismus und Chauvinismus eine neue Seite ihrer Geschichte aufschlagen!** ✍ *Diskussionsbeiträge*	143

Juli (7)	Das Dilemma der von der Gewerkschaftsführung abhängigen Streikbewegung: **Der Bauarbeiterstreik im Juni 2002** ✍ *Diskussionsbeiträge*	153
August (8)	**Den Kampf der Roma aus dem ehemaligen Jugoslawien gegen den mörderischen Abschiebeterror des deutschen Imperialismus unterstützen!**	156
September (9)	**Aus Dimitroffs Kampf gegen den Nazi-Faschismus lernen!** ✍ *Diskussionsbeiträge*	160
Oktober (10)	Die US-imperialistischen Kriegsvorbereitungen gegen den Irak bekämpfen ohne unseren Hauptfeind, den deutschen Imperialismus aus der Schusslinie zu nehmen! **Tod dem „deutschen Weg" des deutschen Imperialismus!**	173
November (11)	Überfälle, Mißhandlungen, Anschläge, Mord: **Nazi-Terror!**	177
inkl. Plakat	**Von Nazis ermordet!** Marinus Schöberl	
Dezember (12)	Studiert die Schriften des wissenschaftlichen Kommunismus: **Überzeugende Argumente für den Kommunismus**	179
Plakate	**Studiert den Kommunismus!**	187
Plakatserie	**100 Jahre deutscher Imperialismus** **100 Jahre Raub und Mord** ✍ *Diskussionsbeitrage*	189

Roter Pressespiegel

Überblick zum Pressespiegel...

Januar – April 2001	211
Mai – Juli 2001	213
✍ *Diskussionsbeitrag*	
August – Dezember 2001	217
Januar – April 2002 (Nr. 1+2/02)	223
Mai – Juni 2002 (Nr. 3/02)	225
Juli – August 2002 (Nr. 4/02)	227
September – Oktober 2002 (Nr. 5/02)	229
November – Dezember 2002 (Nr. 6/02)	231

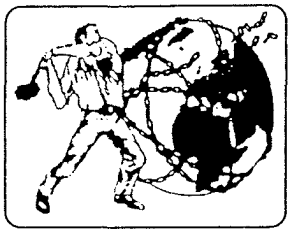
Bulletin

zur Information der revolutionären Kräfte aller Länder
Auszüge und Zusammenfassungen aus eigenen Publikationen

Nr. 1/01: Januar – März 2001	233
Nr. 2/01: April – Juni 2001	237
Nr. 3/01: Juli – September 2001	241
Nr. 4/01: Oktober – Dezember 2001	245
Nr. 1/02: Januar – März 2002	253
Nr. 2/02: April – Juni 2002	257
Nr. 3/02: Juli – September 2002	265
Nr. 4/02: Oktober – Dezember 2002	269
Beilage zu den Bulletins am 1.Mai 2001	273

PROLETARIER ALLER LÄNDER, VEREINIGT EUCH!
PROLETARIER ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER, VEREINIGT EUCH!

GEGEN DIE STRÖMUNG



Organ für den Aufbau der Revolutionären Kommunistischen Partei Deutschlands

1/01 Januar 2001

Ohne auch nur einen Millimeter im Kampf gegen die Nazis zurückzuweichen – den Kampf gegen staatlichen Abschiebeterror und staatliche Faschisierung überhaupt verstärken!

Gegen den Staatsterror!

Eine immer und immer wieder im antinazistischen Kampf gemachte Erfahrung ist: Jeder konsequente Kampf gegen die Nazis stößt sofort auf diesen Staatsapparat, der sich den Nazi-Gegnern in den Weg stellt, sie einkesselt, verhaftet und terrorisiert bis hin zur Kriminalisierung ganzer Organisationen und Zusammenhänge des Widerstands gegen die Nazifaschisten (z. B. gegen die Antifa M. und Antifa Passau). Es ist auch dieser umfassende und systematische Charakter des staatlichen Terrors, warum wir sagen, daß die staatliche Faschisierung heute die größte Dimension des reaktionären Terrors ausmacht und der Kampf gegen die Nazis nur Erfolg haben kann, wenn er verbunden wird mit dem Kampf gegen die staatliche Faschisierung, die sich vor allem gegen die Flüchtlinge und die demokratischen und revolutionären Kräfte richtet.

Es muß diskutiert werden, wie es gelingen kann, den Kampf gegen Nazis und staatliche Faschisierung zu einem einheitlichen demokratischen Kampf gegen den deutschen Imperialismus zu verbinden. Dafür ist es nicht nur nötig, eine klare Vorstellung von der Zusammenarbeit von Nazis und deutschem Staat zu haben, sondern es geht vor allem auch darum, das heutige Ausmaß der staatlichen Faschisierung sowie ihre Steigerungsmöglichkeiten richtig einzuschätzen. Kurz: Wir müssen unsere Feinde genau kennen, um sie wirklich effektiv bekämpfen zu können!

Mörderischer staatlicher Abschiebeterror gegen Flüchtlinge

Der sich immer weiter verschärfende mörderische Nazi-Terror richtet sich vor allem auch gegen Flüchtlinge. Jedoch ist der deutsche Staatsapparat mit seinem staatlichen mörderischen Terror der ***Hauptakteur*** gegen die Flüchtlinge:

■ durch die Politik des Visumszwangs und der Grenzaufrüstung mit nahezu 10 000 BGS-Truppen und extra angeworbenen Hilfspolizeikräften, die die deutschen Ostgrenzen gegen Arbeitssuchende und Flüchtlinge aus aller Welt „schützen", mit ca. 40 000 BGS-Kräften, die insgesamt an den deutschen Grenzen patrouillieren, wird vor allem auch der staatliche Terror gegen Flüchtlinge organisiert und vollstreckt.

■ durch die verstärkte Schaffung von ungesichertem, kurzfristigem Aufenthaltsstatus, in dem sich über 1 Million Menschen befinden. 600 000 sind nach amtlichen Zahlen direkt von Ausweisung oder ***Abschiebung bedroht.*** Die Zahl der Menschen ohne legalen Aufenthalt („ohne Papiere") beträgt heute nach vorsichtigen Schätzungen von sozialen Verbänden mindestens eine halbe Million.

■ durch Verschärfung der Sondergesetze gegen Menschen aus anderen Ländern. Neue ***reaktionäre Gesetze gegen „Ausländer"***, die im Juli 1997 verabschiedet wurden, erleichtern weitere Abschiebungen: Eine Abschiebung ist jetzt legal möglich bei Verurteilung zu 3 Jahren Haft. Wegen Landfriedensbruchs ohne Bewährung verurteilte Menschen ohne deutschen Paß werden gezwungen auszureisen, die Ausweisung von „Ausländern" soll in der Regel bei Teilnahme an einer verbotenen oder aufgelösten Demonstration durchgeführt werden. Ein ***neues „Asylbewerberleistungsgesetz"***, das im Juni 1997 verabschiedet wurde, führt dazu, daß mehreren hunderttausend Flüchtlingen jegliche soziale Leistungen gestrichen werden. Allen Flüchtlingen wird ein Leben unter Sozialhilfeniveau verordnet! Das eh schon unerträgliche Leben der Flüchtlinge in Deutschland wird dadurch noch unerträglicher.

■ durch menschenunwürdige Behandlung in Containern und Massenlagern;

■ durch brutale Mißhandlungen, Besprühen mit ätzenden Desinfektionsmitteln bis hin zu Folter und Scheinhinrichtungen durch chauvinistisch verhetzte deutsche Polizisten und BGSler;

■ durch mörderische Abschiebepraktiken und dafür eigens geschaffene Abschiebegefängnisse. Insgesamt sind ständig zwischen 3 000 und 5 000 Flüchtlinge in Abschiebehaft, insgesamt werden pro Jahr ca. 35 000 Flüchtlinge abgeschoben.

■ durch direkte Übergabe an die Folterer und Henker in der Türkei und im Iran, in Nigeria und Togo usw. oder sogar auf deutschen Flughäfen, wie in sogenannten „Rückführungsabkommen" mit mehreren Staaten vereinbart.

Die Antirassistische Initiative Berlin kam zu folgender Einschätzung des mörderischen staatlichen Terrors gegen Flüchtlinge im Zeitraum 1993-1999 anhand der Auswertung vor allem bürgerlicher Quellen. Sie stellte fest, daß

> **„113 Flüchtlinge auf dem Wege in die Bundesrepublik Deutschland oder an den Grenzen starben, davon allein 87 an den deutschen Ostgrenzen,**
>
> **267 Flüchtlinge beim Grenzübertritt Verletzungen erlitten, davon 141 an den deutschen Ostgrenzen,**
>
> **78 Flüchtlinge sich angesichts ihrer drohenden Abschiebungen selbst töteten oder bei dem Versuch starben, vor der Abschiebung zu fliehen,**
>
> **185 Flüchtlinge sich aus Angst vor der Abschiebungen selbst verletzten oder versuchten, sich umzubringen,**
>
> **5 Flüchtlinge während der Abschiebungen starben und**
>
> **97 Flüchtlinge durch Zwangsmaßnahmen oder Misshandlungen während der Abschiebungen verletzt wurden,**
>
> **9 Flüchtlinge nach der Abschiebungen in ihrem Herkunftsland zu Tode kamen und mindestens**
>
> **239 Flüchtlinge in Herkunftsland von Polizei oder Militär misshandelt und gefoltert wurden,**
>
> **33 Flüchtlinge nach der Abschiebungen spurlos verschwanden,**
>
> **9 Flüchtlinge durch Polizeigewalt starben, 97 verletzt wurden."**
> (Antirassistische Initiative Berlin: „Bundesdeutsche Flüchtlingspolitik und ihre tödlichen Folgen - Dokumentation 1993 bis 1999")

Diese sehr wertvolle Analyse kann sicherlich nur einen Ausschnitt des staatlichen mörderischen Terrors gegen Flüchtlinge aufzeigen, denn gerade der mörderische Abschiebeterror wird tagtäglich vertuscht, insbesondere auch die Mißhandlungen, Folterungen und Morde an Flüchtlingen, die von Deutschland in andere Länder abgeschoben wurden. Doch auch schon dieser Ausschnitt des staatlichen Terrors gegen Flüchtlinge zeigt:

Es ist schwer oder gar nicht zu widerlegen, daß mit diesen mörderischen Praktiken dieser Staat, seine Sachwalter und Büttel, von Schily bis zum „befehlsdurchführenden" BGSler, moralisch auf dem Niveau der Nazi-Mörder stehen!

Mit all diesen Maßnahmen und der gleichzeitig damit verbundenen chauvinistischen Hetze wird heute durch den imperialistischen deut-

Fortsetzung S. 3 ☞

Mörderischer staatlicher Terror gegen Flüchtlinge in Deutschland 1993-1999

Terror an den Grenzen

Schon beim Versuch, nach Deutschland zu gelangen, ***sterben an den Grenzen 113 Menschen*** (S. 1), davon 87 an den deutschen Ostgrenzen, 267 werden beim Grenzübertritt verletzt, ersticken in Transportwagen, erfrieren, verhungern, verdursten oder ertrinken in Flüssen. 58 Menschen werden durch direkten Terror des deutschen Staats verletzt, 45 von ihnen werden durch Polizeihunde verletzt.

Viele Flüchtlinge versuchen, die Oder schwimmend zu überqueren und ertrinken dabei. Charakteristisch ist, daß die ans Ufer geschwemmten Leichen in menschenverachtender Weise vom BGS oftmals einfach wieder ins Wasser zurückgestoßen wurden, nur weil die deutschen Behörden die Kosten für die Identifizierung und Beerdigung sparen wollen (S. 32).

Am 23.9.93 schießt ein Grenzpolizist an der bayrisch-tschechischen Grenze auf einen 24jährigen Rumänen, als dieser sich schon im Abfertigungsgebäude zur Personenüberprüfung befindet (S. 10).

Die chauvinistische Hetze ist schon so allgemein verbreitet, daß der Staatsapparat bei der Verfolgung von Menschen aus anderen Herkunftsländern sich auf die Unterstützung breiter deutscher Bevölkerungsteile stützen kann, wie das folgende Beispiel zeigt: Am Ende einer ***viertägigen Menschenjagd,*** bei der sich Bundesgrenzschutz, Landespolizei, Hubschrauber und Denunzianten aus der deutschen Bevölkerung beteiligen, werden am 29.7.99 zwei illegal eingereiste Moldawier gefangengenommen und nach Polen verschleppt (S. 118).

Tagtäglicher mörderischer Terror in Deutschland gegen Flüchtlinge

Immer wieder beschimpft, mißhandelt und terrorisiert die Polizei Flüchtlinge bis hin zu Verabreichung von Brechmitteln, Knebelungen, Folter und Scheinhinrichtungen.

In Münster nimmt die Polizei im Sommer 1996 einen angeblich des Drogenhandels Verdächtigen fest, bringt ihn ins Krankenhaus, wo ihm Ärzte ohne Einwilligung operativ den Magen öffnen, um nach Drogen zu suchen (S. 43/44).

Polizei-Einheiten, bewaffnet bis an die Zähne, stürmen meistens nachts Flüchtlingsunterkünfte, angeblich um nach Drogen zu suchen, beispielsweise am 29.6.99 in Wolfsburg-Fallersleben (S. 40 und 116).

Mindestens neun Flüchtlinge sterben, mindestens 97 werden durch die Polizei oder den Bundesgrenzschutz verletzt (S. 1). Im folgenden werden einige der Ermordeten genannt:

➤ In Staßfurt (Sachsen-Anhalt) wird am 22.1.93 Lorin Radu im Hof eines Polizeireviers von Polizisten von hinten erschossen (S. 4).

➤ Die deutsche Polizei ermordet am 25.2.94 einen 18jährigen Mann aus Rumänien. In einem Wald bei Trebnitz übernachten drei unbewaffnete rumänische Männer in einem PKW, als die Polizei sie kontrolliert und sie erschießt (S. 15).

➤ In Bad Endorf (Bayern) erschießt die Polizei am 16.3.94 nach einer nächtlichen Verfolgungsjagd einen 22jährigen kosova-albanischen Flüchtling, weil er sich weigert, aus seinem Auto auszusteigen (S. 15).

➤ Die Polizei erschießt am 15.6.94 einen rumänischen Flüchtling. Ein 19jähriger Mann, der „illegal" nach Deutschland eingereist ist, wird von einem Polizisten in Kyritz in Brandenburg durch einen Kopfschuss getötet (S. 19).

➤ Sammy N., Flüchtling aus Nigeria wird am 3.2.95 von Polizisten in einem Containerlager in München ermordet. Augenzeugen berichten, er hätte sich der Festnahme widersetzt und daraufhin habe ihn die Polizei solange geschlagen, bis er blutüberströmt und reglos am Boden gelegen habe (S. 27).

➤ Dr. Zdradvako Nikolov Dimitroff, bulgarischer Flüchtling, soll in Braunschweig in Abschiebehaft genommen werden. Dabei wird er von der Polizei niedergeschossen und stirbt am 21.12.99, ohne das Bewußtsein wiedererlangt zu haben (S. 124).

Die Liste der durch die Polizei Verletzten ist noch sehr viel länger, auch hier können nur einige wenige Beispiele genannt werden:

➤ Ein kurdischer Flüchtling soll von der Polizei am 1.6.94 zur Abschiebung in Wiesloch bei Heidelberg abgeholt werden. Als er sich wehrt, schießt ihn der Polizist zunächst in die Beine und anschließend in den Bauch. Er wird schwer verletzt (S. 19).

➤ Als der 32jährige N. Bouzidi am 23.3.97 um 4 Uhr morgens auf dem Weg zur Bushaltestelle in Berlin-Charlottenburg unterwegs ist, hält plötzlich ein Polizeiwagen vor ihm und er wird von fünf Beamten abgeführt, um sich wegen eines Diebstahlverdachts einer Gegenüberstellung zu unterziehen. Nachdem sich sofort seine Unschuld ergibt, protestiert N. Bouzidi gegen die Behandlung und verlangt eine Entschuldigung von den Beamten. Daraufhin werfen ihn die Beamten mit auf den Rücken verdrehtem Arm auf den Boden und treten zu fünft bis acht auf ihn ein. N. Bouzidi erleidet einen Bruch des Ellenbogens und schwere Verletzungen am Kopf (S. 58/59).

➤ In Berlin-Friedrichshain gerät im April 1997 ein Asylsuchender aus Vietnam in eine Polizeirazzia. Die Polizisten hetzen einen Polizeihund auf ihn und rufen den Hund erst zurück, nachdem er viermal zugebissen hat. Auf der Fahrt zur Polizeidienststelle wird der verletzte Vietnamese beschimpft und gewürgt. Ein Arzt wird erst eine Stunde später gerufen (S. 60).

➤ Ein 31jähriger Asylsuchender aus Zaire zeigt am 18.10.97 einem Polizisten in Würzburg bei einer Personenkontrolle seine Bankkarte und bietet an, seinen Ausweis aus der 20m entfernten Wohnung zu holen. Der Beamte schlägt ihn zu Boden und wartet dann – auf seinem Opfer sitzend – auf seine Kollegen. Auch die behandeln den aus Mund und Nase blutenden, zitternden und weinenden Zairer so brutal, daß sich zahlreiche Passanten einmischen und mindestens fünf Zeuglnnen gegen die Polizisten Anzeige erstatten (S. 71).

➤ Auf dem Hamburger Hauptbahnhof wird am 16.2.98 ein 19jähriger afrikanischer Flüchtling von Zivilfahndern der Polizei gestellt und vermutlich von U-Bahn-Wachleuten zusammengeschlagen. Durch Hilfeschreie aufmerksam geworden, nähert sich der Zeuge Azad B. einer Menschentraube, die den am Boden liegenden Afrikaner umringt. Rassistische Äußerungen wie „Scheiß-Ausländer", „Nigger" und „Vergast sie alle" werden gebrüllt. Als Azad B. dem Verletzten helfen will, wird er von Polizeibeamten unter Drohungen und Beleidigungen daran gehindert (S. 81).

Abschiebeterror

Der deutsche Staatsapparat unterhält ein ganzes Netz von Abschiebegefängnissen, in denen er Flüchtlinge gefangen hält, manche von ihnen mehrere Monate, wie den Palästinenser Ahmad A.T. (S. 25), bis hin zu zwei Jahren, wie Yoko da Silva aus Angola (S. 25).

Aus Angst vor der unmittelbar bevorstehenden Abschiebung ins Herkunftsland, in denen meist Folter oder sogar der Tod drohen, wegen der unmenschlichen Verhältnisse in den meist überfüllten Abschiebegefängnissen, oft auch wegen der langen Dauer der Haft in den Abschiebegefängnissen ***werden mindestens 78 Flüchtlinge*** durch diese mörderischen Verhältnisse in den Tod getrieben, es gibt mindestens 185 Flüchtlinge Verletzte (S. 1).

Flüchtlinge, die nicht in Gefängnissen gefangen gehalten werden, sondern in Sammellagern untergebracht sind, werden oft überfallartig und in Nacht-und-Nebel-Aktionen zur Abschiebung verschleppt. Zwei charakteristische Beispiel seien hier genannt: Am 18.8.97 wird in Linkenheim in Baden Mehmet Osoy morgens um 4 Uhr von sechs Polizisten verschleppt, es wird ihm verboten, sich von seiner Familie zu verabschieden und auch seine Habe darf er nicht einpacken (S. 68). Gegen 6 Uhr stürmen Polizisten in das Flüchtlingsheim Neubrandenburg-Trollenhagen und schlagen gegen die Zimmertür einer armenischen Familie. Der Vater springt in seiner Angst aus dem Fenster, während seine Frau und die drei Kinder abgeschoben werden (S. 73).

Wehren sich Flüchtlinge gegen diesen Terror, dann antwortet die Polizei mit noch schärferem Terror. Zwei Beispiele verdeutlichen dieses Vorgehen der Polizei: Der ghanaische Flüchtling Collins wird dabei am 20.11.97 am Arm schwer verletzt und verblutet beinahe (S. 74). In Lörrach überfällt am 1.9.99 um 7.30 Uhr die Polizei eine algerische Flüchtlingsfamilie, um sie abzuschieben. Herr B. wird durch zwei Schüsse niedergestreckt, die ein Polizist auf ihn abfeuert (S. 120).

Der deutsche Staatsapparat führt Tag für Tag seine mörderischen Abschiebungen vor allem auch von deutschen Flughäfen aus durch. Wenn Flüchtlinge sich gegen ihre dro-

hende Abschiebung zur Wehr setzen, wird generell mit brutalem Terror vorgegangen: Die Hände werden den Flüchtlingen hinter dem Rücken zusammengebunden, die Beine werden von den Fußknöcheln bis zu den Knien gefesselt. Die so bewegungsunfähigen Menschen werden dann von der Polizei ins Flugzeug verschleppt (S. 35).

Durch diese brutale Behandlung und durch sogenannte „Beruhigungsspritzen" der Abschiebeärzte, die in Wirklichkeit Giftspritzen sind zur Ruhigstellung der Flüchtlinge, werden allein in den Jahren von 1993 bis 1999 ***bei Abschiebungen mindestens 97 Menschen verletzt, fünf Flüchtlinge werden bei der Abschiebung ermordet*** (S. 1).

➤ Einer der bei der Abschiebung Ermordeten ist Kola Bankole, der sich gegen die Abschiebung nach Nigeria gewehrt hatte. Er wird geknebelt und bekommt eine „Beruhigungsspritze". Daraufhin stirbt er am 15.4.94 im Flugzeug in Frankfurt/M. Ein Augenzeuge berichtet: „Vor der hinteren Treppe lag ein Nigerianer in Rückenlage, die Hände auf dem Rücken gefesselt, die Augen weit aufgerissen, die Hose durch das Handgemenge tief heruntergeschoben. Ein BGS-Beamter mit dem Knie auf der Brust des Nigerianers war damit beschäftigt, den hilflosen Mann mit einem Klebeband einzuwickeln. Die Nasenlöcher des Mannes waren gerade noch frei – zum Luftschnaufen. Blut am Klebeband. Auch die Beine wurden mit Klebeband umwickelt, Oberschenkel, die Füße und nochmals von oben nach unten, wie eine Rolle Teppichboden für den Transport fertiggemacht." (S. 16/17)

➤ Aamir Omer Mohamed Ahmed Ageeb aus Sudan wird am 28.5.99 bei seiner Abschiebung im Flugzeug zwischen Frankfurt und München ermordet (S. 114).

Zusammenarbeit des deutschen Staats mit den Henkern weltweit: Abschiebung ist Folter, Abschiebung ist Mord!

Nach der Abschiebung droht den Flüchtlingen oft Verschleppung, Folterungen und die Ermordung in ihrem Herkunftsland. Mindestens ***239 Menschen werden nach ihrer Abschiebung mißhandelt, mindestens neun werden*** durch die Folterknechte des reaktionären Staatsapparates der Herkunftsländer ***ermordet*** (S. 1).

➤ Die direkte Zusammenarbeit der deutschen mit den algerischen Unterdrückungsmaschinerie zeigt ein staatliches Abkommen, wonach seit dem 1.6.99 Flüchtlinge, die nach Algerien abgeschoben werden, schon auf deutschen Flughäfen an Vertreter des algerischen Staates übergeben werden (S. 114). Auch zuvor schon waren algerische Flüchtlinge, die abgeschoben werden sollten, vom algerischen Konsulat in Deutschland verhört worden (S. 27).

➤ Auch mit den Behörden des reaktionären jugoslawischen Staates arbeitet der deutsche Staat direkt zusammen: So werden am 27.2.98 120 Flüchtlinge aus Kosova abgeschoben und schon am Flughafen Düsseldorf an jugoslawische Polizisten in Zivil übergeben (S. 82). Von mehreren anderen Fällen wird bekannt, daß sie in den Jahren 1996 bis 1998 nach Belgrad oder Prishtina abgeschoben und dort direkt verhaftet und mißhandelt wurden. Zwei Morde von Flüchtlingen, die aus Deutschland abgeschoben worden sind, werden bekannt: Am 28.2.98 werden Muhamet Islami Gjelaj und sein Sohn Naser Islami Gjelaj, die einige Monate zuvor aus Deutschland abgeschoben worden waren, im Dorf Liskoshan von einer serbischen Sondereinheit ermordet (S. 82).

➤ Auch mit reaktionären Staaten wie Guinea, Togo und Sierra Leone arbeitet der deutsche Staatsapparat zusammen: Bevor 14 Flüchtlinge aus Guinea und Sierra Leone abgeschoben werden, kommt ein Polizeikommissar aus Guinea zum Verhör nach Deutschland. Nach ihrer Abschiebung werden die Flüchtlinge vom Militär abgeholt, neun von ihnen sind seitdem verschollen, drei wahrscheinlich ermordet. Im Zusammenspiel zwischen dem deutschen Staatsapparat und den Behörden in Guinea wird Ousmane Sow ermordet: Am Tag vor seiner Abschiebung aus Deutschland bekommt er von deutschen Ärzten eine „Beruhigungsspritze", in Guinea wird ihm die medizinische Behandlung verweigert, woraufhin er an den Folgen der Giftspritze stirbt (S. 116).

➤ Am 31.10.1997 wird eine Familie aus Togo abgeschoben, unter ihnen eine schwangere Frau und zwei Kleinkinder. Die deutschen Behörden übergeben sämtliche Asylunterlagen den togolesischen Behörden (S. 72).

➤ Einigen abgeschobenen kurdischen Flüchtlingen wird von der deutschen Polizei belastendes Material ins Gepäck geschmuggelt, was mit zur Verhaftung, Folterung und Gefängnisstrafen in der Türkei führt (S. 14). Viele abgeschobene kurdische Flüchtlinge werden sofort verhaftet, gefoltert und oft mehrere Monate in den türkischen Gefängnissen eingekerkert, gleichzeitig werden deren Familien von der türkischen Polizei bedroht.

➤ Kuldeep Singh aus Indien wird am 29.5.94 aus der Abschiebehaft in Wuppertal nach Indien abgeschoben und dort von der Polizei zuerst u. a. mit Elektroschocks gefoltert und dann ermordet (S. 19).

(Quelle: „Bundesdeutsche Flüchtlingspolitik und ihre tödlichen Folgen - Dokumentation 1993 bis 1999", Antirassistische Initiative Berlin)

schen Staat die „Ausländer raus"-Politik in gigantischem Umfang vollstreckt und zugleich ein Nährboden für den Nazi-Terror bereitet. Der staatliche Terror gegen Flüchtlinge muß im Zusammenhang der ständigen Verschärfung der staatlichen Faschisierung in den letzten Jahren gesehen werden.

Etappen staatlicher Faschisierung

Seit Anfang der 90er Jahre haben die deutschen Imperialisten die schon jahrzehntelang vorangetriebene Einschränkung demokratischer Rechte und die staatliche Faschisierung weiter verschärft.

Folgende Etappen sind zentral:

- Die rassistischen Sondergesetze gegen „Ausländer" wurden verschärft und das ***„Asylrecht"*** wurde weitgehend ***abgeschafft*** – auf dem Boden der staatlich geschürten, von Nazis exekutierten Pogromstimmung gegen Flüchtlinge.

- Die verschärfte staatliche Unterdrückung, besonders von ***demokratischen und revolutionären Organisationen aus anderen Ländern,*** kulminierte 1993 im Verbot der PKK und anderer kurdischer Organisationen, der gewaltsamen Unterdrückung fast jeder Veranstaltung zum kurdischen Befreiungskampf, der massenhaften Verhaftung kurdischer Kämpferinnen und Kämpfer und der exemplarischen Bestrafung einzelner mit mehreren Jahren Gefängnis oder deren Auslieferung an die Henker des türkischen Regimes. Diese Verbote sind indirekt auch eine Drohung an alle in Deutschland kämpfenden demokratischen und revolutionären Organisationen – gleich welcher Nationalität.

- Der Staat des deutschen Imperialismus verschärft auch unmittelbar die Unterdrückung fast jeder demokratischen, gegen seine Institutionen oder Terrorpraktiken gerichteten Aktion. ***Verbote von Demonstrationen,*** Kundgebungen, Versammlungen und Veranstaltungen, Massenverhaftungen und gerichtliche Aburteilung sind alltäglich geworden. ***Massive Bürgerkriegsmanöver*** wie beim Castor-Transport nach Ahaus am 20.3.1998 mit 30 000 Polizisten werden zur „Normalität". Gegen die insgesamt 20 000 Demonstranten, die auch militante Aktionen wie Gleisunterhöhlungen und Schienenblockaden durchführten, wurden Wasserwerfer, Schlagstöcke und Polizeihunde eingesetzt, 500 Demonstranten wurden festgenommen. Anti-Nazi-Demonstrationen werden immer öfter verboten, massives Polizeiaufgebot von mehreren tausend Polizisten, massenhafte Durchsuchungen und Festnahmen sind eigentlich inzwischen bei jeder Anti-Nazi-Demonstration die Regel.

  Hier nur einige wenige Beispiele:

  In Dortmund wurden am 21. Oktober während einer Demonstration von Nazis 1 500 Antifaschisten und Antifaschistinnen mehrere Stunden lang von der Polizei eingekesselt, 300 wurden festgenommen. Die Polizei schützte den Nazi-Aufmarsch.

  Am 28. Oktober wurden bei einer Demonstration gegen Nazis 300 Antifaschisten und Antifaschistinnen von der Polizei festgenommen. Die Nazis wurden mit Polizeiketten durch die Stadt eskortiert.

  Am 16. Dezember demonstrierten in Dortmund etwa 1 500 Antifaschisten und Antifaschistinnen gegen einen Nazi-Aufmarsch. Die Polizei kesselte mehrere hundert stundenlang ein. Insgesamt wurden 600 Antifaschisten und Antifaschistinnen festgenommen.

- Der deutsche Staatsapparat betreibt die ***Kriminalisierung*** des konsequenten demokra-

Nazis und deutscher Staatsapparat

Die Nazi-Banden und Nazi-Parteien dürfen keinesfalls getrennt oder unabhängig von diesem Staatsapparat betrachtet werden. In Wahrheit handelt sich um eine ergänzende und flankierende Maßnahme des deutschen Imperialismus im gesamten System seiner reaktionären Maßnahmen.

Durch tausenderlei Tatsachen ist bewiesen: Die nazifaschistischen Stoßtrupps werden vom deutschen Staatsapparat gefördert, unterstützt und in Schutz genommen, ja sogar gezielt gegen antifaschistische und revolutionäre Kräfte direkt und indirekt eingesetzt. Die Nazis sind auf dieser Basis der Förderung, Inschutznahme und Unterstützung durch den Staat des deutschen Imperialismus weiter auf dem Vormarsch.

Der Kampf gegen die Nazi-Banden und ihre Aktionen, gegen die Nazi-Parteien und ihre Hetzpropaganda ist deshalb unerläßlich und heute noch dringender geworden. Ohne auch nur einen Millimeter im Kampf gegen die Nazis zurückzuweichen, muß dennoch klargemacht werden, daß die zunehmende ***Faschisierung hauptsächlich vom Staat des deutschen Imperialismus ausgeht,*** daß der hauptsächliche Träger nazifaschistischer Ideologie und offen terroristischer Handlungen das gesamte kapitalistische Gesellschaftssystem in Deutschland ist. (Siehe dazu ausführlicher nebenstehend abgebildetes Flugblatt 9-10/00 sowie das Buch des Verlags Olga Benario und Herbert Baum)



230 Seiten 25 DM



8 Seiten, Din A3

Aus dem Inhalt:

I. Tatsachen
Chronologie der rassistischen Überfälle, Pogrome und Morde

II. Nazis, Staat und Medien
Von subtiler Hetze bis offenem Terror

III. Aktionen gegen die Nazis

Zu bestellen bei:

BUCHLADEN
Georgi Dimitroff
Speyerer Str. 23, 60327 Frankfurt/M.
Fax 069/730920

tischen, antinazistischen bzw. revolutionären Widerstands und stempelt dessen Organisationen als „terroristische Vereinigungen" ab (z. B. Antifa M, Antifa Passau).

- ***Verbote von demokratischen und revolutionären Presseorganen*** gehören ebenfalls zur Praxis des staatlichen Terrors. Wo nötig werden die wirklichen oder vermeintlichen Herausgeber verhaftet, mit Prozessen bedroht und oftmals zu hohen Haftstrafen verurteilt, was dazu dient, insgesamt eine Atmosphäre der Einschüchterung zu erzeugen und auch die letzten Reste der noch vorhandenen bürgerlich-demokratischen „Pressefreiheit" immer weiter auszuhöhlen und einzuschränken. Ein Beispiel: Am 11.6.1997 durchsuchten 500 Polizisten mehrere Häuser und Wohnungen in Berlin in der größten Durchsuchungsaktion in Berlin nach 1945, um die Zeitschrift „Interim" zu zerschlagen. Diese Aktion ist eine Drohung an alle demokratischen und revolutionären Zeitungsprojekte.

- Unter dem Vorwand der „Bekämpfung des organisierten Verbrechens" werden die legalen Möglichkeiten der Verfolgung und Unterdrückung demokratischer und revolutionärer Kräfte erheblich ausgeweitet: Einschränkungen der Rechte Angeklagter im Strafprozeß, die Legalisierung des „Großen Lauschangriffs" 1998 durch Verankerung im Grundgesetz, die Abschaffung der offiziellen Trennung von Geheimdienst und Polizeiapparat sowie Gesetze zur engeren Zusammenarbeit von Polizei, BGS und Bundeswehr sind hier zu nennen. Der ***„Große Lauschangriff"*** z.B. erleichtert das eh schon massenhafte Abhören durch bessere juristische Absicherung. Das Abhören wird für 50 „Straftaten" und bei Verdacht für weitere „Straftaten" legalisiert, u. a. auch bei „illegaler Einschleusung von Ausländern", was sich massiv auch gegen die Flüchtlinge und ihre Unterstützer richtet.

- In der polizeistaatlichen Praxis geht die Faschisierung noch einen Schritt weiter: Die ***offene Hinrichtung von Wolfgang Grams*** (einem Kämpfer der RAF) durch die Elitetruppe GSG-9 am 27. Juni 1993 und des fünfzehnjährigen ***Halim Dener*** am 1. Juli 1994 beim Plakatieren für den Befreiungskampf des kurdischen Volkes durch einen polizeilichen Rückenschuß müssen als mörderische Drohung an alle revolutionären und demokratischen Kämpferinnen und Kämpfer verstanden werden. ***Der Freispruch des Polizisten, der Halim Dener durch einen gezielten Schuß in den Rücken erschossen hat,*** im Juni 1997 muß als Freibrief für alle Polizisten zum gezielten Todesschuß, als weitere Drohung an alle demokratischen und revolutionären Kräfte ernst genommen werden!

All dies zeigt, daß die sogenannte „bürgerliche Demokratie", gerade weil sie nur eine der möglichen Formen der Diktatur der Bourgeoisie ist, schon Elemente einer offen terroristischen Diktatur in sich birgt und erstarken läßt, daß die ***Faschisierung*** innerhalb der sogenannten „bürgerlichen Demokratie" in sich logisch ist, „dazugehört", gerade in einem Land wie Deutschland.

Der Staatsapparat des deutschen Imperialismus – Instrument zur Aufrechterhaltung seiner Klassenherrschaft

Der Parlamentarismus als heutige Staatsform in Deutschland, das sogenannte „Mehrparteiensystem", funktioniert trotz jahrzehntelanger Benutzung als Mittel zur Verschleierung der kapitalistischen Ausbeutungsverhältnisse immer noch. Durch dieses ausgeklügelte System des Betruges und der Lüge werden der eigentliche Klassencharakter dieses Staates und seine hauptsächlichen Funktionen vor der großen Mehrheit der werktätigen Massen nach wie vor erfolgreich vertuscht. Illusionen in diesen Staat sind vorherrschend. Es geht darum, grundsätzlich die Funktion und den Mechanismus des bürgerlich-parlamentarischen Staates aufzudecken.

Es sind die Herren der Banken und der Fabriken, die die großen Fragen der Politik entscheiden, nicht das Parlament.

Wahlen in der bürgerlich-parlamentarischen Republik – das heißt in Wirklichkeit, einmal in vier Jahren darüber zu entscheiden, welche Mitglieder und Handlanger der herrschenden Ausbeuterklasse die Interessen der breiten Massen des Volkes nicht ver-, sondern in Wirklichkeit zertreten sollen. Solche Wahlen können nie mehr sein als „Gradmesser der Reife" der Arbeiterbewegung.

Der Kern ist: Der Staat des deutschen Imperialismus, die parlamentarische Republik, die

1949 ausgerufen wurde, ist der Staat der herrschenden Klasse, der deutschen Bourgeoisie, vor allem der Monopolbourgeoisie. Der Staat, das ist nicht vor allem das Parlament. Der Staat, das sind hauptsächlich die Bundeswehr, die Polizei, die Gefängnisse, die Justiz. Dieser Staat dient hauptsächlich der Unterdrückung der ausgebeuteten Werktätigen:

● Die ***Bundeswehr*** ist Hauptkomponente des Staatsapparates des deutschen Imperialismus, sie ist Werkzeug der Konterrevolution und imperialistischen Aggression. Als Bürgerkriegsarmee nach innen ist die Bundeswehr die Hauptmacht der Konterrevolution gegen Aufstände und Revolutionen, gegen das Aufbegehren der Arbeiterklasse und der anderen Werktätigen. Die Bundeswehr ist auch ganz praktisch auf den Bürgerkrieg vorbereitet, übt systematisch den Einsatz gegen revoltierende Arbeiterinnen und Arbeiter und Jugendliche.

Die Bundeswehr ist die zweitstärkste Armee der NATO, die schlagkräftigste in Europa, die in kürzester Frist im Bedarfsfall über 2 Millionen Reservisten mobilisieren kann und über ca. 50 000 hochspezialisierte, elitemäßig ausgebildete Eingreiftruppen für den blitzschnellen Einsatz verfügt.

Der ***„Militärische Abwehrdienst" (MAD)*** ist Teil der Bundeswehr. Seine Aufgaben sind Spionage- und Sabotageabwehr und die Bespitzelung der Soldaten und der eigenen Bevölkerung überhaupt. Er verfügt über mehrere tausend feste Mitarbeiter, die eine Spezialausbildung in MAD-Agentenschulen durchlaufen müssen.

● Ähnliche Aufgaben hat der ***„Bundesnachrichtendienst" (BND).*** Der BND ist der größte Geheimdienstapparat in Westeuropa. Dessen Führung liegt ebenfalls in der Hand von Generälen und Obersten der Bundeswehr. Er verfügt ebenfalls über mehrere tausend feste Mitarbeiter. Der BND ist vor allem auch für die Überwachung von „Fernmeldeverbindungen ins Ausland" zuständig. Er fängt jährlich 5,5 Millionen Verbindungen ab, ob Telefon, Fax oder E-Mail und durchsucht sie nach Stichworten (1, S. 71).

Eine weiterer Geheimdienst des deutschen Imperialismus ist der ***Verfassungsschutz (VS),*** der insbesondere gegen demokratische und revolutionäre Kräfte in Deutschland eingesetzt wird. Allein der VS hat nach Schätzungen insgesamt über 5 000 Spitzel im Einsatz (2, S. 222). Der VS unterhält ein riesiges Informationssystem zur Ausspionierung der Bevölkerung. 1995 waren in diesem System (NADIS) 500 000 Personen gespeichert aufgrund von „Sicherheitsüberprüfungen" (2, S. 312/313).

Insgesamt wurde der Etat für alle Geheimdienste offiziell mit ca. 1 Milliarde DM angegeben (3, S. 132).

● Der ***deutsche Polizeiapparat*** mit Bereitschaftspolizei, BGS, BKA und LKAs, den diversen MEKs und SEKs sowie der Spezialeinheit GSG-9 wird heute neben den Geheimdiensten vor allem gegen die demokratischen und revolutionären Kräfte eingesetzt. Gezielte Todesschüsse wie gegen Wolfgang Grams oder Halim Dener, Verhinderung von Demonstrationen durch Polizeiterror, Hausdurchsuchungen, ED-Behandlungen, rassistischer und chauvinistischer Terror gegen Menschen aus anderen Ländern, insbesondere gegen Flüchtlinge, Festnahmen und Abschiebungen, Telefonüberwachung (1998: 15 000 abgehörte Telefone mit 1,5 Millionen Betroffenen, siehe 1, S. 38), Flächendeckende Video-Überwachung (allein am Frankfurter Flughafen werden 2 000 Kameras eingesetzt) etc. – all das ist Sache der Polizei und ihrer diversen Abteilungen. Insgesamt gibt es ca. 250 000 Polizisten (4, S. 18), davon entfallen auf den BGS ca. 40 000 Einsatzkräfte, die insbesondere an den deutschen Grenzen gegen Flüchtlinge eingesetzt wird, aber zunehmend auch gegen „linke" Demonstrationen.

● Bestandteile der Aufstandsbekämpfungsmaschinerie in Deutschland sind auch alle möglichen paramilitärischen Verbände, vom Werkschutz über Sicherheitsdienste, „Technisches Hilfswerk" bis zu den diversen „Hilfs"organisationen (wie „Rotes Kreuz" usw.), die fest in die konterrevolutionären Pläne der deutschen Imperialisten eingebunden sind.

Insgesamt verfügt der deutsche Imperialismus neben der Bundeswehr über bewaffnete Formationen mit ca. 500 000 Personen:

- ca. 40 000 BGS

- 250 000 Polizei und „Justizvollzugsbeamte"

- über 200 000 private Sheriffs mit faktisch polizeiähnlichen Aufgaben, zum Teil hochgerüstet und mit modernster Technik ausgestattet.

● Der ***Justizapparat*** des deutschen Imperialismus setzt sich vor allem aus über 20 000 Richtern und ca. 5 000 Staatsanwälten zusammen. Insbesondere die Staatschutzabteilungen sind direkt für die Ermittlung und Aburteilung „politischer Delikte" zuständig.

● Das deutsche ***Gefängnissystem*** ist ein weiteres Unterdrückungsinstrument zur Aufrechterhaltung der Klassenherrschaft ***des deutschen Imperialismus.*** Über 60 000 Frauen und Männer sitzen heute in den Gefängnissen des deutschen Imperialismus, die meisten für Delikte, die aus sozialer Not und Verelendung (sogenannte „Eigentumsdelikte") begangen wurden, ein zunehmender, nicht unbeträchtlicher Teil aber auch aus direkt politischen Gründen: Totalverweigerer, Revolutionäre, antifaschistische und antiimperialistische Kämpferinnen und Kämpfer verschiedenster Nationalitäten, Flüchtlinge aus anderen Ländern. Terror, Schikanen, Willkür, ständige physische und psychische Unterdrückung, Hochsicherheitstrakte, eine Arbeit für einen Hungerlohn von einigen Mark pro Tag, ohne jegliche Rechte, stumpfsinnig, monoton und gefährlich, bestimmen den Alltag der Gefangenen in den deutschen Gefängnissen. „Selbstmord" ist die häufigste Todesursache von Gefangenen und kommt fünfmal häufiger vor als außerhalb der Gefängnismauern. ***Die Gefangenen aus anderen Ländern*** müssen noch unter weit schlimmeren Bedingungen leben als deutsche Gefangene. Sie sind ständig den widerlichsten, auch körperlichen, rassistischen Angriffen der Schließer, der Anstaltsärzte usw. ausgesetzt, genauso wie alle, die in den Augen eines deutschen Chauvinisten als „undeutsch" gelten. Es gibt eine Reihe völlig „rechtmäßiger" bürokratischer Schikanen gegen Gefangene aus anderen Ländern, wie z. B. keine Möglichkeit zur Ausbildung und Umschulung, verschärfte Zensur der Post und häufige Besuchsverbote. Die Gefangenen aus anderen Ländern, die in ***Abschiebehaft*** sitzen (ständig zwischen 3500 und 5000), sind unter besonders unerträglichen Haftbedingungen eingekerkert. Sie sitzen meist in strenger Isolationshaft und haben tagtäglich die Drohung vor Augen, jederzeit abgeschoben zu werden.

Dieser gesamte Unterdrückungsapparat wird im Zusammenspiel eingesetzt. Mal tritt die eine Komponente mehr in den Vordergrund, mal die andere, entsprechend den Erfordernissen des deutschen Imperialismus und dem Stand der Klassenkämpfe weltweit und in Deutschland.

Wer diese Rolle des deutschen Staatsapparates unterschätzt, unterschätzt in gefährlicher Art und Weise das Ausmaß der jetzigen staatlichen Überwachung, des jetzigen staatlichen Terrors, ja unterschätzt die Steigerungsmöglichkeiten des Terrors des deutschen Imperialismus insgesamt.

Es muß mit aller Kraft gegen jegliche Resignation angekämpft werden, die aufgrund des heutigen Terrors des deutschen Imperialismus und seiner Steigerungsmöglichkeiten nachgibt unter der Parole „Man kann ja eh nichts machen..." und in Defätismus und Legalismus verfällt.

Den demokratischen Kampf gegen sämtliche Formen der Ausbeutung und Unterdrückung durch den deutschen Imperialismus führen!

Es muß als erstes festgestellt werden: Gegen viele reaktionäre Vorstöße des deutschen Imperialismus in den letzten Jahren und Monaten wie vor allem seine Kriegspropaganda, die Kriegseinsätze der Bundeswehr, die imperialistische Besetzung des Kosova sowie seine Verweigerung von Reparationen an die Opfer des Nazi-Faschismus hat es so gut wie keine Proteste, geschweige denn Widerstand gegeben. Es herrscht ein erschreckender „Gewöhnungseffekt" gegenüber dieser „deutschen Normalität" vor, auch bei den sich als demokratisch und revolutionär verstehenden Kräften. Das ist die traurige Realität.

Doch es ist auch unbestreitbar: Es gibt in den letzten Jahren und Monaten eine Kontinuität und Fülle von ***Kampfdemonstrationen gegen den Vormarsch der Nazis.*** Diese haben sich vor allem gegen die öffentlichen Nazi-Aufmärsche, Nazi-Veranstaltungen und -Parteitage gerichtet und wurden oftmals initiiert und organisiert von regionalen Anti-Nazi-Gruppen.

Allein in den letzten 6 Monaten gab es u. a. folgende Demonstrationen und Proteste gegen die Nazis:

Im Juli konnten in Hamburg-Altona etwa 1 000 Antifaschisten und Antifaschistinnen einen Nazi-Aufmarsch verhindern.

In Ludwigshafen protestierten im Juli etwa 1 200 Menschen gegen einen Nazi-Brandanschlag und gegen den deutschen mörderischen Abschiebeterror, indem sie auch den Auftritt des Staatsministers des Innenministeriums von Rheinland-Pfalz auf einer öffentlichen Kundgebung störten.

In Berlin demonstrierten am 6. Oktober ca. 8 000 Antifaschisten und Antifaschistinnen ge-

gen die Bundeszentrale der NPD und gegen das Abschiebegefängnis in Grünau. Vor dem Abschiebegefängnis zeigte die Demonstration ihre Solidarität mit den Gefangenen mit einer Kundgebung und Redebeiträgen in verschiedenen Sprachen.

In Dortmund demonstrierten am 21. Oktober über 10000 gegen einen Aufmarsch von 600 Nazis. Die Rede des Ministerpräsidenten Clement auf einer Kundgebung wurde von Antifaschisten und Antifaschistinnen mehrmals gestört, um die staatliche Heuchelei und den staatlichen Rassismus zu entlarven. Etwa 1000 Antifaschisten und Antifaschistinnen versuchten mehrmals, die Polizeiketten, die die Nazis schützten, zu durchbrechen und griffen die Nazis mit Steinen an. 1500 Antifaschisten und Antifaschistinnen wurden daraufhin mehrere Stunden lang von der Polizei eingekesselt, 300 wurden festgenommen.

Am 28. Oktober demonstrierten rund 25000 gegen einen Aufmarsch von 300 Nazis in Düsseldorf. Antifaschisten und Antifaschistinnen versuchten immer wieder, die Nazis anzugreifen, 300 wurden von der Polizei festgenommen.

Am 25. November gelang es 3000 Antifaschisten und Antifaschistinnen, den Aufmarsch von 1500 Nazis in Berlin durch Besetzung des Kundgebungsplatzes zum Abbruch zu zwingen, Nazis wurde u.a. mit Flaschen, Steinen und Leuchtkugeln angegriffen. Trotz Wasserwerfereinsatzes der Polizei konnten die Nazis ihren Aufmarsch nicht fortsetzen.

In Köln demonstrierten am 9. Dezember 25000 gegen einen geplanten Aufmarsch von Nazis. An die Spitze der auch von bürgerlichen Parteien initiierten Demonstration setzten sich kämpferische Antifaschisten und Antifaschistinnen mit dem Transparent „Gegen Nazi-Terror und staatlichen Rassismus!". Immer wieder wurden die Nazis angegriffen und Straßen blokkiert, dadurch gelang es auch zeitweise, den Nazi-Aufmarsch zu stoppen.

Am 16. Dezember demonstrierten etwa 1500 Antifaschisten und Antifaschistinnen gegen einen Nazi-Aufmarsch. Die Polizei kesselte mehrere hundert stundenlang ein. Insgesamt wurden 600 Antifaschisten und Antifaschistinnen festgenommen.

Gegen die mörderische Abschiebepolitik gab es trotz drohenden Polizeiterrors wichtige öffentliche Aktionen durch antirassistische Flüchtlings-Gruppen. Das richtige Motto der Aktion „Kein Mensch ist illegal" lautet: Flüchtlinge notfalls auch verstecken. Sehr wichtig war auch die Demonstration gegen staatliche Repression am 14. Oktober 2000 in Leipzig, die sich direkt ***gegen die staatliche Faschisierung*** richtete.

Ein großes Problem ist, daß diese wichtigen Aktionen und Kämpfe getrennt voneinander geführt werden, keine oder kaum Kontakte bestehen zwischen den Anti-Nazi-Gruppen und den demokratischen Kräften, die gegen den staatlichen Abschiebeterror, gegen staatliche Faschisierung kämpfen, geschweige denn zu den Kämpfen der fortschrittlichen Arbeiterinnen und Arbeiter in den Betrieben oder zu demokratischen Gruppen, die gegen andere Verbrechen des deutschen Imperialismus wie z. B. seine Waffenexporte kämpfen.

Die Verstärkung und Radikalisierung, ja die Verbindung dieser Kämpfe zu einem einheitlichen militanten internationalistisch-demokratischen Kampf gegen den deutschen Imperialismus und all seiner Abteilungen zusammen mit allen von den Nazis Verfolgten, mit den demokratischen und revolutionären Kräften aus anderen Ländern, die hier in Deutschland leben und arbeiten, muß gegen die Abwiegelei jeglicher opportunistischer Kräfte und im Kampf vor allem gegen den verfluchten deutschen Chauvinismus angepackt werden. Es gilt dabei geschickt und mit viel Phantasie legale mit illegalen Kampfmitteln zu verbinden.

Doch dabei darf nicht stehen geblieben werden.

Perspektive der proletarischen Revolution für den Kommunismus

Die Ursachen für staatliche Faschisierung und Nazismus liegen im kapitalistischen System selbst. Will man die Nazis wirklich vernichten und die Gefahr eines erneuten Wechsels der heutigen parlamentarischen Republik zu einer nazifaschistischen Staatsform wirklich beseitigen, muß das System des deutschen Imperialismus in der proletarischen Revolution vernichtet werden.

Deshalb geht es darum, für ***die Vorbereitung der sozialistischen Revolution*** zu kämpfen, die demokratischen Kämpfe in diesen Kampf einund ihm unterzuordnen.

Es gehört zu den weit verbreiteten Irrtümern in verschiedenen sich als „revolutionär-antifaschistisch" verstehenden Organisationen, daß – da ja die Wurzel des Nazifaschismus der Kapitalismus ist – der Kampf gegen die Nazis sozusagen „spontan", „automatisch" in den Kampf für die proletarische Revolution einmünden müsse. Die eigentliche Aufgabe, diesen Zusammenhang bewußt herzustellen, wird so „übersprungen". Es geht unserer Meinung nach darum, angesichts der vielfältigen Aufgaben, klar zu trennen, um verbinden zu können: die nötigen Aufgaben im demokratischen Kampf von den langfristigen, eigenständigen Aufgaben der Vorbereitung und Durchführung der sozialistischen Revolution, sowie die Arbeit für den Aufbau der Kommunistischen Partei auf illegaler Basis, durch Verbindung des legalen mit dem illegalen Kampf, von den Aufgaben im Kampf gegen Nazis und staatliche Faschisierung.

Sozialistische Revolution bedeutet vor allem, daß im Bürgerkrieg gegen die Bundeswehr und sämtliche bewaffneten Abteilungen der Bourgeoisie der gesamte bürgerliche Staatsapparat zerschlagen, die Bourgeoisie gestürzt werden muß. Nach dem Sturz der Bourgeoisie gilt es, die Diktatur des Proletariats zu errichten, um die gestürzte Bourgeoisie niederhalten zu können, die verzweifelt versuchen wird, mit allen Mitteln ihre alte Macht wieder zu erringen. Ohne revolutionäre Gewalt, ohne den Einsatz von Waffen und Gefängnissen, können die reaktionären Kräfte nicht niedergehalten und vernichtet werden. Nur auf dem Weg der Errichtung und Verstärkung der Diktatur des Proletariats kann der Sozialismus und dann der Kommunismus, die Gesellschaft ohne Ausbeutung und Unterdrückung errichtet werden!

Heute ist vor allem der Kampf um den Aufbau einer Revolutionären Kommunistischen Partei entscheidend, die die nötige Bewußtheit und Organisierung in die Arbeiterklasse hineinträgt. Denn nur so kann dort die Kraft, der Haß und die Entschlossenheit entstehen, um das gesamte verfluchte System des deutschen Imperialismus in der bewaffneten proletarischen Revolution zu vernichten.

☆

Quellen:

1 Rolf Gössner, „Big Brother" & Co., Hamburg 2000
2 Rolf Gössner, Erste Rechts-Hilfe, Göttingen 1999
3 Müller-Heidenreich u.a. (Hg.), Grundrechte-Report 1999, Hamburg 1999
4 Rolf Gössner, Polizei im Zwielicht, Frankfurt/New York 1996

BUCHLADEN

Georgi Dimitroff

Speyerer Str. 23, 60327 Frankfurt/M.

Fax 069/730920

ÖFFNUNGSZEITEN:

Freitag 16.30 – 19.30 Uhr

Samstag 10.00 – 13.00 Uhr

Vertrieb für Internationale Literatur

Brunhildstr. 5, 10829 Berlin

GEÖFFNET:

Samstag 11.00 – 14.00 Uhr

Die monatlich erscheinenden Flugblätter von „Gegen die Strömung" sind u. a. erhältlich:

In ***Berlin:*** *Vertrieb für Internationale Literatur, Brunhildstr. 5; M 99, Manteuffelstr. 99;* ***Bonn:*** *Antiquariat, Breite Straße 52;* ***Braunschweig:*** *Antifaschistisches Café, Cyriaksring 55;* ***Dortmund:*** Buchladen Taranta, Humboldtstr. 54; ***Duisburg:*** *Antiquariat, Pulverweg 33;* ***Frankfurt/M.:*** *Buchladen Georgi Dimitroff, Speyerer Str. 23;* ***Freiburg:*** *Buchhandlung Jos Fritz, Wilhelmstr. 15;* ***Göttingen:*** *Buchladen Rote Straße, Nikolaikirchhof 7;* ***Hamburg:*** *Buchhandlung im Schanzenviertel, Schulterblatt 55,* ***Hannover:*** *Internationalismus-Buchhandlung, Engelbosteler Damm 10;* ***Karlsruhe:*** *Der Andere Buchladen, Marienstr. 15;* ***Kiel:*** *Buchladen Zapata, Jungfernstieg 27;* ***Köln:*** *Der andere Buchladen, Zülpicher Str. 197;* ***München:*** *Basis Buchhandlung, Adalbertstr. 41-43;* ***Nürnberg:*** *Libresso Buchhandlung, Bauerngasse 14.*

Drucker, Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: A. Odenthal, Vertrieb für Internationale Literatur, Brunhildstr. 5, 10829 Berlin

❒ *Kritik eines Gefangenen an der Verwendung des Begriffs „illegale" Kampfmittel im Flugblatt 1/01 („Gegen den Staatsterror")*

Genossinnen und Genossen,

mit großem Interesse habe ich eurer Flugblatt 1/01 gelesen und da ich selbst zur Zeit in Haft sitze, konnte ich eure Ausführungen über die Funktion des Gefängnissystems als Instrument zur Ausführung der Klassenherrschaft besonders zustimmen. Ich werde seit einigen Jahren in strenger Isolation gehalten, darf die Isolierzelle nur gefesselt verlassen, Durchsuchungen mit nackt ausziehen, Fernsehempfang-Verbot usw. sind Alltag. Die Post wird scharf zensiert (zig Briefe in-/ausländischer GenossInnen wurden konfisziert). ... Aber auch unter solchen Bedingungen kann und muß die eigene politische Identität bewahrt werden.

So glänzend eure Ausgabe inhaltlich fundiert ist, mit eurer Unterscheidung zwischen „legalen" und „illegalen" Kampfmitteln gehe ich nicht einher. Auf Seite 6 schreibt ihr u.a.: „Es gilt dabei geschickt und mit viel Phantasie legale mit illegalen Kampfmitteln zu verbinden". Nach meiner Ansicht – sie mag falsch sein und ich lasse mich gerne belehren – wird durch die Unterscheidung zwischen legalen und illegalen Mitteln das Denkmuster des chauvinistischen Staates übernommen und in die eigene Denk- und Handlungsstruktur übernommen. Im Ergebnis wird damit auch die Klassensolidarität zerstört ! Weshalb ? Weil durch diese Unterscheidung implizit die Befugnis dieses Staates anerkannt wird, die Anwendung illegaler Mittel zu bestrafen. Und in weiten Teilen der Bevölkerung herrscht nunmal die Vorstellung, daß wer im Gefängnis sitzt, dort zurecht sei. Auch ein Totalverweigerer beispielsweise, der interniert wird, hat sich illegaler Mittel bedient, weil er gegen Strafgesetze dieses Staates verstößt. Und ist er dann wirklich zurecht im Gefängnis ? Nach Ansicht systemtreuer Juristen selbstverständlich ! Aber kann sein Tun nach unserer Auffassung illegal sein ? Ich denke nicht.

Deshalb halte ich es für falsch, uns von diesem Regime die Definition darüber aufzwingen zu lassen, welches legale und welches illegale Mittel sind. Denn wenn wir soweit sind, solche Definitionen zu übernehmen, in den eigenen Sprachgebrauch vorbehaltslos zu integrieren, werden wir nur schwerlich in der Lage sein, das Joch abzuwerfen. Auch das Bewußtsein bestimmt das Sein !

Mit internationalistischen Grüßen

Aus der Antwort des Buchladens G. Dimitroff:

Hallo,

... Deine Ausführungen zu Deiner Haftsituation haben wir mit Interesse gelesen. Es ist wichtig, auch „Innenansichten" des Gefängnissystems des deutschen Imperialismus mitzubekommen. ...

Zu Deiner Kritik am Flugblatt 1/01: Wir denken nicht, daß „das Denkmuster des chauvinistischen Staates übernommen" wird, wenn im Flugblatt davon die Rede ist, legale mit illegalen Kampfmitteln zu verbinden. Wir sind aber nach nochmaligem Lesen der entsprechenden Stelle der Meinung, daß im Flugblatt selbst *unsere* Definition von legaler und illegaler Arbeit nicht klar genug ist. Wir schicken Dir deshalb einen Auszug aus der Nummer 4 der Rot Front (Theoretisches Organ von GDS): „Der Aufbau der KP und die Verbindung der legalen mit der illegalen Arbeit".

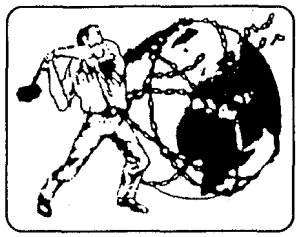
Wir hoffen, daß wir damit bei Dir mehr Klarheit über unsere Position schaffen können.

Viele Grüße,

Ein Gen. des Buchladenkollektivs

PROLETARIER ALLER LÄNDER VEREINIGT EUCH!
PROLETARIER ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER VEREINIGT EUCH!

GEGEN DIE STRÖMUNG



Organ für den Aufbau der Revolutionären Kommunistischen Partei Deutschlands

2-3/01 Februar-März 2001

Wie der mörderische türkische Staat versucht, den Kampf der Gefangenen in Blut zu ersticken

Der Kampf der demokratischen und revolutionären Gefangenen in der Türkei geht weiter!

Weitgehend verschwiegen von den bürgerlichen Medien wird, daß sich momentan in der Türkei mehr als 2000 demokratische und revolutionäre Gefangene an dem am 20. Oktober 2000 begonnenen Hungerstreik beteiligen, 600 von ihnen befinden sich im verschärften Hungerstreik. Am 19. Dezember 2000, dem 61. Tag ihres Hungerstreiks, hatten in den frühen Morgenstunden rund 8.500 schwerbewaffnete Soldaten zeitgleich 20 Gefängnisse gestürmt, um den Widerstand der demokratischen und revolutionären Gefangenen zu zerschlagen. Ihre Kapitulation oder Vernichtung sollte gleichzeitig ein Exempel an die fortschrittlichen Kräfte „draußen" sein. Bei diesem blutigen Massaker wurden 32 Genossinnen und Genossen ermordet, Hunderte teilweise schwer verletzt. Aber sein Ziel, die Zerschlagung des Widerstands der kämpfenden Gefangenen, hat der mörderische türkische Staat nicht erreicht.

Erst nach fünf Tagen, am 23. Dezember, gelang es den bis an die Zähne bewaffneten Schergen des türkischen Staats, zu den letzten der vom wochenlangen Hungerstreik körperlich extrem geschwächten, durch Schlafmangel ausgemergelten, aber festentschlossenen Genossinnen und Genossen vorzudringen. Der heldenhafte und planmäßig vorbereitete Widerstand der Gefangenen gibt den revolutionären Kräften der ganzen Welt ein Beispiel an Kampfeswillen.

Nach dem Massaker erschien der türkische Justizminister bei seinen imperialistischen Oberherren in Berlin und danach in der BKA-Zentrale in Karlsruhe zum Rapport. Die Verstärkung der Solidarität mit den kämpfenden Gefangenen durch revolutionäre Kräfte in Deutschland ist gerade auch deshalb von Bedeutung, weil der deutsche Imperialismus einer der Hauptdrahtzieher des Terrorregimes in der Türkei, weil er für die Ermordung der 32 Genossinnen und Genossen mitverantwortlich ist.

Eine zentrale Forderung des am 20. Oktober – zunächst von mehreren Hundert Gefangenen in 18 Gefängnissen – begonnenen Hungerstreiks war die Rücknahme der schon bestehenden bzw. noch in Planung befindlichen F-Typ-Isolationsgefängnisse. Am 37. Tag gingen rund 100 Gefangene vom anfangs gestaffelt durchgeführten in den verschärften Hungerstreik, das sogenannte „Todesfasten" über.

Die Erstürmung der Gefängnisse mit dem perfiden Namen „Operation Rückkehr ins Leben" erfolgte knapp vier Wochen später, in den frühen Morgenstunden des 19. Dezember. Zum damaligen Zeitpunkt beteiligten sich rund 1150 Gefangene in 48 Gefängnissen am Hungerstreik, 300 von ihnen waren im verschärften Hungerstreik. Bereits am Vortag waren Journalistinnen und Journalisten vor den Gefängnissen, die man hermetisch abzuriegeln begann vertrieben worden. Gleichzeitig wurden die Krankenhäuser angewiesen, Betten freizumachen und sich in Bereitschaft zu halten. Um Mitternacht wurden die Einfahrtsstraßen zu den Gefängnissen gesperrt und die Mobilfunkverbindungen von Türkcell und Telsim außer Betrieb genommen. In der Umgebung der Gefängnisse wurden Schützengräben ausgehoben, die Schließer systematisch aus den Gefängnissen zurückgezogen.

Zeitgleich um 4.00 Uhr stürmten rund 8.500 schwerbewaffnete Soldaten und Gendarmen, darunter auch speziell ausgebildete Spezialbataillone und Eliteeinheiten der Geheimdienste, 20 Gefängnisse. Die Schergen des türkischen Regimes waren ausgerüstet mit Kanas-Präzisionsgewehren, Nachtsichtgeräten, Flammenwerfern, Panzern, Hubschraubern, Nerven-, Rauch- und Tränengasbomben, Bulldozern, Baggern, Vorschlaghämmern, Schweiß- und Bohrmaschinen. Über 20.000 Tränengas-, Nerven-, Pfeffer- und Rauchbomben wurden in die Gefängnisse geworfen, allein im Gefängnis Çanakkale rund 5000. Mit Bulldozern und Baggern wurden die Gefängnismauern niedergerissen, um zu den verbarrikadierten Gefangenen vorzudringen.

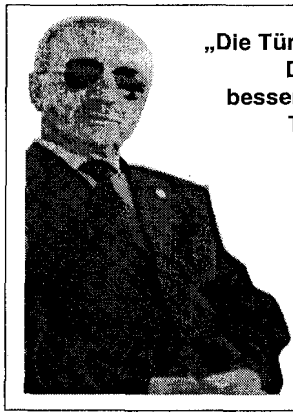
In verschiedenen kleineren Gefängnissen gelang es den Soldaten nach einigen Stunden erbitterten Widerstands, zu den kämpfenden Gefangenen vorzudringen, doch vor allem in den Gefängnissen Ümraniye und Çanakkale schafften es die Angreifer erst nach Tagen, die Gefangenen aus ihren Zellen zu zerren.

32 Genossinnen und Genossen wurden bei der Erstürmung der Gefängnisse ermordet oder starben an ihren Verletzungen im Krankenhaus bzw. infolge des danach fortgesetzten Hungerstreiks.

I.
Ein von langer Hand geplantes Massaker

Der Widerstand der rund 9.000 demokratischen und revolutionären Gefangenen ist den Herrschenden in der Türkei schon seit Jahren und Jahrzehnten ein Dorn im Auge. Denn ohne Zweifel sind sie es, die heute die Speerspitze und den kämpferischsten Teil der revolutionären Bewegung in der Türkei bilden und an vorderster Front des Kampfes stehen. Ein zentrales Thema bei diesen Auseinandersetzungen war und ist die Verteidigung der Gemeinschaftszellen, die den Gefangenen die Organisierung eines solidarischen Zusammenhalts und gemeinsamen Widerstands und auch gemeinsamer Diskussionen und Schulungen ermöglichen, und die Verhinderung der Verlegung in die Isoaltionsgefängnisse vom F-Typ.

Der Plan des türkischen Staates zur Zerschlagung der Gemeinschaftsunterkünfte wurde in den letzten Jahren mit allen Details vorbereitet. In der Allgemeinen Gendarmeriekommandatur wurde eine eigene Abteilung für Gefängnisse eingerichtet, die seit einem Jahr mit der Vorbereitung der Verlegung der Gefangenen beschäftigt war. Ab dem 15. Dezember wurde unter dem Namen „Krisenführungszentrale für die Gefängnisse" ein Generalstab gebildet, in dem das Innen-, Justiz- und Außenministerium, die Allge-



„Die Türkei wird mit Deutschland besser gegen den Terrorismus kämpfen" *

(*O-Ton des türkischen Innenministers Sadettin Tantan zu seinem Kollegen Schily im März 2000)

meinen Gendarmeriekommandantur, das Polizeipräsidiums und die Geheimdienste vertreten waren. Geleitet wurde der Generalstab von Generalmajor Osman Özbek. Seit einem Jahr wurden 191 Offiziere, 432 Unteroffiziere, 392 Berufsgeadarmen, 281 Berufssoldaten und 7.080 Soldaten, insgesamt 8.385 bewaffnete Kräfte für diesen Angriff ausgebildet. Innenminister Sadettin Tantan erklärte:



Gefängnis Bartin am 19. 12.00: Ein halbtotgeprügelter gefangener Genosse wird in einen Transportwagen geschleift

„Die Spezialeinheiten, die an diesem Einsatz beteiligt waren, wurden seit einem Jahr in modellhaften Nachbildungen der Gefängnisse ausgebildet, die angegriffen werden sollten. Seit einem Jahr wurden sie ausgebildet, wie sie in Gefängnissen eindringen werden, wie sie sich bei dem Einsatz verhalten sollen. ...Wer nach dem Einsatz in welches Gefängnis transportiert werden sollte, war vorgeplant."[1]

„Für uns Revolutionäre gibt es kein letztes Wort, bis auf der ganzen Welt Ungerechtigkeit und Unterdrückung verschwunden sind..."

Ein Großteil der überlebenden kämpfenden Gefangenen wurde nach der Erstürmung der Gefängnisse in die bereits in Betrieb genommenen F-Typ-Gefängnisse verlegt.

Auf den Transporten in die F-Typ-Gefängnisse wurden die Gefangenen geschlagen, man zog ihnen die Handschellen enger, sie wurden mit Gummiknüppeln vergewaltigt, bei männlichen Gefangenen wurden die Hoden gequetscht. Sie wurden von den Schergen des reaktionären türkischen Staates gefoltert und mißhandelt, wurden unter Folter und Schlägen einzeln teilweise halbnackt oder nackt in Handschellen in die F-Typ-Gefängnisse verschleppt. Nach ihrer Verschleppung in die F-Typ-Gefängnisse wurden Haare und Bärte der Gefangenen kahlrasiert. Sie wurden auf jede nur erdenkliche Weise gedemüdigt.



„Wir werden unsere Genossen rächen!" Diese Warnung fanden die konterrevolutionären Soldaten nach der Erstürmung des Gefängnisses Bayrampaşa vor

Jeglicher Kontakt mit der Außenwelt wurde in den ersten Tagen systematisch unterbunden, so daß die gefolterten Gefangenen kein Zeitgefühl mehr hatten. Kontakte mit Angehörigen über das Telefon wurden bei Gesprächen über „nicht erlaubte Themen" sofort unterbrochen. Vielfach wurden den Gefangenen in ihren eiskalten Zellen nur Wolldecken ausgehändigt. Auch Besuche von Anwältinnen und Anwälten wurden massiv behindert und sollten durch allerlei Schikanen verhindert werden. Es wurde von Fällen berichtet, in denen Anwältinnen und Anwälte sich bei ihren Besuchen nackt ausziehen und durchsuchen lassen mußten. Gefangenen wurden zu Anwaltsbesuchen halbnackt, nur mit einem Bettuch oder in Unterwäsche bekleidet vorgeführt.

Morgens und abends gab es militärische Zählappelle, bei denen die Gefangenen stillstehen mußten. Gefangene, die so verletzt waren, daß sie nicht von ihren Betten aufstehen konnten oder während des Zählappells zusammenbrachen, wurden zusammengeschlagen.

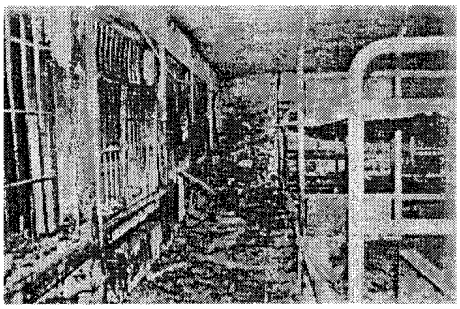
Aufgrund der Gasbombem leiden viele unter Atembeschwerden. Haarausfall, Übelkeit und Erbrechen sind Nachwirkungen der eingesetzten chemischen Kampfmittel. Nach den Schilderungen von Augenzeugen, die die Gefangenen wenige Tage nach dem Massaker in den F-Typ-Gefängnisen besuchen konnten, haben ausnahmslos alle Gefangene Verletzungen durch Schläge, Verbrennungen und Knochenbrüche, nicht selten wird ihnen die medizinische Behandlung verwehrt. Bekannt wurde der Fall von 27 Genossinnen, die aus Çanakkele in das Gefängnis Kütahya verlegt wurden, wo sie den Hungerstreik fortsetzten. Bei der Erstürmung von Çanakkele waren viele von ihnen schwer verletzt worden, doch es wurde ihnen die medizinische Behandlung verwehrt. Um die Genossinnen zu brechen, griffen Soldaten die Genossinnen erneut am 30. Dezember 2000 an. Unter schweren Mißhandlungen und Prügel wurden sie ins Krankenhaus verschleppt, wo sie zwangsernährt wurden.

Von einigen Gefangenen, die sich im verschärften Hungerstreik befinden, wurde bekannt, daß von den Gefängnisbehörden das notwendige Wasser und Salz nicht oder nur in sehr kleinen Mengen ausgehändigt bekamen, gleichzeitig wurden anderen Gefangenen im verschärftem Hungerstreik gegen ihren Willen narkotisiert und gewaltsam zwangsernährt.

Unter dem demagogischen Vorwand der Lebensrettung hat das türkische Mordregime hungerstreikende Gefangene vor Ort zwangsernährt oder sie ins Krankenhaus einliefern lassen, um durch Zwangsernährung den Kampfeswillen der Streikenden zu brechen oder um ganz gezielt einzelne Gefangene zu ermorden.

Gleichzeitig gehen unter verschiedensten Vorwänden die Angriffe auf die Gefangenen weiter. Vor allem die Dreier-Zellen der F-Typ-Gefängnisse sind Ziel dieser Angriffe: Zellen werden gestürmt und die Gefangenen unter dem Vorwand einer angeblich notwendigen Zählung, Durchsuchung usw. verprügelt. Bekannt wurde der Fall der Genossen Dogan Ünal, Koray Ömürlü, Enver Anik und Ibrahim Bozay. Nach ihrer Verlegung ins F-Typ-Gefängnis Sincan wurden sie am 31. Januar 2001 von der Gendarmerie angegriffen und fürchterlich mißhandelt.[2]

Doch es ist klar: Durch den systematischen faschistischen Terror, durch Ermordung, Folter und Demütigungen haben sich die demokratischen und revolutionären Gefangegen nicht brechen lasssen. Im Gegenteil. Die Zahl der Hungerstreikenden, die ihren Kampf mit unglaublicher Entschlossenheit fortführen und verschärfen, hat sich verdoppelt und auch Tausende PKK-Gefangene haben sich solidarisiert.[3] Viele Gefangnenen verweigern inzwischen aus Protest die Einnahme von Zucker und Salz. Seit Ende Februar lehnen die Gefangenen im „Todesfasten" auch die Einnahme von Vitamin-B-Tabletten ab.[4]



Gefängniszelle in Bayrampaşa nach der Erstürmung

Nach der Massakrierung der Gefangenen erklärte der türkische Justizminister großmäulig, im Kampf gegen die demokratischen und revolutionären Gefangenen sei nun „das letzte Wort gesprochen" und über die F-Typ-Zellen werde es keine Verhandlungen mehr geben. Solche Großmäuligkeit hatte eine gefangene Genossin bereits in einer Gerichtsverhandlung Lügen gestraft:

„Für uns Revolutionäre gibt es kein letztes Wort, bis auf der ganzen Welt Ungerechtigkeit und Unterdrückung verschwunden, ja bis diese Wörter aus dem Sprachgebrauch verschwunden sind. Auch wenn Revolutionäre ermordet werden, ist dies nicht das ‚letzte Wort'.

Ja, der Staat hat letztendlich erreicht, was er erreichen wollte. Ein Großteil der revolutionären Gefangenen wurde in die F-Typ-Gefängnisse gesteckt. Aber der todesmutige Widerstand und die konsequente Haltung der Gefangenen hat auch deutlich gemacht, daß die Zellenwände die revolutionäre Entschlossenheit nicht besiegen können und seine so sicher geglaubten F-Typ-Gefängnisse früher oder später auseinandergejagt werden."[5]

Die F-Typ-Gefängnisse im terroristischen Gefängnissystem der Türkei

Das Gefängnissystem des türkischen Staates – wie seine Polizei, seine Geheimdienste und seine Armee – ist wie in jedem reaktionären Unterdrückerstaat ein Instrument der herrschenden Klassen, um die Ausgebeuteten niederzuhalten und ihren Widerstand gegen Ausbeutung und Unterdrückung möglichst schon im Keim zu ersticken.

Das Blut von Hunderten ermordeten demokratischen und revolutionären Gefangenen klebt an den Händen der herrschenden Klassen in der Türkei und ihren Lakaien. Zwischen 1981 und 1995 wurden 460 Gefangene in den türkischen Gefängnissen oder in Polizeigewahrsam ermordet. Mindestens 26 Gefangene sind den Verletzungen der Folter erlegen.[6] Seit den Gefängniskämpfen von 1996 wurden 33 Gefangene von den Soldaten und Polizisten des reaktionären türkischen Staates erschossen, erschlagen oder zu Tode geprügelt. Erst vor zwei Jahren, 1999, wurden allein im Ulucanlar-Gefängnis in Ankara 11 Gefangene ermordet.

Brennpunkt dieser Kämpfe ist seit langem die Verteidigung der Gemeinschaftsunterkünfte. Diese Gemeinschaftszellen mit 30-60 Gefangenen sind eine Errungenschaft des Widerstands der demokratischen und revolutionären Gefangenen. Die Zellen wurden oftmals nach Organisationen aufgeteilt. Die Gefangenen konnten zu bestimmten Zeiten zwischen den Zellen hin- und hergehen, diskutieren, Schulungen durchführen, politisch arbeiten, sich gemeinsam gegen Angriffe der Schließer, Polizisten und Soldaten wehren, gemeinsame Widerstandsaktionen planen, kurz sie konnten in diesen Gemeinschaftszellen unter den bestehenden mörderischen Verhältnissen einen solidarischen Zusammenhalt und kollektive Kämpfe organisieren. Deshalb kämpften und kämpfen sie mit aller Kraft gegen ihre Verlegung in die Isoaltionsgefängnisse vom F-Typ und für die Erhaltung der Gemeinschaftszellen.



Szene einer Protestdemonstration in Istanbul am 22.12.00

Genau aus diesem Grund sind die Gemeinschaftszellen seit Jahrzehnten Zielscheibe der Angriffe des reaktionären türkischen Staates. 1991 wurde der juristische Grundstein für die F-Typ-Gefängnisse gelegt. Sie sind speziell erbaut für Beschuldigte nach dem damals verabschiedeten sog. „Anti-Terror-Gesetz", also für demokratische und revolutionäre Gefangene.

Mit dem F-Typ nach dem „Stammheimer Modell" versucht das türkische Terrorregime, die kämpfenden Gefangenen vollständig zu isolieren. Eigene Radios oder Fernsehgeräte sind verboten, Hofgänge müssen häufig einzeln durchgeführt werden.[7] Nur noch Gefangene, die von den reaktionären Gefängnisbehörden als „unbedenklich" eingestuft wurden, haben freien Zugang zu Büchern, Zeitschriften und Zeitungen.[8]



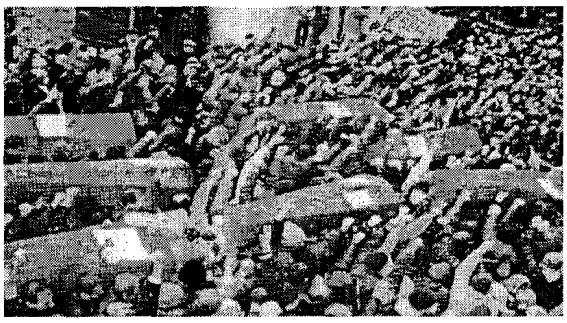
Szene des staatlichen Terrors gegen die Solidaritätsbewegung in Ankara am 12. 12.00

Die demokratischen und revolutionären Gefangenen werden durch modernste Sicherheitssysteme wie z.B. Kameraüberwachung, Detektoren, Röntgenstrahlen und Abhörgeräte ständig überwacht. Besuche finden nur noch mit Trennscheibe statt. Die F-Typ-Gefängnisse stehen unter der Kontrolle der Gendarmerie und stellen militärische Sicherheitszonen dar. Militär und Gendarmerie, laut Gesetz angeblich nur für die „äußere Sicherheit" der Gefängnisse zuständig, haben in den Gefängnissen das Sagen. So ist im Gefängnis Edirne ein Oberst in allen Fragen die höchste Autorität.[9]

Bisher sind vier – allesamt neu errichtete – F-Typ-Gefängnisse in Sincan (Ankara), Edirne, Izmir-Kocaeli und Tedirag in Betrieb.[10] Insgesamt sollen 48 Gefängnisse entweder durch Neu- oder Umbau zu F-Typ-Gefängnissen gemacht werden.[11]

II. Wertvolle Erfahrungen aus dem heldenhaften Kampf der demokratischen und revolutionären Gefangenen

Betonen wir es noch einmal: Erst nach fünf Tagen, am 23. Dezember 2000, gelang es den bis an die Zähne bewaffneten Schergen des türkischen Staats, zu den letzten vom wochenlangen Hungerstreik körperlich extrem geschwächten, durch Schlafmangel wegen der Nachtwachen gegen die sich abzeichnende Erstürmung ausgemergelten, aber festentschlossenen Genossinnen und Genossen in ihren verbarrikadierten Trakten vorzudringen.



Beerdigung von ermordeten Gefangenen in Istanbul am 23.12.00

Der heldenhafte und planmäßig vorbereitete Kampf der Gefangenen gegen einen so übermächtig scheinenden Feind gibt den revolutionären Kräften der ganzen Welt ein Beispiel an Entschlossenheit und Kampfeswillen. Die Erfahrungen der letzten Jahre und Jahrzehnte haben gezeigt, daß die Gefängnisse in der Türkei nicht nur Schauplätze grausamster Folter sind, sondern auch Orte unzähliger Widerstandsaktionen und Kämpfe demokratischer und revolutionärer Gefangener.

Die Formen des Kampfes, die die Gefangenen in verschiedenen Auseinandersetzungen erprobt haben, gehen vom Boykott der militaristischen Zähllappelle, Barrikaden, Hungerstreiks und verschärften Hungerstreiks bis zu Besetzungen, Geiselnahmen, organisierten Fluchten oder bewaffneten Abwehrkämpfen wie im Dezember bei der Erstürmung der Gefängnisse. Gerade die anstehende Aufgabe der Auswertung der Erfahrungen dieses letzten Kampfes ist für revolutionäre Kräfte auf der ganzen Welt sehr wertvoll im Hinblick auf zukünftige Kämpfe in den Kerkern des Imperialismus und seiner Lakeien. Nach der Ermordung von 11 Gefangenen 1999, die gegen ihre Verlegung in ein F-Typ-Gfängnis kämpften, begannen die demokratischen und revolutionären Gefangenen in zahlreichen Gefängnissen, sich auf einen erneuten Angriff vorzubereiten. Dabei entwickelten sie einen regelrechten Verteidigungsplan.

- Sie beschafften sich genaue Lagepläne der Gefängnsisse, machten andere Trakte als Rückzugsmöglichkeiten ausfindig, um die Wirkung der erwartungsgemäß eingesetzten Gas- und Rauchbomben zu minimieren. Aus dem Gefängnis Çanakkale wurde bekannt, daß zur Ablenkung in einigen Trakten Phantombarrikaden errichtet worden waren und die angreifenden Soldaten erst später bemerkten, daß sie verbarrikadierte, aber leere Zellen bombardierten.
- Im Falle eines Angriffs mußte unbedingt versucht werden, zur Außenwelt Kontakt zu halten. Auch beim Rückzug in andere Trakte planten die Gefangenen die Mitnahme eines eigenen Radios oder Fernsehgeräts ein, um Informationen zum Stand der Kämpfe in anderen Gefängnisssen zu erhalten. Ebenso wichtig war es, durch das Rufen von Parolen oder revolutionären Liedern den Kontakt zu Gefangenen in anderen Trakten aufrechtzuhalten.
- Ein weiterer Bestandteil des Verteidigungsplans waren die Nachtwachen, die die übrigen Genossinnen und Genossen frühzeitig vor Angriffen warnen sollten.
- Gegen die Vergiftung durch Gasbomben stellten die Gefangenen Gasmasken aus Plastikflaschen her.
- Sie horteten Decken, die beim Angriff dann durchnäßt wurden und zumindest kur-

ze Zeit ein Schutz gegen das Feuer der Flammenwerfer und Brandbomben bieten sollten.

- Sehr wichtig war die Beschaffung von Materialien wie Ofenkohle, Stühle, Schränke und Betten, die zum Barrikadenbau benutzt werden konnten.
- Ebenfalls von Bedeutung war die Herstellung von eigenen Waffen. So stellten die Gefangenen aus Bettgestellen Eisenstangen her, Erdgasbehälter wurden zu Flammenwerfern umfunktioniert, Pfeile und Wurfgeschosse hergestellt.

Eindrucksvoll sind die Äußerungen eines Gefangenen aus Bayrampaşa, der zusammen mit mehreren Hundert Gefangenen 10 Stunden lang gegen die Erstürmung des Gefängnisses kämpfte:

> **„Besonders in der letzten Wochen haben wir uns auf einen möglichen Angriff vorbereitet. Am 19. Dezember um 5 Uhr morgens haben wir die angreifenden Soldaten im Hof in Empfang genommen. Die Soldaten haben auf unsere Freunde geschossen, die gerade Wache hielten, in dem Moment, als sie vor den Toren Barrikaden errichten wollten. Der Gefangene Nuri Peker von Dev-Sol wurde dabei am Fuß verletzt. Trotz der Beschießung gelang es uns, rasch Barrikaden zu errichten, und der Widerstand begann wie geplant.**
>
> **Um uns aus unserem Trakt hinauszutreiben, wurden durch die Decke ständig Rauchbomben geworfen. Eine der Bomben explodierte auf dem Kopf von Kenan Taybora von der TKEP/L.**
>
> **Unsere Forderung, den Verletzten ins Krankenhaus zu bringen, wurde abgelehnt. Sie forderten uns auf, uns zu ergeben. Dies beantworteten wir mit Parolen wie „Mörder!".**
>
> **Gegen Mittag mußten wir uns wegen des inzwischen unerträglichen Gasgeruchs aus unserem Trakt zurückziehen. Wie zogen uns in die 9. und 10. Gemeinschaftszelle zurück und errichteten zwei weitere Barrikaden. Erst um 14 Uhr wurde unsere letzte Barrikade durchbrochen..."[12]**

III.
Der deutsche Imperialismus – einer der Hauptdrahtzieher und Oberherren der herrschenden Klassen des türkischen Staates

„Die Türkei wird mit Deutschland besser gegen den Terrorismus kämpfen", erklärte der türkische Innenminister Sadettin Tantan seinem Kollegen Schily bei einem Besuch im März 2000.[13] Und in der Tat: Der deutsche Imperialismus ist ein entscheidender Drahtzieher und Oberherr des reaktionären Regimes in der Türkei. Die Unterdrückung der revolutionären Bewegung und der kurdischen nationalen Befreiungsbewegung in der Türkei liegt ganz im Interesse des deutschen Imperialismus zur Sicherung seiner ökonomischen, politischen und militärischen Ziele.

Nach „getaner Arbeit" erschien der türkische Justizminister Sami Türk am 6. Februar 2001 bei seinen imperialistischen Oberherren in Berlin zum Rapport. Worum es dabei ging, zeigen schon die Stationen seines Kurzbesuchs. Auf dem Programm standen unter anderem die Besichtigung des Gefängnises in Tegel und danach die Zentrale des Bundeskriminalamtes in Karlsruhe.

Der Rundgang durch das Tegeler Gefängnis dürfte für den türkischen Minister und seine deutschen Begleiter wahrscheinlich nicht ungetrübt verlaufen sein. Bekannt wurde, daß ein mutiger Gefangener, der daraufhin sofort in den Bunker verschleppt wurde, ihm auf Türkisch zurief: *„Dich wird man auch noch aufhängen!"*[14]

So sehr der deutsche Imperialismus seine Verantwortung auch zu vertuschen versucht, er steht hinter dem blufbefleckten Regime in der Türkei. Er verbietet und unterdrückt türkische und kurdische demokratische und revolutionäre Organisationen in Deutschland, schiebt demokratische und revolutionäre Kämpferinnen und Kämpfer direkt in die Verliese der türkischen Folterer ab. Doch nicht nur das. Er ist an der Ermordung der 32 Genossinnen und Genossen direkt mitverantwortlich:

- Der Kampf der Gefangenen richtete sich gerade gegen die Einführung des deutschen Exportschlagers „Stammheimer Modell". Der deutsche Imperialismus war aufgrund seiner „Erfahrungen" bei der Planung und Durchführung der F-Typ-Gefängnisse in der Türkei federführend beteiligt. Bereits 1990 besichtigte eine türkische Regierungsdelegation das Stammheimer Gefängnis vor Ort, um sich über die „europäischen Gefängnisnormen" zu informieren.[15]
- Bei der Erstürmung der Gefängnisse und der Massakrierung der kämpfenden Gefangenen wurden Bomben, Panzer und Bagger eingesetzt, an deren Produktion auch deutsche Firmen beteiligt waren.
- Wie blutbefleckt die Hände des deutschen Imperialismus sind, zeigt das Schicksal von Ali Ishan Özkan, der bei der Erstürmung der türkischen Gefängnisse ermordet worden war. 1992 war er vom deutschen Imperialismus aus Bayern abgeschoben worden. Ein Jahr später wurde er in der türkischen Stadt Corum wegen seiner politischen Aktivitäten im Augsburger „Internationalen Kulturzentrum" während seines Aufenthalts in Deutschland verhaftet und zwei Jahre später wegen angeblicher Unterstützung der TKP(ML) zu 12 Jahren Gefängnis verurteilt. Dort beteiligte er sich 1996 an dem verschärften Hungerstreik der demokratischen und revolutionären Gefangenen. Auch im Oktober 2000 beteiligte er sich am Hungerstreik gegen die Verlegung in die Isolationszellen der F-Typ-Gefängnisse. Als das reaktionäre türkische Regime die Gefängisse erstürmen ließ, befand sich Ali Ishan Özkan seit 61 Tagen im Hungerstreik. Er wurde am 19. Dezember im Gefängnis Bursa bei lebendigem Leib verbrannt.[16]

Die Arbeiterinnen und Arbeiter in Deutschland, alle wirklichen demokratischen und antiimperialistischen Kräfte sind verpflichtet, den Kampf der Völker, die auf dem Staatsgebiet der Türkei ausgebeutet und unterdrückt werden, für ihre Befreiung, gegen Kompradorenbourgeoisie und Feudalherren, gegen den Weltimperialismus solidarisch zu unterstützen. Dieser Kampf richtet sich auch gegen ihren „eigenen", den deutschen Imperialismus, der die Ausbeutung und Unterdrückung der werktätigen Massen des türkischen Staates massiv vorantreibt und mittlerweile zu einem der Hauptdrahtzieher und Oberherren der herrschenden Klassen des türkischen Staates geworden ist!

Verstärkt die Solidarität mit den demokratischen und revolutionären Genossinnen und Genossen in den Gefängnissen des mörderischen türkischen Staates!

Tod dem deutschen Imperialismus!

(Dieses Flugblatt ist ein Auszug aus der von „Spartakus" und „Gegen die Strömung" gemeinsam veröffentlichten Broschüre „Die ermordeten Genossinnen und Genossen sind nicht umsonst gestorben! Der Kampf der demokratischen und revolutionären Gefangenen in der Türkei geht weiter!". Siehe auch Beilage zu diesem Flugblatt)

Quellen

[1] Hürriyet, 22.12.00, [2] Urgent Action des Komitees gegen Isolationshaft. In www.nadir.org/aktuell, [3] Bündnis für internationale Solidarität Nürnberg.In www.nadir.org, 27.12.2000, [4] Junge Welt, 22.2.01, [5] Nil Pinar, Mitglied der TKP/ML, in Özgür Gelecek, Nr. 31, [6] Evrensel, 24.6.1996, [7] Interview mit Ercan Kanar, ehemaliger Vorsitzendes des Menschenrechtsvereins IHD. In Jungle World Nr. 8, 14.02.01, S. 4, [8] Yeni Gündem 14.02.01, [9] Interview mit Ercan Kanar, ehemaliger Vorsitzendes des Menschenrechtsvereins IHD. In Jungle World Nr. 8, 14.02.01, S. 4; [10] „So oder So"-Extra, August 2000, S. 3; [11] Flashbulletin Nr. 8. Interview von Karin Leukefeld mit Osman Baydemir am 31.1.01; [12] Evrensel, Cumhuriyet, 26.12.00; [13] So oder So"-Extra, August 2000, S. 3; [14] Komitee gegen Isolationshaft, 9.2.2001; [15] „So oder so"-Extra, August 2000, S. 7; [16] Leserbrief in der Jungen Welt, 8.1.2001

BUCHLADEN

Georgi Dimitroff

Speyerer Str. 23, 60327 Frankfurt/M.

Fax +49 (0)69/73 09 20

ÖFFNUNGSZEITEN:

Freitag 16.30 - 19.30 Uhr

Samstag 10.00 - 13.00 Uhr

Vertrieb für

Internationale Literatur

Brunhildstr. 5, 10829 Berlin

GEÖFFNET:

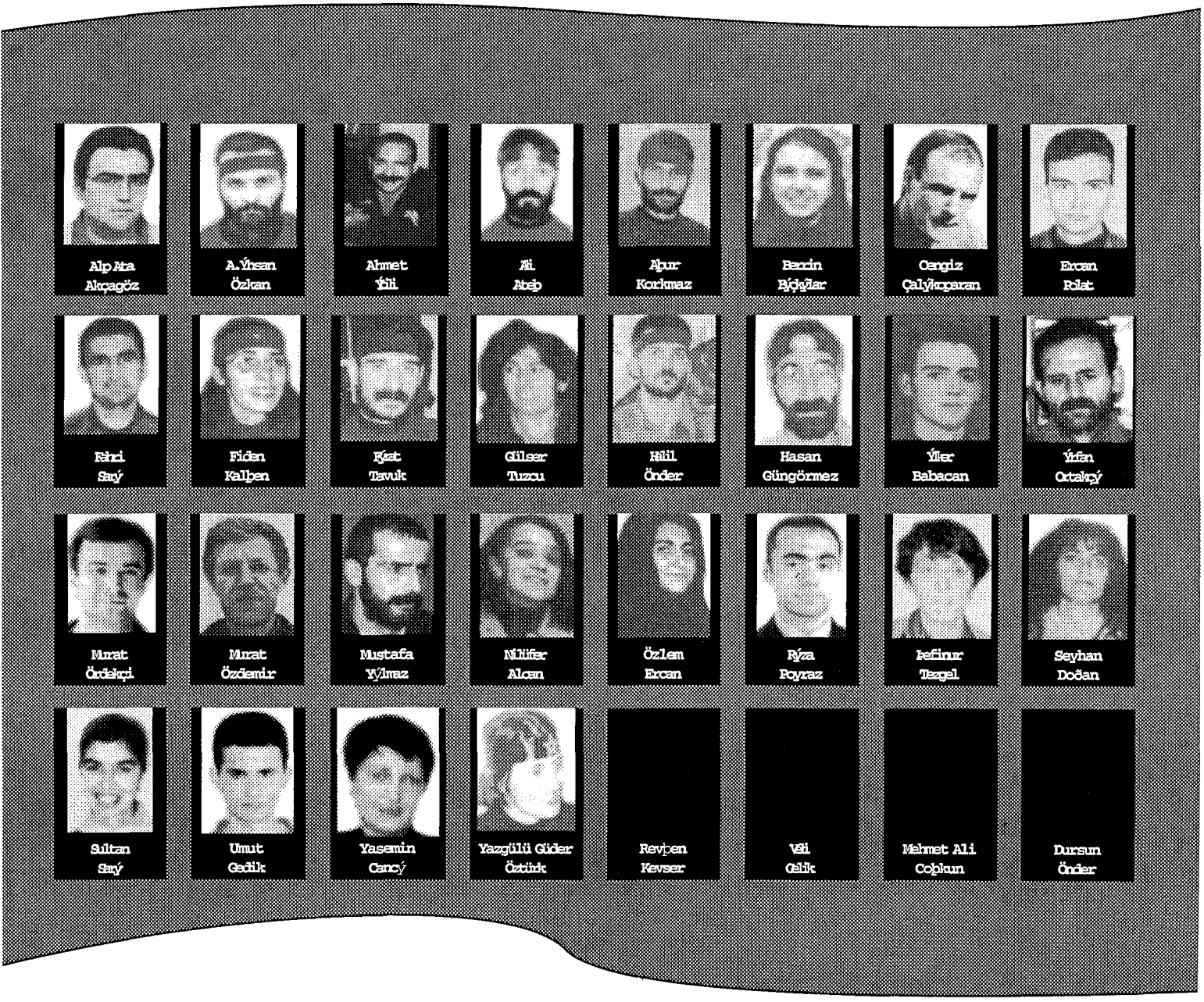
Samstag 11.00 - 14.00 Uhr

Drucker, Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: A. Odenthal, Vertrieb für Internationale Literatur, Brunhildstr. 5, 10829 Berlin

GEGEN DIE STRÖMUNG

Spartakus

Der Kampf der demokratischen und revolutionären Gefangenen in der Türkei 2000/2001 geht weiter!



Aus dem Inhalt:

- Wie der mörderische türkische Staat versucht, den Kampf der Gefangenen in Blut zu ersticken
- Wertvolle Erfahrungen aus dem heldenhaften Kampf der Gefangenen
- Solidaritäts- und Protestaktionen in der Türkei und international
- Der deutsche Imperialismus: ein Oberherr des reaktionären türkischen Regimes
- Material zum zum Hungerstreik von 1996

März 2001, 10 DM

Aus dem Inhalt:

1. Wie der mörderische türkische Staat versucht, den Kampf der Gefangenen in Blut zu ersticken

Der Hungerstreik der demokratischen und revolutionären Gefangenen ab dem 20. Oktober 2000

Die Erstürmung der Gefängnisse und Massakrierung der Gefangenen

Ein von langer Hand geplantes Massaker

„Für uns Revolutionäre gibt es kein letztes Wort, bis auf der ganzen Welt Ungerechtigkeit und Unterdrückung verschwunden sind..."

Die F-Typ-Gefängnisse im terroristischen Gefängnissystem der Türkei

2. Wertvolle Erfahrungen aus dem heldenhaften Kampf der demokratischen und revolutionären Gefangenen

3. Solidaritäts- und Protestaktionen

Demonstrationen, Protestkundgebungen, Solidaritäshungerstreiks, militante Kämpfe und Aktionen in der Türkei

Internationale Solidaritätsaktionen (aus Deutschland, Schweiz, Österreich, Griechenland, England, Frankreich, Niederlande, Belgien)

Solidaritätshungerstreiks demokratischer und revolutionärer Gefangenen aus anderen Ländern

4. Der deutsche Imperialismus - einer der Hauptdrahtzieher und Oberherren der herrschenden Klassen des türkischen Staates

Ökonomische Ausbeutung der Völker der Türkei durch die deutsche Monopolbourgeoisie

Militärische, polizeiliche und geheimdienstliche Zusammenarbeit

„Die Türkei wird mit Deutschland besser gegen den Terrorismus kämpfen"

Außerdem:

- Dokumentation der Hungerstreikforderungen der Gefangenen
- Augenzeugen berichten über das Massaker in den türkischen Gefängnissen
- Augenzeugen berichten über den Staatsterror in den F-Typ-Gefängnissen
- Unvollständige Chronologie des Widerstands der revolutionären und demokratischen Gefangenen in der Türkei
- Schlaglichter des Terrors gegen die Solidaritätsbewegung in der Türkei

- Solidaritätserklärungen zum Massaker an den demokratischen und revolutionären Gefangenen in der Türkei Der Terror des reaktionären türkischen Staates gegen die revolutionären und demokratischen Gefangenen geht einher mit der verschärften Unterdrückung gegen die kurdische Bevölkerung und deren Befreiungskampf
- Einige Bemerkungen am Rande zur Einschätzung des Charakters des türkischen Staates

Anhang 1: Aktuelle Flugblätter und Stellungnahmen von "Spartakus" bzw. "Gegen die Strömung

Anhang 2: Auszüge aus ***"Der Hungerstreik in den Gefängnissen des reaktionären türkischen Staates vom 20. Mai bis 28. Juli 1996"***

- Die terroristischen Verhältnisse in den Gefängnissen des türkischen Staates sind die eigentliche Ursache für den Hungerstreik!
- Den Kampf der Hungerstreikenden und den Tod der 12 Genossinnen und Genossen niemals vergessen!
- Der Hungerstreik der kurdischen Gefangenen vom 27.3.1996 bis zum 18.6.1996 - solidarische Unterstützung der Hungerstreikenden vom 20. Mai 1996
- Interview mit einem Angehörigen eines Hungerstreikenden
- Solidaritätsaktionen zur Unterstützung der Hungerstreikenden
- Den Nazi-Terror gegen die kurdische und türkische Bevölkerung nicht unterschätzen
- Die Erfolge und Erfahrungen der Kampfaktionen in den Gefängnissen des türkischen Staates von Mai bis Juli 1996 auswerten!
- Zu den Besonderheiten der Kampfform Hungerstreik
- Ohne gegenseitige solidarische Kritik ist an eine wirkliche Unterstützung eines gerechten, revolutionären Kampfes nicht zu denken!
- Kämpfe von demokratischen und revolutionären Gefangenen in den Gefängnissen der USA, von Nordirland, Peru, in den von Israel besetzten Gebieten, in Spanien, Mexiko und Deutschland

Die Broschüre ist eine gemeinsame Veröffentlichung von „Spartakus" und „Gegen die Strömung" und ist auf Deutsch und Türkisch erhältlich. 120 Seiten, 10 DM plus Porto. Bestellungen an:

BUCHLADEN

Georgi Dimitroff

Speyerer Str. 23, 60327 Frankfurt/M.

Fax +49 (0)69/73 09 20

ÖFFNUNGSZEITEN:

Freitag 16.30 - 19.30 Uhr

Samstag 10.00 - 13.00 Uhr

Vertrieb für

Internationale Literatur

Brunhildstr. 5, 10829 Berlin

GEÖFFNET:

Samstag 11.00 - 14.00 Uhr

Bütün ülkelerin proleterleri birleşin!
Bütün ülkelerin proleterleri ve ezilen halkları birleşin!

...SEL KOMÜNİZMİN ...NCAĞI ALTINDA

Türkiye'de Marksist-Leninist Partinin İnşasına Katkılar

☆ **Die Dokumente des Gründungsparteitags der Kommunistischen Partei der Türkei studieren und einschätzen!**

Die revolutionären und internationalistischen Errungenschaften der Kommunistische Partei der Türkei gegen alle Lügen und Angriffe der Opportunisten verteidigen!

Die Kommunistische Partei der Türkei schrieb den Kampf für eine Sowjetrepublik der Arbeiter und Bauern, der „höchsten Form der Demokratie", auf ihr Banner

Den Einfluß des türkischen Chauvinismus , dem Feind des proletarischen Internationalismus , innerhal der revolutionären Bewegung nicht unterschätzen

☆ **Die programmatischen Dokumente des Gründungsparteitags der Kommunistischen Partei der Türkei**

☆ **Die Entwicklung der kurdischen nationalen Befreiungsbewegung und die Lehren daraus (Teil I)**

Anhang:
W.I. Lenin „Die Lehren des Moskauer Aufstands"

September 2000 (auf Türkisch)

Neuerscheinung

Übersetzung aus dem Türkischen der Nr. 4 von „Unter dem Banner des Wissenschaftlichen Kommunismus", dem theoretischen Organ von „Spartakus" über die Gründung der Kommunistischen Partei der Türkei 1920 und ihren Mitbegründer und führenden Genossen Mustapha Suphi (130 Seiten, 10 DM)

Weiteres Material

Zur Analyse des Werkes und Lebens von Ibrahim Kaypakkaya, dem Mitbegründer und führenden Genosse der TKP/ML Anfang der 70er Jahre (DIN-A3-Flugblatt, kostenlos).

---

3 Programmatische Dokumente der TKP/ML

- **KRITIK AM PROGRAMM DER „TIIKP" (AYDINLIK)**
- **DIE NATIONALE FRAGE IN DER TÜRKEI**
- **ANSICHTEN ÜBER DEN KEMALISMUS**



PROLETARIER ALLER LÄNDER VEREINIGT EUCH!
PROLETARIER ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER VEREINIGT EUCH!

GEGEN DIE STRÖMUNG

Organ für den Aufbau der marxistisch-leninistischen Partei Westdeutschlands

September 1984

Genossen Ibrahim Kaypakkaya gründlich studieren!

Die in den reformistischen Sumpf geratenen „alten Führer" verjagen und sich allseitig und auf lange Sicht auf einen neuen Aufschwung der revolutionären Bewegung in der Türkei vorbereiten!!

Den von Genossen Ibrahim Kaypakkaya gewiesenen revolutionären Weg gehen!

Die vor vier Jahren in der Türkei errichtete Militärjunta hat der revolutionären Bewegung in der Türkei schwere Schläge versetzt. Zersetzungserscheinungen und Verfall in den verschiedensten Organisationen aus der Türkei, Demoralisierung, Rückzug in das Privatleben, aber gerade auch immer offenkundigerer ***Reformismus*** bei den Führeren dieser Organisationen, Verdrehungen und Verfälschung der Lehre von Marx, Engels, Lenin und Stalin, ***Anbiederung und Verschmelzung*** mit den Anhängern des sowjetischen Sozialimperialismus oder auch den sozialdemokratischen Handlangern des westdeutschen Imperialismus sind immer offensichtlicher geworden. In Westdeutschland geht die „Integration" in die hiesige bunte reformistische Szene mit erschreckendem Tempo voran. An revolutionären Aktionen, kämpferischen Losungen und „Schwüre" wird von den führenden (milde geworden oder immer schon doppelzüngigen) Leuten „linker" Organisationen gedacht wie man an etwas „Schönes" denkt, was für immer vorbei und aus ist! Revolution ade!

Auch Ibrahim Kaypakkaya wird ab und zu „gedacht"! Vergangene Zeiten, die für immer vorüber sind!!? Wirklich?

Kein Wort davon ist wahr!

Die Ursachen, die zum revolutionären Kampf in der Türkei vor der Militärjunta geführt haben, sind nicht beseitigt und daher wird auch dieser Kampf wieder aufleben. Die Arbeiter in der Türkei werden weiter in den Fabriken ausgepreßt! Die Landarbeiter

Am 18. Mai 1973 wurde der Genosse Ibrahim Kaypakkaya unter Foltern ermordet. Er war nach einem Überfall der faschistischen Armee auf eine Guerilleinheit der TKP/ML (TIKKO) verhaftet worden. Ibrahim Kaypakkaya blieb auch unter der Folter prinzipienfest. Er erklärte kurz vor seiner Ermordung in seiner Aussage:

„Wir kommunistischen Revolutionäre verheimlichen im Prinzip nirgendwo unsere politische Überzeugung und unsere politischen Ansichten. Nur unsere organisatorischen Aktivitäten, die Genossen, die in der Organisation mit uns zusammenarbeiten, und die Personen und Gruppen, die außerhalb der Organisation sind und uns helfen, geben wir nicht bekannt. Die Dinge, die unter meine persönliche Verantwortung fallen, habe ich sowieso gesagt. Ich habe das, was ich bis jetzt erzählt habe, im Sinne der marxistisch-leninistischen Ideen, an die ich aufrichtig glaube, getan. Und ich bedaure das Ergebnis überhaupt nicht. Unter Einberechnung aller möglichen Folgen und Voraussehung eines Kampfes, der mein Leben kosten wird, habe ich auf diesem Weg gearbeitet. Sollte ich eines Tages aus euren Händen entkommen, werde ich in der selben Art weiterkämpfen."

Tod dem westdeutschen Imperialismus, Henker und Blutsauger der Werktätigen aus der Türkei!

Am 12. September vor genau 4 Jahren haben die Imperialisten und die Reaktionäre den um ihre Befreiung kämpfenden Völkern der Türkei durch die Errichtung einer faschistischen Militärjunta eine blutige Niederlage erteilt.

Hunderte von Toten und zehntausend gefolterte Gefangene, das war der „Erfolg" der vom Imperialismus und den einheimischen Ausbeuterklassen inszenierten faschistischen „Machtübernahme" der Militärs.

Der westdeutsche Imperialismus hat in der Türkei sehr viel Kapital angelegt. Die Arbeiter und Arbeiterinnen, die der Türkei in den Fabriken des westdeutschen Imperialismus arbeiten, schaffen so für die westdeutschen Imperialisten Profite, Extraprofite in gigantischer Höhe. Eine weitere Form der Ausbeutung der Völker der Türkei sind auch die Milliardenkredite des westdeutschen Imperialismus.

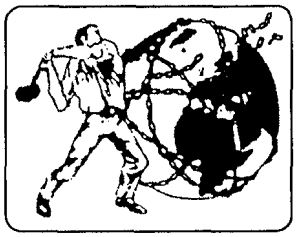
Doch das ist nur eine Seite der Ausbeutung durch den westdeutschen Imperialismus. Auf der anderen Seite profitiert er von der „Einfuhr billiger Arbeitskräfte", vor allem auch aus den rückständigen, noch mit dem Mittelalter verbundenen Gebieten der Türkei. Sie werden hier in Westdeutschland in den Fabriken und Bergwerken Schulter an Schulter mit den westdeutschen Arbeiterinnen und Arbeitern ausgebeutet und unterdrückt. Durch die besonders schwere und schmutzige Arbeit, die die ausländischen Arbeiter und Arbeiterinnen übernehmen müssen und

Fortsetzung auf S. 3

Drucker, Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: A. Odenthal, Vertrieb für Internationale Literatur, Brunhildstr. 5, 10829 Berlin

PROLETARIER ALLER LÄNDER VEREINIGT EUCH!
PROLETARIER ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER VEREINIGT EUCH!

GEGEN DIE STRÖMUNG



Organ für den Aufbau der Revolutionären Kommunistischen Partei Deutschlands

4-5/01 April/Mai 2001

Die kommunistische Arbeit in den Betrieben langfristig vorantreiben!

Am 1. Mai, dem Kampftag der Arbeiterklasse, stellt sich seit über 150 Jahren verstärkt die Frage, ob es denn eine Alternative zum Profitsystem des Kapitalismus, zur Ausbeutung und dem Privateigentum an Fabriken und Produktionsmitteln überhaupt gibt. Das Ziel des Kommunismus wird von Vielen heute als „Utopie" verlacht. Die Möglichkeit des Siegs über das Kapital, durch die diktatorische Unterdrückung der Bourgeoisie und aller Reaktionäre durch die Mehrheit der Arbeiterinnen und Arbeiter zur Abschaffung der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen, wird als „Hirngespinst" abgetan. Für die kommunistischen Kräfte heute ist klar, daß wirklich an diesen Zielen festzuhalten bedeutet, nicht allein die Verbrechen des kapitalistischen Systems anzuprangern und zu entlarven, nicht nur die Perspektive des Sozialismus und Kommunismus möglichst realistisch darzulegen, sondern auch einen harten, langfristigen, systematischen Kampf zu führen, um eine feste Mehrheit in den Betrieben für den Kampf um die Vorbereitung und Durchführung der sozialistischen Revolution zu gewinnen. Der Kampf um die Gewinnung der Mehrheit in der Arbeiterklasse aber bedeutet, den Kampf für die Schaffung kommunistischer Betriebszellen systematisch und planvoll aufzunehmen und weiterzuführen.

Über die Großbetriebe im System des kapitalistisch-imperialistischen Deutschlands

Um es nicht dem Zufall zu überlassen wo die kommunistischen Kräfte vor allem versuchen Betriebeszellen aufzubauen, müssen Grunddaten über die zahlenmäßige Verteilung des Proletariats in den Betrieben des deutschen Imperialismus bewußt sein.

Von den ca. 5 Millionen Arbeiterinnen und Arbeiter, die das städtische Industrieproletariats ausmachen, arbeiten in industriellen Betrieben mit mehr als 1.000 Beschäftigen ca. 2 Millionen; in Großbetrieben mit über 10.000 Beschäftigten etwa 1 Million. Der Rest von 2 Millionen verteilt sich auf kleinere Betriebe (siehe „Aspekte zur Klassenanalyse", S. 2)

Gemessen an der Größe der Betriebe, an der Zahl der in ihnen beschäftigten Arbeiterinnen und Arbeiter und ihrer Bedeutung für die industrielle Gesamtproduktion sind es nicht mehr als 25 Betriebe, die das Herzstück der gesamten industriellen Produktion des deutschen Imperialismus in Deutschland ausmachen. Dort ist also die übergroße Mehrheit der 1 Million Arbeiterinnen und Arbeiter, die in Großbetrieben arbeiten, konzentriert.

Kriterien für die Einschätzung der Lage im jeweiligen Betrieb

Die Unterscheidung zwischen diesen wichtigsten Großbetrieben und den anderen Betrieben des deutschen Imperialismus ist ein erstes wichtiges Kriterium für kommunistische Betriebsarbeit, es ist jedoch nicht ausreichend.

Erstens muß weiterhin bewußt sein, daß in bestimmten Großbetrieben die Ausbeutungszentralen des deutschen Finanzkapitals ihren Sitz haben. Das bedeutet, daß große Teile der Beschäftigten dieser Betriebe keineswegs Arbeiterinnen und Arbeiter sind, sondern oft bestechliche und schon bestochene Elemente, die die weltweite Ausbeutung des deutschen Finanzkapitals organisieren und koordinieren.

Zweitens sind die Kampftraditionen der jeweiligen Betriebe zu analysieren, aber auch die jeweiligen Niederlagen, vor allem auf Grund des Wirkens der Arbeiteraristokratie, der Opportunisten und der Gewerkschaftsführung außerhalb und innerhalb der Betriebe, um genau die Besonderheiten des Kampfes innerhalb dieser Betriebe zu kennen.

Dabei ist es wichtig über Betriebsräte, Gewerkschafter und Gewerkschafterinnen, die in den jeweiligen Betrieben arbeiten, an realistische Zahlen und Daten heranzukommen, um die von bürgerlichen Statistikern verschleierte und verfälschte Realität wirklich erkennen zu können.

Aufgrund dieser Analyse gilt es möglichst realistisch die Lage in den jeweiligen Betrieben einzuschätzen, um dann auf dieser Basis bewußt zu entscheiden, in welche Großbetriebe vorrangig kommunistische Kader geschickt werden.

Grundprobleme der kommunistischen Betriebsarbeit, die eben nicht in erster Linie Gewerkschaftsarbeit ist

● Die besonderen Aufgaben der Arbeit unter den Arbeiterinnen und Arbeitern aus anderen Herkunftsländern müssen erkannt werden. Insbesondere gilt es den ***Kampf gegen jegliche Formen des deutschen Chauvinismus zu führen sowie gegen die besonders brutale Ausbeutung der Arbeiter und Arbeiterinnen aus anderen Herkunftsländern.*** Dies ist eine Voraussetzung, um überhaupt eine internationalistische Kampffront der Arbeiterinnen und Arbeiter aller Länder in den Betrieben schaffen zu können.

● Kommunistische Betriebsarbeit muß in organisatorischer Hinsicht von Anfang an im Kampf gegen alle Formen des Legalismus ***auf illegaler Grundlage durchgeführt werden***, um gegen die Schläge der Bourgeoisie – Entlassungen, Gerichtsverfahren, gewaltsame Angriffe, Verhaftungen etc. – maximal gewappnet zu sein.

Bei der illegalen Arbeit im Betrieb geht es darum, sich legale Stützpunkte z. B. in den Gewerkschaften zu schaffen, das heißt, es geht darum, die ***illegale mit der legalen Arbeit zu verbinden.*** Auf der Basis der illegalen Struktur gilt es zu lernen, in allen legalen Organisationen wie z. B. den Gewerkschaften ohne aufzufliegen arbeiten zu können, um an die Arbeiterinnen und Arbeiter überhaupt heranzukommen, sie mobilisieren und organisieren zu können.

● In einem Brief an einen Parteigenossen beschrieb Lenin 1902 ***den Aufbau und die Aufgaben einer Betriebszelle.***

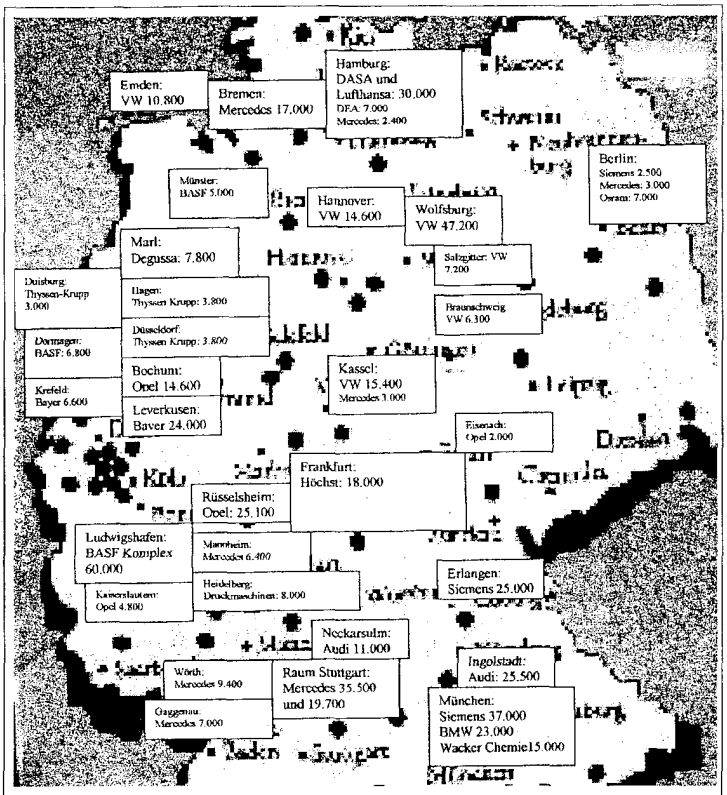
Lenin stellte klar, daß eine solche Zelle aus mehreren Kadern besteht wobei eine Regel ist, daß Kader verdeckt arbeiten müssen, um den illegalen Aufbau der Betriebszelle zu garantieren. Es muß aber gewährleistet sein, daß mindestens ein Kader legalen Kontakt zu den Arbeiterinnen und Arbeitern hält, diesen Kader ***„muß man davor bewahren, daß er überführt wird"***. Er muß an vorderster Kampffront stehen ***„obgleich er an der Revolution nicht teilnimmt (man sieht nichts davon)"***. Weiter macht Lenin klar, daß ein Kader die Verbindung zur Zentrale der KP halten muß. Beide Kader müssen jeweils einen Stellvertreter haben, um z. B. bei Entlassung oder gar Verhaftung die Kontinuität der kommunistischen Betriebsarbeit garantieren zu können. Lenin macht also deutlich, daß die Verbindung von illegaler und legaler Arbeit unbedingt eine sorgfältig organisierte Arbeitsteilung in der Betriebszelle als Grundlage haben muß.

Ein Kernpunkt dieser Arbeitsteilung ist auch die Organisierung verschiedenster Zirkel, die unterschiedliche Aufgaben haben. Die einen Zirkel organisieren den Kampf gegen Spitzel, die anderen führen kommunistische Schulungen durch etc.



ca. 100 Seiten, 10 DM

Beilage: Roter Pressespiegel, Überblick zu den Pressespiegeln Januar – März 2001



Wichtige Großbetriebe in Deutschland

Bei diesen Zahlen muß bewußt sein, daß sie lediglich die Gesamtzahl der Beschäftigten in diesen Großbetrieben wiedergeben. Es war nicht möglich aufgrund der uns vorliegenden bürgerlichen Statistiken aufzuschlüsseln, wieviel Arbeiterinnen und Arbeiter, wieviel Angestellte und wieviel Teil der Arbeiteraristokratie sind. Um diese Analyse leisten zu können sind wir auf Daten und Fakten direkt aus den Betrieben, von Betriebsräten, Gewerkschaftern und Gewerkschafterinnen angewiesen.

Als Regel für den Grad der Konspiration dieser Zirkel sagt Lenin:

> **„Die Konspiration wird im umgekehrten Verhältnis zur Zahl der Mitglieder eines Zirkels und im direkten Verhältnis dazu sein, wie weit die Ziele des Zirkels vom *unmittelbaren Kampf* entfernt sind."**
> (Alle Zitate nach: Lenin, „An P. G. Smidowitsch", 1902, Werke Band 34, S. 95)

Das bedeutet: Je mehr Mitglieder ein Zirkel hat und je weiter er von der unmittelbaren revolutionären Tätigkeit entfernt ist, je geringer ist die Konspiration; je enger die Arbeit mit den revolutionären Aufgaben verbunden ist, desto kleiner die Gruppe, um so größer die Konspiration.

Diese grundlegenden Hinweise Lenins richtig auf die Besonderheiten Deutschlands, ja jedes einzelnen Betriebes in dem wir kämpfen, anzuwenden, ist ein zentrales Problem kommunistischer Betriebsarbeit.

● ***Die Entlarvung und der Kampf gegen alle falschen Freunde, ihre Ideologien sowie ihre betrügerischen Methoden*** ist zentraler Bestandteil kommunistischer Betriebsarbeit. Der Kampf gegen die Opportunisten, vor allem der PDS, aber auch der DKP und andere Pseudomarxisten, gegen sämtliche Arbeiteraristokraten, vor allem die DGB-Fürsten und DGB-Bürokraten, ist besonders wichtig. Ein Ziel ist es die Führung der gerechten Kämpfe der Arbeiterinnen und Arbeiter den falschen Freunden zu entreißen, um diese Kämpfe schließlich führend leiten zu können. All dies sind Voraussetzungen, um tatsächlich weiterführende Erfolge bei der Erziehung des Proletariats zu kommunistischem Bewußtsein zu erzielen.

● Der ***Kampf gegen Betriebsspitzel und Provokateure aller Art***, insbesondere auch ***gegen Streikbrecher,*** ist eine eigenständige Aufgabe, die systematisch organisiert werden muß. Dabei ist es klar, daß die bestochene Arbeiteraristokratie potentieller Helfer der Bourgeoisie ist, weil ja diese ganze Schicht materiell und ideologisch ganz und gar an die Bourgeoisie gekettet ist. Spitzel, Provokateure und Streikbrecher werden aber auch immer wieder aus den Reihen der „einfachen" Arbeiter gewonnen, durch Drohungen, Bestechungen etc. – das darf nicht unterschätzt werden.

In der ersten Phase des Parteiaufbaus, in der wir uns nach wie vor befinden, geht es bei der kommunistischen Betriebsarbeit vor allem darum, die fortgeschrittensten Kräfte des Proletariats für die Kommunistische Partei zu gewinnen.

Die grundlegende Form der praktischen Arbeit der Kommunistischen Partei ist auch im Betrieb in der ersten Phase des Parteiaufbaus die Propaganda. Jedoch ist klar, daß ohne Agitation, ohne Aktionen, z. B. zur Entlarvung von Arbeiterverrätern, ohne daß sich die kommunistischen Kader in den Betrieben nach Kräften an allen gerechten Kämpfen beteiligen, führend in diesen Kämpfen vorangehen und nach Möglichkeit neue, stärkere, immer militantere Kämpfe entfachen, an kommunistische Betriebsarbeit nicht zu denken ist.

☆☆☆

Der Grund, warum in erster Linie kommunistische Arbeit langfristig in den Großfabriken des deutschen Imperialismus nötig ist steht im engen Zusammenhang mit der Erkenntnis, daß in erster Linie das Proletariat die Kraft ist, die Verbündete aus anderen Schichten in Stadt und Land in den Kampf führen und wirklich das Kapital, seinen Staat, vor allem seine Armee besiegen kann.

Anders gesagt: wer wirklich den Sieg der sozialistischen Revolution will, muß die Argumente prüfen, warum das Proletariat der Totengräber des kapitalistischen Systems sein kann und sein wird.

Dabei geht es nicht nur darum zu verstehen, daß andere Schichten, Angestellte, Intellektuelle, die

Aspekte zur Klassenanalyse der ausgebeuteten Werktätigen

Legt man Kriterien für die Beurteilung der Zugehörigkeit zu einer Klasse zu Grunde -also den Platz in der gesellschaftlichen Produktion, das Verhältnis zu den Produktionsmitteln, die Rolle bei der Leitung, Planung und Organisation der Produktion, die Art der Erlangung und die Höhe des Einkommens- ergibt sich aufgrund unserer Auswertung bürgerlicher Statistiken folgendes grobes Bild über die zahlenmäßige Größe und die Schichtung der Arbeiterklasse und der anderen Werktätigen in Deutschland:

● Von der ungefähr 82 Millionen Menschen zählenden Gesamtbevölkerung in Deutschland gibt es nach bürgerlich-juristischen Kriterien ca. 36 Millionen „Erwerbstätige" (zusätzlich sind ca. 4 Millionen offiziell erwerbslos gemeldet, wobei die tatsächliche Zahl der Erwerbslosen um einige Millionen höher ist); 15 Millionen sind Frauen, 21 Millionen Männer. Etwa 12,5 Millionen davon werden als „Arbeiter und Arbeiterinnen" (9 Millionen „Arbeiter", 3,5 Millionen „Arbeiterinnen") bezeichnet. Annähernd 3 Millionen aller Werktätigen kommen aus anderen Herkunftsländern, weit über die Hälfte, nämlich 1,9 Millionen sind Arbeiterinnen und Arbeiter.

● Von den ca. 12,5 Millionen „Arbeiterinnen und Arbeitern" sind ca. 44 Prozent das sind ca. 5,5 Millionen an- oder ungelernt; davon sind fast drei Viertel Arbeiterinnen und etwa ein Drittel Arbeiter. Facharbeiter und Facharbeiterinnen sind ca. 48 Prozent, das sind ca. 6 Millionen. Etwa die Hälfte aller Werktätigen aus anderen Ländern sind an- oder ungelernte Arbeiter und Arbeiterinnen. Zu den Vorarbeitern und Vorabeiterinnen, den Meistern und Polieren, also zu den oberen Schichten der Arbeiterinnen und Arbeiter gehören ca. 8 Prozent, das sind fast 1 Million.

Ca. 40 Prozent der Arbeiter und neun Zehntel der Arbeiterinnen bekommen lediglich einen Netto-Lohn von unter 2.200 Mark. Dies ist ein grober Anhaltspunkt, um nach der Höhe des Einkommens die besser gestellten Schichten des Proletariats von den mittleren und unteren zu unterscheiden.

Mehr als 5 Millionen Arbeiter und Arbeiterinnen arbeiten im Bergbau und in der Fabrikproduktion, mehr als 2 Millionen arbeiten auf dem Bau.

In manchen Bereichen macht der Anteil der Arbeiterinnen und Arbeiter aus anderen Herkunftsländern bis zu einem Drittel aus: so stammen etwa 30 Prozent der Bergarbeiter aus der Türkei, in der Metallindustrie kommt ein Drittel aus anderen Herkunftsländern, vor allem aus der Türkei; im Baugewerbe kommt etwa ein Viertel, vor allem aus der Türkei und aus dem ehemaligen Jugoslawien.

☆☆☆

Kernproblem einer wissenschaftlichen Klassenanalyse der ausgebeuteten Werktätigen ist, daß die inneren Zusammenhänge und die Entwicklung der Klassenwidersprüche nicht offenliegen, sondern verhüllt sind. Nur mit Hilfe der Wissenschaft, genauer gesagt mit Hilfe des wissenschaftlichen Kommunismus und seiner tiefgehenden Beherrschung ist es möglich, von den diversen Erscheinungen zum wirklichen Kern vorzudringen, sich nicht vom Schein trügen zu lassen. Gegen das ganze System des bürgerlichen Betrugs, vor allem auch mit Hilfe der bürgerlichen Statistik, kann man ohne den wissenschaftlichen Kommunismus als „Mikroskop" und „Teleskop" nicht ankommen.

Das entscheidende Hindernis einer kommunistischen Klassenanalyse liegt in der Tatsache, daß sämtliche Analysen und Faktensammlungen über die ökonomische und politische Lage der Arbeiterklasse von Spezialisten der Bourgeoisie oder von den modernen Revisionisten z. B. der ehemaligen Sowjetunion oder der ehemaligen DDR durchgeführt wurden und werden. Eine der wichtigsten Voraussetzungen für die Ausarbeitung einer kommunistischen Klassenanalyse besteht also in der kommunistischen Kritik dieser Machwerke.

Aus all diesen Gründen sind die hier dargestellten Zahlen lediglich erste grobe Schätzungen nach der Analyse diverser bürgerlicher Statistiken, die vor allem bemüht sind die Daten über die Arbeiterinnen und Arbeiter, ihre Anzahl, ihre Verteilung etc. möglichst weitgehend zu verschleiern.

Um die Mehrheit des Proletariats für die Revolution gewinnen zu können gilt es zu zu den untersten Schichten der Arbeiterklasse zu gehen, eine immer konkretere Klassenanalyse anzupacken im Bewußtsein, daß sich im Verlauf der Vorbereitung und der Durchführung der Revolution entscheidet, wer auf der Seite der Revolution und wer auf der Seite der Konterrevolution steht.

Was bedeutet die Losung „Jeder Betrieb muß unsere Festung sein!" ?

„Jeder Betrieb muß unsere Festung sein!" -diese Losung Lenins bedeutete und bedeutet, daß die Mehrheit der Arbeiterklasse nur durch den Kampf der KP in den Betrieben überzeugt, gewonnen und organisiert werden kann. Denn nur dort kann der Haß und die Kraft entstehen, die notwendig sind, den Kampf um die Zerschlagung des gesamten Systems des Imperialismus siegreich durchführen zu können.

Diese Losung bedeutet jedoch nicht, wenn es darum geht den bewaffneten Kampf gegen die Ausbeuter zu organisieren und durchzuführen, sich militärisch defensiv in den Betrieben zu verschanzen. Dies hat vor allem auch das Beispiel von Chile 1973 überdeutlich gezeigt.

In Chile wurde 1970 Allende zum Präsidenten gewählt, was von den modernen Revisionisten weltweit, sowie von der Allende-Regierung und der revisionistischen „K"P Chiles als Beispiel gefeiert wurde, daß angeblich der „friedliche Weg zum Sozialismus" möglich sei.

Was in Chile nach 1970 wirklich passiert ist, wird deutlich anhand der Schilderung der Situation in Chile kurz vor und während des faschistischen Militärputschs 1973 durch einen revolutionären Genossen. Er macht klar, daß die Allende-Regierung im Bündnis mit den Revisionisten der „K"P Chiles unter den Arbeiterinnen und Arbeitern vor dem faschistischen Militärputsches in Chile 1973 die reaktionäre Parole ausgab, die Waffen abzugeben und daß die Arbeiterinnen und Arbeiter - auch mit Hilfe der alten, reaktionären chilenischen Armee - entwaffnet wurden:

„Der Staatsapparat war sowieso im wesentlichen derselbe geblieben. Hinzu kam, daß Allende unter dem Vorwand, „die Faschisten zu entwaffnen" das Volk durch Hausdurchsuchungen etc. systematisch entwaffnen ließ und große Mengen von Waffen von seinen Anhängern abgeliefert wurden. Auch den revolutionären Kräften ist ein gewisser Teil der Waffen, die sie so bitter nötig hatten, bei Hausdurchsuchungen genommen worden."
(„Gegen die Strömung" Nr. 40, „Die Revolution in Chile unterstützen!", 1986, S. 2/3)

Vor der Wahl Allendes zum Präsidenten in Chile 1970 war die reaktionäre Armee Chiles ein Instrument der herrschenden Ausbeuterklassen Chiles und hatte eine lange und blutige Tradition im Kampf gegen die Ausgebeuteten. Während Allendes Regierungszeit bis 1973 wurde diese Armee im Wesentlichen nicht angetastet, sie war also auch während der Regierungszeit Allendes nichts anderes als die Armee der herrschenden Ausbeuterklassen Chiles. Das bewahrheitete sich dann während des faschistischen Militärputsches blutig.

Der Genosse aus Chile schildert, daß während des Putsches über Radio von der Allende-Regierung ganz falsch verkündet wurde, sich in die Betriebe zurückzuziehen wo die Arbeiterinnen und Arbeiter angeblich von der reaktionären Armee Chiles Waffen bekommen würden. In Wirklichkeit beschoß diese Armee die Fabriken mit Bomben und Panzern und ermordete Arbeiterinnen und Arbeiter.

„Als der Putsch durch die Bombardierung des Präsidentenpalastes begann, waren die Radiostationen noch in der Hand der Allende-Regierung. Über Radio wurden die Arbeiter und Werktätigen aufgefordert, in die Fabriken zu gehen, Teile des Militärs wären auf der Seite Allendes und dort würden sie mit Waffen versorgt...Die Faschisten haben mehrere Stunden seit der Bombardierung des Präsidentenpalastes gebraucht, bis sie die wichtigsten Fabriken mit Panzern umstellt hatten. In dieser Zeit wäre es möglich gewesen, aus den Betrieben herauszugehen und den Kampf anders zu organisieren. So aber bestand nicht die geringste Chance für einen Widerstand. Tatsächlich wurden die Fabriken vollständig zusammengeschossen und ausgeräuchert."

Die Verbreitung der Losung, daß die Arbeiterinnen und Arbeiter zurück in die Fabriken gehen sollten durch die Allende Regierung und die Revisionisten der „K"P Chiles, war in dieser Situation durch und durch reaktionär. Der reaktionären chilenischen Armee wurde es nicht zuletzt durch diese *Parole erleichtert die Massaker in den Fabriken* Chiles durchzuführen.

In dieser Situation wäre es darum gegangen, aus den Betrieben herauszugehen, um der Umzingelung durch die reaktionäre chilenische Armee zu entgehen, sich in Kampftruppen zu organisieren, zu bewaffnen und offensiv den Kampf gegen den faschistischen Militärputsch, die reaktionäre chilenische Armee zu organisieren und zu führen.

Das Beispiel Chile 1973 hat gezeigt, daß die Vorstellung eines „friedlich-parlamentarischen Wegs zum Sozialismus", wie ihn die modernen Revisionisten von der KPdSU über die DKP und SED seit 1956 propagierten und ihre Nachfolger immer noch propagieren, nur zu blutigen Niederlagen der Arbeiterklasse führen kann:

30.000 ermordet, 150.000 gefoltert, 1 Million aus Chile geflüchtet!

Das Beispiel Chile 1973 hat gezeigt, daß es darum geht im bewaffneten Kampf der Mehrheit des Proletariats und seiner Verbündeter diesen reaktionären Staatsapparat, die reaktionäre Armee und die anderen bewaffneten Kräfte der Imperialisten zu zerschlagen, um die Ausbeuter wirklich stürzen zu können. Denn die Ausbeuter werden niemals freiwillig ihr Ausbeuterparadies aufgeben und deshalb nicht zurückschrecken auch ihre Armee einzusetzen, um die Kämpfe der Arbeiterinnen und Arbeiter, die Revolution blutig niederzuschlagen.

☆☆☆

werktätige und ausgebeutete Bauernschaft nicht die Durchschlagskraft und die Konsequenz für die sozialistische Revolution entwickeln können, auf Grund ihrer gesamten Lage schwankend und unentschlossen sind, sondern es geht in erster Linie darum, zu verstehen, welche objektiven unwiderlegbaren Interessen das Proletariat schließlich zur sozialistischen Revolution, zur Aufhebung des Privateigentums an Fabriken und Produktionsmitteln überhaupt, zur Abschaffung des Systems der Lohnarbeit, des Verkaufs der eigenen Arbeitskraft als Ware bewegen, ja zwingen wird.

Aber der theoretischen Argumentation über die welthistorische Rolle der Arbeiterklasse bei der Zerschlagung des Kapitalismus steht die Realität des realen Bewußtseinsstand der großen Mehrheit der Arbeiterklasse im jeweils „eigenen" Land, für uns in Deutschland, gegenüber.

Die Arbeiterklasse in Deutschland hat schon wahrlich bessere Zeiten in Bezug auf ihren Bewußtseinsstand gesehen. Seit Karl Marx und Friedrich Engels 1848 das „Manifest der Kommunistischen Partei" schrieben, ist sie einem gewaltigen System der ideologischen Beeinflussung, Manipulation, der Bestechung und der Repression ausgesetzt.

Gerade die wenigen bewußten nur an die Tausend zählenden kommunistisch orientierten Arbeiterinnen und Arbeiter in den Großfabriken wissen sehr genau, daß opportunistische Schmeicheleien über ein angeblich heute vorherrschendes „Klassenbewußtsein" bei der Mehrheit der Arbeiterklasse dümmliche Lügerei oder Selbstbetrug ist. Die Wahrheit ist, daß Opportunismus und deutscher Chauvinismus in breiten Teilen unter den deutschen Arbeiterinnen und Arbeitern nicht nur die Folge ideologischer Beeinflussung durch die Massenmedien des deutschen Imperialismus ist. Dieser Opportunismus und deutsche Chauvinismus wird auch sehr materiell und handfest durch reale Drohungen mit Entlassung, bei Arbeitskämpfen mit Polizeiterror, aber auch durch Bestechungen, kleine und größere Vergünstigungen verankert, wie sie sich eine imperialistische Großmacht wie Deutschland durch die Ausplünderung auch der Werktätigen anderer Länder leisten kann.

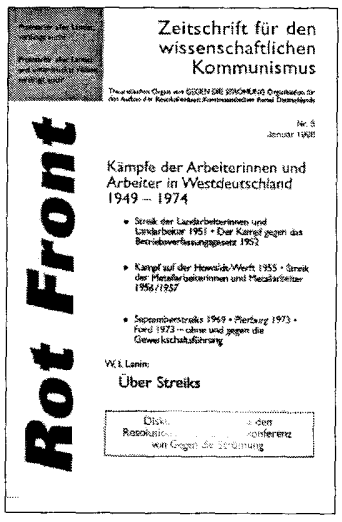
Der aktuelle Zustand des Bewußtseins und der Kampfkraft der Arbeiterklasse in Deutschland ist nicht vom Himmel gefallen, sondern ist das Ergebnis von Erfolgen, vor allem aber auch einer Kette von Niederlagen der kommunistischen Aufklärung und Organisierung.

Der Kampf in der Arbeiterklasse in Deutschland innerhalb des letzten Jahrhunderts umfaßt den imperialistischen Taumel und den sozialdemokratischen Verrat zur Zeit des ersten Weltkrieges, die Erfolge der Organisierung von über 300 000 Mitglieder der KPD vor allem in den Betrieben während des Bestehens der Weimarer Republik mit einem großen in die Millionen gehenden Umfeld, vor allem aber dann auch die welthistorische Niederlage der deutschen Arbeiterbewegung durch den Nazifaschismus.

Die verschiedensten Kämpfe, Erfolge und Niederlagen, haben tiefe Spuren, auch der Resignation innerhalb der Arbeiterbewegung in Deutschland hinterlassen:

- Die ersten positiven Versuche nach 1945 erneut durch kommunistische Betriebsarbeit in Westdeutschland eine starke Kommunistische Partei aufzubauen;
- die ersten Erfolge bei der Aufklärung und Organisierung von kommunistisch orientierten Teilen der Arbeiterklasse in der DDR. Dann aber vor allem das Zerrbild eines polizeistaatlichen Pseudosozialismus und dem Verrat an den Ideen des Kommunismus, der sozialistischen Demokratie und der Idee der Diktatur des Proletariats spätestens ab 1956;
- das Verbot der KPD in der BRD und der völlige revisionistische kapitulantenhafte Niedergang der KPD bzw der SED in beiden Teilen Deutschlands.

Die Herrschaft des Kapitals ist heute weitgehend vor allem dadurch gefestigt, daß nicht zuletzt mit Hilfe des Gewerkschaftsapparates, die Betriebe von kommunistischen Kräften in den letzten 50 Jahren systematisch gesäubert wurden. Diese Säuberungen konnten relativ leicht durchgeführt werden, weil die



217 Seiten, 15 DM

Warum das Proletariat die revolutionäre Klasse ist

Vor einiger Zeit schrieb uns eine Leserin:

„Und als solche, offen gesagt, halte ich eine kämpfende solidarische Arbeiterschaft für illusionär".

Diese Vorstellungen sind nach wie vor bei Leuten, die wirklich gegen Verbrechen des deutschen Imperialismus kämpfen wollen und auch kämpfen, leider relativ weit verbreitet. Hinter dieser Auffassung, die von wirklich wunden Punkten, von den Schwächen des Bewußtseins der heutigen Arbeiterbewegung in Deutschland ausgeht, steckt jedoch eine Fülle tiefsitzender falscher Ansichten.

In Wahrheit steckt hinter der ganzen Argumentation dieser Leute die fest verankerte Vorstellung, daß eine Revolution zwar vielleicht nötig wäre, aber ganz und gar unmöglich sei.

Denn ***wenn nicht das Proletariat, wer soll dann die Verhältnisse ändern?*** Ein paar Blicke auf den Zustand der anderen Klassen und Schichten zeigt ja überdeutlich, daß diese - etwa die Intellektuellen - nun ja auch nicht gerade zu 90% revolutionäre Kämpfer für Gerechtigkeit sind.

Und so entpuppt sich so manche „kritische Stimme" als Resignation, als Kapitulation: es wird überhaupt ***keine Kraft*** gesehen, die in der Lage wäre, eine Revolution durchzuführen oder gar zu führen. Die Wurzel solcher Fehler liegt nicht nur in einer gewissen ***Arroganz gegenüber der Arbeiterklasse*** überhaupt, sondern vor allem im ***Unverständnis der tieferen Gesetzmäßigkeiten der gesellschaftlichen Entwicklung,*** die das Proletariat letztendlich zum revolutionären Kampf zwingen werden.

Das entscheidende Argument von uns gegen solche pessimistischen, die Arbeiterklasse verachtenden Ansichten darf nicht in einer Art „Proletkult" bestehen, in einer Übertreibung und Verherrlichung des realen Zustands der revolutionären Kräfte in der Arbeiterklasse. Unser Argument ist dasselbe, das Karl Marx und Friedrich Engels bereits vor 150 Jahren den „Skeptikern", die von der Revolution nichts wissen, nicht dafür kämpfen wollten, entgegenhielten:

> ***„Es handelt sich nicht darum, was dieser oder jener Proletarier oder selbst das ganze Proletariat als Ziel sich einstweilen*** **vorstellt.** ***Es handelt sich darum,*** **was es ist,** ***und was es diesem*** **Sein** ***gemäß geschichtlich zu tun gezwungen sein wird."***
> (Marx/Engels, „Die heilige Familie oder Kritik der kritischen Kritik", 1844 - 46, Werke Band 2, S. 38)

Entscheidend ist, daß es nicht um heute und jetzt geht, um den heutigen Bewußtseinsstand der Arbeiterklasse, sondern darum, welche Klasse, welche Schicht durch ihre objektive Lage die besten Möglichkeiten hat, durch die Verhältnisse gezwungen wird, den Kampf zur Vernichtung des Kapitalismus, zur Errichtung der Diktatur des Proletariats, zum Aufbau des Sozialismus und Kommunismus aufzunehmen und zu führen.

Der wissenschaftliche Kommunismus hat längst bewiesen - und wird darin durch die tägliche Realität immer wieder bestätigt - daß der Kapitalismus ein System ist, das tagtäglich Widersprüche erzeugt, die es selbst nicht lösen kann. Diese Widersprüche bringen verheerende Wirtschaftskrisen, imperialistische Kriege und die immer weiter umsichgreifende Verelendung der breiten Massen - auch in den imperialistischen Ländern - gesetzmäßig hervor. Die Arbeiterinnen und Arbeiter, die anderen Werktätigen in Deutschland werden zwangsläufig dazu gezwungen werden - wollen sie nicht untergehen -, gegen zunehmende Ausbeutung und Verelendung und auch immer mehr gegen das ganze System des deutschen Imperialismus selbst zu kämpfen.

Für den wissenschaftlichen Kommunismus ist die Arbeiterklasse diese revolutionärste Kraft. Warum?

Die Arbeiterklasse besitzt keine Produktionsmittel und hat insofern - heute wie vor 150 Jahren - in der Revolution nichts zu verlieren als ihre Ketten. Sie steht deshalb als Klasse als einzige der Bourgeoisie unversöhnlich und konsequent gegenüber. Sie ist mit der Großproduktion, der fortgeschrittensten Form der Produktion, der grundlegenden Produktionsform des Sozialismus und Kommunismus verbunden. Das Proletariat hat deshalb als einzige Klasse eine wirkliche Zukunft. Die Konzentrierung der Arbeiterinnen und Arbeiter in den Fabriken erleichtert ihre Bewußtmachung, ihre Organisierung, die Schaffung einer bewußten Disziplin bei ihnen.

Bedeutet die Charakterisierung der Arbeiterklasse als Totengräber des Kapitalismus, daß sie automatisch, „von selbst" in der Lage ist der Bourgeoisie ihr Grab zu schaufeln - wie die verschiedensten Opportunisten verbreiten?

Lenin hat in seiner Schrift „Was tun?" diese Frage schon 1902 prinzipiell beantwortet. Die Arbeiterklasse kann allein durch ihre wirtschaftlichen und politischen Kämpfe nicht ein solches Bewußtsein entwickeln, um die Revolution zum Sieg führen zu können. Die spontane Arbeiterbewegung führt - auf sich alleine gestellt, ohne eine zielklare revolutionäre Kommunistische Partei, die sie führt und erzieht - trotz aller Kraftanstrengungen dennoch zur Vorherrschaft der bürgerlichen Ideologie in der Arbeiterklasse, weil

- die bürgerliche Ideologie ihrer Herkunft nach viel älter, viel ausgefeilter und weitverzweigter ist als die sozialistische, und
- über unvergleichlich mehr Mittel und Kanäle der Verbreitung verfügt.

Aus diesen Gründen ist auch heute die bürgerliche Ideologie in der Arbeiterklasse in Deutschland vorherrschend. Weil es keine Kommunistische Partei gibt, die den Kampf gegen alle Formen des Opportunismus und Revisionismus, gegen alle Lakaien der Bourgeoisie unnachgiebig führt, kann sich die bürgerliche Ideologie ungestört ausbreiten und immer tiefer ins Bewußtsein der Arbeiterklasse eindringen.

Die Aufgabe der Kommunistischen Partei, der Partei des Proletariats, die die Theorie des wissenschaftlichen Kommunismus beherrschen muß, ist es, in die Arbeiterklasse sozialistisches Bewußtsein hineinzutragen, die Arbeiterinnen und Arbeiter anhand ihrer eigenen Erfahrungen zu erziehen, zu organisieren.

Sozialistisches Bewußtsein schaffen bedeutet vor allem folgendes:

Das Proletariat muß begriffen haben, daß es die Bourgeoisie nur stürzen kann, wenn es unter den anderen Ausgebeuteten Verbündete gewinnt, wenn es versteht, sie an sich heranzuziehen und zu führen, wenn also die ***Hegemonie des Proletariats*** verwirklicht wird. Dazu darf die revolutionäre Erziehung des Proletariats keinesfalls nur auf die Erkenntnis der eigenen Lage gelenkt werden, sondern die Arbeiterklasse muß alles wissen über alle Klassen und Schichten, über ihr Verhältnis zum bürgerlichen Staat und untereinander. Denn nur so kann sie wirklich den Klassenfeind, seine Parteien und seine Politik durchschauen, ihre eigene führende Rolle in der proletarischen Revolution verstehen und durchsetzen lernen.

Aufgabe der Kommunistischen Partei, der kommunistischen Betriebsarbeit ist es, in der Arbeiterklasse Klarheit über den Hauptfeind der „eigenen" Revolution, die Grundstruktur der kapitalistischen Gesellschaft und den Weg ihrer Beseitigung, Klarheit über die Ziele des Sozialismus und Kommunismus, die Notwendigkeit der Diktatur des Proletariats und der Zerschlagung des bürgerlichen Staatsapparates im Bürgerkrieg, Klarheit über die Notwendigkeit der weltweiten Vernichtung des Imperialismus, zu schaffen. Das bedeutet vor allem auch, die Aufgabe zu erfüllen, im Kampf gegen den deutschen Chauvinismus und Rassismus die Losungen ***„Proletarier aller Länder, vereinigt euch!" und „Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt euch!"*** zu propagieren, ihre Bedeutung der Arbeiterklasse bewußtzumachen und sie dazu zu befähigen, danach zu handeln. Die Arbeiterklasse in Deutschland wie in jedem Land muß aus der internationalen kommunistischen und Arbeiterbewegung, aus dem Kampf insbesondere der vom „eigenen" Imperialismus unterdrückten Völker lernen, muß ***die internationale Situation, die Kräfte der internationalen Konterrevolution und die Kräfte der proletarischen Weltrevolution*** genau kennen, sonst ist an einen siegreichen Kampf für die proletarische Revolution als Teil der proletarischen Weltrevolution, in Deutschland wie in jedem Land, nicht zu denken.

kommunistischen Kräfte darauf nicht genügend vorbereitet waren. Dies hat seine Ursache auch darin, daß das revisionistische Gift sich schon seit den 50er Jahren in der Arbeiterbewegung immer weiter ausbreiten konnte.

Zumindest offene kommunistische Arbeit in den Betrieben führte und führt nach wie vor zur sofortigen Entlassung (und zum Gewerkschaftsausschluss).

Doch was besagt das? Daß der Kampf zur Gewinnung der Mehrheit der Arbeiterklasse schwer ist? Sehr schwer? Daß keine kurzfristigen Erfolge zu erzielen sind?

Ja, genau das ist richtig. Das besagt, daß mit klarem Kopf, Überzeugung und realistischer Einschätzung der Kampf um die Mehrheit der Arbeiterklasse in den Betrieben geführt, daß systematisch und konspirativ kommunistische Betriebszellen aufgebaut, daß langfristig und nicht kurzfristig gedacht und gearbeitet, organisiert und gekämpft werden muß!

Die Kenntnis der realen Lage und des realen Bewußtseinstands der Arbeiterklasse ist für diesen Kampf unerläßlich. Die Auswertung der kommunistischen Betriebsarbeit im Kampf gegen Reformismus, Legalismus und Resignation sind Grundvoraussetzungen.

Die kommunistisch organisierten Kräfte müssen systematisch Kader in die Großbetriebe von besonderer Relevanz schicken, entlassene Kader durch neue ersetzen, mit großer Vorsicht in den bestehenden Gewerkschaftsorganisationen arbeiten. Gleichzeitig müssen sie auch im demokratischen Kampf gegen Nazis und Faschisierung des deutschen Staats lernen, Kontakte herzustellen, vor allem kommunistische Propaganda zu betreiben und in konkreten Kämpfen Freund und Feind besser zu unterscheiden, eine leitende Rolle einzunehmen und vor allem nicht zu resignieren.

Für diese Arbeit sind kommunistische Grundlagen und Prinzipien, der Aufbau der Kommunistischen Partei, das Allerwichtigste.

BUCHLADEN

Georgi Dimitroff

Speyerer Str. 23, 60327 Frankfurt/M.

Fax 069/730920

ÖFFNUNGSZEITEN:

Freitag 16.30 – 19.30 Uhr

Samstag 10.00 – 13.00 Uhr

Vertrieb für

Internationale Literatur

Brunhildstr.5, 10829 Berlin

GEÖFFNET:

Samstag 11.00 - 14.00 Uhr

Drucker, Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: A. Odenthal, Vertrieb für Internationale Literatur, Brunhildstr. 5, 10829 Berlin

• Eine berechtigte Kritik am Flugblatt "Die kommunistische Arbeit in den Betrieben langfristig vorantreiben!" (4-5/01)

In diesem Flugblatt heißt es als richtige Einsicht, warum es nötig ist, in erster Linie in den Großfabriken des deutschen Imperialismus kommunistische Arbeit langfristig anzupacken:

> „daß in erster Linie das Proletariat die Kraft ist, die Verbündeten aus anderen Schichten in Stadt und Land in den Kampf führen und wirklich das Kapital, seinen Staat, vor allem seine Armee besiegen kann." (Seite 2, 3. Spalte, 5. Absatz)

Hieraus ergeben sich unabhängig vom Motiv des Verfassers/der Verfasserin dieses Satzes oder seinem Vermögen oder Unvermögen die Sprache als Waffe einzusetzen folgende Probleme:

1. Proletariat wird oft nur als Industrieproletariat verstanden, umfaßt aber genau genommen insbesondere auch das Landproletariat. Hier wird nicht klar, in welcher Bedeutung von Proletariat die Rede ist.
2. Läßt sich aufrecht erhalten, daß "in erster Linie das Proletariat die Kraft ist, die Verbündeten ..."? Wer soll das denn dann in zweiter Linie sein? Vielleicht ist hier in erster Linie das INDUSTRIE-Proletariat gemeint und in zweiter Linie das Landproletariat. Aber es geht um Verbündete in STADT UND LAND. Die Frage wäre, in wieweit es sinnvoll ist. zu sagen, daß AUF DEM LAND nicht das Landproletariat, sondern in erster Linie das industrielle Proletariat der Städte die Hegemonie erkämpft?
3. Wäre vorn Proletariat als Proletariat überhaupt die Rede, wäre der Satz ganz unsinnig, weil es dann nicht um „in erster Linie" gehen kann.
4. Es heißt "in den Kampf führen" - auch das ist mißverständlich, genau betrachtet falsch, denn kämpfen tun diese Verbündete oft auch ohne das Proletariat , es geht darum IM KAMPF die Führung zu erobern, die Hegemonie des Proletariats durchzusetzen. Zugegeben, etwas wortklauberisch, aber wenn man genauer nachdenkt steht dahinter, ob es genügt den Kampf der Verbündeten mit seinen eigenen Zielen zu unterstützten, solche Kämpfe zu initiieren und die verbündeten "in den Kampf zu führen" oder in diesen Kämpfen selbst Inhalt und Form im Sinne der sozialistischen Revolution zu beeinflussen, die kommunistische Richtung zu erkämpfen.
5. Im Schlußteil des verunglückten Satzes bleibt noch die Möglichkeit, daß das Proletariat in "erster Linie" (wer aber dann in zweiter Linie?) und nicht das Proletariat unbedingt gemeinsam mit den Verbündeten die Kraft ist die diesen kapitalistischen Staat besiegen kann.

Inhaltliche Fehler verknüpfen sich hier mit redaktionellem Unvermögen einer klaren Sprache.

Richtig sollte der Satz bei einer Überarbeitung heißen:

> **"Der Grund, warum in erster Linie kommunistische Arbeit langfristig in den Großfabriken des deutschen Imperialismus nötig ist: Es ist eben in erster Linie das industrielle Proletariat, daß gemeinsam mit dem Landproletariat die Verbündeten aus anderen Schichten in Stadt und Land im Kampf führen wird um so die gemeinsame Kraft zu entwikkeln, die nötig ist, das Kapital, seinen Staat, vor allem seine Armee zu besiegen."**

Kritik und Anmerkung zum Flugblatt „Die Kommunistische Arbeit in den Betrieben langfristig vorantreiben!"

Es handelt sich hier um keine politisch-inhaltliche Kritik, sondern nur um Hinweise auf zwei gröbere Mängel in der Darstellung der quantitativen Fakten:

1. Arbeitet die Minderheit oder die Mehrheit des Industrieproletariats in kleineren Betrieben ? (zur S.1, Sp.1, Abs.2):

In dem Absatz wird die quantitative Verteilung des Industrieproletariats auf Betriebsgrößenklassen dargestellt.

> *„Von den ca. 5 Millionen Arbeiterinnen und Arbeiter, die das städtische Industrieproletariat ausmachen, arbeiten in industriellen Betrieben mit mehr als 1.000 Beschäftigten ca. 2 Millionen; in Großbetrieben mit über 10.000 Beschäftigten etwa 1 Millionen. Der Rest von 2 Millionen verteilt sich auf kleinere Betriebe."*

Es werden hier also folgende drei Aussagen getroffen: Von den insgesamt ca. 5 Mio. arbeiten

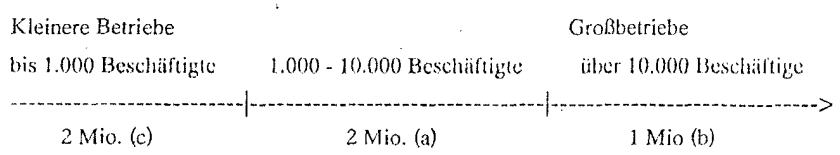
(a) ca. 2 Mio. in Betrieben mit mehr als 1.000 Beschäftigten,

(b) etwa 1 Mio. in Großbetrieben mit über 10.000 Beschäftigten,

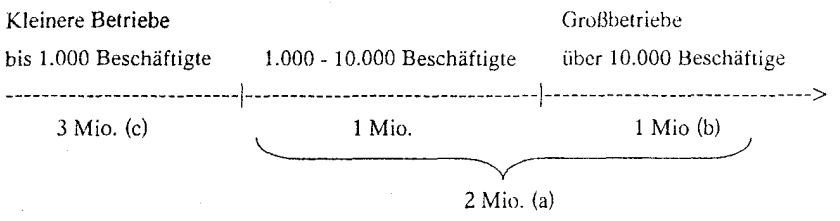
(c) und der rechnerische Rest von 2 Mio. (= 5 - 2 - 1) in kleineren Betrieben.

Diese Zahlenangaben sind entweder irreführend oder sogar falsch, je nach Interpretation:

Entweder muß die Aussage (a) präzisiert werden, daß nämlich 2 Mio in Betrieben mit mehr als 1.000 und bis zu 10.000 Beschäftigten arbeiten, also eine rein redaktionelle Änderung. Die Verteilung sähe dann folgendermaßen aus:



Oder aber es sind tatsächlich 2 Mio. in Betrieben mit über 1.000 Beschäftigten und davon laut Aussage (b) 1 Mio. in Großbetrieben über 10.000 Beschäftigte. Dann wäre die Restgröße (c) in den kleineren Betrieben falsch angegeben und beträgt anstatt 2 Mio. in Wirklichkeit 3 Mio. (= 5 - 2). Das würde bedeuten, die Mehrheit des Industrieproletariats arbeitet in kleineren Betrieben, also eine nicht unwesentliche Korrektur in der Darstellung der Fakten. Wiederum graphisch veranschaulicht sähe es dann so aus:



Nach den uns bekannten statistischen Grunddaten träfe die zweite Annahme zu.[1] Auf Grundlage welcher Quelle wurde denn die Aussage (b) getroffen ?

2. Nicht alle Großbetriebe sind Produktionsstätten ! *(zur Graphik auf S.2):*

a) Die Graphik ist untertitelt mit „Wichtige Großbetriebe in Deutschland". Es handelt sich jedoch, genauer ausgedrückt, um „Produktionsstätten". Diese Präzisierung ist gerade hier wichtig, denn wie im Erläuterungstext zur Graphik bereits angesprochen wird, besteht ja das Problem, daß wir nicht wissen, wieviele von den in der Graphik angegebenen Beschäftigten pro Betriebsstätte tatsächlich Arbeiterinnen und Arbeiter sind. Da für die Graphik jedoch bewußt Produktionsstätten herausgesucht und andere Großbetriebe eben ausgeklammert wurden (wie z.B. Frankfurter Flughafen), dürfte der überwiegende Teil der in der Graphik ausgewiesenen Beschäftigten auch wirklich zur Arbeiterklasse gehören (Außnahmen sind die Produktionsstätten direkt bei der Unternehmenszentrale, wo natürlich auch viele Verwaltungsangestellte mitgezählt sind).

b) Im Erläuterungstext zur Graphik fehlt der explizite Hinweis, daß wir ebenfalls nicht wissen, ob die in Deutschland existierenden wichtigen großen Produktionsstätten hier vollständig aufgeführt sind. Denn an diesem Punkt haben wir ja schon einen Anspruch auf vollständiges Wissen und begrüßen jeden Hinweis auf fehlende große Produktionsstätten.

Anmerkung für die weitere Arbeit an der Klassenanalyse:

- **Strategisch wichtige Betriebe mit wenigen Arbeiter/innen**

Bei der Diskussion in unserem Kollektiv über die Graphik im Flugblatt ergab sich ein weiterer wichtiger Aspekt für die Klassenanalyse, der bei der noch zu leistenden Analysearbeit berücksichtigt werden sollte. Die Wichtigkeit von Produktionsstätten oder Betrieben kann nicht nur an der Anzahl der beschäftigten Arbeiterinnen und Arbeiter festgemacht werden. Es gibt auch Betriebe mit eher wenigen Arbeitern, die aber eine enorm hohe Produktivität aufweisen oder indirekt für die Produktivität eines bestimmten Wirtschaftszweiges eine große Rolle spielen (z.B. bestimmte Zulieferer, Transportwesen, Energieversorgung). Auch solche Faktoren sind gerade in Klassenkampfsituationen von strategischer Bedeutung. Es sollte vielleicht noch ein Schaubild erarbeitet werden, in dem die wichtigsten Betriebe aus Sicht der Produktivität und deren Absicherung dargestellt sind.

Antwort auf die Kritik

Generell:

Sicherlich nicht unserer Praxis in den letzten Jahren entsprechend war es, dass ausgerechnet bei diesem Flugblatt keine Quellen benannt sind bzw. der Grund dafür nicht angegeben wird. Zumindest hätten die zugrunde gelegten Materialien angeführt werden sollen. Gerade angesichts der Verfälschungspraktiken der bürgerlichen Ökonomen ist dies von Belang. Dies ist ein Fehler.

---

[1] Siehe „Statistisches Jahrbuch 2000", Tab.9.6: demnach arbeiteten im September 1998 von 6,3 Mio. Beschäftigten im Verarbeitenden Gewerbe: 4,5 Mio. in Betrieben mit bis zu 1.000 Beschäftigten und 1,8 Mio. in Betrieben mit 1.000 u. mehr Beschäftigten.

Zum 1. Kritikpunkt: Verteilung Industrieproletariat auf Groß-/Kleinbetriebe

Daher lässt sich auch nicht an Hand von Quellenangaben überprüfen, wie der kritisierte Satz aus dem Flugblatt, unter 1. in der Kritik, zu verstehen ist. Der ausführlichen Argumentation in der Kritik ist zuzustimmen.

Am Schluss dieses Kritikpunktes wird als Quelle das „Statistische Jahrbuch 2000" benannt, und dort wird für 1998 von 1,8 Mio. Beschäftigten in Betrieben mit mehr als 1.000 Beschäftigten ausgegangen. Und das sind wohl grob die Zahlen, von denen wir heute ausgehen müssen.

Dass dort von „Beschäftigten im Verarbeitenden Gewerbe" gesprochen wird, weist auf ein zweites Problem hin, nämlich dem Jargon der bürgerlichen Ökonomen und Statistiker, hinter dem oftmals Vertuschungs- und Verfälschungsabsichten stehen. Und damit komme ich

Zum 2.Kritikpunkt: „Großbetriebe" und „Produktionsstätten"

Auch im Punkt 2a) geht es nach meiner Meinung um die Ausdrucksweise und um die Schwierigkeit, zu verstehen, was jeweils damit gemeint ist. Dahinter steht das weitere Problem, wer die Interpretationshoheit über die Bedeutung bei den jeweiligen Begriffen hat, und ob sie dann wirklich einheitlich in dieser Bedeutung verwendet werden.

In der kommunistischen und Arbeiterbewegung wurden mit „Großbetrieben" traditionell die großen, das Proletariat ausbeutenden Fabriken, benannt. Wenn jetzt „Großbetriebe" von den Kritikerinnen so definiert wird, dass damit auch der Frankfurter Flughafen gemeint sein könne, in dem nicht produziert würde (was so vielleicht auch nicht klar ist: Wie ist das mit den Transportarbeiterinnen und -arbeitern?), dann muss das eben diskutiert werden. Sonst kommen wir nicht weiter. Fest steht: Im Schaubild ist der Frankfurter Flughafen als einer der „wichtigen Großbetriebe" nicht benannt.
Die Absicht der Kritik ist zu begrüßen, zu unterscheiden zwischen grob gesagt ‚Arbeitern und Angestellten'. Allerdings denke ich, dass die Erläuterung des Flugblattes in der Fußnote zu der Graphik ausreichend klar und genügend vorsichtig ist. Dort heißt es:

> *„Bei diesen Zahlen muss bewusst sein, dass sie lediglich die Gesamtzahl der Beschäftigten in diesen Großbetrieben wiedergeben. Es war nicht möglich auf Grund der uns vorliegenden bürgerlichen Statistiken aufzuschlüsseln, wieviel Arbeiterinnen und Arbeiter, wieviel Angestellte und wieviel Teil der Arbeiteraristokratie sind."*

In der Klammer der Kritik am Ende von 2a) wird klar, dass auch der Begriff „Produktionsstätte" nicht garantiert, dass dabei nicht „natürlich auch viele Verwaltungsangestellte" gemeint sind.

Dem Punkt 2b) stimme ich zu. Es wird nicht erklärt, dass unabhängig von der Frage, wieviele sind jetzt Arbeiterinnen und Arbeiter, wieviele Angestellte, ja gar nicht wirklich alle Großbetriebe/Produktionsstätten abgebildet sind.

Zur Anmerkung:

Der Hinweis, daß zur Einschätzung der Wichtigkeit eines Betriebes nicht nur die Anzahl der dort tätigen Arbeiter/innen, sondern auch seine Bedeutung für die Produktion ein relevantes Kriterium sein kann, ist eine gute Anregung.

Thesen gegen den kapitulantenhaften Aufruf zum „Antifakongreß" der Autonomen Antifa (M), der Antifaschistischen Aktion Berlin und des Bündnis gegen Rechts Leipzig im April 2001

Überschattet von der besonders üblen Darlegungen eines Autors der Hamburger Zeitschrift *Bahamas,* die die Verurteilung einer Vergewaltigung aus der linken Szene in Berlin durch die antifaschistische Öffentlichkeit versuchen lächerlich zu machen und in absurder Weise Vergewaltigung als „Riesenspaß" gegen angeblich verklemmte Sexualmoral in Schutz nehmen, ja propagieren, wurde der nunmehr auf Gruppen aus wenigen Städten sehr eingeschränkte Kongreß in Göttingen durchgeführt.

Besonders steht dabei zurecht die AAB in der Kritik, die die Positionen der *Bahamas* in Hamburg mit Prügeleien verteidigt hat. Angesichts des Vormarschs des sich faschisiernden Staates und des Vormarschs der Nazi-Banden ist die u.a. in der Zeitschrift *Interim* dokumentierte Debatte mit all ihren Unterabteilungen kein Zeichen von Stärke und Klarheit, sondern drückt teilweise Zeichen der Demoralisierung und des Zerfalls solidarischer antifaschistischer Zusammenhänge aus.

1.

Inhaltlich bietet der Aufruf zum Kongreß mit linkem Wortgeklingel eine gefährliche Fehleinschätzung mit bösen liquidatorischen Konsequenzen für die Praxis.

Der Aufruf hat ***einen*** richtigen Punkt, der aber demagogisch genutzt wird. In der Tat wurde bei den Demonstrationen und anderen antifaschistischer Aktivitäten der letzten Jahre insgesamt gesehen der Faschisierung des Staates in Deutschland zu wenig Gewicht beigemessen. Daß auf diesem Gebiet, wie auf vielen anderen Gebieten (etwa dem des proletarischen Internationalismus) mehr getan werden muß, wer wollte das nach ernster Diskussion bestreiten? Doch aus dieser einen punktuell richtigen Einschätzung des Aufrufs werden unter Hinzuziehung einer Reihe anderer - falscher - Voraussetzungen extrem falsche Schlußfolgerungen gezogen.

Die grundfalsche Feststellung über die Lage lautet, daß angeblich

> *„der Kampf gegen die Nazis, der in der Vergangenheit als Ansatz zur Vermittlung antikapitalistischer Positionen geeignet war, nunmehr Staatslinie ist."*
>
> *„Zumindest die organisierten Nazis befinden sich in der Defensive. Ein Verbot der NPD würde die Nazis wahrscheinlich entscheidend schwächen und es ist unklar, ob sich die organisierten Nazis in ihrer jetzigen Form von ihrer derzeitigen Schwäche erholen werden."*
> (beide Zitate aus dem Aufruf zum Kongreß)

a) Dies ist unserer Meinung eine völlige Verkennung des hinter dem Propagandalärms der Medien des deutschen Imperialismus stehende realen Lage. Die Tatsache, daß manche Nazi-Aufmärsche in bestimmten Situationen als „störend" empfunden werden (wegen des „Auslands") kann doch nicht ernsthaft zu der Illusion verleiten, daß dieser durch und durch reaktionäre deutsche Staat den „Kampf gegen die Nazis" *wirklich* als Staatslinie betreibt.

b) Die Wirklichkeit ist, daß dieser Staat seit Jahren die Nazi-Aufmärsche schützte und weiterhin schützt, schon ausgesprochene Verbote gegen Nazi-Organisationen nicht wirklich umsetzt und nur unter dem Druck vor allem einer internationalen Öffentlichkeit hier und da gezwungen ist, einem überführten Nazi die Fingernägel zu schneiden, damit er gepflegt in die Reihen des Verfassungsschutzes, der Bundeswehr oder anderer Organisation des deutschen Imperialismus integriert werden kann.

c) Die in dem zitierten Satz enthaltene Gegenüberstellung von *„in der Vergangenheit"* und *„nunmehr"* beweist, daß die Verfasser des Aufrufs massiv mit den bisherigen positiven Ansätzen des antifaschistischen Kampfes *brechen* wollen. Dieser Kongreß sollte offensichtlich diese „Nunmehr"-Linie absegnen, daß heute der Kampf gegen die Nazis überflüssig sei (höchstens vielleicht noch auf dem Dorf...), da ja *„nunmehr"* angeblich der deutsche Staat den Kampf gegen die Nazis führe.

2.

Es ist eine Sache in jedem Einzelfall zu prüfen, wieweit solche Thesen subjektiv ehrlich gemeint sind und wirklich geglaubt werden (angesichts der gewaltigen Propagandamaschinerie des deutschen Imperialismus über seine angeblichen „Anti-Nazi-Aktivitäten").

Eine andere Sache ist es, den objektiv existierenden Druck, die Ermüdungserscheinungen und die Ergebnisse der Repression des Staates für die Übernahme solcher Thesen in Rechnung zu stellen. Denn ein vorrangiges Ziel der Verfolgung etwa der AA(M) oder der Autonomen Antifa Passau war, daß der Kampf der Anti-Nazi-Gruppen aufhört, abklingt, verebbt, weil dieser Kampf den Staat wirklich stört.

Objektiv bildet der Kongreßaufruf einen Widerhall der Kampagne des deutschen Imperialismus mit Zuckerbrot und Peitsche die Antifa-Gruppen zu kontrollieren und zu zerschlagen.

3.

Die den Aufruf unterstützenden Gruppen rufen zur Diskussion auf! Sehr gut!!

Wir haben aber leider schon vor Jahren die Erfahrung gemacht, daß eine echte Diskussionsbereitschaft mit einem produktiven Hin und Her der Meinungen immer dann rasch abbricht, wenn es wirklich grundlegende Diskussionen und tiefergehende Kritiken gibt.

So hat Antifa Göttingen gerne unsere Solidaritätsadressen propagiert, unsere Kritiken aber nie veröffentlicht oder gar beantwortet.

Die Bereitschaft zur Diskussion ist jedoch eine der Grundvoraussetzung für jegliche ernsthafte Zusammenarbeit. Wo sie fehlt, wird es keinen Fortschritt im Kampf gegen Nazis, staatliche Faschisierung und gegen das gesamte kapitalistische System geben.

4.

Daß die Kritik am Aufruf genau den Punkt getroffen hat, zeigt ein Interview mit Vertretern des „Bündnisses gegen Rechts" aus Leipzig, Mitveranstalter des Kongresses in Göttingen. Dort heißt es:

> *„Deswegen kann man nicht sagen, dieser staatliche Antifaschismus ist eine Zeitungsente, sondern ist durchaus ernst gemeint...*
>
> *Der Staat möchte sich das Gewaltmonopol zurückerkämpfen und will nicht, daß von Nazis Politik auf der Straße gemacht wird.""*
> (AIB, Nr. 52, 1/2001, S. 41)

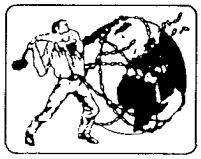
Von einem angeblich ernstgemeinten *„staatlichen Antifaschismus"* zu sprechen angesichts des oftmals bewiesenen Zusammenspiels der Nazis mit dem deutschen Staat, angesichts der Tatsache, daß dieser Staat die Nazis züchtet, beschützt und fördert, davon zu sprechen, daß der deutsche Staat angeblich nicht wolle *„daß von Nazis Politik auf der Straße gemacht wird"* angesichts der Tatsache, daß nahezu jedes Wochenende von der deutschen Justiz erlaubte, von der deutschen Polizei geschützte Nazi-Aufmärsche stattfinden, hat ja nun wirklich nichts mehr mit einer antifaschistischen Grundhaltung zu tun.

Wer nicht bereit ist, mit aller Konsequenz und Härte gegen die Nazis zu kämpfen, deren Zusammenspiel mit dem deutschen Staat zu entlarven, wird niemals bereit und fähig sein, den viel umfassenderen Kampf gegen den Staat des deutschen Imperialismus selbst zu führen.

Gegen die Strömung, Juni 2001

PROLETARIER ALLER LÄNDER VEREINIGT EUCH!
PROLETARIER ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER VEREINIGT EUCH!

GEGEN DIE STRÖMUNG

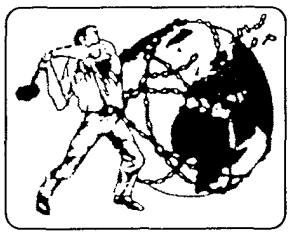


Organ für den Aufbau der Revolutionären Kommunistischen Partei Deutschlands

Drucker, Herausgeber und verantwortlicher Redakteur:
A. Odenthal, Vertrieb für Internationale Literatur, Brunhildstr. 5, 10829 Berlin

PROLETARIER ALLER LÄNDER, VEREINIGT EUCH!
PROLETARIER ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER, VEREINIGT EUCH!

GEGEN DIE STRÖMUNG



Organ für den Aufbau der Revolutionären Kommunistischen Partei Deutschlands

6/01 Juni 2001

1. Mai 2001:

Die Erfahrungen der Kämpfe gegen die Nazi-Banden auswerten!

Am 1. Mai 2001 versuchten die Nazis wie schon letztes Jahr bundesweit Aufmärsche zu organisieren und durchzuführen. Eine besondere Provokation war es, daß nach ihrem Aufmarsch am 7. April 2001 in Frankfurt/Main dieses Jahr dort auch am 1. Mai eine Demonstration von den Nazis angemeldet wurde. Das Ziel der Nazis war es, erstmals seit 1978 in Frankfurt/Main einen Nazi-Aufmarsch durchzuführen, als Signal ihrer weiter gewachsenen Stärke, denn Frankfurt/Main gilt bei den Nazis als „letzte Bastion der Linken", als „Ausländerhochburg". Tatsächlich konnten mehrere hundert Nazis unter Polizeischutz ihre von der deutschen Justiz erlaubte Nazi-Kundgebung durchführen, ja das Nazi-Pack konnte in mehreren Städten unter dem Schutz der deutschen Polizei seine Aufmärsche teilweise wie geplant durchführen. In mehreren Städten wurden von der deutschen Polizei ganze Stadtviertel abgeriegelt, damit das Nazi-Pack seine Aufmärsche möglichst ungestört durchführen konnte. Insgesamt marschierten über 3000 Nazis bundesweit. Inzwischen hat das BVG grundsätzlich die Erlaubnis für Nazi-Propagandaveranstaltungen per höchstrichterlichem Beschluß abgesegnet. Doch das ist nur die eine Seite der Sache.

Es gelang Gegnern und Gegnerinnen der Nazis in mehreren Städten, Nazi-Märsche durch die Straßen zu verhindern bzw. zu behindern durch Demonstrationen und Blockaden und wie in Frankfurt auch durch militanten Kampf gegen Nazis und Polizei. Die Auswertung dieser Kampferfahrungen zeigt, daß ein verstärkter, auch militant geführter Kampf gegen die Nazis unmöglich ist, ohne daß wir unseren Feind genau kennen – denn nur so können wir ihn wirklich bekämpfen –, ohne daß klar ist, daß die Polizei und die Justiz als Schutzmacht der Nazis auftreten. Das reicht jedoch nicht aus. Es ist ebenso notwendig, das Zusammen- und Verwirrspiel zwischen Justiz, Polizei und bürgerlichen Medien sowie die diversen Abwiegeleien und Ablenkungsmanöver der Opportunisten wie z. B. der DGB-Bürokraten und diverser opportunistischer Organisationen zu entlarven und zu durchschauen.

Widerstand gegen die Nazi-Aufmärsche am 1. Mai 2001

Die Nazi-Banden versuchten, dem diesjährigen 1. Mai ihren Stempel aufzudrücken. Dazu hatten sie Aufmärsche in Augsburg, Berlin Dresden, Essen, Frankfurt, Mannheim und Offenbach angemeldet und, bis auf Offenbach, das von ihnen wohl nur als Ausweichort gedacht war, auch zumindest teilweise wie geplant durchgeführt.

Wie stets in letzter Zeit setzte auch dieses Mal wieder das abgekartete Zusammenspiel zwischen Justiz, städtischen Behörden und Nazis um die Frage ein, ob die Nazi-Demonstrationen erlaubt oder verboten werden, dessen Ergebnis war, daß sie samt und sonders erlaubt wurden. Diese Scheingefechte dienen vor allem dazu, daß bis zum letzten Moment keine Klarheit darüber besteht, ob, wann und wo die Nazis aufmarschieren, um so die gezielte Mobilisierung gegen die Nazi-Demonstrationen zu erschweren. In Berlin erlebte dieses juristische Manöver insofern einen erneuten provokativen Höhepunkt, als dort zum 1. Mai die Nazi-Demonstration erlaubt wurde, während gleichzeitig eine revolutionäre 1.-Mai-Demonstration verboten wurde. Nachdem nun das Bundesverfassungsgericht für eine grundsätzliche Erlaubnis von Nazi-Propagandaveranstaltungen eingetreten ist, ist es um so klarer, daß sich antifaschistischer Widerstand davon nicht beirren lassen darf, und das war auch in diesem Jahr in keiner Stadt der Fall.

Die Durchführung der Nazi-Demonstrationen und der Widerstand der Anti-Nazi-Kräfte an den verschiedenen Orten sah recht unterschiedlich aus:

In **Offenbach**, in unmittelbarer Nähe zu Frankfurt/Main, mußten die 700 Teilnehmerinnen und Teilnehmer der 1.-Mai-Demonstration (doppelt so viele wie in den vergangenen Jahren) mit einem Nazi-Aufmarsch rechnen, der dann aber nicht zustande kam.

In **Dresden** konnten 750 Nazis marschieren, eine versuchte Blockade der Elbbrücke durch

Der Kampf der demokratischen und revolutionären Gefangenen in den Gefängnissen des reaktionären türkischen Staates geht weiter!

Seit Oktober letzten Jahres dauern die Kämpfe der demokratischen und revolutionären Gefangenen in den Gefängnissen des türkischen Staates an. Selbst durch die militärische Erstürmung der bestreikten Gefängnisse und die Massakrierung Dutzender gefangener Genossinnen und Genossen Ende Dezember 2000, die anschließende Verlegung in die F-Typ-Isolationsgefängnisse und Zwangsernährung ist es dem reaktionären Regime in der Türkei nicht gelungen, die Entschlossenheit und den Kampfeswillen der Gefangenen zu brechen. Mitte April befanden sich etwa 500 Gefangene im verschärften Hungerstreik, dem sogenannten Todesfasten, weitere 1500 im unbefristeten Hungerstreik.1 . Zeitgleich begannen rund 8000 kurdische Gefangene mit einem unbefristeten gestaffelten Solidaritätshungerstreik2

Von den bürgerlichen Medien nahezu verschwiegen und vom türkischen Staat mit brutaler Gewalt unterdrückt gehen die Unterstützungsaktionen vor allem von Angehörigen der kämpfenden Gefangenen außerhalb der Gefängnisse in der Türkei weiter. Bei Solidaritätshungerstreiks zur Unterstützung der Forderung der Gefangenen gaben ihr Leben **Gülsüman Ada Dönmez**, die am 11 April, dem 147. Tag ihres verschärften Solidaritätshungerstreiks, starb, **Canan Kulaksız**, die am 15. April, dem 137. Tag ihres verschärften Solidaritätshungerstreiks, starb, **Senay Hanoğlu**, die am 22. April, dem 160. Tag ihres verschärften Solidaritätshungerstreiks starb, **Erdoğan Güner**, am 25. April in Izmir im verschärften Solidaritätshungerstreik starb, und **Uğur Türkmen**, der den im Gefängnis begonnenen Hungerstreik nach seiner Entlassung fortsetzte und am 28. Mai, dem 204. Tag seines verschärften Solidaritätshungerstreiks, starb.

Auch außerhalb der Türkei gibt es immer wieder wichtige Solidaritätsaktionen mit dem Kampf der Gefangenen in der Türkei. So führten die Gefangenen von PCE(r) und GRAPO in Spanien vom 13. April bis zum 27. Mai einen fünfwöchigen Solidaritäshungerstreik durch.

Massakrierung, Folter, Repression, Zwangsernährung und Isolationshaft lautet die Antwort des reaktionären türkischen Staates. Rund 1200 Gefangene wurden in den letzten Monaten in die zu F-Typ-Gefängnissen umgebauten Gefängnisse von Kocaeli, Edirne, Tekirdag und Ankara-Sincan verschleppt. Über 1100 von ihnen stehen unter Anklage des sog. „Anti-Terror"-Gesetzes.3 Gleichzeitig versucht das türkische Folterregime mit verschiedenen Lügen und Manövern, ein scheinbares Einlenken zu signalisieren und Augenwischerei zu betreiben, um die Kampfesfront der Gefangenen zu schwächen. So wurde vor kurzem Artikel 16 des Strafgesetzes dahingehend verändert, daß nun „kooperative" Gefangene Zugang zu Gemeinschaftseinrichtungen haben sollen. Angeblich die Forderung der Gefangenen nach einer Überwachung der Gefängnisse durch unabhängige demokratische Organe aufgreifend, sollen nun Staats-

Fortsetzung S. 2 ☞

S. 3: Thesen gegen den kapitulantenhaften Aufruf zum „Antifakongreß" in Göttingen im April 2001

Fortsetzung von S. 1

anwälte diese Aufgabe übernehmen. Vor einigen Tagen behauptete der türkische Justizminister gar verlogen: „Die Gefangenen haben gefordert, daß die sich im Todesfasten befindlichen Gefangenen, deren Gesundheitszustand sehr kritisch ist, einen Haftaufschub erhalten sollen. Dieser Forderungen werden wir nachkommen."4 Doch die kämpfenden Gefangenen kennen die Manöver ihres Feindes, eines Feindes der über Leichen geht. Allein in den letzten zehn Wochen mussten 18 weitere Genossinnen und Genossen ihr Leben im Kampf gegen das reaktionäre türkische Regime geben:

Adil Kaplan, Gefangener der TKP(ML), im F-Typ-Gefängnis Edirne, am 7. April, dem 170. Tag seines verschärften Hungerstreiks;

Cafer Tayyar Bektas, ebenfalls am 7. April;

Bülent Coban, Gefangener der DHKP-C, im F-Typ-Gefängnis Edirne, am 8. April;

Fatma Ersoy, Gefangene der DHKP-C, im Gefängnis Kütahya, am 11. April;

Nergiz Gülmez, Gefangene der TKP(ML), im F-Typ-Gefängnis Kartal, ebenfalls am 11. April, dem 122. Tag ihres verschärften Hungerstreiks;

Tuncay Günel, Gefangene der TIKB, im Gefängnis Buca, an den Verletzungen des Gefängnis-Massakers vom Dezember am 12. April, dem 122. Tag ihres verschärften Hungerstreiks;

Celal Alpay, Gefangener der TKP(ML), im Gefängnis Buca, ebenfalls am 12. April;

Abdullah Bodağ, Gefangener der DHKP-C, im F-Typ-Gefängnis Sincan, ebenfalls am 12. April;

Erol Evcil, Gefangener der DHKP-C, im F-Typ-Gefängnis Sincan, am 13. April, dem 166. Tag seines verschärften Hungerstreiks;

Murat Çoban, Gefangener der DHKP-C, im F-Typ-Gefängnis Sincan, am 14. April, dem 167. Tag seines verschärften Hungerstreiks;

Sedat Gürsel Akmaz, Gefangener der DHKP-C, im Gefängnis Buca, am 16. April, dem 158. Tag seines verschärften Hungerstreiks;

Ender Can Yıldız, am 18. April;

Hatice Yürekli, am 22. April;

Sibel Sürücü, ebenfalls am 22. April;

Sedat Karakurt, am 25. April;

Fatma Hülya Tümgan, am 28. April;

Hüseyin Kayacı, am 6. Mai.

Wir werden sie nicht vergessen!

Verstärken wir die Solidarität mit dem Kampf der demokratischen und revolutionären Gefangenen in der Türkei!

Quellen:

1 Milliyet, 14 April 2001

2 Özgür Polikika, 14 April 2001

3 Özgür Polikika", 26.März, 7 und 8 April 2001

4 Evrensel, 27.5.2001

etwa 350 Antifaschistinnen und Antifaschisten wurde durch die Polizei geräumt. Der Naziaufmarsch wurde durch ein Pfeifkonzert gestört.

In **Essen** war ein ganzer Stadtteil abgeriegelt worden, so daß 180 Nazis ungestört demonstrieren konnten. An der Kundgebung des DGB nahmen zunächst mit 4–5000 Personen fast doppelt so viele wie letztes Jahr teil. 600 von ihnen demonstrierten danach zum Stadtteil, in dem die NPD marschieren durfte. Dort kesselte die Polizei dann laut Augenzeugenberichten 120 junge Antifas mit 600 Beamten ein, unterstützt von einem Polizeihubschrauber und Filmtrupps der Polizei. Bei brutalen Polizeieinsätzen wurden mehr als 20 Menschen verletzt, zwei davon schwer.

In **Augsburg**, wo ein „Antifaschistisches Aktionsbündnis Augsburg" zur Demonstration aufgerufen hatte, kam es zu der größten Anti-Nazi-Demonstration, die Augsburg bisher erlebt hatte. 1 000–1 200 versuchten nach der Kundgebung in kleinen Gruppen zur Sporthalle zu kommen, wo die nun erlaubte NPD-Demonstration beginnen sollte. Vorausgegangen war eine Debatte verschiedener Rednerinnen und Redner, ob man nun den Nazis entgegenziehen solle oder nicht. Die Polizei hatte mehrere Schutzringe um die Nazi-Demonstration gezogen, an der nach Presseberichten 250 Nazis teilnahmen. Ca. 300 Gegner und Gegnerinnen der Nazis kamen durch den ersten Blockadering der Polizei bis zur Sporthalle und wurden dort durch Sperrgitter aufgehalten. Andere kleine Gruppen hatten kurzfristig Straßenbahn- und Zugschienen blockiert, viele postierten sich entlang der Route der Nazis. Das Großaufgebot der Polizei sicherte den Nazis ihre Demonstration. Dafür wurden mehrfach Antifaschistinnen und Antifaschisten eingekesselt.

In **Mannheim** waren insgesamt 3 000 auf den Beinen. Das lag unter anderem daran, daß auch auf der offiziellen DGB-Kundgebung am Vormittag, an der ca. 5 000 Personen teilgenommen hatten (in den vergangenen Jahren nur 600–800), in Reden auf die Nazi-Provokation aufmerksam gemacht wurde. Mehrere hundert Personen hatten den Toulonplatz besetzt, an dem die Nazi-Kundgebung eigentlich stattfinden sollte. Eine Gegendemonstration von 1 000 Antifaschisten und Antifaschistinnen, die die Route der Nazis blockieren wollten, wurde von der Polizei eingekesselt, dadurch war dann auch die Route der Nazi-Demonstration blockiert (laut Presse ca. 300 Nazis). Die Polizei ließ die Nazi-Demonstration nach zwei Stunden und nach einigen hundert Metern wieder umkehren, unter dem Druck von einigen hundert Gegnern und Gegnerinnen der Nazis. Auch schon am Morgen hatten Anti-Nazi-Kräfte am Bahnhof erfolgreich den Beginn der Nazi-Demonstration um eine Stunde verzögert. Insgesamt waren nach offiziellen Angaben 600 Polizisten im Einsatz.

In **Berlin** fand die erlaubte Nazidemonstration im weit abgelegenen Berliner Vorort Hohenschönhausen statt. Unter polizeilichen Gesichtspunkten ermöglichte das relativ einfach die Abriegelung des ganzen Stadtteils. Wenn dabei gleichzeitig auch noch ein Stadtteil gewählt wird, in dem die Nazis mit weniger Protesten aus der Einwohnerschaft rechnen müssen als in der ursprünglich vorgesehenen Innenstadt, dann ist die Flexibilität und Phantasie der Anti-Nazi-Kräfte gefordert. So war ein Großteil der 600, denen es gelang, direkt vor Ort gegen die Nazis zu protestieren, durch die Antifa Hohenschönhausen vor Ort mobilisiert worden. Die Polizei hatte praktisch den ganzen Stadtteil abgeriegelt und eine Bannmeile verhängt, um jegliche Anti-Nazi-Demonstrationen vor Ort weiträumig zu unterbinden. Trotzdem war es 600 Antifaschistinnen und Antifaschisten gelungen, ihren Protest den Nazis entgegenzuschreien. Weitergehende Protestformen waren angesichts massiver Polizeikräfte (in ganz Berlin waren 9 000 Polizisten im Einsatz, allein in Hohenschönhausen 2 000) nicht möglich. In Hohenschönhausen wurden ab 8 Uhr morgens Ausweiskontrollen und Durchsuchungen vorgenommen, vermutete Gegnerinnen und Gegner der Nazis durften nicht weiter. So konnten 900 Nazis unter dem Schutz der Polizei und bei nur relativ schwachem Protest demonstrieren.

Darüber hinaus drückte sich in Berlin der Protest vor allem auch gegen die ungeheure Provokation aus, die das Verbot einer linken Demonstration in Berlin darstellte: Tausende protestierten schon am Mittag auf zwei Demonstrationen gegen dieses Verbot (6 000 auf der von der PDS angemeldeten Demonstration, 2 500 auf der traditionell am Oranienplatz beginnenden revolutionären 1.-Mai-Demonstration. Am Abend kam es zu militanten Kämpfen mit der Polizei um den Mariannenplatz. Bei den folgenden militanten Auseinandersetzungen gelang es der Polizei, 616 Personen festzunehmen, 9 Personen wurden in U-Haft genommen. Laut offiziellen Angaben wurden rund 160 Mitglieder der Polizei verletzt, wie viele Verletzte es insgesamt durch Polizeiattacken gab, steht noch nicht fest.

In **Frankfurt** war ebenfalls die Nazi-Demonstration erlaubt worden, lediglich die Route wie auch in Mannheim und Berlin von der Innenstadt wegverlegt worden. Im Vorfeld war mit Plakaten, Vorbereitungsveranstaltungen und einer eigens erstellten umfangreichen Zeitung breit mobilisiert worden. Dabei war von Anfang darauf abgezielt, die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der DGB-Demonstration und -Kundgebung zur



PROLETARIER ALLER LÄNDER, VEREINIGT EUCH!
PROLETARIER ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER, VEREINIGT EUCH!

GEGEN DIE STRÖMUNG

Organ für den Aufbau der Revolutionären Kommunistischen Partei Deutschlands

1/01 Januar 2001

Ohne auch nur einen Millimeter im Kampf gegen die Nazis zurückzuweichen – den Kampf gegen staatlichen Abschiebeterror und staatliche Faschisierung überhaupt verstärken!

Gegen den Staatsterror!

Mörderischer staatlicher Abschiebeterror gegen Flüchtlinge

Durch Verschärfung der Sondergesetze gegen Menschen aus sogenannten Ländern. Neue restriktive Gesetze gegen „Asylanten", die im Juli 1997 verabschiedet wurden, erleichtern weitere Abschiebungen. Eine Abschiebung ist jetzt legal möglich bei Verurteilung zu 3 Jahren Haft. Wegen Lappalien/Bagatelldelikten ohne Bewährung verurteilte Menschen ohne deutschen Paß werden grundsätzlich ausgewiesen, die Ausweisung von „Asylanten" soll in der Regel bei Teilnahme an einer verbotenen oder auf gefährlichen Demonstrationen durchgeführt werden. Ein neues „Asylbewerberleistungsgesetz", das am Juni 1997 verabschiedet wurde, führt dazu, daß medizinisch notwendige Behandlungen für Flüchtlinge, die von Deutschland in andere Länder abgeschoben werden. Doch auch schon dieser Anschein des staatlichen Terrors gegen Flüchtlinge soll...

Es ist schwer oder gar nicht zu widerlegen, daß sie [illegible] Anschläge [illegible] Schröder und Beckstein, von Schily bis zum „Verfassungsschutz" [illegible] Nazis [illegible] Mit all diesen Maßnahmen und der gleichzeitig damit verbundenen rassistischen Hetze wird heute durch das imperialistische [illegible]

Fortsetzung S. 3 - ISF

Thesen gegen den kapitulantenhaften Aufruf zum „Antifakongreß" der Autonomen Antifa (M), der Antifaschistischen Aktion Berlin und des Bündnis gegen Rechts Leipzig im April 2001

Überschattet von der besonders üblen Darlegungen eines Autors der Hamburger Zeitschrift *Bahamas*, die die Verurteilung einer Vergewaltigung aus der linken Szene in Berlin durch die antifaschistische Öffentlichkeit versuchen lächerlich zu machen und in absurder Weise Vergewaltigung als „Riesenspaß" gegen angeblich verklemmte Sexualmoral in Schutz nehmen, ja propagieren, wurde der nunmehr auf Gruppen aus wenigen Städten sehr eingeschränkte Kongreß in Göttingen durchgeführt.

Besonders steht dabei zurecht die AAB in der Kritik, die die Positionen der *Bahamas* in Hamburg mit Prügeleien verteidigt hat. Angesichts des Vormarschs des sich faschisiernden Staates und des Vormarschs der Nazi-Banden ist die u.a. in der Zeitschrift *Interim* dokumentierte Debatte mit all ihren Unterabteilungen kein Zeichen von Stärke und Klarheit, sondern drückt teilweise Zeichen der Demoralisierung und des Zerfalls solidarischer antifaschistischer Zusammenhänge aus.

1.

Inhaltlich bietet der Aufruf zum Kongreß mit linkem Wortgeklingel eine gefährliche Fehleinschätzung mit bösen liquidatorischen Konsequenzen für die Praxis.

Der Aufruf hat ***einen*** richtigen Punkt, der aber demagogisch genutzt wird. In der Tat wurde bei den Demonstrationen und anderen antifaschistischer Aktivitäten der letzten Jahre insgesamt gesehen der Faschisierung des Staates in Deutschland zu wenig Gewicht beigemessen. Daß auf diesem Gebiet, wie auf vielen anderen Gebieten (etwa dem des proletarischen Internationalismus) mehr getan werden muß, wer wollte das nach ernster Diskussion bestreiten? Doch aus dieser einen punktuell richtigen Einschätzung des Aufrufs werden unter Hinzuziehung einer Reihe anderer - falscher - Voraussetzungen extrem falsche Schlußfolgerungen gezogen.

Die grundfalsche Feststellung über die Lage lautet, daß angeblich

> *„der Kampf gegen die Nazis, der in der Vergangenheit als Ansatz zur Vermittlung antikapitalistischer Positionen geeignet war, nunmehr Staatslinie ist."*
>
> *„Zumindest die organisierten Nazis befinden sich in der Defensive. Ein Verbot der NPD würde die Nazis wahrscheinlich entscheidend schwächen und es ist unklar, ob sich die organisierten Nazis in ihrer jetzigen Form von ihrer derzeitigen Schwäche erholen werden."* (beide Zitate aus dem Aufruf zum Kongreß)

a) Dies ist unserer Meinung eine völlige Verkennung des hinter dem Propagandalärms der Medien des deutschen Imperialismus stehende realen Lage. Die Tatsache, daß manche Nazi-Aufmärsche in bestimmten Situationen als „störend" empfunden werden (wegen des „Auslands") kann doch nicht ernsthaft zu der Illusion verleiten, daß dieser durch und durch reaktionäre deutsche Staat den „Kampf gegen die Nazis" *wirklich* als Staatslinie betreibt.

b) Die Wirklichkeit ist, daß dieser Staat seit Jahren die Nazi-Aufmärsche schützte und weiterhin schützt, schon ausgesprochene Verbote gegen Nazi-Organisationen nicht wirklich umsetzt und nur unter dem Druck vor allem einer internationalen Öffentlichkeit hier und da gezwungen ist, einem überführten Nazi die Fingernägel zu schneiden, damit er gepflegt in die Reihen des Verfassungsschutzes, der Bundeswehr oder anderer Organisation des deutschen Imperialismus integriert werden kann.

c) Die in dem zitierten Satz enthaltene Gegenüberstellung von *„in der Vergangenheit"* und *„nunmehr"* beweist, daß die Verfasser des Aufrufs massiv mit den bisherigen positiven Ansätzen des antifaschistischen Kampfes *brechen* wollen. Dieser Kongreß sollte offensichtlich diese „Nunmehr"-Linie absegnen, daß heute der Kampf gegen die Nazis überflüssig sei (höchstens vielleicht noch auf dem Dorf...), da ja *„nunmehr"* angeblich der deutsche Staat den Kampf gegen die Nazis führe.

2.

Es ist eine Sache in jedem Einzelfall zu prüfen, wieweit solche Thesen subjektiv ehrlich gemeint sind und wirklich geglaubt werden (angesichts der gewaltigen Propagandamaschinerie des deutschen Imperialismus über seine angeblichen „Anti-Nazi-Aktivitäten").

Eine andere Sache ist es, den objektiv existierenden Druck, die Ermüdungserscheinungen und die Ergebnisse der Repression des Staates für die Übernahme solcher Thesen in Rechnung zu stellen. Denn ein vorrangiges Ziel der Verfolgung etwa der AA(M) oder der Autonomen Antifa Passau war, daß der Kampf der Anti-Nazi-Gruppen aufhört, abklingt, verebbt, weil dieser Kampf den Staat wirklich stört.

Objektiv bildet der Kongreßaufruf einen Widerhall der Kampagne des deutschen Imperialismus mit Zuckerbrot und Peitsche die Antifa-Gruppen zu kontrollieren und zu zerschlagen.

3.

Die den Aufruf unterstützenden Gruppen rufen zur Diskussion auf! Sehr gut!!

Wir haben aber leider schon vor Jahren die Erfahrung gemacht, daß eine echte Diskussionsbereitschaft mit einem produktiven Hin und Her der Meinungen immer dann rasch abbricht, wenn es wirklich grundlegende Diskussionen und tiefergehende Kritiken gibt.

So hat Antifa Göttingen gerne unsere Solidaritätsadressen propagiert, unsere Kritiken aber nie veröffentlicht oder gar beantwortet.

Die Bereitschaft zur Diskussion ist jedoch eine der Grundvoraussetzung für jegliche ernsthafte Zusammenarbeit. Wo sie fehlt, wird es keinen Fortschritt im Kampf gegen Nazis, staatliche Faschisierung und gegen das gesamte kapitalistische System geben.

4.

Daß die Kritik am Aufruf genau den Punkt getroffen hat, zeigt ein Interview mit Vertretern des „Bündnisses gegen Rechts" aus Leipzig, Mitveranstalter des Kongresses in Göttingen. Dort heißt es:

> „Deswegen kann man nicht sagen, dieser staatliche Antifaschismus ist eine Zeitungsente, sondern ist durchaus ernst gemeint...
>
> *Der Staat möchte sich das Gewaltmonopol zurückerkämpfen und will nicht, daß von Nazis Politik auf der Straße gemacht wird."* (AIB, Nr. 52, 1/2001, S. 41)

Von einem angeblich ernstgemeinten *„staatlichen Antifaschismus"* zu sprechen angesichts des oftmals bewiesenen Zusammenspiels der Nazis mit dem deutschen Staat, angesichts der Tatsache, daß dieser Staat die Nazis züchtet, beschützt und fördert, davon zu sprechen, daß der deutsche Staat angeblich nicht wolle *„daß von Nazis Politik auf der Straße gemacht wird"* angesichts der Tatsache, daß nahezu jedes Wochenende von der deutschen Justiz erlaubte, von der deutschen Polizei geschützte Nazi-Aufmärsche stattfinden, hat ja nun wirklich nichts mehr mit einer antifaschistischen Grundhaltung zu tun.

Wer nicht bereit ist, mit aller Konsequenz und Härte gegen die Nazis zu kämpfen, deren Zusammenspiel mit dem deutschen Staat zu entlarven, wird niemals bereit und fähig sein, den viel umfassenderen Kampf gegen den Staat des deutschen Imperialismus selbst zu führen.

Gegen die Strömung, Juni 2001

Teilnahme an der Anti-Nazi-Demonstration aufzufordern.

In genauester Absprache mit der Polizei sammelten sich die Nazis zunächst im Frankfurter Vorort Kalbach und wurden dann mittels U-Bahn zum Kundgebungsort gebracht. Die U-Bahn-Linie wurde zu diesem Zweck, wie schon wenige Wochen zuvor für eine Nazikundgebung im Frankfurter Ostend einfach eingestellt. Rund um den Kundgebungsort wurde praktisch der gesamte Stadtteil abgeriegelt, ebenso wurde der U-Bahn-Verkehr eingestellt, nur um keine Proteste an die Nazis herantragen zu können.

Daß diese Rechnung nicht aufging, war dem hartnäckigen Widerstand mehrerer tausend Gegner und Gegnerinnen der Nazis zu verdanken. 3 000–5 000 waren an verschiedenen Orten in Bewegung, um die Nazi-Demonstration zu stoppen, was durch die Zahl der Anti-Nazi-Kräfte auch effektiv war. Drei Wochen zuvor waren es nur einige hundert. Die Möglichkeit, Kräfte der Polizei an verschiedenen Orten zu binden, sie zu überraschen, steigert sich mit der Zahl der Leute. Sie hatten sich frühmorgens am ursprünglichen Treffpunkt der Nazis versammelt und waren dann in mehreren Zügen in Richtung des neuen Nazi-Kundgebungsortes gezogen. Dort wurden sie von der Polizei aufgehalten.

Eine gefährliche Rolle spielten in diesem Jahr und spielen immer wieder die berufsmäßigen Abwiegler vom DGB und von Parteien wie SPD und GRÜNE bis hin zur PDS. Sie warnen zunächst einmal stets und ständig vor „Gewalt an sich", um einen Keil zu treiben zwischen diejenigen, die zur gerechten militanten Ab- und Gegenwehr, zu militanten Angriffen auf die Nazis und die Polizei bereit sind, und denen, denen aus den unterschiedlichsten Gründen diese Bereitschaft fehlt, die aber vielleicht durchaus diese

Notwendigkeit mehr oder weniger klar sehen. Diese Abwiegler sorgen mit Kundgebungsanmeldungen weit ab vom Ort der Nazi-Demonstration für eine räumliche Zersplitterung. So auch in Frankfurt. Als von der am Morgen stattfindenden DGB-Demonstration Gewerkschafter Richtung Nazi-Kundgebungsort abbiegen wollten, wurde das von DGB-Funktionären verhindert. Und am Rande einer „Protest"-Veranstaltung am Mittag weit ab vom eigentlichen Geschehen, unter anderem mit der OB Roth (CDU), griff dann die Polizei ein, als die ganze Abwiegelei bei einigen nicht fruchtete, um mit brutalen Knüppelattacken und Wasserwerfereinsatz eine Gruppe von Genossinnen und Genossen aus der Türkei daran zu hindern, von dort zu den antifaschistischen Demonstrationen im Norden Frankfurts zu ziehen.

Zur massiven Verwirrung tragen immer wieder Medienberichte bei, die auch direkt vor Ort noch eine Rolle spielen. So wurden in Frankfurt während der Anti-Nazi-Demonstration lügnerische Berichte des „Hessischen Rundfunks" bekanntgegeben, nach denen angeblich die Nazi-Demonstration wegen Sprengstoff-Funden in Nazi-Bussen verboten worden sei. Davor und danach wurde ebenfalls Radioberichte bekanntgegeben, nach denen angeblich überhaupt keine Nazis in Frankfurt seien usw. Erst nachdem ein Redner vor derartigen Falschmeldungen warnte, hörten diese abwiegelnden Durchsagen auf.

Die Polizei stellte sich über den ganzen Tag immer wieder antinazistischen Kräften an verschiedenen Stellen der Stadt in den Weg, um zu verhindern, daß sie zu den Nazis vordringen. Trotzdem gelang es, die U-Bahn mit den Nazis zu blockieren, mit Steinen und Flaschen zu attakkieren, so daß sie entglast wurde und es zu einem kurzen Kampf mit den Nazis kam. Die ursprünglich von den Nazis mit der Polizei abgesprochene Route der Nazi-Demonstration wurde erfolgreich blockiert. Die 850 Nazis mußten auf einer anderen Route zu ihren Bussen marschieren. Schließlich gelang es noch, die Busse der Nazis bei ihrem Abzug aus Frankfurt militant anzugreifen. All das war mit massiven Knüppelattacken, wiederholten Wasserwerfereinsätzen und über 100 Festnahmen von Gegnern und Gegnerinnen der Nazis verbunden. Insgesamt waren 4000 Polizisten in Frankfurt im Einsatz.

Wer sind die Nazis? Die braune Saat geht auf...

Welchen Stellenwert haben die Nazi-Banden heute und welchen werden sie in Zukunft haben? Worum geht es also beim Kampf gegen die Nazi-Banden heute und in Zukunft?

Nachfolgend sollen zunächst die heutigen „deutschen Zustände", der Stand, die Stärke der Nazis und ihre Verbrechen kurz zusammengefaßt werden. Anschließend dann der historische Hintergrund, der in vielerlei Hinsicht Erklärung für die heutige Gefährlichkeit und Stärke der deutschen Nazi-Bewegung ist.

„Deutsche Zustände": Tagtäglicher Nazi-Terror, tagtägliche Nazi-Verbrechen, tagtägliche Nazi-Propaganda

Weitgehend bekannt ist, daß sich Anfang der 90er Jahre eine riesige Welle nazistischer Morde in Deutschland ausbreitete. Hier seien stellvertretend genannt: Das Pogrom von Hoyerswerda 1991, die Pogrome von Rostock und Mannheim-Schönau 1992, die Nazi-Morde von Mölln 1992 und Solingen 1993, das nazistische Pogrom gegen schwarzafrikanische Flüchtlinge in Magdeburg 1994, das Nazi-Massaker von Lübeck 1996.

Die Propagandisten des deutschen Imperialismus versuchen nicht ohne Erfolg, den Eindruck zu erwecken, als sei Lübeck 1996 der Wendepunkt gewesen, als sei die Nazi-Mordbrennerei in den letzten drei, vier Jahren abgeklungen. Doch das ist eine dreckige Lüge. Im Fahrwasser des allgemeinen Vormarsches des deutschen Imperialismus – bis hin zu dessen Beteiligung am imperialistischen Angriffskrieg gegen Jugoslawien – geht der tagtägliche Nazi-Terror ungehindert weiter.

- ***Nazi-Morde:*** 1997 ermordeten die Nazis mindestens vier Menschen, 1998 gab es mindestens ein Opfer der Nazi-Morde, 1999 wurden mindestens fünf Menschen von Nazis ermordet, 2000 mindestens zwei Menschen, in diesem Jahr sind es bereits mindestens drei Menschen. Wir sagen – mindestens, weil wir wissen, daß der Staatsapparat und die Medien des deutschen Imperialismus eifrig bemüht sind, die Hintergründe zu vertuschen. So taucht im Verfassungsschutzbericht von 1998 der erwiesene Nazi-Mord an der 14jährigen Antifaschistin Jana Georgi, die am 26.3.1998 in Saalfeld mittags auf offener Straße von einem Nazi erstochen wurde, überhaupt nicht auf, es gibt 1998 angeblich keinen einzigen Nazi-Mord.

- Auch der ***Nazi-Terror*** insgesamt reißt nicht ab. Unzählig sind die Mordversuche, die Brandanschläge, die Verwüstungen von jüdischen Friedhöfen, die Hetzjagden, die Überfälle, die Angriffe und Bedrohungen durch das Nazi-Pack. Nachfolgend nur die offizielle zugegebenen Zahlen: Im Jahr **2000** sind die offiziell registrierten Straftaten von Nazis im Vergleich zu 1999 um 60 Prozent angestiegen. Insgesamt wurden 15.961 nazistische Straftaten offiziell festgestellt.

- Insbesondere die Zahl ***antisemitischer Verbrechen*** hat sich stark erhöht. 1998 wurden offiziell 991 Fälle antisemitisch motivierten Nazi-Terrors verzeichnet, 1999 werden 547 angegeben, darunter Schändungen jüdischer Friedhöfe, Nazi-Schmierereien, antisemitische Hetze bis hin zu zwei Sprengstoffanschlägen auf das Grab von Heinz Galinski, dem ehemaligen Vorsitzenden des Zentralrats der Juden in Deutschland. In der ersten Hälfte 2000 wurden 373 antisemitische Straftaten offiziell registriert.

- Die Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe recherchierte, daß von 1989 bis 2000 mindestens 107 Obdachlose von Tätern außerhalb der Wohnungslosenszene ermordet wurden. Nazistische Angriffe wurden meist geleugnet, wenn nicht bekannt war, daß die Täter Mitglieder von Naziorganisationen waren.

- Zunehmend schaffen sich die Nazis sogenannte „national befreite Gebiete" (zum Beispiel in und um die sächsische Stadt Wurzen), also Gebiete, in die sich Menschen aus anderen Herkunftsländern, Antifaschistinnen und Antifaschisten und alle anderen vom Nazi-Terror Bedrohten vor allem alleine und nachts kaum noch ohne Gefahr für Leben und Gesundheit begeben können.

- Verstärkt wurde auch die sogenannte „Anti-Antifa", in der die Nazis Einzelheiten und persönliche Daten bis hin zur Adresse, Anschrift des Arbeitsplatzes oder Autokennzeichen von Einzelpersonen erfassen, die sich in irgendeiner Form als Nazi-Gegner „geoutet" haben. Neben Daten von Personen aus antifaschistischen und antirassistischen Zusammenhängen enthalten diese „Feindkarteien" Daten von engagierten Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern, Journalistinnen und Journalisten oder auch Mitgliedern der Jüdischen Gemeinden, die dann mit der Aufforderung veröffentlicht werden, gegen die Genannten vorzugehen. Damit sollen nicht nur die jeweils Betroffenen eingeschüchtert werden, sondern natürlich auch alle anderen antinazistischen Kräfte davon abgeschreckt werden, gegen die Nazis den Mund aufzumachen, gegen sie vorzugehen und die Selbsthilfe zu organisieren.

- Kaum ein Wochenende vergeht mehr, an dem nicht mindestens ein ***Nazi-Aufmarsch*** mit mehreren hundert Nazis stattfindet. Es ist diesem Nazi-Pack sogar vereinzelt gelungen – natürlich unter Polizeischutz –, Aufmärsche mit einer Beteiligung von einigen tausend Nazis zu organisieren (z. B. in München im März 1997 mit ca. 5 000 Nazis, am 1. Mai 1998 in Leipzig mit rund 6 000 Nazis).

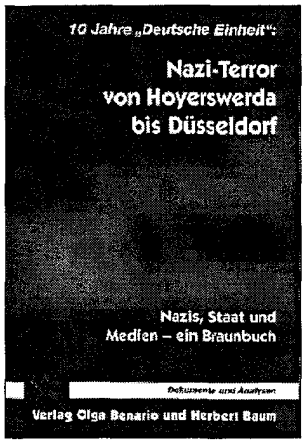
- Auch personell haben die Nazis in der letzten Zeit enormen Zulauf erhalten. Die ***personelle Stärke der Nazi-Banden und -Parteien*** ist selbst laut Verfassungsschutzbericht von 1998 weiter angestiegen. Registriert sind dort rund 53 600 Nazis (1997: 48 400), davon 39 000 in den drei großen Nazi-Parteien DVU, REP und NPD. Dies bedeutet im Vergleich zum Vorjahr eine Zunahme von etwa 11 Prozent. Rund 16 400 Nazis werden den Nazi-Skins und nazistischen „Kleingruppen" zugerechnet.

- Die Auflage der in regelmäßigen Abständen erscheinenden ***Nazi-Hetzschriften*** beläuft sich nach Angaben des Verfassungsschutzes von 1998 auf insgesamt 6,9 Millionen Exemplare (1997: 5,4 Millionen), was eine Erhöhung der Gesamtauflage um ca. 28 Prozent im Vergleich zum Vorjahr bedeutet. Die wöchentlich erscheinenden DVU-Hetzblätter „Deutsche National-Zeitung" und „Deutsche Wochen-Zeitung/Deutscher Anzeiger" liegen mit 35 000 bzw. 21 000 Exemplaren an der Spitze. Das Nazi-Blatt „Deutsche Stimme" der NPD hat eine Auflage von 8 000 Exemplaren, das kostenlose Faltblatt „DS Extra" wird monatlich in einer Auflage von 100 000 gedruckt.

Zur Entwicklung der Nazi-Bewegung in Deutschland seit 1945

Die alten Nazi-Kader, die zum Teil verdeckt, zum Teil offen im der Bundesrepublik Deutschland ihre Organisationsstrukturen erhielten und entwickelten, hatten seit 1949 stets einen nicht zu unterschätzenden Einfluß. Ob es um die unangefochtene Repräsentanz alter Nazis in höchsten Ämtern ging (so zum Beispiel Globke, Kommentator der Nürnberger Rassegesetze, Staatssekretär unter Adenauer) oder um die Integration ehemaliger SS-Angehöriger in die Bundeswehr, von SPD-Schumacher, der in den 50er Jahren für die Rehabilitierung der Waffen-SS warb, über Helmut Schmidt, der sich für den in Italien verurteil-

Nazis und deutscher Staatsapparat



230 Seiten, 25 DM

☆ Grundlegender Ausgangspunkt des Buches ist folgende These: Die stärkste Waffe beim Vormarsch der Nazibewegung in Deutschlands ist die ***inhaltliche Übereinstimmung bei zentralen Fragen und Zielen der Nazis mit den Parteien des deutschen Imperialismus***: Deutscher Chauvinismus in Theorie und Praxis, Großmachtpläne und Kriege nach außen, im Inneren Abschiebungen und Abschreckungsterror. Man darf die Dimensionen nicht verschieben: Der deutsche Staatsapparat ist der Hauptakteur nach innen und außen, er verfügt nicht nur über ungleich mehr Mittel und Macht, er benutzt sie auch für seine mörderische Abschiebungs- und Kriegspolitik. Aber eine entscheidende Rolle der Nazis – abgesehen davon, daß sie auch militärisch eine Reserve der Polizei sind, um unliebsame politische Gegner durch Meuchelmord zu beseitigen oder zu terrorisieren, ohne daß der Staat sich offiziell die Hände schmutzig macht, eine entscheidende Rolle der Nazis ist, daß sie als Stichwortgeber für staatliche Politik dienen: sei es, daß sie, wie in Hoyerswerda und Rostock, vormachen, was dann der Staat mit seinen Asylgesetzen praktiziert; sei es, daß sie durch Nazi-Aufmärsche, Bombenanschläge etc. die Ausstellung gegen die Vebrechen der Nazi-Wehrmacht angreifen, um sie zu verhindern, was dann vollendet wird durch bürgerliche Historiker, indem angebliche „Fälschungen" präsentiert werden, was dazu führte, daß die Ausstellung beendet wurde; sei es, daß Parolen wie „Ich bin stolz, ein Deutscher zu sein!" von Nazis vorgegeben werden, jahrelang sozusagen ihr Markenzeichen sind, um dann von den bürgerlichen Parteien aufgegriffen zu werden wie aktuell in der reaktionären „Nationalstolz"-Debatte von CDU bis PDS; sei es, daß die Nazis insgesamt das gesellschaftliche Klima reaktionär verschärfen, ausprobieren, wie weit die Gegenwehr reicht, wo und ob sie erlahmt, um dann allen Parteien des deutschen Parlaments einschließlich GRÜNEN und PDS zu ermöglichen, mit Zugeständnissen an die von den Nazis repräsentierte „Volksmeinung" immer schärfer die Politik des deutschen Imperialismus nach innen und außen voranzutreiben.

☆ Belegt wird diese Grundthese durch sieben Etappen des Nazi-Terrors vom Nazi-Pogrom in Hoyerswerda 1991 bis zum antisemitischen Anschlag in Düsseldorf 2000, wo auch die Zusammenarbeit von Nazis, deutschem Staat und bürgerlichen Medien bewiesen wird. Im Hintergrund dieser Analyse steht der systematische arbeitsteilig betriebene Chauvinismus praktisch aller Parteien des Bundestags und nahezu sämtlicher Medien im Zusammenhang mit dem nationalen Taumel nach der Einverleibung der DDR. Das „nationale Projekt" heißt – nach innen gerichtet – „Ausländer rausekeln", „Ausländer abschieben", „abschrecken" durch Polizei, Mord, Totschlag und Brandstiftung sowie tägliche juristische Schikanen. Verschiedene Abteilungen, die sich manchmal in die Quere kommen, arbeiten daran: Staatsanwälte, Richter, Medien, Polizei, politische Parteien, Nazis usw. Die bürgerliche Presse lieferte in dieser Zeit dieselben rassistischen und chauvinistischen Stichwörter wie z. B. die „National-Zeitung" der Nazis. Der Herbst 1991 bildete zugleich den Höhepunkt dieser bewußten und systematischen Kampagne gegen das verfassungsrechtlich verankerte Asylrecht. Große Teile der deutschen Bevölkerung werden chauvinistisch verhetzt.

Seit Anfang der 90er Jahre – nicht zufällig zur selben Zeit, in der die „deutsche Einheit" zustande kam – war ein Gesamtklima in diesem Land entstanden, das es erlaubte, systematisch landesweit nächtliche Anschläge durchzuführen. Das wurde möglich durch ein Zusammenspiel von legalen nazistischen Organisationen und illegalen nazistischen Kleingruppen. Nazikader wurden systematisch in die Ex-DDR geschickt, um auch dort ihre Infrastruktur aufzubauen. In dieser Atmosphäre und Situation können es sich die Nazis erlauben, sogar bei Tage, auf U-Bahnstationen, auf Straßen und Parks ihren Terror auszuüben, ihre Opfer lebensgefährlich zu verletzen und zu ermorden.

☆ Schließlich werden Erfahrungen, Aufgaben und Perspektiven im Kampf gegen die Nazis, gegen die staatliche Faschisierung und gegen den deutschen Imperialismus überhaupt zur Debatte gestellt.

ten SS-Verbrecher Kappler einsetzte bis zu Helmut Kohl, der in Bitburg der SS-Mörder gedachte, bis zu Richard Weizsäcker, der sich für Rudolf Hess einsetzte - eine unendliche Liste!

• Die Nazi-Banden und Nazi-Parteien dürfen keinesfalls getrennt oder unabhängig von diesem Staatsapparat betrachtet werden. In Wahrheit handelt es sich um eine ergänzende und flankierende Maßnahme des deutschen Imperialismus im gesamten System seiner reaktionären Maßnahmen. Die Nazi-Parteien dienen dabei auch als „Vorreiter", als „Versuchsballon", wie weit sich die Bevölkerung und die Arbeiterklasse schon an offenere nazifaschistische Propaganda und Terror gewöhnt haben.

Die nazifaschistischen Stoßtrupps werden vom deutschen Staatsapparat gefördert, unterstützt und in Schutz genommen, ja sogar gezielt gegen antifaschistische und revolutionäre Kräfte direkt und indirekt eingesetzt. Dies geschieht insbesondere auch durch ***die Zusammenarbeit des Verfassungsschutzes (VS) mit Nazis,*** der sie ausbildet, schützt und einsetzt. Nur zwei Beispiele: Der Nazi und VS-Mitarbeiter Bernd Schmitt hat drei der vier Nazi-Mörder von Solingen in seiner Kampfssportschule ausgebildet. In Solingen wurden 1993 bei einem Nazi-Brandanschlag zwei Frauen und drei Mädchen aus der Türkei ermordet. Neuestes Beispiel ist die Unterstützung des Aufbaus der NPD in Thüringen durch den VS. Der NPD-Landesvorsitzende Tino Brandt war und ist dort als Agent des VS führend an der Stärkung der NPD beteiligt.

Die Nazis hatten und haben ihre Kader in allen zentralen Stellen des Staates, seine Ämter und Parteien eingeschleust. Sie finanzieren sich zu nicht unerheblichen Teilen über „Vertriebenen"-Verbände und Steuergelder bei den Wahlen ihrer legalen Parteien.

• Eines der wesentlichsten Instrumente zur Erziehung von Kindern und Jugendlichen in Nazi-Tradition war die ***Wiking-Jugend,*** durch deren Lager und Schulungen bis zu ihrem Verbot 1994 40 Jahre lang mehr als 15 000 Kinder und Jugendliche gingen.

• Seit 1949 beteiligten sich Nazi-Kader an ***parlamentarischen Projekten.*** Die 1964 gegründete NPD, die 1971 gegründete DVU und die 1983 gegründeten REP sind heute in diversen Parlamenten von Kommunal- bis Europa-Ebene vertreten.

• Den Nazis ist es gelungen, sich ***militärisch*** immer besser auszurüsten. Schon heute ist sichtbar, daß die Nazi-Organisationen in für viele unvorstellbarem Umfang Waffen und Munition aller Art gebunkert haben, Übungen durchführen, ihre Kader in Bundeswehr und Polizei militärisch ausbilden lassen. Bekannt sind die Fälle, in denen Nazis direkt Bundeswehrbestände ganz legal aufgekauft (Nazi-Roeder LKWs aus NVA Beständen) oder gestohlen haben. Die vereinzelt bekannt gewordenen Funde von Nazi-Waffenlagern, wie im Juli 1998 in Friedrichsthal (Saarland), als Rohrbomben, Sprengstoffvorrichtungen, Panzerfäuste, Mörser, Pumpguns, Revolver, Gewehre usw. bei einem Nazi entdeckt wurden, sind nur die Spitze des Eisbergs.

Diese Funde lassen erahnen, daß die Nazis mit der Vorbereitung auf die militärische Durchsetzung ihres Mordprogramms längst begonnen haben.

Schon 1980 ermordete die „Wehrsportgruppe Hoffmann", die hier als ein Beispiel solcher militärischen Organisationen genannt werden soll, den jüdischen Verleger Lewin und seine Lebensgefährtin Poschke, richtete aber auch Leute in den eigenen Reihen hin. Sie verübte wenigstens 7 Brand- und Sprengstoffanschläge, so auch den Bombenanschlag am 26. September 1980 auf dem Oktoberfest, wo alleine 13 Menschen ermordet und 211 zum Teil schwer verletzt wurden. Der Staatsapparat warf der Wehrsportgruppe Hoffmann 16 Morde vor. Auch in den Jahren danach riß die Serie nazistischer Mordanschläge bis heute nicht mehr ab.

• Anfang der 90er Jahre war im Zusammenspiel zwischen legalen nazistischen Organisationen und illegalen Kleingruppen eine ***nazistische Infrastruktur*** entstanden, die vor dem Gesamtklima in Deutschland zu landesweiten systematischen nächtlichen Anschlägen führte.

• Die ***Skinheadbewegung sowie verschiedene Musikrichtungen*** wurden zur nazistischen Beeinflussung einer größeren Zahl Jugendlicher verwendet. Systematisch wurden Nazi-Kader überall dort hingeschickt, wo es pronazistische Stimmungen unter Jugendlichen gab, um dort ihre Arbeit zur Organisierung von offenen Pogromen und Überfallserien zu machen.

• Auch ***im akademischen Bereich*** arbeiten die Nazis. 1986 wurde die Zeitschrift „Junge Freiheit" (Auflage: 10 000) gegründet, die nazistische Thesen akademisch formuliert. Das 1981 von einer nicht unerheblichen Gruppe von Hochschullehrern unterzeichnete „Heidelberger Manifest", der „Historikerstreit" in den 80er Jahren, in dem der Nazifaschismus als „Antwort auf den Kommunismus" verteidigt wurde, sind weitere Belege für die Nazi-Aktivitäten an den Hochschulen.

• Ein ***Machtzentrum der Nazis*** bildet neben der NPD die DVU und ihre „deutsche Nationalzeitung". Bei allen angeblichen oder wirklichen Streitigkeiten zwischen oder innerhalb verschiedener Nazigruppen bildet die DVU und ihre „Deutsche Nationalzeitung, die beispielhaft für die zynische, mörderische und aufhetzende Nazi-Propaganda steht, ein wesentliches, Kontinuität garantierendes Rückgrat der Naziszene.

Aufgaben und Perspektiven im Kampf gegen die Nazis, gegen die staatliche Faschisierung und gegen den deutschen Imperialismus überhaupt

- ***Argumentieren, wo möglich, zuschlagen, wo nötig!!***

Angesichts des zunehmenden alltäglichen Nazi-Terrors und des weiteren Anwachsens der Nazi-Bewegung steht die massive Notwehr im Vordergrund: Mit Geschwätz und guten Worten, „Betroffenheit weit ab von den Nazi-Überfällen läßt sich gar nichts ändern. Abwiegelei mit der reaktionären Phrase „bloß keine Gewalt" durch die bürgerlichen Politiker und Medien sowie diverser opportunistischer Kräfte und DGB-Bürokraten sind gleichermaßen große Gefahren. Dieser Art von Druck darf auf keinen Fall nachgegeben werden. Gegenüber Nazis in Aktion gibt es keinen Spielraum für Diskussionen und Überzeugung, da heißt es handeln mit aller Konsequenz und ohne jedes Mitleid mit diesen Mordbanden! Mit aller Kraft, überall wo die Nazis auftreten, muß die Selbsthilfe gegen die Nazis organisiert werden!

Die gesamte Situation in Deutschland erfordert aber auch, überall wo es möglich ist, tiefgehend über eine ganze Fülle von Fragen zu diskutieren und zu argumentieren, Veranstaltungen und Debatten durchzuführen, mit Flugblättern und Plakten z.B. die wirklichen Zusammenhänge zwischen deutschem Staat und Nazis klarzumachen, über die Nazi-Verbrechen und die Nazi-Ideologie aufzuklären etc.

- ***Gegen die Vertuschung – alle Naziverbrechen anprangern!***

Wir müssen die chauvinistische und rassistische Hetze bekämpfen, die Methoden der Verschleierung und der Vertuschung von Naziverbrechen durch die bürgerlichen Medien systematisch entlarven. Wir müssen das ganze Ausmaß des alltäglichen Nazi-Terrors aufdecken. Gegen Desinformation, Vertuschung und „Gewöhnung" gilt es, eine systematische, eigenständige Recherche vor Ort in Zusammenarbeit mit den Opfern des Nazi-Terrors und durch organisierten Informationsaustausch zwischen den antinazistischen Kräften zu schaffen.

- ***Den Kampf gegen die Nazi-Ideologie nicht unterschätzen!***

In den Reihen der Antifaschistinnen und Antifaschisten besteht ein zu geringes Wissen über die Nazis, gerade auch über ihre Propaganda heute, sei es ihre Musik, sei es die „National-Zeitung", die viele von ihnen – aus begreiflichem Ekel – noch niemals in der Hand hatten. Es besteht also die Aufgabe, sich von den Nazis und ihrer Ideologie ein möglichst genaues Bild zu machen, um sich dann auch gezielt mit den nazifaschistischen Demagogien auseinanderzusetzen, um sie bekämpfen zu können. Dabei ist entscheidend: Die Ideologie der heutigen Nazi-Bewegung hat ihre Wurzeln in dem ganzen System der Nazi-Ideologie, die zwischen 1933 und 1945 offizielle Staatsdoktrin war und millionenfach verbreitet wurde. Auch nach 1945 fehlte in Deutschland die systematische Auseinandersetzung mit der Nazi-Ideologie, so daß bis heute deutliche Spuren dieser Ideologie in den Köpfen großer Teile der deutschen Bevölkerung zu finden ist.

- ***Der Abwiegelei und der Verwirrung entgegentreten!***

Auch in den Kämpfen gegen die Nazi-Aufmärsche am 1. Mai 2001 wurden die antinazistische Kräfte mit einer massiven Verwirrungsstrategie und mit allen Formen der Abwiegelei konfrontiert. Die Justiz und die Ordnungsbehörden verwirren durch ein Hin und Her von Erlaubnis und Verbot von Nazi-Demonstrationen und -Kundgebungen bis auf den letzten Drücker. Damit verbunden ist meist auch eine Unklarheit über Ort und Route der Nazi-Demonstrationen. Verbunden mit diesen Verwirrspielen sind massive Abwiegeleien von DGB-Bürokraten und diversen opportunistischen Gruppen. Diese starten meist schon vor dem Beginn der Anti-Nazi-Kämpfe, indem die Anti-Nazi-Kräfte oft genug als „Chaoten" verleumdet werden und dazu aufgerufen wird nicht direkt an den Ort zu gehen, wo die Nazis ihre Aufmärsche durchführen wollen. Opportunistische Kräfte versuchen aber auch immer wieder Gegner und Gegnerinnen der Nazis vor Ort, also auf den Anti-Nazi-Demonstrationen, davon abzuhalten, konsequent und militant gegen die Nazis zu kämpfen.

Die Anti-Nazi-Kräfte haben es zum diesjährigen 1. Mai nur zum Teil geschafft, diese Schwierigkeiten zu überwinden.

- ***Zur Rolle der antinazistischen Militanz***

Die „Gewaltfrage" wird immer wieder in den Medien dazu verwendet, Nazis und Anti-Nazi-Kräfte auf eine Stufe zu stellen. Es gebe keinen Unterschied zwischen „rechter und linker Gewalt", so heißt es provokativ. Das kann und darf nicht geduldet werden. Die Geschichte belegt unverrückbar die Notwendigkeit, den Nazis mit allen Mitteln entgegenzutreten, wie es im zweiten Weltkrieg geschehen ist. Soweit darf und soll es nie mehr kommen. Um so dringlicher war und ist es, den Nazis gerade auch mit antinazistischer Militanz entgegenzutreten angesichts ihres Drohpotentials, angesichts der in den letzten zehn Jahren von den Nazis begangenen Morde und Verbrechen. Es gibt mehr als ein Beispiel, wo es gerade die antinazistische Militanz war, die zu einem wirkungsvollen Zurückdrängen der Nazi-Kräfte geführt hat (so in Leipzig am 1. Mai 1998) Gerade diese Gründe und diese Bespiele sollten immer wieder angeführt werden, um auch diejenigen zu überzeugen, die heute noch nicht die Notwendigkeit eines militanten Anti-Nazi-Kampfes sehen.

- ***Den Kampf gegen den staatlichen Terror nicht unterschätzen!***

Die zahlreichen Aktionen und Demonstrationen in den letzten Jahren richteten sich zu Recht gegen den enorm zugenommenen Nazi-Terror und sie müßten natürlich noch stärker sein. Der größere Terror gegen Flüchtlinge, Werktätige aus anderen Herkunftsländern, Menschen mit dunkler Hautfarbe, Sinti und Roma, gegen demokratische und revolutionäre Kräfte geht aber vom Staat aus: Mittels „Ausländergesetzen", durch Kriminalisierung von sogenannten „Illegalen", durch Mißhandlung seitens chauvinistisch Verhetzter in den Reihen von Polizei und BGS, durch Grenzterror der nahezu 10000 BGSler vor allem an der deutsch-polnischen und der deutsch-tschechischen Grenze, durch Abschiebeterror...

Je konsequenter der Kampf gegen die Nazis geführt wird, um so rascher, entschiedener und massiver stoßen Anti-Nazi-Kräfte selber auf den Staatsapparat des deutschen Imperialismus:

Demonstrationen werden eingekesselt, es gibt Massenverhaftungen, Anti-Nazi-Demonstrationen werden gefilmt, während gleichzeitig stets das berüchtigte „Vermummungsverbot" notfalls mit Polizei-Gewalt durchgesetzt wird, erkennungsdienstliche Behandlungen zur Registrierung der Nazi-Gegner werden durchgeführt. Ganze Organisationen und Zusammenhänge wurden und werden kriminalisiert, wie z. B. die Antifa M in Göttingen oder die Antifa Passau.

Es ist dieser umfassende und systematische Charakter des staatlichen Terrors, warum wir sagen, daß die staatliche Faschisierung heute die größte Dimension des reaktionären Terrors ausmacht.

Wer nicht bereit ist, mit aller Konsequenz und Härte gegen die Nazis zu kämpfen, deren Zusammenspiel mit dem deutschen Staat zu entlarven, wird niemals bereit und fähig sein, den viel umfassenderen Kampf gegen den Staat des deutschen Imperialismus selbst zu führen.

- ***Den Nazifaschismus mit der Wurzel ausrotten heißt, das imperialistische System des Kapitalismus vernichten!***

Der Nazifaschismus war nur eine bestimmte ***Form*** der Herrschaft des deutschen Finanzkapitals, des deutschen Imperialismus, nämlich seine offen terroristische Diktatur.

Die Nazi-Ideologie ist ebenfalls im Grunde nur die ins Extrem gesteigerte Form der „deutschen Ideologie" der deutschen Bourgeoisie: deutscher Chauvinismus – Militarismus – Revanchismus – Rassismus – Antisemitismus – Antiziganismus – Antikommunismus.

Der deutsche Imperialismus herrscht heute wie vor hundert Jahren, seine ungebrochene Tradition beinhaltet die Verbrechen, die vom deutschen Boden in diesem Jahrhundert ausgegangen sind. Sie wurden immer wieder möglich durch das Wirken dieser deutschen Ideologie, die in alle Lebensbereiche eingedrungen war und ist, gerade auch in den Reihen der Werktätigen, der Ausgebeuteten.

Wer konsequent gegen die Nazis kämpfen will, radikal, d. h. an die Wurzel gehend, der muß auch den deutschen Imperialismus selbst, seine kapitalistische Grundlage, seine Ideologie bekämpfen.

Es gilt daher für uns Kommunistinnen und Kommunisten, den Kampf gegen staatliche Faschisierung und gegen Nazi-Banden und -Parteien ein- und unterzuordnen dem Kampf zur Vorbereitung und Durchführung der sozialistischen Revolution, zum Sturz dieser imperialistischen Gesellschaftsordnung, für die revolutionäre Diktatur des Proletariats, die die gestürzte Bourgeoisie unterdrücken muß, die Nazis und sämtliche Reaktionäre, denn nur dann kann wirklich der Weg zu einer neuen Gesellschaft beschritten werden, der Weg zu Sozialismus und Kommunismus. Nur auf diesem Weg wird es möglich sein, die Gefahr einer erneuten Errichtung einer nazifaschistischen Diktatur in Deutschland zu bannen, denn der Träger der nazifaschistischen Gefahr ist der deutsche Imperialismus.

Quellen:

1 Frankfurter Rundschau 2.5.2001
2 ak 450, 10. Mai 2001
3 antifaschistische Nachrichten 10-2001, jw 2. Mai 2001
4 ebenda.
5 Mannheimer Morgen 2.5.2001 und antifaschistische Nachrichten
6 Bild Frankfurt 2.5.2001, jw 2. Mai 2001, ak 450
7 ak 450, jw 5./6. Mai 2001

BUCHLADEN
Georgi Dimitroff
Speyerer Str. 23, 60327 Frankfurt/M.
Fax 069/730920

ÖFFNUNGSZEITEN:
Freitag 16.30 – 19.30 Uhr
Samstag 10.00 – 13.00 Uhr

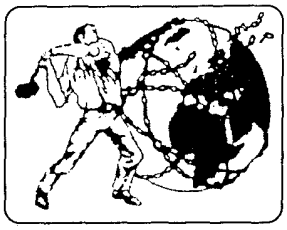
Vertrieb für Internationale Literatur
Brunhildstr. 5, 10829 Berlin

GEÖFFNET:
Samstag 11.00 – 14.00 Uhr

Drucker, Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: A. Odenthal, Vertrieb für Internationale Literatur, Brunhildstr. 5, 10829 Berlin

PROLETARIER ALLER LÄNDER, VEREINIGT EUCH!
PROLETARIER ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER, VEREINIGT EUCH!

GEGEN DIE STRÖMUNG



Organ für den Aufbau der Revolutionären Kommunistischen Partei Deutschlands

7-8/01 Juli-August 2001

Ein Beitrag zur Klassenanalyse in Deutschland

Revolutionäre Perspektiven auf dem Land?

Ein Lebensmittelskandal jagt den anderen und es wird immer offensichtlicher, daß die Lebensmittelproduktion im Kapitalismus keineswegs „verbraucherorientiert" ist. Der legale und illegale Einsatz von Wachstumshormonen und Antibiotika bei der Tierzucht, die Beimengung von giftigen Substanzen ins Tierfutter, der Einsatz von hochgiftigen Pestiziden z.B. bei der Obst- und Gemüseproduktion insbesondere in den vom Imperialismus abhängigen Ländern – all das zeigt, daß auch bei der Lebensmittelproduktion im Imperialismus die Erzielung von Maximalprofit höchstes Gesetz ist. Dadurch werden nicht nur die produzierten Lebensmittel vergiftet, sondern es verschlechtern sich auch zunehmend die allgemeinen Lebensbedingungen der ausgebeuteten und unterdrückten Massen, besonders der vom Imperialismus unterdrückten Völker.

Für kommunistische Kräfte ist daher klar, daß es nicht nur darum geht, die kapitalistisch-imperialistische Vergiftung von Lebensmitteln und den Raubbau an den allgemeinen Lebensbedingungen der Werktätigen weltweit anzuprangern, sondern positiv zu beweisen, daß nur im Sozialismus und dann im Kommunismus eine Lebensmittelproduktion möglich ist, die sich an den ständig wachsenden Bedürfnissen der Werktätigen orientiert. Da der Aufbau des Sozialismus und dann des Kommunismus unmöglich ist ohne Sturz der Bourgeoisisie, ohne Zerschlagung des bürgerlichen Staatsapparats im Bürgerkrieg, ohne Errichtung der Diktatur des Proletariats über alle Reaktionäre, müssen sich die kommunistischen Kräfte gerade auch in einem imperialistischen Land wie Deutschland darüber im klaren sein, daß dieser Bürgerkrieg nicht gewonnen, die Diktatur des Proletariats nicht errichtet werden kann, ohne daß sich bestimmte Schichten auf dem Land zumindest neutral verhalten, ohne Sympathie, ja Unterstützung von Teilen der ausgebeuteten Werktätigen auf dem Land zu gewinnen.

Um Freund und Feind auf dem Lande unterscheiden zu können, gilt es die Arbeits- und Lebensverhältnisse, die Klassenverhältnisse auf dem Land genau zu kennen. Nur auf dieser Basis kann in einem langfristig angelegten ideologischen und praktischen Klassenkampf, der viele Besonderheiten aufweisen wird, in den Tageskämpfen auf dem Land, insbesondere auch Kämpfen gegen die besonders brutale Ausbeutung und chauvinistisch-rassistische Unterdrückung der Saisonarbeiterinnen und -arbeiter aus anderen Ländern, eine gemeinsame Kampffront des städtischen Proletariats und der ausgebeuteten Werktätigen auf dem Land erkämpft werden. Es geht auf dieser Basis vor allem darum, eine revolutionäre Einheit zwischen Stadt und Land zu schaffen, die schließlich die Kraft entwickeln wird, den deutschen Imperialismus zu zerschlagen.

Hungerstreik der demokratischen und revolutionären Gefangenen in der Türkei seit über 270 Tagen!

Der aktuelle Kampf der demokratischen und revolutionären Gefangenen in der Türkei ist zweifelsohne einer der langandauerndsten *massenhaften Gefängniskämpfe. Im Oktober* letzten Jahres hatten zunächst einige hundert demokratische und revolutionäre Gefangene in der Türkei einen Hungerstreik gegen ihre Haftbedingungen und die Einführung von Isolationstrakten nach dem „Stammheimer Modell" begonnen. Nachdem das mörderische Regime der Türkei am 19. Dezember die Gefängnisse militärisch erstürmt, über 32 kämpfende Gefangene massakriert und hunderte Gefangene verletzt hatte[1], führten die überlebenden Genossinnen und Genossen den Hungerstreik auch zahlenmäßig verstärkt weiter und setzten damit ein Zeichen an Entschlossenheit. Das türkische Mordregime hatte sein Ziel, die Beendigung des Kampfes, nicht erreicht.

Momentan, mehr als sechs Monate später, befinden sich noch viele Hundert revolutionäre und demokratische Gefangene im Hungerstreik, allein rund 500 im verschärften Hungerstreik, dem sogenannten Todesfasten. Am 14. Juni hat sich die 6. Gruppe von Gefangenen dem Todesfasten angeschlossen. Wie schon die beiden Gruppen zuvor, nimmt auch die 6. Gruppe von Anfang an kein Vitamin B1 mehr zu sich, wodurch sich ihr Gesundheitszustand in viel kürzerer Zeit rapide verschlechtern wird.

Generell hat sich der Gesundheitszustand der kämpfenden Gefangenen in den letzten Wochen teilweise dramatisch verschlechtert. Durch Zwangsernährungs-Folter und bewußt falsche „medizinische Behandlung" wurden mindestens 50 Gefangene in „lebende Tote" verwandelt, die teilweise unter totalem Gedächtnisverlust leiden.[2] Dabei verfolgt das türkische Regime die perfide Methode, gerade hungerstreikende Gefangene, deren Gesundheitszustand besonders schlecht ist, vorübergehend „freizulassen", um sie vom Kollektiv der übrigen Genossinnen und Genossen zu isolieren und dann im „Todesfall" seine Hände in Unschuld zu waschen. Inzwischen gaben weitere Genossinnen und Genossen in diesem Kampf ihr Leben:

17. 6.01: **Veli Günes**. Der 45jährige war seit sieben Jahren im Gefängnis. Nach dem Ge-

Fortsetzung auf S. 2

I.

Fünf Gründe, warum es keine Vorbereitung auf den Sieg der sozialistischen Revolution geben kann, ohne sich mit der Lage und den Aufgaben auf dem Land auseinanderzusetzen

Wieso, mögen manche einwenden, beschäftigen wir uns in der heutigen Zeit als revolutionäre, als kommunistische Organisation auch mit der Lage der Werktätigen auf dem Land, speziell mit der Lage der in der Landwirtschaft tätigen Masse der Werktätigen und Ausgebeuteten? Lenkt dies nicht ab von der heute vor allem anstehenden Aufgabe, die Fortschrittlichsten des Industrieproletariats für die Sache des Kommunismus und die proletarische Revolution, für die Sache des Aufbaus der Kommunistischen Partei zu gewinnen?

Dieser Einwand spiegelt bei vielen vor allem eines wider: die fehlende oder nicht konsequent zu Ende gedachte Überlegung darüber, wie es möglich ist bzw. was es eigentlich bedeutet und erfordert, in einem imperialistischen Land wie Deutschland wirklich erfolgreich und siegreich die sozialistische Revolution durchzuführen.

Erstens: Wer wirklich für die Zerschlagung des deutschen Imperialismus in der proletarischen Revolution, für den radikalen Bruch mit allen ausbeuterischen Verhältnissen kämpfen will, muß sich für die Frage interessieren, welche Auswirkungen dieses radikale Brechen auf die Lebensverhältnisse international und auch hier hat.

Welche Auswirkungen eine proletarische Revolution in Deutschland und damit einhergehend die Beendigung der Ausbeutung und Unterdrükkung durch den deutschen Imperialismus für die unterdrückten Länder hat, hängt in entscheidendem Maße davon ab, ob die unterdrückten Völker in diesen Ländern den Weg der antiimperialistischen und antifeudalen Revolution beschreiten oder sie unter die Vorherrschaft einer anderen imperialistischen Großmacht geraten, in der

Fortsetzung von S. 1

fängnis-Massaker wurde er wegen „Aufstand" angeklagt und seine bevorstehende Entlassung ungültig. Veli Günes gehörte zur ersten Gruppe der „Todesfastenden". Als sich sein Zustand vor anderthalb Monaten verschlechterte, wurde er ins Krankenhaus eingeliefert, wo er trotz ständiger Drohungen jegliche Zwangsernährung ablehnte.[3]

26.6.01: **Aysun Bozdogan** (TKEP/L). Die 25jährige war seit 1999 im Gefängnis. Nach dem Gefängnis-Massaker vom 19. Dezember war sie aus Ümraniye nach Kartal verlegt worden. [4]

6.7.01: **Mahmut Gökhan Özocak**. Der 41jährige war wegen seines schlechten Gesundheitszustands vorübergehend aus der Haft entlassen worden.[5]

9.7.01: **Ali Koc** (DHKP-C).[6]

15.7.01: **Sevgi Erdogan** (DHKP-C). Die 45jährige war wegen ihres schlechten Gesundheitszustands vorübergehend aus der Haft entlassen worden.[7]

Die Solidaritätsbewegung in der Türkei ist mit der brutalen Repression des türkischen Regimes konfrontiert. Fast täglich finden Razzien statt, nach Kundgebungen gegen die F-Typ-Gefängnisse riegeln Polizei und Soldaten häufig ganze Stadtteile ab und schießen teilweise mit scharfer Munition auf die Demonstrantinnen und Demonstranten. Um die Isolation der kämpfenden Gefangenen zu durchbrechen, führen ihre Angehörigen und Unterstützer auch seit Monaten Solidaritätshungerstreiks durch. Nach Gülsüman Dönmez, Canan Kulaksiz, Senay Hanoglu, Erdogan Güler und Ugur Türkmen gab am 29. Juni 2001 **Zehra Kulaksiz** am 221. Tag ihres „Todesfastens" ihr Leben in diesem Kampf.[8]

Bei der Unterdrückung der demokratischen und revolutionären Kämpfe unterstützt der deutsche Imperialismus das türkische Regime nach Kräften.



Erhältlich auf türkisch und deutsch. 120 Seiten, 10 DM

■ Sei es, daß deutsche und türkische Geheimdienste direkt zusammenarbeiten. So wurde Anfang Juli erstmals in der mörderischen Abschiebegeschichte der BRD ein ganzes Flugzeug mit 88 Flüchtlingen aus der Türkei abgeschoben. Das eigens dafür gecharterte Flugzeug hatte auch 56 BGSler an Bord, die die Abgeschobenen am Flughafen in Istanbul direkt an ihre türkischen „Amtskollegen" auslieferten. 25 der Abgeschobenen wurden sofort auf dem Istanbuler Flughafen verhaftet, die übrigen sollen nach Überprüfung ihrer Personalien zunächst freigelassen worden sein.[9]

■ Sei es, daß Familienangehörigen der kämpfenden Gefangenen, die in Deutschland über den Stand der Kämpfe in den Gefängnissen berichten wollen, die Einreise verweigert wird.

■ Sei es, daß Unterstützerinnen und Unterstützer der Forderungen der kämpfenden Gefangenen nach Aktionen sofort in Untersuchungshaft gesteckt und in Schnellverfahren verurteilt werden, wie es der Fall war bei den Besetzerinnen und Besetzern der Geschäftsstelle der Landes-SPD in Stuttgart.

■ Sei es, daß demokratische oder revolutionäre Gefangene in Deutschland, die sich mit den Kämpfen der Gefangenen in der Türkei solidarisieren, mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln massiv unter Druck gesetzt werden.

Einer dieser Gefangen ist Rainer Dittrich. Seit dem Massaker in den türkischen Gefängnissen im Dezember 2000 hat er sich mit einem Hungerstreik mit den Kämpfen der gefangenen Genossinnen und Genossen in der Türkei solidarisiert. Seitdem nimmt Rainer drei Tage Nahrung zu sich, gefolgt von einem fünftägigen Hungerstreik. Von staatlicher Seite gab es die verschiedensten Maßnahmen, den Abbruch seines Solidaritätshungerstreiks zu erzwingen. So wurde ihm u.a. die für den Hungerstreik notwendige Zusatznahrung wie z.B. Vitamine, die ihm Unterstützerinnen und Unterstützer schicken, gestrichen, um ihn zum Aufgeben zu zwingen. Die Folge davon ist ein rapider Gewichtsverlust, der seinen nach 13 Jahren Gefängnishaft stark angegriffenen Gesundheitszustand (Lähmungserscheinungen und Wirbelsäulenkrankheit) zusätzlich belastet, was die Verantwortlichen, die schleswig-holsteinische Justizministerin Lütkes und die Lübecker Gefängnisleitung wissentlich in Kauf nehmen.

Verstärken wir die Solidarität mit den Kämpfen der demokratischen und revolutionären Gefangenen!

Tod dem deutschen Imperialismus!

☆ ☆ ☆

Anmerkungen

[1] Anfang Juli veröffentlichte die türkische Tageszeitung Radikal bislang geheime Berichte über die gerichtsmedizinischen Ergebnisse der Autopsien der Leichen sowie Operationsprotokolle der Opfer des Gefängnismassakers vom Dezember 2000. Augenzeugin und Opfer dieses Massakers war Ebru Dinçer. Sechs ihrer Genossinnen hatten den mörderischen Angriff auf die Großraumzelle C 1 im Istanbuler Gefängnis Bayrampaþa nicht überlebt. In der Mordnacht wachte Ebru Dinçer auf, als die Spezialeinheiten Löcher in die Wände der Zelle bohrten. Die Soldaten warfen Gas durch die Öffnungen, gleichzeitig wurde durch das Dach geschossen. Der beißende Rauch war so dicht, daß die Frauen zu ersticken glaubten. Doch als die Gefangenen versuchten, die Tür zu erreichen, wurde plötzlich der Eingang in Brand gesteckt. Ebru konnte mit drei anderen Genossinnen über den Luftschacht ins Freie klettern. Im veröffentlichten gerichtsmedizinischen Bericht heißt es, daß in der Zelle 35 Gramm CS-Gas eingesetzt worden waren, in einem Raum dieser Größe genügen jedoch schon 20 Gramm, um in 38 Sekunden tödlich zu wirken. (Jungle World, Nr. 29/2001, 11. Juli 2001); [2] Komitee gegen Isolationshaft, 10.06.2001; [3] ÖZGÜR POLITIKA, 18. Juni 2001; [4] ÖZGÜR POLITIKA, 27. Juni 2001; [5] taz, 6.7.2001; [6] Web.de, 09.07.2001; [7] FR, 16. Juli 2001, [8] Komitee gegen Isolationshaft, 29.06.01; [9] Junge Welt, 11. Juli 2001

die proletarische Revolution noch nicht gesiegt hat.

Für die Lebensverhältnisse hier zeigt auch eine nur grobe Analyse der Anteile des Imports von Fleisch, Obst, Gemüse sowie von Futtermitteln usw. die Bedeutung dieser Frage.

Mit über 100 Mrd. DM ist Deutschland heute weltweit noch vor den USA und Japan der größte Importeur von Agrar- und Ernährungsgütern.[1] Bedingt durch die Widersprüche der kapitalistischen Agrarökonomie und zusätzlich durch die Widersinnigkeiten der imperialistischen Agrarpolitik gibt es zwar auf verschiedenen Gebieten wie Getreide- und Milchproduktion eine große relative Überproduktion. Zugleich gibt es aber wesentliche Bereiche, in denen die Lebensmittelversorgung sehr weitgehend oder vollständig von Importen vor allem aus abhängigen Ländern abhängt. Das gilt offenkundig für Produkte wie Reis, Tee, Kaffee oder Kakao. Sehr niedrig ist aber auch der sogenannte „Selbstversorgungsgrad" etwa mit ca. 30% bei Fisch, mit knapp 50% bei pflanzlichen Ölen und Fetten, mit ca. 40% bei Gemüse, etwas über 50% bei Hülsenfrüchten, ca. 60% bei Geflügelfleisch oder mit ca. 15% bei Obst.[2]

Doch es geht nicht nur um unmittelbar zum Verzehr bestimmte Produkte, sondern auch um agrarische Rohstoffe für die Weiterverarbeitung, vor allem auch um Futtermittel wie Soja, das als Kraftfutter verwendet wird. Um etwa Vieh in Deutschland mit Soja-Kraftfutter zu füttern, wird schon seit Jahrzehnten z. B. in Brasilien für die Exportwirtschaft ein enormer Raubbau durch Entwaldung und nachfolgende Bodenerosion betrieben, werden große Massen von Bäuerinnen und Bauern sowie indigene Bevölkerung von ihrem Land vertrieben.

Daraus folgt zum einen, daß die Kommunistische Partei einer intensiven Aufklärung und Erklärung dieser imperialistischen Beziehungen in der eigenen Bevölkerung hohes Augenmerk schenken und ein Verständnis für die Bauernbevölkerung und die Lebensmittelproduzenten in den anderen Ländern der gesamten Welt wecken muß. Besonderes Augenmerk gilt dabei der Entlarvung der Ausbeutung und Unterdrückung der ländlichen ausgebeuteten Massen dieser Länder durch das deutsche Monopolkapital.

Zum anderen erfordert die präzise Planung der proletarischen Revolution und der Errichtung der Diktatur des Proletariats eine genaue Erforschung dieser internationalen Beziehungen, ein tieferes Verständnis der Folgen für die proletarische Revolution und die werktätigen Massen im eigenen Land, wenn diese imperialistischen Beziehungen revolutionär beendet werden. Dies erfordert auch die revolutionäre Erziehung der Arbeiterinnen und Arbeiter sowie der übrigen Masse der Werktätigen und Ausgebeuteten, zeitweilige Verschlechterungen ihrer Lebenslage im Interesse der Sicherung der Diktatur des Proletariats, im Interesse der maximalen Unterstützung der Revolution in allen anderen Ländern bewußt in Kauf zu nehmen.

Zweitens: Die komplizierte Lage der Werktätigen auf dem Land steht auch im engen Zusammenhang mit dem ***Gegensatz zwischen Stadt und Land***. Dieser Gegensatz, der sich bereits mit der Entstehung der Klassengesellschaften und des Staates herausgebildet und in Verbindung damit entwickelt hat, hat im Kapitalismus eine ganz besondere Verschärfung erfahren. Unter dem Kapitalismus hat sich in entscheidender Weise die Trennung der Industrie von der Landwirtschaft vollzogen, wobei die Industrie die dominierende Position hat und der Landwirtschaft auch immer mehr Bereiche entzieht. Es haben sich enorme Großstädte herausgebildet und die Bourgeoisie,

Methodische Probleme der Klassenanalyse

Bei der ideologischen und theoretischen Auseinandersetzung mit der Lage und den Aufgaben auf dem Land sind wir von Anfang an mit mehreren gewichtigen Problemen konfrontiert.

Kernproblem einer wissenschaftlichen Untersuchung der Lage und der Aufgaben der KP auf dem Land ist, daß die ***inneren*** Zusammenhänge und die ***folgerichtige Entwicklung*** nicht ***offenliegen***, sondern verhüllt sind. Nur mit Hilfe der Wissenschaft, genauer gesagt mit Hilfe des wissenschaftlichen Kommunismus, seiner tiefgehenden Beherrschung ist es möglich, von den diversen Erscheinungen zur wirklichen Entwicklung vorzudringen, sich nicht vom Schein trügen zu lassen. Gegen das ganze System des bürgerlichen Betrugs kann man ohne den wissenschaftlichen Kommunismus als „Mikroskop" und „Teleskop" nicht ankommen.

Das entscheidende Hindernis einer kommunistischen Analyse liegt in der Tatsache, daß sämtliche Analysen und Faktensammlungen über die ökonomische und politische Entwicklung auf dem Land von Spezialisten der Bourgeoisie oder von den modernen Revisionisten der ehemaligen Sowjetunion, der ehemaligen DDR durchgeführt wurden und werden. Eine der wichtigsten Voraussetzungen für die Ausarbeitung der Theorie und Linie für die Arbeit auf dem Land wie für die kommunistische Arbeit im eigenen Land überhaupt besteht also in der kommunistischen Kritik dieser Machwerke.

Eins der zentralen Machwerke der modernen Revisionisten, als sie noch den Staatsapparat in den revisionistisch-kapitalistischen Ländern in Händen hatten, war das Buch „Grundlagen des Marxismus-Leninismus" aus dem Jahr 1960. Dieses Buch soll hier einmal stellvertretend für eine ganze Fülle ähnlicher Machwerke als Beispiel genommen werden.

In dem mit „Das Bündnis der Arbeiterklasse und der Bauernschaft im Kapitalismus" überschriebenen Kapitel ist typisch, daß nicht die klassenmäßige Differenzierung der Bauernschaft zum Ausgangspunkt genommen wird, sondern die Vertuschung der Klassengegensätze auf dem Land durch Gerede über „die Bauernschaft" schlechthin. So heißt es:

> *„Der staatsmonopolistische Kapitalismus bedroht die Existenz der Bauernschaft* als Klasse."
> (S. 453)

Die Vertuschung der Gegensätze auf dem Dorf geht hier einher mit einer revisionistischen Verfälschung des Begriffs der „Klasse" und der Entwicklung der Bauernschaft in den letzten 150 Jahren, denn durch die Entwicklung der kapitalistischen Gegensätze auf dem Land gibt es die Bauernschaft schon längst nicht mehr „als Klasse".

Der Trick, mir dem die Vertuschung der tiefen Kluft zwischen den Ausbeutern und den Ausgebeuteten auf dem Land präsentiert wird, ist die Behauptung, daß gegenüber dem Monopolkapitalismus die Bauernschaft „als Klasse" existieren würde und mit gemeinsamem Interesse dagegen kämpfen müsse. So stehe keineswegs der revolutionäre Klassenkampf gegen die Ausbeuter auf dem Land an, sondern es sei

> „die ***Vereinigung der ganzen Masse der Farmer und Bauern mit der Arbeiterklasse*** zum Kampf gegen die Offensive der Monopole zur praktischen Notwendigkeit geworden."
> (S. 449)

Es ist klar, daß die Vertuschung der Klassengegensätze auf dem Land einher geht mit der Vertuschung sämtlicher Widersprüche dieser Gesellschaft überhaupt. Es ist dies eben ein Mittel, wie es in dem „Lehrbuch" so schön heißt, besonders den „parlamentarischen Kampfesformen große Bedeutung" (S. 455) beizumessen. Der revolutionären, klassenkämpferischen, auf die Zerschlagung des Staatsapparates durch den bewaffneten Kampf der städtischen Industriearbeiter gemeinsam mit den ausgebeuteten Schichten der werktätigen ländlichen Bevölkerung gerichteten Orientierung wird in diesem revisionistischen Buch klarerweise keinerlei Aufmerksamkeit geschenkt.

Methoden der Vertuschung der Klassengegensätze durch die bürgerliche Statistik

Es ist generell wichtig, die verschiedenen betrügerischen Methoden zu kennen, zu durchschauen und zu entlarven, mit denen auf „wissenschaftlichem" Gebiet die Klassengegensätze auf dem Land vertuscht werden. Eine wichtige Rolle spielt dabei die bürgerliche Statistik.

■ So arbeiten die bezahlten Professoren des Kapitals gerade bei der Darstellung der Verhältnisse auf dem Land mit der bekannten Methode, ***Durchschnittswerte*** des Einkommens von arm und reich zu präsentieren. Vertuscht und beschönigt wird so einerseits die schlechte und zum Teil elende Lage der Mehrheit der werktätigen Bevölkerung, andererseits der zunehmende Reichtum der ausbeutenden Minderheit der Großbauern, die oftmals über ein Millionenkapital verfügen.

Nehmen wir als Beispiel die Einkommensverteilung der landwirtschaftlichen Haupterwerbsbetriebe, d.h. jener Betriebe, deren Haupteinkommensquelle die Landwirtschaft ist. Wenn in den bürgerlichen Medien über „die Lage der Bauern" berichtet wird, so wird gern angeführt, daß ein solcher Betrieb z.B. 1998/99 im ***Durchschnitt*** einen Jahresgewinn von etwas mehr als 50.000 DM hatte. Hinter dieser Durchschnittszahl verbirgt sich bei näherer Betrachtung aber die Tatsache, daß das oberste Viertel dieser Betriebe einen durchschnittlichen Jahresgewinn von über 110.000 DM hatte und damit großteils auch in der Lage war, Kapital zu akkumulieren, während das unterste Viertel sogar einen Jahresverlust von durchschnittlich ca. 3.000 DM hatte und großteils bereits ruiniert ist oder dem Ruin entgegengeht. Auch wenn diese Angaben selbst nicht präzise sind und durch ihre grob-pauschalisierende Aufteilung in ein oberstes und ein unterstes Viertel selbst die Realität noch beschönigen, zeigen sie doch, wie sehr die Gesamtdurchschnittszahl die sozialen und ökonomischen Gegensätze vertuscht.[1]

■ Ebenso vermengt die in der bürgerlichen Statistik nach wie vor dominierende Einteilung der landwirtschaftlichen Betriebe nach der ***Bodenfläche*** gerade, was es zu unterscheiden gilt. Sie faßt landwirtschaftliche Groß- und Kleinbetriebe zusammen, wenn sie sich nur in der Größe ihres Bodenbesitzes gleichen.

Bei einer streng wissenschaftlichen Analyse, einer marxistischen Analyse muß dagegen berücksichtigt werden, daß die Fläche nicht das allein entscheidende Merkmal für die Größe und die sozialökonomische, klassenmäßige Kategorie eines landwirtschaftlichen Betriebes ist. Vielmehr ist die Qualität des Bodens und die Möglichkeit der intensiven Nutzung des Bodens, sei es durch Dünger, durch Bewässerung usw., sei es vor allem durch entsprechende Großmaschinen, von ausschlaggebender Bedeutung. Heute gibt es landwirtschaftliche Groß- und Größtbetriebe etwa in der Geflügelhaltung oder Schweinezucht, die durch entsprechende technische Ausstattung und Futtermittelkauf auf vergleichsweise kleiner Fläche wirtschaften können.

■ Weiter ergibt sich aus den zugänglichen Daten, daß statistisch die mitarbeitenden Familienangehörigen und ihre Arbeitszeit nicht oder nicht korrekt erfaßt werden, um die aufgebrachte Arbeitszeit wirklich korrekt anzugeben. Die elende Lage dieser Existenzen, ihre Überarbeitung und ihr umgerechnet teilweise geradezu lächerlich geringes Arbeitsentgelt werden dadurch vertuscht.

■ Außerdem ist ein beliebtes Mittel der sogenannten Statistiker, die „Entproletarisierung" auf dem Lande darzustellen. Obwohl in Wirklichkeit relativ gesehen der Anteil der Landarbeiter und Halbproletarier gegenüber den Kleinbauern anwächst, wird von einer „Entproletarisierung" gesprochen, weil insgesamt gesehen die Zahl der in der Landwirtschaft Beschäftigten durch bessere Methoden der Produktion landwirtschaftlicher Güter gesunken ist, weil in der Landwirtschaft, ähnlich wie in der Industrie und in deren Gefolge zunehmend variables Kapital durch konstantes Kapital ersetzt worden ist und weiter im steigenden Maß ersetzt wird.

Es ist unsere Aufgabe, durch eine genaue Kenntnis der Lage auf dem Land, durch eine genaue Kenntnis der Verfälschungen der bürgerlichen Professoren und durch eine sehr praktische Arbeit auf dem Land diese Betrugsmanöver zu entlarven.

Vorbild, inhaltliche und methodische Orientierungshilfe für die theoretische Arbeit, für den theoretischen Kampf sind dabei vor allem Werke der Klassiker des wissenschaftlichen Kommunismus. Deren Schriften zeigen uns unter anderem, wie mit den Daten der bürgerlichen Statistik umgegangen werden muß. Auf diese Statistiken kann man in der wissenschaftlich-theoretischen Arbeit nicht verzichten, aber entscheidend kommt es darauf an, diese mit der Kenntnis der ökonomischen Gesetzmäßigkeiten nach den ***Kriterien der marxistischen Analyse*** zu kritisieren, umzugruppieren und auszuwerten, um gegen die bürgerliche Ideologie, Linie und Politik die revolutionär-proletarische, kommunistische Position und Linie aufzustellen.

Beispielhaft zu nennen sind hier Marx' grundlegendes Werk „Das Kapital", Engels' richtungsweisende Schrift „Die Bauernfrage in Frankreich und Deutschland" (1894, Marx-Engels Werke, Band 22), Lenins Schriften „Das kapitalistische System der modernen Landwirtschaft" (1910, Lenin Werke, Band 16) und „Neue Daten über die Entwicklungsgesetze des Kapitalismus in der Landwirtschaft" (1914, Lenin Werke, Band 22), Lenins „Ursprünglicher Entwurf der Thesen zur Agrarfrage" für den 2. Weltkongreß der Komintern (1920, Lenin Werke, Band 31), das Kapitel über „Die Bauernfrage" in Stalins Werk „Über die Grundlagen des Leninismus" (1924, Stalin Werke, Band 6) sowie die unter Stalins Leitung verfaßte „Geschichte der KPdSU(B), Kurzer Lehrgang" von 1938.

★ ★ ★

[1] Angaben aus: Agrarbericht 2000, S.24.

Einige Daten zur Landwirtschaft in Deutschland

Im industriell hochentwickelten Deutschland, einer imperialistischen Großmacht, trägt die Landwirtschaft (inkl. Forstwirtschaft und Fischerei) heute nur noch ca. 1,2% zum sogenannten Bruttoinlandsprodukt bei. Heute sind ca. 1 Mio. Erwerbstätige in der Landwirtschaft tätig, das sind knapp 3% aller Erwerbstätigen. Die Zahl der offiziell registrierten Lohnarbeitskräfte („familienfremde Arbeitskräfte") liegt bei ca. 500.000. Die Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe (ab 2 ha) liegt 1999 bei ca. 430.000. Mehr als 60% der landwirtschaftlichen Betriebe sind Nebenerwerbsbetriebe. Die Konzentration der Produktion nimmt immer weiter zu und ist teilweise stark ausgeprägt. Zum Beispiel machen Betriebe mit mehr als 1000 Schweinen ihrer Zahl nach nur ca. 1,5% aller Betriebe aus, sie haben aber einen Anteil von über 25% des Gesamtschweinebestands.

Die nachfolgende Tabelle zeigt die ungleiche Flächenverteilung in Westdeutschland (nur Westdeutschland wegen der Vergleichbarkeit der Zahlen über die Jahrzehnte hinweg). Sie ist aufschlußreich, auch wenn das Flächenmäß das Ausmaß der kapitalistischen Differenzierung bagatellisiert. Überdurchschnittlich abgenommen hat gerade die Zahl der kleinen und kleinsten Betriebe. Die Zahl der großen und größten Betriebe hat trotz der Abnahme der Anzahl aller Betriebe absolut zugenommen. Die sogenannte „Wachstumsschwelle", d.h. flächenmäßige Größe, ab der die Zahl der Betriebe einerseits absolut immer weiter zurückgeht und andererseits absolut zunimmt, verschiebt sich kontinuierlich nach oben. Anfang der 80er Jahre lag diese Grenze in Westdeutschland bei 30 ha, 1999 bei Betrieben mit mehr als 50 ha.

Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe in Größenklassen (früheres Bundesgebiet) 1949 und 1998

Betriebsgröße von ... bis unter ... ha LF	1949		1998		Absolute Veränderung der Anzahl der Betriebe 1949 – 1998	Prozentuale Veränderung der Anzahl der Betriebe 1949- 1998
	Zahl der Betriebe	Anteil an den Betrieben	Zahl der Betriebe	Anteil an den Betrieben		
1 bis 5	858.784	52%	141399	29%	-717.385	-84%
5 bis 10	403.699	25%	74461	15%	-329.238	-82%
10 bis 20	256.255	16%	84977	18%	-171.278	-67%
20 bis 30	72.170	4%	54826	11%	-17.344	-24%
30 bis 50	40.251	2%	62507	13%	22.256	55%
50 bis 100	12.821	1%	51333	11%	38.712	302%
100 und mehr	2.971	0%	14787	3%	11.816	398%
Insgesamt	1.646.751	100%	484290	100%	-1.162.461	-71%

Fläche der landwirtschaftlichen Betriebe und Anteil an der Fläche (früheres Bundesgebiet)

Betriebsgröße von ... bis unter ... ha LF	1949		1998		Absolute Veränderung der Fläche 1949-1998	Prozentuale Veränderung der Fläche 1949-1998
	Fläche in 1000 ha	Anteil an der Fläche	Fläche in 1000 ha	Anteil an der Fläche		
1 bis 5	2.271	17%	352	3%	-1918,5	-84%
5 bis 10	2.860	22%	537	5%	-2.323	-81%
10 bis 20	3.543	27%	1239	11%	-2.304	-65%
20 bis 30	1.740	13%	1352	12%	-388	-22%
30 bis 50	1.505	11%	2421	21%	917	61%
50 bis 100	818	6%	3514	30%	2.697	330%
100 und mehr	544	4%	2239	19%	1.695	312%
Insgesamt	13.280	100%	11655	100%	-1.625	-12%

Statistisches Jahrbuch über Ernährung, Landwirtschaft und Forsten der Bundesrepublik Deutschland 1999, hrgg. vom Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, Münster-Hiltrup, S.25/26, eigene prozentuale Berechnungen auf dieser Basis.

(Quellen:Agrarberichte 1992 und 2000 [Hrsg.Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten]; Statistische Jahrbücher über Ernährung, Landwirtschaft und Forsten der Bundesrepublik Deutschland 1991 und 1999 [Hrsg. Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten])

deren politische und ökonomische Macht von den Städten ausgeht, hat, wie Marx und Engels bereits im „Manifest der Kommunistischen Partei" festgestellt haben, „das Land der Herrschaft der Stadt unterworfen."[3]

In Verbindung mit den grundlegenden kapitalistisch-imperialistischen Ausbeutungsverhältnissen ist der Gegensatz zwischen Stadt und Land Grundlage einer Fülle von Widersinnigkeiten und Übeln, die immer wieder Proteste und Widerstandsbewegungen verschiedener Art hervorrufen, an denen sich oft größere Massen von Werktätigen auf dem Land beteiligen, so zum Beispiel gegen massive Beeinträchtigungen der Lebensbedingungen der Werktätigen durch Atommülldeponien wie in Gorleben oder andere Giftmülldeponien in ländlichen Gebieten. Ebenso sind die Werktätigen auf dem Land oftmals auch konfrontiert mit den Folgen der zunehmenden Militarisierung und verschärften Kriegsvorbereitung, z.B. Bundeswehrmanövern und Truppenübungsplätzen.

Eine Folge des Gegensatzes von Stadt und Land ist aber auch, daß einerseits ein erheblicher Teil der Werktätigen auf dem Land gezwungen ist, lange Anfahrtswege zur Arbeit in den Städten in Kauf zu nehmen, sofern sie nicht überhaupt in die Städte ziehen müssen. Andererseits ergreift umgekehrt ein bestimmter Teil der ursprünglich städtischen Bevölkerung die „Flucht" aus den Städten mit ihren vielfach desolaten und extrem teuren Lebensverhältnissen. Das illustriert, wie etwa durch verbesserte Verkehrs- und Kommunikationsverbindungen zwischen Stadt und Land in gewisser Weise zwar auch eine Annäherung stattfindet, wie sich im Kern jedoch dieser im Kapitalismus unlösbare Gegensatz verschärft.

Drittens: Ohne Verbündete unter den anderen werktätigen Massen zu gewinnen, kann das Proletariat nicht siegen. Auch ohne genauere Analyse der Zusammenhänge ist die Tatsache festzustellen, daß auch in einem hochindustralisierten Land wie Deutschland ein großer Teil der werktätigen Bevölkerung auf dem Land lebt. Die Kommunistische Partei darf ***die Masse der Werktätigen und Ausgebeuteten auf dem Land nicht der Dominanz der imperialistischen Bourgeoisie und der Reaktion überhaupt überlassen.*** Für den siegreichen Verlauf der sozialistischen Revolution kann und wird es konkret von ausschlaggebender Bedeutung sein, inwieweit es gelingen kann und gelingen wird, zum einen auch auf dem Land bei gewichtigen Teilen der Werktätigen bis hin zu Teilen der Mittelschichten die Autorität der Bourgeoisie zunächst zumindest soweit zu brechen, daß diese sich nicht als Werkzeug für die Konterrevolution hergeben, sondern sich wenigstens neutral verhalten, zum anderen aber möglichst große Teile der Masse der ausgebeuteten und werktätigen Bäuerinnen und Bauern auf dem Land für die direkte Teilnahme am bewaffneten Aufstand gegen den deutschen Imperialismus zu gewinnen.

Viertens: Auch wenn weitgehend anerkannt wird, daß die kapitalistische Gesellschaft in Klassen zerfällt, insbesondere in die Klasse des Proletariats und die Klasse der Bourgeoisie, wird doch allzu oft die Tatsache übersehen, daß auch ein Teil des Proletariats unmittelbar mit dem Land verbunden ist, daß nämlich ***das Proletariat auf dem Land durch das Landproletariat vertreten*** ist. Die Existenz und Bedeutung des Landproletariats kann kaum überschätzt werden. Zwar hat es andere Lebensbedingungen, andere Produktionsbedingungen als das städtische Proletariat, ist aber dennoch ein Teil der Arbeiterklasse. Es besitzt keine Produktionsmittel, wird ausgebeutet und unterdrückt und ist auf dem Land selbst mit Abstand die revolutionärste Kraft. Das Landproletariat ist sozusagen der erste Hebel des den revolutionären Kampf als Kern anführenden städtischen Industrieproletariats, um die Verbindung mit den Werktätigen auf dem Land herzustellen und zu festigen, es zu ermuntern und zu unterstützen, gemeinsam mit dem städtischen Proletariat wirklich die Führung der Klassenkämpfe auf dem Land in die Hand zu nehmen.

Fünftens: Nicht zuletzt geht es überhaupt um die Bedeutung der ausgebeuteten und werktätigen Massen, die in der ***Landwirtschaft*** tätig sind. Die werktätigen und ausgebeuteten Massen auf dem Land betreiben Lebensmittelproduktion, das Land ist nach wie vor in großem Umfang (Fleisch, Getreide, Milprodukte) Lebensmittellieferant der Stadt.

Besonders in Zeiten des Bürgerkriegs, aber auch in Zeiten des krisenhaften Zusammenbruchs der Produktions- und Verteilungsmechanismen des Kapitalismus, wie z. B. in und direkt nach dem Ersten oder Zweiten Weltkrieg, wird schlagartig deutlich, inwiefern die Landwirtschaft auch heute noch eine grundlegende Basis der gesellschaftlichen Reproduktion ist und daß die Frage des Bündnisses des städtischen und industriellen Proletariats mit der Mehrheit der Landbevölkerung eine überragende Bedeutung hat.

Natürlich darf nicht unterschätzt werden, was es bedeutet, wenn die städtischen Mittelschichten in den Büros, im Handel usw. gegen das siegreiche Proletariat stehen. Die Existenz der Diktatur des Proletariats ist jedoch viel unmittelbarer bedroht, wenn es die Masse der werktätigen und ausgebeuteten Bäuerinnen und Bauern nicht auf seiner Seite, sondern gegen sich hat.

Deshalb ist es zentral, daß das Land unbedingt zur Bastion der proletarischen Revolution werden muß, denn wenn das Land Stützpunkt der Bourgeoisie bleibt, wenn in den Städten der bewaffnete Aufstand begonnen hat, kann ein Sieg nicht von Dauer sein, weil es der Konterrevolution gelingen wird, die Masse der Werktätigen und Ausgebeuteten des Landes gegen die Stadt zu mobilisieren. Um den siegreichen Kampf zum Sturz der Bourgeoisie, zur Errichtung der Diktatur des Proletariats zu führen, muß die Kommunistische Partei „vorher von der Stadt aufs Land gehen, muß eine Macht auf dem Land werden", wie es Engels ausdrückte.[4]



64 Seiten, 6 DM

Die Vorrangigkeit des Kampfes für das Bündnis mit den Ausgebeuteten auf dem Lande gegenüber dem Bündnis mit den anderen Werktätigen in der Stadt ergibt sich auch daraus, daß erstere aufgrund ihrer Arbeitsbedingungen und aufgrund ihres insgesamt gesehen doch weniger korrumpierten Lebensstils der Arbeiterklasse näher stehen, verläßlicher sind.

Wenn wir die Geschichte der Klassenkämpfe und des revolutionären Kampfes weltweit betrachten, dann sticht – selbstverständlich nach der sozialistischen Oktoberrevolution und den Revolutionen in Asien – hier in Europa insbesondere der revolutionäre Kampf gegen den deutschen Imperialismus, der bewaffnete Kampf gegen die Aggression des Nazifaschismus hervor. In diesem Kampf wurde sehr deutlich, daß besonders in solchen Kampfsituationen die richtige Herangehensweise an die „Bauernfrage" und an die Agrarfrage von einer entscheidenden Bedeutung ist.

In den bewaffneten Kämpfen in Italien, in Frankreich, Holland, Norwegen und in anderen, vom Nazifaschismus okkupierten Ländern zeigte sich, daß der Partisanenkampf auf dem Land eng mit dem Klassenkampf verbunden war. Die werktätigen Massen auf dem Land hatten die Möglichkeit, mit ihren Lebensmitteln zu Spekulanten zu werden oder den Kampf der Resistance, der verschiedenen Widerstandsgruppen und der Partisanen zu unterstützen.

Wir betonen diese wichtigen Erfahrungen der revolutionären Auseinandersetzungen nach der sozialistischen Oktoberrevolution ganz bewußt, denn sie zeigen, daß die revolutionäre Haltung zur Bauernfrage weder von der zahlenmäßigen Größe der Bauernschaft noch von den Erfordernissen der Tageskämpfe abhängig gemacht werden kann und darf.

☆☆☆

Grundlegend gilt es bewußtzumachen, daß eben eine bestimmte gegenseitige Abhängigkeit des städtischen und ländlichen Proletariats und der Masse der Ausgebeuteten und Werktätigen auf dem Land besteht im Hinblick auf die immer zwingender werdende Aufgabe, sich vom Kapitalismus und den Übeln aller Ausbeutergesellschaften überhaupt durch die sozialistische Revolution grundsätzlich zu befreien. Hierbei ist Lenins Hinweis von Bedeutung:

> **„Eine wirklich revolutionäre, wirklich sozialistisch handelnde Klasse ist das Proletariat nur dann, wenn es als Avantgarde aller Werktätigen und Ausgebeuteten, als ihr Führer im Kampf um den Sturz der Ausbeuter auftritt und handelt. Das aber ist unmöglich, wenn der Klassenkampf nicht ins Dorf hineingetragen wird, wenn die kommunistische Partei des städtischen Proletariats die werktätigen Massen des Dorfes nicht um sich schart, wenn das Proletariat diese Massen nicht erzieht."**
>
> (Lenin, „Ursprünglicher Entwurf der Thesen zur Agrarfrage", 1920, Lenin Werke, Band 31, S. 141)

II.
Aspekte zur Klassenanalyse auf dem Land

Wenn wir die Notwendigkeit der Klassenanalyse der Verhältnisse auf dem Land propagieren, so müssen vorab noch zwei Dinge betont werden:

- Zum einen muß bewußt sein, daß diese Klassenanalyse selbst nicht einfach durch die Auswertung statistischer Daten und die kritische Auswertung diverser Untersuchungen erfolgen kann, so unverzichtbar das ist. Dazu müssen insbesondere auch die historischen ***Erfahrungen*** in Deutschland wie international ausgewertet werden, in Deutschland zurückreichend bis zu den Bauernkriegen 1525, über die bürgerliche Revolution von 1848, die Novemberrevolution 1918, die Verstrickung, Unterstützung bis hin zur Beteiligung der Bauernschaft an den nazifaschistischen Verbrechen (auch mit einer riesigen Zahl von Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeitern auf den Bauernhöfen), die Erfahrungen der weitgehend ungebrochenen Dominanz der Großagrarier in den Auseinandersetzungen und Kämpfen nach 1945, aber z.B. auch die Erfahrung der Durchführung eines großen Streiks der Landarbeiterinnen und Landarbeiter in Hessen und Niedersachsen 1951.

  Längerfristig müssen sich die Kommunistische Partei und ihre Kader zunehmend in die Kämpfe auf dem Lande einschalten und auf der Grundlage der Verteidigung, Aneignung und Anwendung der Prinzipien und Grundlagen des wissenschaftlichen Kommunismus ***in immer engerer Verbindung vor allem mit den revolutionären Kräften des Landproletariats*** ihre Analyse, Linie und Politik konkretisieren und präzisieren.

- Zum anderen kann sowieso nicht rein durch die Analyse entschieden werden, wer wo steht, wer sich auf die Seite der Revolution stellen wird, wer sich neutral verhält usw. Das kann sich letztlich nur im Kampf zeigen. Die Feststellung der klassenmäßigen Lage ist dafür nur der Rahmen, die Richtungsvorgabe.

☆☆☆

Unverrückbarer Ausgangspunkt der Klassenanalyse auf dem Land ist, daß der entscheidende Klassenantagonismus der kapitalistisch-imperialistischen Gesellschaft in Deutschland, der Gegensatz zwischen Proletariat und Bourgeoisie, auch auf dem Land ausschlaggebend ist, sich auch dort darstellt, und daß die dazwischenstehenden Mittelschichten ihrerseits nicht als einheitliches Ganzes aufgefaßt werden können, sondern noch einmal klassenmäßig differenziert werden müssen.

Mit der Entwicklung des Kapitalismus hat sich, insbesondere in der Epoche des Imperialismus und in den imperialistischen Ländern, auf dem Land die Bauernschaft klassenmäßig differenziert. Es existieren auch in Deutschland auf dem Land einerseits die ***Großgrundbesitzer,*** die riesige Ländereien und Güter besitzen, Lohnarbeiter und Kleinbauern systematisch ausbeuten, die großen ***kapitalistischen Agrarkonzerne des Finanzkapitals*** mit ihren landwirtschaftlichen Fabriken und die ***Großbauern,*** landwirtschaftliche Kapitalisten, die Lohnarbeiter ausbeuten und nicht selten noch selbst körperliche Arbeit verrichten.

Die große Masse der Werktätigen und Ausgebeuteten auf dem Land läßt sich wie folgt gliedern:

- Das ***Landproletariat,*** das Teil der Arbeiterklasse ist,
- das ländlichen ***Halbproletariat,*** das sich teils durch Lohnarbeit in kapitalistischen Landwirtschafts- oder Industriebetrieben, teils durch eigene Arbeit auf eigenem oder gepachtetem Stückchen Land am Leben hält (sogenannte Nebenerwerbsbauern) und
- die ***Kleinbauern,*** die Produktionsmittel besitzen, aber keine fremde Arbeitskraft ausbeuten und durch eigene Arbeit auf eigenem oder gepachtetem Stückchen Land gerade den Lebensunterhalt ihrer Familie bestreiten können.

Das sind ohne Zweifel auch heute Kernpunkte der Klassenrealität auf dem Land in Deutschland. Doch um die Probleme und Aufgaben der anstehenden Analyse dieser Realität richtig anpacken und lösen zu können, müssen einige

Solidarität mit den Landarbeiterinnen und Landarbeitern aus anderen Herkunftsländern im Kampf gegen Chauvinismus und Rassismus!

Viel zu wenig im Blickfeld der antirassistischen und antinazistischen Kräfte sind die Hunderttausenden von Saisonarbeiterinnen und Saisonarbeitern vor allem aus Polen, die in der Landwirtschaft in Deutschland ausgebeutet werden. Völlig rechtlos müssen diese nicht nur für niedrigste Löhne die schwersten Arbeiten verrichten (z.B. bei der Spargel- oder Gurkenernte), sondern unterliegen auch der chauvinistischen und rassistischen Hetze und werden häufig Opfer nazistischer Attacken.

Ein Teil von ihnen arbeitet offiziell im Rahmen eines „Kontingents" landwirtschaftlicher Arbeiterinnen und Arbeiter. Die Größe dieses „Kontingents" wird staatlich nach den ausbeuterischen Interessen der Agrarkapitalisten festgelegt. Die „Berechtigung" auf Aufenthalt und Arbeit ist dabei auf drei Monate befristet. Ein sehr großer Teil wird aber „illegal" beschäftigt. Das bedeutet noch niedrigere Löhne, noch längere Arbeitszeiten und Prellereien verschiedener Art.

Die arbeiteraristokratisch-chauvinistische Gewerkschaftsführung tritt für möglichst kleine „Kontingente" und deren strikte Einhaltung bzw. Überwachung ein. So beklagte sich der stellvertretende Bundesvorsitzende Wilms der IG Bau Agrar Umwelt (IG Bau) bei einer Agrarkonferenz der Gewerkschaft in Velden darüber, daß in rund der Hälfte der Fälle die Dreimonatsfrist für Arbeitsaufenthalte in Deutschland überschritten werde (General-Anzeiger, 6.2.01). Dagegen kämpfen die kommunistischen Kräfte für das uneingeschränkte Recht der Arbeiterinnen und Arbeiter, in Deutschland zu arbeiten und zu leben.

Die Unterstützung und Solidarität mit den Landarbeiterinnen und Landarbeitern aus anderen Herkunftsländern ist eine wichtige Aufgabe aller antirassistischen und antinazistischen Kräfte. Das erfordert insbesondere den Kampf gegen alle Sondergesetze gegen Werktätige ohne deutschen Paß und gegen den deutschen Chauvinismus.

☆ ☆ ☆

Merkmale und Entwicklungen in den letzten Jahrzehnten auf dem Land im allgemeinen und in der Landwirtschaft im besonderen bewußt gemacht werden. Es handelt sich dabei besonders um den enorm fortgeschrittenen Ruinierungs- und Verdrängungsprozeß hunderttausender landwirtschaftlicher Kleinproduzenten zum einen und die Konzentration der Produktion in der Hand von immer weniger und größeren Betrieben zum anderen. Dabei ergaben und ergeben sich weiterhin gerade auch durch den veränderten Stand der Produktivkräfte infolge der technischen Entwicklung gravierende Verschiebungen in den Größenkategorien.

Nehmen wir als Beispiel die eine gesonderte Stellung zwischen Kleinbauernschaft und Großbauernschaft einnehmende Schicht der Mittelbauernschaft. Die dieser Schicht angehörigen Bauern sind ökonomisch dadurch charakterisiert, daß sie einerseits Werktätige sind, andererseits aber als Eigentümer und Pächter von Land immerhin einen Überschuß erwirtschaften können und oftmals saisonweise Landarbeiterinnen und Landarbeiter ausbeuten.

Lenin analysierte 1920 anhand der Daten der landwirtschaftlichen Betriebszählung in Deutschland von 1907, daß damals die meisten dieser mittelbäuerlichen Betriebe in der flächenmäßigen Größenordnung von 5 bis 10 ha vertreten waren.[5] Diese Charakterisierung ist durch die gesamte technische Entwicklung, durch den veränderten Stand der Produktivkräfte, durch die Folgen des kapitalistischen Konkurrenzkampfes des „Wachsens oder Weichens" in der Landwirtschaft, in vielerlei Hinsichten modifiziert worden.

Aus der gesamten Entwicklung der kapitalistischen Gesellschaft ergibt sich eine gewisse Entwicklung dahingehend, daß die Familienangehörigen nicht mehr im Umfang wie früher und automatisch im landwirtschaftlichen Betrieb der Eltern mitarbeiten. Damit verändert sich etwas an den sozialen Beziehungen, obwohl kein wesentlicher Unterschied in der Größe des Betriebes zu der hier definierten mittleren Bauernschaft existiert. Gezwungen durch die Abwanderung von Familienmitgliedern, Söhnen und Töchtern, beginnt ein Teil der klassischen Mittelbauern, sich der Situation eines Großbauern anzunähern, insofern er dazu übergeht, fremde Arbeitskräfte auszubeuten.

Aber es gibt auch einen anderen Aspekt: Durch den modernen Maschinenpark ist es möglich, daß heute eine vielfach größere Fläche bzw. ein erheblich größerer Viehbestand von 1 oder 2 Leuten mit modernsten Maschinen bearbeitet werden kann, wobei allerdings nach verschiedenen Kriterien wie Produktionsrichtung differenziert werden muß.

Vieles ist hier noch unklar und es ist eine große Aufgabe, die Bedingungen und Veränderungen auf dem Land in unserer heutigen Situation zu untersuchen. Einige Ausgangspunkte, Aspekte und auch zahlenmäßige Angaben auf der Grundlage der Daten der bürgerlichen Statistik sollen im folgenden herausgegriffen und umrissen werden.

Das Landproletariat

Aktuell existiert in Deutschland wie in allen kapitalistisch hochindustrialisierten Ländern trotz mancherlei Beschränkungen der landwirtschaftlichen Produktion ***eine Ausweitung der Bedeutung des Landproletariats bei der Produktion landwirtschaftlicher Güter.***

Laut offizieller bürgerlicher Statistik gab es 1999 in Deutschland annähernd eine halbe Million „familienfremde Arbeitskräfte", d.h. Arbeitskräfte, die zum größten Teil Landarbeiterinnen und Landarbeiter sowie andere Lohnarbeiterinnen und Lohnarbeiter in der Landwirtschaft sind. Davon ist fast die Hälfte auf dem Gebiet der ehemaligen DDR beschäftigt, was mit der sehr verschiedenen Entwicklung und Struktur dort zusammenhängt (siehe Kasten „Zur Entwicklung der Landwirtschaft in der ehemaligen DDR").

Von den ca. 500.000 agrarischen Lohnarbeitskräften waren laut Statistik 1999 ca. 200.000, also ungefähr 40% ständige Arbeitskräfte, ca. 300.000, d.h. ungefähr 60% aber „nichtständige Arbeitskräfte", vor allem also Saisonarbeiterinnen und Saisonarbeiter.

Ein besonders zu beachtendes Merkmal der kapitalistischen Ausbeutung in der Landwirtschaft ist ja gerade die große, in Teilbereichen überragende Rolle der ***Saisonarbeit,*** etwa bei der Aussaat, vor allem aber bei den Erntearbeiten. Den Kapitalisten kommt es darauf an, in kürzester Frist die umfangreichsten Arbeiten durchführen zu lassen, da sonst ihr Profit absinkt. Dabei beuten die agrarischen Kapitalisten in großem Umfang völlig rechtlose Arbeiterinnen und Arbeiter aus anderen Herkunftsländern aus, insbesondere auch aus Polen, welche für niedrigste Löhne die schwersten Arbeiten zu verrichten haben.

Hier stoßen wir wieder auf eine der typischen Unklarheiten der bürgerlichen Statistik. Während für 1999 die Zahl von 300.000 „nichtständigen Arbeitskräften" genannt wird, wird für das Jahr 1998 nur die Zahl von knapp 80.000 genannt.[6] Dieser doch sehr erhebliche Unterschied wird offiziell darauf zurückgeführt, daß 1998 und in den Jahren davor die Zahl der Saisonarbeitskräfte sozusagen stichprobenartig im Zeitraum von vier Wochen jeweils im April erhoben wurde, während der Erhebungszeitraum 1999 auf das ganze Jahr erweitert wurde. Das ist zwar realistischer, aber damit ist nun unklar, inwieweit es nicht zu Doppelzählungen von Arbeitskräften kommt. Schätzungsweise ist die wirkliche Zahl offiziell registrierter Lohnarbeiterinnen und Lohnarbeiter in der Landwirtschaft also erheblich höher als 1998 angegeben, aber möglicherweise doch nicht so hoch wie 1999 genannt. Völlig unberücksichtigt bleibt in den offiziellen Zahlen aber so oder so die hohe Zahl der „illegal" beschäftigten Landarbeiterinnen und Landarbeiter aus anderen Herkunftsländern.

Die ***Lage*** der Landarbeiterinnen und Landarbeiter ist schlechter, die Bedingungen ihres Kampfes sind schwieriger als bei den Industriearbeiterinnen und -arbeitern. Der durchschnittliche Brutto-Stundenlohn eines Landarbeiters lag 1998 auf dem Gebiet des ehemaligen Westdeutschlands mit 20 DM bzw. auf dem Gebiet der ehemaligen DDR mit ca. 14 DM um ca. 30% unter dem eines männlichen Industriearbeiters.[7] Ein wichtiger Grund dafür ist die Tatsache, daß die Landarbeiterinnen und Landarbeiter im Arbeitsprozeß weitgehend zerstreut sind. Das erschwert ihren Zusammenschluß ganz erheblich.[8] Weit niedriger noch sind die Löhne der vor allem aus anderen Herkunftsländern, insbesondere aus Polen, kommenden Saisonarbeiterinnen und Saisonarbeiter.

Das Halbproletariat und die Kleinbauernschaft

Die Entwicklung der letzten Jahrzehnte hat in beschleunigtem Maß zum ***Ruin hunderttausender kleinbäuerlicher Betriebe*** geführt. Von den ca. 1,6 Mio. landwirtschaftlichen Betrieben auf dem Gebiet des ehemaligen Westdeutschlands existierten 1997 nur noch knapp eine halbe Million. Seit 1949 haben also über 1 Million Bauern die Landwirtschaft aufgeben müssen. Wie die Statistik zeigt, waren das vor allem kleine und Kleinstbetriebe (siehe Tabelle im Kasten „Einige Daten zur Landwirtschaft in Deutschland").

Die überwiegende Mehrheit derjenigen, die unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg noch mit eigenen (oder scheinbar eigenen, da durch die Verschuldung der wirkliche Besitzer oft bereits die Bank war) Produktionsmitteln als Bauern wirtschafteten, waren gezwungen, als Lohnar-

Zur Nazipolitik gegenüber den Bauern

Die Nazifaschisten betrieben mit großem Erfolg eine „Bauernpolitik", die darauf abzielte, auf dem Land maximal die Nazi-Ideologie und -Politik zu verankern, die ländliche Bevölkerung in die Durchführung ihrer Verbrechen einzubeziehen bis hin zum unverhüllten räuberisch-imperialistischen „Angebot" des „Sich-Gesundstoßens im Osten" durch die Versklavung, Vertreibung und Ermordung der Bevölkerung in Polen, der Sowjetunion usw.[1]

Bereits am 29. November 1933 erließen die Nazifaschisten das „Reichsgesetz über den Erbhof". Durch dieses Gesetz wurden die „Bauernwirtschaften" von 7,5 bis 125 ha, deren Besitzer ihre „arische Abstammung" bis auf das Jahr 1800 nachweisen konnten, die Nazis waren oder zumindest den Nazis praktisch treu ergeben waren, zu „Erbhöfen" erklärt und mit Sonderrechten versehen. Der „Erbhof" konnte nicht unter den Erben aufgeteilt werden, sondern ging auf den ältesten Sohn über. Er durfte auch nicht versteigert werden. An die Stelle der Verschuldung an Banken und Privatpersonen setzte das Gesetz die Verschuldung an den nazifaschistischen Staat. 1938 gab es annähernd 700.000 Wirtschaften, die zu „Erbhöfen" erklärt worden waren. Diese verfügten über ca. ein Drittel der gesamten Anbaufläche. Diese Nazi-Politik zielte vor allem auf die Stärkung der Großbauern, in denen die Nazis ihre Hauptstütze auf dem Land sahen. Der Festigung der Rolle der Großbauern und Großgrundbesitzer zeigte sich auch in der Tatsache, daß vor allem die Tagelöhner in Nazideutschland sozial schlechter gestellt wurden, da ihnen auch die Ausnutzung kapitalistischer Konkurrenz zur Erhöhung ihres Lohnes schon 1937 unmöglich gemacht wurde. Per Gesetz war ihnen verboten, die Dörfer zu verlassen und sich woanders Arbeit zu suchen.

Diese Politik zielte auch darauf ab, insbesondere auch die auf diese Weise enterbten jüngeren Söhne der Erbhofbauern als „Neusiedler" und Kolonisatoren in die von Nazideutschland okkupierten Länder zu locken. Das zentrale Nazischlagwort, das sich gerade auch an die Bauern richtete, lautete „Lebensraum im Osten". In seinem Buch „Mein Kampf" hatte Hitler von vornherein offen als „die einzige Möglichkeit zur Durchführung einer gesunden Bodenpolitik" den Krieg, die Okkupation, Vertreibung und Ausrottung der Völker in Osteuropa, vor allem aber in Rußland propagiert, „um mit dem deutschen Schwert dem deutschen Pflug die Scholle, der Nation aber das tägliche Brot zu geben".

Tatsächlich wurden etwa allein in Polen mehrere Millionen Menschen vertrieben und ermordet, an deren Stelle sich ca. 600.000 „Deutschstämmige" aus verschiedenen Ländern Osteuropas sowie 400.000 aus dem sogenannten „Reich" ansiedelten.[2] Erst nach den Niederlagen der Nazi-armee vor Moskau, der siegreichen Winteroffensive der Roten Armee 1941/42, der vernichtenden Niederlage in Stalingrad und angesichts zunehmender Partisanenaktivitäten in den besetzten Gebieten begann ein Teil von ihnen, sich vor möglichen Folgen zu fürchten.

Gleichzeitig wurden Millionen von Sklavenarbeiterinnen und Sklavenarbeitern aus den von Nazideutschland besetzten Gebieten Osteuropas und der Sowjetunion nach Deutschland verschleppt, um dort auf Bauernhöfen zu schuften. Im September 1944 machten diese laut bürgerlicher Quelle über 45% der in der Landwirtschaft Tätigen aus.[3] Bis heute sind sie weitgehend von „Entschädigungs"regelungen ausgenommen.

Je nach Ausmaß ihres fehlenden Widerstands, Zustimmung bis hin zur Beteiligung an den nazistischen Verbrechen trugen die verschiedenen Bevölkerungsteile große Schuld bzw. Mitschuld an den Nazi-Verbrechen.

Die genaue Kenntnis der Nazipolitik auf dem Land ist unerläßlich, um die tiefsitzende reaktionär-nazistische „Dorfgemeinschafts"-Ideologie mit ihren Wurzeln in der Blut-und-Boden-Ideologie der Nazis und deren reaktionären Vorläufern der „Deutschen Ideologie" konsequent bekämpfen zu können.

Anmerkungen und Quellen

[1] Detailliert und qualifiziert ist die Entlarvung der Nazi-Politik in dem 1946 im SWA-Verlag Berlin erschienenen Buch von Georg Rehberg „Hitler und die NSDAP in Wort und Tat" enthalten, auch wenn dort unterschätzt wird, daß die Nazis die Bauern durchaus nicht einfach „betrogen" haben, sondern auch offen räuberisch und imperialistisch argumentiert und damit geworben haben, daß durch die Vertreibung der in den okkupierten Ländern ansäßigen Bauern deutsche Bauern im Osten Land erhalten und dort angesiedelt werden sollen. Eine kritische Einschätzung dieses Buches ist enthalten in „Rot Front" Nr. 8/9/10, „Die Gründung der SED und ihre Vorgeschichte (1945-46)" vom Juli 2000.

[2] Vgl. „Enzyklopädie des Holocaust - Die Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden", Band II, München 1998, S. 1124.

[3] Siehe Ulrich Herbert (Hrsg.), „Europa und der 'Reichseinsatz', Ausländische Kriegsgefangene und KZ-Häftlinge in Deutschland 1938-1945", Essen 1991, S. 7.

beiterinnen und Lohnarbeiter in die Fabrik zu gehen, d.h. sie wurden als Kleinproduzenten expropriiert und sind überwiegend ins Proletariat übergegangen.

Die Entwicklung hat gleichzeitig dazu geführt, daß heute die Mehrheit der Werktätigen, die in der Statistik noch als „Bauern" geführt werden, bereits zum ***Halbproletariat*** gehören. Das ist insbesondere die Gruppe der sogenannten „Nebenerwerbsbauern" (oft spricht man heute auch von „Mondscheinbauern", da diese Bauern nach der Lohnarbeit abends oder nachts ihr Feld noch bestellen). Diese bewirtschaften zwar nach wie vor im eingeschränkten Rahmen ein Stückchen Land, sind aber gleichzeitig bereits teilweise oder oft sogar acht Stunden am Tag in einen Lohnarbeiter bzw. eine Lohnarbeiterin verwandelt und damit bereits Halb-Proletarier bzw. Halb-Proletarierinnen.[9]

Der Anteil dieser halbproletarischen Existenzen an den landwirtschaftlichen Betrieben hat sich in den letzten Jahrzehnten immer mehr erhöht. Waren es Anfang der 90er Jahren knapp über 40%, so sind 1999 bereits über 60% der bäuerlichen Betriebe Nebenerwerbswirtschaften.[10]

Der Übergang zum Nebenerwerb ist eine Form des ökonomischen Ruins, der ökonomischen Verdrängung. Der Anteil dieser halbproletarischen Wirtschaften an der landwirtschaftlichen Gesamtproduktion ist gering.

Die Masse der „Landwirte", die ein kleines Stück Land besitzen, von dem man nicht leben kann und das im Grunde lediglich einen „Nebenbetrieb" darstellt, sind im Gesamtsystem des Kapitalismus ein Teil einer potentiellen ***Reservearmee,*** eine nicht auf den ersten Augenschein sichtbare, d.h. eine latente, aber für den Kapitalismus doch wichtige Form dieser Armee, da die Kapitalisten hiermit ständig eine Menge billiger Arbeitskräfte zur Verfügung haben.[11] Das gilt im übrigen auch für die Masse der weitgehend ruinierten Kleinbauernbetriebe, die noch als „Vollerwerbsbauern" wirtschaften.

Mit diesem Übergang zu einer halbproletarischen Existenz sind natürlich keinesfalls automatisch kleinbürgerliche Ideen in den Köpfen, das Hängen am Stück Land, am Produktionsmittelbesitz aus der Welt geschafft. Unmittelbar einsichtig ist jedoch, daß durch die Kenntnis der Lohnarbeit, durch das Erfahren der Ausbeutung am eigenen Leib durch die kapitalistischen Produktionsmittelbesitzer, andere Möglichkeiten geschaffen sind, diesen Teil der ländlichen werktätigen und ausgebeuteten Bevölkerung auf die Seite des Landproletariats oder des städtischen Proletariats, auf die Seite der kommunistischen Kräfte, der sozialistischen Revolution zu ziehen.

Dabei ist es durchaus auch in den Reihen des städtischen Proletariats nötig, bewußt zu machen, daß die Lebensbedingungen dieses Teils der ländlichen Bevölkerung oft extrem schlecht sind. Arbeitszeiten von 12, 14 und mehr Stunden am Tag sind gang und gäbe. Den Hauptteil der Arbeit am Hof machen dabei oft die Frau und die Kinder, d.h. die Nebenerwerbslandwirtschaft ist auch eine wichtige Form der zusätzlichen Knechtung und Ausbeutung der Frauen sowie der Ausbeutung von Kindern. Offiziellen Berechnungen zufolge hatten 1999 über 60% der Nebenerwerbsbetriebe aus ihrer landwirtschaftlichen Arbeit ein Jahreseinkommen von weniger als 5.000 DM.[12]

Die Entlohnung der oft nicht ausgebildeten Arbeitskräfte liegt unter dem Durchschnittslohn des städtischen Industrieproletariats. Oft müssen sie als sogenannte „Pendler" große Strecken zum Arbeitsplatz zurücklegen.

Es ist sehr wichtig, das von professionellen Demagogen natürlich zusätzlich noch geschürte Mißtrauen zwischen Teilen des städtischen Industrieproletariats und diesen halbproletarischen Schichten auf dem Land zu überwinden. Gegen die Spaltungspolitik, welche die „richtigen" Arbeiterinnen und Arbeiter in den Fabriken gegen die Gruppe der Halbproletarierinnen und Halbproletarier auszuspielen sucht (z.B. um Kampfmaßnahmen gegen Entlassungen zu durchkreuzen), ist es eine wichtige Aufgabe der Kommunistischen Partei, die Notwendigkeit und Möglichkeit des gemeinsamen Kampfes aufgrund der gemeinsam erlebten Ausbeutung, durch den gemeinsam erlebten Kampf gegen die Ausbeutung zu betonen.

In hohem Maß prekär und elend ist auch die Lage der ***Kleinbauernschaft,*** auch bzw. gerade auch wenn deren Betriebe noch im „Vollerwerb" geführt werden, d.h. die Landwirtschaft noch die Haupterwerbsquelle darstellt. Wie bereits gezeigt findet heute laut offizieller Statistik das unterste Viertel der Vollerwerbsbauern kaum das Auskommen, stagniert ihre Wirtschaft, die großteils hoffnungslos verschuldet ist.

Der Kleinbesitz schützt die Kleinbäuerinnen und -bauern eben nicht vor der Ausbeutung durch das Kapital. Sie sind durch tausenderlei Fäden (Pacht, Bankzinsen etc.) von den Großgrundbe-

Zur Entwicklung der Landwirtschaft in der ehemaligen DDR

Die sehr unterschiedliche Lage des landwirtschaftlichen Sektors in der Ex-DDR zum Zeitpunkt der Einverleibung durch den west/deutschen Imperialismus läßt sich nur vor dem Hintergrund der geschichtlichen Entwicklung dort verstehen:

1945 bis 1950: In der Sowjetisch Besetzten Zone (SBZ) war – im Gegensatz zu Westdeutschland – die Enteignung der Großgrundbesitzer und Junker und die sich daran anschließende demokratische Bodenreform mit Unterstützung von Teilen der werktätigen Bevölkerung ein wichtiges Ergebnis der Entnazifizierung, der erste große Eingriff gegen den deutschen Imperialismus auf ökonomischem Gebiet. Dieser Erfolg wurde primär durch die Anwesenheit der sowjetischen Armee ermöglicht.

Im Bericht auf dem 15. Parteitag der KPD am 19. und 20. April 1946, unmittelbar vor Gründung der SED, konnte als vorläufige Bilanz der Bodenreform festgestellt werden:

> *„Insgesamt wurden 6350 Landgüter mit über 100 Hektar beschlagnahmt. Die Gesamtfläche betrug 2.254.436 Hektar, davon 730.000 Hektar Waldfläche. Außerdem wurden 2230 Güter mit einer Gesamtfläche von 77.800 Hektar, die Kriegsverbrechern und aktiven Faschisten gehörten, sowie eine Fläche von 384.800 Hektar aus Staats- und Länderbesitz beschlagnahmt. Vieh, Geräte und Maschinen der früheren Großgrundbesitzer wurden kostenlos unter die Neubauern aufgeteilt, größere Maschinen, Zuchtstationen und dergleichen erhielten die Vereinigungen der gegenseitigen Bauernhilfe."* [1]

Die Bodenreform wurde bis ca. 1950 weitergeführt. Nach der Liquidierung der junkerlichen Großgrundbesitzer waren nunmehr die Großbauern die stärkste Kraft der Reaktion auf dem Land.

1952 bis 1960: Ab 1952 wurde in der DDR damit begonnen, die einzelnen Landwirtschaften zu landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (LPGs) zusammenzuführen, wobei der Boden Privateigentum blieb. Die Genossenschaftsbewegung wurde von der SED als Übergang zu sozialistischen Produktionsverhältnissen auf dem Lande bezeichnet. Schon rasch wurde jedoch ausdrücklich auf eine Grundvoraussetzung für die Errichtung des Sozialismus verzichtet: den verschärften Klassenkampf gegen alle Teile der Bourgeoisie. Vom Kampf gegen die Großbauern, die Vertreter des Kapitalismus auf dem Lande, wurde schon bald nicht mehr gesprochen. Ganz im Gegenteil wurde die Einheit aller Bauern beschworen, die angeblich gemeinsam in den Sozialismus „hineinwachsen" würden.[2] Bis 1960 waren nahezu alle Bauern den LPGs beigetreten. Auch die Großbauern waren zu Tausenden Mitglieder der Genossenschaften geworden.[3]

1960 bis 1989: Von den 60er Jahren bis 1989 existierten die landwirtschaftlichen Genossenschaften und Staatsbetriebe im Rahmen des revisionistisch-kapitalistischen Systems.[4] 1989 gab es in der DDR etwas mehr als 5.000 Produktionsgenossenschaften und staatliche Güter/Betriebe, die 90% der landwirtschaftlichen Nutzfläche bewirtschafteten und 820.000 Arbeitskräfte, d.h. ca. 99% der in der Landwirtschaft Tätigen beschäftigten.[5]

***

Im Zuge der Einverleibung wurden bis zum Frühjahr 1992 aus den einstmals rund 5000 genossenschaftlichen und staatseigenen kapitalistisch-revisionistisch strukturierten Großbetrieben zirka 16.000 landwirtschaftliche Einzelunternehmen sowie rund 3000 eingetragene Genossenschaften und Personen- und Kapitalgesellschaften. Dies war mit einem dramatischen Abbau der Arbeitsplätze in der Landwirtschaft verbunden. Von den Beschäftigten in der Land-, Forst- und Nahrungsgüterwirtschaft im LPG-Bereich sind allein bis 1992 etwa 600.000 ausgeschieden. Besonders stark waren davon Frauen betroffen.

Weitgehend geblieben ist jedoch, daß die landwirtschaftlichen Betriebe auf dem Gebiet der Ex-DDR nach wie vor im Durchschnitt viel größer sind als in Westdeutschland. Betriebe mit mehr als 500 ha Fläche, die in der Regel eine Vielzahl von Lohnarbeiterinnen und Lohnarbeitern ausbeuten, machten 1998 auf dem Gebiet der ehemaligen DDR noch immer einen Anteil von ca. 70% der landwirtschaftlichen Gesamtfläche aus.[6]

Es ist eine wichtiger Punkt, gestützt auf die kommunistischen Kräfte dort, die Lage der Ausgebeuteten in der Ex-DDR-Landwirtschaft genauer zu erforschen, um die Aufgaben der Entfaltung des Klassenkampfes hier richtig festzulegen.

Anmerkungen und Quellen

[1] Ulbricht, „Bericht auf dem 15. Parteitag der KPD am 19. und 20. April 1946 in Berlin", 19. April 1946. Zitiert nach: Ulbricht, „Die Bauernbefreiung in der Deutschen Demokratischen Republik", Band 1, Berlin 1961, S.90. Zur Problematik der fehlerhaften Begründung der Notwendigkeit der Bodenreform durch die SED siehe in „Rot Front" Nr. 8-10, „Die Gründung der SED und ihre Vorgeschichte (1945-46)".

[2] 1952 war immerhin den Großbauern statutmäßig noch der Eintritt in die landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften verwehrt worden. Im Musterstatut der landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaft Typ I, beschlossen auf der ersten Konferenz der Vorsitzenden und Aktivisten der landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften vom 5./6. Dezember 1952 heißt es:

*„In die Genossenschaft können nicht aufgenommen werden: Schieber, frühere Großhändler, Spekulanten, **Großbauern**, große Grundbesitzer sowie Kaufleute und Gastwirte, welche Lohnarbeitskräfte beschäftigen."*

(Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Band 7, Berlin 1966, S.424, Hervorhebung durch uns. Einen solchen Passus gab es auch bei den Musterstatuten der LPGs vom Typ II und III)

Diese Bestimmung wurde nach dem Tod Stalins, nach der Verkündung des offen revisionistischen „Neuen Kurses" 1953 im Jahr 1954 ausdrücklich außer Kraft gesetzt.

„Im Musterstatut Typ I entfällt in Ziff. 8, im Musterstatut Typ II in Ziff. 10 und im Musterstatut Typ III in Ziff. 16 jeweils im dritten Absatz das Wort 'Großbauern'. Diese Absätze erhalten folgende Neufassung: 'In die Genossenschaften können nicht aufgenommen werden: Schieber, frühere Großhändler, Spekulanten, große Grundbesitzer sowie Kaufleute und Gastwirte, welche Lohnarbeitskräfte beschäftigen."

(III. Konferenz der Vorsitzenden und Aktivisten der landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften in Leipzig vom 12./13. Dezember 1954. In: Ebenda, S.464)

[3] Damit habe die SED angeblich bewiesen, so die revisionistische „Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung",

„daß es möglich ist, das im Kampf gegen den Imperialismus geschaffene breite Bündnis zwischen der Arbeiterklasse und Teilen der Bourgeoisie auch unter den Bedingungen eines hochentwickelten, ehemals imperialistischen Landes beim Aufbau des Sozialismus fortzuführen..."

(„Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung", Band 7, Berlin 1966, S. 211/212)

[4] Zur Kritik des modernen Revisionismus auf dem Gebiet der Landwirtschaft siehe in „Gegen die Strömung" Nr. 61, „Die aktuelle Bedeutung der Leitsätze des II. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale" den Teil „Die Erfolge der Revolution auf dem Lande in der Sowjetunion Lenins und Stalins und die verheerenden Folgen des Verrats der Chruschtschow-Revisionisten".

[5] Agrarbericht 1991, S. 141.

[6] Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (Hrsg.), „Statistisches Jahrbuch über Ernährung, Landwirtschaft und Forsten der Bundesrepublik Deutschland 1999",Münster-Hiltrup, S. 27.

sitzern, den Großbauern, den Banken und dem Staat des deutschen Imperialismus abhängig und werden von diesen unterdrückt. Es ist, wie Marx schon 1848 die Ausplünderung großer Massen der Kleinbauernschaft durch das Kapital und seinen Staat geschildert hat:

> **„Man sieht, daß ihre Exploitation von der Exploitation des industriellen Proletariats sich nur durch die *Form* unterscheidet. Der Exploiteur ist derselbe: *das Kapital.* "**
>
> (Marx, „Die Klassenkämpfe in Frankreich", Marx-Engels Werke, Band 7, S. 84, Hervorhebungen im Original)

Diese Exploitation der Masse der Werktätigen und Ausgebeuteten auf dem Land erfolgt, wie Marx erläutert, durch den einzelnen Kapitalisten mittels Hypotheken, Pachtzahlungen und Zinsverschuldung und durch die Kapitalistenklasse als ganzes bzw. deren Staat mittels staatlicher Steuern. Obwohl sich die Ausbeutung der werktätigen Bauernmassen von der Ausbeutung des Proletariats nur der Form nach unterscheidet, sind letztere aufgrund ihrer Klassenlage jedoch auch Produktionsmittelbesitzer:

> **„Der Eigentumstitel der Bauern ist der Talisman, womit das Kapital ihn bisher bannte, der Vorwand, unter dem es ihn gegen das industrielle Proletariat aufhetzte. Nur der Fall des Kapitals kann den Bauern steigen machen, nur eine antikapitalistische, eine proletarische Regierung kann sein ökonomisches Elend, seine gesellschaftliche Degradation brechen."**
>
> (Marx, „Die Klassenkämpfe in Frankreich", Marx-Engels Werke, Band 7, S. 84/85)

Immer engere Verbindung zwischen landwirtschaftlicher und industrieller Lebensmittelproduktion

Zum einen zeigt sich dieser Zusammenhang darin, daß ***landwirtschaftliche Großbetriebe zunehmend ähnlich produzieren wie Industriebetriebe.*** Sie beruhen auf einer Art industriellen innerbetrieblichen Arbeitsteilung und industriellen oder industrieähnlichen Herstellungsmethoden und beuten eine Vielzahl von Lohnarbeiterinnen und Lohnarbeitern aus. Ihrer Fläche nach sind diese Betriebe zwar teilweise vergleichsweise klein, ihrem Produktionswert nach aber groß oder sogar sehr groß, so etwa in der Geflügelhaltung und Schweinemast. Hier gibt es Betriebe, die auf engstem Raum Tausende von Schweinen mästen oder bis zu einer Million Legehennen halten. Solche Betriebe haben, von der Produktionsrichtung abgesehen, eigentlich keinen bäuerlichen Charakter mehr. Diese Betriebe entstehen vielfach auch nicht durch die Vergrößerung bestehender landwirtschaftlicher Betriebe, sondern werden häufig von „Investoren" des Finanzkapitals als profitable Kapitalanlage neu geschaffen, in direkter Konkurrenz zu bestehenden kleinen und mittleren Produzenten, deren Ruin dadurch beschleunigt wird.

Zum anderen wird der gesamte agrarwirtschaftliche Bereich heute sehr weitgehend von weltweit agierenden monopolkapitalistischen Kon-

zernen wie Nestlé, Unilever, Kraft food, Syngenta, Aventis (ehemals Hoechst-Rhône Poulenc), Monsanto, BASF, Du Pont usw. dominiert. Diese Konzerne vereinen oft Chemie-Industrie, Saatgutindustrie, Futtermittelindustrie und rein industrielle Erzeugung von Nahrungsmitteln in einem. Nestlé zum Beispiel hat nach eigenen Angaben über 520 Werke in ca. 80 Ländern und beschäftigt weltweit über 230.000 Menschen.[13]

Eine sehr enge Verbindung besteht zwischen der Landwirtschaft und der Ernährungsindustrie. Dazu gehören u.a. die Milchverarbeitung, Schlachtereien und Fleischverarbeitung, die Brauereien sowie die Süß- und Backwarenindustrie. In der Ernährungsindustrie (einschließlich Ernährungshandwerk, ohne Tabakverarbeitung) gibt es über eine halbe Million Erwerbstätige, darunter ca. 340.000 Arbeiterinnen und Arbeiter.[14]

Ein krasser Gegensatz ist dabei, daß Hunderttausenden von landwirtschaftlichen Betrieben, die ökonomisch auf kleiner oder kleinster Stufenleiter produzieren, einige wenige, monopolistische industrielle Großunternehmen gegenüberstehen. So sind in Deutschland die knapp über 50.000 landwirtschaftlichen Betriebe, die Zukkerrüben anbauen, von den heute bestehenden sechs Unternehmen der Zuckerindustrie abhängig, deren Betriebe sich in zumeist auch räumlicher Nähe zu den hauptsächlichen Anbaugebieten befinden.[15] Letzteres zeigt, daß die enge Verbindung zwischen landwirtschaftlicher Produktion und industrieller Verarbeitung bzw. Weiterverarbeitung nicht selten auch geografischer Art ist.

Eine riesige, weit über den Agrarbereich hinaus reichende Bedeutung haben auch die Raiffeisen-„Genossenschaften", genauer gesagt der Raiffeisenkonzern, der annähernd 150.000 Erwerbstätige umfaßt.[16]

In den letzten Jahrzehnten kam es nicht zuletzt auch zur teilweise ***direkten Unterordnung der landwirtschaftlichen Produktion unter das Kommando des Großkapitals.*** Eine immer weiter verbreitete Form dieser Unterordnung ist die sogenannte „Vertragslandwirtschaft": Industrielle Kapitalisten bzw. Großunternehmen wie Zukkerfabriken, Konservenfabriken usw. schließen mit Bauern Verträge, wodurch die „unabhängigen Bauern" faktisch zu direkten Anhängseln der Großindustrie werden. So werden heute z.B. ca. 90% des Frühjahrsspinats, ca. 70% der roten Rüben, ca. 90% der Einlegegurken und ca. 95% der Frischerbsen in „Vertragslandwirtschaft" angebaut.[17]

Beim pflanzlichen Anbau etwa kommandiert der industrielle Kapitalist den gesamten Produktionsprozeß von A bis Z. Er diktiert, welches Saatgut verwendet wird, wie lange und womit gedüngt werden darf usw. Das „unternehmerische Risiko" bei Mißernte usw. bleibt aber bei den landwirtschaftlichen Betrieben.

In der tierischen Produktion werden neben Hühnern zunehmend auch Kälber und Schweine im Lohnverfahren erzeugt. Das heißt: Ein fleischverarbeitender Betrieb stellt seine Tiere bei einem Bauern unter, läßt sie dort füttern (mit vorgeschriebenem Futter, versteht sich!) und holt sie wieder ab, wenn sie schlachtreif sind.

Trotz teilweise extrem knechtender Bedingungen sind die Bauern faktisch gezwungen, solche Verträge einzugehen, weil sie sonst auf ihren Produkten sitzen bleiben und von den Großunternehmen, die den Ankauf landwirtschaftlicher Produkte monopolisiert haben, durch Boykott umgehend ruiniert werden. Allerdings handelt es sich bei den landwirtschaftlichen Betrieben, die in einem solchen Vertragsverhältnis zu Industrieunternehmen stehen, zu einem großen Teil nicht um Kleinbauern, sondern eher um großbäuerliche Betriebe mit Lohnarbeiterinnen und Lohnarbeitern, da die „Zusammenarbeit" mit diesen aus Sicht der industriellen Ausbeuter effektiver ist. Diese großbäuerlichen Betriebe geben den von den industriellen Konzernen ausgeübten Druck vor allem an die Lohnarbeiterinnen und Lohnarbeiter weiter, deren Ausbeutung verstärkt wird.

Wir haben es bei den hier nur angeschnittenen Aspekten also mit einem ganzen Bündel von Widersprüchen und Zusammenhängen zwischen landwirtschaftlicher und industrieller Produktion, zwischen Stadt und Land, zwischen verschiedenen Formen der Ausbeutung und Unterdrückung zu tun. Das stellt die Kommunistische Partei vor vielfältige Aufgaben, insbesondere im Kampf gegen die Verhetzungs- und Spaltungspolitik der Ausbeuter, die verschiedene Teile der Ausgebeuteten gegeneinander ausspielen und aufbringen.

* * *

Ein Bestandteil der Analyse muß nach wie vor auch die Rolle der Gutsbesitzer und Großgrundbesitzer sein, die größtenteils Nachkommen der Feudalherren bzw. des Adels sind und im Zeitalter des Imperialismus zu einem Bestandteil des Finanzkapital geworden sind, wie z.B. Thurn und Taxis, Waldburg-Zeil usw. Selbst in Deutschland ist es in der Tat verblüffend, was sich noch an derartigen Elementen des Mittelalters in die Epoche des Imperialismus hinübergerettet hat. Hier mit aller Entschiedenheit radikal die Enteignung zu propagieren, ist ein nicht zu unterschätzender, wichtiger Kampf, der eng mit der Perspektive der sozialistischen Revolution verbunden werden muß.

III.
Grundsätzliches zu den Aufgaben und Perspektiven des Klassenkampfes, der Vorbereitung der sozialistischen Revolution auf dem Land

Das städtische Industrieproletariat ist der führende Kern des Proletariats. Das städtische Proletariat und das Landproletariat verwirklichen die Hegemonie des Proletariats

Das ***städtische Industrieproletariat ist der führende Kern der revolutionären Klasse des Proletariats,*** weil es in den größten Fabriken arbeitet, am meisten konzentriert ist und dadurch die besten Möglichkeiten für die Organisierung und Erziehung durch die Kommunistische Partei bestehen, weil es die größte Tradition an Klassenkämpfen besitzt. Die anderen Teile des Proletariats, z.B. Handwerker in kleineren Betrieben, Transportarbeiter oder auch das Landproletariat, sind wesentlich weniger konzentriert, arbeiten oft weit verstreut voneinander und können deshalb nicht so gut organisiert werden und eine so durchschlagene Kraft entwickeln wie das Proletariat in den großen städtischen Fabriken.

Deshalb darf jedoch die Rolle und Kampfkraft gerade des ***Landproletariats*** und die Bedeutung der kommunistischen Arbeit im Landproletariat – eine grundlegende Aufgabe der Kommunistischen Parteien in allen Ländern – keineswegs geringgeschätzt, sondern muß in seiner wichtigen Bedeutung erkannt werden, sonst ist an die Erkämpfung der Hegemonie des Proletariats nicht zu denken.

Wie ist die Lage des Landproletariats? Das Landproletariat besitzt wie auch das städtische Proletariat keine Produktionsmittel, wird ausgebeutet und unterdrückt, ist Teil der Arbeiterklasse und daher auf dem Land mit Abstand die revolutionärste Kraft. Es ist ein entscheidender Hebel, um die Verbindung zwischen den Masse der Werktätigen und Ausgebeuteten auf dem Land und dem städtischen Proletariat herzustellen und zu festigen, die Hegemonie des Proletariats auf dem Land zu verwirklichen.

Es darf aber auch nicht übersehen werden, daß das Landproletariat andere Lebens- und Produktionsbedingungen als das städtische Industrieproletariat hat und bestimmte Besonderheiten aufweist. Es ist weniger konzentriert, es herrscht eine größere Zersplitterung als im städtischen Industrieproletariat vor, z.B. durch die weit verbreitete Saison- und Tagelöhnerarbeit. Es ist besonderen Formen der reaktionären Ideologie der deutschen Bourgeoisie ausgesetzt, wie z.B. der reaktionären Propaganda von einer angeblichen „Dorfgemeinschaft", die die Mentalität „Unser Dorf muß zusammenhalten" fördert, es ist in Teilen mit einer Form pseudofamiliärer, einer Art patriarchalischer Atmosphäre zur Vertuschung der Ausbeutung und der Ankettung an den Betrieb des kapitalistischen Großbauern konfrontiert, die das Ausbeutungsverhältnis verschärfen und undurchschaubarer machen, als es in den industriellen Großbetrieben der Stadt der Fall ist. Das Landproletariat ist der sogenannten „Apathie des Landlebens" ausgesetzt, eine Atmosphäre, die insgesamt auf allen Gebieten besonders reaktionär ist, weil auf dem Dorf in viel größerem Maße nicht über den eigenen Tellerrand geschaut wird, weil das Dorfleben selbst von bürgerlich-demokratischen kulturellen Ideen und Einrichtungen weitestgehend abgeschnitten ist.

Diese besonderen Bedingungen bergen besondere Probleme und Gefahren in sich, die es notwendig machen, das Landproleta-

riat durch die kommunistischen Kräfte in selbständigen Massenorganisationen auf dem Land zu erziehen. Insbesondere gilt es für die kommunistischen Kräfte, durch Hinwendung und Schaffung von vielfältigen Verbindungen des Landproletariats zum städtischen Proletariat, das Landproletariat für die Ideen des Kommunismus zu gewinnen, bei gleichzeitigem Kampf gegen die auch in Teilen des städtischen Proletariats vorhandene Mentalität einer „städtischen Arroganz" gegenüber dem Land.

Dieser Kampf wird erleichtert durch die Tatsache, daß gerade in einem hochindustrialisierten Land wie Deutschland riesige landwirtschaftliche Betriebe, die mit modernsten industriellen Methoden und Produktionsmitteln arbeiten, in immer größerem Umfang entstehen, wodurch sich die Bedingungen großer Teile des Landproletariats mehr und mehr den Bedingungen des städtischen industriellen Proletariats annähern und dadurch größere und bessere objektive Möglichkeiten existieren, auf dem Land feste kommunistische Stützpunkte zu schaffen.

Die Masse der Werktätigen und Ausgebeuteten auf dem Land sind die nächsten Bündnispartner des Proletariats

Zunehmende Verelendung und sich immer weiter verschärfende Ausbeutung der Massen auf dem Land, eine voranschreitende Proletarisierung vor allem der Klein- und auch der Mittelbauernschaft, die oftmals zu Landarbeiterinnen und Landarbeitern oder Halbproletariern werden – das ist die Klassenrealität auch in Deutschland. Die Arbeitsbedingungen des Halbproletariats und der Kleinbäuerinnen und -bauern sind oftmals schwerer, ihre ökonomische Lage ist oft schlechter als die der städtischen Werktätigen, vor allem auch durch die Verschuldung großer Teile der werktätigen und ausgebeuteten Bauern in riesigem Ausmaß an die Banken und die dadurch bedingte Zahlung von Zinsen. Insgesamt ist es so, daß sich der Gegensatz zwischen Stadt und Land weiter vertieft, das Gefälle bei der sogenannten „Lebensqualität" der Masse der Werktätigen zwischen Wohnen, Leben und Arbeiten in der Stadt und auf dem Land wird immer größer.

Dies alles zeigt die ***Möglichkeiten,*** aber auch die ***Schwierigkeiten*** der Gewinnung dieser Teile der Mittelschichten auf dem Land als Bündnispartner des Proletariats auf, die durch ihre zwiespältige Lage bestimmt werden. Einerseits sind sie Werktätige und Ausgebeutete, andererseits ist die große Masse der Bauernschaft auch Produktionsmittelbesitzer (Land, Maschinen) und eng verbunden mit der durch Kleinproduktion zersplitterten Einzelwirtschaft. Anders als im Proletariat ist die Möglichkeit, sich im Kampf eng zusammenzuschließen auch wesentlich erschwert durch die klassenmäßige Spaltung und Schichtung der Bauernschaft. Große Teile der Bäuerinnen und Bauern sind daher eben nicht voll und ganz und nur ausgebeutete Werktätige. Sie haben durch ihren Produktionsmittelbesitz schon heute oder aber in Zukunft Möglichkeiten, beim Verkauf ihrer Produkte als Waren auf dem Markt als Händler und in bestimmten Situationen teilweise auch als Spekulant aufzutreten. Es besteht sogar in bestimmten Situationen die Möglichkeit – meistens nur als theoretische Vorstellung in ihren Köpfen –, Arbeitskräfte einzustellen und auszubeuten. Aufgrund dieser Klassenlage ergibt sich daraus einerseits objektiv die Notwendigkeit für diese Teile der Bäuerinnen und Bauern, gegen ihre Klassenfeinde mit der Perspektive der Vernichtung des Kapitalismus zu kämpfen, andererseits ergibt sich daraus ein Schwanken zwischen Bourgeoisie und Proletariat, das bei den verschiedenen Schichten mehr oder weniger ausgeprägt ist.

Im ***Halbproletariat*** bestehen die günstigsten Möglichkeiten, es als Bündnispartner zu gewinnen, denn durch die Erfahrung der kapitalistischen Ausbeutung am eigenen Leib, die Kenntnis der Lohnarbeit und die besonders elende Lage dieser Teile der werktätigen und ausgebeuteten Massen auf dem Land überwiegen die unmittelbaren Vorteile, die ihnen die Diktatur des Proletariats bringen wird, die „Nachteile", die darin bestehen, daß die kommunistischen Kräfte ja jeglichem Privateigentum an Produktionsmitteln den Krieg erklärt haben.

Auch die ***Kleinbauern*** haben aufgrund der Tatsache, daß sie selbst keine fremde Arbeitskraft ausbeuten, eine ganze Fülle von konkreten Vorteilen von der proletarischen Revolution (sofortige Befreiung von der Pacht und von Hypothekenschulden, den Zinsen, ja von der gesamten Abhängigkeit und Unterdrückung durch das Monopolkapital und die Großgrundbesitzer, die sofort nach der Errichtung der Diktatur des Proletariats entschädigungslos enteignet werden, unverzügliche wirtschaftliche Hilfestellung durch die Diktatur des Proletariats). Allerdings existieren hier größere Schwankungen und Probleme als beim Halbproletariat, die bewußt sein müssen. Es existiert durch die Klassenlage bedingt eine weiterverbreitete und tiefersitzende Eigentümerideologie, die allerdings bei systematischem, verschärftem Klassenkampf der kommunistischen Kräfte auf dem Land kein unüberwindliches Hindernis darstellt, so daß auch diese Schicht im großen und ganzen auf der Seite der proletarischen Revolution stehen kann und wird. Dies alles zeigt: Das Proletariat unter Führung seiner Kommunistischen Partei hat die Möglichkeit und Aufgabe, diese beiden Schichten als ***nächste Bündnispartner zu gewinnen*** und sie dem Einfluß der Bourgeoisie zu entreißen.

Eine gesonderte Stellung nehmen die ***Mittelbauern*** ein, die Werktätige sind, die aber als Eigentümer oder Pächter von Land einen Überschuß erwirtschaften können und oftmals saisonweise Landarbeiterinnen und Landarbeiter ausbeuten. Sie sind kein verläßlicher Bündnispartner des Proletariats, weil sie aufgrund ihrer Klassenlage schwanken zwischen der Dorfbourgeoisie, den reichen Bäuerinnen und Bauern, denen sie nacheifern, und der Dorfarmut, deren Lage sie gut kennen, vor der sie Angst haben und deshalb mit aller Kraft verhindern wollen, daß sie selbst in diese Lage geraten. Deshalb überwiegt bei der Mittelbauernschaft die Weltanschauung und Stimmung der Eigentümer, deshalb muß das Proletariat versuchen, die große Mehrheit dieser Schicht im revolutionären Kampf zum Sturz der Bourgeoisie zu ***neutralisieren.***

Im Kampf um die Gewinnung der Masse der werktätigen und ausgebeuteten Bäuerinnen und Bauern gegen das Monopolkapital in Stadt und Land, gegen die Großgrundbesitzer und die Großbauern, gegen den kapitalistischen Staat des deutschen Imperialismus muß die Kommunistische Partei den Klassenantagonismus bloßlegen, den Klassenkampf auf dem Land systematisch gegen alle reaktionären Tendenzen führen und verschärfen. Vor allem ist der Kampf gegen die kapitalistischen Großbauern zu führen, um dieses ideologische und politische Bollwerk der Reaktion auf dem Land zu brechen. Deren Stärke wird vor allem bedingt durch die aufgrund der eigenen körperlichen Arbeit entstehende relativ enge Verbundenheit mit den Massen der werktätigen und ausgebeuteten Bäuerinnen und Bauern, was den Großbauern in Verbindung mit ihrem Reichtum und den vielfältigen Abhängigkeiten der Masse der werktätigen und ausgebeuteten Bauernschaft von ihnen eine gewisse Autorität im Dorf verschafft.

Es gilt, die falschen Freunde der Kleinbauern, die diese gegen die Arbeiterklasse aufhetzen und Klassenversöhnung predigen, als Feinde und Agenten der Bourgeoisie zu entlarven. Der langwierige, systematische ideologische Kampf der Kommunistischen Partei gegen alle reaktionären Ideen und Vorstellungen, insbesondere gegen klerikale und nazistische Ideen mit ihrer „Blut-und-Boden"-Ideologie und auf die Spitze getriebenen Verherrlichung des bäuerlichen Lebens, gegen sämtliche Varianten der deutschen Ideologie „auf dem Lande", ist entscheidende Voraussetzung, um die Masse der werktätigen und ausgebeuteten Bäuerinnen und Bauern den Fängen der Reaktion wirklich entreißen zu können.

In die Tageskämpfe auf dem Land, die gegen die Verschlechterung der Lage geführt werden, muß eingegriffen werden, die gerechte Seite dieser Kämpfe muß die Kommunistische Partei unterstützen, und die negativen, reaktionären Seiten, wie die oftmals führende Rolle der Großbauern in solchen Kämpfen, müssen schonungslos aufgezeigt und ohne faule Kompromisse bekämpft werden. Es gilt, eine gemeinsame Kampffront zwischen dem städtischen Proletariat und zwischen der Masse der werktätigen und ausgebeuteten Bäuerinnen und Bauern in Deutschland einerseits und dem Proletariat aller Länder andererseits zu organisieren, sowie mit den unterdrückten Völkern, insbesondere mit dem antiimperialistischen Kampf der Masse der Bäuerinnen und Bauern in vom Imperialismus abhängigen Ländern. Es gilt vor allem, die Einheit der werktätigen und ausgebeuteten Massen in Stadt und Land – ohne und gegen alle falschen Freunde – für die Zerschlagung des imperialistischen Staatsapparates und den Sturz der Bourgeoisie zu schaffen, durch systematische Propaganda für die sozialistische Revolution, die Notwendigkeit der Diktatur des Proletariats und die Perspektive des Aufbaus des Sozialismus und Kommunismus.

Der Streik der Landarbeiterinnen und Landarbeiter 1951

Weitgehend unbekannt ist, daß im Jahr 1951 der größte Streik von Landarbeiterinnen und Landarbeitern in der Geschichte des westdeutschen Staates stattfand, der Streik der Landarbeiter und -arbeiterinnen für Lohnerhöhungen in Hessen und Niedersachsen im August 1951.

Da gerade die Arbeiterinnen und Arbeiter der landwirtschaftlichen Produktion, ihre Lage und ihr Kampf, viel zu wenig beachtet, ja auch von fortschrittlichen, sich als revolutionär verstehenden Kräften nahezu ignoriert werden, ist es um so wichtiger, diesen Arbeitskampf ins Bewußtsein zu rufen.

Hintergründe und Vorgeschichte

1950 gab es ca. 1,1 Millionen „unselbständig Beschäftigte" in der Landwirtschaft. Die Gewerkschaft Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft (GGLF) hatte damals etwas mehr als 100.000 Mitglieder.[1] Der durchschnittliche Stundenlohn eines Landarbeiters war fast um die Hälfte geringer als der eines Industriearbeiters. Dabei lag der Lohn der Landarbeiterinnen durchschnittlich noch weit unter dem der Landarbeiter.

Im Mai 1951 entschloß sich die GGLF, sämtliche Tarifverträge für die Landarbeiterinnen und Landarbeiter zu kündigen. Die Gewerkschaftsführung tat dies unter Berufung auf eine „programmatische Rede" von Adenauer zur Landwirtschaftspolitik. Darin wurde versprochen, daß zunächst die Agrarpreise erhöht würden und dann in der ersten Stufe die Löhne im Durchschnitt um ca. 18 Prozent und in der zweiten Stufe um 27 Prozent angehoben würden. Die Agrarpreise wurden auch tatsächlich erhöht, aber die Kapitalistenverbände und die Bundesregierung wollten dann nichts mehr von einer Lohnerhöhung für die Landarbeiterinnen und Landarbeiter wissen.

Nach ergebnislos verlaufenen Tarifverhandlungen sprachen sich in der Urabstimmung 94,2 Prozent der Beteiligten für den Streik aus. Am 6. August 1951 beginnt in Hessen und am 4. und 6. August in Niedersachsen der Streik mit dem Ziel, unter dem Druck des Erntebeginns die Lohnerhöhung durchzusetzen.

Streikverlauf

In Hessen wird der Streik von der GGLF bereits nach vier Tagen aufgrund einer von den Kapitalisten erwirkten einstweiligen Verfügung ***abgebrochen.*** Durch einen formalen Terminfehler hat die Gewerkschaftsführung dabei scheinbar in Unkenntnis ihrer eigenen Satzung die juristische Handhabe gegen den Streik selbst geliefert! Das Arbeitsgericht Frankfurt erklärte den Streik für gesetzwidrig, weil der bestehende Tarifvertrag nicht fristgerecht gekündigt worden sei. Bei Zuwiderhandlungen würden Strafen festgesetzt.

In Niedersachsen treten am Morgen des 4. August 8.850 Landarbeiterinnen und Landarbeiter in 232 Betrieben in den von der GGLF organisierten Streik. Die Zahl der Streikenden erhöht sich in den nächsten beiden Tagen auf etwa 12.000.[2]

Die Streikenden werden von „ihren" Ausbeutern enorm unter Druck gesetzt. Die landwirtschaftlichen Ausbeuter wollen den Streik umgehend abwürgen, weil sie durch den Verlust der Ernte Einbußen für ihre Profite befürchten. In Börsum, Achim, Gevensleben und zahlreichen anderen Orten kommt es zu Zusammenstößen mit Streikbrechern, welche die Bauern, Gutsbesitzer und Leiter von Staatsdomänen angeheuert haben. In Großgoltern fordern die „Arbeitgeber" am 8. August ***Polizei*** an, die mit Gewalt gegen die Streikenden vorgeht.

Insgesamt ist die ***Kommunikation*** unter den Streikenden höchst unzulänglich. Die räumliche Trennung der Streikenden auf den einzelnen Gütern und Höfen und ihre Isolierung in einer weitgehend gegen diesen Streik gerichteten Umwelt, verbunden mit der Schwierigkeit, schnelle Informationswege zu schaffen, stellt Anforderungen, denen die Streikenden nicht gewachsen sind. Zwar liegen bestimmte Streikerfahrungen aus den Jahren 1949 und 1950 vor, aber aufs Ganze gesehen gibt es so gut wie keine Kampferfahrungen. Dies muß auch vor dem Hintergrund der Jahre des Nazifaschismus gesehen werden. Der zentrale Streikausschuß in Hannoversch-Gmünden hat keinen wirklichen Überblick über das Geschehen.

Der Bund des „Niedersächsischen Landvolkes" und der Bauernverband organisieren in kürzester Zeit eine höchst wirksame Gegenkampagne gegen den Streik unter den Landarbeiterinnen und Landarbeitern. Es gelingt ihnen, mit gezielten Fehlinformationen und hochbezahlten Streikbrechern in einer Reihe von Fällen den Streik zu unterlaufen. So wird an verschiedenen Orten in einer Reihe von Landwirtschaftsbetrieben der Streik unkoordiniert abgebrochen. Der „Verband des Niedersächsischen Landvolks" läßt 200.000 Flugblätter verbreiten, in denen zur sofortigen Wiederaufnahme der Erntearbeiten aufgerufen wird. Die Gewerkschaftsführung und ihr Apparat setzen dem sowie anderen gezielt verbreiteten Falschmeldungen in der regionalen Presse kaum etwas entgegen.

Neben der Polizei geht auch die ***Klassenjustiz*** mit voller Härte gegen die streikenden Landarbeiterrinnen und Arbeiter vor. So verurteilt am 9. August das Schöffengericht in Schöppenstedt (Niedersachsen) in einem Schnellverfahren zwei streikende Landarbeiter wegen „Landfriedensbruch in Tateinheit mit einfacher und schwerer Körperverletzung sowie Nötigung" zu sieben bzw. sechs Monaten Gefängnis, weil sie Streikbrecher am Streikbruch gehindert hätten. Im Urteilsspruch der Klassenjustiz heißt es:

> *„Das Gericht sieht es als erwiesen an, daß die beiden Angeklagten gemeinsam mit 30 anderen streikenden Landarbeitern mehrere Arbeitnehmer eines landwirtschaftlichen Betriebs in Helmstedt mit einem Gummischlauch an der Fortführung der Arbeit gehindert haben."*[3]

Einige leere Versprechungen des Bauernverbandes, man sei verhandlungsbereit, veranlassen die Bezirksleitung der GGLF, den Streik ohne jedes Ergebnis am 14. August abzubrechen. Die Drohungen der Gewerkschaftsleitung, daß der Streik nur „unterbrochen" sei, um die Verhandlungen „nicht unter Druck zu führen" und „um die seit Beginn der Woche herrschende günstige Witterung für die Einbringung des Brotgetreides zu nutzen",[4] sind nur Bemäntelungen für die Kapitulation. Ebenso absurd sind die weinerlichen Appelle der Führung der GGLF, daß sie „ein entschiedenes Eingreifen der Bundesregierung für unvermeidbar"[5] halte, damit endlich die Versprechungen der Adenauer-Regierung durchgesetzt würden.

Damit kann der Bauernverband in die Offensive gehen. Er läßt alle weiteren Verhandlungen scheitern. Es wird lediglich eine Ernteprämie für die Monate August und September gewährt, eine Lohnerhöhung bleibt aus. Die alten Tarifverträge mit ihren Hungerlöhnen werden wieder in Kraft gesetzt.

So endet der Streik in einer schweren Niederlage.

In einer geradezu grotesken Erklärung kommentiert die Bezirksleitung bzw. der Hauptvorstand der GGLF den Ausgang der Tarifbewegung:

> *„Wenn er (der Streik, A.d.V.) nicht sofort nach Bekanntwerden des Nichtzustandekommens neuer Verhandlungen wieder aufgenommen wurde, dann bestehen dafür Gründe! Es ist untunlich, sie hier im einzelnen aufzuführen."*[6]

Der Streik 1951 zeigt, daß es eine wichtige Aufgabe der Arbeiterinnen und Arbeiter der industriellen Großbetriebe ist, ihre Klassenschwestern und Klassenbrüder auf dem Land im Kampf zu unterstützen. Großteils allein gelassen, befanden sich diese damals in einer weit unterlegenen Situation gegenüber den gut organisierten und mit überlegenen Mitteln operierenden Kapitalisten, die auch die Polizei und Klassenjustiz in ihrem Rücken hatten. Es entspricht der Funktion der DGB-Führung und ihres Apparats, daß sie 1951 praktisch nichts zur Unterstützung der streikenden Landarbeiterinnen und Arbeiter unternommen haben.

Dagegen gehört es zu den Aufgaben wahrhaft kommunistischer Parteien,

> *„... daß sie den Streikkämpfen auf dem flachen Lande ihre besondere Aufmerksamkeit zuwenden, daß sie die Massenstreiks der landwirtschaftlichen Proletarier und Halbproletarier nachdrücklich unterstützen und allseitig fördern."*
> (Lenin, „Ursprünglicher Entwurf der Thesen zur Agrarfrage", 1920, Werke Band 31, S. 151)

Der Streik der Landarbeiterinnen und Landarbeiter 1951 verdeutlicht schließlich auch sehr klar, warum die nötige Unterstützung von Kämpfen der Masse der Kleinbauern und Mittelbauern nur bedingt und differenziert erfolgen kann.

1951 kam die von der Adenauer-Regierung bewilligte Anhebung der Erzeugerpreise zwar in erster Linie den Großbauern und Großgrundbesitzern zugute, nutzte aber auch der Masse der kleinen und mittleren Landwirte. Diese waren großteils auch im Bauernbund organisiert, der unter Führung der Großbauern und der Großgrundbesitzer stand und aggressiv gegen den Lohnstreik der Landarbeiterinnen und Landarbeiter vorging. Lenin hat auf das damit verbundene Problem hingewiesen:

> *„Unter dem Kapitalismus wird der kleine Landwirt – ob er will oder nicht, ob er es merkt oder nicht – zum Warenproduzenten*

Fortsetzung auf S. 12

Fortsetzung von S. 1

... Als Klasse können die kleinen Landwirte nicht umhin, eine Preissteigerung für landwirtschaftliche Produkte anzustreben, und das ist gleichbedeutend damit, daß sie sich mit den Großgrundbesitzern in die Grundrente teilen und sich mit ihnen gegen die übrige Gesellschaft solidarisieren."
(Lenin, „Neue Daten über die Entwicklungsgesetze des Kapitalismus in der Landwirtschaft", 1915, Werke Band 22, S. 93)

Daraus folgt nicht, daß der siegreiche Kampf für die Gewinnung der Massen der kleinen Bauern als Verbündete des Proletariats unmöglich ist. Denn diese sind, wie Lenin festgestellt hat, ***nicht nur*** Warenproduzenten, sondern auch Werktätige, die keine fremde Arbeitskraft anwenden und ausbeuten. Die Kommunistische Partei darf aber nur solche Bewegungen von Bauern unterstützen, welche direkt oder indirekt die Befreiungsbewegung des Proletariats fördern. Daher ist es ihre Aufgabe, nicht nur zu analysieren, welche Schichten der Bauernschaft eine solche Bewegung tragen und wer an der Spitze steht, sondern auch die erhobenen Forderungen daraufhin zu prüfen, ob und inwieweit diese nicht etwa in eine konservativ-reaktionäre Richtung gehen, ob und inwiefern sie unterstützt werden können

Der Kampf für das vorrangige Ziel des klassenmäßigen Zusammenschlusses des städtischen Proletariats mit dem Landproletariat und auf dieser Grundlage dann auch mit der übrigen Masse der Werktätigen und Ausgebeuteten auf dem Land ist daher auch eine wichtige Gewähr, um nicht in eine Politik der Klassenversöhnung zu verfallen.

(Auszug aus: „Rot Front" Nr. 5, „Kämpfe der Arbeiterinnen und Arbeiter in Westdeutschland 1949 - 1974)

Quellen

[1] Müller, Hubertus, „Gewerkschaftsmitglieder und Beschäftigtenstruktur", Köln 1968, Tabelle 19.
[2] Genauere Zahlen konnten wir bisher nicht ermitteln.
[3] Zur Darstellung der Begründung des Gerichtsurteils siehe Kraushaar, Wolfgang, „Die Protestchronik, Bd. 1, 1949–1952", Hamburg 1996, S. 470.
[4] So heißt es wörtlich im Gewerkschaftsorgan „Der Säemann", Nr. 13 und 14, 1951. Zitiert nach: Rainer Kalbitz, „Die Arbeitskämpfe in der BRD – Aussperrung und Streik 1948–1968", Bochum 1972, S. 140.
[5] Vgl. ebenda, S. 141.
[6] „Der Säemann", Nr. 14, 1951. Zitiert nach: ebenda, S. 141.

Gegen revisionistische Spekulationen, die die kommunistische Arbeit auf dem Lande bagatellisieren und geringschätzen, was nichts anderes bedeutet, als den Kampf für die Errichtung der Diktatur des Proletariats abzulehnen, und gegen Entstellungen des wissenschaftlichen Kommunismus, die behaupten, daß die kommunistischen Kräfte davon ausgehen, daß schon vor dem Sturz der Bourgeoisie die Mehrheit der werktätigen und ausgebeuteten Bäuerinnen und Bauern von der Notwendigkeit der Diktatur des Proletariats und des Sozialismus voll und ganz überzeugt sein müßten, gegen beide antimarxistischen Auffassungen muß folgende Erkenntnis herausgestellt werden:

Die breiten Massen der werktätigen und ausgebeuteten Bäuerinnen und Bauern werden bei richtiger Politik der Kommunistischen Partei ***im revolutionären Kampf zum Sturz der Bourgeoisie*** auf der Seite der Arbeiterklasse stehen und kämpfen, das Proletariat wird ***ihre Sympathie gewinnen können*** und auf dieser Basis den siegreichen bewaffneten Aufstand gegen die Bourgeoisie durchführen. Aber erst nach dem Sturz der Bourgeoisie, ***erst nach der Errichtung der Diktatur des Proletariats*** werden sie die Arbeiterklasse entschlossen und dauerhaft beim Kampf für den Aufbau des Sozialismus unterstützen, erst dann wird ***ein wirklich festes Bündnis geschaffen werden können,*** nachdem sie in der Praxis davon überzeugt worden sind und durch eigene Erfahrungen gesehen haben, daß der sozialistische Weg ihrem grundlegenden Interesse entspricht. Im Verlauf des verschärften Klassenkampfes auf dem Land zur Vernichtung der Dorfbourgeoisie als Ausbeuterklasse, unter der gefestigten Diktatur des Proletariats, können und müssen dann auch die Mittelbauernschaft für den Aufbau des Sozialismus gewonnen werden. Das alles haben die Erfahrungen der sozialistischen Revolution in der Sowjetunion zur Zeit Lenins und Stalins gezeigt.

(Der Abschnitt „III. Grundsätzliches zu den Aufgaben und Perspektiven des Klassenkampfes, der Vorbereitung der sozialistischen Revolution auf dem Land" ist ein geringfügig überarbeiteter Auszug aus dem Referat zur programmatischen Resolution 4 der 2. Parteikonferenz von „Gegen die Strömung", siehe „Rot Front" Nr. 2, Juli 1996, S. 120 ff/S. 141 ff)

☆ ☆ ☆

Quellen und Anmerkungen

[1] Zahl für 1998 aus dem Agrarbericht 2000 des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, (BMELF), S.13

[2] Siehe BMELF (Hrsg.), Statistisches Jahrbuch über Ernährung, Landwirtschaft und Forsten der Bundesrepublik Deutschland 1999, Münster-Hiltrup, S. 186.

[3] Marx/Engels, „Manifest der Kommunistischen Partei", 1848, Marx-Engels Werke, Band 4, S. 466.

[4] Engels, „Die Bauernfrage in Frankreich und Deutschland", 1894, Marx-Engels Werke, Band 22, S. 486

[5] Siehe Lenin, „Ursprünglicher Entwurf der Thesen zur Agrarfrage", 1920, Lenin Werke, Band 31, S. 144.

[6] Agrarbericht 2000, statistischer Anhang S.7.

[7] Statistisches Jahrbuch über Ernährung, Landwirtschaft und Forsten der Bundesrepublik Deutschland 1999, S. 32f. Eine Arbeiterin in der Industrie erhält auf dem Gebiet des ehemaligen Westdeutschland im Durchschnitt nur einen Brutto-Stundenlohn von ca. 21 DM, auf dem Gebiet der ehemaligen DDR von ca. 16 DM (ebenda, S. 325). Bei der Zahl für „Landarbeiter" ist nicht klar, ob dies auch Landarbeiterinnen enthält. Zahlen getrennt für Landarbeiter und Landarbeiterinnen haben wir nicht. Mit Sicherheit verdienen Landarbeiterinnen aber ebenfalls im Schnitt erheblich weniger als Landarbeiter.

[8] 1998 hatte die IG Bauern – Agrar – Umwelt im DGB insgesamt ca. 56.000 Mitglieder, darunter etwa 45.500 Arbeiterinnen und Arbeiter, davon ca. 9.500 Arbeiterinnen. (Statistisches Jahrbuch über Ernährung, Landwirtschaft und Forsten der Bundesrepublik Deutschland 1999, S.60.)

[9] Als Nebenerwerbsbauern werden in der bürgerlichen Statistik landwirtschaftliche Betriebe bezeichnet, deren Inhaber weniger als 50 % ihrer Gesamtarbeitszeit im landwirtschaftlichen Betrieb tätig sind und mehr als 50% einer nichtlandwirtschaftlichen Tätigkeit nachgehen.

[10] Agrarberichte 1992 und 2000

[11] Siehe Karl Marx, „Das Kapital", Band I, Marx-Engels Werke, Band 23, S. 670-677

[12] Agrarbericht 2000, S.27. Die Bundesregierung kommentiert dieses Ergebnis zynisch so:

„Etwa 63% der Nebenerwerbsbetriebe haben ein StBE (Standardbetriebseinkommen, A.d.V.) von weniger als 5.000 DM. Sie tragen insbesondere in benachteiligten Gebieten und Mittelgebirgslagen dazu bei, daß eine flächendeckende Landbewirtschaftung gewährleistet ist und die natürlichen Lebensgrundlagen erhalten und gepflegt werden. Aus dieser Art der Landbewirtschaftung dürfte nur ein sehr geringes durchschnittliches Einkommen erwirtschaftet werden."
(Ebenda)

Grundtenor: So billig sind Landschaftsgärtner nicht zu haben!

[13] Nestle-Prospekt: „Nestle – Mit allen Sinnen", Stand: Oktober 1999

[14] Statistisches Jahrbuch über Ernährung, Landwirtschaft und Forsten der Bundesrepublik Deutschland 1999, S. 260 und 265

[15] Siehe Agrarzeitung, Ernährungsdienst, 2.9.2000

[16] Statistisches Jahrbuch über Ernährung, Landwirtschaft und Forsten der Bundesrepublik Deutschland 1999, S. 176

[17] Statistisches Jahrbuch über Ernährung, Landwirtschaft und Forsten der Bundesrepublik Deutschland 1999, S. 105.

☆

Die monatlich erscheinenden Flugblätter von „Gegen die Strömung" sind u. a. erhältlich:

In ***Berlin:*** *Vertrieb für Internationale Literatur, Brunhildstr. 5; M 99, Manteuffelstr. 99;* ***Bonn:*** *Antiquariat, Breite Straße 52;* ***Braunschweig:*** *Antifaschistisches Café, Cyriaksring 55;* ***Dortmund:*** Buchladen Taranta, Humboldtstr. 54; ***Frankfurt:*** *Buchladen Georgi Dimitroff, Speyerer Str. 23;* ***Freiburg:*** *Buchhandlung Jos Fritz, Wilhelmstr. 15;* ***Göttingen:*** *Buchladen Rote Straße, Nikolaikirchhof 7;* ***Hamburg:*** *Buchhandlung im Schanzenviertel, Schulterblatt 55,* ***Hannover:*** *Internationalismus-Buchhandlung, Engelbosteler Damm 10;* ***Karlsruhe:*** *Der Andere Buchladen, Marienstr. 15;* ***Kiel:*** *Buchladen Zapata, Jungfernstieg 27;* ***Köln:*** *Der andere Buchladen, Zülpicher Str. 197;* ***München:*** *Basis Buchhandlung, Adalbertstr. 41-43;* ***Nürnberg:*** *Libresso Buchhandlung, Bauerngasse 14.*

BUCHLADEN

Georgi Dimitroff

Speyerer Str. 23, 60327 Frankfurt/M.

Fax 069/730920

ÖFFNUNGSZEITEN:

Freitag 16.30 – 19.30 Uhr

Samstag 10.00 – 13.00 Uhr

Vertrieb für Internationale Literatur

Brunhildstr. 5, 10829 Berlin

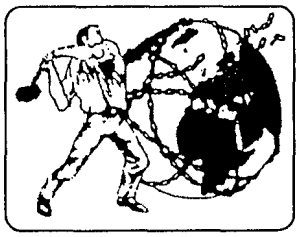
GEÖFFNET:

Samstag 11.00 – 14.00 Uhr

Drucker, Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: A. Odenthal, Vertrieb für Internationale Literatur, Brunhildstr. 5, 10829 Berlin

PROLETARIER ALLER LÄNDER, VEREINIGT EUCH!
PROLETARIER ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER, VEREINIGT EUCH!

GEGEN DIE STRÖMUNG



Organ für den Aufbau der Revolutionären Kommunistischen Partei Deutschlands

9/01 September 2001

Erklärung von „Gegen die Strömung":

Die militanten Kämpfe in Genua gegen die weltweite imperialistische Ausbeutung und Unterdrückung waren gerecht!

I.

Die in den letzen Jahren entstandene Protestbewegung und die ***verstärkten Kämpfe gegen die Treffen der politischen Repräsentantinnen und Repräsentanten der imperialistischen Großmächte*** sind gerechte internationalistische Kämpfe gegen die verschärfte imperialistische Ausbeutung und Unterdrükkung, gerade auch der vom Imperialismus abhängigen Länder. Die Kette von Protesten, Demonstrationen und militanten Kämpfen von Seattle, über Quebec, Davos, Göteborg und Prag bis hin zu den über 200.000 Demonstrantinnen und Demonstranten in Genua stehen in dieser Kontinuität.

In der breiten Front des Kampfs gegen die Treffen der politischen Repräsentantinnen und Repräsentanten der imperialistischen Großmächte, der „G8-Staaten", unterstützen wir vor allem die zielklarsten militanten Genossinnen und Genossen! Die Hetze der bürgerlichen Politiker und der bürgerlichen Medien gegen die militanten Genossinnen und Genossen und ihr gleichzeitig geheucheltes Verständnis für die „berechtigten Anliegen" der „guten", „friedlichen" Demonstrantinnen und Demonstranten zeigen, dass die „Herrschenden dieser Welt" vor allem Angst vor einer stärker werdenden und militanten Massenbewegung haben, die gegen ihre brutale und gewaltsame, weltweite Ausbeutung und Unterdrückung den militanten Kampf aufnimmt.

Die Polizeieinsätze in Seattle, mehrere angeschossene Demonstranten in Göteborg und jetzt der brutale Polizeiterror in Genua mit über 500 großteils schwer verletzten Demonstrantinnen und Demonstranten und einem ermordeten Genossen zeigen deutlich: die verstärkte staatliche Faschisierung ist eine Grundtendenz in allen imperialistischen Ländern, ob in diesen nun eine sozialdemokratische Regierung wie in Schweden oder eine „rechtskonservative" Regierung unter Beteiligung von Faschisten wie in Italien die Regierungsgeschäfte des Kapitals ausführt.

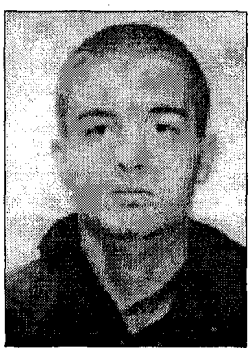
Es war gut und richtig, dass militante Gruppen aus vielen Ländern gemeinsam offensiv gegen die Treffen der politischen Repräsentantinnen und Repräsentanten der imperialistischen „G8-Staaten" gekämpft haben und versuchten, die abgesperrte, „rote" Zone zu stürmen.

Die brutale Gegenoffensive der italienischen Polizei war im Kern darauf gerichtet, das demokratische Demonstrationsrecht in Genua auszuhebeln. Sie zielte darauf ab, die gerechten Kämpfe mit der ganzen Staatsmacht niederzuknüppeln und alle Demonstrantinnen und Demonstranten auch für zukünftige Kämpfe gegen die Treffen der politischen Repräsentantinnen und Repräsentanten der imperialistischen Großmächte einzuschüchtern.

In dieser Situation haben völlig zu recht immer mehr Demonstrantinnen und Demonstranten den Kampf gegen den Polizeiterror mit dem Ziel aufgenommen und verstärkt, sich das Demonstrationsrecht mit Militanz wieder zu erkämpfen.

Im Rahmen dieser Gegenwehr gegen den Polizeiterror wurde ***Genosse Carlo Giuliani erschossen,*** als er einen Polizisten daran hindern wollte, einen anderen Demonstranten zu erschießen (nach Aussage eines Freundes von Carlo, der als Augenzeuge dabei war). Als Carlo schon blutüberströmt am Boden lag, wurde er mehrfach von einem Polizei-Jeep überrollt. Das war kaltblütiger Mord.

Es ist unsere Aufgabe, die Wahrheit über den Polizeiterror in Genua und den Mord an Genossen Carlo Giuliani zu verbreiten und nach unseren Kräften diesen Polizeiterror anzuprangern. Die richtige Antwort kann nur lauten, bei den nächsten Treffen der politischen Repräsentantinnen und Repräsentanten der imperialistischen Großmächte unseren Widerstand doppelt und dreifach zu verstärken.



Carlo Giuliani – am 20. Juli 2001 von der Polizei in Genua ermordet

II.

Bei der ***Diskussion über die Ereignisse in Genua*** und über die an den Kämpfen teilnehmenden Gruppen zeigt sich auch für die Vorbereitung der kommenden Kämpfe gegen die „G8-Treffen", dass wir unser Augenmerk auch auf ideologisch-politische Fragen im Kampf gegen die Offensive der imperialistischen Großmächte und gegen den Kapitalismus überhaupt richten müssen. Nur so können wir unseren Kampf auf einer klaren Basis ausweiten und verstärken. Ohne klare Einschätzung und Haltung zum imperialistischen Weltsystem und zum deutschen Imperialismus im Besonderen ist im imperialistischen Deutschland ein langfristig geplanter und auf Kontinuität ausgerichteter Kampf gegen die weltweite Verschärfung der imperialistischen Ausbeutung und Unterdrückung und gegen den deutschen Imperialismus nicht möglich.

Heute werden in allen Ländern die ***Unterdrückungsfunktionen der Staatsapparate ausgebaut*** und noch vorhandene Rechte der ausgebeuteten und werktätigen Massen abgebaut. Die These, daß der Staat angeblich unwichtiger oder gar schwächer werde, seine Bedeutung insgesamt abnehme, weil sich der Staat in einigen Ländern aus bestimmten Funktionen wie z.B. den sogenannten Sozialversicherungen immer weiter zurückzieht, muß zurückgewiesen werden. Der Abbau des sogenannten „Sozialstaats", die Übertragung dieser bisherigen Funktionen des Staats in private und wirtschaftliche Funktionen sind nur ein Beispiel der verschärften Ausbeutung auch im imperialistischen Deutschland. Daneben steht der Abbau und die Aushöhlung vieler demokratischer Rechte wie des Demonstrationsrechts oder des Asylrechts. Der Abbau

Widerstand gegen den „G-8"-Gipfel in Genua trotz brutalen Polizeiterrors!

Genua war während des „G-8"-Gipfels eine von 20.000 Polizisten, paramilitiärischen Carabinieris und Soldaten, hochgerüstet bis hin zu Raktetenwerfern, besetzte Stadt, in der der Ausnahmezustand herrschte. Trotz dieses Polizeiterrors mit Absperrungen, massiven Kontrollen und Verhaftungen auch schon im Vorfeld des „G-8"-Gipfels, entwickelte sich Widerstand.

Am 19. Juli 2001 wurde eine antirassistische Demonstration gegen den Abschiebeterror in den imperialistischen Ländern mit ca. 50.000 Teilnehmerinnen und Teilnehmern durchgeführt.

Am Freitag, den 20. Juli 2001, kommt es trotz brutalstem Polizeiterror überall in der Stadt zu Demonstrationen mit insgesamt über 100.000 Teilnehmerinnen und Teilnehmern. Immer wieder wurden militante Angriffe auf die „Rote Zone", den Sperrgürtel zum Schutz des Gipfels, auf die Polizei und auch auf Banken durchgeführt. Genosse Carlo Giuliani wurde am 20. Juli 2001 von der Polizei während dieser Kämpfe ermordet.

Am Samstag, den 21. Juli 2001, wurde eine Großdemonstration trotz massiver Polizeiangriffe mit Tränengas, Knüppelüberfällen und Panzerwagen mit mehreren Hundertausend Teilnehmerinnen und Teilnehmern durchgeführt. Auch an diesem Tag gab es wieder starke militante Kämpfe gegen die Polizei.

In der Nacht zum Sonntag überfielen Spezialeinheiten der italienischen Polizei eine Schule, in der Gegnerinnen und Gegner des „G-8"-Gipfels übernachteten. Es wurden 92 Verhaftungen durchgeführt. Alle Verhafteten wurden brutal verprügelt, viele so brutal, daß sie nur noch auf Tragbahren ins Gefägnis gebracht werden konnten. Im Gefängnis wurde der Polizeiterror gezielt fortgesetzt: bis zu 19 Stunden Stehen mit ausgestreckten Armen, Prügel, Androhung von Vergewaltigung, Beleidigungen, Schläge. Durch den brutalen Polizeiterror während des „G-8"-Gipfels wurde Genosse Carlos ermordet und über 500 Demonstrantinnen und Demonstranten zum Teil schwer, zum Teil auch lebensgefährlich verletzt, indem sie z.B. Schädelbrüche erlitten oder den Brustkorb eingetreten bekamen.

Beilage: Roter Pressespiegel, Mai - Juli 2001

Das 4. antirassistische Grenzcamp am Frankfurter Flughafen im August 2001

Vom 27.7.2001 bis 4.8.2001 fand das 4. antirassistische Grenzcamp in Frankfurt am Main statt. In den Jahren zuvor waren es Orte in der Nähe der deutschen Ostgrenze (Rothenburg, Zittau, Forst) in denen einige hundert Leute gegen das mörderische Grenzregime des deutschen Staates protestierten.

Aus der Überlegung, dass der größte deutsche Abschiebeflughafen in Frankfurt eine Außengrenze innerhalb Deutschlands darstellt, die für Flüchtlinge schier unüberwindlich geworden ist, war dieses Jahr Frankfurt der Ort des Protestes von ca. 1500 Gegnern und Gegnerinnen des mörderischen Abschiebeterrors des deutschen Staats.

Mit vielfältigen und phantasievollen Aktionen in und um Frankfurt gelang es den Teilnehmern und Teilnehmerinnen während dieser Woche, über die Konsequenzen der Umsetzung des Schengener Abkommens und die Durchführung der Abschiebungen aufzuklären und eine relativ große Öffentlichkeit zu erreichen. Allein die Ankündigung von Kundgebungen innerhalb des Flughafengeländes führte zur völligen Abriegelung der Terminals durch die Sicherheitskräfte, so dass der Flugverkehr empfindlich gestört wurde. So prangerte die symbolische Errichtung einer Mauer vor dem Ausländeramt am 2.8.2001 den staatlichen Rassismus durch Behörden und Gesetze an.

Neben den zahlreichen Aktionen gegen die mörderische Abschiebepraxis des deutschen Staates und den staatlichen Rassismus war vor allem auch die Verbindung dieser Kämpf mit anderen Kämpfen ein wesentlicher Bestandteil des Grenzcamps. Die Protestaktion in der Frankfurter Börse gegen das skandalöse Verhalten deutscher Konzerne bei den Auszahlungen an die NS-Zwangsarbeiterinnen und -Zwangsarbeiter ist dafür nur ein Beispiel. Weiter gab es Anti-Nazi-Aktionen am 2.8.2001 in Wölfersheim, einer NPD-Hochburg in der Nähe Frankfurts.

Wir unterstützen auch die Positionen von Teilnehmerinnen und Teilnehmern des Grenzcamps zum militanten Widerstand in Genua: ***„Es darf nicht in Vergessenheit geraten, wo die Gewalt beginnt. Wir leben in einer Welt, deren herrschenden Ordnung mit allen Mitteln der Gewalt aufrecht erhalten wird.(...) Täglich sterben Menschen... und es herrscht Schweigen. Ein Aufschrei hingegen, wenn im reichen Westen ein paar Scheiben zu Bruch gehen und einige Autos abbrennen"*** (aus dem Redebeitrag zur Demonstration am 28.7.2001)

Die Gruppen um „The VOICE Africa Forum", ein Zusammenschluß von Flüchtlingen aus afrikanischen Staaten, nahmen im Rahmen ihrer Kampagne gegen das „Residenzpflichtgesetz" auch am Grenzcamp teil. Mit der Kampagne gegen dieses Gesetz, das Flüchtlingen verbietet, sich außerhalb eines ihnen als Wohnort zugewiesenen Gebiets zu bewegen, kämpfen sie gegen eine konkrete Auswirkung des staatlichen Rassismus. Daneben zeigen sie die rassistischen Strukturen des deutschen Staats auf und stellen seine repressive Asylpolitik in Zusammenhang mit der Kooperation des deutschen Staatsapparates mit faschistischen und reaktionären Regimes in den Herkunftsländern der Flüchtlinge. Das Ziel der Kampagne ist zum einen Aufklärung über diesen staatlichen Rassismus und zum anderen auch die Propagierung des Widerstands gegen einen vom Staat ausgehenden Rassismus. Die inhaltlichen Positionen dieser Gruppe, ihr Kampf gegen die Residenzpflicht und ihr offensives Brechen dieses rassistischen Sondergesetzes heben sich positiv von dem ansonsten üblichen pazifistischen und reformistischen Legalismus ab.

Unserer Meinung nach war das 4. Antirassistische Grenzcamp insgesamt gerade auch wegen den Möglichkeiten einer offenen und öffentlichen Diskussion und wegen der taktischen Durchführung der Aktionen ein Erfolg und ein ermutigendes Beispiel für den Kampf gegen den Abschiebeterror des deutschen Staats.

---

demokratischer Rechte und die Verschärfung der Ausbeutung zeigen dabei eines: bestimmte Funktionen des Staatsapparats treten gegenüber seiner Unterdrükker- und Ausbeuterfunktion zurück. Die wesentliche Funktion des Staatsapparats der imperialistischen Bourgeoisie auch und gerade im imperialistischen Deutschland wird deutlicher sichtbar: seine Funktion als Unterdrückungsinstrument in den Händen der herrschenden Klasse. In dieser Hinsicht bedeutet die immer deutlicher und offensichtlicher werdende Unterordnung der Staatsapparate unter die kapitalistischen Monopole – vor allem auch der Polizei – im Prozeß der Faschisierung in Wirklichkeit ***keine Schwächung*** der Rolle des Staats, sondern eine ***Verstärkung*** seiner Unterdrücker- und Ausbeuterfunktionen. Genua ist dafür ein „schlagendes" Beispiel.

Das demonstrativ einheitliche Vorgehen der imperialistischen Großmächte wie z.B. bei der gemeinsamen Verurteilung und Hetze gegen die militanten Demonstrantinnen und Demonstranten in Genua ist in der Tat auf eine verstärkte Zusammenarbeit zur verschärften Ausbeutung und Unterdrückung gerichtet. Die lediglich scheinbar oder an bestimmten Punkten auch wirklich immer enger werdenden wirtschaftlichen und militärischen Bündnisse und Beziehungen der imperialistischen Großmächte untereinander können dennoch nicht über die unter ihnen herrschende zwischenimperialistische Rivalität bei der Aufteilung der Welt, der Schürung lokaler Kriege hinwegtäuschen. Diese sind vor allem Vorboten großer zwischenimperialistischer Kriege und dienen ihrer Vorbereitung.

Bei der Entlarvung und dem Kampf gegen die Vorbereitung neuer großer zwischenimperialistischer Kriege muss vor allem die Vorstellung der Möglichkeit und die damit verbundene ***Ideologie eines angeblichen „Ultraimperialismus ohne Widersprüche und Kriege" unter dem Schlagwort „Globalisierung"*** angeprangert und konkret sowie prinzipiell bekämpft werden. In diesem Kampf gilt es deutlich zu machen, dass alle neuen Erscheinungsformen des Weltimperialismus, seit seiner Entstehung vor 100 Jahren nicht nur nichts an der grundlegenden Analyse des Imperialismus durch Lenin ändern, sondern darüber hinaus auch nur zu verstehen und einzuordnen, zu analysieren und zu bekämpfen sind, wenn von Lenins Charakterisierung des Imperialismus ausgegangen wird. Eine grundlegende Schlussfolgerung der Analyse des Imperialismus durch Lenin ist die Unvermeidlichkeit imperialistischer Kriege zwischen imperialistischen Ländern aufgrund der Ungleichmäßigkeit der Entwicklung der imperialistischen Länder.

III.

Unsere besondere Aufmerksamkeit richtet sich dabei auf ***den „eigenen", den deutschen Imperialismus,*** der zunehmend den US-Imperialismus, den englischen und den französischen Imperialismus herausfordert, seine gerade auch militärische Rolle vergrößert – innerhalb Europas und in allen Regionen der Welt. Das Gewicht des deutschen Imperialismus ist in den letzten Jahren, besonders seit der Einverleibung der DDR auf ökonomischem, politischem und militärischem Gebiet stark gewachsen. Die Armee des deutschen Imperialismus tritt heute als Besatzungsmacht in einigen Staaten des ehemaligen Jugoslawien auf und hat in Konkurrenz zu den anderen imperialistischen Großmächten eigene, protektoratähnliche „Verwaltungsgebiete" in Kosova und Bosnien abgesteckt und beginnt damit nun auch in Mazedonien.

Der deutsche Imperialismus ist eine besonders aggressive imperialistische Großmacht, ein internationaler Ausbeuter und Unterdrücker der Völker der Welt, ein eigenständiger Kriegsherd, der lokale Raubkriege und einen Weltkrieg vorbereitet im Kampf um die Neuaufteilung der imperialistischen Einflußsphären, im Kampf um die Weltherrschaft gegen die anderen imperialistischen Großmächte.

Nach Innen treibt der deutsche Imperialismus die Faschisierung des Staatsapparats ständig voran. Im Stil präventiver Konterrevolution baut er immer mehr demokratische Rechte ab und verstärkt die Repression und Kriminalisierung demokratischer und revolutionärer Gruppen und Strukturen, auch wenn diese erst im Aufbau begriffen und von einer starken Massenbewegung noch weit entfernt sind. Die verstärkten Grenzkontrollen, die Ausreiseverbote, das Anlegen spezieller Erfassungsdateien und die verstärkte Anwendung polizeilicher Meldeverpflichtungen im Vorfeld zu den Kämpfen in Genua stellen in dieser Hinsicht nur einen weiteren Schritt der verstärkten Faschisierung des deutschen Staatsapparats in der Tradition des deutschen Imperialismus dar.

☆☆☆

Es ist eine zentrale Aufgabe der kommunistischen Kräfte aller Länder, im Kampf gegen die Machenschaften der imperialistischen Großmächte und der gesamten Weltreaktion die Thesen des wissenschaftlichen Kommunismus über den Imperialismus als Vorabend der proletarischen Revolution zu propagieren. Im ideologischen Kampf gegen Abwiegler, Pazifisten, revisionistische und trotzkistische Kapitulanten und Demagogen müssen die kommunistischen Kräfte die revolutionäre Linie im Kampf gegen den Imperialismus propagieren, und dabei die Entlarvung reaktionärer Kapitulanten und Demagogen in richtiger Weise mit der helfenden und solidarischen Kritik ehrlicher, demokratisch und revolutionär orientierter Kräfte verbinden.

GEGEN DIE STRÖMUNG, 8. September 2001

Truppen des deutschen Imperialismus –

Raus aus Mazedonien! ★

Buchladen Georgi Dimitroff, Speyerer Str. 23, 60327 Frankfurt am Main

Streuzettel zu bestellen bei:
Buchladen Georgi Dimitroff, Speyerer Str. 23, 60327 Frankfurt am Main

BUCHLADEN
Georgi Dimitroff
Speyerer Str. 23, 60327 Frankfurt/M.
Fax 069/730920

ÖFFNUNGSZEITEN:
Freitag 16.30 – 19.30 Uhr
Samstag 10.00 – 13.00 Uhr

Vertrieb für Internationale Literatur
Brunhildstr. 5, 10829 Berlin

GEÖFFNET:
Samstag 11.00 – 14.00 Uhr

Drucker, Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: A. Odenthal, Vertrieb für Internationale Literatur, Brunhildstr. 5, 10829 Berlin

Angesichts der amerikanisch-britischen Bombardierungen Afghanistans:

Gegen den dümmlichen „Anti-Amerikanismus" der Opportunisten!

Die führenden Kräfte innerhalb der Protestbewegung gegen die imperialistische Aggression in Afghanistan vertreten im Grunde die Interessen des deutschen Imperialismus gegen den US-Imperialismus. Sie verbreiten schmierig-illusionäre Phrasen „gegen Gewalt an sich" und „schlaue Vorschläge" für ein effektiveres imperialistisches Vorgehen.

Dagegen stellen wir klar:

I.
Die imperialistische Aggression gegen Afghanistan bekämpfen, den deutschen Imperialismus entlarven und bekämpfen!

1) Die unter dem Vorwand der Anschläge in New York und Washington unternommenen Angriffe der amerikanischen und englischen Militärmaschinerie gegen das Land Afghanistan sind Kriegsverbrechen und durch nichts zu rechtfertigen.

2) Diese Militäraggression ist vor allem ein Krieg der US-amerikanischen und britischen Imperialisten, wird geführt zur Sicherung und Ausweitung von deren politischen, ökonomischen und strategischen Interessen. Konkret ist der US-Imperialismus, aber auch der englische Imperialismus militärisch auf dem Vormarsch, vor allem auch durch Truppenstationierungen in Turkmenistan, Usbekistan und Tadschikistan, ehemaligen Staaten der Sowjetunion rund um Afghanistan. Auch die anderen imperialistischen Mächte vertreten dort ihre ureigensten Interessen des Profits und der Macht, so z.B. ihr Interesse an den riesigen Rohstoffreserven in der Region um Afghanistan. Zugleich stellt diese groß und langfristig angelegte Militäraktion indirekt auch eine ***gewaltige Drohung gegen alle revolutionären Kräfte auf der Welt dar.***

Die ***unverhüllte Machtdemonstration*** und ***Expansion*** des amerikanischen Imperialismus in Mittel- und Westasien, einem der strategisch wichtigsten Gebiete in der Rivalität ***aller*** imperialistischen Großmächte, zeigt in krasser Weise, wie über eine Reihe von begrenzten militärischen Provokationen und lokalen Kriegen schrittweise die ***Gefahr eines neuen Weltkriegs wächst.***

3) Der deutsche Imperialismus, der seine eigenen Interessen in den Vordergrund stellt, ist ***an diesem barbarischen Krieg gegen Afghanistan beteiligt.*** Häfen, Flughäfen und Bahnstrecken wurden für die amerikanischen Truppen bereitgestellt. Die US-Armee hat unbeschränkte Überflugrechte und benützt den US-Stützpunkt in Rammstein für Terrorangriffe gegen Afghanistan. Die Bundeswehr selbst ist direkt durch ihre AWACS-Flugzeuge beteiligt. Politiker des deutschen Monopolkapitals haben ihre Entschlossenheit zur weiteren und verstärkten Beteiligung an dieser Militäraggression angekündigt. Die Sachwalter des deutschen Monopolkapitals drängen direkt auf den Kriegseinsatz der Bundeswehr und verkünden lauthals, nunmehr dürfe es "keine Tauschgeschäfte nach dem Motto Scheckbuch gegen Soldaten geben", da dies der "neuen Rolle Deutschlands" nicht mehr entspreche.

Der besondere Eifer, mit dem die Sachwalter des deutschen Imperialismus ihre Kriegsvorbereitungen durchführen, zeigt die ***zunehmende Aggressivität*** des deutschen Imperialismus. Vor allem mit dem imperialistischen Angriffskrieg gegen Jugoslawien im Jahr 1999 hat er vor aller Welt demonstriert, daß er längst als ***eigenständiger Kriegsherd***, als ***imperialistische Großmacht mit besonderer Aggressivität*** wiedererstanden und dazu in der Lage ist, seine Ansprüche auch mit Waffengewalt zu behaupten. Nunmehr hat die Bundeswehr in Mazedonien – erstmals - das militärische Oberkommando über Nato-Truppen übernommen.

Mit Hilfe der Salami-Taktik, der schrittweisen Realisierung und Verschärfung von Kriegsprojekten und einer geschickten Verschleierungstaktik eskalieren die deutschen Imperialisten ihre Kriegspolitik, und dies mit weltweiten imperialistischen Ansprüchen und Zielen.

4) Ideologisch verfolgen die deutschen Imperialisten dabei eine Doppeltaktik: Heute betonen sie in erster Linie die Allianz, die Waffenbrüderschaft und Zusammenarbeit mit den übrigen imperialistischen Großmächten, vor allem mit dem US-Imperialismus. Aber auf der Grundlage der eigenständigen Interessen des deutschen Imperialismus wird bereits das sich verschärfende Moment der Rivalität sichtbar. So signalisieren Politiker des deutschen Imperialismus auch eine gewisse Distanz gegenüber der jetzigen Kriegseskalation der US-Imperialisten. In absehbarer Zeit ist aus den deutsch-imperialistischen Interessen heraus eine zunehmende Distanzierung und Rivalität innerhalb der NATO mit dem US-Imperialismus vorprogrammiert. Dahinter stecken keine moralischen Skrupel, sondern es geht um die Schürung des deutschen Nationalismus für weitere Kriegsverbrechen deutscher Soldaten auch ohne oder sogar gegen den US-Imperialismus, geht es doch darum, welcher dieser imperialistischen Räuber sich den größten Brocken unter den Nagel reißen kann.

5) Im Kampf um seine Einflußsphären, im Kampf zur Neuaufteilung der Welt unter den imperialistischen Großmächten geht der deutsche Imperialismus auch in anderer Hinsicht mit seiner "bewährten" Doppeltaktik vor: Einerseits forciert er seine "friedlichen" Machenschaften, intensiviert seine geheime und offene Diplomatie in Westasien, insbesondere aber auch gegenüber Rußland, verstärkt seine guten Beziehungen zu allen Ländern – zu den Regierungen wie zu den Oppositionsbewegungen, treibt die Abhängigkeit verschiedener reaktionärer Regimes finanziell und gerade auch durch Rüstungsexporte voran, um sich alle Optionen der Ausdehnung seines Einflusses und seiner Macht offenzuhalten. So machen die deutschen Imperialismus bereits international Reklame für ihren Plan für den "wirtschaftlichen Aufbau in der Nach-Taliban-Ära", wobei sie – offenbar gegen den US-Imperialismus gerichtet – die UNO als Deckmäntelchen für ihre Machenschaften ins Spiel bringen.

Auf der anderen Seite rüstet der deutsche Imperialismus fieberhaft seine Bundeswehr auf, hält er eine der stärksten und modernst ausgerüsteten Armeen bereit, um überall auf der Welt sofort militärisch präsent sein und "eingreifen" zu können. Die geplante Stationierung von Einheiten der deutschen Kriegsmarine im östlichen Mittelmeer ist nicht nur Drohgebärde und Demonstration von Macht, sondern ermöglicht dem deutschen Imperialismus, jederzeit direkt militärisch eingreifen zu können. Kern der Lügenpropaganda ist dabei, daß es angeblich darum ginge, "aus humanitären Gründen" militärisch einzugreifen. Die Verlogenheit dieser Propaganda zeigt sich schon daran, daß seit Jahren die Asylanträge von Flüchtlingen aus Afghanistan praktisch durchwegs abgelehnt werden.

Diese "Doppeltaktik" bedeutet für die deutschen Imperialisten, sozusagen in den Startlöchern stehend, für alle Fälle gewappnet zu sein, um allemal, sowohl durch den Einsatz von Bundeswehr-Truppen, als auch durch bereitgestelltes Kapital ihren Einfluß als imperialistische Großmacht zu stärken. Die Ausdehnung der Macht des deutschen Imperialismus richtet sich nicht dabei nur gegen die von ihm bedrohten, ausgebeuteten und unterdrückten Völker, sondern auch mehr und mehr gegen die anderen imperialistischen Großmächte, mit denen der deutsche Imperialismus um die Vorherrschaft in der Welt ringt.

6) Der gesteigerten Aggressivität nach außen entspricht, daß ***die Militarisierung und Faschisierung nach innen*** eine weitere Stufe erreicht hat. Die Politiker des deutschen Imperialismus überschlagen sich geradezu darin, immer mehr demokratische Rechte abzubauen und die Repression und Kriminalisierung demokratischer und revolutionärer Gruppen und Strukturen zu verstärken. Reaktionärer und konterrevolutionärer Kernpunkt ist dabei der Plan, die Bundeswehr – mit oder ohne Grundgesetzänderung – "regulär" nach innen einzusetzen, was durch die sogenannten "Notstandsgesetze" schon längst für den "Krisenfall" vorgesehen ist, etwa um Streikbewegungen von Arbeiterinnen und Arbeiter mit Militärgewalt niederzuschlagen. Dies alles geht einher mit verschärften Unterdrückungsmaßnahmen und enorm verstärkter rassistisch-chauvinistischer Hetze, aktuell besonders gegen Menschen aus arabischen und asiatischen Ländern.

Gegen den US-Imperialismus, aber niemals für den deutschen Imperialismus!
Der Hauptfeind steht im eigenen Land!

II.
Solidarität mit wirklich fortschrittlichen und revolutionären Kräften in den Ländern in Mittel- und Westasien! Keine Solidarität mit den Taliban und ähnlichen reaktionären Kräften!

7) Das Regime der Taliban in Afghanistan ist ganz gewiß keine fortschrittliche, antiimperialistische, es ist eine reaktionäre, vom System des Imperialismus abhängige Macht. Es ist letztlich mit dem imperialistischen System auf Gedeih und Verderb verbunden. Vor allem die amerikanischen, aber auch die deutschen und anderen Imperialisten unterstützten lange Jahre die Taliban und ähnliche Kräfte in Afghanistan gegen den sozialimperialistischen Konkurrenten Sowjetunion, der von 1979 bis 1991 Afghanistan direkt militärisch besetzt hielt, um diesen Einflußbereich gegen die US-Imperialisten und anderen imperialistischen Großmächte zu halten.

Die Taliban wie die ebenso reaktionären Kräfte der "Nordallianz" wurden mit Abermilliarden von Dollars direkt vom CIA und anderen Geheimdiensten finanziert und mit modernsten Waffen ausgerüstet. Bezeichnend ist, daß die wirklich fortschrittlichen, vor allem die am wissenschaftlichen Kommunismus orientierten Kräfte Afghanistans schon damals nicht nur von den sozialimperialistischen Machthabern verfolgt und ermordet wurden, sondern ebenso von den reaktionären Banden, die im Sold der westlichen Imperialisten standen.

In Zentral- und Westasien, aber auch einigen Ländern Afrikas diente und dient das Hochpeitschen von reaktionären, sich nationalistisch oder religiös bemäntelnden Bewegungen, die oft in enger Verbindung zu den reaktionären, vom Imperialismus abhängigen Regimes im Irak, im Iran, in Syrien oder Saudi-Arabien stehen, dazu, den Einfluß fortschrittlicher und revolutionärer Kräfte und Organisationen zu untergraben oder sie zu zerschlagen. Angesichts der neuen weltpolitischen Entwicklung, gekennzeichnet vor allem durch den Vormarsch des deutschen Imperialismus in Osteuropa und den Rückzug der russischen Sozialimperialisten, gelang es den Taliban, sich auf internationalem Gebiet einen gewissen Handlungsspielraum zu verschaffen. Die Taliban haben nunmehr ebenso wie zuvor Saddam Hussein oder Khomeini den "Kampf gegen die USA" auf ihre Fahnen geschrieben. Mit dieser Herausforderung der US-Imperialisten forcieren sie gleichzeitig auch deren Widersprüche zu den anderen imperialistischen Großmächten. Gerade auch die Rivalität des deutschen Imperialismus stellt einen nicht zu unterschätzenden Faktor dar und erklärt die Distanz des deutschen Imperialismus gegenüber dem Vormarsch der US-Imperialisten in Zentral- und Westasien.

8) Anhaltende Aggression und militärische Operationen der US-amerikanischen und anderen imperialistischen Mächte in Zentral- und Westasien werden dazu führen, daß sich eine gerechte antiimperialistische Bewegung der Volksmassen in den verschiedensten Ländern formieren wird – selbständig und gegen die verschiedenen reaktionären Regimes und Kräfte. Doch Möglichkeit und Wirklichkeit dürfen nicht miteinander verwechselt werden! Zur Zeit ist der Widerstand gegen die USA noch geprägt durch die Führung gerade dieser reaktionären Regimes und Bewegungen.

III.
Nicht auf bürgerliche Politiker oder pazifistisches Gerede vertrauen – Kampf gegen die Bundeswehr, in den Betrieben, auf der Straße und in den Kasernen!

9) Der unmittelbar den Arbeiterinnen und Arbeitern sowie der Masse der anderen Werktätigen in Deutschland gegenüberstehende Feind, der deutsche Imperialismus, ist in Fragen der Vorbereitung und Durchführung von Raubkriegen sehr erfahren. Er versteht es von je her auch geschickt, von sich auf seine Rivalen abzulenken. So wird in Massenmedien des deutschen Imperialismus, von den einen mehr subtil, von anderen aber auch schon ziemlich unverblümt gegen die USA polemisiert, daß es bei "deren Krieg" schließlich nicht um "unsere deutschen Interessen" gehe, daß das "nicht unser Krieg" sei usw.

Hier deutet sich schon an, was - vielleicht früher als manche ahnen - künftig ganz massiv als eine Grundlinie des deutschen Imperialismus hervortreten wird: Zunehmende "Einstimmung" auf die direkte, auch militärische Konfrontation mit dem US-Imperialismus. Die deutschen Nazis, die sich heute bereits mit ihrem deutschnationalistischen und antisemitischen Antiamerikanismus überschlagen, nehmen dies in gewisser Weise nur voraus.

Daher kann auch nicht nachdrücklich genug jene pseudolinke Variante der Ablehnung der Bombardierung Afghanistans bekämpft werden, die im Grunde im Sinne der weiteren eigenständigen Interessen des deutschen Imperialismus Ratschläge gibt, wie auch in und nach diesem gemeinsamen Krieg mit den USA die Rivalität mit dem US-Imperialismus vorangetrieben werden kann.

Um hier ideologisch und politisch nicht ins Schlepptau der deutschen Imperialisten zu geraten, ist von größter Aktualität und Bedeutung das von Karl Liebknecht formulierte Prinzip ***Der Hauptfeind steht im eigenen Land!*** Das bedeutet auch, daß bei der gerechten Brandmarkung der Verbrechen anderer Imperialisten nicht vergessen werden darf, daß hier in Deutschland ***vorrangig*** der deutsche Imperialismus angegriffen und entlarvt werden muß als Ausbeuter und Unterdrücker der Völker der Welt, als eigener Kriegsherd, als imperialistische Großmacht mit all ihren Verbrechen im Innern wie nach außen.

10) Beim Kampf gegen den imperialistischen Krieg gibt es niemanden unter den bürgerlichen Politikern, dem man trauen, auf den man sich stützen könnte. Sie alle dienen – auf die eine oder andere Art – den Interessen des deutschen Imperialismus. Die Politiker der PDS, die sich jetzt lauthals als "Antikriegspartei" zu Wort melden, haben die Aufgabe, den deutschen Imperialismus als "friedlich" zu verkaufen, die empörten, fortschrittlichen Kräfte an das kapitalistisch-imperialistische System zu binden, die Protestbewegung in gewünschte Bahnen zu lenken, z.B. ***die Empörung gegen die US-Aggression dem deutschen Imperialismus in seiner zwischenimperialistischen Konkurrenz zu den USA nutzbar zu machen.*** So spricht sich die PDS-Vorsitzende Zimmer für "polizeiliche und geheimdienstliche Mittel" sowie "Militäreinsätze unter UN-Kontrolle" aus.

Auch hilft im Kampf gegen den imperialistischen Krieg kein pazifistisches Gesäusel, kein Geschwätz von Gewaltlosigkeit usw. So sehr wir die ersten spontanen Protestaktionen, so sehr wir individuelle Kriegsdienstverweigerungen und Desertationen als ersten Schritt begrüßen, so notwendig halten wir die Diskussion über weitergehende und wirksamere Aktionsformen, über militanten antimilitaristischen Kampf, vor allem gut organisiert gegen die Bundeswehr, in den Betrieben, auf der Straße und in den Kasernen. Der Kampf hier in Deutschland muß vor allem gegen den eigenen Imperialismus und seine Organe im Sinne Rosa Luxemburgs und Karl Liebknechts geführt werden!

Tod dem deutschen Imperialismus, Militarismus und Revanchismus!

Gegen die Strömung, 11.10.2001

Was uns Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht für heute zu sagen haben

"Internationaler proletarischer Klassenkampf gegen internationale imperialistische Völkerzerfleischung heißt das sozialistische Gebot der Stunde...

Proletarier aller Länder, ...vereinigt euch zum internationalen Klassenkampf gegen die Verschwörungen der Geheimdiplomatie, gegen den Imperialismus, gegen den Krieg, für einen Frieden im sozialistischen Geist.

Der Hauptfeind steht im eigenen Land!"
(Aus dem Flugblatt Karl Liebknechts "Der Hauptfeind steht im eigenen Land" vom Mai 1915)

"Um Frieden kämpfen heißt, alle Machtmittel der Arbeiterklasse rücksichtslos gebrauchen, um im Lande wie draußen im Felde die Fortführung des Völkermordes unmöglich zu machen, heißt, wie Liebknecht vor keinem Opfer und keiner Gefahr zurückzuschrecken, um den Burgfrieden zu sprengen und der Säbeldiktatur in den Arm zu fallen."
(Aus dem Artikel Rosa Luxemburgs "Liebknecht", in: "Spartacus", Nr.1, 20. September 1916)

"Die imperialistische Kapitalistenklasse überbietet als letzter Sproß der Ausbeuterklasse die Brutalität, den unverhüllten Zynismus, die Niedertracht aller ihrer Vorgänger. Sie wird ihr Allerheiligstes, ihren Profit und ihr Vorrecht der Ausbeutung, mit Zähnen und mit Nägeln, mit jenen Methoden der kalten Bosheit verteidigen, die sie in der ganzen Geschichte der Kolonialpolitik und in dem letzten Weltkriege an den Tag gelegt hat. ... sie wird lieber das Land in einen rauchenden Trümmerhaufen verwandeln als freiwillig die Lohnsklaverei preisgeben.

All dieser Widerstand muß Schritt um Schritt mit eiserner Faust und rücksichtsloser Energie gebrochen werden. Der Gewalt der bürgerlichen Gegenrevolution muß die revolutionäre Gewalt des Proletariats entgegengestellt werden...

Der Kampf um den Sozialismus ist der gewaltigste Bürgerkrieg, den die Weltgeschichte gesehen, und die proletarische Revolution muß sich für diesen Bürgerkrieg das nötige Rüstzeug bereiten, sie muß lernen, es zu gebrauchen – zu Kämpfen und Siegen."
(Das von Rosa Luxemburg entworfene "Programm der KPD" von 1919)

Drucker, Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: A. Odenthal, Vertrieb für Internationale Literatur, Brunhildstr. 5, 10829 Berlin

Den folgenden Kritikpunkten wurde zugestimmt. Insbesondere der Begriff „Sozialimperialismus" trifft natürlich für die 90er Jahre nicht mehr zu, sondern es muß „russischer Imperialismus" heißen.

Kurze kritische Bemerkungen zur Erklärung vom 11.10.2001 „Gegen den dümmlichen ‚Anti-Amerikanismus' der Opportunisten!" sowie zur Zeitung 10-11/01 „Kampf gegen die Kriegspolitik des deutschen Imperialismus!"

1) Ich denke an zwei Stellen werden durch zu kurze Argumentation, Möglichkeiten vergeben, den deutschen Imperialismus anzugreifen:

a) In der Erklärung (unter Punkt 3) sowie der Zeitung (auf S.2, mittlere Spalte unter Punkt „3. Beteiligung des deutschen Imperialismus") werden AWACS-Flugzeuge (wer weiß schon was das ist ?) nur als „beteiligt" geschildert. Der Punkt ist aber, was bedeutet das konkret? Wenn das eine Grundlage für Bombardierungen ist, oder wenn das zur Erkundung für deutsche Truppen dient, kann das ja auch so konkret geschrieben werden.

Im Gegensatz dazu wird die Bereitstellung von „Häfen, Flughäfen, Bahnstrecken" (wenn dem überhaupt so ist ??) für „amerikanische Truppen" sowie die Überflugrechte in den Vordergrund gestellt (an erster Stelle und mehr Zeilen). Hier hätte die Gewichtung eher umgekehrt sein sollen.

Mein Vorschlag für eine bessere Formulierung:

„Der deutsche Imperialismus, der seine eigenen Interessen in der Vordergrund stellt, ist (von Anfang an) an diesem barbarischen Krieg beteiligt. Deutsche AWACS-Aufklärungsflugzeuge sammeln Informationen über die Situation am Boden und bereiten damit ein direktes militärisches Eingreifen vor. Daneben unterstützt der deutsche Imperialismus die US-Armee durch Bereitstellung von Logistik, wie unbeschränkte Überflugrechte, zu Verfügung stellen von Häfen, Flughäfen und Bahnstrecken."

b) In der Erklärung (unter Punkt 5) sowie der Zeitung (unter Punkt 7 auf S.6, mittlere Spalte) wird kurz erwähnt, daß *„seit Jahren die Asylanträge von Flüchtlingen aus Afghanistan praktisch durchweg abgelehnt werden"*. Hier wäre es besser gewesen das deutlicher herauszustellen, wenn möglich mit Zahlen, den Begründungen und vielleicht sogar mit dem Länderbericht des Auswärtigen Amtes, um so die mörderischen Abschiebungen durch den deutschen Imperialismus anzugreifen.

2) Mir ist nicht klar, warum in der Erklärung (unter Punkt 7) sowie der Zeitung (unter Punkt 11 auf S.8) der russische Imperialismus in den 90er Jahren „Sozialimperialismus" ist.

BUCHLADEN GEORGI DIMITROFF

... hier gibt es:

- Schriften von Marx, Engels, Lenin, Stalin und der Kommunistischen Internationale in verschiedenen Sprachen
- Proletarisch-revolutionäre und antifaschistische Romane
- Antifaschistische und antiimperialistische Literatur
- Materialien zum Kampf gegen Rassismus, Antisemitismus, Antiziagnismus, deutschen Chauvinismus und Nationalismus
- Materialien zur revolutionären Bewegungen in anderen Ländern
- Literatur und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung und zum deutschen Imperialismus
- die monatlichen Flugblätter von „Gegen die Strömung" zu Themen des revolutionären Kampfes und des wissenschaftlichen Kommunismus
- die vierteljährlich herausgegebenen „Bulletins - zur Information der revolutionären und marxistisch-leninistischen Kräfte aller Länder"; erscheint regelmäßig auf Türkisch, Französisch, Englisch, Spanisch, Italienisch und Niederländisch.
- „Rot Front", das Theoretische Organ von „Gegen die Strömung", Zeitschrift für den wissenschaftlichen Kommunismus
- weitere Publikationen von „Gegen die Strömung"
- Gelegenheit zu diskutieren

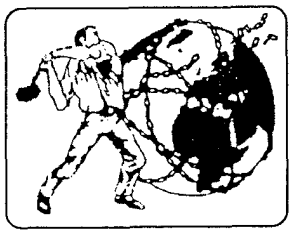
... und vieles mehr.!

Öffnungszeiten: Freitag 16.30 - 19.30 Uhr, Samstag 10 - 13 Uhr.

60327 Frankfurt/M., Speyererstr. 23 (Fax: 069 - 73 09 20)

PROLETARIER ALLER LÄNDER VEREINIGT EUCH!
PROLETARIER ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER VEREINIGT EUCH!

GEGEN DIE STRÖMUNG



Organ für den Aufbau der Revolutionären Kommunistischen Partei Deutschlands

10-11/01 Oktober-November 2001 1 DM

Angesichts der amerikanisch-britischen Bombardierungen Afghanistans und des Beschlusses des Deutschen Bundestags zum Kriegseinsatz der Bundeswehr in und um Afghanistan:

Kampf gegen die Kriegspolitik des deutschen Imperialismus!

Nach wochenlangem militaristischem Propagandagetrommel haben die deutschen Imperialisten nunmehr offiziell den internationalen Kriegseinsatz der Bundeswehr beschlossen und begonnen. Der deutsche Kriegsminister wird „ermächtigt", mit Tausenden deutscher Soldaten - weit über das „NATO-Gebiet" hinaus - in allen möglichen Teilen der Welt Krieg zu führen, von Teilen Asiens bis zur arabischen Halbinsel und Nord-Ost-Afrika sowie den angrenzenden Seegebieten. Das ist in der Tat ein seit 1945 beispielloser Akt, zugleich aber nur ein weiterer Schritt auf dem seit Jahrzehnten verfolgten Weg des deutschen Imperialismus, Militarismus und Revanchismus im nunmehr dritten Anlauf seine weltweiten imperialistischen Ziele durchzusetzen. Dabei ist unsere Position eindeutig: obwohl die imperialistische Aggression im Moment noch hauptsächlich vom US-Imperialismus und vom englischen Imperialismus durchgeführt wird gilt es, politisch und ideologisch als kommunistische Kraft in Deutschland vor allem den „eigenen", den deutschen Imperialismus zu bekämpfen.

Die letzten Wochen stehen dabei nicht nur im Zeichen der barbarischen militärischen Offensive gegen Afghanistan, sondern auch einer politischen und psychologischen Offensive, um Gegner und Zweifler des Krieges gegen Afghanistan zu isolieren, zu desorientieren, zu verwirren und in die Enge zu treiben.

In den letzten Wochen hat sich gezeigt, daß die führenden Kräfte innerhalb der Protestbewegung gegen die imperialistische Aggression gegen Afghanistan im Grunde die Interessen des deutschen Imperialismus gegen den US-Imperialismus vertreten. Sie verbreiten – so wie die PDS - schmierig-illusionäre Phrasen „gegen Gewalt an sich", machen „schlaue Vorschläge" für ein effektiveres imperialistisches Vorgehen und fordern gegen angebliche „Amerikahörigkeit" endlich einen eigenen „deutschen Weg" zu gehen. Andere Pseudo-Linke stellen sich hinter die Aggression gegen Afghanistan mit der alten kolonialistischen These vom angeblich fortschrittlichen Imperialismus. Gleichzeitig trumpfen die Nazis immer dreister auf und versuchen – wie bei der Antikriegsdemonstration am 13. Oktober 2001 in Berlin – mit ihrer antisemitisch-chauvinistischen Hetze Einfluß bis hinein in die Antikriegsbewegung zu bekommen.

Die antimilitaristischen, die revolutionären Kräfte werden so buchstäblich von allen Seiten „in die Zange genommen". Sie sollen mundtot gemacht und endgültig ausgeschaltet werden. Zugleich wird immer massiver gedroht, mit der verschärften Repressionswalze alle niederzumachen und auszuschalten, die es dennoch wagen, sich unversöhnlich und radikal der Kriegstreiberei und dem deutschen Imperialismus überhaupt entgegenzustellen.

Kampf um ideologische und politische Klarheit ist unerläßlich, um diesem Druck nicht früher oder später nachzugeben, um wirklich mit aller Kraft den Kampf gegen die imperialistische Kriegspolitik und Kriegstreiberei zu entfalten.

In der Diskussion über die Ereignisse am und nach dem 11. September geht aber so manches durcheinander: Leute, die gegen die imperialistische Aggression sind, also etwas richtiges wollen, argumentieren mit völlig falschen, unhaltbaren Argumenten, wie z.B. daß Krieg angeblich „immer alles nur noch schlechter macht", was offenbar durch den Krieg der Völker für die Zerschlagung des Nazifaschismus eindeutig widerlegt ist. Und Leute, die etwas ganz falsches wollen, benutzen dafür in sich schlüssig klingende, historisch abgewogene Argumente, deren Voraussetzungen aber ganz und gar nicht stimmen, wie z.B. die grünen Kriegshetzer, welche sich demagogisch auf den Krieg gegen die Nazis berufen, um ihr Eintreten

Einige Schlaglichter der weltweiten Verbrechen des US-Imperialismus seit 1945

Gerade der US-Imperialismus ist nach 1945 zu einem der größten Spezialisten geworden, wenn es darum geht, weltweit reaktionäre Staatsstreiche, Militärputsche oder reaktionäre Kriege imperialistischer Kompradoren gegen nationale Befreiungsbewegungen oder dem US-Imperialismus nicht genehme Regime zu inszenieren und zu unterstützen, um seine Einflußsphären zu sichern bzw. auszudehnen.

Immer wieder gelingt es, Militärputsche zu initiieren oder reaktionäre Regime durch andere, dem US-Imperialismus genehmere Regime zu ersetzen: So im **Iran** 1953, in **Guatemala** 1954, 1961 im **Kongo/Zaire**, 1964 in **Brasilien**, in **Indonesien** 1965, 1967 in **Griechenland**, in **Bolivien** 1967 oder auch 1973 in **Chile**, 1976 in **Argentinien**, 1980 **Honduras oder** in **Haiti** 1986.

Der Aufbau konterrevolutionärer, reaktionärer Kompradoren beginnt schon direkt nach 1945:

1945-1949 unterstützte der US-Imperialismus die konterrevolutionären Truppen Tschiang Kaitscheks gegen die KP Chinas und ihrer Roten Arme im Bürgerkrieg in **China** und leistet Waffenhilfe. Im Bürgerkrieg in **Griechenland 1945-1949** wurden ebenso die reaktionären Kräfte unterstützt; die gescheiterte Invasion **Kubas 1961** in der Schweinebucht durch vom CIA ausgerüstete kubanische Söldner ist ein weiteres Beispiel.

1981-1985 baut der US-Imperialismus in **Nicaragua** eine aus ehemaligen Soldaten und Offizieren des gestürzten Diktators Somoza bestehende Söldnerarmee auf, die die Regierung der Sandinisten stürzen soll. Im Bürgerkrieg in **El Salvador** von 1981 bis 1991 werden „Todesschwadrone" geschaffen, die auf der Seite des vom US-Imperialismus abhängigen Regimes kämpft.

Auch unter der lügnerischen Flagge der „Drogenbekämpfung" operieren die US-Imperialisten: In **Bolivien** kontrollieren unter dem Vorwand der „Bekämpfung des Koka-Anbaus" 1986 Einheiten der US-Armee weite Teile des Landes. In **Kolumbien** leistet der US-Imperialismus 2001 unter dem Deckmantel der Drogenbekämpfung dem reaktionären Regime Militärhilfe in Höhe von 1,3 Mrd.

Der US-Imperialismus hat aber vor allem auch seit 1945 immer wieder direkte imperialistische Kriege geführt, einerseits, um revolutionäre Kämpfe niederzumachen oder um ihm nicht mehr genehme Regime zu stürzen und vom US-Imperialismus abhängige reaktionäre Regime zu errichten.

Imperialistische Militärinterventionen und imperialistische Kriege

1945-1953: Mit Hilfe von Truppen des US-Imperialismus wird die Befreiungsbewegung der Huks auf den **Philippinen** zerschlagen.

1950: US-Kommandotruppen schlagen in **Puerto Rico** eine Rebellion für die nationale Unabhängigkeit des Landes nieder.

1950-1953: Im **Korea**-Krieg intervenieren US-Truppen zur Unterstützung des reaktionären Syngman-Rhee-Regimes aus Südkorea. Die US-Luftwaffe bombardiert in Nordkorea rund 12.000 Einrichtungen. In Nordkorea sterben 2 Mio. Menschen, in Südkorea 500.000.

➳

Beilage: Einige Fakten zur Geschichte Afghanistans

für die Aggression gegen Afghanistan zu rechtfertigen.

Es ist oft in einer Diskussion nicht möglich, hier sofort knapp und klar zu entgegnen. Wichtig ist, zunächst treffsicher und genau auch den methodischen Fehler festzustellen und die hinter faulen Argumentationen stehenden Grundprobleme aufzudecken. Dabei muß bewußt sein, daß überall sozusagen „Fallen" aufgestellt sind, in die wir hinein treten sollen, um uns dann der Unglaubwürdigkeit, der Uninformiertheit, möglicherweise der „Bösartigkeit", der „Dummheit" oder der „Ablenkung" überführen zu können. Vorgaben und Muster liefern die Opportunisten, die Kernphrasen ihrer falschen Weltanschauung in die gefühlsmäßige Ablehnung des Bombenterrors gegen Afghanistan einschleusen.

Im folgenden sollen Grundpositionen dargelegt und einige zentrale Demagogien und Fehlschlüsse analysiert werden.

I.
Die imperialistische Aggression gegen Afghanistan bekämpfen! Den deutschen Imperialismus als eigenständigen Kriegsherd entlarven und bekämpfen!

1. Mörderischer imperialistischer Krieg gegen Afghanistan

Die unter dem Vorwand der Anschläge in New York und Washington unternommenen Angriffe der amerikanischen und englischen Militärmaschinerie gegen Afghanistan sind Kriegsverbrechen und durch nichts zu rechtfertigen. Das zeigen schon die Tatsachen, daß die Zivilbevölkerung Afghanistans mit Splitter- und Streubomben bombardiert wird und daß auf Geheiß der USA für die Hunderttausenden von Menschen, die vor dem Kriegsterror flüchten, sämtliche Grenzen zu den Nachbarländern geschlossen worden sind, deren Tod durch Bomben, Hunger, Krankheiten und Seuchen bewußt einkalkuliert wird. Das zeigt ebenso auch schon die Tatsache, daß den örtlichen „Machthabern" der sogenannten „Nordallianz" der Weg freigebombt wurde, die schon bei ihrer ersten Einnahme Kabuls 1992 zirka 50.000 Zivilisten umbrachten und auf ihrem Vormarsch wiederum furchtbare Massaker durchführen (FR, 13.11.01).

2. Expansionismus und Machtdemonstration des US-Imperialismus

Die am 7. Oktober 2001 begonnene Militäraggression gegen Afghanistan ist vor allem ein Krieg der US-amerikanischen und britischen Imperialisten, wird geführt zur Sicherung und Ausweitung von deren politischen, ökonomischen und strategischen Interessen. Konkret ist der US-Imperialismus, aber auch der englische Imperialismus militärisch auf dem Vormarsch, vor allem auch durch Truppenstationierungen in ehemaligen Staaten der Sowjetunion rund um Afghanistan. US-Militärstützpunkte gibt es bereits in Usbekistan, auch in Turkmenistan und Tadschikistan sind US-amerikanische Truppenstationierungen geplant oder vielleicht schon erfolgt. Auch die anderen imperialistischen Mächte vertreten dort ihre ureigensten Interessen des Profits und der Macht, so z.B. ihr Interesse an den riesigen Rohstoffreserven in der Region um Afghanistan. Zugleich stellt diese groß und langfristig angelegte Militäraktion indirekt auch eine ***gewaltige Drohung gegen alle heutigen und vor allem gegen zukünftige mächtige revolutionäre Kräfte auf der Welt dar***.

Die unverhüllte ***Machtdemonstration*** und ***Expansion*** des US-Imperialismus in Mittel- und Westasien, einem der strategisch wichtigsten Gebiete in der Rivalität ***aller*** imperialistischen Großmächte, zeigt in krasser Weise, wie über eine Reihe von begrenzten militärischen Provokationen und lokalen Kriegen schrittweise die ***Gefahr eines neuen Weltkriegs wächst.***

3. Beteiligung des deutschen Imperialismus

Der deutsche Imperialismus, der seine eigenen Interessen in den Vordergrund stellt, ist von Anfang an ***an diesem barbarischen Krieg gegen Afghanistan beteiligt***. Zunächst wurden Häfen, Flughäfen und Bahnstrecken für die amerikanischen Truppen bereitgestellt. Die US-Armee hat unbeschränkte Überflugrechte erhalten und benützt den US-Stützpunkt in Ramstein für Terrorangriffe gegen Afghanistan. Die Bundeswehr selbst ist von Beginn an direkt durch ihre AWACS-Flugzeuge beteiligt.

4. Besondere Aggressivität des deutschen Imperialismus

Den Sachwaltern des deutschen Monopolkapitals ging und geht es von vorneherein aber um viel mehr. Immer wieder haben sie ihre Entschlossenheit zur weiteren und verstärkten Beteiligung an dieser Militäraggression angekündigt und auf den direkten Kriegseinsatz der Bundeswehr gedrängt. Lauthals verkündeten sie, nunmehr dürfe es „keine Tauschgeschäfte nach dem Motto Scheckbuch gegen Soldaten geben", da dies der „neuen Rolle Deutschlands" nicht mehr entspreche.

Der besondere Eifer, mit dem die Sachwalter des deutschen Imperialismus ihre Kriegsvorbereitungen durchführen und sich für einen direkten Kampfeinsatz in Afghanistan und in anderen Ländern stark machen, zeigt die ***zunehmende Aggressivität*** des deutschen Imperialismus.

Vor allem mit dem imperialistischen Angriffskrieg gegen Jugoslawien im Jahr 1999 hat er vor aller Welt demonstriert, daß er längst als ***eigenständiger Kriegsherd***, als ***imperialistische Großmacht mit besonderer Aggressivität*** wiedererstanden und dazu in der Lage ist, seine Ansprüche auch mit Waffengewalt zu behaupten. Nunmehr hat die Bundeswehr in Mazedonien –erstmals– das militärische Oberkommando über NATO-Truppen übernommen.

Fortsetzung von S. 1

1958: 14.000 US-Marines besetzten den Libanon.

1963-1975: Im seit dem Genfer Abkommen von 1954 geteilten **Vietnam** setzt der US-Imperialismus in Südvietnam 1963 eine Militärdiktatur ein. Nach der Inszenierung des „Zwischenfalls in der Tonkinbucht" 1964 bombardiert der US-Imperialismus ab 1965 Nordvietnam. Insgesamt setzt der US-Imperialismus 2.6 Mio. Soldaten von 1963-1975 in Vietnam ein. Die Bombardements übertreffen die Menge der eingesetzten Bomben und Raketen des 2. Weltkriegs um das Dreifache. Flächenbombardements mit Napalm und Chemiewaffen hinterlassen weite Gebiete von verbrannter oder verseuchter Erde. Es sterben nach bewaffneten Befreiungskämpfen gegen den US-Imperialismus und seine Lakaien nach Schätzungen ca. 3 Mio. Menschen.

1970-1975: Als es gegen das von den US-Imperialisten im März 1970 installierte Lon-Nol Regime zu einem bewaffneten Befreiungskampf kommt intervenieren US-Truppen zusammen mit Truppen des reaktionären Südvietnam in **Kambodscha** im Mai 1970, um das Lon-Nol Regime zu stützen und die nationale Befreiungsbewegung zu zerschlagen. Bis 1975 sterben nach Angaben der kambodschanischen Regierung von 1976 vor allem auch durch Flächenbombardements der US-Imperialisten über 800.000 Menschen, mehrere Hundertausend werden verletzt. Auch in Kambodscha wurde Napalm und Chemiewaffen eingesetzt, so daß große Teile des Landes zerstört und verseucht wurden. Auch **Laos** wurde vom US-Imperialismus überfallen, dort sterben vor allem auch durch die Bombardements des US-Imperialismus nach Schätzungen ca. 200.000.

1965: Rund 30.000 „Marines" des US-Imperialismus marschieren in die **Dominikanischen Republik** ein, um massenhafte Proteste niederzuschlagen.

1982-1984: Mit Unterstützung von US-Kriegsschiffen, -flugzeugen und Elitetruppen der „Marines" wird die PLO durch die reaktionäre israelische Armee aus dem **Libanon** vertrieben.

1983: US-Elitetruppen der „Marines" überfallen die Karibikinsel **Grenada**, um die bestehende Regierung zu stürzen. Rund 400 Einwohner Granadas werden bei den Kämpfen ermordet.

1986: US-Flugzeuge bombardieren **Libyen**, das die US-Regierung zum „Schurkenstaat" erklärt hat. Die Bombardierungen fordern mindestens 40 zivile Opfer.

1989-1990: Durch Bombenangriffe werden große Teile von **Panama**-City zerstört. Rund 27.000 US-Soldaten marschieren in Panama ein. 2.000 Menschen werden ermordet.

1991 ff.: Nach dem Einmarsch irakischer Truppen in Kuweit bombardiert eine imperialistische Allianz unter Führung des US-Imperialismus den **Irak** und besetzt weite Teile des Landes. Bei den ersten Angriffen kommen 200.000 Menschen ums Leben. Schätzungsweise 2 Mio. Menschen sterben in Folge weiterer Bombardierungen und des bis heute andauernden Embargos.

1992, 1994: Unter dem Deckmantel einer „UN-Mission" werden US-Truppen in **Somalia** stationiert, um im dortigen Bürgerkrieg eine dem US-Imperialismus genehme Seite zu unterstützen.

1993, 1995: In **Bosnien** bombardieren US-Flugzeuge im Rahmen von NATO-"Aktionen" serbische Stellungen.

1995: US-Kampfflugzeuge bombardieren serbische Flugplätze zur Unterstützung einer Offensive kroatischer Kräfte in **Kroatien.**

1998: Der US-Imperialismus greift eine pharmazeutische Fabrik im **Sudan** mit Raketen an, weil dort angeblich Nervengas hergestellt wird.

1999: Unter Führung des US-Imperialismus beginnt der NATO-Krieg gegen **Jugoslawien.** Die Bombardierungen dauern 78 Tage, eingesetzt wird u.a. Uranmunition und Splitterbomben.

Quellen: Niess, F., Der Koloß im Norden. Geschichte der Lateinamerikapolitik der USA, Köln 1984; Neuberger, G./Opperskalski, M., CIA in Mittelmerika, Bornheim-Merten 1983; Konkret 11/2001, Ein Jahr Demokratisches Kampuchea, Berlin 1976

Fakten zur Salami-Taktik des deutschen Imperialismus und zur Steigerung seiner Militär- und Kriegseinsätze nach 1945

Der deutsche Imperialismus hat seit 1945 auf seine Weise durch Geheimdienstaktionen, Inszenierung von Militärputschen und anderen imperialistischen Machenschaften versucht, ihm genehme reaktionäre Regime in möglichst vielen vom Imperialismus abhängigen Ländern zu errichten. Bekannte Beispiel sind die Türkei, wo der deutsche Imperialismus beim Militärputsch 1980 an vorderster Front mitwirkte, aber auch Indonesien, wo es seit Jahrzehnten beste „Kontakte" der deutschen Imperialisten gibt.

Doch auch der westdeutsche bzw. deutsche Imperialismus hat seit der Gründung seiner Bundeswehr - zu Anfang in mehr verschleierter und versteckter Form, ab den 90er Jahren immer offener - versucht, auch mit seiner Armee weltweit präsent zu sein, um sich vorzubereiten, seine Einflusssphären auch militärisch abzusichern, sich neue Einflusssphären weltweit auch militärisch gegen seine imperialistischen Konkurrenten zu *erkämpfen*.

1960-1989: Weltweite Bundeswehreinsätze vor allem unter dem Deckmantel „humanitärer Hilfe"

* Kaum fünf Jahre nach Gründung der Bunderswehr (1955) wird ein erster Einsatz im Ausland durchgeführt: Im Erdbebengebiet von Agadier ***(Marokko)*** *transportieren Luftwaffentransportverbände* Sanitätseinheiten zu ihrem Einsatz.

* 1970 findet ein ähnlicher Einsatz bei einem Erdbeben in der ***Türkei*** statt. Ebenfalls 1970 werden über einen Zeitraum von 3 Monaten 178 Einsätze zum Transport von Lebensmitteln nach ***Algerien*** und ***Tunesien*** durchgeführt. Ende 1973/ Anfang 1974 hat die Bundeswehr nach Ende des *reaktionären Krieges zwischen Israel und Ägypten* Soldaten aus Ghana und Senegal als Teil der UN-"Friedenstruppe" mit Militärmaschinen nach Kairo, also in ein sogenanntes Spannungsgebiet außerhalb des NATO-Bereichs geflogen. Der längste Auslandseinsatz der Luftwaffe dauerte von März 1973 bis Sommer 1974 in der Sahel-Zone. 1976 war die Bundeswehr in den Erdbebengebieten von Italien (Friaul und Avelino) im Einsatz.

* In Mogadischu, Hauptstadt von Somalia, wurde 1977 die ***erste militärische Operation westdeutscher „Elitetruppen" im Ausland nach dem 2. Weltkrieg*** „erfolgreich" durchgeführt. Ein entführtes Flugzeug wird in einer Blitzkriegsaktion gestürmt und drei der vier palästinensischen Entführer von der BGS-Sondertruppe GSG 9 kaltblütig erschossen. Anschließend wurde die GSG 9 mit allen Zeremonien, die für „Kriegshelden" zur Verfügung stehen, in Westdeutschland empfangen.

* Im April 1978 transportierte die Luftwaffe der Bundeswehr ein norwegisches Truppenkontingent und militärisches Ausrüstungsmaterial in das Einsatzgebiet der UN-"Blauhelme" im Südlibanon. 1984 sind mal wieder Lebensmitteltransporte Vorwand für den Einsatz der Luftwaffe in ***Äthiopien,*** 1985 und 1989 im Sudan. 1988 war die Luftwaffe nach dem Erdbeben in Armenien im Einsatz. 1989 führt die Bundeswehr auch Transporte nach ***Sudan*** durch.

1990-1995: Militäreinsätze der Bundeswehr unter UNO-Flagge

* Seit September 1990 ist die Bundesmarine mit Kriegsschiffen im östlichen Mittelmeer präsent, bereit zum eventuellen Eingreifen in den Golfkrieg. Von April bis September 1991 wurden dann von diesem Verband fünf Minensuchboote und zwei Versorgungsschiffe der Bundesmarine in den Persischen Golf, also „out of (NATO)-area", abkommandiert, *um die Schiffahrtswege freizuhalten.*

* Ende 1990 transportierten Flugzeuge der Bundesluftwaffe Hilfsgüter in die ***Sowjetunion,*** während Polizeiverbände auf dem Landweg mit LKW-Konvois Waren in die Sowjetunion brachten.

* Anfang Januar 1991 wurden 18 Erdkampfbomber vom Typ Alpha-Jet der Bundeswehr-Luftwaffe - angeblich zum „Schutz der Türkei" - in der kurdischen Stadt Erhac stationiert sowie weitere 500 Bodentruppen mit Luftabwehrraketen in der kurdischen Stadt Diyarbakir.

* Marineeinheiten der Bundeswehr führen 1991 im persischen Golf vor ***Irak*** Minensuche durch.

* Seit Mai 1992 sind rund 150 Bundeswehr-Soldaten sowie 75 „Bundesgrenzschutz"-Beamte im Auftrag der UNO von der Bundesregierung mit Zustimmung der SPD nach ***Kambodscha*** abkommandiert. Für die west/deutschen Imperialisten ist dieser Einsatz ein politisch bedeutsamer Schritt, weil die Bundeswehr sich bislang noch nicht in diesem Umfang an sogenannten „Friedensaktionen" der UNO beteiligt hatte.

* Nach wochenlanger Einstimmung der Bevölkerung auf einen Einsatz der Bundeswehr in ***Somalia*** durch die Medien des west/deutschen Imperialismus beteiligen sich im August 1992 zwei Bundeswehrtransportflugzeuge an UN-Lebensmitteltransporten nach Mogadischu, Hauptstadt von Somalia.

* Mitte Juli 1992 kreuzt ein Zerstörer der Bundesmarine und fliegen drei Aufklärungsflugzeuge der Bundeswehr vor Jugoslawiens Küste mit insgesamt 377 Soldaten an Bord.

* Die Bundeswehr ist 1992 an der Luftbrücke nach Sarajewo, an der UN-Blockade gegen die Republik ***Jugoslawien***, an den Ifor-und Sfor-Truppen in ***Bosnien*** beteiligt und stellt ein Kontingent für Kfor-Truppen in ***Kosovo.***

* 1992/1994 ist die Bundeswehr an der unter UNO-Flagge durchgeführten Aggression in ***Somalia*** beteiligt.

* 1994 führt die Bundeswehr unter dem Vorwand humanitärer Hilfe eine Luftbrücke nach ***Ruanda*** durch.

* 1994 ist die Bundeswehr in ***Georgien*** im sogenannten "Sanitäter-Einsatz" in der Bürgerkriegsregion Abchasien.

Ab 1995: Imperialistische Kriege gegen Bosnien und Jugoslawien

* Am 1.September 1995, dem Jahrestag des Nazi-Überfalls auf Polen ist in ***Bosnien*** der ***erste direkte und offene Kriegseinsatz der Bundeswehr*** Realität geworden. Die Luftangriffe mit Hilfe der deutschen Soldaten erstrecken sich auf das gesamte Gebiet der bosnischen Serben.

* Im September März 1999 beginnt die Bundeswehr ***einen imperialistischen Angriffskrieg gegen die Republik Jugoslawien.*** Mit Raketen bestückte Tornado-Jagdbomber, mindestens 2000 Soldaten, darunter Fallschirmspringer und Pioniereinheiten, ein Schnellbootverband und Minenabwehreinheiten waren direkt an den tagelangen mörderischen Luftangriffen der NATO-Truppen in Ex-Jugoslawien beteiligt. Insgesamt werden bei diesem imperialistsichen Angriffskrieg 2000-4000 Menschen getötet, bis zu 6000 verletzt, weite Gebiete durch die Bombardierung von Chemiefabriken, Erdgasanlagen und Erdölraffinierien verseucht. Das Kosovo wird als imperialistisches Protektorat von Jugoslawien abgetrennt und von *imperialistischen Truppen besetzt. Ein* Teil Kosovos wird von Bundeswehrtruppen besetzt.

* Oktober 1999: Der deutsche General Reinhardt *übernimmt den Oberbefehl der NATO-Truppen* im ***Kosova.***

* 2001: Die Bundeswehr übernimmt die Führung beim NATO-Einsatz in ***Mazedonien.***

* November/Dezember 2001: Die Bundeswehr beteiligt sich am imperialistischen Krieg gegen ***Afghanistan.***

Quellen:

„Gegen die Strömung", Nr. 60, „Die Bundeswehr - *mörderische Maschinerie des west/deutschen* Imperialismus", Oktober 1992

„Gegen die Strömung", „Zum Krieg des deutschen Imperialismus gegen Jugoslawien", Mai 1999

Mit Hilfe der Salami-Taktik, der schrittweisen Realisierung und Verschärfung von Kriegsprojekten und einer geschickten Verschleierungstaktik *eskalieren die deutschen Imperialisten ihre Kriegspolitik*, und dies mit weltweiten imperialistischen Ansprüchen und Zielen.

Wie kriegslüstern die deutschen Imperialisten wirklich sind, kam kürzlich für einen kurzen Moment sehr deutlich zum Vorschein, als es aus Sicht der deutschen Kriegstreiber zu einem „Regiefehler" kam. *Nachdem die deutsche Bundesregierung* Anfang November 2001 lauthals verkündete, daß nun endlich eine ganz konkrete „Anforderung" der US-Regierung für Bundeswehr-Unterstützung vorliegen würde, erklärte der US-Kriegsminister Rumsfeld öffentlich sofort, die USA hätten doch „keine konkreten Anforderungen an die Verbündeten gestellt" (FR, 8.11.01). Trotz eilig nachgeschobener „Klarstellungen" auf Grund hektischer *Aktivitäten von Seiten der deutschen Regierung* war damit klar, daß hinter dem Beschluß der Bundesregierung zum Kriegseinsatz der Bundeswehr in und um Afghanistan keineswegs die konkret angemahnte „Solidarität mit den USA" stand (was ebenso nur ein imperialistisches Rechtfertigungsargument wäre), sondern die Forcierung der eigenen Kriegspolitik des deutschen Imperialismus selbst.

5. Eigenständige imperialistische Großmachtinteressen Deutschlands

Mit dem „Ermächtigungsbeschluß" des deutschen Bundestags vom 16.11.01 für den weltweiten Kampfeinsatz der Bundeswehr ist nunmehr tatsächlich eine neue Etappe der militärischen Eskalation erreicht. 3.900 Soldaten verschiedener Abteilungen der Bundeswehr sollen in den nächsten – vorläufig! - 12 Monaten im sogenannten „Krieg gegen den Terror" ihre „militärischen Fähigkeiten" zum Einsatz kommen. Damit verfolgen die deutschen Imperialisten mehrere naheliegende und auch längerfristige Ziele.

- *Erstens:* Mit den lautstarken Erklärungen, daß *nunmehr für Deutschland endgültig die „Nach-Kriegszeit"* abgeschlossen sei, wird darauf gepocht, daß das „souveräne" Deutschland nun endlich auch „gleichberechtigt" auf militärischem Gebiet mitzumischen habe, ob jetzt in Afghanistan oder demnächst anders-

wo auf der Welt. In der Tat sind seit 1945 die anderen imperialistischen Großmächte in Punkto offener Militäraktionen dem deutschen Imperialismus einige Schritte voraus: Die USA bombardieren und intervenieren seit gut vier Jahrzehnten in allen Teilen der Welt. England eroberte z.B. kriegerisch die Falklandinseln/Malvinas und die französischen Imperialisten operierten bzw. operieren militärisch in Vietnam, im Tschad und anderswo. Der russische Sozialimperialismus führte in den 80er Jahren einen verbrecherischen Krieg in Afghanistan und Eritrea, heute führen die russischen Imperialisten eine imperialistische Aggression in Tschetschenien durch.

- *Zweitens:* Auf Dauer lassen sich die imperialistischen Interessen des deutschen Monopolkapitals wirklich nicht allein mit dem „Scheckbuch" durchsetzen, sondern erfordert deren Durchsetzung und Sicherung militärischen Einsatz. Das haben die Sachwalter des deutschen Imperialismus wiederholt erklärt. Schon in den „Verteidigungspolitischen Richtlinien" vom 26.11.1993 hieß es, zu den „deutschen Interessen" gehöre die „Aufrechterhaltung des freien Welthandels und des ungehinderten Zugangs zu Märkten und Rohstoffen". Und im Vorwort des Positionspapiers der Bundestagsfraktion der SPD mit dem Titel „Zukunftsregion Kaspisches Meer" verkündet der deutsche Kriegsminister aktuell, daß es dort darum gehe, den „eigenen politischen und wirtschaftlichen Interessen Geltung zu verschaffen" („Junge Welt", 16.11.01). Die eigenständigen räuberischen Großmachtinteressen des deutschen Imperialismus sind es, welche die Bundeswehr weltweit durchsetzen soll. Daraufhin wurde und wird die Bundeswehr ausgerichtet.

- *Drittens* geht es um die zunehmende Gewöhnung der Bevölkerung an direkte Kriegseinsätze, um die Übung der eigenen Armee und Waffen im „Ernstfall". Zugleich ist das Sammeln realer Kriegserfahrungen für die deutschen Imperialisten, Militaristen und Revanchisten von nicht zu unterschätzender Wichtigkeit. Es geht um die Vorbereitung lokaler, eigenständig geführter imperialistischer Kriege des deutschen Imperialismus, die sich gegen imperialistische Rivalen sowie gegen Befreiungskämpfe der Völker in allen Teilen der Welt richten und um die langfristige Vorbereitung weltweiter imperialistischer Kriege zur Neuaufteilung der Welt gegen die anderen imperialistischen Großmächte.

6. Doppeltaktik des deutschen Imperialismus: Allianz und Rivalität

Die deutschen Imperialisten verfolgen dabei nach wie vor eine Doppeltaktik: Heute betonen die Sachwalter des deutschen Imperialismus in erster Linie die Allianz, die Waffenbrüderschaft und Zusammenarbeit mit den übrigen imperialistischen Großmächten, vor allem mit dem US-Imperialismus. Aber auf der Grundlage der eigenständigen Interessen des deutschen Imperialismus wird bereits das sich verschärfende Moment der Rivalität sichtbar, wie z.B. beim sich andeutenden und offensichtlich schon in Planung befindlichen Krieg gegen den Irak. Dem widerspricht nur scheinbar, daß die deutschen Imperialisten gegenwärtig noch den amerikanischen Imperialisten ihre „Hilfe" geradezu aufdrängen. Ein Moment dieser Rivalität besteht zur Zeit nämlich darin, daß die US-Imperialisten die wirklich wichtigen Kriegshandlungen möglichst allein durchführen, daß sie – mit Abstrichen bei den englischen Imperialisten – die anderen Länder – das wäre ein ‚international verbündetes Finanzkapital'. Es gibt in der Geschichte des 20. Jahrhunderts faktische Beispiele eines derartigen Bündnisses, z. B. im Verhalten der Mächte zu China. Es fragt sich nun, ist die Annahme ‚denkbar', daß beim Fortbestehen des Kapitalismus (...) solche Bündnisse nicht kurzlebig wären, daß sie Reibungen, Konflikte und Kampf in jedweden und allen möglichen Formen ausschließen würden?

Es genügt, diese Frage klar zu stellen, um sie nicht anders als mit Nein zu beantworten. Denn unter dem Kapitalismus ist für die Aufteilung der Interessen- und Einflußsphären, der Kolonien usw. eine andere Grundlage als die *Stärke* der daran Beteiligten, ihre allgemeinwirtschaftliche, finanzielle, militärische und sonstige Stärke, *nicht* denkbar. Die Stärke der Beteiligten aber ändert sich ungleichmäßig, denn eine *gleichmäßige Entwicklung der einzelnen Unternehmungen, Trusts, Industriezweige und Länder* kann es unter dem Kapitalismus nicht geben. Vor einem halben Jahrhundert war Deutschland, wenn man seine kapitalistische Macht mit der des damaligen Englands vergleicht, eine klägliche Null; ebenso Japan im Vergleich zu Rußland. Ist die Annahme ‚denkbar', daß das Kräfteverhältnis zwischen den imperialistischen Mächten nach zehn, zwanzig Jahren *un*verändert geblieben sein wird? Das ist absolut undenkbar.

‚Interimperialistische' oder ‚ultraimperialistische' Bündnisse sind daher in der kapitalistischen Wirklichkeit, du nicht in der banalen Spießerphantasie englischer Pfaffen oder des deutschen ‚Marxisten' Kautsky, *notwendigerweise nur* ‚Atempausen' zwischen Kriegen – gleichviel, in welcher Form dieses Bündnisse geschlossen werden, ob in der Form einer imperialistischen Koalition gegen eine andere imperialistische Koalition oder in Form eines allgemeinen Bündnisses *aller* imperialistischen Mächte. Friedliche Bündnisse bereiten Kriege vor und wachsen ihrerseits aus Kriegen hervor, *bedingen sich gegenseitig, erzeugen* einen Wechsel der Formen friedlichen und nicht friedlichen Kampfes auf *ein- und demselben* Boden imperialistischer Zusammenhänge und Wechselbeziehungen der Weltwirtschaft und der Weltpolitik."

(Lenin, „Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus", 1916, Verlag Olga Benario und Herbert Baum, S. 147-149)

Imperialistische Allianzen sind „Atempausen zwischen Kriegen"

Im Jahr 1900, also vor etwa mehr als 100 Jahren wurde China von den deutschen Imperialisten unter Kaiser Wilhelm II. gemeinsam mit anderen Imperialisten überfallen. Der Aufstand der Yihotu-an-Bewegung, der sogenannte „Boxeraufstand" antiimperialistischer Kräfte gegen die europäischen und japanischen Ausbeuter, wurde blutig niedergeschlagen. Die deutschen Imperialisten wollten ihren Anteil am Kuchen in China. Und sie wollten der Welt beweisen, daß die deutschen Militärs die übrigen Imperialisten im Rauben und Morden allemal übertreffen.

Die großen Phrasen der Imperialisten, die behaupteten, daß sie ja in China ihre gute Zusammenarbeit bewiesen hätten, war nur der Auftakt für eine verstärkte imperialistische Rivalität, die zum Ersten Weltkrieg führte. Die Imperialisten waren in China gemeinsam vorgegangen, weil keiner dem anderen traute und jeder den anderen in Schach halten wollte. Auch die scheinbar festen Bündnisse der Imperialisten zur Unterjochung einzelner Länder *konnten, wie der Erste Weltkrieg zeigte, nicht* die grundlegende Gesetzmäßigkeit der imperialistischen Konkurrenz und der Unvermeidlichkeit imperialistischer Kriege im Imperialismus außer Kraft setzen.

Einhundert Jahre später ist diese Lehre bei der imperialistischen Allianz gegen Afghanistan um so wichtiger, um zu verstehen, warum es möglich ist, daß die Imperialisten dieser Allianz einige Jahre oder Jahrzehnte später auch gegeneinander Krieg führen.

Lenin führte in seinem grundlegenden Werk „Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus", konkret anknüpfend an der Entwicklung vom Krieg gegen China 1900 hin zum imperialistischen 1.Weltkrieg, allgemein aus, was auch es für die heutige Lage zu durchdenken gilt:

„Man nehme Indien, Indochina und China. Bekanntlich werden diese drei kolonialen und halbkolonialen Länder mit einer Bevölkerung von 600-700 Millionen Menschen vom Finanzkapital einiger imperialistischer Mächte – Englands, Frankreichs, Japans, der Vereinigten Staaten usw. – ausgebeutet. Angenommen, diese imperialistischen Staaten schlossen Bündnisse, ein Bündnis gegen ein anderes, um ihren Besitz, ihre Interessen und ‚Einflußsphären' in den genannten asiatischen Staaten zu behaupten und auszudehnen. Das wären ‚interimperialistische' oder ‚ultraimperialistische' Bündnisse. Angenommen, *sämtliche* imperialistischen Mächte schlossen ein Bündnis zur ‚friedlichen' Aufteilung der genannten asiati-


GEGEN DIE STRÖMUNG

Die Massaker der deutschen Militaristen in China 1900

Der revolutionäre Aufstand der Yihotuan-Bewegung

DINA-3-Flugblatt, kostenlos zu bestellen bei: Buchladen Georgi Dimitroff

Der verschärfte Konkurrenzkampf der imperialistischen Großmächte um Einflußgebiete, Rohstoffe und Transportwege in den Ländern Zentralasiens

Beim imperialistischen Krieg gegen Afghanistan geht es nicht nur um die Vorherrschaft in Afghanistan selbst. Es geht den imperialistischen Mächten vor allem auch darum, sich in Zentralasien, einem der strategisch wichtigsten Gebiete der Welt, maximal Einflußgebiete zu sichern. Das Machtvakuum, das seit Anfang der 90er Jahre durch den Zusammenbruch der revisionistischen UdSSR in der Region entstanden war, entfache einen heftigen Konkurrenzkampf der imperialistischen Großmächte gegen den geschwächten russischen Imperialismus und untereinander besonders um die Öl- und Gasreserven, die neben den Ölreserven der Länder des Persischen Golfes die wichtigsten der Welt sind, aber auch um andere strategische Rohstoffe. Öl ist nicht bloß für die industrielle Produktion ein lebensnotwendiger Rohstoff jeder imperialistischen Macht, sondern vor allem auch für das Funktionieren ihrer imperialistischen Kriegsmaschinerien. So wird Kerosin für Kriegsbomber, Diesel für Panzer benötigt. Ohne ausreichende Ölreserven kann keine imperialistische Großmacht kommende langandauernde lokale imperialistische Kriege gewinnen, geschweige denn einen neuen imperialistischen Weltkrieg für die Neuaufteilung der Einflußgebiete führen.

Dabei geht es den imperialistischen Großmächten nicht nur um den direkten Zugriff auf die Erdöl- und Erdgasquellen. Aufgrung der geographischen Lage Zentralasiens, das nicht an die internationale Schifffahrt angebunden ist, geht es ihnen auch um profitalbe und vor allem „sichere" Transport- und Leitungssysteme, um die Brechung des russischen Beinahe-Monopols auf den Öl- und Gastransport.

Von höchster Aktualität sind deshalb Lenins prinzipielle Ausführungen zum Kampf der imperialistischen Großmächte um Rohstoffquellen und Einflußgebiete:

> ***„Nicht allein die bereits entdeckten Rohstoffquellen sind für das Finanzkapital von Bedeutung, sondern auch die eventuell noch zu erschließenden, denn die Technik entwickelt sich in unseren Tagen mit unglaublicher Geschwindigkeit, und Ländereien, die heute unbrauchbar sind, können morgen brauchbar gemacht werden, sobald neue Verfahren gefunden...und größere Kapitalien aufgewandt werden.***
> (Lenin, „Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus", 1916, Verlag Olga Benario und Herbert Baum, S. 102)

Lenin legt weiter dar, daß deshalb das

> ***„...Finanzkapital im allgemeinen bestrebt (ist), möglichst viele Ländereien an sich zu reißen, gleichviel welche, gleichviel wo, gleichviel wie, immer auf möglich Rohstoffquellen bedacht und von Angst erfüllt, in dem tollen Kampf um die letzten Stücke der unverteilten Welt oder bei der Neuverteilung der bereits verteilten Stücke zu kurz zu kommen."***
> (ebenda, S. 102)

Schlaglichter des imperialistischen Konkurrenzkampfs in den Ländern Zentralasiens

Nach Schätzungen von 1990 gibt es in der kaspischen Region Ölreserven von rund 100 Mrd. Barrel, aktuelle Schätzungen gehen von 20 % der gesamten Welreserven aus. Als Vergleichzahl mögen hier die Ölreserven des Iran in Höhe von 93 Mrd. Barrel oder der Nordsee mit 17 Mrd. Barrel genügen. Die Gasreserven in der kaspischen Regionen werden auf 66 Mrd. Barrel geschätzt, verglichen mit 84 Mrd. der USA.

Bereits Anfang der 90er Jahre sicherten sich in der kaspischen Region internationale Monopole wie Chevron, Debis oder Mitsubishi ihren Anteil an den Erdöl- und Erdgasquellen. Insgesamt wurden dort seit 1993 Verträge über mehr als 33 Mrd. US-Dollar abgeschlossen.[1] Nach Aussagen des Vorsitzenden des außenpolitischen Ausschusses im Repräsentantenhaus der USA haben die imperialistischen Großmächte für Zentralasien bereits „Wiederaufbaupläne" im Stile des „Marshallplans" konzipiert.[2]

In **Aserbaidschan** werden 27 Mrd. Barrel Erdöl und 10 Mrd. Barrel Erdgas vermutet. Im September 1994 unterzeichnen dort neun westliche Firmen unter Führung von B.P. einen 30-Jahres-Vertrag zur Ausbeutung bisher noch nicht erschlossener Ölfelder.[3]

Usbekistan besitzt mehr als 900 Rohstofflagerstätten, das gesamte Mineral- und Rohstoffpotential wird auf rund 3 Trillionen US-Dollar geschätzt. Es werden 1 Mrd. Barrel Erdöl und 30 Mrd. Barrel Erdgas vermutet. Bei einer ganzen Reihe wichtiger Bodenschätze - wie zum Beispiel Gold, Uran, Kupfer, Erdgas, Wolfram, Kalisalz, Phosphorhit und Kaolin – nimmt Usbekistan weltweit eine führend Stellung ein. 1994 wurde ein usbekisch-britisches „Jointventure" namens „Amantau Goldfields" gegründet, das die Goldlagerstätten von Daugystau und Amantautaj für den britischen Imperialismus erschließen soll. Die Inbetriebnahme des Komplexes begann 1998. Erst vor kurzem wurde ein Abkommen zwischen usbekischen Firmen und „Newmount Mining Corporation" und „Mitsubishi" zur Erschließung der Goldvorkommen in Raum Taschkent für den US- und den japanischen Imperialismus unterzeichnet.[4]

Kasachstan – mit einer Fläche rund fünfmal so groß wie Frankreich - verfügt über bedeutende Vorkommen von Kohle sowie Eisen-, Kupfer-, Kobalt-, Gold-, Silber-, Blei-, Zink-, Zinn-, Uran-, Eisen- und Manganerzen und von Bauxit im Zentrum und Osten des Landes. Erdöl- und Erdgasfelder sind vor allem im Westen an der Küste des Kaspischen Meeres und im Nordwesten sowie im Zentrum gelegen. Dabei verfügt es mit geschätzten 85 Mrd. Barrel über die größten Ölreserven der Region und 25 Mrd. Barrel Erdgas. Zum Transport der erhöhten Fördermengen wurde das „Kaspische Pipelinekonsortium" gegründet, dessen Teilhaber außer Kasachstan noch Rußland sowie eine Gesellschaft mit Sitz in Oman sind. Durch die vorgesehene Pipelineführung Astrachan-Noworossisk bzw. Samara-Kiew hätte Rußland nicht nur erhebliche Einnahmen aus Transitgebühren, sondern auch die Kontrolle über die kasachischen Erdöl- und Erdgasexporte. Jedoch ist auch eine Trassenführung durch die Türkei zum Mittelmeer unter Umgehung Rußlands von westlichen Imperialisten geplant.[5]

In Kasachstan hat insbesondere der deutsche Imperialismus eine starke Position. Der kasachische Regierungschef Nasarbajew traf sich vor kurzem mit Kanzler Schröder in Berlin. Kasachstan, so Nasarbajew, setze auf Deutschland „als den zentralen Wirtschaftspartner der Zukunft." Er forderte die 800.000 „deutschen Spätaussiedler" auf, nach Kasachstan zurückzukehren: „In Kasachstan könnt ihr heute bessere Geschäfte machen als im Land eurer Väter".[6] Doch auch der US-Imperialismus mischt kräftig mit. Chevron investierte eine Mrd. US-Dollar, geplant sind weitere 20 Milliarden. Chevron bezeichnete diesen Einsatz als das größte und wichtigste Projekt seit den Investitionen in Saudi-Arabien vor über 50 Jahren.[7]

In **Turkmenistan** werden über 32 Mrd. Barrel Erdöl und 45 Mrd. Barrel Erdgas, also 11 % der weltweiten Gasreserven, vermutet. Im Mai 1997 unterzeichnen Präsident Turkmenbaschi, der pakistanische Premierminister Sharif und Vertreter usamerikanischer und saudi-arabischer Ölgesellschaften UNOCAL und Delta ein Abkommen über den Bau einer Pipeline von Turkmenistan nach Pakistan via Afghanistan. Die afghanische Taliban-Regierung war bei den Verhandlungen ausgeschlossen.[8] Royal Dutch Shell und Gaz de France planten in Konkurrenz dazu eine Pipeline Turkmenistan, Iran, Türkei. Mitsubishi und Exxon planen den Bau einer Pipeline Turkmenistan, Kasachstan, China, Japan.

Tadschikistan verfügt über eine ganze Reihe mineralischer Bodenschätze, u. a. Kohle, Blei, Zink, Eisenerz, Erdgas und Antimon. Es besitzt größere Goldvorkommen und eine der größten Silberlagerstätten der Welt. Außerdem ist es aufgrund seiner geographischen Lage strategisch wichtig auch für den Bau neuer Pipelines nach China und als militärischer Stützpunkt zur Kontrolle Zentralasiens. In Tadschikistan entbrannte ab 1992 ein fünf Jahre dauernder Stellvertreterkrieg zwischen den westlichen imperialistischen Großmächten und dem geschwächten russischen Imperialismus, der in Form eines Bürgerkriegs ausgetragen wurde, bei dem 30.000 Menschen getötet wurden. Über das Taliban-Regime in Afghanistan und Pakistan unterstützte vor allem der US-Imperialismus dort reaktionär-feudale Gruppen, die ihre Ziele religiös unter dem Banner des Islam führten, gegen die von Rußland abhängige Regierung. Seit 1997 ist in Tadschikistan vor allem der US-Imperialismus auf dem Vormarsch.

* * *

Diese kurze Übersicht zeigt anschaulich, daß in Zentralasien ein erbitterter Konkurrenzkampf um die Kontrolle der Rohstoffe, der Transportwege und Märkte entbrannt ist zwischen der geschwächten imperialistischen Macht Rußland, die nicht mehr in der Lage ist, ihre Vorherrschaft in der Region aufrechtzuerhalten, und den übrigen imperialistischen Großmächten, die auch untereinander in Rivalität stehen.

In diesem Kampf spielt die Kontrolle Afghanistans eine strategisch wichtige Rolle als Durchgang für neue Transportwege und militärischer Aufmarschplatz gegen die Länder Zentralasiens, gegen den imperialistischen Konkurrenten Rußland und untereinander. Doch es geht nicht nur um Afghanistan, nicht nur um Zentralasien oder um verstärkten Waren- und Kapitalexport dorthin. Die imperialistischen Räuber haben weitergehende Pläne. Sie lockt vor allem ein noch viel größerer „Brocken": China, einer der größten Weltmärkte. Die Kontrolle der Pipelines und Transportwege dorthin in Konkurrenz zum imperialistischen Rußland und untereinander sind ein Schritt in diese Richtung.

Quellen:

[1] Der Spiegel 42/2001; [2] Welt, 12.11.2001; [3] Welt, 12.11.2001; [4] www.usbekistan.de, Internetseite der usbekischen Botschaft in Deutschland; [5] www.bpb.de/info-franzis/html/body_i_249_8.html (US-Behörde); [6] Der Spiegel 39/2001; [7] Michael Griffin, Reaping the Whirlwind, The Taliban Movement in Afghanistan, London 2001, S. 119; [8] ebenda

ren imperialistischen Mächte militärisch möglichst wenig zum Zug kommen lassen, während die anderen Imperialisten, insbesondere auch die deutschen, den USA „auf die Pelle rücken", um ihre eigenständigen Interessen gegenüber den USA durchzusetzen.

7. Doppeltaktik des deutschen Imperialismus: „Friedliche" Diplomatie und offene Kriegspolitik

Im Kampf um seine Einflußsphären, im Kampf zur Neuaufteilung der Welt unter den imperialistischen Großmächten geht der deutsche Imperialismus auch in anderer Hinsicht mit seiner „bewährten" Doppeltaktik vor:

- Einerseits forciert er seine „friedlichen" Machenschaften, intensiviert seine geheime und offene Diplomatie in Westasien, insbesondere aber auch gegenüber Rußland, verstärkt seine guten Beziehungen zu allen Ländern – zu den Regierungen wie zu den Oppositionsbewegungen, treibt die Abhängigkeit verschiedener reaktionärer Regimes finanziell und gerade auch durch Rüstungsexporte voran, um sich alle Optionen der Ausdehnung seines Einflusses und seiner Macht offenzuhalten. So machen die deutschen Imperialisten bereits international Reklame für ihren Plan für den „wirtschaftlichen Aufbau in der Nach-Taliban-Ära", wobei sie – offenbar gegen den US-Imperialismus gerichtet – die UNO als Deckmäntelchen für ihre Machenschaften ins Spiel bringen.
- Auf der anderen Seite rüstet der deutsche Imperialismus fieberhaft seine Bundeswehr auf, hält er eine der stärksten und modernst ausgerüsteten Armeen bereit, um überall auf der Welt sofort militärisch präsent sein und „eingreifen" zu können. Die Stationierung von Einheiten der deutschen Kriegsmarine im östlichen Mittelmeer ist nicht nur Drohgebärde und Demonstration von Macht, sondern ermöglicht dem deutschen Imperialismus, militärisch eingreifen zu können. Kern der Lügenpropaganda ist dabei, daß es angeblich darum ginge, „aus humanitären Gründen" militärisch einzugreifen. Die Verlogenheit dieser Propaganda zeigt sich schon daran, daß seit Jahren die Asylanträge von Flüchtlingen aus Afghanistan praktisch durchwegs abgelehnt werden.

Diese „Doppeltaktik" bedeutet für die deutschen Imperialisten, sozusagen in den Startlöchern stehend, für alle Fälle gewappnet zu sein, um allemal, sowohl durch den Einsatz von Bundeswehr-Truppen, als auch durch bereitgestelltes Kapital ihren Einfluß als imperialistische Großmacht zu stärken. Die Ausdehnung der Macht des deutschen Imperialismus richtet sich nicht dabei nur gegen die von ihm bedrohten, ausgebeuteten und unterdrückten Völker, sondern auch mehr und mehr gegen die anderen imperialistischen Großmächte, mit denen der deutsche Imperialismus um die Vorherrschaft in der Welt ringt.

8. Gut verteiltes Rollenspiel der bürgerlichen Parteien des deutschen Imperialismus

Beim Kampf gegen die imperialistische Kriegspolitik gibt es niemanden unter den bürgerlichen Politikern, dem man trauen, auf den man sich stützen könnte. Sie alle dienen – auf die eine oder andere Art – den Interessen des deutschen Imperialismus. Zur Taktik des deutschen Imperialismus gehören gerade auch bei der Kriegseskalation die gut verteilten Rollen der bürgerlichen Parteien. Deren Zwistigkeiten sind dabei keineswegs ein Zeichen für mehr oder weniger „Fortschrittlichkeit" bei den verschiedenen Parteien des deutschen Imperialismus. Schaut man hinter die Phrasen, so zeigt sich, daß sie im Kern lediglich um die „richtige", d.h. effektivste Politik für den deutschen Imperialismus streiten. Eine gewisse „Arbeitsteilung" zwischen Regierung und „Opposition" sowie zwischen den einzelnen Parteien ist dabei für die Bourgeoisie in mehrfacher Weise vorteilhaft.

- Zum einen haben die Herrschenden durchaus ein Interesse daran, daß der teilweise bestehenden Empörung und auch Furcht von Teilen der Bevölkerung in Deutschland Rechnung getragen wird, da ihre Herrschaft stabiler ist, wenn sie die Zustimmung des größten Teils der Bevölkerung haben. Die Politiker der PDS etwa, die sich jetzt lauthals als „Antikriegspartei" zu Wort melden, haben die Aufgabe, den deutschen Imperialismus als „friedlich" zu verkaufen, die empörten, fortschrittlichen Kräfte an das kapitalistisch-imperialistische System zu binden, die Protestbewegung in gewünschte Bahnen zu lenken, z.B. die Empörung gegen die US-Aggression dem deutschen Imperialismus in seiner zwischenimperialistischen Konkurrenz zu den USA nutzbar zu machen. So spricht sich die PDS-Vorsitzende Zimmer für „polizeiliche und geheimdienstliche Mittel" sowie „Militäreinsätze unter UN-Kontrolle" aus.
- Zum anderen erfordert die Doppeltaktik des deutschen Imperialismus selbst, die Notwen-

Wie der deutsche Imperialismus die „Gunst der Stunde" zur Verschärfung der Repression und der Überwachung nach Innen nutzt....

Im Windschatten der aktuellen Kampagne zum „Kampf gegen den Terrorismus" nutzt der deutsche Imperialismus die Gelegenheit, die längst in den Schubladen konzipierten Gesetzesverschärfungen und Maßnahmen zur staatlichen Überwachung und Repression umzusetzen. Hier nur einige Beispiele der sogenannten „Anti-Terror-Pakete":

- Mit dem neuen Paragraph 129 b wird der bereits bei der Kriminalisierung konsequent demokratischer und revolutionärer Kräfte erprobte 129 a ergänzt durch die Ausdehnung auf Mitglieder und Unterstützer sogenannter „internationaler terroristischer Organisationen". Im Klartext steht dem deutschen Imperialismus damit das ganze Arsenal staatlicher Repressionsmaßnahmen zur Ausforschung, Einschüchterung und Kriminalisierung von Organisationen aus anderen Ländern zur Verfügung.[1]
- Für Bundesgrenzschutz, Bundeskriminalamt und Verfassungsschutz wurden die Befugnisse erweitert, vor allem was die Bespitzelung und Aushorchung überTelefon angeht. Der Bundesgrenzschutz darf nun ganz offen in einem Umkreis von 50 km an den Grenzen sogenannte "verdachtsunabhängige" Kontrollen durchführen. Durch die neuen Paragraphen 100 g und h der „Strafprozeßordnung" sind Betreiber von Telefonnetzen angehalten, auf Verlangen Daten über Telefongespräche sowie Fax- und E-Mailverbindungen zu übermitteln.
- Geplant ist auch die Aufnahme sogenannter „biometrischer Daten" - wie z.B. Fingerabdrükke oder Hand- und Gesichtsgeometrie - in die Ausweispapiere. Erfolge versprechen sich die deutschen Imperialisten von dieser an die nazifaschistischen Gesichtsvermessungen erinnernden Maßnahmen auch in Kombination mit der inzwischen massenhaft verbreiteten Videoüberwachung öffentlicher Plätze.

Ergänzt werden diese Maßnahmen zur staatlichen Kontrolle und Überwachung in Kombination mit der wieder verstärkt durchgeführten Rasterfahndung, die die Möglichkeit massenhafter Speicherung und Abgleichung von Daten in großem Stil ermöglicht. Der Verfassungsschutz soll künftig von Banken alle Konten und Geldbewegungen, von Telefongesellschaften alle Daten über Telefonate und sonstige Verbindungen und von Fluggesellschaften alle Buchungen von vermeintlich „Verdächtigen" anfordern können. Um die Umsetzung all dieser Maßnahmen sicherzustellen, erklärte Innenminister Schily vor kurzem, er werde weitere 300 Mio. DM sowie 2.500 neue Stellen bei Polizei und BGS bereitstellen.

Die vor dem Hintergrund der Erfahrungen mit dem Nazifaschismus von den Alliierten nach 1945 geforderte und formal eingeführte Trennung zwischen Polizei und Geheimdiensten (wie Verfassungsschutz oder BND), die sehr rasch mehr und mehr verwischt worden war, ist durch diese Maßnahmen einmal mehr bloße Makulatur.Die meisten Verschärfungen betreffen in erster Linie Flüchtlinge und generell Menschen aus anderen Ländern.

- Menschen aus anderen Ländern, die unter Verdacht stehen, sogenannte "terroristische" Bewegungen zu unterstützen, sollen ein Einreise- und Aufenthaltsverbot erhalten. Im Klartext bedeutet dies Abschiebungen allein auf irgendeinen „Verdacht" hin. Auch Vereine von Menschen aus anderen Ländern sollen leichter verboten werden können, sobald sie unter „Extremismusverdacht" geraten. In diesem Zusammenhang steht auch die Einschränkung des Vereinsrechts durch die Abschaffung des sogenannten „Religionsprivilegs". Aus Dokumenten der Bundesregierung geht übrigens hervorgeht, daß diese Änderung von Innenminister Schily bereits am 6. September gefordert wurde.[2]
- Neben der Einführung fälschungssicherer Ausweise für Flüchtlinge soll mit der zwangsweise Angabe über die Muttersprache auch die Herkunftsregion der Flüchtlinge ermittelt werden, um Abschiebungen „reibungsloser abzuwikkeln". Fingerabdrücke, „biometrische" Vermessungsdaten und Sprachaufzeichnungen sollen auch von der Polizei genutzt werden. Im Ausländerzentralregister sollen neben Fotos, Fingerabdrücken auch Angaben zur Verwendung ge- oder verfälschter Papiere in Visaverfahren gesammelt und die Religionszugehörigkeit von Menschen aus anderen Herkunftsländern gespeichert werden. Diese Daten stehen selbstredend der Polizei auch zur Verfügung. Darüber hinaus wird in einer sogenannten „Visa-Entscheidungdatei" festgehalten, wer Menschen aus anderen Ländern zum Besuch in Deutschland eingeladen hat.
- Die Geheimdienste sollen alle Daten von Asylbewerbern abrufen und mit Spuren von „Tatorten" vergleichen können.[3]
- Von den Hochschulen wurden Daten aller Studentinnen und Studenten mit nichtdeutschem Paß für die bundesweite Rasterfahndung eingezogen.[4]

Quellen: [1] JW 22.10.01; [2] www.bundesregierung.de/dokumente/Artikel/ix_55267.htm; [3]FR 17.10.01; [4]JW 1.10.01

digkeit und Fähigkeit, offene Kriegspolitik und „friedliche" Diplomatie in unterschiedlicher Weise miteinander zu kombinieren, angesichts jäher Wendungen in der Welt oder in Deutschland „elastisch" mal die eine, mal die andere Seite mehr in den Vordergrund zu schieben, das Vorhandensein verschiedener Partei- und Politikertypen. Wohl kaum eine andere Regierung hätten in den letzten Jahren die Durchführung eines imperialistischen Angriffskriegs gegen Jugoslawien und nunmehr die Eskalation zum weltweiten Kriegseinsatz der Bundeswehr so „geschmiert", d.h. mit so wenig Widerstand, über die Bühne bringen können wie SPD und Grüne.

9. Militarisierung und Faschisierung nach Innen

Der gesteigerten Aggressivität nach außen entspricht, daß ***die Militarisierung und Faschisierung nach innen*** eine weitere Stufe erreicht hat. Die Politiker des deutschen Imperialismus überschlagen sich geradezu darin, immer mehr demokratische Rechte abzubauen und die Repression und Kriminalisierung demokratischer und revolutionärer Gruppen und Strukturen zu verstärken. Reaktionärer und konterrevolutionärer Kernpunkt ist dabei der Plan, die Bundeswehr – mit oder ohne Grundgesetzänderung – „regulär" nach innen einzusetzen, was durch die sogenannten „Notstandsgesetze" schon längst für den „Krisenfall" vorgesehen ist, etwa um Streikbewegungen von Arbeiterinnen und Arbeiter mit Militärgewalt niederzuschlagen. Dies alles geht einher mit verschärften Unterdrückungsmaßnahmen und enorm verstärkter rassistisch-chauvinistischer Hetze, aktuell besonders gegen Menschen aus arabischen Ländern. Militaristische Floskeln, kriegstreiberische Stereotypen und Propagandamethoden aus Goebbels Werkstatt werden behände aktiviert.

10. Wie die deutsche Bourgeoisie mit ihren eigenen Gesetzen umgeht

Dabei ist es eine durchaus bezeichnende Angelegenheit, daß die Ideologen und Politiker des deutschen Imperialismus, die gestern noch ihr Grundgesetz täglich im Munde führten, unter dem Motto „keine juristischen Spitzfindigkeiten" nun ganz offen den Punkt ihres eigenen Grundgesetzes brechen, in dem 1949 unter dem Druck der Anti-Hitler-Koalition und als Zugeständnis an den Kampf der Völker gegen den Nazifaschismus ausdrücklich das Verbot von Angriffskriegen festgeschrieben wurde. Bezeichnend ist ebenso, daß Bestimmungen des Völkerrechts, zu denen sie sich selbst auf dem Papier verpflichtet haben, als völlig irrelevant abgetan werden. Es spielt keine Rolle, daß nicht einmal der UN-Sicherheitsrat gemäß Art 51 der UN-Satzung die Voraussetzung für das Recht auf „Selbstverteidigung" festgestellt hat und damit den USA, England oder Deutschland sogar nach seinen eigenen Bestimmungen kein Recht auf militärische Operationen eingeräumt.

Dies alles zeigt nicht nur, daß die Gesetze für die Bourgeoisie nicht mehr sind als ein Fetzen Papier – brauchbar, weil der Schein der Demokratie mit ihren Gesetzen für die Bourgeoisie eine vorteilhaftere, weil scheinbar legitimere Herrschaftsform ist, aber nur solange diese Gesetze ihren eigenen Interessen nicht zuwiderlaufen. Wenn die deutschen Imperialisten heute frecher den je verkünden, daß sie sich um ihre eigenen Gesetze im Einzelnen nicht kümmern könnten, dann ist dies zum einen die Drohung an die Völker der Welt, daß die deutschen Imperialisten ihre aggressiven Weltherrschaftsinteressen nun mit aller Macht und ohne Rücksicht auf „juristischen

Die Berufung auf die „Kreuzzüge" und das „christliche Abendland" steht in der blutigen Tradition von millionenfachem Massenmord

Nach den Anschlägen vom 11. September 2001 verkündete der US-amerikanische Präsident Bush, daß nun ein neuer „Kreuzzug" gestartet werde, ein „Kreuzzug gegen den Terror", ein wahrer Feldzug für das „christliche Abendland", der voraussichtlich viele Jahre lang andauern werde und dessen Ziel es gar sei, alle als „Schurkenstaaten" verdammten Staaten auszulöschen. Diese Wortwahl war nicht zufällig, auch wenn nachgeschoben wurde, daß der Feldzug heute nicht das gleiche sei wie die damaligen „Kreuzzüge". Sich klarzumachen, was da eigentlich beschworen wird, ist keinesfalls überflüssig. In den Schulbüchern, den offiziellen Geschichtsdarstellungen der beiden christlichen Staatskirchen in Deutschland, werden die „Kreuzzüge" weitgehend verklärt und beschönigt, auch wenn da und dort eingeräumt wird, daß dieses oder jene "unschöne" Ereignis leider doch passiert sei.

Die zwischen 1096 und 1291 auf Betreiben der Päpste durchgeführten sieben Kreuzzüge ins „Heilige Land" Palästina waren Verbrechen in einem wahrhaft gigantischen Ausmaß, wodurch unsägliches Leid vor allem über die moslemischen Völker und über die jüdische Bevölkerung gebracht wurde.

Um Stimmung für den Feldzug zu machen, wurde im Vorfeld eine infame Lügen- und Hetzkampagne gegen die islamischen Völker entfacht. Ganz bewusst wurde auch antisemitische Hetze betrieben. Die „Juden" wurden ebenso wie die islamischen Gläubigen als „Ungläubige" gebrandmarkt und Pogrome geschürt. Der deutsche Mönch Rudolf rief dazu auf: *„...Rächet zuerst den Gekreuzigten an seinen Feinden, die unter uns leben, und brecht erst dann auf, um gegen die Türken zu kämpfen!"*.

Anhand des ersten Kreuzzuges von 1096 bis 1099 soll im folgenden beispielhaft gezeigt werden, welche ungeheuren Verbrechen die christlichen Kreuzfahrer begangen haben:

- Schon zu Beginn fielen die christlichen Horden im Rheinland über die jüdische Bevölkerung her. 10.000 Juden und Jüdinnen wurden bestialisch ermordet, auch Greise, Kinder und Kranke wurden nicht verschont.
- Vom 9.9.1096 bis zum 16.9.1096 erschlugen französische Kreuzritter bei der Belagerung der türkischen Residenzstadt Nikaia abermals Tausende. Kleine Kinder wurden in Stücke gehauen oder lebendig ins Feuer geworfen. Um den 26.9.1096 führten die deutsche Kreuzritter bei der Eroberung der Festung Xerigordon, ähnliche Verbrechen durch.
- Bei der Eroberung der Stadt Nikaia im Mai 1097 griffen die Kreuzfahrer zu folgender Variante der psychologischen Kriegführung. Ein Chronist berichtet: *„...Sie warfen die Köpfe der Erschlagenen mit Schleudern in die Stadt, um Schrecken unter der türkischen Garnison zu verbreiten."*
- Am 3.6.1098 eroberten die Kreuzfahrer Antiochia. Dabei wurden zwischen 10 000 und 60 000 Türkinnen und Türken erschlagen. In der Chronik des Raimund von Aguilers, Zeltkaplan des Grafen von Toulouse heißt es: *„Wir werden nicht über das Ausmaß der Beute berichten. Aber was du dir auch vorstellst, du musste etwas dazurechnen. Wir können die Zahl der abgeschlachteten Türken und Sarazenen nicht schätzen, und es wäre quälend, über die neuen und vielfältigen Todesarten zu berichten."*
- Am 28.6.1098 ermordete man wieder 100.000 Türkinnen und Türken. Am 11.12.1098 wurden bei der Eroberung der Stadt Marra (Maraat an-numan) wieder Tausende ermordet.
- Am 15. Juli 1099 wurde schließlich Jerusalem gestürmt. Bei der sich anschließenden Schlächterei wurden mehr als 60 000 Menschen, praktisch alle Bewohnerinnen und Bewohner ermordet. Die Soldaten metzelten alles nieder, was ihnen über den Weg lief, auch Kinder wurden abgeschlachtet. Auch auf die religiöse Angehörigkeit nahm man jetzt keine Rücksicht mehr. Auch die noch immer in der Stadt anwesenden Christen wurden genauso ermordet wie die Muslime und die jüdische Bevölkerung. Nachdem die Bevölkerung ausgerottet war, zogen die Kreuzfahrer unter Freudentränen zur Grabeskirche ihres Herrn Jesus Christus und lobpreisten Gott.

Der Chronist Eckehard von Aura hielt fest, daß noch im folgenden Sommer 1100 *„in ganz Palästina die Luft vom Leichengestank verpestet war. Von solchen Gemetzeln hat keiner je im Heidenvolke vernommen..."*

Aus dem dritten Kreuzzug von 1189 bis 1192 sollen hier noch zwei Gestalten erwähnt werden. Die erste ist der deutsche Kaiser ***Barbarossa***, der bei diesem Kreuzzug ebenfalls „das Kreuz ergriff", aber das Pech hatte, am 10. Juni 1190 beim Baden in einem Fluß zu ertrinken. Die zweite Figur ist der bis heute in Filmen und Büchern verherrlichte ***Richard Löwenherz***. Dieser tat sich 1191 dadurch hervor, daß er nach der Einnahme der Stadt Accon 3000 Gefangene, darunter auch Kinder, bestialisch ermorden ließ, weil die von ihm von der islamischen Bevölkerung geforderte Summe von zweihunderttausend Goldstücken nach einer Woche noch nicht abgegeben worden war, und das, obwohl er eine Frist von zwei Monaten für die Zahlung zugesagt hatte.

* * *

So also sahen dies Kreuzzüge des „christlichen Abendlands" aus. Dieses Abendland und seine Kreuzzüge wurden bezeichnenderweise auch von den Nazifaschisten beschworen. Der Überfall auf die damals sozialistische UdSSR, der zu mehr als 20 Mio. Opfern unter der sowjetischen Bevölkerung führte, hatte die Bezeichnung „Unternehmen Barbarossa" wie überhaupt die Nazis vorgaben, „Europa" bzw. das „Abendland" nunmehr gegen den „jüdisch Bolschewismus", die „asiatische Bedrohung" zu verteidigen.

Wenn also wieder die Rede vom „Kreuzzug" ist, wenn also wieder erklärt wird, daß angeblich das „Abendland" vom Untergang bedroht sei, dann müssen die fortschrittlichen Kräfte im Kampf gegen diesen reaktionären ideologischen Dreck gewappnet sein. Dafür ist – in Verbindung mit dem Kampf gegen den deutschen Chauvinismus - insbesondere auch die Kriegserklärung an den europäischen Chauvinismus dringend nötig, der als „Weltbild" in den Köpfen auch breitester werktätiger und ausgebeuteter Massen tief verankert ist, von den Herrschenden immer wieder mobilisierbar ist und systematisch weiter verstärkt wird.

Quellen: Deschner, K.: *Kriminalgeschichte des Christentums*, Sechster Band, 11. und 12. Jahrhundert, Hamburg 200; Milger, P.: *Die Kreuzzüge*, München 1988; Pernoud, R.: *Die Kreuzzüge in Augenzeugenberichten*, Düsseldorf 1965; Wollschläger, H.: *Die bewaffneten Wallfahrten gen Jerusalem*, Zürich 1973; Poliakov, L. *Geschichte des Antisemitismus*, Band I, Worms 1979

Kleinkram" verfolgen. Zum anderen ist dies auch ein ein deutlicher Hinweis darauf, mit welchem Ausmaß polizeistaatlicher Willkür antimilitaristische Massenkämpfe gegen den Krieg der deutschen Imperialisten zu rechnen haben.

II.
Solidarität mit den wirklich fortschrittlichen und revolutionären Kräften in Mittel- und Westasien!
Keine Solidarität mit den Taliban und ähnlichen reaktionären Kräften!

11. Das Taliban-Regime als ureigenste Kreatur des imperialistischen Systems

Das Regime der Taliban in Afghanistan ist ganz gewiß keine fortschrittliche, antiimperialistische, es ist eine reaktionäre, vom System des Imperialismus geschaffene Macht. Vor allem die amerikanischen, aber auch die deutschen und andere Imperialisten unterstützten jahrelang diverse reaktionäre Kräfte in Afghanistan gegen den sozialimperialistischen Konkurrenten Sowjetunion, der von 1979 bis 1989 Afghanistan direkt militärisch besetzt hielt, um diesen Einflußbereich gegen die US-Imperialisten und anderen imperialistischen Großmächte zu halten. Die Taliban, Bin Laden und die ebenso reaktionären Kräfte der „Nordallianz" wurden mit Abermilliarden von Dollars direkt vom CIA und anderen Geheimdiensten finanziert und mit modernsten Waffen ausgerüstet. Auch der BND unterstützte den Kampf gegen die russische Armee und schickte z.B. in Bundeswehr-Flugzeugen Gasmasken, Nachtsichtgeräte, Decken und Zelte in die pakistanische Grenzstadt Peschawar. Dort übernahm der pakistanische Geheimdienst ISI die weitere Verteilung. (Die Zeit, 15.11.01)

Bezeichnend ist, daß die wirklich fortschrittlichen, vor allem die am wissenschaftlichen Kommunismus orientierten Kräfte Afghanistans schon damals nicht nur von den sozialimperialistischen Machthabern verfolgt und ermordet wurden, sondern ebenso von den reaktionären Banden, die im Sold der westlichen Imperialisten standen.

Angesichts der neuen weltpolitischen Entwicklung, gekennzeichnet vor allem durch den Vormarsch des deutschen Imperialismus in Osteuropa und den Rückzug der russischen Sozialimperialisten, gelang es den Taliban, die sich nunmehr - ebenso wie zuvor Saddam Hussein oder Khomeini - den „Kampf gegen die USA" auf ihre Fahnen geschrieben haben, sich auf internationalem Gebiet einen gewissen Handlungsspielraum zu verschaffen, wobei sie allerdings in hohem Maß von der Unterstützung insbesondere durch Kräfte der Reaktion in Pakistan abhängig waren.

12. Die Rolle pro-imperialistischer Kettenhunde für ihre imperialistischen Herren

Auf verschiedene Weise wird vorgebracht, daß Organisation wie Al Qaida, Hamas und ähnliche Organiationen angeblich doch irgendwie eine Art „linker" Interessenvertretung der unterdrückten Völker seien, die aus Haß in ihren Methoden nur übertreiben würden und angeblich sogar eine Art von „Linksradikalen" seien. Das ist jedoch völlig falsch.

In Zentral- und Westasien, aber auch einigen Ländern Afrikas diente und dient das Hochpeitschen von reaktionären, sich nationalistisch oder religiös bemäntelnden Bewegungen, die oft in enger Verbindung zu den reaktionären, vom Imperialismus abhängigen Regimes im Irak, im Iran, in Syrien oder Saudi-Arabien stehen, vor allem zwei Zielen:

- Erstens päppelten die imperialistischen Mächte in abhängigen Ländern diverse reaktionäre Gruppierungen und Bewegungen auf, um im imperialistischen Konkurrenzkampf gegen imperialistische Rivalen ihre eigenen Interessen verstärkt durchzusetzen, wie das eindeutig in Afghanistan der Fall war.
- Zweitens ging es und geht es darum, den Einfluß fortschrittlicher und revolutionärer Kräfte und Organisationen zu untergraben oder sie zu zerschlagen. In der Tat ist es ein sehr ernstes Problem, daß in vielen Regionen der Welt, derartige reaktionäre Bewegungen, die vielfach einen großen Masseneinfluß haben, tatsächliche demokratische Ansätze von Befreiungsbewegungen „plattmachen" bzw. gemacht haben.

Dabei ist kennzeichnend, daß all diese Organisationen als „Söldner" großer imperialistischer Mächte aufgebaut, toleriert und eingesetzt wurden, eine gewisse Eigenständigkeit für einige Jahre haben, die sie teilweise in Widerspruch mit bisherigen Geldgebern bringen. Hier konkret zu argumentieren ist schwierig, aber ganz besonders wichtig. Zu den Taliban sind die Fakten relativ klar. Doch ist es ebenso notwendig, sich tiefere Klarheit über die anderen panislamistichen Organisationen wie Hamas oder Hisbollah in Palästina, die FIS bzw. GIA in Algerien usw. zu verschaffen. Keine revolutionäre Kraft wird darum herum kommen, die Plattformen dieser vielfach untereinander vernetzten reaktionären, faschistisch struk-

Aus dem Leben einiger der Genossen, die im Kampf für den Aufbau der Kommunistischen Partei Afghanistans/ML von den Handlangern des russischen Sozialimperialismus oder von den reaktionären Mujaheddin im Sold der westlichen Imperialisten ermordet wurden

Genosse Zemri war Mitglied der Führungsgruppe der Partei. Er war Lehrer an einer Schule in Kabul. An dem Tag, an dem der amerikanische Botschafter in Kabul erschossen wurde, nahmen ihn revisionistische Handlanger fest und versuchten durch Folterungen, von ihm verschiedene Dinge zu erfahren. Da ihnen dies nicht gelang, wurde er dort im Gefängnis erschossen.

Genosse Nurelhak (Deckname Nur) war Mitglied der Führungsgruppe der Partei. Er war Arbeiter in einer Textilfabrik. Nachdem die revisionistischen Lakaien merkten, daß er politisch tätig war, nahmen sie ihn fest und versuchten durch Folterungen seine politische Gesinnung zu erfahren. Da sie nur seinen Haß gegen das reaktionäre Regime und seine Überzeugung an die kommunistische Ideologie in Erfahrung bringen konnten, wurde auch er erschossen.

Genosse Mohamed Zedik war Mitglied des Zentralkomitees für die Provinz Herat. Bevor er zum Vorsitzenden des ZK der Provinz gewählt wurde, arbeitete er mit Freunden für die Partei „Ewige Flamme". Als sich diese Vereinigung spaltete, widmeten sich er und seine Freunde zwei Jahre lang der Verbreitung der marxistisch-leninistischen Lehren. Danach trat er seine Arbeit in der Provinz Herat an, wo er in einer Textilfabrik tätig war. Da er die Arbeiter in ihren Forderungen unterstützte und ihnen Rat erteilte, war er bald sehr beliebt und geschätzt. Bald schon sah die revisionistische Verwaltung in ihm eine Gefahr und ließ ihn aufgrund seiner politischen Vergangenheit verhaften. Während dieser Haft erlag er den grausamen Folterungen der Polizei.

Genosse Abdul Hakim (Deckname Fatah) war Mitglied des Zentralkomitees. Nach dem Aufstand in Herat wurde er von der Partei beauftragt, dort zu kämpfen. Während des Kampfes in Herat wurde er festgenommen und es wurde ihm vorgeworfen, Mitglied von „Schulae Jawed" („Ewige Flammen"-Partei) zu sein. Er wurde von einer der reaktionären Mujaheddin im Sold der westlichen imperialistischen Mächte grausam ermordet.

Genosse Mohamed Omar war Mitglied der Führungsgruppe der Partei. Genosse Omar hat sich während des Krieges an der Front gegen den Sozialimperialismus durchgesetzt und sich einen Namen gemacht. Durch seine Tapferkeit war er der Bevölkerung in der Provinz ein Vorbild. Den reaktionären Handlanger im Sold der westlichen imperialistischen Mächte war er ein Dorn im Auge, sie sahen durch ihn ihre Existenz in Gefahr und beschatteten ihn solange, bis sie ihn eines Tages allein in der Wohnung wußten. Sie umstellten ihn und nahmen in fest, um ihn in die Berge zu schleppen und dort zu ermorden.

Genosse Golam Hussein (*Deckname Ali*) war Mitglied des Zentralkomitees. Dieser revolutionäre Genosse gehörte der nationalen Minderheit der Hazara an. Nachdem er von seiner Partei den Auftrag erhalten hatte, nach Herat zu fahren und dort zu kämpfen, wurde er von den revisionistischen Mörder gefaßt und ermordet.

Genosse Zaleh Mohamed war Mitglied des Zentralkomitees. Während der Kämpfe in Farah (im Südwesten Afghanistans) hat er eine eigene Front aufgebaut und diese auch während der Angriffe weitergeführt. Er wurde im Schlaf von Mitgliedern des „Schwarzen Schwan" (panislamische Bande) verhaftet. Daraufhin hat man ihn gefoltert und zusammen mit seinen Genossen ermordet.

(Quelle mit einer Kurzbiographie der insgesamt 27 ermordeten Genossen in: AKHGAR (Organisation für den Aufbau der Kommunistischen Partei Afghanistans/Marxisten-Leninisten), ***Zur Erinnerung an die Märtyrer***, Juni 1982. Übersetzt in: Flugblatt von „Gegen die Strömung" vom Dezember 1983 „Es lebe die antiimperialistische Revolution in Afghanistan! Es lebe der proletarische Internationalismus! Es lebe die proletarische Weltrevolution!")

turierten Organisationen und Bewegungen zu verurteilen und zu bekämpfen.

Völlig falsch ist die Vorstellung, daß vom Imperialismus geschaffene bzw. abhängige Kräfte nicht in Konflikt mit ihren Auftraggebern und Drahtziehern geraten könnten. Um es mit einem Bild auszudrücken: Es ist sehr wohl möglich, daß ein Kettenhund, der jahrelang seinem Herrn „treu" gedient hat, diesen Herrn selbst beißt, wofür er dann entsprechend gezüchtigt oder liquidiert wird. Es kann sogar sein, daß ein solcher Kettenhund sich einmal von der Kette losreißt und nur mit großem Aufwand wieder eingefangen werden kann. Ebenso ist es möglich, daß so ein streunender Kettenhund von einem anderen Herrn gefangen wird und nunmehr von diesem an die Leine gelegt wird.

13. Ursachen für den verstärkten Einfluß pro-imperialistischer reaktionärer Bewegungen

Das enorme Anwachsen solcher reaktionärer Organisationen und Bewegungen, die vielfach einen erheblichen Masseneinfluß und Massenanhang haben, hängt sehr weitreichend auch mit den enormen Rückschlägen und der Schwäche der internationalen kommunistischen Bewegung zusammen. In den von Lenin entworfenen Leitsätzen der Kommunistischen Internationale zur nationalen und kolonialen Frage von 1920, wurde in bezug auf die Aufgaben der Kommunistischen Parteien in den ökonomisch zurückgebliebenen Ländern vor allem des Ostens, in denen feudalistisch-patriarchalische Verhältnisse großes Gewicht haben, betont,

> **„die Notwendigkeit, die Geistlichkeit und sonstige reaktionäre und mittelalterliche Elemente zu bekämpfen, die in den zurückgebliebenen Ländern Einfluß haben;**
> ...
>
> **die Notwendigkeit, den *Panislamismus* und ähnliche Strömungen zu bekämpfen, die die Befreiungsbewegung gegen den europäischen und amerikanischen Imperialismus mit einer Stärkung der Positionen der Khane, der Gutsbesitzer, der Mullahs usw. verknüpfen wollen."**
> (Lenin, „Ursprünglicher Entwurf der Thesen zur nationalen und kolonialen Frage", 1920, Lenin Werke, Band 31, S.137)

Dieser Kampf wurde mit einigem Erfolg, wenn auch gewiß nicht frei von Fehlern, jahrzehntelang unter Führung der Kommunistischen Parteien geführt. Dabei spielte das Vorbild der sozialistischen Sowjetunion zur Zeit Lenins und Stalins eine große Rolle, da hier praktisch und mit enormer internationaler Ausstrahlung auf alle unterdrückten Völker der Welt gezeigt wurde, wie unter der Diktatur des Proletariats im Kampf gegen Chauvinismus, Nationalismus und religiöse Verdummung der Einfluß der reaktionären Kräfte zunehmend zerschlagen, wie vor allem auch entscheidende Schritte vorwärts gemacht werden können zur Lösung der nationalen Frage. Durch die revisionistische Liquidierung der allermeisten ehemaligen Kommunistischen Parteien, vor allem nach dem revisionistischen 20. Parteitag der KPdSU 1956, brach die revolutionäre Gegenkraft gegen die reaktionären, feudalistischen Kräfte in diesen Ländern weitgehend weg, so daß es nur eine Frage der Zeit und des Zusammentreffens verschiedener Umstände war, bis diese reaktionären Kräfte in einem so breiten Maßstab auf den Plan traten bzw. treten konnten.

Enorme Auswirkungen hatte diese verheerende Entwicklung auch auf die Entwicklung nationaler Befreiungsbewegungen, sei es in Mittel- und Südamerika, sei es in Afrika oder Asien. Ohne zielklare Führung durch kommunistische Parteien wurden verschiedene Bewegungen teilweise direkt liquidiert, teilweise ließen sie sich reformistisch in die Stabilisierung bestehender, nur kosmetisch leicht veränderter Ausbeutungs- und Abhängigkeitsverhältnisse integrieren (wie etwa in El Salvador). Mit dem sich verschärfenden Kampf der imperialistischen Großmächte um Neuaufteilung der Einflußsphären zeichnet sich ab, daß die Imperialisten verstärkt nationale Befreiungsbewegungen „unterstützen", die sich gegen ihre Rivalen richten, um sie für die eigenen expansionistischen Ziele zu instrumentalisieren. Genau so gingen die Nazis während des Zweiten Weltkrieg insbesondere gegenüber diversen Bewegungen in Asien und Afrika vor, die sich gegen den britischen Imperialismus richteten, wie z.B. im Irak.

14. Die imperialistische Demagogie von „links = rechts"

Das von der imperialistischen Reaktion demagogisch aufgebaute und verwendete Denkmuster „links = rechts" spielt in diesem Zusammenhang eine ganz besondere Rolle. In der reaktionären Hetze des sogenannten „Kriegs gegen den Terrorismus" werden Organisationen wie Al Qaida, Hamas usw. mit ganz bestimmten Absichten vieldeutig und nebulös als „radikal", „gewalttätig" usw. Ihre Charakterisierung wird bewußt offen gelassen, um in der Propaganda gegen diese Organisationen die Speerspitze vor allem gegen zukünftige, mögliche oder in Ansätzen auch real existierende revolutionäre Organisationen richten zu können.

Äußerst schädlich und strikt abzulehnen ist dabei, wenn in Deutschland, in der Türkei oder anderswo Organisationen mit einem linken, revolutionären oder sogar kommunistischen Anspruch unter dem Vorwand des „internationalen antiimperialistischen Kampfes" Bündnisse etwa mit der Hamas propagieren oder selbst praktisch durchführen. Durch diesen Opportunismus wird der antagonistische Widerspruch verwischt zwischen den wirklich fortschrittlichen, antiimperialistisch-demokratischen und kommunistischen Kräften und derartigen Organisationen der Reaktion, die im Grunde faschistisch strukturiert sind und keinerlei antiimperialistisch-demokratisches Potential repräsentieren.

15. Proletarischer Internationalismus als Richtschnur wirklich antiimperialistischer und kommunistischer Politik

Was die Anschläge vom 11. September 2001 in New York und Washington angeht, so steht fest, daß diese eindeutig im Gegensatz zu jeglicher Tradition wirklich linker, antiimperialistischer oder gar kommunistischer Politik stehen. In dieser Tradition stehen nur bewaffnete Aktionen, die sich an der Richtschnur des proletarischen Internationalismus, an den Grundprinzipien „Proletarier aller Länder, vereinigt euch!" und „Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt euch!" orientieren, um Schritt für Schritt und auf lange Sicht wirklich ein Bündnis aller revolutionären Kräfte weltweit gegen den gemeinsamen Feind, den Weltimperialismus zu schmieden. Die Anschläge vom 11. September zeugen aber ganz und gar nicht von so einem Bestreben oder Konzept. Vielmehr deutet alles darauf hin, daß es sich um einen Konflikt innerhalb des Lagers der imperialistischen Weltreaktion handelt, wobei es um keinerlei wirkliche Interessen ausgebeuteter und unterdrückter Volksmassen geht.

Anhaltende Aggression und militärische Operationen der US-amerikanischen und anderen imperialistischen Mächte in Zentral- und Westasien werden dazu führen, daß sich eine gerechte anti-

„Alte" Kontakte des deutschen Imperialismus zur einheimischen Reaktion Afghanistans am Beispiel des Königs Zaher Schah

Den afghanischen König Zaher Schah, der heute von den imperialistischen Großmächten für den Wiederaufbau des „Nachkriegs-Afghanistan" wiederbelebt wurde, verbinden zum deutschen Imperialismus langjährige Beziehungen.

Seit 1933 stand er an der Spitze des afghanischen Staates und stellte rasch enge Handelsbeziehungen zu den faschistischen Mächten Deutschland, Italien und Japan her und das war kein Zufall.

Von Nazideutschland erhoffte sich Zaher Schah die Lösung der „Paschtunistan-Frage", also des Siedlungsgebiets der paschtunischen Bevölkerung jenseits der „Durand-Linie" zu „Britisch-Indien", der Kolonie des englischen Imperialismus.

Den Nazis ging es darum, die Position der imperialistischen Mitglieder der Anti-Hitler-Koalition, insbesondere des englischen Imperialismus, zurückzudrängen und zu schwächen und sich einen Stützpunkt im Krieg gegen die damals sozialistische Sowjetunion zu erobern. Die Pläne der deutschen Nazifaschisten sahen vor, die paschtunische, mehrheitlich muslimische Bevölkerung in „Britisch-Indien" zu ihrem Nutzen gegen die britische Kolonialmacht aufzuwiegeln.

Zu Beginn des 2. Weltkrieges, im Dezember 1939, entwarf das Nazi-Außenministerium „eine generelle Planung für alle Sektoren" des afghanischen Staates und veranlaßte die Verpflichtung „deutscher Sachverständiger". Die afghanische Polizei und der Geheimdienst wurden von nazifaschistischen Polizeioffizieren neu aufgebaut. 1940 weigerte sich Zaher Schah, der Anti-Hitler-Koalition beizutreten und erklärte pro Forma die „Neutralität" Afghanistans. Zwar war Zaher Schah auf Druck der Mächte der Anti-Hitler-Koalition 1941 gezwungen, über 200 Repräsentanten Nazideutschlands und des italienischen Faschismus des Landes zu verweisen. Jedoch duldete er mit Berufung auf das afghanische „Gastrecht" weiterhin den Betrieb der überdimensional großen Boschaft Nazi-Deutschlands in Kabul samt einer pronazistischen deutschen Kolonie von rund 350 Nazis. Diesen pronazistsichen Deutschen wurde nach Kriegsende freies Geleit gegeben.

So beeindruckt war Zaher Schah von den deutschen Nazifaschisten, daß seine persönlichen Schutztruppen noch in den 50er Jahren SS-Uniformen trugen.

Heute spielt diese Figur zusammen mit seinem Sohn in den Planungen des „Wiederaufbaus" in Afghanistan eine nicht unwichtige Rolle für die Imperialisten, insbesondere wohl auch für die deutschen Imperialisten, die mit Sicherheit ihre „alten Kontakte" wieder auffrischen werden.

* * *

Quellen: *Spiegel 42/2001; Griffin, M., Reaping the Whirlwind, The Taliban Movement in Afghanistan, London 2001, Konkret 12/2001*

imperialistische Bewegung der Volksmassen in den verschiedensten Ländern formieren wird – selbständig und gegen die verschiedenen reaktionären Regimes und Kräfte. Doch Möglichkeit und Wirklichkeit dürfen nicht miteinander verwechselt werden. Zur Zeit ist der Widerstand gegen die USA noch geprägt durch die Führung gerade dieser reaktionären Regimes und Bewegungen.

16. Solidarität mit dem Taliban-Regime als vom Imperialismus überfallenes Land?

Es wäre ein grundlegender Fehler, die unbedingte Verurteilung der militärischenen Aggressionen gegen Afghanistan oder etwa gegen Irak gleichzusetzen mit der angeblich nötigen Unterstützung der überfallenen Staaten und ihrer Regierungen. Dahinter steckt die hier ganz und gar falsche Argumentation des „Entweder–Oder". Man könne nur für die USA oder für Afghanistan (bzw. Irak) sein, etwas anderes gebe es nicht.

Das Schwergewicht des Protestes gegen den barbarischen Massenmord durch die imperialistische Bombardierung Afghanistans zu richten, ist völlig richtig: Steht auf dieser Seite doch eine „Allianz" von mörderischen imperialistischen Großmächten – Massenmörder im Weltmaßstab. Dem gegenüber steht mit dem Taliban-Regime ein Regime des Massenmords im eigenen Land. Hier die Empörung vor allem gegen die Großmächte zu richten, hier in Deutschland dabei vor allem die Machenschaften des deutschen Imperialismus aufs Korn zu nehmen, einen richtigen Schwerpunkt des Protestes zu bestimmen, hat ganz und gar nichts mit einer Sympathie für das Mörderregime der Taliban zu tun.

Mit Beweisen und Fakten muß auf die Verbrechen des Taliban-Regimes ebenso wie anderer reaktionärer, vom Imperialismus abhängiger Staaten verwiesen werden, ohne den Überfall damit zu rechtfertigen. Es gibt nur den Weg, die Völker dieser Region dabei zu unterstützen, ihre reaktionären Regimes selbst los zu werden und gleichzeitig dabei die Einmischung der Großmächte abzuwehren.

III. Ideologisch-politisches Grundproblem Nr. 1: Die angebliche deutsche „Amerikahörigkeit"

Es gibt Stimmen, welche die deutsche Bundesregierung verurteilen, weil sie angeblich „amerikahörig" sei und diese auffordern, endlich deutlicher einen eigenen „deutschen Weg" zu gehen. Hierbei handelt es sich keineswegs nur um eine tagespolitische Frage, sondern dahinter stehen grundlegende Fragen der langfristigen Entwicklung im Verhältnis zwischen den USA und Deutschland, welche vor allem auch die Grundausrichtung gegen den deutschen Nationalismus und Chauvinismus betreffen.

Die These von der angeblichen „Amerikahörigkeit" widerspricht der Tatsache, daß vom deutschen Imperialismus, Militarismus und Revanchismus schon seit Jahrzehnten ein eigenständiger Weg *gegen* den US-Imperialismus angegangen wird. Dies überzeugend klarzustellen, ist gewiß eine der schwierigsten Fragen. Denn die Optik täuscht hier wirklich angesichts der scheinbaren „Nibelungentreue" von Schröder und Fischer. Nachfolgende Gesichtspunkte sollten aber zu denken geben:

Der unmittelbar den Arbeiterinnen und Arbeitern sowie der Masse der anderen Werktätigen in Deutschland gegenüberstehende Feind, der deutsche Imperialismus, ist in Fragen der Vorbereitung und Durchführung von Raubkriegen sehr erfahren. Er versteht es von je her auch geschickt, von sich auf seine Rivalen abzulenken. So wird in Massenmedien des deutschen Imperialismus, von den einen mehr subtil, von anderen aber auch schon ziemlich unverblümt gegen die USA polemisiert, daß es bei „deren Krieg" schließlich nicht um „unsere deutschen Interessen" gehe, daß das „nicht unser Krieg" sei usw.

Hier deutet sich schon an, was - vielleicht früher als manche ahnen - künftig ganz massiv als eine Grundlinie des deutschen Imperialismus hervortreten wird: Zunehmende „Einstimmung" auf die immer direktere, auch militärische Konfrontation mit dem US-Imperialismus.

Krieg zwischen den USA und Deutschland? Diese Vorstellung ist für die allermeisten kaum vorstellbar. In der Tat ist die direkte militärische Konfrontation zwischen diesen zwei Großmächten gegenwärtig unwahrscheinlich. Der deutsche Imperialismus hat seine Vorbereitungen auf einen imperialistischen Krieg im Weltmaßstab bei weitem noch nicht abgeschlossen. Darauf wird von den deutschen Militaristen mit einem großem Lamento über die angeblichen oder wirklichen Schwächen der Bundeswehr verwiesen. Das militärische Auf-

Die Instrumentalisierung reaktionärer Kräfte im Herrschafts- und Einflußbereich imperialistischer Rivalen – eine altbekannte Methode des deutschen Imperialismus und seiner Nazis

Seit es den deutschen Imperialismus gibt, hat dieser ein großes Geschick entwickelt, mit verschiedenen Methoden in die Einflußsphären seiner Rivalen einzudringen und deren Positionen zu unterminieren. So haben die deutschen Imperialisten immer wieder raffiniert die Stimmungen ausgenutzt, die in verschiedenen Ländern gegen die dort dominierenden Imperialisten herrschen und – in Verbindung damit – reaktionäre, nationalistische Kräfte auf ihre Seite gezogen und für sich instrumentalisiert. Diese Politik wurde gegen den englischen und französischen Imperialismus betrieben. Die nazifaschistischen Machthaber haben mit ihren „fünften Kolonnen" diese Infiltration weiter vorangetrieben und zum Beispiel in Südamerika auch gegen die USA gerichtet. Diese Machenschaften spielten aber auch bei der Vorbereitung und Durchführung des Nazikriegs gegen die damals sozialistische UdSSR eine große Rolle.

Angesichts des großen englischen Kolonialbesitzes unternahmen die deutschen Imperialisten von Anfang an große Anstrengungen, um besonders in verschiedenen englisch beherrschten Ländern reaktionäre Kräfte zu instrumentalisieren, wobei sie die real bestehende koloniale und nationale Unterdrückung für sich auszuschlachten versuchten.

- In **Indien** unterstützten die Nazis S.C. Bose, einen Führer der „Kongreßpartei", der 1941 nach Deutschland flüchtete und dort die reaktionäre Organisation „Freies Indien" gründete. Mit massiver Nazi-Unterstützung wurde eine indische Einheit der Nazi-Armee geschaffen, die sogenannte „Tiger-Legion". Bose rief über einen von Nazi-Deutschland errichteten Sender zum „Befreiungskampf" gegen England in Indien auf. 1943 brachten ihn die Nazis mit einem U-Boot nach Singapur, das vom japanischen Imperialismus besetzt war. Dort proklamierte er das „Freie Indien", das von Nazi-Deutschland und seinen Verbündeten sofort anerkannt wurde. Bose organisierte daraufhin mit massiver Unterstützung der Nazis und auch des japanischen Imperialismus reaktionäre bewaffnete Einheiten, die in Indien gegen England eingesetzt wurden, um einen reaktionären Aufstand gegen die englische Kolonialherrschaft zu initiieren.
- Ein besonders krasses Beispiel ist die Unterstützung und Instrumentalisierung der panarabischen und panislamistischen Kräfte um Husseini, den langjährigen Großmufti von Jerusalem. Der zunächst von England geförderte Husseini, schwenkte nach 1933 rasch auf ein direktes Bündnis mit den Nazis um. 1941 war Husseini führend an der Planung und Organisation des pronazistischen Putsches im Irak beteiligt. Nachdem der Putsch gescheitert war, wurde Husseini von den Nazis direkt in Dienst genommen. Husseini wurde im Frühjahr 1943 in Kroatien eingesetzt, wo er rund 20.000 Soldaten für bosnische islamische Bataillone rekrutierte und organisierte, die der Waffen-SS unterstellt und im Kampf gegen die jugoslawischen Partisanen eingesetzt wurden, insbesondere aber auch Massaker unter Jüdinnen und Juden durchführten. Husseini sollte aber auch die mörderische „Kampfmoral" der sogenannten „Ostbataillone" stärken. Das waren Hilfstruppen der Nazi-Wehrmacht, die Anfang 1942 gebildet worden waren und gegen die Rote Armee kämpften. Sie waren unter anderem unter Tataren von der Krim und aus Kaukasien und unter Freiwilligen aus Kriegsgefangenenlagern angeworben worden, die aus Turkestan, Aserbaidschan und anderen Teilen Mittelasiens stammten. Verschiedene Führer und Offiziere dieser „Ostbataillone" nahmen an Ausbildungskursen des „Islamischen Instituts" teil, das mit Husseini an der Spitze von den Nazis in Dresden gegründet wurde. Ende 1943 ermöglichten die Nazis Husseini, der für die weltweite Ermordung aller Jüdinnen und Juden eintrat, die Gründung des „Arabischen Instituts für die Erforschung der Judenfrage" in Berlin. Nach dem Zweiten Weltkrieg bekam Husseini, dessen Auslieferung als Kriegsverbrecher von Jugoslawien gefordert wurde, in Ägypten Asyl.[1]
- Auch im Kampf gegen den französischen Imperialismus machte sich Nazi-Deutschland in den 30er Jahren scheinbar zum „Vorkämpfer" von Völkern, die vom französischen Imperialismus unterdrückt wurden. So wurde im Oktober 1934 in Berlin eine „Konferenz der muselmanischen Gemeinden" unter Vorsitz Abd el-Wahab aus Marroko gebildet. Dort wurde verkündet, daß Marokko, Tunesien und Algerien ihre „Freiheit" nur durch den Sieg Deutschlands über Frankreich erlangen könnten.[2]
- Den deutschen Imperialisten bzw. Nazifaschisten beschränkten sich keineswegs auf panislamische Kollaborateure, sondern instrumentalisierten ebenso auch reaktionäre bzw. faschistische christliche Kräfte (z.B. aus Georgien und Armenien), Hauptsache es nützte ihren expansionistischen Zielen.
- In Südamerika arbeiteten die Nazis im Kampf gegen den Einfluß vor allem des US-Imperialismus in diesen Ländern mit Hilfe der sogenannten „Volksdeutschen". Vor allem in Argentinien, Brasilien, Chile, Uruguay und Paraguay lebten Hundehrtausende sich als „Deutsche" verstehende, zum großen Teil reaktionäre Bevölkerungsteile, die die Nazis zu großen Teilen zur Spionage und auch zur Aufstachelung von reaktionären Bewegungen oder pronazistsicher Putsche in diesen Ländern ausnutzen konnten. Tausende dieser „Deutschen" waren Mitglieder der Nazi-Partei, der SA und SS oder der nazistischen „Auslandsorganisation". So wurde z.B. in Chile im Juli 1940 und Juni 1941 Versuche chilenischer Faschisten vereitelt, pronazistische Putsche durchzuführen. Auch in Uruguay wurden im Mai 1940 Nazi-Putschpläne aufgedeckt und vereitelt.[3]

Quellen: [1] Gutmann, I. (Hrsg.), *Enzyklopädie des Holocaust*, Band II, München Züch 1998, S. 628 – 632; [2] Potjomkin, W.P. (Hrsg), *Geschichte der Diplomatie*, Dritter Band, Moskau 1947, S. 838; [3] De Jong, L., *Die deutsche fünfte Kolonne im 2. Weltkrieg*, Stuttgart 1959, S. 114-115, 118; [3] *Drahtzieher im braunen Netz*, Hamburg 1996, S. 103

rüstungsprogramm der Bundeswehr läuft auf Hochtouren.

Die militärische Konfrontation mit den USA erfolgt unter dem gegenwärtigen Bedinungen vor allem in zweifacher Weise:

- Erstens gehen die deutschen Imperialisten nunmehr daran, ihre eigenen Truppen verstärkt in anderen Ländern zu stationieren, um den US-Imperialisten nicht allein das Feld zu überlassen.
- Zweitens lenken, bewaffnen und finanzieren die deutschen Imperialisten in sogenannten „Stellvertreterkriegen" von ihnen abhängige reaktionäre Kräfte, die Krieg führen gegen andere reaktionäre Kräfte, die ihrerseits vom US-Imperialismus oder auch anderen imperialistischen Mächten abhängig sind. Darin haben die deutschen Imperialisten schon einige Übung. So haben sie etwa in El Salvador jahrelang bestimmte Kräfte unterstützt, welche den bewaffneten Kampf gegen die von den USA abhängige Machthaberclique geführt haben. Auch in Afghanistan zeichnet sich ab, daß die verschiedenen reaktionären Cliquen, die vielfach schon seit Jahren bewaffnet gegeneinander kämpfen, jeweils von bestimmten Imperialisten instrumentalisiert werden, um in diesem Land bzw. in dieser ganzen Region maximal den eigenen Einfluß zu verstärken.

Für die Entwicklung auf weitere Sicht sollte aber auch folgendes zu denken geben: Auf verschiedenen Gebieten, so etwa der chauvinistischen Hetze und Politik gegen „Ausländer", läßt sich in den letzten Jahren nachweisen, daß die deutschen Nazis in gewisser Weise eine Vorreiterrolle haben und nur vorausnehmen, was später mehr oder minder offizielle deutsche Staatspolitik wird. Heute überschlagen sich die Nazis geradezu mit ihrem deutschnationalistischen und antisemitischen Antiamerikanismus. Sicherlich ist es kein Zufall, daß gegen fortschrittliche Kritiker der imperialistischen Aggression gegen Afghanistan sogleich mit Berufsverboten und anderen Repressalien vorgegangen wird, während offen nazifaschistische Hetze im antiamerikanischen Gewand weitgehend freie Hand gewährt wird und bei Nazi-Aufmärschen durch deutsche Polizei geschützt wird. ein Besipiel ist H. Mahler, der die Anschläge vom 11. September in New York auf antiamerikanischer und antisemitischer Basis - verhüllt mit scheinbar „antikapitalistsichen" Phrasen - begeistert begrüßte, weil sie angeblich *„das Ende des amerikanischen Jahrhunderts, das Ende des globalen Kapitalismus und damit das Ende des weltlichen Jahwe-Kults, des Mammonismus"* markieren würden. Die Nazis haben diesen Auftrieb, weil sie, unabhängig von den USA-Solidaritätsbekundungen der offiziellen Politik, faktisch Rückenwind durch die revanchistischen Bestrebungen und Ziele des deutschen Imperialismus erhalten.

Dies alles hat einen tieferen Hintergrund: Für den deutschen Imperialismus, Militarismus und Revanchismus ist der weitere militärische Vorstoß im Zusammenhang mit dem Aggressionskrieg gegen Afghanistan nur ein Schritt auf seinem weiteren Weg – nicht nur gegen Osten – Revanche zu nehmen für die Niederlage, die ihm 1945 die Völker und die Staaten der Anti-Hitler-Koalition bereitet haben, die im Partisanenkrieg und mit regulären Armeen gekämpft haben. Die dem Antiamerikanismus zugrunde liegende Ideologie der Revanche dient dem Ziel, mit allen Mitteln, einschließlich der militärischen, Einfluß und Ausbeutungsmöglichkeiten der deutschen Imperialisten zu erhöhen.

Daher kann auch nicht nachdrücklich genug jene pseudolinke Variante der Ablehnung der Bombardierung Afghanistans bekämpft werden, die im Grunde im Sinne der weiteren eigenständigen Interessen des deutschen Imperialismus Ratschläge gibt, wie auch in und nach diesem gemeinsamen Krieg mit den USA die Rivalität mit dem US-Imperialismus vorangetrieben werden kann.

Um hier ideologisch und politisch nicht ins Schlepptau der deutschen Imperialisten zu geraten, ist von größter Aktualität und Bedeutung das von Karl Liebknecht formulierte Prinzip ***Der Hauptfeind steht im eigenen Land!*** Das bedeutet auch, daß bei der gerechten Brandmarkung der Verbrechen anderer Imperialisten nicht vergessen werden darf, daß hier in Deutschland ***vorrangig*** der deutsche Imperialismus angegriffen und entlarvt werden muß als Ausbeuter und Unterdrücker der Völker der Welt, als eigener Kriegsherd, als imperialistische Großmacht mit all ihren Verbrechen im Innern wie nach außen.

IV.
Ideologisch-politisches Grundproblem Nr. 2: „Frieden schaffen ohne Waffen"?

Manche meinen, man müsse der imperialistischen Kriegstreiberei allgemeine Phrasen entgegenstellen wie „Mit Krieg und Gewalt kann man keine Probleme lösen", „Krieg macht alles nur noch schlimmer", „Mit Bomben kann man keinen Frieden schaffen", „Gegen die Gewaltspirale" usw. Damit wird so getan, als seien jegliche Gewalt und jeglicher Krieg per se schlecht und immer zu verurteilen. Daher, und ***nicht*** aus einer ***konkreten*** Analyse, müßten zum einen die Anschläge vom 11. September und zum anderen der Bombenkrieg gegen Afghanistan verurteilt werden, müßten Wege gefunden werden, um ohne Gewalt und Krieg alle Konflikte auf der Welt zu „schlichten". Diese Frage hat eine weit über die Einschätzung der Anschläge vom 11. September und den Krieg in Afghanistan hinaus gehende ***grundlegende*** Bedeutung auf sehr weite Sicht für die Perspektive des Kampfes gegen jegliche Ausbeutung und reaktionäre Unterdrückung weltweit ebenso wie hier in Deutschland.

In Wirklichkeit ist die Frage ganz und gar nicht „Gewalt oder keine Gewalt", „Krieg oder kein Krieg". Historisch ist klar, daß Gewalt und Krieg gegen den Nazifaschismus absolut notwendig und völlig gerechtfertigt waren und in sich völlig logisch sind. Daran werden wir durch nichts und niemanden rütteln lassen! Mit der These „Gewalt ist gleich Gewalt" wird der historische Kampf aller Nazi-Gegnerinnen und Nazi-Gegner gegen das Nazi-Regime diffamiert: Der bewaffnete Kampf etwa der jüdischen Partisanen von Wilna, die Resistance in Frankreich und Belgien, der Widerstand in den Konzentrations- und Vernichtungslagern, all das soll dasselbe sein wie die Gewalt der Nazis?

Die scheinbar nur etwa gegen den Aggressionskrieg gegen Afghanistan gerichtete Ablehnung *„des* Krieges" bedeutet den erklärten Verzicht darauf, die imperialistische Ausbeuterordnung mit all ihren Verbrechen jemals aus der Welt zu schaffen. Denn niemals werden sich die deutschen Imperialisten – wie die Imperialisten und Reaktionäre aller Länder – friedlich ihre Reichtümer wegnehmen lassen, niemals werden sie sich friedlich dem Willen der von ihnen ausgebeuteten und unterdrückten Mehrheit unterordnen. Um ihre Herr-

Was uns Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht für heute zu sagen haben

„Internationaler proletarischer Klassenkampf gegen internationale imperialistische Völkerzerfleischung heißt das sozialistische Gebot der Stunde.

Der Hauptfeind jedes Volkes steht in seinem eigenen Land!...

Proletarier aller Länder, ...vereinigt euch zum internationalen Klassenkampf gegen die Verschwörungen der Geheimdiplomatie, gegen den Imperialismus, gegen den Krieg, für einen Frieden im sozialistischen Geist.

Der Hauptfeind steht im eigenen Land!"
(Aus dem Flugblatt Karl Liebknechts „Der Hauptfeind steht im eigenen Land" vom Mai 1915)

„Um Frieden kämpfen heißt, alle Machtmittel der Arbeiterklasse rücksichtslos gebrauchen, um im Lande wie draußen im Felde die Fortführung des Völkermordes unmöglich zu machen, heißt, wie Liebknecht vor keinem Opfer und keiner Gefahr zurückzuschrecken, um den Burgfrieden zu sprengen und der Säbeldiktatur in den Arm zu fallen."
(Aus dem Artikel Rosa Luxemburgs "Liebknecht", in: "Spartacus", Nr.1, 20. September 1916)

„Die imperialistische Kapitalistenklasse überbietet als letzter Sproß der Ausbeuterklasse die Brutalität, den unverhüllten Zynismus, die Niedertracht aller ihrer Vorgänger. Sie wird ihr Allerheiligstes, ihren Profit und ihr Vorrecht der Ausbeutung, mit Zähnen und mit Nägeln, mit jenen Methoden der kalten Bosheit verteidigen, die sie in der ganzen Geschichte der Kolonialpolitik und in dem letzten Weltkriege an den Tag gelegt hat. ... sie wird lieber das Land in einen rauchenden Trümmerhaufen verwandeln als freiwillig die Lohnsklaverei preiszugeben.

All dieser Widerstand muß Schritt um Schritt mit eiserner Faust und rücksichtloser Energie gebrochen werden. Der Gewalt der bürgerlichen Gegenrevolution muß die revolutionäre Gewalt des Proletariats entgegengestellt werden...

Der Kampf um den Sozialismus ist der gewaltigste Bürgerkrieg, den die Weltgeschichte gesehen, und die proletarische Revolution muß sich für diesen Bürgerkrieg das nötige Rüstzeug bereiten, sie muß lernen, es zu gebrauchen – zu Kämpfen und Siegen."
(Das von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg verfaßte "Programm der KPD" von 1919)



Wasserwerfer- und Prügeleinsatz der deutschen Polizei gegen Mitglieder der jüdischen Gemeinde in Berlin:

Deutsche Polizisten schützen am 3.11.2001 den größten Nazi-Aufmarsch in Berlin seit 1945!

Schon im Vorfeld des Nazi-Aufmarsches arbeitete die deutsche Polizei Hand in Hand mit den Nazis, indem sie ganz bewußt die Route des Nazi-Aufmarsches geheimhielt und damit Angst und Schrecken bei den Mitgliedern der jüdischen Gemeinde hervorrief, denn die Nazis hatten angekündigt direkt an der jüdischen Synagoge vorbeizumarschieren.

Am Samstag, 3.12.2001 marschierten dann über 3000 Nazis unter dem Schutz von 4500 Polizisten durch die Straßen in Berlin. In Sichtweite der jüdischen Synagoge hielten die Nazis über eine Stunde lang unter massivem Polizeischutz ihre nazistisch-antisemitischen Hetzreden, gegen die neu eröffnete Ausstellung zu den Verbrechen der Nazi-Wehrmacht, die bis zur jüdischen Synagoge zu hören waren.

Deutsche Polizisten liessen nicht nur die Nazis ungestört aufmarschieren, sondern gingen mit Wasserwerfer- und Knüppeleinsatz gegen 4000 Demonstrantinnen und Demonstranten vor, darunter auch Mitgliedern der jüdischen Gemeinde Berlins, die den Nazi-Aufmarsch verhindern wollten. Es wurden mehrere Antinazisten verletzt, 13 wurden festgenommen. Nach dem Nazi-Aufmarsch wurde dann das Nazi-Pack von der Polizei aus der Stadt geleitet.

Ohne Kampf gegen die Nazi-Banden, die vom deutschen Imperialismus aufgepäppelt, herangezüchtet und unterstützt werden, auf der Straße und gegen ihre Ideologie, ist an einen weitergehenden Kampf für die Zerschlagung des deutschen Imperialismus nicht zu denken!

schaft unter allen Umständen zu sichern, dazu haben sie vor allem ihren Staat. Dessen Hauptkomponenten sind die Armee und die Polizei sowie zahlreiche halbmilitärische Formationen, die rücksichtslos gegen revolutionär aufbegehrende Arbeiterinnen und Arbeiter oder präventiv gegen die Gefahr der sozialistischen Revolution eingesetzt werden, wie die blutigen Erfahrungen *aller* Länder und nicht zuletzt auch die Geschichte Deutschlands gezeigt haben.

Die Arbeiterinnen und Arbeiter, die große Mehrheit der Ausgebeuteten und Unterdrückten in Stadt und Land, können sich daher niemals von Ausbeutung und Unterdrückung befreien, wenn sie nicht selbst zu den Waffen greifen, wenn sie nicht mit *revolutionärer Gewalt* gegen die konterrevolutionäre Gewalt vorgehen, um den Staat des deutschen Imperialismus in der proletarischen Revolution zu zerschlagen.

Auf die heuchlerischen Vorhaltungen der Bourgeoisie selbst oder ihrer Handlanger, der Opportunisten: Kommunismus, d.h. doch Abschaffung von Krieg, Unterdrückung und Gewalt gegen Menschen - wie könnt ihr also selbst zu solchen Mitteln greifen? antworten wir als Kommunistinnen und Kommunisten offensiv: Ja, wir sind für den Kommunismus, für eine Welt ohne Staat, ohne Kriege, ohne Waffen, Unterdrückung und Gewalt. Aber um den konterrevolutionären Krieg abzuschaffen, muß zunächst der revolutionäre Krieg geführt und zum Sieg gebracht werden. Und um die Gewehre abzuschaffen, muß man bereit sein, wenn es die Umstände erfordern, zum Gewehr zu greifen. Um die Unterdrückung abzuschaffen, müssen die Ausbeuterklassen unterdrückt werden. Um den Staat abzuschaffen und die Gewalt zu beseitigen, brauchen wir auf lange Sicht die starke Diktatur des Proletariats, die sich auf die Gewalt des bewaffneten Proletariats stützt und die proletarische Demokratie realisiert.

V.
Aufgaben und Perspektiven: Kampf gegen die Bundeswehr, in den Betrieben, auf der Straße und in den Kasernen!

So sehr wir die ersten spontanen Protestaktionen, so sehr wir individuelle Kriegsdienstverweigerungen und Desertationen als ersten Schritt begrüßen, so notwendig halten wir die Diskussion über weitergehende und wirksamere Aktionsformen, über militanten antimilitaristischen Kampf, vor allem gut organisiert gegen die Bundeswehr, in den Betrieben, auf der Straße und in den Kasernen.

Das Bewußtsein über die wirkliche Rolle der Bundeswehr in diesem kapitalistisch-imperialistischen System, über die Notwendigkeit ihrer gewaltsamen Zerschlagung in der proletarischen Revolution, die Bereitschaft, einen Kampf auf Leben und Tod mit dieser hochgerüsteten Armee des deutschen Imperialismus zu führen, wird nicht über Nacht bei der Mehrheit der Arbeiterklasse entstehen. Eigene Erfahrungen mit dieser Bundeswehr beim Einsatz in anderen Ländern, im kriegerischen Konkurrenzkampf mit anderen imperialistischen Großmächten, im Kampf sowohl gegen revolutionäre Kräfte in anderen Ländern als auch gegen die Arbeiterbewegung im eigenen Land, blutige Erfahrungen werden dazu nötig sein. Aber auch diese Erfahrungen allein werden nicht ausreichen.

Die Erfahrungen der Vergangenheit, der bewaffneten Kämpfe gegen den deutschen Imperialismus, gerade auch der Partisanenkämpfe in den vom deutschen Imperialismus im Zweiten Weltkrieg besetzten Gebieten müssen von uns ausgewertet und propagiert werden, um dem Hochmut des deutschen Imperialismus wirksam entgegentreten zu können.

Die systematische Entlarvung sämtlicher Operationen dieser imperialistischen Bundeswehr über Jahre, ja Jahrzehnte hinweg ist entscheidender Ansatzpunkt, damit zunächst aus Tageskämpfen gegen dieses oder jenes Verbrechen der Bundeswehr schließlich Kämpfe werden, die unter Führung einer wirklich kommunistischen Partei das ganze System des deutschen Imperialismus, Militarismus und Revanchismus in Frage stellen; Kämpfe, welche den Sozialismus und Kommunismus, die vollständige Vernichtung des Kapitalismus zum Ziel haben werden.

Die Situation weitgehend fehlender Kämpfe dagegen heute zeigt, wie ernst die Lage ist, und wieviel Anstrengungen für den systematischen Kampf nötig sind, vor allem aber zum Kampf für den Aufbau der revolutionären Kommunistischen Partei, um eine zentrale Kraft zu bilden, die alle nötigen Kämpfe bündeln und mit klarer Perspektive zusammenführen kann!

Tod dem deutschen Imperialismus, Militarismus und Revanchismus!

☆ ☆ ☆

Die monatlich erscheinenden Flugblätter von „Gegen die Strömung" sind u. a. erhältlich:

In ***Berlin:*** *Vertrieb für Internationale Literatur, Brunhildstr. 5; M 99, Manteuffelstr. 99;* ***Bonn:*** *Antiquariat, Breite Straße 52;* ***Braunschweig:*** *Antifaschistisches Café, Cyriaksring 55;* ***Dortmund:*** Buchladen Taranta, Humboldtstr. 54; ***Duisburg:*** *Antiquariat, Pulverweg 33;* ***Frankfurt:*** *Buchladen Georgi Dimitroff, Speyerer Str. 23;* ***Göttingen:*** *Buchladen Rote Straße, Nikolaikirchhof 7;* ***Hamburg:*** *Buchhandlung im Schanzenviertel, Schulterblatt 55,* ***Hannover:*** *Internationalismus-Buchhandlung, Engelbosteler Damm 10;* ***Karlsruhe:*** *Der Andere Buchladen, Marienstr. 15;* ***Kiel:*** *Buchladen Zapata, Jungfernstieg 27;* ***Köln:*** *Der andere Buchladen, Zülpicher Str. 197;* ***München:*** *Basis Buchhandlung, Adalbertstr. 41-43;* ***Nürnberg:*** *Libresso Buchhandlung, Bauerngasse 14.*

BUCHLADEN

Georgi Dimitroff

Speyerer Str. 23, 60327 Frankfurt/M.

Fax 069/730920

ÖFFNUNGSZEITEN:

Freitag 16.30 – 19.30 Uhr

Samstag 10.00 – 13.00 Uhr

Vertrieb für Internationale Literatur

Brunhildstr. 5, 10829 Berlin

GEÖFFNET:

Samstag 11.00 – 14.00 Uhr

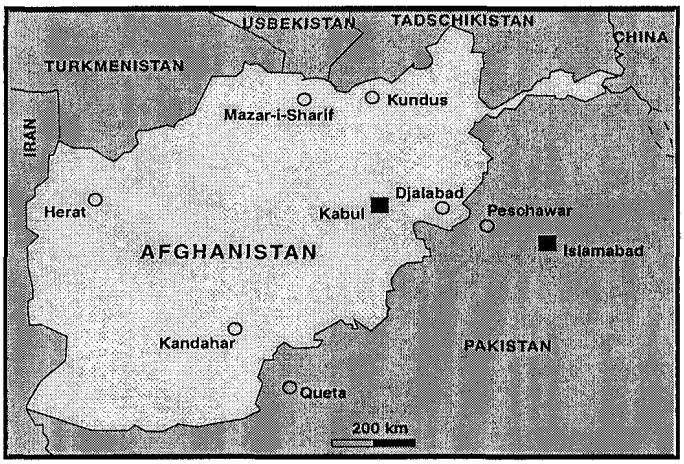
Drucker, Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: A. Odenthal, Vertrieb für Internationale Literatur, Brunhildstr. 5, 10829 Berlin

Einige Fakten zu
Afghanistan

Bevölkerung und Wirtschaft

Die Fläche Afghanistans beträgt ca. 650.000 Quadratkilometer. Das Hauptgebirgssystem, der Hindukusch, erstreckt sich vom Nordosten bis zur iranischen Grenze im Südwesten. Mit seinen rund 18 Mio. Einwohnern ist Afghanistan ein Vielvölkerstaat. Ca. 40 % der Gesamtbevölkerung sind Paschtunen, rund 25 % sind Tadschiken iranischer Abstammung, jeweils ca. 10 % Usbeken und Hazara. Die restliche Bevölkerung gehört kleinerer nationaler Minderheiten wie der Turkmenen und Kirgisen an. Offiziell gelten Paschtu und das dem Farsi eng verwandten Dari als Amtssprachen. Daneben existiert eine Vielzahl von anderen Sprachen und Dialekten, besonders in den Grenzregionen sind Turksprachen (Turkmenisch, Usbekisch und Kirgiesisch) am weitesten verbreitet. Rund 20 % der Gesamtbevölkerung sind schiitischen islamischen Glaubens, die große Mehrheit von ca. 80 % sunnitischen islamischen Glaubens.

Mehr als 80 % der Bevölkerung leben und arbeiten auf dem Land. Nach offiziellen Schätzungen von 1979 waren von insgesamt ca. 4 Mio. Beschäftigten 60 % in der Landwirtschaft und ca.10% in der Industrie tätig. Im Norden des Landes befinden sich heute 60 % der landwirtschaftlichen Ressourcen und 80 % der ehemaligen Industrie. Der Anteil des Ödlands macht über 75% der Fläche Afghanistans aus, nur ca. 5-10 % des Bodens wird als landwirtschaftlich nutzbar eingestuft. Afghanistan ist zwar reich an Bodenschätzen wie Erdgas, Eisenerz, Schwefel, Chrom, Zink und Uran. Diese wurden bisher jedoch wegen der Unzugänglichkeit der Lagerstätten, der hohen Erschließungskosten und der teilweise nur geringen Mengen nur in geringerem Umfang nutzbar gemacht.



Geschichte

Von der Staatsgründung bis in die 50er Jahre: Zunehmender Kampf der imperialistischen Großmächte um Afghanistan

Afghanistan als feudalistisch geprägter Nationalstaat wurde 1747 nach 200jähriger persischer Herrschaft gegründet. Im 19. Jahrhundert war Afghanistan Objekt des Expansionismus des russischen Zarismus, der um Einfluß in Zentralasien rang, und der Kolonialpolitik des englischen Imperialismus, dem es vor allem um seine riesige Kolonie „Britisch-Indien" ging (Siehe dazu auch Friedrich Engels' Artikel „Afghanistan" von 1857 für „The New American Cyclopedia" in Marx/Engels Werke, Band 14, S.73-82). Auch nach zwei Kolonialkriegen gelang es dem englischen Imperialismus nicht, das Land dauerhaft und völlständig unter seine Kontrolle zu bringen. 1893 wurde Emir Abdurrahman Kahn gezwungen, die „Durand-Linie" als Ostgrenze zu akzeptieren, wodurch das Siedlungsgebiet rund der Hälfte der paschtunischen Bevölkerung Afghanistans dem damaligen „Britisch-Indien" und heutigen Pakistan zugeschlagen wurde. Schließlich legten der russische Zarismus und der englische Imperialismus ihre Einflußsphären in der Region fest, Afghanistan als Pufferstaat kam unter englische Vorherrschaft. Anfang des 20. Jahrhunderts - unter der Herrschaft des Emirs Habibulah - gelang es auch anderen imperialistischen Großmächten, in Afghanistan „Fuß zu fassen".

Während des 1. Weltkriegs schickte die deutsche Regierung ein geheimes Kommandounternehmen nach Afghanistan, das dort einen Aufstand gegen den Kriegsgegner England auslösen sollte, der auch auf die moslemische Bevölkerung „Britisch-Indiens" übergreifen sollte. Doch der Plan scheiterte. Der Sieg der sozialistischen Oktoberrevolution in Rußland 1917 hatte auch nationalen Befreiungsbewegungen enormen Aufschwung gegeben. Nach dem dritten britisch-afghanischen Krieg 1919, in dessen Verlauf Afghanistan formal unabhängig geworden war, erkannte die Sowjetmacht als erstes Land die Souveränität Afghanistans an. Die Repräsentanten der imperialistischen Entente-Regierungen jedoch tobten und ließen die Vertreter von Amanullah, dem neuen Emir Afghanistans, mit der Unabhängigkeitsurkunde gar nicht in ihre Länder einreisen. In der Folgezeit schloß Afghanistan eine Reihe von Verträgen mit der damals sozialistischen Sowjetunion, doch die imperialistischen Mächte blieben nicht untätig. Der deutsche Imperialismus konnte seinen Einfluß in Afghanistan ausbauen, ließ Straßen, Brücken, Staudämme und Eisenbahnen errichten. 1924 wurde eine deutsche Oberrealschule eingerichtet, durch die Generationen afghanischer Techniker, Wissenschaftler, Verwaltungsbeamter und Politiker gingen, unter ihnen auch Babrak Kramal, späterer Lakai des russischen Sozialimperialismus, der sagte, er verdanke der „deutschen Kultur" sein „prägendes Bildungserlebnis". Auch der englische Imperialismus versuchte, verlorenes Terrain wiederzugewinnen. Nach mehreren mißlungenen Versuchen wurde Amanullah 1929 gestürzt und ein „englischfreundlicheres" Regime installiert.

Ab 1933 stand an der Spitze des afghanischen Staates König Zaher Schah und Afghanistan stellte enge Handelsbeziehungen zu den faschistischen Mächten Deutschland, Italien und Japan her, die den Einfluß der imperialistischen Mitglieder der Anti-Hitler-Koalition, insbesondere des englischen Imperialismus, zurückdrängen und das Land für den Überfall auf die damals noch sozialistische Sowjetunion benutzen wollten. Zu Beginn des 2. Weltkrieges 1940 weigerte sich Zaher Schah, der Anti-Hitler-Koalition beizutreten und erklärte pro Forma die „Neutralität" Afghanistans.

1956-1979: Verstärkte Abhängigkeit vom russischen Sozialimperialismus in Rivalität zu den westlichen Imperialisten und der antiimperialistische Widerstand dagegen

Die guten afghanisch-deutschen Beziehungen überlebten auch die Niederlage der Nazifaschisten 1945. 1949 erhielt Siemens als erste deutsche Firma den Großauftrag zum Bau eines Wasserkraftwerks, verschiedene Warenaustausch- und Zahlungsabkommen mit dem deutschen Imperialismus wurden abgeschlossen. 1953 wurde Mohammad Daud zum Regierungschef ernannt, der sich ab 1956 der Sowjetunion annäherte, die die technische Modernisierung der afghanischen Armee und die Ausbildung des Offizierskorps übernahm. Das Jahr 1956 markiert in der internationalen kommunistischen Bewegung eine Zäsur, es war das Jahr des revisionistischen Farbwechsels der KPdSU, die auf ihrem 20. Parteitag die ideologisch-politischen Grundlagen für die Restauration des Kapitalismus im eigenen Land gelegt hatte. Das bedeutete gleichzeitig, daß von nun an auch außenpolitisch die kapitalistisch-imperialistischen Gesetze von Profit, Ausbeutung und Sicherung der Einflußspähren umgesetzt wurden - wenn auch noch für eine Weile unter „sozialistischem Mäntelchen".

1963 wurde Mohammad Daud abgesetzt. Unter der Fahne des „Wirtschaftsliberalismus" gewannen westliche Imperialisten, nun vor allem der US-Imperialismus, wieder an Einfluß. Zwischen 1960 und 1973 nahm der westdeutsche Imperialismus in der Reihe der imperialistischen „Geberländer" nach dem russischen Sozailimperialismus und den USA den dritten Platz ein. Allein von 1962 bis 1967 gab er Kredite in Höhe von 260 Mio. DM. Westdeutsche Hydrologen arbeiteten im afghanischen Ministerium für Bergbau, am Aufbau des Elekrizitätswerks und des Telefonnetzes war der westdeusche Imperialismus beteiligt. Durch die Eröffnung einer großen Baumwollfabrik, die mit westdeutscher Hilfe 1965 gebaut worden war, wurde die Textilproduktion mehr als verdoppelt.

Im Juli 1973 wurde jedoch Daud - mit Hilfe der russischen Sozialimperialisten und gestützt auf eine Gruppe Offiziere der revisionistischen „Demokratischen Volkspartei Afghanistans" - wieder an die Macht geputscht und erklärte Afghanistan zur Republik. Dies war der Auftakt einer Reihe von Marionettenwechseln, die die russischen Sozialimperialisten bis 1979 inszenierten: Auf Daud folgen der DVPA-Vorsitzende Taraki, danach die DVPA-Kader Amin und Karmal.

Durch den knebelnden Vertrag über die „gesunde Ausbeutung des Erdöls zwischen Afghanistan und der Sowjetunion" und den „Friedensvertrag", denen noch Dutzende anderer Verträge im wirtschaftlichen, kulturellen und militärischen Bereich folgten, wurde Afghanistan ab 1978 faktisch zu einer Kolonie des russischen Sozialimperialismus. Bereits zu diesem Zeitpunkt befanden sich 100.000 sowjetische Militär-„Berater" in Afghanistan.

Durch Kreditvergabe und Verträge sicherte sich der russische Sozialimperialismus den Zugriff auf die Bodenschätze, Rohstoffe und landwirtschaftlichen Erzeugnisse, die zunehmend in die Sowjetunion exportiert wurden wie z.B. Zitrusfrüchte, Oliven, Baumwolle, Zement, Kupfer, Eisen, Chrom, Erdgas, Erdöl. Nahezu der gesamte Erdgasverbrauch wurde in die Sowjetunion exportiert, mit deren Hilfe Förderanlagen und Gasleitungen nach Tadschikistan erbaut worden waren, die völlständig unter russischer Kontrolle standen. Die imperialistische Ausplünderung Afghanistans durch die Sozialimperialisten zeigt auch dieses Beispiel: 1980 bezahlte die Sowjetunion für 1000 m^3 Erdgas *nur* 80 US-Dollar an Afghanistan, *während sie für die gleiche Menge an den* Iran 130 US-Dollar zahlte und der Weltmarktpreis sogar bei 160 US-Dollar lag. Kredite und Zinszahlungen machen die afghanische Wirtschaft völlig abhängig von den Sozialimperialisten.

Dagegen entwickelte sich schon bald ein antiimperialistischer Widerstand. Bereits 1965 - auch unter dem Eindruck der Kulturrevolution in China und des einsetzenden Kampfes gegen den Revisionismus - war die sogenannte „Neue Demokratische Bewegung", eine revolutionäre, antiimperialistische Bewegung, entstanden, die sich gerade auch gegen die betrügerischen Losungen der Anhänger der Sowjetunion in Afghanistan über den angeblich „friedlichen Weg", den „parlamentarischen Weg", den „Weg der Reformen" *richtete. Am 25. Oktober 1965, dem eigentlichen Geburtsdatum der* „Neuen Demokratischen Bewegung", gab es eine mächtige antiimperialistische Demonstration vor dem afghanischen Parlament in Kabul. Die Demonstration stand im Zeichen folgender richtiger Losungen:

> **„Das Parlament ist nicht das Haus des Volkes! Es ist die Schwatzbude der Banditen, Großgrundbesitzer und Großkaufleute!" "Nieder mit der Herrschaft der reaktionären Klassen!" "Nieder mit dem Imperialismus und der inneren Reaktion!"**
> („Zeitung der GUAFS", Nr.4/1980, S.3/4.)

Im Verlauf der nächsten Jahre entstand eine immer breitere revolutionäre, antiimperialistische Bewegung der Arbeiterinnen und Arbeiter, Bäuerinnen und Bauern sowie Studentinnen und Studenten gegen Ausbeutung und Unterdrückung. Am 1. Mai 1968 fand in Afghanistan erstmals eine 1.-Mai-Demonstration statt. In den nächsten Jahren folgten Streiks, Landbesetzungen und -enteignungen und Demonstrationen. Allein 1968 gab es 73 verschiedene Aktionen, davon 33 Streiks und Demonstrationen der Arbeiterinnen und Arbeiter. Herat erlebte 1969 eine 70 Tage andauernde Welle von Demonstrationen, in deren Verlauf Schülerinnen und Schüler und Studentinnen und Studenten die

Unterstützung von Teilen der Mittelschichten der Stadt gewannen und schließlich für einen Tag die Kontrolle der Stadt erlangten.

Der Widerstand entwickelte sich zu bewaffneten Kämpfen im ganzen Land, den das Regime blutig zu unterdrücken versuchte. In dieser Zeit zeigte sich bereits der reaktionäre Charakter der im Januar 1965 gegründeten „Demokratischen Volkspartei Afghanistans", aus deren Reihen sich dann später die treuen Vasallen der russischen Sozialimperialisten rekrutierten und die sich bald darauf in die Fraktionen „Parcham" und „Khalq" spaltete.

Seit 1973 offiziell an der Staatsmacht beteiligt, verfolgten diese Handlanger des russischen Sozialimperialismus, die ihre Politik mit pseudorevolutionären Phrasen verhüllten, das Ziel, die revolutionäre Bewegung zu zerschlagen und wirklich revolutionäre Organisationen wie z.B. AKHGAR („Organisation für den Aufbau der Kommunistischen Partei Afghanistans/Marxisten-Leninisten") zu vernichten. Nach dem Putsch des DVPA-Vorsitzenden Taraki 1978 wurden bei Auseinandersetzungen mit der Staatsmacht rund 100 000 Menschen ermordet, davon allein 30.000 während des dreitägigen Aufstands der Bevölkerung der Stadt Herat im März 1979.

1979-1989: Militärische Aggression des russischen Sozialimperialismus gegen die Völker Afghanistans und Unterstützung reaktionärer Mujaheddin durch die westlichen Imperialisten

Die russischen Sozialimperialisten begannen am 27 Dezember 1979 mit der militärischen Invasion in Afghanistan, um den Zusammenbruch des von ihnen protegierten Regimes zu verhindern, und besetzten mit über 100.000 Soldaten das Land, das zu diesem Zeitpunkt in einigen Gebieten in den Händen von antiimperialistischen Aufständischen war, Kabul war von einem Ring verschiednster aufständischer Guerillatruppen umlagert.

Die afghanische Armee wurde unter russisches Oberkommando gestellt und es begann ein imperialistischer Krieg gegen die Völker Afghanistans, der den Methoden der US-Kriegsführung im Vietnamkrieg in nichts nachstand: Flächenbombardements von Städten und Dörfern, Einsatz von Napalm, verstärkter Einsatz von Splitterbomben, Erschießung der Männer, Frauen und Kinder derjenigen Dörfer, die Partisanen unterstützt hatten, barbarische Folter und Ermordung von Revolutionären usw.

Dieser mörderische Krieg, die Verhaftung und fast vollständige Ermordung aller wirklich revolutionären Kräfte in Afghanistan - das war das Wesen des Terrorregimes der sozialimperialistischen Besatzer. Darüber kann auch nicht hinwegtäuschen, daß sie gleichzeitig im Interesse einer effektiveren Ausbeutung bestimmte Maßnahmen zur Verbesserung der Infrastruktur, des Bildungswesens usw. durchführen ließen. Jährlich gab die imperialistische Sowjetunion rund 5 Mrd. US-Dollar zur Finanzierung des Krieges aus, insgesamt also ungefähr 50 Mrd. US-Dollar. Dadurch gelang es den Sozialimperialisten und ihren Lakaien, die antiimperialistische Bewegung weitgehend zu zerschlagen.

Die westlichen Imperialisten, allen voran die USA, unterstützen in ihrem Konkurrenzkampf um Afghanistan das schon bestehende Heer reaktionär-feudaler Grupen sog. „Mujaheddin" mit 10 Mrd. US-Dollar (bis 1990), die ihre reaktionären Ziele, nämlich den Kampf gegen demokratisch-revolutionäre Kräfte und den Kampf gegen die sozialimperialistischen Truppen, religiös mit der Ideologie des Panislamismus verschleierten. Vor allem die US-Imperialisten begannen fieberhaft, ihre Lakaien aufzurüsten, auszubilden und tonnenweise mit Waffen zu versorgen. Allein 1987 lieferte die USA ca. 65.000 Tonnen Waffen.

Auch die westdeutschen Imperialisten mischten mit und versuchten, sich als „Verteidiger der Unabhängigkeit Afghanistans" aufzuspielen. „Mujaheddin"-Anführer wurden von westdeutschen Politikern in Bonn empfangen, als „humanitäre Hilfe" getarnte finanzielle und logistische Unterstützung floß. Ein in den 80er Jahren unter Beteiligung des westdeutschen Imperialismus ausgearbeiteter EG-Plan sah die Teilung Afghanistans mit zwei Kolonialregierungen vor, wobei ein Teil durch die westlichen Imperialisten mit 40.000 UNO-Soldaten besetzt werden und der andere Teil mit 40.000 sowjetischen Soldaten weiter okkupiert bleiben sollte.

Einige Schlaglichter der imperialistischen Verbrechen von 1979 bis 1989:

- Von den 100.000 aus politischen Motiven inhaftierten Gefangenen, unter denen sich viele antiimperialistische Gefangenen befanden, sind nach eigenen Angaben des Kabuler Marionetten-Regimes 1979 12.000 in den Gefängnissen von Kabul „gestorben", d.h. ermordet worden
- Mehr als 1,5 Mio Afghaninnen und Afghanen wurden getötet, 1,5 Mio schwer verwundet. 6 Mio mußten in den Iran oder nach Pakistan fliehen.
- Das gesamte Land war und ist bis heute übersäht von Mienen. Seit 1997 wurden 400.000 Afghaninnen und Afghanen durch Explosionen von Mienen aus dieser Zeit getötet bzw. weitere 400.000 verletzt.

Im Februar 1989 zogen die letzten sowjetischen Truppen aus Afghanistan ab. Der russische Sozialimperialismus hatte eine Niederlage erlitten. Doch die imperialistischen Verbrechen hatten keinesfalls ein Ende

1989-2001: Kampf lokaler reaktionärer Machthaber im Auftrag ihrer imperialistischer Oberherren um die Vorherrschaft

1989 hievte die Sowjetunion den früheren Geheimdienstchef Mohammed Nadschibullah an der Macht. Nach dessen Sturz 1992 war die Stunde der untereinander zerstrittenen „Mujahedin" gekommen, die sich auf zwar Rabbani als Präsident einigten, wobei sich in den Provinzen unabhängige Lokalregierungen etablierten und die Zentralregierung nur Teile der Hauptstadt kontrollierte. Eine der allerersten Maßnahmen war es, die bescheidenen Rechte zur Befreiung der Frau rückgängig zu machen.

Die bei der „Verteilung der Beute" 1992 unberücksichtigt gebliebenen lokalen Machthaber, die nicht in die Übergangsregierung aufgenommen wurden, bombardierten Kabul. Gulbuddin Hekmatyar, der Kabul in Schutt und Asche gelegt hatte, wurde 1993 Premierminister, doch die Machtkämpfe zwischen den ständig wechselnden Bündnissen reaktionärer Warlords gingen weiter. Schließlich unterzeichneten Präsident Rabbani und Premierminister Hekmatyar, miteinander rivalisierende Machthaber, ein Abkommen. Im Juni 1996 zog Hekmatyar in Kabul ein, um sein Amt anzutreten. Doch bereits Ende September mußte die Regierung aus Kabul flüchten: Kämpfer der Taliban-Milizen eroberten Kabul.

Die Machtkämpfe waren Ursache und Wirkung der Einflußnahme der imperialistischen Großmächte, die sich dadurch erhofften, ein größeres „Stück vom afghanischen Kuchen" abzubekommen. Über seine Verbündeten Saudi-Arabien und insbesondere Pakistan hatte der US-Imperialismus in den letzten Jahren vor allem die Taliban-Milizen unterstützt und damit erst zu einer ernstzunehemden bewaffneten Kraft im Bürgerkrieg aufgebaut. Auch der deutsche Imperialismus mischte mit. Bereits 1995 war eine geheime Waffenlieferung - mit Panzerfäusten und Nachrichtengeräten im Wert von 34,5 Mio. DM - an die Taliban aufgedeckt worden. Im Gegensatz zu den übrigen rivalisierenden lokalen Machthabern, die sich in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten durch Korruption, Machtgier, Brutalität und Mord diskreditiert hatten, war die Taliban eine unverbrauchte proimperialistische Kraft. Dabei verfolgte der US-Imperialismus das Ziel, den imperialistischen Konkurrenten Rußland endgültig aus Afghanistan hinauszuwerfen und die für seine imperialistischen Interessen notwendige Stabilität im Land zu garantieren. Es ist deshalb nicht verwunderlich, daß die damalige hauptsächlich aus Einheiten der tadschikischen, usbekischen und hazarischen nationalen Minderheiten bestehende Anti-Taliban-Allianz vor allem vom russischen Imperialismus unterstützt wurde mit dem Ziel, verlorenes Terrain wiederzugewinnen.

Die Taliban beherrschten drei Viertel des Landes, wo sie ihr reaktionäres Regime errichteten, in dem jegliche demokratischen Rechte mit Füßen getreten wurden. Die paschtunisch-chauvinistischen Taliban-Milizen verübten von nun an Massaker an den hazarischen, tadschikischen und usbekischen nationalen Minderheiten. So im August 1998, als 6.000 bis 8.000 Zivilisten ermordet wurden.

Nicht minder reaktionär und verbrecherisch waren die proimperialistischen reaktionären Anti-Taliban-Milzen, die in ihrem Machtgebiet nicht nur gefangene Taliban-Milizionäre massakrierten, sondern auch Massaker an der paschtunischen Bevölkerung verübten.

Im Sommer 1997 marschierten Taliban-Milizen in Richtung der Grenzen zu den zentralasiatsichen Staaten. Der russische Außenminister drohte mit „wirkungsvollen Aktionen" Rußlands, falls die Taliban weiter vorstoßen sollten. Die Taliban bedrohten erstmals das damalige Einflußgebiet vor allem des russischen Imperialismus. Über ihre Lakaien unterstützten derweil die westlichen Imperialisten sowohl die Taliban als auch die Anti-Taliban-Milizen. Im Juni 1998 lieferte Saudi-Arabien 400 Transporter an das Taliban-Regime, Pakistan gab eine Finanzhilfe in Höhe von 5 Mio US-Dollar, Iran und Rußland lieferten Waffen, Munition und Treibstoff an die Anti-Taliban-Milizen.

Aus Anlaß der Bombenanschläge auf die US Botschaften in Kenia und Tansania im August 1998 bombardierte der US-Imperialismus ein Ausbildungslager der Al Quaida im Nordosten Afghanistans und manifestiert damit erstmals den Beginn eines Abschwenkens vom Taliban-Regime. Im Nachtrab des US-Imperialismus stellte Saudi-Arabien zumindest seine offiziellen Finanzhilfen für die Taliban ein und zog seine diplomatischen Vertreter aus Kabul ab. Anders der deutsche Imperialismus, mit seiner Duldung wurde 1998 eine sogennante Diplomatische Vertretung der Taliban in Frankfurt am Main eröffnet.

Im September 1999 wurde der tadschikische Reaktionär Masud zum Chef der Nord-Allianz ernannt, um deren Schlagkraft zu verstärken. Der Militärputsch in Pakistan einen Monat später war jedoch wieder für das Taliban-Regime von Vorteil, denn die neuen Machthaber verstärkten ihre Unterstützung und leisten zunehmend auch militärische Hilfe. Im Mai 2000 drohte der russische Kriegsminister Sergejew mit einem Militärschlag gegen Afghanistan wegen der vermeintlichen oder tatsächlichen Unterstützung des Taliban-Regime im Tschetschenien-Krieg. Nachdem es den Taliban-Milizen gelungen war, an der Grenze zu Tadschikistan mehrere Städte zu erobern, gelang es ihnen auch im Folgejahr, weiter gegen Stellungen der Nord-Allianz vorzugehen. Am 9. September 2001 wurde der Führer der Nord-Allianz, Masud, getötet. Nach den Anschlägen in Washington und New York im gleichen Monat arbeiteten vor allem die US-Imperialisten einen konkreten Plan zum Sturz des Regimes in Afghanistan aus.

Quellen

Vorbemerkung: Aus Mangel an anderweitigen Quellen war es insbesondere bei der Darstellung der Situation in Afghanistan aus der letzten Zeit unvermeidlich, auf bürgerliche Quellen zurückzugreifen. Dies macht dann um so mehr eine kritische Auswertung der Quellen erforderlich. Es hat sich bei einer ganze Reihen von Publikationen aus 2001 und 2000 gezeigt, daß es sich hierbei um Veröffentlichungen handelt, bei denen vermeintliche „Afghanistan-Experten" oder „Islam-Kenner" apologetisch Munition, proimperialistische Argumente als Rechtfertigung für die imperialistische Aggression gegen die Völker Afghanistans liefern und sich dabei auch nicht scheuen, in übelster europäisch-chauvinistischer Manier gegen die Völker Afghanistans zu hetzten, sie als „verschlagen", „kriegerische", „käuflich" darzustellen, um ideologisch den Boden zu bereiten für eine wie auch immer geartete Einmischung der imperialistischen Großmächte.

Generalunion afghanischer Studenten im Ausland (GUAFS) (Hrsg.): *Afghanistan - Unterwerfung einer Nation*, Bochum o.J; Horst Büscher, *Afghanistan*. In: Dieter Nohlen/Franz Nuscheler (Hrsg.), Handbuch der Dritten Welt. Band 7 Südasien und Südosasien, S. 138-161); W.P. Potjomkin (Hrsg.), *Geschichte der Diplomatie*, Moskau 1947, S. 141; *Der Fischer Weltalmanach 2002*, Frankfurt 2001; M. Pohli, Khalid Duran, *Osama bin Laden und der internationalen Terrorismus*, München 2001; Ahmed, Rashid, *Taliban - Afghanistans Gotteskrieger und der Dschihad*, München 2001; Volker Perthes (Hrsg.), *Deutsche Nahostpolitik-Interessen und Optionen*, Schwalbach/Ts 2001; Bassam Tibi, *Die neue Weltunordnung*, München 2001; Albrecht Metzger, *Der Himmel ist für Gott, der Staat für uns - Islamismus zwischen Gewalt und Demokratie*. Göttingen 2000; Michael Griffin, *Reaping the Whirlwind, The Taliban Movement in Afghanistan*, London 2001; Simone Reeve, *The New Jackals*, London 1999; *Der Spiegel* 42/2001; *Die Woche*, 24.9.2001; *Konkret* 12/2001, FR, 26.11.2001

Der vorliegende Überblick über Bevölkerung, Wirtschaft und Geschichte Afghanistans ist eine **Beilage** zum Flugblatt „Kampf gegen die Kriegspolitik des deutschen Imperialismus!" von „Gegen die Strömung" vom Oktober/November 2001.

Drucker, Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: A. Odenthal, Vertrieb für Internationale Literatur, Brunhildstr. 5, 10829 Berlin

❑ Kritik an der Zeitung 10-11/2001:

„Kampf gegen die Kriegspolitik des deutschen Imperialismus!"

Zur Frage der Bündnisse u.a. Punkte

Es gibt ein ideologisches Problem mit dem Punkt 14. (S.9), insbesondere was die Frage der Bündnisse betrifft.

Dieser Punkt lautet:

„14. Die imperialistische Demagogie von ‚links = rechts

Das von der imperialistischen Reaktion demagogisch aufgebaute und verwendete Denkmuster ‚links = rechts spielt in diesem Zusammenhang eine ganz besondere Rolle. In der reaktionären Hetze des sogenannten 'Krieg gegen den Terrorismus' werden Organisationen wie Al Qaida, Hamas usw. mit ganz bestimmten Absichten vieldeutig und nebulös als ‚radikal', gewalttätig usw. Ihre Charakterisierung wird bewusst offen gelassen, um in der Propaganda gegen diese Organisationen die Speerspitze vor allem gegen zukünftige, mögliche oder in Ansätzen auch real existierende revolutionäre Organisationen richten zu können.

Äußerst schädlich und strickt abzulehnen ist dabei, wenn in Deutschland, in der Türkei oder anderswo Organisationen mit einem linken, revolutionären oder sogar kommunistischen Anspruch unter dem Vorwand des ‚internationalen antiimperialistischen Kampfes' Bündnisse etwa mit der Hamas propagieren oder selbst praktisch durchführen. Durch diesen Opportunismus wird der antagonistische Widerspruch verwischt zwischen den wirklich fortschrittlichen, antiimperialistisch-demokratischen und kommunistischen Kräften und derartigen Organisationen der Reaktion, die im Grunde faschistisch strukturiert sind und keinerlei antiimperialistisch-demokratisches Potential repräsentieren."

1. „Links und rechts" im allgemeinen

Der Kampf, dem wir unbedingt führen müssen, soll gegen die imperialistische Demagogie gerichtet werden, welche behauptet: „revolutionär = reaktionär", „kommunistisch = faschistisch", „fortschrittlich = rückschrittlich", „Stalin = Hitler", „gerecht = ungerecht"....

Aber, was „links und rechts" betrifft, so sind diese Begriffe eben „vieldeutig und nebulös", genauso wie „Nord/Süd" anstatt „imperialistisch/(neo)kolonisiert" oder wie „Globalisierung" anstatt „imperialistische Politik" usw. Solche Begriffe sind Ablenkungen von den eigentlichen Probleme und deshalb überhaupt abzulehnen. Ist denn eine linke Abweichung besser als eine rechte Abweichung? Beide müssen doch bekämpft werden!

In Frankreich heute sind die meisten Werktätigen darauf gekommen dass „Jospin = Chirac", dass eben „links = rechts", das heißt, dass der linke Flügel der bürgerlichen Politik nicht besser ist für das arbeitende Volk als der rechte Flügel, und dies neue Bewusstsein macht den Herrschenden des Landes irrsinnig zu schaffen, weil sie spüren

dass es ein erster Schritt in Richtung Klassenbewusstsein sein kann, in Richtung der Frage nach den Klasseninteressen anstatt der Frage nach den politischen Etiketten; und ihre erfolglosen Bemühungen, den werktätigen Massen glaubhaft zu machen dass es ein wesentlicher Unterschied zwischen links und rechts gäbe sind geradezu pathetisch. Inzwischen haben nach der ersten Runde der Präsidentschaftswahlen diese ganzen Parteien der Bourgeoisie noch mal deutlich gezeigt, dass der „Unterschied" zwischen „links" und „rechts" ein Schmäh ist. Haben doch fast alle „linke" Parteien, die PS, die revisionistische PCF, die Grünen usw. dazu aufgerufen, bei der zweiten Runde den Kandidaten der „Rechten", Chirac der Gauner, wie er allgemein genannt wird, zu wählen. Die Anwesenheit des Faschisten Le Pen beim zweiten Round der Wahlen kann doch kein Grund sein um Chirac zu unterstützen, außer bei Menschen, die ihn als Präsidenten lieber hätten als dass sie das Volk dazu aufrufen würden, auf argentinischer Art und Weise sowohl Chirac wie Le Pen zu verjagen. Übrigens hat diese Wahlschlappe der linken Reaktionäre in Frankreich der ganzen Welt die ganze Faulheit des linken parlamentarischen Kretinismus gezeigt: Wählt doch, und „Lieber Supergauner als Superfaschist"!! Die Gleichung „links = rechts" ist also im allgemeinen nicht eine imperialistische Demagogie, sie entspricht viel mehr der Realität, wie übrigens den richtigen früheren Standpunkt von GDS: „Schmidt oder Strauss: Pest oder Cholera!"

2. In dem Zusammenhang helfen die Begriffe „links" und „rechts" auch nicht weiter

Die USA haben auch der baskischen ETA den Krieg erklärt. Die ETA ist eine bürgerliche nationalistische Organisation, würde also bei euerem neuen Denkmuster eher „rechts" stehen. Bis jetzt hat die ETA aber einen Kampf gegen die nationale Diskriminierung der baskische Nation in Spanien geführt. Ist der Kampf gegen nationale Diskriminierung ungerecht? Nein. Die Begriffe „links" und „rechts" helfen also hier auch nicht weiter.

3. Falsch ist euer neuer Standpunkt zur Frage der Bündnisse

Lenin sagte, dass er sich sogar mit dem Teufel verbünden würde falls es die Revolution weiter bringen würde (und nur unter dieser Bedingung!).

Es ist sicher richtig, dass ein Bündnis mit der NPD oder der FN bzw. sonstige französische oder deutsche faschistische Organisationen nur schädlich wäre. Diese müssen mit all ihren Hintermännern und -frauen mit aller Kraft bekämpft werden. Es sind die wüstesten Feinde des Proletariats. Aber was z.B. die Hamas betrifft, so kann die Herangehensweise nicht so kategorisch sein.

Erstens gibt es zwei Sorten von Bündnisse:

Es gibt die strategischen Bündnisse, wie zwischen dem Proletariat und der ausgebeuteten Bauernschaft. Was solche Bündnisse betrifft, da habt ihr völlig Recht, das Proletariat kann keine mit seinen schlimmsten Feinde schließen, dies wäre mit faschistischen Organisationen, ob NPD, FN, Hamas, Al Qaida, Betar usw. absolut unmöglich!!! Das muss mehr als tausend Mal klar sein!

Dann gibt es Bündnisse der taktischen Art. Diese hängen immer vom aktuellen politischen Zusammenhang ab. Was die Möglichkeit oder Unmöglichkeit von taktischen

Bündnissen mit faschistischen Kräften betrifft, so gibt es einige Beispiele aus der Geschichte der kommunistischen Bewegung, bzw. aus dem aktuellen antifaschistischen oder nationalen Befreiungskampf, die vielleicht helfen können, da besser durchzublikken.

Ihr habt selber die Taktik der KP Chinas - des Zeitweisen Bündnisses - propagiert und des soweit wie möglich durchgeführten Bündnis mit dem Faschist Tschang Kai-chek gegen die japanischen Eroberer verteidigt.

Bei den Aufständen gegen die Nazis in den jüdischen Ghettos haben die kommunistischen Kräfte zu recht Bündnisse auch mit faschistischen polnischen oder jüdischen Organisationen gegen die Wehrmacht gemacht, soweit diese Organisationen bereit oder gezwungen waren, gegen die Nazis zu kämpfen.

Und Heute? Wenn ein Flüchtlingsheim vom rassistischem Mob angegriffen wird, so fragt ihr nicht nach der politischen Orientierung der Flüchtlinge um mit ihnen einen Bündnis gegen die Pogrommisten durchzuführen und zu propagieren.

Diese Beispiele zeigen, dass in ganz besonderen Situationen, kurzfristige Bündnisse mit bestimmten faschistischen Kräften gegen einen noch gefährlicheren Feind möglich sein können.

Warum sollte es dann **immer**

„äußerst schädlich und strickt abzulehnen"

sein im Fall von moslemischen faschistischen Organisationen? Nehmen wir mögliche Situationen in abhängigen Länder jetzt. Befinden sich Revolutionäre gerade in einem afghanischen *Dorf*, dass von französischen und amerikanischen Flugzeugen plattgebombt wird, so können dort vorhandene faschistische Kräfte notgedrungen sozusagen für einen kurzfristigen Waffenstillstand mit den Revolutionären eintreten um den imperialistischen Angriff zurückzuschlagen. Und Revolutionäre würden doch auch nicht auf ein derartiges kurzfristiges Bündnis gegen angreifende Imperialisten, mit solchen (auch falls Al Qaida-) Kräften verzichten können, wohl wissend dass Al Qaida- und ähnliche reaktionäre Kräfte ihre Todfeinde sind und ihr Wort nicht halten. Ein aktuelles Beispiel zeigt dies ganz gut: Im Kampf gegen die Liquidierung der Stadt Dschenin durch die israelische Armee in Palästina hatten doch die fortschrittlichen Kräfte keine andere Wahl als ein Bündnis mit den dortigen Hamaskräften einzugehen.

Kommunistische Kräfte können überhaupt nicht generell solche Bündnisse ablehnen, sondern müssen von Fall zu Fall herausarbeiten und erklären ob und unter welche Bedingungen ein Bündnis falsch oder richtig wäre. Wichtig ist auf jeden Fall immer und überzeugend solche Organisationen wie Hamas oder Al Qaida zu entlarven, die überhaupt nicht antiimperialistisch sind, und ganz klar zu zeigen dass es finstere faschistische Organisationen sind, welche die Interessen überhaupt keiner Völker vertreten, sondern sie nur brutalst zertreten, und das sie von den Völkern liquidiert werden müssen, aber ohne das geringste Bündnis mit imperialistischen Kräfte einzugehen!

4. Eine kleine Verständnisfrage: Warum bezeichnet ihr die Hamas und Al Qaida als faschistisch, aber die irakischen und türkischen Regimes nicht mehr?

Für mich ist es eine klare Sache, solche Organisationen sind faschistisch. Aber ich verstehe nicht warum ihr es jetzt so betont, wo doch eure Propaganda während des letzten Golfkriegs davon geprägt wär, dass sie sich auch in der Wortwahl für die Bezeichnung des reaktionären damaligen „Weltfeind Nr. 1 des Imperialismus" von der gängigen imperialistischen Propaganda distanzierte. So spracht ihr damals vom reaktionären Regime Saddam Husseins. Warum eine andere Taktik heute?

Es gibt einige Probleme mit der Beilage „Einige Fakten zu Afghanistan":

Ich denke ihr habt die bürgerliche Quellen etwas zu unkritisch wiedergegeben.

1. Kein Wort über die jahrelange wichtigste Exportproduktion des Landes: Heroin. Damit bezahlten die feudalen Kriegsherren wie Massud Schah ihre Waffen.[1]

2. Die offiziellen Bevölkerungsschätzungen von 1979 gelten nicht mehr nach 20 Jahre Krieg. Die meisten Anbauflächen sind verwüstet, durch Minen verseucht, von der Bauernschaft verlassen worden.

Heute stimmt sicher nicht mehr das

„mehr als 80% der Bevölkerung leben und arbeiten auf dem Lande".

Millionen Afghanen und Afghaninnen leben heute noch als Flüchtlinge in Lagern u.a. in Pakistan und Iran und arbeiten in der Baubranche, als „Luftmenschen" im kleinen Straßenhandel usw., wenn sie überhaupt arbeiten können. Die 20 Jahre Krieg haben also eine immense Proletarisierung der bäuerlichen Massen Afghanistans verursacht.

*

[1] Siehe das Buch von W. McCoy, über die Heroinpolitik - die Beteiligung der CIA am Drogenschmuggel.

Antwort auf die Kritik

1) Zu den Begriffen **„links" und „rechts"** (Punkt A.1. in der Kritik)

a) Deine Position, die Begriffe „links" und „rechts" *„überhaupt abzulehnen"* halten wir für falsch.

Du behauptest, wir hätten uns mit „links" und „rechts" ein „neues Denkmuster" ausgedacht. Diese aus den politischen Kämpfen des 19. Jahrhunderts in Frankreich stammenden und auch schon von Marx und Engels im Zusammenhang mit den Klassenkämpfen in Frankreich und in Deutschland in der Mitte des 19. Jahrhunderts verwendeten Begriffe[1] haben in der Tradition des wissenschaftlichen Kommunismus und der revolutionären Arbeiterbewegung eine eindeutig bestimmte Richtung erhalten: Links steht - im jeweils genauer zu betrachtenden Zusammenhang - für fortschrittlich, revolutionär, antikapitalistisch. Rechts steht umgekehrt für reaktionär, konterrevolutionär, prokapitalistisch. Links und rechts drückt demnach einen Gegensatz aus, den Gegensatz zwischen Fortschritt/Revolution einerseits und Reaktion/Konterrevolution andererseits.

Es sei daran erinnert, daß Stalin etwa von den „Linken in der deutschen Sozialdemokratie" sprach und damit die sich, trotz Fehlern und Inkonsequenzen, am revolutionären Marxismus, an der Revolution orientierenden Kräfte um Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht meinte.[2]

Wir halten es für falsch, den Begriff „links" oder „Linke" zu verschenken, weil sich in Frankreich oder anderswo eine imperialistische Regierung aus demagogischen Gründen, zur Täuschung der ausgebeuteten und werktätigen Massen als „links" bezeichnet oder als solche bezeichnet wird. Hier besteht doch die *Aufgabe* zu *entlarven,* daß diese Regierung in Wirklichkeit keineswegs links, fortschrittlich oder gar sozialistisch/kommunistisch ist, sondern rechts, reaktionär, imperialistisch.

Das Problem des Mißbrauchs von Begriffen der revolutionären Arbeiterbewegung besteht keineswegs nur bei „links", sondern ebenso mit den Begriffen „revolutionär", „sozialistisch" bzw. „kommunistisch". Das hat sich am deutlichsten bei den pseudosozialistischen, revisionistischen Staaten gezeigt. Als die Armee der russischen Sozialimperialisten in Afghanistan ähnlich wie die US-Imperialisten in Vietnam mit imperialistischem Terror gegen die Volksmassen vorging, taten sie das gar im Namen des „Kommunismus". Eine aufklärerische, revolutionäre Propaganda mußte aufzeigen, daß dies in Wirklichkeit keineswegs etwas mit Kommunismus zu tun hatte.

Deine Position

---

[1] Siehe etwa bei Engels in „Revolution und Konterrevolution in Deutschland", 1852, MEW 8, S.87.

[2] Siehe Stalin, „Über einige Fragen der Geschichte des Bolschewismus", 1931, Werke Band 13, S.80.

„Die Gleichung 'links = rechts'... entspricht viel mehr der Realität"

trägt nicht zur Aufdeckung des ideologischen und politischen Gegensatzes zwischen Revolution und Konterrevolution bei, sondern verwirrt im Grunde. Die Aufgabe, den sich als „Linke" tarnenden reaktionären Kräften ihr „linkes" Mäntelchen herunter zu reißen, wird damit nicht erleichtert, sondern erschwert.

b) Zur Frage der „linken" und „rechten" Abweichungen. Du schreibst:

„Ist denn eine linke Abweichung besser als eine rechte Abweichung? Beide müssen doch bekämpft werden".

Beide Abweichungen müssen bekämpft werden. Aber das macht Deine pauschale Ablehnung der Begriffe „links" und „rechts" auch nicht plausibler. Gemeinsam ist, daß es sich um *Abweichungen* handelt. Was unterscheidet aber rechte und „linke" Abweichungen eigentlich? Rechte Abweichungen zerren zurück, propagieren mehr oder weniger offen die Versöhnung mit dem Klassenfeind. „Linke" Abweichungen dagegen propagieren das Überspringen bestimmter Etappen oder das Ignorieren von Verbündeten. Die Charakterisierung als „linke" oder rechte Abweichung betrifft dabei in erster Linie die Erscheinungs*form* einer Abweichung. Häufig läuft eine „linke" Abweichung auf die selbe Konsequenz hinaus wie eine rechte Abweichung.[3]

Das „links" bei dieser Abweichung wird in der Regel in Anführungszeichen gesetzt. Damit soll deutlich gemacht werden, daß es sich nicht wirklich um linke Positionen handelt, sondern die „linke" Phraseologie im Grunde nur eine Verkleidung für wirkliche rechte Positionen ist.[4]

Es sei daran erinnert, daß Stalin den Opportunisten, die sich selbst als „Linksopposition" bezeichneten, diese Bezeichnung keineswegs geschenkt hat. Mit Entschiedenheit erklärte er, daß die Bolschewiki, die wirklichen Verfechter einer revolutionären, kommunistischen Linie und Politik, die einzigen wirklichen Linken sind, während es sich bei den sogenannten „Linksoppositionellen" im Kern um Rechte handelt, die sich nur mit linken Phrasen tarnen.[5]

Kritisieren wollen wir hier Deinen doch recht leichtfertigen Umgang mit dieser Frage. Wenn wir auf ein solches Problem stoßen, so versuchen wir immer zuerst, uns bei den Klassikern des wissenschaftlichen Kommunismus Rat zu holen.

Dazu ist es erforderlich, etwa die Verwendung der Begriffe „links" und „rechts" bei Marx, Engels, Lenin und Stalin sowie auch der Komintern im jeweiligen Zu-

---

[3] Selbstverständlich müssen auch andere Gesichtspunkte beachtet werden. So betrachtete Lenin bekanntlich den sogenannten „linken Radikalismus" innerhalb der Reihen der Kommunistinnen und Kommunisten großteils als eine „Kinderkrankheit im Kommunismus", die - bei entsprechendem ideologischem Kampf gegen den Opportunismus und selbstkritischer Korrektur - bei den Trägern dieser Abweichung relativ leicht zu überwinden war, da der Großteil der Verfechter des „linken Radikalismus" eine revolutionäre Grundhaltung, tiefen revolutionären Klassenhaß hatten.

[4] Siehe etwa Lenins Artikel „Über ‚linke' Kinderei und über Kleinbürgerlichkeit", 1918, Werke Band 27, S.315-347)

[5] Die genaue Quelle ist für eine weitere Bearbeitung noch nachzutragen.

sammenhang umfassend zu studieren (und sich nicht nur das herauszugreifen, was die eigene Position wirklich oder scheinbar bestätigt). Die obigen Verweise auf Lenins und Stalins Verwendung von „links" sollen nur Hinweise darauf sein, sich damit wirklich systematisch auseinanderzusetzen.

Mag sein, daß auf Grund dieses Studiums mit den Problemen der heutigen Realität vor Augen in den eigenen Publikationen auf diese oder jene Ausdrucksweise bzw. diesen oder jenen Begriff bewußt verzichtet wird. Selbst dann ist es aber nicht unbedingt nötig und richtig, diesen oder jenen Begriff gleich überall und für alle Zeiten zu verwerfen.

2) Das Beispiel der ETA überzeugt uns in diesem Zusammenhang keineswegs. Du selbst schreibst, daß die ETA Deiner Meinung nach einen *„Kampf gegen nationale Diskriminierung"* führt, insofern Deiner Meinung nach also einen *fortschrittlichen* Kampf.[6] Der Punkt ist hier doch eher, daß wir heute - beim weitgehenden Fehlen kommunistischer Parteien und Organisationen, welche den antiimperialistisch-demokratischen Kampf führen müßten - ein großes Problem mit nationalen Bewegungen haben, wo wir nicht klar einschätzen können, ob bzw. inwieweit sie im Lager des antiimperialistisch-demokratischen Kampfes stehen und damit **links** sind ***oder*** ob sie in Wirklichkeit von den Imperialisten abhängig sind und im Grunde eine imperialistische Hilfstruppe sind wie etwa die UCK in Kosova.

3) Zur Frage der Bündnisse

a) In dieser Frage geht es nicht um mögliche und notwendige Bündnisse überhaupt, auch nicht um irgendwelche Bündnisspezialfragen. Wir haben in diesem Flugblatt keine Position zu Bündnissen für überall und immer bezogen, wie Du uns fälschlich unterstellst, sondern sind von der Einschätzung der heutigen internationalen Lage, von der Einschätzung der an diesem Krieg beteiligten Kräften sowie von der Lage im ideologischen Bereich ausgegangen und haben in dieser ***konkret*** bestimmten Situation unsere Position gegen Bündnisse mit der Hamas unter dem Vorwand des „internationalen antiimperialistischen Kampfes" formuliert.

Im Rahmen dieses Flugblatts ging es darum, mit aller Deutlichkeit die Demarkationslinie zwischen Revolution und Konterrevolution zu ziehen, eindeutig klar zu machen, daß Al Qaida, Hamas und ihresgleichen Kräfte der Konterrevolution sind, daß unter dem Vorwand der „Verteidigung gegen den Imperialismus" diese reaktionären, konterrevolutionären Kräfte beschönigt, das Bündnis mit ihnen propagiert und betrieben wird. Die Passage richtet sich gegen Kräfte wie BP, welche vor einiger Zeit mit Hamas eine gemeinsame Plattform unterschrieben haben, oder gegen die

---

[6] Eine genauere Auseinandersetzung mit der ETA ist dringend nötig. Dies ist ein Erfordernis der Solidarität angesichts der brutalen Unterdrückung durch den spanischen reaktionären Staat, der auch eine riesige chauvinistische, im Grunde faschistische Massenbewegung entfacht hat. Die ETA und die politische Partei Herri Batasuna verfügen ihrerseits im Baskenland, vor allem unter Jugendlichen, über einen breiten Masseneinfluß.

KOMAK/ml in Österreich, welche die Position der PFLP zur militärischen Zusammenarbeit mit der Hamas propagieren.

Du sprichst Dich in Bezug auf Al Qaida und Hamas dafür aus, daß die Revolutionäre in Afghanistan oder in Palästina ein

„kurzfristiges Bündnis gegen angreifende Imperialisten"

eingehen könnten bzw. in bestimmten Situation eingehen müßten. Du begründest nicht weiter, ***warum*** sie dies angeblich tun müßten. Dein einziges Argument ist *„gegen angreifende Imperialisten"*. Wenn es in Dschenin Deiner Meinung nach

„keine andere Wahl als ein Bündnis mit den dortigen Hamaskräften"

gegeben habe, warum dann nicht in Palästina überhaupt? Wenn Du ähnliches in Bezug auf die Al Qaida in einem afghanischen Dorf, das von französischen und amerikanischen Flugzeugen bombardiert wird, für richtig hältst, warum dann nicht mit den Taliban in Afghanistan überhaupt, als dieses von den Imperialisten angegriffen wurde? Und warum dann nicht auch mit den irakischen Machthaber ein *„kurzfristiges Bündnis gegen angreifende Imperialisten"* eingehen?[7]

Wir haben hier offenbar einen wirklich tiefgehenden Widerspruch.

b) Noch etwas dazu, was Du allgemein über Bündnisse sagst. Du unterscheidest strategische und taktische Bündnisse. Letztere, so Deine Ausführung,

„hängen immer vom aktuellen politischen Zusammenhang ab".

Der von Dir aber nicht beachtete Punkt ist, daß auch die konkreteste taktische Frage, die Entscheidung „von Fall zu Fall"; nicht etwas ist, was losgelöst von der internationalen Lage, vom übergeordneten programmatischen Rahmen, von der grundlegenden Strategie sowie dem taktischen Plan für eine gegebene Zeitspanne entschieden werden kann, sondern in diesen Rahmen eingebettet und untergeordnet werden muß.

Du führst als Beispiel die Taktik der KP Chinas während des antijapanischen Krieges an. Diese Taktik war aber nur richtig und denkbar unter der Voraussetzung des weltweiten antifaschistisch-antinazistischen Krieges. Die damals vorliegenden Voraussetzungen sind heute keineswegs gegeben. Das haben wir in der „Allgemeinen Einschätzung" von Mao Tse-tung besonders betont.

Ähnliches gilt für die Taktik bei den Aufständen gegen die Nazis in Polen.[8]

Du fragst:

---

[7] In der Nummer 6 der „Proletarischen Rundschau" veröffentlicht die Komak-ml ein Gespräch mit dem Stellvertretenden Vorsitzenden der PFLP, worin diesem zwar auch kritische Fragen etwa zur Zusammenarbeit mit der Hamas gestellt werden. Dessen offen propagierte Position der Zusammenarbeit zwischen den islamischen Gruppen und der PFLP im Kampf gegen die islamische Okkupation" (Nr.6, S.37) bleibt aber unwidersprochen.

[8] Welche „faschistischen polnischen oder jüdischen Organisationen" meinst Du eigentlich?

„Warum sollte es dann **immer** ‚äußerst schädlich und strikt abzulehnen' sein im Fall von moslemischen faschistischen Organisationen?"

Abgesehen davon, daß von „immer" im Flugblatt gar keine Rede ist, ist doch der entscheidende Grund, daß die internationale Gesamtlage heute eine ganz andere ist also zur Zeit des Zweiten Weltkriegs. Die Situation ähnelt viel mehr jener vor dem ersten Weltkrieg, wobei als eine Besonderheit der Situation die Folgen des weitgehenden Zerfalls des vom russischen Sozialimperialismus geführten revisionistisch-kapitalistischen Blocks zu berücksichtigen sind. In dieser Situation halten wir es eben für grundfalsch und schädlich, sich unter dem Vorwand des Kampfes gegen den Imperialismus sich mit Hamas, Al Qaida usw. zu verbünden.

c) Den Vergleich zu einem Nazi-Überfall auf ein Flüchtlingsheim halten wir für irreführend. Treffender wäre doch zu fragen, wie sich fortschrittliche Kräfte verhalten sollten, als etwa nach den Nazi-Morden in Solingen bei den Demonstrationen „Graue Wölfe" und andere extrem reaktionäre türkische Kräfte auftauchten. Diese wurden von den fortschrittlichen Kräften aus der Türkei und von anderen zurecht weggejagt.

4) Zur Bezeichnung von Hamas und Al Qaida

Du fragst, warum das Flugblatt angeblich *„so betont"*, daß Hamas und Al Qaida faschistisch seien. S. 8/9 ist die Rede von

„reaktionären, faschistisch strukturierten Organisationen und Bewegungen".

Auf S.9, in der Dir selbst zitierten Passage heißt es sogar noch etwas abgeschwächt

„die im Grunde faschistisch strukturiert"

sind. Mit „im Grunde faschistisch strukturiert" ist bewußt formuliert worden, daß diese Organisationen nicht nur in ihren Zielen nach außen zutiefst antidemokratisch sind, sondern auch in deren Inneren keinerlei Raum für irgendeine Form von demokratischer Diskussion ist. Wenn Du das Flugblatt nochmals liest und auf die Überschriften und sonstigen Charakterisierungen achtest, wirst Du aber bemerken können, daß „faschistisch" keineswegs *„so betont"* wird, wie Du es in Deiner Kritik erscheinen läßt. Vielmehr wird bewußt Gewicht darauf gelegt zu zeigen, daß etwa Al Qaida ein Produkt des Imperialismus selbst ist, daß die reaktionären islamistischen Kräfte dem Imperialismus dienen bzw. ihm nützen, indem sie etwa die wirklich antiimperialistischen Kräfte bekämpfen und niedermachen.

5) Zu: Probleme mit „Einigen Fakten"

a) Der Hinweis auf Heroin als Finanzquelle von Kriegsherren ist richtig. Danke für den Literaturhinweis.

b) Die Bevölkerungsschätzung von 1979 kann heute wirklich nicht mehr so als Grundlage genommen werden.

* * *

Zur Kritik an der Zeitung „Kampf gegen die Kriegspolitik des deutschen Imperialismus!"

Nachzutragen bleibt eine Ergänzung als Antwort auf die Kritik an der Zeitung „Kampf gegen die Kriegspolitik des deutschen Imperialismus!" (S. 6/7).

Die Einschätzung im Zusammenhang mit der Präsidentenwahl in Frankreich: „Wahlschlappe der linken Reaktionäre" ist eine Fehleinschätzung. Prf. begründet seine Einschätzung damit,

> „die meisten Werktätigen (sind) darauf gekommen daß 'Jospin = Chriac' daß eben 'links = rechts' ist, d.h. daß der linke Flügel der bürgerlichen Politik nicht besser für das arbeitende Volk als der rechte Flügel ist, und dies neue Bewußtsein macht den Herrschenden des Landes irrsinig zu schaffen,..." (S. 6)

Auch wenn wir die Verhältnisse in Frankreich im Detail nicht so genau einzuschätzen vermögen, soviel läßt sich erkennen – das ganze Manöver mit Le Pen und Chirac hat das System in Frankreich stabilisiert, eine große Wahlbeteiligung im Stichwahlgang, eine überwältigende Zahl wählt einen korrupten Politiker, einen eingefleischten Reaktionär und Imperialisten. Und gegen die reaktionären Maßnahmen der neuen Regierung zeigt sich aktuell kein „neues Bewußtsein" des Widerstandes...

❑ Berechtigte Kritik an der **Zeitung 10-11/01**:

Im Rahmen eines Leserbriefes von einem regelmäßigen Leser unserer Flugblätter wurde folgende berechtigte Kritik geäußert:

Liebe Genossinnen und Genossen,

ich habe Eure Zeitung zum Kampf gegen die Kriegspolitik des deutschen Imperialismus dankend erhalten. Ich finde, daß dort sehr gründlich und klar die Abgrenzung zu den opportunistischen Kräften (und eine Herausarbeitung von deren Taktiken) sowie die Linie der deutschen Imperialisten dargelegt wird. Und als ganz wichtiger Punkt der deutsche Imperialismus als eigenständiger, reaktionärer und aggressiver Kriegstreiber entlarvt wird, und dieser der Hauptfeind des Proletariats in Deutschland ist, und nicht die USA oder die NATO. ...

Insgesamt schätze ich also die Zeitung als positiv ein, habe aber auch eine Kritik bzw. Ergänzung: Im Kasten *„Einige Schlaglichter der weltweiten Verbrechen des US-Imperialismus seit 1945"* auf Seite 1 und 2 fehlt meiner Meinung nach etwas, und zwar die Unterstützung der Konterrevolution in Peru 1992 gegen die Genossinnen und Genossen der PCP unter dem Deckmantel des „Anti-Drogen-Krieges" (Quelle: Video Dispatches: The people of the Shining Path"). Dies wird hier nicht erwähnt.

...

Dann bis zum nächsten Mal!

ROTFRONT !!!

Der Genosse hat uns bald darauf seinen Vorschlag für eine Formulierung geschickt:

> 1992: Intervention US-imperialistischer Streitkräfte in Peru zur Unterstützung des reaktionären Fujimori-Regimes gegen die PCP unter dem Vorwand des „Anti-Drogen-Krieges"

Diskussion über die Zeitung 10-11/2001 „Kampf gegen die Kriegspolitik des deutschen Imperialismus"

In der Diskussion eines Kollektivs kam es zu folgenden Anmerkungen und Kritikpunkten:

1. Im Kasten auf Seite 3 *„Fakten zur Salami-Taktik des deutschen Imperialismus und zur Steigerung seiner Militär- und Kriegseinsätze nach 1945"* sollte bei der Auflistung der Kriegseinsätze unbedingt der Kriegseinsatz in Albanien ergänzt werden. Außerdem sollte die Zahl der heute insgesamt im Ausland stationierten und mit diesen Einsätzen beschäftigten deutschen Soldaten genannt werden, offiziell sind es derzeit 60.000.

2. Zum Kasten auf Seite 5 *„Der verschärfte Konkurrenzkampf der imperialistischen Großmächte um Einflussgebiete, Rohstoffe und Transportwege in den Ländern Zentralasiens"*:

Es wurde kritisiert, daß in diesem Kasten die in Zentralasien neu aufgebauten Militärstützpunkte der westlichen Großmächte überhaupt nicht erwähnt werden. Daraufhin haben wir länger darüber diskutiert, ob und in wie weit die Schaffung von Militärstützpunkten ein eigenes Ziel der jeweiligen Imperialisten ist, oder ob es reicht, dies als Mittel zum Zweck, nämlich zur Sicherung der Rohstoffquellen und Transportwege, anzusehen. Aufgabe dieses Kastens wäre es aber eigentlich gewesen, den Zusammenhang zwischen Militärstützpunkten, Kriegen, militärischen Einsätzen und den Rohstoffquellen sowie dem Streben nach möglichst großen Einflussgebieten herauszustellen, zumal die neuen Militärbasen in Zentralasien auch im Hinblick auf militärische Angriffe über Zentralasien hinaus von Bedeutung sind.

3. Zum Abschnitt 4 des Haupttextes *„4. Besondere Aggressivität des deutschen Imperialismus"*: Dies ist ein nicht so leicht nachvollziehbarer Punkt, da britische, französische und US-Imperialisten gerade in den letzten Jahrzehnten in puncto Aggression wesentlich mehr Kriege vorzuweisen haben. Hier ist es von Belang immer wieder zu erklären, dass der deutsche Imperialismus durch die Niederlage im 2. Weltkrieg gewissermaßen *50* Jahre „zu spät" gekommen" ist, und jetzt einen großen Nachholbedarf hat. Die deutschen Imperialisten sind jetzt so weit, die anderen eingeholt zu haben, und daraus erwächst eine besonders aggressive imperialistische Gefahr.

Die angeführten Beispiele sind ebenfalls ein Fingerzeig darauf. Vielleicht hätte man solche Tatsachen anführen sollen, dass z.B. der afghanische Minister für Wiederaufbau in Deutschland ausgebildet worden ist.

4. Im Abschnitt 15 des Haupttextes *„15. Proletarischer Internationalismus als Richtschnur wirklich antiimperialistischer und kommunistischer Politik"* steht der Satz *„Vielmehr deutet alles darauf hin, dass es sich um einen Konflikt innerhalb des Lagers der imperialistischen Weltreaktion handelt..."*

Hier haben wir darüber diskutiert, was dafür spricht „Al Qaeda" als ein Söldner-Heer anzusehen, und wessen Söldner sie sein könnten. Dabei war das Bild mit dem Kettenhund, der sich losgerissen hat, von Belang. Aufgeworfen wurde die Frage, inwieweit z.B. Saudi-Arabien, um sein Quasi-Monopol beim Rohstoff Öl zu verteidigen, Taliban und Al Qaeda benutzt haben, um die kaspische Ölförderung zu torpedieren. Anhaltspunkte dafür gibt es, ausreichend als Beleg sind sie aber wohl eher nicht.

5. Zum Kasten auf Seite 8 *„Aus dem Leben einiger der Genossen, die im Kampf für den Aufbau der Kommunistischen Partei Afghanistans/ML von den Handlangern des russischen Sozialimperialismus oder von den reaktionären Mujaheddin im Sold der westlichen Imperialisten ermordet wurden"*:

Hier wird nicht genauer erklärt, welchen politischen und ideologischen Charakter „Akhgar" hatte, wie es entstanden ist, und was daraus geworden ist. Auch in der Beilage *„Einige Fakten zu Afghanistan"* wird das nicht deutlich genug. Einige Eckdaten der Geschichte dieser Organisation, wann die Zeitung „Akhgar" gegründet wurde, und wie lange es sie gab, fehlen. Es gibt aber wohl kaum genauere Dokumente, die darüber Aufschluss geben wurden.

Wurfzettel für Demonstrationen gegen die imperialistische Aggression gegen Afghanistan

Kampf gegen die Bundeswehr, in den Betrieben, auf der Straße und in den Kasernen!

Tod dem deutschen Imperialismus, Militarismus und Revanchismus!

Die imperialistische Aggression gegen Afghanistan bekämpfen!

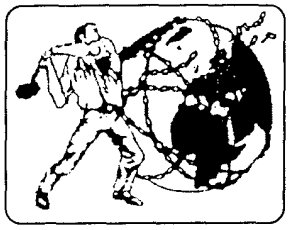
Den deutschen Imperialismus als eigenständigen Kriegsherd bekämpfen!

Solidarität mit den wirklich fortschrittlichen und revolutionären Kräften in Mittel- und Westasien!

Keine Solidarität mit den Taliban und ähnlichen reaktionären Kräften!

PROLETARIER ALLER LÄNDER VEREINIGT EUCH!
PROLETARIER ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER VEREINIGT EUCH!

GEGEN DIE STRÖMUNG



Organ für den Aufbau der Revolutionären Kommunistischen Partei Deutschlands

10-11/01 Oktober-November 2001

Angesichts der US-amerikanisch-britischen Bombardierungen Afghanistans und des Beschlusses des Deutschen Bundestags zum Kriegseinsatz der Bundeswehr in und um Afghanistan:

Kampf gegen die Kriegspolitik des deutschen Imperialismus!

Nach wochenlangem militaristischem Propagandagetrommel haben die deutschen Imperialisten offiziell den internationalen Kriegseinsatz der Bundeswehr beschlossen und begonnen. Der deutsche Kriegsminister wurde „ermächtigt", mit Tausenden deutschen Soldaten - weit über das „NATO-Gebiet" hinaus - in allen möglichen Teilen der Welt Krieg zu führen, von Teilen Asiens bis zur arabischen Halbinsel und Nord-OstAfrika sowie den angrenzenden Seegebieten. Das ist in der Tat ein seit 1945 beispielloser Akt, zugleich aber nur ein weiterer Schritt auf dem seit Jahrzehnten verfolgten Weg des deutschen Imperialismus, Militarismus und Revanchismus, im nunmehr dritten Anlauf seine weltweiten imperialistischen Ziel durchzusetzen. Dabei ist unsere Position eindeutig: Obwohl die imperialistische Aggression im Moment noch hauptsächlich vom US-Imperialismus und vom englischen Imperialismus durchgeführt wird, gilt es, politisch und ideologisch als kommunistische Kraft in Deutschland vor allem den „eigenen", den deutschen Imperialismus zu bekämpfen.

Der Kriegseinsatz der Bundeswehr steht nicht nur unter dem Zeichen einer barbarischen militärischen Offensive gegen Afghanistan, sondern auch einer politischen und psychologischen Offensive, um Gegner des Krieges gegen Afghanistan zu isolieren, zu desorientieren, zu verwirren und in die Enge zu treiben.

Kampf um ideologische und politische Klarheit ist unerläßlich, um diesem Druck nicht früher oder später nachzugeben, um wirklich mit aller Kraft den Kampf gegen die imperialistische Kriegspolitik und Kriegstreiberei zu entfalten. Im folgenden sollten thesenartig Grundpositionen zu Kampf gegen die Kriegspolitik des deutschen Imperialismus dargelegt werden:

I. Die imperialistische Aggression gegen Afghanistan bekämpfen! Den deutschen Imperialismus als eigenständigen Kriegsherd entlarven und bekämpfen!

1. Mörderischer imperialistischer Krieg gegen Afghanistan

Die unter dem Vorwand der Anschläge in New York und Washington unternommenen Angriffe der US-amerikanischen und englischen Militärmaschinerie gegen Afghanistan sind Kriegsverbrechen und durch nichts zu *rechtfertigen. Es ist dies ein weiteres Kapitel in der* weltweiten Geschichte der Verbrechen des US-Imperialismus seit 1945.

2. Expansionismus und Machtdemonstration des US-Imperialismus

Die am 7. Oktober 2001 begonnene Militäraggression *gegen Afghanistan ist vor allem ein Krieg der US-amerikanischen* und britischen Imperialisten; er wird geführt zur Sicherung und Ausweitung von deren politischen, ökonomischen und strategischen Interessen. Konkret ist der US-Imperialismus, aber auch der englische Imperialismus militärisch auf dem Vormarsch.

Aber auch die anderen Imperialisten vertreten in Afghanistan und in der umliegenden Region ihre ureigenen Interessen des Profits und der Macht. In den Ländern *Zentralasiens ist ein verschärfter Konkurrenzkampf um* Einflußgebiete, Rohstoffquellen, Transportwege und Märkte entbrannt, zwischen der geschwächten imperialistischen Macht Rußland und den anderen imperialistischen Mächten, die auch untereinander rivalisieren.

Zugleich stellt diese große und langfristig angelegte Militäraktion indirekt auch *eine gewaltige Drohung gegen alle heutigen und vor allem gegen zukünftige mächtige revolutionäre Kräfte der Welt dar.*

Die unverhüllte *Machtdemonstration* und *Expansion* des US-Imperialismus in Mittel- und Westasien, einem der strategisch wichtigsten Gebiete in der Rivalität *aller* imperialistischen Großmächte, zeigt in krasser Weise, wie über eine Reihe von begrenzten militärischen Provokationen und lokalen Kriegen die *Gefahr eines neuen Weltkriegs wächst.*

3. Beteiligung des deutschen Imperialismus

Der deutsche Imperialismus, der seine eigenen Interessen in den Vordergrund stellt, ist von Anfang an *an diesem barbarischen Krieg gegen Afghanistan beteiligt.*

4. Besondere Aggressivität des deutschen Imperialismus

Der besondere Eifer, mit dem die Sachwalter des deutschen Imperialismus ihre Kriegsvorbereitungen durchführen und sich für einen direkten Kampfeinsatz in Afghanistan und in anderen Ländern stark machen, zeigt die *zunehmende Aggressivität* des deutschen Imperialismus. Vor allem mit dem imperialistischen Angriffskrieg gegen Jugoslawien im Jahr 1999 hat er vor aller Welt demonstriert, daß er längst als *eigenständiger Kriegsherd,* als *imperialistische Großmacht mit besonderer Aggressivität* wiedererstanden und dazu in der Lage ist, seine Ansprüche auch mit Waffengewalt zu behaupten.

Mit Hilfe der Salamitaktik, der schrittweisen Realisierung und Verschärfung von Kriegsprojekten, und einer geschickten Verschleierungstaktik eskalieren die deutschen Imperialisten ihre Kriegspolitik, und dies mit weltweiten imperialistischen Ansprüchen und Zielen.

5. Eigenständige imperialistische Großmachtinteressen Deutschlands

Mit dem „Ermächtigungsbeschluß" des Deutschen *Bundestags vom 16. 11. 01 für den weltweiten Kampf*einsatz der Bundeswehr ist eine neue Etappe der militärischen Eskalation erreicht. 3.900 Soldaten verschiedener Abteilungen der Bundeswehr sollen in den nächsten 12 Monaten - vorläufig! - im sogenannten „Krieg gegen den Terror" zum Einsatz kommen. Damit verfolgen die deutschen Imperialisten mehrere naheliegende und auch längerfristige Ziele:

Erstens: Mit den lautstarken Erklärungen, daß nunmehr für Deutschland endgültig die *„Nach-Kriegszeit"* abgeschlossen sei, wird darauf gepocht, daß das „souveräne" Deutschland nun endlich auch „gleichberechtigt" auf militärischem Gebiet mitzumischen habe, ob jetzt in Afghanistan oder demnächst anderswo auf der Welt.

Zweitens: Auf Dauer lassen sich die imperialistischen Interessen des deutschen Monopolkapitals tatsächlich nicht allein mit dem „Scheckbuch" durchsetzen, sondern deren Durchsetzung und Sicherung erfordert militärische Mittel. Es sind die eigenständigen räuberischen Großmachtinteressen des deutschen Imperialismus, welche die Bundeswehr weltweit durchsetzen soll. Darauf wurde und wird die Bundeswehr ausgerichtet.

Drittens geht es um die zunehmende Gewöhnung der Bevölkerung an direkte Kriegseinsätze sowie um das Training der eigenen Armee und des Waffeneinsatzes im „Ernstfall". Es geht um die Vorbereitung lokaler, eigenständig geführter Kriege des deutschen Imperialismus, die sich gegen imperialistische Rivalen sowie gegen Befreiungskämpfe der Völker in allen Teilen der Welt richten, und um die langfristige Vorbereitung weltweiter imperialistischer Kriege zur Neuaufteilung der Welt gegen die anderen imperialistischen Großmächte.

6. Doppeltaktik des deutschen Imperialismus: Allianz und Rivalität

*Heute betonen die Sachwalter des deutschen Imperialis*mus in erster Linie die Allianz, die Waffenbrüderschaft und Zusammenarbeit mit den übrigen imperialistischen Großmächten, vor allem mit dem US-Imperialismus. Aber auf der Grundlage der eigenständigen Interessen des deutschen Imperialismus wird bereits das sich verschärfende Moment der Rivalität sichtbar, wie zum Beispiel beim sich andeutenden und offenbar in Planung befindlichen Krieg gegen den Irak.

7. Doppeltaktik des deutschen Imperialismus: „Friedliche" Diplomatie und offene Kriegspolitik

Einerseits forciert der deutsche Imperialismus seine „friedlichen" Machenschaften, intensiviert er seine geheime und offene Diplomatie in Westasien, insbesondere gegenüber Rußland, verstärkt er seine guten Beziehungen zu allen Ländern - zu den Regierungen wie zu den Oppositionsbewegungen -, treibt er die Abhängigkeit verschiedener reaktionären Regimes finanziell und gerade auch durch Rüstungsexport voran, um sich alle Optionen der Ausdehnung seines Einflusses und seiner Macht offenzuhalten. Dabei nutzt er gezielt seine „alten" Verbindungen aus der Zeit des Nazifaschismus, aktuell zum

Was uns Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht für heute zu sagen haben

„Internationaler proletarischer Klassenkampf gegen internationale imperialistische Völkerzerfleischung heißt das sozialistische Gebot der Stunde.

Der Hauptfeind jedes Volkes steht in seinem eigenen Land!...

Proletarier aller Länder, ...vereinigt euch zum internationalen Klassenkampf gegen die Verschwörungen der Geheimdiplomatie, gegen den Imperialismus, gegen den Krieg, für einen Frieden im sozialistischen Geist.

Der Hauptfeind steht im eigenen Land"

(Aus dem Flugblatt Karl Liebknechts „Der Hauptfeind steht im eigenen Land" vom Mai 1915)

„Um Frieden kämpfen heißt, alle Machtmittel der Arbeiterklasse rücksichtslos gebrauchen, um im Lande wie draußen im Felde die Fortführung des Völkermordes unmöglich zu machen, heißt, wie Liebknecht vor keinem Opfer und keiner Gefahr zurückzuschrecken, um den Burgfrieden zu sprengen und der Säbeldiktatur in den Arm zu fallen."

(Aus dem Artikel Rosa Luxemburgs „Liebknecht", in: „Spartacus", Nr.1, 20. September 1916)

„Die imperialistische Kapitalistenklasse überbietet als letzter Sproß der Ausbeuterklasse die Brutalität, den unverhüllten Zynismus, die Niedertracht aller ihrer Vorgänger. Sie wird ihr Allerheiligstes, ihren Profit und ihr Vorrecht der Ausbeutung, mit Zähnen und mit Nägeln, mit jenen Methoden der kalten Bosheit verteidigen, die sie in der ganzen Geschichte der Kolonialpolitik und in dem letzten Weltkriege an den Tag gelegt hat.... sie wird lieber das Land in einen rauchenden Trümmerhaufen verwandeln als freiwillig die Lohnsklaverei preiszugeben.

All dieser Widerstand muß Schritt um Schritt mit eiserner Faust und rücksichtsloser Energie gebrochen werden. Der Gewalt der bürgerlichen Gegenrevolution muß die revolutionäre Gewalt des Proletariats entgegengestellt werden...

Der Kampf um den Sozialismus ist der gewaltigste Bürgerkrieg, den die Weltgeschichte gesehen, und die proletarische Revolution muß sich für diesen Bürgerkrieg das nötige Rüstzeug bereiten, sie muß lernen, es zu gebrauchen zu Kämpfen und Siegen."

(Aus dem von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg verfaßten „Programm der KPD" von 1919)

Beispiel die zum afghanischen König Zaher Schah, ein alter Freund Nazi-Deutschlands.

Andererseits rüstet der deutsche Imperialismus fieberhaft seine Bundeswehr auf, hält er eine der stärksten und modernst ausgerüsteten Armeen bereit, um überall auf der Welt militärisch präsent sein und „eingreifen" zu können.

Diese „Doppeltaktik" bedeutet für die deutschen Imperialisten, sozusagen in den Startlöchern stehend, für alle Fälle gewappnet zu sein, um allemal, sowohl durch den Einsatz von Bundeswehrtruppen als auch durch bereitgestelltes Kapital, ihren Einfluß als imperialistische Großmacht zu stärken. Die Ausdehnung der Macht des deutschen Imperialismus richtet sich dabei nicht nur gegen die von ihm ausgebeuteten und unterdrückten Völker, sondern auch mehr und mehr gegen die anderen imperialistischen Großmächte, mit denen er um die Vorherrschaft in der Welt ringt.

8. Gut verteiltes Rollenspiel der bürgerlichen Parteien des deutschen Imperialismus

Beim Kampf gegen die imperialistische Kriegspolitik gibt es niemanden unter den bürgerlichen Politikern, dem man trauen, auf den man sich stützen könnte. Sie alle dienen auf die eine oder andere Art den Interessen des deutschen Imperialismus. Zur Taktik des deutschen Imperialismus gehören gerade auch bei der Kriegseskalation die gut verteilten Rollen der bürgerlichen Parteien von CDU/CSU über SPD und Grüne bis zur PDS. Deren Zwistigkeiten sind dabei keineswegs ein Zeichen für mehr oder weniger „Fortschrittlichkeit". Schaut man hinter die Phrasen, so zeigt sich, daß sie im Keim lediglich um die „richtige", das heißt effektivste Politik für den deutschen Imperialismus streiten.

9. Militarisierung und Faschisierung nach innen

Der gesteigerten Aggressivität nach außen entspricht, daß die Militarisierung und Faschisierung nach innen eine weitere Stufe erreicht hat. Die Politiker des deutschen Imperialismus überschlagen sich geradezu darin, mit ihren sogenannten „Anti-Terror-Paketen" immer mehr demokratische Rechte abzubauen und die Repression und Kriminalisierung demokratischer und revolutionärer Gruppen und Strukturen zu verstärken. Reaktionärer und konterrevolutionärer Kernpunkt ist dabei der Plan, die Bundeswehr - mit oder ohne Grundgesetzänderung „regulär" nach innen einzusetzen, was durch die sogenannten „Notstandgesetze" schon längst für den „Krisenfall" vorgesehen ist, etwa um Streikbewegungen von Arbeiterinnen und Arbeiter mit Militärgewalt niederzuschlagen. Dies alles geht einher mit verschärften Unterdrückungsmaßnahmen und enorm verstärkter rassistisch-chauvinistischer Hetze, aktuell besonders gegen Menschen aus arabischen Ländern. Militaristische Floskeln, kriegstreiberische Stereotype und Propagandamethoden aus Goebbels' Werkstatt werden geschickt aktiviert.

10. Wie die deutsche Bourgeoisie mit ihren eigenen Gesetzen umgeht

Die Ideologen und Politiker des deutschen Imperialismus brechen ganz offen die Bestimmung ihres eigenen Grundgesetzes, in denen 1949 unter dem Druck der Anti-Hitler-Koalition und als Zugeständnis an den Kampf der Völker gegen den Nazifaschismus ausdrücklich das Verbot von Angriffskriegen festgeschrieben wurde. Ebenso werden Anforderungen des Völkerrechts als völlig irrelevant abgetan.

Wenn die deutschen Imperialisten heute frecher denn je verkünden, daß sie sich um ihre Gesetze im einzelnen nicht kümmern könnten, dann ist dies zum einen Drohung an die Völker der Welt, daß die deutschen Imperialisten ihre aggressiven Weltherrschaftsinteressen nun mit aller Macht verfolgen. Zum anderen ist dies auch ein deutlicher Hinweis darauf, mit welchem Ausmaß polizeistaatlicher Willkür antimilitaristische Massenkämpfe gegen den Krieg der deutschen Imperialisten zu rechnen haben.

II. Solidarität mit den wirklich fortschrittlichen und revolutionären Kräften in Mittel- und Westasien! Keine Solidarität mit den Taliban und ähnlichen reaktionären Kräften!

11. Das Taliban-Regime als ureigenste Kreatur des imperialistischen Systems

Das Regime der Taliban in Afghanistan ist eine reaktionäre, vom System des Imperialismus geschaffene Macht. Vor allem die US-amerikanischen, aber auch die deutschen und andere Imperialisten unterstützten jahrelang diverse reaktionäre Kräfte in Afghanistan gegen den sozialimperialistischen Konkurrenten Sowjetunion, der von 1979 bis 1989 Afghanistan direkt militärisch besetzt hielt, um diesen Einflußbereich gegen den US-Imperialismus und andere imperialistische Großmächte zu halten. Die Taliban, Bin Laden und die ebenso reaktionären Kräfte der „Nordallianz" wurden mit Abermilliarden Dollar direkt vom CIA und anderen Geheimdiensten finanziert und mit modernsten Waffen ausgerüstet.

Bezeichnend ist, daß die wirklich fortschrittlichen, vor allem am wissenschaftlichen Kommunismus orientierten Kräfte Afghanistans schon damals nicht nur von den sozialimperialistischen Machthabern verfolgt und ermordet wurden, sondern ebenso von den reaktionären Banden, die im Sold der westlichen Imperialisten standen.

12. Die Rolle der proimperialistischen Kettenhunde für ihre imperialistischen Herren

In Zentral- und Westasien, aber auch in einigen Ländern Afrikas diente und dient das Hochpeitschen von reaktionären, sich nationalistisch oder religiös bemäntelnden Bewegungen, die oft in enger Verbindung zu den reaktionären, vom Imperialismus abhängigen Regimes im Irak, im Iran, in Syrien oder Saudi-Arabien stehen, vor allem zwei Zielen:

Erstens päppelten die imperialistischen Mächte in abhängigen Ländern diverse reaktionäre Gruppierungen und Bewegungen auf, um im imperialistischen Konkurrenzkampf gegen imperialistische Rivalen ihre, eigenen Interessen verstärkt durchzusetzen, wie das eindeutig in Afghanistan der Fall war.

Zweitens ging und geht es darum, den Einfluß fortschrittlicher oder revolutionärer Kräfte und Organisationen zu zerschlagen. In der Tat ist es ein ernstes Problem, daß in vielen Regionen der Welt derartige reaktionäre Bewegungen, die vielfach einen großen Masseneinfluß haben, tatsächliche demokratische Ansätze von Befreiungsbewegungen „plattmachen" bzw. gemacht haben.

13. Ursachen für den verstärkten Einfluß proimperialistischer reaktionärer Bewegungen

Das enorme Anwachsen solcher reaktionären Organisationen und Bewegungen, die vielfach einen erheblichen Masseneinfluß und Massenanhang haben, hängt sehr weitreichend auch mit den enormen Rückschlägen und der Schwäche der kommunistischen Bewegung zusammen.

Durch die revisionistische Liquidierung der allermeisten ehemaligen Kommunistischen Parteien, vor allem nach dem revisionistischen 20. Parteitag der KPdSU 1956, brach die revolutionäre Gegenkraft gegen die reaktionären, feudalistischen Kräfte in den vom Imperialismus abhängigen Ländern weitgehend weg, so daß es nur eine Frage der Zeit und des Zusammentreffens verschiedener Umstände war, bis diese reaktionären Kräfte in einem so breiten Maßstab auf den Plan traten bzw. treten konnten.

Enorme negative Auswirkungen hatte dies auf die Entwicklung nationaler Befreiungsbewegungen, sei es in Mittel- und Südamerika, sei es in Afrika oder Asien. Ohne zielklare Führung durch die kommunistischen Parteien wurden verschiedene Bewegungen teilweise direkt liquidiert, teilweise ließen sie sich reformistisch in die Stabilisierung bestehender, nur kosmetisch leicht veränderter Ausbeutungs- und Abhängigkeitsverhältnisse integrieren. Mit dem sich verschärfenden Kampf der imperialistischen Großmächte um Neuaufteilung der Einflußsphären zeichnet sich ab, daß die Imperialisten verstärkt Befreiungsbewegungen „unterstützen", die sich gegen ihre Rivalen richten, um sie für die eigenen expansionistischen Ziel zu instrumentalisieren.

14. Die imperialistische Demagogie „links = rechts"

Das von der imperialistischen Reaktion demagogisch aufgebaute und verwendete Denkmuster „links = rechts" spielt in diesem Zusammenhang eine ganz besondere Rolle. In der reaktionären Hetze des sogenannten „Kriegs gegen den Terror" werden Organisationen wie Al Qaida, Hamas usw. mit ganz bestimmten Absichten vieldeutig und nebulös als „radikal", „gewalttätig" usw. bezeichnet. Ihre politische Charakterisierung wird bewußt offengelassen, um in der Propaganda gegen diese Organisationen die Speerspitze vor allem gegen zukünftige, mögliche oder in Ansätzen auch real existierende revolutionäre Organisationen richten zu können.

15. Proletarischer Interationalismus als Richtschnur wirklich antiimperialistischer und kommunistischer Politik

Was die Anschläge vom 11. September in New York und Washington angeht, so steht fest, daß diese eindeutig im Gegensatz zu jeglicher Tradition wirklich linker, antiimperialistischer oder gar kommunistischer Politik stehen. In dieser Tradition stehen nur bewaffnete Aktionen, die sich an der Richtschnur des proletarischen Interationalismus, an den Grundprinzipien „Proletarier aller Länder, vereinigt euch!" und „Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt euch!" orientieren, um Schritt für Schritt und auf lange Sicht wirklich ein Bündnis aller revolutionären Kräfte weltweit gegen den gemeinsamen Feind, den Weltimperialismus, zu schmieden. Die Anschläge vom 11. September zeugen aber ganz und gar nicht von so einem Bestreben oder Konzept. Vielmehr deutet alles darauf hin, daß es sich um einen Konflikt innerhalb des Lagers der imperialistischen Weltreaktion handelt, wobei es um keinerlei wirkliche Interessen ausgebeuteter und unterdrückter Volksmassen geht.

Anhaltende Aggression und militärische Operationen der US-amerikanischen und anderen imperialistischen Mächte in Zentral- und Westasien werden dazu führen, daß sich eine gerechte antiimperialistische Bewegung der Volksmassen in den verschiedenen Ländern formieren wird -selbständig und gegen die verschiedenen reaktionären Kräfte und Regimes. Doch Möglichkeit und Wirklichkeit dürfen nicht verwechselt werden. Zur Zeit ist der Widerstand gegen die USA noch geprägt durch die Führung gerade dieser reaktionären Bewegungen und Regimes.

16. Solidarität mit dem Taliban-Regime als vom Imperialismus überfallenes Land?

Es wäre ein grundlegender Fehler, die unbedingte Verurteilung der militärischen Aggression gegen Afghanistan oder etwa gegen den Irak gleichzusetzen mit der angeblich nötigen Unterstützung der überfallenen Staaten und ihren Regierungen.

Das Schwergewicht des Protests gegen den barbarischen Massenmord durch die imperialistische Bombardierung Afghanistans zu richten, ist völlig richtig: Steht auf dieser Seite doch eine „Allianz" von mörderischen imperialistischen Großmächten - Massenmörder im Weltmaßstab. Demgegenüber steht mit dem Taliban-Regime ein Regime des Massenmords im eigenen Land. Hier die Empörung vor allem gegen die Großmächte zu richten, hier in Deutschland dabei vor allem die Machenschaften des deutschen Imperialismus aufs Korn zu nehmen, hat ganz und gar nichts mit einer Sympathie für das Mörderregime der Taliban zu tun.

Es gibt nur einen Weg: die Völker dieser Region dabei zu unterstützen, ihre reaktionären Regimes selbst loszuwerden und dabei gleichzeitig die Einmischung der Großmächte abzuwehren.

Tod dem deutschen Imperialismus, Militarismus und Revanchismus!

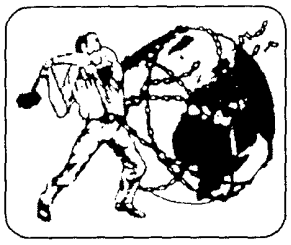
BUCHLADEN
Georgi Dimitroff
Speyerer Straße 23, 60327 Frankfurt
Fax: 0 69 / 73 09 20
ÖFFNUNGSZEITEN:
Freitag 16.30 – 19.30 Uhr
Samstag 10.00 – 13.00 Uhr

Vertrieb für Internationale Literatur
Brunhildstraße 5, 10829 Berlin
GEÖFFNET:
Samstag 11.00 – 14.00 Uhr

Drucker, Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: A. Odenthal, Vertrieb für Internationale Literatur, Brunhildstr. 5, 10829 Berlin

PROLETARIER ALLER LÄNDER, VEREINIGT EUCH!
PROLETARIER ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER, VEREINIGT EUCH!

GEGEN DIE STRÖMUNG



Organ für den Aufbau der Revolutionären Kommunistischen Partei Deutschlands

12/01 Dezember 2001 1 Euro

„Deutschland wird nach seiner Niederlage natürlich sowohl wirtschaftlich als auch militärisch und politisch entwaffnet werden. Es wäre jedoch naiv zu glauben, daß Deutschland nicht versuchen werde, seine Macht wiederzuerlangen und zu einer neuen Aggression zu schreiten. Es ist allbekannt, daß die deutschen Machthaber jetzt schon zu einem neuen Krieg rüsten. Die Geschichte zeigt, daß eine kurze Zeitspanne von zwanzig bis dreißig Jahren genügt, damit Deutschland sich von der Niederlage erholt und seine Macht wiederherstellt."
(Stalin, der 27. Jahrestag der Oktoberrevolution, 6. November 1944, Werke Band 14, S. 367)

22. Juni 1941 – 8. Mai 1945:
Krieg des deutschen Nazifaschismus gegen die Diktatur des Proletariats in der Sowjetunion

1418 Tage!

1418 Tage mußte die sozialistische Sowjetunion kämpfen, bis schließlich am 8. Mai 1945 der Sieg über die deutsche Nazi-Wehrmacht und die gesamte nazifaschistische Mordmaschinerie errungen war. Damals besiegt von den bewaffneten Kräften der Anti-Hitler-Koalition, vor allem den Kräften der sozialistischen Sowjetunion, hat der deutsche Imperialismus inzwischen die Ergebnisse des Zweiten Weltkrieges wahrlich auf den Kopf gestellt:

Der besiegte deutsche Imperialismus, der die Bedingungen des Potsdamer Abkommens niemals anerkannt hat, entwickelte sich in den letzten Jahrzehnten erneut zu einer imperialistischen Großmacht, deren besondere Aggressivität sich immer bedrohlicher zeigt. Er ist dazu übergegangen, das Gebiet der in ihre Bestandteile zerfallenen Sowjetunion, die mit dem Matchantritt der Chruschtschow-Breschnew-Revisionisten von einem sozialistisch-internationalistischen Land in ein revisionistisch-sozialimperialistisches Land umgewandelt hatte, vor allem ökonomisch zu durchdringen, aber auch seinen Einfluß in Konkurrenz zu anderen Imperialisten militärisch abzusichern, Truppen in ehemaligen Randrepubliken zu stationieren, Polizeikräfte zu „unterstützen" und unter dem Vorwand der „Ausbildung" immer mehr Einfluß in die dortigen verfaulenden kapitalistischen Staatsapparate zu nehmen.

Der deutsche Imperialismus – das zeigte die Zeitspanne vor und während des Überfalls auf die damals sozialistische Sowjetunion – hatte eine langfristige Strategie zur Eroberung der imperialistischen Vorherrschaft in der ganzen Welt. Bekanntlich scheiterte die „Blitzkriegstrategie" an der Sowjetunion – und damit kehrte sich zunächst der ganze Plan des deutschen Imperialismus um: Es gab einen Rückzug, der mit der Besetzung Berlins durch die Rote Armee seinen Abschluß fand.

In den Jahrzehnten nach 1945 hat der deutsche Imperialismus mit seinen vielfältigen militärischen und diplomatischen Erfahrungen sein Vorhaben nie aufgegeben, Revanche für diese Niederlage zu nehmen und sich auf diesem Weg auch und gerade Gebiete der ehemaligen Sowjetunion einzuverleiben als wichtigen Schritt auf dem erneuten Weg zur Weltherrschaft vor allem in Rivalität zum US-Imperialismus.

Daß es 1941 trotz aller Schwierigkeiten, erzwungener Rückzüge und Niederlagen nicht zum „Blitzsieg" über die Diktatur des Proletariats in der Sowjetunion unter Führung Stalins kam, war in der Tat von welthistorischer Bedeutung. Die antikommunistische Hetze gegen Stalin hat eine hauptsächliche Quelle auch und gerade darin, daß Stalin – verkürzt und bildlich gesprochen – „Hitler das Genick gebrochen" hat.

Unseren heutigen Kampf gegen das imperialistische Weltsystem und insbesondere gegen den deutschen Imperialismus führen wir im Geist der antinazistischen Kämpferinnen und Kämpfer aller beteiligten Länder, vor allem aber der sozialistischen Sowjetunion unter Führung Stalins. Die gewaltigen Erfahrungen des Kampfes der sozialistischen Sowjetunion, ihre politischen, ideologischen, militärischen und auch ökonomischen Erfahrungen umfassend auszuwerten und zu verteidigen, ist Verpflichtung und Ansporn zugleich für unseren heutigen Kampf gegen den deutschen Imperialismus, den wir unter neuen Bedingungen, bei jedoch grundlegend gleichen Voraussetzungen der Epoche des Imperialismus und der proletarischen Revolution für die Zerschlagung des deutschen Imperialismus, Militarismus und Revanchismus führen.



Nach der Vertreibung der Nazi-Besatzer beseitigen sowjetische Arbeiterinnen und Arbeiter die Symbole der Nazi-Unterdrückung

I. Der Überfall des imperialistischen Nazi-Deutschlands auf die damals sozialistische Sowjetunion

1. Ziele und Grundlagen des Vernichtungskriegs Nazi-Deutschlands

Der Überfall Nazi-Deutschlands auf die sozialistische Sowjetunion war ein zentraler Bestandteil der Weltherrschaftspläne des deutschen Imperialismus:

- Zunächst hatte er kleinere kapitalistische Staaten in West- und Osteuropa und schließlich die imperialistische Großmacht Frankreich überfallen und so sein ökonomisches und militärisches Potential um ein Vielfaches verstärkt. Parallel zu seinen militärischen Anstrengungen schuf er international eine Atmosphäre, die seinen Vormarsch begünstigte.
- Nach der blitzartigen Überrennung und Besetzung der westlichen Teile der Sowjetunion sollte, an Rohstoffen und ökonomisch-militärischen Mitteln gestärkt, der englische Imperialismus weltweit angegriffen und England besetzt werden.
- Mit Hilfe insbesondere mittel- und südamerikanischer Staaten, die von deutschen „fünften Kolonnen" und reaktionären einheimischen Machthabern als Bündnispartner gewonnen werden sollten, sowie mit Unterstützung des japanischen Imperialismus sollte dann der Kampf gegen den US-Imperialismus in Angriff genommen werden.

Rund ein halbes Jahr vor dem Überfall definierten die deutschen Nazifaschisten ihr imperialistisches Kriegsziel im Dokument „Fall Barbarossa" (Weisung Nr. 21 vom 18. Dezember 1940): Vernichtung des Sowjetstaats, Besetzung des Landes, Inbesitznahme seiner Rohstoff- und Lebensmittelquellen, Ermordung von Millionen Sowjetbürgern, Versklavung der Überlebenden. Hitler als Sachverwalter der Interessen des deutschen Imperialismus hatte die imperialistischen Eroberungspläne bereits offen in „Mein Kampf" dargelegt:

„Wollte man in Europa Grund und Boden, dann konnte dies im großen und ganzen nur auf Kosten Rußlands geschehen, dann müßte sich das neue Reich wieder auf der Straße der einstigen Ordensritter in Marsch setzen, um mit dem deutschen Schwert dem deutschen Pflug die Scholle, der Nation aber das tägliche Brot zu geben." (Hitler, „Mein Kampf", München 1940, S. 154, zitiert in:[27:24])

Dabei verfügte der deutsche Imperialismus über ein auf 30 Jahre berechnetes Mord- und „Germanisierungspro-

***Beilage:* Rundfunkansprache Stalins vom 3. Juli 1941 zum Überfall auf die Sowjetunion**

gramm" für Osteuropa namens „Generalplan Ost", den sich SS-Henker Himmler von einem Heer von nazifaschistischen „Geowissenschaftlern", „Bevölkerungsplanern", „Rassekundlern" und „Wirtschaftswissenschaftlern" unter Federführung des Leiters des Instituts für Agrarwesen und Agrarpolitik der Universität Berlin Konrad Meyer hatte erarbeiten lassen. Am 15. Juli 1941 wurde dieser Plan zur systematischen Verschleppung zur Zwangsarbeit, Vertreibung in unfruchtbare Gebiete, Aushungerung und Ermordung der Bevölkerung Mittel- und Osteuropas von Himmler präsentiert. In einem Zeitraum von 25 Jahren sollten 31 Mio. Menschen verschleppt und ermordet werden, nur 14 Mio. – im Nazijargon „Fremdvölkische" – in diesem Gebiet am Leben gelassen werden [49:84]. Dabei war geplant, drei Viertel der belorussischen und ukrainischen Bevölkerung zu vertreiben und den Rest zu Sklaven der deutschen Gutsbesitzer und Kapitalisten zu machen, während die russische Bevölkerung zwangssterilisiert werden sollte [28:19]. In den „entvölkerten" Gebieten war dann die Ansiedlung von zunächst 800.000, dann 1 Mio. und schließlich weiteren 2,6 Mio. Deutschen vorgesehen [1:76]. Im Mai 1941 legte der Nazi-Wirtschaftsstab Ost sogenannte „wirtschaftspolitische Richtlinien" vor, in denen es hieß:

„Eine Zerstörung der russischen Verarbeitungsindustrie in der Waldzone (des Nordens) ist auch für die fernere Friedenszukunft Deutschlands eine unbedingte Notwendigkeit. Viele 10 Mio. von Menschen werden aus diesem Gebiet überflüssig und werden sterben oder nach Sibirien auswandern müssen."[34:23]



Leitmotto der mörderischen nazifaschistischen Soldateska: „Der Russe muß sterben, damit wir leben."

Offen propagierte die Nazi-Führung dabei das „Gesundstoßen" als Motiv. Goebbels erklärte am 21. Oktober 1942 in einer Rede im österreichischen Gdingen:

„Glaube doch keiner, daß wir Deutschen plötzlich von einer neuen Moral erfaßt sind. Nein, wir wollen uns erst mal gesundstoßen. Ich glaube, wir könnten vor diesem Volke gar nicht bestehen, wenn wir uns am Ende des Krieges mit leeren Phrasen helfen müßten, wir hätten für die Weltmoral gekämpft oder für die großen Ideale. Nein, wir kämpfen für Öl und Eisen, für wogende Weizenfelder, das regt die Soldaten an, dafür fallen sie."[66:19]

Nutznießer des imperialistischen Raubkriegs, der Ausbeutung und Ausplünderung der Rohstoffe und Ressourcen des Sowjetstaats war in erster Linie das deutsche Monopolkapital. Aber auch die Massen der „einfachen" Soldaten der Nazi-Wehrmacht wurden in Ausplünderung und Raub in größerem Maßstab eingebunden. Das Plündern wurde von den Nazi-Offizieren und Generälen regelrecht gefördert. Den Truppen der Nazi-Wehrmacht wurden besondere Waggons zur Verfügung gestellt, um das Beutegut nach Nazi-Deutschland zu verschicken. Im „Merkblatt über das Beutegut und über die bei der Bevölkerung beschlagnahmten Lebensmittel" der Nazi-Wehrmacht hieß es:

„Die Beschlagnahme muß planmäßig erfolgen. Die Beute kommt jenem Truppenteil zugute, der die Beschlagnahme durchgeführt hat."[40:97]

Zur Umsetzung der nazistischen Pläne im Vernichtungskrieg gegen die sozialistische Sowjetunion wurden vor dem Überfall Befehle der Nazi-Wehrmacht wie der „Kommissarbefehl", der „Barbarossa-Gerichtsbarkeitsbefehl", die „Richtlinien für das Verhalten der Truppe in Rußland", die „rücksichtsloses Durchgreifen gegen bolschewistische Hetzer, Freischärler, Saboteure und Juden" fordern, sowie die „Anordnungen für die Behandlung russischer Kriegsgefangener" ausgearbeitet [52:50 f.].

Der sogenannte „Barbarossa-Gerichtsbarkeitsbefehl" vom 13. Mai 1941 forderte zur straflosen Ermordung von Partisanen und verdächtigen Personen auf [48:41]. In der Ergänzung hierzu vom 23. Juli 1941 erklärte das Oberkommando der Nazi-Wehrmacht:

„Die zur Sicherung der eroberten Gebiete zur Verfügung stehenden Truppen reichen bei der Weite dieser Räume nur dann aus, wenn alle Widerstände nicht durch die juristische Bestrafung der Schuldigen geahndet werden, sondern wenn die Besatzungsmacht denjenigen Schrecken verbreitet, der allein geeignet ist, der Bevölkerung jede Lust zur Widersetzlichkeit zu nehmen."[27:154]

Am 6. Juni 1941 erließ das Oberkommando den berüchtigten „Kommissarbefehl", mit dem die Vernichtung nicht nur der Politkommissare der Roten Armee, sondern auch aller Funktionäre der KPdSU(B) und des Sowjetstaats angeordnet wurde. Der „Kommissarbefehl" wurde noch am gleichen Tag als Richtlinie für die Nazi-Soldaten und -Offiziere an die Truppenteile weitergeleitet [1:77].

Grundlage für die erfolgreiche Durchführung eines solchen Eroberungs- und Vernichtungskriegs, wie ihn der deutsche Imperialismus nun plante, war nicht nur der preußisch-militaristische Kadavergehorsam der Nazi-Soldaten und -Offiziere, ihr serviler Untertanengeist (und im Verlauf des Krieges zunehmend auch die Furcht vor Bestrafung der von ihnen verübten Verbrechen), sondern vor allem auch das vom deutschen Imperialismus ins Extreme gesteigerte Herrenmenschentum, die Ideologie des Chauvinismus, Rassismus, Antiziganismus, Antisemitismus und Antikommunismus.

2. Der Überfall auf die Sowjetunion

Am Abend des 21. Juni 1941 standen an der sowjetischen Grenze 190 voll ausgerüstete und sorgfältig ausgebildete Divisionen Nazi-Deutschlands und seiner Verbündeten mit rund 4.300 Panzern, 50.000 Geschützen und 4.000 Flugzeugen [28:11]. Die Nazi-Wehrmacht mit damals insgesamt rund 7.230.000 Soldaten und Offizieren ließ rund viereinhalb Millionen Nazi-Soldaten und -Offiziere aufmarschieren, um das Land der Diktatur des Proletariats zu überfallen und auszuplündern [24:14], darunter rund 3,3 Mio. Infanterie- und SS-Einheiten, 1,2 Mio. Angehörige der Nazi-Luftwaffe sowie rund 100.000 der Nazi-Kriegsma-

Aus dem nazifaschistischen „Kommissarbefehl" von 1941

„Die Truppe muß sich bewußt sein:

1. In diesem Kampf ist Schonung und völkerrechtliche Rücksichtnahme diesen Elementen gegenüber (gemeint sind die Funktionäre der KPdSU(B) und des Sowjetstaats, A.d.V.) falsch. Sie sind eine Gefahr für die eigene Sicherheit und die schnelle Befriedung der eroberten Gebiete.

2. Die Urheber barbarisch-asiatischer Kampfmethoden sind die politischen Kommissare. Gegen diese muß daher sofort und ohne weiteres mit aller Schärfe vorgegangen werden.

Sie sind daher, wenn im Kampf oder Widerstand ergriffen, sofort mit der Waffe zu erledigen..." [48:46]

Unvollständige Chronik der Ereignisse des Zweiten Weltkriegs

Die offizielle bürgerliche Geschichtsschreibung nennt als Beginn des Zweiten Weltkriegs den 1. September 1939, den Tag des Überfalls Nazi-Deutschlands auf Polen. Damit wird jedoch gerade die Vorgeschichte konterrevolutionärer und expansionistischer Aggressionen des deutschen Nazifaschismus und seiner Verbündeten Italien und Franco-Spanien sowie des japanischen Imperialismus und die Duldung bzw. Ermunterung zu diesen Aggressionen durch die westlichen imperialistischen Großmächte ausgeblendet:

„Im Jahre 1935 überfiel Italien Abessinien und annektierte es. Im Sommer 1936 organisierten Deutschland und Italien eine militärische Intervention in Spanien, wobei Deutschland sich im Norden Spaniens und in Spanisch-Marokko und Italien im Süden Spaniens und auf den Balearen festsetzte. Im Jahre 1937 brach Japan, nach der Annexion der Mandschurei, in Nord- und Zentralchina ein, besetzte Peking, Tientsin, Shanghai und begann seine ausländischen Konkurrenten aus der Okkupationszone zu verdrängen. Anfang 1938 annektierte Deutschland Österreich und im Herbst 1938 das Sudetengebiet der Tschechoslowakei. Ende 1938 bemächtigte sich Japan Kantons und Anfang 1939 der Insel Hainan.

Somit zog der Krieg, der sich so unmerklich an die Völker herangeschlichen hat, mehr als 500 Millionen Menschen in seinen Bannkreis; der Krieg hat seine Aktionssphäre auf ein gewaltiges Gebiet ausgedehnt: von Tientsin, Shanghai, Kanton über Abessinien bis Gibraltar ... Der neue imperialistische Krieg wurde zur Tatsache."
(Stalin, Rechenschaftsbericht an den XVIII. Parteitag, März 1939, Werke Band 14, S. 185)

Die verstärkten Aggressionen der faschistischen Achsenmächte wurden von den imperialistischen Großmächten geduldet, denn diese wollten durch ihre Politik der „Nichteinmischung" Nazi-Deutschland zu einem Überfall gegen die Sowjetunion ermuntern. Kurz vor dem offiziellen Beginn des Zweiten Weltkriegs schloß die sozialistische Sowjetunion am 23. August 1939 mit Nazi-Deutschland einen Nichtangriffsvertrag ab, nachdem Verhandlungen mit den englischen und französischen Imperialisten gescheitert waren, um ihn als Atempause für die Umstellung der Produktion, die Errichtung von Produktionsstätten für die Massenfertigung von Kriegsmaterial im Osten zu nutzen (Zur Problematik und den genaueren Umständen des Nichtangriffspakts, siehe ausführlich Rotfront „Der nazifaschistische Krieg des deutschen Imperialismus gegen die Diktatur des Proletariats in der Sowjetunion).

☆☆☆

Am **1. September 1939** überfällt Nazi-Deutschland **Polen.** Mitte September 1939 hat die Nazi-Wehrmacht einen Großteil Polens besetzt. Die Bombardierung **Warschaus** fordert 60.000 Tote und Verletzte.[27:252] Nach 17 Tagen ist Polen besiegt. Nach der Eroberung Polens rückt die Nazi-Wehrmacht bis an die Westukraine und das westliche Belorußland vor.

Der französische und englische Imperialismus, mit Polen verbündet, erklären Nazi-Deutschland zwar offiziell den Krieg, den sie jedoch faktisch nicht führen. Durch diesen sog. **„Komischen Krieg",** bei dem im Westen keine offenen Kampfhandlungen gegen die Nazi-Wehrmacht durchgeführt wurden und der bis Mai 1940 dauert, geben sie Nazi-Deutschland zu verstehen, daß es bei einem Angriff gegen die Sowjetunion keine Rückenbedrohung durch Frankreich oder England zu befürchten habe. Der „Komische Krieg" war die Fortsetzung der „Münchner Politik" mit dem Versuch, den Raubkrieg Nazi-Deutschlands gegen die Sowjetunion zu lenken.

Am 17. September 1939 überschreitet die Rote Armee die Grenze zu Polen und beginnt längs der Westgrenze mit dem Bau von Verteidigungsstellungen in den Gebieten, die die 1921 von Polen annektiert worden waren [5:67].

Im Sommer 1939 ermuntern sowohl der deutsche Imperialismus als auch die westlichen imperialistischen Mächte die finnische Reaktion zu Provokationen gegen die sozialistische Sowjetunion. Am 30. November 1939 beginnt der **sowjetisch-finnische Krieg,** der von der bürgerlichen Propaganda als „Beginn der Bildung einer antisowjetischen Einheitsfront" gefeiert wird. Mit großem propagandistischen Tam-Tam wird die So-

Fortsetzung ☞

Aus dem Merkblatt der Soldaten der Nazi-Wehrmacht

Genosse Kalinin zitiert in seiner Schrift „Über kommunistische Erziehung und militärische Pflicht" ein an die Nazi-Soldaten vor dem Überfall auf die Sowjetunion verteiltes „Merkblatt", das Aufschluß über den Grad der ideologischen Verhetzung der Nazi-Soldaten und -Offiziere gibt:

„Erinnere dich und beachte:

1. Morgens, tagsüber, nachts - immer denke an den Führer. Laß dich von anderen Gedanken nicht beunruhigen. Wisse: Er denkt und handelt für dich. Du sollst nur vorgehen, sollst nichts fürchten, du, ein deutscher Soldat, bist unverletzlich. Keine Kugel, kein Bajonett wird dich berühren. Du hast keine Nerven, kein Herz, kein Erbarmen - du bist aus deutschem Eisen gemacht. Nach dem Kriege wirst du eine neue Seele, ein klares Herz wiederbekommen - für deine Kinder, für Großdeutschland. Jetzt aber geh entschlossen vor, ohne zu schwanken.

2. Du hast kein Herz und keine Nerven, man braucht sie im Kriege nicht. Vernichte in dir Erbarmen und Mitleid - töte jeden Russen, jeden Sowjetmenschen, mache nicht halt, wenn du einen Greis oder eine Frau, ein kleines Mädchen oder einen Knaben vor dir hast; töte, damit rettest du dich vor dem Untergang, sicherst deiner Familie eine Zukunft und bedeckst dich mit ewigem Ruhm.

3. Keine Macht der Welt wird dem deutschen Ansturm standhalten. Wir werden die ganze Welt auf die Knie zwingen. Der Deutsche ist der absolute Herr der Welt. Du wirst über das Schicksal Englands, Rußlands, Amerikas entscheiden." [Zitiert in 32:205]

rine [10:204]. Im Troß der Nazi-Wehrmacht folgten die mörderischen Einsatzgruppen aus SS-, Gestapo- und Polizei-Henkern, die hinter der Front in enger Zusammenarbeit mit der Nazi-Wehrmacht die Ermordung vor allem der sowjetischen Jüdinnen und Juden organisierten und durchführten.

Der deutsche Imperialismus begann seinen mörderischen Eroberungs- und Vernichtungskrieg unter den denkbar günstigsten Bedingungen: Die Nazi-Armee war bereits vollständig mobilisiert und verfügte über eine zweijährige Kriegserfahrung. Mit der „Blitzkriegsstrategie" war es ihr bisher gelungen, die Armeen selbst großer europäischer Staaten handstreichartig zu besiegen. Polen hatte nach 18 Tagen kapituliert, Norwegen nach drei Wochen, die Niederlande nach fünf Tagen, Belgien nach 19 und Frankreich nach 42 Tagen. Die Nazi-Wehrmacht überrannte ein Land nach dem anderen und ihre angebliche „Unbesiegbarkeit" schien sich Tag für Tag zu bestätigen.

Zudem hatte es der deutsche Imperialismus ab Mitte der 30er Jahre geschickt verstanden, zunächst Länder zu annektieren und zu erobern, bei denen er keinen militärischen Konflikt mit den übrigen imperialistischen Großmächten zu befürchten brauchte. Schwächere kapitalistische Länder wurden unterworfen, um erst danach den entscheidenden Kampf gegen die imperialistischen Großmächte um die Weltherrschaft zu führen. So kam es, daß Nazi-Deutschland zur Zeit des Überfalls auf die Sowjetunion über fast das gesamte Wirtschaftspotential Europas verfügte, denn schließlich hatte es bereits die großen Industrieregionen Westeuropas besetzt: Österreich, Tschechoslowakei, danach Polen, Frankreich, die Niederlande, Belgien, Luxemburg. Westliche kapitalistische Industriestaaten mit leistungsfähiger Rüstungsindustrie waren den Nazis so nahezu kampflos und völlig produktionsfähig in die Hände gefallen. Nahezu die gesamte Industrie der europäischen Länder – mit Ausnahme Englands – arbeitete für die Nazi-Wehrmacht, die sich zu einer mit modernsten Waffen aller Art ausgerüsteten Riesenarmee entwickelt hatte. Mit den besetzten Ländern, eingerechnet die verbündeten Satelliten, verfügte es über eine industrielle Basis, die eine annähernd zweimal so hohe Produktionsleistung aufwies wie die UdSSR [32:42].

Militärische Unterstützung erhielt der deutsche Nazifaschismus von den verbündeten Satellitenstaaten Rumänien, Finnland, Italien und Ungarn, die sich auch eine Scheibe von der Beute abschneiden wollten, im Einzelfall selbst „großfinnische" bzw. „großrumänische" Ziele verfolgten und eine „Rückgewinnung" der 1940 „verlorenen" Gebiete und mehr erhofften. Im August 1941 machten diese nicht-deutschen Angriffstruppen rund 700.000 Soldaten und Offiziere aus. Nach dem Scheitern des „Blitzkriegs" ab Herbst 1942 sollte ihre Zahl auf 1 Mio. steigen [48:75]. Neben Italien, Finnland, Rumänien und Ungarn standen auch Spanien und Bulgarien auf der Seite Nazi-Deutschlands.

International setzte der deutsche Nazifaschismus nicht ohne Erfolg auf die Karte des Antikommunismus, um den US- und englischen Imperialismus zu neutralisieren bzw. auf seine Seite zu ziehen. In diesem Sinne ist auch die in Nazi-Deutschland über Radio verbreitete Regierungsnote über die angeblichen Gründe für den Kriegsbeginn zu verstehen, in der als Vorwand die Tätigkeit der Kommunistischen Internationale und der einzelnen Kommunistischen Parteien genannt wurden [28:17].

3. Aktive Verteidigung der Roten Armee: Widerstand trotz Rückzugs

Im Gegensatz zu Nazi-Deutschland begann der Krieg für die sozialistische Sowjetunion unter sehr komplizierten Bedingungen. Die rund 4,2 Mio. Rotarmistinnen und Rotarmisten mußten erst mobilisiert und an die deutsch-sowjetische Grenze vorgeschoben werden. Zur Zeit des Überfalls befand sich die sowjetische Rüstungsindustrie gerade im Prozeß der Anwendung moderner Techniken der Kriegsproduktion, aber die Massenfertigung etwa von Panzern und Flugzeugen war noch nicht organisiert [65:66]. Die grundlegende Aufgabe der Rotarmistinnen und Rotarmisten war deshalb, die Angriffe der Nazi-Armee abzuwehren und Zeit zu gewinnen, um Kräfte zu sammeln [28:248].



Der deutsche Imperialismus errichtet seine Herrschaft in der überfallenen Sowjetunion

Der Verlauf der Kampfhandlungen in der Anfangsphase war für die Rote Armee, die sich unter dem Druck der zahlenmäßig überlegenen Kräfte und technischen Kampfmittel der deutschen Eroberer ins Landesinnere zurückziehen mußte, niederdrückend. Um nur ein Beispiel zu geben: Am Tag des Überfalls gelang es den Nazi-Truppen, 66 sowjetische Flugplätze im grenzna-

Fortsetzung „Unvollständige Chronik..."

wjetunion aus dem Völkerbund ausgeschlossen. Am 12. März 1940 ist der Widerstand der finnischen Armee gebrochen. Nach seiner Niederlage wird Finnland zu einer festen Agentur Nazi-Deutschlands.

Am **9. April 1940** überfällt Nazi-Deutschland **Norwegen** und **Dänemark,** das kampflos besetzt wird, weil König und Regierung ihre Soldaten anweisen, die Waffen zu strecken.[27:261]

Der deutsche Imperialismus geht an der Westfront zum Angriff über und überfällt am **10. Mai 1940 Belgien,** die **Niederlande** und **Luxemburg,** um über die Ardennen in **Frankreich** einzudringen. Um die Niederlande zur Kapitulation zu zwingen, bombardiert die Nazi-Luftwaffe niederländische Städte. Allein bei der Bombardierung **Rotterdams** am 14. Mai werden 24.000 Häuser zerstört und rund 1.000 Menschen getötet.

Nach 42 Tagen zieht die Nazi-Wehrmacht am 14. Juni 1940 in Paris ein. Am 22. Juni 1940 kapituliert **Frankreich.** Die englischen Truppen in Nordfrankreich erleiden eine Niederlage und ziehen sich am **4. Juni** von **Dünkirchen** nach England zurück. Ehemalige französische Kolonien in Afrika wie der Tschad, Algerien oder Tunesien werden koloniale „Protektorate" Nazi-Deutschlands, ähnlich wie Marokko, inzwischen eine Kolonie des faschistischen Spanien Francos, oder Libyen und „Italienisch-Ostafrika" (Äthiopien, Eritrea und Somalia), die inzwischen Kolonien des faschistischen Italien geworden sind. Ägypten ist in einen britischen und französischen Einflußbereich aufgeteilt, Palästina englisches „Mandatsgebiet". Nazi-Deutschland versucht nicht ohne Erfolg, reaktionäre islamische Kräfte für seine expansionistischen Zwecke einzuspannen.

Im **Juni 1940** schließen sich **Bessarabien** und die **Nordbukowina** der UdSSR an. Im Juli 1940 werden die **Litauische,** die **Lettische** und die **Estnische Sozialistische Sowjetrepublik** gebildet.

Im Sommer 1940 verstärkt die Nazi-Luftwaffe die Angriffe auf englische Städte. Am **14. November 1940** wird die englische Stadt **Coventry** völlig zerstört.

Ausgehend vom besetzten Libyen beginnt das faschistische Italien eine Offensive gegen das unter britischer Vorherrschaft stehende Ägypten, die am **13. September 1940** zunächst gestoppt wird.

Am 27. September 1940 schließen das faschistische **Italien,** das monarchofaschistische **Japan** und **Nazi-Deutschland** den sog. **„Dreimächtepakt"** ab.

Am 20. November 1940 treten die Nazi-Satellitenstaaten **Ungarn, Rumänien** und die **Slowakei** dem faschistischen **„Dreimächtepakt"** bei.

Im Januar 1941 landen erste Truppen der Nazi-Wehrmacht in **Libyen** zur Unterstützung der italienisch-faschistischen Truppen.

Am **25. und 26. Februar 1941** streiken die Arbeiterinnen und Arbeiter in den besetzten Niederlanden gegen die Deportation der niederländischen Jüdinnen und Juden.

Am 1. März 1941 schließt sich **Bulgarien** dem **„Dreimächtepakt"** an. Truppen der Nazi-Wehrmacht werden in Bulgarien als Aufmarschgebiet gegen Jugoslawien und Griechenland stationiert.

Von **April bis Mai 1941** dauert der Aufstand einer prodeutschen Bewegung im **Irak** unter Führung von Ali el Gailani. Nazi-Deutschland gelingt es nicht, die angebliche „arabische Freiheitsbewegung" ausreichend zu unterstützen, um ihr zum Sieg zu verhelfen. Im Juni landen westlich-alliierte Truppen im Libanon und in Syrien.

Am **6. April 1941** überfällt Nazi-Deutschland zusammen mit italienischen und ungarischen Truppen **Griechenland.** Nach Angriffen der Nazi-Luftwaffe wird Kreta am 1. Juni besetzt.

Zeitgleich mit dem Überfall auf Griechenland beginnt der Nazi-Angriff auf **Jugoslawien,** der durch die Bombardierung Belgrads eingeleitet wird.

Im Juni 1941 folgt **Kroatien** als Beitrittsland zum **„Dreimächtepakt".**

Am **22. Juni 1941** überfällt Nazi-Deutschland die **sozialistische Sowjetunion.**

Am **12. Juli 1941** schließt der englische Imperialismus mit der UdSSR ein „Abkommen über das gemeinsame Vorgehen im Kampf gegen Deutschland".

Von **August bis September 1941** marschieren sowjetische und englische alliierte Truppen im **Iran** ein, um prodeutsche Umtriebe reaktionärer iranischer Kräfte zu unterbinden.

Fortsetzung ☞

hen Gebiet und im Inneren zu bombardieren [1:62]. und 1.811 sowjetische Flugzeuge abzuschießen, während die Rote Armee nur 35 Nazi-Flieger vernichten konnte [10:206].

In nur drei Tagen konnten die Nazi-Truppen bis zu 230 km tief in sowjetisches Gebiet vordringen [28:35]. Nach zehn Tagen war es ihnen gelungen, Litauen, einen Großteil Lettlands, den westlichen Teil Belorußlands und einen Teil der Westukraine zu besetzen. Nach drei Kriegswochen hatte die Rote Armee Lettland, Litauen, Belorußland und beträchtliche Teile der Ukrainischen und Moldauischen SSR aufgeben müssen. Die Nazi-Wehrmacht war von Nordwesten 400 bis 500 km, von Westen 450 bis 600 km und von Südwesten 300 bis 350 km tief in sowjetisches Gebiet eingedrungen, hatte die Lufthoheit und besaß die strategische Initiative [28:53]. In sogenannten „Kesselschlachten" gelang es der Nazi-Wehrmacht, große Verbände der Roten Armee einzukesseln und zu vernichten. Im Juli/ August 1941 fielen den Nazis in Bialystock und Minsk rund 330.000 Gefangene in die Hände, in Kiew im August rund 600.000 Gefangene, in Smolensk im September weitere 310.000 Gefangene [48:57]. Die deutschen Imperialisten waren überzeugt, in ein bis zwei Monaten mit dem Staat der Diktatur des Proletariats „fertig zu sein".

Trotz der unterlegenen Ausrüstung kämpften die Rotarmistinnnen und Rotarmisten mit allen Mitteln gegen die Nazis. Die Pilotinnen und Piloten der Roten Armee hatten häufig nur wenig Munition zum Beschuß der Nazi-Flieger und rammten Flugzeuge [61:742].

Die sich ins Landesinnere zurückziehenden Sowjettruppen verteidigten jeden Meter Territorium ihres proletarischen Staates. 30 Tage kämpften die Bewohnerinnen und Bewohner von Brest gegen die Einnahme ihrer Stadt durch die Nazi-Wehrmacht. 70 Tage, vom 5. August bis 16. Oktober 1941, wehrten sich die Einwohner Odessas gegen die Eroberung durch die Nazis. 250 Tage, vom 30. Oktober 1941 bis zum 4. Juli 1942, verteidigten sich die Einwohner Sewastopols gegen die anstürmenden Nazi-Truppen.

Dieser Widerstand gab Anlaß zur Hoffnung. Der Plan Nazi-Deutschlands, nach der Eroberung von Smolensk ungehindert auf Moskau vordringen zu können, wurde vereitelt. Das Angriffstempo der Nazi-Truppen verlangsamte sich im Vergleich zu den ersten Kriegstagen von 30 km auf 6 km pro Tag Ende August [28:88].

Zwar gelang es der Roten Armee, bis Mitte Juli 100.000 Soldaten und Offiziere der Nazi-Wehrmacht zu töten, bis September sogar knapp eine halbe Million [24:20], ihre eigenen Verluste waren jedoch wesentlich höher [28:54]. Die „Prawda" vom 6. Oktober 1941 berichtete von 1.128.000 getöteten Rotarmisten sowie vom Verlust von 8.000-9.000 Geschützen und 7.000 Panzern seit dem 22. Juni [11:62].

Im September 1941 begannen die Nazi-Truppen mit der Blockade Leningrads, standen 300 km vor Moskau und bedrohten die Industriegebiete von Charkow, das Donezbecken und die Krim. Immerhin hatten die Nazi-Truppen zu diesem Zeitpunkt aber auch 500.000 Tote, und es war gelungen, rund 3.500 ihrer Flugzeuge abzuschießen [28:163].

☆☆☆

Gleich nach dem Überfall wurde am 30. Juni 1941 das Staatliche Verteidigungskomitee gebildet, in dem nun die Macht der Diktatur des Proletariats konzentriert war. Entscheidungen wurden nach kollektiver Beratung gefällt, in dringenden Fällen mußten einzelne Mitglieder des Komitees bestimmte Fragen auch ohne die Möglichkeit einer vorherigen kollektiven Diskussion entscheiden [32:124]. Grundlegende politisch-ideologische und militärische Orientierung für den Kampf gegen die Nazi-Räuber waren neben dem Aufruf des ZK der KPdSU(B) vom 22. Juni 1941, verlesen durch Molotow, den Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten, die Direktive des ZK der KPdSU(B) und des Rates der Volkskommissare vom 29. Juni 1941 sowie schließlich die Rundfunkrede Stalins vom 3. Juli 1941. Die Direktive vom 29. Juni 1941 erklärte ohne Umschweife:

„Der Rat der Volkskommissare der UdSSR und das ZK der KPdSU(B) erklären, daß es in dem Krieg, den uns das faschistische Deutschland aufgezwungen hat, um Leben und Tod des Sowjetstaates geht, darum, ob die Völker der Sowjetunion frei sein werden oder in Versklavung geraten." [28:60]

In der Rundfunkansprache vom 3. Juli 1941 erläuterte Stalin die Direktive und entwickelte einen Plan für die Vernichtung der Nazi-Wehrmacht mit Hilfe der Konzeption der aktiven Verteidigung, um in kürzester Zeit das Übergewicht der Nazis zu beseitigen, das diese sich durch den Überfall verschafft hatten. Neben der Umstellung der gesamten Wirtschaft auf den Krieg, der Sicherung der Front durch die Unterstützung des Hinterlands war der geordnete Rückzug ein zentraler Punkt:

„Bei einem erzwungenen Rückzug von Truppenteilen der Roten Armee muß das gesamte rollende Material der Eisenbahnen fortgeschafft werden; dem Feind darf keine einzige Lokomotive, kein einziger Waggon, kein Kilogramm Getreide, kein Liter Treibstoff überlassen werden. Die Kollektivbauern müssen das ganze Vieh wegtreiben und das Getreide zur Abbeförderung ins Hinterland dem Schutz der staatlichen Organe anvertrauen. Alles wertvolle Gut, darunter Buntmetalle, Getreide und Treibstoff, das nicht abtransportiert werden kann, muß unbedingt vernichtet werden."
(Stalin, Rundfunkansprache am 3. Juli 1941, Werke Band 14, S. 241)

Aus den bedrohten Bezirken wurden Tausende Werke und Fabriken evakuiert und im Osten des Landes wiederaufgebaut, alles Wertvolle entweder nach Osten weggeschaft oder vernichtet und Millionen Menschen aus den Front- und frontnahen Gebieten evakuiert. Im Osten der Sowjetunion wurden die Fabriken wiedererrichtet, neue Städte und Ortschaften erbaut. Innerhalb kürzester Frist wurde die gesamte Wirtschaft auf die Rüstungsproduktion umgestellt [1:105]. Diese gigantische Evakuierungsleistung zeitgleich mit den militärischen Anstrengungen war eine wesentliche Voraussetzung für den Sieg über Nazi-Deutschland.

Außerdem entwickelte Stalin die Grundzüge des sich entfaltenden Partisanenkrieges:

„In den vom Feind okkupierten Gebieten müssen Partisanenabteilungen zu Pferd und zu Fuß gebildet und Diversionsgruppen geschaffen werden zum Kampf gegen die Truppenteile der feind-



Die nazifaschistischen Eroberer unterdrücken die sowjetische Bevölkerung mit unglaublichem Terror

Fortsetzung „Unvollständige Chronik..."

Am **29. und 30. September 1941** ermorden SS-Kommandos unterstützt von der Nazi-Wehrmacht 33.771 jüdische Einwohnerinnen und Einwohner Kiews in der Schlucht von **Babij-Yar.**

Vom **29. September bis 1. Oktober 1941** findet die **Moskauer Konferenz** mit Vertretern der UdSSR, Großbritanniens und den USA über gegenseitige militärische Lieferungen statt.

Nach dem japanischen Überfall auf **Pearl Harbor** am **7. Dezember 1941** erklären die **USA** dem faschistischen Block und seinen Satellitenstaaten den Krieg.

Am **2. Januar 1942** erobern Truppen des japanischen Imperialismus die Hauptstadt der **Philippinen,** Manila. Neun Tage später wird die Hauptstadt **Malayas,** Kuala Lumpur, besetzt.

Am **20. Jaunuar 1942** beschließen die Repräsentanten des deutschen Nazifaschismus die „Endlösung der Judenfrage" auf der **„Wannsee-Konferenz"** mit einem konkreten Vernichtungspogramm der jüdischen Bevölkerung Europas. Rund 6 Mio. Jüdinnen und Juden Europas sollten die Nazis bis zum Kriegsende ermorden.

Am **21. Januar 1942** marschieren Truppen des japanischen Imperialismus in **Burma** ein.

Am **26. Mai 1942** unterzeichnen die **Sowjetunion** und **Großbritannien** einen Bündnisvertrag über Zusammenarbeit im Krieg gegen Nazi-Deutschland und seine Satellitenstaaten.

Am **10. Juni 1942** wird das tschechische Dorf **Lidice** als sog. „Vergeltungsaktion" für das erfolgreiche Attentat auf den SS-Henker Heydrich, dem „Reichsprotektor" von „Böhmen und Mähren", von den Nazi-Besatzern dem Erdboden gleichgemacht. Alle 173 männlichen Einwohner des Dorfes sowie acht Frauen werden an Ort und Stelle ermordet, weitere 192 Frauen sowie 104 Kinder werden in KZs verschleppt.

Am **12. Juni 1942** werden die sowjetisch-englischen und sowjetisch-US-amerikanischen Vereinbarungen über die geplante Eröffnung der zweiten Front im Jahr 1942 veröffentlich.

Am **31. August 1942** findet im von Nazi-Deutschland besetzten **Luxemburg** ein Generalstreik statt.

Am **23. Oktober 1942** beginnen englische alliierte Truppen eine Offensive gegen italienische und deutsche Truppen im ägyptischen **El Alamein.**

Im **November 1942** landen alliierte Truppen in **Marokko** und **Algerien.** Die Truppen Nazi-Deutschlands und des faschistischen Italiens ziehen sich nach Tunesien zurück.

Am **16. Dezember 1942** verfügt Himmler mit dem **„Auschwitz-Erlaß"** die Deportation und Vernichtung der Sinti und Roma. Rund 500.000 Sinti und Roma sollten von den Nazis bis zum Kriegsende ermordet werden.

Im **Januar 1943** verschieben Vertreter des US- und des englischen Imperialismus in Casablanca die Eröffnung der zweiten Front in Westeuropa auf 1944.

Am **2. Februar 1943** kapitulieren die letzten Verbände der Nazi-Truppen in **Stalingrad.**

Im **April-Mai 1943** führen die niederländischen Werktätigen einen Generalstreik gegen die deutschen Besatzer durch.

Am **13. Mai 1943** kapitulieren Truppen Nazi-Deutschlands und des faschistischen Italiens in **Tunesien.** 130.000 deutsche und 120.000 italienische Offiziere und Soldaten werden gefangengenommen.

Vom **19. April bis zum 16. Juni 1943** erheben sich die jüdischen Insassen des **Warschauer Ghettos** zu einem heldenhaften Aufstand.

Am **10. Juli 1943** landen alliierte US-Truppen auf **Sizilien.**

Am **25. Juli 1943** wird in Italien das faschistische Regime **Mussolinis** gestürzt.

Vom **18. bis zum 24. August 1943** organisieren antinazistische Kräfte einen Generalstreik in **Dänemark** gegen die Nazi-Besatzer.

Im **August 1943** treffen sich die Regierungschefs der USA und Großbritanniens in Moskau mit den Vertretern der UdSSR.

Nach der Kapitulation **Italiens** am **8. September 1943** wird Nord- und Mittelitalien von Nazi-Truppen besetzt. In **Korsika** beginnt der bewaffnete Kampf gegen die faschistischen Truppen und Nazi-Besatzer.

Vom **19. bis 30. Oktober 1943** findet die **Moskauer Konferenz** der Außenminister der UdSSR, der USA und Großbritanniens statt.

Fortsetzung ☞

lichen Armee, zur Entfachung des Partisanenkriegs überall und allerorts, zur Sprengung von Brücken und Straßen, zur Zerstörung der Telefon- und Telegrafenverbindungen, zur Niederbrennung der Wälder, der Versorgungslager und der Trains. In den okkupierten Gebieten müssen für den Feind und alle seine Helfershelfer unerträgliche Bedingungen geschaffen werden, sie müssen auf Schritt und Tritt verfolgt und vernichtet und alle ihre Maßnahmen müssen vereitelt werden."
(Stalin, Rundfunkansprache am 3. Juli 1941, Werke Band 14, S. 241)

4. „Es muß mit der schädlichen Auffassung Schluß gemacht werden, daß die Arbeiter und Bauern in den Uniformen eines kapitalistischen Staates sofort die Waffen wegwerfen würden, wenn sie gegen die Sowjetunion kämpfen sollten!"

Die Völker der Sowjetunion waren erzogen im Geiste der Solidarität und des Internationalismus. Insbesondere die Arbeiterinnen und Arbeiter in Deutschland genossen bei ihnen eine hohe Wertschätzung. Deshalb war es vielen nur schwer begreiflich, daß es dem deutschen Nazifaschismus als Stoßtrupp der internationalen Konterrevolution gelungen sein sollte, Millionen deutscher Soldaten mit Hilfe der Ideologie des Antikommunismus, des deutschen Chauvinismus, des Rassismus und Antisemitismus in den Krieg zur Vernichtung der Diktatur des Proletariats zu hetzen. Es war eine Situation eingetreten, die Lenin bereits im Zusammenhang mit den Verhandlungen von Brest-Litowsk mit dem deutschen Imperialismus im November 1917 beschrieben hatte:

„Wenn jedoch der Fall eintreten sollte, daß die deutsche Arbeiterklasse mit ihrer Regierung der imperialistischen Räuber zusammenginge und wir vor der Notwendigkeit stünden, den Krieg fortzusetzen, so würde dann das russische Volk ... ohne Zweifel mit zehnfacher Energie, mit zehnfachem Heldenmut den Kampf aufnehmen: denn das wäre ein Kampf für den Sozialismus, für die Freiheit, gegen die die internationale Bourgeoisie ihre Bajonette richten würde."
(Lenin, Rede auf dem Ersten Gesamtrussischen Kongreß der Kriegsflotte, 1917, Werke Band 26, S. 342 f.)

Bereits im Frühjahr 1940 hatte das ZK der KPdSU(B) besondere Beratungen zu Fragen der ideologischen Arbeit unter den Rotarmistinnen und Rotarmisten durchgeführt. Ergebnis der Beratungen waren konkrete Hinweise zur Änderung der ideologischen Arbeit. Angesichts der Erfolge des sozialistischen Aufbaus kam es darauf an, die Vorstellung eines leichten Sieges über einen schwachen Feind zu überwinden. Endgültig, so wurde gefordert, muß mit der Auffassung Schluß gemacht werden, daß der Kapitalismus die Massen für einen Aggressionskrieg nicht gewinnen kann und daß die Arbeiter und Bauern in den Uniformen eines kapitalistischen Staates sofort die Waffen wegwerfen würden, wenn sie gegen die Sowjetunion kämpfen sollten. Verstärkt sollte es deshalb nun die Aufgabe der Kommandeure und Politorgane sein, eine richtige Vorstellung über den Feind und über die Schwierigkeiten des Kampfes gegen die imperialistischen Räuber zu vermitteln [27:546].

Nun, im Juni 1941 war endgültig klar, daß „die deutsche Arbeiterklasse mit ihrer Regierung der imperialistischen Räuber zusammenging". Nicht selten kam es vor, daß deutsche kriegsgefangene Soldaten, die sich als Arbeiter ausgaben oder es tatsächlich waren, von Rotarmistinnen und Rotarmisten sehr wohlwollend behandelt wurden. Deutsche Kriegsgefangene wurden häufig in Soldaten, die aus der Arbeiterklasse kamen, und solche, die anderen Berufsschichten angehörten, eingeteilt, weil sich viele Rotarmistinnen und Rotarmisten oft nicht vorstellen konnten, in welchem Maße auch große Teile der Arbeiter von der chauvinistisch-rassistischen und antikommunistischen Hetze der Nazifaschisten ergriffen und verseucht waren. Die Tatsache, daß Stalin noch im Juli 1941 eine „Gelassenheit" und „Stimmung des friedlichen Aufbaus" feststellte, legt jedoch nahe, daß eine gewisse „Sorglosigkeit" noch nicht bei allen Kadern überwunden war:

„Vor allem ist es notwendig, daß unsere Sowjetmenschen, die Männer und Frauen des Sowjetlandes, die ganze Größe der Gefahr begreifen, die unserem Lande droht, und Schluß machen mit der Gelassenheit und der Stimmung des friedlichen Aufbaus, die in der Vorkriegszeit durchaus begreiflich waren, die aber in der gegenwärtigen Zeit, in der der Krieg die Lage von Grund aus verändert hat, verderblich sind. Der Feind ist grausam und unerbittlich."
(Stalin, Rundfunkansprache am 3. Juli 1941, Werke Band 14, S. 239)

Um dies bewußtzumachen, wurde beschlossen, die Propagandaarbeit in der Roten Armee zu verstärken. Im ersten halben Jahr nach dem Überfall wurden 8.000 führende Kader der Partei, 60.000 Parteimitglieder und 40.000 Komsomolzen als Propagandisten an die Front geschickt [1:68]. Verfügte die Rote Armee vor dem Überfall über 66.000 Politoffiziere, so sollte ihre Zahl bis zum Sommer 1943 auf rund 250.000 steigen [32:150]. Die Mordaktionen der deutschen Nazi-Soldaten und -Offiziere machte den Völkern der Sowjetunion sehr schnell deutlich, daß dieser Feind grausam und unerbittlich war. Ein Jahr nach dem Überfall erklärte Stalin im Mai 1942:

„Verschwunden sind die Gutmütigkeit und die Sorglosigkeit gegenüber dem Feind, die in den ersten Monaten des Vaterländischen Krieges unter den Rotarmisten zu verzeichnen waren. Die von den faschistischen deutschen Eindringlingen an der friedlichen Bevölkerung und an den Sowjetkriegsgefangenen verübten Bestialitäten, Plünderungen und Gewalttaten haben unsere Rotarmisten geheilt. Die Rotarmisten sind härter und schonungsloser geworden. Sie haben es gelernt, die faschistischen deutschen Eindringlinge richtig zu hassen. Sie haben begriffen, daß man den Feind nicht besiegen kann, ohne es gelernt zu haben, ihn aus ganzer Seele zu hassen."
(Stalin, Befehl des Volkskommissars für Verteidigung vom 1. Mai 1942, Werke Band 14, S. 274)

Die verstärkte Propagandaarbeit unter den kämpfenden Rotarmistinnen und Rotarmisten sollte nicht nur bewußtmachen, daß die Nazi-Besatzer nur richtig bekämpft werden können, wenn sie auch tief gehaßt werden. Auch der pausenlose Rückzug, das Wissen, Meter um Meter sowjetisches Territorium den Nazi-Henkern überlassen zu müssen, wirkten sich auf so manchen Rotarmisten logischerweise demoralisierend aus [6:117]. Das ZK der KPdSU(B) erließ deshalb im Oktober 1941 die Direktive „Über Fakten, die besagen, daß statt Erziehungsarbeit Repressalien angewendet werden". Die entsprechenden Organe und Kader wurden aufgefordert, statt einfach zu administrieren, wirkliche tagtägliche Überzeugungsarbeit zu leisten [32:435]. Die Erziehungsarbeit unter den Rotarmistinnen und Rotarmisten mußte auch deshalb verstärkt werden, weil sie in beträchtlichem Umfang um Einberufene aus den besetzten Gebieten ergänzt wurden, die erst noch politisch gefestigt werden mußten [32:437].

☆☆☆

Fortsetzung „Unvollständige Chronik..."

Auf der Konferenz von Teheran im **Dezember 1943** werden Ausmaß und Zeitpunkt der Landung alliierter Truppen in Nordfrankreich für 1944 vereinbart.

Die Werktätigen Italiens organisieren in den Teilen des Landes, die von faschistischen und Nazi-Truppen besetzt sind, einen **Generalstreik** vom **1. bis 8. März 1944.**

Am **19. März 1944** wird **Ungarn** von Truppen der Nazi-Wehrmacht besetzt.

Die Erfolge der Roten Armee und der zunehmende Druck der antifaschistischen Kräfte innerhalb der imperialistischen Länder zwingen die US- und englischen Imperialisten, nach der Politik des Abwartens bzw. Handelns mit möglichst geringem Kräfteaufwand die **zweite Front** zu eröffnen. Am **6. Juni 1944** landen alliierte Truppen in der Normandie in Frankreich.

Am **10. Juni 1944** wird das französische Dorf **Oradour** von den Nazi-Besatzern vollständig vernichtet und alle Einwohner ermordet.

Vom **22. Juni bis zum 5. Juli 1944** organisieren antinazistische Kräfte in **Kopenhagen** Generalstreiks und bewaffnete Aufstände gegen die Nazi-Besatzer und ihre einheimischen Kollaborateure.

Vom **1.August bis zum 2. Oktober 1944** dauert der **Warschauer Aufstand** gegen die Nazi-Besatzer.

Vom **19. bis zum 25. August 1944** organisieren antinazistische Kräfte einen bewaffneten Aufstand in **Paris.** Die Nazi-Besatzungstruppen kapitulieren vor der Widerstandsbewegung.

Am **23. August 1944** beginnen antinazistische Kräfte in **Rumänien** einen bewaffneten Aufstand gegen die Nazi-Besatzer und ihre einheimischen Kollaborateure.

Vom **28. August bis zum 27. Oktober 1944** dauert der Aufstand antinazistischer Kräfte im Nazi-Marionettenstaat **Slowakei** gegen die Nazi-Besatzer und ihre einheimischen Kollaborateure.

Am **9. September 1944** wird in **Bulgarien** die profaschistische Regierung durch den bewaffneten Kampf der antinazistischen Kräfte unter Führung der KP Bulgariens gestürzt.

Am **4. Oktober 1944** wird **Griechenland** von britischen Truppen besetzt, die ab Dezember teilweise bewaffnet gegen griechische Freiheitskämpferinnen und -kämpfer vorgehen.

Auf der Konferenz von **Jalta** im **Februar 1945** treffen sich die Regierungschefs der USA, Großbritanniens und der Sowjetunion.

In **Burma** erheben sich die werktätigen Massen am **27. März 1945** zum Aufstand gegen die japanischen Besatzer.

Am **25. April 1945** erheben sich die werktätigen Massen in **Norditalien** zu Generalstreiks und Aufständen. Die großen Industriezentren Genua, Mailand und Turin befinden sich in den Händen antifaschistischer Kräfte.

Am **25. April 1945** treffen sich Verbände der Roten Armee und der US-Truppen an der Elbe bei Torgau.

Vom **5. bis zum 9. Mai 1945** kämpfen bewaffnete antinazistische Kräfte in **Prag** gegen die Nazi-Besatzer und ihre einheimischen Kollaborateure.

Am **8. Mai 1945** kapituliert die Nazi-Wehrmacht bedingunglos.

Vom **17. Juli bis zum 2. August 1945** findet bei Berlin die **Potsdamer Konferenz** der Vertreter der UdSSR, der USA und Großbritanniens statt, auf der die Ziele der Besatzung Deutschlands definiert werden.

Am **26. Juli 1945** lehnt der japanische Imperialismus die Aufforderung zur bedingungslosen Kapitulation ab. Am **6. und 9. August 1945** werfen US-Flugzeuge Atombomben auf die japanischen Städte **Hiroshima** und **Nagasaki.**

Am **8. August 1945** erklärt die Sowjetregierung Japan den Krieg.

Am **11. August 1945** beginnt die Volksbefreiungsarmee **Chinas** eine Offensive gegen die japanischen Besatzer. Am **15. August 1945** wird **Nordkorea** durch die Rote Armee befreit. Am **17. August 1945** erklärt sich **Indonesien** und am **19. August 1945** nach einem Volksaufstand in Hanoi **Vietnam** unabhängig.

Am **2. September 1945** kapituliert der japanische Imperialismus bedingungslos. Der Zweite Weltkrieg ist beendet.

[Alle Angaben aus 33:734 f., falls nicht anders gekennzeichnet]

II. Das Scheitern der „Blitzkriegstrategie“: „Vor Moskau muß die Zerschlagung der faschistischen deutschen Eindringlinge beginnen!“ (Juni 1941 – November 1942)

1. Neunhundert Tage Blockade: „Der Fall Leningrads würde zum Prolog des Falls von Moskau werden!“

Neben Moskau war Leningrad eines der Hauptziele der deutschen Eroberer [27:93]. Leningrad, in der Nähe der Karelischen Landenge des Baltikums gelegen, bot eine strategisch wichtige Lage für weitergehende Eroberungspläne. Unterstützt wurden die deutschen Eroberer dabei von finnischen Truppen. Ein Motiv für den Haß der Nazis war sicher allein schon der Name der Stadt, die für Hitler die „Wiege des Bolschewismus“ war [6:94].

Die Nazis waren sich so sicher, daß die Eroberung Leningrads eine Sache von Wochen sein würde, daß sie bereits im August 1941 Stadtkommandanten ernannten und Sonderpassierscheine drucken ließen [6:116].

Im Juli und August 1941 arbeiteten täglich bis zu 500.000 Leningraderinnen und Leningrader am Bau der Befestigungsanlagen rund um die Stadt [27:94]. Bis August wurden mehr als 4.600 Luftschutzräume errichtet, die über 900.000 Menschen Schutz bieten konnten [27:102]. Die Leningrader Bevölkerung hob 700 km Panzergräben aus, schuf Bausperren in einer Länge von 300 km, errichtete 5.000 Bunker. Es wurden in der Stadt mehr als 4.000 befestigte Feuernester gebaut, 17.000 Schießscharten geschaffen und Barrikaden in einer Länge von 25 km errichtet [27:259]. Ende August trafen Molotow und Malenkow als Bevollmächtigte des Staatskomitees für Verteidigung in Leningrad ein [6:115]. Um alle Kräfte Leningrads zur Verteidigung gegen die Nazi-Truppen zu mobilisieren, wurde der „Kriegsrat zur Verteidigung der Stadt Leningrad“ gegründet, an dessen Spitze Woroschilow und Shdanow standen und dessen Anordnungen von allen Partei-, Sowjet- und Wirtschaftsorganisationen ausgeführt werden mußten [54:71].

Bei der Verteidigung Leningrads setzte die Rote Armee erstmals ihre neuartigen Geschoßwerfer (die sogenannten „Stalin-Orgeln“) ein, die mit ihren auf LKW montierten Rohren eine ganze Batterie von Geschossen abfeuern konnten und bei den Nazi-Soldaten bald sehr gefürchtet waren. Durch den Widerstand der Rotarmistinnen und Rotarmisten konnte das Angriffstempo der Nazi-Wehrmacht bei Leningrad gedrosselt werden. Kamen die deutschen Truppen im Juli noch täglich 26 km voran, waren es im August nur noch 2 km und im September lediglich einige hundert Meter. Am 17. September 1941 gelang es der Roten Armee erstmals, zahlenmäßig starke Kräfte der Nazis auf ihrem Vormarsch zu stoppen.

Beide Seiten, weder die mörderischen Nazi-Truppen noch die Rote Armee, hatten die notwendigen Mittel und Kräfte für eine Angriffsoperation. Im September ließ die Führung der Nazi-Wehrmacht zur Blokkade Leningrads übergehen, die 900 Tage dauern sollte: Vom 8. September 1941 bis zum 27. Januar 1944 [11:13]. Tausende Brandbomben wurden von nun an über Leningrad abgeworfen [27:107]. Im Befehl des Oberkommandos der Nazi-Wehrmacht vom 7. Oktober 1941 hieß es:

> „Auch für alle anderen Städte muß die Regel sein, daß sie vor ihrer Einnahme durch Artilleriefeuer und Luftangriffe in Ruinenfelder verwandelt werden.“ [39:167]

Nazi-Deutschland plante die Vernichtung aller größeren Städte der Sowjetunion, darunter natürlich auch Leningrad und Moskau. Am 24. September 1941 erließ der Stabschef der Nazi-Wehrmacht den Befehl:

> „Der Führer hat beschlossen, Petersburg vom Erdboden verschwinden zu lassen. Nach der Niederlage Sowjetrußlands besteht kein Interesse an dem Weiterbestehen dieser Großstadt.“ [40:49]

Da die Nazi-Truppen die Stadt nicht erstürmen konnten, sollte sie durch pausenlose Luftangriffe zermürbt und zerstört werden. Mit dem Ziel des Aushungerns vernichteten die Nazi-Besatzer bei ihren ersten Luftangriffen die Lebensmittellager [11:23]. Das Aushungern war eine der barbarischsten Waffen, die die Nazi-Wehrmacht gegen die Bewohner und Bewohnerinnen Leningrads einsetzten [1:106]. Die Führung der Nazi-Wehrmacht erklärte am 12. Oktober 1941:

> „Der Führer hat erneut entschieden, daß eine Kapitulation von Leningrad nicht anzunehmen ist, auch wenn sie von der Gegenseite angeboten würde ... Wer die Stadt gegen unsere Linie verlassen will, ist durch Feuer zurückzuweisen ... Das Chaos in Rußland wird um so größer ... je mehr die Bevölkerung der sowjetruss. Städte nach dem Inneren Rußlands flüchtet.“ [11:39]

Bei der jährlichen Nazi-Gedenkveranstaltung zum Putsch von 1923 erklärte Hitler am 8. November 1941 im Löwenbräukeller in München, die Bevölkerung Leningrads werde verhungern, und erhielt darauf stürmischen Beifall der Anwesenden [6:102]. Pläne zum Einsatz von Giftgas gegen die Bevölkerung Leningrads wurden im Dezember 1941 präzisiert, da sich für die Nazis trotz systematischen Bombenterrors keine Erfolge abzeichneten [6:104].

Zum Hunger und den Bomben kam nun auch noch eine bitterliche Kälte hinzu. Mitte November sank die Temperatur auf minus 12 Grad und der Lagoda-See fror zu [27:261]. Anfang 1942 zählte Leningrad rund 2.100.000 Einwohner, davon waren über 30% entkräftet und arbeitsunfähig. So wurden weitere Evakuierungen beschlossen. Von Januar bis April 1942 wurde eine halbe Mio. Einwohner evakuiert [28:399]. Im Juli 1942 wurde die Lebensmittelzufuhr in die Stadt immer schwieriger. Die nicht mehr arbeitsfähige Bevölkerung sollte in kürzester Frist evakuiert werden. Im Sommer wurden weitere 500.000 der 1,1 Mio. in der Stadt verbliebenen Einwohner evakuiert [28:559]. Trotz Hunger, Kälte, mangelhafter Ernährung und Bombardierungen brachen in Leningrad dank des vorbildlichen Gesundheitswesens des proletarischen Staates keine verheerenden Epidemien und Seuchen aus [1:107].

Mit dem Beschluß, Leningrad über den zugefrorenen Lagoda-See mit Lebensmitteln zu versorgen und weitere Einwohnerinnen und Einwohner zu evakuieren, besserte sich Ende 1942 die Lage in der Stadt etwas [6:144].

Am 18. Januar 1943 gelang es der Roten Armee schließlich, den Belagerungsring um Leningrad nach rund 500 Tagen zu durchbrechen. Doch die Stadt blieb weiterhin weiträumig belagert [6:105]. Erst nach 900 Tagen gelang es der Roten Armee, die Belagerung vollständig zu beenden [6:13]. Großen Anteil an der Befreiung Leningrads hatten die Partisaninnen und Partisanen. Sie richteten ihre Schläge gegen die heranrückenden Hilfstruppen der Nazi-Wehrmacht, brachten über 130 Züge zum Entgleisen [1:117]. Unter den Verteidigerinnen und Verteidigern Leningrads entstand im Winter 1941 eine Scharfschützenbewegung, deren Initiator der Komsomolze Smoljatschkow war. Es gelang ihm, innerhalb von 90 Tagen 125 Nazi-Soldaten zur Strecke zu bringen [27:253]. Die Werktätigen Leningrads leisteten allein 1944 etwa 25 Mio. freiwillige Arbeitsstunden zum Wiederaufbau der Stadt und der Industrie [30:59].

Bei der Verteidigung Leningrads erlitt die Rote Armee fast 1 Mio. Tote und rund 2 Mio. Verletzte. Vor dem Zweiten Weltkrieg hatten ca. 3 Mio. Menschen in Leningrad gelebt. Während der Blockade konnten 1,7 Mio. Einwohner evakuiert werden, darunter 400.000 Kinder [5:121]. 800.000 Leningraderinnen und Leningrader, also jeder dritte Einwohner, starben durch Hunger, Kälte und Bomben [6:123].

Der Sekretär des Stadtkomitees der KPdSU(B) beschrieb nach Beendigung des Krieges die Rolle der Kommunistinnen und Kommunisten bei der Verteidigung Leningrads:

> **„Die Parteiorganisation Leningrads richtete in der Zeit der Blockade alle ihre Anstrengungen darauf, die ruhmreichen Traditionen des revolutionären Petrograd unter der Bevölkerung weiterzuentwickeln. Durch ihr persönliches Vorbild erzogen die Kommunisten die Werktätigen zu hohem politischen Bewußtsein, zu Standhaftigkeit, Disziplin und Selbstlosigkeit in der Arbeit ... Die Kommunisten teilten mit den Werktätigen Leningrads alle Mühsal und all die unglaublichen, durch die Blockade hervorgerufenen Entbehrungen. Sie starben vor Hunger oder durch detonierende feindliche Granaten. Sie waren immer vorn – an den schwierigsten Abschnitten.“ („Prawda“ vom 27. Januar 1945. Zitiert in [28:258])**

2. Die Kämpfe um Moskau: „Vor Moskau muß die Zerschlagung der faschistischen deutschen Eindringlinge beginnen!“ (Oktober 1941-Januar 1942)

Die Kämpfe um Moskau waren das zentrale Ereignis in der ersten Periode des Kriegs. Es standen sich rund 4,3 Mio. Soldaten und Offiziere der Nazi-Wehrmacht und ihrer Verbündeten und 3,2 Mio. Rotarmisten gegenüber [33:174]. Die Kampfhandlungen von insgesamt 172 Divisionen, rund 30.000 Geschützen, etwa 2.500 Panzern und bis zu 1.500 Flugzeugen dauerten ein halbes Jahr. Eingeleitet wurde der Angriff auf Moskau durch die Nazi-“Heeresgruppe Mitte“ mit 1,8 Mio. Soldaten. Insgesamt wurden 42% aller Soldaten, 33% der Granatwerfer und Geschütze und 75% aller Panzer der gesamten Nazi-Wehrmacht gegen Moskau eingesetzt [1:79].

Moskau war für die Nazifaschisten der Inbegriff des Bolschewismus. Von Moskau aus wurden der ganze Sowjetstaat und die Kampfhandlungen an den Fronten geleitet. Dort befanden sich die zentralen Organe der Sowjetmacht und kämpften die führenden Kader der KPdSU(B). Die Moskauer Parteiorganisation, der vor dem Krieg etwa 330.000 Kommunistinnen und Kommunisten angehörten, war eine der stärksten und geschlossensten Organisationen der KPdSU(B).

Über 100.000 Kommunistinnen und Kommunisten sowie 260.000 Komsomolzinnen und Komsomolzen meldeten sich als Freiwillige zur Front [24:35]. Bereits im Juni 1941 begannen die Arbeiterinnen und Arbeiter Moskaus aus eigener Initiative, bewaffnete Abteilungen aufzustellen. Es wurden 25 kommunistische Arbeiterbataillone gebildet [40:69]. Hunderttausende Einwohner meldeten sich zur freiwilligen Mobilmachung. Nach gründlicher Durchsicht wurden 160.000 Moskauerinnen und Moskauer ausgewählt und 12 Volkswehrdivisionen aufgestellt [28:277]. Es wurden freiwillige Arbeiterbataillone gebildet, um Befestigungsanlagen und ein Netz von Barrikaden, Geschützstellungen und Panzerfallen zu errichten [61:746].

In den zeitweilig von der Nazi-Wehrmacht besetzten Gebieten vor Moskau kämpften 40 Partisanenabteilungen mit rund 10.000 Partisaninnen und Partisanen, denen es gelang, 18.000 Nazi-Besatzer zu töten, rund 1000 LKWs und 750 Eisenbahnwaggons zu zerstören [24:36].

Doch die Lage vor Moskau war ernst und bedrohlich. Prahlerisch erklärte Hitler am 2. Oktober 1941 in einem Tagesbefehl:

„In diesen dreieinhalb Monaten ... ist nun aber endlich die Voraussetzung geschaffen worden zu dem letzten gewaltigen Hieb, der noch vor dem Einbruch des Winters diesen Gegner zerschmettern soll ... Heute ist nun der Beginn der letzten großen Entscheidungsschlacht dieses Jahres."[28:280]

Am 12.Oktober 1941 verfügte er,

„daß eine Kapitulation von Moskau nicht anzunehmen" sei.

Vielmehr sei Moskau einzuschließen und durch

„Artilleriefeuer und Luftangriffe zu zermürben." [1:80]

Am Morgen des 13. Oktober versammelte sich das Moskauer Parteiaktiv. Der Sekretär des Moskauer Stadtkomitees der KPdSU(B) hielt ein Referat und erklärte offen:

„Wir wollen die Augen nicht verschließen - Moskau ist in Gefahr!" [28:291]

Am 17. Oktober sprach der Sekretär des ZK und des Moskauer Parteikomitees über Rundfunk:

„Um Moskau werden wir zäh, erbittert und bis zum letzten Blutstropfen kämpfen. Wir müssen die Pläne der Hitlerfaschisten auf jeden Fall zum Scheitern bringen!" [33:181]

Schon verbreiteten die Nazis großmäulig gefälschte Nachrichten vom angeblich unmittelbar bevorstehenden Fall Moskaus.

Auf Beschluß des Verteidigungskomitees wurde am 20. Oktober 1941 der Belagerungszustand verkündet.Es wurde beschlossen, einen Teil der Partei- und Staatsorgane sowie wichtige Industriebetriebe von Moskau nach Kubiyschew zu evakuieren. Die 210 größten Betriebe waren bereits evakuiert worden [65:50]. In dieser Situation entschied Stalin, in Moskau zu bleiben als Signal für die Zuversicht, daß Moskau gegen den Nazi-Angriff gehalten werden kann. Zusammen mit den Mitgliedern des Politbüros, des Staatlichen Verteidigungskomitees, der obersten Leitung der Roten Armee sowie Teilen des Regierungs- und Militärapparats, deren Anwesenheit für die operative Leitung der Sowjetunion und der Roten Armee unbedingt erforderlich waren, blieb er in Moskau [28:296]. Im Leitartikel der „Prawda" vom 3. November war zu lesen:

„Wir müssen die faschistische Armee zermürben, ermatten und entkräften und den faschistischen Divisionen in der Umgebung Moskaus das Grab schaufeln. Durch die mutige Verteidigung Moskaus zeigen wir allen unseren Truppen, die sich an anderen Fronten des Großen Vaterländischen Kriegs schlagen, den Weg zum Sieg." [28:306]

In dieser zugespitzten Situation wurde am 6. November im belagerten Moskau dennoch nicht auf die jährliche Festveranstaltung des Moskauer Sowjets der Deputierten der Werktätigen gemeinsam mit den Parteiorganisationen der Stadt verzichtet. Die Parade der Roten Armee auf dem Roten Platz am 7. November aus Anlaß des 24. Jahrestags der Oktoberrevolution fand ebenfalls statt. Beide Veranstaltungen demonstrierten Stärke, Ruhe und Zuversicht in einer Zeit, als die Nazis schon herumposaunten, daß sie eine Naziparade in Moskau vorbereiten würden. Dies hinterließ nicht nur bei den Verteidigerinnen und Verteidiger Moskaus, sondern auch bei der sowjetischen Bevölkerung in den besetzten Gebieten gewaltigen Eindruck. Sowjetische Flieger warfen hinter der Front Zeitungen ab, in denen darüber berichtet wurde. So erfuhren die Bewohnerinnen und Bewohner, daß der angebliche Fall Moskaus von den Nazis erstunken und erlogen war [28:305].

Das Referat auf der Festsitzung hielt Stalin. Er zog zunächst ein Fazit der vergangenen vier Kriegsmonate und beschrieb die aktuelle, ungemein bedrohliche Lage:

Schlaglichter der Nazi-Verbrechen in der Sowjetunion:
„Die Gesamtzahl der von mir erschossenen und erhängten friedlichen russischen Bürger kann ich nicht angeben, weil es ihrer zu viele waren und ich mich nur noch an einige Fälle erinnere..."

Die Nazi-Verbrechen des deutschen Imperialismus in seinem antikommunistischen und rassistischen Vernichtungskrieg gegen die sozialistische Sowjetunion können hier nicht in angemessener Weise dargestellt werden. Nur schlaglichtartig kann die Dimension dieser bestialischen Verbrechen beleuchtet werden. Im Krieg gegen die Sowjetunion als Staat des „jüdischen Bolschewismus" mobilisierte der deutsche Imperialismus mit einem mörderischen Gemisch aus Herrenmenschentum, Rassismus, Antisemitismus und Antikommunismus. Die Verbrechen der deutschen Nazi-Soldaten und-Offiziere in der Sowjetunion, ihr Quälen, Foltern und Morden waren keine isolierte Aktion, sie waren Bestandteil ihrer konsequent durchgeführten Kriegsmethoden gegen die sozialistische Sowjetunion.

Allein in Weißrußland wurden über 300 Dörfer in ähnlicher Weise zerstört wie Lidice in der Tschechoslowakei, Oradour in Frankreich oder Dostomo in Griechenland [52:26]. In Weißrußland ist das Dorf Chatyn Symbol der Nazi-Verbrechen. Ausnahmslos alle Einwohnerinnen und Einwohner des Dorfes wurden ermordet [1:120].

Städte wir Charkow wurden innerhalb von 13 Monaten zwei Mal befreit und von den Nazi-Truppen wieder zurückerobert. Nach ihrer endgültigen Befreiung bestand die Stadt nur noch aus Schutt und Ruinen [5:148]. Sewastopol wurde nach 200tägigem erbitterten Widerstand im Juni 1942 von der Nazi-Armee besetzt, die mit 300.000 Nazi-Soldaten und –Offizieren, 400 Panzern und 900 Flugzeugen aufmarschiert waren, die täglich 2.500 bis 6.000 Bomben auf die Stadt geworfen hatten [40:89]. Von den verbliebenen 300.000 Einwohnern wurden 200.000 zur Zwangsarbeit nach Deutschland verschleppt oder erschossen.[5:186] In Kiew waren nach 778 Tagen Nazi-Besetzung rund 200.000 Einwohnerinnen und Einwohner der Stadt zu Tode gefoltert, erschossen oder in Gaskammern umgebracht, über 100.000 zur Zwangsarbeit nach Deutschland verschleppt worden. Kiew, das vor dem Zweiten Weltkrieg 900.000 Einwohner hatte, zählte nach der Befreiung 1943 nur noch 180.000 Menschen [29:406].

Während der Besatzung der Litauischen SSR erschossen oder verbrannten die Nazi-Besatzer rund 700.000 Menschen - ein Viertel der Gesamtbevölkerung. In Peneriai bei Vilnius ermordeten sie 100.000 Menschen, im 9. Fort der Festung Kowno wurden 80.000 Menschen umgebracht. Über 75.000 Landarbeiterinnnen und Landarbeiter, landlose Bäuerinnen und Bauern waren des Bodens, den sie nach der Errichtung der Sowjetmacht erhalten hatten, beraubt worden, denn man hatte ihn an Großgrundbesitzer, Kulaken und deutsche „Siedler" verteilt [30:211].

Nach der Gegenoffensive der Roten Armee wurde am 15. Dezember 1941 die Stadt Istra in der Umgebung von Moskau befreit. Den Rotarmistinnen und Rotarmisten bot sich ein Bild barbarischer Zerstörungen. Die Stadt war fast vollständig niedergebrannt, die wertvollen historischen Denkmäler waren zerstört. In der Stadt und den umliegenden Dörfern hatten die deutschen Besatzer Hunderte von Einwohnerinnen und Einwohnern gefoltert und erschossen. Die Rotarmistinnen und Rotarmisten nahmen bei einem Meeting eine Resolution an, in der sie schrieben:

„Beim Anblick der faschistischen Greueltaten erstarrt einem das Blut in den Adern...Die Rache wird so lange in unseren Herzen brennen, bis die Hitlerbanditen vollständig vernichtet sind." [28:342]

In einer besonderen Note unterrichtete die Sowjetregierung am 6. Januar 1942 die Weltöffentlichkeit von den Verbrechen der deutschen Besatzer [28:377]. Im November des gleichen Jahres rief die Sowjetmacht eine außerordentliche staatliche Kommission zur Untersuchung der Greueltaten und Zerstörungen der Nazi-Besatzer und ihrer Helfershelfer ins Leben, die die Nazi-Verbrechen systematisch dokumentieren und der Weltöffentlichkeit bekannt machen sollte [32:126]. Verhöre gefangengenommener Nazi-Soldaten und -Offiziere waren ein Bestandteil der Arbeit der Kommission. In einem solchen Verhör machte der im Sommer 1943 gefangengenommene Nazi-Gefreite Hans Färber von der 268. Infanteriedivision der Nazi-Wehrmacht folgende Aussage, die die mörderische Brutalität und Skrupellosigkeit der Nazi-Soldaten und -Offiziere erahnen läßt:

„Im März 1943 habe ich im Dorf Shdanowo ein 12jähriges Mädchen erhängt und im April 1943 im Dorf Bolschoje Desnoje einen Mann von 50 Jahren. Im April 1943 habe ich in dem Dorf Nassonowo zwei Kinder im Alter von 6 und 7 Jahren zusammen mit ihrer Mutter erhängt. Im Mai 1943 wurde im Dorf Grankino ein Junge von 14 Jahren durch mich erhängt. Im Juni 1943 erschoß ich im Dorf Istopki ein Mädchen von 23 Jahren, einen Jungen von 13 und ein Mädchen von 14 Jahren ... Die Gesamtzahl der von mir erschossenen und erhängten friedlichen russischen Bürger kann ich nicht angeben, weil es ihrer zu viele waren und ich mich nur noch an einige Fälle erinnere." [29:526]



Erhängte Bewohner von Charkow im November 1941

„Der Feind hat den größten Teil der Ukraine, Belorußland, die Moldau, Litauen, Lettland, Estland und eine Reihe anderer Gebiete besetzt, er ist in das Donezbecken eingedrungen, wie eine schwarze Gewitterwolke ist er über Leningrad heraufgezogen und bedroht unsere ruhmreiche Hauptstadt Moskau."
(Stalin, Der 24. Jahrestag der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution, Werke Band 14, 6. November 1941, S. 244)

Im Anschluß analysierte er die Gründe für das Scheitern der nazistischen Blitzkriegsstrategie, die beim Überfall auf die westeuropäischen Länder so erfolgreich gewesen war. Der deutsche Imperialismus hatte sich verrechnet. Zum einen, weil es der Sowjetunion bisher gelungen war, die Gefahr eines Separatfriedens des US- und des englischen Imperialismus mit Nazi-Deutschland abzuwenden. Zum anderen, wie Stalin ausführte, weil er annahm,

„... es würden gleich nach dem ersten ernstlichen Schlag und nach den ersten Mißerfolgen der Roten Armee Konflikte zwischen den Arbeitern und Bauern ausbrechen und Streitigkeiten zwischen den Völkern der UdSSR beginnen, es würde zu Aufständen kommen, und das Land würde in seine Bestandteile zerfallen ... Aber auch hier haben sich die Deutschen gründlich verrechnet. Die Mißerfolge der Roten Armee haben das Bündnis der Arbeiter und Bauern wie auch die Freundschaft der Völker der UdSSR nicht nur nicht geschwächt, sondern im Gegenteil, sie haben dieses Bündnis sowie diese Freundschaft noch gefestigt."
(Stalin, Der 24. Jahrestag ..., Werke Band 14, 6. November 1941, S. 247)

Als Gründe für die bisherigen Niederlagen der Roten Armee verwies Stalin auf die fehlende zweite Front der Alliierten in Westeuropa, so daß die Nazi-Wehrmacht ihre Kräfte nicht zersplittern mußte und sich auf die Sowjetunion konzentrieren konnte, sowie die mangelnde Ausrüstung der Roten Armee an Panzern und Flugzeugen. Am 27. November erschien die „Prawda" mit dem Leitartikel „Vor Moskau muß die Zerschlagung des Feindes beginnen!", in dem es hieß:

„Der mutige Widerstand der Truppenteile der Roten Armee hat das Vordringen der faschistischen Armeen verzögert und sie gezwungen, zu einem langsameren Tempo überzugehen. Jetzt stürmen sie nicht mehr wie früher vorwärts, sondern schleichen und lassen bei jedem Schritt viel Blut. Aber

Nazi-KZs in der Sowjetunion

Die Nazis überzogen die besetzte Sowjetunion mit einem Netz von Gefängnissen, Massenhinrichtungsstätten, Zwangsarbeitslagern, Kriegsgefangenenlagern und KZs, in denen sie zumeist sowjetische Kriegsgefangene und die jüdische Bevölkerung inhaftierten, verhungern ließen, durch Seuchen und „Vernichtung durch Arbeit" ermordeten oder erschossen, darunter:

Aleksotaskowno (Litauische SSR), Balanowka, Bar (Ukrainische SSR), Bisjumujsje, Borissow (Belorussische SSR), Czwartaki, Daugavplis, Dundaga (Lettische SSR), Edineti, Eleje-Meitenes (Lettische SSR), Jungfernhof (Lettische SSR), Kowno (Litauische SSR), Kelbasino, Khorol, Klooga, Lwiw (Ukrainische SSR), Lenta (Lettische SSR), Maly Trostenez (Weißrussische SSR), Mezjapark, Palemonas (Litauische SSR), Ponary, Pravieniskės (Litauische SSR), Rawa Ruska, Salasplis (Lettische SSR), Spilwe (Lettische SSR), Stradzumujsje, Vertujeni, Vivara (Estische SSR), Volare (Litauische SSR), Yanowski.

KZ Maly Trostenez

Das KZ Trostenez in der Weißrussischen SSR bei Minsk wurde im November 1941 errichtet. Rund 65.000 Menschen, darunter 39.000 jüdische Häftlinge wurden direkt im KZ ermordet. Die Opfer mußten sich in einer Reihe vor 50 m langen Gräben aufstellen und wurden dann erschossen. Nach den Hinrichtungen wurden die Leichengruben von Traktoren planiert. Zur Spurenverwischung wurden ab 1943 im Nebenort Blagowschina 34 Massengräber mit rund 100.000 Ermordeten wieder aufgegraben. Zwangsarbeiter und noch lebende Juden aus dem Ghetto von Minsk mußten die Leichen auf Scheiterhaufen zusammentragen. Anschließend wurden sie selbst erschossen. Die Gesamtzahl der im Gebiet Trostenez Ermordeten betrug rund 206.000 Menschen.

KZ Salasplis

Im KZ Salasplis bei Riga, das von Oktober 1941 bis Oktober 1944 bestand, wurden über 100.000 Menschen ermordet, davon 47.000 kriegsgefangene Rotarmisten und 54.000 zumeist jüdische Häftlinge [12:266]. Die Nazis hatten sich im KZ Salasplis eine besondere Bestialität einfallen lassen und entnahmen eingesperrten Kindern Blut für die deutschen Herrenmenschen der Nazi-Wehrmacht. 7000 Kinder wurden von den Nazis so zu Tode gequält[12:227]. Nachdem die kommunistisch geführte Widerstandsorganisation im KZ, die einen bewaffneten Aufstand plante, aufgedeckt worden war und fast die gesamte Leitung der Organisation, u. a. auch der lettische Kommunist Janis Login, zusammen mit weiteren 130 Häftlingen erschossen worden war, konnte der Aufstandsplan nicht mehr weiter verfolgt werden [4:156].

Ein System von Nazi-KZs wurde auch in dem Gebiet zwischen Dnjestr und Bug errichtet, das von rumänischen Truppen besetzt war. In den unter rumänischer Kontrolle stehenden KZs von Beresowka, Vapniarka, Groslowo, Slobodko waren rund 1,8 Mio. Sowjetmenschen inhaftiert [33:316]. Im KZ Bogdanowka wurden vom 21. Dezember bis zum 31. Dezember 1941 54.000 Häftlinge mit Benzin übergossen und verbrannt oder erschossen.



Aufnahme aus dem KZ Borissow in Belorußland (oben) Massenvernichtungsstätte in Estland (rechts)

noch schleichen sie! Das heißt, die Verteidiger Moskaus müssen ihre Standhaftigkeit verzehnfachen... Der räuberische Plan Hitlers muß um jeden Preis zum Scheitern gebracht werden...Vor Moskau muß die Zerschlagung des Feindes beginnen!" [28:314]

Anfang Dezember schnürten die Nazi-Truppen den Belagerungsring um Moskau immer weiter zu. Mehr als 1.000 km waren sie in die Sowjetunion eingedrungen, mehrere Nazi-Panzerdivisionen standen nur 30 bis 40 km entfernt vom Stadtzentrum Moskaus [54:137]. Doch damit hatten sich die Nazi-Truppen auch weit von ihren Nachschubbasen entfernt: Die Nachschubwege waren länger und gegen die Schläge der Partisaninnen und Partisanen empfindlicher geworden [40:77]. Die Rote Armee zog sich in die zentralen Industriegebiete Moskaus zurück, wo sich die bewährtesten proletarischen Kader befanden.

Schließlich ging die Rote Armee am 6. Dezember 1941 zur Gegenoffensive über und zerbrach die Zange der Nazi-Truppen um Moskau, die sich zu schließen begann. 40 Tage lang griff die Rote Armee ununterbrochen an und die Nazi-Truppen konnten schließlich den Angriffen nicht länger standhalten und begannen, sich in Unordnung zurückzuziehen.

Die Gegenoffensive der Roten Armee endete mit einer schweren Niederlage für die Nazi-Wehrmacht. Die Gefahr der Einkreisung Moskaus war gebannt, die Nazi-Wehrmacht bis zu 250 km nach Westen zurückgeworfen worden. Dutzende Städten und Tausende Dörfer, insgesamt rund 5 Mio. Sowjetbürger, wurden aus der Nazi-Sklaverei befreit [28:376]. Am 15. Januar 1942 erließ das Oberkommando der Nazi-Wehrmacht erstmals einen Befehl zum Rückzug auf breiter Front [28:388]. Die Gruben der von den Nazis besetzten und zerstörten Moskauer Kohlebecken wurden im Januar 1942 wieder repariert. Bereits 1943 hatte sich die Kohleförderung im Vergleich zum letzten Vorkriegsjahr verdoppelt [65:50].

Die sowjetische Gegenoffensive vor Moskau bedeutete das endgültige militärische Scheitern des „Blitzkriegs". Vielleicht wichtiger noch: Der Mythos der Unbesiegbarkeit der Nazi-Wehrmacht war nun zerschlagen worden. Die Rotarmisten und Rotarmistinnen, die Partisaninnen und Partisanen hatten anhand ihrer eigenen Erfahrungen erlebt, wie es mit der „Unbesiegbarkeit", der angeblichen „Tapferkeit" der Nazi-Soldaten und -Offiziere bestellt war:

„Vorbei ist es mit dem Geschwätz von der Unbesiegbarkeit der deutschen Truppen, das es zu Beginn des Krieges gegeben hat und hinter dem sich die Angst vor den Deutschen verbarg ... Die Erfahrung des Krieges hat unsere Rotarmisten davon überzeugt, daß die sogenannte Tapferkeit des deutschen Offiziers eine sehr relative Sache ist, daß der deutsche Offizier Tapferkeit zeigt, wenn er es mit wehrlosen Kriegsgefangenen und mit der friedlichen Zivilbevölkerung zu tun hat, daß ihn aber die Tapferkeit verläßt, wenn er der organisierten Kraft der Roten Armee gegenübersteht."
(Stalin, Befehl des Volkskommissars für Verteidigung vom 1. Mai 1942, Werke Band 14, S. 274 f.)

Treffend kennzeichnet Stalin die deutsche „Pünktlichkeit" und den deutschen „Ordnungssinn" auf Grundlage des preußischen Untertanengeists und Kadavergehorsams:

„Die Deutschen sind in ihren Operationen pünktlich und genau, wenn die Lage es gestattet, den Forderungen der Dienstvorschriften nachzukommen. Darin liegt ihre Stärke. Die Deutschen werden hilflos, sobald die Lage kompliziert wird und diesem oder jenem Paragraphen der Dienstvorschrift ‚nicht mehr entspricht', sondern einen selbständigen Entschluß erheischt, der in der Dienstvorschrift nicht vorgesehen ist."
(Stalin, Befehl des Obersten Befehlshabers vom 23. Februar 1943, Werke Band 14, S. 306)

Diese Erfahrung und Erkenntnis war ein nicht zu unterschätzender moralischer und ideologischer Faktor für die antinazistischen Kräfte, für die unterjochten Völker in den besetzten Gebieten, für die geschundenen und gequälten Häftlinge in den KZs und Vernichtungslagern der Nazis, hatte sich doch bis dahin der rassistische Chauvinismus und die angebliche Überlegenheit der „deutschen Herrenmenschen" scheinbar in der Realität bestätigt: Die Nazi-Wehrmacht hatte ein westeuropäisches Land nach dem anderen überrannt und auch in der Anfangsphase des Kriegs gegen die Sowjetunion einen Sieg nach dem anderen verkündet, was ihre Zuversicht in den „Endsieg" und die Demoralisierung und Hoffnungslosigkeit mancher Antinazistinnen und Antinazisten verstärkte. Nun konnten sie erstmals aufatmen. Nach zwei Jahren hatten die Nazis ihre erste militärische Niederlage erlitten, die für den weiteren Verlauf des Kriegs von ungeheurer Bedeutung sein sollte. Zum ersten Mal waren die deutschen Truppen auf ihrem mörderischen Eroberungszug gestoppt worden und waren gezwungen, zum Rückzug überzugehen. Nicht zuletzt erhöhte dies auch das Gewicht der Sowjetunion innerhalb der Anti-Hitler-Koalition. So kam auch der britische Außenminister Eden im Dezember 1941 nicht umhin anzuerkennen:

„Der Mythos von der deutschen Unbesiegbarkeit ist dahin." [33:195]

3. Es ging um Leben und Tod, um wenige Kilometer: „Wir hatten in den Jahren 1941-1942 Augenblicke einer verzweifelten Lage..." - Gegen die revisionistische Propaganda vom angeblich gesetzmäßigen Sieg der Sowjetmacht

Nach 7 Monaten Krieg mit Nazi-Deutschland hatte die sozialistische Sowjetunion 4 Mio. Rotarmistinnen und Rotarmisten, 8.000 Flugzeuge und 17.000 Panzer verloren. Dies entsprach in etwa der Ist-Stärke der Sowjetmacht vom Juni 1941 [41:34]. Mehr als die Hälfte der sowjetischen Kohle- und Stahlproduktion war in die Hände der Nazi-Besatzer gefallen, ebenso die großen Getreidefelder der Ukraine.

Die Widerstandsbewegung gegen die Nazi-Besatzer in anderen europäischen Ländern war erst im Entstehen begriffen. Unterstützung durch die westlichen alliierten Mächte war nicht in Sicht. Im Gegenteil ging es vielmehr darum, den aktiven antikommunistischen imperialistischen Schulterschluß des französischen, englischen und US-Imperialismus mit den faschistischen Achsenmächten gegen die Sowjetunion zu verhindern. Erst dann konnte – auch unter dem Druck der Arbeiterinnen und Arbeiter der westlichen europäischen imperialistischen Staaten – ein Bündnis, die Anti-Hitler-Koalition, gebildet werden.

Die Lage der Sowjetmacht war extrem schwierig. Dennoch machte Stalin deutlich, daß die erheblichen Erfolge der Nazi-Armee militärisch zwar gewaltige taktische, aber keine strategischen Erfolge waren. Es galt, die aktuellen und kurzfristigen, zugunsten des deutschen Imperialismus wirkenden Momente, insbesondere der Vorteil des Überfalls, gegen die zukünftigen und langfristigen, zugunsten der Sowjetmacht wirkenden Momente gegeneinander abzuwägen. Auf lange Sicht entscheidend waren:

„Die Festigkeit des Hinterlandes, die Moral der Armee, die Quantität und Qualität der Divisionen, die Bewaffnung der Armee, die organisatorischen Fähigkeiten des Kommandobestandes der Armee."
(Stalin, Befehl des Volkskommissars für Verteidigung vom 23. Februar 1942, Werke Band 14, S. 264)

Stalin präzisierte die langfristig wirkenden Faktoren der Stärke der Roten Armee:

„Die Stärke der Roten Armee besteht vor allem darin, daß sie keinen Raubkrieg, keinen imperialistischen Krieg, sondern einen Vaterländischen

Krieg, einen gerechten, einen Befreiungskrieg führt... Die Stärke der Roten Armee besteht endlich darin, daß sie keinen Rassenhaß gegen andere Völker, auch nicht gegen das deutsche Volk, hegt und hegen kann ... Die Rassentheorie der Deutschen und die Praxis des Rassenhasses haben dazu geführt, daß alle freiheitsliebenden Völker zu Feinden des faschistischen Deutschlands geworden sind...."
(Stalin, Befehl des Volkskommissars für Verteidigung vom 23. Februar 1942, Werke Band 14, S. 265 f.)

Doch moralische Überlegenheit der Sowjetmacht und ihrer Kriegsziele bedeutete noch lange nicht, daß die Niederlage Nazi-Deutschlands vorprogrammiert oder gar „gesetzmäßig" war, wie dies revisionistische Geschichtsfälscher gerne darstellen. Vielmehr war es ein Kampf auf Leben und Tod. Die Zukunft der Sowjetmacht hing zeitweilig buchstäblich am seidenen Faden und es ging um einige wenige Kilometer. Aus diesem Grunde erklärte Stalin:

„Der Krieg ist zu einer harten Probe der Kräfte und der Festigkeit der Sowjetordnung geworden."
(Stalin, Befehl des Volkskommissars für Verteidigung vom 7. November 1942, Werke Band 14, S. 294)

Rückblickend erläuterte Stalin zwei Wochen nach der bedingungslosen Kapitulation Nazi-Deutschlands die Dramatik der Lage 1941/42:

„Unsere Regierung hat nicht wenig Fehler gemacht, wir hatten in den Jahren 1941-1942 Augenblicke einer verzweifelten Lage, als unsere Armee zurückwich und die uns lieben und teuren Dörfer und Städte der Ukraine, Belorußlands, der Moldau, des Leningrader Gebiets, der baltischen Länder und der Karelisch-Finnischen Republik aufgab, weil kein anderer Ausweg vorhanden war."
(Stalin, Rede beim Empfang im Kreml zu Ehren der Befehlshaber der Truppen der Roten Armee, Mai 1945, Werke Band 15, S. 16)

Die revisionistische These vom objektiven „gesetzmäßigen", also objektiv notwendigen Sieg der Sowjetunion, die die Realität eben einer „harten Probe" negiert, verfolgt das Ziel, den subjektiven Faktor, insbesondere den Beitrag Stalins als herausragender und führender Kader der KPdSU(B) bei der Niederwerfung des deutschen Nazifaschismus und seiner Verbündeten zu schmälern, die Frage des Sieges loszulösen von der revolutionären Führung, mit der dieser Sieg errungen wurde: durch die revolutionäre KPdSU(B) unter Führung Stalins.

III. Der Beginn der Zerschlagung der Nazi-Armee: „Es ist an der Zeit, mit dem Rückzug Schluß zu machen. Keinen Schritt zurück!"

Die Winteroffensive der Roten Armee 1941/42 war erfolgreich. Die sowjetischen Truppen hatten die Nazi-Armee bis 700 km von der Wolga und dem Stalingrader Gebiet zurückgeworfen und ein rund 500.000 km2 großes Territorium befreit [29:178]. Nun folgten die Abwehrkämpfe im Sommer 1942, welches das schwerste Kriegsjahr für die Sowjetmacht werden sollte:

„Die zweite Periode der Kriegshandlungen an der sowjetisch-deutschen Front ist gekennzeichnet durch einen Umschwung zugunsten der Deutschen; die Initiative geht in die Hände der Deutschen über, unsere Front wird im südlichen Abschnitt durchbrochen, die deutschen Truppen rücken vor und dringen in den Raum von Woronesh, Stalingrad, Noworissik, Pjatigorsk und Modok ein. Indem die Deutschen und ihre Bundesgenossen sich das Fehlen einer zweiten Front in Europa zunutze machten, warfen sie alle ihre freien Reserven an die Front, setzen sie in einer Richtung, im südwestlichen Abschnitt ein, schufen hier ein starkes Übergewicht an Kräften und erzielten einen bedeutenden taktischen Erfolg ... Worin bestand nun das Hauptziel der deutschen Offensive? Es bestand darin, Moskau vom Osten her zu umgehen, es vom Hinterland, dem Wolgagebiet und dem Ural, abzuschneiden und dann den Schlag gegen Moskau zu führen..."
(Stalin, Der 25. Jahrestag der Oktoberrevolution, 6. November 1942 Werke Band 14, S. 282 f.)

Durch das Fehlen einer zweiten Front in Westeuropa konnte die Nazi-Wehrmacht ihre ganzen Reserven und Truppen der Verbündeten an die sowjetisch-deutsche Front schicken.

„Nehmen wir an, daß in Europa eine zweite Front bestünde ... Wie wäre dann die Lage der deutschen Truppen an unserer Front?... Das wäre der Anfang vom Ende der faschistischen deutschen Truppen, denn die Rote Armee stünde in diesem Fall nicht dort, wo sie jetzt steht, sondern irgendwo in der Nähe von Pskow, Minsk, Shitomir und Odessa ... Und wenn das nicht so gekommen ist, dann darum, weil das Fehlen einer zweiten Front in Europa die Deutschen gerettet hat."
(Stalin, Der 25. Jahrestag der Oktoberrevolution, 6. November 1942 Werke Band 14, S. 284 f.)

In Nazi-Deutschland selbst wurden im Laufe der sogenannten „totalen Mobilmachung" in den ersten Monaten 1943 zusätzlich 1,8 Mio. Soldaten zur Nazi-Wehrmacht eingezogen. Der zunehmende Mangel an Arbeitskräften sollte durch die verstärkte Versklavung von Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeitern kompensiert werden, deren Zahl von 4,1 Mio. im Mai 1942 auf 6,3 Mio. im Mai 1943 gestiegen war [24:86].

240 Divisionen Nazi-Deutschlands und seiner verbündeten Satellitenstaaten marschierten gegen die Sowjetunion auf, während in Nordwesteuropa nur 25 Nazi-Divisionen stationiert waren [23:10]. Dies war das Doppelte der im Ersten Weltkrieg gegen das zaristische Rußland bzw. ab 1917 gegen die Sowjetmacht eingesetzten deutschen Truppen.

1. Die Kämpfe um Stalingrad

Im Sommer 1942 begann die Nazi-Wehrmacht den Vormarsch auf Stalingrad, eine der größten sowjetischen Industriestädte mit damals 500.000 Einwohnern. Stalingrad sollte überrannt werden, um dann der Wolga entlang Moskau einzukreisen [33:332]. Am 28. Juli 1942 wandte sich Stalin an die Rotarmistinnen und Rotarmisten mit den klaren Worten:

„Es ist an der Zeit, mit dem Rückzug Schluß zu machen. Keinen Schritt zurück! Das muß jetzt unsere Hauptlosung sein. Jede Stellung, jeder Meter sowjetischen Territoriums muß bis zum letzten Blutstropfen verteidigt werden, man muß sich an jeden Fußbreit sowjetischen Bodens klammern und ihn bis zum letzten halten!"[28:507]

Diese Anweisung wurde in allen Kompanien verteilt und studiert, die sowjetische Presse diskutierte sie in ihren Leitartikeln [28:507]. In den Kampfpausen fanden Parteiversammlungen der Mitglieder der KPdSU(B) statt, in denen über die Reden Stalins und

Systematische Ermordung der jüdischen Bevölkerung der Sowjetunion

Die nazistische Speerspitze des Völkermords bildeten die „Einsatzgruppen" aus SS-, Gestapo- und Polizei-Henkern. Auf dem Gebiet der Sowjetunion waren vier solcher Mordbanden mit jeweils rund 1.000 Nazi-Soldaten und –Offizieren im Einsatz [33:315], die der Nazi-Wehrmacht folgten und hinter der Front mehr als 2 Mio. Menschen, zumeist sowjetische Jüdinnen und Juden, darunter auch Hunderttausende Kinder ermordeten [33:315f.].

Der erste Mordeinsatz der Einsatzgruppen erfolgte bereits drei Tage nach dem Überfall auf die Sowjetunion, als ein Kommando der „Einsatzgruppe A" in der litauischen Grenzstadt Garsden 200 jüdische Litauerinnen und Litauer erschoß [14:187].

Die „Einsatzgruppe A" errichtete das „Todesfort Nr. 9" in Kowno und mordete in den Wäldern Rigas bis zu den Vororten Leningrads. Am 30. November und am 8./9. Dezember wurden dort insgesamt 25.000 Jüdinnen und Juden erschossen. Die „Einsatzgruppe B" verbrannte Bäuerinnen und Bauern aus den Dörfern Belorußlands bei lebendigem Leibe, führte Massenhinrichtungen in Minsk durch, trieb Tausende Dorfbewohner Belorußlands in die Sümpfe bei Mosyr. Bei den Massenerschießungen in Minsk im November 1941 wurden 19.000 Jüdinnen und Juden ermordet. Die „Einsatzgruppe C" verübte u.a. die Massenmorde von Babij-Yar. Nach der Eroberung Kiews wurden am 29. und 30. September 1941 33.771 jüdische Einwohner Kiews in die Schlucht von Babij-Yar gelockt. Die Propagandakompanie der Wehrmacht druckte 2.000 Plakate, mit denen die Jüdinnen und Juden zur „Umsiedlung" aufgerufen wurden, Armeeeinheiten sperrten die Schlucht ab, sprengten nach dem Massaker die Wände der Schlucht, um die Leichenberge zu verdecken.[52:69] Die „Einsatzgruppe D" in den südlichen Teilen der besetzten Sowjetunion ermordete Einwohnerinnen und Einwohner der Gebiete um Stawropol und Krasnodar in Gaswagen [33:315f.].

Bald schon ging den Nazi-Mördern diese Art des Mordens nicht schnell und reibungslos genug. Im Dezember 1941 wurde deshalb der systematische Aufbau von regelrechten Todeslagern in Polen, den Vernichtungslagern Chelmno, Belzec, Sobibor und Treblinka sowie Auschwitz-Birkenau und Majdanek-Lublin begonnen.

Die meisten sowjetischen Jüdinnen und Juden wurden 1941-1942 ermordet, bis 1944 mehr als 200.000 aus den Baltischen Sowjetrepubliken [48:117] und mindestens 500.000 aus Weißrußland [13:14]. Ein Großteil der wenigen Überlebenden, die noch 1944 Zwangsarbeit leisteten, wurde beim Rückzug der Nazi-Wehrmacht an Ort und Stelle erschossen oder in KZs bzw. Nazi-Vernichtungslager deportiert.



Aufnahme des zwei Tage dauernden Nazi-Massenmords an über 30.000 jüdischen Einwohnerinnen und Einwohnern Kiews in der Schlucht von Babij-Yar im September 1941

die führende Rolle der Kommunistinnen und Kommunisten bei der Verteidigung der Stadt diskutiert wurde [15:72].

Über ein Gebiet von 100.000 km² standen 6 Mio. Nazi-Soldaten und -Offiziere mitsamt ihren verbündeten rumänischen Truppen rund 5 Mio. Rotarmisten gegenüber [33:332]. 2.000 Flugzeuge der Nazi-Luftwaffe befanden sich ständig über der Stadt, flogen über 100.000 Einsätze und warfen rund 1 Mio. Bomben [15:70]. Zunächst war die Nazi-Wehrmacht an Soldaten und Kriegsmaterial überlegen. Mit Beginn der Gegenoffensive konnte die Rote Armee jedoch den Mangel an Soldaten und Material ausgleichen [1:131].

Nach einem Monat schwerster Kämpfe gelang es der Nazi-Wehrmacht, an einzelnen Stellen zur Wolga durchzubrechen und die Stadt in mehrere Teile zu zerschneiden. Am 14. September 1942 begannen in Stalingrad die 143 Tage währenden Straßenkämpfe, bei denen die Rotarmistinnen und Rotarmisten buchstäblich um jedes Haus, um jede Etage kämpften [15:65]. Stalingrad war eine Schule des Verteidigungs- und Angriffskampfes in einer Stadt [54:181]. Manche Häuser wechselten mehrmals am Tag ihren „Besitzer". Angesichts der zugespitzten Kämpfe richtete Stalin am 5. Oktober 1942 einen Befehl an die Kommandierenden der Stalingrader Front, in dem es hieß:

„Alle Maßnahmen zur Verteidigung Stalingrads sind zu ergreifen, Stalingrad darf nicht dem Feind überlassen werden!" [15:66]

Großmäulig trafen die Nazifaschisten Vorbereitungen für ihren angeblich kurz bevorstehenden Sieg in Stalingrad. In den deutschen Tageszeitungen wurden für die Siegesmeldung täglich Seiten reserviert. Im Oktober 1942 ließ Goebbels ein Extrablatt mit dem Titel „Stalingrad ist gefallen. Moskau ist der Kopf der Sowjetunion. Stalingrad ihr Herz" drucken [28:529].

Mao Tse-tung beschreibt anschaulich, wie diese bangen Tage und Stunden von den vom Faschismus geschundenen Völkern erlebt wurden:

„Angefangen mit dem 23. August, als die deutschen Truppen den Übergang über den Donbogen beendet hatten und zum Generalangriff gegen Stalingrad antraten – ein Teil drang am 15. September in den Industriebezirk im Nordwestteil der Stadt ein –, bis zum 19. Oktober, als das sowjetische Informationsbüro bekanntgab, daß die Rote Armee die Einkreisungslinie der deutschen Truppen in diesem Bezirk durchbrochen hatte, tobte achtundvierzig Tage lang ein erbitterter Kampf, der in der Geschichte der Menschheit nicht seinesgleichen hat ... Während dieser achtundvierzig Tage warteten Dutzende und Hunderte von Millionen Menschen mit atemberaubender Spannung auf die täglichen Meldungen über Sieg oder Rückschlag, die aus dieser Stadt kamen .... Während dieser achtundvierzig Tage war die Aufmerksamkeit der Völker der ganzen Welt noch mehr auf Stalingrad konzentriert als im Oktober vorigen Jahres auf Moskau."
(Mao Tse-tung, Der Wendepunkt im zweiten Weltkrieg, 11. Oktober 1942, AW, Band III, S. 118)

Im Verlauf der Straßenkämpfe entwickelte sich in Stalingrad eine Scharfschützenbewegung, die der Rotarmist Saizew initiiert hatte und die den Nazis – im wahrsten Sinne des Wortes – großes Kopfzerbrechen bereitete. Sie ließen deshalb extra den Leiter der Berliner Scharfschützenschule Nazi-Major Coninx einfliegen, der den Auftrag erhielt, Saizew zu töten. Er kam jedoch nicht mehr dazu. Nach vier Tagen traf ihn eine Kugel aus dem Gewehr des Genossen Saizew [28:529].

Am 19. November 1942 ging die Rote Armee zur Gegenoffensive über. Es gelang ihr, die Nazi-Truppen bei Stalingrad einzukesseln. Am 8. Januar 1943 wurden die eingekesselten Nazi-Truppen zur Kapitulation aufgefordert. Nach Ablehnung des Angebots wurden die Nazi-Truppen vernichtet. Am 2. Februar 1943 hörte die Heeresgruppe der Nazi-Wehrmacht bei Stalingrad auf zu existieren. Dies war ein Freudentag für die Antinazistinnen und Antinazisten der ganzen Welt, für die Partisaninnen und Partisanen, für die gemarterten Häftlinge in den KZs und Vernichtungslagern, für die gequälte Bevölkerung in den besetzten Ländern Europas.

Das unmittelbare Ergebnis der siegreichen Sowjetarmee bei Stalingrad war die Vernichtung von 22 Nazi-Divisionen. Von 330.000 Nazi-Soldaten und -Offizieren überlebten 93.000, 91.000 konnten gefangen genommen werden:

„Um eine Vorstellung zu haben von dem Ausmaß dieser in der Geschichte beispiellosen Riesenschlacht, die sich auf den Feldern von Stalingrad abspielte, muß man wissen, daß nach Abschluß der Stalingrader Schlacht die Leichen von 147.200 gefallenen deutschen Soldaten und Offizieren und von 46.700 gefallenen Sowjetsoldaten und Offizieren geborgen und bestattet wurden. Bei Stalingrad ging der Stern der faschistischen Armee unter."
(Stalin, Der 26. Jahrestag der Oktoberrevolution, 6.November 1943, Werke Band 14, S. 323)

Nach Moskau war die Schlacht von Stalingrad der zweite strategische Gegenangriff der Roten Armee [15:87]. Mehr noch: es war der Wendepunkt des gesamten Zweiten Weltkriegs zugunsten der antinazistischen Kräfte, der auch den Partisaninnen und Partisanen, den Widerstandskämpfern der ganzen Welt Auftrieb im Kampf gegen die nazifaschistischen Mörder gab.

Der Druck auf den US- und den englischen Imperialismus, die die zweite Front in Westeuropa zur Entlastung der Roten Armee noch immer nicht eröffnet hatten, wurde erhöht. Die Landung englischer und US-Truppen in Marokko war die erste Fernwirkung des Sieges der Roten Armee in Stalingrad. Die Niederzwingung des faschistischen Italiens im weiteren Verlauf dieser Landung ebenso. Der japanische Faschismus, der schon im Begriff gewesen war, der Sowjetunion offiziell den Krieg zu erklären, überlegte sich diesen Schritt nun gut.

Und schließlich war es eine Niederlage der großmäuligen Nazis, von der sie sich weder materiell noch mental erholen konnten. Verstärkt versuchten die deutschen Imperialisten nun, ihre „Friedensfühler" auszustrecken für Separatverhandlungen mit den USA und England, um die Anti-Hitler-Koalition zu sprengen.

„Vor" Stalingrad war an die Organisierung antinazistischer deutscher Kriegsgefangener gar nicht zu denken. Nur ein winziger Prozentsatz von ihnen kritisierte vielleicht den Krieg gegen die Sowjetunion, aber nicht das Nazi-Regime selbst. So erhielt zwar der Versuch, antinazistische Arbeit unter den deutschen Kriegsgefangenen zu leisten, seit dem Scheitern der „Blitzkriegstaktik" vor Moskau einen realen Auftrieb, der wirkliche Beschleuniger war aber erst die Niederlage der Nazi-Wehrmacht bei Stalingrad. 364 Todesurteile gegen Soldaten der Nazi-Wehrmacht, die während der Kämpfe um Stalingrad aus den verschiedensten Gründen nicht mehr weiterkämpfen wollten, sind dokumentiert [24:68]. In diesem Sinne hieß es in der „Prawda" vom 1.August 1943 in einem Bericht über die Gründung des „Nationalkomitees Freies Deutschland" zurecht:

„Den Boden für die Bildung des Nationalkomitees ‚Freies Deutschland' brachten die schweren Schläge der Roten Armee, die sie gegen die deutsche Armee im Kaukasus, am Don, bei Leningrad richtete, und vor allem die große Niederlage der faschistischen Armee bei Stalingrad auf." [1:160]

Mit dem Sieg in Stalingrad leitete die Rote Armee eine grundlegende Wende im Zweiten Weltkrieg ein, die dann im Juli-August 1943 mit dem Sieg in den Kämpfen am Kursker Bogen südlich von Moskau vollendet wurde.

2. Die Kämpfe bei Kursk

Eine entscheidende Voraussetzung für diese Erfolge war die im Sommer 1943 erkämpfte Luftherrschaft der Roten Armee [29:704]. Mit der Vertreibung der Nazi-Wehrmacht aus dem Charkower Industriegebiet ging nach zweimonatigen Kämpfen die Schlacht am Kursker Bogen, die größte Schlacht im Zweiten Weltkrieg, zu Ende. Über vier Mio. Soldaten, 70.000 Geschütze, über 13.000 Panzer wurden eingesetzt. Die Nazi-Wehrmacht setzte 100 Divisionen ein, also rund 43% aller Divisionen der Nazi-Wehrmacht und ihrer Verbündeten. Im Verlauf der Kämpfe gelang es den Rotarmistinnen und Rotarmisten, am Kursker Bogen einen weit in die Kampflinie der Nazi-Truppen hineinragenden Keil zu bilden. Die Rotarmisten gruben sich buchstäblich in die Erde ein. In einem Schützengrabensystem, das eine Gesamtlänge von 6000 km hatte, erwarteten sie die Nazi-Truppen [5:171]. Die Nazi-Führung verfolgte den Plan, die Rote Armee einzukesseln. Nach einmonatigen Kämpfen gelang es den Rotarmisten, diesen Plan zu vereiteln und 120.000 Nazi-Soldaten und -Offiziere, über 4600 Panzer, mehr als 1600 Geschütze und 11.000 Fahrzeuge zu vernichten [61:746]. Nach Moskau und Stalingrad versetzte die Rote Armee am Kursker Bogen dem Mythos der angeblichen Unbesiegbarkeit der Nazi-Armee den Todesstoß[1:151]:

„War die Schlacht bei Stalingrad ein Vorbote des Untergangs der faschistischen deutschen Armee, so führte die Schlacht von Kursk sie vor die Katastrophe." [15:117]
(Stalin, Der 26. Jahrestag der Oktoberrevolution, 6.November 1943, Werke Band 14, S. 324)

Auf ihrem Rückzug hinterließen die Nazi-Truppen „verbrannte Erde". Im September1943 befahl Himmler ausdrücklich, daß in den von der Nazi-Armee geräumten Gebieten:

Systematische Vernichtung der Roma der Sowjetunion: *„...entsprechend den Judenbestimmungen behandelt."*

In der Sowjetunion lebten rund 60.000 Sowjetroma, 40.000 von ihnen im europäischen Teil der Sowjetunion. Die Nazis ermordeten 30.000 Roma im Zuge ihres rassistischen Vernichtungskriegs [39:90]. So verfügte der Nazi-Kommandant des „Wehrmachtsbefehlshabers Ostland" im Oktober 1941:

„Zigeuner sind beim Aufgreifen sofort an Ort und Stelle zu erschießen." [18:167]

Doch offensichtlich geschah das Morden in den meisten Fällen ohne ausdrücklichen Befehl. Wie selbstverständlich wurden Roma bei den Mordaktionen einbezogen. Der Chef der „Einsatzgruppe D" Ohlendorf erklärte bei seiner Vernehmung lapidar, daß in dem ihm zugeteilten Gebiet

„eine Anzahl unerwünschter Elemente, die sich aus Russen, Zigeunern, Juden und anderen zusammensetzen, exekutiert" wurden. [39:86]

In Estland, Lettland und Litauen wurden nahezu alle Roma ermordet. Hunderte Roma aus Ostlettland verhungerten eingeschlossen in der Synagoge von Ludza.

Roma wurden aus rassistischen Motiven ermordet, wie aus der Meldung der „Einsatzgruppe A" vom 30. Mai 1943 hervorgeht, wonach „Zigeuner", die sich „unangenehm bemerkbar" gemacht hätten,

„entsprechend den Judenbestimmungen behandelt und am gleichen Tag erschossen" worden seien. [39:87]

Dokumentiert ist ebenfalls das Schicksal der rund 93.000 Einwohner der Stadt Shitomir. Von Anfang Juli bis Anfang September 1941 wurden dort 30.000 jüdische Einwohner ermordet, im September weitere 4000. Insgesamt 70.000 Einwohnerinnen und Einwohner Shitomirs wurden ermordet. Unter den Opfern befinden sich neben der jüdischen Bevölkerung Shitomirs laut dem Bericht der sowjetischen Untersuchungskommission insbesondere auch Roma [34:31 f.].

„kein Mensch, kein Vieh, kein Zentner Getreide, keine Eisenbahnschiene zurückbleibt, daß kein Haus stehen bleibt, kein Bergwerk vorhanden ist, das nicht für Jahre zerstört ist, kein Brunnen vorhanden ist, der nicht vergiftet ist. Der Gegner muß wirklich ein total verbranntes und zerstörtes Land vorfinden." [29:526]

3. „Die von den Deutschen besetzten Sowjetgebiete sind von den Flammen des Partisanenkrieges erfaßt!"

Der Partisanenkampf gegen die Nazi-Besatzer begann mit der Stunde des Überfalls auf die Sowjetunion, die Aktionen der Partisaninnen und Partisanen erreichten durch zunehmende Organisierung und Intensität immer mehr an Bedeutung. Der Partisanenkampf ist allgemein ein deutliches Barometer der Stimmung unter der Masse Werktätigen. Lenin erläuterte dies 1906:

„Die Partisanenaktionen ... sind zweifellos aufs augenscheinlichste und unmittelbarste mit den Stimmungen der Massen verbunden."
(Lenin, Die gegenwärtige Lage Rußlands und die Taktik der Arbeiterpartei, 1906, LW, Band 10, S. 107)

Bereits in seiner Rundfunkansprache vom Juli 1941 hatte Stalin die Grundzüge des Partisanenkrieges dargelegt, die dann im Beschluß des ZK vom 18.Juli 1941 „Über die Organisierung des Kampfes im Hinterland der deutschen Truppen" konkretisiert wurden [1:116].

Mit bestialischem Terror, mit Folter und Geiselerschießungen gingen die deutschen Besatzer gegen die „partisanenverdächtige" Zivilbevölkerung vor. Keitel, der Chef des Oberkommandos der Wehrmacht, verfügte am 16. September 1941:

„Der Führer hat nunmehr angeordnet, daß überall mit den schärfsten Mitteln einzugreifen ist, um die Bewegung in kürzester Zeit niederzuschlagen... Als Sühne für ein deutsches Soldatenleben muß in diesen Fällen im allgemeinen die Todesstrafe für 50-100 Kommunisten als angemessen gelten. Die Art der Vollstreckung muß die abschreckende Wirkung erhöhen." [49:100]

Rund ein Jahr später, am 16. Dezember 1942, forderte Keitel in einem Befehl noch einmal ausdrücklich zum straflosen Mord auf:

„Die Truppe ist daher auch berechtigt und verpflichtet, in diesem Kampf ohne Einschränkung auch gegen Frauen und Kinder jedes Mittel anzuwenden, wenn es nur zum Erfolg führt... Kein in der Bandenbekämpfung eingesetzter Deutscher darf wegen seines Verhaltens im Kampf gegen die Banden und ihre Mitläufer disziplinarisch oder kriegsgerichtlich zur Rechenschaft gezogen werden." [44:450]

Viele versprengte Rotarmistinnen und Rotarmisten, die sich im Verlauf der Kämpfe nicht wieder den Hauptkräften der Roten Armee hatten anschließen können, schlossen sich den Partisaninnen und Partisanen an [27:144]. Zunächst nur unzureichend bewaffnet, wurden diese per Flugzeug von der Roten Armee mit Waffen ausgerüstet oder besorgten sich Waffen und Munition vom Gegner bzw. sammelten diese von den Schlachtfeldern ein, wobei sie von der örtlichen Bevölkerung unterstützt wurden [28:156]. In dieser Phase behalfen sich die Partisaninnen und Partisanen auch erfolgreich mit selbstgebastelten Waffen wie z.B. „Molotow-Cocktails", die sie auf sich nähernde Nazi-Panzer und -Fahrzeuge warfen. In den besetzten Gebieten waren für die illegale Arbeit mehr als 65.000 Mitglieder und Kandidaten sowie Zehntausende Komsomolzinnen und Komsomolzen zurückgeblieben. Ende 1941 waren mehr als 90.000 Partisaninnen und Partisanen in 2.000 Partisanenabteilungen organisiert [1:117]. Sie unterstützten die Verteidigungs- und Angriffsoperationen der Roten Armee. Bereits im Mai 1942 waren die gesamten besetzten Sowjetgebiete vom Partisanen-



Bewaffnete sowjetische Arbeiter verteidigen Stalingrad

krieg erfaßt. Im gleichen Monat wurde der Zentrale Stab der Partisanenbewegung gebildet. Aufgrund von Schwierigkeiten zog sich die Aufstellung der Republiks- und Gebietsstäbe aber bis Anfang 1943 hin [29:583]. In der „Iswestja" vom 16. Mai 1942 erläuterte der Präsident der Sowjetunion Kalinin die Ursachen für die zunehmende Entfaltung des Partisanenkampfes:

„Die Partisanenbewegung ist volksverbunden und politisch eng mit allen Werktätigen der Sowjetunion verknüpft. Sie erwächst daraus, daß das Volk einen einfachen, anschaulichen Vergleich zwischen dem faschistischen Regime und der Sowjetordnung anstellt, in der sich der sowjetische Bürger als Herr fühlte und fühlt. Wie könnte sich ein freier, lebenstüchtiger Mensch, ob Mann, ob Frau, ohne schonungslosen Kampf, ohne Kampf auf Leben und Tod je mit der faschistischen Sklaverei abfinden?" [32:315]



Kommandantinnen von Partisanenabteilungen bei der Befreiung von Minsk 1944



Die Partisaninnen Ida Pilownek und Soja Rubinson in Litauen im Juli 1944

Wichtig war bei der Partisanenbewegung die Koordination der Kampfmaßnahmen mit den Operationen der Roten Armee und die Unterstützung durch die übrige Bevölkerung. Zentrale Aufgaben waren Kurierdienste, Desorganisierung des von den Nazis besetzten Gebiets, Vernichtung von Soldaten und Ausrüstungen der Nazi-Wehrmacht, Unterbrechung der Transport- und Nachschubwege sowie propagandistische Tätigkeiten wie z.B. die Herausgabe von Flugblättern, um die Bevölkerung über die Lage an den Fronten, den Kriegsverlauf und wichtige Dokumente der KPdSU(B) und der Sowjetregierung zu informieren [1:122].

Zur Verstärkung der Partisanenbewegung wurde im September 1942 Woroschilow zum Oberbefehlshaber der Partisaninnen und Partisanen ernannt und es fanden Beratungen zur Ausweitung der Partisanenbewegung statt, deren Beschlüsse in der Presse veröffentlicht wurden. So schrieb die „Prawda" am 14. November 1942:

„Laßt keinen deutschen Eisenbahnzug zur Front durch! Sprengt Militärzüge und Bahnkörper! Zerstört Brücken, Anlagen und Pumpstationen! Vernichtet Verpflegungslager! Unterbrecht die Nachrichtenverbindungen! Schlagt die Faschisten mit allen Mitteln! Stellt den Kampf gegen sie keinen Augenblick ein! Haltet die Faschisten in ständiger Furcht!" [28:563]

Ein erneuter Anstieg der Partisanenaktionen wurde im Folgejahr 1943 verzeichnet, als die Partisaninnen und Partisanen den „Schienenkrieg" verstärkten und fünfmal soviel Züge sprengten bzw. fünfmal soviel militärische Objekte der deutschen Besatzer vernichteten wie im Vorjahr. Die Verluste der Nazi-Wehrmacht an Soldaten und Offizieren waren viermal so hoch wie im Vorjahr [29:583]. Eine der größten Partisanenbewegungen gab es in Belorußland mit 370.000 Partisaninnen und Partisanen. In der ersten Phase des Schienenkriegs von Juli bis September 1943 gelang es ihnen, an 214.705 Stellen Schienen zu sprengen. In der zweiten Phase von Ende September bis November 1943 wurden unter großer Mithilfe der Bevölkerung weitere 143.500 Schienensprengungen vorgenommen. In der dritten Phase, zeitgleich mit dem Beginn der Offensive der Roten Armee zur Befreiung Belorußlands 1944, sprengten sie in der Nacht zum 20. Juni 1944 über 44.000 Schienen und machten die von den Nazis benutzten Schienen viele Tage und Wochen unbrauchbar [1:114]. Insgesamt gelang es der belorussischen Partisanenbewegung 11.128 Militärzüge, 34 Panzerzüge und 29 Bahnstationen zu vernichten und dadurch teilweise pro Tag 24 Unterbrechungen der Nazi-Transporte zu erwirken [1:123].

☆☆☆

In den von den Nazis besetzten sowjetischen Gebieten kämpften rund 1,1 Mio. bewaffnete Partisaninnen und Partisanen. Das war gemessen an der Bevölkerung der besetzten Gebiete ein hoher Prozentsatz. Beeindruckend war dabei die Unterstützung der Partisaninnen und Partisanen durch die örtliche Zivilbevölkerung, so daß von einer wirklich umfassenden Widerstandsbewegung gegen die Nazi-Besatzer und Nazi-Mörder gesprochen werden muß. Von ihrer sozialen Zusammensetzung her bestanden die Partisanenabteilungen aus 30% Arbeitern, 40% Kolchosbauern und 30% Angestellten. 10% waren Partisaninnen [32:316]. Hervorstechend war auch die Beteiligung einer Vielzahl von Nationalitäten. Allein auf dem Gebiet der Ukraine kämpften Partisaninnen und Partisanen von 62 Nationalitäten der UdSSR.

Die Partisaninnen und Partisanen griffen Soldaten und Offiziere der Nazi-Wehrmacht, deutsche Kolonisten und Kollaborateure an. Es gelang ihnen, in den besetzten Gebieten 1,5 Mio. Soldaten, Offiziere, Beamte des Besatzungsapparats und Helfershelfer aus dem Verkehr zu ziehen bzw. gefangenzunehmen [32:345]. Sie vernichteten rund 4500 Panzer und gepanzerte Fahrzeuge, über 1000 Flugzeuge, mehr als 2500 Waffen und über 2900 Lager der Nazis. Sie ließen 21.000 Züge entgleisen, zerstörten rund 120 Panzerzüge, rund 17.000 Lokomotiven, über 2000 Eisenbahnbrücken. Auf den Straßen sprengten sie mehr als 10.000 Brücken und vernichteten bzw. erbeuteten über 65.000 LKWs und Pkws [1:123]. Im gesamten Kriegsverlauf gelang es den Nazi-Besatzern nicht, ihre Militärtransport reibungslos abzuwickeln [32:345].

Noch während des Kriegs wurden in der Sowjetunion Spezialkommissionen gebildet, die sich bereits zu dieser Zeit mit der Auswahl und Veröffentlichung von Artikeln, Broschüren und Abhandlungen über den Widerstandskampf befaßten. So wurde zum Beispiel im Sommer 1944 an der Akademie der Wissenschaften der Ukrainischen SSR eine Komission gebildet, die sich mit militärischen Fragen, dem Partisanenkrieg, dem Nazi-Besatzungsregime und der Biographie herausragender Kämpferinnen und Kämpfer beschäftigte [35:29].

Planmäßige Ermordung kriegsgefangener Rotarmistinnen und Rotarmisten

Vom Juni 1941 bis Februar 1945 fielen 5,7 Mio. Rotarmistinnen und Rotarmisten den Nazi-Schergen in die Hände und gerieten in Gefangenschaft [39:91]. Kriegsgefangen bei den Nazis bedeutete für über die Hälfte von ihnen den sicheren Tod: 3,3 Mio. wurden ermordet, davon allein 2 Mio. in den ersten acht Monaten seit Beginn des Überfalls. Etwa 800.000 waren von den Nazis entlassen worden, weil sie zur Kollaboration als „Hilfswillige" der Nazi-Wehrmacht bereit waren. Insbesondere 1944/45 wurden sie für den Dienst in der prodeutschen „Wlassow-Armee" entlassen [39:91]. Rund einer halben Mio. Rotarmistinnen und Rotarmisten gelang die Flucht oder wurde befreit [52:55].

Bis zum 7. Oktober 1941 „erledigte" die deutsche Nazi-Wehrmacht die Vernichtung der sowjetischen Kriegsgefangenen durch Aushungern, Kleiderentzug, fehlende Unterkunft und medizinische Versorgung oder Massenhinrichtungen. In einem Grundsatzbefehl des Oberkommandos der Nazi-Wehrmacht vom 8. September 1941 wurde den Nazi-Soldaten und -Offizieren ein offizieller Freibrief für die Ermordung sowjetischer Kriegsgefangener erteilt, denn gegen diese gelte

„der Waffengebrauch in der Regel als rechtmäßig". [39:96]

Danach übernahmen Heydrichs SD und seine berüchtigten „Einsatzkommandos" die Selektion aus den Gefangenenlagern in die KZs. Zu dieser Zeit hatte das Massensterben der Rotarmistinnen und Rotarmisten bereits unglaubliche Ausmaße angenommen. So ist dokumentiert, daß im besetzten Polen vom 20.Oktober bis zum 30. Oktober 1941 über 45.000 sowjetische Kriegsgefangene ermordet wurden, in den darauffolgenden zehn Tagen weitere 45.000 [39:94].

Von den in die KZs eingelieferten überlebten 1941/1942 keine 10% das erste Jahr:

- Im Oktober 1941 wurden in Auschwitz 10.000 sowjetische Kriegsgefangene eingeliefert. Sie wurden gezwungen, Vernichtungslager im KZ Auschwitz-Birkenau zu errichten. Am 1 .Juli 1942 lebten von ihnen nur noch 154 [48:115] . Auch die erste „Erprobung" von Zyklon B im August/September 1941 zur Ermordung durch Giftgas erfolgte an sowjetischen Kriegsgefangenen. Über 1500 Rotarmistinnen und Rotarmisten wurden durch Zyklon B ermordet [48:115].

- Im KZ Sachsenhausen waren von 20.500 sowjetischen Kriegsgefangenen im November 1941 nur noch 2.500 am Leben.

- Im KZ Mauthausen waren von 5.333 am 1. Januar 1942 nur noch 467 Rotarmistinnen und Rotarmisten am Leben.

- Im KZ Buchenwald wurden im selben Zeitraum mindestens 7.000, wahrscheinlich aber 9.500 kriegsgefangene Rotarmistinnen und Rotarmisten ermordet.

- Im KZ Dachau wurden ca. 10.000 sowjetische Kriegsgefangene umgebracht.

- Im KZ Sandbostel wurden ca. 46.000 sowjetische Kriegsgefangene ermordet.

Bei der Behandlung der sowjetischen Kriegsgefangenen spielten der allgemeine Kriegsverlauf bzw. die ab 1942 einsetzenden Siege der Roten Armee durchaus eine große Rolle: In den Anfangsmonaten war die Linie der Nazis Vernichtung, während sie ab Ende 1942 im Zuge der „totalen Mobilisierung" von neuen Soldaten für die Nazi-Wehrmacht vermehrt als Zwangsarbeiter eingesetzt wurden.

Am 31.Oktober 1941 war die Sklavenarbeit sowjetischer Kriegsgefangener in deutschen Firmen offiziell abgesegnet worden [48:199] .Selbstverständlich nicht aus humanitären Gründen, sondern aus Gründen der wirtschaftlichen „Verwertbarkeit" monierte Rosenberg gegnüber Keitel am 28.Februar 1942, daß von den 3,6 Mio. sowjetischen Kriegsgefangenen „nur noch einige Hunderttausend arbeitsfähig" seien [34:142]. Ebenso heißt es in einer „Geheimen Aufzeichnung" von Bräutigam des Nazi-Ostministeriums vom 25. Oktober 1942:

„Es ist bei Freund und Feind kein Geheimnis mehr, daß Hunderttausende von ihnen (Rotarmisten, A.d.V.) in unseren Lagern buchstäblich verhungert und erfroren sind." [34:204]

Die wenigen kriegsgefangenen Rotarmistinnen und Rotarmisten, die unter diesen barbarischen Verhältnissen überlebten, überleben konnten, leisteten die vielfältigsten Formen des Widerstands. Relativ zahlreich sind die Fluchtversuche. So gelang nach Angaben des Bundes der Kriegsveteranen der UdSSR im März 1942 rund 120 Gefangenen eine Massenflucht aus Auschwitz.

Ein besonders beeindruckender Bericht stammt von Konstantin Simonow aus Majdanek:

„Im Mai 1942 hatte eine Gruppe russischer Kriegsgefangener, die in den Wald von Krempets unweit vom Lager geschickt worden waren, um Erschossene zu begraben, sieben deutsche Aufseher mit Schaufeln getötet und war geflohen. Zwei dieser Gefangenen wurden erwischt, die übrigen konnten ihren Verfolgern entkommen. Daraufhin wurden die 130 noch im Lager lebenden Kriegsgefangenen (von 1000 im August 1941 gekommenen Gefangenen) in den Block der Häftlinge gebracht. Da sie wußten, daß sie in jedem Fall umkommen würden, beschlossen die russischen Kriegsgefangenen, mit Ausnahme von einigen Dutzend Leuten, auszubrechen. Eines Abends, Ende Juni, nahmen sie alle ihre Decken, legten sie zu je fünf über die Stacheldrähte, stiegen darüber wie über eine Brücke und flohen. Die Nacht war finster: Vier von ihnen wurden getötet, den Übrigen gelang die Flucht. Danach wurden die im Lager gebliebenen 50 Gefangenen sofort in den Hof geführt, auf die Erde geworfen und mit Maschinenpistolen getötet. Damit begnügten sich die Deutschen nicht. Immerhin hatte es eine geglückte Flucht gegeben. Sie rüsteten die Stacheldrähte mit elektrischem Strom aus."

In Buchenwald gab es ab dem 15. März 1943 ein einheitliches Zentrum der im Widerstand tätigen sowjetischen Kriegsgefangenen. In Auschwitz hatte die Kampfgruppe Auschwitz Kontakte zu den organisierten sowjetischen Gefangenen, die sogleich auf die Organisierung eines bewaffneten Aufstands drängten. Gerade bei dieser höchsten Kampfform, den Aufstandsversuchen und Aufständen innerhalb der KZs und Vernichtungslager hatten die gefangenen Rotarmistinnen und Rotarmisten eine führende Rolle inne. Im Vergleich zu vielen anderen KZ-Häftlingen verfügten sie über militärische Erfahrungen, auch im Partisanenkampf, waren vor ihrer Inhaftierung militärisch gut ausgebildet worden, hatten gegen die Nazis gekämpft und kannten ihren Feind schon ziemlich genau.

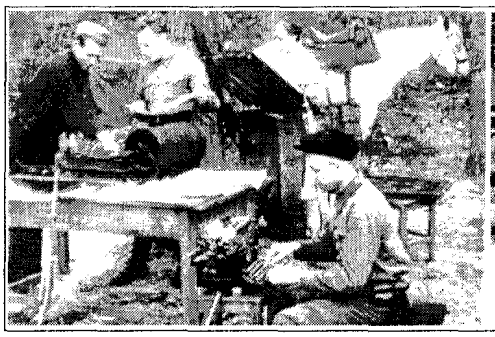
Ein besonderes Problem für die kriegsgefangenen Rotarmistinnen und Rotarmisten war es, daß sie bei anderen Gefangenen mit einer „russenfeindlichen" Haltung rechnen mußten. Diese war eine Folge der Nazipropaganda gegen die „sowjetischen Untermenschen", die auch im KZ fortgesetzt wurde. Dementsprechend standen sie in der ausgeklügelten Lagerhierarchie mit den Jüdinnen und Juden, den Sinti und Roma auf der untersten Stufe, wurden schlechter behandelt als die übrigen Gefangenen und bekamen keine Funktionen in der „Häftlingsselbstverwaltung" zugeteilt.

Unter diesen Bedingungen war der Kampf gegen den Antikommunismus unter den Häftlingen und gegen die Demoralisierung in den eigenen Reihen eine besonders schwierige, aber auch besonders wichtige Aufgabe. In diesem Bereich leisteten sie wirklich Beeindruckendes wie z.B. die Herausgabe einer illegalen Lagerzeitung in Buchenwald.

☆☆☆

[Falls nicht anders angegeben, alle Quellen aus: Autorenkollektiv, Über den Widerstand in den KZs und Vernichtungslagern des Nazifaschismus, Verlag Olga Benario und Herbert Baum 1998]

Sowjetische Partisaninnen und Partisanen beteiligten sich auch in Westeuropa am Partisanenkampf. Wenn es ihnen gelungen war, aus den Zwangsarbeiterlagern oder KZs der Nazis zu fliehen, beteiligten sich viele am Kampf außerhalb der Sowjetunion. So operierten von Juli bis September 1944 5.000 Sowjetbürger in Frankreich, davon 900 unter französischem Kommando [1:124]. Die Partisanenkämpfe in den übrigen besetzten Gebieten Europas hatten für das Voranschreiten der Roten Armee große Bedeutung:





Sowjetische Partisaninnen und Partisanen im „Schienenkrieg" (oben)
Produktion der Partisanenzeitung der Abteilung „Stalin" in der Region Witebsk 1943 (links)

„Der hitlerische Imperialismus hat weite Gebiete Europas besetzt, aber er hat den Widerstandswillen der europäischen Völker nicht gebrochen. Der Kampf der versklavten Völker gegen das Regime der faschistischen Räuber beginnt allgemeinen Charakter anzunehmen. In allen okkupierten Ländern ist die Sabotage in Rüstungsbetrieben, die Sprengung deutscher Versorgungslager, die Entgleisung deutscher Militärzüge, die Tötung deutscher Soldaten und Offiziere zu einer alltäglichen Erscheinung geworden. Ganz Jugoslawien und die von den Deutschen besetzten Sowjetgebiete sind von den Flammen des Partisanenkrieges erfaßt."

(Stalin, Befehl des Volkskommissars für Verteidigung vom 1. Mai 1942, Werke Band 14, S. 272)

Andererseits waren gerade auch die Siege der Roten Armee bei Moskau und Stalingrad für die Partisanenbewegung in den übrigen besetzten Gebieten Europas ein nicht zu unterschätzender Faktor. So stellte der Oberbefehlshaber der griechischen Volksbefreiungsarmee General Sarafis fest:

„Zu Beginn der Besatzung, als die Kräfte der Okkupanten sehr stark und die Armeen der Achse überall siegreich waren, entwickelte sich kein Partisanenheer. Es trat in Erscheinung, als die Kräfte der Faschisten abnahmen, nachdem die Operationen der Deutschen zur Einnahme Leningrads und Moskaus gescheitert waren. Die ersten Partisanengruppen traten im Frühjahr 1942 in Aktion." [32:383]

Die Sowjetunion bildete auch militärische Einheiten für Polen, die Tschechoslowakei, Rumänien, Jugoslawien und Frankreich aus, die Munition, Waffen, Transportmittel,Treibstoff sowie Ausbildung erhielten. Die Aufstellung, Ausbildung und Ausrüstung erfolgte auf Grundlage von Vereinbarungen mit den jeweiligen Exilregierungen oder antinazistischen Organisationen der jeweiligen Länder. Insgesamt wurden so rund 550.000 Kämpferinnen und Kämpfer ausgebildet [1:95].

Das Jahr 1943 wurde nicht nur im antifaschistischen Befreiungskampf der Sowjetunion, sondern im gesamten Zweiten Weltkrieg zum Jahr des Umschwungs. Der US- und englische Imperialismus konnten es sich nun nicht mehr weiter leisten, die Eröffnung der zweiten Front zu sabotieren. Sie entsendeten alliierte Truppen nach Nordafrika und Italien, das seinerseits bald seinen militärischen und politischen Zusammenbruch erlebte und im September 1943 kapitulierte.

4. Genau im richtigen Moment: Die Entscheidung zur Gegenoffensive

Nach vier Monaten Nazi-Offensive beschloß die Führung der KPdSU(B), daß die Rote Armee bei Stalingrad am 19. November 1942 zur Gegenoffensive übergehen sollte. Das war keine Entscheidung mit siegessicherem Ausgang. Im Gegenteil: Das Scheitern der Gegenoffensive hätte verheerende Wirkung auf den ge-

samten Krieg gegen Nazi-Deutschland und seine Verbündeten gehabt. Sorgfältig wurden alle Faktoren, die Gesamtsituation an der Ostfront, Anzahl, Ausstattung, Zustand der Nazi-Truppen und der eigenen bewaffneten Kräfte bei Stalingrad analysiert. Die gesamten Umstände abwägend und alle Unwägbarkeiten in Kauf nehmend, faßte die Führung der revolutionären Bolschewiki den Entschluß, die Gegenoffensive zu beginnen. Über den Charakter der Gegenoffensive führte Stalin aus:

> **„Ich spreche von der Gegenoffensive nach einer erfolgreichen Offensive des Feindes, die jedoch keine Entscheidung gebracht hat, während der in der Verteidigung Befindliche Kräfte sammelt, zur Gegenoffensive übergeht und dem Gegner eine entscheidende Niederlage beibringt."**
> (Stalin, Antwortschreiben an Oberst Professor Dr. Rasin auf einen Brief vom 30. Januar 1930 über Clausewitz und über Fragen des Krieges und der Kriegskunst, Februar 1946, Werke Band 15, S. 56)

Bei der Wahl des richtigen Zeitpunkts zeigte sich, daß die führenden Kader der KPdSU(B) die revolutionäre Kriegskunst meisterlich beherrschten. Sie ließen die Voraussetzungen, unter denen sie die strategische Initiative an sich reißen konnten, heranreifen, bis die bewaffneten Nazi-Kräfte erschöpft und die Reserven Nazi-Deutschlands im Raum Stalingrad weitgehend verbraucht waren. Gleichzeitig wurde bis zu diesem Zeitpunkt die Vorbereitung und Konzentrierung der Truppen der Roten Armee und ihrer technischen Kampfmittel abgeschlossen.

Eine weitere wichtige Eigenschaft ist hierbei auch eine gewisse Kühnheit. Als sich die Nazi-Truppen im September 1943 hinter den Dnjepr zurückgezogen hatten, kamen die deutschen Nazi-Generäle gar nicht auf die Idee, daß die Rote Armee sofort ohne angelieferte Pontons und Boote versuchen würde, den Fluß zu überqueren. Die Sowjettruppen warteten jedoch das Eintreffen der Pontons gar nicht erst ab und begannen, unerwartet für die Nazis, mit selbstgezimmerten Tragbooten überzusetzen. Gerade durch diese „unkonventionelle" Kühnheit, die sich mit der Logik der Nazi-Kriegsführung nicht in Einklang bringen ließ, gelang der Roten Armee ein wichtiger Vorstoß [40:128].

Die Entschlossenheit zum Gegenangriff in dieser Situation, dieser Mut und diese Konsequenz als grundlegende Eigenschaft kommunistischer Kader ist nur zu vergleichen mit ähnlich folgenschweren Entscheidungen wie es beispielsweise die Festlegung des Tags für den bewaffneten Aufstand während der Oktoberrevolution 1917 war. Auch damals setzten die führenden Genossinnen und Genossen der KPdSU(B) sozusagen alles auf eine Karte und wagten nach sorgfältiger Abwägung aller Faktoren und im Bewußtsein, daß nicht alles vorhersehbar und planbar ist, den Aufstand. Sie ließen sich dabei von den grundlegenden Prinzipien über den Aufstand, wie sie von Engels formuliert worden waren, leiten und wandten sie erfolgreich auf die damalige Lage an (siehe Engels Ausführungen über die grundlegenden Prinzipien des bewaffneten Aufstands des Proletariats in Marx/Engels Werke, Band 8, S. 95).

Schlaglichter der Unterstützung der Partisaninnen und Partisanen durch die örtliche Zivilbevölkerung der Sowjetunion

Eines der zahlreichen Beispiele für die Unterstützung und Verbundenheit der sowjetischen Zivilbevölkerung mit den Partisaninnen und Partisanen und der Roten Armee ist das Schicksal des damals 75jährigen Michail Zuba aus dem belorussischen Dorf Nowina. 1943 drangen Nazi-Truppen unter dem Vorwand der Partisanenbekämpfung in sein Dorf ein. Außer den Greisen hatten sich alle Einwohner des Dorfes in den umliegenden Wäldern verborgen. Als ein Nazi-Offizier dem 70jährigen Iwan Zuba befahl, die Nazis zu den Stellungen der Partisanen zu führen, weigerte sich dieser und wurde vor den Augen seines 75jährigen Bruders Michail Zuba bestialisch ermordet. Dieser bot sich nun den Nazis an, jedoch führte er die Soldaten nicht zu den Partisanen, sondern in die entgegengesetzte Richtung, in das Walddickicht der Gritschinow-Sümpfe. Zwar konnten die Nazi-Besatzer Michail Zuba noch grausam umbringen, aber keiner von ihnen kam lebend aus den Sümpfen heraus [15:91].

Ein weiteres Beispiel ist die an der Krim gelegene Stadt Eupatoria. Seit Beginn der Nazi-Besatzung 1941 war eine Partisaneneinheit aus Einwohnern der Stadt aufgestellt worden. Weitere Illegale verblieben in der Stadt und konzentrierten sich bis zum Herannahen der Truppen der Roten Armee im Frühjahr 1944 auf propagandistische Tätigkeit und die Versorgung der Partisaneneinheit mit allem Notwendigen. Gleichzeitig stellten sie Kampfgruppen auf, stellten Waffen her und bildeten die Mitglieder der Kampfgruppen militärisch aus. Im April 1944 nahm das Kommando der illegalen Kampfgruppen Verbindung mit den sich nähernden Sowjettruppen auf. Am 12. April schließlich vernichteten die Kampfgruppen mit tatkräftiger Hilfe der gesamten Stadtbevölkerung die Nazi-Garnison. Am Tag darauf sandte die Nazi-Führung starke Truppenverbände zur Niederschlagung des Aufstands, doch die Aufständischen konnten sich bis zur Ankunft der Roten Armee verteidigen [36:63].

Ein drittes Beispiel ist der heldenmütige Kampf der Einwohner der Stadt Pawlograd. Infolge der Offensive der Roten Armee waren die Nazi-Besatzer Anfang 1943 gezwungen, nur einen relativ geringen Teil ihrer bewaffneten nazistischen Abteilungen in der Stadt zu belassen. Die illegalen antinazistischen Kampfgruppen bildeten Ende 1942 ein Kommando, das sich die Aufgabe stellte, die Rote Armee bei der Befreiung der Stadt zu unterstützen sowie die Bevölkerung vor Verschleppung zur Sklavenarbeit nach Deutschland zu schützen. Am 10. Februar 1943 konzentrierten sich die gesamten illegalen Kampfgruppen auch von außerhalb im Stadtgebiet. Um die stationierten Nazi-Abteilungen zu desorganisieren, klebten die Illegalen am 12. Februar in der ganzen Stadt Flugblätter, in denen mitgeteilt wurde, Pawlograd sei bereits von der Roten Armee umzingelt. Nazi-Polizisten und Gendarmen begannen zu flüchten, was die übrigen militärischen Nazi-Formationen in der Nazi-Garnison in der Stadt noch mehr demoralisierte. Dennoch bemerkten diese die Konzentration von rund 20 illegalen Kämpferinnen und Kämpfern in einer Lederfabrik. Am 13. Februar 1943 umzingelten 300 Nazi-Soldaten und –Offiziere die Fabrik, unterstützt von Geschützen der Nazi-Artillerie, und ermordeten alle Kämpferinnen und Kämpfer, die ihnen jedoch auch Verluste von 150 Soldaten zugefügt hatten. A. Nesterenko, der Kommandeur der illegalen Kampfgruppe, hatte vor seiner Ermordung noch folgenden Satz an die Wand der Fabrikhallen geschrieben:

> ***„Wir waren 21. Hielten stand bis zum Tod. Gehen zugrunde, aber ergeben uns nicht."***

Wie ein Lauffeuer verbreitete sich unter der unterjochten Stadtbevölkerung die Kunde vom mutigen Kampf der Ermordeten. Doch die Nazi-Schergen waren nun mißtrauisch geworden, der ursprüngliche Aufstandsplan mußte modifiziert werden. Die illegalen Kampfgruppen verfügten über 500 bewaffnete sowie 800 unbewaffnete Kämpferinnen und Kämpfer, darunter zahlreiche Rotarmistinnen und Rotarmisten, die von den Einwohnern aus Nazi-KZs gerettet worden waren. Sie entschlossen sich in Erwartung der baldigen Ankunft der Truppen der Roten Armee, den Aufstand zu beginnen.In der Nacht zum 16.Februar begann der bewaffnete Aufstand in Pawlograd. An den Straßenkämpfen beteiligte sich die gesamte Stadtbevölkerung. Schließlich konnten die Nazi-Truppen in der Stadt bezwungen werden. Trotz der Erfolge in der Stadt und der Unterstützung von Unterabteilungen der Roten Armee, denen es gelungen war, nach Pawlograd durchzubrechen, war die Lage der Aufständischen hoffnungslos. Fünf Tage lang schlugen sie Luftangriffe der Nazi-Truppen ab, die die Stadt bombardierte. Als ersichtlich war, daß die Nazi-Besatzer die Stadt in Schutt und Asche bomben würden, beschlossen die Aufständischen am 22. Februar, sich zurückzuziehen. Ein Teil schloß sich der Roten Armee an, der Rest ging wieder in die Illegalität und blieb in der Stadt [36:60].

IV. Die „Zehn Schläge" der Roten Armee zusammen mit den Partisaninnen und Partisanen zur Befreiung der Völker der Sowjetunion und Osteuropas von den Nazi-Mördern (1944)

Auch 1944 war ein schwieriges Jahr. Noch mußte Leningrad befreit werden, Minsk und Brest und große Teile der Ukraine und Belorußlands waren besetzt, auch Estland, Lettland, Litauen und die Moldauische SSR [1:171].

Anfang 1944 waren von den 362 Divisionen der Nazi-Wehrmacht und ihrer Verbündeten 245 an der Ostfront gegen die Sowjetunion eingesetzt [1:174]. Trotz ihrer Erfolge und der herben Niederlagen Nazi-Deutschlands im Vorjahr durften die antinazistischen Kräfte nicht überheblich werden:

> **„Der Roten Armee steht ein harter Kampf gegen einen heimtückischen, grausamen und vorläufig noch starken Feind bevor. Dieser Kampf wird Zeit, Opfer, die Anspannung unserer Kräfte und die Mobilisierung aller unserer Möglichkeiten erfordern."[1:143]**
> (Stalin, Befehl des Obersten Befehlshabers vom 23. Februar 1943, Werke Band 14, S. 307)

Es war klar, daß die Nazis – ihre Niederlage und die zu erwartende Bestrafung vor Augen – sich nicht einfach geschlagen geben würden:

> **„Die deutschen Truppen gleichen jetzt einer verwundeten Bestie, die gezwungen ist, nach ihrer Höhle – an die Grenzen Deutschlands – zurückzukriechen, um ihre Wunden zu heilen. Aber auch eine verwundete Bestie, die sich in ihre Höhle zurückgezogen hat, hört nicht auf, eine gefährliche Bestie zu sein. Um unser Land und die mit uns verbündeten Länder vor der Gefahr der Versklavung zu retten, muß man der verwundeten deutschen Bestie auf der Spur folgen und ihr in ihrer eigenen Höhle den Todesstoß versetzen. Bei der Verfolgung des Feindes müssen wir unsere Brüder vom deutschen Joch befreien, die Polen und Tschechoslowaken sowie die anderen mit uns verbündeten Völker Westeuropas, die sich unter der Ferse Hitlerdeutschlands befinden."**
> (Stalin, Befehl des Obersten Befehlshabers vom 1. Mai 1944, Werke Band 14, S. 351)

1944 vertrieb die Rote Armee durch zehn vernichtende Schläge die Nazi-Truppen aus der Sowjetunion und aus den besetzten Ländern Osteuropas [61:755 f. und 51:144 f.].

Wichtig war dafür auch die Unterstützung durch die Partisaninnen und Partisanen der europäischen Länder. Ende 1943 hatten die jugoslawischen Partisanenabteilungen eine Stärke von 300.000 Partisaninnen und Partisanen, die griechische Volksbefreiungsarmee ELAS verfügte über 10.000, die nationale Befreiungsarmee Albaniens über 20.000 Kämpferinnen und Kämpfern, die bulgarischen Partisanenabteilungen verfügten im Sommer 1944 über 30.000 Kämpferinnen und Kämpfer [30:125]. Auch in den faschistischen Regimes Rumänien und Ungarn bildeten sich Partisanengruppen, die Mitte 1943 den Kampf aufnahmen. In Frankreich verfügte die Restistance Ende 1943 über rund 200.000 Kämpferinnen und Kämpfer [30:19].

1. „Zehn Schläge" der Roten Armee

Durch den **ersten Schlag** im Januar 1944 wurde die Nazi-Armee bei Leningrad vernichtet und ins Baltikum zurückgeworfen, Leningrad und Nowgorod befreit.

Rotarmistinnen und Partisaninnen im antinazistischen Krieg

In den bewaffneten Formationen des Sowjetstaats, sei es in der Roten Armee oder in der Partisanenbewegung, spielten die sowjetischen Mädchen und Frauen eine bedeutende Rolle. Mindestens 800.000 Frauen hatten sich im Verlauf des Kriegs freiwillig gemeldet und waren in bewaffnete Formationen aufgenommen worden, sei es als Scharfschützinnen, Pilotinnen, Fernmeldeoffizierinnen, Leiterinnen von Panzerbrigaden, Kommandeurinnen von MG-Kompanien in der Roten Armee oder bei Partisanenabteilungen [3:8]. Allein im Aufgebot des Leninschen Komsomol gingen etwa 500.000 Mädchen und Frauen in die Rote Armee, davon 200.000 Komsomolzinnen [3:8].

Der große Anteil von Mädchen und jungen Frauen im Alter von 15 bis 25 Jahren ist dabei bemerkenswert, aber die Beteiligung von Jugendlichen am Kampf für die Verteidigung des Sowjetstaats und die Vernichtung Nazi-Deutschlands war eine allgemeine Erscheinung. Sie waren nach der Oktoberrevolution geboren, im Staat der Diktatur des Proletariats aufgewachsen und nicht mehr so sehr mit den „Muttermalen der alten kapitalistischen Gesellschaft" behaftet. Deutlich wird dies auch aus dem aus Sicht der Nazis verfaßten „Politischen Lagebericht" der Nazi-Wehrmacht vom 10.Februar 1942:

„Die ältere Generation ist zugänglicher und zeigt, wenn sie mit einem alleine sprechen, hier und da den Haß gegen das alte bolschewistische System. Der gefährlichste Jahrgang ist der zwischen 17 und 21 Jahren. Dieser ist wohl zu 99% verseucht und sollte von der Liste der Lebenden gestrichen werden. Der größte Fehler wäre, diese Jahrgänge eventuell organisatorisch zusammenzufassen und durch Parteikräfte zu erziehen. Man würde immer nur eine Verschwörerbande züchten." [48:87]

Bei den Nazi-Soldaten besonders gefürchtet waren die sowjetischen Scharfschützinnen. In speziellen Scharfschützen-Schulen ausgebildet, harrten sie viele Stunden bewegungslos in wenige Hundert Meter Entfernung von den Nazi-Lagern aus und warteten auf eine gute Gelegenheit. In den Kämpfen bei Odessa und Sewastopol errang beispielsweise die Scharfschützin Ljudmila Pawljutschenko Berühmtheit. Ihr gelang es, mehr als 300 Nazi-Soldaten unschädlich zu machen [15:27]. Ein weiteres Beispiel ist die Scharfschützin Sascha Schljachowa. Ihre Treffsicherheit hatte so manchem Nazi „Kopfzerbrechen" gemacht:



Die Scharfschützin Vera Kuschinowa im Mai 1944

„Unsere Aufklärer schnappten einen deutschen Offizier, der zerbrach sich den Kopf, wieso in seinem Abschnitt so viele Soldaten gefallen waren, alle durch Kopfschuß. ‚Ein gewöhnlicher Schütze', sagt er, ‚trifft nicht so genau. Zeigt mir bitte diesen Scharfschützen, der so viele meiner Soldaten umgelegt hat. Ich hatte Nachschub bekommen, aber jeden Tag fielen bis zu einem Dutzend Soldaten aus." [3:19]

Von den rund 1,1 Mio. Partisanen, die in den von den Nazis besetzten Gebieten kämpften, betrug der Anteil der Frauen 10% [32:316]. Allein bei den Partisanentrupps Belorußlands kämpften rund 60.000 Partisaninnen. Eine von ihnen war beispielsweise die Minsker Partisanin Ossipowa. Im September 1943 plazierte sie eine Zeitbombe unter dem Bett des Henkers von Belorußland, dem Generalkommissar für „Weißruthenien" Kube, und brachte ihn zur Strecke [5:133].

Neben Sabotageakten und Angriffsoperationen verbreiteten sie unter Lebensgefahr kommunistische Propaganda wie beispielsweise die Komsomolzin Lisa Tschaikina, die im November 1941 fünfzehn besetzte Dörfer besuchte, um den Dorfbewohnern vom Inhalt der Rede Stalins zum 24. Jahrestag der Oktoberrevolution zu berichten [15:40].

Bewegend ist auch das Schicksal der 18jährigen Soja Kosmodemjanskaja aus Moskau. Sie schloß sich den Partisaninnen und Partisanen an und erhielt Kampfaufträge in den besetzten Gebieten. Alle nannten sie nur „Partisanen-Tanja". Eines Tages wurde sie von den Nazis bei einer Aktion überrascht, verhaftet und ungeheuerlichen Folterungen ausgesetzt, doch sie verriet keine ihrer Genossinnen und Genossen. Bei ihrer Hinrichtung hielt sie vor den vor dem Galgen zusammengetriebenen Bauern noch einen flammenden Aufruf zur Vernichtung der Nazis:

„Ich habe keine Angst zu sterben, Genossen! ... Kämpft und habt keine Furcht! Mit uns ist Stalin!" [15:40]

Nach ihrer Ermordung erschienen in der „Prawda" vom Januar und Februar 1942 die Aufsätze „Tanja" und „Wer war Tanja?", um vom Mut Tanjas und der weiblichen Partisaninnen zu berichten, der allen ein Beispiel geben sollte.[28:672]



Soja Kosmodemjanskaja vor ihrer Hinrichtung am 29. November 1941

Durch den **zweiten Schlag** im Februar und März wurde die Ukraine rechts des Dnjepr befreit. Ein herausragendes Ereignis war das Erreichen der Staatsgrenze der UdSSR am 26. März 1944 [1:172]:

Der **dritte Schlag** im April und Mai richtete sich gegen die von deutschen und rumänischen Truppen besetzte Krim mit der Befreiung Odessas. Am 12. Mai 1944 endeten die Kampfhandlungen auf der Krim mit dem Sieg der Roten Armee. Von insgesamt 230.000 Nazi-Soldaten und -Offizieren waren 100.000 getötet oder gefangengenommen worden [30:109]. Am 26. März 1944 erreichten sowjetische Einheiten die Staatsgrenze mit Rumänien.

Der **vierte Schlag** im Juni war gegen die finnischen Truppen auf der Karelischen Landenge gerichtet und führte zur Befreiung Kareliens im Juni 1944. Die finnischen Truppen hatten sich an der Blockade Leningrads beteiligt und die finnische Luftwaffe hatte mörderische Einsätze gegen die Stadt geflogen.

Durch den **fünften Schlag** im Juni und Juli wurde Belorußland, Litauen und ein Großteil Polens von der nazifaschistischen Besatzung befreit. Dies war die größte militärische Operation im Jahre 1944. Durch dieses Gebiet führte der kürzeste Weg nach Deutschland und war deshalb für die Nazi-Wehrmacht von großer Bedeutung. Nach Überwindung der von den Nazi-Truppen angelegten Befestigungsanlagen stand die Rote Armee im Juli 1944 an der Staatsgrenze zu „Ostpreußen". Am 3. Juli 1944 war die Hauptstadt der belorussischen SSR Minsk von den deutschen Besatzern befreit [30:109]. 30 Divisionen der Nazi-Wehrmacht konnten eingekesselt werden. Am 17. Juli wurden knapp 60.000 Soldaten und Offiziere der Nazi-Wehrmacht, die in Belorußland gefangengenommen worden waren, durch die Straßen Moskaus in Gefangenenlager abgeführt.

Die polnischen Arbeiterinnen und Arbeiter sowie Bäuerinnen und Bauern begrüßten die Sowjetarmee. Bei der Befreiung Polens starben 600.000 Rotarmisten und rund 10.000 Angehörige der 1. Polnischen Armee [1:183].

Durch den **sechsten Schlag** im Juli und August wurde die Westukraine befreit.

Der **siebte Schlag** im August richtete sich gegen die deutsch-rumänischen Truppen in der Moldauischen SSR. Bei Kischinew gelang der Roten Armee die Einkesselung von 22 Divisionen der Nazi-Wehrmacht. Am 30. August 1944 rückte die Rote Armee in Bukarest ein. Sie hatte dabei Unterstützung durch den am 23. August begonnenen antinazistischen Aufstand in der Hauptstadt und anderen Teilen des Landes, insbesondere auch in den Erdölgebieten, unter Führung der KPR [55:111]. In der „Prawda" vom 22. August 1944 heißt es dazu:

„Der Austritt Rumäniens aus der faschistischen Achse ist nicht nur für das rumänische Volk von Bedeutung. Mit Recht erwähnt die ausländische Presse, daß die gesamte deutsche Verteidigung auf dem Balkan zusammengebrochen ist ... Man darf den Schlag nicht unterschätzen, der dem gesamten System der deutschen Beherrschung auf dem Balkan versetzt wurde. Der Zusammenbruch der deutschen Agentur in Rumänien stellt die anderen Satelliten Deutschlands vor das brennende Problem der Fortsetzung ihrer Beteiligung am Hitler-Krieg." [55:122]

Die faschistische rumänische Regierung Antonescu wurde verhaftet.

„Das Ergebnis dieses Schlages war: a) die Moldauische Sowjetrepublik wurde befreit; b) das mit Deutschland verbündete Rumänien wurde außer Gefecht gesetzt und erklärte Deutschland und Ungarn den Krieg; c) das mit Deutschland verbündete Bulgarien wurde außer Gefecht gesetzt und erklärte ebenfalls Deutschland den Krieg; d) für unsere Truppen wurde der Weg nach Ungarn, dem letzten Bündnisgenossen Deutschlands in Europa, freigelegt; d) es ergab sich die Möglichkeit, dem mit uns verbündeten Jugoslawien im Kampf gegen die deutschen Eindringlinge die helfende Hand zu reichen."
(Stalin, Der 27. Jahrestag der Oktoberrevolution, 6. November 1944, Werke Band 14, S. 358)

Dieser Schlag hatte weitreichende Folgen für den allgemeinen Befreiungskampf vom Nazi-Faschismus. So ermutigte dieser Schlag andere Partisanenbewegungen enorm, etwa die slowakischen Partisaninnen und Partisanen. Am 28. August begannen sie im Nazi-Marionettenstaat Slowakei den massenhaften Aufstand gegen die deutschen Besatzer und ihre einheimischen Kollaborateure. Die Militärorganisation der Aufständischen umfaßte 16.000 Widerstandskämpferinnen und -kämpfer, denen es gelang, ein Gebiet von der Größe Hessens mit 800.000 Einwohnern zu befreien. Nach dreimonatigen Kämpfen jedoch schafften es Nazi-Wehrmacht und SS-Divisionen, den Aufstand niederzuschlagen. In den Bergen konnten sich die Partisaninnen und Partisanen jedoch bis zum Eintreffen der Roten Armee behaupten.

Bei den Kämpfen für die Befreiung Rumäniens starben rund 70.000 Rotarmistinnen und Rotarmisten [43:Ohne Seite]

Durch die Ostseehäfen beherrschte der deutsche Imperialismus das Baltikum. Den **achten Schlag** im September und Oktober erhielt die Nazi-Wehrmacht in diesem Gebiet.

„Das Ergebnis dieses Schlages war: a) die Estnische Sowjetrepublik wurde befreit; b) der größte Teil der Lettischen Sowjetrepublik wurde befreit; c) das mit Deutschland verbündete Finnland wurde außer Gefecht gesetzt und erklärte Deutschland den Krieg; d) mehr als 30 deutsche Divisionen wurden von Preußen abgeschnitten."
(Stalin, Der 27. Jahrestag der Oktoberrevolution, 6. November 1944, Werke Band 14, S. 358)

Den **neunten Schlag** im Oktober führten die sowjetischen Truppen im September 1944 an der Donau in Ungarn, dem letzten Verbündeten Nazi-Deutschlands in Europa, mit dem folgenden Ergebnis:

„a) unsere Truppen erwiesen dem mit uns verbündeten Jugoslawien direkte Hilfe zur Vertreibung der Deutschen und zur Befreiung von Belgrad; b) unsere Truppen erhielten die Möglichkeit, den Karpaten-Kamm zu überschreiten und der mit uns verbündeten Tschechoslowakischen Republik – deren Territorium zum Teil schon von den deutschen Okkupanten befreit ist – die helfende Hand zu reichen."
(Stalin, Der 27. Jahrestag der Oktoberrevolution, 6. November 1944, Werke Band 14, S. 359)

Am 20. Oktober befreiten sowjetisch-jugoslawische Truppen Belgrad [61:755]. 8000 Rotarmistinnen und Rotarmisten wurden im Kampf zur Befreiung Jugoslawiens getötet [33:513]. Bei der Befreiung Ungarns starben 140.000 Rotarmistinnen und Rotarmisten [5:206]. Anläßlich des Einmarsches in Ungarn erließ die Sowjetregierung am 27. Oktober 1944 eine ähnliche Direktive wie zu Rumänien [30:721]. In Kämpfen für die Befreiung der Tschechoslowakei starben rund 140.000 Rotarmistinnen und Rotarmisten [43:Ohne Seite].

Der **zehnte Schlag** traf die Nazi-Wehrmacht im Polargebiet und die Rote Armee befreite Norwegen von der Nazi-Armee.

Durch die zehn Schläge war die Nazi-Koalition in Europa gesprengt, Nazi-Deutschland hatte wichtige strategische Stützpunkte, unterstützende Truppen und Nahrungsmittelquellen verloren. Dennoch hieß es warnend in einem Leitartikel der „Prawda" von 24. Juli 1944:

> **„Der Feind wirft sich hin und her, ihm geht die Luft aus, er kämpft mit letzter Kraft, die Raserei betäubt ihn, aber ein rasender Hund ist auch noch im Verenden gefährlich." [30:722]**

2. Vormarsch der Roten Armee in Osteuropa und Aspekte des proletarischen Internationalismus

Angetrieben vom Ziel der Befreiung und Zerschlagung des Nazi-Faschismus bezahlte die Sowjetmacht ihre internationalistische Verpflichtung der Befreiung der vom Nazifaschismus unterdrückten Völker Osteuropas mit dem hohen Preis Millionen ermordeter Rotarmistinnen und Rotarmisten. Die Verfolgung der bewaffneten Nazi-Kräfte, die sich unter den Schlägen der Roten Armee und der Partisanengruppen mehr und mehr in ihre Höhle zurückzogen, stellte die Sowjetunion vor besondere Anforderungen. Stalin erklärte noch am 1. Mai 1945:

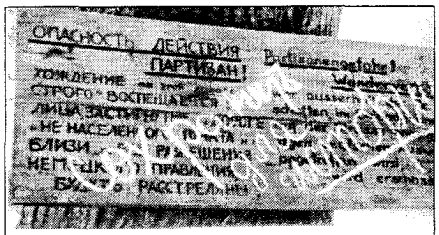
> **„Seid besonders wachsam jetzt, wo ihr euch außerhalb der Grenzen des Heimatlandes befindet! Haltet nach wie vor die Ehre und Würde des Sowjetkriegers hoch!"**
> (Stalin, Befehl des Obersten Befehlshabers vom 1. Mai 1945, Werke Band 14, S.389)

Von der unterdrückten Masse der Werktätigen als Befreierin und Verbündete herbeigesehnt und gefeiert, zogen die herrschenden Klassen der vom Nazi-Faschismus unterjochten Völker alle Register der Geheimdiplomatie mit den westlichen Alliierten, handstreichartiger militärischer Operationen und der antikommunistischen Demagogie und machten gegen die angeblichen „bolschewistischen Expansionsgelüste" und den angeblich drohenden Verlust der nationalen Eigenständigkeit Stimmung. Bereits im November 1941 hatte Stalin die antikommunistische Propaganda der angeblichen „Expansion des Bolschewismus" zurückgewiesen und erklärt:

> **„Wir haben keine Kriegsziele und können keine Kriegsziele haben wie die Eroberung fremder Gebiete und die Unterwerfung fremder Völker, ganz gleich, ob es sich um Völker und Gebiete Europas oder um Völker und Gebiete Asiens, darunter auch Irans, handelt ... Wir haben keine Kriegsziele und können keine Kriegsziele haben wie etwa das Ziel, den slawischen und den anderen unterjochten Völkern Europas, die von uns Hilfe erwarten, unseren Willen und unser Regime aufzuzwingen. Unser Ziel besteht darin, diesen Völkern in ihrem Befreiungskampf gegen die Hitlertyrannei zu helfen und es ihnen dann zu überlassen, sich auf ihrem Boden völlig frei so einzurichten, wie sie das wollen..."**
> (Stalin, Der 24. Jahrestag der Oktoberrevolution..., Werke Band 14, 6. November 1941, S. 257)

Hier konnte nur auf proletarisch-internationalistischer Grundlage, in enger Zusammenarbeit mit den Kommunistischen Parteien der jeweiligen Länder, gemeinsam mit den antinazistischen Massenbewegungen den schwankenden Elementen in der Praxis bewiesen werden, daß es der sozialistischen Sowjetunion um die Befreiung und um die Herstellung wirklich demokratischer Verhältnisse ging.

Diese Anforderungen waren etwas komplizierter bei der Befreiung der profaschistischen Nazi-Satelliten oder – Vasallenstaaten wie Ungarn, Bulgarien oder Rumänien. Das Kriterium für das Verhalten der Sowjetmacht den Völkern dieser Länder gegenüber war das Kriterium der Loslösung von den profaschistischen herrschenden Klassen und die Beteiligung am praktischen antinazistischen bewaffneten Kampf. Je schneller die Bevölkerung dieser Länder sich von ihren herrschenden Klassen abwandte und diese bekämpfte, desto größer war das Vertrauen der antinazistischen Kräfte der Anti-Hitler-Koalition. Das war die Leitlinie, die Stalin am 1. Mai 1944 erläutert hatte:



Die Drohung dämmte den Kampf nicht ein. Handschriftliche Bemerkung auf dem Warnschild der Nazi-Besatzer über „Partisanengefahr": „Für die Geschichte aufbewahren!"

> **„Es ist anzunehmen, daß die Völker dieser Länder die Sache ihrer Befreiung vom deutschen Joche selbst werden in die Hand nehmen müssen. Und je eher die Völker dieser Länder begreifen, in welche Sackgasse sie von den Hitlerfaschisten geführt worden sind, je schneller sie aufhören werden, ihre deutschen Unterdrücker und deren Helfershelfer, die Quislings, in ihrem eigenen Land irgendwie zu unterstützen, um so weniger Opfer und Zerstörungen wird der Krieg diesen Ländern verursachen, um so mehr können sie auf das Vertrauen der demokratischen Länder rechnen."**
> (Stalin, Befehl des Obersten Befehlshabers vom 1. Mai 1944, Werke Band 14, S. 350)

Der Einmarsch in diese Länder stellte die Rote Armee vor neue Aufgaben, denn sie mußte gute Beziehungen mit einer Bevölkerung herstellen, deren Regierungen teilweise weiterhin Krieg gegen die UdSSR führten. Diese verhielt sich wie etwa in Rumänien aufgrund der antikommunistische Hetzte anfangs teilweise sehr zurückhaltend gegenüber der Roten Armee [30:96]. In diesem Zusammenhang gab die Regierung der UdSSR gegen die von der nazifaschistischen Propaganda verbreiteten Verleumdungen am 2. April 1944 folgende Erklärung ab:

> **„Die Sowjetregierung gibt bekannt, daß die angreifenden Truppenteile der Roten Armee in Verfolgung der deutschen Armee und der mit ihr verbündeten rumänischen Truppen an einigen Abschnitten den Prut überschritten und rumänisches Territorium betreten haben. Das Oberkommando der Roten Armee erteilte den angreifenden sowjetischen Truppenteilen den Befehl, den Gegner bis zu seiner Zerschlagung und Kapitulation zu verfolgen. Die Sowjetregierung erklärt dabei, daß sie nicht das Ziel verfolgt, sich irgendeinen Teil des rumänischen Territoriums anzueignen oder die bestehende Gesellschaftsordnung Rumäniens zu ändern, und daß der Einmarsch der sowjetischen Truppen in Rumänien ausschließlich durch militärische Notwendigkeiten und den weiteren Widerstand der gegnerischen Truppen diktiert wird" [30:95]**

Diese und ähnliche Erklärungen waren von großer Bedeutung, um den profaschistischen Regimes dieser Länder den Wind aus den Segeln zu nehmen. Schließlich stärkte die heranrückende Rote Armee den antifaschistischen Kräften der jeweiligen Länder den Rücken, so daß es zu Unterstützungsaktionen einheimischer Partisanengruppen bis hin zu bewaffneten Aufständen gegen die einheimischen Quislinge und die Nazi-Besatzer in Koordination mit der Roten Armee kam, so daß die Rotarmistinnen und Rotarmisten schließlich auch in Bukarest, Budapest und Sofia von großen Teilen der Bevölkerung als Befreier herzlich empfangen wurden.

Ein für die Sowjetmacht sicher noch komplizierterer Fall eines vom Nazi-Faschismus besetzten Landes war Österreich, das 1945 befreit werden sollte. Noch in der Moskauer Erklärung vom November 1943 hatten die Alliierten Mächte erklärt, daß eine zukünftige

Der Doppelcharakter des Warschauer Aufstands von 1944

Ein kompliziertes Problem, das auf die Manöver der reaktionären Elemente innerhalb der Anti-Hitler-Koalition hinweist, war der vor Vollendung des achten Schlages der Roten Armee von der polnischen reaktionären Exilregierung in London ausgelöste und vom englischen Imperialismus dirigierte vorzeitigen Aufstand in Warschau. Der Aufstand, der vom 1. August bis zum 2. Oktober 1944 dauern sollte, bot ihrer Meinung nach die Chance, die Hauptstadt des Landes kurz vor der siegreichen Befreiung durch die Rote Armee militärisch und politisch zu erobern. Damit sollte die Autorität der Sowjetunion geschmälert und vor dem Einmarsch der Roten Armee der Führungsanspruch der von den westlichen Alliierten unterstützten Londoner Exilregierung durchgesetzt werden. Gleichzeitig sollte damit die Sowjetregierung vor vollendete Tatsachen gestellt und gezwungen werden, die Anerkennung des Polnischen Nationalen Befreiungskomitees PKWN zurückzuziehen, so daß die bewaffneten Kräfte der Londoner Exilregierung, die antisemitische und antikommunistische „Heimatarmee", militärisch in Szene gesetzt werden konnte. Der Aufstand war vom britischen Imperialismus inspiriert, wie Churchill in einer Botschaft vom 4. September 1944 zwischen den Zeilen mit den Worten durchblicken ließ, daß die britischen und amerikanischen Regierungen verpflichtet gewesen sei, „den Polen in Warschau zu helfen" [10:440].

Diese Tatsache bestimmte den zweifachen Charakter des Warschauer Aufstands. Er war einerseits ein mutiger, aber auch ungewöhnlich tragischer und opferreicher militärischer Kampf gegen die Nazi-Besatzer, an dem sich die Masse der Warschauer Bevölkerung beteiligte. Auch zahlreiche Angehörige anderer Nationen wurden in den Wirbel der Aufstandskämpfe geworfen: Rotarmistinnen und Rotarmisten, die im Verlauf der Kämpfe aus Gefängnissen und Kriegsgefangenen-Lagern befreit worden waren, griechische Juden, die aus dem KZ auf der Wola befreit worden waren [46:10]. Andererseits war der vorzeitig ausgelöste Aufstand – es sollte noch vier Monate dauern, bis die Rote Armee schließlich Warschau befreien konnte – politisch eine bewaffnete Demonstration reaktionärer, antikommunistischer Machtbestrebungen. In diesem Sinne erklärte der Vorsitzende der KP Polens wenige Monate nach dem Aufstand:

> **„Nicht der Kampf um Polen und die Freiheit des Volkes veranlaßten die Führung der Landesarmee (gemeint ist : die Heimatarmee, A.d.V.), den Aufstand zu beginnen. Die Berge von Leichen der heldenhaften Verteidiger Warschaus sah die Reaktion nur als Mittel zur Macht an ... Indem sie den bewaffneten Aufstand ohne Abstimmung mit dem Oberkommando der Roten Armee und den anderen militärischen Organisationen in Warschau begann, verübte die Führung der Landesarmee um des niedrigen und egoistischen Strebens zur Macht willen ein unerhörtes Verbrechen am polnischen Volk, wobei gewaltige Opfer und Leiden der gesamten Hauptstadt leichtfertig riskiert wurden. Dieses Verbrechen reißt der Reaktion die Maske vom Gesicht. " [30:204]**

Der Aufstand in Warschau wurde niedergeschlagen. 18.000 Soldaten und Offiziere der Widerstandsorganisationen wurden ermordet. Die Zivilbevölkerung verlor etwa 200.000 Menschen [32:395]. Vom 13. September bis 1. Oktober 1944 flog die Rote Armee 4821 Einsätze zur Unterstützung der Aufständischen in Warschau. Darunter waren 2435 Einsätze zum Abwurf von Waffen, Munition, Funkgeräten und Lebensmitteln, 1361 Starts zur Bombardierung der Positionen der Nazis [10:446]. Bei den Operationen zur Unterstützung der Aufständischen in Warschau starben 7750 Soldaten und Offiziere der Roten Armee, 24.100 wurden verwundet [10:448]. Mehrere Hunderttausend Polinnen und Polen wurden nach Niederschlagung des Warschauer Aufstands zur Zwangsarbeit nach Deutschland verschleppt.

Besetzung Österreichs davon abhängen sollte, wie groß der Beitrag der österreichischen Bevölkerung im bewaffneten antifaschistischen Kampf zu ihrer eigenen Befreiung sein würde:

„Österreich wird jedoch darauf aufmerksam gemacht, daß es unweigerlich die Verantwortung für die Teilnahme am Krieg auf seiten Hitler-Deutschlands zu tragen hat und daß bei einer endgültigen Regelung unbedingt ins Gewicht fallen wird, wieviel es selbst zu seiner eigenen Befreiung beigetragen hat." [67:4]

Das Kriterium war auch hier die tatkräftige massenhafte praktische Unterstützung im bewaffneten Befreiungskampf. Ansonsten – das war völlig klar – würde eine Besatzung notwendig sein, da keine antifaschistische Massenbewegung vorhanden war, die selbständig und aus eigener Kraft den Kampf gegen den Nazifaschismus und die einheimischen Helfershelfer aufnehmen und die Unterdrückung der reaktionären, pronazistischen Kräfte durchsetzen konnte. Abgesehen vom bewaffneten Partisanenkampf in den an Jugoslawien grenzenden Gebieten mit slowenischer Bevölkerung gab es in in Österreich tatsächlich keine massenhafte Widerstands- und Partisanenbewegung. Doch die Rote Armee wurde bei der Befreiung Wiens von Antifaschistinnen und Antifaschisten unterstützt und es beteiligten sich - wenn auch nur in geringem Umfang - Teile der Werktätigen an der Befreiung. Kurz vor der Befreiung Wiens 1945 durch die Rote Armee erklärte die Sowjetregierung die Begründung für die Besetzung Österreichs und die Ziele der Besetzung:

„Die Sowjetregierung hat nicht das Ziel, sich irgendeinen Teil des österreichischen Territoriums anzueignen oder die gesellschaftliche Ordnung Österreichs zu ändern. Die Sowjetregierung steht auf dem Boden der Moskauer Deklaration der verbündeten Mächte über die Unabhängigkeit Österreichs ... Sie wird die Liquidierung des Regimes der deutsch-faschistischen Okkupanten und die Wiederherstellung demokratischer Zustände und Einrichtungen in Österreich unterstützen." [67:5]

V. Die Zerschlagung der nazifaschistischen Machtzentren im Kampf um Berlin: „Ein rasender Hund ist auch noch im Verenden gefährlich!"

1. Vormarsch nach Deutschland

Bis Anfang des Jahres 1945 war es der Roten Armee zusammen mit jugoslawischen, tschechoslowakischen, bulgarischen und rumänischen Divisionen und mit Unterstützung der Partisaninnen und Partisanen gelungen, innerhalb kurzer Frist Polen, Ungarn, einen großen Teil der Tschechoslowakei, einen bedeutenden Teil Österreichs zu befreien. Anderthalb Monate tobten in den Straßen der ungarischen Hauptstadt erbitterte Kämpfe und am 13. Februar 1945 wurde Budapest von der Roten Armee befreit. Die neu gebildete ungarische Regierung schloß mit der Sowjetunion einen Waffenstillstand [56:227].

Unter den Schlägen der Roten Armee und der Partisaninnen und Partisanen zogen sich Nazi-Mörder, das Nazi-Besatzungspersonal und seine Kollaborateure Richtung Westen zurück. Nach und nach waren bereits die Nazi-KZs geräumt und ab Ende 1943 die Nazi-Vernichtungslager in Polen liquidiert worden, um sämtliche Spuren des millionenfachen Mordens zu verwischen. Die Leichen in den Massengräbern der KZs wurden ausgegraben und verbrannt, die Krematorien der Vernichtungslager gesprengt. Mitte 1944 war „nur" noch ein Nazi-Vernichtungslager voll in Betrieb: Auschwitz-Birkenau. Rund 440.000 jüdische Ungarinnen und Ungarn fanden dort noch von Mai bis Oktober den Tod. Gemäß dem Himmler-Befehl „Kein Häftling darf dem Feind lebend in die Hände fallen!" wurden Hunderttausende Häftlinge noch vor Ort erschossen und insbesondere ab Anfang 1945, bei eisiger Kälte und ohne Nahrung auf mörderische „Todesmärsche" geschickt, durch Orte und Städte Richtung Westen getrieben.

Am 27. Januar 1945 befreiten die Rotarmistinnen und Rotarmisten 7.000 überlebende Häftlinge in Auschwitz-Birkenau [50:37]. Die Rotarmistinnen und Rotarmisten hatten 4 Jahre lang im blutigsten und grausamsten Krieg der Weltgeschichte die Nazi-Mörder bekämpft, waren durch von den Nazis völlig niedergebrannte und zerstörte Gebiete gezogen und hatten die Grausamkeiten und Bestialitäten der Nazi-Henker mit eigenen Augen gesehen. Doch dieser grauenhafte Anblick überbot alles: von den 35 Magazinen hatte das Nazi-Wachpersonal noch 29 verbrennen können. In den verbleibenden sechs Depots fanden die sowjetischen Befreier rund 370.000 Herrenschuhe, 840.000 Damenmäntel- und Kleider, 7 Tonnen Menschenhaare [20:1051]. Marschall Tschuikow beschreibt das Entsetzen bei Ankunft im Vernichtungslager Majdanek-Lublin, das von den Nazis im Juli 1944 in großer Hast geräumt worden war, eindrücklich:

„Ein Todeslager. Nein, kein Lager! Eine Todesfabrik! Gebaut nach den letzten technischen Erkenntnissen - zur Vernichtung von Menschen ... Millionen Menschen in Öfen verbrannt. Millionen! Frauen, Männer, Kinder, Greise ... Keiner war verschont worden! Lebend an Fleischerhaken aufgehängt, mit Knüppeln erschlagen, mit Gas vergiftet..." [1:193]

Das von den deutschen Nazi-Besatzern verübte Grauen, das hunderttausendfache, ja millionenfache Morden rief bei nicht wenigen Rotarmistinnen und Rotarmisten nicht nur Haß, sondern auch allzu verständliche Gefühle von Rache hervor. Tschuikow beschreibt die Aufgaben:

„Was konnte die deutsche Nation nach solchen Untaten vor der Vernichtung durch die aufgebrachten Sieger retten? Welche Kraft war in der Lage, dem sowjetischen Kämpfer in den Arm zu fallen, wenn er deutschen Boden betrat? Bereits am 19. Juli 1944 hatte die politische Hauptverwaltung der Roten Armee den Kriegsräten, Kommandeuren und Politoffizieren befohlen, sich in ihrer Arbeit der neuen Lage anzupassen ... Die Aufgabe war für die Kommandeure der Armee, vor allem für die Politoffiziere keinesfalls leicht. Hier war wirkliche politische Arbeit zu leisten, hier mußte man eindringlich, beharrlich erklären. Aber wie? Wie soll man das einem Kämpfer erklären, der selbst seine Familie verloren hat, dessen Eltern oder Geschwister vielleicht in solchen Öfen verbrannt worden sind? Und solche gab es viele in der Armee. Wir befürchteten zuerst, daß künftig keine deutschen Soldaten mehr gefangengenommen würden." [1:193 f.]

„Die Rolle und Aufgaben des Kampfes der Sowjetunion, den Unterschied zwischen einer Armee aus bewußten, für ihre Befreiung und für ihre sozialistischen Errungenschaften kämpfenden Rotarmistinnen und Rotarmisten und einer chauvinistisch und rassistisch verhetzten mörderischen Raub- und Besatzungsarmee „beharrlich erkläre", das war die einzige Möglichkeit zur Bewußtmachung. Die Leitlinie hatte Stalin bereits 1942 formuliert:

„Gewiß ist die Rote Armee vor die Notwendigkeit gestellt, die faschistischen deutschen Okkupanten zu vernichten, da sie unsere Heimat unterjochen wollen, oder wenn sie – eingekesselt von unseren Truppen – sich weigern, die Waffen zu strecken und sich gefangenzugeben. Die Rote Armee vernichtet sie, nicht weil sie deutscher Abstammung sind, sondern weil sie unsere Heimat unterjochen wollen."
(Stalin, Befehl des Volkskommissariates für Verteidigung vom 23. Februar 1942, Werke Band 14, S.267)

In einem Appell machte die Sowjetregierung klar:

„Das ist unser Gesetz: Die Soldaten der Roten Armee werden nie die faschistischen Menschenfresser nachahmen und die Würde eines Sowjetbürgers erniedrigen. Sie werden sich so benehmen, daß die Welt noch schneller erfahren wird vom Ruhm der Roten Armee als Befreiungsarmee, als Armee des mächtigen Sowjetvolkes." [58:10]

Tschuikow beschreibt das Beispiel des Rotarmisten Juchim Remenjuk, der einen deutschen Nazi-Soldaten lebend gefangennahm. Juchim hatte oft gesagt, daß er nach der Zerschlagung des Nazifaschismus und der Beendigung des Kriegs seine Kampfgefährtinnen und -gefährten zu sich nach Hause einladen würde:

„Dann werdet ihr meine Frau Jarinka und meine Tochter Oxana und meine alten Eltern kennenlernen"... Und tatsächlich, sein Truppenteil kam in seine Gegend, seine Kompanie befreite sogar sein Dorf. Juchim stürmte allen voran zu seinem Hof. Doch kein Hof, keine Hütte, nur Ruinen, auch der Garten niedergebrannt. Ein alter Apfelbaum stand noch, an ihm hing sein Vater, daneben lag, erschlagen, die Mutter. Jarinka und Oxana waren von den Faschisten verschleppt worden; das erfuhr er von der Nachbarin, die sich im Keller hatte verstecken können ... Juchim war aber von diesem Tag an wie verwandelt. Er ging finster umher und konnte das Wort „Deutscher" nicht mehr hören. – Und nun hatte er den Gefangenen gebracht, lebend." [1:194 f.]

Zur Vorbereitung der Vernichtung Nazi-Deutschlands bombardierte die alliierte Luftwaffe am 13./14. Februar 1945 Dresden und kurz darauf, am 18. und 26. Februar 1945, Berlin. Nach Überquerung der Oder 1945 stand die Rote Armee 60 km vor Berlin:

„Die Hitlerleute pflegten sich damit zu brüsten, daß seit mehr als hundert Jahren kein einziger feindlicher Soldat auf deutschem Boden gestanden und daß die deutsche Armee nur auf fremdem Boden gekämpft habe und kämpfen werde. Jetzt ist dieser deutschen Prahlerei ein Ende gemacht."
(Stalin, Befehl des Obersten Befehlshabers vom 23. Februar 1945, Werke Band 14, S.378)

2. Bis zuletzt kein antinazistischer Aufstand der werktätigen Bevölkerung in Deutschland

Der Kampf um Berlin war nicht ohne Grund einer der schwierigsten und erbittertsten Kämpfe, die die Rote Armee führen mußte. Die Rotarmistinnen und Rotarmisten hatten einen vierjährigen Krieg hinter sich, hatten viele Länder Ost- und Südeuropas von den Nazi-Henkern befreit, die Befreiung in Koordination mit den Partisaninnen und Partisanen durchgeführt und waren in all diesen von den Nazis unterjochten Ländern von den werktätigen Massen begeistert als Befreier empfangen worden – selbst in den Ländern, die noch bis vor kurzem Verbündete Nazi-Deutschlands gewesen waren wie Rumänien und Bulgarien. In Sofia, der Hauptstadt des ehemalig verbündeten Bulgariens, marschierten Rotarmistinnen und Rotarmisten gemeinsam mit bulgarischen Partisanenverbänden ein und wurden von den Massen am Straßenrand mit Jubel und Freude begrüßt.

Um es zu verdeutlichen, sei an dieser Stelle noch einmal das Beispiel Österreich erwähnt: Auch dort gab es keine massenhafte Widerstands- und Partisanenbewegung, doch Antinazistinnen und Antinazisten unterstützten die Rote Armee bei der Befreiung Wiens und es beteiligten sich Teile der Werktätigen - wenn auch nur in geringem Umfang- an der Befreiung. Auf Initiative der damals noch revolutionären KPÖ wurden kleine Partisanengruppen und bewaffnete Abteilungen gebildet, die Munitionszüge sprengten und Sabotageaktionen in Industrie und Transport organisierten. Anfang 1945 verstärkten sie ihre Aktivitäten besonders in Kärnten, wo sie Verbindungen zu slowenischen Partisaninnen und Partisanen herstellten. Als sich die Rote Armee Österreich näherte, entstand unter österreichischen Antifaschistinnen und Antifaschisten die Idee, zur Unterstützung in Wien einen Aufstand auszulösen. Dieser Plan flog jedoch auf und konnte nicht verwirklicht werden. Die österreichische Widerstandsbewegung war zwar keine Massenbewegung und konnte die Rote Armee bei der Befreiung nur in ganz geringem Umfang aktiv unterstützen. Jedoch leistete sie Unterstützung, z.B. indem sie der Roten Armee bei der Befreiung Wiens den Plan der Nazis zur „Verteidigung Wiens" zukommen ließ und somit die Befreiung beschleunigen half [31:247].

Anders in Deutschland: Hier war es den zahlenmäßig äußerst schwachen Antinazistinnen und Antinazisten, allen voran den Genossinnen und Genossen der KPD, bis zuletzt nicht gelungen, auch nur einen ansatzweisen massenhaften Widerstand zu organisieren oder mit eigenen Aktionen die Rote Armee wirkungsvoll zu unterstützen.

Wirkliche Gefahr sahen die Nazi-Machthaber nicht in der werktätigen deutschen Bevölkerung, die ihnen bis zuletzt Gefolgschaft gewährte, sondern vielmehr in den verschleppten Zwangsarbeitern und Kriegsgefangenen. Auf einer Tagung der Nazi-Führungsoffiziere Ende 1944 wurde der Zweck des neu geschaffenen „Volkssturms" folgendermaßen erläutert:

„Der Volkssturm ist hauptsächlich zur Sicherung des Heimatgebiets gegen etwaige Revolten der ausländischen Arbeiter und Kriegsgefangenen aufgestellt worden. Es wird eine ziemlich bedeutende Propaganda und Agitation unter den Ostarbeitern festgestellt. In Deutschland befinden sich rund 7.000.000 Ausländer und 7.000.000 Kriegsgefangene. Durch Volkssturm dichtes Netz geschaffen zur Niederhaltung etwaiger Unruhen. Fronteinsatz erfolgt nur im Notfall." [23:42]

Die Rote Armee, die nun auf deutschem Boden für die Zerschlagung des Nazifaschismus kämpfte, betrat ausgesprochenes Feindesland.

Vor den Kämpfen um Berlin machte Stalin den Rotarmistinnen und Rotarmisten noch einmal bewußt, daß dies keinesfalls ein leichter Kampf werden würde, nicht zu vergleichen mit irgend einem anderen europäischen Land, das bisher von der Roten Armee befreit worden war. Denn nun hatten sie es nicht nur – wie im Falle von Ungarn oder Rumänien – mit einer pro-nazifaschistischen Regierung zu tun, sondern mit einer zu übergroßen Teilen auch pro-nazifaschistischen Bevölkerung, die sich durch chauvinistische, durch rassistische, durch antisemitische und antikommunistische Verhetzung, durch Untertanengeist und nicht zuletzt durch Angst davor, für die Mitschuld an den nazifaschistischen Verbrechen zur Rechenschaft gezogen zu werden, gegen ihre Befreiung wehrte:

„Der volle Sieg über die Deutschen ist nun schon nahe. Aber der Sieg kommt nie von selbst – er wird in schweren Kämpfen und in beharrlicher Arbeit errungen. Der dem Untergang geweihte Feind wirft seine letzten Kräfte in den Kampf und setzt sich verzweifelt zur Wehr, um der strengen Sühne zu entgehen. Er greift jetzt zu den äußersten und gemeinsten Kampfmitteln und wird das auch weiterhin tun. Es gilt daher, daran zu denken: Je näher unser Sieg, desto größer muß unsere Wachsamkeit, desto stärker müssen unsere Schläge gegen den Feind sein."
(Stalin, Befehl des Obersten Befehlshabers vom 23. Februar 1945, Werke Band 14, S.379)

Noch 1941 hatte man innerhalb der kommunistischen Weltbewegung – das Ausmaß der chauvinistischen und rassistischen Verhetzung unterschätzend – Hoffnungen auf einen Aufstand der Arbeiterinnen und Arbeiter in Deutschland zum Sturz des Nazi-Regimes gesetzt. Auch Stalin äußerte diese Hoffnung noch in verschiedenen Reden des Jahres 1941:

„In diesem Krieg werden wir treue Verbündete an den Völkern Europas und Amerikas haben, darunter auch am deutschen Volk, das von den faschistischen Machthabern versklavt ist."
(Stalin, Rundfunkansprache am 3. Juli 1941, Werke Band 14, S. 241)

„Nur die hitlerischen Narren können nicht begreifen, daß nicht nur das europäische Hinterland, sondern auch das deutsche Hinterland der deutschen Truppen einen Vulkan darstellt, bereit auszubrechen und die hitlerschen Abenteuer zu begraben."
(Stalin, Der 24. Jahrestag der Oktoberrevolution, 6. November 1941, Werke Band 14, S. 256)



Die Masse der werktätigen Bevölkerung der von den Nazis unterdrückten Völker Osteuropas unterstützt und begrüßt die Befreiung durch die Rote Armee:
Sofia im Oktober 1944 (oben)
Bukarest im August 1944 (links)

Doch ein Jahr nach dem Überfall auf die Sowjetunion war endgültig klar, daß sich diese Hoffnung nicht bewahrheiten sollte. Die Mehrheit der deutschen Bevölkerung stand fest geschlossen hinter der Nazi-Führung und dachte nicht daran, sich mit den vom Nazifaschismus geknechteten Völkern zu solidarisieren. Die Befreiung von der nazifaschistischen Diktatur würde von außen erfolgen müssen, durch die Armeen der Anti-Hitler-Koalition, unterstützt von den Partisaninnen und Partisanen. Solidarische Unterstützung war von Seiten der deutschen Bevölkerung nicht zu erwarten. Am „erfolgversprechendsten" war das Argument der absehbaren Niederlage des Nazi-Regimes, wie Stalin im Mai 1942 formulierte:

„Im deutschen Volk reift immer mehr die Erkenntnis heran, daß die Niederlage Deutschlands unvermeidlich ist. Für das deutsche Volk wird immer klarer, daß der einzige Ausweg aus der geschaffenen Lage darin besteht, Deutschland von der Abenteurerclique Hitler-Göring zu befreien."
(Stalin, Befehl des Volkskommissars für Verteidigung vom 1. Mai 1942, Werke Band 14, S. 272)

3. Der Kampf um Berlin

Zwar war Nazi-Deutschland schon tödlich verwundet, aber bis zum Schluß gefährlich und hinterhältig. Berlin war die bestbefestigste Stadt mit weitverzweigten unterirdischen Befestigungsanlagen in einem Gebiet von 900 km² [1:208]. Im Vorgelände Berlins betrug die durchschnittliche Minendichte 2.000 Minen pro km [58:5]. Das Rückgrat der Nazi-Kampfführung sollten drei tief gestaffelte Stellungssysteme an Oder und Neiße sowie drei Festungsgürtel um Berlin sein. Die Schanzarbeiten führte die Berliner Zivilbevölkerung durch. Während des gesamten Kriegs mußte die Rote Armee keine so stark befestigte Großstadt wie Berlin einnehmen [50:17].

Die Nazi-Wehrmacht setzte in Berlin 214 Divisionen und 14 Brigaden ein. Insgesamt zählten die Nazi-Truppen rund 1 Mio. Soldaten und Offiziere, 10.400 Geschütze, 1500 Panzer und 3.300 Kampfflugzeuge. Als „letztes Aufgebot" ließ der deutsche Imperialismus sog. „Volkssturmbataillone" noch verbliebener Männer im Alter von 16 bis 60 Jahren aufstellen. In Berlin selbst befanden sich noch 200.000 Angehörige des „Volkssturms" der sog. „Berliner Garnison" mit 330 Geschützen und ca. 3000 Flugzeugen [54:632], während gegen die US- und englischen Truppen im Westen nur 60 Divisionen eingesetzt wurden [1:204]. Außer 200 Volkssturmbataillonen befanden sich in Berlin rund 32.000 Polizisten [31:318]. Berlin sollte zum Bollwerk „gegen den Bolschewismus" werden. Hitler erklärte:

„Der Bolschewik ... muß und wird vor der Hauptstadt des Deutschen Reiches verbluten." [33:668]

Noch im April 1945 versuchte Nazi-Deutschland in Geheimverhandlungen einen Separatfrieden mit dem US- und dem englischen Imperialismus abzuschließen. Es wurde befohlen, die US-Truppen rasch nach Berlin durchzulassen, teilweise ergaben sich Städte kampflos [50:55]. Die Nazi-Führung forderte, daß

„...gegen die Russen mit aller Hartnäckigkeit gekämpft werden muß, damit die Amerikaner noch vor den Russen in Berlin einrücken."[15:283]

Berlin hatte 4,3 Mio. Einwohner und war rund 500 km² groß. In einem Häusermeer gab es rund 1, 5 Mio. Wohnungen. Gleichzeitig war Berlin auch das Machtzentrum des deutschen Imperialismus mit sämtlichen staatlichen Schaltstellen des Nazifaschismus. Das Oberkommando der Nazi-Wehrmacht hatte seine Dienstgebäude in Berlin. Auch das Nazi-Propagandaministerium saß wie die übrigen Ministerien in Berlin [50:10]. Außerdem war es die größte Industriestadt Deutschlands. AEG, Siemens, Borsig usw. hatten dort große Produktionsstätten [50:8].

Mit Unterstützung der Bevölkerung wurden in den Straßen Barrikaden, Panzersperren, Minenfelder, Drahtverhaue und sonstige Hindernisse gegen die Rote Armee errichtet und betonierte Bunker gebaut. Ab 12. März 1945 wurden in allen Berliner Stadtteilen „Schießübungen mit Panzerfäusten" für den „Volkssturm" durchgeführt [50:48].

Von Januar bis März 1945 waren 300.000 Jugendliche bis zum Jahrgang 1929 in die Nazi-Wehrmacht einberufen worden [23:42]. Viele Männer, selbst 10-14jährige Jungen sowie Frauen und Mädchen meldeten sich freiwillig zum „Fronteinsatz" [50:18]. Am 2. April 1945 wurden die Einwohner zur Unterstützung der Heckenschützen-Wehrwölfe aufgefordert [50:58]. Viele Einwohner ließen die Nazi-Soldaten ihre Wohnungen als Verteidigungsstand benutzen [58:22]. Am 22. April 1945 wurden nicht-politische Häftlinge freigelassen und für die Nazi-Wehrmacht rekrutiert.

Die Rotarmistinnen und Rotarmisten mußten sich Viertel um Viertel, Haus um Haus, Stockwerk um Stockwerk gegen den nicht nachlassenden Widerstand der Nazi-Wehrmacht, der SS, des „Volkssturms", der „Wehrwölfe", der HJ und gegen eine nazifaschistisch verhetzte Bevölkerung, die die bewaffneten Nazi-Kräfte in großen Teilen direkt oder indirekt unterstützte, mit riesigen Verlusten vorkämpfen.

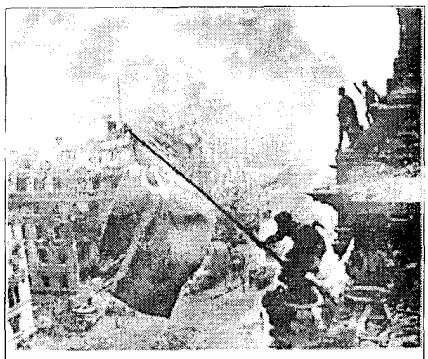
Die am 23. April 1945 an die Nazi-Wehrmacht gerichtete Aufforderung zur Einstellung des Widerstands wurde abgelehnt. Vor Beginn der Kämpfe um das Stadtzentrum Berlins führte die Rote Armee am 25. und 26. April zwei Luftangriffe auf Berlin durch [31:325].

Am Morgen des 1. Mai 1945 hißten die Rotarmisten Jegorow und Kantarja auf dem Reichstagsgebäude die Rote Fahne [1:213]. Am 2. Mai 1945 streckten die Reste der Nazi-Wehrmacht, der SS, des „Volkssturms" und der HJ die Waffen. 134.000 Soldaten und Offiziere gerieten in Kriegsgefangenschaft [50:23]. Am 8. Mai 1945 kapitulierte Nazi-Deutschland schließlich.

Die Berliner Angriffsoperation war die größte und erbittertste des Zweiten Weltkriegs [54:S S. 629]. In den Kämpfen an der Oder und beim Sturm auf die Seelower Höhen, wo die Nazis einen Abwehrriegel errichtet hatten, fielen 33.000 Rotarmisten [51:42]. Über 102.000 Rotarmisten starben in den letzten Kriegstagen vom 16. April bis zum 8.Mai 1945. Bei den Kämpfen um Berlin hatte die Rote Armee insgesamt rund 300.000 Tote und Verwundete zu beklagen [1:214]. 2,5 Millionen sowjetische Rotarmistinnen und Rotarmisten, darunter 723.000 Mitglieder der KPdSU(B) [33:669] sowie rund 200.000 polnische Soldaten [50:21] nahmen an den Kämpfen zur Befreiung Berlins mit rund 40.000 Geschützen, 6000 Panzern und 7500 Kampfflugzeugen teil [1:210]. Der sowjetische General Schukow stellte dazu fest:

„Als Teilnehmer an der Operation Berlin muß ich sagen, daß sie zu den schwierigsten des Zweiten Weltkriegs gehörte. Die gegnerische Gruppierung – insgesamt rund 1 Mio. Mann –, die sich in der strategischen Richtung Berlin verteidigte, kämpfte erbittert, besonders an den Seelower Höhen, an den Zugängen von Berlin und in der Stadt selbst. Bei dieser abschließenden Operation hatten die sowjetischen Truppen schwere Verluste, ungefähr 300.000 Gefallene und Verwundete." [53:374]

☆☆☆



1. Mai 1945: Die Rotarmisten Jegorow und Kantarja hissen auf dem Reichstagsgebäude in Berlin die Rote Fahne

Nach der Kapitulation am 8. Mai waren die Kämpfe gegen das nazifaschistische Deutschland noch nicht vollständig beendet. Durch den Vormarsch der alliierten Armeen im Westen und der Roten Armee ins Innere Deutschlands und Österreichs, hatte sich ein großer Kessel Hunderttausender Nazi-Soldaten und -Offiziere in die Tschechoslowakei zurückgezogen. Anfang Mai 1945 begann dort ein bewaffneter Aufstand gegen die deutschen Nazi-Besatzer. In Prag waren immer noch 40.000 Nazi-Soldaten und -Offiziere stationiert. Nazi-Generalfeldmarschall Schörner weigerte sich, vor der Roten Armee zu kapitulieren, da er seine rund eine Million Nazi-Soldaten und -Offiziere in Gefangenschaft der Westmächte übergeben wollte. Die nazifaschistische Diplomatie war hektisch bemüht, zusammen mit den Repräsentanten der kollaborierenden einheimischen Bourgeoisie den Einmarsch der Roten Armee auf tschechisches Gebiet um jeden Preis zu verhindern, um es den westlichen Armeen zu überlassen und die Errichtung einer volksdemokratisch orientierten Regierung zu verhindern.

In der Nacht vom 5. auf den 6. Mai errichteten Zehntausende Prager Einwohnerinnen und Einwohner in der Stadt Barrikaden, die von rund 30.000 Menschen verteidigt wurden. Im Aufruf der KP der Tschechoslowakei 6. Mai 1945 an die Kommunistinnen und Kommunisten vom heißt es:

„Beweist, daß ihr im offenen Kampf gegen den Feind ebenso begeistert und zäh, mutig und erfinderisch seid wie in dem sechsjährigen harten Kampf mit den Gestaposcheusalen. Seid überall die Besten, und tragt Eure Fahne, die mit dem Blut Tausender Genossen getränkt ist, ruhmvoll bis ans Ziel. Die eiserne Disziplin der bolschewistischen Partei und die Begeisterung der brüderlichen Roten Armee sind uns strahlende Vorbilder." [31:365]

Am 7. Mai 1945 befreiten Truppen der Roten Armee rund 30.500 Insassen des KZs Theresienstadt. Erst am 10. Mai gaben die Nazi-Truppen auf [31:405]. Rund 1,5 Mio. Soldaten und Offiziere sowie 101 Generale nahm die Rote Armee vom 9. bis zum 17. Mai gefangen [31:406]. Die Prager Angriffsoperation war die letzte militärische Operation gegen das nazifaschistische Deutschland. In den Kämpfen in der Tschechoslowakei starben über 100.000 Rotarmisten [31:380].

VI. Zusammenfassung

1. Bilanz des nazistischen Raub- und Vernichtungskriegs gegen die sozialistische Sowjetunion

Im Zweiten Weltkrieg wurden rund 27.650.000 sowjetische Menschen ermordet [10:126], davon allein im ersten Kriegsjahr 1941 insgesamt 8,7 Mio. Menschen [10:531]. Bei einer Gesamtbevölkerung von 160 Mio bedeutete dies, daß jeder siebte Einwohner des Landes ermordet wurde. Zwei Drittel der Ermordeten waren Zivilisten. In Belorußland kam jeder vierte, in Leningrad, bei Smolensk und Pskow jeder dritte Einwohner ums Leben [10:495]. Von der jüdischen Bevölkerung der Sowjetunion wurden über 2,5 Mio. Menschen ermordet [39:164]. Rund 11 Mio. Rotarmistinnen und Rotarmisten wurden getötet oder starben an ihren Verletzungen, darunter 3,3 Mio. als Kriegsgefangene [39:161]. Die Verluste unter den sowjetischen Partisaninnen und Partisanen waren sehr hoch. Zudem hatten Verletzungen bei ihnen wegen der schlechten medizinischen Ausrüstung oft einen tödlichen Ausgang [39:163].

In den besetzten Gebieten führte der deutsche Imperialismus seine „Neuordnung" ein: hemmungsloser Raub, Menschenvernichtung, Kolonisierung des Landes und Versklavung der verbleibenden Bevölkerung. Vor dem Überfall waren die von Nazi-Deutschland besetzten und zerstörten Gebiete Regionen, in denen 45% der Gesamtbevölkerung der UdSSR lebte, 33% der Gesamtbruttoproduktion der Sowjetunion produziert wurde, sich 47% der Gesamtanbaufläche, 45% des Viehs und 55% der Eisenbahnlinien befand [65:133].

Bereits am 2. November 1942 wurde in Moskau eine Außerordentliche Staatliche Kommission zur Feststellung und Untersuchung der Verbrechen der Nazi-Besatzer und ihrer Helfershelfer und der durch sie verursachten Verluste geschaffen. In dieser Kommission trafen Unterlagen aus den Gebieten ein, die nach und nach von den Nazi-Besatzern befreit worden waren. Dieses Material faßte Rudenko, der 1946 als Hauptankläger der Sowjetunion im Nürnberger Prozeß auftrat, zusammen. Aus diesen Dokumenten geht hervor, daß in der Sowjetunion 1710 Städte, über 70.000 Dörfer und 6 Mio. Häuser ganz oder teilweise zerstört wurden, 25 Mio. Sowjetbürger obdachlos wurden.

An materiellen Schäden sind folgende Zerstörungen dokumentiert: 31.850 Fabriken, 1876 Sowjetgüter, 2890 Maschinen-Traktoren-Stationen, 98.000 Kolchosen, 216.700 Läden, Kantinen, Restaurants, 4100 Eisenbahnstationen, 36.000 Post-/Telefonämter und Radiostationen, 6000 Krankenhäuser, 33.000 Kliniken und Ambulanzen, 82.000 Grund- und Mittelschulen, 334 Universitäten, 43.000 Bibliotheken. Auf dem Land sind u.a. folgende Zahlen zur Ausplünderung und Vernichtung dokumentiert: 7 von ursprünglich 11,6 Mio. Pferden, 17 von ursprünglich 31 Mio. Rindern, 20 von ursprünglich 23,6 Mio. Schweinen, 137.000 Traktoren, 49.000 Mähdrescher, 285.000 Ställe von Kollektivwirtschaften [65:135]. Im Transportwesen zerstörten oder beschädigten die Nazifaschisten 65.000 von insgesamt 122.000 Bahnkilometern, 15.800 Lokomotiven sowie 428.000 Waggons. Von 26.000 Eisenbahnbrücken wurden 13.000 zerstört. Ein Großteil der Telephonleitungen wurden vernichtet. Von 2.567.000 Wohnhäusern wurden 1.209.000 zerstört [65:136].

Der materielle Schaden, den die Sowjetmacht erlitt, belief sich zusammen mit den notwendigen Rüstungsausgaben und den Einbußen an Einnahmen aus Industrie und Landwirtschaft auf 2 Billionen 569 Milliarden Rubel [7:36].

Unter den millionenfachen Todesopfern der eigenen Bevölkerung befanden sich gerade auch die besten Genossinnen und Genossen, die von den Nazifaschisten ermordet wurden.

Vor dem Überfall hatte die KPdSU(B) 3,9 Mio. Mitglieder und Kandidaten [30:198]. Bis Ende 1941 schickte die KPdSU(B) rund 1,3 Mio Parteimitglieder in die Rote Armee. Während der Kriegsjahre wuchs die Autorität der KPdSU(B) zunehmend, was sich in Millionen Aufnahmeanträgen neuer Mitglieder widerspiegelte. 1942 traten 1.368.000 und im Jahr darauf sogar 1.787.000 neue Genossinnen und Genossen der KPdSU(B) bei [29:692], so daß neue Mitglieder der KPdSU(B) 1944 fast zwei Drittel der Gesamtpartei ausmachten [30:709]. Insgesamt starben im Kampf gegen Nazi-Deutschland über 3 Mio. Genossinnen und Genossen der KPdSU(B) [32:447].

2. Faktoren für den Sieg der Diktatur des Proletariats unter Führung Stalins

Die sozialistische Sowjetunion unter Führung der KPdSU(B) errang den Sieg über den Nazifaschismus. Wesentlich für diesen Sieg war ohne Zweifel die moralische Überlegenheit der antifaschistischen Kräfte, die den nazistischen Besatzern und Mördern gerade fehlte:

„Über welche „Moral" konnte schon die Armee des nazistischen Deutschlands verfügen, wenn sie die Aufgabe hatte, fremde Länder zu erobern, zu vergewaltigen und auszuplündern und deren Völker zu versklaven, wenn sie in einer bestialischen menschenfeindlichen Ideologie erzogen wurde, die alle und jede internationale Norm und Regel menschlicher Moral leugnete! Die Moral solcher Armeen wird solange standhalten, wie diese aus dem einen oder anderen Grund an der Front bequeme Erfolge haben und die Soldatenmassen leicht und sicher plündern und Gewalttaten verüben können." [64:98]

Doch die moralische Überlegenheit der Ziele der Roten Armee war nicht allein ausschlaggebend:

„Ich denke, kein anderes Land und keine andre Armee hätte einem derartigen Ansturm der vertierten Banden der faschistischen Räuber und ihrer Bundesgenossen standhalten können. Nur unser Sowjetland und nur unsere Rote Armee sind

fähig, einem solchen Ansturm standzuhalten. Und nicht nur ihm standzuhalten, sondern ihn auch zu überwinden."
(Stalin, Der 25. Jahrestag der Oktoberrevolution, 6. November 1942, Werke Band 14, S. 286)

Diesem Ansturm standhalten konnten die Völker der Sowjetunion, weil sie eben nicht nur gegen einen ausländischen Besatzer kämpften, der ihr Land verwüstete, sie kämpften auch um ihre Macht und ihre revolutionären Errungenschaften.

„Die Bourgeoisie hält nur dann einen Staat für stark, wenn er mit der ganzen Macht des Regierungsapparates die Massen dorthin zu dirigieren vermag, wohin es die bürgerlichen Machthaber wollen. Unser Begriff von Stärke ist ein anderer. Nach unseren Begriffen ist es die Bewußtheit der Massen, die den Staat stark macht. Er ist dann stark, wenn die Massen alles wissen, über alles urteilen können und alles bewußt tun."
(*Lenin, Zweiter Gesamtrussischer Sowjetkonkreß, 1917,* Werke Band 26, S. 246)

Dies ist der tiefere Grund, warum es der Sowjetmacht gelang, eine enge Verbindung des Hinterlands zur Front, eine Verbindung der militärischen, industriellen und landwirtschaftlichen Produktion für die Front mit der Versorgung der Zivilbevölkerung zu leisten. Dies ist der Grund, warum es ihr gelang, das Zusammenwirken der Roten Armee und der Partisanenverbände zu organisieren und eine enge Verbundenheit der Völker der Sowjetunion mit ihrer politischen und militärischen Führung zu schaffen, die die Grundlage für den Sieg über Nazi-Deutschland war.

„Nur die Sowjetunion und ihre Armee konnten einen Schlag von solch ungeheurer Kraft ertragen, wie er im Sommer 1941 über uns hereinbrach. Bekanntlich haben die von den Deutschen mit bedeutend geringerer Wucht geführten Schläge genügt, um die Armeen der westeuropäischen Staaten zu zerschlagen." (Bulganin, N.A., Dreißig Jahre Sowjetische Streitkräfte, Moskau 1948, S. 8 (russ.). Zitiert in [54:53])

Entscheidend war, daß in der Sowjetunion die Diktatur des Proletariats existierte, in der die Arbeiterinnen und Arbeiter im Bündnis mit der Masse der werktätigen und ehemals ausgebeuteten Bauern erfolgreich den *Sozialismus unter Führung ihrer revolutionären kommunistischen Partei aufbauten* und in der die verschiedenen Nationalitäten gleichberechtigt und in Freundschaft miteinander lebten. Entscheidend war, daß die Werktätigen der Sowjetunion gewillt waren, diese ihre Errungenschaften im Kampf auf Leben und Tod zu verteidigen und die von den Nazis besetzten Länder zu befreien:

„Daß die Massen Ziele und Ursachen des Krieges begreifen, ist von größter Bedeutung und sichert den Sieg."
(Lenin, Rede auf der erweiterten Konferenz von Arbeitern, 1920, Werke Band 31, S. 125)

Die Verteidigung ihrer sozialistischen Errungenschaften gegen die nazifaschistischen Eroberer fand ihren deutlichsten Ausdruck in der Unterstützung der Zivilbevölkerung für die Sowjetmacht, im Zusammenwirken der Illegalen und Partisanen mit der Roten Armee:

„Keine Armee der Welt kann ohne ein stabiles Hinterland siegen ... Das Hinterland hat für die Front erstrangige Bedeutung, denn vom Hinterland, und nur vom Hinterland, wird die Front sowohl mit Proviant und Material als auch mit Menschen, das heißt mit Kämpfern, Stimmungen und Ideen gespeist. Ein schwankendes, und um so mehr ein feindliches Hinterland verwandelt die allerbeste, geschlossenste Armee unweigerlich in eine schwankende Masse ohne Zusammenhalt."
(Stalin, Ein neuer Feldzug der Entente, 1920, Werke Band 4, S. 285)

Deshalb gelang es – trotz der nicht wenigen Fehler der Sowjetmacht, wie Stalin nach der bedingungslosen Kapitulation Nazi-Deutschlands formulierte – dem deutschen Imperialismus nicht, einen Keil zwischen

Zitierte Quellen

[1] Abraham, H., 1941 - 1945. Großer Vaterländischer Krieg der Sowjetunion, Berlin 1985.

[2] Alexandrow, G. F. u.a., Josef Wissarionowitsch Stalin. Kurze Lebensbeschreibung. Berlin 1950.

[3] Alexijewitsch, S., Der Krieg hat kein weibliches Gesicht, Hamburg 1989.

[4] Autorenkollektiv (Hrsg.), Über den Widerstand in den KZs und Vernichtungslagern des Nazifaschismus, Verlag Olga Benario und Herbert Baum 1998.

[5] Bartsch, M./Schebesch, H.-F./ Scheppelmann, R., Der Krieg im Osten 1941-1945, Köln 1981.

[6] Blockade Leningrad 1941-1944. Dokumente und Essays von Russen und Deutschen. Hamburg 1992.

[7] Deutsche Sektion der Kommission der Historiker der DDR und der UdSSR (Hrsg.), Probleme der Geschichte des Zweiten Weltkriegs, Berlin 1958.

[8] Deutsche Sektion der Kommission der Historiker der DDR und der UdSSR (Hrsg.), Der zweite Weltkrieg 1939-1945. Wirklichkeit und Fälschung, Berlin 1959.

[9] Dokumente des ZK der KPD 1933-1945, Offenbach 2002.

[10] Falin, V., Zweite Front. Die Interessenkonflikte in der Anti-Hitler-Koalition, München 1995.

[11] Fall 12. Das Urteil gegen das Oberkommando der Wehrmacht, Berlin 1960.

[12] Fish, R./ Schneider, M., Iwan der Deutsche, Frankfurt 1989.

[13] Gerlach, C., Kalkulierte Morde. Die deutsche Wirtschafts- und Vernichtungspolitik in Weißrußland 1941 bis 1944, Hamburg 1999.

[14] Goldhagen, D.J, Hitlers willige Vollstrecker, Berlin 1996.

[15] Golikow, S., Die Sowjetarmee im Großen Vaterländischen Krieg, Berlin 1954.

[16] Grossman, C., Die Untergrundarmee. Der jüdische Widerstand in Bialystock, Frankfurt 1993.

[17] Grossman, W., Stalingrad, Moskau 1947.

[18] Hamburger Institut für Sozialforschung (Hrsg.), Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944. Ausstellungskatalog, Hamburg 1996.

[19] Heer, H./Naumann, K.(Hrsg.), Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944, Hamburg 1995.

[20] Hilberg, R., Die Vernichtung der europäischen Juden, Frankfurt 1991.

[21] Hoffmann, J., Kaukasien 1942/43. Das deutsche Heer und die Orientvölker der Sowjetunion, Einzelschriften zur Militärgeschichte, Freiburg 1991.

[22] Informbüro UdSSR (Hrsg.), Geschichtsfälscher, Moskau 1946, Nachdruck Frankfurt 1972.

[23] Institut für deutsche Militärgeschichte (Hrsg.), Das Ende des zweiten Weltkrieges, Reihe Vorlesungen zu Hauptproblemen der Geschichte des zweiten Weltkriegs, Berlin 1961.

[24] Institut für deutsche Militärgeschichte (Hrsg.), Der Umschwung im zweiten Weltkrieg, Reihe Vorlesungen zu Hauptproblemen der Geschichte des zweiten Weltkriegs, Berlin 1961.

[25] Institut für deutsche Militärgeschichte (Hrsg.), Die erste Periode des zweiten Weltkrieges, Reihe Vorlesungen zu Hauptproblemen der Geschichte des zweiten Weltkriegs, Berlin 1961.

[26] Institut für deutsche Militärgeschichte (Hrsg.), Entstehung, Charakter und Periodisierung des zweiten Weltkrieges, Reihe Vorlesungen zu Hauptproblemen der Geschichte des zweiten Weltkriegs, Berlin 1961.

[27] Redaktionskollektiv (Hrsg.), Geschichte des Großen Vaterländischen Krieges der Sowjetunion, Band 1, Berlin 1962.

[28] Redaktionskollektiv (Hrsg.), Geschichte des Großen Vaterländischen Krieges der Sowjetunion, Band 2, Berlin 1962.

[29] Redaktionskollektiv (Hrsg.), Geschichte des Großen Vaterländischen Krieges der Sowjetunion, Band 3, Berlin 1962.

[30] Redaktionskollektiv (Hrsg.), Geschichte des Großen Vaterländischen Krieges der Sowjetunion, Band 4, Berlin 1962.

[31] Redaktionskollektiv (Hrsg.), Geschichte des Großen Vaterländischen Krieges der Sowjetunion, Band 5, Berlin 1962.

[32] Redaktionskollektiv (Hrsg.), Geschichte des Großen Vaterländischen Krieges der Sowjetunion, Band 6, Berlin 1962.

[33] Int. Autorenkollektiv unter Vorsitz von Shilin, P.A/Shukow, E. M., Der zweite Weltkrieg 1939 - 1945. Kurze Geschichte, Berlin 1985.

[34] Klee, E./Dressen, W., „Gott mit uns", Der deutsche Vernichtungskrieg im Osten 1939-1945, Frankfurt 1989.

[35] Klokow, W., Zur Geschichte des Widerstandskampfes der Völker der Sowjetunion gegen die Hitler-Aggression, in: Internationale Föderation der Widerstandskämpfer (Hrsg.), Internationale Hefte der Widerstandsbewegung, Nr. 1, November 1959.

[36] Klokow, W./Krawtchenko, F., Die Erhebung von Pawlograd und von Eupatoria, in: Internationale Föderation der Widerstandskämpfer (Hrsg.), Internationale Hefte der Widerstandsbewegung, Nr. 6, Juli 1961.

[37] Kühnrich, H., Die Entfesselung des zweiten Weltkriegs und der „seltsame Krieg" im zeitgenössischen Urteil der KPD (September 1939 bis April/Mai 1940), in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung Nr. 4 1987.

[38] Manoschek, W. (Hrsg.), Die Wehrmacht im Rassenkrieg. Der Vernichtungskrieg hinter der Front, Wien 1996.

[39] Meyer, K./Wippermann, W., Gegen das Vergessen. Der Vernichtungskrieg gegen die Sowjetunion 1941-1945, Frankfurt 1991.

[40] Minz, I.I, Rassgon, I.M., Sidorow, A.L. (Hrsg.), Der Große Vaterländische Krieg der Sowjetunion, Berlin 1947.

[41] Overy, R., Die Wurzeln des Sieges. Warum die Alliierten den Zweiten Weltkrieg gewannen, Hamburg 2002.

[42] Pietrow-Enneker, B. (Hrsg.), Präventivkrieg? Der deutsche Angriff auf die Sowjetunion, Frankfurt 2000.

[43] Polewoi, B/ Simonow, K./Trachman, M., Befreiung, Frankfurt 1974.

[44] Poliakov, L./Wulf, J., Das Dritte Reich und seine Diener, München 1978.

[45] Potjomkin, W.P. (Hrsg.), Geschichte der Diplomatie, Moskau 1947, Band 3.

[46] Przygonski, A., Der Warschauer Aufstand, in: Internationale Föderation der Widerstandskämpfer (Hrsg.), Internationale Hefte der Widerstandsbewegung, Nr. 5, März 1961.

[47] Rees, L., Hitlers Krieg im Osten, München 1999.

[48] Rürup, R., Der Krieg gegen die Sowjetunion 1941 - 1945, Berlin 1991.

[49] Sastawenko, G.F. u.a., Verbrecherische Ziele — Verbrecherische Mittel, Moskau 1963.

[50] Scheel, K. (Hrsg.), Die Befreiung Berlins 1945, Berlin 1975.

[51] Scheel, K., Hauptrichtung Berlin, Berlin 1983.

[52] Schneider, M., Das „Unternehmen Barbarossa", Frankfurt 1989.

[53] Schukow, G., Erinnerungen und Gedanken, Berlin 1976.

[54] Shilin, P.A. (Hrsg.), Die wichtigsten Operationen des Großen Vaterländischen Kriegs 1941-1945, Berlin 1958.

[55] Siperco, A./Zaharescu, V., Der Aufstand vom 23. August 1944 in Rumänien und seine Vorbereitung, in: Internationale Föderation der Widerstandskämpfer (Hrsg.), Internationale Hefte der Widerstandsbewegung, Nr. 5, März 1961.

[56] Stalin, Über den Großen Vaterländischen Krieg, Berlin 1951.

[57] Stalingrad. Die ersten authentischen Berichte der russischen Generäle Rokossowski, Woronow, Telegin, Malinin sowie russischer Kriegsberichterstatter, Zürich 1945.

[58] Subakow, W., Der letzte Sturm, Moskau 1971.

[60] Überschär, R. (Hrsg.), Das Nationalkomitee „Freies Deutschland" und der Bund Deutscher Offiziere, Frankfurt 1996.

[61] Wawilow, S. I./Woroschilow u.a. (Hrsg.),Große Sowjet-Enzyklopädie, Band 1, Berlin 1952.

[62] Wette, W. (Hrsg.), Retter in Uniform. Handlungsspielräume im Vernichtungskrieg der Wehrmacht, Frankfurt 2002.

[63] Wohlgemuth, H., Warum mußte der deutsche Imperialismus den zweiten Weltkrieg verlieren?, Berlin 1960.

[64] Woroschilow, K. L, Stalin und die Streitkräfte der Sowjetunion, Berlin 1953.

[65] Wosnessenski, N., Die Kriegswirtschaft der UdSSR während des Vaterländischen Krieges, Moskau 1949.

[66] ZK der KPÖ (Hrsg.), Der Imperialismus und der Zweite Weltkrieg, 3. Lehrbrief, Wien 1946.

[67] Redaktionskollektiv (Hrsg.), Sowjetpolitik gegenüber Österreich, April 1947, Wien 1947.

Den Genossinnen und Genossen, die sich näher mit den im Flugblatt angeschnittenen Fragen beschäftigen möchten, empfehlen wir für das weitere Studium vor allem folgende Schriften und Bücher:

- Sammelband mit Schriften Stalins „über den Großen Vaterländischen Krieg" von 1951 (enthalten in Werke, Band 14)
- „Die Sowjetunion im Großen Vaterländischen Krieg 1941 - 1945" aus der Großen Sowjetenzyklopädie Band 1 von 1952
- „Der Große Vaterländische Krieg der Sowjetunion" von einem sowjetischen Autorenkollektiv von 1947
- Broschüre „Geschichtsfälscher"des Informbüros der UdSSR von 1946

Zu beziehen als Nachdruck über: **Buchladen Georgi Dimitroff.**

die Führung der Partei und den Massen, zwischen die Arbeiter und die Bauern, zwischen die verschiedenen Nationalitäten zu treiben. In diesem Sinne sind Stalins grundlegende Ausführungen über den Krieg gegen die Sowjetunion im Sinne eines „Examens für die Sowjetordnung" zu verstehen:

> **„Aber der Krieg war nicht nur ein Fluch. Er war gleichzeitig eine große Schule der Prüfung und eine Bewährungsprobe für alle Kräfte des Volkes. Der Krieg hat alle Tatsachen und Ereignisse im Hinterland und an der Front bloßgelegt, er hat erbarmungslos alle Schleier und Hüllen heruntergerissen, die das wahre Gesicht der Staaten, Regierungen und Parteien verdeckten, und hat sie ohne Maske, ohne Schminke, mit all ihren Mängeln und Vorzügen auf die Bühne gestellt. Der Krieg brachte eine Art Examen für unsere Sowjetordnung, unseren Staat, unsere Regierung, unsere Kommunistische Partei und zog das Fazit ihrer Arbeit..."**
> (Stalin, Rede in der Wählerversammlung des Stalin-Wahlbezirks der Stadt Moskau am 9. Februar 1946, Werke Band 15, S. 39)

3. Die Erfahrungen der sozialistischen Sowjetunion im Krieg zur Vernichtung des Nazifaschismus gegen die Chruschtschow-Breschnew-Revisionisten verteidigen!

Die ungeheure militärische und auch wirtschaftliche Anspannung aller Kräfte für den Sieg über den Nazifaschismus, der Verlust von Millionen Kommunistinnen und Kommunisten sowie der nun anstehende Kampf für den raschen Wiederaufbau des in weiten Teilen völlig zerstörten Landes stellten die damals noch revolutionäre KPdSU(B) vor grundlegende Anforderung. Erforderlich war eine prinzipienfeste ideologischen Erziehung für eine notwendige Verschärfung des Klassenkampfes, für eine planmäßige Heranbildung und Erziehung neuer, junger Kader als revolutionäre Nachfolger. Dem Imperialismus war es nicht gelungen, die Festung Sowjetmacht im Sturm zu erobern und zu vernichten. Das Bewußtsein, daß nun nach dem Sieg im antinazistischen Krieg doch noch alles verloren werden könnte durch Zersetzung von Innen, im Herzen der Kommunistischen Partei, durch das Gift des Revisionismus, wurde sicher nicht genügend geschärft. Dies war ein günstiger Nährboden für die revisionistischen Kräfte innerhalb der KPdSU(B) unter Führung Chruschtschows, die an die Hoffnungen der Werktätigen der Sowjetunion auf einen friedlichen Aufbau des Sozialismus anknüpften und zunehmend mit angeblich „neuen Bedingungen" - wie etwa der Existenz von Atomwaffen, der Existenz der neu geschaffenenen volksdemokratischen Länder in Osteuropa usw. - spekulierten, um die grundlegenden Gesetzmäßigkeiten des wissenschaftlichen Kommunismus zu revidieren.

Der Kampf vor und während des Zweiten Weltkriegs war ein Kampf, der in ganz besonderer Weise mit schwierigen, schwierig herzustellen und wohl auch schwierig zu verstehenden Kompromissen verbunden war. Generell sind Kompromisse immer ein Zeichen sowohl von Schwäche (sonst müßte man sie nicht eingehen) als auch ein Zeichen von gewisser eigener Kraft und Stärke (sonst könnte man sie nicht eingehen). Kompromisse bis an die Grenze des Zulässigen ebenso wie der pauschale Verzicht auf Kompromisse können Vorboten des opportunistischen Verrats sein.Und: Die blinde oder bewußt falsche Übertragung von Kompromissen auf andere Situationen sind mehr als einmal Vorboten des revisionistischen Verrats gewesen. Die Geschichte und Vorgeschichte des Zweiten Weltkriegs handelt von drei hervorstechenden Kompromissen.

- Zunächst ist die diplomatische Außenpolitik eines sozialistischen Staates mit imperialistisch-kapitalistischen Staaten immer ein Kompromiß:

  Nachdem die Versuche, mit den englischen, USamerikanischen und französischen Imperialisten zu einem Kompromiß – genauer: einer Übereinkunft – zur Abwehr der Nazi-Aggression zu kommen, gescheitert waren, blieb der UdSSR noch die Möglichkeit eines Kompromisses mit Nazi-Deutschland: der Nichtangriffsvertrag.

  Der ***Schlüssel*** zum Verständnis der Kompromisse der sozialistischen Sowjetunion während des Zweiten Weltkriegs ist die Erkenntnis, daß der grundlegende Charakter des Zweiten Weltkriegs ein gerechter, antinazistischer Krieg war, daß aber trotz dieser allgemeinen Charakteristik immer auch imperialistische, oft direkt kolonialistische Interessen der an der Anti-Hitler-Koalition beteiligten imperialistischen Staaten mitspielten.

  Dies wurde besonders deutlich in den ständigen massiven Spannungen innerhalb der Anti-Hitler-Koalition, die insbesondere an der Frage der Eröffnung der zweiten Front, aber auch an den konterrevolutionären Aktionen der englischen Imperialisten in Polen oder Griechenland 1944 eskalierte.

  So mancher dieser nur aus der damaligen Situation heraus zu verstehenden Kompromisse wurden später als Vorbild für faule Kompromisse angepriesen, von anderen jedoch pauschal einfach als „Verrat" angeprangert.

  Die Kompromisse mit den imperialistischen Großmächten innerhalb der Anti-Hitler-Koalition waren in der damaligen Situation durchaus berechtigt, ja notwendig. Sie wurden jedoch von den Chruschtschow-Breschnew-Revisionisten auf andere historische Situationen übertragen und als Anknüpfungspunkt für den kapitalistischen Farbwechsel benutzt – und hier liegt eben auch eine Schwierigkeit.

- Die kommunistischen Kräfte heute müssen nicht nur die prinzipiellen Unterschiede der Linie der revolutionären KPdSU(B) unter Führung Stalins und der Linie der Chruschtschow-Breschnew-Revisionisten herausarbeiten, sondern auch revisionistische Positionen und falsche Begründungen im Rahmen der eigentlich richtigen Politik der KPdSU(B) unter Stalins Führung kritisch analysieren. Dabei geht es nicht nur um die geschichtliche Wahrheit, sondern auch darum, uns im ideologischen Kampf für aktuelle und künftige Auseinandersetzung zu wappnen, bei denen opportunistische Kräfte mit Rückgriffen auf die Zeitspanne des Zweiten Weltkriegs Verwirrung stiften wollen.
- Auch im Inneren der Sowjetunion ging es um die äußerste Anspannung aller Kräfte. Der Krieg gegen den Nazi-Faschismus konnte nicht mit „halber Kraft" gewonnen werden. Es mußten sämtliche Kräfte mobilisiert werden, da Sieg oder Niederlage zunächst auf Messers Schneide standen. So wurde innerhalb der Sowjetunion mit ihrer großen Masse nicht-proletarischer Bevölkerung als zentrales Argument für die Verdoppelung der Anstrengungen zur Niederschlagung des Nazi-Faschismus nicht nur auf die Verteidigung der Diktatur des Proletariats und des Sozialismus verwiesen, sondern auch und gerade auf die drohende Gefahr der Versklavung der einzelnen Völker der Sowjetunion, also auf nationale und sogar auf religiöse Elemente. Selbst Gefängnisse wurden teilweise geöffnet und verurteilte Verbrecher amnestiert, um diese in die Reihen des eben nicht nur sozialistischen, sondern auch „vaterländischen" Krieges einzureihen. All das war nicht einfach ein Zeichen der Stärke, sondern auch ein Zeichen der Schwäche, der notwendigen Mobilisierung der Massen auch mit demokratischen Aspekten und dem Hinweis, daß eben nicht nur der Sozialismus, sondern „das Vaterland" in Gefahr war. Eine Einschätzung dieser Art von Kompromiß darf diesen Aspekt nicht außer acht lassen. Dies bedeutet aber nicht, jedem Kompromisse kritiklos zuzustimmen oder gar zu verteidigen, zumal die „vaterländische" Rethorik später systematisiert und zum großrussischen Chauvinismus Chruschtschow-Breschnewscher Prägung beigetragen hat.

Das historische Verständnis der ungeheuren Erfolge, Anspannungen, Verluste, Schwächen und Stärken im Kampf gegen den Nazifaschismus schärft den Blick für die demagogischen Leistungen Chruschtschows und Breschnews, ihren revisionistischen Verrat zu verkleistern. Nahezu jeglicher ideologischer und politischer Verrat der Revisionisten steht in dieser oder jener Form im Zusammenhang mit falschen Analogien zum Zweiten Weltkrieg zum großen „vaterländischen Krieg". Das ist ein Motiv mehr, sich in diese Frage gut, ja sehr gut einzuarbeiten.

Nicht zuletzt ist es eine historische Verantwortung der kommunistischen Kräfte in Deutschland, ein klares Bewußtsein über die Verbrechen des „eigenen" Imperialismus, des deutschen Imperialismus und insbesondere über die Verbrechen gegen die damals sozialistische Sowjetunion als Grundlage kommunistischer Politik zu propagieren.

Demnächst erscheint eine neue Ausgabe der Rot Front Nr. zum Thema „Der nazifaschistische Krieg des deutschen Imperialismus gegen die Diktatur des Proletariats in der Sowjetunion" mit Beiträgen zu folgenden Themen:

- **Vorgeschichte und Charakter des Zweiten Weltkriegs**
- **Die Problematik notwendiger Kompromisse der sozialistischen Sowjetunion**
  - **Der Nichtangriffspakt mit Nazi-Deutschland**
  - **Allianz mit imperialistischen Mächten in der Anti-Hitler-Koalition**
  - **Formen der Mobilisierung noch rückständiger Teile der sowjetischen Bevölkerung für den antinazistischen Krieg**
- **Nazi-Kollaborateure und „fünfte Kolonnen" in der sozialistischen Sowjetunion**
- **Der Versuch der Organisierung antinazistischer deutscher Kriegsgefangener in der Sowjetunion**
- **Der Kampf der KPD gegen den nazistischen Vernichtungskrieg gegen die Sowjetunion**
- **Der Kampf der sozialistischen Sowjetunion gegen den japanischen Imperialismus**
- **Freilassung der Nazi-Kriegsverbrecher durch die Chruschtschow-Revisionisten 1955**
- **Generäle und Offiziere der Nazi-Armee bauen die Bundeswehr**

BUCHLADEN
Georgi Dimitroff
Speyerer Str. 23, 60327 Frankfurt/M.
Fax 069/730920
ÖFFNUNGSZEITEN

Freitag 16.30 - 19.30 Uhr
Samstag 10.00 - 13.00 Uhr

Vertrieb für Internationale Literatur
Brunhildstr. 5, 10829 Berlin

GEÖFFNET:
Samstag 11.00 - 14.00 Uhr

ISSN 0948/5090

Drucker, Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: A. Odenthal, Vertrieb für Internationale Literatur, Brunhildstr. 5, 10829 Berlin

Rundfunkansprache des Genossen Stalin vom 3. Juli 1941

„Die faschistische Hitlerarmee kann und wird geschlagen werden..."

Zwölf Tage nach dem Überfall des nazifaschistischen deutschen Imperialismus wandte sich Stalin als Vorsitzender des ZK der KPdSU(B) in einer Rundfunkansprache direkt an die Massen der damals sozialistischen Sowjetunion. Auf Grundlage der Leninschen These, daß der sozialistische Staat nur dann stark ist, wenn die Massen alles wissen und alles beurteilen können, schilderte er ihnen offen und ehrlich die harte Wahrheit über die ernste Lage der Sowjetmacht, über das Ausmaß der drohenden Gefahr und entwickelte die Grundzüge des zu entfaltenden Befreiungskriegs, insbesondere des Partisanenkampfes.

Diese historische Rede wurde im ganzen Land im Radio verbreitet, von den Partisaninnen und Partisannen in den bereits von den deutschen Nazifaschisten besetzten Teilen des Landes in Form von Flugblättern heimlich vervielfältigt und verbreitet. Sie hatte enorme Wirkung auf die Mobilisierung der Massen im antifaschistischen Krieg, denn sie zeigte die Hindernisse auf, die es zu überwinden galt, und gab konkrete Handlungsanleitungen. Gleichzeitig führte sie auch die schwierige Frage vor Augen, daß es in diesem Kampf auf Leben und Tod auch darum gehen mußte, die sowjetischen Bevölkerung für den Krieg gegen den Nazifaschismus maximal zu mobilisieren. Gestützt auf eine richtige Analyse der Situation zeigte Stalin mit großer Überzeugungskraft, daß bei einer richtigen Politik die unermeßlichen Kräfte der sowjetischen Bevölkerung in ihrer großen Mehrheit für den Sieg über die Nazis mobilisiert werden können und daß er selbst von diesem Sieg fest überzeugt war.

Genossen! Bürger!

Brüder und Schwestern!

Kämpfer unserer Armee und Flotte!

An euch wende ich mich, meine Freunde!

Der von Hitlerdeutschland am 22. Juni wortbrüchig begonnene militärische Überfall auf unsere Heimat dauert an. Trotz des heldenhaften Widerstands der Roten Armee und ungeachtet dessen, daß die besten Divisionen des Feindes und die besten Einheiten seiner Luftwaffe schon zerschmettert sind und auf den Schlachtfeldern ihr Grab gefunden haben, setzt der Feind, der neue Kräfte an die Front wirft, sein Vordringen weiter fort. Es ist den Hitlertruppen gelungen, Litauen, einen beträchtlichen Teil Lettlands, den westlichen Teil Belorußlands, einen Teil der Westukraine zu besetzen. Die faschistische Luftwaffe erweitert den Tätigkeitsbereich ihrer Bombenflugzeuge und bombardiert Murmansk, Orscha, Mogilew, Smolensk, Kiew, Odessa, Sewastopol. Über unsere Heimat ist eine ernste Gefahr heraufgezogen.

Wie konnte es geschehen, daß unsere ruhmvolle Rote Armee den faschistischen Truppen eine Reihe unserer Städte und Gebiete überlassen hat? Sind die faschistischen deutschen Truppen denn etwa in Wirklichkeit unbesiegbare Truppen, wie das die großmäuligen faschistischen Propagandisten unermüdlich in die Welt hinausposaunen?

Natürlich nicht! Die Geschichte zeigt, daß es keine unbesiegbaren Armeen gibt und nie gegeben hat. Napoleons Armee galt als unbesiegbar, aber sie wurde abwechselnd von russischen, englischen und deutschen Truppen geschlagen. Die deutsche Armee Wilhelms zur Zeit des ersten imperialistischen Krieges galt ebenfalls als eine unbesiegbare Armee, aber sie erlitt mehrere Male Niederlagen durch die russischen und englisch-französischen Truppen und wurde zuletzt von den englisch-französischen Truppen vernichtend geschlagen. Dasselbe muß von der jetzigen faschistischen deutschen Armee Hitlers gesagt werden. Diese Armee ist auf dem europäischen Festland noch auf keinen ernsten Widerstand gestoßen. Erst auf unserem Gebiet stieß sie auf ernsten Wider-

stand. Und wenn im Ergebnis dieses Widerstands unsere Rote Armee die besten Divisionen der faschistischen deutschen Armee geschlagen hat, so bedeutet das, daß **die faschistische Hitlerarmee ebenfalls geschlagen werden kann und geschlagen werden wird**, wie die Armeen Napoleons und Wilhelms geschlagen worden sind.

Die Tatsache aber, daß ein Teil unseres Gebiets dennoch von den faschistischen deutschen Truppen besetzt worden ist, erklärt sich hauptsächlich daraus, daß der Krieg des faschistischen Deutschlands gegen die UdSSR unter Bedingungen begonnen hat, die für die deutschen Truppen günstig und für die Sowjettruppen ungünstig waren. Es handelt sich darum, daß die Streitkräfte Deutschlands als eines kriegführenden Landes schon völlig mobilisiert waren, und die von Deutschland gegen die UdSSR geworfenen 170 Divisionen, die an den Grenzen der UdSSR aufmarschiert waren, befanden sich in voller Bereitschaft und warteten nur auf das Signal zum Vorgehen, während die Sowjettruppen erst mobilisiert und an die Grenzen vorgeschoben werden mußten. Von nicht geringer Bedeutung war dabei auch der Umstand, daß das faschistische Deutschland unerwartet und wortbrüchig den im Jahre 1939 zwischen ihm und der UdSSR abgeschlossenen Nichtangriffspakt zerrissen hat, ohne Rücksicht darauf, daß es von der ganzen Welt als Angreifer erklärt werden würde. Es ist verständlich, daß unser friedliebendes Land, das die Initiative zur Verletzung des Pakts nicht ergreifen wollte, den Weg des Wortbruchs nicht beschreiten konnte.

Man könnte fragen: Wie konnte es geschehen, daß sich die Sowjetregierung auf den Abschluß eines Nichtangriffspakts mit solchen wortbrüchigen Leuten und Ungeheuern wie Hitler und Ribbentrop eingelassen hat? Ist hier von der Sowjetregierung nicht ein Fehler begangen worden? Natürlich nicht! Ein Nichtangriffspakt ist ein Friedenspakt zwischen zwei Staaten. Eben einen solchen Pakt hat Deutschland uns im Jahre 1939 angeboten. Konnte die Sowjetregierung ein solches Angebot ablehnen?

Ich denke, kein einziger friedliebender Staat kann ein Friedensabkommen mit einem benachbarten Reich ablehnen, selbst wenn an der Spitze dieses Reiches solche Ungeheuer und Kannibalen stehen wie Hitler und Ribbentrop. Dies aber natürlich unter der einen unerläßlichen Bedingung, daß das Friedensabkommen weder direkt noch indirekt die territoriale Integrität, die Unabhängigkeit und die Ehre des friedliebenden Staates berührt. Bekanntlich ist der Nichtangriffspakt zwischen Deutschland und der UdSSR gerade ein solcher Pakt.

Was haben wir durch den Abschluß des Nichtangriffspakts mit Deutschland gewonnen? Wir haben unserem Lande für anderthalb Jahre den Frieden gesichert sowie die Möglichkeit, unsere Kräfte zur Abwehr vorzubereiten, falls das faschistische Deutschland es riskieren sollte, unser Land trotz des Pakts zu überfallen. Das ist ein bestimmter Gewinn für uns und ein Verlust für das faschistische Deutschland.

Was hat das faschistische Deutschland durch die wortbrüchige Zerreißung des Pakts und den Überfall auf die UdSSR gewonnen und was hat es verloren? Es hat dadurch für kurze Zeit eine gewisse vorteilhafte Lage für seine Truppen erzielt, hat aber in politischer Hinsicht verloren, da es sich in den Augen der ganzen Welt als blutiger Aggressor entlarvt hat. Es ist nicht zu bezweifeln, daß dieser kurzfristige militärische Gewinn für Deutschland nur eine Episode ist, während der gewaltige politische Gewinn für die UdSSR ein ernster Faktor von langer Dauer ist, auf den gegründet sich entscheidende militärische Erfolge der Roten Armee im Krieg gegen das faschistische Deutschland entfalten müssen.

Das eben ist der Grund, weshalb unsere ganze heldenmütige Armee, unsere ganze heldenhafte Kriegsmarine, alle unsere Fliegerfalken, alle Völker unseres Landes, alle wertvollen Menschen Europas, Amerikas und Asiens und schließlich alle wertvollen Menschen Deutschlands die wortbrüchigen Handlungen der deutschen Faschisten brandmarken und der Sowjetregierung ihre Sympathien entgegenbringen, die Handlungsweise der Sowjetregierung billigen und weshalb sie erkennen, daß unsere Sache gerecht ist, daß der Feind zerschmettert werden wird, daß wir siegen müssen.

Mit dem uns aufgezwungenen Krieg hat unser Land den Kampf auf Leben und Tod gegen seinen schlimmsten und heimtückischsten Feind, den deutschen Faschismus, aufgenommen. Unsere Truppen schlagen sich heldenhaft mit einem Feind, der bis an die Zähne mit Panzern und Flugzeugen bewaffnet ist. Die Rote Armee und die Rote Flotte kämpfen aufopferungsvoll unter Überwindung zahlreicher Schwierigkeiten um jeden Fußbreit Sowjetbodens. In den Kampf treten die mit Tausenden Panzern und Flugzeugen ausgerüsteten Hauptkräfte der Roten Armee. Die Tapferkeit der Kämpfer der Roten Armee ist beispiellos. Unser Widerstand gegen den Feind wächst und erstarkt. Zusammen mit der Roten Ar-

mee erhebt sich das ganze Sowjetvolk zur Verteidigung seiner Heimat.

☆☆☆

Was ist erforderlich, um die Gefahr, die über unsere Heimat heraufgezogen ist, zu beseitigen, und welche Maßnahmen müssen getroffen werden, um den Feind zu zerschmettern?

- Vor allem ist es notwendig, daß unsere Sowjetmenschen, die Männer und Frauen des Sowjetlandes, die ganze Größe der Gefahr begreifen, die unserem Lande droht, und Schluß machen mit der sorglosen Gelassenheit und der Stimmung des friedlichen Aufbaus, die in der Vorkriegszeit durchaus begreiflich waren, in der gegenwärtigen Zeit aber, wo der Krieg die Lage von Grund aus verändert hat, verderblich sind. Der Feind ist grausam und unerbittlich. Er setzt sich das Ziel, unseren Boden, der mit unserem Schweiß getränkt ist, zu okkupieren, unser Getreide, unser Erdöl, die Früchte unserer Arbeit an sich zu reißen. Er setzt sich das Ziel, die Macht der Gutsbesitzer wiederaufzurichten, den Zarismus wiederherzustellen, die nationale Kultur und die nationale Eigenstaatlichkeit der Russen, Ukrainer, Belorussen, Litauer, Letten, Esten, Usbeken, Tataren, Moldauer, Georgier, Armenier, Aserbaidshaner und der anderen freien Völker der Sowjetunion zu vernichten, sie zu germanisieren, sie zu Sklaven der deutschen Fürsten und Barone zu machen. Es geht also um Leben oder Tod des Sowjetstaates, um Leben oder Tod der Völker der Sowjetunion; es geht darum, ob die Völker der UdSSR frei sein oder in Versklavung geraten sollen. Es ist notwendig, daß die Sowjetmenschen das verstehen und aufhören, sorglos zu sein, daß sie sich selbst mobilisieren und ihre ganze Arbeit auf den Krieg umstellen, daß sie auf eine neue Art arbeiten, die kein Erbarmen mit dem Feind kennt.
- Es ist ferner notwendig, daß in unseren Reihen kein Platz für Miesmacher und Feiglinge, für Panikmacher und Deserteure ist, daß die Menschen unseres Landes keine Furcht im Kampf kennen und opferwillig in unseren Vaterländischen Befreiungskrieg gegen die faschistischen Unterdrücker ziehen. Der große Lenin, der unseren Staat geschaffen hat, sagte, die Haupteigenschaft des Sowjetmenschen müsse Tapferkeit sein, Kühnheit, Furchtlosigkeit im Kampf und die Bereitschaft, zusammen mit dem Volk gegen die Feinde unserer Heimat zu kämpfen. Es ist notwendig, daß diese hervorragende Eigenschaft des Bolschewiks Gemeingut der Millionen und aber Millionen der Roten Armee, unserer Roten Flotte und aller Völker der Sowjetunion werde.
- Wir müssen unverzüglich unsere ganze Arbeit auf den Krieg umstellen, indem wir alles den Interessen der Front unterordnen, der Aufgabe unterordnen, die Zerschmetterung des Feindes zu organisieren. Die Völker der Sowjetunion sehen jetzt, daß der deutsche Faschismus in seiner Tollwut und seinem Haß gegen unsere Heimat, die allen Werktätigen freie Arbeit und Wohlstand gesichert hat, nicht zu bändigen ist. **Die Völker der Sowjetunion müssen sich erheben, um ihre Rechte und ihren Boden gegen den Feind zu verteidigen.**
- Die Rote Armee, die Rote Flotte und alle Bürger der Sowjetunion müssen jeden Fußbreit Sowjetbodens verteidigen, müssen bis zum letzten Blutstropfen um unsere Städte und Dörfer kämpfen, müssen die Kühnheit, Initiative und Findigkeit an den Tag legen, die unserem Volk eigen sind.
- Wir müssen die allseitige Unterstützung der Roten Armee organisieren, die verstärkte Auffüllung ihrer Reihen sicherstellen, ihre Versorgung mit allem Notwendigen gewährleisten, die schnelle Beförderung von Truppen und Heeresguttransporten bewerkstelligen sowie die umfassende Hilfe für die Verwundeten in die Wege leiten.
- Wir müssen das Hinterland der Roten Armee festigen, indem wir den Interessen dieser Sache unsere ganze Arbeit unterordnen, wir müssen die verstärkte Arbeit aller Betriebe sicherstellen, mehr Gewehre, Maschinengewehre, Geschütze, Patronen, Granaten, Flugzeuge produzieren, den Schutz der Betriebe, der Kraftwerke, der Telefon und Telegrafenverbindungen organisieren, die örtliche Luftabwehr in Gang bringen.
- Wir müssen einen schonungslosen Kampf gegen alle Desorganisatoren des Hinterlands, gegen Deserteure, Panikmacher, Verbreiter von Gerüchten organisieren, wir müssen die Spione, Diversanten und feindlichen Fallschirmjäger vernichten und bei alledem unseren Feldjägerbataillonen schnelle Unterstützung zuteil werden lassen. Man muß sich vor Augen halten, daß der Feind heimtückisch und hinterlistig, erfahren im Betrug und in der Verbreitung falscher Gerüchte ist. Man muß all das berücksichtigen und darf sich nicht provozieren lassen. Alle, die durch ihre Panikmacherei und Feigheit die Landesverteidigung behindern, müssen ohne Ansehen der Person sofort dem Kriegsgericht übergeben werden.

- Bei einem erzwungenen Rückzug von Truppenteilen der Roten Armee muß das gesamte rollende Material der Eisenbahnen fortgeschafft werden; dem Feind darf keine einzige Lokomotive, kein einziger Waggon, kein Kilogramm Getreide, kein Liter Treibstoff überlassen werden. Die Kollektivbauern müssen das ganze Vieh wegtreiben und das Getreide zur Abbeförderung ins Hinterland dem Schutz der staatlichen Organe anvertrauen. Alles wertvolle Gut, darunter Buntmetalle, Getreide und Treibstoff, das nicht abtransportiert werden kann, muß unbedingt vernichtet werden.
- In den vom Feind okkupierten Gebieten müssen Partisanenabteilungen zu Pferd und zu Fuß gebildet und Diversionsgruppen geschaffen werden zum Kampf gegen die Truppenteile der feindlichen Armee, zur Entfachung des Partisanenkriegs überall und allerorts, zur Sprengung von Brücken und Straßen, zur Zerstörung der Telefon und Telegrafenverbindungen, zur Niederbrennung der Wälder, der Versorgungslager und der Trains. In den okkupierten Gebieten müssen für den Feind und alle seine Helfershelfer unerträgliche Verhältnisse geschaffen werden, sie müssen auf Schritt und Tritt verfolgt und vernichtet und alle ihre Maßnahmen müssen vereitelt werden.

Den Krieg gegen das faschistische Deutschland darf man nicht als gewöhnlichen Krieg betrachten. Er ist nicht nur ein Krieg zwischen zwei Armeen. Er ist zugleich der große Krieg des ganzen Sowjetvolks gegen die faschistischen deutschen Truppen. Dieser Vaterländische Volkskrieg gegen die faschistischen Unterdrücker hat nicht nur das Ziel, die über unser Land heraufgezogene Gefahr zu beseitigen, sondern auch allen Völkern Europas zu helfen, die unter dem Joch des deutschen Faschismus stöhnen. In diesem Befreiungskrieg werden wir nicht allein dastehen. In diesem großen Krieg werden wir treue Verbündete an den Völkern Europas und Amerikas haben, darunter auch am deutschen Volk, das von den faschistischen Machthabern versklavt ist. Unser Krieg für die Freiheit unseres Vaterlandes wird verschmelzen mit dem Kampf der Völker Europas und Amerikas für ihre Unabhängigkeit, für die demokratischen Freiheiten. Das wird die Einheitsfront der Völker sein, die für die Freiheit, gegen die Versklavung und die drohende Unterjochung durch die faschistischen Armeen Hitlers eintreten. Durchaus begreiflich und bezeichnend ist in diesem Zusammenhang die historische Rede des Herrn Churchill, des Premierministers Großbritanniens, über die Hilfe für die Sowjetunion sowie die Deklaration der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika über ihre Bereitschaft, unserem Lande Hilfe zu erweisen Erklärungen, die in den Herzen der Völker der Sowjetunion nur das Gefühl der Dankbarkeit hervorrufen können.

☆☆☆

Genossen! Unsere Kräfte sind unermeßlich. Der frechgewordene Feind wird sich bald davon überzeugen müssen. Zusammen mit der Roten Armee erheben sich Tausende und aber Tausende der Arbeiter, Kollektivbauern und der Intelligenz zum Krieg gegen den Feind, der uns überfallen hat. Erheben werden sich die Millionenmassen unseres Volkes. Die Werktätigen von Moskau und Leningrad sind schon dazu übergegangen, eine vieltausendköpfige Volkswehr zur Unterstützung der Roten Armee zu schaffen. In jeder Stadt, der die Gefahr eines feindlichen Überfalls droht, müssen wir eine derartige Volkswehr schaffen, müssen wir alle Werktätigen zum Kampf mobilisieren, um in unserem Vaterländischen Krieg gegen den deutschen Faschismus unsere Freiheit, unsere Ehre, unsere Heimat unter Einsatz unseres Lebens zu verteidigen.

Um alle Kräfte der Völker der UdSSR schnellstens zu mobilisieren, um dem Feind, der wortbrüchig unsere Heimat überfallen hat, eine Abfuhr zu erteilen, ist das Staatliche Verteidigungskomitee gebildet worden, in dessen Händen jetzt die gesamte Macht im Staat konzentriert ist. Das Staatliche Verteidigungskomitee hat seine Arbeit aufgenommen und ruft das ganze Volk auf, sich fest um die Partei Lenin-Stalins, um die Sowjetregierung zusammenzuschließen zu dem Zweck, die Rote Armee und die Rote Flotte opferwillig zu unterstützen, den Feind zu zerschmettern, den Sieg zu erkämpfen.

Alle unsere Kräfte für die Unterstützung unserer heldenhaften Roten Armee, unserer ruhmvollen Roten Flotte!

Alle Kräfte des Volkes für die Zerschmetterung des Feindes!

Vorwärts zu unserem Sieg!

*Auszug aus Stalin Werke Band 14, S. 236 – 242. Siehe ebenso den Sammelband Stalins „Über den Großen Vaterländischen Krieg". Hervorhebungen im Text stammen von uns. Der Auszug ist eine Beilage zum Flugblatt von „Gegen die Strömung": „22. Juni 1941 – 8. Mai 1935: Krieg des deutschen Nazifaschismus gegen die Diktatur des Proletariats in der Sowjetunion: **1418 Tage!**"*

Drucker, Herausgeber und verantwortlicher Redaktuer: A. Odenthal, Vertrieb für Internationale Literatur, Brunhildstr. 5, 10829 Berlin

❑ Interessante und gute Anregungen zum II. Weltkrieg-Flugblatt (12/01)

Bericht zu einer Diskussion über die Flugschrift „1418 Tage"

Grundsätzlich wurde von allen an der Diskussion Beteiligten das Flugblatt als enorm bedeutungsvoll angesehen. Zwei wesentliche Züge von GDS seien darin verankert: Die Verpflichtung, sich der Geschichte im Kampf gegen die Nazis zu stellen und das Festhalten an der Diktatur des Proletariats als entscheidender Garantie gegen die Nazis.

Es gab keine größeren kontroversen Diskussionen.

- Folgende Frage wurde aufgeworfen: Wie soll man in so einer Abhandlung mit Zahlen umgehen? Wenn von „Divisionen" die Rede ist, dann weiß man nicht, wie viel damit jeweils gemeint ist. Allerdings muss man bei Quantitäten auch Qualitäten vergleichen. So lassen sich unter Umständen Panzer nicht mit Panzer vergleichen, Gewehre nicht mit Gewehren etc.

- Zur symbolischen Rolle von Leningrad und Moskau im Teil II:

  „*Leningrad... der Stadt, die für Hitler die 'Wiege des Bolschewismus' war*"
  (S.6, linke Spalte, 1.Abssatz)

  „*Moskau war für die Nazifaschisten der Inbegriff des Bolschewismus*"
  (S.6, rechte Spalte, drittletzter Absatz)

Bei der Frage der symbolischen Rolle dieser Städte und des Kampfes darum hätte deutlicher herausgearbeitet werden sollen, dass diese Symbolik Moskaus und Leningrads für die Bolschewiki genauso bedeutungsvoll war, dass also in diesem Sinne die Nazifaschisten kein willkürliches Symbol geschaffen haben.

- Unklar war, ob im Teil VI „Zusammenfassung" unter dem Abschnitt „2.Faktoren für den Sieg..." nicht noch einmal deutlicher die Rolle der Kommunistischen Partei hätte herausgestellt werden müssen. Sie wird zwar erwähnt, ist zwar faktisch auch Thema im letzten Abschnitt „3.Die Erfahrungen der sozialistischen Sowjetunion...", hätte aber vielleicht doch eine eigne Passage als Siegesfaktor erhalten müssen.

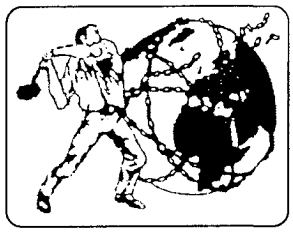
- Auf S.18 linke Spalte, 3.Absatz, heißt es, die „*Angriffsoperation*" auf Berlin sei die „*größte und erbittertste des zweiten Weltkriegs*" gewesen. Das wird etwas bezweifelt. Auf S.10 heißt es nämlich in der rechten Spalte, dass die „*Schlacht am Kursker Bogen, die größte Schlacht im Zweiten Weltkrieg*" gewesen sei. Hier wird wieder die Frage nach der Quantität aufgeworfen. Auch die Dauer, die Ausdehnung etc. sind Faktoren, die die Größe einer Schlacht bestimmen. Nicht zuletzt muss in diesem Zusammenhang wohl auch Stalingrad benannt werden.

- In einer weiteren Diskussion war die Frage aufgeworfen worden, ob im Vorspann, zweiter Absatz, bei dem es um den Wiederaufstieg des deutschen Imperialismus geht, nicht doch die Etappe der Einverleibung der DDR als zentrale Zwischenetappe hätte benannt werden müssen.

▪ Die Dialektik der Geschichte rauszuarbeiten, das war eine weitere Diskussion. Dem Sieg der Sowjetunion folgte Jahrzehnte später, heute, ein Sieg Deutschlands. Aus dem Besiegten wurde ein Sieger. Damit ist der dialektische Prozess nicht beendet. Die materiellen Voraussetzungen für einen Sieg der Diktatur des Proletariats existieren nach wie vor, sowohl in der ehemaligen Sowjetunion als auch im heutigen Deutschland, die Geschichte geht weiter... So, wie's da steht, hat das ganze – aus den Siegern wurden Besiegte – einen sehr pessimistischen Beigeschmack. Es wäre also vielleicht nicht schlecht gewesen, das fortzuführen im Sinne von: „das letzte Wort der Geschichte wird erst noch gesprochen", das würde aber vermutlich den ganzen Rahmen gesprengt haben.

PROLETARIER ALLER LÄNDER VEREINIGT EUCH!
PROLETARIER ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER VEREINIGT EUCH!

GEGEN DIE STRÖMUNG



Organ für den Aufbau der Revolutionären Kommunistischen Partei Deutschlands

1/02 Januar 2002 0,50 EUR

Die anhaltenden Kämpfe der Ausgebeuteten und Unterdrücken in Argentinien zeigen den fortschrittlichen Kräften der ganzen Welt:

So wie es ist, bleibt es nicht!

Mitte Dezember begannen die Kämpfe der Ausgebeuteten und Unterdrückten in Argentinien erneut mit großer Heftigkeit aufzuflammen. Die militant geführten, zunächst ökonomischen Kämpfe gegen die zunehmende Verschlechterung der Lebensbedingungen, Demonstrationen und massenhaften Beschaffungsaktionen von Lebensmitteln vor allem in den Vororten von Buenos Aires, breiteten sich auf das ganze Land aus, entwikkelten sich zu machtvollen Demonstrationen, Streiks und militanten Straßenkämpfen bis hin zu einem regelrechten Aufruhr. Die Kämpfe, die angesichts der zunehmenden Verarmung breiter Massen der Werktätigen spontan entstanden sind, richteten sich zunehmend nicht nur gegen die anhaltende Verelendung, nicht nur gegen eine bestimmte Regierung, sondern auch gegen die imperialistischen Oberherren des reaktionären argentinischen Staates, das imperialistische Finanzkapital, und die herrschenden Klassen Argentiniens selbst.

Auch durch Terror, parlamentarische Manöver oder vollmundig „antiimperialistisch" klingende Phrasen der Repräsentanten der Ausbeuterklassen in Argentinien wird es ihnen auf lange Sicht nicht gelingen, die Unzufriedenheit der Masse der Ausgebeuteten und Werktätigen in Argeninien aus der Welt zu schaffen. Denn die Kämpfe in Argentinien zeigen: So wie es ist, bleibt es nicht! Im Rahmen des imperialistischen Systems gibt es für die Ausgebeuteten und Unterdrückten keine Lösung!

Bereits am 13. Dezember war es zu ersten Aktionen zur Beschaffung von Lebensmitteln in Supermärkten, vor allem in den Vororten von Buenos Aires, gekommen. Bei Demonstrationen vor Supermärkten forderten Arbeiterinnen und Arbeiter, Erwerbslose und Rentner Lebensmittel. Hektisch versuchten staatliche Behörden mit den Supermärkten über die Gratisverteilung von Lebensmitteln zu verhandeln. Noch zu gut waren den herrschenden Klassen die letzten großen Proteste von 1989 in Erinnerung. Mit Versprechungen wurden die Protestierenden hingehalten, an verschiedenen Orten trieb Polizei die Protestierenden mit Tränengas und Gummigeschossen auseinander.

Die Kämpfe beschränkten sich nicht auf Buenos Aires, sondern ergriffen nach und nach weitere Städte wie z.B. Concordia, einer Stadt mit 150.000 Einwohnern, von denen 50.000 erwerbslos oder verdeckt erwerbslos sind. Am 18. Dezember begannen die Lehrer von Buenos Aires zu streiken, um gegen die Kürzungen im Bildungssektor in Höhe von 600 Mio. Pesos zu protestieren. Die Proteste weiten sich aus, richteten sich nun zunehmend gegen die Institutionen des internationalen Finanzkapitals und die Repräsentanten der eigenen herrschenden Klassen. Teile der verarmten Mittelschichten schlossen sich den Protesten an.

Am 19. Dezember erreichten die Kämpfe einen ersten Höhepunkt. Im Regierungs- und Bankenviertel von Buenos Aires entwickeln sich vor dem Wirtschaftsministerium ein stundenlanger militanter Straßenkampf der mit Schutzmasken, Steinen und Stöcken ausgerüsteten Demonstrantinnen und Demonstranten. Erwerbslose Jugendliche, streikende Arbeiterinnen und Arbeiter schlossen sich den Kämpfen an. Der öffentliche Transport kam zum Erliegen. Polizeipatroullien wurden zum Rückzug gezwungen. Ein regelrechter Aufruhr begann. Schließlich versuchten die Repräsentanten der Ausbeuterklassen die Proteste durch die Verhängung des Ausnahmezustands abzuwürgen. Doch die Protestierenden ließen sich dadurch nicht einschüchtern. Tausende strömten noch in der Nacht auf die Straßen, blokkierten Regierungssitz und Parlament und besetzten den Plaza de Mayo. Mit brutaler Gewalt, mit Wasserwerfern, Tränengas, Knüppeln, Gummigeschossen und Schußwaffen gingen Polizei und Militär, die teilweise von den Regierungs- und Bankgebäuden heraus mit scharfer Munition schossen, gegen die Protestierenden vor. Zehn Menschen wurden ermordet, es gab hunderte Verletzte und Verhaftete.

Am 20. Dezember riefen die drei großen Gewerkschaften zu einem Generalstreik auf. Präsident De la Rua, am Morgen noch bei einem öffentlichen Aufritt mit Steinen beworfen, flüchtete am Abend mit dem Hubschrauber aus dem

Grundlegende Daten und Fakten zu Argentinien

Argentinien grenzt im Norden an Bolivien und Paraguay, im Osten an Brasilien und Uruguay, im Süden und im Westen an Chile. Es ist mit 2 766 889 km² nach Brasilien das zweitgrößte Land Südamerikas.

Bevölkerung und Wirtschaft

Wichtige Städte sind neben der Hauptstadt Buenos Aires mit rund 3,1 Mio. Einwohnern (Großraum Buenos Aires: ca. 12,5 Mio.) die Universitätsstadt Córdoba (1,3 Mio) und die Binnenhafenstadt Rosario (1,2 Mio).

Argentinien hat rund 37 Mio. Einwohner, etwa 85 % sind Nachkommen europäischer, vor allem spanischer und italienischer Einwanderer. Heute leben rund 800.000 sog. „Deutschstämmige" in Argentinien, 200.000 allein in Buenos Aires.[5/85]

Argentinien zeichnet sich aufgrund der Vertreibung und Vernichtung der indigenen Bevölkerung, die schon im 16. Jahrhundert durch die spanische Kolonialmacht begonnen wurde, durch einen besonders hohen Anteil „weißer" Bevölkerung aus. Diese Vertreibung und Vernichtung erreichte im sog. Wüstenkrieg Ende des 19. Jahrhunderts mit der Eroberung der Wüstengebiete im Süden und Norden durch einheimische Gutsbesitzer und ausländische Kapitalisten einen erneuten Höhepunkt.[9/37] Heute leben nur noch rund 30.000 Nachkommen der Ureinwohner Argentiniens.

Mehr als ein Drittel der Bevölkerung lebt in Buenos Aires oder Umgebung. Spanisch ist die offizielle Landessprache. Von den 37 Mio. Einwohnern leben gemäß bürgerlichen Statistiken 15 Mio. (40%) in Armut. Laut offiziellen Angaben sind sieben Mio. - die höchste Rate in der Landesgeschichte - erwerbslos, etwa die gleiche Zahl ist verdeckt arbeitslos (sog. „Unterbeschäftigte"). Die Zahl der Erwerbstätigen liegt bei etwa 15 Mio., von denen rund 31 % in Industrieunternehmen beschäftigt sind, die sich zu einem Großteil in Buenos Aires befinden. 97% aller Produktionsstätten beschäftigen weniger als 50 Personen. Rund drei Millionen Werktätige sind gewerkschaftlich organisiert, vor allem in den drei großen Gewerkschaften: der peronistischen CGT, der „oppositionellen" CGT und der 1991 gegründeten CTA. Die Organisierung in den staatlichen Gewerkschaften war bis vor kurzem Voraussetzung für den Bezug von Leistungen der Renten- und Krankenversicherung.[8/26]

Bereits zu Anfang der Epoche des Imperialismus beschrieb Lenin Argentinien als ein Musterbeispiel formal selbständiger Staaten, die jedoch in Wirklichkeit in ein Netz finanzieller und diplomatischer Abhängigkeit vom Imperialismus verstrickt sind (siehe Lenin, „Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus", 1916, Lenin Werke, Band 22, S. 267). Zunächst spanische Kolonie, war Argentinien bis Anfang des 20. Jahrhunderts

➤➤

Beilage: Plakat „Solidarität mit den Kämpfen der Werktätigen und Ausgebeuteten in Argentinien!"

Fortsetzung von Seite 1: „Grundlegende Daten und Fakten zu Argentinien"

faktisch eine Halbkolonie des englischen Imperialismus, wobei der US- und der deutsche Imperialismus immer mehr vordrangen. Ende des Zweiten Weltkriegs konnte der US-Imperialismus seine Vorherrschaft konsolidieren, wird jedoch zunehmend auch durch den deutschen Imperialismus herausgefordert.

Argentinien ist einer der größten Rinder- und Getreideproduzenten Südamerikas. Von der rund 280 Millionen Hektar großen Landfläche wird etwas mehr als die Hälfte als Weide für Rinder- und Schafherden genutzt. Der Prozeß der Konzentration des Großgrundbesitzes führte zu einer Verarmung der Bäuerinnen und Bauern, die großteils als Landarbeiterinnen und Landarbeiter ausgebeutet und unterdrückt werden. Während 41,2% aller landwirtschaftlichen Betriebe Land mit weniger als 25 ha (0,9% der landwirtschaftlich nutzbaren Fläche) bearbeiten, verfügen 0,6% über Ländereien mit mehr als 10.000 ha (ca. 34% der landwirtschaftlich nutzbaren Fläche).[18/156]

Wichtige Exportgüter sind Weizen, Mais, Futtermittel, Erdöl und Erdgas. Hauptimportgüter sind Maschinen, elektronische Ausrüstungen, Eisen. Argentinien bezieht Importe vor allem aus Brasilien und den USA, Deutschland steht an dritter Stelle.

Die Gesamtinvestitionen der imperialistischen Länder betragen 9 Mrd. US-Dollar (Stand: 2000), wobei sich die Investitionen des deutschen Imperialismus auf ca. 2,3 Mrd. US-Dollar belaufen. Die Gesamtimporte Argentiniens belaufen sich im gleichen Zeitraum auf 23,8 Mrd. US-Dollar, wobei der deutsche Imperialismus Waren im Wert von ca. 1,3 Mrd. US-Dollar exportiert. Die Auslandsverschuldung beträgt rund 140 Mrd. US-Dollar, das Haushaltsdefizit rund 8 Mrd. US-Dollar. Allein für die Zahlung der Zinsen mußte Argentinien 2001 rund 30 Mrd. US-Dollar aufbringen.

Zur Sicherung der Ausbeuterinteressen verfügen die herrschenden Klassen im Interesse ihrer imperialistischen Oberherren über eine der modernsten und bestausgerüsteten Armeen in Mittel- und Südamerika. Die Armee mit einer Gesamtstärke von rund 185.000 Soldaten (davon rund 130.000 Soldaten im Heer, in der Marine rund 36.000 Soldaten, in der Luftwaffe 19.000 Soldaten). Zusammen mit der Gendarmerie (12.000), der Küstenwache (9.000) und der Bundespolizei (22.000) sind dies rund 228.000 bewaffnete Offiziere und Soldaten.[19/22]

Geschichte

Vor der im 16. Jahrhundert einsetzenden Eroberung durch die spanische Kolonialmacht lebten im Gebiet des heutigen Argentinien vor allem die Völker der Guarani, Querandi und Quechua. Trotz teilweise erbitterten Widerstands wurden sie vertrieben oder als Arbeitssklaven in den Plantagen zu Tode geschunden.

Anfang des 19. Jahrhunderts versuchte die englische Kolonialmacht, die spanische Vorherrschaft in Argentinien abzulösen. Die englische Flotte griff 1806 Buenos Aires an, die spanischen Beamten flohen aus dem Land. Die Angreifer besetzten die Stadt, machten sich aber rasch durch Plünderungen und Raub unbeliebt, so daß sie schließlich von einer Bürgermiliz vertrieben wurden.

Durch die Erfahrungen bei der siegreichen Vertreibung der Engländer gestärkt, griff der argentinisch-kreolische Adel zur politischen Macht und stürzte 1810 den spanischen Vizekönig. Der bewaffnete Kampf gegen die „königstreuen" Truppen dauerte jedoch noch einige Jahre, bis schließlich 1816 die formelle Unabhängigkeit Argentiniens erklärt wurde. Die innenpolitischen Auseinandersetzungen waren von nun an geprägt durch Auseinandersetzungen zwischen Unitariern, die die Errichtung einer zentralen Staatsmacht befürworteten und die Interessen der Gutsbesitzer und der entstehenden Bourgeoisie von Buenos Aires vertreten, und Föderalisten, die die Interessen der Gutsbesitzer der inneren Landesbezirke vertraten.

1869 kam es zu einem großen Aufstand der werktätigen Bevölkerung gegen den kreolischen Feudaladel. Außenpolitische Marksteine waren die Besetzung der Malvinen („Falklands") durch die englische Kolonialmacht 1833 sowie Argentiniens Krieg gegen Brasilien (1825-1828), in dem Brasilien unterlag, und der Krieg gegen Paraguay (1865-1870), der mit dem Sieg von Argentinien, Brasilien und Uruguay endete.

1919 traten erstmals die argentinischen Arbeiterinnen und Arbeiter kämpferisch auf den Plan. Streiks der Metallarbeiter entwickelten sich zu bewaffneten Kämpfen zwischen den Arbeiterinnen und Arbeitern gegen Militär und Polizei.

Am 7. Januar schlossen sich ihnen die Hafenarbeiterinnen und –arbeiter an. Vier Arbeiter wurden bei Auseinandersetzungen mit Streikbrechern ermordet. Daraufhin kam es am 9. Januar zu einem Generalstreik, in dessen Verlauf während der sog. „Tragischen Woche" Polizei-, Militär- und paramilitärischen Einheiten durch die Arbeiterviertel marodierten, insbesondere auch Viertel mit hohem Anteil jüdischer Einwanderer, und mind. 20 Arbeiterinnen und Arbeiter erschossen.

1930 putschte die faschistische Clique des Generals Uriburu und errichtete ein Terrorregime. Unter Führung der KP Argentiniens wurde 1936 eine Volksfront gegen Reaktion und Faschismus gebildet. Der probritische General Ortiz, Präsident ab 1938, mußte das Terrorregime zur Aufrechterhaltung seiner Macht etwas abmildern. Ab 1940 übernahm General Castillo, ein Großgrundbesitzer, der sich außenpolitisch sehr an Nazideutschland orientierte, die Macht. Jedoch entwickelte sich insbesondere ab 1943 eine immer stärker werdende demokratisch-antifaschistische Bewegung. Nicht zuletzt um deren Entwicklung zu verhindern, putschte im Februar 1944 eine Militärjunta, deren zentrale Figur Oberst Juan Perón, ein Bewunderer Mussolinis, war. Im Mai 1945 demonstrierten in Buenos Aires 30.000 Menschen, um die Befreiung Berlins durch die Rote Armee zu feiern.

Die Peronistische Partei (PJ) unter Führung Peróns trat mit demagogischen Losungen von „Klassenharmonie" und „Wohlfahrtsstaat" zur Bindung rückständiger Teile der Werktätigen 1947 auf den Plan. Das reaktionäre Perón-Regime erweckte den Anschein, als ob es gegenüber Imperialismus und Kommunismus eine „dritte Position" einnehmen würde. Die Gewerkschaft CGT wurde umformiert und vom Arbeitsministerium kontrolliert, Gewerkschaftsbeiträge zwangsweise vom Lohn abgezogen. In den 40er Jahren kaufte Argentinien vom internationalen Finanzkapital zahlreiche Firmen – vor allem im Besitz des englischen Imperialismus – zurück. So erwarb es 1947 die im englischen Besitz befindliche Eisenbahn. Dadurch wurden englische Kapitalinvestitionen verringert und die Position des englischen Imperialismus in Argentinien geschwächt. Gleichzeitig verstand es Perón mit Hilfe einer geschickten, nationalistisch-„antiimperialistisch" verbrämten Demagogie das Vordringen des US-Kapitals zu erleichtern.

1955 wurde Perón durch einen Militärputsch gestürzt und ging ins faschistische Spanien Francos ins Exil. Die Peronistische Partei wurde verboten. Während der Herrschaft einer ab 1966 errichteten Militärjunta kam es im Mai 1969 in Córdoba zu einem bewaffneten Aufstand der Arbeiter und Studenten. Im ganzen Land waren bewaffnete Gruppen entstanden, darunter auch sog. „linke" peronistische Guerillagruppen. Streiks und Kämpfe der Studentinnen und Studenten hielten in den folgenden Jahren an. Perón, aus dem Exil zurückgekehrt, wurde im September 1973 erneut zum Präsident gewählt. Die herrschenden Klassen verließen sich nicht mehr allein auf die offene staatliche Repression und finanzierten zunehmend Todesschwadrone aus rechten Peronisten, Soldaten und Polizisten. Im März 1976 kam es in Buenos Aires und weiteren Städten zu Generalstreiks.

Am 24. März 1976 putschte eine Militärjunta, deren Ziel die Zerschlagung der Arbeiter- und Studentenbewegung war. Ein Terrorregime aus Einschüchterungen, Mißhandlungen, Verhaftungen, Folter, Verschleppung und Mord wurde errichtet.

Bereits vor dem Putsch waren in der Deutschen Botschaft von Buenos Aires - zusammen mit Vertretern anderer imperialistischer Mächte - Verhandlungen mit den reaktionären Putschgenerälen geführt worden, bei denen gegen Zusicherung von Krediten mit den zukünftigen Junta-Generälen vereinbart wurde, öffentliche Massenverhaftungen und -morde zu vermeiden.[Vgl. SZ vom 24.8.1976 in: 9/72] Nachdem das Pinochet-Regime im Nachbarland Chile seit 1973 seinen Terror relativ unverhohlen und unter den Augen der internationalen Öffentlichkeit verübt hatte (so wurde das chilenische Nationalstadium zum Gefangenenlager umfunktioniert, in dem gefoltert und gemordet wurde), sollte in Argentinien zur Vermeidung von Protesten demokratischer und fortschrittlicher Kräfte die hauptsächliche Form der Repression das „Verschwindenlassen" verschleppter Regimegegner werden. Der damalige deutsche Botschafter in Buenos Aires Jörg Kastl erklärte in einem Interview:

> **„Wir haben den Militärs gesagt, wir haben Verständnis, daß ihr eingreift. Aber das muß mit rechtsstaatlichen Mitteln gehen. Wir, Sie müssen Lehren ziehen aus den Untaten des Pinochet-Regimes. Fußballplätze, das darf es in Argentinien nicht geben."[8/78]**

Mehrere 10.000 Regimegegner wurden von den Schergen der Militärjunta verhaftet und gefoltert, rund 7.000 ermordet. 30.000 Verschwundene wurden zunächst in Nacht-und-Nebel-Aktionen in eines der geheimen Folterlager verschleppt und nach ihrer Ermordung in Massengräbern verscharrt oder aus Flugzeugen in den Rio de la Plata oder ins Meer geworfen. Zielscheibe des Terrors waren insbesondere fortschrittliche Arbeiterinnen und Arbeiter. In den Fabriken arbeiteten Militärs und Personalabteilung Hand in Hand.

Der Werkschutz bewachte die Eingänge und teilte die Namen „unliebsamer" Kollegen an die wartenden Militärs mit, die sich auf dem Werksgelände frei bewegten und teilweise eigene Internierungslager hatten.[8/19] Bei Ford Argentinien mit damals ca. 7000 Beschäftigten wurden fortschrittliche Arbeiterinnen und Arbeiter direkt auf dem Betriebsgelände mißhandelt und in Firmenwagen in die Folterzentren gekarrt. Ähnlich bei den Konzernen des deutschen Imperialismus wie Mercedes-Benz.[7] Die Führung der korrupten Gewerkschaften wie der CGT biederte sich – obwohl während der Diktatur verboten – an die Militärjunta an und machte mit den Militärs nicht selten gemeinsame Sache, um sich unliebsame Kollegen vom Hals zu schaffen. José Zanola von der Bankgewerkschaft wurde 1981 von der Militärjunta als Berater der zwangsverwalteten CGT eingesetzt.[8/16]

Der sog. Falklandkrieg, 1982 von der Militärjunta entfacht, um die Inselgruppe der Malvinas vom engischen Imperialismus zurückzuerobern, endete mit einer Niederlage Argentiniens.

Während der Herrschaft der Militärjunta erhielt Argentinien Kredite in einer Höhe, wie es dies bisher noch kein mittel- und südamerikanisches Land erhalten hatte. Bis zum Ende der Militärjunta sollten sich die Auslandschulden Argentinien von ursprünglich sechs Mrd. US-Dollar auf 43 Mrd. US-Dollar versechsfachen.[7]

1983 wurde Raúl Alfonsín zum Präsident gewählt. Er erließ zwei Amnestiegesetze (das sog. „Schlußpunktgesetz" und das „Befehlsnotstandsgesetz"), so daß die Mörder und Folterschergen und ihre Hintermänner von der argentinischen Klassenjustiz nahezu unbehelligt geblieben sind. Alfonsíns Nachfolger, der Peronist Menem, setzte von 1989 bis 1999 diese Politik fort, bei der die Straflosigkeit der Henker der Ausbeuterklassen mit der Verfolgung demokratischer, antiimperialistischer und revolutionärer Kräfte einherging.

Dies zeigt auch das Beispiel der Gefangenen der MTP („Movimiento Todos Por La Patria"). Im Januar 1989 besetzten 42 MTP-Mitglieder die Militärkaserne La Tablada im Großraum Buenos Aires, um -so ihre Argumentation- einen bevorstehenden Militärputsch gegen die Regierung zu verhindern. 3600 Polizisten und Soldaten belagerten daraufhin die Kaserne und bombardierten sie fast 30 Stunden lang. 31 Aktivisten wurden ermordet, acht weitere, deren Festnahme vor Ort mit Fernsehbildern dokumentiert ist, wurden nach der Festnahme ermordet. Im Februar 1989 wurden im Schnellverfahren 22 MPT-Aktivisten zu lebenslanger Haft verurteilt, noch heute sind 14 von ihnen inhaftiert. Vergangenes Jahr versuchten sie mit einem 116tägigen Hungerstreik ihre Freilassung zu erkämpfen.

Präsidentenpalast. Am Mittag hatte die Polizei die Mütter der Plaza de Mayo angegriffen, die seit fast 25 Jahren jeden Donnerstag für eine Bestrafung der Mörder der Militärjunta protestieren, weil diese die Verhaftung von Demonstranten zu verhindern versucht hatten. Sieben der kämpferischen Mütter im Alter von 70 bis 90 Jahren wurden durch Gummigeschosse, Tränengas, Polizeipferde- und knüppel verletzt. Das Bild der zusammengenküppelten Mütter der Plaza de Mayo war den fortschrittlichen Kräften noch zu gut aus den Tagen des Terrorregimes der Militärjunta bekannt. Es kam zu stundenlagen Straßenkämpfen im Banken- und Regierungsviertel von Buenos Aires. Dabei wurden 14 Demonstrantinnen und Demonstranten ermordet, sechs weitere Opfer gab es bei Kämpfen in anderen Städten.

Innerhalb von 48 Stunden waren 30 Protestierende ermordet, rund 4.500 verhaftet, davon 2.700 in Buenos Aires, sowie mehrere Tausend verletzt worden. Gegen rund 2.500 Festgenommene wurden Verfahren wegen Straßenblockaden und Lebensmittelbeschaffungsaktionen eingeleitet.

Nicht nur mit Terror, sondern auch mit parlamentarischen Manöver versuchten die Herrschenden, die Proteste zu abzuwürgen. Am 22. Dezember wurde der Peronist Adolfo Saá zum neuen Präsident erklärt und einige besonders brutale Polizeichefs zur Imagepflege vom Dienst suspendiert. Die peronistischen Gewerkschaftsführungen bliesen den Generalstreik ab, da das Ziel, der Rücktritt des Präsidenten, erreicht worden sei. „Kämpferisch" kündigte Saá an, die Rückzahlung der Zinsen für die Auslandschulden werde ausgesetzt. Außerdem soll die Einführung einer dritten Währung – neben Peso und US-Dollar – eine Abwertung des Peso verhindern. Doch die Werktätigen und Ausgebeuteten ließen sich nicht abwiegeln. Täglich demonstrierten Zehntausende auf den Straßen.

Zu einem erneuten Anstieg der militanten Massenproteste kam es am 28. Dezember. Demonstrantinnen und Demonstranten hatten versucht, den Präsidentenpalast an der Plaza de Mayo zu stürmen und vor dem Gebäude Feuer zu legen. Es wurden Barrikaden und Straßensperren errichtet, die Fensterscheiben zahlreicher Gebäude des Regierungsviertels gingen zu Bruch. Einer Gruppe von Demonstrantinnen und Demonstranten gelang es schließlich, das Parlamentsgebäude zu erstürmen. Neben rund hundert Verhafteten gab es wieder zahlreiche Verletzte. Am 29. Dezember erklärte Präsident Saá nach einer Woche Amtszeit seinen Rücktritt.

Am 2. Januar erhielt Argentinien einen neuen Präsidenten – den fünften innerhalb von elf Tagen: den Peronisten Edurado Duhalde. Gleich während seiner Vereidigung zum Präsidenten kam es zu neuen Kämpfen. Duhalde kündige die Aufhebung der Dollarbindung des Peso an. Sparguthaben sollten je nach Höhe über Monate blokkiert bleiben. Bei Protesten in Floresta wurden drei Jugendliche erschossen. Von der argentinischen bürgerlichen Presse nun weitgehend unter den Tisch gekehrt, gingen die Proteste weiter. Die Arbeiterinnen und Arbeiter der Fabrik Brukman besetzten die Fabrik. Am 11. Januar demonstierten in Buenos Aires Zehntausende Menschen gegen die neue Regierung. Rund 600 Arbeiterinnen und Arbeiter von Pepsi-Cola begannen einen Streik gegen die Entlassung von 60 Kolleginnen und Kollegen. An einer gemeinsamen Demonstration durch das Viertel beteiligten sich mehrere Hundert Bewohner und errichteten Straßenblokaden. Bei einer Demonstration von rund 5000 Menschen in Córdoba kam es zu heftigen Kämpfen mit der Polizei, die 10 Protestierende schwer verletzte. Sieben Gewerkschaftsführer der CTA wurden in der Provinz Neuquén verhaftet. Am 17. Januar demonstrierten Zehntausende vor dem Obersten Gerichtshof in Buenos Aires. Am 18. Januar forderten Zehntausende Protestierende vor dem Parlament die Bestrafung der Mörder der bei den Kämpfen ermordeten Demonstrantinnen und Demonstranten.

☆ ☆ ☆

Auslöser der aktuellen Kämpfe war die sich seit Jahren verschärfende Wirtschaftskrise Argentiniens. Durch Privatisierungen wurden die Betriebe des vom Imperialismus abhängigen Staates (Strom-, Gas- und Telekomgesellschaften) an das imperialistische Finanzkapital verscherbelt, das rund 12 Mrd. US-Dollar investierte, allen voran der US-Imperialismus, gefolgt von spanischem Kapital. Importbeschränkungen wurden aufgehoben und 1991 der argentinische Peso im Verhältnis 1:1 an den US-Dollar gekoppelt. Der bei den internationalen Banken und dem IWF total verschuldete argentinische Staat verordnete einen „Sparkurs" auf Kosten der Werktätigen und Ausgebeuteten. Lohn- und Rentenkürzungen, Steuererhöhungen und eine massenhafte Erwerbslosigkeit waren die Folge.

Seit Monaten waren Löhne und Gehälter der staatlichen Angestellten in Form von Gutscheinen, sog. patacones, ausbezahlt und schließlich am 1. Dezember die Privatkonten eingefroren worden, so daß pro Monat nur Barabhebungen in Höhe von ca. 1100 Euro erlaubt waren. Die Ankündigung des IWF vom 6. Dezember, einen zugesagten Kredit in Höhe von 1,3 Mrd Dollar wegen „mangeldem Schuldenmanagement" auszusetzen, führte dazu, daß Löhne, Gehälter und Pensionen nicht mehr ausbezahlt werden konnten. So dienten die Kredite des internationalen Finanzkapitals und seinen Institutionen nur dazu, den Schuldendienst Argentiniens so lange wie möglich aufrechtzuerhalten, um noch die letzten Profite aus den Werktätigen Argentiniens herauszupressen und das schließlich zahlungsunfähig gewordene Land in noch weitere Abhängigkeit zu verstricken.

☆ ☆ ☆

Während der Kämpfe der letzten Wochen haben die ausgebeuteten Werktätigen Argentiniens mehr Erfahrungen gemacht als in vorangegangenen Jahren. Sie haben erlebt, wie nach zwei Tagen hartnäckigen Kämpfen der erste Präsident im Hubschrauber aus dem Regierungssitz geflohen war. Sie haben erlebt, daß es möglich ist, in einer Stadt wie Buenos Aires - mit zeitweise 45.000 Polizisten und Militärs konfrontiert - militant zu demonstrieren und zu streiken, revolutionäre Gewalt anzuwenden. Sie haben erlebt, wie wichtig der Zusammenschluß der kämpfenden Arbeiterinnen und Arbeiter mit den Kämpfen der Erwerbslosen und Jugendlichen ist, welche Schwächen und Schwankungen ihre Verbündeten, die verarmten Mittelschichten, besitzen. Die Kämpfenden eroberten sich Raum für notwendige grundsätzliche Debatten. Es fanden Versamlungen statt, an denen Arbeiterinnnen und Arbeiter, teilweise als Vertreter bestreikter Betriebe, und

„Dankesschuld für alte Kameraden": Zuflucht für deutsche Nazi-Kriegsverbrecher

Nach offiziellen Schätzungen sind rund 300.000 Nazis, darunter ca. 50.000 Kriegsverbrecher nach Südamerika geflüchtet. Prominente Kriegsverbrecher wie der Schlächter von Lyon Klaus Barbie nutzten Argentinien als Transitland für die Flucht nach Bolivien oder andere Länder Südamerikas. Doch Argentinien war nicht nur Transitland. Umworben von der reaktionären Regierung Peróns und ohne große Hindernisse bei der Einreise, ausgestattet mit dem Verbindungsnetz einer großen pronazistischen „Deutschen Gemeinde" war Argentinien beliebtes Fluchtziel der Nazis. Nicht umsonst erklärte Perón 1952:

> **„Wir, die wir die Ehre haben, diese argentinische Uniform zu tragen, werden niemals die gewaltige Dankesschuld gegenüber den alten Kammeraden des deutschen Heeres vergessen, denen wir so viel von unserer Ausbildung verdanken."[1/199]**

Die Nazis reisten in Argentinien sowohl unter ihrem eigenen Namen, als auch mit gefälschten Ausweisen, ebenso mit vom Vatikan oder dem Internationalen Roten Kreuz ausgestellten Dokumenten ein. Argentinien war eines der wenigen Länder, das solche Ausweise des Roten Kreuzes akzeptierte. Hier exemplarisch zehn Beispiele:

Ludolf Herrmann von Alvenleben. SS-Gruppenführer und Generalmajor der Polizei. Beteiligt beim Überfall auf die Sowjetunion auf der Krim.

Gerhard Bohne. Juristischer Berater Hitlers beim Euthanasiemordprogramm „T4".

Adolf Eichmann. Als Leiter des Nazi-„Judenreferats" organisierte er die Deportation der jüdischen Bevölkerung aus den von Nazi-Deutschland besetzten Gebieten in die KZs und Vernichtungslager. Bis er 1960 in Israel vor Gericht gestellt und zu Recht zum Tode verurteilt wurde, war er in Argentinien bei Mercedes-Benz beschäftigt.

Albert Ganzenmüller. Als Staatssekretär im Reichsverkehrsministerium hatte dieser Logistiker des Nazi-Völkermords für den reibungslosen Ablauf der Deportationen mit der Bahn gesorgt. Er kam als Verkehrsexperte in einem staatlichen argentinischen Straßenbauprojekt unter.

Fridolin Guth. Kompaniechef des in Frankreich stationierte Polizeiregiments 19 zur Partisanenbekämpfung.

Joseph Mengele. SS-Obersturmbannführer und Lager"arzt" in Auschwitz.

Wilfried von Oven. Pressereferent von Goebbels. In Argentinien Chefredakteur der Nazi-Zeitung „Freie Presse". Ab den 70er Jahren wieder in Deutschland als Mitarbeiter der „National und Soldatenzeitung".

Erich Priebke. Als SS-Hauptmann ermordete er in Italien Partisaninnen und Partisanen.

Hans Ulrich Rudel. Oberst der Nazi-Luftwaffe. Veröffentlichte im argentinischen Nazi-Verlag Dürer mehrere Nazi-Bücher und Broschüren. Bis in die 70er Jahre vertrat Rudel deutsche Firmen in Argentinien, darunter u.a. Siemens

Joseph Schwammberger. Kommandant des Zwangsarbeiterlagers Rozwadow, später des jüdischen Ghettos in Przemysl und schließlich des Zwangsarbeiterlagers Mielec.

[Quellen: 10/21 f.; 15/5]

Der deutsche Imperialismus in Argentinien

Wenn auch die aktuellen Kämpfe gegen das imperialistische Finanzkapital heute in erster Linie gegen den momentan dominierenden US-Imperialismus gerichtet sind, werden die revolutionären Kräfte in Argentinien auch zunehmend den deutschen Imperialismus in die Schußlininie nehmen. Er ist ein Todfeind der Ausgebeuteten und Werktätigen Argentiniens, wie auch die Geschichte zeigt.

Bis zum Ersten Weltkrieg

Der zu spät gekommene imperialistische Räuber Deutschland war auch in Argentinien relativ spät eingedrungen. Bereiche wie Bergbau, Transport und Plantagen waren bereits vom englischen bzw. US-Imperialismus dominiert. Doch geschickt verstand es der deutsche Imperialismus ab Ende des 19. Jahrhunderts, die Rivalität zunächst zum englischen, später zum US-Imperialismus ausnützend, Schlüsselstellungen im Schulwesen und Militär einzunehmen, um seinen politischen und wirtschaftlichen Einfluß auszubauen.

Seit 1904 lag die Ausbildung argentinischer Oberschullehrer in den Händen eines deutschen Nationalisten.[10/25] Die Ausbildung der Führungsriege des argentinischen Militärapparats lag seit 1900 in deutscher Hand. Für den Aufbau und die Leitung der 1889 gegründeten argentinischen Kriegsakademie wurden deutsche Offiziere verpflichtet. Unter ihnen zum Beispiel Generalstabsoffizier Reinecke, der bereits „Auslandserfahrung" durch seine Teilnahme an den mörderischen „Strafexpeditionen" der deutschen Armee zur Niederschlagung des Boxeraufstands 1900 in China hatte.[1/85] Deutsche Offiziere leiteten die reaktionäre Kadettenschule, in der der gesamte argentinische „Offiziersnachwuchs" ausgebildet wurde. Unter ihnen zum Beispiel Hauptmann Faupel, der nicht nur an den „Strafexpeditionen" gegen die aufständischen Boxer in China, sondern auch 1904 bei der Ausrottung der Herero und Nama in Namibia gemordet hatte und 1936 Botschafter Nazi-Deutschlands im von den Franco-Faschisten besetzten Teil Spaniens werden sollte.[1/92] Deutsche Offiziere wurden schließlich auch für die argentinische Schießschule verpflichtet.[1/88] Im Gegenzug wurden jährlich 30 argentinische Offiziere zur Ausbildung nach Deutschland geschickt.[1/127] Bis 1914 wurden 150 Offiziere in Deutschland ausgebildet. Schon 1910 konnten deutsche Militärs berichten, inzwischen seien viele der ausgebildeten Militärs zu Obersten und Generälen befördert worden, die „mit wenigen Ausnahmen treue Freunde Deutschlands und Bewunderer unserer militärischen Einrichtungen"[1/90] seien.

Der Unterricht an den argentinischen Militärausbildungszentren, die Abnahme der Prüfungen argentinischer Offiziere, die Einführung des „deutschen Reglements" in der argentinischen Armee – das alles bot enorme Möglichkeiten der ideologischen Beeinflussung zur Heranzüchtung prodeutscher Kreaturen im argentinischen Staatsapparat. Zudem hatte der deutsche Imperialismus ein genaues Bild der argentinischen Militärverhältnisse, die nicht zuletzt den deutschen Waffenproduzenten Anhaltspunkte für den Absatz ihrer Produkte gaben.

So ist es nicht verwunderlich, daß bis 1914 fast der gesamte Bedarf der argentinischen Armee vom deutschen Imperialismus gedeckt wurde – bis hin zu den Uniformstoffen und den neu eingeführten Pickelhauben.[1/90]

Noch in den 70er Jahren des 19. Jahrhunderts hatte Deutschland mit einem Anteil von nur drei Prozent am Gesamthandel mit Argentinien auf Platz sieben rangiert. Zehn Jahre später vergaben deutsche Banken die ersten großen Kredite an Argentinien. 1887 wurde die Deutsche Überseeische Bank, eine Tochter der Deutschen Bank, gegründet. Bereits 1904 gab es allein im Großraum Buenos Aires 500 deutsche Handelshäuser und im gleichen Jahr gründete AEG mit 50 Mio DM eine Filiale.[1/123] 1914 baute Siemens die erste Fabrik außerhalb Europas in Argentinien. Bis 1913 waren schließlich deutsche Exporte – vor allem Waffen - von 26,1 Mio (1890) auf 265,2 Mio Mark gestiegen und Deutschland nahm am argentinischen Gesamthandel den zweiten Platz hinter Großbritannien ein.

Durch die wirtschaftlich und politisch starke Position des deutschen Imperialismus erklärte Argentinien trotz des Drucks des US-Imperialismus nach Ausbruch des Ersten Weltkriegs seine Neutralität. Der General und spätere Präsident Uriburu, ein „Freund der deutsch-freundlichen Richtung", erklärte, daß die Kriegserklärung an Deutschland die offene Revolution im Heere zur Folge" haben würde.[1/188]

Nachkriegszeit und Weimarer Republik

Nach dem Ersten Weltkrieg mußte der besiegte deutsche Imperialismus zunächst wieder Kräfte sammeln und leiser treten. In den 20er Jahren entdeckten die Großkonzerne des deutschen Imperialismus das „Argentinien-Geschäft" und eröffneten Niederlassungen: Siemens (1921), Stinnes (1924), Krupp (1925).[14]

Der deutsche Imperialismus konnte nach einer Übergangszeit zumindest offiziell durch die Bestimmungen des Versailler Vertrages keine Waffen produzieren bzw. exportieren. Inoffiziell wurden wieder Kontakte geknüpft. Deutsche Offiziere hielten private Vortragsreisen in Argentinien, verfaßten für die argentinischen Militärbehörden Anleitungen für die „Verwendung von Truppen bei Unterdrückung von Aufständen"[1/194] und wurden schließlich als „Berater" der argentinischen Armee tätig.

Sie lehrten wieder in den Militärausbildungszentren, gaben Kurse in Panzer- und Luftkriegsführung, überwachten die Kadetten- und Offiziersausbildung und waren mit der Planung und Durchführung von Manövern befaßt.[1/195] Der 1930 durch einen Militärputsch an die Macht gekommene General Uriburu hatte – wie die Mehrzahl der höheren argentinischen Offiziere - seine Militärausbildung in Deutschland absolviert und am Ersten Weltkrieg als argentinischer Militärattaché in der deutsche Arme teilgenommen.[11/17] Er umgab sich mit einem deutschen Beraterteam unter Leitung des deutschen Oberst Faupel.[10/25]

Nach der Errichtung der nazifaschistischen Diktatur in Deutschland

Wirtschaftliche Expansion des deutschen Imperialismus

Zunächst konzentrierte sich Nazi-Deutschland auf eine Intensivierung der Handelsbeziehungen und eine Festigung der Position der deutschen Monopole.

Die ersten Handelsabkommen wurden ab 1934 abgeschlossen. Sie vollzogen sich auf der Basis des Kompensationsgeschäfts, das angesichts des herrschenden Devisenmangels beider Länder vor allem für den deutschen Imperialismus vorteilhaft war. Gegen die Praktiken des englischen und US-Imperialismus stellte der deutsche Imperialismus dabei demagogisch solche devisenlose Kompensationsabkommen für abhängige Länder als „besonders günstig und natürlich" dar, weil nicht durch Verschuldungsprobleme belastet.[2/81]

Von 1933 bis 1938 wurden rund 50 deutsche Aktiengesellschaften gegründet. Bis 1938 hatte der deutsche Imperialismus in Argentinien Kapital in Höhe von rund 400 Mio. US-Dollar investiert. Insgesamt hatte sich das Volumen der Exporte aus Nazi-Deutschland 1938 um 70% im Vergleich zu 1932 erhöht.[2/84] Beim Waffenexport nach Argentinien von 1934 bis 1938 lag Nazi-Deutschland zwar hinter dem englischen, aber vor dem US-Imperialismus.[1/213] Rund 40% der argentinischen Exporte wurden 1940 nach Nazi-Deutschland geliefert.[4/417]

Politisch-ideologische Offensive des deutschen Imperialismus

Argentinien bot sich dem deutschen Imperialismus vor allem aufgrund von drei Faktoren an:

- Dort verfügte er (im Gegensatz zum englischen oder US-Imperialismus) über eine relativ hohe Zahl deutscher Einwanderer (Mitte der 30er Jahre: rund 230.000 sog. „Auslandsdeutsche") und der Einfluß des US-Imperialismus war noch nicht so stark. Gerade diese „Auslandsdeutschen", durch eine jahrzehntelange „Deutschtumsarbeit" deutschnational verhetzt, sollten sich als zuverlässigste Kerntruppe der ideologischen und politischen Expansion des deutschen Imperialismus in Argentinien erweisen.[1]
- Nicht zu unterschätzen war auch der bedeutende Einfluß auf den Polizei- und Militärapparat sowie die relativ starke wirtschaftliche Position der Konzerne des deutschen Imperialismus, vor allem Siemens und AEG.
- Ein weiterer Anknüpfungspunkt war die demagogische Propaganda einer angeblich „antiimperialistischen" Politik Nazi-Deutschlands. Dabei nutzten die deutschen Imperialisten Tendenzen der herrschenden Klassen Argentiniens aus, sich aus der weitgehenden Abhängigkeit vom englischen Imperialismus zu lösen. Diese „antiimperialistische" Nazi-Demagogie war ebenfalls ein wirkungsvolles Mittel, um die antiimperialistischen Bestrebungen rückständiger Werktätiger in prodeutsche Bahnen zu lenken.

Bereits im Februar 1931 wurde in Buenos Aires eine Auslandsorganisation der Nazi-Partei gegründet. Im September 1932 - also noch vor der Errichtung der nazifaschistischen Diktatur – verfügte sie über rund 300 NSDAP-Mitglieder und sollte mit rund 1570 Mitgliedern (Stand 1939) weltweit zur vierstärksten außerhalb Deutschlands (nach Brasilien, den Niederlanden und Österreich) werden. [4/47 und 120]

Die wirkliche Zahl der Nazis und Pronazis in Argentinien war jedoch bedeutend höher. So verfügten Nazi-Organisationen wie der „Opferring" über rund 6.000 [4/171], die „Hitler-Jugend" über rund 1500 [4/188], die „DAF" in den Betrieben des deutschen Imperialismus über rund 7000 Mitglieder [12/29]. Kernpunkt der nazistischen „Deutschtumsarbeit in Argentinien" waren die deutschen Schulen. Mitte der 30er Jahre gab es in Argentinien 177 deutsche Schulen mit rund 13.000 Schülerinnen und Schülern - bis auf drei Ausnahmen Nazi-Schulen mit Lehrern, die in der Lehrer-Naziorganisation NLSB organisiert waren und die Schüler mit dem nazistischen „Hitler-Gruß" begrüßten und nazistisches Lehrmaterial verwendeten.[4/185]

Rasch traten die deutschen Nazis an die Öffentlichkeit. Neben einem eigenen Organ namens „Der Trommler" hielten sie bereits im Mai 1931 am „Deutschen Kriegerdenkmal" in Buenos Aires mit 1.500 Teilnehmern eine „Gedenkfeier" für den erschossenen Nazi Leo Schlageter ab und traten fortan mit Nazi-Vortragsabenden, -Feiern und – Flugblättern auf. Ein Jahr später, im Januar 1932, organisierte die Nazi-Ortsgruppe von Buenos Aires eine „Reichsgründungsfeier" mit rund 5.000 Teilnehmern. Fortan führten sie Demonstrationen, Kundgebungen und Aufmärschen in Uniform und militärischer Formation durch. So wurde 1938 von der Deutschen Botschaft eine sog. „Treuekundgebung" für die Annektion Österreichs durch den deutschen Imperialismus mit mehreren tausend Teilnehmern organisiert.[4/327]

Antifaschisten und jüdische Emigrantinnen und Emigranten wurden von den deutschen Nazis terrorisiert: Vom wirtschaftlichen Boykott gegen Händler und Verleger, Entlassungen insbesondere jüdischer Mitarbeiter bei deutschen Firmen, dem Entzug von Staatsbürgerschaft, Renten und Pensionen durch die deutsche Botschaft bis hin zu Terrorakten.

So verübte 1935 der Nazi Hans Wilke, ein Angestellter der Deutschen Bank in Buenos Aires, einen Brandanschlag auf ein Theater, in dem ein antifaschistisches Stück aufgeführt werden sollte.[4/254] 1938 wurde ein Nazi-Attentat auf das Theater Excelsior verübt, das als Treffpunkt jüdischer Emigrantinnen und Emigranten galt.[11/13]

➳

Im März 1939 veröffentlichten argentinische Zeitungen das Faksimile eines Schreibens der Deutschen Botschaft in Buenos Aires an das „Kolonialpolitische Amt" der NSDAP, in dem der argentinische Landesteil Patagonien als „Niemandsland" bezeichnet wurde und deshalb eine „deutsche Inbesitznahme" offenstehe.[4/345] *Auf Druck der demokratischen Öffentlichkeit* mußten nun die Nazi-Organisationen offiziell verboten werden, konnten jedoch unter neuem Namen ungehindert und ohne staatliche Verfolgungsmaßnahmen ihre *verbrecherische Arbeit fortsetzen, wenn auch öffentliche* Auftritte reduziert wurden.[5/67]

Aus Protest gegen die Nazi-Verbrechen während des antisemitischen Pogroms in Nazideutschland im Novemeber 1938 demonstrierten in Buenos Aires rund 20.000 Antifaschistinnen und Antifaschisten.[4/341] Auf Druck der demokratischen Öffentlichkeit mußte im Juni 1941 schließlich die „Spezielle Kommission zur Untersuchung antiargentinischer Aktivitäten" gebildet werden.[12/37]

Sieben deutsche Großkonzerne, darunter Siemens, AEG und I.G. Farben, finanzierten ab 1935 ein eigenes Korrespondenzbüro, um *die argentinische Presse gratis mit deutschen* Propaganda-Artikeln zu versorgen.[3/23] Als insbesondere nach Beginn des Zweiten Weltkrieges finanzieller Druck durch Anzeigenerteilung und eigene Nachrichten nicht mehr ausreichten, um in Argentinien prodeutsche Propaganda zu verbreiten, erhielt die Deutsche Botschaft in Buenos Aires ein monatliches Budget von 40.000 RM (ab 1941) zur Beeinflussung der argentinischen Presse und gründete die argentinische Tageszeitung Pampero.[4/273] *Argentinische Radiosender wurden aufgekauft*, befanden sich in direkter Abhängigkeit oder strahlten prodeutsche Programme aus. Rückgrat war der Sender Prieto, dem vier weitere Sender in Buenos Aires zur Seite standen sowie 10 Landessender, die im Auftrage Nazideutschlands sendeten.[2/97]

Hauptinhalt der Nazi-Propaganda war neben rassistischer Hetze und der Hervorhebung des angeblichen „Friedenswillens" der Nazis, daß Nazideutschland im Gegensatz zur „nordamerikanischen Plutokratie" *die größte Achtung vor den Völkern Mittel- und* Südamerikas hege und die beste Gewähr für die Wahrung ihrer Unabhängigkeit biete. Geschickt führte Nazi-Deutschland dabei ins Feld, daß Deutschland ja niemals Kolonialbesitz in Mittel- und Südamerika erworben habe, und verbreitete die Lüge vom „imperialistisch unbelasteten" Deutschland. In einem Bericht der Rundfunkpolitischen Abteilung der Nazis hieß es im November 1941:

> **„Die aktuellste politische Aufgabe der Einstrahlung nach Argentinien und Chile besteht in der Möglichkeit, den Neutralitätswillen dieser Länder *und die Abwehrbereitschaft gegen die USA zu* stärken, um so lange wie möglich diese Länder als Widerstandsblock gegen die USA zu benutzen."[2/97]**

Seit Mitte 1940 war die Zielgruppe der deutschen Nazipropaganda verstärkt das argentinische Militär, um die sog. argentinische „Neutralität" sicherzustellen.

Argentinische Generäle setzten sich für die Ausstrahlung nazideutscher Propagandafilme und Besuche nazistischer Veranstaltungen durch Armeeangehörige ein.[4/419] *In der* „Deutschen Bank" erhielten argentinische Offiziere Privatkredite durch Vorlage ihres Militärausweises.[11/22] Die deutschen Militärinstrukteure in Argentinien wurden – trotz argentinischer „Neutralität" - *erst Juni 1940 auf Druck der demokratischen* Öffentlichkeit von der argentinischen Regierung entlassen.[1/198]

Nachdem 1941 nahezu alle lateinamerikanischen Staaten die Beziehungen zu Nazi-Deutschland abgebrochen bzw. ihm den Krieg erklärt hatten, wurde Argentinien zum Stützpunkt des deutschen Imperialismus im südamerikanischen Kontinent. Immer intensiver entwickelten sich die Kontakte Nazi-Deutschlands zu Argentinien ab 1940 und insbesondere seit dem Putsch nationalistisch-faschistischer Militärs unter Führung Peróns 1943.

Dies ist wenig verwunderlich vor dem Hintergrund der Tatsache, daß die gesamte argentinische Generalität des Jahres 1943 ihre Ausbildung ab 1900, also zu Hochzeiten des Einflusses des deutschen Imperialismus erhalten hatte. So sehr lag es der argentinischen Regierung am Herzen, Nazi-Deutschland nicht zu desavouieren, daß *der Film „Der große Diktator", in dem Charlie Chaplin* Hitler parodierte, verboten wurde.[12/37]

Erst am 27.3.1945 beendete Argentinien seine prodeutsche Neutralität und erklärte Nazi-Deutschland den Krieg, um dem Druck des US-Imperialismus nachzugeben, aber auch, um so nach der Zerschlagung der nazifaschistischen *Diktatur als kriegführender Staat argentinische* Gesandte nach Deutschland zur „Anwerbung" von Nazis schicken zu können.

Nach dem Zweiten Weltkrieg

30.000 bis 40.000 Deutsche – in der übergroßen Mehrzahl geflüchtete Nazis - flohen von 1945 *bis in die 50er Jahre nach Argentinien.[13] Unter* ihnen Hunderte Nazi-Kriegsverbrecher, aber auch weniger „prominente" Nazi-Schergen und „Experten", „Techniker" oder „Naturwissenschaftler" Nazideutschlands. Vom Gestapo-Mörder über den Vorstand der Reichsbank bis zum Ingenieur der I.G Farben kamen viele von ihnen direkt beim argentinischen Staat, dem Gesundheits-, Finanz- und vor allem dem Kriegsministerium unter.[16]

Gestapo-Mann Dr. H. Tieß wurde beispielsweise Berater der argentinischen Polizei und wirkte bei ihrer Reorganisierung mit.[5/71] Besonders „gefragt" waren die „Spezialisten" der Nazi-Kriegswaffenschmieden wie Fokke-Wulf, Messerschmidt, Dornier und Daimler. Angeworben vom ehemaligen SS-Offizier Carlos Fuldner, inzwischen *Angestellter der argentinischen Einwanderungs*behörde[8/58], fanden sie in argentinischen Staatsunternehmen wie Fabricaciones Militares, in der Fábrica Militar de Aviones in Córdoba oder im Instituto Aerotécnica *neue Anstellungen im Bereich Flugzeug- und Raketen*technik. Der prominenteste war Kurt Tank, ehemaliger Direktor von Fokke-Wulf in Bremen, der seine Kenntnisse für den argentinischen Staat nutzbar machte und das Kampfflugzeug Pulqui II konstruierte. Daneben wurden Dutzende Nazi-Offiziere und -Generäle wie Adolf Galland, Werner Baumbach oder Hans-Ulrich Rudel als Militärberater oder Piloten-Ausbilder beim argentinischen Staat angestellt.[13]

In den 50er Jahren hatte der geschlagene deutsche Imperialismus wieder Kräfte gesammelt und stieg wieder ins „Argentinien-Geschäft" ein: AEG nahm 1958 die Produktion wieder auf, Hoechst folgte ein Jahr später. Die großen Streiks und Demonstrationen Anfang der 70er Jahre richteten sich auch gegen die Konzerne des deutschen Imperialismus wie z.B. die Traktorenfabrik Deutz in Haedo und die Mercedes-Benz-Fabriken.[9/119]

Seit der Militärjunta

„Das Eingreifen der Streitkräfte (war) der einzig gangbare Ausweg" [9/72] erklärte das Auswärtige Amt nach dem Militärputsch und die bürgerlichen Presse erklärte den Militärputsch „fast zur Rettungstat" (FR, 25.3.1976) oder sah „Hoffnung *auf positive Veränderung*" (FAZ, 25.3.1976). Martinez de Hoz, ehemaliger Rechtsberater von Siemens, wurde zum Wirtschaftsminister ernannt. Seine erste Maßnahme war die Rückgabe des von der peronistischen Regierung enteigneten Siemensbesitzes an ihre deutschen Herren.[9/14] Der Direktor eines deutschen Chemiekonzern in Argentinien erklärte:

> **„Nur wenn dies (die Zahlung von Zulagen zur Erhaltung des „Betriebsfriedens", A.d.V.) nicht ausreicht, wird das Militär in die Fabrik gerufen."[9/123]**

Der Einfluß der deutsch-nazistischen Ideologie war unter den argentinischen Militärs nach wie vor groß. Antisemitische Hetzschriften und Nazi-Publikationen von Nazis wie Alfred Rosenberg bis Julius Streicher waren weit verbreitet.

Wie groß der ideologische Einfluß im argentinischen Staatsapparat, insbesondere im Militär- und Polizeiapparat war, wird aus dem in den 80er Jahren veröffentlichen Bericht der staatlichen Kommission zur Untersuchung des Verschwindenlassens von Personen deutlich: Hakenkreuze, Nazipropaganda und Hitler-Bilder gehörten in zahlreichen Folterzentren der Militärdiktatur zur Ausstattung.[10/23]

Die Villa General Belgrano in der Region Cordóba, regelmäßiger Treffpunkt geflüchteter Nazis und beliebter Besuchsort prominenter deutscher Politiker, war zur Zeit der Militärdiktatur Sitz der paramilitärischen Folterbande „Sol Argentino".[10/23] In der Deutschen Botschaft von Buenos Aires verfügte ein Major des militärischen Geheimdienstes des Bataillons 601, das auf die „Infiltration von Widerstandsgruppen" spezialisiert war, über ein eigenes Büro. Seine angebliche Funktion war es, sich um Angehörige verschwundener Deutscher zu „kümmern" und deshalb wurden Angehörige von den deutschen Diplomaten an ihn als „Ansprechpartner *für Menschenrechtsfragen" verwiesen. In Wirk*lichkeit wurden so Freunde und Verwandte der Verschwundenen ausgehorcht. [Jungle Word Nr. 8, 14.2.01]

In jüngster Zeit hatte es mehrere Strafanzeigen gegen die argentinische Regierung von Verwandten ermordeter Deutscher gegeben. Verfahren wegen Mordes an vier Nachkommen jüdischen Emigranten wollte der deutsche Staatsanwalt Walter Granpair im März 2000 jedoch einstellen lassen. Es sei nicht geklärt, ob es sich bei den Opfern um deutsche Staatsangehörige handele, schließlich sei unklar, ob die vier vor ihrem Verschwinden einen Wiedereinbürgerungsantrag gestellt hätten.[AI-Journal 4/2000] Für Staatsanwalt Granpair zählten eben auch noch die Nazi-Gesetze, die jüdischen Emigranten die deutsche Staatsbürgerschaft aberkannten.

Während der Herrschaft der reaktionären Militärjunta erhöhte der deutsche Imperialismus *seine Exporte nach Argentinien von 873 Mio.* DM (1976) auf ca. 3 Mrd. DM (1983).[9/128] Von besonderer Bedeutung war dabei das Rüstungsgeschäft. MBB, Dornier, Thyssen, Blohm &Voss, Rheinmetall, Mercedes-Benz ... ***Der deutsche Imperialismus wurde der größte Waffenlieferant Argentiniens.*** Verstärkt wurde die wirtschaftliche Abhängigkeit Argentiniens durch einen Anstieg der Direktinvestitionen des deutschen Imperialismus, die von 580 Mio. DM (1976) auf ca. 1,3 Mrd. DM (1982) erhöht wurden.[9/133] Auch die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Militär-und Polizeiausbildung wurde verstärkt. Argentinische Offiziere wurden an der „Hamburger Führungsakademie" ausgebildet.[5/210]

Rund 180 deutsche Firmen beuten heute in Argentinien rund 30.000 Werktätige direkt aus, in den Bereichen Maschinenbau (Degussa, Mannesmann, Thyssen), Chemie (BASF, Bayer, Boehringer, Merck, Schering), Automobil (Mercedes-Benz, VW, Deutz), darunter die VW-Werke in Buenos Aires und San Just mit rund 4.000 Beschäftigten, das Mercedes-Benz-Werk in González Catán mit 1.400 Beschäftigten, die *Siemens- Kabalproduktionsstätte in San Fran*cisco mit ca. 350 Beschäftigten.

Anmerkungen

[1] Auch heute wirbt die Deutsch-Argentinische Handelskammer mit diesem Argument. Unter den „10 Pluspunkten für den Standort Argentinien" ist zu lesen: „... *Soziales Ambiente: Affinität zu Europa, relativ große deutsch*stämmige Kolonie"

Mercedes-Benz in Argeninien: „Die linken Betriebsräte ermordet, ein *represor* zum Sicherheitschef ernannt – da widersprach im Werk niemand mehr...."

Mercedes-Benz, internationaler Blutsauger und Unterdrücker der Völker der Welt, beutet weltweit rund 470.000 Werktätige aus. In Argentinien verfügt Mercedes-Benz mittlerweile nur noch über eine Produktionsstätte, das Werk González Catán im Großraum Buenos Aires. Dort fanden nach 1945 mehrere Nazi-Verbrecher Unterschlupf, darunter auch Adolf Eichmann, der dort bis Mai 1960 beschäftigt war.[8/56] Die rund 200 Kolleginnen und Kollegen des inzwischen geschlossenen Werks in Córdoba wurden 2001 entlassen.

Anfang der 70er Jahre gab es in Argentinien viele Kämpfe der Arbeiter und Studenten, auch in González Catán mit damals rund 4.000 Beschäftigten. Bisher hatten die Mercedes-Arbeiter dort überdurchschnittlich verdient. Streiks hatte es dort bislang nicht gegeben, das Werk galt als Bastion der korrupten und mit der Werkleitung kollaborierenden Gewerkschaftsführung der SMATA aus dem Dachverband der peronistischen CGT.

Doch dies änderte sich. 1975 hatte sich ein unabhängiger Betriebsrat, die „Gruppe der Neun", gebildet, der den Konzernherren zu schaffen machte. Im Geschäftsbericht von Mercedes-Benz von 1976, dem Jahr des Militärputsches, heißt es:

> **„Unser Engagement in Argentinien war aufgrund der labilen politischen Situation und der wirtschaftspolitischen Schwierigkeiten beträchtlichen Risiken ausgesetzt ... Dank der inzwischen erreichten allgemeinen Forschritte in der Ordnung der Arbeitsverhältnisse des Landes wird für 1976 wieder ein positives Ergebnis erwartet."[AK Nr. 450, 10. 5.01]**

Zur „Ordnung der Arbeitsverhältnisse" begannen die ersten Verhaftungen fortschrittlicher Arbeiterinnen und Arbeiter des Mercedes-Werks bereits im April 1976. Der erste Verhaftete war Juan Martín. Militärs verhafteten ihn vom Fließband weg. Die Kolleginnen und Kollegen riefen sofort eine Versammlung ein und beschlossen, zur Militärkaserne La Tablada zu marschieren, in der Martín gefangengehalten wurde. Aufgrund der mutigen Protestaktion der rund 1000 Kolleginnen und Kollegen, die zwei Tage und Nächte demonstrierten und seine Freilassung forderten, mußte Martín nach 19 Tagen freigelassen werden.[6]

Zwischen April 1976 und August 1977 wurden mindestens 14, wahrscheinlich 20 Kollegen verschleppt, gefoltert und ermordet, darunter der gesamte oppositionelle Betriebsrat „Gruppe der Neun"[JW, 6.12.01]. Von der „Gruppe der Neun" überlebte nur Héctor Ratto, da er nicht heimlich bei einer Nacht-und-Nebel-Aktionen, sondern vor Zeugen auf dem Werksgelände verhaftet worden war. Die Schergen der Militärjunta hatten seinen Namen verwechselt und einen anderen Kollegen verhaftet. Ratto wurde zum damaligen Mercedes-Produktionsleiter Tasselkraut zitiert, in dessen Büro bereits Gemeimpolizei in Zivil war, die vom Mercedes-Chef gerade mit Name und Adresse eines weiteren „unliebsamen" Mercedes-Arbeiters versorgt wurde, der noch in der gleichen Nacht verhaftet und im Folterzentrum Campo de Mayo ermordet werden sollte.

Von 1978 bis 1984 verpflichtete Mercdes-Benz Rubén Lavallén als Werkschutzchef von González Catán. Er hatte sich in den vorangegangenen Monaten als Leiter des Folterzentrums San Justo und Chef einer Polizeibrigade bei den herrschenden Klassen Argentiens als Folterer verdient gemacht und Produktionsleiter Tasselkraut legte deshalb bei seiner Einstellung ein „gutes Wort" für ihn ein.[Clarin, 27.11.00] Das war ein deutliches Signal an die Belegschaft: „Die linken Betriebsräte ermordet, ein *represor* zum Sicherheitschef ernannt – da widersprach im Werk niemand mehr", erklärt ein Mercedes-Arbeiter.[8/101] Die Pressestelle des DaimlerChryser-Konzerns erklärte dazu noch im Oktober 2000:

> **„ Es ist durchaus üblich, daß Unternehmen Werkschutzpersonal rekrutieren, das vorher im Polizeidienst tätig war, weil die Qualifikationsanforderungen ähnlich sind." [8/113]**

Aufgrund von Zeugenaussagen „veschwundener" Angehöriger und Überlebender sowie Recherchen demokratischer Kräfte wird in Argentinien seit Mitte 2001 gegen DaimlerChrysler ermittelt.

Erwerbslose teilnahmen. Das alles sind unschätzbare Erfahrungen. Und doch wiesen die Mütter der Plaza de Mayo in einem Interview auf einen zentralen Mangel hin:

> **„Es fehlt sehr stark ein politisches Bewußtsein. Es gibt einen winzigen Ansatzpunkt im Bewußtsein der Leute, daß sie auf die Straße gehen müssen, weil sie nun schon die Erfahrung gemacht haben, daß sie imstande sind, einen Präsidenten zu verjagen..."**

Dieses Bewußtsein - das ist den revolutionären Kräften Argentinien klar - kann nur eine ***revolutionäre, am wissenschaftlichen Kommunismus, an den Lehren von Marx, Engels, Lenin und Stalin orientierten Kommunistischen Partei*** schaffen. Eine Partei, die in ökonomischen und demokratischen Tageskämpfen eingreift, zu ihrer führenden Kraft wird und diese zunehmend gegen die Versklavung durch das imperialistische Weltsystem, gegen das kapitalistische System als tiefste und grundlegenste Ursache für Verelendung und Erwerbslosigkeit richtet und dabei die wichtigen Erfolge und Erfahrungen der aktuellen und vergangenen Kämpfe propagiert, aber auch die Mängel und Schwachpunkte der Massenbewegung kritisiert und bekämpft sowie die falschen Freunde entlarvt, die sich den kämpfenden Massen mit ihrer Ideologie des Reformismus, Nationalismus, sich links gebärdendem Peronismus oder Revisionismus anbiedern.

Dies ist der entscheidende Hebel, um die sich entwickelnden Massenkämpfe mit der revolutionären Perspektive der gewaltsamen Zerschlagung des Staatsapparats der einheimischen herrschenden Klassen und dem langfristigen Ziel der Errichtung der Diktatur des Proletariats.

Proletarier aller Länder, vereinigt Euch!

Proletarier und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

Quellen

[1] Jürgen Schaefer, „Deutsche Militärhilfe in Südamerika. Militär- und Rüstungsinteressen in Argentinien, Bolivien und Chile vor 1914", Düsseldorft 1974

[2] Klaus Kanapien, „Zur Politik der Nazis in Argentinien von 1933 bis 1934", in: „Der deutsche Faschismus in Lateinamerika 1933 – 1945", Berlin 1966

[3] Friedrich Katz, „Einige Grundzüge der Politik des deutschen Imperialismus in Lateinamerika 1898 bis 1941", in: „Der deutsche Faschismus in Lateinamerika 1933 – 1945", Berlin 1966

[4] Jürgen Müller, „Nationalsozialismus in Lateinamerika: Auslandsorganisationen der NSDAP in Argentinien, Brasilien, Chile und Mexiko, 1931-1914", Stuttgart 1997

[5] Gaby Weber, „'Krauts' erobern die Welt. Der deutsche Imperialismus in Südamerika", Hamburg 1981

[6] Gaby Weber, „Argentina: Los desaparecidos de la Mercedes Benz" in: Brecha, September 1999

[7] Gaby Weber, „Argentinien zur Zeit der Junta: Kolleginnen und Kollegen bei Dienstantritt verschleppt und ermordet". In: Ausblick, Dezember 2000

[8] Gaby Weber, „Die Verschwundenen von Mercedes-Benz", Berlin 2001

[9] Tino Thun, Menschenrechte und Außenpolitik. Bundesrepublik Deutschland und Argentinien – 1976 – 1983. Bremen 1985, S. 119

[10] Lateinamerika-Nachrichten Nr. 252/253 Juni-Juli 1995

[11] Silvano Santander, "Nazismo en Argentina", Montevideo, o. J.

[12]Cesar Prieto, "El Partido Nazi en la Argentina", Rosario, o. J.

[13] Vorläufiger Bericht von Holger Meding im Rahmen der Untersuchungen der CEANA „Cuantificación de criminales de guerra según fuentes alemanas y austríacas", Juli 1998

[14] Vorläufiger Bericht von Andrés Musacchio im Rahmen der Untersuchungen der CEANA „Transacciones del Banco Central de la República Argentina en oro y divisas con países del Eje y neutrales y su correlación con el comercio internacional de la Argentina", Juli 1998

[15] Vorläufiger Bericht von Carlotta Jackisch im Rahmen der Untersuchungen der CEANA „Cuantificación de criminales de guerra según fuentes argentinas,

[16] Vorläufiger Bericht von Diana Quattrocchi-Woisson im Rahmen der Untersuchungen der CEANA „Relaciones con la Argentina de funcionarios de Vichy y de colaboradores franceses y belgas durante y desupués de la Segunda Guerra Mundial, Juli 1998, Anhang 1

[17] „Argentinien", Große Sowjet-Enzyklopädie, Reihe „Länder der Erde", Band 8, Leipzig 1953

[18] Peter Waldmann, „Argentinien", in: Dieter Nohlen/ Franz Nuscheler (Hrsg), „Handbuch der Dritten Welt", Band 2 Südamerika, Bonn 1995

[19] Hildegard Stausberg, „Argentinien" in: Peter Waldmann (Hrsg.), „Polisches Lexikon Lateinamerika", München 1982, S. 22

BUCHLADEN

Georgi Dimitroff

Speyerer Str. 23, 60327 Frankfurt/M.

Fax 069/730920

ÖFFNUNGSZEITEN:

Freitag 16.30 - 19.30 Uhr

Samstag 10.00 - 13.00 Uhr

Vertrieb für

Internationale Literatur

Brunhildstr.5, 10829 Berlin

GEÖFFNET:

Samstag 11.00 - 14.00 Uhr

Drucker, Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: A. Odenthal, Vertrieb für Internationale Literatur, Brunhildstr. 5, 10829 Berlin

Eine berechtigte Kritik am Argentinien-Flugblatt „So wie es ist bleibt es nicht!“ (1/02)

Kleiner Beitrag zur Diskussion über das Argentinien-Flugblatt

Das Flugblatt hat mir gut gefallen: lebendig geschilderte Kämpfe, als wichtigste Errungenschaft wurden die Erfahrungen der kämpfenden Werktätigen herausgestellt. Besonders gut: die Hauptschwächen der Bewegung werden nicht oberlehrerhaft, sondern als Selbstkritik der dortigen Bewegung (eingeleitet durch Zitat der Mütter der Plaza de Mayo) gebracht.

Schade, daß dann der letzte Satz des Haupttexts verstümmelt ist. Bleiben nur drei kleinere Kritikpunkte:

1. Inhaltliche Kritik (Kategorie 3): Im Kasten über den deutschen Imperialismus in Argentinien fehlt das argentinische Atomprogramm (soweit ich mich erinnere, ist es offiziell nur „zivil“), welches faktisch vom deutschen Imperialismus aufgebaut wurde. Dies war immer (neben Pakistan und Südafrika) eines der Beispiele, wie der deutsche Imperialismus sich in abhängigen Ländern die Option für eigene Atomwaffen geschaffen hat. Deswegen hätte der Punkt zwingend erwähnt werden müssen.

Der Rest ist wahrscheinlich nur stilistisch und könnte bei einer Neuauflage korrigiert werden:

2. Vielleicht nur stilistisch, vielleicht aber auch inhaltlich (S. 4, 2. Absatz):

> „Doch geschickt verstand es der deutsche Imperialismus ab Ende des 19. Jahrhunderts, die Rivalität zunächst zum englischen, später zum US-Imperialismus *ausnutzend* Schlüsselstellungen ... zu erobern.“

Ich denke, es ist nicht möglich, daß ein Imperialist seine Rivalität zu einem anderen Imperialisten irgendwie „ausnutzen“ kann. Er kann in Rivalität handeln oder auch nicht, aber ausnutzen?

Es sei denn, der Satz wäre verstümmelt, und der deutsche Imperialismus hat die Rivalität zwischen den anderen Imperialisten ausgenutzt, oder er hat die Rivalität zwischen den Imperialisten und Teilen der einheimischen herrschenden Klassen ausgenutzt

3. Stilblüte S. 6, im Kasten der letzte Absatz: statt „Zeugenaussagen 'verschwundener' Angehöriger“ muß es heißen „Zeugenaussagen von Angehörigen 'Verschwundener'“.

So wie es ist, bleibt es nicht!

Solidarität mit den Kämpfen der Ausgebeuteten und Unterdrückten in Argentinien!

¡Solidaridad con la lucha de los explotados y oprimidos en Argentinia!

Solidarity with the struggle of the exploited and oppressed in Argentina!

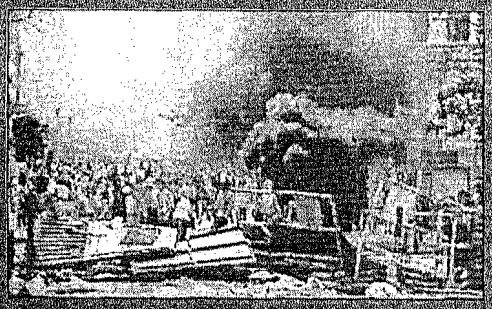
Arjantin'deki sömürülen ve ezilenlerin mücadelesiyle dayanýþma!

In Erwägung, daß wir hungrig bleiben
Wenn wir dulden, daß ihr uns bestehlt
Wollen wir mal feststellen, daß nur Fensterscheiben
Uns vom guten Brote trennen, das uns fehlt.
In Erwägung, daß ihr uns dann eben
Mit Gewehren und Kanonen droht
Haben wir beschlossen, nunmehr schlechtes Leben
Mehr zu fürchten als den Tod.

In Erwägung, daß wir der Regierung
Was sie immer auch verspricht, nicht traun
Haben wir beschlossen, unter eigner Führung
Uns nunmehr ein gutes Leben aufzubaun.
In Erwägung: Ihr hört auf Kanonen –
Andre Sprache könnt ihr nicht verstehen –
Müssen wir dann eben, ja, das wird sich lohnen
Die Kanonen auf euch drehn!

(Auszug aus dem Gedicht von Bertolt Brecht „Resolution der Kommunarden" von 1935)

Im System des Kapitalismus gibt es keine Lösung
für die Unterdrückten und Ausgebeuteten!
Tod dem Imperialismus und dem reaktionären Regime in Argentinien!
Es lebe die Revolution!













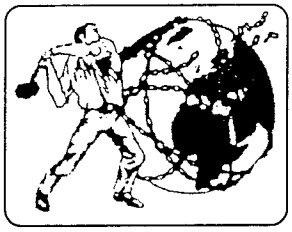
Bei den Kämpfen in Argentinien gegen den Imperialismus und die eigene Reaktion seit dem 18. Dezember wurden 34 Menschen ermordet, Tausende verletzt und über 4500 verhaftet!

Proletarier aller Länder, vereinigt euch!
Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt euch!

V.i.S.d.P.: A. Odenthal, Vertrieb für internationale Literatur, Brunhildstr. 5, 10829 Berlin

PROLETARIER ALLER LÄNDER VEREINIGT EUCH!
PROLETARIER ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER VEREINIGT EUCH!

GEGEN DIE STRÖMUNG



Organ für den Aufbau der Revolutionären Kommunistischen Partei Deutschlands

2/02 Februar 2002 0,50 Euro

NPD und Verfassungsschutz:

Die Nazis mitten im Staatsapparat!

Jeder Aktivistin, jedem Aktivisten im Kampf gegen die Nazis ist seit Jahren klar, daß es zahlreiche Verbindungen zwischen den Nazis und dem Staatsapparat des deutschen Imperialismus gab und gibt, daß die Nazis mit sehr viel Geld ausgestattet waren und sind. An den aktuell aufgeflogenen Fällen im Zusammenhang mit dem NPD-Verbotsverfahren sticht jedoch nicht zuletzt die merkwürdige "Unverwundbarkeit" der hochrangigen Funktionäre der Nazis heraus. Die nun durch die inneren Widersprüche der verschiedenen Abteilungen des deutschen Imperialismus herausgekommenen Tatsachen werfen vor allem die Frage des Zusammenhangs zwischen den Nazi-Banden auf der Straße und den Nazis im Staatsapparat und überhaupt die Frage des Zusammenhangs der Nazi-Bewegung mit dem Staatsapparat des deutschen Imperialismus auf. In diesem Zusammenhang ist es sinnvoll, verschiedene Positionen und Vorstellungen zu bedenken und zu überdenken bzw. sie aus einem anderen Blickwinkel zu betrachten.

Worum geht es dabei? Es gab die Polemik, daß - ohne im Kampf gegen die Nazi-Banden auf den Straßen nachzugeben – doch diese Nazi-Banden auf der Straße als "Nazis" und der Staatsapparat eben mit seiner mörderischen Abschiebepolitik als "Staat" eingeschätzt werden und dann der Akzent auf den Kampf gegen den Staatsapparat gelegt wird.

Die Diskussion war – genau betrachtet – eine Diskussion über den Schwerpunkt der mörderischen Repression der verschiedenen Abteilungen des deutschen Imperialismus, eine Diskussion über das Verhältnis und den Zusammenhang zwischen dem sozusagen offiziellen und dem inoffiziellen Terror durch die verschiedenen Abteilungen des deutschen Imperialismus.

Die Konzentration auf den Staatsapparat - ohne die Nazi-Straßen-Banden zu vernachlässigen - war und ist dabei sicher richtig. Vernachlässigt wurde aber womöglich, in welchem Umfang gerade auch der Staatsapparat selbst, seine mittleren und anderen Ebenen - nicht nur der Repressionsapparat, die Bundeswehr und Polizei, sondern gerade auch die Gerichte, Staatsanwälte, Hochschulen, Journalisten etc. - direkt in das Nazi-Netzwerk eingebunden sind, die Nazis in diesen Teilen des Staatsapparates weiter an Einfluss auch gegen die Spitzen der bürgerlichen Parlamentsparteien gewonnen haben, die ihrerseits beginnen ängstlich zu wirken und mehr oder minder offen den "Kompromiss" mit den Nazis suchen.

Gerade die Auseinandersetzungen zwischen den verschiedenen bürgerlichen Parlamentsparteien, die Gerangel zwischen den Spitzenpolitikerinnen und Politikern dieser Parteien auf Bundes- und Landesebene untereinander und mit den offiziellen Beamten der Verfassungsschutzämter, mit den Richterinnen und Richtern des Bundesverfassungsgericht, die kleinen und größeren Beißereien, die "Pannen" und "Missgeschicke" bringen deutlicher als bisher zum Vorschein, in welchem Ausmaß die nazistischen und pronazistischen Kräfte im Mittelbau, in den Kernbereichen des deutschen Staatsapparates verankert sind, über geheimdienstliches Spezialwissen verfügen, mit dem sie die Politikerinnen und Politiker der anderen Abteilungen des deutschen Imperialismus wie die SPD, CDU, FDP und die Grünen sogar direkt erpressen und teilweise auch zu Fall bringen können.

Vor dem Hintergrund der akzeptierten Koalition in Österreich, zwischen den "normalen" reaktionären Parteien und den mehr oder minder offenen Naziparteien, der Koalition mit der FPÖ und Haider in Österreich oder der Partei Berlusconis in Italien, wird leichter verständlich, daß es dem grundlegenden Interesse des deutschen Imperialismus entspricht, gerade auch durch nazifaschistische Abteilungen wie der NPD bestimmte Teile der Bevölkerung an sich zu binden und ideologisch und politisch den Druck auf eine Faschisierung des gesamten gesellschaftlichen Lebens zu legen!

Gewiß geschieht das alles nicht so mechanisch und planmäßig wie auf Knopfdruck! Die deutschen Imperialisten ziehen es vor – wie in der Weimarer Republik -, die verschiedenen Abteilungen ihrer Politik und Parteien, Scheinkämpfe wie auch wirkliche Kämpfe austragen zu lassen, zu beobachten, wer besser zum Betrug der Massen und zu ihrer Einbindung geeignet ist. Unter anderem wird durch Spenden dosiert eingegriffen, die Ablösung der gerade noch hofierten Parteien durch andere Parteien betrieben und vorangetrieben.

Dabei ist der deutsche Imperialismus in einer Situation, wo er in Wirklichkeit auf die Nazi-Vernetzung zwischen Staatsapparat und Straßen-Nazis ***nicht*** verzichten kann.

Die Stärke der Nazis gilt es insbesondere auch im Rahmen der zunehmend aggressiveren Außenpolitik des deutschen Imperialismus, der forcierten Vorbereitung eigenständiger Kriegseinsätze zu sehen und zu verstehen. Mit seiner zunehmenden Aggressivität nach Außen und der damit einher gehenden Faschisierung im Inneren, wird deutlich, daß der deutsche Imperialismus sich bei der Durchsetzung seiner Interessen und der Verwirklichung seiner Ziele in einer Situation befindet, wo er auf die Option von Nazi-Parteien zur Einbindung der Massen, auf die Nazi-Vernetzung zwischen Staatsapparat und Straßen-Nazis als Alternative zu den heutigen bürgerlichen Parlamentsparteien nicht verzichten kann, unabhängig davon, ob die NPD verboten wird oder nicht.

Die Illusion, daß die Nazi-Bewegung auf der Straße durch diesen Staatsapparat gestoppt werden kann – diese Illusion muß gerade auch durch die Enttarnung der Nazis im Staatsapparat des deutschen Imperialismus entlarvt und bekämpft werden. Die aktuellen Tatsachen zeigen deutlich: Der Kampf gegen die Nazis hängt viel enger mit dem Kampf gegen den Staatsapparat zusammen, ja ist identischer als viele glauben, weil eben der direkte Zusammenhang zu den Nazi-Banden und den Nazis im Staatsapparat (sowie pronazistischen Reaktionären) viel enger ist als oft angenommen wird!!

Bei der Frage des Zusammenhangs von Nazi-Bewegung und Staat ist es völlig irreführend, in erster Linie auf die Haltung einzelner Politiker wie Schily, Stoiber, Fischer usw. zu starren. Deren "schauspielerischen" Fähigkeiten sind zwar wichtig, um durch Betrug und Lüge den eigentlichen Klassencharakter dieses Staates und seine hauptächlichen Funktionen bei der großen Mehrheit der ausgebeuteten und werktätigen Massen nach wie vor erfolgreich zu verschleiern. Entscheidend ist aber der staatliche ***Apparat*** selbst, der hauptsächlich der Unterdrückung der ausgebeuteten Werktätigen dient. Der Staat, das ist nicht vor allem das Parlament, und erst recht sind es nicht vor allem die diversen Politiker. Der Staat, das sind hauptsächlich die Bundes-

„Es sind ihre Leute..."

„Die Nazis terrorisieren viele kleine und manche Mittelstädte, und zwar tun sie das mit der Miene von Leuten, die ungeheuer viel riskieren; sie machen immer ein Gesicht, als seien sie und ihre Umzüge wer weiß wie illegal. Sie sind aber durchaus legal, geduldet, offiziös...

Polizei und Richter dulden diese Burschen, und sie dulden sie in der durchaus richtigen Anschauung: 'Mitunter ist es ja durchaus reichlich, was hier getrieben wird. Keinen Totschlag! Nicht immer gleich schießen ... Aber, trotz allem: Diese da sind Blut von unserem Blut, sie sind nicht gegen, sondern für die Autorität - sie sind, im allertiefsten Grunde, für uns, und sie sind nur deshalb nicht ganz und gar für uns, weil wir ihnen nicht stramm genug sind und zu sehr republikanisch. Wir möchten ja auch gerne ... aber wir dürfen nicht ... Diese lächerlichen republikanischen Minister ... die Geheimräte da oben am grünen Tisch .. wir möchten ja ganz gerne. Und wir tun unser Möglichstes. Zurücktreten! Nicht stehen bleiben! Na ja ... aber es sind unsre, unsre, unsre Leute.' Es sind ihre Leute."

(Aus: Kurt Tucholski, „Die deutsche Pest", 1930, in: Gesammtelte Werke, Band 8, Reinbek bei Hamburg 1975, S. 131)

Beilage: „NPD und Verfassungsschutz - Fakten"

Bielefeld und München: Massenproteste gegen Nazi-Aufmärsche unter Polizeischutz und gegen NATO-Konferenz

Bielefeld

Am Samstag den 2. Februar marschierten in Bielefeld unter massivem Polizeischutz 1700 Nazis gegen die Ausstellung "Verbrechen der Wehrmacht" auf. Nach dem Aufmarsch von 3000 Nazis im Dezember in Berlin gegen die Eröffnung der neukonzipierten Ausstellung war Bielefeld die zweite Station. Noch in der Nacht zum Samstag hatte das Bundesverfassungsgericht den von der NPD organisierten Naziaufmarsch genehmigt und den Nazis eine Demoroute durch ein Bielfelder Wohngebiet erlaubt. Gegen den Naziaufmarsch demonstrierten etwa 10.000 auf einer vom DGB angemeldeten und organisierten Demonstration durch die Bielefelder Innenstadt. Etwa 500 Antifaschistinnen und Antifaschisten versuchten dagegen aus dem vom DGB organisierten Sternmarsch zur Nazidemonstration vorzudringen und sich den Nazis in den Weg zustellen. Das Gebiet rund um den Naziaufmarsch war durch ein Großaufgebot von 2000 deutschen Polizistinnen und Polizisten hermetisch abriegelt und durfte nur nach strengen Personenkontrollen betreten werden. Nachdem der Demozug der kämpferischen Antifaschistinnen und Antifaschistinnen durch die massiven Polizeisperren und unter Knüppeleinsatz der Polizei aufgehalten und auseinandergetrieben wurde, versuchten die Antifaschistinnen und Antifaschisten über den ganzen Tag in mehreren Kleingruppen zur Route des Naziaufmarsches durchzukommen und diesen zu verhindern. Dabei wurden mehrere Antifaschistinnen und Antifaschisten durch das brutale Vorgehen der deutschen Polizei zum Schutz der Nazis verletzt.

NPD-Verbot hin oder her, hat sich in Bielefeld deutlich gezeigt, wie sehr der Staat des deutschen Imperialismus sich inzwischen darauf eingerichtet und dafür ausgerüstet hat, mit einem Großaufgebot von Polizei den Schutz der Nazis soweit zu perfektionieren, daß es in größerem Maßstab gegenwärtig kaum möglich ist, direkt bis zu den Nazis vorzudringen. Die Tatsache, daß heute Tausende wie in Bielefeld gegen die Nazis auf die Straße gehen und teilweise auch bereit sind, die Nazis militant anzugreifen, muß als Ansporn für die Ausdehnung und Vertiefung des militanten Kampfes gegen die Nazis gesehen werden.

München

In München wurden am gleichen Wochenende alle Proteste gegen die 38. Tagung der NATO-Sicherheitskonferenz für die gesamte Dauer der NATO-Konferenz vom 1.-3. Februar verboten. Auf Antrag des Münchner Polizeipräsidiums hatte das Kreisverwaltungsreferat der Stadt München einen faktischen Ausnahmezustand für den Zeitraum der Sicherheitskonferenz für die Münchner Innenstadt verhängt. Der Bayerische Verwaltungsgerichthof bestätigte das Demonstrationsverbot für das gesamte Stadtgebiet von München. Jegliche Proteste und Versammlungen sollten sofort durch ein massives Polizeiaufgebot von 3500 Polizistinnen und Polizisten verhindert und aufgelöst werden. Das Tagungsgelände der rund 400 Sicherheitsexperten, darunter der Außen- und Verteidigungsminister der NATO-Staaten im "Bayerischen Hof" wurde weiträumig durch ein massives Polizeiaufgebot mit Wasserwerfern und Räumpanzern abgeriegelt. An allen zentralen Knotenpunkten der Münchner Innenstadt, an den S-Bahnstationen und –ausgängen patrouillierten während des gesamten Wochenendes Hundertschaften der Polizei, um jeden Protest schon im Keim zu erstikken. Straßenbahnen wurden rund um die Innenstadt umgelenkt Alle Proteste sollten schon im Vorfeld verhindert werden, indem durch Vorkontrollen an den Autobahnen und Zufahrtsstraßen die Demonstrantinnen und Demonstranten aufgehalten und abgefangen werden sollten. So wurden Busse u.a. aus Wien, Zürich und Berlin erst gar nicht nach München durchgelassen. Ebenso wurde ein Tag vor Beginn der Konferenz der Infoladen München von der deutschen Polizei durchsucht, Computer und Disketten beschlagnahmt. Im Vorfeld der Proteste wurden das Mobilisierungsflugblatt und –plakat des ANTI-NATO-Bündnisses kriminalisiert.

Gegen diese massive Einschränkung des Demonstrationsrechts und gegen die NATO-Konferenz demonstrierten dennoch am Freitag und Samstag in München mehrere Tausend. Am Freitagabend versammelten sich etwa 2000-3000 Demonstrantinnen und Demonstranten am Marienplatz. Nach etwa einer dreiviertel Stunde vor dem Münchner Rathaus am Marienplatz, in dem der Empfang von Oberbürgermeister Udo für die Teilnehmer der NATO-Konferenz stattfinden sollte, greift die Polizei die Demonstrantinnen und Demonstranten brutal an. Mehreren Einsatzhundertschaften riegeln mit Wasserwerfern den Platz ab und beginnen willkürlich einzelne Demonstrantinnen und Demonstranten festzunehmen. Bei dem brutalen Polizeiübergriff werden zahlreiche Demonstrantinnen und Demonstranten verletzt, 200 in Polizeigewahrsam genommen und 50 weitere festgenommen.

Am Samstag den 3. Februar demonstrieren rund 7000 auf dem Marienplatz bis die deutsche Polizei schon nach kurzer Zeit den Platz erneut mit einem Polizeikessel absperrt und die Demonstranten brutal vom Platz abdrängt. Danach kommt es in der gesamten Innenstadt immer wieder zu einzelnen Versuchen sich zu Demonstrationszügen zusammenzuschließen und zu formieren. Etwa 1000 Demonstrantinnen und Demonstranten versammeln sich zu einer Demo in Richtung Isartor. Einzelne Demonstranten werden aus der Demo heraus festgenommen, bevor die Demo am Altstadtring erneut durch ein massives Polizeiaufgebot gestoppt und eingekesselt wird. Trotz des brutalen Polizeiterrors können 300 Demonstrantinnen und Demonstranten den Polizeikessel durchbrechen und erneut auf den Marienplatz gelangen. Die Kämpfe mit der Polizei gehen bis in den späten Abend an verschiedenen Ecken der Münchner Innenstadt weiter.

Am Samstagabend erreicht der Polizeiterror einen neuen Höhepunkt, als die deutsche Polizei das Münchner Gewerkschaftshaus umstellt. Bis Mitternacht werden über sechs Stunden einige hundert Teilnehmerinnen und Teilnehmer einer genehmigten Diskussionsveranstaltung gegen die Tagung der NATO-Sicherheitskonferenz festgehalten. Zuvor hatte die deutsche Polizei schon 200-300 Personen, die an der Veranstaltung im Gewerkschaftshaus teilnehmen wollten, etwa 500 Meter vom Münchner Gewerkschaftshaus entfernt gestoppt und eingekesselt. Die Eingeschlossenen im Gewerkschaftshaus werden von der Polizei aufgefordert, einzeln zur Personalienfeststellung aus dem Gewerkschaftshaus herauszukommen. Nach dieser Polizeiattacke sagt ein Gewerkschafter in einem Interview: "Das ist das erste Mal seit 1933, dass die Polizei das Gewerkschaftshaus umstellt. Diesmal werden wir uns zu wehren wissen."

Insgesamt wurden während der gesamten Proteste gegen die NATO-Sicherheitskonferenz 747 Demonstrantinnen und Demonstranten in Polizeigewahrsam genommen und etwa 60 festgenommen. Aus Solidarität zu den Protesten gegen die NATO-Konferenz in München und gegen das Demonstrationsverbot und das brutale Vorgehen der deutschen Polizei fanden in mehreren italienischen Städten Kundgebungen vor deutschen Konsulaten und Botschaften statt.

Es war gut, richtig und ermutigend, daß über das gesamte Wochenende am 2. und 3. Februar mehrere Tausend gegen die Kriegsplanungen der NATO-Staaten und gegen das Demonstrationsverbot auf die Straße gegangen sind.

Quellen: jw 4.2.02, jw 5.2.02, jw 13.2.02, Presseerklärung der Pressegruppe des Anti-NATO-Bündnisses auf der Abschlusspressekonferenz, www.de.indymedia.org, FR 1.2.02, FR 2./3.2.02, FR 4.2.02, FR 7.2.02.

wehr, die Polizei, die Gefängnisse, die Justiz, darüber hinaus der gesamte bürokratische Repressionsapparat, darunter insbesondere auch die Geheimdienste.

Die Verankerung der Nazi-Bewegung im Staatsapparat des deutschen Imperialismus hat nicht in den 70er und 80er geendet und ist nicht "biologisch" an die alten Nazis geknüpft

Die allermeisten Antifaschistinnen und Antifaschisten haben eine einigermaßen klare Vorstellung über die personellen Kontinuitäten des zunächst westdeutschen Staatsapparates seit seiner Gründung 1949 und in den ersten Jahren seines Bestehens mit dem Nazifaschismus.

Doch durch vielfältige demagogische Manöver wie z.B. das Betonen der angeblichen "Gnade der späten Geburt" oder durch das in den Vordergrund stellen einer scheinbar neuen, aus Altersgründen "unbelasteten" Politikergeneration, die sich ihrer "geschichtlichen Verantwortung" angeblich bewusst sei und die Lehren daraus gezogen habe, ist es dem deutschen Imperialismus gerade seit den 80er und vor allem in den 90er Jahren gelungen, die nazistische Kontinuität weitgehend in Vergessenheit geraten zu lassen und in den Hintergrund zu drängen und die direkte Verankerung der Nazis im Staatsapparat des deutschen Imperialismus zu verschleiern.

Es ist die Aufgabe der Kommunistinnen und Kommunisten zu betonen und mit Fakten zu belegen, daß der ***Generationswechsel*** vor allem in den Kernbereichen des Staatsapparates des deutschen Imperialismus, in seinen mittleren und anderen Ebenen, ***unter der Führung der alten Nazis durchgeführt und organisiert wurde.***

Die Aktivistinnen und Aktivisten im Kampf gegen die erstarkende Nazi-Bewegung stehen dabei vor der schwierigen Aufgabe, daß die Stärke und das Ausmaß der personellen Verankerung der Nazis besonders in den Kernbereichen des deutschen Staatsapparates, in seinem Mittelbau durch die „offiziellen" Vertreter des deutschen Imperialismus, aber auch durch die Nazis selbst verschleiert werden, daß die im Staatsapparat "beschäftigten" Nazis oft konspirativ vorgehen, sich heute in den allermeisten Fällen (noch) nicht outen und sich das ganze Ausmaß der Verankerung oft nur – wie aktuell – in einer zugespitzteren Situation der Auseinandersetzung zwischen den verschiedenen Abteilungen des deutschen Imperialismus zeigt.

☆☆☆

Es ist eine falsche und gefährliche Illusion, die von Seiten des deutschen Imperialismus und seinen bürgerlichen Parlamentsparteien aber auch von den Nazis selbst bewusst geschürt und verbreitet wird, die heutige Nazi-Bewegung nur und in erster Linie als Nazi-Bewegung auf der Straße, als sozusagen eigenständige und vom Staatsapparat getrennte, nazistische Bewegung zu sehen und einzuschätzen.

Hierbei geht es nicht darum, die Nazi-Bewegung auf der Straße, die mit weit über 100 Morden an Flüchtlingen, Obdachlosen und Linken, hunderten

Einige Fakten und Schlaglichter zur heutigen Verankerung der Nazis in Kernbereichen des Staatsapparats

*Die nachfolgenden Fakten stammen überwiegend aus den bürgerlichen Medien und können den Zusammenhang von von Nazi-Bewegung und Staatsapparat nur schlaglichtartig illustrieren. Es ist eine große und wichtige Aufgabe, diese Zusammenhänge in den nächsten Jahren vor allem durch **eigene Recherchen** immer umfassender und tiefgehender zu enthüllen. So fehlen nahezu völlig die so wichtigen Fakten über die Verankerung der Nazis im Polizeiapparat. Die nachfolgende Zusammenstellung ist insgesamt äußerst lückenhaft und verweist mehr auf eine dringend anstehende Aufgabe.*

Geheimdienste

Am klarsten und eindeutigsten belegen läßt sich die oft unterschätzte Verankerung der Nazis im Staatsapparat des deutschen Imperialismus sicher aktuell am Beispiel der Geheimdienste insbesondere des „Verfassungsschutzes" (VS).

Seit das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe nur wenige Tage vor Beginn des NPD-Verbotsverfahrens den ersten Fall Wolfgang Frenz, eines langjährigen VS-Mitarbeiters und führenden NPD-Nazikaders öffentlich gemacht hat, sind bis jetzt schon 10 VS-Mitarbeiter aufgeflogen oder haben sich selbst geoutet, die hoch- und höchstrangige Positionen innerhalb der NPD besetzt hatten. Ein großer Teil der Spitzenkader der NPD in den einzelnen Landesverbänden und eine beträchtliche Anzahl der Nazikader des NPD-Bundesvorstandes ist zugleich auch Mitarbeiter des VS. Von mindestens 100 VS-Mitarbeitern in den Reihen der NPD ist die Rede, davon 30 unter den 200 Spitzenkadern der NPD und JN.

Mit "Spitzel"Löhnen von 500-1000 DM monatlich wurde die NPD über Jahrzehnte, seit ihrer Gründung 1964 mit beträchtlichen finanziellen Mittel und Informationen ausgestattet. Es hat sich gezeigt, daß diejenigen Nazis, die den VS ganz offiziell aufbauten, schon von Beginn an, Kontakte zu Nazis in den verschiedenen nazifaschistischen Organisationen wie dem Gründungsmitglied der NPD Frenz hergestellt haben und der VS dann faktisch an der Gründung der NPD direkt beteiligt war. Diese enge Bindung des VS und der Nazi-Partei NPD reichte und reicht so weit, daß - wie das Beispiel des VS-Mitarbeiters und zeitweiligen kommissarischen Vorsitzenden der NPD Udo Holtmann zeigt - der Verfassungsschutz des deutschen Imperialismus faktisch in der Programmkommission der NPD die Parteilinie mit festlegte, den Druck und die Herausgabe der bundesweiten Parteizeitung der NPD "Deutsche Stimme" wie anderer NPD-Hetzpublikationen führend mitorganisierte.

Das Beispiel der NPD ist in Bezug auf die anderen Nazi-Parteien und Verbindungen sicher keine Ausnahme. Am Beispiel der NPD zeigt sich nur aktuell und exemplarisch, wie die in den Staatsapparat des westdeutschen Imperialismus in breitesten Umfang wiedereingegliederten Nazis, schon wenige Jahre nach 1945 den Aufbau offen nazistischer Parteien logistisch und finanziell mitbetrieben haben und somit neben dem Aufbau eigenständiger Naziorganisationen auch sich selbst ein Rekrutierungsfeld für ihre Nachfolger beim Verfassungsschutz geschaffen haben. Diese Taktik der Nazis spielt jedoch auch in umgekehrter Richtung ihre Rolle, wenn die Nazis durch ihre guten Beziehungen, mittels ihrer "eigenen Leute", durch ihre Verankerung in den Geheimdiensten selbst, die Möglichkeit in der Hand halten, den Staat und die an der Spitze stehenden Berliner-Parteien durch das Auffliegenlassen dieser Verbindungen bis zu einem gewissen Grad zu nutzen, ja mit der Drohung eigener weiterer „Enthüllungen" in gewisser Weise sogar zu erpressen. So hat der führende Nazi-NPD-Kader und Verteidiger der NPD im Verbotsverfahren Horst Mahler schon damit gedroht, einen BND–Mitarbeiter als NPD-Mitglied zu outen und behauptet, daß einer der 14 vom Bundesverfassungsgericht vorgeladenen Nazis für den MAD gearbeitet habe oder weiterhin arbeite.

Bundeswehr

Wie weitgehend die Bundeswehr die Nazi-Organisationen auch materiell unterstützt, ihre Soldaten und Offiziere ideologisch und „praktisch" nazistisch erzogen werden und wie weitgehend Nazis in der Bundeswehr ihren Einfluß und ihre Strukturen ausgebaut haben und weiter ausbauen - das zeigte der sogenannte „Bundeswehrskandal" (als bekannt wurde, daß in selbstgedrehten Nazi-Videos Soldaten der Bundeswehr mit Schein-Folterungen, Schein-Erschießungen sowie Schein-Vergewaltigungen den „Ernstfall trainieren"), der ja nur die wirklich nicht mehr zu verschleiernden Tatsachen zum Vorschein brachte, also die Spitze des Eisbergs.

Hier einige weitere wichtige Beispiele:

● Die Verankerung der Nazis, ihre guten Verbindungen und Seilschaften selbst in den mittleren und höchsten Ebenen der Bundeswehr zeigt die Praxis, Nazi-Referenten einzuladen, die ihre militaristisch-nazistische Propaganda und ihre Vorstellungen als Spezialisten und Fachleute den Offizieren der Bundeswehr unterbreiten:

● 1986 konnte der ehemalige Offizier der Nazi-Wehrmacht im "Russlandfeldzug" und spätere Brigadegeneral und General des Erziehungs- und Bildungswesens der Bundeswehr Heinz Karst als Mitbegründer des erzreaktionären rechten "Studienzentrums Weikersheim" auf mehreren Offizierstagungen sein reaktionär-militaristische Propaganda verbreiten und die neue Generation der Bundeswehroffiziere in Bezug auf "die Kernfrage ... wie die Bundeswehr sich zur Wehrmacht stellen soll" darauf einschwören, "die Reichswehr und Wehrmacht daher in die Traditionspflege der Bundeswehr ein(zu)beziehen"[1].

● 1994 wurden ehemalige SS-Mitglieder in die Bundeswehrakademie eingeladen.[2]

● Der wegen Sprengstoff- und Bombenanschlägen, wegen nazistischer Morde und nazistischer Propaganda mehrfach vorbestrafte führende Nazi-Kader Roeder, war 1995 Referent an der Bundeswehr-Führungsakamedie.[3]

● Neben der eigenständigen militärischen Ausbildung in Trainigscamps und der Beteiligung einer beträchtlichen Anzahl deutscher Nazis etwa am reaktionären Krieg in Kroatien auf der Seite des in der Ustascha-faschistischen Tradition stehenden kroatischen Regimes unter Tudjman stellt die Bundeswehr heute den zentralen Faktor der militärischen Ausbildung sowie auch der legalen wie illegalen militärischen Ausrüstung der Nazis dar. 1994 bekam ein „SS-Kameradenwerk" zwei LKWs geschenkt.[4] Roeders nazistisches „Deutsch-Russisches Gemeinschaftswerk" bekam ebenfalls zwei Bundeswehr-LKWs geschenkt, die nach Rußland geschafft worden sind.[5]

● Laut Angaben der REPs sollen 78 Offiziere und Feldwebel und 400 Soldaten REP-Mitglieder sein. Bekannt wurde auch, daß der Nazi-Versandhandel der DVU in den Bundeswehrkasernen betrieben wird, um die Soldaten mit nazistischen Büchern, Zeitschriften und Videos zu versorgen.[6]

● Immer wieder hat sich in den letzten Jahren gezeigt, wie sehr sich die Bundeswehr insgesamt auch heute - allen scheinheiligen gegenteiligen Beteuerungen zum Trotz - noch ganz bewusst in die preußisch-militaristischen und nazifaschistischen Traditionen stellt:

- Verherrlichung von Verbrechen der nazifaschistischen Wehrmacht wie in der Bundeswehr-Broschüre „Saarlandbrigade in Kreta".

- Preußisch-militaristische und revanchistischen Namensgebungen von Kasernen wie „Preußen-Kaserne" in Schleswig, die "Ost-Preußen-Kaserne" in Homburg oder die "Ostmark-Kaserne" in Weiden.

- Bennung von Kasernen nach Generälen der Nazi-Wehrmacht wie der Eduard-Dietl-Kaserne in Füssen, einem Nazi der ersten Stunde, der 1920 am Kapp-Putsch und 1923 an Hitlers Putschversuch beteiligt war. Weitere Beispiele sind die Ludwig Kübler-Kaserne (General der Nazi-Wehrmacht, Befehlshaber der "Operationszone adriatisches Küstenland", 1947 in Jugoslawien als Kriegsverbrecher zum Tode verurteilt) oder die Willhelm von Leeb-Kaserne (Heeresgruppenchef bei der Aggression gegen die Sowjetunion) u.a.

- Immer wieder führen Bundeswehrsoldaten nazistische Angriffe auf der Straße durch, wie z.B. im Sommer 1997 in Detmold, als Soldaten der Rommel-Kaserne (benannt nach dem Nazi-General Erwin Rommel!), Freiwillige für den Einsatz der Bundeswehr in Bosnien, Jagd auf Menschen machten, die sie als „Ausländer" bezeichneten.[7]

Justizapparat

Einer der bekanntesten Fälle der engen Verankerung ehemaliger Nazijuristen in den westdeutschen Staatsapparat ist Maunz. Theodor Maunz war einer der führenden "Staatsrechtler" der BRD nach 1945, der ***den*** Grundgesetzkommentar, sowie zentrale Lehrbücher verfasste, mit denen die deutschen Juristen nach 1945 bis heute erzogen wurden und werden. Maunz war zudem der Ziehvater von Roman Herzog, dem ehemaligen Bundespräsidenten und Co-Autor des Maunzschen Grundgesetzkommentars. Maunz war vor 1945 Experte für nazistisches Verwaltungs- und Polizeirecht und konnte nach 1945 seine Kariere nahtlos fortsetzen. 1952 wurde er wieder Professor, 1957 Kultusminister von Bayern. Nach seinem Tod 1993 gab die "Deutsche Nationalzeitung" am 24.9.1993 bekannt, daß Maunz jahrelang als Rechtsberater der DVU und der "Deutschen-Nationalzeitung" gearbeitet hat. Ebenfalls hatte Maunz als Rechtsberater von DVU-Chef Frey gearbeitet und für die "National-Zeitung" mehrere Hundert Artikel verfaßt.

Tatsache ist ebenfalls, daß die wenigen Nazis, die in Gefängnissen inhaftiert sind, wo sie angesichts ihrer Verbrechen zumeist lächerlich niedrige Strafen verbüßen, dort ihr braunes Treiben weitgehend fortsetzen können. So ist bekannt geworden, daß Nazis in der JVA Brandenburg eine Nazi-Zeitung drucken und vertreiben konnten.

☆☆☆

Selbstverständlich müssen auch alle anderen Bereiche analysiert werden. Nicht zu unterschätzen sind etwa auch die pseudowissenschaftlichen Nazi-Aktivitäten in weiten Bereichen des staatlich-ideologischen Überbaus. 1981 bereits erschien das nationalistisch-rassistische „Heidelberger Manifest", das von einer nicht unerheblichen Gruppe deutscher Hochschullehrer unterzeichnet ist. 1986 wurde die „Junge Freiheit" gegründet, die akademisch formulierte nazistische Thesen in einer Auflage von 10.000 Exemplaren produziert und. Gleichzeitig haben sich einzelne bisher von den offiziellen Ideologen des deutschen Imperialismus hochgeachtete „Wissenschaftler" wie E. Nolte mit vielen Publikationen weitgehend selbst „geoutet", indem sie sich im sogenannten „Historikerstreit" mal mehr, mal weniger offen zum Nazifaschismus als „Antwort auf die Gefahr des Kommunismus" bekannten.

Quellen:

[1] "Bundeswehr im geschichtlichen Niemandsland?", Studienzentrum Weikersheim, 1986, S.41
[2] taz, 16.1.1998.
[3] FR, 8.12.1997.
[4] taz, 16.1.1998.
[5] FR, 11.12.1997.
[6] jW,19.2.1998.
[7] Antifaschistisches Info-Blatt Nr.42.
[8] Zur Analyse der Nazi-Strukturen siehe ausführlich das GDS-Flugblatt 2/97 „Die Nazis und ihre Verbindungen mit dem Staatsapparat nicht unterschätzen!", abgedruckt in: Kampf gegen Nazis und Nazifaschismus - Eine Auswahl aus den Publikationen von GEGEN DIE STRÖMUNG 1991-1999, Juli 1999.

Brandanschlägen und tausenden brutaler Übergriffe mit schweren und schwersten Verletzungen schlimm genug ist und heute ein enormes Ausmaß erreicht hat, als ungefährlich oder gar unwichtig zu charakterisieren und diese damit zu unterschätzen. Es geht vielmehr darum, realistisch die oft unterschätzte Stärke der gesamten Nazi-Bewegung, die eigen- und selbständigen Organisationen und Strukturen der Nazis im Zusammenhang mit ihrer breiten Verankerung im deutschen Staatsapparat zu analysieren, um die tatsächlich von den Nazis ausgehende Gefahr richtig einschätzen zu können.[8]

Der größere und weitaus umfangreichere Terror gegen Flüchtlinge, Werktätige aus andere Herkunftsländern, Menschen mit dunkler Hautfarbe, Sinti und Roma, gegen demokratische und revolutionäre Kräfte wird vom gesamten Staatsapparat des deutschen Imperialismus ausgeübt: Mittels "Ausländergesetzen", durch Kriminalisierung von sogenannten "Illegalen", Misshandlungen durch Polizei- und BGS-Beamte, den mörderischen Grenzterror der nahezu 10.000 BGSler vor allem an den Grenzen zu Polen und Tschechien, durch die brutale, tausendfache Abschiebehaft und den mörderischen Abschiebeterror...

Dieser staatliche Terror gegen Menschen aus anderen Herkunftsländern wie gegen demokratische und revolutionäre Kräfte wird vom ***gesamten*** Staats-

Der Aufbau des westdeutschen Staatsapparates fand unter führender Beteiligung alter Nazis statt

Die personelle Kontinuität zum Nazifaschismus ist ein weitgehend bekanntes Merkmal des Staats des westdeutschen Imperialismus.

Politiker

Auf Grund der Niederlage des Nazifaschismus war eine Besonderheit des Staatsaufbaus in Westdeutschland zunächst, daß in der Regel offiziell an der Spitze des Staates nicht mehr die absolute Naziprominenz stehen durfte, aber selbst diese Regel wurde immer wieder durchbrochen. Der wohl bekannteste Fall ist, daß Globke, Kommentator der Nürnberger Rassengesetze, Staatssekretär bei Bundeskanzler Adenauer wurde.

Im ersten Deutschen Bundestag 1949 bestand die Mehrheit der Abgeordneten aus Mitgliedern der Nazi-Partei. Nazis wurden in den folgenden Jahren und Jahrzehnten vielfach in höchste politische Ämter gehieft. So zum Beispiel Ex-Bundeskanzler Kiesinger, der bereits vor 1933 der NSDAP beigetreten und 1940-45 Propagandachef der Rundfunkpolitischen Abteilung im Auswärtigen Amt war, oder der ehemalige Innenminister und Ministerpräsident von Baden-Württemberg bis 1978 und frühere Nazi-Richter Filbinger, der desertierte Matrosen noch bis kurz vor dem Ende des 2.Weltkrieges zum Tode verurteilte.

☆☆☆

In einem viel größeren Umfang und Ausmaß jedoch zeigt sich die Tradition und Kontinuität bei den weniger im Rampenlicht der Öffentlichkeit stehenden Kernbereichen des westdeutschen und deutschen Staatsapparates. Beim Aufbau der zentralen Organe des Staatsapparates spielten alte Nazis schon nach wenigen Monaten und Jahren eine wichtige und zentrale Rolle. Hier einige Schlaglichter:

Bundeswehr

Die Bundeswehr wurde fast ausschließlich von Generälen, Offizieren und Unteroffizieren der Nazi-Wehrmacht aufgebaut, die der Nazi-Wehrmacht und dem deutschen Imperialismus bis zuletzt treu gedient hatten. So war der General der Nazi-Wehrmacht Hans Speidel in den 50er und 60er Jahren erster Befehlshaber der Bundeswehr. Adolf Heusinger, ebenfalls General in der Nazi-Wehrmacht, war neben Speidel ebenfalls erster Befehlshaber der Bundeswehr und ab 1957 erster Generalinspekteur.

Die Soldaten der Nazi-Wehrmacht wurden in die Bundeswehr entsprechend ihrem letzten Dienstgrad eingezogen. Diese Regelung schloss selbst die Mitglieder der nazifaschistischen SS, einschließlich der Verbände der Waffen-SS ein, die entsprechend ihrem früheren Dienstgrad in dies Bundeswehr übernommen wurden. 1958 stammten 12.900 Offiziere der Bundeswehr aus der verbrecherischen Nazi-Wehrmacht. [1]

Polizeiapparat

Die in den 50er Jahren per Gesetz vorangetriebene Wiedereingliederung der alten Nazi-Beamten zu 90% betraf gerade auch den Polizeiapparat des deutschen Imperialisimus. Diese personelle Kontinuität zeigte sich im Zusammenhang mit dem Verbot der KPD 1956, als gegen Zehntausende KPD-Mitglieder Ermittlungsverfahren durchgeführt wurden und diese zum Teil von den gleichen Polizeibeamten verhaftet oder zum Verhör gebracht wurden, die sie auch schon 1933 und während des Nazifaschismus abgeholt oder verhaftet hatten.

Geheimdienste

Ebenso wie der Aufbau der Bundeswehr wurde auch der Aufbau der drei großen Geheimdienste des deutschen Imperialismus, MAD, BND und VS von Beginn an mit alten Nazis durchgeführt. Der BND etwa wurde von einem Leiter des nazifaschistischen Spionageapparates Gehlen aufgebaut. In den BND wurden - wie etwa in Hamburg - zum Teil ganze Leitstellen des Nazi-Sicherheitsdienstes (SD) übernommen. Noch 1970 waren zwischen 25-30% der Beschäftigten des BND ehemalige Angehörige der SS, der Gestapo oder des SD[2]. Ebenso wurde auch der VS in der Tradition des Nazifaschismus aufgebaut.

Justiz- und Beamtenapparat

Die personelle Kontinuität zum Nazifaschismus zeigt sich nirgends so vollständig und in einem solchen Ausmaß wie im Justiz- und Beamtenapparat des westdeutschen und deutschen Imperialismus. Schon wenige Jahre nach der Niederlage des Nazifaschismus war ein großer Teil des Nazi-Justiz-Personals wieder in Amt und würden. So waren 1949 in Bayern 752 von 924 Richtern und Staatsanwälten ehemalige Nazis, was 81% entspricht.

Über 90% der 1945 entlassenen Nazi-Beamten wurden rasch wieder in den Staatsapparat des westdeutschen Imperialismus integriert. Noch 1968 waren 520 Nazi-Diplomaten im Auswärtigen Dienst beschäftigt.[3]

Nicht anders sieht es dabei auch in anderen Bereichen aus, wie z.B. beim Übergang der nazistischen Hetz-Schreiberlinge des "Völkischen Beobachters" oder anderer Nazi-Zeitungen, der Nazi-Mitglieder der Propaganda-Abteilungen von Rundfunk und Film, die nach 1945 und für viel Jahre danach eine wichtige Rolle bei Zeitungen, Rundfunk und Fernsehen spielten. So hatte der SS-Verbrecher und spätere Rep-Führer Schönhuber lange eine wichtige Funktion im Bayerischen Rundfunk und Fernsehen.

Trotz kleiner Unterschiede bei der Inschutznahme der alten Naziverbrecher waren sich sämtliche Bonner Parteien und die westdeutsche Öffentlichkeit weitgehend einig. Schumacher, seinerzeit Vorsitzender der SPD, warb in den 50er Jahren für die Rehabilitierung der Waffen-SS, die doch angeblich nur eine „kämpfende Truppe" gewesen sein soll. Bundeskanzler Helmut Schnidt setzte sich für den in Italien verurteilten SS-Verbrecher Kappler ein, Richard Weizsäcker für Rudolf Hess, Kohl gedachte 1985 in Bitburg der SS-Mörder - eine unendliche Liste!

☆☆☆

Diese personelle Kontinuität war und ist jedoch keine Angelegenheit der ersten Jahre der BRD. Selbst noch bis ***in die 80er und 90er Jahre*** hatten zahlreiche hohe und höchstrangige Politiker aller in den ersten Jahren der BRD weiterbestehenden oder neugegründeten Parteien des deutschen Imperialismus ihre Ausbildung als Mitglieder der NSDAP oder der Nazi-Wehrmacht erhalten oder ihre "Tätigkeit" dort begonnen wie z.B. der ehemalige Bundespräsident Karl Carstens (Mitglied der NSDAP und der SA), der ehemalige CDU-Fraktionsvorsitzende Alfred Dregger, der ehemalige Kriegs- und Finanzminister F.J. Strauß, der Ex-Innenminister Zimmermann, der frühere SPD-Fraktionsvorsitzende Vogel oder der ehemalige Bundespräsident Richard von Weizsäcker.

Quellen:

1 Siehe dazu genauer in GDS Nr. 60, „Die Bundeswehr - mörderische Maschinerie des west/deutschen Imperialismus", Oktober 1992, S.5 - 16.
2 FR, 31.3.1971 und FR, 6.10.1971)
3 Müller, Ingo, "Furchtbare Juristen", München 1987, S.204ff, BW-Nr., S.7

apparat mit seinen verschiedenen Organen ausgeübt: Von den Mitarbeitern der Ausländerämter, dem Wachpersonal in den Abschiebegefängnissen, den Polizeibeamten, die rassistische Razzien oder Abschiebungen durchführen, über die Betreiber und Mitarbeiter der "Zentralen-Ausländer-Sammellager", den Richtern und Staatsanwälten, welche die Widersprüche gegen Abschiebungen bearbeiten und Abschiebungen anordnen bis hin zu den Mitarbeitern der Geheimdienste, die politische Flüchtlinge oder Werktätige aus anderen Herkunftsländern sowie insgesamt linke und revolutionäre Kräfte ausspionieren...

Kampf gegen Nazis und Nazi-Faschismus

Eine Auswahl aus den Publikationen von GEGEN DIE STRÖMUNG 1991-1999

Aus dem Inhalt:

- **Kampf gegen Nazi-Terror, Nazi-Morde und Pogrome**
- **Zusammenspiel von Nazis und deutschem Staatsapparat**
- **Geschichte und ungebrochene Tradition des Nazi-Faschismus**
- **Grundsätzliche Positionen aus „Rot Front"**
  Theoretisches Organ von „Gegen die Strömung"

190 Seiten, 10 Euro

Dabei gilt es sich bewußt zu machen, daß an dieser ganzen vom deutschen Staatsapparat durchgeführten reaktionär-rassistischen Politik eine beträchtliche Anzahl Nazis ***direkt*** sowie nicht wenige mit diesen Nazis zusammenarbeitende oder sie duldende und deckende kleine und große Verwaltungskräfte, Richter, Staatsanwälte beteiligt sind, von der Rolle der Nazis in den Geheimdiensten, in der Bundeswehr und bei der Polizei sowie bei den privaten Sicherheitsdiensten gar nicht zu sprechen.

Vor diesem Hintergrund gilt es zu verstehen, daß der Kampf gegen die Nazis viel direkter mit dem Kampf für die Zerschlagung des Staatsapparat des deutschen Imperialismus zusammenhängt, daß der Kampf gegen die Nazis nur wirklich effektiv geführt werden kann, wenn der Kampf gegen die Nazis auf der Straße mit dem Kampf gegen die nazistischen Schreibtischtäter, Richter und Beamten sowie mit dem Kampf gegen den staatlichen Terror insgesamt verbunden wird, daß der umfassende Kampf gegen die Nazis in den Kampf für die Zerschlagung des gesamten Staatsapparates des deutschen Imperialismus und für die Errichtung der Diktatur des Proletariats über die gestürzten Imperialisten, ihre Werkzeuge, die Nazis und alle anderen Reaktionäre, eingeordnet und diesem untergeordnet werden muß.

BUCHLADEN

Georgi Dimitroff

Speyerer Str. 23, 60327 Frankfurt/M.

Fax 069/730920

ÖFFNUNGSZEITEN:

Freitag 16.30 - 19.30 Uhr

Samstag 10.00 - 13.00 Uhr

Vertrieb für

Internationale Literatur

Brunhildstr.5, 10829 Berlin

GEÖFFNET:

Samstag 11.00 - 14.00 Uhr

Drucker, Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: A. Odenthal, Vertrieb für Internationale Literatur, Brunhildstr. 5, 10829 Berlin

Beilage zum Flugblatt 2/2002:

Beispiele für die Verankerung der Nazis im Geheimdienstapparat des deutschen Imperialismus am Beispiel der im Zusammenhang des NPD-Verbotsverfahrens aufgeflogenen Nazis und Mitarbeiter des VS

In den wenigen Wochen, seit das Bundesverfassungsgericht die Verhandlung im NPD-Verbotsverfahren gestoppt hat, sind zahlreiche hoch- und höchstrangige Nazis der NPD als Mitarbeiter der VS aufgeflogen bzw. diese haben sich selbst geoutet.

In den Verbotsanträgen angeführte Nazis und VS-Mitarbeiter:

■ ***Wolfgang Frenz*** (VS Nordrhein-Westfalen), gehört zu den 14 zunächst vor das Bundesverfassungsgericht vorgeladenen Nazikadern. Schon 1961 hat der NRW-Verfassungsschutz erste Kontakte zu Frenz hergestellt. Im Januar 1962 hat der Nazi Frenz eine Verpflichtungserklärung als VS-Mitarbeiter des nordrhein-westfälischen VS unterschrieben. 1964 ist Frenz als VS-Mitarbeiter Gründungsmitglied der NPD, der ersten "legalen" Nazipartei in Westdeutschland nach dem Verbot der SRP 1952. Schon bald ist Frenz im NPD-Landesvorstand in NRW, später stellvertretender Landesvorsitzender. Ebenso ist er als Beisitzer im Bundesvorstand ein wichtiger Führungskader der NPD. Seine VS-Tätigkeit hat Frenz der NPD und dem NPD-Chef Udo Voigt spätesten 1997 offenbart. Insgesamt hat Frenz über 30 Jahre für den nordrhein-westfälischen VS gearbeitet und für seine Tätigkeit 600 bis 800 DM monatlich erhalten, die direkt in die Kassen der NPD geflossen sind. Zudem wurden Frenz seine Steuerschulden durch den Verfassungsschutz bzw. vom NRW-Innenministerium gezahlt. Im NPD-Verbotsverfahren wird Frenz unter anderem als Verfasser der antisemitischen Hetzschrift "Über den Verlust der Väterlichkeit oder das Jahrhundert der Juden" angeführt.

■ ***Udo Holtmann*** (Bundesamt für Verfassungsschutz Köln), Holtmann ist 1966 zur NPD gestoßen und seit 1967 deren Mitglied. In den 70er Jahren wird Holtmann Mitglied des Bundesvorstandes der NPD und seit 1993 ist er Landesvorsitzender der NPD in Nordrhein-Westfalen. Weiter hat sich Holtmann einen Namen als Leiter des brutalen Ordnerdienstes der NPD gemacht. Als Mitarbeiter des Bundesamtes für Verfassungsschutz (BfV) in Köln wurde Holtmann 1978 – als Mitglied des Bundesvorstandes der NPD - geworben. Seine neue Verbindung und Tätigkeit teilt er von Beginn an dem damaligen NPD-Chef Martin Mußgnug mit und lässt sich sozusagen von "höchster Parteiebene" eine schriftliche „Genehmigung" für seine Zusammenarbeit mit dem VS ausstellen. Von Seiten der NPD und ihres damaligen Chefs wird diese neue Verbindung als überaus wertvoll eingeschätzt. Welche bedeutende Rolle Holtmann in der NPD spielt, wird daran deutlich, daß in seiner Druckerei in Oberhausen jahrelang fast alle Flugblätter der NPD gedruckt wurden. Zudem war ***Mitglied der Programmkommission der NPD, die die inhaltliche, ideologische und politische Linie der NPD festlegte***. Holtmann war weiter verantwortlich für das bundesweite NPD-Hetzorgan "Deutsche Stimme" und Organisator zahlreicher Nazi-Großaufmärsche. Er leitete und druckte zudem das regionale NPD-Blatt "Deutsche Zukunft", in dem zum großen Teil Hetzartikel von Frenz abgedruckt waren. Die bedeutende Rolle Holtmanns innerhalb der NPD wird vor allem auch ersichtlich, als er ***1995 sogar für vier Monate kommissarisch an der Spitze der NPD*** steht und diese führt. Für diese Zeit soll der VS-Mitarbeiter und NPD-Vorsitzende Holtmann angeblich kurzzeitig vom BfV als V-Mann "abgeschaltet" worden sein! Der ehemalige Parteivorsitzende und wegen Volksverhetzung vorbestrafte Deckert erklärte kürzlich gegenüber dem ARD-Magazin „Report Mainz", ihm sei schon seit Anfang der 90er Jahre bekannt gewesen, daß Holtmann ebenso wie dessen Stellvertreter Frenz Kontaktleute des VS gewesen seien. Er selbst habe teilweise Spitzeln, die sich ihm offenbart hätten, die Berichte für die Verfassungsschützer geschrieben.

■ ***Thorsten Crämer*** (VS Nordrhein-Westfalen), NPD-Stadtrat im bergischen Schwelm wurde als einer der Anführer und Anstifter des brutalen Überfalls auf die Teilnehmerinnen und Teilnehmer einer Gedenkveranstaltung am KZ-Mahnmal Kemna am 9. Juli 2000 wegen schweren Landfriedensbruchs und gefährlicher Körperverletzung zu 2 Jahren und 3 Monaten Haft verurteilt, jedoch nach 17 Monaten vorzeitig aus der Haft entlassen.. Der Überfall wird im Verbotsantrag als Beleg für die Gewalttätigkeit der NPD angeführt und - wie sich jetzt herausgestellt hat - unter führender Beteiligung durch den Verfassungsschutz des deutschen Staates durchgeführt.

■ ***Nico Wedding*** (VS Nordrhein-Westfalen), NPD-Mitglied seit 1995 und stellvertretender Landesvorstand der JN in Nordrhein-Westfalen, war ebenfalls am Überfall auf die Gedenkveranstaltung am KZ-Mahnmal Kemna beteiligt und verurteilt.

■ ***Tino Brand*** (VS Thüringen), im Mai 2001 als VS-Mitarbeiter aufgeflogen, ist stellvertretender Vorsitzender der NPD-Thüringen, Mitbegründer des militanten "Thüringer Heimatschutzes" und „Ordner" bei NPD-Veranstaltungen. Nach eigenen Angaben hat der Nazi und VS-Mitarbeiter Brandt seit 1994 als "Quelle Otto" zwischen 25.000 und 40.000 DM "Spitzel"lohn erhalten, die er "aus moralischen Gründen" in die Naziarbeit gesteckt hat.

■ ***Mike Layer*** (VS Baden-Württemberg), Mitglied des Landesvorstandes der NPD in Baden-Württemberg und des Ordnerdienstes der NPD, hat zwischen 1996 und 1997 für den VS Baden-Württemberg gearbeitet. Layer hat seine VS-Arbeit selbst in einem Zeitungsinterview schon zwei Monate nach Abfassung der Verbotsanträge im letzten Jahr geoutet. Für seine VS-Tätigkeit hat er als Quelle "Fritz" 7000 DM erhalten.

■ ***Matthias Meier*** (VS Mecklenburg-Vorpommern), Stellvertretender Landesvorsitzender der NPD in Mecklenburg-Vorpommern und Gründer der "Kampfsportgruppe Nord". Vor laufenden Kameras der ARD plaudert Meier aus, daß ihm der VS "nahe gelegt (habe), für das Amt des stellvertretenden Landesvorsitzeden zu kandidieren".

■ ***Michael Grube*** (VS Mecklenburg-Vorpommern) ist im November 1999 aufgeflogen. Grube ist seit 1997 NPD-Kreisvorsitzender in Nordwestmecklenburg und wurde wegen Beteiligung an einem Brandanschlag auf eine Pizzeria in Grevesmühlen im März 1999 verurteilt. Im selben Jahr gründet er mit anderen als Abspaltung der NPD die "Sozialistische Volkspartei". Grube wurde über Jahre vom VS mit Informationen über Linke, Antifaschistinnen und Antifaschisten versorgt wie z.B. im Vorfeld einer Kundgebung zum Todestag von Wolfgang Grams in Bad Kleinen, bei der er eine Liste möglicher Teilnehmerinnen und Teilnehmer vom VS erhielt. Ab 1997 hat Grube unter dem Decknamen "Markus" 500 bis 700 DM "Spitzel"lohn monatlich vom VS erhalten. In den Verbotsanträgen sind Zitate von Grube als Belege angeführt.

■ ***Erwin Kemna***, Mitglied des Landesvorstandes der NPD in Nordrhein-Westfalen und Bundesschatzmeister der NPD. Dieser wird nur in den ersten Zeitungsberichten erwähnt, dann nicht mehr!

Insgesamt werden selbst vom Bundesinnenministerium mindestens zehn hochrangige NPD-Nazis und VS-Mitarbeiter – wenn auch nicht alle namentlich genannt werden- zugegeben, die im NPD-Verbotsverfahren bzw. in den Verbotsanträgen von Bundesregierung, Bundestag und Bundesrat eine Rolle spielen. Bürgerliche Quellen gehen für die gesamte NPD von minde-

stens 100 VS-Mitarbeitern aus, davon 30 unter den 200 Spitzenkadern von NPD und JN.

Weitere in den letzten Jahren bekannte gewordene Nazis und VS-Mitarbeiter:

Neben den im Zusammenhang mit dem NPD-Verbotsverfahren bekannt gewordenen Nazis und VS-Mitarbeitern sind in den letzen Jahren immer wieder Nazis als Spitzel des VS aufgeflogen oder haben sich diese selbst "geoutet". Ans Licht ist ihre Tätigkeit meist erst im Zusammenhang eines Verfahrens wegen schwerster Naziverbrechen wie Mordversuchen oder Nazi-Brandanschlägen gekommen, z.B.:

■ ***Bela Althans*** (VS Hamburg), verurteilt wegen Volksverhetzung.

■ ***Joachim Appel*** (VS Niedersachsen), verurteilt wegen Brandanschlägen.

■ ***Michael Frühauf*** (VS Hamburg), verurteilt zu lebenslanger Haft wegen Fememord.

Um sich einen Eindruck zu verschaffen, lohnt es sich, auf einige weitere VS-Leute etwas genauer einzugehen:

■ Vor dem Landgericht Düsseldorf sagte 1972 der Verfassungsschutzagent ***Helmut Krahberg*** aus, Mitglied der naziterroristischen „Europäischen Befreiungsfront" (ELP). Kronberg, Kronzeuge im Prozess gegen neun Mitglieder dieser Nazi-Bande, erklärte, er habe die ELP „indirekt mitbegründet" und sei Mitglied des Vorstands gewesen. Krahberg blieb als „Agent provocateur" straffrei.

■ ***Hans-Dieter Lepzin*** aus Peine, Mitglied der verbotenen NSDAP/AO. Lepzin, „Sicherheitsexperte" des VS für diese Gruppe, hatte persönlich die Bomben gebaut, die am 2. September und 3. Oktober 1977 vor Justizgebäuden in Flensburg und Hannover explodierten - ein Anschlag, der in der Presse zunächst der linken Szene angelastet wurde. Lepzien wurde zu dreieinhalb Jahren verurteilt, mußte seine Strafe jedoch nicht verbüßen.

■ ***Werner Gottwald***, Deckname: „Reiser", war seit Anfang der 70er Jahren V-Mann des Verfassungsschutzes in der Nazi-Szene und vermittelte mit Wissen der Behörde Waffengeschäfte, wofür er auch verurteilt wurde. Unter anderem orderte er Faustfeuerwaffen, Maschinenpistolen, Handgranaten und Plastiksprengstoff im Wert von einer halben Million Mark. Gottwald arbeitet in der Registraturabteilung des Bauordnungsamtes Oldenburg und war in der Gewerkschaft und im Gesamtpersonalrat der ÖTV. Im Bundestagswahlkampf 1980 tauchte sein Name auf Platz 12 der NPD-Landesliste auf.

■ 1983 offenbarte sich in Berlin ***Werner Lock*** der Polizei als V-Mann. Er berichtete von einem konspirativen Treffen am 17. Juni 1977, bei dem Nazi-Terroristen der „Wehrsportgruppe Hoffmann" und der „Deutschen Aktionsgruppen" des Manfred Roeder Absprachen für Anschläge und Überfälle getroffen hatten. Ein Zehntel der Anwesenden Nazis bei diesem Treffen seien V-Männer gewesen.

■ Die heute verbotene Nazi-Partei „Nationalistische Front" wurde mit maßgeblicher Beteiligung des Verfassungsschutzes gegründet und aufgebaut. Das niedersächsische Landesamt sprach im Juli 1983 Norbert ***Schnelle*** an, ein Mitglied der Bielefelder „Jungen Nationaldemokraten." Schnelle ließ sich zum Schein als V-Mann anwerben und das Informationshonorar in die Kassen der Nazi-Partei fließen, 500 Mark im Monat, steuerfrei sowie Sonderzuwendungen. Die Nazis kauften Gebrauchtwagen, Kameras und Kassettenrecorder und mieteten ein Haus in Steinhagen an. Schnelles V-Mann-Führer warnte seinen „Agenten" Schnelle auch vor Hausdurchsuchungen.

■ ***Bernd Schmitt*** (VS Nordrhein-Westfalen), als Leiter einer Kampfsportschule in Solingen, die auch ein bekannter Nazitreffpunkt war, hat Schmitt drei der vier Nazimörder von Solingen in seiner Kampfsportschule ausgebildet. Bei dem Nazi-Brandanschlag in Solingen wurden 1993 zwei Frauen und drei Mädchen aus der Türkei ermordet. Der damalige Innenminister Schnorr mußte auch zugeben, dass der V-Mann Schmitt verdächtige Nazis vor Hausdurchsuchungen gewarnt hatte.

■ Anfang der 90er Jahre war ***Michael Wobbe*** „Sicherheitsbeauftragter" der „Nationalistischen Front". Wobbe, ebenfalls ein V-Mann des Verfassungsschutzes, reiste quer durch die Bundesrepublik, verkaufte Nazi-Propagandamaterial und gründete mehrere „Kameradschaften". In Füssen zum Beispiel stiftete er Jugendliche zu Straftaten an und verriet sie anschließend seinem V-Mann-Führer. Wobbe wurde 1994 enttarnt und abgeschaltet. Er lebt heute unbehelligt und unter anderem Namen in der Nähe von Berlin.

■ ***Carsten Szczepanski*** (VS Brandenburg) Der Ex-NPD-Ortsfunktionär von Königs Wusterhausen wurde 1999 enttarnt. Wegen Mordversuch an einem Mann aus Nigeria 1992 wurde er verurteilt. Szczepanski wurde nach seiner Verurteilung 1995 zu acht Jahren vorzeitig aus der Haft entlassen. Neben dem Spitzellohn von monatlich bis zu 1000 DM überprüft das Brandenburgische Innenministerium laut seinem Sprecher Heiko Homburg die Übernahme der Schmerzensgeldzahlung aufgrund seiner Verurteilung wegen versuchten Mordes.

■ ***Thomas Dienel*** (VS Thüringen) wurde wegen Volksverhetzung mehrmals vor Gericht angeklagt. Als Dienel als Mitarbeiter des VS enttarnt wird, gibt er vor laufender Kamera an, mit seinem Spitzellohn massenhaft Nazipropaganda finanziert zu haben. Zudem sei ihm Schutz vor Strafverfolgung zugesichert worden und er habe Informationen über Polizeiermittlungen in der Naziszene erhalten. Für ca. 80 mündlich Hinweise habe der VS ihm zwischen 1996 und 1997 25.000 DM bezahlt.

■ ***Carsten Szczepanski*** (VS Brandenburg), 1999 enttarnt. Ex-NPD-Ortsfunktionär von Königs Wusterhausen, verurteilt wegen Mordversuch an einem Mann aus Nigeria 1992. Szczepanski wurde nach seiner Verurteilung 1995 zu acht Jahren vorzeitig aus der Haft entlassen. Neben dem Spitzellohn von monatlich bis zu 1000 DM überprüft das Brandenburgische Innenministerium laut seinem Specher Heiko Homburg die Übernahme der Schmerzensgeldzahlung aufgrund seiner Verurteilung wegen versuchten Mordes.

★★★

Diese - ausschnitthaften - Fakten zeigen zweierlei: Erstens wird unbestreitbar deutlich, in welch direkter und umfassender Weise der VS die Nazi-Organisationen hochgezogen hat, ihre verbrecherischen Aktivitäten duldet, vielfach erst ermöglicht und diese teilweise sogar selbst inszeniert. Zweitens zeigt sich aber auch, in welchem Ausmaß die Nazis ihrerseits Informationen, Gelder und andere Ressourcen des VS für ihre eigene Hetze und ihren mörderischen Terror nutzen und nutzen können.

10 Jahre „Deutsche Einheit":

Nazi-Terror von Hoyerswerda bis Düsseldorf

Nazis, Staat und Medien - ein Braunbuch

Verlag Olga Benario und Herbert Baum

221 Seiten, 13 Euro

Zu bestellen bei: Buchladen Georgi Dimitroff, Speyerer Str. 23, 60327 Frankfurt/Main

Quellen: jw 24.12.99, jw 20.7.00, jw 28.1.02, jw 30.1.02, Antifaschistische Nachrichten 23/99, FR 23.1.02, FR 24.1.02, FR 26.1.02, FR 30.1.02, FR 5.2.02, FR 6.2.02, FR 7.2.02, FR 16.2.02, Die Zeit 24.1.02, Der Spiegel 5/2002 – 28.1.02, Der Spiegel 6/2002 – 4.2.02, http://www.linkeseite.de/Texte/antifatexte/0683.htm.

Drucker, Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: A. Odenthal, Vertrieb für Internationale Literatur, Brunhildstr. 5, 10829 Berlin

❑ Berechtigte Kritik:

Kritik an „Die Nazis mitten im Staatsapparat!" (Flugblatt 2/02)

Im Flugblatt steht auf S.2 in dem (leider wieder recht) langen Satz vor den drei Sternchen:

> *„Die Aktivistinnen und Aktivisten im Kampf gegen die erstarkende Nazi-Bewegung stehen dabei vor der schwierigen Aufgabe, daß die Stärke und das Ausmaß der personellen Verankerung der Nazis besonders in den Kernbereichen des deutschen Staatsapparates ...verschleiert werden ... und sich das ganze Ausmaß der Verankerung oft nur – wie aktuell – in einer zugespitzteren Situation der Auseinandersetzung zwischen den verschiedenen Abteilungen des deutschen Imperialismus zeigt."*
> (Hervorhebung von mir).

Diese Aussage vermittelt meiner Ansicht nach, wenn auch wohl unbeabsichtigt, etwas falsches. Denn bei dem publik gewordenen „Skandal" um die personelle Verstrickung zwischen Verfassungsschutz und NPD wurde lediglich das Ausmaß der Verankerung von Nazis im Geheimdienst des Staatsapparates offenkundiger und eben nicht in anderen Kernbereichen des deutschen Staatsapparates (Bundeswehr, Justiz etc.). Und auch in Bezug auf den Geheimdienst, hat sich bestimmt nicht das *ganze* Ausmaß der Verankerung *gezeigt*, sondern es läßt sich aufgrund der bekannt gewordenen Fakten nun leichter erahnen und wenigstens exemplarisch veranschaulichen.

- Kritik am Flugblatt 2/ 02:

„Die Nazis mitten im Staatsapparat "

Auf S. 3 steht folgendes:

> „Der größere und weitaus umfangreichere Terror gegen Flüchtlinge, Werktätige aus anderen Herkunftsländern, Menschen mit dunkler Hautfarbe, Sinti und Roma, gegen demokratische und revolutionäre Kräfte wird vom gesamten Staatsapparat des deutschen Imperialismus ausgeübt: Mittels „Ausländergesetzen", durch Kriminalisierung von sogenannten „Illegalen", Misshandlungen durch Polizei- und BGS- Beamte, den mörderischen Grenzterror der nahezu 10.000 BGSler vor allem an den Grenzen zu Polen und Tschechien, durch die brutale tausendfache Abschiebehaft und den mörderischen Abschiebeterror"

Meint ihr nicht auch das hier eine Gruppe fehlt? Mir fiel sofort auf dass hier überhaupt nicht die Rede von antisemitischen Terror, die Gruppe der Jüdinnen und Juden hier außen vor gelassen wurde, dabei ist das doch wesentlich. Gerade jetzt ist davon doch immer mehr wieder zu hören, im Zusammenhang mit Möllemann und Karsli z.B., nach dem Motto, die Juden seien selber am Antisemitismus Schuld, würden sie nicht soviel davon faseln, gäbe es ihn auch nicht mehr. Aber auch das systematische Verschweigen oder Herunterspielen von antisemitischen Anschlägen und um ein bisschen weiter auszuholen, auch das Nicht- oder Geringbestrafen von antisemitischen Aktionen ist indirekt staatlicher Antisemitismus.

Ich denke, daß wenn die Sinti aufgeführt werden, so darf auch die jüdische Bevölkerung nicht unerwähnt bleiben, denn beide Gruppen sind nicht von z.B. Abschiebungen bedroht, dennoch habt ihr die Sinti hier genannt und die jüdische Bevölkerung verschwiegen!

Eine Antwort auf die Kritik

Staatlicher Terror gegen Juden? Du selbst unterscheidest indirekt und direkt. Von einem direkten staatlichen Terror gegen die Mitglieder der Jüdischen Gemeinde (wie gegen Sinti und Roma, Asylbewerber etc.) kann unserer Meinung nach beweiskräftig noch nicht gesprochen werden.

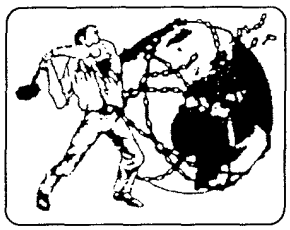
Da ist die Lage bei den Roma wirklich anders, daß wir die Sinti auch erwähnt haben, war sicher nicht genau durchdacht, aber die staatlichen Karteien aus der Nazi-Zeit über die deutschen Sinti und ihre Nutzung bei Razzien wären dennoch ein direkter staatlicher Terror. Es hilft nichts, Fakten und klare Belege sind nötig, und wenn es eben keine Gleichzeitigkeit und gleiche Vorgehensweise gibt, dann gibt es sie eben nicht.

Noch eine Sache ist, daß Sinti aus der CSSR möglicherweise auch von Abschiebung bedroht sind, da es eben nicht nur deutsche Sinti gibt. Ein Aspekt ist, daß die jüdischen Gemeinden stärker in der Öffentlichkeit verankert sind als die Bürgerrechtsbewegung der Deutschen Sinti und Roma und daher auch staatliche Angriffe offensiver abwehren kann. Was uns stört, ist so ein gewisser Schematismus „wenn die, dann auch die...". Die aktuelle Realität muß überzeugend charakterisiert werden.

*

PROLETARIER ALLER LÄNDER VEREINIGT EUCH!
PROLETARIER ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER VEREINIGT EUCH!

GEGEN DIE STRÖMUNG



Organ für den Aufbau der Revolutionären Kommunistischen Partei Deutschlands

3/02 März 2002 0,50 Euro

Ex-Jugoslawien, Afghanistan, Usbekistan, Kuwait, Somalia...

Der deutsche Imperialismus beim dritten militärischen Anlauf für seine Weltherrschaftsziele!

Nach dem Kampfeinsatz der Bundeswehr im Krieg in und um Afghanistan ist eine neue Etappe der militärischen Eskalation erreicht. Bundeswehreinheiten führen Krieg in Afghanistan, nehmen teil an den imperialistischen Massakern dort. Dabei wurden inzwischen auch erste Bundeswehrsoldaten getötet, die mit chauvinistisch-militaristischem Getrommel als „unsere Helden" glorifiziert werden. Seit dem 2. Februar ist die deutsche Marine vor Somalia, zwischen dem Horn von Afrika und der Arabischen Halbinsel, mit drei Fregatten, zwei Begleitschiffen und ca. 1.600 Soldaten an Bord im Einsatz. Zugleich sind in den letzten Monaten Momente einer sich verschärfenden Rivalität gegen den US-Imperialismus deutlich geworden, gerade hinsichtlich eines in Planung befindlichen Kriegs gegen Irak. Von den Politikern, Medien und „Militärspezialisten" des deutschen Imperialismus wurde gleichzeitig eine Kampagne losgetreten, wie „unzureichend ausgerüstet", „schwach", „nicht einsatzfähig" die Bundeswehr angeblich sei. Was steckt dahinter?

Die internationalen militärischen Vorstöße, die mit ungeheurem Druck und in einem ungeheuren Tempo vorangetriebene Militarisierung in allen gesellschaftlichen Bereichen, die Gewöhnung der Bevölkerung an militärische Aggressionen und Kriege auf immer größerer Stufenleiter - alles das ist in Wirklichkeit nur zu verstehen in der Perspektive der nächsten 10 bis 20 Jahre.

> *Mittelfristig geht es darum, die Bundeswehr mit einem gigantischen Aufrüstungsprogramm von über 110 Milliarden Euro in den nächsten fünf bis zehn Jahren in die Lage zu versetzen, „auf gleicher Augenhöhe" mit den anderen imperialistischen Großmächten in aller Welt groß angelegte Kriege zu führen. (Spiegel 11.03.02, S. 181)*

Dieses Ziel haben die deutschen Imperialisten im sogenannten „Weizsäcker-Bericht" offen verkündet. Doch in Wirklichkeit geht es ihnen langfristig um weit mehr. Ihr langfristig verfolgtes Ziel besteht darin, nach zwei verlorenen Weltkriegen im nunmehr dritten Anlauf ihre weltweiten imperialistischen Ziele durchzusetzen. Hierfür spannen sie alle ihre Kräfte an, um sich auf die langfristig unausweichlich anstehende militärische Konfrontation mit den anderen imperialistischen Großmächten vorzubereiten.

☆☆☆

Kürzlich erklärte der deutsche Kriegsminister: *„Jetzt stehen zehntausend Soldaten unmittelbar im Einsatz - weitere fünfzigtausend sind dafür eingeplant. Da kann die Realität dem allgemeinen Empfinden schon einmal davoneilen."*[1] Scharping plaudert - mit umgekehrtem Vorzeichen - hier aus, was in der Tat ein Trumpf der deutschen Kriegstreiber ist: Das „allgemeine Empfinden" der großen Masse der Ausgebeuteten und Unterdrückten hinkt weit hinter den sich geradezu überschlagenden Ereignissen her und realisiert nicht oder nicht wirklich, was die fieberhaft vorangepeitschte Militarisierung bedeutet.

Diese Stimmungslage, welche die Realität nicht wahrnimmt oder im Innersten nicht wahr haben will, gilt auch für große Teile der Linken, die von der Geschwindigkeit der Entwicklung vielfach überrumpelt werden, ideologisch und politisch vor allem aber eins nicht vor Augen haben: den Zusammenhang zwischen der sprunghaft angestiegenen Militäreinsätzen und der Aufrüstung der Bundeswehr mit den grundlegenden weltweiten imperialistischen Zielen des deutschen Imperialismus. Hartnäckig wird dabei besonders an der These festgehalten, daß der US-Imperialismus angeblich doch eine „Supermacht" sei, welcher der deutsche Imperialismus militärisch niemals ernsthaft Paroli bieten könne.

Die opportunistische Bagatellisierung der Stärke und Gefährlichkeit des deutschen Imperialismus ist im Grunde nur eine Widerspiegelung der Taktik und der Manöver der „eigenen" imperialistischen Bourgeoisie. Diese ist momentan noch stark bemüht, ihre weltweiten Vorherrschaftsziele, den von ihr selbst geplanten Kampf gegen den US-Imperialismus, aber auch gegen den französischen und den britischen Imperialismus und andere Rivalen zu kaschieren. Ebenso halten sich die deutschen Imperialisten gegenwärtig überall dort mehr im Hintergrund und suchen überall dort nicht die unmittelbare Konfrontation, wo ihnen ein voreiliges Auftrumpfen oder Vorpreschen auf längere Sicht mehr schaden als nützen würde. Genau das steckt auch dahinter, wenn die Vertreter des deutschen Imperialismus sich gegenwärtig noch „zurückhaltend" oder ablehnend verhalten etwa zu einer Führungsrolle der Bundeswehr in Afghanistan. In seiner Rede zur Beteiligung der Bundeswehr am Krieg in und um Afghanistan erklärte der deutsche Kriegsminister das ziemlich offen: *„In diesen Zusammenhang gehört auch die Frage, ob die Bundesrepublik Deutschland die Lead-Funktion hätte übernehmen können oder ob für die Zukunft übernehmen soll. Ich rate davon ab, so zu tun, als habe man **schon** die Fähigkeiten, die man **in Zukunft erst erwerben will**."*[2]

Die Schwierigkeit der überzeugenden antimilitaristischen Argumentation liegt darin, daß sich für die Anprangerung der kurz- und mittelfristigen militärischen Machenschaften des deutschen Imperialismus eine Fülle von aktuellen Fakten anführen läßt, während dies für die Entlarvung des langfristigen Ziels eines Revanchekriegs so nicht möglich ist. Die ganze Dimension zukünftiger Zuspitzung läßt sich nur auf dem Boden der grundlegenden Gesetzmäßigkeiten des Imperialismus im allgemeinen und der grundlegenden Merkmale und Besonderheiten des deutschen Imperialismus im besonderen analysieren. Den Grundbedingungen der geschichtlichen Entwicklung des deutschen Imperialismus kommt dabei besondere Bedeutung zu.

Aktuelle Bestandsaufnahme I:

„Man muß einfach feststellen, die Soldaten ziehen in den Krieg" - Die Bundeswehr dehnt ihre Militärstützpunkte und Kriegseinsätze sprunghaft aus!

Die Beteiligung am Krieg in und um Afghanistan nutzt der deutsche Imperialismus, Militarismus und Revanchismus, um seine internationale Präsenz in verschiedenen Regionen und Ländern der Welt zu erhöhen, dort mit eigenen Zielen und eigenem Kalkül mitzumischen. Dabei arbeiten die Strategen des deutschen Imperialismus daran, ihr zunächst zeitlich begrenztes „Mandat" in eine dauerhafte Anwesenheit zu verwandeln, die Ausdehnung des militärischen Einflusses zur Förderung ihres politischen Einflusses und ihrer wirtschaftlichen Macht zu nutzen.

Beilage: Roter Pressespiegel März 2002

Deutscher Flottenverband und andere Bundeswehrteile vor Djibouti und Somalia

In der Seeregion bei Somalia sind gegenwärtig rund 100 Kriegsschiffe aus 16 Ländern mit insgesamt 40.000 Marinesoldaten im Einsatz. Dieses Einsatzgebiet mit seiner Nähe zu den größten bekannten Erdölvorkommen hat eine hervorragende strategische Bedeutung für alle imperialistischen Großmächte. Von hier aus kann der gesamte Schiffsverkehr, der ins Rote Meer führt und von dort kommt, kontrolliert werden. Zugleich ist dies eine direkte und permanente Drohung, eine Militärintervention gegen Somalia und andere Länder durchzuführen.

Seit dem 2. Februar 2002 patroullieren die Fregatten „Bayern", „Köln" und „Emdern", fünf hochgerüstete Schnellboote sowie mehrere Begleitschiffe vor den somalischen Territorialgewässern. Dazu gehören auch Seehubschrauber vom Typ „Sealynx". Insgesamt sind ca. 1.600 Marinesoldaten im Einsatz.

Für den - vorerst - auf 12 Monate begrenzten Einsatz wurde eine Marine- und Marineflugbasis im Nachbarstaat Somalias, Djibouti, eingerichtet, wo auch Frankreich einen großen Stützpunkt mit 2.500 Soldaten hat. Die deutsche Kriegsmarine zeigt deutlich „Präsenz": *„Die Piere 7, 10 und 11 sind fest in deutscher Hand: grauer Stahl, Geschütze, Funkmasten und Flaggen mit dem Bundesadler, wohin das Auge blickt"*, schrieb die „Welt" am 28.01.02 im Landserstil.

Es handelt sich um den *„größte(n) Einsatz der deutschen Seekräfte nach dem Zweiten Weltkrieg"*, wie Flottenadmiral G. Hoch hervorhebt.[3]

Der Aufmarsch der Bundesmarine am Roten Meer wird von deutsch-chauvinistischem militaristischen Getrommel begleitet. Bei der „Verabschiedung" des Flottenverbands in Wilhelmshaven strich Vizeadmiral Lutz Feldt schon mal mit geschwellter Brust heraus, daß der „deutsche Soldat" besser sei als alle anderen. Der Einsatz am Horn sei „eine schwierige Aufgabe, die nicht ohne Risiko ist". Die Ausbildung der Soldaten habe jedoch ein so hohes Niveau, „daß wir auch diesmal im Vergleich mit unseren Kameraden anderer Marinen eher ein Beispiel geben als uns an ihnen orientieren"[4].

Zur „Einstimmung" der Soldaten und der Bevölkerung auf den Kriegseinsatz wird kaum noch ein Blatt vor den Mund genommen: *„Man muß einfach feststellen, die Soldaten ziehen in den Krieg"*, sagte Jürgen Meinberg, Sprecher des Bundeswehrverbandes.[5]

Stationierung deutscher Marineflugzeuge in Kenia

Drei Aufklärungsflugzeuge der deutschen Marine mit ca. 160 Soldaten sind in Mombasa/ Kenia stationiert, einem Nachbarland Somalias.[6] In imperialistischer Herrenmanier weigert sich die Bundeswehr, sich der territorialen Gerichtsbarkeit in Kenia zu unterwerfen und fordert diverse Privilegien. So will sie, daß die Einführung von militärischem Gerät von den gegenwärtigen kenianischen Zöllen befreit werden.[7]

Der deutsche Imperialismus und Somalia

Somalia spielte und spielt bei der Steigerung der Militär- und Kriegseinsätze und Kriegseinsätze des deutschen Imperialismus eine besondere Rolle:

- Polizeihilfe: In Somalia betreibt der deutsche Imperialismus schon lange seine schmutzigen Machenschaften. Direkt nach der Unabhängigkeit 1961 übernahm Westdeutschland die Ausbildung und Ausrüstung der somalischen Polizei. Dies wurde auch nach dem Militärputsch 1969 und der zunehmenden Einflußnahme des russischen Sozialimperialismus in Somalia fortgesetzt und ging bis 1989 fort, als die von Westdeutschland ausgerüstete und ausgebildete Truppe den Bürgerkrieg zu verlieren begann. In Somalia ging es von Anfang an besonders um die Ausrüstung mit Fahrzeugen, hauptsächlich Motorräder von BMW und geländegängige Fahrzeuge von Mercedes. Dazu wurden immer wieder Bundeswehr-Mechaniker nach Somalia geschickt. Somalische Polizeioffiziere wurden entweder in Somalia selbst oder in Westdeutschland ausgebildet.[1]

-1977: In Mogadischu, der Hauptstadt von Somalia, wurde *die erste militärische Operation westdeutscher „Elitetruppen" im Ausland nach dem Zweiten Weltkrieg* „erfolgreich" durchgeführt. Ein entführtes Flugzeug wird in einer „Blitzkriegsaktion" gestürmt und drei der vier palästinensischen Entführer werden von der GS-Sondertruppe GSG 9 kaltblütig erschossen. Anschließend wurde die GSG 9 mit allen Zeremonien und Auszeichnungen, die für „Kriegshelden" vorgesehen sind, in der Bundesrepublik empfangen.

-1993: In Somalia sind *zum ersten Mal seit dem Zweiten Weltkrieg 1700 deutsche Bundeswehrsoldaten im Ausland im Einsatz.* Nach wochenlanger Einstimmung der Bevölkerung im Sommer 1992 auf einen Auslandseinsatz der Bundeswehr unter UNO-Flagge, beteiligen sich zunächst zwei Bundeswehrtransporter im August 1992 an UN- Lebensmitteltransporten nach Mogadischu. Nach der Aggression der US- Truppen unter UNO- Flagge im Januar 1993 folgen im Sommer 1993 auch die Soldaten der Bundeswehr und bleiben 9 Monate als Besatzungstruppen in Somalia.

-2002: Seit dem 2. Februar ist die *deutsche Marine vor Somalia „out of NA TO-area „ im Einsatz,* zwischen dem Horn von Afrika und der Arabischen Halbinsel. Drei Fregatten, zwei Begleitschiffe sowie 850 Soldaten an Bord operieren vom „Stützpunkt" Dschibuti aus und kontrollieren die Seewege zum Indischen Ozean und zum Persischen Golf.

1 Informationen aus: Reinhard Pohl: Somalia. Kiel 1993, S.19.

Stationierung deutscher Spezialtruppen in Kuwait

In Kuwait, nahe der Grenze zum Irak, ist ein Bundeswehrbataillon zur Abwehr atomarer und chemischer Kampfstoffe (ABC-Waffen) stationiert. Die 250 Mann starke Spezialtruppe ist mit dem ABC-Spürpanzer Fuchs ausgestattet. Die deutschen Truppen wollen sich auch hier möglichst dauerhaft festsetzen. Nach Abschluß der „Übungen" soll ein Kontingent von ca. 50 Soldaten zur schnellen Verfügung dort bleiben.

Bundeswehr-Besatzungstruppen und Kampfeinsatz in Afghanistan

In Kabul sind im Rahmen der „Isaf" gegenwärtig über 800 Bundeswehrsoldaten. Dazu kommen ca. 100 Soldaten des Kommandos Spezialkräfte (KSK) in Kandahar[8], die unmittelbar an Kriegshandlungen beteiligt sind. Ihr Auftrag lautet offiziell „Spezialaufklärung und Zugriff auf Taliban/Al Quaida-Kämpfer, deren Infrastruktur sowie Versorgungs- und Fluchtwege".[9] Im Klartext heißt das Teilnahme an dem völkerrechtswidrigen imperialistischen Gemetzel in Afghanistan. Einen ähnlichen Auftrag hat es seit 1945 nicht gegeben.

Die ersten toten Bundeswehrsoldaten wurden mit großem patriotischen Pomp nach Deutschland zurück gebracht. Inzwischen wird bereits gefordert, die in Afghanistan stationierten Bundeswehreinheiten mit schweren Waffen auszurüsten, Panzerfahrzeugen sowie Artillerie.[10] Demnächst soll die Bundeswehr das Oberkommando über die imperialistischen Besatzungstruppen in Kabul übernehmen.

Bundeswehr-Stützpunkt in Usbekistan

Seit Januar 2002 hat die Bundeswehr im südusbekischen Termez einen eigenen Luftwaffenstützpunkt mit 126 Soldaten[11], der offiziell als Brückenkopf nach Kabul dient. Er hat vor allem aber auch die Funbktion, sich in der zentralasiatischen Region mit seinen bedeutenden Erdöl- und anderen Rohstoffvorkommen auch militärisch festzusetzen.

Das Kontingent soll auf 160 Soldaten und sechs Transall-Maschinen anwachsen.[12] Dieser Militärstützpunkt der Bundeswehr in Usbekistan ist Ergebnis eines Abkommens zwischen Deutschland und Usbekistan.

☆☆☆

Zu diesen ***neuen*** Bundeswehrstützpunkten außerhalb Deutschlands kommen noch die über 1.700 Bundeswehrsoldaten in Bosnien, die ca. 4700 Bundeswehr-Soldaten im Kosova sowie die knapp 600 Soldaten in Mazedonien, wo die Bundeswehr inzwischen den Oberbefehl übernommen hat. Dazu kommen einige Bundeswehr-Soldaten als „UNO-Beobachter" in Georgien.

Insgesamt sind heute also ca. 10.000 Bundeswehrsoldaten im „Auslandseinsatz". Damit hat sich deren Zahl seit 1998 praktisch verfünffacht. Berücksichtigt man die Rotation der eingesetzten Soldaten, so ergibt sich, daß bereits rund 60.000 Soldaten für Auslandseinsätze gebunden und verplant sind.

Aktuelle Bestandsaufnahme II:

Gegen den „Alleingang" der USA - Offen bekundete Distanz zum US-Imperialismus

Bei ihrem militärischen Vormarsch betonen die deutschen Imperialisten offiziell nach wie vor die „Allianz", die Notwendigkeit der Zusammenarbeit mit den übrigen imperialistischen Großmächten, vor allem mit dem US-Imperialismus. Aber während unmittelbar nach dem

11. September 2001 noch die „uneingeschränkte Solidarität" mit den USA verkündet wurde, gehen die Sachwalter des deutschen Imperialismus zunehmend offen auf Distanz zum US-Imperialismus und kritisieren mehr oder weniger deutlich und direkt die USA. Auf Grundlage der eigenständigen Interessen des deutschen Imperialismus ist das sich verschärfende Moment der Rivalität deutlicher sichtbar geworden, wie z.B. beim sich andeutenden und offensichtlich schon in Planung befindlichen Krieg gegen den Irak. So erklärte der deutsche Außenminister an die Adresse der USA, die internationale Koalition „gegen den Terror" sei *„für sich allein kein Freibrief für eine Invasion in irgendeinem Land - erst recht nicht im Alleingang".*[13] Auf der Konferenz der Außenminister der fünfzehn EU-Staaten am 9./10.2.2002 erklärte Fischer ebenso, das Vorgehen der USA sei *„nicht die Art, wie wir Politik anlegen".*[14]

In jüngster Zeit zeigte sich auch in anderer Hinsicht sehr deutlich, wie der deutsche Imperialismus im Kampf um seine Einflußsphären, im Kampf zur Neuaufteilung der Welt unter den imperialistischen Großmächten mit seiner „bewährten" Doppeltaktik vorstößt. Bei seiner Rede am 19.2.2002 in Detroit wandte sich der deutsche Bundespräsident nicht nur gegen eine *„Politik einsamer Entschlüsse",* sondern betonte auch, man dürfe nicht nur auf das militärische setzen, sondern brauche zugleich die Auseinandersetzung *„an der zivilen Front", „eine weltweite Koalition gegen Hunger und Elend."*[15] Das Plädoyer, nicht nur auf die Peitsche, nicht nur auf den Henker zu setzen, sondern in Kombination damit auch auf Zuckerbrot und Pfaffen, wird durch das expansionistische Interesse des deutschen Imperialismus diktiert. Während seine Bundeswehr mittels der „Salami-Taktik" zunehmend weltweit militärisch agiert, pocht der deutsche Imperialismus angesichts der vorläufig noch vorhandenen militärischen Unterlegenheit besonders auch auf sein großes ökonomisches Potential, forciert seine „friedlichen" Machenschaften, intensiviert seine geheime und offene Diplomatie, verstärkt seine „guten Beziehungen" zu allen Ländern, nützt antiamerikanische Stimmungen, um seinen eigenen Einfluß zu stärken usw.

Diese „Doppeltaktiken" bedeuten für die deutschen Imperialisten, sich Zug um Zug auf allen Gebieten zu stärken, für alle Fälle gewappnet zu sein, um sowohl durch den Einsatz der Bundeswehr-Truppen als auch durch bereitgestelltes Kapital ihren Einfluß als imperialistische Großmacht zu stärken. Die Ausdehnung der Macht des deutschen Imperialismus richtet sich dabei nicht nur gegen die von ihm bedrohten, ausgebeuteten und unterdrückten Völker, sondern auch immer deutlicher gegen die anderen imperialistischen Großmächte, mit denen der deutsche Imperialismus um die Vorherrschaft in der Welt ringt.

☆☆☆

Mittelfristige Bestandsaufnahme:

Groß angelegtes Aufrüstungsprogramm im Interesse der Weltherrschaftsziele des deutschen Imperialismus, für eine Bundeswehr, „die interventionsfähig ist, die den Frieden erzwingen und sichern kann, wo immer es notwendig sein wird"

(Admiral a.D. U. Weisser)

Die deutschen Imperialisten haben für die nächsten mehr als zehn Jahren ein enormes Aufrüstungsprogramm zur militärischen Durchsetzung und Absicherung ihrer eigenständigen imperialistischen Großmachtinteressen geplant. Ziel ist eine Bundeswehr, *„die interventionsfähig ist, die den Frieden erzwingen und sichern kann, wo immer es notwendig sein wird",* wie dies der Admiral a.D. U.Weisser formulierte.[16]

Militärisch

■ Im Juni 2000 hat die deutsche Regierung beschlossen, die sogenannten „Einsatzkräfte" bis 2006 von heute 60.000 auf 150.000 zu erhöhen, wobei es keine Differenzierung mehr nach „Hauptverteidigungs- und Krisenreaktions-Kräften" geben wird[17]. Zugleich wurde ein Aufrüstungsprogramm bis 2015 von 110 Milliarden Euro beschlossen.

■ Um welche Dimensionen es dem deutschen Imperialismus bei der militärischen Durchsetzung und Absicherung seiner weltweiten politischen und ökonomischen Interessen in den nächsten 5 bis 10 Jahren geht, zeigen die Vorgaben einer vom Kriegsministerium im Jahr 2000 eingesetzten Kommission unter Leitung des ehemaligen Bundespräsidenten R.Weizsäcker zum „Umbau" bzw. der „Strukturreform" der Bundeswehr. „Meßgröße für die neue Bundeswehr" ist, ohne Mobilmachung in der Lage zu sein, im Ausland eine große Operation mit 15.000 bis 30.000 Mann aller Teilkräfte der Bundeswehr ein Jahr lang durchzuhalten. Alternativ soll die Bundeswehr zwei mittlere Operationen in getrennten Gebieten über einen längeren Zeitraum durchführen können.[18] Während bei dem imperialistischen Angriffskrieg gegen Jugoslawien noch 14 Tornadokampfflugzeuge teilnahmen, sollen es bei künftigen Kriegen zwischen 90 und 100 Kampfflugzeuge sein.[19]

■ Neu gebildet wird die „Division für Spezialoperationen" (DSO), zu der auch die zur Zeit in Afghanistan kriegführenden „Kommando Spezialkräfte" sowie zwei Luftlandebrigaden gehören sollen. Diese Truppe verfügt über Fernspäher und Radar-Drohnen. Schwerpunkt dieser Einheit ist unter anderem „Schutz der Truppe vor Gegnern wie Terroristen und Guerillas."[20] Voller Stolz verkündete der Heeresinspekteur H.Willmann im Oktober 2000 auf einer Konferenz von 100 Generälen in Köln, daß diese neue Einheit mit 7.400 Soldaten „in der Nato auf die Überholspur" geht.[21]

■ Neu gebildet wird ebenfalls die aus 9.800 Soldaten bestehende „Division für luftbewegliche Operationen" (DLO). Diese wird von 2004 an mit dem Transporthubschrauber NH90 und dem Kampfhubschrauber Tiger ausgestattet. Mit dem extrem schnellen, beweglichen und mit starken Raketen ausgerüsteten Kampfhubschrauber soll diese Einheit hinter den „gegnerischen Linien" Radaranlagen und ähnliches ebenso wie Panzer zerstören können.[22]

■ Mit der Anschaffung von 70 Großraumtransportflugzeugen, buchstäblich um jeden Preis, soll die Bundeswehr befähigt werden, möglichst rasch an jedem beliebigen Punkt der Welt intervenieren zu können.

Die Bundesregierung hat inzwischen auch ein Gesetz eingebracht, welches die militärische Spionage durch den MAD im Ausland offiziell ermöglichen soll.[23] Der Heeresinspektor der Bundeswehr Kujat verkündete am 22.1.2002 in Hamburg: *„Was wir anstreben, ist Informationsüberlegenheit. Dazu ist ein Spektrum an Aufklärungsmitteln erforderlich, das lückenlos strategische, operative und taktische Informationen bereitstellt. Ein wichtiger Bestandteil sind Satelliten, die eine weltweite Radarabdeckung ermöglichen."*[24]

■ Mit der Bildung des „Einsatzführungskommandos" 2001 in Potsdam, das direkt dem Kriegsministerium unterstellt ist, wurde die bisher zumindest noch formal bestehende Trennung der Leitung der Teilstreitkräfte der Bundeswehr aufgehoben und ein zentrales militärisch-politisches Führungskommando geschaffen, das selbst in der bürgerlichen Presse in die Tradition der nazifaschistischen Wehrmacht gestellt wird: „Das Hauptquartier - Die Bundeswehr hat wieder einen 'Generalstab'„.[25]

Seit Juni 2001 werden die Einsätze der Bundeswehr im Inland wie im Ausland von diesem „Einsatzführungskommando" zentral befehligt. Die Bundeswehreinsätze in Afghanistan, Usbekistan, Kuwait, Djibouti, Kenia und vor der Küste Somalias werden von hier aus zentral befehligt und koordiniert. Von hier aus werden ab April ebenso die Einsätze in Bosnien, Mazedonien und Kosova kommandiert.

■ In direkter Weise baut der deutsche Imperialismus zugleich seinen Führungsanspruch in Europa auch militärisch aus. 600 Soldaten und sogenannte Zivilbeschäftigte sollen die Voraussetzungen dafür schaffen, ein Hauptquartier für die Leitung zukünftiger Kriegseinsätze der europäischen Imperialisten unter deutscher Führung zu bilden. In den letzten Jahren wurden bereits zunehmend Schnittstellen zwischen den Armeen in Europa mit deutschen Offizieren besetzt. Deutschland stellt auch das größte Kontingent für die EU-"Eingreiftruppe", die bis 2003 entstehen soll.

Ökonomisch

Ein weiteres Kernstück der forcierten Militarisierung ist die immer weiter voranschreitende Entwicklung der eigenständigen Rüstungsindustrie, die vom einfachen Gewehr und der Gasmaske bis hin zum computergesteuerten Bomber und zum atomar betriebenen U-Boot, vom

„Leopard"-Panzer über Kampfhubschrauber, Radarsysteme bis zu Lenkwaffen, zum Giftgas und zu atomarer Bewaffnung alles für ihr mörderisches Tun zur Verfügung stellen kann. Denn im „Ernstfall" kann sich der deutsche Imperialismus hier ja nicht auf Importe verlassen.

Hunderttausende arbeiten in Rüstungsbetrieben und ihren Zulieferfirmen, die altbekannte Namen tragen wie Krupp, Thyssen, Krauss-Maffei oder Messerschmidt. Es wäre jedoch kurzsichtig, hier lediglich die typischen Rüstungskonzerne zu nennen, einen wie auch immer gearteten „Militär-Industrie-Komplex" für die Aggressivität und Kriegsvorbereitung des deutschen Imperialismus allein verantwortlich zu machen. Es geht um das deutsche Finanzkapital in seiner Gesamtheit. Jeder große Konzern produziert heute sowohl für den Zivil- als auch für den Militärbereich und ist in der Lage, die Produktion in kürzester Zeit ganz auf Kriegsproduktion auszurichten.

Dabei ist ein Grundzug der zunehmenden Militarisierung, das ökonomische Potential des deutschen Imperialismus ganz unmittelbar, so weit und so direkt wie möglich in den Dienst der „Modernisierung" der Bundeswehr zu stellen, um diese „kriegstauglich" zu machen. Zu diesem Zweck wurde im Jahr 2001 auch formell ein „Rahmenvertrag" für eine „strategische Partnerschaft" zwischen der Bundeswehr und den entscheidenden Unternehmen des deutschen Großkapitals geschlossen, der bereits von mehr als 600 Unternehmen unterzeichnet worden ist. Dabei ist auch der DGB fest in die Vereinbarungen eingebunden.[26]

Ideologisch

Ideologisch geht es den deutschen Imperialisten in den nächsten Jahren darum, in der gesamten Bevölkerung durchzusetzen und zu verankern, daß die Bundeswehr auf immer größerer Stufenleiter Kriege führt, daß dies so richtig und notwendig sei, daß es dafür „Opfer" zu bringen gelte.

Wenn der deutsche Außenminister Fischer tönt „Friedenspolitik ist heute Ordnungspolitik", so soll damit die Bevölkerung darauf eingestimmt werden, daß die Bundeswehr überall dort, wo in der Welt „Unordnung" herrscht, eingreifen soll, daß mit ihrer Hilfe „Ordnung" geschaffen werden soll, eben die ***deutsche Ordnung***, daß es also wieder einmal das „deutsche Wesen" sei, an dem die Welt genesen soll.

Vom Kriegsspielzeug mit und ohne Computer über die verstärkte militaristische Werbung für die Bundeswehr in den Schulen durch speziell pädagogisch geschulte Bundeswehroffiziere, über spezielle Bundeswehrhochschulen, die den Bedarf an militärisch ausgerichteten Spezialisten aller Fachrichtungen sicherstellen, bis hin zu einer tagtäglichen militaristischen Stimmungsmache und rassistisch-chauvinistischen Hetze gegen andere Völker durch Presse, Rundfunk, Kino, Fernsehen und Video haben die deutschen Imperialisten ein Netz der ideologischen Beeinflussung der Bevölkerung gesponnen. Dafür steht den deutschen Militaristen ein milliardenschwerer Apparat zur Verfügung, dessen Bedeutung kaum überschätzt werden kann.

Im raffiniert ausgeklügelten Zusammenspiel mit allen anderen Medien schafft es heute vor allem das Fernsehen innerhalb weniger Tage - in Ermangelung einer wirkungsvollen antimilitaristischen und antiimperialistischen Propaganda - einen völligen Stimmungsumschwung bei der Mehrheit der Bevölkerung für oder gegen dieses oder jenes zu bewirken.

Wie sich ansatzweise schon beim patriotisch-militaristischen Tamtam um die ersten toten Bundeswehrsoldaten in Afghanistan gezeigt hat, ist in den nächsten Jahren damit zu rechnen, daß die Eskalation der Militäreinsätze der Bundeswehr begleitet wird von einer militaristischen Hetze, die bruchlos anschließt an die militaristische Propaganda vor und während dem Ersten Weltkrieg sowie an die militaristische Hetze der Nazifaschisten.

Langfristiges Kriegsziel des deutschen Imperialismus:

Im dritten Anlauf zur Weltherrschaft - „Nach außen gilt es, etwas zu vollbringen, woran wir zweimal zuvor gescheitert sind: ... zu einer Rolle zu finden, die unseren Wünschen und unserem Potential entspricht."[27]

Was viele noch vor wenigen Jahren für unmöglich gehalten haben, ist heute bereits Realität: Die Bundeswehr führt wieder Kriege. Noch immer halten es die wenigsten aber für möglich, daß die deutschen Imperialisten jemals wieder Krieg gegen andere imperialistische Großmächte wie z.B den US-Imperialismus führen würden, ja führen könnten.

In der Tat scheinen die Fakten hier eindeutig zu sein: Während alle rivalisierenden imperialistischen EU-Staaten zusammen jährlich „nur" rund 140 Milliarden Dollar für Waffen ausgeben, investieren die USA heute bereits pro Jahr 379 Milliarden Dollar und wollen diese Summe in den nächsten fünf Jahren sogar noch auf 451 Milliarden Dollar steigern.[28] Die USA allein geben heute mehr für ihre Armee aus als die nächsten neun Staaten zusammen.[29] Sie haben als einzige ein die ganze Welt umspannendes Netz von Militärstützpunkten.

Es wäre unsinnig, diese Fakten abzustreiten. Doch weit gefährlicher wäre es, nur diese Aspekte der heutigen Realität zu sehen und die ***Gesamtheit der grundlegenden Faktoren*** außer acht zu lassen, die auf weitere Sicht für die Verschärfung der Gegensätze zwischen den Imperialisten bis hin zum imperialistischen Krieg zwischen ihnen ausschlaggebend sind.

Grundlegende Aspekte sind:

■ Auf der Grundlage der Gesetzmäßigkeit der ungleichmäßigen Entwicklung der imperialistischen Mächte haben sich die nach ihrer Niederlage im Zweiten Weltkrieg am Boden liegenden deutschen Imperialisten schon längst wieder zu einer imperialistischen Großmacht entwickelt, wobei die Einverleibung der ehemaligen DDR ihnen einen weiteren enormen Machtzuwachs gebracht hat. In den letzten Jahrzehnten haben die west-/deutschen Imperialisten vor allem ökonomisch sowie auch politisch ihr Gewicht gegenüber dem US-Imperialismus Schritt für Schritt erhöht.[30]

■ Der deutsche Imperialismus hat innerhalb der EU das größte Gewicht. Als stärkste Macht der EU setzt er alles daran, die EU möglichst weitgehend zu dominieren und deren Potential für sich zu nutzen, wobei die Hauptrivalität mit Frankreich sowie mit England besteht. Dabei bemühen sich die deutschen Imperialisten zunehmend auch militärisch die Fäden in die Hand zu bekommen, so etwa bei der Schaffung einer europäischen „Eingreiftruppe", die sich faktisch auch gegen den US-Imperialismus richtet.

■ Nicht zu unterschätzen ist auch die Stärkung des deutschen Imperialismus durch seine immensen Rüstungsgeschäfte weltweit. Mit dem Rüstungsexport werden auch die Voraussetzungen dafür geschaffen, um die Armeen kleinerer „verbündeter" Länder im Kriegsfall reibungslos in die militärische Planung der Bundeswehr einzugliedern.

■ Der deutsche Imperialismus bemüht sich durch die sogenannte „Osterweiterung" der EU eine Art „deutscher Hinterhof" in Osteuropa zu schaffen. Dadurch erhöht sich das Gewicht des deutschen Imperialismus innerhalb der EU vor allem gegenüber Frankreich und England, weltweit vor allem gegenüber den USA.

■ Die auf die Benutzung von Atomwaffen ausgelegte Bundeswehr, der jederzeitige Zugriff auf Uran, die Ausbaufähigkeit des sogenannten „Atomprogramms zur friedlichen Nutzung der Kernenergie" für die Atomwaffenproduktion, die führende Rolle bei der Entwicklung der atomaren Bewaffnung Pakistans, Südafrikas, Argentiniens, Indiens usw., die Erprobung verschiedener Träger für Atomraketen in Zaire oder in Argentinien zeigen, daß der deutsche Imperialismus die faktische ***Verfügungsgewalt über Atomwaffen*** besitzt. Daran ändert auch nichts, daß aus Gründen politischer Opportunität dies offiziell nicht zugegeben wird.

Dazu kommen noch einige ganz wesentliche Faktoren:

■ Die militärische Schlagkraft des deutschen Imperialismus ist nicht nur wegen dessen großem ökonomischem Potential noch ***enorm steigerbar***, sondern gerade auch wegen seiner Fähigkeit, das ganze Land in eine Art gut funktionierende Kriegsfabrik zu verwandeln. Die besondere Ausprägung des Militarismus in Deutschland geht vor allem zurück auf das reaktionäre Preußentum mit seinem Kadavergehorsam und Untertanengeist sowie dem militaristisch geprägten „deutschen Ordnungssinn". Dieser „typisch deutsche" Militarismus wurde in der Nazi-Zeit zur barbarischsten Form hochgezüchtet, die die Welt je gesehen hat. Die tiefe Verankerung von „preußischen Tugenden" bis heute in der deutschen Bevölkerung ist ein nicht zu unterschätzender Trumpf des deutschen Imperialismus, denn einen echten Bruch damit hat es nie gegeben.

■ Ohne den deutschen Imperialismus zur Zeit des Nazifaschismus mit dem deutschen Imperialismus heute gleichzusetzen, verdienen doch die damaligen militärischen Erfahrungen auch für heute Beachtung. Trotz „heimlicher" Aufrüstung waren die militärischen Kräfte des deutschen Imperialismus noch am Ende der Weimarer Republik sehr gering im Vergleich mit den

USA, Frankreich oder England. In der Frist von wenigen Jahren gelang es den Nazis ein gigantisches Aufrüstungsprogramm hochzuziehen. Dies allein bedingte aber noch nicht deren enorme militärische Stärke. Ausschlaggebend war vielmehr, daß es innerhalb weniger Jahre gelang, mittels der „Blitzkriegstrategie" große Teile Europas zu unterwerfen und sich deren militärisches Potential, deren Waffenproduktion, Rohstoffe usw. anzueignen und in den Dienst der verbrecherischen Nazi-Wehrmacht zu stellen. Erst mit diesem Potential im Rücken führten die Nazifaschisten den Überfall mit einer bestens ausgerüsteten, kriegserfahrenen Armee gegen die damals sozialistische UdSSR durch.

■ Das Machtvakuum, das seit Anfang der 90er Jahre durch den Zusammenbruch der revisionistischen UdSSR entstanden war, entfachte einen heftigen Konkurrenzkampf der imperialistischen Großmächte gegen den geschwächten russischen Imperialismus und untereinander. Für die Erfolgsaussichten des dritten Anlaufs des deutschen Imperialismus im Kampf um die Weltherrschaft hat eine entscheidende Bedeutung, ob es den deutschen Imperialisten gelingen wird, im Konkurrenzkampf gegen die anderen imperialistischen Großmächte große Teile der ehemaligen Sowjetunion, d.h. Rußlands, der Ukraine, Belorußlands, Lettlands, Litauens bis hin zu den Staaten des Kaukasus mehr oder weniger direkt in ihren Macht- und Herrschaftsbereich einzubinden, um deren enormes Potential (vor allem an Rohstoffen, die für die Kriegführung unerlässlich sind) für sich in die Waagschale zu werfen. Besonders seit der Einverleibung der ehemaligen DDR haben die deutschen Imperialisten ihre Anstrengungen in dieser Richtung auf politischer, wirtschaftlicher und militärischer Ebene enorm verstärkt.

Alles das zeigt, daß eine weltweite militärische Konfrontation zwischen dem deutschen Imperialismus, dem US-Imperialismus und den anderen imperialistischen Großmächten, ein groß angelegter imperialistischer Krieg, ja Weltkrieg zwar nicht unmittelbar ansteht, aber in absehbarer Zukunft real sehr wohl möglich ist und vom deutschen Imperialismus de facto auch vorbereitet wird.

Unter den gegenwärtigen Bedingungen erfolgt die militärische Konfrontation mit den anderen imperialistischen Großmächten vor allem in zweifacher Weise:

■ Erstens gehen die deutschen Imperialisten nunmehr daran, ihre eigenen Truppen verstärkt in anderen Ländern zu stationieren, um den anderen imperialistischen Großmächten nicht allein das Feld zu überlassen.

■ Zweitens lenken, bewaffnen und finanzieren die deutschen Imperialisten in sogenannten „Stellvertreterkriegen" von ihnen abhängige reaktionäre Kräfte, die Krieg führen gegen andere reaktionäre Kräfte, die ihrerseits vom US-Imperialismus oder anderen imperialistischen Mächten abhängig sind. So haben sie etwa in El Salvador jahrelang bestimmte Kräfte unterstützt, welche den bewaffneten Kampf gegen die von den USA abhängige Machthaberclique geführt haben. In Afghanistan, aber auch in anderen Ländern, zeichnet sich ab, daß die verschiedenen reaktionären Cliquen, die vielfach schon seit Jahren bewaffnet gegeneinander kämpfen, jeweils von bestimmten Imperialisten instrumentalisiert werden, um dort maximal den eigenen Einfluß zu verstärken.

Wesentlich ist: Für den deutschen Imperialismus, Militarismus und Revanchismus sind der weitere militärische Vorstoß im Zusammenhang mit dem Aggressionskrieg gegen Afghanistan, die Stationierung von Bundeswehrtruppen in immer mehr Ländern nur Schritte auf seinem weiteren Weg - nicht nur gegen Osten - Revanche zu nehmen für die Niederlage, die ihm 1945 die Völker und die Staaten der Anti-Hitler-Koalition bereitet haben, die im Partisanenkrieg und mit regulären Armeen gekämpft haben.

Die auch dem Antiamerikanismus zugrunde liegende Ideologie der Revanche dient dem Ziel, mit allen Mitteln, einschließlich der militärischen, Einfluß und Ausbeutungsmöglichkeiten der deutschen Imperialisten zu erhöhen.

Für die Entwicklung auf weitere Sicht sollte auch zu denken geben: Auf verschiedenen Gebieten, so etwa der chauvinistischen Hetze und Politik gegen „Ausländer", läßt sich in den letzten Jahren nachweisen, daß die deutschen Nazis in gewisser Weise eine Vorreiterrolle haben und nur vorausnehmen, was später mehr oder minder offizielle deutsche Staatspolitik wird. Heute überschlagen sich die Nazifaschisten geradezu mit ihrem deutschnationalistischen und antisemitischen Antiamerikanismus. Unter Polizeischutz marschieren sie unter dem Motto auf : „Kein deutsches Blut für US-Interessen". Die Nazis haben Auftrieb, weil sie, unabhängig von den USA-Solidaritätsbekundungen der offiziellen Politik, faktisch Rückenwind durch die revanchistischen Bestrebungen und Ziele des deutschen Imperialismus haben.

Vor diesem gesamten Hintergrund kann auch nicht nachdrücklich genug jene pseudolinke Variante der „Kritik" abgelehnt werden, die den Herrschenden in Deutschland vorwerfen, sie würden die Bundeswehr in Afghanistan, vor Somalia usw. angeblich in den Dienst „amerikanischer Interessen" stellen und faktisch Ratschläge erteilen, wie die eigenständigen Interessen des deutschen Imperialismus gegen den US-Imperialismus vorangetrieben werden können.

☆☆☆

Ungebrochene Tradition: Die besondere Aggressivität des deutschen Imperialismus und der deutsche Militarismus

„Die Geschichte zeigt, daß eine kurze Zeitspanne von zwanzig bis dreißig Jahren genügt, damit Deutschland sich von der Niederlage erholt und seine Macht wiederherstellt."
(Stalin, „Der 27. Jahrestag der großen sozialistischen Oktoberrevolution", 1944, Werke Band 14, S. 367)

Der westdeutsche Imperialismus, der sich nach dem Zweiten Weltkrieg herausgebildet hat, ist kein neu entstandener Imperialismus, sondern ist im Kern derselbe deutsche Imperialismus, der den Ersten Weltkrieg ausgelöst hat, derselbe Imperialismus, der im Zweiten Weltkrieg die bisher größten Verbrechen der Weltgeschichte bis hin zum industriell organisierten Völkermord durchgeführt hat. Er ist im Kern derselbe Imperialismus, der schon zweimal bewiesen hat, daß er in der Lage ist, in relativ kurzer Zeit ökonomische, politische und militärische Niederlagen wieder wettzumachen. Er ist im Kern derselbe Imperialismus, der sich selbst bei den räuberischsten Aktionen auf breite Teile der Bevölkerung stützen konnte, unter anderem, weil von der überwiegenden Mehrheit der werktätigen Massen noch nie ein radikaler Bruch mit der herrschenden Klasse in Deutschland durchgeführt wurde.

Dies hat seinen Militarismus und Revanchismus, den deutschen Militarismus und den deutschen Revanchismus besonders ausgeprägt.

Der deutsche Imperialismus heute ist wieder zum Sprung bereit. Er ist nach wie vor eine besonders aggressive imperialistische Großmacht....

Er muß sein verlorenes Gebiet in jeder Hinsicht wiedererobern, sei es teritorial, ökonomisch, politisch oder militärisch. Die Niederlage im Zweiten Weltkrieg zwingt den deutschen Imperialismus zu weit größeren Anstrengungen, als durch eine Augenblicksaufnahme der aktuellen Stärke bewußt werden kann - abgesehen davon, daß selbst solche aktuellen Momentaufnahmen oft genug von grober Unterschätzung der Macht und Möglichkeiten des deutschen Imperialismus strotzen....

In der Geschichte Deutschlands jedoch hat der Militarismus eine besondere Ausprägung.

Schon über den alten deutschen Militarismus schrieb Engels treffend: „ ... das Deutsche Reich preußischer Nation ist der wahre Repräsentant des Militarismus" (Engels, „Offiziöses Kriegsgeheul", 1875, Marx/Engels Werke Band 18, S. 583).

Der Militarismus geht vor allem zurück auf das reaktionäre Preußentum mit seinem Kadavergehorsam und Untertanengeist sowie dem militaristisch geprägten 'deutschen Ordnungssinn'. Diese wurden weltweit Inbegriff deutscher Mentalität - und das nicht zu Unrecht!

Dieser „typisch deutsche" Militarismus wurde in der Nazi-Zeit zur barbarischsten Form hochgezüchtet, die die Weltgeschichte je gesehen hat.

Der deutsche Imperialismus früher und der deutsche Imperialismus heute sind aus demselben Holz geschnitzt. Er ist nach wie vor davon gekennzeichnet, daß er sich zur Verfolgung seiner imperialistischen Ziele des ***Militarismus*** bedient. Der deutsche Imperialismus ist ein gefährlicher ***eigenständiger Kriegsherd***, der sich auf einen imperialistischen Krieg zur Neuaufteilung der Einflußsphären unter den imperialistischen Großmächten vorbereitet.

(Auszug aus: Resolutionen der 2. Parteikonferenz von „Gegen die Strömung", „Tod dem deutschen Imperialismus, Revanchismus und Militarismus" (Teil II), in: Rot Front, Zeitschrift für den wissenschaftlichen Kommunismus, Nr.2, Juli 1996, S. 18/19, S.25, 37/38)

Kampf für die Zerschlagung der Bundeswehr, die mörderische Maschinerie des deutschen Imperialismus, Militarismus und Revanchismus!

Im Kampf gegen die militaristische Hetze und alle Demagogien über die angeblich „humanitäre Mission" der Bundeswehr in aller Welt muß als Kern herausgearbeitet werden: Die Bundeswehr ist nicht mehr und nicht weniger als ein Instrument des deutschen Imperialismus. Sie dient nach außen wie nach innen der Sicherung des Grundprinzips dieser Gesellschaftsordnung des Kapitalismus, dem Profit, dem Maximalprofit, der Aufteilung der Welt nach dem Gesetz der Stärke. Als Hauptkomponente seines Staatsapparates ist die Bundeswehr Werkzeug der Konterrevolution und imperialistischen Aggression.

Der deutsche Imperialismus ist ein gefährlicher ***eigenständiger Kriegsherd***, der sich auf einen imperialistischen Krieg zur Neuaufteilung der Einflußsphären unter den imperialistischen Großmächten vorbereitet. Er ist nach wie vor davon gekennzeichnet, daß er sich zur Verfolgung seiner imperialistischen Ziele des ***Militarismus*** bedient. Neben seinem Revanchismus ist eben der Militarismus ein hervorstechendes Grundmerkmal des deutschen Imperialismus. Das zeigt sich heute mit größerer Deutlichkeit, wird aber mit der weiteren Zuspitzung der Kriegsvorbereitung noch viel krasser hervortreten.

Der Kampf gegen alle Aspekte des Militarismus in Deutschland ist eine der vorrangigen Aufgaben beim Aufbau der Kommunistischen Partei in Deutschland, um im Kampf gegen die Kriegsvorbereitungen des deutschen Imperialismus und Revanchismus, im Kampf für die Vorbereitung des bewaffneten Kampfes, des Aufstands des Proletariats und seiner Verbündeten zur Zerschlagung des deutschen Imperialismus und seiner Armee, der Bundeswehr, den Feind genau zu erkennen und zu entlarven.

Unter den fortschrittlichen Kräften gilt es, in der Tradition des antimilitaristischen Kampfes unter Führung von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg vor und vor allem auch während des Ersten Weltkriegs, in der Tradition der 1918/19 von ihnen gegründeten KPD die Notwendigkeit und die Fragen des Antimilitarismus verstärkt zu thematisieren.

So sehr wir die spontanen Protestaktionen, so sehr wir individuelle Kriegsdienstverweigerungen und Desertationen als ersten Schritt begrüßen, so notwendig halten wir die Diskussion über weitergehende und wirksamere Aktionsformen, über militanten antimilitaristischen Kampf, vor allem gut organisiert gegen die Bundeswehr, in den Betrieben, auf der Straße und in den Kasernen.

Das Bewußtsein über die wirkliche Rolle der Bundeswehr in diesem kapitalistisch-imperialistischen System, über die Notwendigkeit ihrer gewaltsamen Zerschlagung in der proletarischen Revolution, die Bereitschaft, einen Kampf auf Leben und Tod mit dieser hochgerüsteten Armee des deutschen Imperialismus zu führen, wird nicht über Nacht bei der Mehrheit der Arbeiterklasse entstehen. Eigene Erfahrungen mit dieser Bundeswehr beim Einsatz in anderen Ländern, im kriegerischen Konkurrenzkampf mit anderen imperialistischen Großmächten, im Kampf sowohl gegen revolutionäre Kräfte in anderen Ländern als auch gegen die Arbeiterbewegung im eigenen Land, blutige Erfahrungen werden dazu nötig sein. Aber auch diese Erfahrungen allein werden nicht ausreichen.

Die Erfahrungen der Vergangenheit, die bewaffneten Kämpfe gegen den deutschen Imperialismus, gerade auch der Partisanenkämpfe in den vom deutschen Imperialismus im zweiten Weltkrieg besetzten Gebieten müssen von uns ausgewertet und propagiert werden, um dem Hochmut des deutschen Imperialismus wirksam entgegentreten zu können.

Die systematische Entlarvung sämtlicher Operationen dieser imperialistischen Bundeswehr über Jahre, ja Jahrzehnte hinweg ist entscheidender Ansatzpunkt, damit zunächst aus Tageskämpfen gegen dieses oder jenes Verbrechen der Bundeswehr schließlich Kämpfe werden, die unter Führung einer wirklich kommunistischen Partei das ganze System des deutschen Imperialismus, Militarismus und Revanchismus in Frage stellen.

Es geht darum im revolutionären Bürgerkrieg den Sturz der Bourgeoisie zu erkämpfen, dann die Diktatur des Proletriats und die sozialistische Demokratie zu verwirklichen, um den Aufbau des Sozialismus und Kommunismus, die vollständige Vernichtung des Kapitalismus durchsetzen zu können.

Die Situation weitgehend fehlender Kämpfe dagegen heute zeigt, wie ernst die Lage ist, und wieviel Anstrengungen für den systematischen Kampf nötig sind, vor allem aber zum Kampf für den Aufbau der revolutionären Kommunistischen Partei, um eine zentrale Kraft zu bilden, die alle nötigen Kämpfe bündeln und mit klarer Perspektive zusammenführen kann!

Tod dem deutschen Imperialismus, Militarismus und Revanchismus!

Quellen

1 Interview von Scharping mit der „Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung" am 10.3.2002 zum Thema Afghanistaneinsatz der Bundeswehr

2 Rede von Scharping zur Beteiligung am Krieg „Enduring freedom", www.bundesregierung.de

3 Süddeutsche Zeitung, 2.1.02

4 Nordwest-Zeitung, 12.3.02

5 Nordwest-Zeitung, 8.1.2002.

6 Frankfurter Rundschau, 13.3.2002

7 Der Spiegel, 25.2.2002, S.152.

8 Der Spiegel 11/2002, S.173

9 TAZ, 9./10.3.2002

10 Tagesspiegel, 11.3.2002

11 Der Spiegel 11/2002, S.173

12 www.bundeswehr.de, 13.2.2002

13 Berliner Zeitung, 19.2.2002

14 Frankfurter Rundschau, 11.2.2002

15 FR, 21.2.2002

16 Berliner Morgenpost, 16.2.2002.

17 Der Generalinspekteur des Bundeswehr Kujat in seinem Vortrag „Zum Stand der Reform der Bundeswehr" vor dem Übersee-Club e.V. am 22.1.2002 in Hamburg, www.bundeswehr.de

18 Wiesbadener Kurier, 25.10.2000

19 junge welt, 10.7.2001, siehe auch Die Originalergebnisse der Kommission unter www.bundeswehr.de.

20 Wiesbadener Kurier, 25.10.2000

21 Wiesbadener Kurier, 25.10.2000

22 Wiesbadener Kurier, 25.10.2000

23 TAZ, 25.2.2002

24 Der Generalinspekteur des Bundeswehr Kujat in seinem Vortrag „Zum Stand der Reform der Bundeswehr" vor dem Übersee-Club e.V. am 22.1.2002 in Hamburg, www.bundeswehr.de

24 Wiesbadener Kurier, 25.10.2000

25 Die Woche, 8.2.2002.

26 Siehe www.bundeswehr.de

27 Der damalige deutsche Außenminister Kinkel im Jahr 1993, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 19.3.1993

28 analyse & kritik, 22.2.2002, S.1

29 Der Spiegel, 6/2002, S.146.

30 Schlaglichter zum ökonomischen Erstarken des west/deutschen Imperialismus gegenüber dem US-Imperialismus nach 1945 siehe im Flugblatt 5-6/99 „Angesichts des imperialistischen Angriffskriegs des deutschen Imperialismus gegen Jugoslawien: Die Lehre Lenins über den Imperialismus ist aktueller denn je!", in: Politische Stellungnahmen 1999-2000 zu Themen und Fragen des revolutionären Kampfes und des wissenschaftlichen Kommunismus in Flugblättern und Plakaten von Gegen die Strömung, Juni 2001, S.41

BUCHLADEN

Georgi Dimitroff

Speyerer Str. 23, 60327 Frankfurt/M.

Fax 069/730920

ÖFFNUNGSZEITEN:

Freitag 16.30 - 19.30 Uhr

Samstag 10.00 - 13.00 Uhr

Vertrieb für

Internationale Literatur

Brunhildstr.5, 10829 Berlin

GEÖFFNET:

Samstag 11.00 - 14.00 Uhr

ISSN 0948/5090

Drucker, Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: A. Odenthal, Vertrieb für Internationale Literatur, Brunhildstr. 5, 10829 Berlin

Militaristische Propaganda auf dem Vormarsch !

Die Schüler Goebbels' bei der Arbeit!



BZ am Sonntag, 10. März 2002

„Die Piere 7, 10 und 11 sind fest in deutscher Hand: grauer Stahl, Geschütze, Funkmasten und Flaggen mit dem Bundesadler, wohin das Auge blickt."
(„Die Welt" vom 28. Januar 2002 im Stil einer Landser-Zeitung über deutsche Kriegsschiffe in Dschibouti)

„Knackige Kommandos, gefolgt von infernalischem Lärm. Auftritt des Kampfpanzers Leopard 2. Ein Gegenstoß wie aus dem Nichts. 18 Mal 55000 Kilo Stahl donnern los und schießen alles zu Klump. Ende der Übung. Wir haben gewonnen. Fröhlich zuckt der Schnurrbart."
(BZ am Sonntag, 10. März 2002, anläßlich eines NATO-Manövers mit deutschen Truppen in Polen)

Die internationalen militärischen Vorstöße, die mit ungeheurem Druck und in einem ungeheuren Tempo vorangetriebene Militarisierung in allen gesellschaftlichen Bereichen, die Gewöhnung der Bevölkerung an militärische Aggressionen und Kriege auf immer größerer Stufenleiter – all das ist nur zu verstehen in der Perspektive der nächsten 10 bis 20 Jahre. Mittelfristig geht es darum, die Bundeswehr mit einem gigantischen Aufrüstungsprogramm von über 110 Milliarden Euro in den nächsten fünf bis zehn Jahren in die Lage zu versetzen, „auf gleicher Augenhöhe" mit den anderen imperialistischen Großmächten in aller Welt groß angelegte Kriege zu führen. Dieses Ziel haben die deutschen Imperialisten offen verkündet. Doch geht es ihnen langfristig um weit mehr. Ihr langfristig verfolgtes Ziel besteht darin, nach zwei verlorenen Weltkriegen im nunmehr dritten Anlauf ihre weltweiten imperialistischen Ziele durchzusetzen.

Tod dem deutschen Militarismus, Revanchismus und Imperialismus!

V.i.S.d.P.: A. Odenthal. Vertrieb für internationale Literatur, Brunhildstr. 5, 10829 Berlin

Kritik am Flugblatt „Der deutsche Imperialismus beim dritten militärischen Anlauf für seine Weltherrschaftsziele!"
(März/2002)

Die Belege für die faktische Verfügungsgewalt des deutschen Imperialismus über Atomwaffen sind nicht wirklich überzeugend.

Im Abschnitt „Langfristiges Kriegsziel des deutschen Imperialismus:..." werden verschiedene Kernpunkte der Expansions- und Kriegspolitik des deutschen Imperialismus zusammengetragen, die deutlich machen, dass der erste Augenschein der heutigen Situation trügt und die Vorherrschaft der sog. „einzig übrig gebliebenen Supermacht" USA weder so überhaupt gegeben ist noch auf längere Sicht so bleiben wird.

Diese systematische Darstellung, die insgesamt sehr überzeugend ist, hat natürlich das Problem, die Thesen, die sich auf die aktuelle Stärke des deutschen Imperialismus und seine Aktivitäten beziehen, auch mit entsprechendem Faktenmaterial zu unterlegen. Dies ist bei einem Punkt wie dem Gewicht des deutschen Imperialismus innerhalb der EU sicherlich kein Problem, da auch ohne Zahlen über Bruttosozialprodukt und Außenhandel niemand ernsthaft bestreiten wird, dass die deutschen Imperialisten dort das stärkste Gewicht haben.

Schwieriger wird dies schon bei der atomaren Bewaffnung. Die Einschätzung, dass der deutsche Imperialismus faktische Verfügungsgewalt über Atomwaffen besitzt, war zwar schon 1966 richtig, als der V. Parteitag der PAA sie getroffen hat, nur wird sie nicht so ohne weiteres akzeptiert, da hier die Tatsachen nicht einfach auf der Hand liegen.

Das Hauptargument, das angerührt wird, die Ausbaufähigkeit des Atomprogramms, über das erforderliches Material und entsprechende Technologie zur Verfügung stehen, sticht zweifelsohne. Der Betrieb von Kernreaktoren war auch bei anderen „Atommächten" die Basis für die atomare Rüstung. Ebenso ist hier der Verweis auf die Beteiligung an der Entwicklung der atomaren Bewaffnung von Ländern wie Pakistan durchaus überzeugend, da dies mit praktischer Erfahrung, Zugriff auf Bombenmaterial usw. einher geht.

Dennoch sollte man versuchen, diese seit gut 25 Jahren in der Propaganda verwendete Argumentationskette besser mit konkreten Anhaltspunkten für atomare Vorbereitungen und Möglichkeiten zu untermauern, um ihre Überzeugungskraft zu verstärken. Klar ist das nur möglich, wenn man sich in der Materie auskennt, und technische Elaborate über Reaktortypen sind auch nicht die Lösung.

Der Hinweis auf „die Erprobung verschiedener Träger für Atomraketen in Zaire oder in Argentinien" trägt allerdings nicht unbedingt dazu bei, die Argumentation überzeugender zu machen. Das Unternehmen in Zaire Ende der 70er Jahre, bei der eine dubiose Abenteurergestalt mit Unterstützung von Staatsgeldern Raketenversuche in abgelegenen Dschungelgebieten unternahm, scheiterte meiner Erinnerung nach recht kläglich. Erfolgreichere Resultate aus den Aktivitäten in Argentinien sind mir

ebenfalls nicht bekannt. Man kann anhand dieser Beispiele sicherlich aufzeigen, dass die deutschen Imperialisten auch auf diesem Gebiet schon tätig waren, ein überzeugender Beleg für den Stand der atomaren Möglichkeiten des deutschen Imperialismus heute sind sie nicht. (Zumal 99 % der Leser des Flugblatts gar nicht wissen dürften, worauf hier Bezug genommen wird, und keinerlei erläuternden Hinweise gegeben werden.)

Was den Verweis auf die Rolle der deutschen Imperialisten bei der Atomrüstung Argentiniens betrifft: Liegt hier nicht eine Verwechslung mit dem Atomgeschäft mit Brasilien 1975 vor, das die Lieferung eines Reaktors beinhaltete, der jedoch meines Wissens nicht fertiggestellt wurde?

Ist der russische Imperialismus noch eine Großmacht ?

Diskussionspunkt zum Flugblatt 3//2002 „Der deutsche Imperialismus beim dritten militärischen Anlauf für seine Weltherrschaftsziele"

Zumindest eine missverständliche Passage auf S. *5,* linke Spalte, 2. Absatz:

> *„Das Machtvakuum, das seit Anfang der 90er Jahre durch den Zusammenbruch der revisionistischen UdSSR entstanden war, entfachte einen heftigen Konkurrenzkampf der imperialistischen Großmächte gegen den geschwächten russischen Imperialismus und untereinander."*

Es entsteht der Eindruck, als würde der russische Imperialismus nicht mehr zu den imperialistischen Großmächten gerechnet. Das wäre in der Tat eine Änderung der bisherigen Linie, die nicht diskutiert und nicht begründet wird. Krisenregionen und Kriege in Jugoslawien, Afghanistan und Palästina beweisen, dass Russland – trotz Schwächung und Niedergang des russischen Imperialismus seit Anfang der 90er Jahre – noch eine maßgebliche Rolle unter den imperialistischen Großmächten spielt.

Im Flugblatt 5-6/99 „Die Lehre Lenins über den Imperialismus ist aktueller denn je!" wird eindeutig unter der Zwischenüberschrift „'Friedliche' imperialistische Bündnisse bereiten Kriege vor" (S. 7, linke Spalte) von „Kriegen zwischen den **imperialistischen Großmächten** USA, Frankreich, Großbritannien, Russland, Japan und Deutschland" gesprochen.

● Eine erste Antwort auf die Kritik

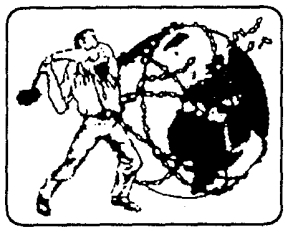
Die Formulierung im Flugblatt hat bewußt dieses Problem noch nicht behandelt, was aber in der Tat ansteht. Es wäre wichtig, wenn Gen. V. unter Berücksichtigung des zaristischen Rußlands Fakten zu militärischen und ökonomischen Macht des imperialistischen Rußlands heute zusammenstellen könnte – (unter der Fragestellung: Großmacht – ja oder nein? Wenn ja, inwiefern?).
Wir tendieren dazu, daß Rußland heute eine ähnliche Rolle wie damals das zaristische Rußland spielt, d.h. die Rolle einer abhängigen imperialistischen Großmacht.

Leitung von GDS

Broschüre von GDS

PROLETARIER ALLER LÄNDER VEREINIGT EUCH!
PROLETARIER ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER VEREINIGT EUCH!

GEGEN DIE STRÖMUNG



Organ für den Aufbau der Revolutionären Kommunistischen Partei Deutschlands

März 2001

Gegen das durch und durch reaktionäre Preußentum!

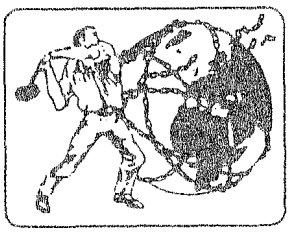
- ***Kriegsverbrecher Friedrich II. als Vorbild?***
- ***TATSACHEN über Friedrich II., die den LÜGEN UND HALBWAHRHEITEN über Friedrich II. entgegengesetzt werden müssen***
- ***Die Schande der SED-Revisionisten***

Material zur Anti-Preußen-Demonstration in Potsdam am 24.3.2001

Die 8-seitige Broschüre enthält den Text des Flugblatts von August 1991 über den Kriegsverbrecher Friedrich II

PROLETARIER ALLER LÄNDER VEREINIGT EUCH!
PROLETARIER ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER VEREINIGT EUCH!

GEGEN DIE STRÖMUNG



Organ für den Aufbau der Revolutionären Kommunistischen Partei Deutschlands

4/02 Zum 1. Mai 2002

Die imperialistischen „Herren der Welt" haben NICHT „alles im Griff"!

Die gerechten Kämpfe der Ausgebeuteten und Unterdrückten in aller Welt lassen sich nicht aufhalten!

Die bürgerlichen Medien verkünden, daß die imperialistischen Machthaber „alles im Griff" hätten und letztlich jeglicher Widerstand gegen ihre Herrschaft zwecklos sei. Um dieses verlogene Bild plausibel erscheinen zu lassen, versuchen sie alle wirklichen Kämpfe gegen den Imperialismus international zu vertuschen, verbannen wichtige Kämpfe und Bewegungen wie in Südkorea, Nepal usw. in Randnotizen, verdrehen deren Charakter usw. Antirassistische Protestaktionen, antinazistische Kämpfe und gerade auch Protestaktionen in den Betrieben in Deutschland werden zumeist verschwiegen.

In vielen Ländern der Welt gab es im letzten Jahr heftige Kämpfe unterschiedlicher Art, ökonomische Kämpfe, Streiks, aber auch politische Auseinandersetzungen, darunter auch revolutionäre Kämpfe. Drei besonders herausragende Kampfbewegungen sollen im folgenden beispielhaft etwas genauer herausgestellt werden.

Von den hart kämpfenden Arbeiterinnen und Arbeitern in Südkorea lernen, ihren Kampf propagieren und unterstützen!

In Südkorea führt eine wirklich kämpferische Bewegung der Arbeiterinnen und Arbeiter seit Jahren Streiks und Demonstrationen durch. Dabei kommt es immer wieder auch zu militanten Aktionen gegen die Repressionsorgane des reaktionären südkoreanischen Staates, der die Streiks sehr oft für "illegal" erklärt, Arbeiterinnen und Arbeiter, auch kämpferische Gewerkschaftsfunktionäre verhaftet. Hier einige Schlaglichter aus den Kämpfen von gut einem Jahr:

● Am 1. Mai 2001 durchbrachen 20.000 Arbeiterinnen und Arbeiter in Seoul Polizeibarrikaden und setzten sich so über das Demonstrationsverbot hinweg.

● Fast drei Wochen lang, von Ende Februar bis Anfang März 2001 kämpften die Kolleginnen und Kollegen von Daewoo gegen die geplanten Massenentlassungen von über 1.700 Arbeiterinnen und Arbeitern. Am 19. Februar wurde - nach fünf Tagen der ***Fabrikbesetzung*** von 600 Arbeiterinnen und Arbeitern sowie Angehörigen - das Werk durch 4.000 Polizisten mit Hubschraubern und Räumfahrzeugen gestürmt. Dabei ging ein Fließband in Flammen auf. Viele wurden dabei brutal zusammengeschlagen und verhaftet. Doch die Arbeiterinnen und Arbeiter, unterstützt von Angehörigen sowie Studentinnen und Studenten ließen in ihrem Kampf nicht nach. Bereits einen Tag später versuchten 2.000 von ihnen, bewaffnet mit Molotowcocktails und Stahlruten, sich den Weg ins Werk wieder freizukämpfen. Danach kam es über eine Woche lang täglich zu militanten Kämpfen zwischen den Arbeiterinnen und Arbeitern und der Polizei. Am 20.2.2001 wurde die Demonstration der Arbeiterinnen und Arbeiter durch eine Demonstration von 1500 ***Bäuerinnen und Bauern*** verstärkt, die gegen ihren Ruin und ihre Verelendung protestierten. Erst am 7. März 2001 konnte die Produktion wieder aufgenommen werden, aber auch nur durch die Stationierung von rund 10.000 (!) Polizisten in den Werken, um jeden möglichen Widerstand der Arbeiterinnen und Arbeiter im Keim zu ersticken.

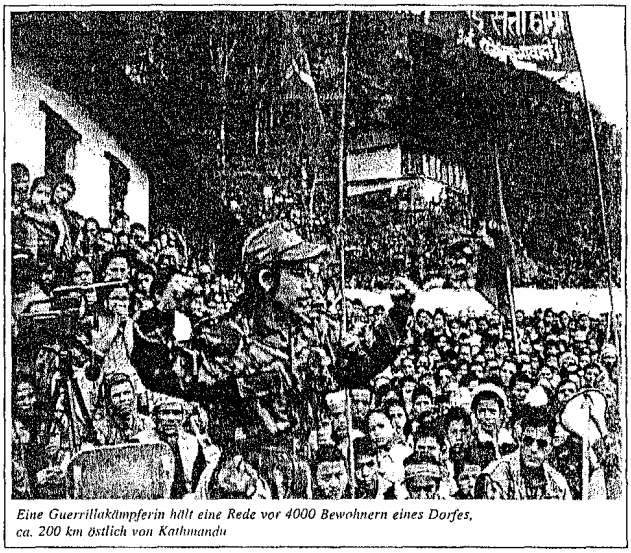
● Im Juni 2001 waren rund 50.000 Arbeiterinnen und Arbeiter aus 126 Einzelgewerkschaften in den Streik getreten, vor allem aus der Metall-, Chemie- und Schwerindustrie. Bei dem Streik ging es um Lohnerhöhungen, ein Ende der von der Regierung verordneten Massenentlassungen, die Einführung der Fünf-Tage-Woche und bessere Arbeitsbedingungen für prekäre Arbeiterinnen und Arbeiter. Außerdem wurden die beiden Fluggesellschaften Korean Airlines und Asiana bestreikt. Dabei kam es wiederum zu heftigen Zusammenstößen mit den staatlichen Unterdrückungsorganen. Am 4. Juni stürmten rund 3.600 Polizisten mit Bulldozern und Hubschraubern eine bestreikte Fabrik in Ulsan. Die 500 Arbeiterinnen und Arbeiter, die ihren für illegal erklärten Streik bereits seit 12 Tagen geführt hatten, hatten zuvor die Fabrik verlassen und sich so ihrer Verhaftung entzogen. In der gesamten Stadt kam es nach der Erstürmung noch zu militanten Angriffen der Arbeiterinnen und Arbeiter auf die Polizei. Auch vier Tage später kam es bei einer Demonstration des Gewerkschaftsverbandes KCTU in Ulsan erneut zu schweren Kämpfen mit der Polizei. Am 19. Juni griffen rund 2.000 Polizisten in voller Kampfmontur den Streik von rund 300 Bauarbeitern an und verhafteten alle. Am selben Abend kam es in Uslan aus Protest gegen die Regierung zu militanten Kämpfen von Arbeiterinnen und Arbeitern sowie Studentinnen und Studenten gegen die Polizei.

● Ab dem 26.2.2002 traten die 5600 Elektrizitätsarbeiterinnen und -arbeiter gleichzeitig mit den 25.000 Eisenbahnarbeiterinnen und -arbeiter vor allem aus Protest gegen drohende Massenentlassungen im Zusammenhang mit der geplanten Privatisierung in den Streik. Der Streikbeginn wurde mit einer Demonstration von 10.000 bis 17.000 Arbeiterinnen und Arbeitern verbunden. Während des Streiks machten 10.000 Polizisten im ganzen Land Jagd auf Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter und verhafteten Dutzende, darunter 12 führende Mitglieder der Eisenbahnergewerkschaft. Um den Verhaftungen und anderen Repressalien zu entgehen, verteilten sich die Arbeiterinnen und Arbeiter teilweise übers ganze Land. Ihre Versammlungen führten sie überwiegend auf dem Universitätsgelände durch, wobei sie von den fortschrittlichen Studentinnen und Studenten unterstützt wurden.

Den bewaffneten Befreiungskampf in Nepal gegen feudalistische Reaktion und imperialistische Knechtung unterstützen

Seit 1996 wird in Nepal unter Roter Fahne ein bewaffneter Kampf gegen die brutale Ausbeutung und Unterdrückung durch das Regime feudalistischer Großgrundbesitzer und der vom Imperialismus abhängigen Kompradoren geführt. Dieser schwierige und opferreiche bewaffnete Kampf hat sich im letzten Jahr kräftig entwickelt und wird von der herrschenden Reaktion dort und den Imperialisten wütend als „Terrorismus" verunglimpft. Demgegenüber müssen die wirklichen Merkmale und Fakten dieses bewaffneten Kampfes herausgestellt werden.

● Basis des bewaffneten Kampfes sind vor allem die weiten, zumeist schwer zugänglichen und gebirgigen ländlichen Regionen Nepals, vor allem im Westen des Landes, in denen die Massen der großteils sehr armen Bäuerinnen und Bauern ohne Land oder ohne nennenswerten Landbesitz in halbfeudaler Unterdrükkung leben. Mit politischen Aufklärungskampagnen haben die Revolutionäre große Massen der armen und ausgebeuteten Landbevölkerung mobilisiert, sich gegen ihre Blutsauger zu erheben. Schon vor Jahren wurde damit begonnen, auf Dorfversammlungen die Schuldscheine der Bäuerinnen und Bauern zu verbrennen, die von den Revolutionären mit Waffengewalt oftmals direkt aus den Banken herausgeholt wurden. Der Kampf verschärfte sich durch die immer breitere Teilnahme der Bäuerinnen und Bauern, welche mit der Konfiszierung der Ernte auf den Latifundien der feudalistischen Großgrundbesitzer und mit Landbesetzungen begannen. In immer mehr Gebieten



Eine Guerrillakämpferin hält eine Rede vor 4000 Bewohnern eines Dorfes, ca. 200 km östlich von Kathmandu

Weitere Kämpfe in anderen Ländern im letzten Jahr

In ***Brasilien*** entwickelt sich seit vielen Jahren eine breite Bewegung der Landarbeiterinnen und Landarbeiter, die sich auch durch den brutalen Terror der Schergen des reaktionären Staates und der Großgrundbesitzer nicht davon abhalten läßt, jedes Jahr hunderte von Latifundien zu besetzen.

In ***China*** streiken und demonstrieren zunehmend Arbeiterinnen und Arbeiter gegen Massenentlassungen und für die oft seit Monaten nicht gezahlten Löhne, wobei es oft zu heftigen Zusammenstößen mit den Unterdrückungskräften des reaktionären chinesischen Staates kommt, der sich zur Irreführung zwar noch "sozialistisch" nennt, in Wirklichkeit aber Instrument der neuen Ausbeuter ist und zugleich die Ausbeutungsinteressen der imperialistischen Mächte in China schützt.

In der ***Türkei*** kämpfen die revolutionären Gefangenen und deren Unterstützerinnen und Unterstützer weiterhin gegen die Verschärfung der Haftbedingungen in den an das "Modell Stammheim" angelehnten F-Typ-Gefängnissen. Der am 20. Oktober 2000 begonnene, wahrscheinlich längste Hungerstreik in der Geschichte der revolutionären Bewegung wird noch immer fortgeführt!

In ***Algerien*** protestierten im April/Mai 2001 in der Kabylei hunderttausende von Berberinnen und Berber mit großen Demonstrationen gegen ihre Diskriminierung durch den algerischen Staat, wobei über 100 von der Polizei erschossen und 5.000 verletzt wurden. In der Hauptstadt der Berber-Region Tizi Ouzou demonstrierten über 500.000 Menschen gegen die blutige Unterdrückung der gerechten Proteste. Zugleich wurde ein eintägiger Generalstreik in der gesamten Kabylei durchgeführt. Mitte Juni 2001 demonstrierten in der Hauptstadt Algier mehr als 1,5 Millionen Menschen, die meisten aus der Kabylei, wobei es zu heftigen Zusammenstößen mit der Polizei und einer regelrechten Revolte kam, die sich gegen das furchtbare Massenelend und die mörderische Unterdrückungspolitik richtete. Zum Jahrestag des Aufruhrs vor einem Jahr demonstrierten in Tizi-Ouzou am 20./21. April 2002 erneut über 100.000 Menschen gegen das reaktionäre Regime in Algerien, welches bis heute die Sprache der Berber nicht als Amtssprache anerkennt und deren Rechte unterdrückt.

In ***Griechenland*** führten im April/Mai 2001 2,5 Millionen Arbeiterinnen und Arbeiter und andere Werktätige unter dem Motto "Hände weg von unseren Renten - Generalstreik" zweimal einen eintägigen Generalstreik durch. An den Demonstrationen beteiligten sich teilweise, so in Thessaloniki, massiv auch Bäuerinnen und Bauern.

In ***England*** protestierten in Oldham im Juni 2001 zahlreiche Menschen aus Pakistan und Bangladesh gegen den staatlichen Rassismus sowie gegen die Nazipartei NF. Dabei kam es zu stundenlangen Straßenkämpfen gegen die Polizei. Vor allem Jugendliche gingen mit Knüppeln bewaffnet auch gegen Zentren der Nazis vor.

In ***Mexiko*** erkämpften Im August/September 2001 die Arbeiterinnen und Arbeiter des ***VW***-Werks in Puebla in einem mehr als zwei Wochen langen Streik eine Lohnerhöhung von ca. 15 %.

In ***Argentinien*** flammten im Dezember 2001 die Kämpfe der Ausbeuteten und Unterdrückten mit großer Heftigkeit auf. Die militant geführten, zunächst ökonomischen Kämpfe gegen die zunehmende Verschlechterung der Lebensbedingungen breiteten sich auf das ganze Land aus, entwickelten sich zu machtvollen Demonstrationen, Streiks und militanten Straßenkämpfen bis hin zu einem regelrechten Aufruhr. 34 Menschen wurden dabei von der Polizei ermordet, es gab hunderte Verletzte und Verhaftete.

In ***Italien*** führten am 16. April 2002 annähernd 13 Millionen (von offiziell 21 Millionen Werktätigen insgesamt) Arbeiterinnen und Arbeiter sowie andere Werktätige einen achtstündigen Generalstreik gegen die drohende Zerschlagung des Kündigungsschutzes durch die Berlusconi-Regierung durch, der von riesigen Demonstrationen mit teilweise Hunderttausenden Teilnehmerinnen und Teilnehmern begleitet wurde.

haben die bewaffneten Revolutionäre nicht nur die Großgrundbesitzer vertrieben, sondern auch die Polizisten und andere bewaffnete Schergen der reaktionären Staatsmacht. Sogar die bürgerlichen Medien müssen inzwischen zugeben, daß mehr als ein Drittel der 75 Bezirke Nepals weitgehend unter der bewaffneten Kontrolle der revolutionären Kräfte stehen. Dort erhalten die armen und ausgebeuteten Bauern Land und verschiedene Hilfen, schließen sich vielfach zu landwirtschaftlichen Kooperativen zusammen.

● Ein wichtiges Merkmal ist die ***breite und entschlossene Beteiligung von Frauen*** an allen Formen des Kampfes, gerade auch des bewaffneten Kampfes. Frauen, oftmals sehr junge Frauen, sind Komiteesekretärinnen, Kommandantinnen von Guerillaeinheiten, lokale Freiwillige und Propagandistinnen. Bei der Verteilung von Land wird besonderer Nachdruck darauf gelegt, daß Frauen Eigentumstitel erhalten, was stark dazu beiträgt, daß sie sich aus der feudalen Hauswirtschaft befreien.

● Die roten Guerillakämpferinnen und -kämpfer erbeuten vor allem durch Überfälle auf die bewaffneten Kräfte der Konterrevolution ihre ***Waffen*** (auch aus deutscher Produktion!). Hier ein Beispiel: Allein am 4. April 2001 konnten die Kämpfenden bei einer größeren bewaffneten Aktion in Rukumkot 303 Gewehre, 64 Revolver, 22 Magnum, 3 Pistolen, 2 Granaten, Bomben, Sprengstoff und drei Funkeinrichtungen erbeuten. Durch Überfälle auf Banken gelingt es den Revolutionären auch immer wieder große Geldmengen zu erbeuten, wie im November 2001, als bei mehreren Überfällen über 200 Millionen Rupien konfisziert wurden. Ebenso ist es wiederholt gelungen, gefangene Revolutionäre aus dem Gefängnis zu befreien.

● Ein wichtiges Merkmal ist die ***Verbindung des bewaffneten Kampfes mit einer breiten Massenbewegung nicht nur auf dem Land, sondern auch in den Städten*** und städtischen Zentren Nepals. So kamen am 1. Mai 2001 abertausende nepalesische Arbeiterinnen und Arbeiter, Bäuerinnen und Bauern, teilweise nach mehrtägigen Reisen nach Kathmandu, um in einer Massendemonstration den Regierungsbezirk und andere zentrale staatliche Einrichtungen zu blockieren.

Der große und zunehmende Einfluß der bewaffneten Revolutionäre zeigte sich auch Mitte Februar 2002 beim Generalstreik zum 6. Jahrestag des Beginns des bewaffneten Kampfes. Selbst die bürgerliche Presse mußte zugeben, daß der Generalstreik praktisch das ganze Land lahmlegte.

Der reaktionäre Staat Nepals reagiert gegen den zunehmenden bewaffneten Kampf, gegen die zunehmende revolutionäre Massenbewegung mit brutalem Terror. Im Herbst letzten Jahres rief die Regierung den Ausnahmezustand aus, schränkte die Pressefreiheit noch weiter ein, nahm massenhafte Verhaftungen vor, raubte noch hemmungsloser das Land der verarmten Bäuerinnen und Bauern. Vergewaltigungen, feige Morde an Unbewaffneten, blindwütiges Schießen in unbewaffnete Menschenmengen usw. sind alltäglich. Zugleich riefen die reaktionären Machthaber Nepals Indien um Hilfe, das 80.000 Soldaten und Milizangehörige an der Grenze zusammengezogen hat.

● Gerade auch ***die deutschen Imperialisten unterstützen die reaktionären Machthaber Nepals im Kampf gegen den gerechten Kampf der Ausgebeuteten und Unterdrückten.*** Geplant ist die Lieferung von 65.000 modernsten Gewehren vom Typ G-36E der Waffenfirma Heckler & Koch. 5.000 davon sollen bereits in Kürze geliefert werden. Schon im vorigen Jahr hat das gleiche deutsche Unternehmen einen Auftrag über 5 Millionen Dollar zur Einrichtung einer Wartungs- und Reparaturwerkstatt für das G-36 erhalten. Und schon 1999 und 2000 genehmigte die deutsche Bundesregierung den Export von Herstellungsausrüstung für kleinkalibrige Munition sowie einer ballistischen Meßanlage nach Nepal im Wert von 1,35 Mio. Euro.

Es ist die Pflicht der Arbeiterinnen und Arbeiter, aller fortschrittlichen Kräfte in Deutschland, diese und alle anderen Machenschaften des deutschen Imperialismus, womit sie den revolutionären Befreiungskampf in Nepal zu unterdrücken suchen, zu entlarven und zu bekämpfen. Wer ein solches Verbrechen hinnimmt oder gar unterstützt, macht sich mitschuldig.

Gleichzeitig ist es die Pflicht aller antiimperialistisch eingestellten Kräfte, den revolutionären Befreiungskampf in Nepal moralisch, politisch und materiell maximal zu unterstützen, was auch das Studium der Dokumente und die solidarische Debatte mit den sich an der roten Fahne des Kommunismus orientierenden Kräften in Nepal einschließt und erfordert.

Und hier in Deutschland?

Es muß ungeschminkt festgestellt werden: Gegen viele reaktionäre Vorstöße des deutschen Imperialismus wie vor allem seine Kriegspolitik hat es nur geringe oder vorübergehende, teilweise gar keine Proteste gegeben. Es herrscht ein erschreckender „Gewöhnungseffekt" gegenüber dieser "deutschen Normalität" vor, auch bei den sich als demokratisch und revolutionär verstehenden Kräften. Es muß jedoch auch festgestellt werden, daß sich gegen andere Aspekte und Vorstöße - insbesondere gegen den Vormarsch der Nazis - Kämpfe und Widerstand entwikkelten.

● ***Aktionen und Demonstrationen gegen den Aggressionskrieg gegen Afghanistan:*** Bei den anfänglich noch häufigeren Aktionen und Demonstrationen beteiligten sich jeweils einige hundert bis mehrere tausend Menschen. In Berlin und Frankfurt/M gingen spontan mehrere Tausend Schülerinnen und Schüler gegen den Krieg auf die Straße. In Stuttgart und Berlin demonstrierten Mitte Oktober mehrere zehntausend. Dabei hat sich allerdings gezeigt, daß die führenden Kräfte innerhalb der Proteste im Grunde die Interessen des deutschen Imperialismus gegen den US-Imperialismus vertreten und - wie die PDS - schmierig-illusionäre Phrasen "gegen Gewalt an sich" verbreiten und in chauvinistischer Weise fordern, gegen angebliche "Amerikahörigkeit" endlich einen "deutschen Weg" zu gehen. Von einer echten Antikriegsbewegung kann keine Rede sein. Positiv ragen allerdings die Proteste gegen die NATO-"Sicherheitskonferenz" in München Anfang Februar 2002 heraus. Annähernd 10.000 Demonstrantinnen und Demonstranten protestierten trotz eines vollkommenen Demonstrationsverbots, trotz eines martialischen Aufgebots von 3.500 Polizisten zwei Tage lang.

● Trotz vieler Entlassungen und einer Vielzahl von arbeiterfeindlichen Attacken gab es nur wenige ***ökonomische Streiks*** und andere Proteste dagegen; wie etwa bei den Badischen Drahtwerken in Kehl, wo seit dem 25. März 2002 gegen Lohnkürzungen und die extreme Verschlechterung der Arbeitsbedingungen gestreikt wird und auch eine Solidaritätsdemonstration mit 4.000 Beteiligten stattfand, oder der Kampf von Angestellten der Rhein-Sieg-Klinik in Nümbrecht, die seit dem 10. Dezember 2001 für den Erhalt ihres Tarifvertrags streiken. Trotz anhaltend hoher Erwerbslosigkeit stagnierten die 1998 entstandenen Ansätze zu einer ***Bewegung der Erwerbslosen*** weitgehend.

● Die SPD/Grüne-Regierung war und ist noch immer in der Lage, ohne größere und vor allem effektive Proteste einengeradezu dramatischen ***Sozialabbau*** durchzuziehen, sei es die "Riester-Rente", sei es die geplante Absenkung der Arbeitslosenhilfe auf das Niveau der Sozialhilfe, was eine schlagartige Verschlechterung der Lebenslage und zunehmende Verelendung der Masse der Werktätigen bedeutet.

Die Bourgeoisie hatte Hand in Hand mit ihren DGB-Fürsten an diesen Punkten die Lage in den letzten 12 Monaten wirklich weitgehend "im Griff". Gab es Proteste, so standen diese so gut wie immer unter der Führung bzw. Kontrolle reformistischer und revisionistischer Kräfte.

Positive Aktionen und Proteste sind im letzten Jahr vor allem in folgenden Bereichen hervorzuheben:

● ***Gegen die mörderische Abschiebepolitik*** gab es wichtige öffentliche Aktionen durch fortschrittliche Organisationen, insbesondere auch durch die von der Abschiebungspolitik Betroffenen selbst. Wir greifen nur einige Beispiele heraus.

■ Am 19. Mai 2001 demonstrierten in Berlin rund 4.000 Flüchtlinge, organisiert vor allem von "The VOICE Africa Forum" (Zusammenschluß von Flüchtlingen aus afrikanischen Ländern in Deutschland) gemeinsam mit Antirassistinnen und Antirassisten zum Abschluß der Aktionstage gegen die sogenannte "Residenzpflicht", gegen staatlichen Rassismus und Abschiebeterror.

■ Am 3. September 2001 demonstrierten rund 300 Roma sowie einige Unterstützerinnen und Unterstützer in Herne für ein Bleiberecht und gegen ihre drohende Abschiebung nach Jugoslawien.

■ Vom 27.7.2001 bis 4.8.2001 fand in Frankfurt am Main, also in der Nähe des größten deutschen Abschiebeflughafens, das 4. Antirassistische Grenzcamp statt. Mit vielfältigen und phantasievollen Aktionen in und um Frankfurt gelang es den Hunderten von Teilnehmern und Teilnehmerinnen während dieser Woche, über die Konsequenzen der Umsetzung des Schengener Abkommens und die Durchführung der Abschiebungen aufzuklären und eine relativ große Öffentlichkeit zu erreichen. Die Aktionen gegen den staatlichen Rassismus und gegen die mörderische Abschiebungspolitik des deutschen Staates, von denen es das Jahr über noch eine ganze Reihe anderer gegeben hat, dürfen keineswegs gering geschätzt werden, müssen von den fortschrittlichen Kräften, vor allem auch aus der Arbeiterklasse, unterstützt, mitgetragen und ausgedehnt werden!

● Von besonderer Bedeutung ist nach wie vor die Kontinuität und Fülle der ***Kampfdemonstrationen gegen den Vormarsch der Nazis.*** Diese haben sich vor allem gegen die öffentlichen Nazi-Aufmärsche, Nazi-Veranstaltungen und -Parteitage gerichtet. Gleichzeitig sind der bürgerliche Staatsterror und die staatliche Faschisierung im letzten Jahr verstärkt zum Gegenstand der Proteste gemacht worden.

Aus der Fülle der Proteste und Aktionen gegen Nazifaschisten und staatliche Faschisierung sollen hier wirklich nur ausschnitthaft einige Aktionen hervorgehoben werden:

■ Am 1. Mai 2001 stellten sich in Frankfurt/M. Tausende Antifaschistinnen und Antifaschisten dem Aufmarsch von zirka 1000 Nazis entgegen. Trotz des brutalen Vorgehens der Polizei gegen die antinazistischen Kräfte und des massiven Polizeischutzes für die Nazis gelang es teilweise, die Nazis direkt militant anzugreifen. Die Nazis, von der Polizei sogar mit eigens für die Nazis reservierten U-Bahn-Zügen zu ihrem Aufmarschplatz geleitet worden waren, konnten ihre geplante Demonstration in die Innenstadt nicht durchführen.

■ In Halle konnten am 19. Mai 2001 rund 300 Antifaschistinnen und Antifaschisten mit einem offensiven Vorgehen einen Aufmarsch von 200 Nazis trotz deren Schutzbegleitung von 1000 Polizisten stoppen und frühzeitig nach einem Drittel des Weges beenden.

■ Anfang September 2001 stoppten Antinazistinnen und Antinazisten in Leipzig den Aufmarsch von rund 1200 Nazis durch Sitzblockaden und Barrikaden und erzwangen seine Auflösung.

■ Am 27. Oktober 2001 wurden in mehreren Städten Nazi-Aufmärsche erfolgreich gestört. In Nürnberg verhindern 3.000 Antifaschistinnen und Antifaschisten mit einer Blockade der Demoroute der Nazis den Aufmarsch von 350 NPD-Nazis. In Heidelberg wurden 2.000 Antinazistinnen und Antinazisten, die einen Marsch der Jungen Nationaldemokraten verhindern wollten, massiv von der Polizei angegriffen. In Oldenburg wurde der Aufmarsch von 80 Nazis durch das entschlossene Auftreten von 350 Antifaschistinnen und Antifaschisten abgefangen und aufgelöst.

■ Am 3.11. demonstrierten in Leipzig 2.000 vorwiegend Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter gegen den Aufmarsch von 1.000 Nazis. Die Demonstrantinnen und Demonstranten versperrten den Nazis, die in einer Route durch die Stadt zum Völkerschlachtdenkmal marschieren wollten, durch eine Sitzblockade den Weg, bis die Polizei mit einem brutalen Prügeleinsatz und dem Einsatz von Pfefferspray den Nazis den Weg frei räumte.

■ Gegen den größten Naziaufmarsch von über 3.000 Nazis seit 1945 in Berlin demonstrierten am 3.12.2001 rund 4.000 Antifaschistinnen und Antifaschisten. Unter dem Schutz von 4500 Polizisten konnten die Nazis in Sichtweite der jüdischen Synagoge über eine Stunde lang ihre nazistisch-antisemitischen Hetzreden gegen die neu eröffnete Ausstellung Verbrechen der Nazi-Wehrmacht verbreiten. Die Polizei ging mit Wasserwerfer- und Knüppeleinsatz gegen die Demonstrantinnen und Demonstranten vor, darunter auch gegen Mitglieder der Jüdischen Gemeinde Berlins.

■ In Bielefeld demonstrierten am 2. Februar 2002 zirka 10.000 Menschen auf einem vom DGB organisierten Sternmarsch gegen den Aufmarsch von 1700 Nazis. Die Nazis marschierten in Bielefeld auf, da dort die Ausstellung „Verbrechen der Wehrmacht" gezeigt wurde. 500 Antifaschistinnen und Antifaschisten versuchten sich den Nazis in den Weg zustellen. Die Polizei die den Naziaufmarsch schützte, hielt die kämpferischen Antifaschistinnen und Antifaschisten mit Polizeisperren und Knüppeleinsatz vom Aufmarschort der Nazis fern.

■ In Köln konnten am 9. März 2002 rund 2.000 Antifaschistinnen und Antifaschisten den Aufmarsch von 100 Nazis verhindern, die Nazis konnten unter dem Schutz der Polizei lediglich eine Kundgebung abhalten.

Die Erfahrungen der Anti-Nazi-Proteste in den letzten Monaten zeigen, daß durch entschlossenes Auftreten erfolgreich gegen die Nazifaschisten vorgegangen werden kann. Sie zeigen zugleich aber auch, wie sehr der Staat des deutschen Imperialismus sich inzwischen darauf eingerichtet und dafür ausgerüstet hat, mit einem Großaufgebot von Polizei den Schutz der Nazis soweit zu perfektionieren, daß es in größerem Maßstab gegenwärtig selten möglich ist, direkt zu den Nazis vorzudringen. (Das zeigt auch, daß es beim NPD-Verbotsverfahren, um das es in letzter Zeit auffällig leise geworden ist, so oder so nicht darum geht, ernsthaft gegen die Nazifaschisten vorzugehen.) Daß dennoch Tausende, vor allem Jugendliche, die nicht *fest in reformistische Strukturen eingebunden sind*, gegen die Nazis auf die Straße gehen und teilweise auch bereit sind, die Nazis militant anzugreifen, muß als Ansporn für die Ausdehnung und die Vertiefung des militanten Kampfes gegen die Nazis gesehen werden!

Verbindung aller Tageskämpfe zu einem einheitlichen Kampf gegen den deutschen Imperialismus und die Perspektive der proletarischen Revolution

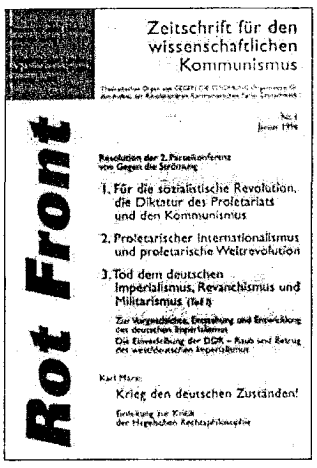
Es wird immer nötiger, die verschärfte Kriegspolitik des deutschen Imperialismus, den imperialistischen Krieg um die Neuaufteilung der Welt zu bekämpfen!

Der Vormarsch des deutschen Imperialismus, sein immer frecheres großmachtchauvinistisches Auftrumpfen hat im letzten Jahr massiv zugenommen. In den letzten Monaten sind Momente einer sich verschärfenden Rivalität gegen den US-Imperialismus deutlich geworden, so etwa hinsichtlich eines in Planung befindlichen Kriegs gegen Irak.

Wenn der deutsche Außenminister tönt "Friedenspolitik ist heute Ordnungspolitik", so soll damit die Bevölkerung darauf eingestimmt werden, daß die Bundeswehr überall dort, wo in der Welt "Unordnung" herrscht, eingreifen soll, daß mit ihrer Hilfe "Ordnung" geschaffen werden soll, daß es also wieder einmal das "deutsche Wesen" sei, an dem die Welt genesen soll.

Dabei verwenden die deutschen Imperialisten eine Taktik, die sie "erfolgreich" schon bei dem reaktionären Krieg in Ex-Jugoslawien eingesetzt haben, der ohne Frage vor allem vom deutschen Imperialismus gewollt und geschürt wurde. Die kroatischen, serbischen und den anderen reaktionären Kräften, die sich

Bisher erschienene Ausgaben von "Rot Front":



Nr. 1, Januar 1996: Resolutionen der 2. Parteikonferenz von „Gegen die Strömung" *Für die sozialistische Revolution, die Diktatur des Proletariats und den Kommunismus / Proletarischer Internationalismus und proletarische Weltrevolution / Zur Vorgeschichte, Entstehung und Entwicklung des deutschen Imperialismus,* Karl Marx: Krieg den deutschen Zuständen!, Einleitung zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosohie
156 Seiten, 5,- Euro

Nr. 2, Juli 1996: Resolutionen der 2. Parteikonferenz von „Gegen die Strömung" *Prüfsteine im Kampf gegen den deutschen Imperialismus, Revanchismus und Militarismus, gegen deutschen Chauvinismus und Rassismus, Faschisierung und verschärfte Ausbeutung,* W. I. Lenin: Die Lehren des Moskauer Aufstands
324 Seiten, 10,- Euro

Nr. 3, Januar 1997: Resolutionen der 2. Parteikonferenz von „Gegen die Strömung" *Die Notwendigkeit der Kommunistischen Partei und prinzipielle Fragen ihres Aufbaus (Teil I u. II),* J. W. Stalin: Dem Genossen G. Telija zum Gedenken
266 Seiten, 10,- Euro

Nr. 4, Juli 1997: Resolutionen der 2. Parteikonferenz von „Gegen die Strömung" *Die Notwendigkeit der Kommunistischen Partei und prinzipielle Fragen ihres Aufbaus (Teil III),* W. I. Lenin: Brief an einen Genossen über unsere organisatorischen Aufgaben
318 Seiten, 10,- Euro

Nr. 5, Januar 1998: Kämpfe der Arbeiterinnen und Arbeiter in Westdeutschland 1949 -1974, W. I. Lenin: Über Streiks
217 Seiten, 7,50 Euro

Nr. 6, Juli 1998: Das kommunistische Erbe von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht verteidigen
203 Seiten, 7,50 Euro

Nr. 7, Januar 1999 (Sondernummer): Stellungnahmen von „Gegen die Strömung" zu Kämpfen der Arbeiterinnen und Arbeiter in West/Deutschland und in anderen Ländern von 1984 bis 1997
238 Seiten, 10,- Euro

Nr. 8/9/10, Juli 2000: Die Gründung der SED und ihre Vorgeschichte (1945 - 1946)
706 Seiten, 25,- Euro

Zu beziehen bei: Buchladen Georgi Dimitroff, Speyerer Str. 23, 60327 Frankfurt/Main

vor allem als ausführende Organe der Interessen der imperialistischen Großmächte erwiesen haben, wurden als Hebel für die imperialistischen Großmächte - vor allem auch für den deutschen Imperialismus, der an traditionelle revanchistische und nazifaschistische Beziehungen anknüpft - benutzt, um Jugoslawien unter sich aufzuteilen, um dort militärisch direkt zu intervenieren und auf unabsehbare Dauer eigene Truppen zu stationieren, ja selbst Krieg zu führen wie beim imperialistischen Angriffskrieg der Bundeswehr gegen die Republik Jugoslawien.

Dieses "erfolgreiche" Muster, "ausweglose Konflikte" zu schüren, um als "Retter" auf den Plan zu treten, soll nun offenbar auch in *Israel/Palästina* zur Anwendung kommen, wofür bereits der Einsatz der Bundeswehr geplant ist. Da oder dort, mit oder ohne UNO-Mäntelchen, geht es den deutschen Imperialisten nicht um solch edle Ziele wie "Selbstbestimmungsrecht der Nationen" und "Minderheitenschutz", "Demokratie" und "Humanität". Die imperialistischen "Rettungsmaßnahmen", die Entsendung von Truppen dient einzig und allein der Durchsetzung imperialistischer Herrschafts- und Ausbeutungsinteressen.

Die Bundeswehr in Palästina/Israel? Wer dies angesichts des deutschen Völkermords an den Jüdinnen und Juden für unmöglich hält, möge sich daran erinnern, daß bis vor wenigen Jahren auch auf dem Gebiet Ex-Jugoslawiens, wo die Nazi-Wehrmacht ungeheure Verbrechen verübte, jeder Bundeswehreinsatz - selbst vom damaligen Kanzler Kohl - als "ausgeschlossen" bezeichnet wurde.

***

Es gibt innerhalb Deutschlands vor allem folgende großen tagespolitischen Aufgaben:

- *Den Kampf gegen die zunehmend stärker werdenden internationalen ökonomischen, politischen und militärischen Großmachtaktivitäten des deutschen Imperialismus, Militarismus und Revanchismus*
- *Tatkräftige Unterstützung insbesondere der vom "eigenen", vom deutschen Imperialismus ausgebeuteten und unterdrückten Völker*
- *Kampf gegen die Politik und Hetze des deutschen Chauvinismus*
- *Kampf gegen die Faschisierung des Staatsapparats*
- *Kampf gegen die nazistischen Organisationen und Gruppen*
- *Kampf gegen die verschärfte Ausbeutung*

Die Verstärkung und Radikalisierung, ja die Verbindung dieser Kämpfe zu einem einheitlichen militanten internationalistisch-demokratischen Kampf gegen den deutschen Imperialismus und all seine Abteilungen, zusammen mit allen durch staatlichen Terror und Nazi-Terror Verfolgten, mit den demokratischen und revolutionären Kräften aus anderen Ländern, die hier in Deutschland leben und arbeiten, muß gegen die Abwiegelei jeglicher opportunistischer Kräfte und im Kampf gegen den verfluchten deutschen Chauvinismus angepackt werden.

Doch dabei darf nicht stehen geblieben werden.

Die Ursachen für Ausbeutung, Verelendung und Erwerbslosigkeit, für imperialistische Kriege und Faschisierung liegen im kapitalistischen System selbst. Deshalb geht es darum, für die ***Vorbereitung der proletarischen Revolution zum Sturz dieser Gesellschaftsordnung*** zu kämpfen, die demokratischen Kämpfe in diesen Kampf ein- und ihm unterzuordnen.

Kommunistische Positionen, die diskutiert werden müssen, sind:

★ Sozialistische Revolution bedeutet vor allem, daß im Bürgerkrieg gegen die bürgerliche Armee und sämtliche bewaffneten Abteilungen der Bourgeoisie der gesamte bürgerliche Staatsapparat zerschlagen, die Bourgeoisie gestürzt werden muß.

★ Nach dem Sturz der Bourgeoisie gilt es, die Diktatur des Proletariats zu errichten, um die gestützte Ausbeuterklasse niederhalten zu können, die verzweifelt versuchen wird, mit allen Mitteln ihre Macht wieder zu erringen. Ohne revolutionäre Gewalt, ohne den Einsatz von Waffen und Gefängnissen können die reaktionären Kräfte nicht niedergehalten und vernichtet werden. Nur auf dem Weg der Errichtung und Verstärkung der Diktatur des Proletariats kann der Sozialismus und dann der Kommunismus, die Gesellschaft ohne Ausbeutung und Unterdrückung errichtet werden!

★ Heute ist vor allem der *Kampf um den Aufbau einer Revolutionären Kommunistischen Partei* entscheidend, welche die nötige Bewußtheit und Organisiertheit in die Arbeiterklasse hineinträgt. Denn nur so kann dort die Kraft, der Haß und die Entschlossenheit entwickelt werden, um das gesamte verfluchte System des deutschen Imperialismus in der bewaffneten proletarischen Revolution zu vernichten.

„Proletarier aller Länder, vereinigt Euch!"

In einer Situation wie der heutigen hier in Deutschland ist es gegen das Gift der "deutschen Perspektive" dabei um so wichtiger zu begreifen, daß nicht nur die reaktionären Ausbeuter des "eigenen" Landes Teil einer internationalen konterrevolutionären, imperialistischen Kraft sind, sondern daß auf der anderen Seite jeder einzelne revolutionäre Kampf in der ganzen Welt Teil des weltweiten Kampfes gegen Imperialismus und Reaktion, gegen das vorherrschende kapitalistische Weltsystem und alle feudalen Überreste ist, des Kampfes für sozialistische Ziele, für den Kommunismus auf der ganzen Welt.

Es wäre ein grober Fehler zu verschweigen, daß auch in den großartigen, zu unterstützenden Kämpfen etwa in Südkorea oder in Argentinien heute noch eine entscheidende Schwäche liegt: Es fehlt die wirklich internationalistische Verbundenheit der verschiedenen Klassenkämpfe in den fünf Erdteilen, in allen Ländern. Die Ursache ist - kurz gesagt - das Fehlen einer kraftvollen kommunistischen Weltbewegung. Nur wenn wirklich kommunistische Parteien, geschwisterlich miteinander verbunden, sich in die Klassenkämpfe in den einzelnen Ländern einschalten, dort schrittweise die Leitung dieser Kämpfe übernehmen, die großartigen Erfolge, aber auch die Halbheiten und Schwächen dieser Klassenkämpfe und Massenbewegungen solidarisch und konkret international bekanntmachen, können wirklich gemeinsame proletarisch-internationalistische Aktionen gegenseitiger Unterstützung organisiert werden.

Die imperialistische Welt, so sehr sie sich auch aufplustert, ihre eigene Überlegenheit und Schönheit beschwört, ihre Unsterblichkeit proklamiert, ist in Wahrheit ein Koloß auf tönernen Füßen: Der Imperialismus ist ein verfaulendes System. Seine Totengräber, das Proletariat aller Länder, werden Niederlagen und nochmals Niederlagen einstecken müssen, aber sie werden niemals endgültig besiegt sein. Die Arbeiterinnen und Arbeiter aller Länder werden sich immer und immer wieder auf Grund der zunehmenden Ausbeutung und Unterdrückung zu machtvollen Kampfaktionen erheben, die anderen unterdrückten, breiten Volksmassen mitreißen und das ganze System des Imperialismus in Frage stellen und zerschlagen - nicht auf einmal, nicht auf einen Schlag und nicht in einigen wenigen Jahren. Aber dieser revolutionierende Prozeß in den verschiedensten Ländern, im unterschiedlichsten Tempo wird die Arbeiterinnen und Arbeiter aller Länder erfassen.

Die augenscheinliche Lehre - angesichts der Ereignisse in der ehemaligen Sowjetunion, in Osteuropa, China - *wohin* Revisionismus und Opportunismus führen, wird die Frage mächtig entstehen lassen, ***was Revisionismus und Opportunismus*** ist und wie sie bekämpft werden können, wird die Frage stellen, wie nicht nur die ganze alte Welt des Imperialismus, des Kapitalismus kompromißlos zerschlagen, sondern auch eine neue Welt, eine Welt des Sozialismus mit dem Ziel des Kommunismus aufgebaut werden kann.

Es ist an den Kommunistinnen und Kommunisten aller Länder, auf der Grundlage des wissenschaftlichen Kommunismus die Antworten klar und verständlich zu entwickeln und zu propagieren, den Aufbau wirklich kommunistischer Parteien als entscheidenden Hebel anzupacken, um sich entwickelnde revolutionäre Massenkämpfe erfolgreich anleiten zu können.

Im letzten Jahr erschienene Flugblätter von GEGEN DIE STRÖMUNG:

4-5/01 **Die kommunistische Arbeit in den Betrieben langfristig vorantreiben!**

6/01 **Die Erfahrungen der Kämpfe gegen die Nazi-Banden auswerten!**

7-8/01 Ein Beitrag zur Klassenanalyse in Deutschland: **Revolutionäre Perspektiven auf dem Land?**

9/01 **Die militanten Kämpfe in Genua gegen die weltweite imperialistische Ausbeutung und Unterdrükkung waren gerecht!**

10-11/01 Angesichts der amerikanisch-britischen Bombardierungen Afghanistans und des Beschlusses des Deutschen Bundestags zum Kriegseinsatz der Bundeswehr in und um Afghanistan: **Kampf gegen die Kriegspolitik des deutschen Imperialismus!**

1/02 Die anhaltenden Kämpfe der Ausgebeuteten und Unterdrückten in Argentinien zeigen den fortschrittlichen Kräften der ganzen Welt: **So wie es ist, bleibt es nicht!**

2/02 NPD und Verfassungsschutz: **Die Nazis mitten im Staatsapparat!**

3/02 Ex-Jugoslawien, Afghanistan, Usbekistan, Kuweit, Somalia... **Der deutsche Imperialismus beim dritten militärischen Anlauf für seine Weltherrschaftsziele!**

Diese Flugblätter von GEGEN DIE STRÖMUNG aus dem letzten Jahr können gegen Porto als Probeexemplare bezogen werden bei:

Buchladen Georgi Dimitroff, Speyerer Str. 23, 60327 Frankfurt/Main

Kritiken, Vorschläge, Hinweise?!

★ Schreibt uns Eure Meinung über die monatlich erscheinenden Flugblätter und anderen Veröffentlichungen von „Gegen die Strömung"!

★ Schickt uns Berichte, Flugblätter, Zeitungsartikel über die Lage und Aktivitäten in den Betrieben, über staatliche Unterdrückung, rassistische und nazistische Aktivitäten usw., vor allem aber über Gegenaktionen an Eurem Wohnort und in Eurer Region!

An:

BUCHLADEN
Georgi Dimitroff
Speyerer Straße 23, 60327 Frankfurt
Fax: 0 69 / 73 09 20
ÖFFNUNGSZEITEN:
Freitag 16.30 – 19.30 Uhr
Samstag 10.00 – 13.00 Uhr

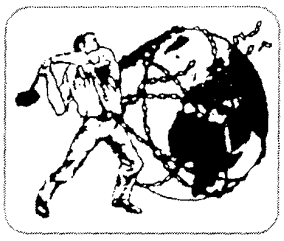
Vertrieb für Internationale Literatur
Brunhildstraße 5, 10829 Berlin
GEÖFFNET:
Samstag 11.00 – 14.00 Uhr

ISSN 0948/5090

Drucker, Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: A. Odenthal, Vertrieb für Internationale Literatur, Brunhildstr. 5, 10829 Berlin

PROLETARIER ALLER LÄNDER, VEREINIGT EUCH!
PROLETARIER ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER, VEREINIGT EUCH!

GEGEN DIE STRÖMUNG



Organ für den Aufbau der Revolutionären Kommunistischen Partei Deutschlands

05/02 Mai 2002

Die erstarkende Feindschaft gegen die Juden in Deutschland bekämpfen!

Er macht sich wieder breit, wird stärker, frecher, argumentiert scheinbar gar, gibt sich mal national, mal internationalistisch. Und er wird von Personen, die Name und Adresse haben betrieben. Er wird von scheinbar sich wiedersprechenden politischen Kräften propagiert von PDS bis Möllemann, von Schröder bis Walser und Mahler. Er hat seine Facetten und ein schier unerschöpfliches Arsenal an oft verblüffenden Dummheiten und abgrundtiefer Brutalität. Im Hintergrund: Nicht nur Pogrome, Vertreibung, Mord und Raubmord, sondern die Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau, Treblinka, Sobibor, Chelmno, Majdanek-Lublin.... Die Rede ist vom Antisemitismus, der Feindschaft und dem Haß gegen die Juden.

Ganz aktuell schwimmt der Antisemitismus auf einer Welle, die so neu nicht ist: Um den „Zionismus" soll es momentan angeblich gehen, um den Krieg zwischen der israelischen Armee und den bewaffneten Kräften in den palästinensischen Autonomiegebieten, tönt es. Tatsache aber ist, dass Synagogen angezündet und angegriffen werden, dass „Tod den Juden" auf Transparenten zu lesen ist, dass zudem im faktischen Organ der PDS „Neues Deutschland" vom FDP-Möllemann der Wahlsieg von Haiders FPÖ als „Emanzipation der Demokraten" gefeiert wird. Und aller Orten wird gemurmelt „Da ist doch was dran". Lohnt es sich, solche „unter aller Kritik" stehenden Behauptungen aus dem Arsenal des Antisemitismus zu widerlegen? Nun, gegen eingefleischte Antisemiten kommt niemand mit Argumenten an, da müssen andere Mittel her. Aber immerhin ist auch eine gegen diese Strömung eingestellte Tendenz bei den demokratisch und revolutionär orientierten Kräften in Deutschland zu verzeichnen, die gestärkt und unterstützt werden muß. Insofern muß die These: „Die Juden sind selbst an der Judenfeindschaft schuld" Gegenstand unserer Kritik sein. Denn der sich verstärkende Antisemitismus ist eine zunehmend gefährlicher werdende Waffe des deutschen Imperialismus nach innen und nach außen.

Das ganze demagogische Denkmuster „Die Juden sind selbst schuld am Antisemitismus" ist tief verwurzelt in der Geschichte der Feindschaft gegen die Juden. Immer schon schoben die Judenfeinde scheinbare „Argumente" dieser Art vor: Der religiöse christliche Antisemitismus hatte die Floskel der christlichen Bibel, dass „die Juden" Schuld an der Kreuzigung von Jesus seien als Grund für Pogrome und Kreuzzüge. Der wirtschaftliche Antisemitismus behauptete als Legitimation für seine Raubmorde die „armen Leute" würden „von den Juden" durch Übervorteilung im Handel und Geldhandel ausgebeutet, die reichen Juden wären halt zu reich und die armen Juden wären halt zu arm. Der rassistische Antisemitismus der Nazis, der auf die vorangegangenen Aspekte nicht verzichtete, konzentrierte sich auf die Konstruktion einer angeblich „minderwertigen und lebensunwerten Rasse der Juden", die wie die als „Zigeuner" diffamierten Sinti und Roma zutiefst schlecht seien und nicht gebessert werden könnten, sondern wie Bazillen seien, mit denen man ja auch nicht verhandelt oder die man ja auch nicht erzieht, eben vernichtet werden müssen. Die bloße Existenz der Juden ist nach Ansicht der Antisemiten das Problem, würden sie nicht existieren, gäbe es auch keinen Grund mehr zur Feindschaft gegen die Juden.

Es ist bekannt, daß dieses Programm der Vernichtung der Juden durch die Nazis im großen Maßstab durchgeführt wurde. Doch ganz haben dies die Nazis trotz ihrer Deportationen in die Vernichtungslager, trotz ihrer Versuche der Nazi-Armee unter General Rommel, Palästina zu erobern, nicht erreicht. Die Rote Armee als Kern der Anti-Hitler-Koalition befreite Auschwitz und Europa von der Nazi-Mörder-Herrschaft, die Anti-Hitlerkoalition, darunter nicht wenige jüdische Soldaten und Partisanen, besiegte Nazi-Deutschland.

Der Nazifaschismus war militärisch besiegt, die große Masse der Nazis in Deutschland wechselten das Hemd und das Parteiabzeichen.

Deutschland wurde gemäß dem Potsdamer Abkommen 1945 besetzt. Die Nazi-Parole, dass der „Stärkere recht hatte" und die Tatsache, dass die Anti-Hitler-Koalition stärker war, führte in der Tat, gepaart mit dem schielen auf den momentan „Stärkeren" zu einer oberflächlichen Abwendung von Hitler. Und die Verbrechen der Nazis? Der Völkermord an den Juden, wurde von all jenen, die ihn nicht abstreiten oder abschwächen konnten, als große Schmach empfunden. Was aber schmerzte? Die ermordeten jüdischen Familien? In Einzelfällen vielleicht, aber was schmerzte war eigentlich, daß „Deutschlands Ehre" beschädigt sei!!

Der deutsche Nationalismus war der Grundton im propagandistischen Dreiklang der Nazis. „Deutschland erwache", bildete in vielerlei Hinsicht die Basis für „Juda verrecke" und „Tod dem Bolschewismus".

Wenn in einem Dreiklang der dritte Ton eine Weile zu fehlen scheint, dann schwingt er dennoch mit: Nach 1945 wurde ohne Pause am Wiederaufstieg „Deutschlands", des stark geschwächten deutschen Imperialismus gearbeitet. „Tod dem Bolschewismus", gerichtet gegen die siegreiche sozialistische Sowjetunion mit Stalin an der Spitze, wurde gar noch verstärkt. Und „Juda verrecke" schien verstummt zu sein. Ja, die alten Nazis die wieder in Amt und Würde waren, schmückten sich vor allem international fast ohne Ausnahme mit „jüdischen Freunden", erwiesen scheinabar „Respekt" und hielten Sonntagsreden, wie schlimm alles gewesen sei, und daß jetzt alles besser werde.

Der deutsche Imperialismus erstarkte, die durch Bürokratismus und Revisionismus längst revolutionärer Inhalte beraubte, nun selbst imperialistisch auftretenden Sowjetunion löste sich unter dem Druck der anderen imperialistischen Großmächten weitgehend auf, verkaufte vorher noch die ebenfalls vom Bürokratismus und Revisionismus zerfressene Karikatur auf einen sozialistischen Staat darstellende DDR an den deutschen Imperialismus. Deutsche Soldaten kämpfen gemeinsam mit dem feindlichen „Freund", dem US-Imperialismus in fast allen Erdteilen. Deutschland ist wieder erwacht. Alles was nur im entferntesten am Bolschewismus erinnert, alles was nur nach Revolution riechen könnte wird bekämpft und die deutsche Geschichte scheint endgültig „bewältigt".

Die deutsche Basis ist erwacht, und der deutsche Überbau schreitet zudem voran, mal mehr mal weniger. Die Revision der Geschichte, die Revison des Siegs der Anti-Hitler-Koalition über den Nazi-Faschismus hat längst begonnen. Das Umschreiben der Geschichte begann direkt 1945. Ab und zu gab es ein paar Skandale auf diesem Weg, die in größerem Unfang öffentlich wurden. Irgendjemand „störte" da, der dritte Ton des Dreiklangs der Nazi-Ideologie wurde mobilisiert. „Der Jude stört", das Credo des Antisemitismus nach Auschwitz wegen Auschwitz!! „Die Deutschen werden den Juden Auschwitz nie verzeihen", heißt es zu Recht sarkastisch und polemisch gesprochen: die Erinnerung an diese massenmörderische Tat des Nazi-Deutschlands, die in der bloßen Existenz überlebender Juden enthalten ist. Die heutige Fassung des „Juda, verrecke"!

„Der Jude stört" – tönte es als in Bitburg 1985 jüdische Demonstranten dagegen protestierten, daß von höchsten Repräsentanten des westdeutschen Imperialismus Kränze auch an Gräbern von SS-Mördern niedergelegt wurden.

„Der Jude stört" – tönte es als die Spitze deutscher Historiker mit Nolte 1989 im sogenannten „Historikerstreit" die Massenvernichtung der europäischen Juden als doch angeblich „berechtigte" Antwort auf den Bolschewismus „erklärte".

„Der Jude stört" beim Streben des deutschen Imperialismus, im Bündnis und in Rivalität mit dem US-Imperialismus wieder alte und neue Macht und Herrlichkeit in Europa und der Welt zu errichten.

Der Antisemitismus, auf der Straße durch Nazi-Schläger und Nazi-Mordbanden präsent, ist auch in den verschiedenen oberen Abteilungen des deutschen Imperialismus – mal mit verteilten Rollen, mal in glei-

Den Antisemitismus bekämpfen!

„Antisemitismus nennt man die Verbreitung von Feindschaft gegen die Juden ... Auch in anderen Ländern hat man nicht selten Gelegenheit, zu sehen, daß die Kapitalisten Feindschaft gegen die Juden schüren, um den Blick des Arbeiters zu trüben, um seine Aufmerksamkeit von dem wirklichen Feind der Werktätigen - vom Kapital - abzulenken ... Schmach und Schande über den, der Feindschaft gegen die Juden, Haß gegen andere Nationen sät"

(Lenin, „Über die Pogromhetze gegen die Juden", 1919, Werke Band 29, S. 239/240)

Der Antisemitismus war die Ideologie, die in der Praxis der Nazi-Diktatur zum industriell und staatlich durchorganisierten Völkermord an 6 Millionen Juden und Jüdinnen, vom Säugling bis zum Greis, beigetragen hat.

Der Antisemitismus in Deutschland hat eine viele Jahrhunderte alte Tradition, ist tief als negatives Erbe in der Geschichte des deutschen Volkes verwurzelt und reicht bis in die Reihen der Arbeiterbewegung. Er wurde keinesfalls erst durch die Nazifaschisten erfunden, er existierte auch in Westdeutschland von Anbeginn an und existiert heute in Deutschland in vielerlei Formen und Abstufungen. Nach der Ehrung der SS in Bitburg trat er wieder ungeniert an die Öffentlichkeit. Der Antisemitismus wurde für extrem rechte wie auch „linksliberale" Kreise wieder salonfähig und erstarkte.

Die jahrzehntelange zumindest in mancher Hinsicht an den Tag gelegte Zurückhaltung nach 1945 aufgrund der zu „frischen" Erinnerung an Auschwitz, das angebliche „Tabu" bezüglich der „Kritisierbarkeit von Juden", wird nun nach 40, 50 Jahren abgeschüttelt, und alte Vorurteile über angebliches „jüdisches Verhalten" erhalten freie Bahn. Gerade jene, die Auschwitz überlebt haben, die sozusagen eine lebendige Anklage gegen die Verbrechen der deutschen Imperialisten darstellen, werden diffamiert und angegriffen. Das geht bis zu dem infamen Vorwurf, daß nur die „Brutalsten" und „Skrupellosesten" angeblich dazu in der Lage waren, Auschwitz zu überleben. Das ist die besondere Form des Antisemitismus und der Judenhetze nach Auschwitz ***wegen Auschwitz!***

Der Antisemitismus ist eine der extremsten Formen des Chauvinismus und Rassismus, bedroht unmittelbar die jüdische Bevölkerung in Deutschland und birgt die Gefahr von Pogromen in sich. Der Antisemitismus hat in den letzten Jahren extrem zugenommen. Verwüstungen und Zerstörungen von jüdischen Friedhöfen sind an der Tagesordnung, der antisemitische, nazifaschistische Terror reicht von Brandanschlägen auf die Gedenkstätte der ehemaligen Konzentrationslager Sachsenhausen und Buchenwald, über die Brandanschläge auf die Lübeker Synagoge bis hin zur brutalen Ermordung von Karl-Hans Rohn, der von den Nazis für einen Mann jüdischer Herkunft gehalten worden ist. Dies alles wurde möglich und angeheizt in der durch Repräsentanten des deutschen Staates verschärften antisemitischen Propaganda wie durch die salonfähig gemachte Leugnung des industriellen Völkermords in Auschwitz und in den anderen Vernichtungslagern.

Daher muß eine revolutionäre Kommunistische Partei in Deutschland den verschärften Kampf gegen den Antisemitismus in all seinen Formen führen und die jüdische Bevölkerung in Deutschland in ihrem Kampf gegen Diskriminierung und Verfolgung solidarisch unterstützen und die Geschichte ihres Kampfes propagieren.

Denn es ist wie Stalin sagte, daß „die Kommunisten als konsequente Internationalisten unversöhnliche und geschworene Feinde des Antisemitismus" sind.[1]

Dabei gilt es gerade auch innerhalb der Arbeiterbewegung, keinerlei Zugeständnisse an pseudolinke, in Wirklichkeit antisemitische Auffassungen zu machen, wie etwa die Lüge, daß der Antisemitismus angeblich „antikapitalistische Elemente" habe. Schon Engels hat diese zutiefst reaktionäre Vorstellung bekämpft:

„Der Antisemitismus (...) dient daher nur reaktionären Zwecken unter scheinbar sozialistischem Deckmantel."

(Engels, „Über den Antisemitismus", 1890, Marx/Engels Werke, Band 22, S. 50)

In der Tradition von Marx und Engels muß dem Antisemitismus als einer durch und durch reaktionären Erscheinung der Ausbeuterordnungen unbarmherzig und vollständig der Krieg erklärt werden.

Dabei müssen in der Tradition des wissenschaftlichen Kommunismus, des Kampfes von Marx und Engels, aber gerade auch des wichtigen Kampfes von Lenin, Stalin und der Kommunistischen Internationalen, auch die Geschichte der Arbeiterbewegung, ihr Kampf zur Verteidigung der jüdischen Bevölkerung gegen die Angriffe der Antisemiten zur Zeit von Marx und Engels sowie die oft in der Hölle der KZs geführten Anstrengungen der Genossinnen und Genossen der KPD zum Schutz und zur Verteidigung der vom Antisemitismus direkt Betroffenen propagiert werden. Aber es müssen auch die Unterlassungen und Fehler der kommunistischen und Arbeiterbewegung, insbesondere der KPD, ihrer Führer und ihrer Kader auf theoretischem, propagandistischem und direkt praktischem Gebiet erkannt und aufgedeckt werden, um bewußt aus diesen Kämpfen wirklich für heute lernen zu können.

[1] Siehe Stalin, „Über den Antisemitismus", 1931, Werke Band 13, S. 26.

Auszug aus „Rot Front" Nr. 2, Resolution 3 der 2. Parteikonfernez von GEGEN DIE STRÖMUNG, „Tod dem deutschen Imperialismus, Revanchismus und Militarismus!", Juli 1996, S. 68-70

chem Tonfall – präsent, aktiv und zudem ein Trumpf-As im Ärmel, wenn es gilt, Hindernisse aus dem Weg zu räumen.

Schröder, Walser und Möllemann schrieben in den letzten Wochen, in denen auch in Deutschland verstärkt Tag und Nacht antisemitische Anschläge durchgeführt werden, in dieser unendlichen Geschichte das vorläufig aktuelle Kapitel.

Walser, praktizierender Antisemit, hatte vor Jahren bereits sein „Deutschland erwache" mit dem Kampf gegen die angebliche „Auschwitzkeule" als „Friedenspreisträger" unter dem tosenden Beifall der oberen Tausend des Überbaus des deutschen Imperialismus vorgetragen. Schröder, der vorschlug, daß endlich deutsche Soldaten im arabisch-israelischen Konflikt mal militärisch eingreifen und da für Ruhe und Ordnung sorgen sollten, so daß endlich mal wieder „normal" und im „Interesse des Friedens" deutsche Soldaten „Juden erschiessen gehen", traf sich zum 8.Mai 2002 zur Aussprache mit dem literarischen Chef des Antisemitismus, Martin Walser, um über das Programm des „Deutschland erwache" zu schwadronieren.

Das war die politische Rückendeckung für die wenig später erfolgende Walser-Haß-Tirade über den „Tod des jüdischen Kritikers", den er herbeisehnt, der aber nicht kommt, immer noch nicht kommt, den diese Juden sind zäh und ewig, klagen Deutschland an durch ihre bloße Existenz, so tönt es.

In dieser Zeitspanne eröffnete eine Abteilung des deutschen Imperialismus mit Möllemann an der Spitze die Kampagne, in Deutschland auch eine Abteilung ähnlich Le Pens und Haiders zu stabilisieren – mit dem Programm des Bündnisses mit diversen reaktionären Regimes des Erdballs in zunehmender Opposition gegen den US-Imperialismus und verschärftem Antisemitismus.

„Der Jude stört" auch bei diesen Manövern der führenden Persönlichkeiten des deutschen Imperialismus, er protestiert gar gegen die politische Popularisierung der antisemitischen Grundfigur, dass „der Jude doch selbst schuld sei", ohne Juden gäbe es auch kein Antisemitismus, und wenn sie den Mund aufmachen würden, bekämen sie eben aufs Maul.

Obwohl es fast nebensächlich ist, dass Möllemann den sich verstärkenden Antisemitismus an der Person Michel Friedmanns und an der Person Sharons (an der heutigen Politik Israels) festmachte, und so den – aus seiner Sicht berechtigten – verstärkten Judenhaß legitimierte, sei folgende rhetorische Frage zur Widerlegung erlaubt:

Wäre Israel heute kein reaktionärer Staat, sondern ein fortschrittlicher Staat, der konsequent den deutschen Imperialismus anprangern und bekämpfen würde, wäre dann der Antisemitismus in Deutschland geringer?

Wäre Michel Friedmann, ein CDU-Mitglied, und gewiß kein konsequenter Demokrat, um es vorsichtig auszudrücken, in seiner Funktion als Mitglied des Zentralrats der Juden in Deutschland, konsequenter, unerbittlicher, rücksichtsloser, - wäre dann der Antisemitismus in Deutschlandgeringer?

Der Antisemitismus in Deutschland als fester Bestandteil der Ideologie der deutschen Herrenmenschen ist im Kommen, ist populär bis hinein in sich selbst gar als „links" begreifende Teile der Bevölkerung auf dem Weg des Aufstiegs des deutschen Imperialismus.

Der Antisemitismus muß von allen wirklich demokratisch und revolutionären Kräften konsequent und in allen Facetten als Todfeind bekämpft werden, in Solidarität mit den toten und lebenden Juden, im Bewußtsein, dass er gemeinsam mit dem deutschen Nationalismus und Antikommunismus einer der schärfsten Waffen der deutsch-imperialistischen Reaktion ist.

GEGEN DIE STRÖMUNG, 30.5.2002

BUCHLADEN
Georgi Dimitroff

Speyerer Str. 23, 60327 Frankfurt/M.

Fax 069/730920

ÖFFNUNGSZEITEN

Freitag 16.30 - 19.30 Uhr
Samstag 10.00 - 13.00 Uhr

Vertrieb für Internationale Literatur

Brunhildstr. 5, 10829 Berlin

GEÖFFNET:
Samstag 11.00 - 14.00 Uhr

ISSN 0948/5090

Drucker, Herausgeber und verantwortlicher Redaktuer: A. Odenthal, Vertrieb für Internationale Literatur, Brunhildstr. 5, 10829 Berlin

- Zwei Kritiken am Flugblatt 5/ 02:

„Die erstarkende Feindschaft gegen die Juden bekämpfen"

Ich hatte die Gelegenheit das Flugblatt vorher zu lesen und zu diskutieren dabei hatte ich die zwei folgenden Kritikpunkte auch erwähnt, ohne das sie geändert wurden, bzw. der eine Punkt wurde dann eurerseits abgeschwächt.

Als erstes habe ich mich gewundert, daß ihr bei der Aufzählung der Vernichtungslager, gleich im ersten Absatz, in der Einleitung nur fünf der Vernichtungslager nennt, anstatt alle sechs zu erwähnen. Es fehlt hier Belzec. Da ich denke, daß der Punkt unstrittig ist, hat mich die Beibehaltung, die ich mir nicht erklären kann natürlich überrascht. Möglicherweise ist sie vergessen worden? Ich halte meine Kritik auf jeden Fall aufrecht.

Der zweite Kritikpunkt, über den wir doch recht lange diskutiert haben betrifft folgenden Satz:

„...Wäre Michel Friedmann, ein CDU- Mitglied, und gewiß kein konsequenter Demokrat, um es vorsichtig auszudrücken..." (S. 2, 3. Spalte, 5. Absatz)

Ich denke, daß es völlig irrelevant ist hier zu erwähnen, daß Friedmann kein konsequenter Demokrat sei und dann noch mit der Steigerung „um es vorsichtig auszudrücken". Ja mehr noch, dies ist nicht nur irrelevant, sondern falsch. Friedmann, der wie bekannt über eine ganze Zeit hinweg übelst angegangen wurde, wird hier von GdS auch noch mehr oder weniger „angeklagt", da er ja so undemokratisch sei.

Ich denke die Bewertung von Friedmann hätte nicht erfolgen sollen, und wenn dann hätte doch die Solidarität im Vordergrund stehen müssen, (nicht als CDU- Politiker sondern als stellvertretender Vorsitzender des Zentralrats der Juden) Um wirklich auf Distanz zu den ganzen Anfeindungen gegen seine Person zu gehen, hätte genau das Gegenteil erfolgen müssen, von dem was hier praktiziert wurde.

Zum anderen ist Friedmann trotz seiner Mitgliedschaft in der CDU kein ausgesprochener Reaktionär, wie ich denke. Zumindest was die Frage des antifaschistischen Kampfes angeht ist er, so meine ich es in Erinnerung zu haben, doch recht fortschrittlich. Dieser Einschub ist einfach überflüssig, schließlich geht es in dem Flugblatt nicht um die Politik Friedmanns, sondern um den Kampf gegen den Antisemitismus, da dann noch den stellvertretenden Vorsitzenden des Zentralrats zu kritisieren geht völlig in die falsche Richtung!

Eine Antwort auf die Kritik

Die Kritik, daß Belzec als eines der nazistischen Vernichtungszentren fehlt ist unstrittig richtig.

Was Friedmann angeht, so bleibst Du den Beleg schuldig, wieso er von uns falsch charakterisiert wurde. Unzweifelhaft wurde er richtig charakterisiert. Müssen wir Dir die Belege für reaktionäre Positionen Friedmann's geben (etwa als Giordano zur militanten Gegenwehr gegen Nazis aufrief), seine Haltung zur Vereidigung der Bundeswehr an Gedenkstätten des NS-Terror usw.? Das weißt Du doch, oder?

Bedenkenswert ist jedoch die dahinter stehende Frage, ob es im Rahmen der Akzentsetzung in solchen Thesen richtig ist, sehr deutlich zu machen, daß wir trotz aller antisemitischen Dreckslügen *nicht* vorbehaltslos hinter Bubis, Friedmann, Spiegel gestanden haben oder stehen und *dennoch und gerade* klar machen, daß trotz alle dem unsere Position glasklar gegen den Antisemitismus gerichtet ist. Ich denke, daß unsere Solidarität eindeutig im Vordergrund steht - durch das ganze Flugblatt und auch in der von Dir kritisierten Passage.

Was ich hier schreibe wird um so wichtiger, als alle wesentlichen Köpfe des Zentralrats in eine pro-US-imperialistische-Anti-Irak-Position eingetaucht sind - und das wird uns am Kampf gegen den Antisemitismus nicht beirren - ebensowenig wie daß Friedmann doch nun wirklich reaktionär ist uns daran hindern wird. Du würdest, vermute ich, gerne das Problem überspringen (oder willst es nicht wahr haben) - aber das hilft nicht - es ist eben so kompliziert, und das sollten wir nicht verschweigen. Ich finde, daß wir es angemessen reingebracht haben - für Thesen - und glaube, daß wir doch einen ziemlich tiefen Dissens darüber haben, wie man richtig, der Realität entsprechend Akzente setzten muß, auch Nebenaspekte erwähnen muß, wenn sie scheinbar und kurzfristig dem Hauptaspekt zu widersprechen scheinen.

*

❑ Kritik am Flugblatt 5/2002:

Kritische Anmerkung zum Flugblatt „Die erstarkende Feindschaft gegen die Juden in Deutschland bekämpfen!"

Das Flugblatt fand ich insgesamt gut und äußerst notwendig, um den erstarkenden Antisemitismus in Deutschland zu bekämpfen. An einigen Stellen hätte man jedoch nicht auf Belege verzichten sollen, da nicht so recht klar wird, wie die PDS und Schröder den Antisemitismus selbst ***propagieren***.

So heißt es eingangs, dass der Antisemitismus

> *„von scheinbar sich widersprechenden politischen Kräften propagiert"* wird, *„von PDS bis Möllemann, von Schröder bis Walser und Mahler"*.

Dass Möllemann, Walser und Mahler Antisemiten sind und Antisemitismus propagieren, ist offensichtlich und inzwischen einer breiten Öffentlichkeit bekannt. Bei der PDS und Schröder ist dies vermutlich nicht jedem Leser des Flugblattes klar und sollte deshalb deutlich gemacht werden.

Wenn das „Neue Deutschland" den Antisemiten Möllemann zu Wort kommen lässt und Schröder sich mit Walser in Talkshows trifft und schwadroniert, so ist dies eine Unterstützung des Antisemitismus und gibt diesen Antisemiten politische Rückendeckung, wie dies im Flugblatt auch richtig ausgeführt wird.

Wenn jedoch die PDS bzw. führende PDS-Mitglieder oder Schröder Antisemitismus propagieren, so sollte man es sich nicht entgehen lassen, dies im Flugblatt anhand von Zitaten zu dokumentieren.

Antwort auf die Kritik

Du bemängelst, daß keine direkten Zitate von der PDS und Schröder zitiert werden, die das Merkmal „antisemitisch" verdienen.

Nun, was die PDS angeht, so hat das Neue Deutschland Möllemann „pro Haider" abgedruckt (jetzt vor kurzem ein Gespräch mit Walser), Schröder's Pro-Walser Äußerung haben wir als bekannt vorausgesetzt. Aber Du hast recht, daß dies nicht so krass ist wie Möllemann und Walser selbst. Aber ich finde es wird klar, daß das nur taktische Unterschiede sind.

Es wird Gelegenheit geben, differenzierter die Schattierungen des Antisemitismus mit Belegen darzulegen. Im Rahmen dieser Thesen fanden wir die Art und Weise der Darlegung ausreichend, ja unumgänglich.

❑ Leserbrief zum Thema: Antisemitismus und die Antwort darauf

Liebe Leute,

wir erlauben uns etwas zu sagen zum Thema „Antisemitismus". Das ist in letzter Zeit ein heißes Thema. Alles, was ihr da im Text veröffentlicht, stimmt, aber es fehlt etwas, womit wir – und wir sind sicher, auch viel mehr Menschen – in letzter Zeit konfrontiert werden.

Es ist so, dass in der letzten Zeit viele Menschen als antisemitisch abgestempelt werden, ohne dass sie das sind. Wenn man über die reaktionäre Clique um Sharon etwas sagt, dann ist man Antisemit. Und das geht so weit, dass Juden, die auch etwas gegen diese Clique sagen, sogar auch Antisemiten genannt werden. Das geht doch wohl zu weit.

Wir haben im Laufe der Zeit sehr viele jüdische Freunde kennengelernt. Und wir kennen hier noch eine alte jüdische Frau, die das Konzentrationslager überlebt hat und nun auch als antisemitisch dasteht. Das sind doch Dinge, die uns nicht kalt lassen können. Schließlich prangern wir alle reaktionären Regierungen an, ihr die deutsche und wir die holländische und noch viele mehr. Warum ist es dann schrecklicher, wenn wir Sharon's Regierung anprangern?

Wir haben sehr viel mit dieser Sache zu tun und es ist schwer damit zu leben.

Früher als wir noch bei unseren Eltern wohnten, machten die Menschen Witze über Juden und waren doch nicht antisemitisch. Unsere Eltern hatten sehr viele gute Kontakte zu Juden, wovon kein einziger zurückgekommen ist. Auch sie machten solche Witze, und die Juden machten solche Witze auch. Da war absolut nicht die Rede von Antisemitismus.

Und schließlich sind viel mehr Palästinenser in diesem Kampf ums Leben gekommen als Israelis und in den Gefängnissen in Israel sitzen knapp 5.000 Palästinenser. Daran wollen wir doch auch mal denken, schließlich ist kein Mensch besser als der Andere, welche Hautfarbe er auch hat, welcher Religion oder was auch immer er angehört.

Wir müssen jedoch der Realität Rechnung tragen. Regierungen werden gewählt von den Menschen. Auch Sharon ist gewählt worden und die Mehrheit der israelischen Bevölkerung wollen die Palästinenser vernichten und/oder unterdrücken. Sobald man etwas darüber sagt, ob man Jude ist oder nicht, wird gerufen: denke an die 6 Millionen.

Dies ist eigentlich ein Thema, das sicher diskutiert werden muss.

Wir grüßen mit internationalistischen Grüßen,

Eine Genossin und ein Genosse aus Niederlande

Antwort auf die Kritik

Liebe Freundin, lieber Freund,

eben erreicht mich Euer Brief, über den ich mich sehr gefreut habe, weil er kurz gesagt so erfrischend ehrlich und direkt ist.

1. Was ich nicht verstanden hab, daß es für euch so schwer ist mit dieser Dummheit zu leben, daß jemand, dessen ganzes politisches Leben vom Kampf gegen die Verblödung der hart arbeitenden ausgebeuteten Menschen gekennzeichnet ist, dessen ganzes Leben vom Kampf gegen den Chauvinismus der eigenen herrschenden Klasse gekennzeichnet ist, und auch vom Kampf gegen den Antisemitismus, von dem Feind und Freund wissen, daß er jeder Judenfeindschaft mutig und aktiv entgegentritt, daß der dann völlig absurd des Antisemitismus beschuldigt wird. Das ist doch nur lächerlich.

Der springende Punkt ist doch, was man vorweisen kann: Hat man zwanzig, dreißig 100 mal schon gegen den Antisemitismus Stellung genommen, all seine Erscheinungsformen bekämpft, gilt man bei Freund und Feind als derjenige, der als erster und am energischsten dazu Stellung nimmt – dann, ja dann ist es nur lächerlich und völlig absurd, wenn so jemand des Antisemitismus beschuldigt wird.

Wir sind so noch nicht öffentlich beschuldigt worden. Es dürfte auch schwer sein, da alle wissen, daß wir seit über 20 Jahren als politische Kraft hier eine klare Position haben.

Sollte uns jemand so beschuldigen, weil wir die US-amerikanische Orientierung der Reaktionäre in Israel natürlich bekämpfen ohne Zugeständnisse an die deutsche Herrenmenschideologie – dann ist das einfach lächerlich. Laßt diese Dummschwätzer links liegen und kämpft in erster Linie gegen den Antisemitismus in den Niederlande, dem einzigen Land, in dem die Arbeiter einen gigantischen Streikkampf gegen die Deportation der jüdischen Bevölkerung geführt haben, der blutig niedergeschlagen wurde, dem Land mit einer erheblichen Kollaboration und einem tief zu bewundernden Widerstand mit großartigen Kommunistinnen und Kommunisten an der Spitze, dem Land, aus dem eine gigantisch hohe Zahl, über 90% der jüdischen Bevölkerung schließlich in die Vernichtungszentren deportiert wurde.

Auf der Basis eines solchen Kampfes, wenn ihr hierbei die Autorität Nummer 1 seid, am besten Bescheid wißt, am besten argumentiert, am kräftigsten zuschlagt – sollen euch doch irgendwelche Leute verleumden.

Ohne einen solchen nachgewiesenen Kampf, ohne eine solche Kampfpraxis, die unzweifelhaft und eindeutig ist – ohne all dies ist es zwar auch Unsinn, Kritik an der reaktionären Politik Israels als bewiesenen „Antisemitismus" zu bezeichnen, aber dieser Vorwurf ist dann nicht so absurd, ist eine zu überprüfende Hypothese, die in manchen Fällen, bei den deutschen Linken in vielen Fällen, dann doch stimmt.

2. Bestellt eurer jüdischen Freundin liebe Grüße. Welches KZ hat sie überlebt? Wer bezeichnet sie als antisemitisch? Ärgert sie sich wirklich darüber?

3. Kurz die Bemerkung: Es gab und gibt jüdische antisemitische Reaktionäre, die sich unter dem Druck des Nazi-Terrors verkauft haben und als „Spezialisten" den Nazis geholfen haben. Unabhängig von der prinzipiellen Verurteilung solcher Kollaborateure mußte in der Praxis ein Unterschied gemacht werden, ob jemand Verrat geübt hat, weil die SS-Banditen, nachdem sie sein ältestes 8-jähriges Kind erschlagen haben, nun drohen das dreijährige Kind zu erschlagen und die jüdische Mutter daraufhin Verrat übt und so duzende Menschen in den Tod schickt, oder ob ein reaktionärer Führungskader wie Rumkowski im Ghetto Lodtz mit einer „jüdischen Polizei" die jüdischen Kommunisten verfolgen und ermorden läßt. Aber es gibt auch ein anderes Phänomen, speziell in den letzten 20 Jahren hier: Zunehmend kaufen die Medien Türken, die im Fernsehen dauern Türkenwitze erzählen, im Grunde nazistische Diskriminierung betreiben und unter dem Deckmantel des „innertürkischen Humors" das deutsche Spießertum zum auf die Schenkel klopfen veranlassen.

Im Bereich des Antisemitismus gibt es etwas ähnliches, wenn auch nicht auf dem Gebiet der Witze, sondern mehr politisch: Eine jüdische Person wird als Jude vorgestellt und mit Nazi-Argumenten ausgestattet gegen das „Weltjudentum" von den Nazis und der Mehrheit der deutschen Medien in Szene gesetzt: Finkelstein ist das letzte bekannte Beispiel, die Nazi-Zeitungen und auch „seriöse" Medien sind voll von ihm. Wir werden jeden Antisemitismus bekämpfen, auch wenn Nazis oder der deutsche Imperialismus Menschen jüdischer Herkunft vorschiebt.

Dabei gibt es noch das Phänomen, daß jüdische Revisionisten sich kriecherisch an die deutsche Herrenmenschenmentalität anpassen, um Beliebtheit buhlen und auf ihre jüdische Herkunft verweisen, um dann ungeniert antisemitische Stereotypen wie „die Juden haben nicht gekämpft" (Bruno Baum, SED, Widerstand in Auschwitz) von sich zu geben. Das gab es in der SED nicht selten.

Also, das Problem ist doch komplizierter.

4. Zu Euren Eltern: Nun die Frage ist doch, was für „Witze" sind das denn. Es gibt ein jüdisches Sprichwort, daß der „Humor der Schlüssel zur Seele" ist. Sag mir worüber Du lachst und ich sage Dir, wer Du bist oder so ähnlich.

Im Grunde stoßen wir hier auf das Problem der verschiedenen Stufen des Antisemitismus. Eure Eltern wollten sicher nicht die jüdischen Menschen in Treblinka vergasen. Sie machten die vermutlich dummen Witze mit, die alle machten. Und haben sich gewiß nichts böses dabei gedacht.

Aber das ist die erste Stufe des Antisemitismus, um die jüdischen Menschen zu „etwas anderes" zu machen, das sind nicht „wir", das sind die ANDEREN. Und so ist es nicht selbstverständlich so zu helfen wie „wir" den „unseren" helfen würden, wenn sie verfolgt werden. Und am Schluß aus dem Gemisch von bösen Witzen, Ausgrenzung und Diskriminierung unter dem Druck von Terror standen die jüdischen Menschen allein da und – so lernen wir von den Überlebenden – so mancher erinnert sich an seine beste Freundin, die dann doch auf einmal antisemitisch wurde, nicht mehr grüßte und schließlich keinen Finger rührte, als es um Leben und Tod ging.

Die Frage ist also nicht, ob der gewöhnliche Niederländer mörderischer Antisemit war, was ich euren Eltern natürlich nicht unterstellen möchte, sondern ob es nicht einen alltäglichen Antisemitismus gab, einen Gewohnheitsantisemitismus, der selbstverständlich war und um so mörderischer am Schluß wirken oder zumindest Widerstandshandlungen neutralisieren und erschweren konnte. Und die Kommunisten haben ihn nicht bekämpft oder zu wenig bekämpft. Die Dokumente der KP der Niederlande vor dem Streik 1940 würden mich zu diesem Thema interessieren. Die KPD hat sich hier nicht mit Ruhm bekleckert.

5. Zu euer letzten Überlegung: Bei der Auswahl von Fakten werden Linien gebildet. Seit Beginn des eigentlichen palästinensischen Befreiungskampfes sind in der Tat viel mehr Palästinenser ums Leben gekommen als Israelis. Aber ist das die richtige Fragestellung? Zusätzlich gibt es die Tatsache, daß mehr Kämpfer des palästinensischen Widerstands von der arabischen Reaktion ermordet wurden als von den israelischen Truppen. Wir haben den Anspruch mit dem Leid der palästinensischen Bevölkerung mitzufühlen und das auch laut zu sagen. Ich denke, daß ihr das wißt, aber doch die Kritik habt, daß wir es nicht laut genug sagen? Wir werden die Kritik überdenken und berücksichtigen.

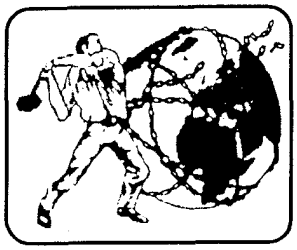
6. Was die Haltung der Mehrheit der jüdischen Bevölkerung in Israel angeht, so sieht es da in der Tat sehr düster aus. Ich kann Dir nicht wirklich überzeugend widersprechen, wäre allerdings persönlich skeptisch, ob eine Mehrheit der jüdischen Bevölkerung in Israel wirklich alle Palästinenser, Frauen, Kinder, Alte „vernichten" will. Ich denke, daß sich das nicht beweisen läßt und auch nicht stimmt – aber chauvinistischen Haß – den gibt es wahrlich! Das Problem ist riesig. Und es wird noch größer, wenn bei den nicht gewählten arabischen Regierungen die Frage auch steht, ob sie nicht auch mit ihren antisemitischen Parolen von der Mehrheit der eigenen Bevölkerung unterstützt werden. Und bei den Palästinensern ist es fraglich, welchen wahren Einfluß die Hamas-Leute haben, er wird jedoch größer und größer. Also wirklich riesige Probleme.

7. „Denkt an die 6 Millionen" – das kann kein Fehler sein! Wenn in der Tat jemand dies sagt, der nicht will, daß wir wirklich „denken", dann würde ich antworten: DENKT, DENKT WIRKLICH an die 6 Millionen. Darum geht es nicht als Parole, sondern darum geht es wirklich. Finde ich.
Damit ihr etwas mehr mitbekommt, was wir so im Vorfeld denken und in Zukunft genauer ausarbeiten wollen, schicke ich euch Material dazu: Eine Tonbandabschrift und zwei Gliederungen.

mit solidarischen kommunistischen Grüßen

PROLETARIER ALLER LÄNDER, VEREINIGT EUCH!
PROLETARIER ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER, VEREINIGT EUCH!

GEGEN DIE STRÖMUNG



Organ für den Aufbau der Revolutionären Kommunistischen Partei Deutschlands

06/02 Juni 2002

Die imperialistischen Großmächte hetzen die Völker gegeneinander, um ihre Expansion zu betreiben:

Die Masse der werktätigen Bevölkerung Israels und der palästinensischen Autonomiegebiete wird gemeinsam im Kampf gegen Imperialismus und Chauvinismus eine neue Seite ihrer Geschichte aufschlagen!

Angesichts der aktuellen Ereignisse im Nahen Osten, dem militärischen Vorgehen der reaktionären israelischen Armee gegen die palästinensischen Autonomiegebiete und den zunehmend ausschließlich gegen die Zivilbevölkerung Israels gerichteten Bombenattentaten der reaktionären Hamas und anderer Organisationen werden die revolutionären Kräfte in der ganzen Welt sich gegen jede Hoffnung auf kurzfristige Lösungen wenden. Ihre, unsere Solidarität gilt den relativ gesehen sehr wenigen demokratisch und revolutionär orientierten Kräften in Israel, die gegen den polizeistaatlichen Terror Israels kämpfen und deshalb als „Vaterlandsverräter" und „Helfer Palästinas" gebrandmarkt werden, die sich für die Solidarität mit den geschundenen palästinensischen Massen, gegen deren ins rassistisch gehende Diskriminierung einsetzen und ihre „eigene" reaktionäre Regierung bekämpfen.

Ihre, unsere Solidarität gilt den relativ gesehen sehr wenigen demokratischen und revolutionären Kräften in der palästinensischen Bevölkerung, die keine Zugeständnisse an die reale Koalition von PLO und Hamas machen, die die reaktionäre Losung „Einsatz der Großmächte" bekämpfen und im Kampf für die eigenen Rechte gleichzeitig den Kampf gegen die arabische Reaktion, alle Erscheinungen des Antisemitismus und der pauschalen Diffamierung aller Israelis und „Juden" führen, was dazu führt, daß sie dem Verdacht der „Kollaboration mit Israel" ausgesetzt und oft genug von Hinrichtung und Vernichtung bedroht und betroffen sind.

Die revolutionären, am wissenschaftlichen Kommunismus orientierten Kräfte in der ganzen Welt wissen, daß nur die heute erst im Keim existierende jüdisch-palästinensische Solidarität den verfluchten Knoten der Feindschaft zwischen der Masse der Bevölkerung Israels und der Masse der Masse der Bevölkerung der palästinensischen Autonomiegebiete zerschlagen kann. Dies ist nur möglich im gemeinsamen Kampf gegen die imperialistischen Großmächte, (die diese Feindschaft schüren, um als angebliche„ Friedensmächte" ihre Position auszubauen) und im Kampf gegen die „eigene" Reaktion eine grundsätzliche Lösung durchzusetzen - basierend auf der Idee zweier Staaten, die die damals noch sozialistische Sowjetunion 1947 unterstützte.

Die nachfolgenden Thesen sind erste Ergebnisse unserer Debatte über den Krieg zwischen Israel und den palästinensischen Autonomiegebieten, die wir hiermit zur Diskussion stellen.

Thesen

1. In den letzten 20 Jahren sind die imperialistischen Großmächte verstärkt dazu übergegangen, bestehende Konflikte in der Welt zu nutzen, um die Völker gegeneinander aufzuhetzen, in von beiden Seiten reaktionären Kriegen (wie im Iran-Irak Krieg), beide Seiten zu unterstützen, um solche Kriege anzuheizen und zu verlängern, Flächenbombardierungen einzusetzen wie im Krieg gegen Ex-Jugoslawien und sich national gebende Bewegungen wie im Kosova voll und ganz als Bodentruppen und Kanonenfutter zu benutzen. Die selbe Taktik erleben wir bei der Schürung des Konfliktes zwischen Indien und Pakistan um Kaschmir und gerade auch im Krieg zwischen Israel und den palästinensischen Autonomiegebieten. Dabei ist besonders auffallend, daß die PLO-Führung heute winselnd den US-Imperialismus und die europäischen imperialistischen Großmächte um „Hilfe" anbettelt und die pro-US-imperialistischen Reaktionäre in der Führungsspitze Israels zunehmend scheinbar oder auch wirklich auf Distanz zum US-Imperialismus gehen.

2. Eine aktuelle Einschätzung allein ohne geschichtlichen Hintergrund erlaubt jedoch keine wirkliche politische Einschätzung der Situation im Krieg zwischen Israel und den palästinensischen Autonomiegebieten. Die bloße Verurteilung des militärischen Vorgehens der israelischen Armee gegen die palästinensischen Autonomiegebiete, gegen die palästinensische Zivilbevölkerung und die palästinensischen bewaffneten Kräfte und eine bloße Verurteilung der vor allem von Hamas durchgeführten Attentate, die sich in erster Linie oder nur gegen die israelische Zivilbevölkerung richten und keineswegs „Aktionen der Verzweiflung" sind, sondern Ausdruck einer reaktionären ideologisch-politischen Linie, bleibt zu sehr an der Oberfläche.

3. Bei diesen geschichtlichen Hintergründen ist der entscheidende Knotenpunkt die Debatte über den 1947 unter Federführung der damals sozialistischen Sowjetunion vorgeschlagenen Plan zur Gründung zweier Staaten, der aufgestellt wurde, nachdem eine gemeinsame Staatsgründung als gescheitert angesehen werden mußte. Wesentliche Basis dieser Vorschläge waren vor allem und in erster Linie die Erfahrungen des Befreiungskrieges gegen Nazideutschland und auch grundsätzliche Überlegungen über die Geschichte der jüdischen Bevölkerung und der palästinensischen Bevölkerung.

4. Die Nazifaschisten hatten überall auf der Welt in ihrem imperialistischen Kampf gegen den englischen Imperialismus korrupte führende Persönlichkeiten, die in der anti-englischen Bewegung in kolonial unterdrückten Ländern Einfluß hatten, gekauft und massiv politisch und militärisch unterstützt – so in Indien, Irland, aber eben auch in den allermeisten arabischen Ländern, insbesondere in Palästina mit dem Mufti von Jerusalem an der Spitze. So entwickelte sich der angeblich „antiimperialistische" Befreiungskampf gegen den englischen Imperialismus, der in seiner Kolonie Palästina die Massen jüdischer und palästinensischer Nationalität gegeneinander aufhetzte, in einen pronazistischen, von Nazideutschland teils unterstützten, teils angeleiteten Kampf, worin der verbrecherische „Kampf gegen das Weltjudentum" mit seiner eliminatorischen Komponente entscheidenden Einfluß hatte. Verkörperung dieser Grundtendenz war der Mufti von Jerusalem, der bis heute als sogenannter „palästinensischer Patriot" gefeiert wird. Er half den Nazis, bosnisch-muslimische SS-Einheiten aufzubauen und bekam für seine „Verdienste" in Nazi-Deutschland „Asyl". Die große Mehrheit der verfolgten jüdischen Bevölkerung beteiligte sich dagegen direkt oder indirekt am welthistorischen Befreiungskampf gegen den Nazifaschismus der in der Anti-Hitler-Koalition vereinigten Staaten und Völker.

5. Reaktionäre arabische Staaten akzeptierten den Plan zur Gründung zweier Staaten nicht und begannen den ersten Krieg gegen Israel 1948. Die führende Schicht in Israel entwickelte sich vor dem Hintergrund des Bruches der Anti-Hitlerkoalition zu vom US-Imperialismus abhängigen Kräften, die mit dessen Hilfe die Situation nutzten, um für den US-Imperialismus gegen den englischen Imperialismus vorzugehen und Israel ent-

gegen dem Plan der Gründung zweier Staaten schon 1948 territorial zu erweitern. Vor, während und nach diesem Krieg kam es in der Tat zu Massakern an palästinensischen Dörfern vor allem durch reaktionäre israelische Organisationen. Reaktionäre arabische Staaten förderten zudem die Flucht der palästinensischen Bevölkerung indem sie rasche Rückkehr in ein paar Wochen, nachdem angeblich Israel militärisch zerschlagen sein würde, in Aussicht stellten. Seitdem existiert das Problem hunderttausendfacher Flucht. Die palästinensischen Flüchtlinge, ihre Kinder und Enkel, leben bis heute in Flüchtlingslagern.

6. Israel wurde zunehmend zu einem Stützpunkt des US-Imperialismus im Nahen Osten militärisch aufgerüstet, unterstützte ideologisch und praktisch seine weltweiten Verbrechen (Pinochet, die Contras in Nicaragua...), ohne daß der US-Imperialismus auf seinen massiven Einfluß in anderen arabischen Staaten verzichtete. Arabische reaktionäre Staaten ihrerseits wurden auch von anderen imperialistischen Großmächten, insbesondere auch der sozialimperialistischen Sowjetunion aufgerüstet und in den Rivalitäten der Großmächte als Werkzeuge verwendet.

7. Die Schaffung der PLO als nationale Befreiungsbewegung Schulter an Schulter mit anderen revolutionären-demokratischen Organisationen in der ganzen Welt – unterstützt von den demokratischen, revolutionären und kommunistischen Kräften in Israel - krankte von Anfang an an fundamentalen Fehleinschätzungen in folgenden Punkten:

- Prinzipielle Ablehnung des von der damals sozialistischen Sowjetunion mit Stalin an der Spitze vorgeschlagenen Plans zur Gründung zweier Staaten von 1947 und des Rechts auf eigenständige staatliche Existenz Israels.
- Orientierung auf die reaktionären Regimes der arabischen Staaten und die These der „einen arabischen Nation".
- Keine korrekte Einschätzung der reaktionären, pronazistischen Einflüsse in der vorangegangenen Etappe anti-englischer palästinensischer Bewegungen.
- Verleugnung des nationalen Elements bei der jüdischen Bevölkerung in Israel und Reduzierung auf ein angeblich bloßes „Religionsproblem".
- Keine korrekte Einschätzung, daß die Sowjetunion zur Zeit Breshnews eine revisionistisch-kapitalistisch-imperialistische Macht war, was dazu führte, daß die PLO schon in den 70er Jahren ins Fahrwasser revisionistischer-prosowjetischer Kräfte geriet.

8. Unter anderem auch durch diese Fehleinschätzungen kam es zunächst 1970 zu dem bisher größten Massaker an der palästinensischen Befreiungsbewegung – durchgeführt vom jordanischen Staat unter Führung des US-Imperialismus -, dem sogenannten „Schwarzen September" mit über 20.000 ermordeten Palästinenserinnen und Palästinensern. Wahrlich ein „Chile" im Nahen Osten!

Systematisch wurde vom US-Imperialismus und anderen imperialistischen Großmächten der Einfluß auf die PLO vergrößert, um sie in ein Werkzeug der Aufhetzung der Völker zu verwandeln und jegliche eigenständigen revolutionären demokratischen Elemente zu zerstören. Das ist heute fast oder ganz gelungen. Die PLO-Administration lebt von den Geldern der imperialistischen Großmächte und der arabischen Reaktion und ist keinesfalls eine unabhängige Kraft – abgesehen davon, daß von revolutionären oder gar kommunistischen Idealen, ja nicht mal mehr der Sprache nach die Rede sein kann.

9. In den letzten Jahren hat zudem angesichts der proimperialistischen Finanzierung der PLO-Administration die reaktionäre Hamas-Bewegung in der palästinensischen Bevölkerung als scheinbar „radikalere" Kraft massiv an Boden gewonnen. Abkommen und Übereinkünfte offizieller und inoffizieller Art mit der PLO bei gleichzeitiger Abhängigkeit der Hamas von reaktionären arabischen Staaten haben zu einer desolaten Situation geführt, in der jede demokratisch-revolutionäre palästinensische Stimme buchstäblich sofort um das Überleben kämpfen muß. Die durch die israelische und arabische Reaktion leidgeprüften Massen der palästinensischen Bevölkerung sind heute real ohne demokratisch-revolutionäre Führung.

10. Der deutsche Imperialismus spielt schon immer sein schmutziges Spiel in dieser Angelegenheit. Mit der Doppelstrategie der angeblich „besonderen Beziehungen zu Israel" wurde zunächst jede pro-US-amerikanische Aggression und Expansion unterstützt, während gleichzeitig und traditionell auch immer auf die Seite der reaktionären arabischen Staaten gesetzt wurde. Zehntausende von Nazi-Funktionären hatten schließlich nach 1945 Zuflucht in Syrien, Ägypten, Irak usw. gefunden und waren als Militär-, Geheimdienst- und Folterexperten begehrt und zudem behilflich bei der Ankurbelung der Importe und Exporte. Nie und nimmer ging es um Unterstützung einer gerechten Sache, immer um Vergrößerung des Einflusses des deutschen Imperialismus in diesen weltpolitisch und ökonomisch wichtigen Gebieten.

11. In Westdeutschland holten sich die Nazis, die nach 1945 in SPD, FDP und CDU ihre „neue Heimat" fanden, als angeblich „proisraelisch" Absolution. Sie rangelten von Anfang an mit offenen antisemitischen Reaktionären, die die israelische Führung mit ganz Israel und vor allem Israel mit den Juden überhaupt gleichsetzten und an den nazistischen Traditionen der Zusammenarbeit mit reaktionären arabischen Kräften anknüpften.

Dazu kommt eine Nazi-Bewegung in Deutschland die schon länger, nun aber in zunehmendem Tempo Kontakte zu sich als „islamistisch" bezeichnenden Organisationen zwecks militärischer Ausbildung und Logistik aufnimmt, so daß im weltweiten nazistischen Netz der bewaffneten pronazistischen Kräfte - von Hamas bis Ustascha-Kräften über bosnische Faschisten - eine „heilige Allianz" gebildet wurde nach dem Vorbild Nazideutschlands, in dem deutsche Nazis mehr und mehr an Gewicht erhalten. Diese „Heilige Allianz" lässt sich insbesondere auch an den weltweiten Konferenzen der Holocaust-Leugner belegen, die immer öfter unter führender Beteiligung von deutschen Nazis zusammen mit arabisch-pronazistischen Kräften und anderen pronazistischen Gruppen aus aller Welt stattfinden.

Es zeichnet sich ab, daß die gewaltige antisemitische Welle in Europa und insbesondere in Deutschland zu einem reaktionären Bündnis bestimmter offizieller Abteilungen des deutschen Imperialismus mit nazistischen Organisationen, palästinensischen Organisationen und Teilen von sich selbst als „links" bezeichnender Kräften führte. Dies ist der Hintergrund, daß bis hinein in das Lager verschiedener antinazistischer örtlicher und überregionaler Gruppen eine gewaltige Konfusion entsteht und palästinensische und israelische Fahnen schwingende Gruppen ihre destruktive Wirkung entfalten, die wir auf allen Ebenen bekämpfen müssen.

12. Unsere Aufgaben heute im Sinne des proletarischen Internationalismus sind vielfältig:

- Es gilt, alle israelischen und palästinensischen Kräfte, die wirklich eine revolutionäre, gegen den Imperialismus und die innere Reaktion gerichtete Linie erkämpfen, in ihrer Zusammenarbeit zu stärken und zu unterstützen.
- Dabei müssen die Machenschaften der imperialistischen Großmächte und der inneren Reaktion entlarvt werden, die Völker gegeneinander aufzuhetzen, den israelischen und arabischen Nationalismus zu schüren. Es gilt die Manöver der imperialistischen Großmächte zu entlarven, die mit friedlich-neokolonialistischen und kriegerischen Mitteln ihren Einfluß und ihre Stützpunkte im Nahen Osten versuchen auszubauen.
- Dabei liegt der Schwerpunkt der Entlarvung für uns auf den Machenschaften des deutschen Imperialismus, dessen Politiker teils getrennt teils im gleichen Atemzug die reaktionären Kräfte Israels und der palästinensisch-arabischen Reaktion unterstützen, um in Zusammenarbeit, vor allem aber auch in imperialistischer Rivalität mit dem US-Imperialismus und anderen imperialistischen Großmächten ihren Einfluß im Nahen Osten zu vergrößern.
- Gleichzeitig und in gewisser Weise vorrangig gilt es hier in Deutschland einen gewaltigen ideologischen und politischen Kampf gegen antisemitische und antimoslemische deutsch-nationale und nazistisch geprägte Entwicklungen zu führen. Die israelisch-palästinensischen Kämpfe sind dabei lediglich ein Anlaß, nicht Ursache dieser rassistischen Ideologie und Politik der verschiedenen Abteilungen des deutschen Imperialismus.

BUCHLADEN
Georgi Dimitroff

Speyerer Str. 23, 60327 Frankfurt/M.

Fax 069/730920

ÖFFNUNGSZEITEN

Freitag 16.30 - 19.30 Uhr
Samstag 10.00 - 13.00 Uhr

Vertrieb für Internationale Literatur

Brunhildstr. 5, 10829 Berlin

GEÖFFNET:
Samstag 11.00 - 14.00 Uhr

ISSN 0948/5090

Drucker, Herausgeber und verantwortlicher Redaktuer: A. Odenthal, Vertrieb für Internationale Literatur, Brunhildstr. 5, 10829 Berlin

❑ Kritik am Palästina/Israel-Flugblatt (6/02)

"Die Masse der werktätigen Bevölkerung Israels und der palästinensischen Autonomiegebiete wird gemeinsam im Kampf gegen Imperialismus und Chauvinismus eine neue Seite ihrer Geschichte aufschlagen!"

1.)

Im vorletzten Absatz der Einleitung heißt es:

> ".... und im Kampf gegen die 'eigene' Reaktion eine grundsätzliche Lösung durchzusetzen - basierend auf der Idee zweier Staaten, die die damals noch sozialistische Sowjetunion 1947 unterstützte."

Diese Aussage verletzt das Prinzip des proletarischen Internationalismus. Das Flugblatt schreibt der betreffenden Bevölkerung vor, daß „eine grundsätzliche Lösung" auf die Idee zweier Staaten zu basieren hat. Eine kommunistische Organisation außerhalb des betreffenden Gebietes, hat „nur" das Recht Vorschläge zu machen wie eine Lösung, auch eine grundsätzliche Lösung, dort aussehen kann, sie hat das Recht Vorschläge zu unterstützen oder zu kritisieren oder abzulehnen - wie dann die tatsächliche Lösung aussieht (die natürlich auch kritisiert oder unterstützt werden kann), und auf welche Voraussetzungen diese Lösung basiert, ist Angelegenheit der dortigen Bevölkerung.

Diese Aussage, die schon fast wie eine Anordnung daherkommt, welche im Flugblatt gegenüber der dortigen Bevölkerung getroffen wird, muß meines Erachtens zurückgezogen werden. Die Idee zweier Staaten kann hier nur als ein Vorschlag propagiert werden.

(Kategorie 2)

2.)

In These 7 wird behauptet, die Schaffung der PLO

> „krankte von Anfang an an fundamentalen Fehleinschätzungen in folgenden Punkten: ..."

Schaue ich mir die folgenden fünf Punkte genauer an, kann ich in drei von ihnen keine "fundamentale Fehleinschätzung" erkennen. Der erste Punkt, die

> „prinzipielle Ablehnung des von der damals sozialistischen Sowjetunion mit Stalin an der Spitze vorgeschlagenen Plans zur Gründung zweier Staaten von 1947 und des Rechts auf eigenständige staatliche Existenz Israels",

ist keine Fehleinschätzung, sondern eine politische Linie.

Der zweite Punkt, die

> „Orientierung auf die reaktionären Regimes der arabischen Staaten und die These der ‚einen arabischen Nation",

ist ebenfalls keine Fehleinschätzung, sondern eine politisch-ideologische Linie. Der vierte Punkt, die

> „Verleugnung des nationalen Elements bei der jüdischen Bevölkerung in Israel und Reduzierung auf ein angeblich bloßes ‚Religionsproblem'",

ist ebenfalls keine Fehleinschätzung, sondern eine ideologische Linie.

Warum werden diese Bestandteile der politisch-ideologischen Linie der PLO, so wie sie hier zitiert sind, nicht als solche im Flugblatt dargestellt? Warum werden statt dessen diese Bestandteile der Linie zerpflückt in einzelne Punkte, nur um anschließend jeden dieser Punkte als eine für sich stehende „fundamentale Fehleinschätzung" zu kennzeichnen?

Von den obigen Punkten ausgehend, scheint mir, daß bei den zwei übriggebliebenen Punkten von Seiten der PLO weniger ein Fehler vorlag, sondern Absicht.
(Kategorie 3)

3.)

Im weiteren enthält das Flugblatt einen wesentlichen Mangel. Wir erfahren zwar, daß die UdSSR den Zwei-Staaten-Plan von 1947 vorgeschlagen und unterstützt hatte. Wir erfahren auch, daß „reaktionäre arabische Staaten" diesen Plan nicht akzeptierten und 1948 den ersten Krieg gegen Israel begannen. Was wir hingegen nicht erfahren ist:

1. War die jüdische und war die palästinensische Bevölkerung in dem Gebiet, welche von dem Zwei-Staaten-Plan betroffen war, für oder gegen diesen Plan?

2. Hatte dieselbige Bevölkerung, oder von ihr anerkannte Vertreter, überhaupt einen Einfluß auf die Planungen der UNO?

Ich denke, diese beiden Fragen zu beantworten ist nützlich, um die Ereignisse damals weiter einschätzen zu können.
(Kategorie 3)

* * *

Antwort auf die Kritik

Lieber Freund,

zu Deiner Kritik folgende Bemerkung: Du hast recht, daß wir niemand in anderen Ländern eine Linie vorschreiben können. Du hast auch recht hier genau auf Zwischentöne und die Art der Formulierung zu achten. Trotzdem trifft uns diese allgemein richtige Herangehensweise nicht.

Es ist grob gesagt unwahr, daß das Flugblatt der betreffenden Bevölkerung „vorschreibt", was richtig und falsch ist.

Das eigentliche Thema ist zudem, ob die UNO damals der Bevölkerung Palästinas etwas „vorschreiben" konnte oder mußte. Der Kern ist nämlich, daß wir die Haltung der 1947 gemachten Teilungspläne für legitim und richtig einschätzen, da zu diesem Zeit-

punkt die Uno im Kern noch aus dem Anti-Nazi-Krieg entstanden war und aus dem Nazi-Krieg entstandenen Probleme teilweise nicht mit Regierungen und Staaten betroffener Gebiete regeln konnte, weil es in Palästina z.B. einen solchen Staat und eine solche Regierung nicht gab. Unsere Aussage kommt unserer Meinung nach keinesfalls „wie eine Anordnung" daher, wie Du schreibst. Du behauptest etwas, was Du nicht belegst, sondern im Grunde unterstellst. Die Gründe sind uns unklar. Ein Grund könnte sein, daß Du es im Kern falsch findest, daß nicht durch Abstimmung in den betreffenden Gebieten eine Lösung ausbalanciert wurde, sondern durch die UNO. Diese Vermutung stützte ich auf deinen Punkt 3, zu dem ich Stellung beziehen will.

Für die jüdische Bevölkerung - nicht nur in Palästina, sondern die in den DP-Lager wartenden, waren sehr wahrscheinlich mehrheitlich für eine zwei Staaten-Lösung, Hier haben wir relativ genaue Berichte und es gab einigermaßen durchsichtige Organisationsstrukturen.

Auf der palästinensischen Seite gäbe es die pronazistischen Kräften, die einen schwer einschätzbaren Einfluß auf die Massen hatten. Die Vermutung liegt nahe, daß hier bei einer Abstimmung die Mehrheit der palästinensischen Bevölkerung gegen den Teilungsplan eingestellt gewesen wäre. Und das ist in der Tat ein Problem, daß der Regel des Selbstbestimmungsrecht der Völker zu widersprechen scheint und nur aufgelöst werden kann unter Berücksichtigung der übergeordneten Anti-Nazi-Krieg Komponente. Soweit wir wissen wurde von Kommissionen der UNO das ganze Gebiet bereist und Untersuchungen vorgenommen, wie die Teilung am besten sei, die Organisationen der Bevölkerung die es gab wurden befragt, klar ist aber, daß angesichts der gesamten Lage der Einfluß der palästinensischen Bevölkerung auf den Teilungsplan sicher sehr gering war. Noch einmal, ohne die Maßnahmen der Anti-Hitler-Koalition und die ersten Beschlüsse der UNO im Zusammenhang mit dem Anti-Nazi-Krieg zu sehen, läßt sich das nicht verstehen, erklären und begründen. Betrachtest Du jedoch diese (und andere Fragen) im untrennbaren Zusammenhang mit dem weltweiten Krieg zwischen der von den deutschen Nazis geführten Weltfront und der von der sozialistischen SU geführten Weltfront, wird deutlich, daß die UNO-Beschlüsse zur Teilung Palästinas ein tief durchdachter und berechtigter Kompromiß war, weil es eben keine bessere Lösung gab. Oder weißt Du eine?

Zu Deiner Kritik an der PLO - „fundamentale Fehleinschätzung" gefällt Dir nicht. Du schlägst falsche Linie vor. Nun wir sind nicht dagegen bei der PLO von einer falschen Linie zu sprechen, nun ist die PLO aber nicht eine KP von der man in diesem Jargon eine „richtige Linie" erwarten kann.

Wir sahen die PLO in den Anfangsjahren trotz ihrer „fundamentalen Fehleinschätzungen" als in den großen weltweiten Diskussionsprozess revolutionärer Kräfte einbezogene Massenorganisation. Vielleicht rührt daher unser Bemühen nicht in den Begriffen einer „klassischen KP" zu sprechen.

Klar ist, daß wir diese Fragen noch lange weiter diskutieren werden.

❑ Fortsetzung der Diskussion zum Palästina/Israel-Flugblatt (6/02)

Kritik an dem Antwortpapier im Info 6-7

Lieber Freund,

Deine Antwort auf meine erste Kritik geht mit keinem Wort auf die kritisierte Aussage ein. Es wird schlicht weg geleugnet, daß in der zitierten Aussage der betreffenden Bevölkerung vorgeschrieben wird, was sie zu tun hat. (Natürlich kann dann behauptet werden, von einer richtigen Herangehensweise nicht betroffen zu sein - nur, es macht keinen Sinn.) Gleichzeitig wird von dieser Aussage abgelenkt, das Hauptaugenmerk auf die Situation von 1947 gerichtet und *diese* Situation mit meiner Kritik konfrontiert.

1. Die Aussage im Flugblatt ist ultimativ. Dort heißt es nicht, daß die Zwei-Staaten-Lösung, die zur Zeit Wahrscheinlichste ist, oder daß sie GDS zur Zeit am vernünftigsten erscheint, nein - erst wird der Rahmen ins Prinzipielle gehoben, nur um ihn gleich darauf ultimativ einzuschränken auf die Aussage, worauf eine grundsätzliche Lösung zu basieren hat. Daraus folgt zu allem Überfluss,

2. daß die Aussage prinzipienlos ist. Sie bewegt sich nicht im Rahmen des Verhältnisses einer unterdrückenden Bevölkerung zu einer unterdrückten, was eben der heutigen Lage entspricht, sondern hängt im bürgerlichen Rahmen rum. Die Aussage propagiert unterschiedslos der einen Bevölkerung wie der anderen gegenüber seinen jeweiligen Staat. (Als ob der UNO-Plan von 1947 ein Über-50-Jahres-Plan wäre, die Verhältnisse damals den heutigen entsprechen.)

Der 47er Zwei-Staaten-Plan war von dem Moment an obsolet, als Israel anerkannt wurde, *ohne* daß sich der zweite Staat gebildet hatte. *Diese* Anerkennung, läßt sich nur erklären, wenn akzeptiert wird, daß dieser Plan in der Tat gegenüber der dortigen Bevölkerung nur ein Vorschlag war, der von keiner Seite anerkannt werden mußte. Ich denke auch nicht, daß die UNO 1947 das Recht hatte etwas „vorzuschreiben" oder „anzuordnen" und ich denke nicht, daß sie das hätte tun können, und das Recht beider vom Vorschlag betroffenen Seiten eben diesen anzuerkennen oder abzulehnen stand m.E. beiden Seiten zu. Wenn man das nicht akzeptieren kann, soll man von vornherein nicht von einem „UNO-Vorschlag" oder „UNO-Plan" sprechen, sondern von einem UNO-Diktat.

Deine Antwort legt dar, wie ihr die PLO in den Anfangsjahren gesehen habt.

Ein etwaiges „Recht" der UNO von 1947 den Vorschlag oder Plan bzw. Beschluß gegenüber der dortigen Bevölkerung *durchzusetzen, anzuordnen,* wie auch immer, lehne ich ab, auch unter Berücksichtigung der von Dir genannten Gesichtspunkte.

Wenn ihr z.B. die damalige „Orientierung auf die These der 'einen arabischen Nation'", nach wie vor als eine „fundamentale Fehleinschätzung" in den Armen wiegt, muß der damalige „weltweite Diskussionsprozeß revolutionärer Kräfte", von dem Du schreibst, von recht fragwürdiger Natur gewesen sein.. Eine politisch-ideologische Linie, oder Bestandteile der selbigen, wie diese „Orientierung ...", nicht als solche zu kennzeichnen, sondern, wenns beliebt, als eine „Fehleinschätzung" zu verharmlosen, berechtigt, alles was politisch reaktionär oder auch falsch ist irgendwann unter der Rubrik „Fehleinschätzung" endzulagern.

Es ist zwar möglich, daß eine politisch-ideologische Linie auf Fehleinschätzungen *beruhen* kann, die Linie selbst ist aber keine Fehleinschätzung mehr, sondern Programm.

(Wenn hier steht „z.B." dann heißt das, daß dies ein Beispiel ist, und nicht, daß alle weiteren „fundamentalen Fehleinschätzungen" im völlig gleichen Sinne wie in diesem Beispiel zu betrachten sind.)

Antwort auf die Kritik

Lieber Freund,
Deine Antwort auf meine Antwort habe ich erhalten. Hier meine Bemerkungen:

1. „schlichtwegs geleugnet"... Lieber Freund, Du drehst die Beweislast um. Du hast eine Behauptung aufgestellt, nämlich wir würden „vorschreiben". Das Wort „vorschreiben" ist deine Erfindung, die Du uns unterstellst. So ist das.

2. Das die heutige Situation und die Situation 1947 nicht identisch ist, das ist wohl wahr. Aber auch das hatten wir nicht behauptet. Es wäre genauer zu untersuchen, welche Merkmale nach wie vor da sind, und welche sich geändert haben. Unsere gut begründete Meinung: Zwei Staaten in Palästina. Damals. Und heute.

3. In der Tat, Du hast es ja bemerkt, wir haben keinerlei „ultimative" Thesen. Das ist eine freie Erfindung oder Unterstellung von Dir, die wie Du selbst bemerkst nicht haltbar ist. Wir sprechen davon, daß es ein Rahmen, eine Basis ist, (die heute gewiß modifiziert werden muß.)

4. Du hältst es in allgemein gesprochener Weise für „prinzipienlos" daß unterdrückende und unterdrückte Bevölkerung ein Recht auf einen Staat haben. Abgesehen davon, daß

hier die Frage der jeweils herrschenden Klasse nicht behandelt wird, ist doch die **Lösung der nationalen Frage**, daß die unterdrückte Nation das Recht auf einen eigenen Staat hat, was nicht einschließt daß die unterdrückende Nation kein Recht auf einen Staat hat. Dann müßte das Recht auf einen eigenen Staat allen Großmächten genommen werden. Am Beispiel Deutschlands nach dem 2. Weltkrieg wurde diese Frage am extremsten Fall geklärt. Die Anwendung auf Palästina 1947 ist daher doppelt falsch: Zum einen theoretisch, zum anderen kann 1947 eine solche Einteilung in „unterdrückende und unterdrückte Bevölkerung" nicht vorgenommen werden. Heute magst Du so die Lage einschätzen, daß die jüdische Bevölkerung die „unterdrückende" ist. Das ändert nichts an der Idee zweier Staaten. Zudem gibt es doch zusätzliche Besonderheiten, daß die jüdische Bevölkerung nun nicht die klassische Unterdrückerbevölkerung ist, aus geschichtlicher und aktueller Sicht nicht ganz zu Unrecht die Vertreibung sowie Massaker im Falle eines Sieges der arabischen Staaten in einem Krieg gegen Israel befürchten muß, oder siehst Du das anders?

5. Deine Kritik, an unserer, Deiner Meinung nach zu vorsichtigen, Kritik an der PLO ist irgendwie sehr im semantischen Bereich. Deine Urteilsfreudigkeit steht im Gegensatz zu Deiner fehlenden Bereitschaft ausführlicher Begründung. Das erschwert die Debatte sehr. Was uns hier trennt, ist aber über diese methodische Frage hinaus inhaltlich, daß wir die ersten Jahre der PLO unter Führung Arafats nicht so vernichtend einschätzen wie Du, weil Du klare kommunistische Programmatik und nationale, demokratisch-revolutionäre Befreiungsbewegung zu sehr in eins setzt.

Mein Vorschlag wäre als nächstes eine längere mündliche Debatte.

* * *

Aus einem Leserbrief zum Palästina/Israel Flugblatt

Hilfreiche Anregungen

1. Ein Leser wies uns daraufhin, daß in unseren THESEN an manchen Stellen der umgangssprachlichen Gebrauch von Israelis im Sinne bloß der jüdischen Israelis verwendet würde. Israel habe aber auch eine palästinensich-arabische Bevölkerung. Ein zusätzliches Problem, so der Leser, sei daß der geographische Begriff „Palästina" heute in politischer Hinsicht in Hinblick auf eine mögliche Zwei-Staaten-Lösung für einen TEIL des geographischen Begriffs Palästina, eben dann für den palästinensischen Staat verwendet würde. In dieser Hinsicht sei eine Fußnote oder ein Kästchen mit einer an die Dokumente der kommunistischen Weltbewegung angelehnten Erklärung hilfreich.

2. Als ein Mangel der THESEN wurde es von diesem Leser auch angesehen, daß die in den diversen Kriegen annektierten Gebiete, insbesondere auch die 1967 annek-

tierten Gebiete nicht gesondert als Problem aufgeführt und der Kampf der Bevölkerung dieser Gebiete gegen diese Annektierung nicht mit behandelt wurden.

3. Kritisch sah der Leser auch die Formulierung von einem „Krieg zwischen Israel und den palästinensischen Autonomie*gebieten*", da zwar einerseits staatsähnliche Infrastruktur, aber andererseits eben auch die Bevölkerung angegriffen würden. Daher müsse man genauer erklären, warum man etwas unklar zunächst von „Autonomiegebieten" spreche.

4. Problematisch fand der Leser auch, daß Solidarität nur mit jenen unterdrückten Massen gefordert wird, die demokratisch orientiert sind. Die politische Einstellung einer unterdrückten Bevölkerung sei doch nicht ausschlaggebend, sondern die Tatsache, daß sie unterdrückt werden. Zumindest müßte diese Frage bei der Ausführung der Thesen genauer behandelt werden, denn es gäbe die Grenzfälle da, wo eine von *einem* Imperialismus oder reaktionären Regime unterdrückte nationale Bewegung sich nun auf andere reaktionäre Regime und Imperialisten stützt, so daß einfach in erster Linie eine proimperialistische Bewegung wie bei der UCK in Albanien entstehe, die nicht unterstützt werden dürfe, ohne die serbische Unterdrückung albanischer Bevölkerung zu verheimlichen oder zu bagatellisieren. Dieses Spannungsfeld sei im Falle der arabischpalästinensischen Bevölkerung nicht ausreichend ausgeleuchtet.

5. Außerdem sei die Rede von „kommunistischen Kräften" in Israel, aber es sei nicht deutlich genug gesagt worden, daß es nicht um klare Organisationen gegangen sei, sondern um einzelne Kader aus der alten KP Israel, aus der sich gar einige Kader zu einer KP Israel/ML gegründet

hätten - aber all dies sei doch recht unklar und noch nicht ausreichend recherchiert.

6. Als einen weiteren Punkt führt der Leser an, daß nicht klar sei, welche arabischen Staaten in welchem Umfang die Hamas unterstützten, die anfangs ja auch von Israel ähnlich wie Taliban von der USA unterstützt wurde.

7. Als zu undifferenziert wird es auch eingeschätzt, daß nur vom „angeblichen antiimperialistischen Befreiungskampf gegen den englischen Imperialismus" geredet wird, da es einen solchen antikolonialen Kampf mit positivem Charakter wirklich gegeben habe. Hier müßten verschiedene Teilnehmer des antienglischen Kampfes unterschieden werden, denn teilweise habe es doch wirklich und nicht nur angeblich in verschiedenen Zeitabschnitten antiimperialistische Massenbewegungen gegeben.

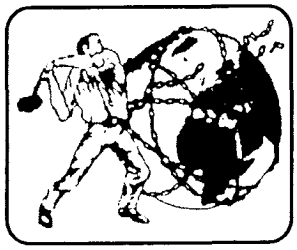
8. Der Leser schlug zudem vor, in einem angemessenen Rahmen und richtig gewichtet auch darauf hinzuweisen, daß es auch jüdische Gruppen gab, die gegen den englischen Imperialismus kämpfend Abkommen und Zusammenarbeit mit Nazi-Deutschland suchten und teilweise auch fanden. Eine eigenständige Aufgabe sei es zudem, gerade heute in angemessenem Rahmen und mit richtigem Stellenwert auf alle gegen den Nazi-Faschismus kämpfenden muslimischen Völkern, vor allem in der Sowjetunion, aber auch auf dem Balkan (Albanien) hinzuweisen, bzw. genauer die antinazistischen moslemischen Kräfte und wenn sie auch und gerade dann sehr klein waren, bekannt zu machen. In diesem Rahmen sei der Kampf der Masse der moslemi-

schen Bevölkerung Lybiens gegen den Mussolini-Faschismus für den arabischen Raum historisch wichtig und sollte auch aktuell ausgewertet werden.

9. In These 7 sei, so dieser Leser der Unterschied zwischen der Gründung der PLO 1964 als Unterabteilung der durch und durch reaktionären arabischen Liga und der *Schaffung* der PLO als revolutionärdemokratischer Organisation unter Führung Arafats nicht allgemein verständlich und nur für eingeweihte verständlich. Da müsse schon genauer auf diese ersten zwei Phasen eingegangen werden.

PROLETARIER ALLER LÄNDER, VEREINIGT EUCH!
PROLETARIER ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER, VEREINIGT EUCH!

GEGEN DIE STRÖMUNG



Organ für den Aufbau der Revolutionären Kommunistischen Partei Deutschlands

07/02 Juli 2002

Das Dilemma der von der Gewerkschaftsführung abhängigen Streikbewegung:

Der Bauarbeiterstreik im Juni 2002

Vom 17.6. 2002 bis zum 26.6.2002 streikten zum erstenmal seit 1945 insgesamt ca. 32.000 Bauarbeiterinnen und Bauarbeiter auf ca. 2800 Baustellen in ganz Deutschland für bessere Arbeitsbedingungen und Lohnerhöhungen. So wichtig und notwendig diese für viele Arbeiterinnen und Arbeiter ersten Kampferfahrungen seit Jahrzehnten sind, zeigt aber auch dieser Streik das Dilemma von Kämpfen, die unter der Kontrolle der DGB-Führung und des DGB-Apparats stehen.

Erstens wird für unzureichende Forderungen (4,5 Prozent für alle Tarifarbeiterinnen und -arbeiter) mobilisiert, der Streik abgewürgt, wenn die Forderungen gerade mal zur Hälfte „durchgesetzt" sind, was dann auch noch als großer Erfolg verkauft wird. Damit sind Demoralisierung und Resignation gerade auch bei den kämpferischen Kolleginnen und Kollegen vorprogrammiert.

Zweitens zeigt sich gerade an diesem Streik, wie durch die staatstragend-chauvinistische Politik der Gewerkschaftsführung die reaktionäre Bindung der Masse der Arbeiterinnen und Arbeiter an den deutschen Imperialismus vorangetrieben und zementiert wird. Denn nur vordergründig gilt bei ihnen „gleicher Lohn für gleiche Arbeit" für alle Arbeiterinnen und Arbeiter. In Wirklichkeit richtet sich ihre chauvinistische Politik gerade gegen die am meisten ausgebeuteten und entrechteten Arbeiterinnen und Arbeiter aus anderen Herkunftsländern, die gezwungen sind, hier ohne Papiere zu leben und zu arbeiten.

Zu Beginn der Tarifverhandlungen haben sich die Kapitalisten in der Bauindustrie faktisch geweigert zu verhandeln. Lohnerhöhungen sollte es nach deren Vorstellungen gar nicht geben. Statt dessen sollte aber der im Bauhauptgewerbe für alle Arbeiter und Arbeiterinnen gültige Manteltarifvertrag verschlechtert werden: u. a. Einführung der 6-Tage-Woche, was in der Konsequenz auf eine 60-Stundenwoche hinausläuft. Die Verhandlungen führten wie erwartet zu keinem Ergebnis, es begann das Ritual der Schlichtungsverhandlungen, die letztendlich ebenfalls scheiterten.

Dagegen stellte die IG BAU Forderungen nach 4,5 Prozent Lohnerhöhungen auf, keine Verschlechterungen des Manteltarifvertrags und Erhöhung der Mindestlöhne in Ost- und Westdeutschland gleichermaßen.

Nachdem sich bereits 40.000 Bauarbeiterinnen und Bauarbeiter an Warnstreiks beteiligt hatten, begann am 17.6.2002 der Streik.

- Während der 9 Streiktage haben die streikenden Bauarbeiterinnen und Bauarbeiter systematisch andere Baustellen aufgesucht, auf denen weitergearbeitet wurde. Es ist ihnen teilweise gelungen, dort die Arbeit ganz oder wenigstens für Stunden zu blockieren und auch die Kolleginnen und Kollegen zum mitstreiken zu überzeugen.

- So manche Blockadeaktion hatte die IG-BAU-Führung dabei nicht mehr im Griff, zu groß war die Wut der Kolleginnen und Kollegen. So verhinderten Streikende am Frankfurter Westhafen mit Gewalt das Weiterarbeiten von Streikbrechern.

- Auf anderen Baustellen erreichten die Streikenden, dass, obwohl diese nicht bestreikt wurden, nicht weitergearbeitet werden konnte, indem Streikende in Reisebussen angefahren kamen und die Baustellen quasi besetzten. So konnte z.B. Baumaterial, das innerhalb einer bestimmten Zeit verarbeitet werden muß, nicht verarbeitet werden und verdarb. Die Unsicherheit der Kapitalisten, ob die Streikenden wiederkommen, führte mancherorts dazu, dass sie nicht riskieren wollten, neues Material zu bestellen und die Arbeit deshalb zum Ruhen kam.

- Viele Kolleginnen und Kollegen auch ausländischer Firmen solidarisierten sich und beteiligten sich an dem Streik. In Berlin z.B. weigerten sich portugiesische und griechische Arbeiter, sich als Streikbrecher missbrauchen zu lassen. In Hamburg schlossen sich polnische Bauarbeiter dem Streik an.

Am 26.6.2002 erklärte die IG BAU den Streik dann allerdings für beendet und präsentierte ein mehr als mageres Verhandlungsergebnis: Die Löhne und Gehälter steigen 2002 faktisch um 2,7 Prozent, im September 2003 dann noch einmal um 2,4 Prozent. Der Mindestlohn in Ostdeutschland steigt um sage und schreibe 13 Cent von 8,63 Euro auf 8,76 Euro, und im September 2003 dann noch einmal auf 8,97 Euro!!! Im Westen beträgt die Erhöhung zunächst 32 Cent, von 9,80 Euro auf 10,12 Euro, und im September 2003 steigt der Tariflohn auf 10,36 Euro. Die geplanten Verschlechterungen des Manteltarifvertrags konnten laut IG BAU abgewehrt werden. Proteste seitens der Bauarbeiterinnen und Bauarbeiter gab es gegen dieses Ergebnis nicht.

Sich auf die eigene Klassenkraft verlassen, den Kampf in die eigenen Hände nehmen!

Die Gewerkschaftsführung präsentiert das Ergebnis als „großen Erfolg", obwohl im Grund nur eine Verlangsamung der Verschlechterung der Lebens- und Arbeitsbedingungen und kein eigentlicher Fortschritt erreicht wurde.

Wieder einmal hat sich gezeigt, dass es den Gewerkschaftsfürsten nicht darum geht, den berechtigten Forderungen der Bauarbeiterinnen und Bauarbeiter zum Durchbruch zu verhelfen. Zunächst werden die Kolleginnen und Kollegen zu Aktionen und zum Kampf ermutigt, um dann im geeigneten Moment zurückgepfiffen zu werden mit der Erklärung „mehr ist jetzt nicht drin, wenn wir weiter gestreikt hätten, wäre auch nicht viel mehr herausgekommen". Die demoralisierende Wirkung, die vom „Abschalten" der Kämpfe durch die DGB-Fürsten ausgeht, führt auch dazu, dass sich ein Gefühl der Ohnmacht verbreitet, was gerade kämpferische Arbeiterinnen und Arbeiter zermürben, fertigmachen und von künftigen Kämpfen abhalten soll.

Deshalb ist es wichtig und unverzichtbar, dass die Arbeiterinnen und Arbeiter sich bei jedem ernsthaften Arbeitskampf nur auf die eigene Kraft verlassen und nur dieser vertrauen. Denn wenn sie sich auf die Gewerkschaftsführer oder überhaupt auf den Gewerkschaftsapparat verlassen - dann sind sie verlassen!

Wie die chauvinistische Politik der IG-BAU-Führung die Konkurrenz zwischen den Arbeiterinnen und Arbeitern schürt!

Die IG-BAU-Führung forderte in diesem Streik gleichermaßen 4,5 Prozent Lohnerhöhung für alle „Tarifarbeiter und -arbeiterinnen". Diese an sich legitime Forderung nach mehr Lohn täuscht darüberhinweg, dass damit die Spaltung der Arbeiterinnen und Arbeiter zementiert wird.

Zunächst einmal ist festzustellen, dass im Baugewerbe wie in anderen Branchen auch in der Ex-DDR weit schlechtere Tarife gelten als im Westen. Um der Forderung „gleicher Lohn für gleiche Arbeit" wirklich Geltung zu verschaffen, hätte für Ostdeutschland eine ca. 8 prozentige Lohnerhöhung gefordert werden müssen. Die Angleichung der Löhne im Osten an den Westen war jedoch keine offizielle Streik-Forderung der IG BAU in diesem Streik. Das die Konkurrenz verschärfende Tarifsystem soll weiterhin seine Geltung behalten.

Vor allem aber: Der zutiefst reaktionäre Charakter der Position der IG BAU zeigt sich an ihrer chauvinistischen Politik gegen die sogenannten „illegalen" Arbeiterinnen und Arbeiter aus anderen Ländern. Dies sind die Kolleginnen und Kollegen ohne Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis. Gerade diese Kollegen und Kolleginnen arbeiten zu vielfach härteren Bedingungen auf den Baustellen: zu Hungerlöhnen von oftmals nur 1,50-2,50 Euro und zu Arbeitszeiten von regelmäßig mehr als 12 Stunden pro Tag. Sie sind nicht sozialversichert, Unfallschutzvorschriften stehen für sie vielfach nur auf dem Papier. Sie gehören zu den untersten Schichten der Arbeiterklasse, die am krassesten ausgebeutet werden.

Für die Verbesserung der Arbeitsbedingungen und Lohnerhöhungen dieser Kolleginnen und Kollegen sieht die Führung der IG BAU keinen Streik vor. Sie sieht die „Illegalen" nur als Konkurrenz, die es buchstäblich mit allen Mitteln konsequent zu unterbinden gelte.

Beilage: Roter Pressespiegel, Januar-April 2002

Ein Kernpunkt der Vorschläge der IG-BAU-Führung zur Verhinderung illegaler Beschäftigung ist die Forderung nach stärkeren Kontrollen auf den Baustellen und die Bildung von gemeinsamen Ermittlungsgruppen, Aufbau einer zentralen Datei „illegale Beschäftigung", Koordination über Schwerpunktstaatsanwaltschaften (Rede des Vorsitzenden der IG BAU Klaus Wiesehügel auf dem 6. Potsdamer Gesellentag am 20.1.2001). Gewerkschaftlich organisierte Bauarbeiter werden aufgefordert, Spitzeldienste gegen ihre Kolleginnen und Kollegen zu verrichten und an Koordinierungsstellen zu melden, wenn sie den Verdacht auf „illegale" Beschäftigung auf „ihrer" Baustelle haben.

Die IG-BAU-Fürsten propagieren das Spitzelwesen und sorgen letztendlich für die Abschiebung der sogenannten „Illegalen" in ihre Herkunftsländer. Denn es ist mehr als bekannt, und wird auch von Wiesehügel selbst in seiner Rede zugegeben, es trifft nicht die Kapitalisten, gegen sie werden (wenn überhaupt) lächerlich geringe Strafen verhängt, nicht sie werden gezwungen, zumindest den Mindestlohn zu bezahlen, sondern es trifft die Ärmsten der Armen, die „Illegalen" selbst. Nicht selten verschafft eine rechtzeitige Abschiebung den Kapitalisten den angenehmen Nebeneffekt, ausstehende Löhne nicht mehr bezahlen zu müssen. Nicht selten geben die Kapitalisten selbst den Hinweis auf illegale Beschäftigung auf ihren eigenen Baustellen, um Löhne nicht bezahlen zu müssen.

In diese Politik reiht sich eine weitere Forderung der IG BAU ein, die Forderung nach Beschränkung der Arbeitsmöglichkeiten für sogenannte Pendler. Darunter werden Arbeiter und Arbeiterinnen verstanden, die zwar in Deutschland arbeiten, aber nicht in Deutschland wohnen (Beschluß des Bundesvorstands der IG BAU vom 11.9.2000 zur EU-Osterweiterung).

Die IG-Bau-Führung unterstützt grundsätzlich die Zuzugsbeschränkungen für Arbeiterinnen und Arbeiter aus Nicht-EU-Ländern und fordert gar eine Einschränkung der Niederlassungsfreiheit von mindestens 10 Jahren für die Masse der Ausgebeuteten und Werktätigen der sogenannten EU-„Beitrittsländer" (Frank Schmidt, Vorstandsmitglied der IG Bau in der „Jungen Welt" vom 19.5.01).

Es entspricht einer zutiefst rassistischen und deutsch-chauvinistischen Politik, wenn die IG BAU Forderungen nach staatlichen Sanktionen aufstellt, obwohl oder gerade weil sie weiß, dass die Arbeiterinnen und Arbeiter aus anderen Ländern die Leidtragenden dabei sind.

Jede Forderung nach Beschränkung des Zuzugsrechts und des ungehinderten Zugangs nach Deutschland für Arbeiterinnen und Arbeiter aus anderen Ländern ist zutiefst reaktionär. Der notwendige Zusammenschluss über die Grenzen des „eigenen" Landes hinweg mit den Arbeiterinnen und Arbeitern aller Länder ist unmöglich, wenn nicht umfassend für die gleichen Rechte aller Arbeiterinnen und Arbeiter unabhängig von ihrer Herkunft gekämpft wird. Das schließt auch das Recht auf uneingeschränkten Zuzug ein.

Für den proletarischen Internationalismus! Gegen die reaktionäre Politik der IG BAU gegen Kollegen und Kolleginnen aus anderen Ländern!

Die nationalistische Politik der IG-BAU-Führung muß mit aller Entschiedenheit bekämpft werden. Vereinzelt gibt es auch aus den Reihen der IG-BAU-Mitglieder heftige Proteste dagegen. So wird mit Recht darauf hingewiesen, dass es darum geht, auch für die „Illegalen" die Lohnerhöhungen gleichermaßen durchzusetzen. Eine Kollegin aus dem Ortvorstand Hamburg der IG BAU forderte: „Auf dem Bau muß wieder Solidarität einkehren. Unser Motto muß lauten Arbeiter aller Länder vereinigt euch". (www.gegenwind.info). Es gilt solidarisch mit den „legalen" und „illegalen" Arbeiterinnen und Arbeitern aus anderen Ländern um höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen zu kämpfen.

Solche Aktionen und Kämpfe, massiv und militant geführt, müssen ein erster Schritt sein, um den verfluchten und keineswegs unwirksamen Manövern zur Spaltung der Bauarbeiter und Bauarbeiterinnen entgegenzuwirken. Wenn jeder einzelne Kapitalist, der zu sklavenhalterischen Bedingungen Arbeiter und Arbeiterinnen illegal beschäftigt, ihren Lohn raubt und keinerlei Unfallschutz bietet, wüßte, dass am nächsten Tag Bauarbeiter und Bauarbeiterinnen gemeinsam „seinen Laden" auseinandernehmen und seine Praktiken anprangern, wenn er durch solche Kämpfe gezwungen würde, doppelt und dreifach die geraubten Löhne zu ersetzen, dann wäre ein Schritt in die richtige Richtung getan.

Proletarischer Internationalismus und internationale Solidarität der Arbeiterinnen und Arbeiter auf dem Bau muß der reaktionären Politik der IG-BAU-Führung entgegengesetzt werden!

Zusammenschluss der kämpferischsten und fortgeschrittensten Kolleginnen und Kollegen für eine revolutionäre Perspektive!

Gegen Massenentlassungen, Lohnraub und Abbau der sozialen Rechte, gegen die Abwiegelei, Resignation und Demoralisierung durch die DGB-Fürsten muß ein auch militanter und internationalistisch orientierter Kampf entwickelt werden, dessen Führung in den Händen der kämpferischsten Kolleginnen und Kollegen aus den Betrieben liegt.

Dabei muss bewußt sein, dass dieser Kampf nur unabhängig von den Bürokraten und Fürsten von DGB und IG BAU und gegen sie geführt werden kann. Denn sie gehören zu einer besonderen Schicht der Arbeiterklasse, der Arbeiteraristokratie. Mit Hilfe der imperialistischen Extraprofite des deutschen Imperialismus wird eine ganze, nicht unerhebliche Schicht der Arbeiterklasse von den untersten Schichten der Arbeiterklasse abgegrenzt, bevorzugt und mehr oder minder eng an den deutschen Imperialismus gebunden, bestochen und gekauft. Diese gegenüber der ganzen Arbeiterklasse kleine Minderheit, aber dennoch relativ breite und feste Schicht der Arbeiteraristokratie, aus deren Reihen sich auch die Bürokraten in den Gewerkschaften rekrutieren, ist ein Hauptinstrument der deutschen Bourgeoisie zur Verbreitung ihrer Ideologie, Stoßtrupp des Reformismus, des deutschen Chauvinismus und Antikommunismus in der Arbeiterbewegung.

In diesem schwierigen und umfangreichen Kampf gilt es, einige grundlegende Ausgangspunkte für den Zusammenschluß der fortgeschrittensten Initiativen in Betrieb und Gewerkschaft festzuschreiben:

- Die Einheit zwischen den untersten Schichten der Arbeiterklasse, unabhängig von Nationalität, Religion und Hautfarbe, ist unverrückbarer Ausgangspunkt.
- Die Formen des Kampfes müssen darauf orientiert sein, den legalistischen Rahmen (z.B. das reaktionäre Betriebsverfassungsgesetz), der kaum oder gar keinen Erfolg ermöglicht, zu sprengen, auf Betriebsbesetzungen, langandauernde, immer mächtiger werdende Streiks, kämpferische Aktionen auf der Straße usw. das Hauptgewicht zu legen.
- Dabei ist besonders wichtig, dass der eigene Kampf im Betrieb, in einer Region nicht isoliert wird, dass der Kampf ausgeweitet, über Einzelgewerkschaften, Branchen und Regionen hinaus breit verankert und von vorneherein auch mit dem Kampf von Arbeiterinnen und Arbeitern in anderen Ländern verbunden wird.
- Es muss vor Ort und darüberhinaus der möglichst enge Kontakt und die enge Zusammenarbeit mit der fortschrittlichen Jugendbewegung hergestellt werden, die gegen staatliche Faschisierung und Naziterror kämpft.
- Es muss in einer demokratischen Atmosphäre Raum und Gelegenheit für grundlegende Debatten sein, um das ganze System des Kapitalismus in Frage zu stellen, um Perspektiven für ein anderes Gesellschaftssystem zu diskutieren, revolutionäre und kommunistische Positionen nicht auszugrenzen, sondern gründlich und der Situation entsprechend zu debattieren.

Die kommunistischen Kräfte werden in alle berechtigten Tageskämpfe ihre Kampfkraft, ihre Aktivität, ihre Argumentation hineintragen, diese Kämpfe nach Kräften unterstützen. Sie werden dabei nicht verschweigen, dass aus jedem Abwehrkampf eigentlich und auf lange Sicht nur dann ein Erfolg hervorgehen kann, wenn die Arbeiterinnen und Arbeiter offensiv das Kapital und seinen Staat, das System des Kapitalismus angreifen. Vor allem geht es darum, daß sie ihren Kampf mit der revolutionären Perspektive verbinden und ihr unterordnen. Das bedeutet, daß das kapitalistische Ausbeutersystem mit allen seinen Wurzeln in der sozialistischen Revolution zerschlagen, die revolutionäre Diktatur des Proletariats errichtet und die sozialistische Demokratie entfaltet werden muß, um eine sozialistische und dann kommunistische Gesellschaft zu erkämpfen.

BUCHLADEN
Georgi Dimitroff

Speyerer Str. 23, 60327 Frankfurt/M.

Fax 069/730920

ÖFFNUNGSZEITEN

Freitag 16.30 - 19.30 Uhr
Samstag 10.00 - 13.00 Uhr

Vertrieb für Internationale Literatur

Brunhildstr. 5, 10829 Berlin

GEÖFFNET:
Samstag 11.00 - 14.00 Uhr

ISSN 0948/5090

Drucker, Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: A. Odenthal, Vertrieb für Internationale Literatur, Brunhildstr. 5, 10829 Berlin

Kritik am Flugblatt "Der Bauarbeiterstreik im Juni 2002"

Unter der Überschrift „Wie die chauvinistische Politik der IG-Bau-Führung die Konkurrenz zwischen den Arbeiterinnen und Arbeitern schürt!" heißt es im Flugblatt bezogen au die 4.5% Forderung der IG-Bau-Führung:

> „Diese an sich legitime Forderung nach mehr Lohn täuscht darüber hinweg, dass damit die Spaltung der Arbeiterinnen und Arbeiter zementiert wird."

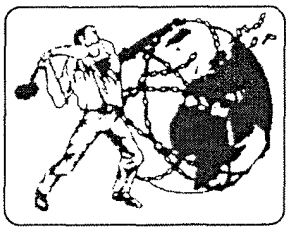
Gemeint ist damit, und das wird im Flugblatt auch zutreffend beschrieben, die Spaltungspolitik der IG-Bau-Führung gegenüber den Arbeiterinnen und Arbeitern in der EX-DDR und die chauvinistischen Angriffe der Gewerkschaftsführung gegen sogenannte „illegale" Arbeiterinnen und Arbeiter aus anderen Ländern.

Ein weiteres, ganz wesentliches Spaltungsmanöver der Gewerkschaftsführung wird im Flugblatt allerdings nicht benannt. Die Forderung von 4,5% ist eben nicht „an sich" legitim, sondern trägt den Keim der Spaltung schon in der Art und Weise der Forderungsaufstellung in sich. Von der Höhe der Forderung mal abgesehen (in der Einleitung des Flugblatts wird sie zutreffend als unzureichend bezeichnet) kann eine Prozentforderung nicht dazu dienen, die Kampffront und die Einheit der Arbeiterinen und Arbeiter in einem Lohnkampf zu festigen. Im Gegenteil, für Arbeiterinen und Arbeiter unterscheidlicher Lohnhöhe bedeutet sie jeweils eine andere Forderung bzw. ein anderes Ergebnis, trägt so die Gefahr der Spaltung und der Bestechung von Teilen der Arbeiterinen und Arbeiter zur Schwächung des Lohnkampfes in sich. Besonders die besser entlohnten Schichten der Arbeiterklasse, wie Facharbeiter und Meister/Poliere sowie auch Teile der Angestellten profitieren aber davon, während die breiten Massen der untersten Schichten der Arbeiterinen und Arbeiter die Hauptlast des Kampfes zu tragen haben.

Ausgehend von den Bedürfnissen dieser, den Lohnkampf hauptsächlich tragenden Teilen der Arbeiterklasse, können nur Festgeldforderungen, d.h. die dann tatsächlich gleiche Forderung für alle am Kampf beteiligten Arbeiterinen und Arbeiter, die Grundlage für eine notwendige Einheit herstellen und die Spaltungspolitik des Kapitals und der Gewerkschaftsführung eindämmen.

PROLETARIER ALLER LÄNDER, VEREINIGT EUCH!
PROLETARIER ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER, VEREINIGT EUCH!

GEGEN DIE STRÖMUNG



Organ für den Aufbau der Revolutionären Kommunistischen Partei Deutschlands

8/02 August 2002

Den Kampf der Roma aus dem ehemaligen Jugoslawien gegen den mörderischen Abschiebeterror des deutschen Imperialismus unterstützen!

Seit Ende April 2002 führen über 700 Roma aus Serbien und Montenegro den Kampf gegen ihre drohende Abschiebung durch den deutschen Staat und für ein uneingeschränktes Bleiberecht. Nach der Wiederaufnahme des sogenannten „deutsch-jugoslawischen Rückführungsabkommen" - aktuell für Flüchtlinge aus Serbien und Montenegro - sind mehrere Tausend Flüchtlinge vor allem die Roma aus diesen Teilen des ehemaligen Jugoslawien akut von der Abschiebung durch den deutschen Imperialismus bedroht. Mit ihrem entschlossen Kampf gegen die Abschiebemaschinerie des deutschen Imperialismus führen die Roma aus dem ehemaligen Jugoslawien auch den Kampf gegen die ungebrochene Kontinuität der staatlichen Verfolgung und den Antiziganismus in Deutschland, der die Sinti und Roma seit Jahrhunderten verfolgt und sich in der Zeit des Nazifaschismus bis zum staatlich organisierten und durchgeführten Völkermord an ca. 500 000 Sinti und Roma aus ganz Europa steigerte.

Seit dem 27. April kämpfen die Roma aus Serbien und Montenegro mit einer Protestkarawane durch mehrere deutsche Städte gegen ihre drohende Abschiebung. Einige der Roma waren bereits Ende der 80er aufgrund der Pogromstimmungen beim beginnenden Zerfall des jugoslawischen Staates nach Deutschland geflüchtet. Viele sind infolge der in den letzten 10 Jahren wegen den von imperialistischen Großmächten, vor allem des deutschen Imperialismus angefachten und angezettelten reaktionären Kriege wie dem reaktionären Krieg 1991 zwischen den kroatischen und serbischen Nationalisten und zuletzt nach dem NATO-Angriffskrieg auf Serbien 1999 und der daran anschließenden Vertreibungen vor allem auch aus dem Kosovo nach Deutschland geflüchtet.

Inzwischen haben die Roma gegen ihre Situation in Bremerhaven, Berlin, Hannover, Bielefeld, Münster, Dortmund, Wuppertal, Köln und seit Mitte Juli in Düsseldorf mit Zelten, Protestkundgebungen und Demonstrationen protestiert.[1] So demonstrierten die Roma am 8. Juni durch Berlin vor allem auch gegen die Beschlüsse der Innenministerkonferenz vom 5. und 6. Juni in Bremer-haven, die Abschiebungen nach dem mit der serbischen Regierung abgeschlossen Abschiebeabkommen wie geplant durchzuführen. Auf der Innenministerkonferenz hatte Bundesinnenminister Schily sogar eine sofortige Zwangsausweisung aufgrund der Proteste der Roma gefordert.

Am Tag zuvor hatte die Berliner Polizei der SPD/PDS-Regierung mit mehreren Hundertschaften brutal zwei der drei Flüchtlingswohnheime gestürmt, in denen die Roma während ihrer Protestaktionen in Berlin untergebracht werden sollten. In einer Presseerklärung des Flüchtlingsrates Berlin zu dieser brutalen Polizeirazzia heißt es: „Heute Mittag kurz vor zwölf Uhr überfielen mehrere Hundertschaften der Berliner Polizei in Kampfuniformen und mit Hunden zwei der drei von der Senatsverwaltung als Unterkunft zur Verfügung gestellten Wohnheime, und zwar die Berliner Asylaufnahmestelle in Charlottenburg sowie eine Flüchtlingsunterkunft in Lichtenberg. Die Wohnheime wurden von der Polizei umstellt, die Roma wurden abgeführt, durchsucht, ihre Duldungsbescheinigungen einkassiert. Sie wurden aufgefordert das Wohnheim nicht mehr zu betreten, Berlin unverzüglich zu verlassen und sich an die Orte ihrer Registrierung in NRW zu begeben. Begründung: „Verstoß gegen die auch für geduldete Flüchtlinge geltende Residenzpflicht.[2]



Fortsetzung nächste Seite

Nazimord an Ahmed Sharlak im saarländischen Sulzbach!

Am 9. August wurde der 19-jährige Türke Ahmed Sharlak auf einem „Volksfest" im saarländischen Sulzbach brutal von zwei in der Region bekannten Nazis mit einem Messer angegriffen und von dem Nazi Carlos N. ermordet. Die beiden Nazis Carlos N. und Paul F., 25 und 19 Jahre alt, hatten Ahmed, seinen Freund Ercan wie ihre beiden deutschen Begleiterinnen Alena und Sandra auf dem Sulzbacher Salzbrunnenfest rassistisch mit „Deutsche Mädchen sollen sich nur mit Deutschen unterhalten" beschimpft und anschließend angegriffen. Der Nazi Carlos N. stach dabei fünfmal brutal mit seinem Sprungmesser in den Bauch und in die Brust von Ahmed, der am nächsten Morgen an den Folgen der Stichverletzungen im Krankhaus starb.

Nach diesem brutalen Nazi-Mord konnten die beiden Nazis zunächst flüchten, wurden dann jedoch vor der Wohnung von Carlos N. verhaftet. Bei seiner Verhaftung hatte Carlos N. einem der Polizisten eine geladene Pistole an den Kopf gehalten und abgedrückt. Die Pistole war jedoch nicht entsichert worden, so dass sich kein Schuss löste. In der Wohnung von Carlos N. wurden dann neben einer Hakenkreuzfahne ein Waffenarsenal mit zahlreichen Waffen, Munition und weitere Messer entdeckt.

Trotz dieser Beweise und obwohl die beiden Nazis selbst polizeilich bekannt sind - so wurde der Nazi Paul F. wegen Landfriedensbruchs und schwerer Körperverletzung zu 18 Monaten Haft auf Bewährung verurteilt - versucht die saarländische Polizei, den Nazi-Mord als unpolitisch darzustellen. Die offizielle Sprachregelung des LKA lautet, dass eine fremdenfeindlicher Hintergrund nicht ausgeschlossen werden kann. Nach einer Schilderung von türkischen Freunden von Ahmed in der „Saarbrücker Zeitung", hatte der Nazi Carlos N. schon im Oktober letzten Jahres in den Treffpunkt der türkischen Jugendlichen, dem Cafe International in Sulzbach, mit einer Gaspistole geschossen.

Das saarländische Sulzbachtal gilt dagegen seit mehreren Jahren neben Saarlouis als eine der Nazihochburgen im Saarland. Selbst nach offiziellen Angaben des saarländischen Verfassungsschutz leben im Sulzbachtal 15 der 180 im Saarland unter Beobachtung stehenden Nazis. In den letzten Monaten hatte es im Sulzbachtal mehrere Nazi-Übergriffe gegen Menschen aus anderen Herkunftsländern wie gegen Linke gegeben, weshalb die Polizei „verstärkte Präsenz" auf dem Salzbrunnenfest zeigte. Auch war es in den letzten Jahren immer wieder auf dem „Volksfest" zu Naziübergriffen und zu Hetzjagden auf Flüchtlinge und antifaschistische Jugendliche gekommen.

Neben dem Sulzbachtal hat sich in den letzten Jahren vor allem in Püttlingen-Köllerbach durch den „Nationalen Widerstand Köllertal" und Saarlouis mit der „Kameradschaft Horst-Wessel-Saarlautern" eine militante Nazistruktur entwickelt und gefestigt. In Saarlouis finden seit Jahren immer wie-der bundesweite Nazi-Großdemonstrationen mit mehreren Hundert bis weit über Tausend Teilnehmern statt. Ebenso wurde im Juli 1998 eines der größten Nazi - Waffenlager im saarländischen Friedrichstal mit Rohrbomben, Sprengstoff - Vorrichtungen, Panzerfäusten, Mörsern, Pumpguns, Revolvern und Gewehren bei einem Nazi entdeckt. Gegen diesen brutalen Nazi-Mord demonstrierten am 10. August etwa 100-200 Antifaschistinnen und Antifaschisten wie Flüchtlinge in Sulzbach. Eine weitere Demonstration gab es am 16. August.

Nichts vergeben, nichts vergessen!
Doppelt und dreifach zurückschlagen!

Quellen: Junge Welt vom 12.08.02, Saarbrücker Zeitung vom 12.08.02, Saarbrücker Zeitung vom 13.08.02, Frankfurter Rundschau vom 12.08.02, Pressemitteilung der Antifa Saar in: www.sandimgetriebe.de

Rassistische Hetze in den bürgerlichen Medien

Parallel und flankierend zur Vorbereitung der Massenabschiebungen durch den deutschen Staat wird gegen den berechtigten Kampf der Roma aus Serbien und Montenegro in den bürgerlichen Medien in übelster rassistischer Weise nach altbekannter nazistischer Manier gehetzt. Die „Rheinische Post" hetzte unter dem Titel „Roma müssen bis Montag weg" gegen die Protestkarawane und das Protestcamp der Roma Mitte Juli in Düsseldorf, da die Roma ihr Protestcamp auf einem Platz aufgebaut hatten auf dem in der darauffolgenden Woche ein Zirkus für einige Tage gastieren sollte. In einem Kommentar der „Rheinischen Post" wird dann im übelsten anti-ziganistischen Hetzton nachgelegt:

„Anders die cleveren Roma-Strategen: Kühl kalkulierend nutzen sie das absichtlich herbeigeführte Elend frierender Kinder in feuchtkalten Zelten auf dem Staufenplatz. Wohlwissend, dass deutsche Politiker und Beamte kuschen, weil sie Angst haben vor Bildern mit Polizisten, die durchnässte Romakinder wegtragen." („Rheinische Post, zitiert nach: Junge Welt, 15.07.02)

In ähnlich rassistisch-antiziganistischer Manier hetzte auch die Essener SPD-Ratsfrau Angelika Korfelder gegen das Protestcamp der Roma in Essen. In der Süddeutschen Zeitung sagt sie: „Die Siedlungsbewohner hier trauen sich nicht, offen gegen das Lager zu sprechen." Bei der SPD hätten sich jedoch viele gemeldet. „Die Leute haben Angst vor Überfremdung, sie fühlen sich belästigt vom Krach und Müll der Roma. ... Das Problem muss so schnell wie möglich gelöst werden". (Süddeutsche Zeitung NRW-Teil, 25.05.02)

Wie tief der Antiziganismus im Bewusstsein großer Teile der deutschen Bevölkerung eingedrungen ist, zeigt sich am Beispiel der Vorsitzenden des NRW-Flüchtlingsrates, Gertrud Heinemann, die selbst antiziganistische Vorurteile gegen den Sprecher der Essener Roma, Metus Berati, schürt, wenn sie von den „Neigungen der Roma" spricht. So erklärte Heinemann in der Süddeutschen Zeitung:

„Er (der Sprecher der Roma in Essen, Metus Berati, a.d. Red.) versucht, sich auf dem Rücken Schwächerer zu profilieren. Ich kenne die Neigung der Roma, einen Präsidenten zu wählen und ihm blind zu folgen."
(Süddeutsche Zeitung NRW-Teil, 25.05.02)

Gegen diese üble antiziganistische Hetzte wie gegen die geplanten Massenabschieb-ungen der Roma wie anderen nationaler Minderheiten in die Nachfolgestaaten des ehemaligen Jugoslawien müssen alle demokratischen, fortschrittlichen und revolutionären Kräfte an der Seite der kämpfenden Roma stehen und den Politikern des deutschen Staates ihre demokratische Maske vom Gesicht reißen!

Gegen diese brutale Polizeiaktion und gegen ihre drohende Abschiebung demonstrierten dann am 11. Juni 1000 Roma in der Berliner Innenstadt. In den Tagen und Wochen zuvor hatte es schon zahlreiche Protestaktionen in Essen, Hamburg und in Bremerhaven gegen dort stattfindende Innenministerkonferenz gegeben.[3]

Trotz der Proteste der Roma hat sich ihre Lage seit Ende Juli enorm verschärft, nachdem der deutsche Staat mit ersten Abschiebungen der an den Protesten teilnehmenden Roma begonnen hat. Am 31. Juli wurden fünfzehn Romafamilien aus Gelsenkirchen und fünf Familien aus Essen nach Serbien abgeschoben obwohl einige der Roma noch eine sogenannte „Duldung" hatten.[4] Diese ersten Abschiebungen zeigen deutlich, dass die deutschen Imperialisten nicht damit zögern, ihre eigenen Gesetze beiseite zu schieben und zu brechen, wenn es darum geht, Widerstand gegen ihre rassistische und antiziganistische Abschiebepolitik niederzuschlagen, um eine Ausweitung des Kampfes gegen Abschiebung auf die mehrere Tausend Flüchtlinge aus Serbien und Montenegro zu verhindern.



Die Abgeschobenen Roma sind sowohl in Serbien und Montenegro wie auch im Kosovo von einer elenden Lebenslage bis hin zu Pogromen und Ermordung bedroht. Der Sprecher des „Zentrum für Integration, Anerkennung und Befreiung der Roma in Deutschland", Dzoni Sichelschmidt, sagt über die Lage der Roma in diesen Nachfolgestaaten des ehemaligen Jugoslawien:

„Sowohl in Serbien als auch in Montenegro ist es für die Roma sehr gefährlich. (...) Die Roma leben in kleinen Enklaven, können sich nicht frei bewegen und werden von der Polizei drangsaliert. Hinzu kommt noch, dass faschistische Gruppen die Roma attackieren. So tauchen Plakate mit der Parole „Zigeuner raus aus Montenegro" auf." Nicht besser ist die Situation der Roma im Kosovo. „Die Albaner haben ihr Ziel erreicht. Rund 92% der Roma wurden in den letzten Jahren vertrieben oder sind geflohen. An der gefährlichen Situation der Roma hat sich dort bis heute nichts geändert. Erst kürzlich wurde ein Gruppe von Roma, die in den Kosovo zurückgekehrt war, Opfer eines Granatanschlages. 19 Menschen kamen dabei ums Leben. Wir haben haarsträubende Berichte über die Lage der wenigen noch im Kosovo wohnenden Roma. Zum Teil sind sie so arm, dass sie sich von verdorbenen Abfällen ernähren müssen. (...) Roma und Sinti waren ebenso wie die Juden Opfer der mörderischen NS-Rassenpolitik. Doch leider haben wir keine starke Lobby. Daher werden die Roma einfach vergessen. Niemand zwingt die Regierung, ihrer historischen Verantwortung gerecht zu werden. Wenn Roma abgeschoben werden, beteiligt sich die Bundesregierung wieder an ihrer Verfolgung".[5]

Die mörderische Abschiebepolitik des deutschen Imperialismus durch „Rückführungsabkommen"

Die jetzt geplanten Massenabschiebungen von Roma durch den deutschen Imperialismus finden im Rahmen eines 1996 mit der damaligen reaktionären Milosevic-Regierung abgeschlossenen Abschiebeabkommens statt. Ende 1998 war dieses Abschiebeabkommen im Zusammenhang der Vorbereitung des NATO-Angriffskrieges unter Beteiligung des deutschen Imperialismus gegen Serbien formal ausgesetzt worden. Als einen wesentlichen Akt der Anerkennung der neuen serbischen Regierung setzte der deutsche Staat im Juni letzen Jahres das sogenannte „Rückführungsabkommen" für Flüchtlinge aus Serbien und Montenegro wieder in Kraft. Im März 2002 wurde dann auf einem Treffen der Bundesinnenminister der deutschen Bundesländer die Ausweitung dieses Abschiebeabkommens auch auf Roma aus Serbien und Montenegro, die bislang noch weitgehend von diesem Abschiebeabkommen ausgenommen waren, beschlossen und sofort mit der Vorbereitung der Abschiebung begonnen. Von dieser neuen „Regelung" sind mehrere zehntausend Roma aus Serbien und Montenegro in Deutschland betroffen, allein in Nordrheinwestfalen etwa 40 000.

Seit der Wiederaufnahme des „Abschiebeabkommens" im Oktober letzen Jahres sind bisher schon über eintausend Flüchtlinge aus dem ehemaligen Serbien, Montenegro und dem Kosovo aus Deutschland abgeschoben worden. So findet seit diesem Zeitpunkt alle 14 Tage Mittwochs die Abschiebung von etwa 100 Flüchtlingen nach Serbien vom Flughafen Düsseldorf aus statt. Zu den gleichen Terminen finden Abschiebeflüge nach Pristina statt. Ebenso führt der deutsche Staat jeden Freitag Abschiebungen nach Pristina von den Flughäfen Berlin-Schönefeld, München oder Hahn durch. Von diesen Flughäfen aus werden Flüchtlinge aus den Nachfolgestaaten des ehemaligen Jugoslawien aus allen deutschen Bundesländer zentral abgeschoben.[6]

In den letzten Jahren forciert der deutsche Imperialismus immer öfter seine Abschiebepolitik mit in kaum zu überbietendem Zynismus sogenannten „Rückführungs-", „Rückübernahme" oder gar „Reintegrationsabkommen", die er mit den Regierungen der jeweiligen Staaten oft unter dem Druck der Aussetzung oder Zurückziehung von Krediten bzw. „Wirtschaftshilfen" diktiert und abschließt. Schon die Wortwahl und Sprache zeigt deutlich, dass der deutsche Imperialismus sich auch heute der sterilen Verwaltungssprache ähnlich wie die Nazis bedient, wenn lautoffizieller Sprachregelung nicht von Abschiebung gesprochen wird sondern so schöne Worte wie „Reintegration" oder „Rückführung" benutzt werden, wie bei einer Dienstleistung für die Flüchtlinge.

Neben dem aktuellen Fall der Abschiebung der Roma nach Serbien und Montenegro hat der deutsche Imperialismus in den letzten Jahren schon mit mehreren Staaten solche oder ähnliche Abschiebeabkommen abgeschlossen oder steht mit den Regierungen der jeweiligen Länder in Verhandlungen.

- Eines der ersten Abschiebeabkommen hat der deutsche Imperialismus schon zu Beginn der 90er Jahre mit der rumänischen Regierung abgeschlossen. Dieses Abschiebeabkommen war

und ist vor allem auch auf die Abschiebung der nach dem endgültigen Bankrott der revisionistischen Regimes in der ehemaligen SU und den osteuropäischen Staaten vor verschärftem staatlichen Rassismus geflohenen Roma gemünzt

- Auf der Bundesinnenministerkonferenz Anfang Juni 2002 wurde beschlossen, die Vorbereitungen für ein weiteres Abkommen mit der jugoslawischen Regierung zur „Rückübernahme" von Flüchtlingen nationaler Minderheiten aus dem Kosovo noch in diesem Jahr zum Abschluss zu bringen. Auch wenn Abschiebungen in den Kosovo schon seit dem letzten Jahr wieder gängige Praxis sind, wären von einem solchen Abschiebeabkommen rund 50.000 Serben, Roma und Angehörige anderer nationaler Minderheiten im Kosovo akut betroffen.[7]

Den Kampf der Roma gegen Abschiebung mit allen Kräften unterstützen!

Dieser Abschiebepolitik des deutschen Imperialismus gilt es Seite an Seite vor allem mit den kämpfenden Roma entgegenzutreten und die Roma in ihrem Kampf maximal zu unterstützen. Die Roma sind in allen Nachfolgestaaten des ehemaligen Jugoslawien neben Hunger und elenden Lebensbedingungen in Slums und Ghettos besonders extrem von staatlicher Verfolgung und Rassismus sowie vom Rassismus der ver- und aufgehetzten Teile der Bevölkerung nicht selten mit dem Tod bedroht.

Es gilt die bislang weitgehende Isolation der Roma in ihrem Kampf auch in der demokratischen und linken Bewegung zu durchbrechen und an der Seite der Roma mit tiefer Solidarität und dem ganzen Hass auf diesen Staat und seine mörderische Abschiebemaschinerie den deutschen Imperialismus anzuprangern und nach Möglichkeit seine Maßnahmen zu sabotieren und anzugreifen, den Kampf der Roma Publik zu machen und mit ganzer Energie zu unterstützen!

Für alle demokratischen, antifaschistischen und revolutionären Kräfte wie für jede Genossin und jeden Genossen muss die Solidarität und Unterstützung für den Kampf der Roma aus Serbien und Montenegro gegen ihre Abschiebung ein wesentliches Anliegen sein.

Die Solidarität mit dem gerechten Kampf der Roma gegen Abschiebe- und Polizeiterror wie gegen Medienhetze bedeutet neben dem Kampf gegen den Antiziganismus vor allem auch die Entlarvung sämtlicher Machenschaften des deutschen Imperialismus aktuell mit der serbischen Regierung zum Abschluss von Abschiebeabkommen für zehntausende Flüchtlinge in die Nachfolgestaaten des ehemaligen Jugoslawien.

Den Kampf der Roma unterstützen, bedeutet auch gegen den verfluchten deutschen Chauvinismus und Rassismus, gegen den widerlichen Antiziganismus für den internationalistischen Zusammenschluss mit den gegen ihre Abschiebung kämpfenden Roma wie mit allen vom Abschiebeterror des deutschen Staates Bedrohten zu kämpfen und diesen Kampf zu propagieren.

Ohne einen solchen demokratischen Kampf kann an einen wirklichen revolutionären Kampf für den Sozialismus und den Kommunismus unter der internationalistischen Losung „Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!" noch nicht einmal gedacht werden. Nur wenn die Arbeiterinnen und Arbeiter in Deutschland sich diese demokratischen Aufgaben aneignen und mit wärmster Sympathie den Kampf der Verdammten dieser Erde als ihren eigenen Kampf verstehen und führen, kann unter Anleitung der Kommunistischen Partei in ihren Reihen das Bewusstsein geschaffen werden, dass der Staat des deutschen Imperialismus in der proletarischen Revolution und im Bürgerkrieg zerschlagen werden muss, um auf seinen Trümmern die Diktatur des Proletariats in Deutschland auf dem Weg zum Sozialismus und später zum Kommunismus über die gestürzte deutsche Bourgeoisie zu errichten!

Quellen:

[1] Junge Welt, 15.07.02
[2] Presseerklärung des Flüchtlingsrates Berlin vom 07.06.02, zitiert nach: www.nadir.org/nadir/aktuell/2002/06/08/10577.html
[3] Junge Welt, 10.06.02
[4] Junge Welt, 05.08.02
[5] Junge Welt, 11.06.02
[6] www.flüchtlingsinfo-berlin.de/fr/roma_ddorf.html
[7] Junge Welt ,11.06.02

Den Antiziganismus bekämpfen!

Der Völkermord der deutschen Imperialisten in der Nazi-Zeit hat 500 000 Sinti und Roma vernichtet.

Bereits vor der Nazi-Diktatur hatten Diskriminierung, Hetze, Pogrome, sowie polizeiliche Erfassung eine jahrhundertealte Tradition. Der Antiziganismus (der Begriff Antiziganismus wurde zu Recht von der Bürgerrechtsbewegung der Sinti und Roma eingeführt, um die Parallelen mit dem Kampf gegen den Antisemitismus zu betonen) ist in Deutschland, wie auch der Antisemitismus, seit Jahrhunderten tief in der Geschichte des deutschen Volkes verwurzelt und hatte und hat auch in den Reihen der Arbeiterbewegung Einfluß. Auch nach dem 8. Mai 1945 wurden ungebrochen weiterhin Rassismus, Diskriminierung und Hetze durch die Massenmedien in aller Öffentlichkeit betrieben, sind staatliche Erfassung, Schikane und Verfolgung weiter an der Tagesordnung. Die unmittelbar für die Erfassung, Verschleppung und Ermordung der Sinti und Roma verantwortlichen Nazis wurden in Westdeutschland bis auf wenige Ausnahmen überhaupt nicht gerichtlich belangt, befanden und befinden sich auf freiem Fuß bzw. saßen und sitzen wieder in wichtigen staatlichen Positionen, um in besonders infamer Weise ausgerechnet Entschädigungsforderungen der Sinti und Roma zurückzuweisen.

Das an den Überlebenden des Völkermordes systematisch begangene Unrecht während der Nazi-Zeit wurde und wird so von den Behörden des deutschen Imperialismus als angeblich "rechtmäßig" erklärt und fortgesetzt. Sämtliche berechtigten Forderungen der Sinti und Roma auf materielle Entschädigungsleistungen wurden fast vollständig abgelehnt.

Die berechtigten Forderungen der Bürgerrechtsbewegung der Sinti und Roma nach völliger Gleichberechtigung - bei selbst-verständlicher Wahrung ihrer Identität als deutsche Sinti und Roma, die seit über 500 bzw. fast 100 Jahren in Deutschland leben und arbeiten - werden nach wie vor nicht erfüllt.

Jene Roma, die angesichts der Verfolgungen in der Pogromatmosphäre in Rumänien, Ex-Jugoslawien und anderen Ländern Ost-europas nach West/deutschland geflohen sind, werden hier in Deutschland rassistisch beschimpft, von Pogromen wie in Rostock bedroht, verfolgt und abgeschoben oder sogar ermordet. Ihr Recht auf Entschädigung angesichts der Naziverbrechen, ihr Recht auf Bleibe, ihr Recht auf Asyl wird ihnen vorenthalten.

Obwohl die Roma unmittelbar von Pogromen und Tod bedroht sind - wie in Rumänien, oder dem ehemaligen Jugoslawien -, werden sie im Rahmen sogenannter „Reintegrierungspro-gramme", z.B. mit dem „deutsch-rumänischen Abschiebeabkommen" rücksichtslos dorthin abgeschoben.

Die Hetze der Politiker und Massenmedien, die oftmals der Hetze im Nazifaschismus in nichts nachsteht, hat sich schon tiefgehend innerhalb der Arbeiterklasse und der anderen ausgebeuteten und werktätigen Bevölkerung festgesetzt, führt zu chauvinistischen, rassistischen Überfallen und Misshandlungen, und die reaktionären Maßnahmen des Staates der deutschen Imperialisten breiten sich aus.

Aufgabe beim Aufbau der Kommunistischen Partei in Deutschland ist es daher, in den eigenen Reihen Gefühle der Solidarität zu wecken und zu festigen - anknüpfend an den gemeinsamen Kampf der Genossinnen und Genossen der KPD mit den Sinti und Roma in den Konzentrationslagern der Nazis (ohne dabei zu vergessen, auch kritisch das Verhalten der revolutionären KPD gegenüber den Sinti und Roma zu überprüfen). Mit allen zur Verfugung stehenden Mitteln muss der Kampf der Sinti und Roma gegen den Staat des deutschen Imperialismus unterstützt werden: Kämpfe der Sinti- und Roma-Gruppen gegen Abschiebung und Diskriminierung wie die Besetzung der Gedenkstätten Neuengamme und Dachau und den Widerstand gegen die Abschiebungen aus Nordrhein -Westfalen. Dabei gilt es, in der Arbeiterklasse und den anderen ausgebeuteten Schichten sämtlichen Vorurteilen gegen Sinti und Roma entschieden entgegenzutreten.

Gerade heute ist das Verhältnis zu den gehetzten und verfolgten Minderheiten der Sinti und Roma ein Prüfstein für die Ehrlichkeit und das kommunistische Bewußtsein eines jeden Mitgliedes der Kommunistischen Partei.

(Auszug ausdem Referat zu Resolution 3 der 2. Parteikonferenz, „Tod dem deutschen Imperialismus, Revanchismus und Militarismus!", Teil II, „Prüfsteine im Kampf gegen den deutschen Imperialismus, Revanchismus und Militarismus, gegen den deutschen Chauvinismus, Rassismus, Faschisierung und verschärfte Ausbeutung", Rot Front Nr. 2, S. 71f.)

Die ungebrochene Tradition des Rassismus gegen Sinti und Roma in Deutschland

Die jetzige rassistische Politik des deutschen Imperialismus gegen die Roma aus dem ehemaligen Jugoslawien bildet in der Geschichte der antiziganistischen Politik und Maßnahmen des deutschen Imperialismus gegenüber den Sinti und Roma Deutschlands und Europas nur ein weiteres Glied in der langen Kette der antiziganistischen und mörderischen Maßnahmen.

Schon im 15. Jahrhundert wurden von den damals Herrschenden die als „Zigeuner" beschimpften Angehörigen des Volkes der Sinti für „vogelfrei" erklärt.

In der Zeit der Weimarer Republik wurden dann nach jahrhundertelanger rassistischer Diskriminierung wesentliche Instrumente für die mörderische Praxis im Nazifaschismus geschaffen. 1926 wurde durch ein "Zigeuner- und Arbeitsscheuen-Gesetz" die Erfassung aller persönlicher Daten der deutschen Sinti und Roma eingeleitet, im November 1927 die Registrierung sämtlicher Fingerabdrücke angeordnet und durchgeführt. Diese systematische Erfassung der Daten der deutschen Sinti und Roma war eine wesentliche Voraussetzung für die Massenverhaftungen der Nazifaschisten ab 1936 und die spätere Deportationen und Ermordung der Sinti und Roma.

Die Völkermordpolitik der deutschen Imperialisten gegen die Sinti und Roma in der Zeit des Nazifaschismus

Der Völkermord der deutschen Imperialisten in der Nazi-Zeit hat 500.000 Sinti und Roma aus Europa vom Kleinkind bis zum Greis vernichtet. Die Umsetzung der Naziideologie, die die Sinti und Roma als „asozial", „arbeitsscheu" und wie die jüdische Bevölkerung als „minderwertige Rasse" bezeichnete, bedeutete für die Sinti und Roma Europas: systematische Ausforschung und Erfassung, Verhaftung und Deportation, pseudowissenschaftliche-zwangsmedizinische Versuche und systematische Ermordung.

Die Nazis konnten dabei nahtlos an antiziganistischen Klischees und Vorurteilen gegenüber den so bezeichneten „Zigeunern" wie den „herumziehenden Gauner", die stehlen und morden, anknüpfen und diese mit ihrer pseudobiologistisch-rassistischen Ideologie zur mörderischen Praxis im Nazifaschismus steigern. In der Zeit des Nazifaschismus entfachte die deutsche Bourgeoisie mit den Nazis einen bisher nie dagewesen barbarischen Rassismus und Chauvinismus und setzte ihr mörderisches nazistisches Programm der angeblich überlegenen „arischen Rasse" und dem „deutschen Herrenmenschentum" gegenüber den so bezeichneten „minderwertigen Rassen" in die Tat um.

Zwei große Bevölkerungsgruppen innerhalb Deutschlands und Europas waren zunächst das Ziel der Nazifaschisten, um ihr mörderisches Programm in die Tat umsetzten und an ihnen ein Exempel für die nächsten 1000 Jahre zu statuieren. Die jüdische Bevölkerung und die sogenannten, genauer gesagt: so beschimpften "Zigeuner". Mit systematischem Terror und nazistisch-staatlichen Gesetzten wie den Nürnberger "Rassegesetzen" von 1935 wurden die jüdische Bevölkerung und die Sinti und Roma aus dem wirtschaftlichen und auch aus dem öffentlichen Leben systematisch ausgeschlossen.

Schon 1936 wurden dann Tausende Sinti und Roma, vor allem Erwachsene, unter anderem ins KZ Dachau und ab Sommer 1938 ins KZ Mauthausen deportiert. Nach Beginn des Zweiten Weltkrieges wurde die Verfolgung auf fast alle besetzten Länder ausgedehnt, wurden Sinti und Roma grausam verfolgt, interniert und ermordet. 1939 wurde die systematische Deportation aller Sinti und Roma nach Polen beschlossen.

Trotz vieler existierender Unterschiede gegenüber der Art und Weise der Hetze gegen die jüdische Bevölkerung war in einem wesentlichen Punkt die Praxis der Nazis gegenüber den so beschimpften "Zigeunern" die gleiche: Sie wurden nicht nur als "minderwertig" eingestuft, und als "Untermenschen" bezeichnet. Vor allem wurde das geschichtlich einzigartige Programm des staatlich organisierten, administrativ durchgeführten und militärisch abgesicherten Völkermords an ca. 6 Millionen Jüdinnen und Juden und ca. 500 000 Sinti und Roma in die Praxis umgesetzt!

Das „Zigeunerlager" in Auschwitz

Gegen ihre Vernichtung leisteten die Sinti und Roma an allen Fronten des Kampfes gegen den Nazifaschismus Widerstand, in den Armeen der Anti-Nazi-Koalition, als Partisaninnen und Partisanen und auch in den KZ's - und Vernichtungslager des Nazifaschismus.

Das Vernichtungszentrum der Nazis, Auschwitz-Birkenau, war auch einer der größten Mordzentren für die Sinti und Roma Europas. So wurden über 90% der 21.000 nach Auschwitz deportierten Sinti und Roma aus elf europäischen Ländern dort ermordet. In einem besonderen, vom restlichen Lager abgetrennten Lagerabschnitt, dem sogenannten „Zigeunerlager", wurden die Sinti und Roma von allen anderen Häftlingen isoliert und mussten unter besonders schlimmen Bedingungen „leben".

Als im April 1944 das sogenannte „Zigeunerlager" liquidiert und alle noch lebenden Gefangenen Sinti und Roma durch Gas ermordet werden sollten, beschlossen die vom Schreiber im „Zigeunerlager" Tadeusz Joachimowski informierten Sinti und Roma, Widerstand zu leisten.

Tadeusz Joachimowski berichtet über den Widerstand der Sinti und Roma am 5. April 1944:

„... wir beschlossen, dass sie sich zur Wehr setzen sollen. Um das aber natürlich zu ermöglichen, mussten sie sich bewaffnen. Sie taten es. Die Waffen erlangten sie in dem Effektenlager, und als der Tag der Vergasung ankam, ... stellten sich die Zigeuner zur Wehr, indem sie sagten, dass sie sich so ohne alles nicht hinaustreiben lassen werden, sie werden sich wehren, und bei dieser Gelegenheit werden auch verschiedene von den SS-Männern daran glauben müssen. Nach den Anzeichen, die die SS-Männer hinterher zeigten, wurden sie in solcher Weise schockiert, dass sie späterhin diese Aktion abbrachen..." (König, Ulrich, Sinti und Roma unter dem Nationalsozialismus -Verfolgung und Widerstand, Bochum 1989, S.130, zitiert nach: Über den Widerstand in den KZ's und Vernichtungslagern des Nazifaschismus, Offenbach 1998, S. 115)

Nach dem Widerstand der Sinti und Roma gegen die Liquidierung des „Zigeunerlagers" gingen die Nazis dazu über ab Mai 1944 vor allem die jüngeren Sinti und Roma, ca. 3000 in andere Lager zu überstellen und zu ermorden, um weiteren Widerstand zu verhindern. Die letzen im „Zigeunerlager" zurückgebliebenen Sinti und Roma wurden dann im August 1944 in den Gaskammern von Auschwitz-Birkenau ermordet.

Die weitergehende rassistische Verfolgung der Sinti und Roma nach 1945

Auch nach der Niederlage des deutschen Imperialismus im Zweiten Weltkrieg waren Rassismus, Diskriminierung und Hetze gegen Sinti und Roma in Westdeutschland weiter an der Tagesordnung.

So wurden Sinti und Roma, denen 1935 durch die "Reichsbürger- und Blutschutzgesetze" wegen ihres sogenannten "artfremden Blutes" die deutsche Staatszugehörigkeit aberkannt wurde, nach 1945 regelmäßig die Rückgabe der Staatsbürgerschaft durch die westdeutschen Behörden verweigert. Statt dessen wurden den Sinti und Roma "Fremdenpässe" ausgestellt, die sie zu "Ausländern" machten und die jederzeitige Abschiebung ermöglichten. Die Tradition der Sondererfassung der "Zigeuner" wurde in Westdeutschland fortgeführt und ausgebaut. Die "Zigeunerkarteien" der Nazis wurden umbenannt in "Landfahrerkarteien" und existierten offiziell bis in die 70er Jahre bei den Landeskriminalämtern. Danach wurden sie angeblich aufgelöst. In Wirklichkeit wurden diese durch elektronische Speicherung mit dem "INPOL"-System (Internes polizeiliches Informationssystem) zu einer einzigen großen "Zigeunerkartei" zusammengefasst. Die Kennzeichnung in den Polizeiakten durch "ZN" ("Zigeunername") wurde seit 1983 durch "HWAO" ("häufig wechselnder Aufenthaltsort") ersetzt.

Polizeiterror, Razzien mit vorgehaltener Maschinenpistole usw. gehören auch heute zu den Alltagserfahrungen der Sinti und Roma. Ganz in der Tradition der Zwangsdeportationen der Nazis stehen die verschiedenen Maßnahmen der deutschen Behörden, Sinti und Roma aus den Städten fernzuhalten, sie in andere Länder abzuschieben.

Ebenso wurden Entschädigungsansprüche zwangssterilisierter Sinti und Roma von den westdeutschen und später deutschen Behörden durchweg abgelehnt. Sie gingen davon aus, dass die Sterilisation im Rahmen der „Verhütung erbkranken Nachwuchses" zurecht erfolgten und nicht Teil der rassistischen Verfolgung waren.

Polizeibeamte, die bis 1945 in Himmlers Reichssicherheitshauptamt für das Vernichtungsprogramm an Sinti und Roma verantwortlich waren, traten bis in die 60er Jahre als "Gutachter" in sogenannten „Wiedergutmachungsverfahren" von Sinti und Roma auf und rechtfertigten die Rassenpolitik der Nazis als "Kriminalitäts- und Asozialenbekämpfung".

Diese skandalöse Praxis der fortgesetzten Diskriminierung der Sinti und Roma durch den deutschen Imperialismus zieht sich wie ein brauner Faden bis in die heutige Zeit. So wurden die Sinti und Roma zunächst auch weitgehend von den Verhandlungen über die Entschädigung der Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter ausgeschlossen. Ihre berechtige Forderung nach einem zentralen Mahnmal wie für die ermordete jüdische Bevölkerung Europas wird von den Repräsentanten des deutschen Imperialismus sabotiert.

Gegen den heute bei großen Teilen der deutschen Bevölkerung weit verbreiteten Rassismus gegen Sinti und Roma, gegen die Hetze der bürgerlichen Politiker und Medien wie gegen die in immer größerem Umfang direkt von den Nazis betriebene widerliche antiziganistische Hetze gilt es Seite an Seite mit den Sinti und Roma wie mit allen von staatlichem Rassismus und Naziterror Betroffenen den Kampf zu führen und zu verstärken.

(Quelle: Romani Rose, "Bürgerrechte für Sinti und Roma", Heidelberg 1987)

BUCHLADEN

Georgi Dimitroff

Speyerer Str. 23, 60327 Frankfurt/M.

Fax 069/730920

ÖFFNUNGSZEITEN:

Freitag 16.30 - 19.30 Uhr

Samstag 10.00 - 13.00 Uhr

Vertrieb für

Internationale Literatur

Brunhildstr.5, 10829 Berlin

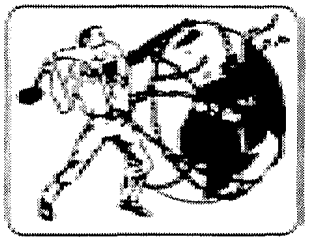
GEÖFFNET:

Samstag 11.00 - 14.00 Uhr

Drucker, Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: A. Odenthal, Vertrieb für Internationale Literatur, Brunhildstr. 5, 10829 Berlin

PROLETARIER ALLER LÄNDER VEREINIGT EUCH!
PROLETARIER ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER VEREINIGT EUCH!

GEGEN DIE STRÖMUNG



Organ für den Aufbau der Revolutionären Kommunistischen Partei Deutschlands

9/02 September 2002

Aus Dimitroffs Kampf gegen den Nazi-Faschismus lernen!

Die meisten der antifaschistischen Gruppen in Deutschland konzentrieren sich auf den Kampf gegen die Nazi-Organisationen vor Ort und beschäftigen sich mit den aktuellen Erfahrungen der antifaschistischen Kämpfe in Deutschland. Wer sich etwas tiefgehender mit den bereits vorhandenen geschichtlichen Erfahrungen des Kampfes gegen Nazi-Faschismus und voranschreitende Faschisierung des Staatsapparats beschäftigt, wer versucht, den heute stattfindenden Kämpfen durch die Auswertung der großen internationalen antifaschistischen Kämpfe Klarheit zu verleihen und ihre Schlagkraft zu steigern, der kommt um Georgi Dimitroffs Kampf, seine Erfahrungen und Richtlinien im Kampf gegen den Faschismus, insbesondere den deutschen Nazi-Faschismus, nicht herum.

Georgi Dimitroff erlangte 1933 als Angeklagter im Reichstagsbrandprozeß aufgrund seiner furchtlosen und politisch hervorragenden Verteidigung, die sich in eine Anklage gegen die von den Nazis begangenen Verbrechen verwandelte, internationales Ansehen und Berühmtheit. Das von ihm als Vorsitzender der Kommunistischen Internationale auf dem VII. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale 1935 gehaltene Hauptreferat zum Kampf gegen den Faschismus wertete die Erfahrungen, Erfolge und Niederlagen des in vielen Ländern geführten antifaschistischen Kampfes aus und legte die Linie für den notwendigen Massenkampf gegen den Faschismus dar. Wer dieses Referat sowie die beiden weiteren, von Dimitroff auf dem VII. Weltkongreß gehaltenen Redebeiträge ernsthaft in Zusammenhang mit den historischen Bedingungen studiert und die Gemeinsamkeiten, aber auch die Unterschiede zwischen den damaligen und heutigen Bedingungen herausarbeitet und beachtet, der kann vom VII. Weltkongreß sehr viel für den heutigen antifaschistischen Kampf lernen. Die von Dimitroff dargelegten Richtlinien sind vor allem auch eine wichtige Hilfe, um den Kampf gegen die Nazifaschisten und die staatliche Faschisierung richtig in den umfassenden Kampf gegen den Kapitalismus bzw. Imperialismus, in den Kampf für die sozialistische Revolution einzuordnen und unterzuordnen.

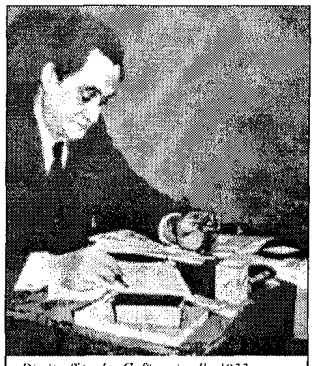
I.

Dimitroffs revolutionäres Auftreten im „Reichstagsbrandprozeß" in Leipzig 1933 versetzte den Nazi-Faschisten einen schweren Schlag

Am Abend des 27. Februar 1933 brach im Gebäude des Deutschen Reichstags ein Brand aus: Für die Brandstiftung machten führende Vertreter der Nazis sowie die Nazipresse sofort die KPD und „Beauftragte der Kommunistischen Internationale" verantwortlich, die damit angeblich einen bewaffneten Aufstand auslösen wollten. Kurze Zeit später wurden Dimitroff, weitere bulgarische und deutsche Kommunisten sowie der Holländer Van der Lubbe verhaftet.

Tatsächlich war die Reichstagsbrandstiftung eine beispiellose Provokation der Nazis, die Rechtfertigung und der Auftakt für einen groß angelegten Terrorfeldzug gegen die revolutionäre Bewegung des Proletariats mit dem Ziel ihrer vollständigen Zerschlagung. In den Märztagen 1933 wurden Tausende verhaftet, vor allem Mitglieder der KPD.

Die Nazifaschisten wollten sich damit auch im internationalen Maßstab als Speerspitze des Kampfes gegen den Kommunismus darstellen. Die weltweite Öffentlichkeit entwickelte sich für die Nazis jedoch zunehmend ungünstig. Der Prozeß löste eine machtvolle internationale Solidaritätsbewegung aus. Es erschien das „Braunbuch" über den Reichstagsbrandprozeß, worin die Provokation der nazifaschistischen Machthaber entlarvt und deren Verbrechen umfassend entlarvt wurden. Insbesondere in Frankreich, aber auch in vielen anderen Ländern fanden große Solidaritätsdemonstrationen und Kongresse statt, auf denen die Freilassung Dimitroffs und der übrigen verhafteten Kommunisten gefordert und der Terror der Nazis angeprangert wurde.



Dimitroff in der Gefängniszelle 1933

Dimitroff wurde aufgrund seiner kühlen Entschlossenheit und seiner herausragenden Fähigkeiten zur zentralen Gestalt des Prozesses, auf die die Aufmerksamkeit von Millionen gerichtet war. Aus dem schikanierten und über Monate durch schmerzhafte Handfesseln gequälten Angeklagten wurde der gefürchtete Ankläger der Naziverbrechen. Er überließ seine Verteidigung nicht dem verordneten Pflichtverteidiger. Er verstand es souverän, seine juristische Verteidigung und die Aufdeckung des Lügengebäudes der Anklage, die Aufdeckung der widersprüchlichen und unhaltbaren Aussagen der präparierten Zeugen mit der Aufdeckung der politischen Hintergründe des Prozesses, mit der Anklage des verbrecherischen Charakters der Nazidiktatur und der geschickten Darlegung von Elementen der kommunistischen Linie des Kampfes gegen den Faschismus zu verbinden. Schon bald sahen sich die Nazifaschisten gezwungen, die öffentliche Übertragung der Gerichtsverhandlungen über Radio einzustellen. Zu diesem Auftreten war Dimitroff vor allem in der Lage, weil er nicht nur mutig, sondern ein im Feuer des Kampfes erzogener, politisch, ideologisch und theoretisch klarer Kommunist war.

Dimitroffs eigenes Auftreten stand trotz seiner isolierten Lage als Gefangener im engen Zusammenhang mit der internationalen Solidaritätsbewegung. Unermüdlich versuchte er brieflichen Kontakt zu zentralen Personen der weltweiten Solidaritätsbewegung aufzunehmen, so etwa zu dem fortschrittlichen französischen Schriftsteller Romain Rolland. Dimitroff war sich nach dem Prozeß völlig darüber im klaren, daß ohne Unterstützung, ohne Mobilisierung der Öffentlichkeit im internationalen Maßstab, sein Freispruch nicht stattgefunden hätte. Auch nach seinem Freispruch hielten die Nazis ihn weiter gefangen und hatten vor, ihn zu vernichten. Durch die Intervention der Sowjetunion und die Verleihung der sowjetischen Staatsbürgerschaft konnte sein Leben gerettet werden. Am 27. Februar 1934 konnte er in die Sowjetunion fliegen.

Das Auftreten Dimitroffs vor Gericht und sein Verhalten als Gefangener bietet ein Lehrbeispiel und einen sehr vielseitigen Erfahrungsschatz für den Kampf als revolutionärer politischer Gefangener und Angeklagter unter schwierigen Bedingungen.

II.

Dimitroffs Reden auf dem VII. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale - grundlegende Richtlinien für den weltweiten antifaschistischen Kampf

1935 fand in Moskau der VII. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale statt. In einer ganzen Reihe von Ländern herrschte 1935 bereits eine faschistische Diktatur, so in Deutschland, wo sie zwei Jahre zuvor errichtet worden war.

In Deutschland hatte der Nazi-Faschismus seinen grausamen Charakter schon in den ersten Monaten nach seiner Errichtung gezeigt. Die Nazifaschisten erließen zahlreiche Verbote, schafften die Reste von bürgerlichen Rechten und Freiheiten und das Parlament ab und hatten bis 1935 schon zahlreiche Schritte zur Entrechtung und Terrorisierung der jüdischen Bevölkerung in die Tat umgesetzt. Nach einer Zusammenstellung der Internationalen Roten Hilfe wurden bis August 1935 in Deutschland 4.200 Personen von den Nazis und ihren Schergen ermordet, 317.800 verhaftet; 218.600 antifaschistische Arbeiter, Bauern, Angestellte, Intellektuelle, Kommunisten, Sozialdemokraten und Mitglieder oppositioneller christlicher Organisationen verwundet und grausam gefoltert. (Dimitroff führt diese Zahlen in

Aus dem Stenogramm der Gerichtsverhandlung am 4. November 1933

Die Vernehmung Görings

GÖRING: ... Ihre Partei ist eine Partei von Verbrechern, die man vernichten muß! Und wenn die richterliche Untersuchung sich in dieser Richtung hat beeinflussen lassen, so hat sie nur in der richtigen Spur gesucht.



Photomontage von John Heartfield

DIMITROFF: Ist dem Herrn Ministerpräsidenten bekannt, daß diese Partei, die „man vernichten muß", den sechsten Teil der Erde regiert, nämlich die Sowjetunion, daß diese Sowjetunion diplomatische, politische und wirtschaftliche Beziehungen mit Deutschland unterhält und daß ihre wirtschaftlichen Bestellungen Hunderttausenden von deutschen Arbeitern zugute kommen?

PRÄSIDENT *(zu Dimitroff):* Ich verbiete Ihnen, hier kommunistische Propaganda zu betreiben!

DIMITROFF: Herr Göring betreibt hier nationalsozialistische Propaganda! *(Wendet sich sodann zu Göring)* Diese bolschewistische Weltanschauung herrscht in der Sowjetunion, in dem größten und besten Lande der Welt, und hat hier, in Deutschland, Millionen Anhänger in Person der besten Söhne des deutschen Volkes. Ist das bekannt ...

GÖRING *(brüllend):* Ich will Ihnen sagen, was im deutschen Volke bekannt ist. Bekannt ist dem deutschen Volke, daß Sie sich hier unverschämt benehmen, daß Sie hierhergelaufen sind, um den Reichstag anzustecken. Aber ich bin nicht dazu da, um mich von Ihnen wie von einem Richter vernehmen und mir Vorwürfe machen zu lassen! Sie sind in meinen Augen ein Gauner, der direkt an den Galgen gehört.

PRÄSIDENT: Dimitroff, ich habe Ihnen bereits gesagt, daß Sie hier keine kommunistische Propaganda zu treiben haben. Sie dürfen sich dann nicht wundern, wenn der Herr Zeuge derart aufbraust! Ich untersage Ihnen diese Propaganda auf das strengste. Sie haben rein sachliche Fragen zu stellen.

DIMITROFF: Ich bin sehr zufrieden mit der Antwort des Herrn Ministerpräsidenten.

PRÄSIDENT: Ob Sie zufrieden sind, ist mir gleichgültig. Ich entziehe Ihnen jetzt das Wort.

DIMITROFF: Ich habe noch eine sachliche Frage zu stellen.

PRÄSIDENT *(noch schärfer)* Ich entziehe Ihnen jetzt das Wort.

GÖRING *(brüllt)* Hinaus mit Ihnen, Sie Schuft!

PRÄSIDENT *(zu den Polizisten):* Führt ihn hinaus!

DIMITROFF *(den die Polizeibeamten bereits gepackt hatten):* Sie haben wohl Angst vor meinen Fragen, Herr Ministerpräsident?

GÖRING *(Dimitroff nachrufend):* Warten Sie nur, bis wir Sie außerhalb der Rechtsmacht dieses Gerichtshofes haben werden! Sie Schuft, Sie!

Quelle: G. Dimitroff: Reichstagsbrandprozeß, Dokumente, Briefe und Aufzeichnungen, Berlin 1946. In: G. Dimitroff: „Gegen den Nazifaschismus", Verlag Olga Benario und Herbert Baum, Offenbach 2002, S. 240 f.

seinem Referat auf dem VII. Weltkongreß an. Vgl. Dimitroff: Gegen den Nazi-Faschismus, Verlag Olga Benario und Herbert Baum, Offenbach 2002, S. 10. Alle Seitenangaben beziehen sich auf dieses Buch, sofern nichts anderes vermerkt ist.)

In anderen Staaten wuchs die Gefahr der Errichtung faschistischer Diktaturen. Faschistische Tendenzen und Bewegungen waren in mehr oder weniger entwickelter Form in fast allen Ländern der Welt vorhanden. Welche Kräfte standen hinter dem Faschismus? Wie mussten die Kommunistischen Parteien den Kampf führen, um den Faschismus zu verhindern oder ihn zu stürzen? - Das waren brennende, in den Kommunistischen Parteien diskutierte und teilweise heftig umstrittene Fragen, auf die Dimitroff in seinem Referat Antworten entwickelte.

Der Nazi-Faschismus - Todfeind der Arbeiterklasse

Das Wesen der faschistischen Herrschaft, so analysierte Dimitroff, ist die Errichtung eines Systems des offenen, brutalsten Terrors gegenüber der Arbeiterklasse und der Masse der anderen Ausgebeuteten und Unterdrückten. Es besteht darin, jegliche Arbeiterbewegung und demokratische Opposition zu unterdrücken und den Ausgebeuteten selbst die minimalsten bürgerlich-demokratischen Rechte zu rauben. Zu diesem Hauptzweck muß das Finanzkapital, das den Faschismus errichtet, auch überhaupt Schluss machen mit dem ganzen Mechanismus des bürgerlichen Parlamentarismus, was die Existenz irgendeines Karikatur - „Parlaments" nicht unbedingt ausschießt. Dimitroff fasste das Wesen des Faschismus in den Worten zusammen:

„ ...welche Maske der Faschismus auch aufsetzen mag, in welchen Formen er auch auftreten mag, auf welchem Wege er immer auch zur Macht gelangen mag -

Der Faschismus ist die wütendste Offensive des Kapitals gegen die werktätigen Massen. Der Faschismus ist zügellosester Chauvinismus und Raubkrieg. Der Faschismus ist wütende Reaktion und Konterrevolution.

Der Faschismus ist der schlimmste Feind der Arbeiterklasse und aller Werktätigen. „ (S. 8)

Besonders wichtig war Dimitroffs Charakterisierung des Nazi-Faschismus:

„Die reaktionärste Spielart des Faschismus ist der Faschismus deutschen Schlages. Er hat die Dreistigkeit, sich Nationalsozialismus zu nennen, obwohl er nichts mit Sozialismus gemein hat. Der Hitlerfaschismus ist nicht bloß bürgerlicher Nationalismus, er ist ein tierischer Chauvinismus. Das ist ein Regierungssystem des politischen Banditentums, ein System der Provokationen und Folterungen gegenüber der Arbeiterklasse und den revolutionären Elementen der Bauernschaft, des Kleinbürgertums und der Intelligenz. Das ist mittelalterliche Barbarei und Grausamkeit, zügellose Aggressivität gegenüber anderen Völkern und Ländern.

Der deutsche Faschismus spielt die Rolle des Stoßtrupps der internationalen Konterrevolution, des Hauptkriegsbrandstifters des imperialistischen Krieges, des Initiators eines Kreuzzuges gegen die Sowjetunion... „ (S. 5)

Diese Einschätzung wurde im Verlauf des Nazi-Faschismus nicht nur bestätigt, sondern erhielt vor allem durch den industriellen, staatlich organisierten nazistischen Völkermord an der jüdischen Bevölkerung und an den Sinti und Roma eine weitere historische Dimension: Der Nazi-Faschismus hatte Verbrechen begangen, die in der bisherigen Geschichte nicht ihresgleichen kannten und bis heute kennen.

Der Nazi-Faschismus - die offen terroristische Diktatur der Bourgeoisie

Welche Klasse vertraten die Nazis eigentlich? Darüber wurde und wird viel schwadroniert. Dimitroff führt z. B. Otto Bauer an, einen sich „links" gebenden österreichischen Sozialdemokraten, der den Faschismus als eine über den beiden Klassen, über dem Proletariat und der Bourgeoisie, stehende Macht bezeichnete, während der englische Sozialdemokrat Brailsford im Faschismus das „aufständische Kleinbürgertum" ausmachte. (S. 5) Georgi Dimitroff analysierte demgegenüber richtig:

„Der Faschismus an der Macht, Genossen, ist ... die offene, terroristische Diktatur der reaktionärsten, chauvinistischsten, am meisten imperialistischen Elemente des Finanzkapitals. (...)

Der Faschismus ist die Macht des Finanzkapitals selbst." (S. 5)

Oberflächlich betrachtet scheint hier ein Widerspruch zu bestehen: einerseits Faschismus als „die Macht des Finanzkapitals selbst", andererseits als Diktatur bestimmter „Elemente des Finanzkapitals". Wer aber den gesamten Zusammenhang der Aussagen Dimitroffs näher prüft, dem wird klar, daß Dimitroff mit „Elementen des Finanzkapitals" die nazifaschistische Partei meint. Die Nazi-Partei mit all ihren Gliederungen und Organisationen waren diejenigen ***politischen*** Elemente, die von der herrschenden Klasse als am geeignetsten angesehen wurden, um ihre Ziele nach innen und außen durchzusetzen.

Dimitroffs Bestimmung, daß die nazifaschistische Diktatur die Macht des Finanzkapitals selbst verkörpert, ist wichtig gegen die revisionistische These, wonach angeblich nur ein Teil oder nur eine „Fraktion" des Finanzkapitals die faschistische Diktatur gegen einen anderen Teil oder eine andere Fraktion erstreben würde. Die Einteilung des Finanzkapitals selbst in einen „aggressiven" und einen angeblich „weniger aggressiven" Teil dient im revisionistischen Konzept dazu, den klassenversöhnlerischen Zusammenschluss mit den politischen Kräften zu propagieren, welche diesem angeblich „weniger aggressiven Teil" des Finanzkapitals zugerechnet werden.

Dimitroff ignoriert oder bestreitet damit keineswegs die Widersprüche innerhalb der herrschenden imperialistischen Bourgeoisie, die mitunter sehr heftig werden können. Für die Analyse der Entwicklung hin zur Errichtung der nazifaschistischen Diktatur vor 1933 und auch noch über 1933 hinaus (so etwa die gewaltsame Liquidierung der Nazi-Kräfte um Rohm durch die Nazis selbst oder der im Juli 1934 noch gescheiterte Versuch der Nazifaschisten in Österreich, die faschistische Dollfuß-Regierung zu stürzen) ist der Hinweis Dimitroffs wichtig:

„Genossen, man darf sich den Machtantritt des Faschismus nicht so simpel und glatt vorstellen, als ob irgendein Komitee des Finanzkapitals den

Beschluß faßt, an diesem und diesem Tage die faschistische Diktatur aufzurichten. In Wirklichkeit gelangt der Faschismus gewöhnlich zur Macht im gegenseitigen, zuweilen scharfen Kampf mit den alten bürgerlichen Parteien oder mit einem bestimmten Teil dieser Parteien, im Kampf sogar innerhalb des faschistischen Lagers selbst, zur Macht, der manchmal bis zu bewaffneten Zusammenstößen führt, wie wir das in Deutschland, Österreich und anderen Ländern gesehen haben." (S. 6 f.)

Das Finanzkapital bedient sich also im wesentlichen zweier Formen seiner Diktatur: der bürgerlichen Demokratie, als der verhüllten, „demokratisch" verbrämten Form seiner Diktatur, und des Faschismus, der offen terroristischen Form seiner Diktatur.

An der Klassennatur des Staates als Werkzeug der herrschenden Klasse ändert sich also nichts, es ändert sich aber die ***Staatsform:***

„Der Machtantritt des Faschismus ist keine einfache Ersetzung der einen bürgerlichen Regierung durch eine andere, sondern eine Ablösung der einen Staatsform der Klassenherrschaft der Bourgeoisie - der bürgerlichen Demokratie - durch eine andere Form, durch die offene terroristische Diktatur." (S. 6)

Die offen terroristische Diktatur des Finanzkapitals wird vor allem dann eingesetzt, wenn das Instrument der bürgerlichen Demokratie - die unter bestimmten Bedingungen die beste politische Hülle der Diktatur der Bourgeoisie ist, weil sie die kapitalistische Ausbeutung durch den Schein politischer Gleichheit verschleiert - zur Sicherung und Ausdehnung der Macht der imperialistischen Bourgeoisie des jeweiligen Landes untauglich wird.

Am Beispiel der Errichtung der nazifaschistischen Diktatur in Deutschland legt die 1938 erschienene „Geschichte der KPdSU(B)" den von Dimitroff 1935 analysierten Zusammenhang dar:

„Die deutsche Bourgeoisie sah, daß die in Deutschland noch erhalten gebliebenen bürgerlich-demokratischen Freiheiten ihr einen bösen Streich spielen konnten, daß die Arbeiterklasse diese Freiheiten für die Entfaltung der revolutionären Bewegung ausnutzen konnte. Deshalb kam sie zu dem Schluß, daß es für die Erhaltung der Macht der Bourgeoisie in Deutschland nur ein Mittel gebe - die bürgerlichen Freiheiten zu vernichten, das Parlament (den Reichstag) völlig auszuschalten und eine terroristische bürgerlich-nationalistische Diktatur zu errichten, die imstande wäre, die Arbeiterklasse niederzuschlagen und unter den von Revanche Stimmungen beherrschten kleinbürgerlichen Massen eine Basis zu finden. Und sie rief die faschistische Partei, die sich zur Irreführung des Volkes nationalsozialistische Partei nennt, an die Macht, da sie sehr wohl wußte, daß die Partei der Faschisten erstens den reaktionärsten und *arbeiterfeindlichsten Teil der imperialistischen* Bourgeoisie darstellt und zweitens die extremste *Revanchepartei ist, die die Millionenmassen* des nationalistisch gestimmten Kleinbürgertums mit sich zu reißen vermag."

(„Geschichte der KPdSU(B), Kurzer Lehrgang", 1938, Dortmund 1976, S. 376)

Somit bestehen zwischen der bürgerlichen Demokratie als Staatsform und dem Faschismus als Staatsform in mehrerer Hinsicht Unterschiede, die insbesondere in taktischer Hinsicht, in Bezug auf das Herankommen an die proletarische Revolution unbedingt beachtet werden müssen. Jedoch existiert kein absoluter Trennungsstrich, es gibt grundlegende Gemeinsamkeiten zwischen beiden Formen der Diktatur der Bourgeoisie. Denn beide haben den gleichen Klassencharakter, wurzeln in den gleichen ausbeuterischen Produktionsverhältnissen, werden also vom kapitalistischen System hervorgebracht und gehen daher auch immer wieder auseinander hervor und ineinander über. Der innere Zusammenhang zwischen Nazi-Faschismus und bürgerlich-parlamentarischer Herrschaftsform wird auch darin deutlich, wie problemlos der Staatsapparat der Weimarer Republik 1933 weiterexistierte und wie problemlos nach 1945 in der BRD erneut der Wechsel zur bürgerlich-demokratischen Herrschaftsform durchgeführt werden konnte.

Zur Bedeutung des Unterschieds zwischen der bürgerlich-demokratischen Herrschaftsform der Bourgeoisie und deren offen terroristischen Diktatur stellte Dimitroff weiter fest:

„Die Ignorierung dieses Unterschiedes wäre ein ernster Fehler... Doch ein nicht minder ernster und gefährlicher Fehler ist die Unterschätzung der Bedeutung, die die gegenwärtig in den Ländern der bürgerlichen Demokratie sich verschärfenden reaktionären Maßnahmen für die Aufrichtung der faschistischen Diktatur haben, jene Maßnahmen, die die demokratischen Freiheiten der Werktätigen unterdrücken, die Rechte des Parlaments fälschen und beschneiden, die Unterdrückungsmaßnahmen gegen die revolutionäre Bewegung verschärfen.

... Wer in diesen Vorbereitungsetappen nicht gegen die reaktionären Maßnahmen der Bourgeoisie und gegen den anwachsenden Faschismus kämpft, der ist nicht imstande, den Sieg des Faschismus zu verhindern, der erleichtert ihn vielmehr." (S. 6 f.)

Eine Unterschätzung dieses Unterschieds ist falsch, weil dies die Kommunistische Partei daran hindern würde, die Werktätigen gegen die Gefahr der Errichtung einer faschistischen Diktatur richtig zu mobilisieren. Eine andere ebenso ernste Folge wäre der Fehler, gegen die fortschreitende Faschisierung der „bürgerlichen Demokratie" nicht ausreichend zu kämpfen. Die Kampfbedingungen für das revolutionäre Proletariat, vor allem auch für ihr Ziel, die Errichtung der proletarischen Demokratie, die Diktatur des Proletariats, sind ungleich günstiger unter den Bedingungen einer bürgerlichen Demokratie, so eingeschränkt die bürgerlich-demokratischen Rechte für die Masse der Ausgebeuteten und Unterdrückten dort auch immer sind.

Die Faschisierung des bürgerlichen ***Staatsapparats*** bedeutet vor allem die schrittweise Umstellung dieses Apparats auf die Ausübung offen terroristischer Herrschaftsmethoden, den Übergang von verdeckten Formen zu faschistischen Formen der Unterdrückung und des Terrors gegen die Werktätigen, die schrittweise Liquidierung der noch vorhandenen, sowieso schon verstümmelten bürgerlichen Rechte für die Ausgebeuteten.

Sehr wichtig ist Dimitroffs Betonung, daß man sich die Faschisierung und die Errichtung einer faschistischen Herrschaftsform der Bourgeoisie nicht nach einer immer gleichen Schablone vorstellen darf. Je nach historischen, sozialen und wirtschaftlichen Verhältnissen, nach dem Stand der Klassenkämpfe, dem Vorhandensein und der Stärke einer breiten Massenbasis des Faschismus, der nationalen Besonderheiten und der internationalen Stellung des betreffenden Landes können der Faschismus, die Faschisierung und die Errichtung des Faschismus ***verschiedene Ausprägungen, Formen und unterschiedliches Tempo*** annehmen.

Eine hervorstechende Besonderheit des Nazi-Faschismus war, daß es ihm gemeinsam mit seinen deutschnationalen Bündnispartnern gelang, für die Durchführung seiner Verbrechen eine enorm große, die überwiegende Mehrheit der deutschen Bevölkerung umfassende Massenbasis aufzubauen, die er nach 1933 noch über lange Jahre hinweg ausdehnen und festigen konnte. Das bedeutete nicht nur eine große Mitschuld der großen Masse der Ausgebeuteten und Unterdrückten an den Nazi-Verbrechen. Da es nach der militärischen Zerschlagung des Nazi-Faschismus 1945 in Deutschland nicht den erforderlichen tiefen Bruch durch eine umfassende Entnazifizierung gab, wirkt dieses „Erbe" über die Generationen hinweg bis heute nach, so daß die Möglichkeiten einer offen faschistischen, nazifaschistischen Massenmobilisierung auch heute als sehr groß und gefährlich einzuschätzen sind.

Ein entscheidender Unterschied zwischen 1933 und heute in Deutschland ist offenbar, daß sich der Nazi-Faschismus damals direkt gegen eine starke revolutionäre Bewegung der Arbeiterinnen und Arbeiter unter Führung der KPD richtete. Die KPD hatte 1933 zirka 300.000 Mitglieder und bis zu ihrer weitgehenden Zerschlagung als einheitlich organisierte politische Kraft in den Jahren nach 1933 einen großen Masseneinfluß, was sich an bis zu sechs Millionen Wählerinnen und Wähler zeigte. Heute dagegen gibt es in Deutschland kaum eine revolutionäre Bewegung. Die immer weiter vorangetriebene Faschisierung ist daher präventive Konterrevolution und aktuell vor allem Teil der imperialistischen Kriegsvorbereitungen.

Mit seiner zunehmenden Aggressivität nach außen und der damit einhergehenden Faschisierung im Inneren wird deutlich, daß der deutsche Imperialismus heute sich bei der Durchsetzung seiner Interessen und der Verwirklichung seiner Ziele in einer Situation befindet, wo er auf die Option von Nazi-Parteien zur Einbindung der Massen, auf die Nazi-Vernetzung zwischen Staatsapparat und Straßen-Nazis als Alternative zu den heutigen bürgerlichen Parlamentsparteien nicht verzichten kann.

Der bewaffnete Kampf gegen den Faschismus

Eine Lehre aus dem Wissen über den Klassencharakter des Faschismus, über den engen Zusammen-

Es ist notwendig, die Reden Dimitroffs auf dem VII. Weltkongreß 1935 sowie auch seine anderen Schriften auf der Grundlage der damaligen Originalquellen der Kommunistischen Internationale zu studieren. Tatsache ist nämlich, daß die modernen Revisionisten in der DDR und in Bulgarien nach dem XX. Parteitag der KPdSU 1956 dazu übergegangen sind, in den von ihnen danach herausgegebenen „Ausgewählten Werken" die Schriften und Reden Dimitroffs zu verfälschen. Systematisch wurde insbesondere der Name Stalins herausgestrichen, so auch am Schluß von Dimitroffs Bericht auf dem VII. Weltkongreß.

Georgi Dimitroff:
Gegen den Nazifaschismus
Verlag Olga Benario und Herbert Baum
360 Seiten, 20 Euro, ISBN 3-932636-25-2

Zu beziehen über:
Buchladen Georgi Dimitroff, Speyerer Str. 23,
60327 Frankfurt/M, Fax: 069/730920



DAS LEBEN VON GEORGI MICHAILOWITSCH DIMITROFF

(18.6.1882 - 2.7.1949)

Georgi Michailowitsch Dimitroff wurde am 18. Juni 1882 als Sohn einer revolutionären Proletarierfamilie in Radomir geboren. Schon als Fünfzehnjähriger schloß sich der junge G. M. Dimitroff, der als Setzer in einer Druckerei arbeitete, der revolutionären Bewegung an und beteiligte sich aktiv an der Tätigkeit der ältesten bulgarischen Gewerkschaft, des Buchdruckerverbandes.

1902 wurde G. M. Dimitroff Mitglied der bulgarischen sozialdemokratischen Arbeiterpartei. Er kämpfte auf der Seite des von Dimiter Blagoeff geführten revolutionär-marxistischen Flügels der „Engherzigen" aktiv gegen den Revisionismus.

Der aufopfernde revolutionäre Kampf G. M. Dimitroffs trug ihm die heiße Liebe der revolutionären Arbeiter Bulgariens ein, die ihn 1905 zum Sekretär des Verbandes der revolutionären Gewerkschaftsvereinigungen Bulgariens wählten. Auf diesem Posten blieb er ständig, bis 1923 diese Vereinigung von den Faschisten zerschlagen wurde. Als Führer im Ringen des bulgarischen Proletariats bewies G. M. Dimitroff Furchtlosigkeit und Standhaftigkeit in den revolutionären Kämpfen; wiederholt wurde er verhaftet und verfolgt. In dem bewaffneten Aufstand vom September 1923 in Bulgarien stand Dimitroff an der Spitze des Obersten Revolutionskomitees und gab ein Beispiel revolutionärer Furchtlosigkeit, unerschütterlicher Standhaftigkeit und Treue zur Sache der Arbeiterklasse. Für die Leitung des revolutionären Aufstandes wird G. M. Dimitroff im Jahre 1923 von einem faschistischen Gericht in Abwesenheit zum Tode verurteilt. 1926 wurde G. M, Dimitroff nach einem von den Faschisten organisierten provokatorischen Prozeß gegen die Führung der Kommunistischen Partei erneut in Abwesenheit zum Tode verurteilt.



1923 mußte G. M. Dimitroff aus Bulgarien ins Ausland emigrieren und führte das Leben eines Berufsrevolutionärs. Er arbeitete aktiv im Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale. 1933 wurde G. M. Dimitroff in Berlin wegen revolutionärer Tätigkeit verhaftet. In den Tagen des Leipziger Prozesses war Georgi Dimitroff der Bannerträger des Kampfes gegen den Faschismus und den imperialistischen Krieg. Sein heldenhaftes Verhalten vor Gericht, die zornigen Worte, die er den Faschisten ins Gesicht schleuderte und mit denen er ihre schändliche Provokation im Zusammenhang mit dem Reichstagsbrand entlarvte, rissen den faschistischen Provokateuren die Maske herunter und begeisterten neue Millionen Werktätiger in der ganzen Weit zum Kampf gegen den Faschismus.

Im Jahre 1935 wurde Georgi Dimitroff zum Generalsekretär des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale gewählt. Er führte einen beharrlichen Kampf zur Schaffung und Festigung der proletarischen Einheitsfront und der Volksfront zur Abwehr des Faschismus, gegen den Krieg, den die faschistischen Rädelsführer Deutschlands, Japans und Italiens vorbereiteten. Unermüdlich rief er die Massen der Werktätigen aller Länder auf, sich um die kommunistischen Parteien zusammenzuschließen, um den faschistischen Aggressoren den Weg zu versperren.

G. M. Dimitroff leistete große Arbeit in den Reihen der internationalen kommunistischen Bewegung, um führende Kader der kommunistischen Parteien zu schmieden, treu der großen Lehre des Marxismus - Leninismus und den Grundsätzen des proletarischen Internationalismus, bereit, die Interessen der Volksmassen ihrer Länder zu verteidigen.

Im zweiten Weltkrieg rief G. M. Dimitroff die Kommunisten auf, sich an die Spitze der antifaschistischen nationalen Befreiungsbewegung zu stellen, und arbeitete unermüdlich, um alle patriotischen Kräfte zur Zerschlagung der faschistischen Eindringlinge zu organisieren. Er war führend im Kampf der bulgarischen Arbeiterpartei (Kommunisten) und aller bulgarischen Parteien, die sich mit der Waffe in der Hand gegen die deutsch-faschistischen Okkupanten erhoben.

Für seine hervorragenden Verdienste im Kampf gegen den Faschismus wurde G. M. Dimitroff im Jahre 1945 vom Präsidium des Obersten Sowjets der UdSSR mit dem Leninorden ausgezeichnet.

Nach der Zerschlagung des faschistischen Deutschlands leitete G. M. Dimitroff den Aufbau der neuen, Volksdemokratischen Republik Bulgarien und schuf die Grundlagen für eine ewige Freundschaft zwischen dem bulgarischen Volk und den Völkern der Sowjetunion.

In unermüdlicher Arbeit an der Festigung des einheitlichen antiimperialistischen Lagers und der Zusammenfassung aller demokratischen Kräfte entlarvte G. M. Dimitroff schonungslos den Verrat der nationalistischen Clique Titos an der Sache des Sozialismus und der antiimperialistischen Einheitsfront.

In G. M. Dimitroff haben die Werktätigen der ganzen Welt einen leidenschaftlichen Kämpfer verloren, der sein ganzes heldenhaftes Leben dem selbstlosen Dienst an der Sache der Arbeiterklasse, der Sache des Kommunismus widmete. Der Tod G. M. Dimitroffs ist ein schwerer Verlust für die ganze internationale Arbeiterbewegung und kommunistische Bewegung, für alle Kämpfer für einen dauerhaften Frieden und Volksdemokratie. Durch seinen aufopfernden Kampf in den Reihen der Arbeiterbewegung, durch seine grenzenlose Ergebenheit für die große Lehre Lenins - Stalins hat G. M. Dimitroff die heiße Liebe der Werktätigen in der ganzen Welt erworben.

Das Leben Georgi Michailowitsch Dimitroffs, des treuen Mitkämpfers Lenins und Stalins, des standhaften Revolutionärs und antifaschistischen Tribunen, wird allen Kämpfern für die Sache des Friedens und der Demokratie, für den Kommunismus ein anfeuerndes Beispiel sein.

***

Aus dem von Stalin, Molotow und den anderen Mitgliedern des Politbüros des ZK der KPdSU(B) unterzeichneten Nachruf nach dem Tod Georgi Dimitroffs („Prawda" Nr. 184 vom 3. Juli 1949)

hang von bürgerlicher Demokratie und Faschismus, insbesondere aber aus den Erfahrungen des extremen Terrors der Naziherrschaft ist, sich im Kampf gegen Faschisierung und Faschismus nicht auf einen legalistischen Rahmen beschränken zu lassen. Dimitroff lenkt daher die Aufmerksamkeit besonders auf die ***bewaffneten*** antifaschistischen Kämpfe in Österreich 1934 und in Asturien (Spanien) 1934, die für die Perspektive des Kampfes gegen den Faschismus beispielgebend und wegweisend waren. Diese Kämpfe wurden zwar von den Kräften der Reaktion, den Kräften des Faschismus niedergeschlagen. Aber allein die Tatsache, daß die Arbeiterinnen und Arbeiter den Vormarsch des Faschismus nicht kampflos hingenommen hatten, daß sie zu den Waffen gegriffen und den Faschisten eine Schlacht geliefert hatten, bedeutete eine moralische Stärkung und ermutigte in allen anderen Ländern die antifaschistischen Kräfte. Dimitroff stellte dies mit Nachdruck fest, wobei er Lenins Aussagen über die Bedeutung der revolutionären Gewalt und des Bürgerkriegs für den Sieg der Revolution auf die Erfahrungen des bewaffneten Kampfes anwendet:

> **„Nur solche unglaublichen Philister, solche Lakaien der Bourgeoisie, wie der älteste Theoretiker der II. Internationale, Karl Kautsky, können den Arbeitern Vorwürfe machen und sagen, daß sie in Österreich und Spanien nicht zu den Waffen hätten greifen sollen. Wie würde jetzt die Arbeiterbewegung in Österreich und in Spanien aussehen, wenn die Arbeiterklasse dieser Länder sich von den verräterischen Ratschlägen der Kautsky hätte leiten lassen? Die Arbeiterklasse hätte dann eine tiefe Demoralisierung in ihren Reihen erlebt.**
>
> **‚Die Schule des Bürgerkriegs macht das Volk - sagt Lenin - nicht umsonst durch. Es ist eine harte Schule, und zu ihrem vollen Programm gehören *unvermeidlich* auch Siege der Konterrevolution, das Wüten der gereizten Reaktionäre, wilde Racheakte der alten Macht an den Rebellen usw. Doch nur eingefleischte Reaktionäre und schwachsinnige Mummelgreise können darüber jammern, wenn die Völker diese qualvolle Schule durchmachen; diese Schule lehrt die unterdrückten Klassen den Bürgerkrieg zu führen und in der Revolution siegen. Sie speichert in den Massen der modernen Sklaven jenen Hass auf, den die verschüchterten, stumpfen und unwissenden Sklaven ewig hegen und der die Sklaven, die sich der Schmach ihres Sklaventums bewusst geworden sind, zu den größten geschichtlichen Heldentaten führt." (S. 19)**
>
> (Das Lenin-Zitat stammt aus: Lenin, „Zündstoff in der Weltpolitik", 1908, Werke Band 8, S. 177)

Es gilt, aus den bewaffneten antifaschistischen Aktionen zu lernen, wie etwa aus den Februar-Kämpfen 1934 in Österreich oder den Partisanenkämpfen in den vom Nazi-Faschismus überfallenen Ländern, diese auszuwerten und ihre Stärken und Schwächen zu kennen und sie als Vorbild für Widerstand und Militanz zu nehmen.

Gegen den Chauvinismus, „dieses Hauptwerkzeug der ideologischen Einwirkung der Faschisten auf die Massen"

Für die Aufrechterhaltung der nazifaschistischen Diktatur in Deutschland war nicht nur Terror wichtig und notwendig, sondern auch eine ganz bestimmte Demagogie, welche die Nazi-Partei, die „nationalsozialistische Partei", mit viel Erfolg anwendete und beherrschte. Dimitroff sagte dazu in seinem Bericht auf dem VII. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale:

> **„Der Faschismus erstrebt die zügelloseste Ausbeutung der Massen, tritt aber mit einer raffinierten antikapitalistischen Demagogie an sie heran, macht sich den tiefen Hass der Werktätigen gegen die räuberische Bourgeoisie, gegen die Banken, die Trusts und die Finanzmagnaten zunutze und stellt**

Losungen auf, die im gegebenen Moment für die politisch unreifen Massen die verlockendsten sind: in Deutschland-‚Gemeinnutz geht vor Eigennutz'; (...)

Der Faschismus, der mit der tiefen Enttäuschung der Massen über die Regierungen der bürgerlichen Demokratie spekuliert, entrüstet sich scheinheilig über die Korruption ... er imponiert diesen Massen durch die Heftigkeit seiner Angriffe gegen die bürgerlichen Regierungen, durch seine Unversöhnlichkeit gegenüber den alten Parteien der Bourgeoisie." (S. 7 f.)

Dimitroff stellt dazu unter Auswertung insbesondere der Erfahrungen der KPD sehr kritisch und selbstkritisch fest:

„Eine der schwächsten Seiten des antifaschistischen Kampfes unserer Parteien besteht darin, daß sie ungenügend und nicht rechtzeitig auf die Demagogie des Faschismus reagieren und bis auf den heutigen Tag fortfahren, die Fragen des Kampfes gegen die faschistische Ideologie mit Geringschätzung zu behandeln. Viele Genossen glaubten nicht, daß eine so reaktionäre Abart der bürgerlichen Ideologie, wie die Ideologie des Faschismus, die sich in ihrer Unsinnigkeit häufig bis zum Wahnwitz versteigt, überhaupt fähig ist, Einfluss auf die Massen zu gewinnen. Das war ein großer Fehler." (S. 58)

Der Chauvinismus war, wie Dimitroff richtig feststellte, „Hauptwerkzeug der ideologischen Einwirkung der Faschisten auf die Massen" (S. 62). In der Tat wurde besonders die „nationale" Demagogie, die chauvinistische Vergiftung der Bevölkerung bis in die Reihen der Arbeiterklasse, wie sie bereits die Erfahrung des Ersten Weltkriegs schon bewiesen hatte, unterschätzt.

Es sollte sich herausstellen, daß die raffinierte und den jeweiligen Situationen und Schichten angepasste Demagogie der Nazifaschisten ein sehr wichtiges Instrument war, um die Mehrheit der deutschen Bevölkerung aufzuhetzen für die Entrechtung, den Terror und die schließliche Vernichtung des europäischen Judentums, der Sinti und Roma, für den Überfall auf die sozialistische UdSSR, für das Nazi-Programm der Versklavung und Ausrottung ganzer Völker.

Beim Kampf gegen den Faschismus handelt es sich um den Kampf gegen einen Feind, der höchst raffiniert gerade auch *„die nationalen Gefühle und Vorurteile der Massen und ihre antikapitalistischen Stimmungen im Interesse des Großkapitals ausschlachtet"* (S. 76).

Wie dem entgegentreten? *„Der Kampf gegen den Faschismus muß konkret sein"* (S. 75), stellte Dimitroff fest. Dies gilt gerade auch für den ideologischen Kampf. Der Abschnitt über den ideologischen Kampf gegen den Faschismus mit seinem Zweifrontenkampf gegen Chauvinismus und nationalen Nihilismus, über nationalen Stolz und nationale Scham, bezogen auf die deutsche Nation in der Hand des deutschen Imperialismus in der Zeit des Nazi-Faschismus, stellt daher auch die wesentliche ***Unterscheidung zwischen unterdrückten und unterdrückenden Nationen*** in den Vordergrund:

„Die Kommunisten, die einer unterdrückten, abhängigen Nation angehören, können nicht mit Erfolg gegen den Chauvinismus in den Reihen ihrer Nation auftreten, wenn sie nicht gleichzeitig in der Praxis der Massenbewegung zeigen, daß sie in der Tat für die Befreiung ihrer Nation vom fremdländischen Joch kämpfen. Andererseits können wieder Kommunisten der Unterdrückernation nicht das tun, was zur Erziehung der werktätigen Massen ihrer Nation im Geiste des Internationalismus notwendig ist, wenn sie keinen entschiedenen Kampf gegen die Unterdrückungspolitik der ‚eigenen' Bourgeoisie, für das volle Selbstbestimmungsrecht der von ihr versklavten Nationen führen. Wenn sie das nicht tun, dann erleichtern sie auch der unterdrückten Nation nicht die Überwindung ihrer nationalistischen Vorurteile.

Nur wenn wir in diesem Geiste auftreten werden, wenn wir in unserer ganzen Massenarbeit überzeugend beweisen werden, daß wir sowohl vom nationalen Nihilismus als auch vom bürgerlichen Nationalismus gleichermaßen frei sind, nur in diesem Falle werden wir einen wirklich er-folgreichen Kampf gegen die chauvinistische Demagogie der Faschisten führen können.

Daher ist die richtige und konkrete Anwendung der Leninschen-Stalinschen Nationalitätenpolitik von so ungeheurer Wichtigkeit. Das ist eine unerlässliche Voraussetzung für den erfolgreichen Kampf gegen den Chauvinismus, dieses Hauptwerkzeug der ideologischen Einwirkung der Faschisten auf die Massen." (S. 62)

Der Kampf der KPD gegen die Anti-Versailles-Demagogie der Nazifaschisten hat diese Hinweise Dimitroffs nicht konkret auf die Lage in Deutschland angewandt. Das war in der Tat eine zentrale Schwäche der KPD, die allerdings von Dimitroff nicht genauer kritisiert wird.



Kundgebung für die Freilassung von Dimitroff in London 1933

Aus der Unterschätzung der Nazi-Demagogie zu lernen bedeutet für *heute:* Es ist eine unerlässlich Aufgabe, die Demagogie der „nationalsozialistischen" Faschisten in all ihren Feinheiten zu analysieren und zu zerschlagen, ihre Hintergründe in der deutschen Ideologie aufzudecken, um ihre Kontinuitäten und ihr Wiederaufleben heute erkennen zu können und dagegen anzukämpfen.

Die Taktik der proletarischen Einheitsfront und der Volksfront gegen den Faschismus darf nicht zu einer Änderung der Strategie führen!

Die in der Kommunistischen Internationale zusammengeschlossenen kommunistischen Parteien standen angesichts bereits errichteter faschistischer Diktaturen und der drohenden weiteren Ausdehnung der faschistischen Herrschaft vor der Frage, ob *Änderungen* in ihrer Linie und Politik nötig waren. Darüber wurde auch in der KPD heftig gestritten, besonders auch in den zwei Jahren zwischen 1933 und 1935. Von Dimitroff dargelegt und begründet, gab der VII. Weltkongreß der Komintern eine grundlegend richtige Handlungsanleitung: Der Faschismus als die grausamste Offensive des Kapitals stellte die kommunistischen Parteien vor die Aufgabe, eine ***taktische*** Wendung in ihrem Kampf zu vollziehen. Es war notwendig, eine antifaschistische Aktionseinheit zu bilden und für den antifaschistischen Massenkampf zu mobilisieren. Dazu war in jedem Land und im internationalen Maßstab die Schaffung der Einheitsfront der Arbeiterklasse und auf dieser Grundlage eine breite antifaschistische Volksfront nötig.

Angestrebt wurde der möglichst weitgehende Zusammenschluss großer Teile der Arbeiterklasse auf antifaschistischer Grundlage, „noch bevor die Mehrheit der Arbeiterklasse sich zum Kampf für den Sturz des Kapitalismus und für den Sieg der proletarischen Revolution vereinigt haben wird" (S. 22). Die Kommunistische Internationale stellte für die Aktionseinheit gegen den Faschismus keinerlei Vorbedingungen, „mit Ausnahme einer einzigen, elementaren, für alle Arbeiter annehmbaren Bedingung, und zwar, daß die Aktionseinheit sich gegen den Faschismus, gegen die Offensive des Kapitals, gegen die Kriegsgefahr, gegen den Klassenfeind richtet" (S. 22). Ausdrücklich wird darauf verwiesen, daß dies kein Bündnis für den Sturz des Kapitalismus und die Diktatur des Proletariats war (vgl. S. 23).

Diese taktische Linie logisch weitergedacht, sah der VII. Weltkongreß im Falle eines siegreichen Kampfes gegen die faschistische Herrschaft unter genau bestimmten Bedingungen sogar die Möglichkeit einer Regierung der antifaschistischen Einheits- und Volksfront vor, die keine Regierung der proletarischen Diktatur ist. Die Bildung von Volksfrontregierungen in Frankreich 1936, vor allem aber in Spanien 1936 bis 1939 hat gezeigt, daß dies 1935 keineswegs bloß abstrakte Überlegungen waren.

Aber bedeutete das nicht ein Abgehen von Ziel der proletarischen Revolution, vom Ziel der Diktatur des Proletariats? Dimitroff widerlegte das, indem er an Lenins Kampf gegen rechtsopportunistische Verdrehungen der Losung der „Arbeiterregierung" erinnerte:

„Die Rechtsopportunisten aber versuchten, ein besonderes demokratisches Zwischenstadium, zwischen der Diktatur der Bourgeoisie und der Diktatur des Proletariats herzustellen, um in der Arbeiterschaft die Illusion eines friedlichen parlamentarischen Spaziergangs aus der einen Diktatur in die andere zu erwecken. Dieses fiktive ‚Zwischenstadium' nannten sie auch ‚Übergangsform' und beriefen sich sogar auf Lenin! Aber es war nicht schwer, diesen Schwindel aufzudecken: sprach doch Lenin von einer Form des Übergangs und des Herankommens an die proletarische Revolution, d. h. an den Sturz der Diktatur der Bourgeoisie, und nicht von irgendeiner Übergangsform zwischen der Diktatur der Bourgeoisie und der proletarischen Diktatur." (S. 57)

Zusammenfassend kann man sagen: Die Idee der Aktionseinheit und Einheitsfront war eine taktische Orientierung, sie sollte ein taktisch notwendiger Schritt sein, um an das strategische Ziel der „revolutionären Machtergreifung" und der „proletarischen Diktatur" ***heranzukommen*** und bedeutete keineswegs eine Änderung der Strategie. Dies zu betonen ist wichtig gegen die schon früh einsetzenden revisionistischen Verdrehungen dieser Taktik zu einer angeblichen Änderung der Strategie, womit dann vor allem die modernen Revisionisten ihre konterrevolutionäres, reformistisches Zwischenetappen-Konstrukt einer „antimonopolistischen Demokratie" zu rechtfertigen suchen, womit angeblich die Herrschaft des Monopolkapitals Schritt für Schritt „zurückgedrängt" würde.

Die von Dimitroff gemachte strenge Unterscheidung zwischen den Zielen des antifaschistischen Kampfes, der Verteidigung und Durchsetzung demokratischer Rechte, und den Zielen des Kampfes für die Diktatur des Proletariats ist für die kommunistischen Kräfte heute sehr wichtig, um den antifaschistischen Kampf in den Rahmen des Kampfes für die sozialistische Revolution ein- und unterzuordnen.

Für eine einheitliche revolutionäre Partei der Arbeiterklasse im Kampf gegen Reformismus und Revisionismus

Dimitroff lässt keinen Zweifel an der Tatsache, daß die konterrevolutionäre Sozialdemokratie, vor allem deren Führung die große historische Verantwortung dafür hat, daß im entscheidenden Moment der faschistischen Offensive ein bedeutender Teil der werktätigen Massen Deutschlands im Faschismus nicht das blutgierige räuberische Finanzkapital als seinen schlimmsten Feind erkannte und daß diese Massen nicht zur Abwehr bereit waren (siehe S. 7).

Doch angesichts des nazifaschistischen Terrors, der auch vor Sozialdemokraten nicht halt machte und dazu

führte, daß zusammen mit KPD-Mitgliedern auch viele SPD-Mitglieder in den Zuchthäusern und KZ's waren und gemeinsam Widerstand leisteten, kam es zu einer Annäherung von Teilen der Sozialdemokratie an die Kommunistische Partei. Und dies war nicht nur in Deutschland so:

> **„Es geht eine Differenzierung innerhalb aller sozialdemokratischen Parteien vor sich. In ihren Reihen bilden sich zwei Hauptlager heraus: neben dem bestehenden Lager der reaktionären Elemente, die mit allen Mitteln versuchen, den Block der Sozialdemokratie mit der Bourgeoisie zu erhalten, und wütend die Einheitsfront mit den Kommunisten ablehnen, beginnt sich das Lager der revolutionären Elemente herauszubilden, die Zweifel an der Richtigkeit der Politik der Arbeitsgemeinschaft mit der Bourgeoisie hegen, die für die Schaffung einer Einheitsfront mit den Kommunisten sind und in immer stärkerem Maße auf den Standpunkt des revolutionären Klassenkampfes überzugehen anfangen." (S. 20)**

So eröffnete sich überhaupt erst die Möglichkeit, mit einem Teil der Sozialdemokratie, den Linken, solidarisch zu sein, zusammenzuarbeiten und zu kämpfen, ohne jedoch dabei für einen Moment Konzessionen an die Ideologie des Sozialdemokratismus machen zu dürfen und ohne dabei den Kampf gegen den reaktionären Flügel, der weiterhin die Interessen der Bourgeoisie stützte, aufzugeben. Dieser Kampf zusammen mit dem linken Flügel der Sozialdemokratie war zum einen wichtig im Hinblick auf die proletarische Einheitsfront gegen den Faschismus. Zum anderen warf es eine viel weitergehende Frage auf: die Frage der einheitlichen politischen Massenpartei der Arbeiterklasse. Dimitroff sagte dazu:

> **„Die Interessen des Klassenkampfes des Proletariats und der Erfolg der proletarischen Revolution machen es gebieterisch notwendig, daß in jedem Lande eine einheitliche Partei des Proletariats bestehe." (S. 66)**

Doch auf welcher theoretischen und politischen Grundlage konnte und mußte diese Vereinigung von KPD und SPD vollzogen werden? Dimitroff nannte fünf Bedingungen für eine Vereinigung auf revolutionärer Grundlage:

-Verzicht der Sozialdemokratie auf einen Block mit der Bourgeoisie (wie z. B. in der Weimarer Republik),

-vorherige Herstellung der antifaschistischen Einheitsfront,

-Verzicht auf Unterstützung der „eigenen" Bourgeoisie im imperialistischen Krieg (entgegen der Linie der SPD und anderer sozialdemokratischer Parteien im Ersten Weltkrieg),

-Aufbau der vereinigten Partei auf der Grundlage des demokratischen Zentralismus,

-Anerkennung des revolutionären Sturzes der Herrschaft der Bourgeoisie und der Diktatur des Proletariats. (Siehe S. 67f.)

Der Kernpunkt ist hier die Anerkennung der Notwendigkeit des revolutionären Sturzes der Bourgeoisie ***und*** der Diktatur des Proletariats als Bedingung der Vereinigung. Ohne Diktatur des Proletariats war und ist die Erkämpfung der Ziele des Sozialismus und Kommunismus nach dem Sturz der Bourgeoisie unmöglich, denn nur auf diesem Weg kann die gestürzte Bourgeoisie unterdrückt und als Klasse vernichtet werden.

Wesentlich war auch Dimitroffs richtiger Hinweis:

> **„Wir müssen die sozialdemokratischen Arbeiter geduldig und kameradschaftlich aufklären, warum die politische Einheit der Arbeiterklasse ohne diese Bedingungen unmöglich ist. Zusammen mit ihnen müssen wir Sinn und Bedeutung dieser Bedingungen erörtern." (S. 67)**

Nach der Niederlage des Nazi-Faschismus erlangten die hier diskutierten und von der KI verabschiedeten Bedingungen unmittelbare Aktualität. Die historische Chance für eine Vereinigung zwischen KPD und Teilen der Mitgliedschaft der SPD war nach 1945 vorhanden. Doch als es um die Vereinigung von KPD und SPD zur SED ging, verwässerte die KPD diese fünf Bedingungen derart, daß sie sich nicht mehr auf dieser Grundlage mit der SPD vereinigte: Der allgemeingültige Grundgedanke der Diktatur des Proletariats wurde in den Gründungsdokumenten der SED wegoperiert.

Damit schlug die Führung der KPD bzw. SED Dimitroffs Warnung in den Wind, daß die Entfaltung der Politik der Aktionseinheit, der Einheitsfront und erst recht der Kampf für eine einheitliche revolutionäre Partei der Arbeiterklasse auf keinen Fall zu einer Versöhnung mit der sozialdemokratischen bzw. revisionistischen Ideologie führen darf.

Wie Dimitroff forderte,

> **„müssen wir in jeder Weise unsere Wachsamkeit und den Kampf gegen den Rechtsopportunismus sowie gegen alle seine konkreten Erscheinungsformen verstärken, eingedenk dessen, daß seine Gefährlichkeit mit der Entfaltung der breiten Einheitsfront wachsen wird. Es bestehen bereits Tendenzen zur Herabsetzung der Bedeutung der Rolle der Kommunistischen Partei in den Reihen der Einheitsfront und zur Versöhnung mit der sozialdemokratischen Ideologie. Man darf nicht aus dem Auge lassen, daß die Einheitsfronttaktik die Methode der anschaulichen Überzeugung der sozialdemokratischen Arbeiter von der Richtigkeit der kommunistischen und von der Unrichtigkeit der reformistischen Politik und nicht eine Versöhnung mit der sozialdemokratischen Ideologie und Praxis ist." (S. 65f.)**

Der Aufbau und die Festigung der Kommunistischen Partei als entscheidende Voraussetzung für den erfolgreichen antifaschistischen Kampf

Zur Zeit des VII. Weltkongresses der KI gab es in vielen Ländern starke kommunistische Parteien mit großem Masseneinfluß. Doch Dimitroff wandte sich dagegen, die Existenz der kommunistischen Parteien nun sozusagen als einfach gegebenen und gesicherten Faktor anzunehmen, um sich nur noch auf die Umsetzung der Politik nach außen zu konzentrieren. Er betonte demgegenüber, daß die kommunistischen Parteien nur dann imstande sind, die breitesten Massen der Werktätigen zum einheitlichen Kampf gegen Faschismus und Kapitaloffensive erfolgreich zu mobilisieren, „wenn sie ihre eigenen Reihen allseitig stärken" (S. 63).

Vor allem in seinem Schlusswort „Für die Einheit der Arbeiterklasse gegen den Faschismus" geht Dimitroff daher auf die grundlegenden Bestandteile des Parteiaufbaus und der Festigung der kommunistischen Parteien ein:

Theorie: Die Kommunistische Partei benötigt den „Kompass der marxistisch-leninistischen Theorie ..., ohne deren kundigen Gebrauch man zu engstirnigem Praktizismus hinabgleitet, nicht vorwärtsblicken kann, Lösungen nur von Fall zu Fall findet, die breite Perspektive des Kampfes verliert, die den Massen zeigt, wohin wir gehen, wofür wir kämpfen und wohin wir die Werktätigen führen" (S. 74).

Kader: „Ohne bolschewistische, Lenin-Stalinsche Kader werden wir jene gewaltigen Aufgaben nicht lösen, vor denen die Werktätigen im Kampf gegen den Faschismus stehen. (S. 74)

Organisation: Die Kommunistische Partei muß über eine demokratisch-zentralistische organisatorische Struktur verfügen, um den ideologischen und politischen Inhalt der Kommunistischen Partei zu sichern und die Verankerung dieses Inhalts bei den Massen zu gewährleisten. (vgl. S. 74)

Ein wichtiger und unbedingt genauer zu analysierender Faktor, warum der antifaschistische Widerstand in Deutschland so schwach blieb, nicht einheitlich vorangeführt werden konnte, war die Schwäche der KPD angesichts der furchtbaren Verluste durch den Nazi-Terror, die es in den Jahren 1933 bis 1945 nicht mehr vermocht hatte, sich wirklich als einheitliche revolutionäre Kampfzentrale für den Kampf gegen die Nazis in Deutschland zu stärken.

Spätestens nach dem Tod Stalins und der unumkehrbaren Durchsetzung der revisionistischen Linie im Zusammenhang mit dem XX. Parteitag der KPdSU 1956 war den modernen Revisionisten schließlich von innen her gelungen, was die Nazis letztendlich doch nicht schaffen konnten, nämlich die KPD als revolutionäre Kraft zu zerschlagen. Daher kommt es hier in Deutschland vor allem darauf an, die Kommunistische Partei überhaupt erst wieder zu schaffen, in der Dramatik des „lebendigen Lebens" planmäßig und bewusst aufzubauen.

* * *

Als Dimitroff seinerzeit auf dem VII. Weltkongreß seine Rede hielt, erst recht aber, als er zwei Jahre zuvor von den Nazifaschisten eingekerkert und mit dem Tode bedroht auf die Anklagebank gezerrt wurde, war die Lage keineswegs einfach, die Aussichten vor allem wegen der zunehmenden Aggressivität des deutschen Imperialismus durchaus bedrohlich, auch wenn es damals die sozialistische UdSSR und eine starke kommunistische Weltbewegung mit Stalin an der Spitze gab. Das Lernen aus Dimitroffs Kampf, den er in Leipzig Auge in Auge mit den Bestien des Nazi-Faschismus geführt hat, ist eine wichtige Kraftquelle für unseren Kampf heute gegen den deutschen Imperialismus, Militarismus und Revanchismus, der wieder eine zunehmende Bedrohung für die Völker darstellt.

★

BUCHLADEN
Georgi Dimitroff
Speyerer Str. 23, 60327 Frankfurt/M.
Fax: 069/730920

ÖFFNUNGSZEITEN:
Freitag 16.30 -19.30 Uhr
Samstag 10.00 -13.00 Uhr

Vertrieb für Internationale Literatur
Brunhildstr. 5, 10829 Berlin

GEÖFFNET:
Samstag 11.00 - 14.00 Uhr

ISSN 0948/5090

Drucker, Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: A. Odenthal, Vertrieb für Internationale Literatur, Brunhildstr. 5, 10829 Berlin

* * * *Kritik und Selbstkritik* * * *

❑ Zwei Kritiken zum Flugblatt 9/2002:

Kritische Bemerkungen zum Flugblatt „Aus Dimitroffs Kampf gegen den Nazi-Faschismus lernen!"

Das Flugblatt hat mir insgesamt gut gefallen, auch die Idee, sich besonders auf den Kampf Dimitroffs gegen den Nazi-Faschismus zu konzentrieren, um die Erfahrungen dieses Kampfes für uns heute auszuwerten. Dennoch habe ich einige Kritiken, die ich bei Kategorie 3 bzw. 4 ansiedeln würde.

Nicht durchgängig gelungen finde ich den Teil mit der Überschrift „Gegen den Chauvinismus, „dieses Hauptwerkzeug der ideologischen Einwirkung der Faschisten auf die Massen" auf Seite 4.

Zunächst heißt es auf Seite 5, 7.Absatz Dimitroff zitierend, daß der Faschismus ein Feind ist, der raffiniert gerade auch

> *„die nationalen Gefühle und Vorurteile der Massen und ihre antikapitalistische Stimmungen im Interesse des Großkapitals ausschlachtet".*

Hier sind mehrere Probleme angelegt. Zunächst „schlachtet" der Nazi-Faschismus dies nicht nur „aus", sondern er forciert Nationalismus und Chauvinismus. Diese „nationalen Gefühle und Vorurteile" sind auch nicht einfach existent, sondern Produkt einer jahrzehntelangen chauvinistischen Verhetzung. Problematisch an der Formulierung Dimitroffs ist auch, daß er etwas „Positives" (antikapitalistische Stimmungen) und etwas „Negatives" (Nationalismus) in einem Atemzug nennt, das „im Interesse des Großkapitals" ausgeschlachtet, ausgenutzt wird.

Als Überleitung zu Dimitroffs Forderung, daß der Kampf gegen den Faschismus konkret und den nationalen Besonderheiten angepaßt werden muß, hätte meiner Meinung nach – wenn schon nicht im Flugblatt, so doch zumindest im Vorwort des neu erschienenen Buches „Georgi Dimitroff – Gegen den Nazifaschismus" – auch kritisch angemerkt werden sollen, daß Dimitroff für Deutschland neben dem Chauvinismus die antisemitische Verhetzung durch die Nazi-Faschisten unerwähnt läßt.

Im vorletzten Absatz Seite 5, 1.Spalte geht es dann um den ideologischen Kampf gegen den Nazi-Faschismus:

> *„Wie dem entgegentreten? „Der Kampf gegen den Faschismus muß konkret sein (S. 75). Dies gilt gerade auch für den ideologischen Kampf. Der Abschnitt über den ideologischen Kampf gegen den Faschismus mit seinem Zweifrontenkampf gegen Chauvinismus und nationalen Nihilismus, über nationalen Stolz und nationale Scham, bezogen auf die deutsche Nation in der Hand des deutschen Imperialismus*

in der Zeit des Nazi-Faschismus, stellt daher auch die wesentliche Unterscheidung zwischen unterdrückten und unterdrückenden Nationen in den Vordergrund."

Kampf gegen den Nazi-Faschismus im Zweifrontenkampf gegen Chauvinismus und nationalen Nihilismus?[1] Ich denke, hier wurden zwei Ebenen vermischt:

- Der ideologische Kampf für eine richtige Linie im ideologischen Kampf gegen den Nazi-Faschismus innerhalb der KP und den fortschrittlichen Arbeiterinnen und Arbeitern einerseits. Hier ist in der Tat ein Zweifrontenkampf gegen Nationalismus und nationalen Nihilismus notwendig als Grundlage und Voraussetzung für
- den Kampf gegen den Feind, gegen den Nazifaschismus und seine Ideologie. Der Chauvinismus und das Herrenmenschentum sind die ideologischen Grundpfeiler der Kriege und Verbrechen, die er vorbereitet. Im Kampf gegen ihn kann von einem Zweifrontenkampf zur damaligen Zeit keine Rede sein.

Darüber hinaus finde ich die Formulierung über „nationalen Stolz und nationale Scham" in diesem Abschnitt etwas lapidar. Die Leserinnen und Leser, die insbesondere die Problematisierung des Begriffs „Nationalstolzes" wie etwa im Flugblatt „Die Arbeiter haben kein Vaterland!" nicht kennen, können damit dann bestenfalls nichts anfangen.

Die Formulierung „*bezogen auf die deutsche Nation in der Hand (?) des deutschen Imperialismus in der Zeit des Nazi-Faschismus*" hätte man redaktionell auch unmißverständlicher formulieren sollen als „bezogen auf die deutsche Nation während der Herrschaft des deutschen Imperialismus in der Zeit des Nazi-Faschismus".

Weitere Kritiken:

▪ Das Foto auf Seite 1 des Flugblatts, auf dem Dimitroff am Schreibtisch mit einem Stapel Bücher und Papieren im Nazi-Gefängnis 1933 abgebildet wird, wie er sich wohl auf den Prozeß in Leipzig vorbereitet, ist unpassend. Es steht im krassen Widerspruch zum Flugblatt-Text („*Aus dem schikanierten und über Monate durch schmerzhafte Handfesseln gequälten Angeklagten...*") und sicher auch zu den realen Bedingungen seiner Haftzeit, wie er sie ja selbst in Interviews später beschrieben hat. Ich habe zugegeben keine Ahnung, wer dieses Foto aufgenommen hat, aber ist die Vorstellung so abwegig, daß das sogar ein Nazi-Propaganda-Foto war nach dem Motto: 'Seht her, wie es den Bolschewiken in unseren Gefängnissen geht, es fehlt ihnen an nichts'.

▪ Zu Seite 3, mittlere Spalte, 6.Absatz bei der Faschisierung des Staatsapparats: Statt „*Übergang von verdeckten Formen zu faschistischen Formen der Unterdrückung und*

---

[1] Nebenbei finde ich, man hätte den Begriff „nationalen Nihilismus" näher erläutern müssen. Auf heute bezogen kann sonst der Eindruck entstehen, daß damit im Extremfall Anti-Deutsche von der Bahamas-Fraktion gemeint sind. Dimitroff meinte hingegen Genossinnen und Genossen insbesondere in der KPD, die die Nazi-Ideologie für so absurd hielten, daß es sich nicht lohne, sich mit ihr auseinanderzusetzen und zu bekämpfen.

des Terrors" besser „von verdeckten zu offen faschistischen Formen ...", denn darum geht es ja, daß der Faschismus die offene Kriegserklärung ist, aber es gibt ja auch verdeckte Formen faschistischen Terrors wie z.B. durch halbstaatliche paramilitärische Todesschwadrone usw.

- Zu Seite 4 im Kasten zum Leben und Kampf Dimitroffs: Diese Beschreibung wäre mit Sicherheit glaubhafter und eindrucksvoller geworden, wenn statt der zahlreichen überschwenglichen Übertreibungen („*furchtlos*", „*heldenhaft*", „*standhaft*", „*treu*", „*ergeben*", „*unermüdlich*", „*grenzenlos*" usw.) sein Leben in eigenen Worten geschildert worden wäre.

- Schließlich noch eine Unklarheit auf Seite 5, 3.Spalte, 2.Absatz: Hier wird als reale Möglichkeit für eine antifaschistische Volksfrontregierung neben Spanien von 1936 bis 1939 auch Frankreich 1936 erwähnt. Kann man die Regierung Leon Blums in Frankreich 1936 wirklich als Beispiel für eine praktizierte antifaschistische Volksfrontregierung bezeichnen? War *sie* es nicht, die sich dann im gleichen Jahr 1936 weigerte, Waffen an die spanische Republik zu liefern?

Antwort auf die Kritik

Zu Deinem Hinweis auf die Haltung Dimitroffs zu den „nationalen Gefühlen und Vorurteilen":

Du hast zu Recht bemerkt, daß wir hier über ein Problem hinweggegangen sind, daß wir noch nicht richtig und tiefgehend inhaltlich lösen und im Flugblatt und im Vorwort des Buches auch nicht in geeigneter Form tiefer als Problem darstellen konnten.

„Nationale Gefühle" sind bei Dimitroff nicht genauer beschrieben – und das ist der große Schwachpunkt, den wir aber auch nicht auflösen können. Bist Du der Meinung, daß Dimitroff hier nationale Gefühle nur negativ ansieht? Wir glauben, daß er bezogen auf unterdrückte Nationen das „nationale Gefühl" nicht einfach als Nationalismus bezeichnen würde. Der Kern ist jedoch, daß diese „nationalen Gefühle" nicht allgemein diskutiert werden können, sondern 1935 in Deutschland sehr klare Züge angenommen haben, für die der Begriff „Nationalismus" oder „nationale Vorurteile" natürlich eine verharmlosende Schmeichelei ist.

Dass Dimitroff auf das KPD-Programm 1931 ohne Kritik am Inhalt verweist, deutet darauf hin, daß er auch diese falsche Linie mitvertreten hat. Richtig beweisen läßt sich das nicht , aber es erscheint relativ plausibel. Ohne Frage hat ja Dimitroff auch die falsche Haltung der KPD zu Österreich geteilt. Dahinter steht die differenzierte Haltung zum Versailler Vertrag als imperialistischer Raubfrieden, der natürlich (siehe die vielen Darlegungen Lenins dazu) nicht auf einer Gleichberechtigung imperialistischer Räubernationen beruhte, sondern auf der Unterdrückung und Ausbeutung der Verliermächte durch die Siegermächte.

Ehe wir über „nationale Gefühle" sprechen, müssen wir abklären, ob es Elemente der nationalen Unterdrückung im Deutschland nach dem verlorenen 1.Weltkrieg gab. Kernpunkt dieser Diskussion war die Besetzung westlicher Teile Deutschlands durch die französische Armee. Weitere Punkte waren die riesigen Reparationszahlungen in den diversen „Plänen".

Unserer Meinung nach wurde in den Publikationen der KPD in der Tat diese so, durch imperialistische Propaganda gestützt auf die Realität der Wirkung vom Versailler Vertrag, entstandenen „nationalen Gefühle" in der Propaganda der KPD nicht überzeugend behandelt ... das ist so der kleinste gemeinsame Nenner. Nun muß in den einzelnen Phasen die Linie der KPD mit der Realität Deutschlands dieser Zeitspanne untersucht werden. Eine Ignorierung dieses Fragenkomplexes wurde unserer Meinung nach eher als „nationaler Nihilismus" bezeichnet, möglicherweise auch, das wissen wir nicht so genau, die provokatorische These, daß die Elemente einer nationalen Unterdrückung in Deutschland nicht existierten und daher nicht behandelt werden müssen. Das ist ein wenig nebulös bei Dimitroff und wir haben es noch nicht genau untersucht. Deine Fußnote dazu, daß wir es dann hätten erläutern müssen, hat was berechtigtes, wir möchten aber zu bedenken geben, daß es einfach auch ein großes Problem ist, daß eine Art „Vollständigkeit" gefordert wird. Wir hätten eher den ganzen Teil über „Zweifrontenkampf" herauslassen müssen, aber wir haben uns entschieden das Problem wenigstens anzureißen um – so wie mit Dir – zu Diskussionen darüber zu kommen. Uns ist bewußt, daß dieser Punkt zentrale Bedeutung hat, auch wenn wir ihn noch nicht lösen konnten.

Uns ist die „Wunde" bewußt, die die sogenannte „nationale Frage" in Deutschland noch spielt, sowohl nach 1918 als auch nach dem Bruch des Potsdamer Abkommens in den ersten Jahren der BRD. Wir sind uns gewiß alle einig, daß die KPD den Kampf gegen den Nationalismus und Chauvinismus unterschätzt hat. Strittig bleibt noch , das zeigt sich auch an dem Dimitroff-Flugblatt, wie genau der Kampf gegen den Chauvinismus wirklich hätte geführt werden müssen, und wie dabei der Kampf gegen eine Ignorierung der Frage, als einen „nationalen Nihilismus", auszusehen hat.

Zu Deiner Bemerkung über den Zweifrontenkampf: Auch innerhalb er KPD, so unsere Einschätzung, war hier klar eine Front die Hauptfront, nämlich gegen die nationalistische Abweichung. Die Anhänger des Ausweichens des „nationalen Nihilismus", die nur die „proletarische Revolution" forderten und allen nötigen Kämpfen gegen imperialistische Propaganda ausgewichen sind, gab es jedoch auch. Hier wird man nach Zeitspannen unterscheiden müssen. Daß wir im Kampf gegen die Nazis nicht einen „Zweifrontenkampf" führen ist gewiß unstrittig, war aber nun auch in unserem Text so nicht gesagt, vielleicht etwas unklar formuliert.

Weitere Fragen:

- Zum Foto: Uns überzeugt Deine Kritik nicht sofort, finden es aber bedenkenswert und werden gewiß auch durch Deine Anregung genauer auf die Wirkung von Fotos bei der Auswahl achten. Wir werden mal herumhören, ob viele andere Auch Deine Eindrücke beim Betrachten dieses Fotos hatten.

- S.3 Mitte, 6.Absatz: das ist uns etwas zu unklar: Die SA vor 1933 wäre dann für Dich „verdeckte Form faschistischen Terrors". Zugegeben ist unsere Formulierung auch nicht das gelbe vom Ei, aber Deine Ideen verwirren das Problem noch mehr.

- Prawda-Artikel: Der Stil dieses Artikels ist in der Tat problematisch, er spiegelt aber relativ genau Sprachformen, in der Tat problematische Sprachformen dieser Zeitspanne der kommunistischen Weltbewegung wieder. Wir glauben, daß es dennoch wichtig war, dieses Dokument abzudrucken, um die Einordnung Dimitroffs in diese wichtige Zeitspanne der kommunistischen Weltbewegung zu dokumentieren. Nebenbei sind die Mehrheit der von Dir angeführten Merkmale Dimitroffs gewiß keine „überschwänglichen Übertreibungen", sondern jedes Merkmal für sich wäre getrennt zu diskutieren. Das Problem ist eher die Anhäufung dieser Merkmale, aber standhaft war Dimitroff, treu ebenfalls und sein Auftreten vor Gericht wirklich furchtlos. Sein Leben war nicht gerade von Müdigkeit gekennzeichnet usw.. Wir denken dennoch, daß wir im Tenor verstanden haben, was Du meinst, geben aber auch zu bedenken, daß in wirklich großen Zeiten große Worte auch eine andere und berechtigte, anfeuernde Wirkung haben, aber später in niedergedrückten Zeiten wie der unseren dann besonders bei einzelnen Übertreibungen unangenehm auffallen. Wir werden damit leben müssen, daß in Hinblick auf mehr oder weniger Pathetik hinsichtlich der Zeit Lenins und Stalins es bei unseren Genossinnen und Genossen Unterschiede geben wird. Die emotionslose trockene lediglich an Fakten orientierte Darstellung hat auch in sich die Gefahr einer ätzenden Wirkung.

- BLUM? Leider sind wir hier überfragt, haben diese Frage noch nicht studiert. Wir werden diese Frage – ähnlich wie Passagen Dimitroffs auf dem VII.Weltkongreß zu England – an anderer Stelle genauer diskutieren müssen.

Kritik am Dimitroff-Flugblatt

Insgesamt hat mir das Flugblatt recht gut gefallen, den Kasten „Das Leben von Georgi Michaiowitsch Dimitroff" auf Seite 3 im Flugblatt hätte ich aber *so* nicht abgedruckt.

Es geht um die lobhudlerischen Passagen, wie sie in dem Kasten an zahlreichen Stellen auftauchen, etwa auf Seite 3, zweitletzter Absatz:

> *„...Durch seinen aufopfernden Kampf in den Reihen der Arbeiterbewegung, durch seine grenzenlose Ergebenheit für die große Lehre Lenins - Stalins hat G. M. Dimitroff die heiße Liebe der Werktätigen in der ganzen Welt erworben."*

Formulierungen wie „*grenzenlose Ergebenheit*" und ähnliche Übertreibungen sollten wir vermeiden, ja sind sogar falsch. Im übrigen würde Dimitroffs Leben viel glaubhafter und eindrucksvoller dargestellt, hätten wir das Originaldokument in eigenen Worten wiedergegeben. Wenn man nun die Erklärung des Politbüros des ZK der KPdSU(B) unbedingt als historisches Dokument im Original abdrucken möchte, dann

müssten die kritisierten Passagen zumindest in einem Kommentar, als Fußnote etwa, kritisiert werden.

Inhaltlich sind mir im Zusammenhang mit diesen Übertreibungen noch zwei weitere Punkte an diesem Kasten aufgefallen:

- Auch wenn Stalin neben anderen als Mitunterzeichner des Nachrufs selbst auftaucht, bin ich mir sicher, daß er die Formulierung von der „*großen Lehre Lenins - Stalins*" (Seite 3, zweitletzter Absatz) so nicht formuliert hätte, er bezeichnete sich selbst ja im ideologischen Kampf gegen den Personenkult als „Schüler Lenins".

- Zu kritisieren scheint mir ebenfalls die Formulierung (Kasten Seite 3, 5.Absatz) von der „*ewigen Freundschaft zwischen dem bulgarischen Volk und den Völkern der Sowjetunion*", denn mit der Ewigkeit ist das halt so eine Sache, wie die heutigen Verhältnisse zeigen.

Antwort auf die Kritik

Lieber Freund,

Deine Kritik finde ich nur zum Teil richtig.

Ich gehe mal „gegen die Strömung" vor, also vom letzten Absatz zum ersten Absatz. Sozusagen Punkt für Punkt, obwohl es eigentlich um tiefere Fragen geht.

a) „ewige Freundschaft": dem schlichen Wortlaut nach hast Du recht, da wir entsprechend des dialektischen Materialismus wissen, daß nichts menschliches „ewig" ist und zudem auch auf die nicht belebte Materie bezogen es keine „ewigen" Formen gibt, geschichtlich bedingt der Begriff „ewig" eher religiös besetzt ist und so weiter und so fort. Wenn ich mich Deiner Kritik trotzdem nicht anschließe, dann aus folgendem Grund: Durch den Kampf gegen den Nazi-Faschismus ist eine besondere Art der Freundschaft entstanden, deren Tiefe und Bedeutung in einem Wort schlecht oder gar nicht charakterisiert werden kann. Ich kann verstehen, daß Du Dir das heute nicht mehr verstellen kannst, aber es gab eine emotionale Bindung unter den breiten Massen beider Länder, durch Kampf und Tod verbunden, die diesen Dir pathetisch erscheinenden Begriff doch nicht völlig ungerechtfertigt erscheinen ließ – ein Sprachgebrauch der damaligen Zeit, aus der Literatur und/oder Lyrik entlehnt und selbstredend kein wissenschaftlicher Fachbegriff.

b) Die Tatsache, daß Stalin Schüler Lenins ist, schließt nicht zwingend aus, daß von einer Lehre Lenins-Stalins besprochen werden kann. Der Begriff „ideologischer Kampf gegen den Personenkult" ist zudem eher durch die Chruschtschow-Revisionisten okkupiert. Kleiner Scherz: Ich kannte Stalin nicht so gut wie Du, bin mir aber sicher, daß er diese Formulierung unterschrieben hat. Es bleibt die

Sachfrage: Gibt es eine Lehre „Lenins - und Stalins", war es und ist es richtig, eine solche Formulierung zu verwenden. Ich finde uneingeschränkt ja wie es auch eine Lehre von Marx und Engels und eine Lehre von Marx, Engels, Lenin und Stalin gibt.

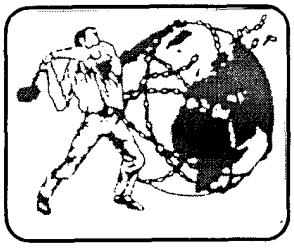
c) „grenzenlose Ergebenheit" – nun – in der Terminologie der Arbeiterklasse enthält dieser Begriff die Feststellung, daß auch das eigene Leben im Kampf gegen den Klassenfeind für die „Sache des Kommunismus", für den revolutionären Kampf der Arbeiterklasse klar und eindeutig in die Waagschale geworfen wird, auf dem Spiel steht. Dimitroff hat dies in den Kerkern der bulgarischen Faschisten und der Nazis in Taten bewiesen. Ich finde dies also nicht eine Phrase.

d) Kommen wir nun zu der eigentlichen Frage: Warum ist es richtig, ein solches Originaldokument aus dem Jahre 1949 auch im Original abzudrucken, auch wenn der Dir pathetisch oder lobhudlerisch erscheinende Stil nicht gefällt, ja Dir falsch erscheint. Ich denke, daß das richtig ist, weil dieses Dokument mit seinem Stil auch etwas über die Atmosphäre der damaligen Zeit aussagt, die heute gewiß schwer (oder vielleicht gar nicht) vorstellbar ist. Jedenfalls hätte eine stilistische Umarbeitung der Sache nach nichts gebracht, da die einzelnen Punkte sowieso im Flugblatt aufgeführt waren. Daher ging es ja gerade darum zusätzlich zu unserer inhaltlichen Argumentation auf der rationalen Ebene durch dieses Originaldokument auch etwas von der emotionalen Atmosphäre herüber zubringen. Das scheint in Deinem Fall nicht gelungen und wir werden prüfen, ob es in anderen Fällen gelungen ist.

Grundsätzlich glauben wir, daß eine kommunistische Bildung und Erziehung unzureichend und hohl bleibt, wenn nicht eine tiefe emotionale Bindung an die Kommunistische Weltbewegung vor allem der Zeit Stalins geschaffen werden kann. Ohne Originaldokumente kann dies nicht gelingen – ohne auch kritische Diskussion über Inhalt und Form dieser Dokumente allerdings auch nicht. Daher fand ich es richtig, dieses Dokument abzudrucken. Daher fand ich es aber auch hilfreich, daß durch Deine Kritik die Gelegenheit geschaffen wurde, diese Punkte klarzustellen, – auch wenn ich mit dem Grundtenor Deiner Kritik nicht einverstanden bin.

PROLETARIER ALLER LÄNDER, VEREINIGT EUCH!
PROLETARIER ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER, VEREINIGT EUCH!

GEGEN DIE STRÖMUNG



Organ für den Aufbau der Revolutionären Kommunistischen Partei Deutschlands

10/02 Oktober 2002

Die US-imperialistischen Kriegsvorbereitungen gegen den Irak bekämpfen ohne unseren Hauptfeind, den deutschen Imperialismus aus der Schusslinie zu nehmen!

Tod dem „deutschen Weg" des deutschen Imperialismus!

Der vor allem vom US- und englischen Imperialismus geplante Krieg gegen den Irak wird ein reaktionärer, verbrecherischer Krieg sein. Diesen geplanten Krieg gilt es als imperialistische Aggression anzuprangern und zu bekämpfen, wobei gleichzeitig klar sein muß, daß das irakische Regime ein durch und durch reaktionäres Regime ist.

Ruft man z.B. zu einer Demonstration gegen militärische Einrichtungen der US-Armee in Deutschland auf, um wirklich in ehrlicher Absicht diesen geplanten Krieg zu bekämpfen, ohne vorrangig die Verbrechen und Kriegsvorbereitungen des „eigenen" Imperialismus anzuprangern und zu bekämpfen, dann gerät man objektiv ideologisch und politisch ins Schlepptau der deutschen Imperialisten, die ja genau von den eigenen Verbrechen und Kriegsvorbereitungen ablenken wollen, indem sie vor allem auf die „Anderen", die Verbrechen der imperialistischen Konkurrenten zeigen.

Gegen opportunistische Vorstellungen vom „zentralen Übel USA": „Der Hauptfeind steht im eigenen Land!"

Schon Lenin hat im 1. Weltkrieg die These vom „zentralen Übel" bekämpft, indem er klarmachte, daß es im 1. Weltkrieg, der vom Gesamtcharakter her ein imperialistischer Raubkrieg war, kein „zentrales Übel" gibt, sondern es nur möglich war, diesen Krieg zu bekämpfen, wenn die revolutionären Kräfte berücksichtigen, daß man sich ***„keiner einzigen imperialistischen Bourgeoisie anschließt,"*** wenn die revolutionären Kräfte klarmachen, daß ***„beide das größere Übel sind"***, wenn sie in jedem Land die Niederlage der imperialistischen Bourgeoisie herbeiwünschen. (Lenin, „Unter fremder Flagge", 1915, Lenin Werke Band 21, S.133)

Auch unter den heutigen Bedingungen gilt es, die These vom „zentralen Übel USA" zu bekämpfen, wie sie von diversen opportunistischen und reformistischen Kräften wie z.B. von ATTAC vertreten wird, die damit den deutschen Imperialismus aus der Schusslinie nehmen wollen und der Sache nach sogar Schröders „deutsche Weg"-Propaganda begrüßen.

Das bedeutet auch, daß wir keinesfalls mit dem reaktionären irakischen Regime solidarisch sind, sondern vor allem mit den sicherlich wenigen, aber sicherlich auch vorhandenen demokratischen und revolutionären Kräften im Irak.

Das von Karl Liebknecht formulierte Prinzip „Der Hauptfeind steht im eigenen Land!" muß ein Grundprinzip auch im Kampf gegen den geplanten Krieg gegen den Irak sein.

Das heißt für uns hier vor allem, daß bei der gerechten Brandmarkung der Verbrechen anderer Imperialisten nicht vergessen werden darf, daß es eine Aufgabe aller demokratischen und revolutionären Kräfte ist, vor allem mit aller Kraft die „deutsche Weg"-Demagogie sowie alle anderen Varianten der Kriegspropaganda des deutschen Imperialismus, Militarismus und Revanchismus zu entlarven und zu bekämpfen.

Hier in Deutschland muß vorrangig der deutsche Imperialismus angegriffen und entlarvt werden, als Ausbeuter und Unterdrücker der Völker der Welt, als eigenständiger Kriegsherd, der nicht nur lokale Krieg schürt und mit vorbereitet, sondern selbst an der Vorbereitung eines Weltkrieges zur Erringung der Weltherrschaft arbeitet, als besonders aggressive impe-

Rosa und Karl: „Der Hauptfeind steht im eigenen Land!"

Schon seit dem 1. Weltkrieg ist bekannt und vor allem von Lenin aufgedeckt worden: Der eine Imperialist im Bunde mit seinen Parteien und Opportunisten prangert den anderen Imperialisten an, er wäre „kriegerisch", „kolonialistisch", er würde „gegen das Völkerrecht" verstossen etc., um von den eigenen Verbrechen abzulenken, die *„mit Stillschweigen"* (Lenin) übergangen werden. Es ist dies das „direkte Geschäft" aller Imperialisten und ihrer Lakaien, wie es Lenin formulierte.[1]

Lenin entlarvte auf diesem Gebiet nicht nur den russischen Imperialismus, den „eigenen" Hauptfeind, sondern wies darauf hin, daß auch die deutschen Imperialisten dieses Manöver meisterhaft beherrschten und daß es darum gehe, die *„Wurzel des Betrugs"* zu entlarven, um die Heucheleien wirklich zerschlagen zu können. Diese Demagogie diente im 1. Weltkrieg auch als *„Beruhigungsmittel für die Völker"*, um sie einzulullen und als *„Bemäntelung der neuen Wendung im Kampf um die Teilung der Beute"* zwischen den imperialistischen Großmächten.[2]

Karl Liebknecht formulierte ein grundlegendes Prinzip im Kampf gegen den „eigenen" Imperialismus „Der Hauptfeind steht im eigenen Land", das heute nach wie vor Gültigkeit hat:

„Internationaler proletarischer Klassenkampf gegen internationale imperialistische Völkerzerfleischung heißt das sozialistische Gebot der Stunde...

Proletarier aller Länder, ...vereinigt euch zum internationalen Klassenkampf gegen die Verschwörungen der Geheimdiplomatie, gegen den Imperialismus, gegen den Krieg, für einen Frieden im sozialistischen Geist.

Der Hauptfeind steht im eigenen Land!"[3]

Rosa Luxemburg erklärte 1916, was es heißt, angesichts eines weltweiten imperialistischen Raubkriegs für wirklichen Frieden zu kämpfen:

„Um Frieden kämpfen heißt, alle Machtmittel der Arbeiterklasse rücksichtslos gebrauchen, um im Lande wie draußen im Felde die Fortführung des Völkermordes unmöglich zu machen, heißt, wie Liebknecht vor keinem Opfer und keiner Gefahr zurückzuschrecken, um den Burgfrieden zu sprengen und der Säbeldiktatur in den Arm zu fallen."[4]

Quellen:

1 Lenin, „Rohentwurf der Thesen für einen offenen Brief an die Internationale Sozialistische Kommission und alle Sozialistischen Parteien", 1916, Lenin Werke Band 23, S. 213

2 Lenin, „An die Arbeiter, die den Kampf gegen den Krieg und gegen die auf die Seite ihrer Regierungen übergegangenen Sozialisten unterstützen", 1916, Lenin Werke Band 238/239

3 Aus dem Flugblatt Karl Liebknechts „Der Hauptfeind steht im eigenen Land!" vom Mai 1915

4 Aus dem Artikel Rosa Luxemburg „Liebknecht", in: „Spartacus", Nr. 1, 20. September 1916

Beilage: Roter Pressespiegel Mai-Juni 2002

rialistische Großmacht mit all ihren Verbrechen im Innern wie nach Außen!

✦✦✦

Nachdem wochenlang angesichts der Überschwemmungen eine regelrechte Flut des deutschen Nationalismus unter dem reaktionären Motto „Deutsche helfen Deutschen!" (und ab dem Einsatz der Bundeswehr auch der deutsche Militarismus) mobilisiert wurde, wurde kurz vor der Wahl die „Irak-Diskussion" von den Parteien des deutschen Imperialismus in den Mittelpunkt gestellt. Kurzfristiges Interesse war dabei vor allem für SPD/Grüne mit diesem „Wahlkampfthema" die Wahl doch noch zu gewinnen, was ja dann auch gelang. Langfristig geht es bei dem „deutschen Weg" aber um mehr.

Es geht dem deutschen Imperialismus darum, den Kampf um imperialistische Einflußsphären im Nahen Osten, insbesondere auch um die Kontrolle der Erdöl-Quellen im Irak, auch im direkten Konkurrenzkampf gegen den US-Imperialismus aufzunehmen. Es geht darum, ein politisches Signal zu setzen, daß der deutsche Imperialismus weltweit den Konkurrenzkampf gegen den US-Imperialismus nicht nur auf ökonomischem Gebiet verschärft, sondern auch auf politischem Gebiet und dann auch langfristig auf militärischem Gebiet verschärfen wird, um sein Ziel, die Erringung der Weltherrschaft zu erreichen. Es geht ihm darum, sich bei den Völkern der Welt einzuschmeicheln und Pluspunkte gegenüber dem US-Imperialismus zu sammeln und die „eigene", die deutsche Bevölkerung immer weitergehender an den deutschen Imperialismus zu ketten, als Vorbereitung für die Führung weiterer imperialistischer Kriege.

Deutsche Imagepflege gegen die USA: „Für Friedenssicherung – gegen US-Krieg!"

Ob SPD/Grüne, CDU, FDP oder PDS bis hin zu den Nazi-Organisationen – alle Parteien und Kräfte des deutschen Imperialismus versuchen sich im Zusammenhang mit dem geplanten US-imperialistischen Krieg gegen den Irak als „Friedensengel" hinzustellen. Schröder, Fischer und Struck „kämpfen" um die „Erhaltung des Friedens". Stoiber votiert auch „gegen den US-Krieg". Die PDS rühmt sich ebenfalls schon seit Monaten für den „Frieden im Nahen Osten" zu kämpfen, ja die PDS-Vorsitzende Zimmer und andere Mitglieder des PDS-Vorstandes riefen offen zur Wahl Schröders als Kanzler im Bundestag auf, um angeblich „einen Krieg gegen den Irak zu verhindern". (ND, 19.8.2002, nach AK 645, 20.9.2002)

Und die Nazis? Sie loben Schröder, weil er den „deutschen Weg" gegen den angeblich „amerikanischen Weg" Stoibers eingeschlagen hätte, propagieren die Parole „Krieg? Ohne uns!" als Kern des „deutschen Wegs" („Nationalzeitung").

Was bei den Nazifaschisten offen auf der Hand liegt, gilt im Grunde für alle Friedensheuchler des deutschen Imperialismus: Sie sind nur gegen ***diesen*** Krieg ***der USA,*** weil dieser so nicht im Interesse der ***eigenen*** imperialistischen Ziele des deutschen Imperialismus ist.

Die Kommunistische Internationale über den imperialistischen Pazifismus

1928 entlarvte die Kommunistische Internationale vor allem jenen „offiziellen Regierungspazifismus", mit dem die imperialistischen Großmächte ihre Kriegsvorbereitung gegeneinander maskieren:

„Die erste Pflicht der Kommunisten im Kampfe gegen den imperialistischen Krieg ist, den Schleier zu zerreißen, mit dem die Bourgeoisie die Vorbereitung des Krieges verhüllt, und den breiten Massen die tatsächliche Lage der Dinge zu zeigen...

Aber in diesem Kampfe gegen den Pazifismus müssen die Kommunisten wohl unterscheiden zwischen der kriegsgegnerischen Stimmung der breiten werktätigen Volksmassen, die bereit sind, gegen einen Krieg zu kämpfen, aber noch nicht den einzig richtigen revolutionären Weg sehen und daher zum Opfer pazifistischer Betrüger werden, und diesen Betrügern selbst, den Vertretern der verschiedenen pazifistischen Richtungen. Während man die Masse beharrlich über ihre Fehler aufklären muß, kann jenen pazifistischen Betrügern nur unerbittlicher Kampf und rücksichtslose Entlarvung gelten."

(Aus der Resolution des VI. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale 1928: „Der Kampf gegen den imperialistischen Krieg und die Aufgaben der Kommunisten", Aus: Die Kommunistische Internationale in Resolutionen und Beschlüssen 1925-1943, Verlag Olga Benario und Herbert Baum, S. 233)

Daß das alles nichts als Heuchelei ist, zeigt ein Blick auf die imperialistischen Kriege des deutschen Imperialismus, seine weltweiten Militäreinsätze und seine Waffenexporte der letzen Jahre.

Durch den imperialistischen Angriffskrieg gegen Jugoslawien 1999, an dem sich die Bundeswehr direkt u.a. mit Bombern beteiligte, wurden mehrere tausend Zivilisten ermordet, zehntausende verletzt, zehntausende mussten flüchten. Auch am imperialistischen Krieg in Afghanistan ab Oktober 2001 ist die Bundeswehr beteiligt (dort wollen sie jetzt die Führung der „Friedenstruppen" übernehmen) und unterstützt somit Bombardierungen der dortigen Zivilbevölkerung oder war und ist sogar direkt daran beteiligt.

Auch die anderen weltweiten Einsätze der Bundeswehr, ob im Kosova oder in Mazedonien (wo die Bundeswehr den Oberbefehl über die NATO-Truppen übernommen hat) oder in Bosnien, ob in Usbekistan oder am Horn von Afrika, wo deutsche Kriegsschiffe patrouillieren – all dies hat nichts mit „Friedenssicherung" zu tun, sondern dient dazu, die weltweiten Ziele des deutschen Imperialismus zunehmend auch militärisch abzusichern und durchzusetzen. Der deutsche Imperialismus stellt weltweit inzwischen hinter den USA den zweitgrössten Truppenanteil für internationale Einsätze. In 14 Ländern sind ständig mehr als 10.000 Bundeswehr-Soldaten im Einsatz. Berücksichtigt man die Rotation sind bereits 60.000 gebunden und verplant, die Ausgaben für diese Einsätze belaufen sich auf 1,7 Milliarden Euro jährlich (SZ, 14.8.2002).

Der deutsche Imperialismus hat auch nach 1945 eine lange Tradition im Schüren und Auslösen lokaler reaktionärer Kriege: die Liste reicht vom Iran/Irak Krieg 1980, über den Krieg in Bosnien 1995 bis zum Krieg gegen Jugoslawien 1999. Und: Der deutsche Imperialismus ist weltweit einer der grössten Waffenexporteure: „Deutsche Waffen deutsches Geld, morden mit in aller Welt!", in der Türkei, Indonesien, Nepal, Südafrika....

Die Heuchelei der deutschen Imperialisten mit der UNO

Als ein „Argument" wird wieder einmal von bürgerlichen Politikern und der bürgerlichen Presse auf die UNO-Charta verwiesen. Ein „Präventivkrieg gegen den Irak" würde ohne UNO-Mandat dem Völkerrecht und der UNO-Charta widersprechen, so tönt der „Spiegel" im Chor mit den bürgerlichen Politikern von Schröder bis PDS. Gleichzeitig wird aber auch schon vorgebaut und klargemacht, daß auch mit UNO-Resolution der deutsche Imperialismus sich eventuell nicht am Krieg gegen den Irak beteiligen wird – eben je nachdem, ob es dann vorteilhaft für den deutschen Imperialismus ist oder nicht.

Daß der deutsche Imperialismus ein wirklicher Meister in der Handhabung des Instruments UNO ist, hat er schon mehrmals unter Beweis gestellt:

Der deutsche Imperialismus hat es bis 1995 vor allem mit Hilfe von „UNO-Mandaten" geschafft, besonders unter der Flagge der „humanitären Einsätze" Schritt für Schritt seine militärischen Einsätze weltweit auszudehnen.

Als es dann darum ging, selbst imperialistische Angriffskriege zu führen und längerfristige militärische Besetzungen durchzusetzen, war die UNO „lästig". Gegen Bosnien 1995, Jugoslawien 1999 und Afghanistan 2001 hat der deutsche Imperialismus auch ohne UNO-Resolution Kriegseinsätze und imperialistische Angriffskriege geführt. Passend dazu wurde am 16.11.2001 der sogenannte „Ermächtigungsbeschluß" des deutschen Bundestag verabschiedet, womit ein weltweiter Kampfeinsatz der Bundeswehr ohne NATO und UNO gegen den „internationalen Terrorismus" verkündet wird.

In der „Irak-Debatte" gibt es dann einen erneuten „Kurswechsel": Vorerst wird hier noch auf die UNO-Karte gesetzt, um sie dann eventuell später wieder beiseite zu legen.

Um die UNO-Karte noch besser ausspielen zu können, drängen die deutschen Imperialisten immer mehr darauf, einen ständigen Sitz im Sicherheitsrat der UNO zu bekommen, wo sie dann durch ihr „Veto" direkt mitbestimmen könnten, welche UNO-Resolutionen verabschiedet werden und welche nicht.

Es ist klar: Auch mit einer entsprechenden UNO-Resolution wären der Krieg gegen Jugoslawien und Afghanistan imperialistische Verbrechen gewesen, genauso wie ein Krieg gegen den Irak auch mit UNO-Resolution ein imperialistisches Verbrechen wäre. Die UNO ist spätestens seit 1950 (Korea-Krieg) ein Deckmantel und Instrument für imperialistische militärische Aggressionen und wird von den jeweiligen Imperialisten dann eingesetzt, wenn sie als ideologische Deckung benutzt werden kann. Die UNO wird aber auch ungeniert beiseite geschoben und ihre Charta, die auch die imperialistischen Staaten unterschrieben haben, in zynischer Offenheit gebrochen, um imperialistische Aggressionen durchzuführen.

Die deutschen Neokolonialisten gegen die Neokolonialisten der USA!

Außenminister Fischer verkündet, der „Maßstab" des Handelns im Fall Irak wäre „...keine Aktion allein von Außen, die mit dem Verdacht des Neokolonialismus behaftet wäre" (Spiegel, 40/2002, S. 113). Daß das alles nichts mit „Antiimperialismus" zu tun hat, zeigt die Ausbeutung der Völker der Welt mit Hilfe neokolonialistischer Mittel durch den deutschen Imperialismus wie z.B. in der Türkei, in Indonesien, in Brasilien und Süd-Afrika, um nur einige wenige Beispiel zu nennen. Das zeigt vor allem auch die neokoloniale Abhängigkeit des Irak und des Iran vom deutschen Imperialismus, zwei der strategisch wichtigsten Länder des Nahen Ostens aufgrund ihrer Lage und ihrer riesigen Ölvorräte.

Das deutsche Finanzkapital hat in den letzten Jahren unter dem Motto: „um jeden Preis im Irak Geschäfte machen", seinen Einfluß im Irak im Konkurrenzkampf mit anderen imperialistischen Mächten massiv erhöht. Der Waren- und Kapitalexport des deutschen Imperialismus in den Irak stieg von 21,7 Millionen Euro im Jahre 1997 auf 336 Millionen Euro 2001. Im 1. Halbjahr 2002 betrug er schon 226 Millionen Euro, was eine weitere Steigerung bedeutet. Daimler-Benz liefert „Nutzfahrzeuge" in den Irak, Siemens Zünder für Atombomben, eine Schlüsselkomponente zum Bau von Atombomben – der deutsche Imperialismus ist auch dabei, die irakische Armee aufzurüsten und vom deutschen Imperialismus abhängig zu machen (Spiegel, 40/2002, S. 96, FR, 8.10.2002). Seit langem bestehen beste politische Kontakte zum Irak, insbesondere auch über die deutsch-arabische Freundschaftsgesellschaft sowie auch über diverse deutsche Nazi-Organisationen.

Auch im Iran konnte der deutsche Imperialismus seinen Einfluss massiv steigern. 2002 wurde ein neues Investitionschutzabkommen unterzeichnet. Es liegen Pläne von Kapitalexport in Höhe von 225 Mill. Euro vor. Insbesondere soll in die Petrochemie sowie dem Anlagen- und Maschinenbau investiert werden, um die Erdölproduktion des Iran vom deutschen Imperialismus abhängig zu machen. Waren- und Kapitalexport des deutschen Imperialismus in den Iran stiegen in den ersten 5 Monaten 2002 im Vergleich zu 2001 um 17 Prozent und betrugen 830 Mill. Euro. (jungle world, 28.8.2002)

Es geht also um die Steigerung der Profite, um die Ausdehnung des Einflusses des deutschen Imperialismus im Irak, ja insgesamt im Nahen Osten, was mit Phrasen über „Antiimperialismus" vertuscht und verschleiert werden soll.

Verschärfter Konkurrenzkampf des deutschen Imperialismus auf allen Gebieten vor allem gegen den US-Imperialismus als ein weiterer Schritt im Kampf um die Weltherrschaft

Die ganze Propaganda vom „deutschen Weg" hat in Wirklichkeit also ganz andere Ziele. Schröder betonte - nachdem er am 5. August 2002 auf einer Wahlkampfveranstaltung in Hannover den „deutschen Weg" als Kernpunkt des SPD-Wahl-Programms formuliert hatte: *„Es geht nicht um irgendeine außenpolitische Strategie, es geht um die Vertretung eigener Interessen."* (Regierungserklärung von Bundeskanzler Gerhard Schröder vom 8.11.2001)

„Vertretung eigener Interessen" bedeutet im Zusammenhang mit dem geplanten usamerikanischen Krieg gegen den Irak vor allem:

◆ Durch die Weigerung, sich an der geplanten Aggression des US-Imperialismus und des englischen Imperialismus gegen den Irak zu beteiligen, soll versucht werden die Errichtung eines pro-US-Imperialistisches Regime im Irak und damit auch den drohenden Verlust der Profite und des schon erkämpften Einflusses im Irak zu verhindern. Das bedeutet nicht, daß nicht in nächster Zeit umgeschwenkt und sich der deutsche Imperialismus doch am geplanten Krieg beteiligen wird, um eben Brocken der Beute abzubekommen, die sonst die anderen Imperialisten unter sich aufteilen würden, und damit den Grundstein zu legen, um im verschärften Konkurrenzkampf gegen den US-Imperialismus wieder an Boden zu gewinnen. Der deutsche Imperialismus versucht eben für alle Fälle gewappnet zu sein, um sowohl durch Kapital als auch durch Bundeswehrtruppen seinen Einfluß als imperialistische Großmacht zu stärken.

◆ Es geht auch darum, zu verhindern, daß der US-Imperialismus durch Truppenstationierungen im Irak direkten militärischen Zugriff auf die irakischen Öl-Quellen bekommt (wie schon auf diejenigen Saudi-Arabiens und Kuwaits), die die zweitgrössten der Welt sind. Die irakischen Reserven wurden vor kurzem von US-Experten höher geschätzt, von 112 Mill. Barrel auf 360 Mill. (zum Vergleich: Saudi-Arabien: 260 Mill. Barrel)

Da aus Öl vor allem auch Kerosin (Benzin für Flugzeuge) und Treibstoff für Panzer etc. gewonnen wird, ist dieser Rohstoff nicht nur für das reibungslos Funktionieren der Industrie unentbehrlich, sondern insbesondere auch im Hinblick auf die Fähigkeit imperialistische Kriege zu führen von zentraler Bedeutung. Ohne Zugriff auf genügend große Erdölvorräte ist nicht daran zu denken, langandauernde imperialistische Krieg zu führen.

◆ Der Kampf zwischen dem deutschen Imperialismus und vor allem dem US-Imperialismus um die Vorherrschaft im Irak ist Teil des imperialistischen Kampfs um die Vorherrschaft im Nahen Osten, einem der strategisch wichtigsten Gebiete der Welt, insbesondere weil dort die größten Erdölreserven der Welt lagern.

Der US-Imperialismus hat im Nahen Osten durch seine Truppenstationierungen in Saudi-Arabien und Kuwait seine militärischen Positionen in den letzten Jahren ausgebaut und will durch den Krieg gegen Irak langfristig auch die Möglichkeit erhalten, seine verlorenen Positionen im Iran zurückerobern, um somit fast die gesamten Ölreserven und Transportwege des Nahen Ostens militärisch zu kontrollieren.

Der deutsche Imperialismus hat zwar Truppen in Kuwait und am Horn von Afrika stationiert, ist aber in keinem anderen Land des Nahen Ostens militärisch präsent und bemüht, seine Position zu verbessern. Eine dauerhafte militärische Besetzung des Irak vor allem durch US-Truppen wäre zunächst eine weitere militärische Stärkung des US-Imperialismus gegenüber dem deutschen Imperialismus.

Im Moment ist der deutsche Imperialismus noch nicht Willens und auch nicht in der Lage, eine direkte militärische Konfrontation mit dem US-Imperialismus einzugehen. Ein Ziel des „deutschen Weges" besteht gerade darin, dies zu verändern. Es geht darum, den deutschen Imperialismus in eine Position zu bringen, in der er nicht mehr nur im Rahmen militärischer Bündnisse und Kriege unter Füh-

Proletarier aller Länder, vereinigt euch!
Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt euch!

Rot Front

Zeitschrift für den wissenschaftlichen Kommunismus

Theoretisches Organ von GEGEN DIE STRÖMUNG Organisation für den Aufbau der Revolutionären Kommunistischen Partei Deutschlands

Nr. 6, Juli 1998

Das kommunistische Erbe von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht verteidigen

Zum Programm der KPD
Programm der Kommunistischen Partei Deutschlands vom 31. Dezember 1918

Den Kampf von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht für die proletarische Revolution und den Kommunismus weiterführen

Diskussionsbeitrag zu einigen Fragen der Einschätzung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht

204 Seiten, 10 Euro

Flugblätter von „Gegen die Strömung“ Oktober 2001 - September 2002

Oktober-November 2001

Angesichts der amerikanisch-britischen Bombardierungen Afghanistans und des Beschlusses des Deutschen Bundestags zum Kriegseinsatz der Bundeswehr in und um Afghanistan:

Kampf gegen die Kriegspolitik des deutschen Imperialismus!

A 3, 12 Seiten, mit Beilage zur Geschichte Afghanistans, 0,50 Euro

Dezember 2001

22.Juni 1941-8. Mai 1945:

Krieg des deutschen Nazi-Faschismus gegen die Diktatur des Proletariats in der Sowjetunion

1418 Tage!

A 3, 20 Seiten, 1 Euro

Januar 2002

Die anhaltenden Kämpfe der Ausgebeuteten und Unterdrückten in Argentinien zeigen den fortschrittlichen Kräften der ganzen Welt:

So wie es ist, bleibt es nicht!

A 3, 2 Seiten

Februar 2002:

NPD und Verfassungsschutz: Die Nazis mitten im Staatsapparat!

A 3, 6 Seiten, 0,50 Euro

März 2002

Ex-Jugoslawien, Afghanistan, Usbekistan, Kuweit, Somalia...

Der deutsche Imperialismus beim dritten militärischen Anlauf für seine Weltherrschaftsziele!

A 3, 6 Seiten, Beilage Roter Pressespiegel und Plakat: Militärische Propaganda auf dem Vormarsch! Die Schüler Goebbels' bei der Arbeit! 0,50 Euro

April 2002

Zum 1. Mai 2002

Die imperialistischen „Herren der Welt“ haben NICHT „alles im Griff“!

Die gerechten Kämpfe der Ausgebeuteten und Unterdrückten in aller Welt lassen sich nicht aufhalten!

A 3, 4 Seiten

Mai 2002

Die erstarkende Feindschaft gegen die Juden in Deutschland bekämpfen!

A 3, 2 Seiten

Juni 2002

Die imperialistischen Großmächte hetzen die Völker gegeneinander, um ihre Expansion zu betreiben:

Die Masse der werktätigen Bevölkerung Israels und der palästinensischen Autonomiegebiete wird gemeinsam im Kampf gegen Imperialismus und Chauvinismus eine neue Seite ihrer Geschichte aufschlagen!

A 3, 2 Seiten

Juli 2002

Das Dilemma der von der Gewerkschaftsführung abhängigen Streikbewegung: Der Bauarbeiterstreik im Juni 2002

A 3, 2 Seiten, Beilage Roter Pressespiegel

August 2002

Den Kampf der Roma aus dem ehemaligen Jugoslawien gegen den mörderischen Abschiebeterror des deutschen Imperialismus unterstützen!

A 3, 4 Seiten

September 2002

Aus Dimitroffs Kampf gegen den Nazi-Faschismus lernen!

A 3, 6 Seiten

rung der USA oder anderer Imperialisten seine Ziele durchsetzen kann, sondern mit Hilfe von militärischen Bündnissen und Kriegen unter deutscher Oberhoheit oder im militärischen Alleingang vor allem auch gegen den US-Imperialismus. Ein militärisches Bündnis mit europäischen imperialistischen Mächten unter deutscher Führung herzustellen ist ein nächster Schritt, um dem US-Imperialismus weltweit auch militärisch entgegentreten zu können. Ausdruck davon ist der Streit um eine weltweit agierende EU-Eingreiftruppe, deren Aufbau insbesondere vom deutschen Imperialismus im Gegensatz zu einer NATO-Eingreiftruppe unter US-Führung forciert wird.

Für den deutschen Imperialismus, Militarismus und Revanchismus spielt dabei das Verhältnis zum russischen Imperialismus eine wichtige Rolle. Nachdem die ehemals sozialistische Sowjetunion, die die Hauptlast des Kampfes gegen den Nazi-Faschismus zu tragen hatte, sich spätestens mit dem konterrevolutionären 20. Parteitag der KPdSU 1956 in eine revisonistische Macht verwandelt hatte und danach als revisionistisch-kapitalistisch-imperialistische Macht als Konkurrent auch gegen den deutschen Imperialismus auftrat, zerfiel die imperialistische Sowjetunion Anfang der 90er Jahre vor allem durch den Druck der anderen imperialistischen Mächte. Insbesondere auch der deutsche Imperialismus konnte danach seine Positionen im ehemaligen Machtbereich des russischen Sozialimperialismus massiv ausbauen, zuletzt durch die Beteiligung am Krieg gegen Afghanistan. Auch die sogenannte „EU-Ost-Erweiterung“ ist für die Stärkung des deutschen Imperialismus von großer Bedeutung und nützt vor allem diesem.

Um seine eigenen imperialistischen Ziele zu erreichen, geht der deutsche Imperialismus mit seiner bewährten Doppeltaktik vor:

Einerseits forciert er seine „friedlichen“ Machenschaften, intensiviert seine geheime und offene Diplomatie, verstärkt seine „guten Beziehungen“ zu reaktionären Regierungen in aller Welt sowie zu Oppositionsbewegungen, wo er versucht, bereits vorhandene antiamerikanische Stimmungen auszunutzen und weiter zu schüren, um den eigenen Einfluß zu stärken.

Andererseits forciert er massiv seine militärischen Aktivitäten und seine Kriegspolitik: Die Bundeswehr, eine der stärksten Armeen der Welt, ist weltweit präsent, inzwischen auch in strategisch so wichtigen Regionen wie in Afghanistan, Zentralasien (Usbekistan) oder am Horn von Afrika, sie führt immer häufiger auch selbst imperialistische Angriffskriege wie in Jugoslawien oder Afghanistan. Die Rüstungsproduktion und der Waffenexport wird weiter gesteigert, um die Bundeswehr noch „schlagkräftiger“ zu machen und um den Einfluß auf die Armeen anderer insbesondere vom Imperialismus abhängiger Länder weiter zu erhöhen, um zunächst verstärkt über lokale Stellvertreterkriege insbesondere den US-Imperialismus auch militärisch herauszufordern.

Dies alles hat einen tieferen Hintergrund: Für den deutschen Imperialismus, Militarismus und Revanchismus ist der weitere Vorstoß auf dem „deutschen Weg“ im Zusammenhang mit der geplanten US-imperialistischen Agression gegen den Irak nur ein Schritt auf seinem weiteren Weg Revanche zu nehmen für die Niederlage, die ihm die Völker und Staaten der Anti-Hitler-Koalition bereitet haben, die mit regulären Armeen und im Partisanenkrieg gekämpft haben. Die dem „deutschen Weg“ zugrunde liegende Ideologie der Revanche dient dem Ziel, mit allen Mitteln, einschließlich der militärischen, Einfluß und Ausbeutungsmöglichkeiten der deutschen Imperialisten zu erhöhen.

Daher ist und bleibt unsere Parole:

Tod dem deutschen Imperialismus, Militarismus und Revanchismus!

BUCHLADEN
Georgi Dimitroff

Speyerer Str. 23, 60327 Frankfurt/M.

Fax 069/730920

ÖFFNUNGSZEITEN

Freitag 16.30 - 19.30 Uhr
Samstag 10.00 - 13.00 Uhr

Vertrieb für Internationale Literatur

Brunhildstr. 5, 10829 Berlin

GEÖFFNET:

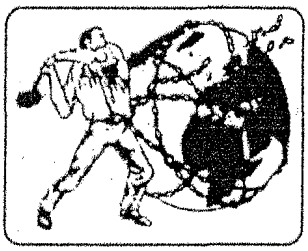
Samstag 11.00 - 14.00 Uhr

ISSN 0948/5090

Drucker, Herausgeber und verantwortlicher Redaktuer: A. Odenthal, Vertrieb für Internationale Literatur, Brunhildstr. 5, 10829 Berlin

PROLETARIER ALLER LÄNDER VEREINIGT EUCH!
PROLETARIER ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER VEREINIGT EUCH!

GEGEN DIE STRÖMUNG



Organ für den Aufbau der Revolutionären Kommunistischen Partei Deutschlands

11/02 Dezember 2002

Überfälle, Mißhandlungen, Anschläge, Mord:

Nazi-Terror!

In den letzten Monaten hat sich die Lage für alle Menschen, die vom Nazi-Terror bedroht sind, weiter verschärft. Mindestens drei Nazi-Morde, zahllose Angriffe und Überfälle durch Nazis gab es. Gleichzeitig verstärkt sich zunemhend die Gefahr, daß dieser Nazi-Terror nur noch „am Rande" registriert wird. Dies liegt nicht nur am Erfolg der Desinformation und Manipulation der bürgerlichen Medien, die Gegenwehr schon im Keim ersticken soll. Dies liegt nicht nur an der Repression gegen die antinazistischen Aktivistinnen und Aktivisten durch den deutschen Imperialismus und der Inschutznahme der Nazis durch seine Polizei. Dies liegt auch ein stückweit an uns selbst: Am schleichenden Gift der eigenen Gewöhnung an den tagtäglichen Nazi-Terror und die tagtägliche Nazi-Propaganda, an der unzureichenden Vernetzung der einzelnen Anti-Nazi-Kämpfe untereinander und an der ungenügenden Kampfbereitschaft.

Nazi-Mord an Marinus Schoberl

Am 12. Juli 2002 wurde in Potzlow, einem Dorf mit 580 Einwohnern in Brandenburg, der 16jährige Marinus Schoberl von den Nazis Marco und Marcel Sch. und Sebastian F. ermordet. Marinus paßte wegen seiner Kleidung und seiner Haare nicht in das Weltbild der Nazis, sie beschimpften ihn als „Juden".

Zunächst schlugen sie Marinus auf einer Party zusammen, die übrigen Anwesenden schritten nicht ein. Später verschleppten sie ihn zu einer stillgelegten LPG-Anlage. Stundenlang mißhandelten und prügelten sie Marinus dort mit Knüppeln, Stiefeltritten und herumliegendem Werkzeug. Schließlich ermordeten sie ihn, indem sie ihm mehrmals einen schweren Stein auf den Kopf warfen. Anschließend verscharrten sie seine Leiche in einer Jauchegrube. Marinus galt monatelang als vermißt. Erst als einer der Nazis mit dem Mord prahlte, wurde seine Leiche entdeckt. (jW, 25.11.02; Jungle World 49/2002)

Marco Sch., einer der drei Nazi-Mörder, war erst einige Tage vor dem Mord aus dem Gefängnis entlassen worden, wo er eine Haftstrafe u.a. wegen Körperverletzung und Verwendung von Nazi-Symbolen absaß. Nach dem Mord an Marinus wurde er wegen eines Überfalls auf den 34jährigen Flüchtling Duweit N. aus Sierra Leone im August 2002 einer dreieinhalbjährigen Haftstrafe verurteilt.

Antinazistische Gruppen der Umgebung erklären, daß es in der Region seit Jahren eine aktive Nazi-Szene gibt, aus der heraus bereits mehrere Nazi-Verbrechen begangen worden sind. Schon im August 1997 wurde in Potzlow ein 45jähriger Mann von fünf Nazis auf offener Straße mit Baseballschlägern ermordet.

Die Antifa-Gruppe „Salz und Pfeffer" hat seit Juli 2002 in der Uckermark 144 Nazi-Verbrechen gezählt. Im Mai 2002 wurde in Wittstock ein Aussiedler von Nazis ermordet. Schüler aus Gerswalde hielten vor einem Jahr auf einer Klassenfahrt ein selbstgemaltes Plakat mit der Aufschrift „Ihr Juden sollt vergasen, ab in euer Land" an die Heckscheibe ihres Busses. Im Jugendclub von Strehlow wird „akzeptierende Jugendarbeit" mit den Nazis der Region betrieben, zeitweise sogar angeleitet von einem Nazi als Sozialarbeiter. Von den örtlichen Medien und Politikern wird dies alles bagetellisiert und die Nazi-Verbrecher faktisch in Schutz genommen. So erklärte Bürgermeister Feike: „Eine ausgeprägte rechte Szene gibt es in Potzlow nicht".(Jungle World 49/2002; Antifaschistische Nachrichten 25/2002) Ähnlich der brandenburgische Innenminister Jörg Schönbohm in einem Internview mit der „Junge Freiheit". Die Zahl der Nazi-Verbrechen sei seit dem „Abflauen des Kampfs gegen Rechts" zurückgegangen

Am 30.11.02 demonstrierten in Potzlow, Strehlow und Prenzlau über 200 Antinazistinnen und Antinazisten unter dem Motto „Potzlow ist überall - dem rechten Konsens entgegentreten!".(FR 20.11.02)

☆☆☆

Klar ist: Gegen den verschärften Nazi-Terror müssen wir mehr und besser aufklären, mehr und besser kämpfen. Nur durch militante Gegenwehr und einen offensiven Kampf gegen die Nazis und ihre Ideologie können wir im demokratischen Kampf gegen Nazis und Nazismus Erfolge erzielen.

☆☆☆

Solidarität mit allen von den Nazis Bedrohten!
Den Kampf gegen die Nazis auf der Straße und gegen ihre Ideologie führen!
Organisieren wir den internationalistischen, militanten Kampf gegen die Nazi-Banden!
Tod dem Nazismus!
Tod dem deutschen Imperialismus!

Schlaglichter des Nazi-Terrors der letzten Wochen

Allein für Oktober 2002 verzeichneten selbst offizielle Statistiken insgesamt 541 „rechtsextrem motivierte Straftaten". Von den 379 ermittelten Tatverdächtigen wurden 56 vorübergehend festgenommen. Haftbefehle wurden in keinem der Fälle erlassen. (jW 14./15.12.02)

Angriff: Drei Nazis überfallen am 20. Oktober einen Nigerianer in einer Berliner S-Bahn. Sie beschimpfen ihn mit den Worten: „Die sollte man alle umbringen!" und schlagen ihm mit einer Flasche ins Gesicht.(Jungle World 45/2002)

Anschlag: In der Nacht zum 31. Oktober verüben drei Nazis einen Brandanschlag auf ein Flüchtlingsheim in Aspach, Baden-Württemberg.(Jungle World 47/2002)

Antisemitische Hetze: In der Woche vor dem 9. November werden in der Umgebung der NPD-Zentrale in Bochum Wattenscheid Parolen wie „Nur für Arier" und Hakenkreuze gesprüht. In der Nacht zum 9. November beschmieren Nazis eine Gedenktafel am Platz der ehemaligen Synagoge mit antisemitischen Parolen und sprühen am „Kriegsdenkmal" im Stadtpark die Parole „Soldaten sind SS-Helden" .(jW 10.12.02)

Antisemitische Hetze: Um den 9. November werden im Landkreis Uecker-Randow in Mecklenburg-Vorpommern, u. a. am jüdischen Friedhof Ueckermünde und am jüdischen Denkmal von Löcknitz mehrere antisemitische Transparente angebracht, auf denen zu lesen ist „Erwehrt euch der jüdischen Weltpest" und „Stoppt das Finanzjudentum".(jW 12.11.02)

Schändung einer Gedenktafel: Mitte November wird eine jüdische Gedenktafel in Berlin-Tiergarten beschmiert und beschädigt.(jW 16./17.11.02)

Überfall: 25 Nazis greifen am Abend des 20. November eine antifaschistische Veranstaltung in Dresden an, die sich gegen den Nazi-Klub „Thor" richtet. (Jungle World 49/2002)

Mißhandlungen und Folter: Drei stadtbekannte Bochumer Nazis locken über mehrere Wochen jugendliche Obdachlose in ihre Wohnungen. Dort beschimpfen, mißhandeln, prügeln und foltern sie ihre Opfer mehrere Stunden lang. In den Wohnungen der Nazis werden umfangreiches Nazi-Propagandamaterial und rassistische Musik-CDs gefunden. Die Bochumer Polizei verschweigt in ihrer Pressemeldung vom 20.11.02 den Nazi-Hintergrund.(FR 22.11.02; www.de.indymedia.org/2002/11/34990.shtml)

Angriff: Am Wochenende des 22./23. November attackieren 15 Nazis fünf „Nichtdeutsche" am Dortmunder Hauptbahnhof. Die Nazis werfen Mülleimer und Dosen und feuern mit einer Gaspistole auf ihre Opfer. Ein Reisender, der eingreifen will, wird von den Nazis zu Boden gerissen und getreten.(jW 27.11.02)

Mordversuch: Am 24. November greifen acht Nazis eine Moschee im niedersächsischen Wolfenbüttel mit Molotowcocktails an. Über der Moschee wohnt eine vierköpfige Familie. Dieselben Nazis hatten bereits Anfang November versucht, die Moschee anzuzünden.(jW 11.12.02)

Mord: Am 27. November zünden drei Jugendliche im bayerischen Schwalbach einen 53jährigen Obdachlosen an. Der Mann stirbt an den Folgen seiner schweren Verbrennungen.(jW 11.12.02)

Angriff: Am 28. November verletzt ein mehrfach vorbestrafter Nazi in Andernach am Rhein einen 41jährigen Mann aus Togo. Durch Tritte mit Springerstiefeln ins Gesicht verliert der Mann mehrere Zähne und wird erheblich am Kiefer verletzt.(jW 11.12.02)

Schändung eins Mahnmals: Ende November wird das Mahnmal für die Opfer des KZ Sachsenhausen in Leegebruch bei Berlin zum wiederholten Mal zerstört.(jW 22.11.02)

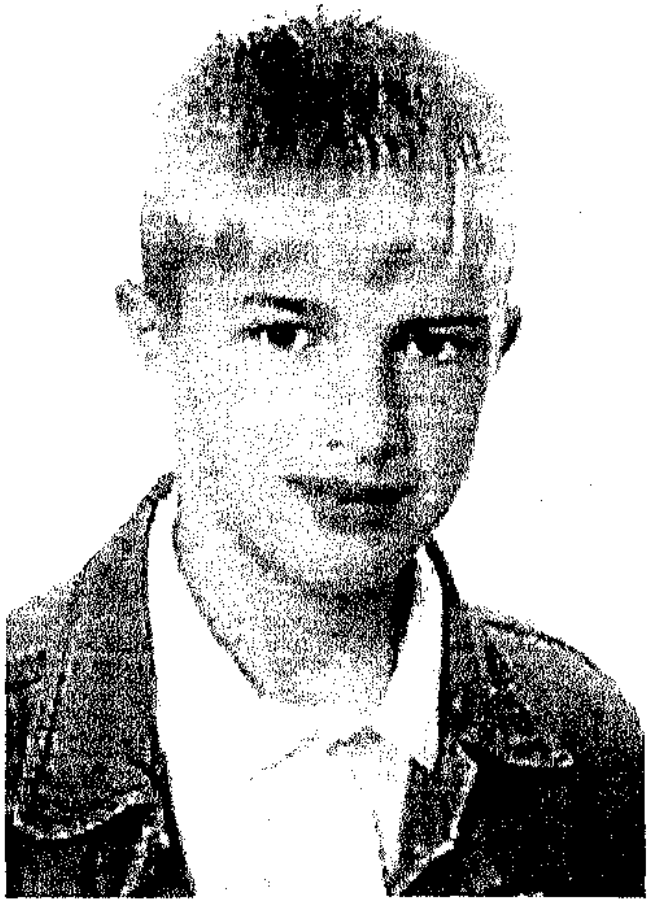
Mordversuch: Ende November versuchen drei Männer im niedersächsischen Osterode, einen 47jährigen Arbeitslosen zu erhängen. Zuvor hatten sie ihn mißhandelt und als „Schmarotzer" beschimpft.(FR 26.11.02)

Mord: Ebenfalls Ende November zünden drei Jugendliche in Altendorf bei Nürnberg einen Obdachlosen an. Nach einer Woche stirbt der Mann an seinen schweren Verletzungen.(jW 29.11.02, jW 7./8.12.02)

Überfall: In der Nacht zum 1. Dezember stürmen 30 Nazis gegen Mitternacht einen Jugendclub in Teutschenthal in Sachsen-Anhalt: Mehrere Personen werden verletzt.(jW 11.12.02)

Von Nazis ermordet!

Marinus Schöberl



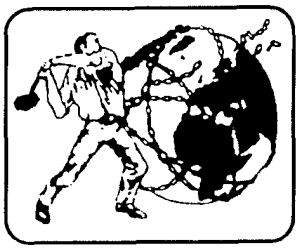
Nichts vergeben, nichts vergessen!

Tod dem Nazismus!

Drucker, Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: A. Odenthal, Vertrieb für Internationale Literatur, Brunhildstr. 5, 10829 Berlin

PROLETARIER ALLER LÄNDER, VEREINIGT EUCH!
PROLETARIER ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER, VEREINIGT EUCH!

GEGEN DIE STRÖMUNG



Organ für den Aufbau der Revolutionären Kommunistischen Partei Deutschlands

12/02-01/03 Dezember 2002/Januar 2003

Studiert die Schriften des wissenschaftlichen Kommunismus:

Überzeugende Argumente für den Kommunismus

Der Kommunismus wird seit über 150 Jahren verleumdet. Zusätzlich wurde er diskreditiert durch die polizeistaatlichen Karikaturen auf die kommunistischen Ideen von Karl Marx: von den Pseudokommunisten in der UdSSR, der DDR und den anderen revisionistischen Staaten, die spätestens seit Mitte der 50er Jahre den Weg hin zum Kommunismus verlassen und unter der Maske des „Sozialismus" eine schlechte Kopie der westlichen kapitalistischen Staaten errichteten, ehe die Restauration des Kapitalismus völlig offen betrieben wurde.

Was also ist das Ziel des Kommunismus eigentlich? Eine bloße Utopie, nie zu erreichen, weil der Mensch halt doch „von Natur aus böse" ist, ein schönes, aber völlig unrealistisches Ideal? Oder gar das „teuflische Lügengebäude jüdisch-bolschewistischer Verschwörer, die nur den eigenen Vorteil suchen", wie dies die Nazifaschisten propagieren? Die Verleumdungen des Kommunismus und seine Verfälschungen nehmen immer mehr zu. Das ist kein Wunder, denn die mörderische Realität des heutigen Kapitalismus in seiner imperialistischen Ausprägung schreit geradezu nach Beseitigung des Imperialismus, nach Abschaffung des Profitsystems, nach Vergesellschaftung der Produktionsmittel usw., nach dem Kommunismus:

Eine nicht abreißende Serie von Raubkriegen, die Verschärfung von Ausbeutung und Elend bis zum Hungertod von jährlich über 30 Millionen Menschen, die schon längst ernährt werden könnten, wenn es aus der Sicht der „Verdammten dieser Erde" vernünftig zugehen würde, stehen im krassen Widerspruch zu den immer größer werdenden und deutlich sichtbaren Möglichkeiten, die grundlegenden Probleme der breiten Massen der Weltbevölkerung angesichts des gigantischen technischen Fortschritts, angesichts der Ansammlung ungeheurer Reichtümer, angesichts nur dem Imperialismus vernünftig erscheinender weltweiter Rüstungsausgaben von 800 Milliarden Dollar jährlich usw. lösen zu können. Die Herren dieser Erde morden, rauben, plündern, verschwenden und verschleudern und müssen immer mehr... lügen: „Es gibt halt kein besseres System..., da muß man sich mit abfinden".

Um so wichtiger ist es, sich Klarheit zu verschaffen: Klarheit darüber, warum und mit welchem Ziel das ganze kapitalistisch-imperialistische System bekämpft und vernichtet werden muß. Klarheit über das Ziel des Kommunismus, warum der Kommunismus vernünftig und realistisch ist und für wen!

Kommunismus – das ist die weltweite Solidarität der „Verdammten dieser Erde", die sich nicht mehr gegeneinander aufhetzen lassen, das ist das Ende der Kriege und Massenmorde.

Kommunismus – das ist die Beseitigung der Möglichkeit zur Ausbeutung, indem die Mittel zur Produktion den bewußt sich zusammenschließenden Produzenten wirklich gehören.

Kommunismus – das ist die Beseitigung von Elend sowie das Ende der absurden Vernichtung und Verschleuderung von Produkten. Dann existiert die wissenschaftlich geplante, an den Bedürfnissen der Gesellschaft und nicht am Profit orientierte Produktion.

Kommunismus – das ist schließlich das Ende von Unterdrückung. Die Menschen, die vom Dreck des Kapitalismus auf allen Gebieten befreit sind, regeln planvoll ohne jegliche staatliche Unterdrückungsmaschinerie ihr Leben, sind selbstbewußt als „Kommune" organisiert und entfalten frei ihre individuellen Persönlichkeiten.

Bertold Brecht hat recht: Der Kommunismus ist „das Einfache", er ist für die Ausgebeuteten und Unterdrückten leicht zu begreifen, logisch und vernünftig. Zielklarheit über den Kommunismus ist heute unerläßlicher denn je, weil er die nötige Kraft und Ausdauer für den Kampf gegen den Klassenfeind gibt. Der Feind ist noch stark und muß erst besiegt und niedergeworfen werden, denn der Kommunismus ist „das Einfache, das schwer zu machen ist". Das Studium des wissenschaftlichen Kommunismus im Kampf für den Kommunismus, im Kampf für den Aufbau der Kommunistischen Partei anzuregen und zu unterstützen – das ist das Ziel der nachfolgenden Ausführungen.

Kurze Charakteristik der kommunistischen Gesellschaft

Es ist kein Zufall, daß Stalin mitten im Aufbau der Grundlagen einer sozialistischen Gesellschaft in der damals sozialistischen Sowjetunion 1927 die bisher prägnanteste Skizze der kommunistischen Gesellschaft – gegenüber einer skeptisch eingestellten amerikanischen Arbeiterdelegation – gegeben hat.

Beim Aufbau der sozialistischen Grundlagen im ersten Staat der Welt, der die Ausbeutung abgeschafft hat, wurde schnell auch praktisch klar, daß die verschiedenen Merkmale einer kommunistischen Gesellschaft nicht alle gleichzeitig realisiert werden konnten. In der Tat konnten auch in der ersten Phase direkt nach der siegreichen sozialistischen Revolution in einigen Jahrzehnten einzelne wichtige Merkmale der kommunistischen Gesellschaft schon realisiert werden (die Abschaffung des Privateigentums an den Produktionsmitteln d.h. die Abschaffung der Ausbeutung), andere Merkmale aber können erst wesentlich später realisiert werden: die Abschaffung der Armee der Revolution, einer zentralen Waffe gegen noch bestehende imperialistische Staaten, das Absterben eines für die Unterdrückung der Feinde der Revolution noch nötigen Staatsapparates, das langsame Absterben nationaler Unterschiede oder auch die Abschaffung des Geldes – um hier nur einige Beispiele zu nennen. Die erste Phase beim Aufbau des Kommunismus, gewöhnlich als „sozialistisch" bezeichnet, ist somit deutlich zu unterscheiden von der höheren Phase des dann „reinen" Kommunismus, in dem schließlich und endlich alle Merkmale einer kommunistischen Gesellschaft ohne Ausnahme verwirklicht sein werden. Und von einem solchen Zustand war auch die UdSSR 1927 „noch weit entfernt", wie Stalin gegenüber der amerikanischen Arbeiterdelegation hervorhob. Stalin antwortete auf die Frage nach der „zukünftigen Gesellschaft" wie folgt:

> **„Eine allgemeine Charakteristik der kommunistischen Gesellschaft haben Marx, Engels und Lenin in ihren Werken gegeben. Wenn in aller Kürze die Anatomie der kommunistischen Gesellschaft skizziert werden soll, so wird es eine Gesellschaft sein:**
>
> **a) in der es kein Privateigentum an Produktionsmitteln, sondern nur gesellschaftliches, kollektives Eigentum an Produktionsmitteln geben wird;**
>
> **b) in der es keine Klassen und keine Staatsmacht, sondern Arbeiter der Industrie und der Landwirtschaft geben wird, die sich als freie Assoziation der Werktätigen wirtschaftlich selbst leiten werden;**
>
> **c) in der die Volkswirtschaft, nach einem Plan organisiert, auf der höchsten Stufe der Technik in der Industrie wie**

auch in der Landwirtschaft basieren wird;

d) in der es keinen Gegensatz zwischen Stadt und Land, zwischen Industrie und Landwirtschaft geben wird;

e) in der man die Produkte nach dem Prinzip der alten französischen Kommunisten verteilen wird: ‚Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen';

f) in der Kunst und Wissenschaft sich in so günstigen Verhältnissen befinden werden, daß sie in jeder Hinsicht aufblühen werden;

g) in der die Persönlichkeit, befreit von der Sorge um das Stück Brot und der Notwendigkeit, sich an die ‚Großen der Welt' anzubiedern, wirklich frei sein wird usw. usw."

(Stalin, „Unterredung mit der ersten amerikanischen Arbeiterdelegation", 1927, zitiert nach: Leninismus-Heft 4, Moskau 1935, S. 111/112, siehe auch: Werke Band 10, S.116/117)

Argumente für das gesellschaftliche Eigentum an Produktionsmitteln

Vor über 130 Jahren startete der erste große kommunistische Versuch: Die Pariser Kommune von 1871. Thema Nummer eins im Geschrei der Reaktion gegen die Pariser Kommune war: Ihr wollt das heilige Eigentum antasten! Marx antwortete sehr direkt:

„Die Kommune, rufen sie aus, will das Eigentum, die Grundlage aller Zivilisation, abschaffen! Jawohl, meine Herren, die Kommune wollte jenes Klasseneigentum abschaffen, das die Arbeit der vielen in den Reichtum der wenigen verwandelt. Sie beabsichtigte die Enteignung der Enteigner. Sie wollte das individuelle Eigentum zu einer Wahrheit machen, indem sie die Produktionsmittel, den Erdboden und das Kapital, jetzt vor allem die Mittel zur Knechtung und Ausbeutung der Arbeit, in bloße Werkzeuge der freien und assoziierten Arbeit verwandelt. Aber dies ist der Kommunismus, der ‚unmögliche' Kommunismus."

(Marx, „Der Bürgerkrieg in Frankreich", 1871, Werke Band 17, S.342)

Das unverzichtbare Wesensmerkmal einer kommunistischen Gesellschaft ist, daß angesichts der technisch sowieso nur noch kollektiv möglichen Produktion auch die Mittel zur Produktion nicht mehr von Kapitalisten zur Ausbeutung verwendet werden dürfen, nicht mehr „Privateigentum" sein dürfen. Die industrielle Großproduktion als Ganzes ist im Kapitalismus seit Jahrzehnten eh schon „gesellschaftlich". Das heißt, die Produktion findet in Wirklichkeit nicht isoliert statt. Es gibt keine sich selbst genügenden Miniwirtschaften. Es geht nun darum, diese schon stattfindende gesellschaftliche Produktion auch unter die gesellschaftliche Kontrolle und Planung zu stellen. Nur so kann nicht nur die Ausbeutung beseitigt, sondern auch die Produktion wirklich vernünftig, das heißt im Interesse der Produzenten gesteigert, die Mittel zum Leben können leichter erzeugt und besser verteilt und aufgeteilt werden. Das A und O der vernichtenden Kritik am Kapitalismus und die tiefe Grundlage der kommunistischen Gesellschaft mit all ihren Strukturmerkmalen ist daher die „Enteignung der Enteigner", die Abschaffung des kapitalistischen Eigentums an Produktionsmitteln überhaupt. Lenin faßte so zusammen:

„Communis heißt gemeinsam. Kommunistische Gesellschaft, das heißt – alles ist gemeinsam: der Grund und Boden, die Fabriken, und auch die Arbeit ist gemeinsam – das ist Kommunismus."

(Lenin, „Die Aufgaben der Jugendverbände", 1920, Werke Band 31, S.286)

Kommunismus – eine Gesellschaft ohne Klassen und ohne Staat

Im Kommunismus wird es schließlich keine Klassen mehr geben. Kommunismus wird daher zu Recht auch als „klassenlose Gesellschaft" bezeichnet. Die Spaltung der Menschheit in Klassen, in Besitzer von Mitteln zur Produktion und Besitzlosen wird auf dem Weg zum Kommunismus abgeschafft. Als erstes sind die Ausbeuter dran. Die klassenmäßigen Unterschiede zwischen den Werktätigen, etwa zwischen Arbeiter und Bauern zu beseitigen – das ist eine schon schwierigere, längerfristige Angelegenheit. Das ist nicht in erster Linie eine Frage menschlicher Ideale oder kommunistischer Moral. Der gigantische Fortschritt in der Produktionstechnik ermöglicht, daß sich mehr und mehr die wesentlichen Unterschiede zwischen Industrie und Landwirtschaft verwischen. Die Menschen arbeiten immer ähnlicher und die Abschaffung jeglichen Besitzes an Produktionsmitteln dient als Basis für die prinzipielle Gleichberechtigung aller Menschen in dieser höheren Phase des Kommunismus. So, auf fester materieller Grundlage können kommunistische Ziele nach Vernichtung der Ausbeutung verwirklicht werden. So kann auch schließlich der Staat als Unterdrückungsmaschinerie Stück für Stück absterben, wenn alle Menschen grundsätzlich gleich und frei ihre Produktion und ihr gesamtes Leben gemeinsam selbst in die Hand nehmen. Mit Hilfe von Selbstverwaltungsorganen organisieren sie die durchsichtige Verwaltung und Leitung der Produktion und die Verteilung der Produkte. Die Menschen planen gemeinsam ihr gemeinsames Leben, beraten unterschiedliche Einschätzungen mit guten Argumenten und beschließen auf Grund ihrer eigenen Erfahrungen. Engels bemerkte prägnant, wo der Staat in dieser kommunistischen Gesellschaft seinen Platz hat:

„Die Gesellschaft, die die Produktion auf Grundlage freier und gleicher Assoziation der Produzenten neu organisiert, versetzt die ganze Staatsmaschine dahin, wohin sie dann gehören wird: ins Museum der Altertümer, neben das Spinnrad und die bronzene Axt."

(Engels, „Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staats", 1884, Werke Band 21, S. 168)

Kommunismus – das bedeutet, daß die Menschheit weltweit, befreit von imperialistischer Ausbeutung und Unterdrückung, emanzipiert von allen historischen Konflikten zwischen den Völkern, die von den „Großen dieser Welt" gegeneinander aufgehetzt wurden, ihre „freie Assoziation", ihren freien Zusammenschluß vorantreibt und verwirklicht. Staatsgrenzen verlieren ihren Sinn, wenn kein Raum für nationale Unterdrückung mehr existiert und werden verschwinden, nationale Unterschiede werden aufgehoben, alle Länder und Nationen werden im Weltkommunismus verschmelzen. Die Idee von der Einheit des einen Menschheitsgeschlechts auf dieser Erde wird dann eine Grundlage des Denken und Handeln der Menschen sein – denn dieses Denken und Handeln ist die Grundlage der kommunistischen Ideen und der kommunistischen Gesellschaft.

Lob des Kommunismus

Er ist vernünftig, jeder versteht ihn. Er ist leicht.
Du bist doch kein Ausbeuter, du kannst ihn begreifen.
Er ist gut für dich, erkundige dich nach ihm.
Die Dummköpfe nennen ihn dumm, und die Schmutzigen nennen ihn schmutzig.
Er ist gegen den Schmutz und gegen die Dummheit.
Die Ausbeuter nennen ihn ein Verbrechen.
Wir aber wissen:
Er ist das Ende der Verbrechen.
Er ist keine Tollheit, sondern das Ende der Tollheit.
Er ist nicht das Rätsel sondern die Lösung.
Er ist das Einfache, das schwer zu machen ist.

Bertolt Brecht, 1931

Nach den Bedürfnissen der kommunistischen Gesellschaft geplante, wissenschaftlich organisierte und technisch hoch stehende Wirtschaft

Eine Gesellschaft ohne Klassen und ohne Staat, in der die Mittel zur Produktion allen gehören, ist nur denkbar, wenn klar wird, wie nun die Menschen ihre Geschicke in die eigene Hand nehmen. Das Grundprinzip des Tierreiches, die Methode, daß der Stärkere sich eben durchsetzt, die großen Fische die kleinen Fische fressen, war das Grundprinzip für die nach Maximalprofiten der Imperialisten strebende alte Gesellschaft, die nun vernichtet ist. Die Methode des gnadenlosen Konkurrenzkampfes bis hin zu Raubkriegen, die Methode des geschürten Konkurrenzkampfes zwischen den Arbeitenden, des „Teile und Herrsche", wurde durch die sozialistische Revolution vernichtet. Die kommunistische Gesellschaft entwickelt sich durch gemeinsam arbeitende Menschen, die planvoll und wissenschaftlich Probleme anpacken und lösen.

Das ist nun möglich, da das Ziel ja nicht die Maximalprofite einer kleinen sich untereinander bekämpfenden Klasse ist, sondern die Erfüllung

der Bedürfnisse aller Arbeitenden. Deshalb formulierte Engels:

> **„Darwin wusste nicht, welch bittre Satire er auf die Menschen... schrieb, als er nachwies, dass die freie Konkurrenz, der Kampf ums Dasein, den die Ökonomen als höchste geschichtliche Errungenschaft feiern, der Normalzustand des *Tierreichs* ist. Erst eine bewusste Organisation der gesellschaftlichen Produktion, in der planmäßig produziert und verteilt wird, kann die Menschen ebenso in gesellschaftlicher Beziehung aus der übrigen Tierwelt herausheben, wie dies die Produktion überhaupt für die Menschen in spezifischer Beziehung getan hat. Die geschichtliche Entwicklung macht eine solche Organisation täglich unumgänglicher, aber auch täglich möglicher."**
> (Engels, „Dialektik der Natur", Werke Band 20, S.324, Hervorhebungen im Original)

Nicht mehr Aberglaube, Religion oder die Anbetung der Macht des spontanen Kampfes und seiner Sieger zählt nun, sondern Argumente, gut begründete Argumente, nachvollziehbare, für jeden überprüfbare Argumente. Schon der heutige Stand der Wissenschaft und Technik macht plausibel, daß Kommunikation bis in den letzten Winkel, Abklärung von Bedarf und Verbrauch längst kein ernstes Problem mehr ist. Nahrung und Konsumgüter vor allem auch neue und bessere Produktionsmittel können Jahr für Jahr in immer größerem und genauer zu erforschenden sinnvollem Umfang hergestellt, gelagert und verteilt werden.

Die Absurditäten des heutigen Systems von Überfluß und Vernichtung von Arzneimitteln und Nahrungsmitteln einerseits und chronischem Mangel an Nahrungsmitteln und Arznei andererseits, könnten alleine schon als Argument für den Urteilsspruch „Todesstrafe" für dieses imperialistische System herhalten. Innerhalb von 10 Minuten lassen sich ohne Probleme Beispiele in Hülle und Fülle für aus der Sicht der „Verdammten dieser Erde" unproduktive Ausgaben benennen (die nur im imperialistischen System produktiv im Sinne der Profitmaximierung sind), die oft schon direkt nach einer sozialistischen Revolution, auf jeden Fall aber im höheren Stadium des Kommunismus abgeschafft werden und die dabei verschleuderten Ressourcen sinnvoll genutzt werden könnten: Abgesehen von den riesigen Rüstungskosten, sind vor allem die desinformierenden Werbeausgaben, der absurde bürokratische Aufwand für Versicherungen aller Art, Steuerbehörden und - berater, Finanzämter mit allen Unter- und Unter-Unterabteilungen, sowie der aufgeblähte Apparat der Justiz zu nennen – die Liste ließe sich beliebig fortsetzen!! Es geht dabei nicht um Kleinigkeiten, sondern um Billiarden Beträge.

Noch entscheidender aber als solche Einsparungen wird die Entwicklung von wirklich an den Bedürfnissen der Menschen angepaßten Technologien sein, die möglichst allseitig, also kurzfristig und langfristige Aspekte (Ressourcen der Natur, Gesundheitsaspekte usw.) berücksichtigend entwickelt werden. Der Mensch wird nicht mehr Anhängsel der Technik, sondern souverän die Technik wirklich in seinem Sinne würdig und adäquat einsetzen oder eben nicht einsetzen.

Die Steigerung der Qualität der Maschinen und der Technologie dient im Imperialismus der verschärften Ausbeutung und Unterdrückung, leistet das Gegenteil von dem was sie „eigentlich", das heißt etwa unter kommunistischen Bedingungen leisten könnte. Es ist eben so, wie Marx schon in seinem großen Werk „Das Kapital" feststellte, daß

> **„die Maschinerie an sich betrachtet die Arbeitszeit verkürzt, während sie kapitalistisch angewandt den Arbeitstag verlängert, an sich die Arbeit erleichtert, kapitalistisch angewandt ihre Intensität steigert, an sich ein Sieg des Menschen über die Naturkraft ist, kapitalistisch angewandt den Menschen durch die Naturkraft unterjocht, an sich den Reichtum des Produzenten vermehrt, kapitalistisch angewandt ihn verpaupert usw."**
> (Marx, „Das Kapital", 1872, Werke Band 23, S.465)

In den letzten Jahrzehnten hat die Entwicklung von Technologie, die gerade auch Kommunikation zeitnah ermöglicht, ungeheuer zugenommen. Die auch im Kommunismus nötige Verwaltung wird immer einfacher und einfacher. Es ist so wie Lenin es vor gut 85 Jahren schon grundlegend festgestellt hatte:

> **„Die kapitalistische Kultur hat die Großproduktion, hat Fabriken, Eisenbahnen, Post, Telefon u.a. *geschaffen*, und *auf dieser Basis* sind die meisten Funktionen der alten ‚Staatsmacht' so vereinfacht worden und können auf so einfache Operationen der Registrierung, Buchung und Kontrolle zurückgeführt werden, daß diese Funktionen alle Leute, die des Lesens und Schreibens kundig sind, ausüben können, so daß man sie für gewöhnlichen ‚Arbeiterlohn' wird leisten und ihnen jeden Schimmer eines Vorrechts, eines ‚Vorgesetzenrechts' wird nehmen können (und müssen)."**
> (Lenin, „Staat und Revolution", 1917, Werke Band 25, S. 433, Hervorhebungen im Orginal)

Auf der Basis hochindustrialisierter und hochtechnologisierter menschlicher Produktion können so eine Vielzahl von Verwaltungsfunktionen des Staates wegfallen und absterben. Das ist eine wichtige Vorraussetzung für die Errichtung der klassenlosen und staatenlosen kommunistischen Gesellschaft.

Die weltweiten Gegensätze zwischen Stadt und Land sterben im Kommunismus ab

Weltweit wie in jedem einzelnen Land gibt es durch die historische Entwicklung des Kapitalismus, Kolonialismus und Imperialismus einen fundamentalen Gegensatz zwischen Stadt und Land. Das, was verharmlosend als ein weltweites „Nord-Süd-Gefälle" heutzutage selbst von bürgerlichen Soziologen diagnostiziert wird, ist in Wirklichkeit brutale imperialistische Ausbeutung durch die imperialistischen Großmächte. Durch die am Maximalprofit orientierten gigantischen Operationen zerstört das weltweit agierende Kapital, auf der Suche nach profitablen Anlagemöglichkeiten, jeden Rest von „ländlicher Idylle" und produziert weltweit Hungerkatstrophen, Dürren, Epidemien, Verwüstungen, Massenauswanderungen und Elend aller Art. In den industriellen Zentren als Anziehungspunkt für die vom Land Vertriebenen nehmen Armut und Slums zu, die Arbeitslosigkeit drückt auf die Arbeitenden – eine aus kommunistischer Sicht völlig absurde Situation.

Die kommunistische Gesellschaft wird – anknüpfend an die grundlegende Erhöhung der Produktivkräfte unter Ausnutzung des höchsten Stands der Wissenschaft und Technik – weltweit wie in den einzelnen Ländern im Prozess der Abschaffung aller Klassengegensätze dieses Gefälle planmäßig beseitigen, und die Gegensätze zwischen Stadt und Land aufheben.

Warum ist die Forderung „Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen" ein Kernpunkt des verwirklichten Kommunismus?

In den ersten Jahren und Jahrzehnten nach der sozialistischen Revolution können schon wichtige Merkmale der zukünftigen kommunistischen Gesellschaft erarbeitet und erkämpft werden. Doch in dieser Zeitspanne schleppt die Gesellschaft noch alte Strukturen, Vorurteile und durch die Macht der Gewohnheit eingeschliffene Verhaltensweisen der Menschen mit sich. Auf die Frage: Was ist gerecht? Wird es noch weitgehend die Antwort geben: „Wenn jeder nach seiner Leistung bezahlt wird! Wer mehr und qualifizierter arbeitet, soll auch mehr Produkte erhalten!"

Im Imperialismus, heute also, ist das hochgepriesene „Leistungsprinzip" eine Verhöhnung der arbeitenden Menschen, zudem ein Mittel der Diskriminierung der durch Krankheit und Verelendung nicht mehr arbeitsfähigen Menschen. Wenn einzelne Personen an einem Tag das verdienen, was Industriearbeiterinnen bzw. Industriearbeiter in einem Jahr verdienen.., wo ist da die angeblich „gerechte Entlohnung" nach Leistung?

So ist es schon ein gewaltiger historischer Fortschritt, wenn nach der „Enteignung der Enteigner", nach der sozialistischen Revolution mit der Abschaffung der Ausbeutung nun die Masse der Werktätigen in der Tat teils sofort als Lohn, teils indirekt als soziale Leistungen (Schule, Krankenversicherung, Verkehrsmittel usw.) das, was sie erarbeitet haben, auch selber erhalten. Auch hier wird Krankheit, Ausmaß der Arbeitsfähigkeit usw. angemessen berücksichtigt, aber es gilt doch das Prinzip der Entlohnung nach Umfang und Art der geleisteten Arbeit, das Prinzip „Jeder nach seiner Leistung". Das aber bedeutet, daß das eigentliche Grundprinzip des Kommunismus „Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen", wie es als erstes französische Kommunisten formulierten, noch nicht verwirklicht ist, daß die eigentliche, höchste Stufe des Kommunismus noch nicht erreicht ist.

Warum aber ist dieser Punkt überhaupt wichtig, was bedeutet er? Marx erklärte in seiner gerade für das Studium dieser Frage zentralen Schrift „Kritik des Gothaer Programms" 1875, daß es ein riesiger Unterschied ist, ob ich immer noch sozusagen der Not und der Einsicht gehorchend arbeite, um das Leben bestreiten zu können oder aber ob ich arbeite, weil das Arbeiten selbst ein echtes Bedürfnis geworden ist. Ja Marx spricht sogar vom „ersten Lebensbedürfnis". Für Marx und die kommunistische wissenschaftliche Theo-

Fortsetzung S.6

Lenin über die höhere Phase der kommunistischen Gesellschaft

(Auszug aus Lenins Schrift „Staat und Revolution" von 1917)

Marx fährt fort:

> „In einer höheren Phase der kommunistischen Gesellschaft, nachdem die knechtende Unterordnung der Individuen unter die Teilung der Arbeit, damit auch der Gegensatz geistiger und körperlicher Arbeit verschwunden ist; nachdem die Arbeit nicht nur Mittel zum Leben, sondern selbst das erste Lebensbedürfnis geworden; nachdem mit der allseitigen Entwicklung der Individuen auch die Produktionskräfte gewachsen sind und alle Springquellen des genossenschaftlichen Reichtums voller fließen – erst dann kann der enge bürgerliche Rechtshorizont ganz überschritten werden und die Gesellschaft auf ihre Fahnen schreiben: jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen!"

Erst jetzt können wir die ganze Richtigkeit der Bemerkungen von Engels einschätzen, in denen er unerbittlich die Verbindung der Wörter „Freiheit" und „Staat" als unsinnig verspottete. Solange es einen Staat gibt, gibt es keine Freiheit. Wenn es Freiheit geben wird, wird es keinen Staat geben.

Die ökonomische Grundlage für das vollständige Absterben des Staates ist eine so hohe Entwicklung des Kommunismus, daß der Gegensatz von geistiger und körperlicher Arbeit verschwindet, folglich eine der wichtigsten Quellen der heutigen *gesellschaftlichen* Ungleichheit beseitigt wird, und zwar eine Quelle, die durch den bloßen Übergang der Produktionsmittel in Gemeineigentum, durch die bloße Expropriation der Kapitalisten keinesfalls mit einem Schlag aus der Welt geschafft werden kann.

Diese Expropriation wird eine enorme Entwicklung der Produktivkräfte *ermöglichen.* Und wenn wir sehen, wie schon jetzt der Kapitalismus in unglaublicher Weise diese Entwicklung *aufhält,* wie vieles auf Grund der heutigen, bereits erreichten Technik vorwärtsgebracht werden könnte, so sind wir berechtigt, mit voller Überzeugung zu sagen, daß die Expropriation der Kapitalisten unausbleiblich eine gewaltige Entwicklung der Produktivkräfte der menschlichen Gesellschaft zur Folge haben wird. Wie rasch aber diese Entwicklung weitergehen wird, wie schnell sie zur Aufhebung der Arbeitsteilung, zur Beseitigung des Gegensatzes von geistiger und körperlicher Arbeit, zur Verwandlung der Arbeit in „das erste Lebensbedürfnis" führen wird, das wissen wir nicht und *können wir nicht wissen.*

Wir sind daher auch nur berechtigt, von dem unvermeidlichen Absterben des Staates zu sprechen. Dabei betonen wir, daß dieser Prozeß von langer Dauer ist und vom Entwicklungstempo der *höheren Phase* des Kommunismus abhängt, wobei wir die Frage der Fristen oder der konkreten Formen des Absterbens vollkommen offen lassen, denn Unterlagen zur Entscheidung dieser Fragen *gibt es nicht.*

Der Staat wird dann völlig absterben können, wenn die Gesellschaft den Grundsatz „Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen" verwirklicht haben wird, d.h. wenn die Menschen sich so an das Befolgen der Grundregeln des gesellschaftlichen Zusammenlebens gewöhnt haben werden und ihre Arbeit so produktiv sein wird, daß sie freiwillig *nach ihren Fähigkeiten* arbeiten werden. Der „enge bürgerliche Rechtshorizont", der dazu zwingt, mit der Hartherzigkeit eines Shylock bedacht zu sein, nur ja nicht eine halbe Stunde länger zu arbeiten als der andere und keine geringere Bezahlung erhalten als der andere – dieser enge Horizont wird dann überschritten sein. Die Verteilung der Produkte wird dann von der Gesellschaft keine Normierung der jedem einzelnen zukommenden Menge erfordern; jeder wird frei „nach seinen Bedürfnissen" nehmen.

Vom bürgerlichen Standpunkt aus ist es leicht, eine solche Gesellschaftsstruktur als „reine Utopie" hinzustellen und darüber zu spotten, daß die Sozialisten jedem das Recht zusichern, von der Gesellschaft ohne jegliche Kontrolle über die Arbeitsleistung des einzelnen Bürgers eine beliebige Menge Trüffeln, Autos, Klaviere u. dgl. m. zu erhalten. Die meisten bürgerlichen „Gelehrten" beschränken sich auch bis auf den heutigen Tag auf dieses Spotten und verraten dadurch nur ihre Ignoranz und ihre eigennützige Verteidigung des Kapitalismus.

Ignoranz, denn es ist keinem Sozialisten je eingefallen, „zuzusichern", daß die höhere Phase der Entwicklung des Kommunismus eintreten wird: die *Voraussicht* der großen Sozialisten aber, daß sie eintreten wird, hat nicht die heutige Arbeitsproduktivität und *nicht* den *heutigen* Spießer zur Voraussetzung, der es fertigbrächte, etwa wie die Seminaristen bei Pomjalowski (russischer Schriftsteller des 19. Jahrhunderts, A.d.R.),für nichts und wieder nichts' Magazine gesellschaftlicher Vorräte zu beschädigen und Unmögliches zu verlangen.

Bis die „höhere" Phase des Kommunismus eingetreten sein wird, fordern die Sozialisten die *strengste* Kontrolle seitens der Gesellschaft *und seitens des Staates* über das Maß der Arbeit und das Maß der Konsumtion, aber diese Kontrolle muß mit der Expropriation der Kapitalisten *beginnen,* mit der Kontrolle der Arbeiter über die Kapitalisten, und darf nicht von einem Beamtenstaat durchgeführt werden, sondern von dem Staat der *bewaffneten Arbeiter.*

Die eigennützige Verteidigung des Kapitalismus durch die bürgerlichen Ideologen (und ihre Schleppenträger vom Schlage der Herren Zereteli, Tschernow und Co.) besteht gerade darin, daß sie die dringende, aktuelle Frage der *heutigen* Politik in Diskussionen und Gerede über die ferne Zukunft *umfälschen,* und zwar die Frage der Expropriation der Kapitalisten, der Umwandlung *aller* Bürger in Arbeiter und Angestellte eines großen „Syndikats", nämlich des ganzen Staates, und der völligen Unterordnung der gesamten Arbeit dieses ganzen Syndikats unter den wahrhaft demokratischen Staat, *den Staat der Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten.*

Wenn der gelehrte Professor und mit ihm der Spießer und die Herren Zereteli und Tschernow von hirnverbrannten Utopien, von demagogischen Versprechungen der Bolschewiki, von der Unmöglichkeit der „Einführung" des Sozialismus reden, dann meinen sie im Grunde genommen das höhere Stadium, die höhere Phase des Kommunismus, die „einzuführen" niemand versprochen, ja nicht einmal im Sinn gehabt hat, denn „einführen" läßt sie sich überhaupt nicht.

Hier sind wir bei der Frage des wissenschaftlichen Unterschieds zwischen Sozialismus und Kommunismus angelangt, die Engels in seiner obenerwähnten Betrachtung über die Unrichtigkeit der Bezeichnung „Sozialdemokraten" berührt. Politisch wird der Unterschied zwischen der ersten oder niederen und der höheren Phase des Kommunismus mit der Zeit wahrscheinlich ungeheuer groß sein, doch wäre es lächerlich, jetzt, im Kapitalismus, diesen Unterschied hervorzuheben; ihn in den Vordergrund rücken könnten höchstens vereinzelte Anarchisten (falls unter den Anarchisten noch Leute übriggeblieben sind, die nichts hinzugelernt haben, nachdem sich die Kropotkin, Grave, Cornelissen und andere „Leuchten" des Anarchismus auf „Plechanowsche" Art in Sozialchauvinisten oder in Schützengraben-Anarchisten verwandelt haben wie sich Ge, einer der wenigen Anarchisten, die noch Ehre und Gewissen bewahrt haben, ausgedrückt hat).

Doch der wissenschaftliche Unterschied zwischen Sozialismus und Kommunismus ist klar. Was gewöhnlich als Sozialismus bezeichnet wird, nannte Marx die „erste" oder niedere Phase der kommunistischen Gesellschaft. Insofern die Produktionsmittel *Gemein*eigentum werden, ist das Wort „Kommunismus" auch hier anwendbar, wenn man nicht vergißt, daß es kein vollkommener Kommunismus ist. Die große Bedeutung der Erörterungen von Marx besteht darin, daß er auch hier konsequent die materialistische Dialektik, die Entwicklungslehre, anwendet, indem er den Kommunismus als etwas betrachtet, das sich *aus* dem Kapitalismus entwickelt. An Stelle scholastisch ausgeklügelter, ‚erdachter' Definitionen und fruchtloser Wortklaubereien (was Sozialismus, was Kommunismus sei) gibt Marx eine Analyse dessen, was man als Stufen der ökonomischen Reife des Kommunismus bezeichnen könnte.

In seiner ersten Phase, auf seiner ersten Stufe kann der Kommunismus ökonomisch noch *nicht* völlig reif, völlig frei von den Traditionen, von den Spuren des Kapitalismus sein. Daraus erklärt sich eine so interessante Erscheinung wie das Fortbestehen des „engen *bürgerlichen* Rechtshorizonts" während der ersten Phase des Kommunismus. Das bürgerliche Recht setzt natürlich in bezug auf die Verteilung der *Konsumtions*mittel unvermeidlich auch den *bürgerlichen Staat* voraus, denn Recht ist nichts ohne einen Apparat, der imstande wäre, die Einhaltung der Rechtsnormen zu *erzwingen.*

So ergibt sich, daß im Kommunismus nicht nur das bürgerliche Recht eine gewisse Zeit fortbesteht, sondern sogar auch der bürgerliche Staat – ohne Bourgeoisie!

Das mag paradox oder einfach als dialektisches Gedankenspiel erscheinen, wie das vielfach dem Marxismus von Leuten zum Vorwurf gemacht wird, die sich nicht im geringsten die Mühe genommen haben, seinen überaus tiefen Gehalt zu ergründen.

in Wirklichkeit zeigt uns doch das Leben auf Schritt und Tritt, sowohl in der Natur als auch in der Gesellschaft, Überreste des Alten im Neuen. Und Marx hat nicht willkürlich ein Stückchen „bürgerlichen" Rechts in den Kommunismus hineingebracht, sondern hat das genommen, was wirtschaftlich und politisch in einer *aus dem Schoß* des Kapitalismus hervorgehenden Gesellschaft unvermeidlich ist.

Die Demokratie ist im Befreiungskampf der Arbeiterklasse gegen die Kapitalisten von gewaltiger Bedeutung. Die Demokratie ist aber durchaus keine unüberschreitbare Grenze, sondern lediglich eine der Etappen auf dem Wege vom Feudalismus zum Kapitalismus und vom Kapitalismus zum Kommunismus.

Demokratie bedeutet Gleichheit. Es ist begreiflich, welch große Bedeutung der Kampf des Proletariats um die Gleichheit und die Losung der Gleichheit haben, wenn man sie richtig, im Sinne der Aufhebung der Klassen auffaßt. Aber Demokratie bedeutet nur *formale* Gleichheit. Und sofort nach der Verwirklichung der Gleichheit aller Mitglieder der Gesellschaft in bezug auf den Besitz der Produktionsmittel, d.h. der Gleichheit der Arbeit, der Gleichheit des Arbeitslohnes, wird sich vor der Menschheit unvermeidlich die Frage erheben, wie sie von der formalen zur tatsächlichen Gleichheit, d.h. zur Verwirklichung des Satzes jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen" weiterschreiten soll. Welche Etappen die Menschheit auf dem Wege zu diesem höheren Ziel durchschreiten wird, welche praktischen Maßnahmen sie hierzu ergreifen wird, wissen wir nicht und können wir nicht wissen. Es ist aber wichtig, daß wir uns darüber klar werden, wie grenzenlos verlogen die landläufige bürgerliche Vorstellung ist, der Sozialismus sei etwas Totes, Erstarrtes, ein für allemal Gegebenes, während in Wirklichkeit erst mit dem Sozialismus die rasche, wirkliche, wahrhafte Vorwärtsbewegung der Massen auf allen Gebieten des öffentlichen und persönlichen Lebens, zunächst unter Teilnahme der *Mehrheit* der Bevölkerung und später der gesamten Bevölkerung, einsetzen wird.

Die Demokratie ist eine Staatsform, eine der Spielarten des Staates. Folglich ist sie, wie jeder Staat, eine organisierte, systematische Gewaltanwendung gegenüber Menschen. Das ist die eine Seite. Anderseits bedeutet Demokratie aber die formale Anerkennung der Gleichheit zwischen den Bürgern, des gleichen Rechtes aller, die Staatsverfassung zu bestimmen und den Staat zu verwalten. Das wiederum hat zur Folge, daß die Demokratie auf einer bestimmten Entwicklungsstufe erstens die dem Kapitalismus gegenüber revolutionäre Klasse, das Proletariat, zusammenschließt und ihr die Möglichkeit gibt, die bürgerliche, und sei es auch eine bürgerlich-republikanische, Staatsmaschine – stehendes Heer, Polizei, Beamtentum – zu zerbrechen, in Scherben zu schlagen, aus der Welt zu schaffen, sie durch eine *demokratischere* Staatsmaschine, aber immerhin noch durch eine Staatsmaschine zu ersetzen, bestehend aus bewaffneten Arbeitermassen, die dazu übergehen, das gesamte Volk zur Beteiligung an der Miliz heranzuziehen.

Hier „schlägt Quantität in Qualität um": Eine *solche* Stufe des Demokratismus ist mit der Sprengung des Rahmens der bürgerlichen Gesellschaft, mit dem Beginn ihrer sozialistischen Umgestaltung verbunden. Wenn tatsächlich *alle* an der Verwaltung des Staates teilnehmen, dann kann sich der Kapitalismus nicht länger halten. Die Entwicklung des Kapitalismus schafft ihrerseits die *Voraussetzungen* dafür, daß wirklich „alle" an der Leitung des Staates teilnehmen *können*. Zu diesen Voraussetzungen gehört die allgemeine Schulbildung, die in den fortgeschrittensten kapitalistischen Ländern bereits eingeführt ist, ferner die „Schulung und Disziplinierung" von Millionen Arbeitern durch den umfassenden, komplizierten, vergesellschafteten Apparat der Post, der Eisenbahnen, der Großbetriebe, des Großhandels, des Bankwesens usw. usf.

Unter solchen *ökonomischen* Voraussetzungen ist es durchaus möglich, unverzüglich, von heute auf morgen, dazu überzugehen, die Kapitalisten und Beamten, nachdem sie gestürzt sind, bei der *Kontrolle* über Produktion und Verteilung, bei der *Registrierung* der Arbeit und der Produkte, durch bewaffnete Arbeiter, durch das gesamte bewaffnete Volk zu ersetzen. (Man verwechsle nicht die Frage der Kontrolle und Rechnungsführung mit der Frage des wissenschaftlich ausgebildeten Personals, der Ingenieure, Agronomen u. a.: Diese Herrschaften arbeiten heute und fügen sich den Kapitalisten, sie werden morgen noch besser arbeiten und sich den bewaffneten Arbeitern fügen.)

Rechnungsführung und Kontrolle – das ist das *Wichtigste*, was zum „Ingangsetzen", zum richtigen Funktionieren der kommunistischen Gesellschaft in ihrer *ersten Phase* erforderlich ist. *Alle* Bürger verwandeln sich hier in entlohnte Angestellte des Staates, den die bewaffneten Arbeiter bilden. Alle Bürger werden Angestellte und Arbeiter *eines* das gesamte Volk umfassenden Staatssyndikats". Es handelt sich nur darum, daß sie alle gleichermaßen arbeiten, das Maß der Arbeit richtig einhalten und gleichermaßen Lohn bekommen. Die Rechnungsführung und Kontrolle darüber ist durch den Kapitalismus bis zum äußersten ***vereinfacht,*** in außergewöhnlich einfache Operationen verwandelt worden, die zu verrichten jeder des Lesens und Schreibens Kundige imstande ist, er braucht nur zu beaufsichtigen und zu notieren, es genügt, daß er die vier Grundrechnungsarten beherrscht und entsprechende Quittungen ausstellen kann.*

Wenn die *Mehrheit* des Volkes anfangen wird, selbständig allerorts eine solche Rechnungsführung, eine solche Kontrolle über die Kapitalisten (die nunmehr Angestellte geworden sind) und über die Herren Intellektuellen, die kapitalistische Allüren beibehalten haben, auszuüben, dann wird diese Kontrolle eine wirklich universelle, allgemeine, eine wirkliche Volkskontrolle werden, dann wird man sich ihr auf keine Weise entziehen können, wird man sich vor ihr „nirgends retten" können.

Die gesamte Gesellschaft wird ein Büro und eine Fabrik mit gleicher Arbeit und gleichem Lohn sein.

Aber diese „Fabrik"disziplin, die das siegreiche Proletariat nach dem Sturz der Kapitalisten, nach Beseitigung der Ausbeuter auf die gesamte Gesellschaft erstrecken wird, ist nichts weniger als unser Ideal oder unser Endziel, sie ist nur eine *Stufe,* die notwendig ist zur radikalen Reinigung der Gesellschaft von den Niederträchtigkeiten und Gemeinheiten der kapitalistischen Ausbeutung, eine Stufe, *um weiter* vorwärts schreiten zu können.

Von dem Zeitpunkt an, da alle Mitglieder der Gesellschaft oder wenigstens ihre übergroße Mehrheit *selbst* gelernt haben, den Staat zu regieren, selbst die Staatsregierung in ihre Hände genommen haben, die Kontrolle „in Gang gebracht" haben über die verschwindend kleine Minderheit der Kapitalisten, über die Herrchen, die die kapitalistischen Allüren gern bewahren möchten, über die Arbeiter, die durch den Kapitalismus tief demoralisiert worden sind – von diesem Zeitpunkt an beginnt die Notwendigkeit jeglichen Regierens überhaupt zu schwinden. Je vollständiger die Demokratie, um so näher der Zeitpunkt, zu dem sie überflüssig wird. Je demokratischer der „Staat", der aus bewaffneten Arbeitern besteht und „schon kein Staat im eigentlichen Sinne mehr" ist, um so rascher beginnt *jeder* Staat abzusterben.

Denn wenn ***alle*** gelernt haben werden, selbständig die gesellschaftliche Produktion zu leiten, und sie in der Tat leiten werden, wenn sie selbständig die Rechnungsführung und die Kontrolle über Müßiggänger, Herrensöhnchen, Gauner und ähnliche „Hüter der Traditionen des Kapitalismus" verwirklichen, dann wird das Umgehen dieser vom ganzen Volk durchgeführten Rechnungsführung und Kontrolle unvermeidlich so ungeheuer schwierig werden, eine so höchst seltene Ausnahme bilden und wahrscheinlich eine so rasche und ernsthafte Bestrafung nach sich ziehen (denn die bewaffneten Arbeiter sind Menschen des praktischen Lebens, keine sentimentalen Intelligenzler und werden kaum mit sich spaßen lassen), daß die ***Notwendigkeit*** zur Einhaltung der unkomplizierten Grundregeln für jedes Zusammenleben von Menschen sehr bald zur ***Gewohnheit*** werden wird.

Dann wird das Tor zum Übergang von der ersten Phase der kommunistischen Gesellschaft zu ihrer höheren Phase und damit auch zum völligen Absterben des Staates weit geöffnet sein.

---

* Wenn der Staat im wesentlichen Teil seiner Funktionen auf eine solche Rechnungsführung und Kontrolle durch die Arbeiter selbst reduziert wird, hört er auf, ein „politischer Staat" zu sein, dann „verwandeln sich die öffentlichen Funktionen aus politischen in einfache administrative Funktionen" (vgl. oben, Kapitel IV, Abschnitt 2, über Engels' Polemik gegen die Anarchisten; siehe dazu ab S.449 in „Staat und Revolution", Werke Band 25, A.d.R)

Quelle: Lenin, „Staat und Revolution", 1917, Werke Band 25, S. 482-489, Hervorhebungen im Text im Original

Fortsetzung von S.3

rie ist das kein moralischer Appell. Es ist heute kaum vorstellbar, daß der Satz „Arbeit wird erstes Lebensbedürfnis" nicht Gelächter hervorruft. Was muß sich geändert haben, damit das nicht mehr so ist?

Nun ganz gewiß, daß wir nicht mehr für den Klassenfeind arbeiten müssen, sondern für uns selbst, daß es keine Ausbeutung mehr gibt. Mit Sicherheit muß auch die „notwendige" Arbeit, die Arbeitszeit, die der Produktion der grundlegenden Lebensmittel dient, drastisch nach unten gesenkt worden sein, so daß schon eine ganze Weile die Arbeit vor allem der Entfaltung der Persönlichkeit des Einzelnen dient, wenigstens teilweise eingebunden ins Kollektiv, wirklicher „Genuß", wirkliches „Vergnügen" wird, „Spaß macht" und der fühlbare Zwang zur Arbeit als „Mittel, um zu leben" abnimmt.

Durch den oben beschriebenen hohen Stand der Technik, der vernünftigen Planung werden Produkte in mehr als ausreichender Anzahl für alle vernünftigen Bedürfnisse der Menschen in immer kürzerer Zeit entstehen. Der Zwang als Spezialist im Geflecht der menschlichen Arbeitsteilung nervend immer dieselbe Arbeit leisten zu müssen, fällt immer mehr weg. Die Möglichkeit selbst immer mehr zu lernen, immer mehr zu können und es in anderen Arbeitszweigen ausprobieren zu können – all das wächst und erleichtert zunächst die Arbeit ausgesprochen, bis schließlich der Punkt kommt, an dem die Arbeit wirklich als Sinn des eigenen Lebens einen zentralen Stellenwert erhält. Dann zerfällt das Leben nicht mehr in „Arbeitszeit" und „freie Zeit", sondern diese Grenze verwischt sich und wird weitgehend aufgehoben. Jeder arbeitet nach seinen Fähigkeiten – und diese Fähigkeiten entwickeln und verfeinern sich mehr und mehr. Und jeder lebt nach seinen Bedürfnissen, die sich auch verfeinern und erweitern, allerdings nicht im Sinn einer „Kultur" der Anmaßung, Verblödung und Gier nach Masse.

Die dümmlichen Einwände heutiger antikommunistischer Theoretiker, die spotten, daß doch dann einzelne Menschen (sie denken an sich und ihre Mentalität) 200 Kühlschränke haben wollen und daß das doch „nicht gehe", gehen daran vorbei, daß die menschlichen Umstände im Kommunismus solche gierig-dummen Phantasien nur als Alptraum erscheinen lassen. Denn bitte, welcher Mensch will 200 Kühlschränke in seiner Wohnung? Die entfaltete kommunistische Gesellschaft lebt nicht insofern im Überfluß, daß viel zu viel produziert und dann ungenutzt weggeschmissen wird. Die wirkliche kommunistische Gesellschaft hat Kraftreserven im Überfluß. Die Menschen wollen und können hochqualifiziert arbeiten und planen und sie werden das erzeugen, was ihren wirklichen Bedürfnissen im erforschten Umfang entspricht und Probleme, die entstehen angemessen anpacken und lösen. Darum geht es bei der kommunistischen These: „Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen", die die niedere Stufe der sozialistischen Gesellschaft oder die erste Phase der kommunistischen Gesellschaft mit dem Rechtshorizont der Entlohnung nach Leistung ablösen wird.

Daher schrieb Engels:

> **„In einer höheren Phase der kommunistischen Gesellschaft, nachdem die knechtende Unterordnung der Individuen unter die Teilung der Arbeit, damit auch der Gegensatz geistiger und körperlicher Arbeit verschwunden ist; nachdem die Arbeit nicht nur Mittel zum Leben, sondern selbst das erste Lebensbedürfnis geworden; nachdem mit der allseitigen Entwicklung der Individuen auch ihre Produktionskräfte gewachsen und alle Springquellen des genossenschaftlichen Reichtums voller fließen – erst dann kann der enge bürgerliche Rechtshorizont ganz überschritten werden und die Gesellschaft auf ihre Fahnen schreiben: Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen!"**
> (Marx, „Kritik des Gothaer Programms", 1875, Werke Band 19, S.21)

Das Aufblühen der Wissenschaften und der Kunst im Kommunismus (Aufhebung der grundlegenden Gegensätze zwischen Kopf und Handarbeit)

Im Imperialismus gibt es eine tiefe Kluft zwischen der großen Masse der Werktätigen, die in Industrie und Landwirtschaft hart arbeiten und ausgebeutet werden und jenen Menschen, die wissenschaftlich-geistig und künstlerisch arbeiten können (obwohl zunehmend auch in abhängiger Situation). Die Arbeiterinnen und Arbeiter, wenn sie durch den Klassenkampf geschult sind, denken in vielem gewiß logischer und damit wissenschaftlicher als so mancher bürgerliche Wissenschaftler. Sie haben aber logischerweise nicht genügend Zeit, um den Umfang des bisher angehäuften menschlichen Wissens auf allen Gebieten zu kennen und zu beherrschen oder sich gar nur systematisch mehrere Stunden täglich damit zu beschäftigen – wie das im Kommunismus der Fall sein wird.

Zudem wird die Wissenschaft im Imperialismus als Waffe gegen die Arbeiterinnen und Arbeiter verwendet. Der Arbeitsmediziner, der Polizeipsychologe und die Finanzwissenschaftler wollen alle die Schraube anziehen nach letzter „wissenschaftlicher Erkenntnis", versteht sich! Und die Kunst und Kultur im Imperialismus? Ausnahmen bestätigen bekanntlich die Regel, aber der größte Teil der in die „Kultur" investierten Arbeitszeit und Mittel dient im Imperialismus allemal der Verblödung und Vergröberung der Sinne, die durch Kunst und Kultur eigentlich – im Interesse der Menschen – verfeinert und sensibilisiert werden sollten. Damit sind wir wieder beim Thema. „Eigentlich" – das heißt aus der Sicht der heutigen „Verdammten dieser Erde" zu studieren, welche Möglichkeiten es denn im entwickelten Kommunismus für Wissenschaft und Kunst gibt und welcher Zusammenhang mit den bisher behandelten Fragen existiert.

Die Antwort ist kurz und verblüffend: Jeder Mensch im Kommunismus arbeitet und ist dabei gleichzeitig Wissenschaftler und Künstler. Die Trennung von körperlicher Arbeit (die tendenziell mehr und mehr abnimmt) und geistiger Arbeit (die tendenziell mehr und mehr zunimmt) wird mehr und mehr aufgehoben. Von der Jugend an gilt es möglichst viele Arbeitstechniken zu erlernen, möglichst umfassend in alle Wissensgebiete des menschlichen Lebens und der Natur Einblick zu nehmen, „Feuer zu fangen" und nie mehr aufzuhören, zu lernen, zu studieren, wissenschaftlich zu arbeiten. Diese allseitige Bildung und Ausbildung, also die Kenntnisse und Fähigkeiten in möglichst vielen verschiedenen Arbeitsbereichen, wird ja möglich auf Grund des hohen Stands der Produktion, der niedrigen „notwendigen" Arbeitszeiten und einer kommunistischen Atmosphäre, in der arbeiten und lernen untrennbar verknüpft sind. Und es leuchtet unmittelbar ein, daß so gebildete und ausgebildete Menschen eine ungeheure Steigerung der Produktion ermöglichen könnten, wenn sie es denn wollen.

Die arbeitenden Menschen, im Kollektiv verbunden, unterwerfen sich so nicht mehr lange Zeit einer ihre Entfaltung behindernden Arbeitsteilung – auch nicht der Arbeitsteilung, daß irgendwelche anderen Leute, sogenannte Künstler dann wissen, was sie schön finden sollen, welche Form ihre Produkte und welche Form die sonstigen Lebensumstände haben sollen. Die Vielfalt der Formen, der praktische Aspekt des Schönen und der schöne Aspekt des Praktischen, die Schönheit im Nützlichen wie im scheinbar völlig Unnützen werden von diesen allseitig gebildeten Menschen diskutiert und in ihrer Vielfalt produziert werden – echte kommunistische Lebenskünstler im besten Sinne des Wortes. Der Gegensatz zwischen Produktion einerseits und Wissenschaft und Kunst andererseits wird mit der Beseitigung des Gegensatzes von körperlicher und geistiger Arbeit aufgehoben werden – der Schlüssel ist die Veränderung des ganzen Charakters der Arbeit auf einem hohen Niveau der Produktion.

Auf dieser Basis wird auch die Religion in der kommunistischen Gesellschaft (wie Aberglaube und Irrationalismus überhaupt) ihre doppelte Rolle ausgespielt haben: Der Mensch in der kommunistischen Gesellschaft ist nicht mehr die „gequälte Kreatur", die die Religion als Beruhigung als „Opium des Volkes" benötigt und selbst will. Und die Religion ist schon gar nicht mehr ein Machtmittel der Herrschenden, um das gegen seine Ausbeutung und Unterdrückung kämpfende Volk zu beruhigen oder gegen andere Völker aufzuhetzen. In der kommunistischen Gesellschaft gibt es keine herrschende Klasse, die die Religion als „Opium für das Volk" ebenso wie Aberglaube und die Ideologie des Egoismus bewußt einsetzen, um die kommunistische Moral zu verhindern, wie das in der heutigen Gesellschaft weltweit der Fall ist.

Auch der Nationalismus (der politisch in der Epoche des Imperialismus in unterdrückten Nationen im Kampf gegen die imperialistischen Großmächte seine historische Erklärung und Berechtigung hatte) wird als Ideologie, die historisch dem Kapitalismus angehörte, endgültig beerdigt werden, als Ideologie, die die Menschheit spaltet und nicht eint. Über eine Reihe von Generationen werden kulturelle nationale Besonderheiten mehr und mehr ihre aktuelle Bedeutung verlieren, aufgehoben in der kulturellen Schatzkammer der Menschheit allen Menschen dieser Erde zur Verfügung stehen. Selbst die Sprachen als Instrument der Verständigung zwischen den Menschen werden sich von Generation zu Generation der neuen Situation Schritt für Schritt anpassen, nicht administrativ und künstlich, sondern den Bedürfnissen der Menschen nach Verständigung entsprechend.

An Stelle der vielfältigen reaktionären Ideengebäude, der Ausbeuterideologien wird in der kommunistischen Gesellschaft Allgemeingut der

Der Kommunismus – ...was schwer zu machen ist!

Die kommunistische Weltgesellschaft, in der es keine bewaffneten Kämpfe mehr gibt, keine Klassen, kein Staat, keine staatliche Unterdrückung und keine Nationen... eine solche Gesellschaft ist einfach und klar, aber in der Tat „schwer zu machen"!

Für diese kommunistischen Ideale zu kämpfen, das heißt gerade auch zu verstehen und zu studieren, daß

- auf dem Weg zu einer kommunistischen Gesellschaft ohne Waffen, die Waffen des Klassenfeindes, insbesondere seine Armee und Polizei im bewaffneten Kampf zerschlagen und vernichtet werden müssen;
- auf dem Weg zu einer klassen- und staatenlosen Gesellschaft, die Macht der Arbeiterklasse, der Staat der Diktatur des Proletariats durch immer breitere Teilnahme der Massen an den „Staatsgeschäften", durch Entfaltung der sozialistischen Demokratie gestärkt und auf dieser Grundlage der Klassenkampf verschärft werden muß als Voraussetzung dafür, daß jeglicher Staat überhaupt absterben kann.
- auf dem Weg zu einer kommunistischen Gesellschaft in der wirklich die ganze Menschheit frei ist und das Prinzip „Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen" gilt, mit Hilfe der Diktatur des Proletariats alle reaktionären Kräfte und Elemente unterdrückt und niedergehalten werden müssen und auch der Kampf in den eigenen Reihen gegen Überreste der kapitalistischen Ideologie, gegen die Macht der Gewohnheit geführt werden muß, um zu verhindern, daß die gestürzte Reaktion ihr Ausbeuterparadies wieder zurückgewinnen kann.
- daß auf dem Weg zur Aufhebung der Nationen und nationalen Unterschiede in der kommunistischen Weltgesellschaft gerade die fortschrittlichen nationalen Elemente im Kampf gegen alle reaktionären nationalen Elemente aufblühen, sich sozialistische Nationen entfalten, bis schließlich alle Länder und Nationen im Weltkommunismus verschmelzen.

Die Ideale des Kommunismus erkämpfen, heißt wirklich genau überlegt, – ohne dieses Ziel jemals aus den Augen zu verlieren – daß der harte und unerbittliche Kampf gegen die heutigen Herren dieser Welt, „das Schwere" ist, um wirklich die kommunistische Gesellschaft zu erreichen!

Proletarier aller Länder, vereinigt euch!
Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt euch!

Rot Front

Zeitschrift für den wissenschaftlichen Kommunismus

Theoretisches Organ von GEGEN DIE STRÖMUNG Organisation für den Aufbau der Revolutionären Kommunistischen Partei Deutschlands

Nr. 1, Januar 1996

Resolution der 2. Parteikonferenz von Gegen die Strömung

1. Für die sozialistische Revolution, die Diktatur des Proletariats und den Kommunismus

2. Proletarischer Internationalismus und proletarische Weltrevolution

3. Tod dem deutschen Imperialismus, Revanchismus und Militarismus (Teil I)

Karl Marx:

Krieg den deutschen Zuständen!

155 Seiten, 5 Euro

Proletarier aller Länder, vereinigt euch!
Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt euch!

Rot Front

Zeitschrift für den wissenschaftlichen Kommunismus

Theoretisches Organ von GEGEN DIE STRÖMUNG Organisation für den Aufbau der Revolutionären Kommunistischen Partei Deutschlands

Nr. 2, Juli 1996

Resolution der 2. Parteikonferenz von Gegen die Strömung

3. Tod dem deutschen Imperialismus, Revanchismus und Militarismus (Teil II)

4. Der grundlegende Weg der sozialistischen Revolution im imperialistischen Deutschland

W.I.Lenin:

Die Lehren des Moskauer Aufstands

322 Seiten, 10 Euro

Menschheit, daß moralisches, menschliches Handeln auf klarer wissenschaftlicher Erkenntnis beruht und nun die kommunistische Moral nicht mehr als Kern die kämpferische Solidarität der „Verdammten dieser Erde" beinhaltet, sondern die kommunistische Moral der befreiten Menschheit wirklich alle Menschen in der klassenlosen, staatenlosen, in der kommunistische Gesellschaft umfaßt.

Warum im Kommunismus die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist

Kommunistisch, das heißt gemeinsam, das heißt „kollektiv"! Seit die kommunistischen Ideen die wirkliche Gleichheit der Menschen, dieses menschliche Grundprinzip einklagen und die von Marx und Engels gegründete Internationale für dieses grundlegende Menschenrecht kämpft, beschwört der Antikommunismus aller Schattierungen diese angeblich „kommunistische Gleichmacherei". Das angebliche „Argument" lautet: Die Menschen wären doch nicht alle gleich, sie wären verschieden groß, es gäbe Männer und Frauen, Junge und Alte, sie hätten verschiedene Hautfarbe und würden verschiedene Sprachen sprechen – daher könne ja der Kommunismus mit seiner „Gleichheit" nicht funktionieren, ja diese „Gleichmacherei" würde sogar aus einzelnen Persönlichkeiten gestanzte Puppen, geklonte zugerichtete und willenlose Menschen machen.

Die Demagogie ist, daß den kommunistischen Kräften ein Gedanke unterstellt wird, den sie gar nicht haben. Es geht nicht darum, daß alle Menschen „gleich" sind, sondern darum, daß sie gegen jede Diskriminierung gleiche Rechte, gleiche Würde und gleiche Möglichkeit zur Entfaltung haben sollen, und zwar bei Beibehaltung und Entfaltung ihrer Besonderheiten und Eigenheiten. Im Geburtsdokument des wissenschaftlichen Kommunismus, im „Manifest der Kommunistischen Partei" faßten Marx und Engels diesen Gedanken in die Worte, daß im Kommunismus

> **„die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist."**
> (Marx/Engels, „Manifest der Kommunistischen Partei", 1848, Werke Band 4, S.82)

Unter den Bedingungen eines eng begrenzten Raumes bedeutet die Entfaltung einer Person, (seine Ausdehnung, um im Beispiel zu bleiben) eine Einschränkung der Bewegungsfreiheit der anderen – wenn ich mehr habe, haben die anderen weniger. In der kommunistischen Gesellschaft wird der „Raum zum Leben" immer größer, so daß dieses Problem eben nicht mehr existiert. Es existiert nicht mehr das Prinzip der Kon-

kurrenz unter den Arbeitenden, das den Kampf um den Arbeitsplatz im Kapitalismus einschloß, sondern es existiert ein kommunistisches, gemeinsames Arbeiten und Leben, bei dem das voneinander Lernen wesentlich ist.

In der kommunistischen Gesellschaft bedeutet die Entdeckung von Neuem durch den Einzelnen zugleich Entfaltungsmöglichkeit für die Anderen, denn jeder neu erschlossene Raum wird zugleich für all die anderen auch mit erschlossen und ihnen zugängig gemacht. Wäre die Entfaltung des Einzelnen ein Hindernis für die Entfaltung der Anderen – so könnte sich logischerweise keiner wirklich entfalten, da jeder in jedem Anderen nur eine Eingrenzung seiner freien Entfaltungsmöglichkeit sehen müßte. In der kommunistischen Gesellschaft wird das Verhältnis von Individuum und Kollektiv, vom Einzelnen und den Anderen durch produktive Spannung, gegenseitige Unterstützung und maximaler Entwicklung des Individuums und des Kollektivs gekennzeichnet sein.

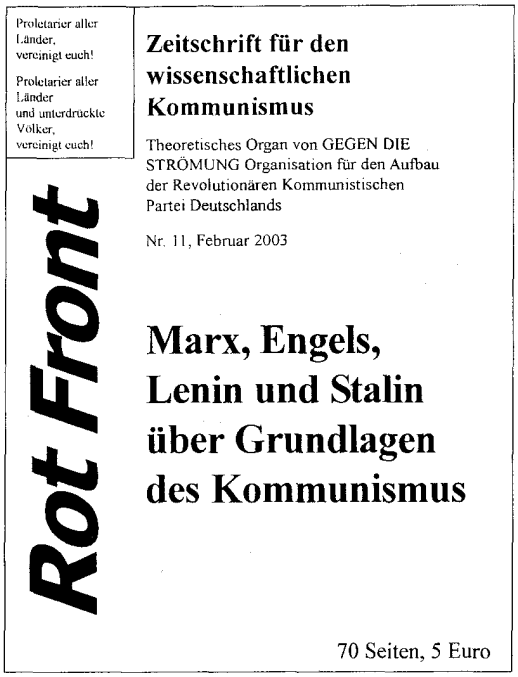
Warum Kämpfe und Widersprüche auch im Kommunismus existieren, aber produktiv gelöst werden können und gelöst werden

Im Kommunismus gibt es also paradiesische Zustände? Nun, ganz gewiß könnte man literarisch im Gegensatz zum Zeitalter des Imperialismus die kommunistische Gesellschaft so kennzeichnen. Aber eine solche Vorstellung hat einen Haken: denn das „Paradies" bedeutet Stillstand, ein Zustand ohne Arbeit und Kampf. Und genau das ist nicht das Merkmal der kommunistischen Gesellschaft. Die Menschheit wird befreit von Ausbeutung und Unterdrückung, von Kriegen, Nationalismus und Religion weiter arbeiten und kämpfen. Doch die Auseinandersetzung mit der Natur einerseits und die Auseinandersetzung der Menschen untereinander, diese beiden großen Kämpfe der Menschheit, die nicht aufhören werden solange es Menschen gibt, werden in der kommunistischen Gesellschaft einen grundlegend anderen Charakter haben. Die „Kämpfe" zwischen den Menschen werden keine Klassenkämpfe und keine bewaffneten Kämpfe sein, sondern Kämpfe mit Argumenten auf Grund unterschiedlicher Erfahrungen und eines unterschiedlichen Wissensstands, unterschiedlicher Interessen, die – so oder so gelöst – nicht die Existenz der einzelnen Menschen bedrohen oder in Frage stellen. Die „Kämpfe" mit der Natur haben als Ziel die langfristig geplante, sinnvolle und bewusste Umgestaltung der Natur im langfristigen Interesse der Menschheit. Das aber ist ein gewaltiger Unterschied zu den bisherigen „Kämpfen" in der Weltgeschichte.

Engels urteilte aus historischer Perspektive über den grundlegenden Unterschied zwischen dem Kommunismus und den bisherigen Gesellschaften:

> **„Die Anarchie innerhalb der gesellschaftlichen Produktion wird ersetzt durch planmäßige bewusste Organisation. Der Kampf ums Einzeldasein hört auf. Damit erst scheidet der Mensch, in gewissem Sinn, endgültig aus dem Tierreich, tritt aus tierischen Daseinsbedingungen in wirklich menschliche. Der Umkreis der die Menschen umgebenden Lebensbedingungen, der die Menschen bis jetzt beherrschte, tritt jetzt unter die Herrschaft und Kontrolle der Menschen, die zum ersten Male bewusste, wirkliche Herren der Natur, weil und indem sie Herren ihrer eignen Vergesellschaftung werden. Die Gesetze ihres eignen gesellschaftlichen Tuns, die ihnen bisher als fremde, sie beherrschende Naturgesetze gegenüberstanden, werden dann von den Menschen mit voller Sachkenntnis angewandt und damit beherrscht. Die eigne Vergesellschaftung der Menschen, die ihnen bisher als von Natur und Geschichte aufgenötigt gegenüberstand, wird jetzt ihre freie Tat. Die objektiven, fremden Mächte, die bisher die Geschichte beherrschten, treten unter die Kontrolle der Menschen selbst. Erst von da an werden die Menschen ihre Geschichte mit vollem Bewusstsein selbst machen, erst von da an werden die von ihnen in Bewegung gesetzten gesellschaftlichen Ursachen vorwiegend und in stets steigendem Maß auch die von ihnen gewollten Wirkungen haben. Es ist der Sprung der Menschheit aus dem Reich der Notwendigkeit in das Reich der Freiheit."**
>
> (Engels, „Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft", 1880, Werke Band 19, S.226)

Demnächst erscheint:



Lest und Studiert!

- **Marx/Engels, Manifest der Kommunistischen Partei (1848)**
- **Marx, Kritik des Gothaer Programms (1875)**
- **Engels, Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft (1880)**
- **Lenin, Staat und Revolution (1917)**
- **Stalin, Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR (1952)**

Zu bestellen bei:

Buchladen Georgi Dimitroff

BUCHLADEN

Georgi Dimitroff

Speyerer Str. 23, 60327 Frankfurt/M.

Fax 069/730920

ÖFFNUNGSZEITEN

Freitag 16.30 - 19.30 Uhr

Samstag 10.00 - 13.00 Uhr

Vertrieb für Internationale Literatur

Brunhildstr. 5, 10829 Berlin

GEÖFFNET:

Samstag 11.00 - 14.00 Uhr

ISSN 0948/5090

Drucker, Herausgeber und verantwortlicher Redaktuer: A. Odenthal, Vertrieb für Internationale Literatur, Brunhildstr. 5, 10829 Berlin

Studiert den Kommunismus !

„Wenn in aller Kürze die Anatomie der Kommunistischen Gesellschaft skizziert werden soll, so wird es eine Gesellschaft sein:

a) in der es kein Privateigentum an Produktionsmitteln, sondern nur gesellschaftliches, kollektives Eigentum an Produktionsmitteln geben wird;

b) in der es keine Klassen und keine Staatsmacht, sondern Arbeiter der Industrie und der Landwirtschaft geben wird, die sich als freie Assoziation der Werktätigen wirtschaftlich selbst leiten werden;

c) in der die Volkswirtschaft, nach einem Plan organisisert, auf der höchsten Stufe der Technik in der Industrie wie auch in der Landwirtschaft basieren wird;

d) in der es keinen Gegensatz zwischen Stadt und Land, zwischen Industrie und Landwirtschaft geben wird;

e) in der man die Produkte nach dem Prinzip der alten französischen Kommunisten verteilen wird: ‚Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen';



f) in der Kunst und Wissenschaft sich in so günstigen Verhältnissen befinden werden, dass sie in jeder Hinsicht aufblühen werden;

g) in der die Persönlichkeit, befreit von der Sorge um das Stück Brot und der Notwendigkeit, sich an die ‚Großen der Welt' anzubiedern, wirklich frei werden wird usw. usw."

Stalin, Unterredung mit der ersten amerikanischen Arbeiterdelegation, 1927, Werke Band 10, S. 116ff

Erkämpft den Kommunismus!

Plakate zu bestellen bei: Buchladen Georgi Dimitroff, Speyerer Str. 23, 60327 Frankfurt/Main, Fax: 069/730920

Studiert den Kommunismus !

Er ist vernünftig, jeder versteht ihn. Er ist leicht.
Du bist doch kein Ausbeuter, du kannst ihn begreifen.
Er ist gut für dich, erkundige dich nach ihm.
Die Dummköpfe nennen ihn dumm, und die Schmutzigen
Nennen ihn schmutzig.
Er ist gegen den Schmutz und gegen die Dummheit.
Die Ausbeuter nennen ihn Verbrechen
Wir aber wissen:
Er ist das Ende der Verbrechen.
Er *ist keine Tollheit, sondern*
Das Ende der Tollheit.
Er ist nicht das Rätsel
Sondern die Lösung.
Er ist das Einfache
Das schwer zu machen ist.

Bert Brecht



Erkämpft den Kommunismus!

Plakate zu bestellen bei: Buchladen Georg Dimitroff, Speyerer Str. 23, 60327 Frankfurt/Main, Fax: 069/730920

Die Plakatserie „100 Jahre deutscher Imperialismus - 100 Jahre Raub und Mord" skizziert die verbrecherische Geschichte des deutschen Imperialismus seit seiner Herausbildung um 1900 bis zur Gegenwart.
Wir haben uns bemüht, bei der Erstellung der Plakatserie eine Auswahl zu treffen, welche die wichtigsten imperialistischen Verbrechen enthält, sind uns aber der Problematik bewußt, daß diese Auswahl eine Skizze ist.
Uns haben verschiedene Kritiken inhaltlicher, stilistischer oder redaktioneller Art erreicht, die bei einer Neuauflage berücksichtigt werden, und auch weiterhin würden wir uns über Zuschriften freuen, denn für die Verbesserung unserer Arbeit sind wir auf Kritiken und Vorschläge angewiesen.

Diese Broschüre soll anhand der verkleinerten Abbildung der Plakate einen Überblick über die Plakatserie geben und listet am Ende die Quellen auf, die verwendet wurden.

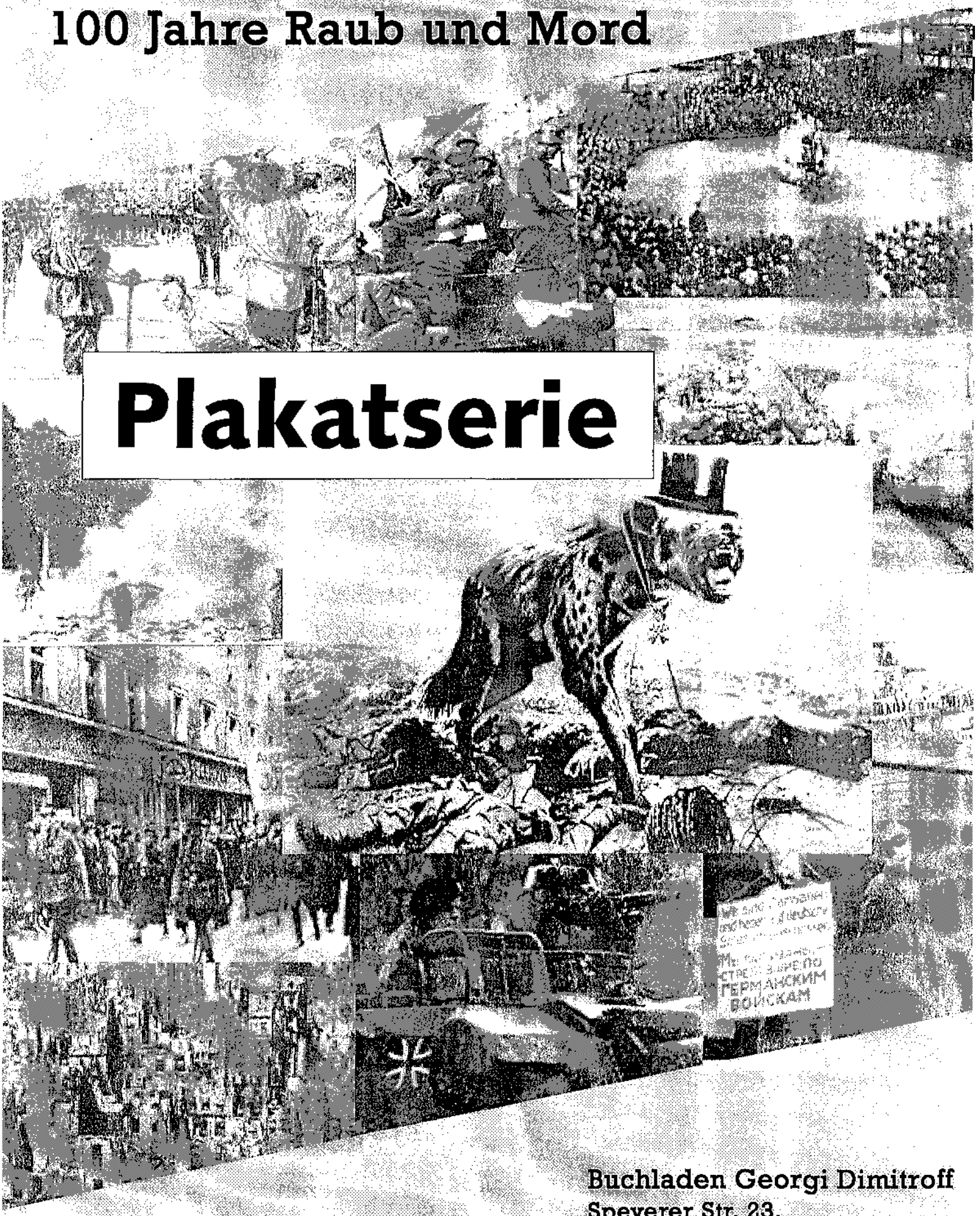
Soll die Plakatserie als Ausstellung Verwendung finden, empfiehlt es sich, die Plakate auf Pappe oder einen anderen stabilen Untergrund aufzukleben, auch Laminieren hat sich besonders für die Verwendung im Freien bewährt. Natürlich kann sie auch „einfach so" plakatiert werden.
Die Plakatserie umfaßt 15 Plakate im DIN A 2 Format (42 x 60 cm) in den Farben schwarz und rot und kann gegen Spende oder Rückporto bezogen werden bei:

Buchladen Georgi Dimitroff
Speyerer Str. 23,
60327 Frankfurt/Main,
Fax: 069 / 73 09 20

Öffnungszeiten:
Freitag 16.30 – 19.30 Uhr
Samstag 10.00 – 13.00 Uhr

Vertrieb für Internationale Literatur
Brunhildstr. 5,
10829 Berlin
Geöffnet:
Samstag 11.00 – 14.00 Uhr

100 Jahre deutscher Imperialismus
100 Jahre Raub und Mord



Plakatserie

Vertrieb für Internationale Literatur
Brunhildstr. 5, 10829 Berlin

Buchladen Georgi Dimitroff
Speyerer Str. 23,
60327 Frankfurt/Main,
Fax: 0 69/73 09 20

100 Jahre deutscher Imperialismus
100 Jahre Raub und Mord

Im Jahr 1900:
Deutsche Soldateska raubt und mordet in China

● Im Jahre 1900, nach dem sich die deutschen Imperialisten schon einige Jahre in China eingenistet hatten, brachen revolutionäre Aufstände der Yihotuan-Bewegung („Boxeraufstände") aus.

● Die deutsche Armee zog nach der Hinrichtung ihres Botschafters von Ketteler durch den Revolutionär En Hai, plündernd und mordend durch China und ermordete in sogenannten „Strafexpeditionen" Zehntausende von Chinesinnen und Chinesen.

● Die konterrevolutionären Raub- und Mordaktionen standen am Beginn der Entstehung des deutschen Imperialismus. Seit 100 Jahren steht fest, daß der deutsche Imperialismus vernichtet werden muß.



Hinrichtung des Revolutionärs En Hai, der den konterrevolutionären Gesandten von Ketteler erschoß



Hinrichtung von Befreiungskämpfern in Tianjin am 14.Juli 1900

„Peking muß regelrecht angegriffen und dem Erdboden gleichgemacht werden... Peking muß rasiert werden... Es ist der Kampf Asiens gegen das ganze Europa."

(Kaiser Wilhelm II. am 20. Juli 1900 an seinen Staatssekretär von Bülow)

„Pardon wird nicht gegeben, Gefangene werden nicht gemacht. Wie vor tausend Jahren die Hunnen unter König Etzel sich einen Namen gemacht haben, der sie noch jetzt in Überlieferungen und Märchen gewaltig erscheinen läßt, so muß der Name 'Deutscher' in China auf tausend Jahre durch euch in einer Weise bestätigt werden, daß niemals wieder ein Chinese es wagt, einen Deutschen auch nur scheel anzusehen."

(Aus der berüchtigten „Hunnenrede", mit der Kaiser Wilhelm II am 27. Juli 1900 die deutschen Soldaten auf den Vernichtungsfeldzug in China einschwor)

Nichts vergeben, nichts vergessen!
Tod dem deutschen Imperialismus, Militarismus und Revanchismus !

2. Auflage Jan. 2001

Plakat zu bestellen bei:

Buchladen Georgi Dimitroff
Speyrer Str. 23,
60327 Frankfurt/Main,
Fax: 0 69/73 09 20
Öffnungszeiten: Freitag 16.30 – 19.30,
Samstag 10.00 – 13.00

Vertrieb für Internationale Literatur
Brunhildstr. 5, 10829 Berlin
Geöffnet: Samstag 11.00 – 14.00

Erste Auflage einer Plakatserie über 100 Jahre deutschen Imperialismus.
Für die weitere Verbesserung sind wir auf Kritiken und Vorschläge angewiesen.

Drucker, Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: A. Odenthal, Vertrieb für Internationale Literatur, Brunhildstr. 5, 10829 Berlin

100 Jahre deutscher Imperialismus
100 Jahre Raub und Mord

1904–1907:
Der Völkermord der deutschen Imperialisten in Afrika an den Völkern der Herero und Nama!

● Das Massaker der deutschen Imperialisten im damals sogenannten „Deutschsüdwestafrika", dem heutigen Namibia, überlebten nach Schätzungen von den 80 000 Herero nur 15 130, von den etwa 20 000 Nama 9781.

● Die meisten der getöteten Herero – Kinder, Frauen, Männer und Greise – wurden ermordet, indem sie in die Omaheke-Wüste getrieben und so von jeglichen Wasserquellen abgeschnitten wurden. Dort verdursteten sie grausam. Gefangengenommene Herero wurden in Ketten gelegt, ihnen wurden die Buchstaben „GH" (Gefangene Herero) eingebrannt und sie wurden zur Zwangsarbeit verschleppt. Andere überlebende Gruppen wurden in Gefangenenlager an der kalten Atlantikküste interniert, wo sie zu Tausenden starben.

● Die Herero und Nama ließen sich nicht wehrlos massakrieren, sondern leisteten über drei Jahre hinweg Widerstand. Mit einem Guerillakrieg konnten die aufständischen Herero und Nama den deutschen Truppen zeitweise empfindliche Schläge versetzen.



Eisenbahn-Transport gefangener Herero. Ein Teil der Überlebenden wurde in deutschen Gefangenenlagern zusammengepfercht und starb dort an Hunger und Krankheiten.

„Die Deutschen schonten niemand. Sie töteten Tausende und Abertausende. Ich habe diese Schlächterei Tag für Tag mit angesehen."
(Aussage des obersten Repräsentanten der Bergdamara unter Eid)

„Ich, der große General der deutschen Soldaten, sende diesen Brief an das Volk der Herero. Herero sind nicht mehr deutsche Untertanen. ... Das Volk der Herero muß jetzt das Land verlassen. Wenn das Volk dies nicht tut, so werde ich mit dem großen Rohr es dazu zwingen. Innerhalb der deutschen Grenzen wird jeder Herero, mit oder ohne Gewehr, mit oder ohne Vieh, erschossen. Ich nehme keine Weiber und keine Kinder mehr auf, treibe sie zu ihrem Volk zurück oder lasse auf sie schießen. Das sind meine Worte an das Volk der Herero."
(Befehl des deutschen Generals von Trotha vom Oktober 1904 an die Herero nach der Niedermetzelung des Aufstandes)

„Die wasserlose Omaheke sollte vollenden, was die deutschen Waffen begonnen hatten: die Vernichtung des Hererovolkes."
(Der deutsche Generalstab 1904)

Nichts vergeben, nichts vergessen!
Tod dem deutschen Imperialismus, Militarismus und Revanchismus !

1. Auflage Jan. 2001

Plakat zu bestellen bei:

Buchladen Georgi Dimitroff
Speyrer Str. 23,
60327 Frankfurt/Main,
Fax: 0 69/73 09 20
Öffnungszeiten: Freitag 16.30 – 19.30,
Samstag 10.00 – 13.00

Vertrieb für Internationale Literatur
Brunhildstr. 6, 10829 Berlin
Geöffnet: Samstag 11.00 – 14.00

Erste Auflage einer Plakatserie über 100 Jahre deutschen Imperialismus. Für die weitere Verbesserung sind wir auf Kritiken und Vorschläge angewiesen.

Drucker, Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: A. Odenthal, Vertrieb für Internationale Literatur, Brunhildstr. 6, 10829 Berlin

100 Jahre deutscher Imperialismus
100 Jahre Raub und Mord

1914–1918:
Mit der Entfesselung des imperialistischen 1. Weltkriegs greift der deutsche Imperialismus erstmals nach der Weltherrschaft!

● Der besonders aggressive, weil „zu spät" gekommene deutsche Imperialismus trat im Bündnis mit anderen Imperialisten als noch beutegierigere, noch räuberischere Gruppe „an den Tisch des kapitalistischen Schmauses heran, als die Plätze schon besetzt waren" (Lenin) und strebte mit der Entfesselung des 1. Weltkriegs eine Neuaufteilung der Kolonien und Einflußsphären an. Der imperialistische 1. Weltkrieg forderte insgesamt rund 10 Mio. Tote.

● Mit ihrer Zustimmung zu den Kriegskrediten im August 1914 wechselte die SPD endgültig ins Lager der imperialistischen deutschen Bourgeosie und wurde zum „stinkenden Leichnam" (Rosa Luxemburg). Sie lieferte damit einen wesentlichen Baustein zur ideologischen Verklärung der imperialistischen Eroberungspläne Deutschlands durch deutschen Nationalismus und Chauvinismus nach dem Motto von Kaiser Willhelm II.: „Ich kenne keine Parteien mehr, ich kenne nur noch Deutsche!".

● Es waren deutsche Generäle, die 1915 in Belgien erstmals in der Geschichte den Befehl zum Einsatz der Massenvernichtungswaffe Giftgas gaben. Über 15.000 französische und belgische Soldaten fielen allein diesem ersten Kampfgasangriff zum Opfer. Nahezu die Hälfte des im 1. Weltkrieg eingesetzten Giftgases stammte aus Fabriken des IG-Farben-Konzerns.

● Der deutsche Imperialismus war durch deutsche Offiziere und Generäle maßgeblich beteiligt an dem zwischen 1915 und 1918 von seinem „Verbündeten", dem türkischen Kompradoren- und Grundbesitzerregime verübten Völkermord an rund 1,5 Mio. Armenierinnen und Armeniern, die durch Deportation, Zwangsarbeit, Erschießungen und Todesmärsche in Wüstengebiete systematisch ermordet wurden.



Weltweit erster Einsatz von Giftgas durch den deutschen Imperialismus rassistisch „gerechtfertigt"

„Angesichts des Umstandes, daß unsere Gegner unter Verzicht auf jeden Rassenstolz ein buntes Völkergemisch gegen uns ins Feld führen, ist die Anwendung dieses Mittels voll gerechtfertigt. Wir erreichen auf diese Weise unseren kriegerischen Zweck und sparen an kostbarem Blute."

(Eintragung in das Kriegstagebuch der 9. Armee des deutschen Imperialismus vom 14. Mai 1915)

Ideologische Vorbereitung zum Völkermord

„Armenien verhindert die wirtschaftliche und politische Ausbreitung Deutschlands, es muß daher verschwinden."

(Baron von Wangenheim, deutscher Botschafter in der Türkei, Sommer 1914)

Nichts vergeben, nichts vergessen!
Tod dem deutschen Imperialismus, Militarismus und Revanchismus!

1. Auflage, Jan. 2001

Plakat zu bestellen bei:

Buchladen Georgi Dimitroff
Speyerer Str. 23,
60327 Frankfurt/Main,
Fax: 0 69/73 09 20
Öffnungszeiten: Freitag 16.30 – 19.30,
Samstag 10.00 – 13.00

Vertrieb für Internationale Literatur
Brunhildstr. 6, 10829 Berlin
Geöffnet: Samstag 11.00 – 14.00

Erste Auflage einer Plakatserie über 100 Jahre deutschen Imperialismus.
Für die weitere Verbesserung sind wir auf Kritiken und Vorschläge angewiesen.

Drucker, Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: A. Odenthal, Vertrieb für Internationale Literatur, Brunhildstr. 6, 10829 Berlin

100 Jahre deutscher Imperialismus
100 Jahre Raub und Mord

1918/19:
Niedermetzelung der revolutionären Kämpfe der Arbeiterinnen und Arbeiter durch die imperialistische deutsche Konterrevolution!

● Nach vier Jahren Eroberungskrieg des deutschen Imperialismus begann im November 1918, das Beispiel der siegreichen Oktoberrevolution in Rußland vor Augen, die offene Rebellion der Soldaten und der bewaffnete Aufstand der Arbeiterinnen und Arbeiter in Deutschland. Sie drängten in das vom Spartakusbund geführte Lager der proletarischen Revolution. Doch die mangelnde Bewußtheit der proletarischen Massen und das Fehlen einer Kommunistischen Partei ermöglichte es den konterrevolutionären Führern der SPD als Agentur des deutschen Imperialismus, die Massen zu täuschen und der Revolution die Spitze abzubrechen.

● Mit bestialischer Gewalt ließ die konterrevolutionäre SPD-Führung zusammen mit der "Obersten Heeresleitung" der Armee im Auftrag des deutschen Imperialismus die kämpfenden Arbeiterinnen und Arbeiter im Januar 1919 mißhandeln, foltern und niedermetzeln, ihre entschlossensten Vorkämpfer, Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, ermorden. Bis zur Niederschlagung der Münchner Räterepublik im Mai 1919 wurden über 30 000 revolutionäre Arbeiterinnen und Arbeiter ermordet.



11. Januar 1919: Bewaffnete Arbeiter und Soldaten hinter Barrikaden aus Zeitungspapierrollen in Berlin


Arbeiter, Bürger!

Schlagt ihre Führer tot!

Tötet Liebknecht!

Die Frontsoldaten

Öffentliche Mordhetze der von der konterrevolutionären SPD-Regierung befehligten Regierungstruppen, zu Hundertausenden Anfang Januar 1919 auf Flugzetteln und Plakaten in den Straßen von Berlin verbreitet.

SPD-Noske als Bluthund der imperialistischen Konterrevolution

„Meiner Meinung, daß nun versucht werden müsse, mit Waffengewalt Ordnung zu schaffen, wurde nicht widersprochen ... Darauf sagte jemand: ‚Mach Du doch die Sache!' Worauf ich kurzentschlossen erwiderte: ‚Meinetwegen! Einer muß der Bluthund werden...!'"

(Gustav Noske, Kriegsminister der 1918 gebildeten SPD-Regierung in seiner Autobiographie „Von Kiel bis Kapp")

Nichts vergeben, nichts vergessen!
Tod dem deutschen Imperialismus, Militarismus und Revanchismus!

1. Auflage, Jan. 2001

Plakat zu bestellen bei:

Buchladen Georgi Dimitroff
Speyerer Str. 23,
60327 Frankfurt/Main,
Fax: 0 69/73 09 20
Öffnungszeiten: Freitag 16.30 – 19.30,
Samstag 10.00 – 13.00

Vertrieb für Internationale Literatur
Brunhildstr. 8, 10829 Berlin
Geöffnet: Samstag 11.00 – 14.00

Erste Auflage einer Plakatserie über 100 Jahre deutschen Imperialismus. Für die weitere Verbesserung sind wir auf Kritiken und Vorschläge angewiesen.

Drucker, Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: A. Odenthal, Vertrieb für Internationale Literatur, Brunhildstr. 8, 10829 Berlin

100 Jahre deutscher Imperialismus
100 Jahre Raub und Mord

1918–1933: Der deutsche Imperialismus bereitet Stück für Stück seinen Revanchekrieg und seine offen terroristische Diktatur vor!

● Kapp-Putsch 1920:
Im März 1920 versuchte der deutsche Imperialismus mit seiner reaktionären Soldateska durch den Kapp-Putsch, eine offen terroristische, militaristische Diktatur zu errichten. Das konnte durch den Genralstreik und den dreitägigen bewaffneten Abwehrkampf von 100 000 Arbeiterinnen und Arbeiter, vor allem der Roten Ruhr-Armee verhindert werden. Nach der entscheidend von der SPD durchgesetzten Entwaffnung der Arbeiterinnen und Arbeiter verübten Angehörige der Reichswehr und der Freikorps bestialische Bluttaten. Schätzungsweise 1000 Arbeiterinnen und Arbeiter wurden ermordet.



Konterrevolutionäre Kapp-Truppen mit Hakenkreuzen auf den Helmen im März 1920 in Essen.

● 1. Mai 1929:
Am 1. Mai 1929 durchbrachen 200 000 revolutionäre Arbeiterinnen und Arbeiter unter Führung der KPD in den Straßen von Berlin mit einer Demonstration das Verbot der 1. Mai Demonstration und verteidigten den Roten 1. Mai. Auf Befehl des SPD-Polizeipräsidenten Zörgiebel schoß die Polizei auf die Arbeiterinnen und Arbeiter und ermordete 31 von ihnen, mehrere Hundert wurden verletzt, 1200 verhaftet.

● Rasch zunehmende Aufrüstung und Kriegsvorbereitung:
Mitte der 20er Jahre forcierte der deutsche Imperialismus die Kriegsvorbereitung. Ein wichtiger Bestandteil war dabei der Bau von Panzerkreuzern zur Schaffung einer Kriegsflotte für den 2. Weltkrieg. Zielstrebig verfolgte er seit 1929 die Umsetzung seiner Kriegsprojekte durch einen auf fünf Jahre angelegten Plan für den erneuten Anlauf zur Erringung der Weltherrschaft.



Nichts vergeben, nichts vergessen!
Tod dem deutschen Imperialismus, Militarismus und Revanchismus!

1. Auflage Jan. 2001

Plakat zu bestellen bei:

Buchladen Georgi Dimitroff
Speyerer Str. 23,
60327 Frankfurt/Main,
Fax: 0 69/73 09 20
Öffnungszeiten: Freitag 16.30 – 19.30,
Samstag 10.00 – 13.00

Vertrieb für Internationale Literatur
Brunhildstr. 8, 10829 Berlin
Geöffnet: Samstag 11.00 – 14.00

Erste Auflage einer Plakatserie über 100 Jahre deutschen Imperialismus. Für die weitere Verbesserung sind wir auf Kritiken und Vorschläge angewiesen.

Drucker, Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: A. Odenthal, Vertrieb für Internationale Literatur, Brunhildstr. 8, 10829 Berlin

100 Jahre deutscher Imperialismus
100 Jahre Raub und Mord

Im Jahre 1933:

Bündnis der Deutsch-Nationalen und der NSDAP:

Beginn der offen terroristischen nazifaschistischen Diktatur des deutschen Finanzkapitals

Die ersten Nazi-KZs entstanden Ende März 1933 in Deutschland. Der Nazi-Terror gegen die Arbeiterbewegung wütete. Die KPD, SPD und der ADGB wurden verboten. Kommunistinnen, Kommunisten und andere Antifaschistinnen und Antifaschisten wurden in die KZs verschleppt. Es gab 10000 Verhaftete, Tausende Verletzte und Hunderte ermordete Mitglieder der KPD.

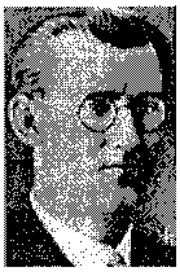

Konzentrationslager für Schutzhäftlinge in Bayern

Errichtung des KZs Dachau wird in der Nazi-Zeitung „Völkischer Beobachter" vom 21.3.1933 öffentlich bekannt gegeben. Jeder in Deutschland wußte somit, daß die politischen Gegner der Nazis in KZs inhaftiert wurden.

Von den Nazis ermordet!


John Schehr


Erich Steinfurt


Eugen Schönhaar


Rudolf Schwarz

„Die feigen, schuftigen faschistischen Henker mordeten ihn nach dem traditionellen Ritus der weißgardistischen Geheimpolizei: der vor zwei Monaten verhaftete Genosse Schehr wurde in einem Auto fortgebracht und im Wald zusammen mit drei weiteren aktiven Funktionären der KPD, den Genossen Erich Steinfurth, Eugen Schönhaar und Rudolf Schwarz, meuchlings erschossen. ‚Bei einem Fluchtversuch erschossen', meldeten amtlich die zynisch feixenden, von Arbeiterblut trunkenen Faschistenführer."
(Nachruf der Kommunistischen Internationale auf Genossen John Schehr)

Nichts vergeben, nichts vergessen!

Tod dem deutschen Imperialismus, Militarismus und Revanchismus!

1. Auflage Jan. 2001

Plakat zu bestellen bei:

Buchladen Georgi Dimitroff
Speyerer Str. 23,
60327 Frankfurt/Main,
Fax: 0 69/73 09 20
Öffnungszeiten: Freitag 16.30 – 19.30,
Samstag 10.00 – 13.00

Vertrieb für Internationale Literatur
Brunhildstr. 5, 10829 Berlin
Geöffnet: Samstag 11.00 – 14.00

Erste Auflage einer Plakatserie über 100 Jahre deutschen Imperialismus. Für die weitere Verbesserung sind wir auf Kritiken und Vorschläge angewiesen.

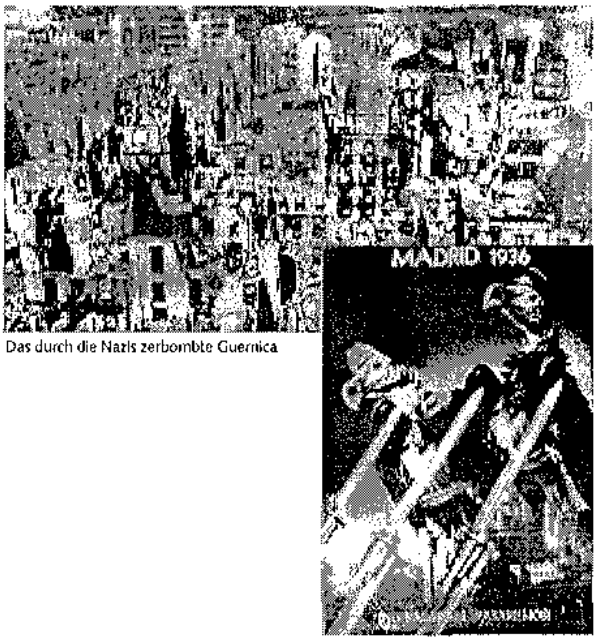
Drucker, Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: A. Odenthal, Vertrieb für Internationale Literatur, Brunhildstr. 5, 10829 Berlin

100 Jahre deutscher Imperialismus
100 Jahre Raub und Mord

1936–1939:
Militärische Intervention Nazi-Deutschlands zur Niedermetzelung des revolutionären bewaffneten Kampfes der Völker Spaniens!

● Im Juli 1936 begannen die Völker Spaniens einen revolutionären bewaffneten Kampf zur Niederschlagung des konterrevolutionären faschistischen Putsches unter Führung Francos. Die spanischen Faschisten erhielten entscheidende politische, ökonomische und militärische Unterstützung vom nazifaschistischen Deutschland und dem faschistischen Italien. Am Freiheitskampf der Völker Spaniens beteiligten sich rund 50 000 Genossinnen und Genossen aus mehr als 50 Ländern als Freiwillige, darunter 5000 Kader der KPD, von denen 3000 gefallen sind, ermordet wurden. Denn es war klar: Spanien sollte der Auftakt für den weltumspannenden antifaschistischen Krieg zur Niederringung des Nazifaschismus und der übrigen faschistischen Aggressoren werden.

● Das nazifaschistische Deutschland unterstützte die faschistischen Kräfte in Spanien tonnenweise mit Flugzeugen, Panzern, Geschützen, Offiziere, Ausbilder usw. 30 000 Soldaten der Nazi-Wehrmacht, darunter die 4500 Mordsoldaten der Elitetruppe „Legion Condor" wurden entsendet, um die kämpfenden Völker Spaniens zu massakrieren. Nach der Bombardierung Madrids und Barcelonas konzentrierten sie ihre Mordeinsätze 1937 auf das Baskenland. Die baskische Stadt Guernica, seit Jahrhunderten Symbol für den Freiheitswillen und die Identität des baskischen Volkes, wurde zum Inbegriff des Vernichtunsterrors der Nazi-Wehrmacht. Am 27. April 1937 machte sie die Stadt nach einer dreistündigen Bombardierung mit 50 000 kg Splitter- und Brandbomben dem Erdboden gleich, Flüchtende wurden mit Maschinengewehrsalven ermordet. Allein an diesem Tag starben 1600 Menschen.



Das durch die Nazis zerbombte Guernica

„...durch diese Stadt ist die ‚deutsche Zivilisation' marschiert..."

„Aber Guernica war nur noch ein Haufen von Flammen und Ruinen. Auf der Asche müßte man die Aufschrift anbringen: Durch diese Stadt ist die deutsche Zivilisation marschiert."
(José de Labauria, Bürgermeister von Guernica, in einem Appell an die Weltöffentlichkeit vom 17.5.1937)

„Probevorlauf" des Nazifaschismus für den 2. Weltkrieg

„Der spanische Bürgerkrieg war eine gute Gelegenheit, meine junge Luftwaffe auf die Probe zu stellen, damit meine Leute dort Erfahrungen sammeln."
(Erklärung Görings bei den Nürnberger Prozessen 1946)

Nichts vergeben, nichts vergessen!
Tod dem deutschen Imperialismus, Militarismus und Revanchismus!

1. Auflage, Jan. 2001

Plakat zu bestellen bei:

Buchladen Georgi Dimitroff
Speyerer Str. 23,
60327 Frankfurt/Main,
Fax: 0 69/73 09 20
Öffnungszeiten: Freitag 16.30 – 19.30,
Samstag 10.00 – 13.00

Vertrieb für Internationale Literatur
Brunhildstr. 8, 10829 Berlin
Geöffnet: Samstag 11.00 – 14.00

Erste Auflage einer Plakatserie über 100 Jahre deutschen Imperialismus. Für die weitere Verbesserung sind wir auf Kritiken und Vorschläge angewiesen.

Drucker, Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: A. Odenthal, Vertrieb für Internationale Literatur, Brunhildstr. 8, 10829 Berlin

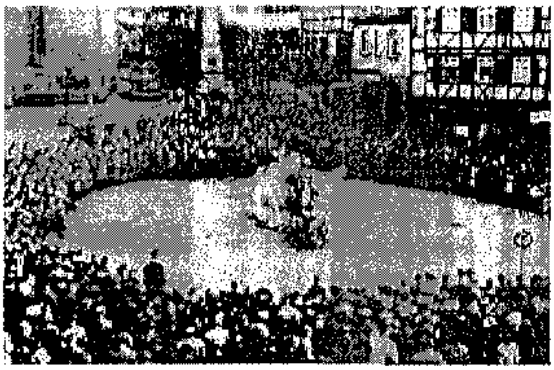
100 Jahre deutscher Imperialismus
100 Jahre Raub und Mord

Im Jahr 1938:
Vor aller Augen: Der mörderische antisemitische Terror des Novemberpogroms!

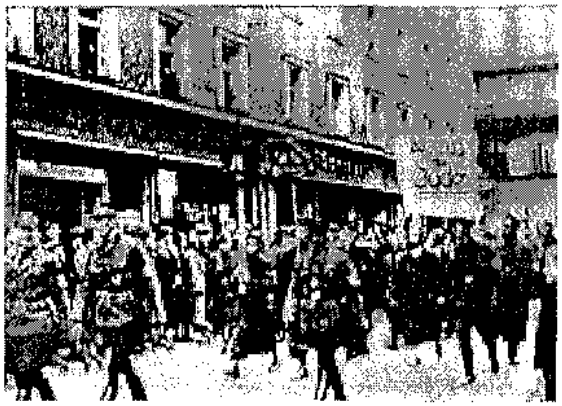
● Nachdem ab 1933, als die deutschen Imperialisten die Hebel der Macht in die Hände der Nazis gelegt hatten, mit antisemitischen Gesetzen, Razzien, Überfällen und Verhaftungen, mit antisemitischen Boykotten, Raub und Plünderungen, mit antisemitischer Hetze, Drohungen und Beleidigungen die Terrorisierung und Isolierung der Jüdinnen und Juden in Deutschland begonnen hatte wurde am 9./10.November 1938 das bis dahin größte Verbrechen gegen die jüdische Bevölkerung im gesamten Herrschaftsbereich des deutschen Imperialismus verübt. Das nazistische Novemberpogrom selbst, in erster Linie von den Mitgliedern der Nazi-Organisationen angeführt, zeigte eine noch nie dagewesene Massenverankerung der rassistische-antisemitischen Ideologie und Politik als Wesensmerkmal des Nazifaschismus.

● Vor aller Augen wurden Jüdinnen und Juden mißhandelt, gequält, geschlagen, vergewaltigt und gefoltert. Viele wurden zum Teil schwer verletzt, viele Hundert wurden ermordet, praktisch alle Synagogen und jüdischen Friedhöfe, Tausende Geschäfte und Wohnungen wurden zerstört. In den Tagen nach dem Novemberpogrom wurden generalstabsmäßig 30000 jüdische Geiseln aus Dutzenden Städten und Dörfern vor aller Augen durch die Straßen und auf öffentliche Plätze getrieben und in Nazi-KZs verschleppt. Während des Novemberprogroms und in den Monaten danach wurden mehr *als 1000 Jüdinnen und Juden ermordet.*

„Man hing uns Schilder mit der Aufschrift „Jude" um und zwang uns zu rufen: „Juda verrecke". Dann wurden wir sieben Stunden lang kreuz und quer durch Bautzen getrieben, stellte uns auf Plätzen auf, wo wir beschimpft, bespuckt und mit Steinen beworfen wurden:"
(Aussage eines am 10.11.1938 ins Dredner Polizeigefängnis verschleppten jüdischen Einwohners Bautzens)



Die Bevölkerung von Mosbach bei der Verbrennung der Einrichtung und der religösen Gegenstände der Synagoge am 10.11.1938



Deutsche Bevölkerung in den Straßen von Regensburg beobachtet die Deportation jüdischer Männer ins KZ Dachau, 10.11.1938

Nichts vergeben, nichts vergessen!
Tod dem deutschen Imperialismus, Militarismus und Revanchismus!

1. Auflage, Jan.2001

Plakat zu bestellen bei:

Buchladen Georgi Dimitroff
Speyerer Str. 23,
60327 Frankfurt/Main,
Fax: 0 69/73 09 20
Öffnungszeiten: Freitag 16.30 – 19.30,
Samstag 10.00 – 13.00

Vertrieb für Internationale Literatur
Brunhildstr. 5, 10829 Berlin
Geöffnet: Samstag 11.00 – 14.00

Erste Auflage einer Plakatserie über 100 Jahre deutschen Imperialismus. Für die weitere Verbesserung sind wir auf Kritiken und Vorschläge angewiesen.

Drucker, Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: A. Odenthal, Vertrieb für Internationale Literatur, Brunhildstr. 5, 10829 Berlin

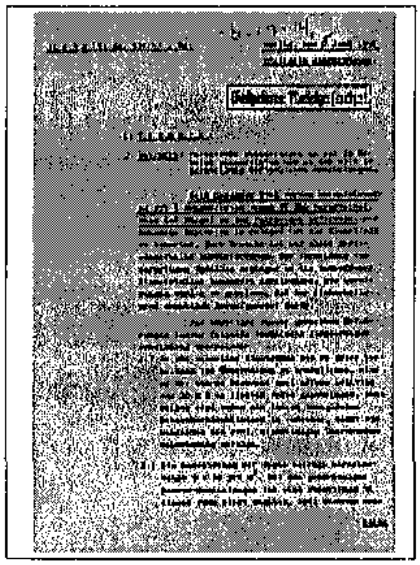
100 Jahre deutscher Imperialismus
100 Jahre Raub und Mord

1939/1941:
Überfall der nazifaschistischen Wehrmacht auf Polen und die sozialistische Sowjetunion!

● Mit dem nazifaschistischen Überfall auf Polen begann am 1.9.1939 offiziell der 2. Weltkrieg. Der deutsche Imperialismus setzte seine blutige Tradition des reaktionären Preußentums und der deutschen Ordensritter fort, die sich bereits in einer Vielzahl reaktionärer Kriege polnische Gebiete zusammengeraubt hatten. Polen war das erste Opfer des nazistischen Vernichtungsfeldzugs. Ein Viertel der Bevölkerung Polens wurde dabei ermordet, insgesamt 6 Millionen, davon allein 3,4 Millionen Jüdinnen und Juden aus Polen.

● Am 22.6.1941 überfiel der deutsche Imperialismus mit seiner verbrecherischen Wehrmacht die sozialistische Sowjetunion, deren Niederwerfung ein entscheidender Schritt sein sollte, die Hindernisse auf seinem Weg zur Weltherrschaft zu beseitigen. Insgesamt wurden 20 Millionen sowjetische Bürgerinnen und Bürger ermordet, davon allein ca. 3,3 Millionen sowjetische Kriegsgefangene und weit über 1 Million sowjetische Jüdinnen und Juden.

Nazistischer Massenmord durch Giftgas in der Sowjetunion!



Aktenvermerk aus dem SS-„Reichssicherheitshauptamtes", der Nazi-Organisation, die den nazistischen Völkermord plante und koordinierte





Am 26. Oktober 1941 ermordeten die Nazis eine Gruppe von Partisaninnen und Partisanen. Darunter die jüdische Partisanin Mascha Brushkina.

Nichts vergeben, nichts vergessen!
Tod dem deutschen Imperialismus, Militarismus und Revanchismus!

1. Auflage Jan. 2001

Erste Auflage einer Plakatserie über 100 Jahre deutschen Imperialismus. Für die weitere Verbesserung sind wir auf Kritiken und Vorschläge angewiesen.

Plakat zu bestellen bei:

Buchladen Georgi Dimitroff
Speyerer Str. 23,
60327 Frankfurt/Main,
Fax: 0 69/73 09 20
Öffnungszeiten: Freitag 16.30 – 19.30,
Samstag 10.00 – 13.00

Vertrieb für Internationale Literatur
Brunhildstr. 8, 10829 Berlin
Geöffnet: Samstag 11.00 – 14.00

Drucker, Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: A. Odenthal, Vertrieb für Internationale Literatur, Brunhildstr. 8, 10829 Berlin

100 Jahre deutscher Imperialismus
100 Jahre Raub und Mord

Ab Mai 1940:
Überfall der nazifaschistischen Wehrmacht auf Belgien, die Niederlande, Frankreich...!

● Der deutsche Imperialismus überfiel im Mai 1940 Belgien, Luxemburg, die Niederlande und Frankreich und begann damit den sogenannten „Westfeldzug" als weiteren Schritt zur Eroberung der Weltherrschaft, nachdem er 1939 schon Polen und im April 1940 Dänemark und Norwegen überfallen hatte. Im April 1941 überfielen die Nazis Jugoslawien und Griechenland, im Juni 1941 dann die Sowjetunion.

● In den Niederlanden machte die Nazi-Luftwaffe an einem einzigen Tag Rotterdam dem Erdboden gleich. 24000 Häuser wurden zerstört, 900 Menschen durch die Luftangriffe ermordet. Von den in den Niederlanden lebenden 140000 Juden und Jüdinnen wurden über 100000 in die Vernichtungslager deportiert und dort ermordet. 500000 Menschen wurden nach Nazi-Deutschland zur Zwangsarbeit verschleppt. Insgesamt wurden ca. 210.000 von den Nazis ermordet.

● In Belgien wurden über die Hälfte der 50000 dort lebenden Juden und Jüdinnen deportiert und ermordet. Mindestens 200000 Menschen wurden zwischen 1940 und 1944 als Zwangsarbeiter nach Nazi-Deutschland verschleppt. Insgesamt wurden ca. 88000 von den Nazis ermordet.

● Insgesamt wurden ca. 80000 Juden und Jüdinnen aus Frankreich durch die Nazis ermordet. 4,5 Millionen Einwohner Frankreichs wurden nach Nazi-Deutschland zur Zwangsarbeit verschleppt. 20000 Kämpferinnen und Kämpfer der Resistance wurden von den Nazis ermordet, über 60000 in Nazi-KZs deportiert. Ganze Dörfer wurden zerstört und ihre Einwohner – vom Kleinkind bis zum Greis – bestialisch ermordet, wie z.B. beim SS-Massaker von Oradour am 10. Juni 1944. 70000 Einwohner wurden durch Geißelerschiessungen ermordet. Insgesamt wurden über 650.000 von den Nazis ermordet.



25. Februar 1941 in Amsterdam: Razzia gegen streikende Arbeiterinnen und Arbeiter

Anordnung zur Geiselerschießung durch den General der Nazi-Wehrmacht und dem Militärbefehlshaber in Frankreich

„Der Militärbefehlshaber in Frankreich
3. Nachstehende Sühnemaßnahmen sind anzuordnen:
(...)
b) weiterhin wird angeordnet:
ee) Die sofortige Erschießung von 30 Kommunisten, Juden u. dem Täterkreis nahestehenden Personen.
ff) Die Erschießung von weiteren 80, sowie die Deportation von 1000 Kommunisten, Juden u. dem Täterkreis nahestehenden Personen nach dem Osten, falls die Täter nicht innerhalb von 3 Tagen nach Veröffentlichung der Bekanntmachung gem. Ziff. 4a) festgestellt sind."
(17.4.1942)

Nichts vergeben, nichts vergessen!
Tod dem deutschen Imperialismus, Militarismus und Revanchismus!

1. Auflage, Jan. 2001

Buchladen Georgi Dimitroff
Speyerer Str. 23,
60327 Frankfurt/Main,
Fax: 0 69/73 09 20
Öffnungszeiten: Freitag 16.30 – 19.30,
Samstag 10.00 – 13.00

Vertrieb für Internationale Literatur
Brunhildstr. 5, 10829 Berlin
Geöffnet: Samstag 11.00 – 14.00

Erste Auflage einer Plakatserie über 100 Jahre deutschen Imperialismus. Für die weitere Verbesserung sind wir auf Kritiken und Vorschläge angewiesen.

10/15

Drucker, Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: A. Odenthal, Vertrieb für Internationale Literatur, Brunhildstr. 5, 10829 Berlin

100 Jahre deutscher Imperialismus
100 Jahre Raub und Mord

1939–1945:
Der nazifaschistische Völkermord an der jüdischen Bevölkerung und an den Sinti und Roma

● Die grauenvollste Besonderheit des Nazifaschismus ist der welthistorisch zum ersten Mal begangene industriell durchgeführte rassistische Massenmord an der jüdischen Bevölkerung und an den Sinti und Roma. Dieses „deutsche Morden", der staatlich angeordnete und auf lange Sicht geplante, industriell organisierte, bürokratisch geregelte und durchgeführte Völkermord ist bisher in der Geschichte einmalig.

● Die Nazis ermordeten vor allem in den eigens dafür eingerichteten Vernichtungslagern Auschwitz-Birkenau, Chelmno, Sobibor, Belzec, Majdanek-Lublin und Treblinka – vom Kleinkind bis zum Greis – ca. 6 Millionen Jüdinnen und Juden und ca. 500 000 Sinti und Roma.

● Der deutsche Imperialismus, das „tausendjährige Reich", hat ein Exempel an Brutalität und Grausamkeit statuiert, wie es die Welt bisher noch nicht gesehen hatte.

Öffentliche Ankündigung des Völkermords an der jüdischen Bevölkerung in der Nazi-Zeitung „Völkischer Beobachter" im Januar 1939!

„Ich will heute wieder ein Prophet sein: Wenn es dem internationalen Finanzjudentum in- und außerhalb Europas gelingen sollte, die Völker noch einmal in einen Weltkrieg zu stürzen, dann würde das Ergebnis nicht die Bolschewisierung der Erde und damit der Sieg des Judentums sein, sondern die Vernichtung der jüdischen Rasse in Europa …":
(Reichstagsrede von Adolf Hitler vom 30. Januar 1939, im Rundfunk übertragen und im „Völkischen Beobachter", der auflagenstärksten Naz-Zeitung, veröffentlicht)



Eines der drei Fotos eines Mitglieds der Kampfgruppe Auschwitz, die aus dem Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau herausgeschmuggelt werden konnten und Verbrechen der Nazis dokumentieren. Die Leichen wurden im Freien verbrannt, als die Krematorien nicht mehr ausreichten.

Nichts vergeben, nichts vergessen!
Tod dem deutschen Imperialismus, Militarismus und Revanchismus!

1. Auflage Jan. 2001

Plakat zu bestellen bei:

Buchladen Georgi Dimitroff
Speyerer Str. 23,
60327 Frankfurt/Main,
Fax: 0 69/73 09 20
Öffnungszeiten: Freitag 16.30 – 19.30,
Samstag 10.00 – 13.00

Vertrieb für Internationale Literatur
Brunhildstr. 5, 10829 Berlin
Geöffnet: Samstag 11.00 – 14.00

Erste Auflage einer Plakatserie über 100 Jahre deutschen Imperialismus.
Für die weitere Verbesserung sind wir auf Kritiken und Vorschläge angewiesen.

Drucker, Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: A. Odenthal, Vertrieb für Internationale Literatur, Brunhildstr. 5, 10829 Berlin

100 Jahre deutscher Imperialismus
100 Jahre Raub und Mord

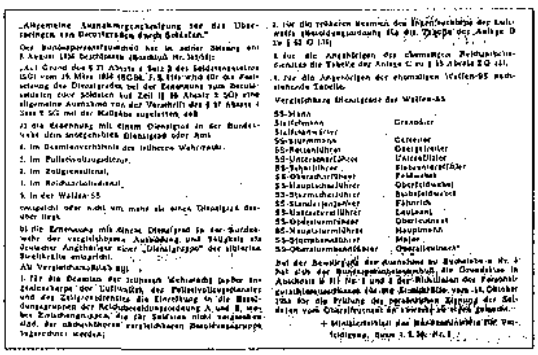
Ab 1950:
Remilitarisierung des westdeutschen Imperialismus und Aufbau der Bundeswehr in der Tradition der Nazi-Wehrmacht!

● Seit den 50er Jahren wurde offen der Aufbau einer erneuten deutschen Streitmacht, der Bundeswehr, propagiert. Im Kampf gegen die Remilitarisierung des westdeutschen Imperialismus wurde der 21jährige Genosse der KPD Philipp Müller am 11.5.1952, als er an einer Demonstration von 30000 Antimilitaristinnen und Antimilitaristen teilnahm, von einem Polizisten erschossen.



Philipp Müller wurde am 11.5.1952 in Essen erschossen.

● So wie die Wirtschaft und der westdeutsche Staatsapparat – von der Politik, Justiz, bis hin zur Verwaltung, Schule, Geheimdienste und Polizei – wurde auch die Bundeswehr fast ausschließlich von Nazi-Offizieren der SS und der Wehrmacht aufgebaut. 1956 wurde vom damaligen Bundeskriegsminister Theodor Blank festgelegt, daß ehemalige SS-Offiziere entsprechend ihren alten Rängen in der Bundeswehr wiederverwendet werden. 1958 stammten 12900 Offiziere der Bundeswehr aus der Nazi-Wehrmacht.



„Allgemeine Anordnung zur Regelung der Übernahme von Berufssoldaten durch Soldaten."

Der Bundesverteidigungsminister hat in seiner Sitzung am 8. August 1956 beschlossen (Beschluß Nr. 365/56):

...Auf Grund des § 37 Absatz 4 Satz 2 des Soldatengesetzes (SG) vom 19. März 1956 (BGBl. I S. 114) wird für die Anwendung des Dienstgrades bei der Ernennung zum Berufssoldaten oder Soldaten auf Zeit (§ 39 Absatz 2 SG) eine allgemeine Anordnung von der Voraussetzung des § 37 Absatz 4 Satz 1 SG mit der Maßgabe zugelassen, daß

a) die Ernennung mit einem Dienstgrad in der Bundeswehr dem entsprechenden Dienstgrad oder Amt

b) im Beamtenverhältnis des früheren Wehrrechts,

c) im Polizeivollzugsdienst,

d) im Zollgrenzdienst,

e) im Reichsarbeitsdienst,

f) in der Waffen-SS

vorgesehen oder nicht um mehr als einen Dienstgrad darüber liegt.

Bei Vorgesetzten-Nr. 8 (1)

1. Für die Beamten der früheren Wehrmacht gelten hinsichtlich der Laufbahn, des Polizeivollzugsbeamten und des Zollgrenzdienstes die Einreihung in die Besoldungsgruppen der Besoldungsordnung A und B, sowie das Zulagengesetz, die für Soldaten nicht vorgesehen sind, der übrigen hierzu ergehenden Durchführungsbestimmungen.

2. Für die früheren Beamten des Reichsbahnbetriebsdienstes die Tabelle der Anlage C zu § 15 Absatz 2 BO (II).

3. Für die Angehörigen der ehemaligen Waffen-SS maßgebende Tabelle.

Verzeichnis [illegible] der Waffen-SS

SS-Mann	Grenadier
Stellvertreter	Gefreiter
Sturmmann	Obergefreiter
SS-Rottenführer	Unteroffizier
SS-Unterscharführer	Stabsunteroffizier
SS-Scharführer	Hauptfeldwebel
SS-Oberscharführer	Feldwebel
SS-Hauptscharführer	Oberfeldwebel
SS-Sturmscharführer	Stabsfeldwebel
SS-Standartenjunker	Fähnrich
SS-Standartenoberjunker	Leutnant
SS-Obersturmführer	Oberleutnant
SS-Hauptsturmführer	Hauptmann
SS-Sturmbannführer	Major
SS-Obersturmbannführer	Oberstleutnant

Bei der Beurteilung der [illegible] hat sich der Bundesverteidigungsausschuß die Grundsätze in Anschluß II Nr. 1 und 2 der Richtlinien des Personalgutachterausschusses für die Einstellung der Soldaten vom Oberstleutnant aufwärts vom 15. Oktober 1956 für die Prüfung des geistigen Niveaus der Soldaten vom Oberstleutnant aufwärts [illegible]

+ Einstellungsrichtlinien [illegible]

Offizielle Bekanntgabe über die Wiederverwendung ehemaliger SS-Offiziere in der Bundeswehr, 1.9.1956

Rehabilitierung der Nazi-Wehrmacht und der Waffen-SS

„Einstellung jeder Diffamierung des deutschen Soldaten (einschließlich der im Rahmen der Wehrmacht seinerzeit eingesetzten Waffen-SS)..."

(Konrad Adenauer, Richtlinien für den Aufbau der Bundeswehr)



Nichts vergeben, nichts vergessen!
Tod dem deutschen Imperialismus, Militarismus und Revanchismus!

1. Auflage Jan. 2001

Plakat zu bestellen bei:

Buchladen Georgi Dimitroff
Speyerer Str. 23,
60327 Frankfurt/Main,
Fax: 0 69/73 09 20
Öffnungszeiten: Freitag 16.30 – 19.30,
Samstag 10.00 – 13.00

Vertrieb für Internationale Literatur
Brunhildstr. 8, 10829 Berlin
Geöffnet: Samstag 11.00 – 14.00

Erste Auflage einer Plakatserie über 100 Jahre deutschen Imperialismus.
Für die weitere Verbesserung sind wir auf Kritiken und Vorschläge angewiesen.

12/15

Drucker, Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: A. Odenthal, Vertrieb für Internationale Literatur, Brunhildstr. 8, 10829 Berlin

100 Jahre deutscher Imperialismus
100 Jahre Raub und Mord

Ab Mitte der 60er Jahre:
Der deutsche Imperialismus verschärft die Faschisierung und Verfolgung von antiimperialistischen und revolutionären Kräften in Deutschland!

● Mit der Verabschiedung der sogenannte „Notstandsgesetze" 1968 schaffte sich der deutsche Imperialismus das notwendige gesetzliche Instrumentarium für die Abschaffung sämtlicher demokratischer Rechte einer „Notstandsregierung" im „Krisenfall". Seit Mitte der 70er Jahre wurde der Apparat „Innere Sicherheit" massiv ausgebaut, politisch unliebsame Kräfte im Öffentlichen Dienst erhielten sogenanntes „Berufsverbot" , die reaktionären „Ausländergesetze" gegen besonders kämpferisch auftretende Werktätige aus anderen Ländern wurden verschärft, antiimperialistische Organisationen aus anderen Ländern verboten und schließlich 1986 der § 129a, der sogenannte „Antiterror-Gesetze" ausgeweitet.

● Nach der Erschießung Benno Ohnesorgs durch den später freigesprochenen Polizisten Kurras im Juni 1967 während einer Demonstration gegen den reationären „Schah von Persien" bildete das Jahr 1977 einen erneuten Einschnitt der Faschisierung. Während der Entführung des SS-Manns und damaligen Vorsitzenden des „Arbeitgeberverbands" Schleyer durch die RAF betrieben die Repräsentanten des deutschen Imperialismus öffentliche Mordhetze und forderten „kurzen Prozeß" mit den Gefangenen der RAF. Andreas Baader, Gudrun Ensslin, Jan-Carl Raspe wurden im Oktober 1977 „selbstermordet" in ihren Gefängniszellen aufgefunden.

Unvollständige Liste von Antiimperialisten und Revolutionären, die vom deutschen Imperialismus erschossen, in den Tod gejagt, „selbstermordet" wurden...

Benno Ohnesorg, auf einer Demonstration gegen den „Schah von Persien" (Juni 1967); **Petra Schelm**, von hinten von der Polizei erschossen (Juli 1971); **Georg von Rauch** in Westberlin mit erhobenen Händen von hinten von der Polizei erschossen (Dez. 1971); **Thomas Weissbecker**, in Augsburg von der Polizei erschossen (März 1972); **Holger Meins**, starb an den Folgen der staatlichen Zwangsernährung (Nov. 1974); **Werner Sauber**, in Köln am Boden liegend von der Polizei erschossen (Mai 1975); **Katharina Hammerschmidt**, starb nach Verweigerung medizinischer Behandlung an einem Tumor (Juni 1975); **Ulrike Meinhof, Andreas Baader, Gudrun Ensslin, Jan-Carl Raspe**, „selbstermordet" in ihren Zellen aufgefunden, Irmgard Möller überlebte mit schweren Stichwunden. (1976/77); **Willy Peter Stoll**, in Düsseldorf von der Polizei erschossen. (Sep.1978); **Michael Knoll**, in Dortmund von der Polizei erschossen (Nov. 1978); **Elisabeth van Dyck**,durch einen Schuß in den Rücken von der Polizei getötet (Mai 1979) ; **Olaf Ritzmann**, auf einer Demonstration in Hamburg von der Polizei verfolgt und unter einen S-Bahnzug getrieben (Aug. 1980) ; **Sigurd Debus**, starb an den Folgen der staatlichen Zwangsernährung (Feb. 1981); **Klaus-Jürgen Rattay**, während einer Demonstration in Westberlin von der Polizei vor einen Bus gejagt (Sep. 1981); **Günther Sare**, in Frankfurt auf einer Demonstration von einem Wasserwerfer der Polizei gejagt, überrollt und getötet (Sep. 1985); **Conny Wissmann**, nach einer antifaschistischen Aktion in Göttingen von der Polizei in den Tod gehetzt. (Nov. 1989); **Wolfgang Grams**, bei seiner Verhaftung durch die GSG-9 wehrlos am Boden liegend erschossen (1993); **Halim Dener** (16 Jahre alt), beim Kleben von Plakaten für den kurdischen Befreiungskampf mit einem Schuss in den Rücken von der Polizei getötet (Juli 1994).

Öffentliche Mordhetze:

„Einen nach dem anderen aus dem Gefängnis rauslassen, dann in einem Ausnahmezustand die Jagd eröffnen. Oder alle Stunde einen erschießen."
(Strauß, bayerischer Ministerpräsident, in einer Sitzung des Krisenstabs zur Entführung Schleyers im Oktober 1977)

„Man hat sich Gedanken gemacht, Gefangene zu exekutieren; da kann ich nur sagen: Na und?"
(Staatsanwalt Reuman am 22.2.79)

Nichts vergeben, nichts vergessen!
Tod dem deutschen Imperialismus, Militarismus und Revanchismus!

1. Auflage, Jan. 2001

Plakat zu bestellen bei:

Buchladen Georgi Dimitroff
Speyerer Str. 23,
60327 Frankfurt/Main,
Fax: 0 69/73 09 20
Öffnungszeiten: Freitag 16.30 – 19.30,
Samstag 10.00 – 13.00

Vertrieb für Internationale Literatur
Brunhildstr. 8, 10829 Berlin
Geöffnet: Samstag 11.00 – 14.00

Erste Auflage einer Plakatserie über 100 Jahre deutschen Imperialismus.
Für die weitere Verbesserung sind wir auf Kritiken und Vorschläge angewiesen.

13/15

Drucker, Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: A. Odenthal, Vertrieb für Internationale Literatur, Brunhildstr. 8, 10829 Berlin

100 Jahre deutscher Imperialismus
100 Jahre Raub und Mord

Der deutsche Militarismus – Kriegsherd und Todfeind der Völker

● 1980 / 1991 / 2000:

Der deutsche Imperialismus – Drahtzieher des reaktionären türkischen Regimes

In ungebrochener Tradition seit Beginn des 20. Jahrhunderts verfolgt der deutsche Imperialismus in der Türkei seine Ausbeuter-Interessen. Längst ist er wieder einer der Hauptdrahtzieher und Oberherren der herrschenden Klassen in der Türkei. Er unterstützt das reaktionäre türkische Regime beim Militärputch 1980, bei der blutigen Niederschlagung des kurdischen Befreiungskampfes finanziell, durch Waffenlieferungen (z.B. NVA-Bestände und neue Leopard-Panzer, allein zwischen 1985 und 1991 für 3,2 Milliarden DM), durch Militärberater und -Ausbilder. Regelmäßig führen Bundeswehreinheiten in der Türkei „Manöver" durch. Im Januar 1991 werden Bundeswehreinheiten mit 18 Erdkampfbombern vom Typ Alpha-Jet zur Unterstützung des reaktionären Krieges gegen die kurdische Bevölkerung stationiert.

Dritter Anlauf zur Eroberung der Weltherrschaft:

„...nach außen gilt es, etwas zu vollbringen, woran wir zweimal zuvor gescheitert sind:...zu einer Rolle zu finde, die unseren Wünschen und unserem Potential entspricht."
(Außenminister Kinkel, 19.3.1993)



In unserer Ausschnitt fügt BILD: „deutsche Soldaten schießen in Selbstverteidigung zurück"

● 1997:

Bewaffnete Intervention des deutschen Imperialismus in Albanien

Als im März 1997 in Albanien ein bewaffneter Aufstand gegen den völlig korrupten Staatsapparat beginnt, nutzen die deutschen Imperialisten die Gelegenheit zu einem Überfall auf albanisches Territorium. Damit erproben sie zum einen ihre militärischen Fähigkeiten, zum anderen testen sie die Reaktion der eigenen Bevölkerung.

Die drei faksimilierten Ausschnitte der BILD-Zeitung – dem auflagenstärksten Massenblatt des deutschen Imperialismus – zeigen in Inhalt und Form, durch die Auswahl der Fotos und die lügnerische Wortwahl, daß die Tradition der Nazi-Propaganda ungebrochen ist! Militarismus, Nationalismus und dreiste Lügen – der Völkische Beobachter hätte es nicht besser gekonnt.

● 1999:

Angriffskrieg des deutschen Imperialismus gegen Jugoslawien

Am 24. März 1999 beginnen der deutsche Imperialismus und andere Imperialisten mit Luftangriffen auf Jugoslawien. Ziele des deutschen Imperialismus sind u.a. die Ausweitung seiner Großmachtinteressen, der Ausbau seiner Vormachtstellung in Ost- und Südosteuropa in Rivalität zu den übrigen Großmächten. Seit dem Ende des Krieges hält der deutsche Imperialismus einen Teil Kosovas besetzt.


Deutsche Soldaten in Mazedonien

Nichts vergeben, nichts vergessen!

Tod dem deutschen Imperialismus, Militarismus und Revanchismus !

1. Auflage Jan. 2001

Buchladen Georgi Dimitroff
Speyrer Str. 23,
60327 Frankfurt/Main,
Fax: 0 69/73 09 20
Öffnungszeiten: Freitag 16.30 – 19.30,
Samstag 10.00 – 13.00

Vertrieb für Internationale Literatur
Brunhildstr. 8, 10829 Berlin
Geöffnet: Samstag 11.00 – 14.00

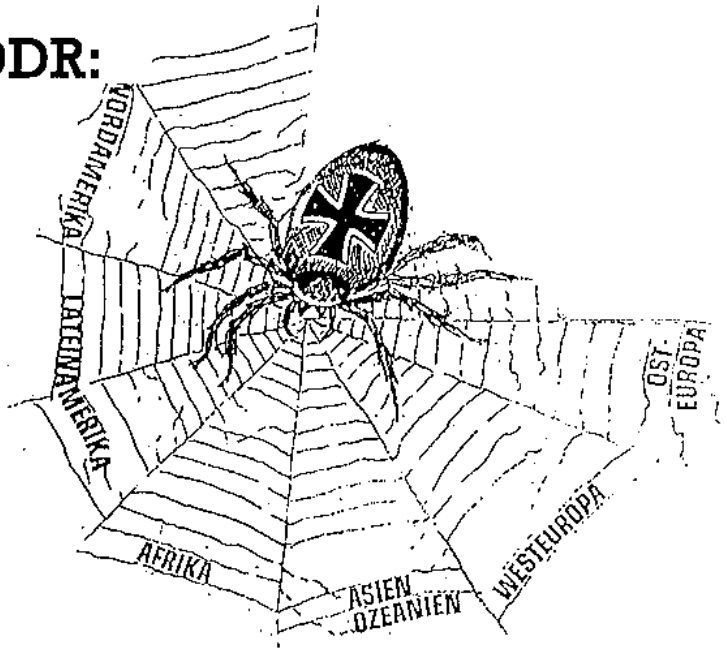
Erste Auflage einer Plakatserie über 100 Jahre deutschen Imperialismus. Für die weitere Verbesserung sind wir auf Kritiken und Vorschläge angewiesen.

Drucker, Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: A. Odental, Vertrieb für Internationale Literatur, Brunhildstr. 8, 10829 Berlin

100 Jahre deutscher Imperialismus
100 Jahre Raub und Mord

Seit 1990
Die Einverleibung der DDR:

der deutsche Imperialismus, Revanchismus und Militarismus auf dem Vormarsch!



- Verschärfung der Ausbeutung und Unterdrückung anderer Völker,
- Nationalistischer Taumel, ekelhaftester deutscher Chauvinismus, tagtägliche rassistische Verbrechen
- Aggressionskriege in aller Welt, neokoloniale Eroberungen
- Wachsen der revanchistischen Kriegsgefahr

Unverhüllte Drohung

„Es wird sich bald zeigen, daß die Welt gar nicht wiederentdecken will, was für gute Soldaten die Deutschen sein können."
(Ex-Bundespräsident und Ex-Wehrmachtsoffizier Richard von Weizsäcker, 8.2.1991)

Nichts vergeben, nichts vergessen!

Tod dem deutschen Imperialismus, Militarismus und Revanchismus !

1. Auflage Jan. 2001

Buchladen Georgi Dimitroff
Speyrer Str. 23,
60327 Frankfurt/Main,
Fax: 0 69/73 00 20
Öffnungszeiten: Freitag 16.30 – 19.30,
Samstag 10.00 – 13.00

Vertrieb für Internationale Literatur
Brunhildstr. 5, 10829 Berlin
Geöffnet: Samstag 11.00 – 14.00

Erste Auflage einer Plakatserie über 100 Jahre deutschen Imperialismus. Für die weitere Verbesserung sind wir auf Kritiken und Vorschläge angewiesen.

Drucker, Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: A. Odenthal, Vertrieb für Internationale Literatur, Brunhildstr. 5, 10829 Berlin

□ Zur Diskussion gestellt:

2 Kritiken zur Plakatserie „100 Jahre deutscher Imperialismus“

Ein berechtigter und gewichtiger Kritikpunkt in den beiden Papieren (im zweiten ist es der Vetopunkt) bezieht sich auf die Aussage zur Bundeswehr im Plakat 12/15. Die dort falsch gewählte Formulierung lässt die Auslegung zu, als sei die Bundeswehr nicht Bestandteil des westdeutschen Staatsapparates, sondern separat zu sehen, was natürlich falsch wäre.

Erste Kritik

Inhaltliche Kritiken

Plakat 6 (1933 – Beginn der offen terroristischen Nazi-Diktatur):

- Satz unter dem Zitat aus dem „Völkischen Beobachter" genauer:
  Der „Völkische Beobachter" ist nur ein Beispiel, das heißt auf jeden Fall: **jede/r konnte** von den KZs **wissen** (im Plakat steht: **„jeder wußte"**). Die Nazis haben die KZs nicht heimlich errichtet, sondern propagiert.

Plakat 8 (1938 – Novemberpogrom):

- Die aktive Beteiligung der Bevölkerung am Pogrom ist rausgefallen.

Plakat 12 (ab 1950 – Remilitarisierung):

- Der Zusammenhang zwischen 1945 und 1950 fehlt, daß es sich nämlich um einen klaren Bruch des Potsdamer Abkommens handelte.
- Punkt 2: Die Bundeswehr muß als Teil des westdeutschen Staatsapparats formuliert werden.

Plakat 14 (1980/1991/2000 – deutscher Militarismus):

- Etappen nennen: zunächst Vorbereitung, Sanitätseinsätze, dann ... (siehe Nr. zur Bundeswehr)
- Hervorheben: Gegen Jugoslawien wurde der erste Angriffskrieg der Bundeswehr seit 1945 geführt.

Plakat 15 (seit 1990- der deutsche Imperialismus auf dem Vormarsch):

- Die Aussage „Aggressionskriege in aller Welt" ist mißverständlich; im Sinne von überall gleichzeitig wäre sie falsch.

Zur Darstellungsweise / Redaktionelles

Plakat 1:

- Kontroverse: Zwei Bilder sind zuviel contra zwei Bilder sind ok. Besonders gut ist das untere Bild; die Hinrichtung von Partisanen erinnert an Nazifaschismus.

Plakat 2:

- „kalte Atlantikküste": erklären, welche Bedeutung das hat.
- „Bergdamara": erklären oder anderen Ausdruck verwenden.
- Bergdamara-Zitat als Zwischenüberschrift.

Plakat 5:

- Niederschlagung des Hamburger Aufstands zum Extra-Punkt machen.
- Faksimile der Roten Fahne mit „Volksentscheid gegen Panzerkreuzer": hier ist unklar, was das soll.

Plakat 6:

- Erklären, wer die Deutschnationalen waren.

Plakat 7:

- Zum Spanischen Bürgerkrieg nicht nur Tote der KPD nennen, sondern auch Zahlen von anderen Nationalitäten, soweit bekannt.
- Überlappung der Bilder ist schlecht.

Plakat 12:

- Datum zum Adenauer-Zitat ergänzen.
- Wie hoch war die Anzahl der Bundeswehroffiziere insgesamt, und somit der prozentuale Anteil der Nazi-Offiziere ?

Plakat 13:

- Zitat von „Staatsanwalt Reumann" ? Ist Rebmann gemeint oder wer ?

Ergänzungsvorschläge

Plakat 9/10 (Überfälle der nazifaschistischen Wehrmacht):

- Ein Übersichtsplakat wäre gut, um das Ausmaß der überfallenen Länder zu verdeutlichen.
- Weitere Plakate zu Afrika, Asien und zum Bündnis mit Japan machen.

Plakat 12 (ab 1950 ⊥ Remilitarisierung):

- Das FDJ-Verbot (1952) und KPD-Verbot (1956) fehlen, evtl. Extra-Plakat

Plakat 14 (1980/1991/2000 – deutscher Militarismus):

- Der Somalia-Einsatz der Bundeswehr 1992 fehlt.

Plakat 15 (seit 1990- der deutsche Imperialismus auf dem Vormarsch):

- Mindestens ein Plakat zu jedem der vier Punkte nötig:
  - verschärfte Ausbeutung und Unterdrückung anderer Länder
  - nationalistischer Taumel, Chauvinismus, täglicher Rassismus,
  - Aggressionskriege, Neokolonialismus
  - Revanchismus

Weitere Themen:

- Insgesamt zu wenig Plakate zu der Zeit nach 1945.
- Extra Plakat(-reihe) zum Widerstand gegen den deutschen Imperialismus.
- Extra Plakat(-reihe) zum deutschen Antisemitismus als Bestandteil der deutschen Ideologie nötig.
- Antisemitismus/Rassismus nach 1945, staatliche Abschiebung..., Zusammenspiel Nazis/Staat

- Zwangsarbeiter/innen fehlen.
- Euthanasieprogramm des Nazifaschismus.
- Überblick über die damaligen deutschen Kolonien insgesamt.

aus einer Diskussionsrunde

Zweite Kritik

1) Veto

Beim Plakat 12/15 steht:

> *„So wie die Wirtschaft* ***und der westdeutsche Staatsapparat*** *– von der Politik, Justiz, bis hin zur Verwaltung, Schule, Geheimdienste und Polizei – wurde auch die Bundeswehr fast ausschließlich von Nazi-Offizieren der SS und der Wehrmacht aufgebaut.“*

An dem Satz ist falsch, dass es so rauskommt, als wann die Bundeswehr nicht ein Teil des westdeutschen Staatsapparats wäre. Richtig wäre es z.B., den Satz folgendermaßen zu beginnen: „So wie die Wirtschaft, **so wie der Rest des westdeutschen Staatsapparats**...(ansonsten unverändert)“.

2) Allgemeine Diskussion

a) Die Idee ist ganz gut.

b) Es fehlt meiner Meinung nach ein Plakat zum Überfall Deutschlands gegen die junge Sowjetunion nach dem Oktober, zur Besetzung u.a. der Ukraine mit Hilfe Petljuras und der Zentral-Rada. Material dazu gibt es in „Geschichte der KPdSU(b)“ und in „Geschichte des Bürgerkriegs in Russland“.

c) Bei den Plakaten über den Zweiten Weltkrieg fehlt die Erwähnung der Verbrechen der Nazis in Nord-Afrika (sowie England, wie es jemand sagte). Darüber hinaus wäre es besser im Falle des Überfalls gegen die Sowjetunion ab 1941 mehr zu schreiben, weil es den Charakter des Krieges geändert hat, im Plakat 9/15 kommt die Klassenfrage zu kurz in dem Zusammenhang!

d) Es fehlt vielleicht auch die Zahl der an der Front ermordeten Angehörigen der regulären Armeen der Anti-Hitler-Koalition, was auch ermöglichen würde die Verbrechen der Nazis gegen die Völker der USA, Kanadas, Indiens, Australiens, Südafrikas usw. zu erwähnen. Vielleicht wäre es gut dies in ein extra Plakat über den Charakter des Krieges, mit dem Überfall auf die Sowjetunion zu schreiben, während das Plakat über den Überfall auf Polen mit mehr Sachen über Skandinavien und den Südosten Europas (Albanien, Lidice in der Tschechoslowakei...) und Nord-Afrika aufgefüllt werden könnte.

e) Warum kein Plakat zu den Pogromen und rassistischen Morden?

f) Warum kein Plakat über die neokoloniale Ausplünderung nach dem 2.Weltkrieg (mit Beispielen aus Südafrika zur Zeit der Apartheid, VW-Mexiko oder Brasilien, Jointventures in Ost-Europa, Waffenherstellung im Iran und schließlich extrem niedrige Löhne für deutsche Blutsäuger in China heute, was gut mit dem Plakat am Anfang der Serie passen würde)?

3) Wichtiges

a) Frauenfrage:

- Beim Plakat 6/15 unter dem Dokument wäre es besser „Gegner und Gegnerinnen" anstatt „Gegner" zu schreiben.
- Beim Plakat 10/15 am Ende des dritten Punktes sollte „Zwangsarbeiter und Zwangsarbeiterinnen" anstatt „Zwangsarbeiter" stehen.
- Zum Plakat 11/15: ist es nicht möglich, romnia Bevölkerung anstatt „Roma" zu schreiben, bzw. richtige Ausdrücke aus dem Romanes zu verwenden, welche die Frauen nicht vergessen, wie es die Begriffe „Sinti und Roma" tun?
- Beim Plakat 13/15 sollte im Kasten korrekt stehen: „Unvollständige Liste von antiimperialistischen und revolutionären Menschen" anstatt „Unvollständige Liste von Antiimperialisten und Revolutionären".

b) Zwei wichtige Meilensteine im Einsatz von westdeutschen Militärs außerhalb des NATO-Gebietes fehlen:

Beim Plakat 14/15 fehlt der Angriff auf Mogadiscios Flughafen und die Beteiligung an der imperialistischen Militärinvasion in Somalia („Restore hope").

4) Sonstiges

Beim allgemeinen Titel der Plakatserie wäre vielleicht „Ein Jahrhundert deutscher Imperialismus" und „Ein Jahrhundert Raub und Mord" besser. „100 Jahre" ist zu genau, warum nicht 101 oder 102 Jahre? „Ein Jahrhundert" wäre da ungenauer und richtiger.

Im Plakat 6/15 wäre vielleicht besser anstatt „ADGB" den vollen Namen zu schreiben, wer kennt heute die ADGB noch?

Beim Plakat 8/15: wurden wirklich „praktisch alle jüdischen Friedhöfe zerstört"?

...

❑ Nachtrag: Antwort auf die Kritik zur **Plakatserie** „100 Jahre deutscher Imperialismus"

Im Info 1-2/02 wurden zwei Kritikpapiere zur Plakatserie „100 Jahre deutscher Imperialismus" abgedruckt. Zum zweiten Kritikpapier (s. S.8 und 9) fehlte noch eine Antwort, die nun im folgenden nachgetragen wird.

Lieber Freund,

vielen Dank für Deine Kritiken an der Plakatserie *„100 Jahre deutscher Imperialismus"*.

zu 1) „Vetopunkt"

Gleich zu Deinem Vetopunkt am **Plakat 12/15**: ich stimme vollkommen mit Dir überein, dass die Bundeswehr Teil des (west-)deutschen Staatsapparates ist! Du hast Recht, der Satz ist falsch formuliert, und es erscheint, dass die Bundeswehr kein Teil des (damals) westdeutschen Staatsapparates sei. Der Satz

> *„So wie die Wirtschaft **und der westdeutsche Staatsapparat** – von der Politik, Justiz, bis hin zur Verwaltung, Schule, Geheimdienste und Polizei – **wurde auch die Bundeswehr** fast ausschließlich von Nazioffizieren der SS und der Wehrmacht aufgebaut"* (Hervorhebung v. Verf.),

also die Formulierung *„**wurde auch**"* nach der Aufzählung verschiedener Teile des Staatsapparates, lässt diesen Schluss zu. Jedoch hilft Deine vorgeschlagene Korrektur, vor der Aufzählung *„**sowie der Rest**"* einzufügen, dabei auch nicht weiter. Die ist nicht verständlicher, sondern erweckt zusätzlich den Eindruck, die Wirtschaft sei Teil des Staatsapparates. Im Plakat 12/15 muss dieser Abschnitt diesbezüglich geändert werden. Mit einer kleinen Satzumstellung ist dieser Abschnitt aber nicht zu retten.

zu 2) Allgemeine Diskussion

Ergänzungen zu vorhandenen Plakaten: Zur Zeit wird die Plakatserie ja überarbeitet und wir sammeln noch Kritiken für eine weitere Auflage. Die von Dir vorgeschlagenen Punkte *„**Erwähnung der Verbrechen der Nazis in Nordafrika**"* (2c) und die *„**Zahlen der ermordeten Angehörigen der regulären Armeen der Anti-Hitler-Koalition**"* (2d) im Plakat 9/15 aufzunehmen, passt nicht ganz. Sicherlich werden diese Zahlen und Fakten jedoch in dem dazu geplanten Buch aufgenommen werden. Ebenso Deine Ergänzungsvorschläge im Plakat. 14/15, den Mogadischu-Einsatz 1997 und die Beteiligung an den Massakern in Somalia 1993 (3b). Schön wäre es gewesen, Du hättest die Zahlen (mit Quellenangaben) genannt, das hätte dann einige Arbeit bei der Recherche erspart.

Zusatzplakate: Zu den Themen zum *„**Überfall Deutschlands gegen die junge Sowjetunion, Besetzung der Ukraine ...**"* (2b) sowie ein Plakat zur *„**neokolonialen Ausbeutung**"* (2f) schlägst Du vor, zusätzliche Plakate zu erstellen. Die Themen sind mit Sicherheit sehr wichtig; wir hatten uns jedoch bewußt auf maximal 15 Plakate

beschränkt. Du müsstest also einen Vorschlag machen, welches andere Plakat dafür wegfallen sollte. Evtl. können diese Themen aber bei den Plakaten 9/15 (*‚Überfall Polen & SU'*) bzw. 14/15 (*'eigener Kriegsherd'*) ergänzt werden. Auch hier wäre ein Vorschlag von Dir bzw. das zur Verfügung stellen von Material (Quellen, Zahlen, Fotos), das wir dann im Buch verarbeiten könnten, sehr hilfreich gewesen.

Ein Plakat ***„zu den Pogromen und rassistischen Morden"*** (2e) hatten wir nicht gemacht, weil es in der Plakatserie im wesentlichen um die direkten Verbrechen des deutschen Imperialismus gehen sollte. Der Novemberpogrom (Plakat 8/15) war staatlich organisiert und das Startsignal zur Vernichtung der europäischen Juden. Auf der anderen Seite hatten wir zu dem Thema Pogrome und rassistische Morde nach 1945 schon Plakate *(Nazi-Morde),* mehrere Flugblätter und [...] erstellt.

zu 3) Wichtiges

- Ergänzung ***„Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter"***, anstatt nur Zwangsarbeiter im Plakat 10/15, sollte geändert werden!

- ***„Antiimperialisten und Revolutionäre"*** im Plakat 13/15 sind mit der weiblichen Form zu ergänzen!

- ***„romnia Bevölkerung"*** anstatt Roma im Plakat 11/15 zu schreiben, halte ich für nicht zwingend. Unserer Kenntnis nach heißt Rom=Mensch und Roma=Menschen. Ich kenne keine Bücher oder Veröffentlichungen von Roma, in denen der Begriff „romnia verwendet wird. Wenn Du andere Quellen (*„richtige Ausdrücke aus dem Romanes"*) hast, informiere uns bitte.

zu 4) Sonstiges

Zur **Stilfrage des Plakatmottos: *„100 Jahre"*** ist ein agitatorischer, ***„Ein Jahrhundert"*** eher ein historischer Ausdruck. Für eine Plakatserie passt der erste Ausdruck besser. Wir haben deshalb die Formulierung „100 Jahre" verwendet.

Danke für die Hinweise und Dein genaues Lesen, wir werden die Fehler in der nächsten Auflage korrigieren. So wie z.B. Nazi statt „Naz" im Plakat 13/15, das ist einfach ein dummer Tippfehler, der nicht vorkommen sollte und gehört in die 4. Kategorie. Er wird natürlich in der zweiten Auflage geändert werden; wie die anderen auch!

Mit revolutionären Grüßen,

Beilage zum Flugblatt von Gegen die Strömung 4-5/2001

Roter Pressespiegel

Überblick zum Pressespiegel (Januar–April 2001)

PROLETARIER ALLER LÄNDER VEREINIGT EUCH!
PROLETARIER ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER VEREINIGT EUCH!

GEGEN DIE STRÖMUNG

Organ für den Aufbau der Revolutionären Kommunistischen Partei Deutschlands

Der deutsche Imperialismus verweigert weiterhin jegliche Entschädigung für die ehemaligen Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter

Immer wieder nutzt der deutsche Imperialismus jede Möglichkeit, die Zahlung von Entschädigungsgeldern an die noch lebenden Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter des Nazifaschismus zu verzögern. Und je länger herausgezögert wird, desto mehr der ehemaligen Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter sterben, desto weniger – so das Kalkül des deutschen Imperialismus – müssen sie zahlen. Denn von den etwa 650.000 ehemaligen Sklavenarbeiterinnen und Sklavenarbeitern, die bereits Anträge gestellt haben, sterben jedes Jahr mehr als 10 Prozent. 350.000 weitere haben wegen der hohen bürokratischen Hürden, die der deutsche Imperialismus sich einfallen ließ bish er noch keine Anträge stellen können. Hinzu kommt, daß mehrere Hunderttausend Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter, die in kleineren Firmen, in der Landwirtschaft oder in Städten und Gemeinden versklavt waren, kategorisch von den Zahlungen ausgeschlossen sind.
Der deutsche Imperialismus fordert für sich die sogenannte „Rechtssicherheit" vor möglichen Sammelklagen in den USA, bevor ein Pfennig gezahlt wird. Letztendlich ist dies zynichste Erpressung.
Als nun eine amerikanische Richterin eine Sammelklage auf Entschädigung, mit der Begründung daß die deutschen Kapitalisten noch nicht das notwendige Geld bereitgestellt haben nicht ablehnte, drohen die Vertreter der deutschen Kapitalisten damit, daß erst dann Geld fließen werde, wenn ganz klar sei, daß kein amerikanisches Gericht mehr Klagen zulassen werde. Der deutsche Imperialismus behält für sich das Recht in Anspruch, selbst zu entscheiden, wann eine sogenannte Rechtssicherheit besteht, um dann möglich in ein paar Jahren gerade noch einer Handvoll Überlebender eine Entschädigung zahlen zu müssen.
Auch bei Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeitern in Osteuropa wird ähnlich vorgegangen. Mit den Anträgen auf Entschädigung soll gleichzeitig eine Verzichtserklärung auf weitere Ansprüche abgeben.
Marxena Nikiforowna von einer Vereinigung von Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeitern aus St. Petersburger:
"Warum sollen wir auf weitere Forderungen verzichten, wenn wir nicht einmal wissen, ob wir je eine Entschädigung erhalten?"[1]

Unterstützung des reaktionären türkischen Regimes durch den deutschen Imperialismus

Während die demokratischen und revolutionären Gefangenen dem Massaker vom 19. Dezember widerstanden und bis heute mit verschieden Formen des Hungerstreiks gegen die Isolationzellen nach dem deutschen "Stammheim-Modell" ankämpfen, schickt der deutsche Imperialismus weiter Waffen an die Türkei. Anfang Februar war ein Lieferung von 60.000 Pistolen für die türkische Polizei kurz vor dem Abschluß, und im Januar wurden 3 Patrouillenboote an die Türkei geliefert.[2]

Alltag des staatlichen Rassismus

In den letzten 8 Jahren sind laut Recherchen der Antirassistischen Initiative 239 Flüchtlinge durch staatliche Maßnahmen ums Leben gekommen.
Seit 1993 sind insgesamt 193 Menschen bei dem Versuch gestorben, „illegal" nach Deutschland zu gelangen. 92 Flüchtlinge haben sich aus Angst vor Abschiebung und der drohenden Verfolgung das Leben genommen und etwa 310 unternahmen den Versuch. 10 Flüchtlinge wurden durch Polizeigewalt getötet. 13 Flüchtlinge wurden nach ihrer Abschiebung ermordet. 5 Flüchtlinge wurden direkt bei ihrer Abschiebung getötet.[3]
Allein im letzten Jahr wurden 12 Flüchtlinge an den Grenzen tot aufgefunden. Und in den letzten zwei Jahren wurden allein 53 Flüchtlinge durch die Hunde von BGS und Polizei verletzt.[4]
Und auch im April wurde bei einer Verfolgung durch die Polizei ein Flüchtling aus Vietnam, der nachts über die Grenze kam, in den Tod getrieben.[5]

Nazi-Morde

Erneut wurde ein Sozialhilfeempfänger von Nazis zu Tode getrampelt. Der 51jährige Mann wurde in Stralsund von zwei Nazis ermordet.[6]
In Milzau (Sachsen-Anhalt) wurde ein 38jähriger Mann von zwei Nazis totgeprügelt.[7]
Am 4. März starb ein Mann aus dem Libanon, der im Januar bei einem Brandanschlag von vermutlich Nazis lebensgefährlich verletzt wurde, an seinen Verbrennungen.[8]

Alltäglicher Nazi-Terror

Im Jahr 2000 sind die offiziell registrierten Straftaten von Nazis um fast 60 Prozent angestiegen. Insgesamt waren 15951 festgestellte Straftaten von Nazis.[9]

In der Neujahrsnacht wurde in Hamburg eine Gruppe von Menschen aus Afrika von einem Nazi mit Signalmunition beschossen.[10] Anfang Januar wurden bei einem Nazi aus Mecklenburg-Vorpommern Chemikalien für den Bombenbau beschlagnahmt.[11] Im brandenburgischen Lauchhammer wurde ein 11jähriger von drei Nazis brutal zusammengeschlagen und rassistisch beschimpft. In Bad Harzburg (Niedersachsen) marschierten 150 Nazis auf.[12] Am 13. Januar wurde in München ein Mann aus Griechenland von mehreren Nazis angegriffen und zusammengeschlagen. Nur durch die Hilfe von 15 Jugendlichen aus der Türkei konnten die Nazis verjagt werden.[13]
In Sonnenberg in Thüringen konnten 200 Nazis unter Polizeischutz vor den etwa 200 Antifaschistinnen und Antifaschisten marschieren.[14] In Regensburg wurde ein Jugendlicher aus der Türkei von einer Gruppe von 10 bis 15 Nazis mit einer Bierflasche und Tritten schwer verletzt.[15] Am 22. März marschierten über 100 Nazis durch Neumünster.[16]
In Eberswalde marschierten 300 Nazis auf.[17]
In Rheinland-Pfalz wurden von einer Gruppe von Nazis gleich zwei Flüchtlingsunterkünfte angegriffen, und einige Scheiben wurden eingeworfen.[18]
An Ostern marschierten in Hagen rund 120 Nazis als sogenannter „Nationaler Ostermarsch" auf. In Ennepetal waren es knapp 60 Nazis. In Jena marschierten 150 Nazis mit antisemitischen Parolen auf.[19]
Antisemitischer Angriffe: In der Neujahrsnacht wurde ein jüdisches Ehepaar in Cottbus von Nazis beleidigt und bedroht. Die später eingetroffene Polizei wollte die beiden Überlebenden des Nazifaschismus dann in "Schutzhaft" auf die Wache mitnehmen.[20] Im Januar wurde die jüdische Synagoge in Mühlhausen bei Erfurt mit einem Hakenkreuz geschändet.[21] Auf die Trauerhalle des jüdischen Friedhofs in Potsdam hat eine sogenannte "Nationale Bewegung" einen Brandanschlag verübt.[22] In Celle wurde die Synagoge und der jüdische Friedhof mit Nazi-Plakaten beklebt.[23] In Bruel wurde der jüdische Friedhof mit Hakenkreuzen und Nazi-Symbolen beschmiert.[24] Auch in Zehdenick (Brandenburg) hatten Nazis auf dem jüdischen Friedhof 10 Grabsteine umgestoßen.[25]

Antinazistischer Widerstand

Auch in den letzten Monaten blieb kein Naziaufmarsch ohne antinazistischen Widerstand.
Am 13. Januar demonstrierten rund 1800 gegen einen Aufmarsch von rund 250 Nazis durch Elmshorn. Rund 1200 Polizisten schützten den Naziaufmarsch und verhafteten über 60 Antifaschistinnen und Antifaschisten, die versuchten, direkt gegen die Nazis vorzugehen.[26] Auch in Greifswald wurde der Aufmarsch von 320 Nazis von der Polizei durchgesetzt. Etwa 50 Antinazistinnen und Antinazisten versuchten mehrmals, mit Sitzblockaden die Nazis aufzuhalten, während 6000 Menschen zu einer Kundgebung von Stadt, bürgerlichen Parteien und Gewerkschaften gefolgt waren.[27]
Am 10. Februar beteiligten sich zunächst 7000 Menschen in Hagen an einer Demonstration gegen

Abonniert den Pressespiegel

Faksimile aus der bürgerlichen, demokratisch-antifaschistischen und opportunistischen Presse

ca. 150 Seiten A4, 15,– DM

Der Pressespiegel erscheint zweimonatlich und stellt faksimilierte Artikel nach folgenden Kategorien zusammen:

★ Deutscher Imperialismus nach Außen (militärische/politische/ökonomische Machenschaften des deutschen Imperialismus)
★ Deutscher Imperialismus nach Innen (Faschisierung/Militarisierung/Repression)
★ Kämpfe und Proteste in Deutschland
★ Kämpfe und Proteste international

zu bestellen bei:
Buchladen Georgi Dimitroff
Koblenzer Straße 4
60327 Frankfurt

den Aufmarsch von rund 300 Nazis. Im Laufe der Demonstration spaltete sich der Zug mit den Antifaschistinnen und Antifaschisten ab und versuchten, die Polizeiketten, die den Aufmarsch der Nazis schützten, zu durchbrechen.[28]
In Magdeburg erinnerten am 10. Februar unter dem Motto "Wut und Trauer zu Widerstand" 1500 Antifaschistinnen und Antifaschisten an den Nazi-Mord an dem Antifaschisten Frank Böttcher vor vier Jahren. Die Demonstration wurde durch ein massives Polizeispalier begleitet und immer wieder von der Polizei angegriffen. Mehr als 20 Antifaschistinnen und Antifaschisten wurden festgenommen.[29]
In Dortmund demonstrierten am 3. März zum dritten Mal in fünf Monaten 15000 Menschen gegen einen Nazi-Aufmarsch.[30]
In Herzogenrath demonstrierten am 24. März etwa 3000 Antifaschistinnen und Antifaschisten gegen einen Aufmarsch von deutschen und niederländischen Nazis. In Kerkrade in den Niederlanden demonstrierten 1000 niederländische Antifaschistinnen und Antifaschisten.[31]
Bei einer antifaschistischen Demonstration in Bremen kam es zwischen den Antifaschistinnen und Antifaschisten und der Polizei, die die Nazis schützte, zu heftigen Straßenkämpfen. Die Antifaschistinnen und Antifaschisten griffen die Nazis und die Polizei mit Steinen und Flaschen an. Bei einer antifaschistischen Demonstration mit 1000 Teilnehmern in Bad Kreuznach am gleichen Tag kam es ebenfalls zu Auseinandersetzungen mit der Polizei, die den 60 Nazis den Weg freimachten.[32]
Am 7. April konnten etwa 400 Antifaschistinnen und Antifaschisten in Frankfurt/Main den Aufmarsch von 50 Nazis durch eine Straßenblockade, trotz Wasserwerfer und Schlagstockeinsatz, verhindern. [33] Am gleichen Tag gelang es in Uelzen etwa 350 Antifaschistinnen und Antifaschisten, einen Aufmarsch von 150 Nazis mit Steinen, Flaschen, Eiern und Farbbeuteln anzugreifen.[34]

Fabrikbesetzungen und militante Kämpfe der Arbeiterinnen und Arbeiter in Südkorea

Fast drei Wochen lang, von Ende Februar bis Anfang März, kämpften die Kolleginnen und Kollegen gegen die geplanten Massenentlassungen von 1700 Arbeiterinnen und Arbeitern bei Daewoo.
Am 19, Februar wurden nach fünf Tagen der Fabrikbesetzung von 600 Arbeiterinnen und Arbeitern sowie Angehörigen das Werk durch 4000 Polizisten mit Hubschraubern und Räumfahrzeugen gestürmt. Dabei ging ein Fließband in Flammen auf. Viele wurden dabei brutal zusammengeschlagen und verhaftet.
Doch die Arbeiterinnen und Arbeiter, unterstützt von Angehörigen und Studentinnen und Studenten, ließen in ihrem Kampf nicht nach. Bereits einen Tag später versuchten 2000 von ihnen, bewaffnet mit Stahlrohren und Molotowcocktails, sich den Weg ins Werk wieder freizukämpfen. Danach kam es über eine Woche täglich zu militanten Kämpfen zwischen den Arbeiterinnen und Arbeitern und der Polizei. In Bupyong blockierten 1500 Demonstrantinnen und Demonstranten eine achtspurige Hauptverkehrsstraße. In Psuan demonstrierten weitere 700 gegen die Massenentlassungen und gegen den Polizeiterror.
Am 7. März konnte die Produktion in den Werken von Daewoo erst wieder aufgenommen werden, aber auch nur durch die Stationierung von rund 10.000 Polizisten in den Werken, um jeden möglichen Widerstand der Arbeiterinnen und Arbeiter bereits im Keim zu ersticken.[35]

Der Kampf der demokratischen und revolutionären Gefangenen in der Türkei geht weiter!

Trotz des Massakers des reaktionären türkischen Staates vom 19. Dezember 2000 geht der Kampf der Gefangenen in Form von Hungerstreiks und verschärften Hungerstreiks gegen die Isolationsgefängnisse weiter. Bei der Erstürmung der Gefängnisse, der sich die Gefangenen teilweise mehrere Tage widersetzen konnten, wurden 32 Gefangene ermordet. Und es werden immer noch Gefangene vermißt, die seit der Erstürmung durch das Militär verschleppt wurden. Auch außerhalb der Gefängnisse werden die Gefangenen durch Hungerstreiks von Angehörigen und Unterstützerinnen und Unterstützern in ihrem Kampf unterstützt.
Seit dem Massaker befinden sich etwa 1000 Gefangene noch im Hungerstreik und etwa 200 im verschärften Hungerstreik. Mittlerweile sind 14 Gefangene und 3 hungerstreikende Angehörige an den Folgen des Hungerstreiks gestorben.[36]

Guerillakrieg und Landbesetzungen in Nepal

Bereits seit mehreren Jahren kämpfen revolutionäre Guerillaeinheiten gegen den reaktionären nepalesischen Staat. In mittlerweile 30 von 75 Bezirken konnten die Guerilla ihren Einfluß ausbauen und hat teilweise befreite Gebiete mit eigenen Verwaltungen und Gerichten aufgebaut. Bisher konnte die Guerilla mit einer starken Unterstützung durch die Bäuerinnen und Bauern in der Region alle militärischen Offensiven der Polizei und Armee abwehren. Im Februar gelang es, bei einem Anschlag einen hohen Funktionär des Justizapparates zu töten. Anfang April konnten bei einem Angriff auf zwei Polizeistationen fast 60 Polizisten und deren Helfershelfer getötet werden. Auf Grund des bewaffneten Kampfes gelang es ihnen, auch die Büttel der deutschen Imperialisten in Form von sogenannten Entwicklungshelfern der "Gesellschaft für technische Zusammenarbeit" aus diesen Regionen zu vertreiben.[37]

Ebenfalls in den westlichen Bezirken haben seit Mitte Januar rund 3000 Familien von Landarbeiterinnen und Landarbeitern, die bis zum letzten Jahr durch eine in Nepal bis dahin legale Form der Sklaverei zu Arbeiten bei Großgrundbesitzern gezwungen waren, staatliches Land besetzt.

Massendemonstrationen und militante Proteste gegen Preiserhöhungen in Ecuador

Seit Monaten protestieren Arbeiterinnen und Arbeiter, Studentinnen und Studenten und indigene Bevölkerung gegen die immer schärfen Preissteigerungen.
Seit Anfang Februar wurden landesweit alle wichtigen Straßen blockiert. Mehrere tausend Indigenas zogen aus Protest in die Hauptstadt Quito. Sie versammelten sich auf dem Campus der Universität, der daraufhin von der Polizei und Militär umstellt wurde. Telefonleitungen und die gesamte Energieversorgung der Universität wurden unterbrochen. Jegliche Zufuhr von Wasser und Lebensmitteln wurde abgeschnitten.
Immer wieder kam es zu militanten Auseinandersetzungen zwischen den Protestierenden und Polizei und Militär.
12.000 organisierte Indigenas besetzten Sendestationen und Antennenanlagen von Radios und Fernsehen, da diese negativ über die Proteste berichteten.
Unterstützt wurden die Protestierenden auch durch Streiks von Arbeiterinnen und Arbeitern in verschiedenen Regionen des Landes. Am 6. Februar wurden bei der Räumung einer blockierten Straße 4 Menschen von der Armee erschossen.
Nach 10 Tage Protesten und Demonstrationen erreichten sie die Zusage von Preissenkungen und weiteren Verbesserungen der Lebenslage. Insgesamt wurden etwa 25 Menschen durch Schußwaffen bei den Protesten verletzt und 6 Menschen, darunter ein Kind, von den Militärs erschossen.[38]

1 Jungle World 3/01, 6/01 **2** Kurdistan Rundbrief 1-2/01 und 4/01 **3** FR 24.1.01 **4** JW 4.04.01 **5** JW 20.4.01 **6** FR 28. März 2001 **7** 2.4.2001 **8** FR 5.301 **9** FR 3.3.01 **10** TAZ 2.01.01 **11** FR 8.1.01 **12** TAZ 22.1.01 **13** FR 15.1.01 **14** TAZ 5.3.01 **15** FR 6.3.01 **16** FR 23.3.01 **17** JW 26.3.01 **18** FR 2.4.01 **19** JW 17.4.01 **20** TAZ 4.1.01 **21** JW 16.01.01 **22** FR 9.1.01 **23** ND 28.2.01 **24** JW 12.2.01 **25** FR 16.2.01 **26** JW 15.1.01 **27** JW 15.1.01 **28** ANNA 4-2001 **29** JW 12.2.001 **30** FR 5.3.01 **31** JW 26.3.01 **32** FR 19.3.01 **33** JW 9.4.01 **34** FR 9.4.01 **35** JW, 3./4.3.2001, 8.3., 26.2., FR 20.2. **36** FR, 9.4.01, 14.04.01, 17.04.01, JW 9.04.01,Kurdistan Rundbrief 1-2/2001. JW 24.04.2001 **37** TAZ 5.2.01, FR 13.3.01, 9.4,14.4. **38** JW 2.02.01,, FR 6.2.01, JW 7.2.01m FR 9.2.01, JW 9.2.01

Pressespiegel
Nr. 01/01

Faksimile

★ Unterstüzung des reaktionären türkischen Regimes durch den deutschen Imperialismus
★ 3 Nazi-Morde
★ Streiflichter antinazistischer Kämpfe
★ Der Kampf der demokratischen und revolutionären Gefangenen in der Türkei geht weiter
★ Guerillakrieg und Landbesetzungen in Nepal
★ Massendemonstrationen und militante Proteste gegen Preiserhöhungen in Ecuador

BUCHLADEN
GEORGI DIMITROFF
Koblenzerstr. 4, 60327 Frankfurt

ca. 150 Seiten, 15 ,- DM

V.i.S.d.P.: A. Odenthal, Vertrieb für internationale Literatur, Brunhildstraße 5, 10829 Berlin

Roter Pressespiegel

Überblick zum Pressespiegel 3 + 4/01 (Mai/Juni/Juli 2001)

PROLETARIER ALLER LÄNDER VEREINIGT EUCH!
PROLETARIER ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER VEREINIGT EUCH!

GEGEN DIE STRÖMUNG

Organ für den Aufbau der Revolutionären Kommunistischen Partei Deutschlands

Deutscher Imperialismus setzt sich für ein weiteres Jahr in Kosova fest

Am 1. Juni hatte der deutsche Bundestag für die Verlängerung der Besetzung Kosovas durch die Bundeswehr für ein Jahr sowie für die Ausweitung des Einsatzes gestimmt. Die Bundeswehr kann nun auch in der sogenannten Pufferzone, d.h. auf serbischem Gebiet operieren und eigene Luftpatrouillen durchführen. Auch soll die Bundeswehr als Teil der KFOR-Truppen zum Einsatz gegen die sogenannte „Mafia" in Kosova eingesetzt werden.[1]

Deutscher Imperialismus bereitet erneuten Kriegseinsatz in Mazedonien vor

Zur angeblichen Sicherung des Friedensabkommens zwischen UCK und mazedonischer Regierung werden ab August etwa 3500 Soldaten der NATO – angeblich für nur 30 Tage – in Mazedonien stationiert. Darunter befinden sich auch etwa 500 Bundeswehrsoldaten. Mittlerweile sind die 500 deutschen Soldaten in Mazedonien. [2]

Deutsche Waffen morden in aller Welt

Wie jetzt aus neuen Zahlen von 1999 für den Export von Kriegswaffen und Material hervorgeht, wurde dieser im Vergleich zum Jahr 1998 nochmals verdoppelt. Insgesamt wurden Kriegswaffen im Wert von 2,8 Milliarden DM und weitere sogenannte „Rüstungsgüter" im Wert von 6,5 Milliarden DM exportiert. Hauptempfänger dieser Lieferungen waren Israel mit 33,5 Prozent und die Türkei mit 22,6 Prozent[3]

Mörderischer staatlicher Rassismus

• Am 18. April stürzte ein **25jähriger Mann aus Vietnam** auf der Flucht vor BGS und Polizei in einen Steinbruch und starb. Zuvor wurde ein Transporter, der die Flüchtlinge über die Grenze von Tschechien nach Deutschland brachte, von einem Bereitschaftspolizisten außerhalb der Dienstzeit verfolgt, so daß der Transporter gegen einen Baum fuhr und ein Mann schwer verletzt wurde. Mit Polizeihubschraubern und mehreren Hunden wurden einige Männer aus Vietnam, die den Unfall unverletzt überstanden hatten, durch einen Wald gejagt. Zeugen schilderten dies so: „Wie bei einer Treibjagd ist hier ein Mensch zu Tode gehetzt worden."[4]

• Am 16. Juli wurde **N'DEYE Mareame SARR** aus dem Senegal in Aschaffenburg von der Polizei erschossen, als sie diese mit einem Messer bedroht haben soll.

„Der Ehemann, ein weißer Deutscher, hatte in der Nacht um 2.30 Uhr die Polizei gerufen, um seine Frau aus der Wohnung werfen zu lassen. Die Frau war in die Wohnung ihres Ehemannes gekommen, weil sie den zweijährigen Sohn abholen wollte, der einige Tage bei seinem Vater verbracht hatte. Der Sohn war aber bei den Eltern des Ehemanns. Als die Polizei auftauchte und sofort Partei für den Ehemann ergriffen hatte, kam es zu einer Auseinandersetzung zwischen den zwei Polizeibeamten und der 26-jährigen Frau. Im Verlauf dieser Auseinandersetzung zog einer der beiden Polizisten seine Dienstwaffe und erschoss die Frau, die nach notärztlicher Versorgung vor Ort wenig später im Klinikum Aschaffenburg gestorben ist."[5]

• **Hussein Daoud**, Kurde aus Syrien, wurde am 10. Dezember von Braunschweig aus nach Damaskus abgeschoben. Bereits bei seiner Ankunft wurde er verhaftet und im Sondergefängnis schwer gefoltert und starb später an seinen Verletzungen. Hussein Daoud wurde von Deutschland in die Hände seiner Mörder abgeschoben.[6]

Nazi-Morde und Nazi-Terror

In den letzten Monaten wurden vom deutschen Imperialismus verstärkt mehrere Nazi-Morde vertuscht.

• In Milzau (Sachsen-Anhalt) prügelten am 25. März zwei Nazis einen **38jährigen Mann** zu Tode.

• In Grimmen wurde, so berichtete die Berliner Zeitung vom 28. März, ein **51jähriger Sozialhilfeempfänger** zu Tode getreten.

• Am 22. April wurde der 31jährige **Mohamed Belhadj** aus Algerien bei Zarrenbethin (Mecklenburg-Vorpommern) von drei Deutschen ermordet.

• In Bad Blankenburg starb am 24. Mai der **27jährige Axel U.** an seinen Verletzungen. Er wurde zuvor von einem Nazi lebensgefährlich verletzt.[7]

Einige Streiflichter des alltäglichen Nazi-Terrors

Auch dieses Jahr marschierten die Nazis am 1. Mai wieder in mehreren Städten auf.

In **Mönchengladbach** wurde am 2. Mai eine Antifaschistin von drei Nazis überfallen, mit einem Messer bedroht und zur Nennung von Namen und Adressen von örtlichen Antifaschistinnen und Antifaschisten gezwungen. Die Antifaschistin weigerte sich, etwas zu sagen, und wurde danach brutal zusammengeschlagen. In **Düsseldorf** wurde ein Mann aus Italien von vier Nazis überfallen und mit einem Messer lebensgefährlich verletzt.[8] Am 24. Mai haben Nazis in **Hannover und Langenhagen** mehrere Menschen aus anderen Ländern durch die Stadt gehetzt und verletzt.[9] Am 25. Mai wurde in **Premnitz** (Brandenburg) ein Mann aus Sierra Leone von fünf Nazis überfallen und schwer verletzt.[10] Auf einer Autobahnraststätte bei **Bremerhaven** wurde am 1. Juni ein Mann aus Ägypten von Nazis zusammengeschlagen und schwer verletzt.[11] In **Karlsruhe** marschierten am 2. Juni rund 1400 Nazis durch die Stadt, geschützt von einem starken Polizeiaufgebot. Ähnlich sah es auch in **Zwickau** aus. Hier waren es 500 Nazis.[12] In **Suhl** hat am 8. Juni ein 24jähriger Antifaschist nur knapp einen Nazi-Mordanschlag überlebt. Mehrere Nazis hatten brutal auf den Antifaschisten eingetreten, und ihn mit Flaschen traktiert, so daß er mit schweren Kopfverletzungen ins Krankenhaus mußte. Zuvor griff eine Gruppe Nazis mehrere Punks und Antifaschistinnen und Antifaschisten auf einem Stadtfest an.[13] Am 14. Juni griffen in **Düsseldorf** mehrere Nazis drei Antifaschisten mit einem Messer an und verletzten diese, zwei davon schwer.[14] Am 10. Juni verübten Nazis einen Brandanschlag auf ein von einer Familie aus der Türkei bewohntes Haus in **Coburg (Bayern)**. In der gleichen Nacht wurde in **Offenbach** der jüdische Friedhof von Nazis geschändet und Grabsteine mit Hakenkreuzen besprüht.[15] Am 18. Juni wurden in **Schneeberg (Sachsen)** zwei Flüchtlinge aus dem Iran von Nazis angegriffen und verletzt. In Magdeburg wurde ein Mann aus Mali von einem Nazi mit einer Schreckschußpistole beschossen und verletzt.[16]

Am 23. Juni marschierten in **Bremen** rund 130 Nazis unter dem Schutz von 1500 Polizisten durch Bremen-Vegesack. In **Siegburg** marschierten am gleichen Tag 150 Nazis wegen des erfolgreichen antifaschistischen Angriffs auf einen Nazi einige Tage zu vor auf.[17] Am 1. Juli wurde in **Berlin** eine jüdische Gedenktafel von Nazis geschändet.[18]

Antifaschistische Aktionen am 1. Mai

Am 1. Mai kam es wie bereits die Jahre zuvor zu antifaschistischen Demonstrationen gegen die Aufmärsche der Nazis in **Frankfurt, Berlin, Mannheim, Essen, Augsburg und Dresden**. Vor allem die Blockadeaktionen und militanten Angriffe der Antifaschistinnen und Antifaschisten in Frankfurt und Mannheim zeigten die Notwendigkeit eines verstärkten Kampfes gegen die Nazis. Denn nur so konnte dort der Aufmarsch der Nazis verhindert werden. In **Frankfurt** demonstrierten in der gesamten Innenstadt etwa 5000 Antifaschistinnen und Antifaschisten. Durch Straßen- und U-Bahnblockaden und militante Angriffe gegen die in U-Bahnen sitzenden Nazis wurde deren Anreise erheblich gestört und ein Aufmarsch behindert. In **Mannheim** demonstrierten zwar rund 2000 bis 3000 Menschen in der Innenstadt gegen den Aufmarsch der Nazis, aber nur die Blockadeaktion und Angriffe von einigen hundert Antifaschistinnen und Antifaschisten verhinderten den Aufmarsch. In **Berlin-Hohenschönhausen** gelang es nur 350 Antifaschistinnen und Antifaschisten, durch die großräumigen Absperrungen der Polizei in Hohenschönhausen durchzukommen, um gegen den Aufmarsch von 1000 Nazis zu protestieren. In **Dresden** konnten nur etwa 350 Antifaschistinnen und Antifaschisten gegen den massiven Polizeischutz für 1000 Nazis nicht viel bewirken. Mit einer Sitzblockade auf einer Brücke wurde der Aufmarsch der Nazis nur kurz gestoppt. In **Augsburg** waren die rund 250 Nazis auch gut durch ein starkes Aufgebot der Polizei und Bundesgrenzschutz vor den antifaschistischen Protesten geschützt. Nur vereinzelt gelang es, Straßenbahn- oder Zugschienen zu blockieren. Auch in **Essen** gab es eine Kundgebung von DGB und bürgerlichen Parteien weit ab vom Aufmarschort der knapp 200 Nazis. Der Versuch von rund 600 Antifaschistinnen und Antifaschisten, zu den Nazis vorzudringen, wurde durch Polizeisperren verhindert.

Zwei Tage nach dem 1. Mai haben Antifaschistinnen und Antifaschisten in **Frankfurt-Eckenheim** im Depot der Verkehrsgesellschaft Frankfurt aus Protest gegen den Transport der Nazis mit den Sonder-U-Bahnen eine Straßenbahn in Brand gesteckt.[19] (Zur Einschätzung der Demonstrationen siehe Flugblatt von „Gegen die Strömung" 6/01)

Antifaschistische Aktionen

Mai: In **Halle** konnten am 19. Mai rund 300 Antifaschistinnen und Antifaschisten mit einem offensiven Vorgehen einen Aufmarsch von 200 Nazis trotz deren Schutzbegleitung von 1000 Polizisten stoppen und frühzeitig nach einem Drittel des Weges beenden. Bereits bei der Anreise wurden verschiedene Nazigruppen angegriffen und die wartenden Nazis vor Beginn ihres Aufmarsches gründlich mit Eiern, Obst, Steinen und Farbbeuteln eingedeckt. An zahlreichen Stellen des Naziaufmarschs gab es militante Angriffe der Antifaschistinnen und Antifaschisten. Es gelang, die Nazis während der gesamten Strecke mit Steinen und Eiern zu bewerfen. Zusätzlich gab es noch eine Sitzblockade, die den Nazis den Weg versperrte. Diesen Stop nutzten rund 400 Antifaschistinnen und Antifaschisten, um erneut die Nazis militant anzugreifen, was dann zum Abbruch des Aufmarschs und dem Rückzug der Nazis führte. Doch auch auf ihrem Rückweg zu den Bussen wurden sie immer wieder erfolgreich angegriffen.[20] In **Herzogenrath bei Nürnberg** haben 300 Antifaschistinnen und Antifaschisten den Aufmarsch von circa 50 Nazis verhindert. Zunächst besetzten sie den Aufmarschort, übertönten die Redebeiträge der Nazis mit Lärm und bewarfen sie so lange mit Obst, Eiern und Flaschen, bis diese ihre Veranstaltung abbrachen und sich unter dem Schutz der Polizei zurückzogen.[21] In **Berlin-Köpenick** griffen am Abend des 24. Mai rund 30 Antifaschistinnen und Antifaschisten ein Treffen von 20 Nazis mit Steinen, Stangen und Schreckschußwaffen an und konnten vier von ihnen verletzen.[22]

Juni: Am Abend des 5. Juni griffen zunächst zwei Nazis einen 15jährigen Jugendlichen aus dem Kongo an, worauf sich allerdings mehrere Jugendliche mit ihm solidarisierten, die Nazis in die Flucht schlagen konnten und einem dabei eine gehörige Tracht Prügel verpaßten.[23] Am 16. Juni marschierten in **Göt-**

Abonniert den Pressespiegel

★Faksimile aus der bürgerlichen, demokratisch-antifaschistischen und opportunistischen Presse

ca. 150 Seiten A4, 15,- DM

Pressespiegel erscheint zweimonatlich und stellt faksimilierte Artikel nach folgenden Kategorien zusammen:

★Deutscher Imperialismus nach Außen (militärische/politische/ökonomische Machenschaften des deutschen Imperialismus)
★Deutscher Imperialismus nach Innen (Faschisierung/Militarisierung/Repression)
★Kämpfe und Proteste in Deutschland
★Kämpfe und Proteste international

zu bestellen bei:

Buchladen Georgi Dimitroff
Speyerer Straße 23
60327 Frankfurt

tingen rund 500 Nazis geschützt von 2000 Polizisten auf. Mehrere hundert Antifaschistinnen und Antifaschisten versuchten leider erfolglos, die Polizeisperren zu durchbrechen, um sich den Nazis direkt in den Weg zustellen. Insgesamt demonstrierten an dem Tag rund 4000 Menschen gegen den Nazi-Aufmarsch.[24] In **Düsseldorf** demonstrierten am 14. Juni über 1000 Antifaschistinnen und Antifaschisten, um gegen den gerade 20 Stunden zuvor geschehenen Nazi-Angriff auf drei Antifaschisten zu protestieren. Mit einer Spontandemonstration zogen sie vor das Haus eines der beteiligten Nazis.[25] Am 15. Juni wurden in **Siegburg** drei Nazis von einer Gruppe von Jugendlichen aus anderen Ländern angegriffen und teilweise lebensgefährlich verletzt. Während bei den alltäglichen Nazi-Angriffen und Morden der Nazi-Banden kein Hahn danach kräht, wird bei antifaschistischen Aktionen wie hier direkt die Bonner Mordkommisssion eingeschaltet. Der Polizeisprecher drückte dann auch gleich auf die Tränendrüsen: *„Ich bin erschrocken über das Ausmaß an Brutalität, mit der da vorgegangen wurde."*[26]

Juli: Der Aufmarsch von rund 120 Nazis in **Gevelsberg** wurde von Antifaschistinnen und Antifaschisten mehrmals gestört und angegriffen. Dabei wurde auch ein Kleinbus mit Nazis angegriffen.[27]

In **Neubrandenburg** konnten am 14. Juli die rund 100 Nazis auch nur mit brutalem Einsatz der Polizei ihren Marsch durchsetzen. Aus einer Demonstration von 1500 Menschen setzten sich etwa 500 Antifaschistinnen und Antifaschisten an einer Straßenkreuzung ab, um den Weg der Nazis zu blockieren. Diese Blokkade wurde von der Polizei nach einer Stunde mit Wasserwerfern und Knüppeleinsatz geräumt.[28]

Antirassistische Demonstrationen gegen Residenzpflicht und Abschiebungen

Am 17. Mai begannen die bundesweiten Aktionstage gegen Residenzpflicht in Berlin mit einer Demonstration von rund 300 Flüchtlingen. In einer Resolution heißt es: *„Die deutsche Regierung kann nicht vorgeben, Rassismus zu bekämpfen, während es gleichzeitig rassistische Gesetze gibt, die den Hass schüren."*[29]

Am 19. Mai demonstrierten rund 4000 Flüchtlinge gemeinsam mit Antirassistinnen und Antirassisten zum Abschluß der Aktionstage gegen Residenzpflicht und staatlichen Rassismus.[30]

Am Frankfurter Flughafen haben am 26. Mai rund 500 Antirassistinnen und Antirassisten gemeinsam mit Flüchtlingen gegen den staatlichen Abschiebeterror demonstriert und brachten am Ende der Demo eine Gedenktafel an: *„Zum Gedenken an Kola Bankole und Amir Ageeb, die während ihrer Abschiebung beim Abflug von Frankfurt/Main in Lufthansamaschinen durch Beamte des Bundesgrenzschutzes gewaltsam zu Tode gebracht wurden. Zum Gedenken an Naimah Hadjar, die sich am 238. Tag ihrer Abschiebehaft aus Angst vor der Abschiebung im Internierungslager am Frankfurter Flughafen das Leben nahm."*[31]

Militante antirassistische Kämpfe in England

Am 27. Mai nach einem rassistischen Angriff auf das Haus einer aus Asien stammenden Familie griffen mehrere hundert Jugendliche aus Pakistan und Bangladesch die Faschisten an, die allerdings von 500 Polizisten geschützt wurden. Die ganze Nacht lang kam es zu Angriffen mit Molotovcocktails und Steinen gegen die Polizei.[32] In der darauffolgenden Nacht griffen rund 200 Jugendliche wiederum die Polizei an und bauten Barrikaden. Die örtliche Zeitung wurde aufgrund ihres Rassismus in der Berichterstattung in Brand gesteckt. In **Oldham** treiben die faschistischen Organisationen British National Party, National Front und Combat 18 seit längerem ihr Unwesen und werden von der Polizei gedeckt.[33] Es gab ein Zusammenspiel von Medien, Polizei und Faschisten, gegen die sich die Jugendlichen vor allem aus Pakistan und Bangladesh organisierten und offensiv vorgingen.

In **Leeds** griffen Anfang Juni rund 300 Jugendliche aus Bangladesh die Polizei an, nachdem diese einen Mann aus Bangladesh verhaftet und dabei brutal mißhandelt hatte. Die Kämpfe dauerten einige Stunden an.[34] In **Burnley** griffen Ende Juni Jugendliche vor allem aus Bangladesh einen Treffpunkt der Rassisten an, nachdem ein Taxifahrer aus Bangladesh von Faschisten verprügelt wurde.[35] Als in **Bradford** am 7. Juli die faschistische National Front aufmarschieren wollte, machten ihnen rund 1000 antifaschistische Jugendliche vor allem aus Pakistan und Bangladesh ein Strich durch die Rechnung und griffen die Faschisten an. Auch die Polizei, die die Faschisten schützen wollte, wurde erfolgreich mit Steinen, Stöcken und Molotovcocktails angegriffen. Selbst die berittenen Polizisten wurden erfolgreich angegriffen. Insgesamt wurden 120 Polizisten verletzt.[36]

Demonstrationen und Kämpfe in Algerien

Seit dem 18. April kommt es fast täglich an vielen Orten und Städten Algeriens zu Demonstrationen, Verkehrsblockaden mit brennenden Barrikaden und militanten Angriffen auf staatliche Gebäude und Polizeistationen. Auslöser war die Ermordung eines Jugendlichen auf einer Polizeiwache.

Mitte April kam es zu den ersten Demonstrationen und Protestaktionen in der Kabylei gegen das reaktionäre Regime in Algerien. In Bejaia versuchten die Demonstrantinnen und Demonstranten, die schwer bewachte Polizeipräfektur zu stürmen. Die Polizei setzte überall Wasserwerfer, Tränengas und Schußwaffen ein. So wurden allein im Bezirk Tizi Ouzou 23 Demonstrantinnen und Demonstranten von der Polizei ermordet.[37] Am 31. April, nach einer provozierenden Fernseh- und Radioansprache des Präsidenten, kam in Tizi Ouzou und Bejaia erneut zu Demonstrationen und Kämpfen mit der Polizei.[38] Am 21. Mai demonstrierten in verschiedenen Städten der Kabylei mehrere Hunderttausend, allein in Tizi Ouzou 500.000 gegen die staatliche Unterdrükkung. Gleichzeitig wurde die gesamte Region durch einen Generalstreik lahmgelegt. Auch hier kam es wieder zu militanten Aktionen von mehreren hundert Jugendlichen gegen die reaktionäre Polizei.[39]

Ende Mai kam es landesweit, auch über die Kabylei hinaus, zu militanten Angriffen auf staatliche Einrichtungen und die Polizei. Dabei wurden 6 Jugendliche ermordet.[40] Anfang Juni kam es in Vorstädten von Algier zu Kämpfen mit der Polizei. In den Vorstädten haben sich Komitees zusammengeschlossen und 5 Forderungen aufgestellt, U.a. „Solidarität mit den Kabylei", die Bestrafung der Verantwortlichen für die Repression, die Umwandlung von Wohnraum für Priviligierte in Sozialwohnungen.[41] Am 14. Juni demonstrierten in Algier 1,5 Millionen für den Rückzug der Gendarmerie aus der Kabylei und die Anerkennung der Berbersprache als zweite Amtssprache, gegen die Ermordung von 90 Menschen während er letzten 7 Wochen und für Demokratie und Freiheit. Doch schon kurz nach Beginn der Demonstration wurde ihr durch starke Polizeikräfte der Weg versperrt. Mehrere tausend Jugendliche griffen die Polizei mit Steinen, Flaschen, Stökken und Eisenstangen an. Später wurde der Platz des 1. Mai von den Demonstrantinnen und Demonstranten mit brennenden Barrikaden gegen die Polizei blockiert. Insgesamt wurden rund 500 Demonstrantinnen und Demonstranten verletzt. Doch trotz brutaler Repression und Demonstrationsverboten weitete sich der Widerstand gegen das reaktionäre Regime aus.[42]

Die Forderungen der Komitees, die die Demonstration in Algier organisierten, sind in drei Teile gegliedert.

1. Gegen den staatlichen Terror, die Schuldigen für die Verbrechen zur Verantwortung ziehen, Abzug der Gendarmerie aus der Kabylei.
2. Forderungen nach demokratischen Rechten: Neben der Anerkennung der Berber-Sprache fordern sie die Abschaffung des reaktionären Familiengesetzes, Gleichberechtigung von Männern und Frauen und Aufhebung des seit 1992 herrschenden Ausnahmezustands.
3. Soziale und ökonomische Forderungen wie die Umwandlung von Wohnraum für Priviligierte in Sozialwohnungen, oder die Einführung eines Arbeitslosengeldes in Höhe von 50 Prozent des Mindestlohns.[43]

Militante Kämpfe und Demonstrationen gegen EU-Gipfel in Göteborg und den „G-8"-Gipfel in Genua

In Göteborg richteten sich die Demonstrationen und militanten Angriffe gegen den dort stattfindenden EU-Gipfel. Am 14. Juni kommt es am Vorabend zu einer Demonstration von 15.000. Nach dieser Demonstration kommt es zu ersten Kämpfen mit der Polizei. Am Freitag, dem 15. Juni, wurde einer Demonstration, die sich auf das Kongreßzentrum zubewegte, in dem der EU-Gipfel stattfand, von der Polizei mit Hunden und berittenen Einheiten gestoppt. Daraufhin kam es zu stundenlangen militanten Kämpfen gegen die Polizei und Angriffen gegen Geschäfte und Banken. Mittags errichtete die Polizei mit Schiffscontainern eine Mauer quer durch die Stadt. Am Abend kam es erneut zu Kämpfen mit der Polizei. Dabei werden drei Revolutionäre von der Polizei angeschossen und schwer verletzt. Am Samstag gab es dann nochmals eine Demonstration mit rund 20.000 Teilnehmerinnen und Teilnehmern. Insgesamt wurden 900 Demonstrantinnen und Demonstranten verhaftet. Von der Polizei wurden auch die Infozentrale und eine Übernachtungsunterkunft gestürmt und dort über 200 Menschen verhaftet. Laut Angaben von Bundesinnenminister Schily waren auch deutsche Polizisten in Göteborg. Neben den Demonstrationen und militanten Aktionen gab es auch u.a. antirassistische Veranstaltungen.[44]

Genua war während des „G-8"-Gipfels eine von 20.000 Polizisten, paramilitiärischen Carabinieris und Soldaten, hochgerüstet bis hin zu Raketenwerfern, besetzte Stadt, in der der Ausnahmezustand herrschte. Trotz dieses Polizeiterrors entwickelte sich Widerstand gegen den „G-8"-Gipfel. Am 19.Juli 2001 wurde eine antirassistische Demonstration gegen den Abschiebeterror in den imperialistischen Ländern mit ca. 50.000 Teilnehmerinnen und Teilnehmern durchgeführt. Am Freitag, den 20. Juli 2001, kommt es trotz brutalstem Polizeiterror überall in der Stadt zu Demonstrationen mit insgesamt über 100.000 Teilnehmerinnen und Teilnehmern gegen den „G-8"-Gipfel. Immer wieder wurden militante Angriffe auf die „Rote Zone", den Sperrgürtel zum Schutz des Gipfels, auf die Polizei und auch auf Banken durchgeführt. Genosse Carlo Giuliani wurde am 20. Juli 2001 von der Polizei während dieser Kämpfe ermordet. Am Samstag, den 21. Juli 2001, wurde eine Großdemonstration trotz massiver Polizeiangriffe mit Tränengas, Knüppelüberfällen und Panzerwagen mit mehreren Hunderttausend Teilnehmerinnen und Teilnehmern durchgeführt. Auch an diesem Tag gab es wieder starke militante Kämpfe gegen die Polizei.

In der Nacht zum Sonntag überfielen Spezialeinheiten der italienischen Polizei eine Schule, in der Gegnerinnen und Gegner des „G-8"-Gipfesl übernachteten. Es wurden 92 Verhaftungen durchgeführt. Alle Verhafteten wurden brutal verprügelt, viele so brutal, daß sie nur noch auf Tragbahren ins Gefägnis gebracht werden konnten. Im Gefängnis wurde der Polizeiterror gezielt fortgesetzt: bis zu 19 Stunden Stehen mit ausgestreckten Armen, Prügel, Androhung von Vergewaltigung, Beleidigungen, Schläge. Durch den brutalen Polizeiterror wurde Genosse Carlos ermordet und über 500 Demonstrantinnen und Demonstranten zum Teil schwer, zum Teil auch lebensgefährlich verletzt, indem sie z.B. Schädelbrüche erlitten oder den Brustkorb eingetreten bekamen.

Streiks in Argentinien

In den letzten 19 Monaten gab es in Argentinien schon 6 große Generalstreiks, die große Teile des Landes lahm legten. Die Streiks und Massendemonstrationen richten sich gegen Massenentlassungen, Lohn und Rentenkürzungen. Der IWF fordert diese Kürzungen als angebliche Notwendigkeit für weitere Kredite ein. Bei den Streiks wurden landesweit auch vermehrt Straßen blockiert. Die Komitees der Streik- und Barrikadeposten haben seit Jahresbeginn 350 mal Überlandstraßen und die Zufahrten zu den Städten blockiert.[45] Bereits am 19. Juli, einen Tag vor dem großen Generalstreik in Argentinien, streikten 1,5 Millionen Beschäftigte der staatlichen Banken, Schulen, Krankenhäuser gegen die staatlichen Sparpolitik.[46]

Streiks in Südkorea

Am 4. Juni stürmten rund 3600 Polizisten mit Bulldozern und Hubschraubern eine bestreikte Fabrik in Ulsan. Die 500 Arbeiterinnen und Arbeiter, die ihren für illegal erklärten Streik seit 12 Tagen führten, hatten zuvor die Fabrik verlassen und sich so einer Verhaftung entzogen. In der gesamten Stadt kam es nach der Erstürmung noch zu militanten Angriffen der Arbeiterinnen und Arbeiter auf die Polizei. Auch vier Tage später bei einer Demonstration des Gewerkschaftsverbandes KCTU in Ulsan kam es erneut zu schweren Kämpfen mit der Polizei.[47]

Am 19. Juni griffen rund 2000 Polizisten in voller Kampfmontur den Streik von rund 300 Bauarbeitern an und verhafteten alle. Am Abend des 19. Juni kam es aus Protest gegen die Regierung zu militanten Kämpfen von Arbeiterinnen und Arbeitern sowie Studentinnen und Studenten gegen die Polizei in Ulsan.[48] Der Streik begann bereits am 10. April für die Anerkennung ihrer Gewerkschaft, Bezahlung von Überstunden und für einen arbeitsfreien Sonntag. Bereits eine Woche zuvor wurde der Streik der Piloten der Korean Airlines durch die Verhaftung von vier Gewerkschaftsfunktionären gebrochen und die Betriebsbesetzung eines der größten Chemiebetriebe durch die Polizei beendet. Der reaktionäre koreanische Staat versucht, die immer wieder aufkommenden Streiks mit massiver Repression zu ersticken.[49]

Quellen:

1 Junge Welt (JW) 2./3./4.6.01 2 Frankfurter Rundschau (FR) 28.Juni 2001 3 JW 7.6.01 4 Jungle World 9.5.01 5 Aus der Erklärung von Black Students Organisation, SOS Struggle of Students, African Refugees Association, Initiative Schwarze Deutsche anläßlich einer ersten Demonstration am 20. Juli in Aschaffenburg. 6 FR 12./13.5.01 7 Antifaschistische Nachrichten (ANNA) 15/2001, Jungle World Nr. 22 8 ANNA Nr. 10 9 TAZ 26./27.5.01 10 JW 28.5.01 11 TAZ 2./3.6.01 12 FR 5.6.01 13 JW 14.6.01 14 FR 15.6.01 15 Jungle World Nr. 26, 20.6.01 16 TAZ 18.6.01 17 FR 25.6.01 18 Jungle World Nr. 29, 11.7.01 19 analyse & kritik Nr. 450, ANNA 10/01, Swing Nr. 107 20 JW 25.5.01, Interim Nr. 527 21 JW 21.5.01 22 Interim Nr. 527 23 Jungle World Nr. 25., 13.6.01 24 TAZ 18.6.01 25 JW 18.6.01 26 TAZ 19.6.01 27 JW 9.7.01 28 JW 16.7.01 29 TAZ 18.5.01 30 ANNA 11/01 31 JW 28.5.01 32 TAZ 28.5.01 33 FR 29.5.01 34 TAZ 7.6.01, FR 7.6.01 35 JW 26.6.01, JW27.6.01 36 FR 9.7.01 37 Jungle World Nr. 19 38 TAZ 2.5.01 39 FR 22.5.01 40 TAZ 28.5.01 41 Jungle World Nr. 24 42 TAZ 15.6.01, FR 20.6.01, FR 16.6.01 43 Jungle World Nr. 26 44 Interim Nr. 529, TAZ 18.6.01, TAZ 5.7.01 45 FR 20.7.01, Rote Fahne 30/01 46 JW 20.7.01 47 JW 6.6.01, JW 13.6.01 48 JW 22.6.01 49 JW 21.6.01

V.i.S.d.P.: A. Odenthal, Vertrieb für internationale Literatur, Brunhildstraße 5, 10829 Berlin

Kritik am Roten Pressespiegel (Beilage zum Flugblatt 9/01)

Anmerkungen zu der Berichterstattung über die Volkskämpfe in Algerien

Ihr schreibt:

> „Seit dem 18. April kommt es fast täglich an vielen Orten und Städten Algeriens zu Demonstrationen, Verkehrsblockaden mit brennenden Barrikaden und militanten Angriffen auf staatliche Gebäude und Polizeistationen. Auslöser war die Ermordung eines Jugendlichen auf einer Polizeiwache."

Erstens muss gesagt werden, dass der ermordete Massinissa ein Berber war (Massinissa war auch der Name eines berberischen Volksheld im Krieg gegen die römischen Eroberer). Zweitens war der Kampf zuerst auf der Kabylei beschränkt. Drittens wurden in den ersten Monaten dort weniger die Polizeistationen als die Gendarmeriekasernen angegriffen. Die Gendarmerie ist in der Kabylei als einer Art koloniale Besatzungstruppe empfunden, während viele Polizisten aus der Region stammen. Dann fehlt dass in der Kabylei jetzt seit Monaten sozusagen Ausgangsperre aus den Kasernen für die Gendarmen besteht, sonst werden sie sofort von den Volksmassen angegriffen. Dann muss auch gesagt werden, dass die jugendlichen Massen in der Kabylei auch die Lokale der berberischen bürgerlichen Parteien angezündet haben (der RCD Said Saadi, die an der Regierung teilnahmen, wie der Oppositionspartei FFS).

Ihr schreibt:

> „Die Forderungen der Komitees, die die Demonstration in Algier organisierten, sind in drei Teile gegliedert.

1. Gegen den staatlichen Terror, die Schuldigen für die Verbrechen zur Verantwortung ziehen, Abzug der Gendarmerie aus der Kabylei.

2. Forderungen nach demokratischen Rechten: Neben der Anerkennung der Berber-Sprache fordern sie die Abschaffung des reaktionären Familien-Gesetzes, Gleichberechtigung von Männern und Frauen und Aufhebung des seit 1992 herrschenden Ausnahmezustands.

3. Soziale und ökonomische Forderungen wie die Umwandlung von Wohnraum für Privilegierte in Sozialwohnungen, oder die Einführung eines Arbeitslosengeldes in Höhe von 50 Prozent des Mindestlohns."

Dies stimmt so nicht.

Zuerst etwas über diese „Komitees" aus der Kabylei. Die Entstehung diese Komitees war eine Art Schritt in Richtung auf einer Sowjetbewegung, aber nur auf regionale Ebene, und nicht einmal so stark wie es im Ekuador entflammt war vor nicht so langer Zeit. Am Anfang haben diese Dorfkomitees und die Komitees der Stadt Tizi Ouzou mehr oder weniger die traditionelle Form von Stammeskomitees übernommen. Die Frauen nehmen an den Versammlungen nicht Teil und traditionelle Stammesführer oder nationalistische Notabeln haben die Oberhand. Dann ist in der Umgebung der kabylische Hafenstadt Bejaia eine andere Form von Dorf- und Stadtviertel-Komitees entstanden. Der Anstoß dazu kam von der Universität Bejaias. In diese Komitees haben gewerkschaftliche Kräfte einiges zu sagen, Frauen kommen zwar selten, aber es gibt

dort Raum für die Frauenorganisationen. Diese Komitees stehen Teilweise unter dem Einfluss der kleinen trotzkistischen Partei PST (die nicht zu den Waffen aufruft, und enge Beziehungen zu der französische trotzkistischen Partei LCR unterhält). Die PST hat vom typischen trotzkistischen Programm der Negierung der nationalen Frage klammheimlich etwas Abschweifen müssen, und verteidigt die demokratischen nationalen Forderungen über Tamazight, die Berbersprache.

Die Forderungen der Demonstration nach Algier und dann der Bewegung überhaupt sind in der Plattform von El Kseur festgehalten. Sie sind ein Kompromiss zwischen den eher berber-nationalistischen Forderungen der Komitees aus der Gegend von Tizi Ouzou, und der eher mehr sozialen Forderungen der Komitees aus der Gegend von Bejaia. Diese Plattform enthält leider nicht z.B. die Forderungen nach Abschaffung des Familiengesetzes und nach gleicher Behandlung von Männer und Frauen, dass die Komitees aus der Wilaya von Bejaya nicht durchsetzen konnten. Sie enthält im großen und ganzem: Bestrafung der Mörder von Demonstranten, Abzug der Gendarmerie aus der Kabylei, Anerkennung von Thamazight als zweite Amtssprache, Demokratie und Freiheit im ganzen Land.

Antwort auf die Kritik

Ungenauigkeiten und wahrscheinliche Ungenauigkeiten (wir können das im Moment nicht genauer einschätzen) hast Du aufgezeigt. Vieles sind aber doch eher Ergänzungen und Präzisierungen. Diese sind für uns aber auch nicht überprüfbar, da Du keine einzige Quelle angegeben hast.

Nicht übersehen werden darf, daß es sich beim „Roten Pressespiegel" um eigene Zusammenfassungen von Material aus der bürgerlichen Presse handelt. Die Gefahr besteht da immer, dann da und dort doch wieder unkritisch damit umzugehen, oder aber einfach deren Darstellungen übernehmen zu müssen, ohne deren Richtigkeit überprüfen zu können.

Entscheidend für eigene Stellungnahmen aber ist, über Material der fortschrittlichen revolutionären Kräfte aus den betreffenden Ländern zu verfügen. Da sind wir auf Unterstützung und Zusammenarbeit angewiesen.

Im diesjährigen 1.Mai-Flugblatt von GDS wird nochmals knapp auf die Kämpfe in Algerien, vor allem der Berberinnen und Berber, eingegangen.

* * *

Beilage zum Flugblatt von Gegen die Strömung 3/2002

Roter Pressespiegel

Überblick zum Pressespiegel (August – Dezember 2001)

PROLETARIER ALLER LÄNDER VEREINIGT EUCH!
PROLETARIER ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER VEREINIGT EUCH!
GEGEN DIE STRÖMUNG
Organ für den Aufbau der Revolutionären Kommunistischen Partei Deutschlands

Deutscher Imperialismus bereitet militärischen Vormarsch vor

Den Anschlag vom 11. September und den so genannten „Kampf gegen den Terrorismus" nahm und nimmt der deutsche Imperialismus zum Vorwand, sein militärisches Eingreifen weltweit zu forcieren:
Die politischen Vertreter des deutschen Imperialismus legten sich schwer ins Zeug, um sich für alle anstehenden militärischen Einsätze anzubieten: Schröder: *„Wir verteidigen unsere Art zu leben und das ist unser gutes Recht. (...) Wir leisten zur Zeit nicht das, was wir leisten können."* (FR 17.10.02) *„Dabei sollten wir nicht glauben, dass die bislang von uns geleistete Unterstützung schon alles wäre, was wir in diesem Kampf einbringen können."* (FR 19.10.01) Als erste Aktion wurden 5 NATO-AWACS-Überwachungsflugzeuge unter anderem mit insgesamt 40 deutschen Soldaten nach Nordamerika verlegt, um den US-Imperialismus für den Angriff auf Afghanistan zu entlasten (FR 9.10.01).
Am 16. Oktober bereits ließ Bundeskanzler Schröder verlauten, dass Deutschland *„schon in Kürze umfangreichere, auch militärische Hilfen leisten müsse als uns bisher abgefordert wurden."* (FR 17.10.01)
Die Perspektive wird von Kriegsminister Scharping für die nächsten Jahre vorgegeben: *„Das deutsche Heer muss sich künftig voll auf die immer vielfältiger und anspruchsvoller werdenden Einsatzerfordernisse konzentrieren können und von anderen Aufgaben entlastet werden."* (JW 2.10.01)

Bundstag beschließt den Einsatz von 3900 deutschen Soldaten für Krieg gegen Afghanistan

Nach dem Vorpreschen von Bundeskanzler Schröder mit seiner angeblichen Anforderung deutscher Soldaten durch die US-Regierung und ihren Außenminister Donald Rumsfeld, stimmte der deutsche Bundestag am 16.11.01 dem Einsatz von 3900 Soldaten der Bundeswehr für den Kriegseinsatz gegen Afghanistan zu. Der SPD-Fraktionschef Struck entgegnete den Fragen, wonach es keine konkrete Anforderung deutscher Soldaten durch die US-Regierung gebe, dass *„es sich (dann) um ein freiwilliges Angebot"* der Bundesregierung (handelte).
Als Einsatzgebiet nennt die Bundesregierung die arabische Halbinsel, Mittel- und Zentralasien und Nordostafrika sowie die angrenzenden Seegebiete[1]. Nach Berichten über eine geplante Stationierung von Soldaten der Bundeswehr in **Dschibuti** gab ein Regierungsvertreter Dschibutis bekannt, dass sich im Rahmen des Kriegseinsatzes gegen Afghanistan und Al Quaeda zur Zeit 17 Mitglieder einer deutschen Militärdelegation in Dschibuti aufhalten, die dort die Planung eines Basislagers für die Stationierung deutscher Soldaten ab Januar 2002 betreiben[2]. Laut einem Bericht der Koblenzer Rhein-Zeitung vom 30.11.01 plant das Bundesverteidigungsministerium zudem die Stationierung von 600 deutschen Soldaten einer ABC-Abwehrtruppe in **Kuwait**[3].

Deutscher Imperialismus in Mazedonien

Ende September übernahm der deutsche Imperialismus die Führungsrolle für den NATO-Militäreinsatz in Mazedonien. 700 Soldaten wurden unter dem Vorwand des Schutzes von OSZE-Beobachtern in Mazedonien stationiert, davon allein 600 deutsche Soldaten. 300 weitere Soldaten können in bestimmten Fällen nach Mazedonien geschickt werden. (FR 28.9.01)

Am 13.12. beschloss der Bundestag die Verlängerung des unter Führung des deutschen Imperialismus und seiner Bundeswehr stattfindenden NATO-Einsatzes in Mazedonien für weitere 3 Monate bis Ende März 2002[4].

Allseitiger Vormarsch des deutschen Militarismus

Zur Aufrüstung der deutschen Bundeswehr plant das Bundesverteidigungsministerium den Bau von 5 Korvetten der Klasse 130 (auch als Angriffseinheiten verwendbar) für 2,43 Milliarden DM[6]. Zudem sollen noch im Dezember 2001 Rüstungsaufträge im Wert von 2,4 Milliarden DM zur Aufrüstung der Bundeswehr vergeben werden. Unter anderem soll ein eigenes Radarsatellitensystem angeschafft werden, um bei der Satellitenüberwachung nicht mehr auf andere Staaten angewiesen zu sein. Weiter sollen 6 Drohnen und 202 Spähwagen Fenek angeschafft werden[7].

Der deutsche General Holger Kammerhof hatte am 10.12.01 den Oberbefehl über das Eurokorps übernommen, in dem Deutschland, Frankreich, Belgien, Luxemburg und Spanien den Aufbau gemeinsamer „Krisenreaktionstruppen" forcieren[8]. Der derzeitige Generalinspekteur der Bundeswehr Harald Kujat wird ab Sommer 2002 neuer Vorsitzender des NATO-Militärausschusses in Brüssel, dem höchsten militärischen Gremium der NATO[9].

Das erste Mal seit 1992 wird der Bundeswehretat für 2002 um über 50 Milliarden Mark aufgestockt. Möglich wird dies durch einen Kooperationsvertrag von Wirtschaft und Bundeswehr, wodurch jährlich 3 Milliarden Mark mehr zur Verfügung stehen. (JW 27.10.01) Im Rahmen des so genannten Anti-Terror-Programms sollen neue Schützenpanzer angeschafft werden und Spionagemittel verstärkt werden. Dazu stehen 1,5 Milliarden zusätzlich zur Verfügung. (JW 26.1.01)
Die Kieler Howaldtswerke-Deutsche Werft AG hat mit dem Kauf einer schwedischen und einer griechischen Marinewerft ihre Vormachtsstellung für konventionelle U-Boote ausgebaut. Der Versuch, mit dem Kauf einer australischen Werft im Pazifikraum Fuß zu fassen, wurde durch US-amerikanische Konkurrenten verhindert. Weitere Beteiligungen an U-Boot-Werften sind in Spanien und Portugal geplant. (JW 26.0.01) Um die Stärke des deutschen Imperialismus zu zeigen, entsandte die deutsche Marine einen gesamten Flottenverband zur Internationalen Waffenschau in Abu Dhabi in den Vereinigten Arabischen Emiraten. In einer Presseerklärung des parlamentarischen Staatssekretärs des Kriegsministeriums Walter Kolbow hieß es: *„Zur Unterstützung der deutschen Interessen und zur Demonstration industrieller Leistungsfähigkeit wurde auch in den Vorjahren jeweils ein Flottenverband der deutschen Marine nach Abu Dhabi entsandt. (...) Während der Teilnahme an der IDEX 2001 sollen neben der Möglichkeit, die Schiffe zu besichtigen, auch zwei Präsentationen in See durchgeführt werden."* (JW 22.9.01)
Auch im Jahr 2000 hatte die Bundesregierung Exporte von Kriegswaffen und Rüstungsgüter im Wert von 9,9 Milliarden Mark – 40% mehr als 1999 – bewilligt. Zu dem verschickte der Bundeskriegsminister Rudolf Scharping an die Militärattachès von 53 deutschen Botschaften einen Katalog, in dem ausgemusterte Waffen und Kriegsgeräte zum Verkauf angeboten werden. Unter anderem stehen 699 Leopard-Panzer, 589 Schützenpanzer Marder und 54 Tornados meistbietend zum Verkauf[10].

Imperialistisches „Friedensdiktat" wird auf der Afghanistan-Konferenz auf dem Bonner Petersberg festgelegt

Am 27.11.01 wurde die Afghanistan-Konferenz auf dem Bonner Petersberg eröffnet. Aufgrund der guten Beziehungen des deutschen Imperialismus in dieser Region und als Vorsitzender der UN in der „Afghanistan support group" ist Deutschland „Gastgeber" der Petersberger-Konferenz. Das Auswärtige Amt des deutschen Imperialismus hatte frühzeitig an einem imperialistischen „Friedenskonzept" für die Zeit nach dem Sturz der Taliban-Regierung gearbeitet, das dem jetzigen Fünf-Punkte-Plan der UN weitgehend entspricht[11]. Am 21.12. beschloss dann das Bundeskabinett die Entsendung von 1200 Soldaten der Bundeswehr nach Afghanistan im Zusammenhang der UN-Truppen [12].

Deutscher Imperialismus bleibt zweitgrößter Exporteur

Mit 551,6 Milliarden $ im Jahre 2000 blieb der deutsche Imperialismus hinter dem US-Imperialismus mit 782,4 Milliarden $ und vor dem japanischen Imperialismus mit 479,3 Milliarden $ zweitgrößter Exporteur[13].

Abonniert den Pressespiegel

Faksimile aus der bürgerlichen, demokratisch-antifaschistischen und opportunistischen Presse

ca. 150 Seiten A4, 8,– EURO

Der Pressespiegel erscheint zweimonatlich und stellt faksimilierte Artikel nach folgenden Kategorien zusammen:

★ Deutscher Imperialismus nach Außen (militärische/politische/ökonomische Machenschaften des deutschen Imperialismus)
★ Deutscher Imperialismus nach Innen (Faschisierung/Militarisierung/Repression)
★ Kämpfe und Proteste in Deutschland
★ Kämpfe und Proteste international

zu bestellen bei:
Buchladen Georgi Dimitroff
Speyerer Str. 23
60327 Frankfurt

Im Zusammenhang des Besuchs von Bundeskanzler Schröder in China bauen die Konzerne des deutschen Imperialismus ihre Position mit neuen Großaufträgen auf dem chinesischen Markt aus. Neben der Inspektion des Baufortschritts der Transrapidstrecke eröffnete Schröder auch ein Bayer-Werk und inspizierte das neue Stahlwerk von ThyssenKrupp. Der Siemenskonzern erhielt den Auftrag, in China ein landesweites optisches Telekom-Netzwerk aufzubauen. Die mitgereiste Wirtschaftsdelegation unterzeichnete Verträge, Absichtserklärungen und Machbarkeitsstudien mit einem Volumen von mehreren Milliarden DM[14].

Ausbau des Überwachungsstaates und Repression nach innen

Aber nicht nur nach Außen ist der deutsche Imperialismus im Vormarsch. Vor allem für eine verschärfte staatliche Faschisierung dient der Anschlag vom 11.9. als Vorwand. Für die Verstärkung von Bundeswehr, Geheimdiensten und anderen Sicherheitsbehörden wurden 3 Milliarden Mark zur Verfügung gestellt. Personal von Flughäfen und Fluggesellschaften soll intensiver überprüft werden, was neben Abfragen bei Polizei und Verfassungsschutz auch die Anforderung von Informationen bei weiteren Geheimdiensten und beim Ausländerzentralregister betrifft. (FR 20.9.01) **Bundesweit** werden **Rasterfahndungen** nach „jüngeren Männern muslimischen Glaubens", die u.a. sich „in Deutschland legal aufhalten" , studieren etc, gestartet (FR 22.9.01) Der Repressionsparagraph 129 wird um den Passus **129 b** erweitert, der das Verbot und die Verfolgung von internationalen Befreiungsbewegungen ermöglicht. Zusätzlich sollen neue Ausweise mit Fingerabdrücken versehen werden. (FR 15.10.01) Ganz in der Tradition der pseudowissenschaftlichen Nazi-Körpervermessungen sollen sogar **Hand- und Gesichtsgeometrie-Daten** in den neuen Pässen festgehalten werden. **Angestellte und Arbeiterinnen und Arbeiter in privaten wie öffentlichen Einrichtungen,** die als lebens- und verteidigungswichtig eingestuft werden, **sollen geheimdienstlich ausspioniert und überwacht werden**. Beispiel sind: Energie- und Wasserbetriebe, Pharma-Firmen, Klinken, Banken, Telekommunikation, Bahn, Post, Rundfunk- und Fernsehanstalten, Flughäfen. Eine **Vielzahl der Gesetzesverschärfungen richtet sich gegen Flüchtlinge und Menschen aus anderen Ländern**. So soll der Abschiebeschutz bei einem sogenannten „Terrorismusverdacht" eingeschränkt werden. (FR 16.10.01) **(Siehe auch Flugblatt 10/11-2001 von Gegen die Strömung)** Im Rahmen des sogenannten Anti-Terror-Pakets II werden etwa **100 Überwachungs- und Sicherheitsbestimmungen verschärft**. Unter anderem sollen die Kompetenzen des BKA ausgeweitet werden und das BKA zukünftig auch ohne konkreten Anfangsverdacht ermitteln dürfen. Der VS soll nun Informationen bei Kreditinstituten, Luftverkehrsunternehmen, Post- und Kommunikationsdienstleistern abfragen können. Ebenfalls rechtlich abgesichert wurde der **Einsatz sogenannter IMSI-Catcher zur Ortung von Handys**. Zudem werden die Bedingungen für das Aufenthaltsrecht und die Einreise von Flüchtlingen und Asylsuchenden verschärft. Bei **Asylbewerbern soll eine Sprachaufzeichnung zur Identifikation erstellt werden**[15]. Zur Umsetzung der Gesetzverschärfungen werden zusätzlich 469 Millionen DM und dann jährlich weitere 195 Millionen DM bereitgestellt[16].

Im Zuge der **Rasterfahndung** nach dem 11. September wurden **allein in Nordrhein-Westfalen die Daten von fast 5 Millionen männlichen Einwohnern zwischen 18 und 41 Jahrenin die Computer des Zentralen polizeitechnischen Dienstes in Düsseldorf eingegeben.** Von den 54 nordrhein-westfälischen Universitäten wurden Daten von rund 250.000 Studierenden geliefert[22].

Repression gegen kritische Stimmen

• Der **Siegen**er Lehrer Bernhard Nolz äußerte sich als Redner auf einer Kundgebung gegen den Krieg gegen Afghanistan. Mit dem Vorwand des Antiamerikanismus und Billigung von Straftaten wurde Nolz vom Dienst suspendiert. In einer Kampagne von regionalen Politikern und BILD-Zeitung wurde gegen den Lehrer gehetzt. Staatsanwaltschaft und Staatsschutz begannen daraufhin Ermittlungen. (JW 27.10.01)

- In **Sachsen** wurden drei Lehrerinnen wegen kritischer Aussagen zum Anschlag vom 11.9 vom Dienst suspendiert. (FR 20.9.01)
- An **Berliner** Schulen wurde Schülerinnen und Schülern mit Androhung und Erteilung von Verweisen, Eintrag von unentschuldigten Fehlstunden, schlechten Noten gedroht, falls sie sich an einer Anti-Kriegsdemonstration während der Unterrichtszeit beteiligen würden. JW 13.10.01)
- In **Lüdenscheid** wurde dem Arbeiter Metin Serefoglu nach seiner Weigerung an einer Gedenkminute für die so genannten „Opfer der Terroranschläge vom 11. September" teilzunehmen, fristlos entlassen. Der Betriebsrat hatte der fristlosen Kündigung ohne Anhörung von Metin Serefoglu bereits drei Stunden nach der Schweigeminute zugestimmt. Von der Gewerkschaft IG Metall hat er auch keine Unterstützung zu erwarten, da der Betriebratsvorsitzende bei der Firma Kostal zugleich zweiter Bevollmächtigter der IG Metall-Verwaltungsstelle in Lüdenscheid ist. (JW 17.10.01)

Verschärfte Repression

Mit einem martialischen Polizeiaufgebot von über 10.000 Polizistinnen und Polizisten und über 7.000 BGSlern versuchte die deutsche Polizei alle **Proteste gegen den Castortransport** am 14.11.01 im Wendland zu verhindern. Ingesamt wurden bei den Protesten 780 Demonstranten in Gewahrsam genommen und 45 Festgenommen. 80 Demonstranten wurden verletzt und 103 Strafverfahren eingeleitet[19]. Nur wenige Tage zuvor wurde fünf Demonstrantinnen und Demonstranten, die sich im März bei den Anti-Castor-Protesten an die Bahnschienen gekettet hatten, Rechnungen von BGS, Bahn und THW in Höhe von insgesamt 167.000 DM zugesandt[20].

Im Vorfeld des Brüsseler EU-Gipfels wurde allein in Berlin mindestens 29 Personen eine Verfügung über ein Ausreiseverbot für den Zeitraum bis zum 15.12.01 für Belgien, die Niederlande, Luxemburg und Frankreich vom Berliner Einwohnermeldeamt zugeschickt[21].

Das Ordnungsamt Gera verbot Infostände der Gewerkschaften IG BCE und ver.di gegen eine NPD-Demonstration, die an den Geschäftstellen der Gewerkschaften vorbeigehen soll. Mit der Begründung, die Stadt Gera könne nicht für die Sicherheit der Gegenaktion garantieren, wurden die angemeldeten Infostände verboten. Den Anmeldern soll für die Ablehnung eine Bearbeitungsgebühr berechnet werden. Von Seiten des DGB gab es gegen dieses Vorgehen der Stadt keinen Widerspruch[18].

Mörderischer staatlicher Rassismus

Bei einer Fahndung nach Drogen wurde am 9.12.01 ein 19-järiger Kameruner von der Hamburger Polizei am Hauptbahnhof festgenommen. Nach der Anordnung eines Staatsanwaltes im Rechtsmedizinischen Institut des Universitätskrankenhaus Eppendorf wurde dem 19-jährigen gewaltsam das Brechmittel Ipecacuanhasirup verabreicht, woraufhin dieser einen Herzstillstand erlitt und ins Koma fiel. Am 12.12 starb der 19-jährige Kameruner an den Folgen dieses brutalen Eingriffs. Am gleichen Wochenende wurden weitere neun Personen unter dem Verdacht auf Drogenbesitz der gleichen Prozedur ausgesetzt. Insgesamt wurde in Hamburg seit August 2001 26 Personen gewaltsam Brechmittel verabreicht[24].

Rassistischer Terror und Abschiebeterror

Nach einem Urteil des Landgerichts Trier müssen illegal in Deutschland lebende Menschen aus anderen Herkunftsländern die Kosten für ihre Abschiebung selbst bezahlen. Laut der Entscheidung muss eine dreiköpfige Familie aus Vietnam 30.800 DM für ihre Abschiebung zahlen[23].

Nach Angaben des Berliner Flüchtlingsrates und Pro Asyl sind allein in Berlin 350 Flüchtlinge in Abschiebehaft, die entweder minderjährig sind bzw. Frauen, schwangere Frauen oder Frauen mit Kindern[25].

Staatlicher Antiziganismus

In **Offenbach** wurde Roma unter Heranziehung fadenscheiniger Begründungen der Besuch des öffetnluchen Freibades verboten. Dieses rassistische Verhalten der Schwimmbadbetreiber wurde von SPD und GRÜNEN Stadtverordneten unterstützt. In **Bad Hersfeld** wurde bekannt, daß in mehreren Stadtteilen keine Wohnungen mehr an Sinti oder Roma vermietet werden. In einer offiziellen Begründung hieß es folgender maßen: *„Im Magistrat besteht seit Jahren Einvernehmen, daß im Ortsbezirk Hohe Luft nur noch dann Mietverträge mit Sinti abgeschlossen werden, wenn die jeweils freie Wohnung bereits vorher von Sinti genutzt wurde."* (JW 20.8.01) Ein weiteres Beispiel wie Antiziganismus und Antisemitismus von Staats wegen gedeckt werden, ist der Freispruch für den Nazi Hermann Josef Reichertz. Das Landgericht **Kempten** hat den REP wegen seines beleidigenden Angriffs gegen den stellvertretenden Vorsitzenden des Zentralrates der Juden in Deutschland, Michel Friedmann, freigesprochen. Reichertz nannte Friedmann einen „Zigeunerjuden". Diese antisemitsich/antiziganistsiche Äußerung sei so das Landgericht von der freien Meinungsäußerung gedeckt. (FR 29.801)
In **Köln** *ist die „Unterbringung" von rund 400* Roma-Flüchtlingen auf dem verseuchten Gelände einer ehemaligen Chemiefabrik geplant. In Bodenproben wurden hohe Arsen-, Kupfer- und Bleirückstände gefunden. Bis jetzt sind auf dem Gelände schon 90 Flüchtlinge, darunter viele Kinder, untergebracht[29].

Landesvorsitzender des „Bundes der Vertriebenen" relativiert die Zahl der im KZ- und Vernichtungslager Auschwitz Ermordeten

Auf dem Verbandstag des „Bundes der Vertriebenen" Thüringen in Arnstadt relativierte der Landesvorsitzende Latussek die Zahl der in Auschwitz Ermordeten und die Zahl der 6 Millionen durch den nazifaschistischen Völkermord ermordeten Jüdinnen und Juden. In seiner Rede sagte Latussek: „Es sind mit Sicherheit keine sechs Millionen Menschen dort vergast worden, von 930.000 ist die Rede."[26]

V.i.S.d.P.: A. Odenthal, Vertrieb für internationale Literatur, Brunhildstraße 5, 10829 Berlin

Nazi-Mord an Arthur Lampel in Bräunlingen und an einem Mann in Halle

Am 14. August, ein Woche nach brutalen Misshandlungen durch Messerstiche und schweren Brandverletzungen, starb ein 59-jährigen Mann in Halle an seinen Verletzungen. Drei Nazis hatten den Mann zuvor einen Tag lang gequält. (JW 15.8.01)

Der 20-jährige **Arthur Lampel**, „Aussiedler" aus Rußland, wurde am 9. September von einem stadtbekannten Nazi auf einem Vereinsfest mit einem Brierkrug so schwer an der Halsschlagader verletzt, daß er bald darauf verblutete. Ein nazistischer Hintergrund wird von Polizei und Staatsanwaltschaft wie auch in ähnlichen Fällen geleugnet. (FR 5.10.01,Südkurier 10.9.2001)

Nazi-Morde werden weiter vertuscht

Nach offiziellen Angaben der Bundesregierung gab es in den Jahren nach der Einverleibung der DDR lediglich 38 Nazi-Morde. Doch selbst die Recherchen der bürgerlichen Zeitungen Frankfurter Rundschau und Tagesspiegel belegen 97 Opfer von Nazi-Angriffen. (FR 22.10.01)
So werden laut Frankfurter Rundschau und Tagesspiegel mittlerweile folgende Nazi-Morde aufgeführt, die teilweise jetzt bekannt wurden bzw. wo die Namen der Opfer erst jetzt bekannt wurden.
•Am 9. August 2001 wurde der **61-jährige Obdachlose Dieter Manzek** in Dahlewitz von fünf Jugendlichen, die teilweise aus der örtlichen Naziszene stammten, in einem leerstehenden Gartenhaus erschlagen. Als „Begründung" für den Mord, sagten sie aus, dass sie sich gestört fühlten und für Ordnung sorgen wollten.
• In Wittenberge wurde am 9. August 2001 **Dieter H.** in seiner Wohnung von zwei Nazis zu Tode geprügelt.
• In Witten wurde **Frank Hackert** am 9. Juli 2001 von einem Paar aus der so genannten „Satanisten Szene" bestialisch ermordet. Von der bürgerlichen Presse weitgehend verschwiegen wird, daß Daniel R. wegen Verwendung von Nazi-Symbolen aufgefallen ist und 1998 für die NPD als Wahlhelfer tätig war.
• In der Nacht zum 22. April 2001 wird an einem See bei Jarmen (Mecklenburg-Vorpommern) der **31-jährige Mann aus Algerien Mohammed Belhadj** erschlagen.
• Am 26. März 2001 wird der **51-jährige Fred Blanke** in Grimmen von zwei örtlich bekannten Nazis mit Faustschlägen, Tritten und Schlägen mit Stuhlbeinen ermordet.
• In der Nacht vom 24. zum 25. März wird der **38-jährige Willi W.** in Milzau von einer Gruppe von Nazis vor einer Diskothek zusammengeschlagen. Drei Tage später stirbt er an den schweren Verletzungen.
• Am 12. September 2000 wird der **Obdachlose Malte Lerch** von zwei Nazis in Schleswig Holstein ermordet, da der 45-jährige Obdachlose „schlecht über die Skinheadszene" gesprochen habe.
Am 29. April 2000 wird der **60jährige Helmut Sackers** in Halberstadt erstochen. Bei dem Nazi Andreas P. wurden Dutzende Nazi-Propagandahefte und Nazi-Musik CDs gefunden. In erster Instanz wurde der Nazi im November wegen „Notwehr" vom Vorwurf der Körperverletzung mit Todesfolge freigesprochen, da er behauptet hatte, dass der Rentner ihn angegriffen habe.
• In der Nacht zum 4. November 2000 stirbt der **42jährige Belaid Baylal** an den Spätfolgen eines Nazi-Angriffs vor 7 Jahren. Der Flüchtling aus Marokko wurde am 8. Mai 1993 in Belzig von zwei Nazis schwer verletzt.
• Am 23. September 1997 wird der **Obdachlose Erich Fisk** von mehreren Nazis brutal zusammengeschlagen. Ein knappes Jahr später stirbt er an den Kopfverletzungen, ohne aus dem Koma aufzuwachen.
- In Wolgast wird der **22-jährige Boris Morawek** am 11.7.1996 von zwei Nazis brutal zusammengeschlagen. Als Gründe geben die beiden Nazis an, dass Boris Morawek angeblich ein kleines Mädchen vergewaltigt haben soll. Zwei Tage später stirbt er aufgrund der schweren Kopfverletzungen. Einer der beiden Nazis, der zu 8 Jahren Jugendhaft verurteilt wird, nimmt im Gefängnis mit der Nazi-Band „Staatssturm" Lieder auf und kann auch von dort ungestört Interviews in Nazi-Zeitschriften geben. (FR 5.10.2001)

Streiflichter des alltäglichen Naziterrors

August:
In **Kassel** haben fünf Nazis zwei junge Männer aus Eritrea angegriffen und einen von ihnen durch einen Messerstich in den Unterarm verletzt. Andere Jugendliche kamen den Angegriffenen zu Hilfe. (Taz 4.8.01)
In **Ebern (Oberfranken)** überfielen zwei nazis einen Behinderten und schlugen auf seinen Kopf ein, bis er per Handy Hilfe verständigen konnte. (JW 7.8.01)
Nach dem Angriff zweier Nazis auf zwei Studenen aus Sudan in **Leipzig**, wurden die Nazis gleich wieder von der Polizei frei gelassen. (FR 9.8.01)
In **Rathenow** wurden zwei Antifaschisten von Nazis mit dem Auto durch die Stadt gehetzt, überfallen und verletzt. (FR 9.8.01) In **Regensburg** wurden bei einem Nazi-Angriff zwei Flüchtlinge aus Jordanien und dem Irak mit Messerstichen verletzt. (Jw 20.8.01) Am 4. August wurde auf den Infoladen in **Trier** ein Nazi-Brandanschlag verübt und Sachschaden angerichtet. (Amgehörigen info 24.8.01)

September/Oktober:
Am 28. August zogen rund 30 Bundeswehrsoldaten in Hannover durch die Innenstadt, riefen Naziparolen und sangen Nazilieder. (Jungle World 5.9.01) Am 8. September marschierten unter Führung der NPD rund 2000 Nazis auf. (FR 10.9.01) Am 1. September griff eine Gruppe von Nazis im Zug von **Naumburg nach Jena** einen Mann aus Somalia an und verletzten ihn. Weder der Schaffner noch BGSler griffen ein. Die Nazis konnten zunächst unbehelligt abziehen während die Polizei die Personalien des Opfers und der zeugen aufnahm. (Jungle World 12.9.01)
Auch die sicherlich noch geschönten offiziellen Zahlen über Naziverbrechen geben einen Einblick in den alltäglichen Naziterror. In den ersten **7 Monaten 2001 wurden offiziell 8194 Nazi-Verbrechen** erfasst. Davon **456 sogenannte „Gewalttaten"**, wobei zwei Drittel in den westdeutschen Bundesländern stattfanden. Wie schon nicht anders zu erwarten gab es offiziell keine Morde von Nazis, trotz mindestens 7 bekannter Nazi-Morde. Im August gab es erneut eine Steigerung von 20% bei den offiziell registrierten Nazi-Verbrechen, insgesamt 578. Vor allem die Angriffe auf Menschen stiegen um 60%. Allein 29 Menschen, vor allem Flüchtlinge und Menschen aus anderen Ländern wurden angegriffen – viele wurden zum Teil schwer verletzt.(ANNA 13.9.01, 11.10.2001)
In **Regensburg** überfielen sieben Nazis einen Mann aus dem Irak und verletzten ihn. (taz 24.9.01)
Am 18. September in **Fiegenstall (Bayern)** haben mehrere Nazis an einem 11. jährigen Jungen aus Polen eine Scheinexekution begangen. Sie legten ihm ein Seil um den Hals und drohten ihn damit zu erhängen. (Jungle World 26.9.01) Am 15. September wurden drei Männer aus der Türkei an einem Dönerstand von drei Nazis angegriffen und geschlagen. Die Polizei kam erst eine Stunde später und nahm als erstes eine Anzeige der Nazis gegen die Männer aus der Türkei auf, die sich gegen den Angriff zur Wehr setzten. (FR 26.9.01) Am 15. September wurde in **Detmold** ein 20jähriger Jugendlicher unter den Rufen von „Juden Raus" und „Zecken raus" mit Holzlatten brutal zusammengeschlagen, der zuvor im Kulturzentrum Alte Pauline war. (Jungle World 26.9.01) In der Nacht zum 23. sowie zum 30. September wurde ein Mann aus der Türkei von mehreren Nazis überfallen. Auf einer Nazi-Internetseite wurde seit Monaten gegen den Mann gehetzte, da er vor 8 Monaten in **München** einem von Nazis angegriffenen Griechen zur Hilfe kam. (Jungle World 2.10.01, 10.10.01) Am 7. Oktober griffen 30 mit Baseballschlägern bewaffnete Nazis das linke Jugendzentrum Glad House in **Cottbus** an.(jw 8.10.01) In der Nacht zum 9. Oktober griffen mit rassistischen Beschimpfungen 5 Nazis drei Männer aus dem Irak in **Camnitz** an. Die Männer aus dem Irak setzten sich mit Holzlatten erfolgreich zur Wehr und wurden von der später anrückend Polizei festgenommen. (Jungle World 17.10.01) Am 18. Oktober wurden zwei Flüchtlinge aus China von zwei Nazis zusammengeschlagen. Einer der beiden Flüchtlinge erlitt einen Schädelbasisbruch. (Jungle World 24.10.01) In **Plauen** verübten Nazis einen Brandanschlag auf eine Flüchtlingsunterkunft. (FR 23.10.01)

November/Cezember:
Die Zahl der offiziell registrierten nazistischen Straf- und Gewalttaten für den Zeitraum **Januar bis Oktober 2001 beläuft sich auf 9491, davon 545 Gewalttaten**[30]. Ebenso ist im Jahr 2001 die Zahl der Nazidemonstrationen bis Anfang Oktober mit insgesamt **68 Nazidemonstrationen** angestiegen. Im Zeitraum von **1997 bis Oktober 2001 fanden insgesamt 249 Nazidemonstrationen** statt, 14 davon mit 1000-5000 teilnehmenden Nazis[31].

Am 30.10. wurden zwei Asylbewerber aus dem Sudan in **Rathenow** von 3 Nazis zusammengeschlagen[32]. Anfang November wurde ein Mann aus Afrika in **Ennigerloh** von vier Nazis angegriffen und verletzt[33]. Bei einem Überfall auf ein Asylbewerberheim im **südhessischen Seeheim-Jugenheim** durch vier Nazis wurden am 3.11. eine Iranerin und ihr 13jähriger Sohn verletzt[34]. Ein 27jähriger Nazi griff am 3.11. in **Frankfurt/Oder** einen Staatsanwalt an und beschimpfte und verletzte diesen[35]. Am 6.11. wurde eine 31jährige Nigerianerin, nachdem zuvor in einem Bus von einer Gruppe Nazis beschimpft und mit Essen beworfen worden war, von 2 Nazis verfolgt und mit Schlägen bedroht. Die Frau konnte sich in ein Einkaufszentrum flüchten36. Am 13.11. griffen 3 Nazis im **brandenburgischen Perleberg** einen 17jährigen an und schlugen und traten auf ihn ein[37]. Anfang Dezember wurde ein 15jähriger Schüler im **brandenburgischen Sperrenberg** von 4 nazistischen Mitschülern an einen Pfahl gefesselt und im Gesicht mit SS-Runen beschmiert[38]. Nach der Nazidemonstration am 1.12. in Berlin griffen etwa 120 sich auf der Heimreise Richtung **Elsterwerda** befindende Nazis im Zug einen Antifaschisten an und bedrohten und misshandelten ihn über eine Stunde. Als der Antifaschist den Zug in Begleitung des Rettungsdienstes verlassen wollte, wurde er von den Nazis verfolgt. Die Nazis schlugen und traten so lange auf ihn ein bis der Antifaschist regungslos am Boden liegen blieb[39]. Am 5.12. schlugen und misshandelten in **Illmenau (Thüringen)** 2 Nazis eine 42jährige Vietnamesin[40]. In der Nacht vom 20. auf den 21.11. wurde durch 3 Nazis im Alter von 15, 17 und 18 ein Brandanschlag auf ein Asylbewerberheim in **Aystetten** verübt[41]. Am 6.12.

wurde auf ein Asylbewerberheim in **Ellerau (Schleswig-Holstein)** ein Brandanschlag verübt[42]. Auf den Buchladen „Antifa-quariat" in **Berlin** Prenzlauer Berg ist in der Nacht des 30.11. ein Anschlag verübet worden[43].

Naziaufmärsche

Rund 800 Nazis konnten erstmals seit 10 Jahren wieder in **Wunsiedel** ihren Hess-Marsch mit dem Segen des Bayerischen Verwaltungsgerichtshof und unter dem Schutz der Polizei durchführen. (FR 20.8.01)
Am 1. September marschierten etwa 1800 Nazis in **Leipzig** und ca. 150 Nazis in **Greifswald** auf.(JW 3.9.01) Am 15. September marschieren 100 Nazis durch **Frankfurt/Oder**. (JW 17.9.01) Am 3.11. fand ein Aufmarsch von 1000 Nazis in **Leipzig** statt. Die Nazis zogen vom Hauptbahnhof durch die Leipziger Innenstadt zum Völkerschlachtdenkmal[44].
Am Jahrestag der nazistischen Reichs-Pogromnacht gegen die jüdische Bevölkerung in Deutschland 1938 marschierten 50 Nazis unter dem Motte „Keine deutschen Soldaten für fremde Interessen" vom **Berliner** Alexanderplatz zum Roten Rathaus[45]. Am 10.11. marschierten 200 Nazis durch **Gera**[46].
Zum dritten Mal in diesem Jahr marschierten am 17.11. etwa 100 Nazis durch **Hagen**[47].
Am 18.11. marschierten 80 Nazis in **Hamburg** zu einem sogenannten „Heldengedenktag" auf und legten an einem Kriegerdenkmal einen Kranz nieder[48].
Am 3.12. fand in **Berlin** mit über 3000 Nazis der größte Naziaufmarsch in Berlin seit 1945 statt. Unter dem Schutz von 4500 Polizisten konnten die Nazis in Sichtweite der jüdischen Synagoge über eine Stunde lang ihre nazistisch-antisemitischen Hetzreden gegen die neu eröffnete Ausstellung „Verbrechen der Nazi-Wehrmacht" verbreiten[49].
Am 5.12. marschierten 70 Nazis der „Initiative der weißen Art" unter dem Motte „Ewig währt der Toten Tatenruhm" durch den **Dortmunder Vorort Brechten**[50]. Am 15.12. marschierten unter dem Schutz von 1000 Polizisten rund 80 Nazis in **Bottrop** auf[51].
Am 29.12. marschierten rund 150 Nazis unter dem Motto „Todesstrafe für Kinderschänder" durch **Trier**[52].

Nazi-Pogrom in Rostock-Lichtenhagen nach 10 Jahren verjährt

Nach fast 10 Jahren begann am 13.11. der letzte Prozess gegen nur noch 3 Nazis wegen Beteiligung an dem Pogrom von Rostock 1992. Das Verfahren gegen einen vierten Angeklagten wegen schweren Landfriedensbruchs wurden nach Angaben des Landgerichts in der gleichen Woche wegen Verjährung eingestellt[53].

Stadt überlässt Nazis für 33 Jahre ein Haus

Der Stadtrat von Zittau beschließt **mit den Stimmen der PDS** in seiner Sitzung vom 25.10.01, dem Naziverein „Nationaler Jugendblock Zittau e.V." (NJB) ein Haus mittels eines Erbbaupachtvertrages über 33 Jahre als Anlauf- und Planungsstelle für nazistische Propaganda und Verbrechen zu überlassen. Von dem seit 1991 den Nazis für monatlich 80 DM von der Stadt zur Verfügung gestellten Haus, gingen in den letzten Jahren immer wieder nazistische Überfälle aus wie der Überfall von 40 Nazis auf eine Party von Schwulen und Lesben 1999[54].

Anti-Nazi-Kämpfe

September/Oktober: Antinazistinnen und Antinazisten stoppen in **Leipzig** den Aufmarsch von rund 1200 Nazis durch Sitzblockaden und Barrikaden und erzwingen seine Auflösung. Die Polizei, die die Nazis schützte, wurde von kleinen Gruppen immer wieder mit Steinen angegriffen. Müllcontainer wurden angezündet. Aber auch der Aufmarsch der Nazis wurde direkt mit Steinen attackiert. Die Polizei setzte Wasserwerfer und Knüppel gegen die Antinazistinnen und Antinazisten ein. Insgesamt wurden 61 Festnahmen offiziell gemeldet, davon wohl die meisten Antinazist-innen und Antinazisten. (Leipziger Volkszeitung 3.9.01, Neues Deutschland 3.9.01,)
In **Köln** demonstrierten am 8. September 3000 Antifaschistinnen und Antifaschisten gegen eine angekündigte Demonstration der Nazis. (JW 10.9.01)
Am 29. September demonstrierten 2500 auf einer offiziellen Protestkundgebung gegen die alljährliche Versammlung der nazistischen DVU in **Passau**. Rund 400 Antifaschistinnen und Antifaschisten machten ihre eigene Demonstration. (Antifaschistische Nachrichten 11.10.01) In **Berlin** demonstrierten Antifaschistinnen und Antifaschisten gegen eine Aufmarsch von 900 Nazis. Die Nazis zogen durch Berlin unter dem Motto „Deutschland ist größer als die Bundesrepublik". Rund 300 Antifaschistinnen und Antifaschisten erreichten durch eine Blockade die Umleitung des Nazi-Aufmarschs. (JW 4.10.01)
In **Altenkirchen (Westerwald)** demonstrierten am 29. September rund 1200 Menschen gegen einen Aufmarsch von rund 120 Nazis der NPD. Für kurze Zeit konnte der Nazi-Aufmarsch durch eine Sitzblockade jugendlicher Antifaschistinnen und Antifaschisten gestoppt wurde. (Politische Berichte 12.10.01) Am 27. Oktober wurden in mehreren Städten Nazi-Aufmärsche erfolgreich gestört.
In **Nürnberg** verhindern 3000 Antifaschistinnen und Antifaschisten mit einer Blockade der Demoroute der Nazis den Aufmarsch von 350 NPD-Nazis. In **Heidelberg** wurden 2000 Antinazistinnen und Antinazisten, die einen Marsch der Jungen Nationaldemokraten verhindern wollten, massiv von der Polizei angegriffen. In **Oldenburg** wurde der Aufmarsch von 80 Nazis durch das entschlossene Auftreten von 350 Antifaschistinnen und Antifaschisten abgefangen und aufgelöst. (JW 29.0.01)

November/Dezember: Am 3.11. demonstrierten 2000 vorwiegend Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter gegen den Aufmarsch von 1000 Nazis in **Leipzig**. Die Demonstrantinnen und Demonstranten versperrten den Nazis, die in einer Route durch die Stadt zum Völkerschlachtdenkmal marschieren wollten, durch eine Sitzblockade den Weg, bis die Polizei mit einem brutalen Prügeleinsatz und dem Einsatz von Pfefferspray den Nazis den Weg freiräumte[55].
Ebenfalls am 3.11. demonstrierten in **Tübingen** 150 gegen den in Tübingen ansässigen nazistischen Grabert-Verlag[56].
Am 5.11. fand nach dem Nazi-Überfall auf zwei Flüchtlinge aus dem Sudan eine Demo „Gegen den rassistischen Konsens in **Rathenow**" statt[57].
Im Rahmen der diesjährigen Veranstaltung des Thüringer Ratschlags gegen Rassismus und Faschismus am 5.11. in **Gera** demonstrierten 400 Antifaschistinnen und Antifaschisten durch die Innenstadt Geras. An der Demo nahmen auch zahlreiche Flüchtlinge teil, um damit gezielt gegen die rassistische Residenzpflicht zu demonstrieren[58].
Am 9.11. fanden in mehreren Städten Gedenkveranstaltungen und Demonstrationen zum 63. Jahrestag Reichs-Pogromnacht 1938 gegen die jüdische Bevölkerung in Deutschland statt. In **Berlin** demonstrierten 500 Antifaschistinnen und Antifaschisten unter dem Motte „Kein Vergeben – Kein Vergessen"[59].
Gegen den Aufmarsch von 200 Nazis in **Gera** demonstrierten am 10.11. etwa 350 Antifaschistinnen und Antifaschisten[60].
200 Antifaschistinnen und Antifaschisten blokkierten am 17.11. die Route der 100 Nazis, die in **Hagen** aufmarschierten. Die Antifaschistinnen und Antifaschisten deckten die Nazis mit Farbbeuteln und Eiern ein und konnten die Demo der Nazis mit Blockaden unterbrechen. Bei einem Blockadeversuch kesselte die Polizei die 200 Demonstranten ein, wobei es mehrere Verletzte gab. Etwa 100 Antifaschistinnen und Antifaschisten wurden in Gewahrsam genommen[61]. Gegen einen Aufmarsch von 80 Nazis am 18.11. in **Hamburg** zum so genannten „Heldengedenktag" („Volkstrauertag") demonstrierten 250 Antifaschistinnen und Antifaschisten[62]. 600 Antifaschistinnen und Antifaschisten beteiligten sich am 24.11. an der diesjährigen Silvio Meier Demo in **Berlin**. Nach massiven Vorkontrollen griff die Polizei nach Auflösung der Demo abziehende Teilnehmerinnen und Teilnehmer an[63].
Gegen den größten Naziaufmarsch von über 3000 Nazis seit 1945 in **Berlin** demonstrierten am 3.12. 4000 Antifaschistinnen und Antifaschisten. Unter dem Schutz von 4500 Polizisten konnten die Nazis in Sichtweite der jüdischen Synagoge über eine Stunde lang ihre nazistisch-antisemitischen Hetzreden gegen die neu eröffnete Ausstellung Verbrechen der Nazi-Wehrmacht verbreiten. Die deutsche Polizei ging mit Wasserwerfer- und Knüppeleinsatz gegen die Demonstrantinnen und Demonstranten vor, darunter auch Mitglieder der Jüdischen Gemeinde Berlins[64].
Am 5.12. demonstrierten 150 Antifaschistinnen und Antifaschisten gegen den Aufmarsch von 70 Nazis im **Dortmunder Vorort Brechten**. Die Antifaschisten, die sich den Nazis in den Weg stellten wurden brutal von der deutschen Polizei mit Schlagstöcken und Hunden angegriffen und eingekesselt[65].
Rund 1000 demonstrierten am 15.12. gegen den Aufmarsch von 80 Nazis in **Bottrop**. Die Nazis wurden dabei von einem Aufgebot von 1000 Polizisten geschützt[66].
Am 9.12. demonstrierten 250 Antifaschistinnen und Antifaschisten in **Bernsdorf** gegen eine geplante „Nazitrauerkundgebung" für den Nazi Matthias Förster, der am 9.12. 2000 nach einem brutalen Naziübergriff auf eine vietnamesische Familie durch entschlossene Selbstverteidigung umgekommen ist[67].
Gegen den Aufmarsch von 150 Nazis unter dem Motto „Todesstrafe für Kinderschänder" am 29.12. in **Trier** demonstrierten 400 Antifaschistinnen und Antifaschisten[68].

Kämpfe gegen staatlichen Rassismus und Abschiebeterror

Am 3. September demonstrierten rund 300 Roma sowie einige Unterstützerinnen und Unterstützer in **Herne** für ein Bleiberecht und gegen ihre drohende Abschiebung nach Jugoslawien. (Politische Berichte 13.9.01) Am 22. September demonstrierten in **Köln** 300 Antirassistinnen und Antirassisten gegen die rassistischen Kontrollen des BGS im Kölner Hauptbahnhof. (JW 27.9.01)Unter dem Motto „Stoppt Schily" demonstrierten in **Berlin** am 29. September 3500 Flüchtlinge und antirassistische Unterstützergruppen gegen den staatlichen Rassismus. (JW 1.10.01)
Am 3. Oktober demonstrierten 1200 Antirassistinnen und Antirassisten für die Abschaffung aller Abschiebegefängnisse vor dem Abschiebegefängnis in **Büren**. (JW 5.10.01)
Am 25.11. demonstrierten 300 Antirassistinnen und Antirassisten vor dem Frauenabschiebegefängnis in **Neuss** gegen den rassistischen Abschiebeterror und für die Anerkennung frauenspezifischer Fluchtgründe[69]. Am 8.12. demonstrierten 400 Anti-

rassistinnen und Antirassisten am **Frankfurter Flughafen** gegen die rassistische und mörderische Abschiebepolitik des deutschen Staates und forderten die Auflösung des Internierungslagers am Frankfurter Flughafen[70]. Am gleichen Tag demonstrierten ebenfalls 400 Antirassistinnen und Antirassisten am Flughafen **Langenhagen/Hannover** sowie der Berliner Flüchtlingsrat mit einer Mahnwache vor dem Sitz der **Berliner Innenverwaltung**[71].
Am 10.12. versuchten 20 Antirassisten unter dem Motto „Kein Mensch ist illegal" auf dem **Frankfurter Flughafen** das Tor 3 mit Leiter zu überqueren und ein Transparent zu entrollen. Alle Antirassisten wurden festgenommen und mussten ihre Personalien angeben[72].
Am 22.12. demonstrierten 600 Antirassistinnen und Antirassisten durch die **Hamburger** Innenstadt, um gegen die verschärfte Innenpolitik und den Einsatz von Brechmittel zu demonstrieren, der Anfang Dezember zum Tod eines 19-järigen Kameruner geführt hatte[73]. Gegen ihren weitgehend Ausschluss von den Entschädigungszahlungen für Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter demonstrierten am 19.12.01 200 Roma vor dem Finanzministerium in **Berlin**-Mitte. In einem Protestbrief protestierten die Roma dagegen, dass von den rund 250.000 Anfang des Jahres gestellten Anträgen bis jetzt erst 102 Zahlungen erfolgt sind. Dabei wurden statt der 10.000 DM für die erste Rate nur 7.500 DM ausbezahlt[74].

Aktionen und demonstrationen gegen den Aggressionskriegs gegen Afghanistan

Am 19. September demonstrierten in **Berlin** rund 600 Schülerinnen und Schüler gegen den drohenden Krieg. (JW 20.9.01) Am 23. September demonstrierten in **Potsdam** 200 Menschen gegen den Krieg. (JW 24.9.01) In **Berlin** demonstrierten am 22. September 5000 Kriegsgegner. (JW 24.9.01) In **Kassel** protestierten am 6. Oktober 200 Menschen gegen einen drohenden Krieg gegen Afghanistan. (FR 8.10.01) In **Frankfurt/Main** demonstrierten am 29. September ebenfalls 2000 Menschen gegen den Krieg. (Rote Fahne 5.10.01)Am 8. Oktober demonstrierten in **Berlin** am Morgen Schülerinnen und Schüler gegen den Krieg. Obwohl Schulbehörden und Schulsenator diese Demonstration während der Unterrichtszeit verboten hatten, beteiligten sich 3000 Schülerinnen und Schüler an der Aktion. Am gleichen Abend beteiligten sich erneut 3000 Menschen in **Berlin** an einer Anti-Kriegs-Demonstration (FR 9.10.01)
Am 13. Oktober demonstrierten in Berlin und Stuttgart auf Großkundgebungen 45000 Menschen gegen den Krieg.
In **Berlin** kamen 30.000 Kriegsgegnerinnen und Kriegsgegner zusammen. Der Versuch von Nazis mit einem Transparent aufzutreten wurde durch die Aktion eines Antifaschisten, der das Transparent zerriß, verhindert. In **Stuttgart** protestierten 15000 gegen den Krieg. (FR 15.10.01) In **Wiesbaden** demonstrierten rund 500 Schülerinnen und Schüler am 19.Oktober ebenfalls gegen den Krieg. (JW 20.10.01)
Am 10. November demonstrierten in **Berlin** rund 5000 Kriegsgegnerinnen und Kriegsgegner u.a. gegen eine Beteiligung deutscher Truppen, staatlichen Rassimsus und weitergehende Faschisierung. (JW 12.11.01) Am 14. November forderten auf einer Protestkundgebung in **Berlin** etwa 3000 Menschen ein Ende des Krieges. In **Magdeburg** kamen 300 Menschen zu einer Kundgebung zusammen. (FR 15.11.01). Auch in **München, Hamburg und Köln** fanden Kundgebungen statt. (JW 16.11.)
Am 15. November demonstrierten in **Frankfurt/Main** rund 600 Schülerinnen udn Schüler gegen.den Krieg. (FR 16.11.01) Am 17. November fanden in mehreren Städten Protestkundgebungen statt, u.a. in **Dortmund** mit 300 Teilnehmerinnen und Teilnehmern, **Hamburg** 850 Demonstrantinnen und Demonstranten und **Saarbrücken** mit 1000 Menschen. (FR 19.11.01) Am 20. November besetzten 15 Antimilitaristinnen und Antimilitaristen das SPD-Büro in **Chemnitz,** um gegen den Kriegseinsatzes der Bundeswehr zu protestieren. (TAZ 21.11.01) In Freiburg blockierten 90 Antimilitaristinnen udn Antimilitaristen für eine Stunde das Kreiswehrersatzamt. Auf Transpareten hatten sie die Parolen „Deutsche Soldaten, Waffen, Geld, morden mit in aller Welt!" und **„No war but classwar!"** (JW 28.11.01) Am 8. Dezember demonstrierten rund 1000 Kriegsgegnerinnen und Kriegsgegner in **Calw** gegen das dort stationierten Kommando Spezialkräft und ihren Kriegseinsatz in Afghanistan. (Politische Berichte 21.12.01)

Internationale Proteste gegen den imperialistischen Aggressionskrieg gegen Afghanistan

Am 22. September protestierten in **London** 3000 Kriegsgegnerinnen und Kriegsgegner, im belgischen **Lüttich** waren es 1000 Menschen, die gegen den Krieg demonstrierten. In **Seattle** beteiligten sich 100 und in **Los Angeles** 500 Kriegsgegnerinnen und Gegner an Demonstrationen. **Bis zu Anfang Oktober gab es in 40 Ländern 182 Aktionen und Demonstrationen mit insgesamt mehr als 285.000 Beteiligten.** In den **USA** demonstrierten **Studentinnen und Studenten an 135 Universitäten**. Am 29. September fand in **Washington DC** mit 25.000 Menschen, die größte Aktion in den USA statt. Diese Demonstration fand unter dem Motto **„act now - stop war - end racism" (Handelt jetzt, stoppt den krieg, Schluß mit Rassismus"** statt. In **San Francisco** demonstrierten ebenfalls am 29. September 10.000 Menschen gegen den Krieg. In **Rom** beteiligten sich 100.000, in **Neapel** 30.00, in **Barcelona** 10.000 und in paris 6.000 Menschen an Anti-Kriegs-Demonstrationen. Weitere Anti-Kriegs-Aktionen gab es in der **Türkei, Israel, Japan, Malaysia, Australien und Pakistan**. (Rote Fahne 5.10.01) Am 27. September demonstrierten bereits 20.000 Kriegsgegnerinnen und Kriegsgegner in **Neapel** und 3000 in **Athen**. (FR 2.9.01) In den USA fanden in mehreren Städten am 8. Oktober Protestaktionen statt, u.a. in **Baltimore, Boston, Chickago, Los Angeles, Philadelphia, San Francisco, washington und New York.** Am 8. Oktober gab es auch in mehreren griechische Städten starke Anti-Kriegsdemonstrationen. In **Athen** zogen mehrere tausend Kriegsgegnerinnen und Kriegsgegner vor die us-amerikanische Botschaft, Aber auch in **Thessaloniki, Larissa, Patra, Ioannina, Klamata, Korfu, Atar, Kardista und vielen weiteren Städten** fanden Aktionen statt. In **Helsinki** beteiligten sich etwa 1000 Menschen bei einer Demonstrationen vor die britische und us-amerikanische Botschaft. Weitere Protestaktionen gab es in **Frankreich, den Niederlanden, Schweden, Spanien und Großbritannien**. (JW 10.10.01) Am 3. Oktober folgten in **Bern** etwa 4000 Menschen dem Aufruf eines Anti-Kriegsbündnisses.. In **Göteborg** demonstrierten 2500 und in **Malmö** 1000 Kriegsgegnerinnen und Kriegsgegner. (JW 15.0.01)In **Faslane in Schottland** versuchten 500 Kriegsgegnerinnen und Kriegsgegner den Hafen der britischen Atom-U-Boote zu blokkieren. Die Polizei nahm 150 Antimilitaristinnen und Antimilitaristen fest. (Jw 23.10.) Bei einer Demonstration am 26. Oktober in **Hartford/Conneticut** von 300 Kriegsgegnerinnen und Kriegsgegnern wurden 17 von ihnen von der Polizei verhaftet. (27.0.01) Am 28. Oktober beteiligten sich mehrere Hundert Menschen an Antikriegsaktionen in **St. Paul, Los Angeles, New York und Portland.**

Streik der Arbeiterinnen und Arbeiter gegen VW in Mexiko.

Der Streik für eine deutliche Lohnerhöhung begann am 18. August im VW Werk in Puebla. Am 28. August lehnten die 12.300 gewerkschaftlich organisierten Arbeiterinnen und Arbeiter das Angebot von VW von 10,2 Prozent Lohnerhöhung mit einer Mehrheit von 97 Prozent ab. Die Gewerkschaftsführung, die zeitweise versuchte Kompromisse einzugehen wurde auf der Streikversammlung mit Pfiffen und Rufen für einen harten Streikkamf kritisiert. Die Gewerkschaften forderten, durch den Druck der Mitglieder gezwungen, 19 Prozent Lohnerhöhung. (JW 1.09.01) Nach zweieinhalb Wochen Streik konnte eine Lohnerhöhung von 14,7 Prozent erreicht werden. Neben dem Streik gab es Aktionen wo Arbeiterinnen und Arbeiter von VW gemeinsam mit Kolleginnen und Kollegen des Telefonskonzerns Telmex gemeinsam das Arbeitsministerium blockierten. Der VW-Konzern droht nun mit Entlassungen und Investitionskürzungen. (JW 11.9.01)

Militante Kämpfe und Demonstrationen in Argentinien

Mitte Dezember begannen die Kämpfe der Ausgebeuteten und Unterdrückten in Argentinien erneut mit großer Heftigkeit aufzuflammen. Die militant geführten, zunächst ökonomischen Kämpfe gegen die zunehmende Verschlechterung der Lebensbedingungen, Demonstrationen und massenhafte Beschaffungsaktionen von Lebensmitteln vor allem in den Vororten von Buenos Aires, breiteten sich auf das ganze Land aus. Sie entwickelten sich zu machtvollen Demonstrationen, Streiks und militanten Straßenkämpfen bis hin zu regelrechtem Aufruhr. Die Kämpfe richteten sich zunehmend nicht nur gegeneine bestimmte Regierung, sondern auch gegen die imperialsistichen Oberherren des reaktionären argentinischen Staates, das imperialsistiche Finanzkapital und die herrschenden Klassen Argentiniens selbst.
Am 14. Dezember kam es zu einem Generalstreik, dem siebten in zwei Jahren, der in Buenos Aires und den größeren Provinzstädten den Vekehr lahm legten. Bereits am Abend und in der Nacht zu vor kam es zu Demonstrationen Zehntausender. Zwei Bombenanschläge richten Sachschaden an zwei Banken an. In der Hauptstadt und in einigen Provinzstädten kam es zu militanten Straßenkämpfen gegen die Polizei. Die Proteste richtete sich vor allem gegen die Einfrierung der Bankkonten. Dies traf in erster Linie die Arbeiter, die zwar keine Konten selbst haben, aber nun ihren Lohn von den Kapitalisten unter diesem Vorwand nicht mehr ausbezahlt bekamen.(TAZ 15.12.01)
Am 21. November trat Präsident de la Rua unter dem Druck der Proteste zurück. Bis dahin wurden bereits Tausende verhaftet und 400 verletzt. Bei Kämpfen mit der Polizei und bei Lebensmittel-Beschaffungsaktionen wurden bisher 25 Menschen ermordet. (FR 22.12.01)
Aber auch der nächste Präsident mußte bereits nach einer Woche wieder zurücktreten. Die Proteste gingen weiter. Am 29. Dezember kam es erneut zu militanten Kämpfen mit der Polizei. Den Demonstrantinnen und Demonstranten gelang es den Nationalkongreß aufzubrechen und dort Feuer zu legen. (TA 31.12.01)
Insgesamt wurden über 30 Demonstrantinnen und Demonstranten ermordet.
Weitere Informationen über die Kämpfe und den deutschen Imperialismus in Ar-

gentinien sind im Flugblatt „So wie es ist, bleibt es nicht!" (Januar 2002) von Gegen die Strömung zu finden.

Guerilla-Kampf gegen das reaktionäre Regime in Nepal

In Nepal gehen die Kämpfe der Revolutionärinnen und Revolutionäre gegen das Reaktuionäre Regime unvermindert weiter. Nachdem bei Angriffen auf zwei Polizeistationen am 9. und 12. Juli über 70 Polizisten als Geiseln genommen wurden, kam es zu größeren Gefechten. Erstmals seit 5 Jahren wurde die Armee im Kampf gegen die Guerilla eingesetzt. Ende Juli griff die Guerilla mehrere Polizeistationen und Patrouillen an. 250 Kämpferinnen und Kämpfer griffen eine Polizeistation mit Bomben an. In mindestens 4 von 75 Dsitrikten haben die Guerillas eine parallele Regeirung aufgebaut.(TAZ 16.7.01, JW 23.7.01, JW 24.7., TAZ 25.7.01) Die Guerillas begannen 1995 ihren antiimperialistsichen und antifeudale Kampf. (JW 23.11.01) Nach Beendigung der Friedensverhandlungen durch die Guerilla, wurden in der Nacht zu 24. November zwei Polizei- und eine Armeekaserne von den Revolutionärinnen und Revolutionären angeriffen. Dabei wurden 35 Polizisten und Soldaten getötet. Gleichzeitig wurden in einer Luftwaffenbasis drei Hubschrauber zerstört. In einer Stadt nahe der indischen Grenze stürmten die Guerillas ein Gefängnis und befreiten die Gefangenen. Bei Überfällen auf Banken konnten mehr als 200 Millionen Rupien erbeutet werden. Eine Polizeitruppe, die zur Verstärkung gerufen wurde, wurde aus einem Hinterhalt angegriffen. (TAZ 26.11.01) Am 25. November griffen die Guerillas das Regierungsgebäude in Salleri an, es kam zu einem 6 stündigen Gefecht, bei dem nach Regierungsangaben allerdings mehr als 200 Revolutionärinnen und Revolutionäre gefallen und 60 verwundet sein sollen. (FR 27.11.019) Die reaktionäre Regierung Nepals rief daraufhin den Ausnahmezustand aus, mehrere Journalisten, die der Guerilla nahe stehen sollen, wurden verhaftet und zwei Zeitungen geschlossen. (JW 28.11.01) Am 29. November verübten Guerilla-Kämperinnen und Kämpfer einen Bombenanschlag auf eine Abfüllanlage von Coca-Cola in der Hauptstadt Kathmandu. (Jungle World 5.12.01).

Der Hungerstreik der demokratischen und revolutionären Gefangenen in der Türkei geht weiter!

Die revolutionären und demokratsichen Gefange setzten ihre Kampf gegen die Isolationshaftbedingungen mit den verschiedensten Formen des Hungerstreiks weiter fort. Im Hungerstreik sind folgende Kämpferinnen und Kämpfer gestorben: **Zehra Kulaksiz**, ein 28-jähriger aus dem Gefängis von Izmir, **Osman Osmannagaoglu** und **Ali Koc** (FR 2.7.01, FR 4.8.01, FR 15.8.01, JW 10.7.01)
Ende August starb eine Frau, die aus Solidarität mit ihrem gefangenen Bruder, ebenfalls in den Hungerstreik getreten war. (JW 1.9.01) Am 9. September starb eine Hungerstreikende, die auch nach ihrer Entlassung aus der Haft ihren Hungerstreik fortgesetzt hatte. (FR 10.9.01) Ebenfalls starb eine bereits aus der Haft Entlassener an den Folgen des Hungerstreiks am 14.September in Istanbul. Der Hungerstreikende **Ibrahim Erler** starb am 19. September an seinen Verletzungen, nachdem er sich in seiner Gefängniszelle aus Protest selbst angezündet hatte. (FR 20.9.01) In der Nacht zum 20. September starb ein weiterer Teilnehmer der Solidaritätshungerstreiks außerhalb der Gefängnismauern. (FR 21.9.01) Am 27. September starben **Ayse Bastimir** und **Ozlem Durakcan** an den Folgen des Hungerstreiks. (JW 29.9.01) Am 18. Oktober starb **Ali Ekber Baris** in einem Krankenhaus in Izmit. Er war das bis dahin 41. Todesopfer des Hungerstreik, der sich gegen die Abschaffung der Isolationshaft nach dem Vorbild des Stammheim-Models des deutschen Imperialismus richtet. (JW 19.10.01)

Angriff gegen Solidaritätshungerstreikende in der Türkei

Mit Panzern und Bulldozern stürmten am 5. November massive Polizeiverbände den Istanbuler Armenstadtteil Kucukarmutlu. Ziel dieser Aktion war es den Solidaritätshungerstreik der Angehörigen sowie Unterstützerinnen und Untersützer des Kampfes der revolutionären und demokratsichen Gefangenen zu brechen. Die Solidaritätshungerstreiks fanden in drei sogenannten Widerstandshäusern statt. Bereits zwei Versuche den Hungerstreik gewaltsam zu beenden wurden durch heftigen Widerstand der Bewohner von Kucukarmutlu zurückgeschlagen. Vermummte Scharfschützen beschossen die Widerstandshäuser mit Gasgranaten und scharfer Munition. Zahlreiche Häuser wurden zerstört. Durch Polizeikugel starben **Arzu Güler, Sultan Yildiz, Bülent Durgac und Baris Tas. Haydar Bozkurt**, der sich im verschärften Hungerstreik befand, hat sich aus Protest selbst angezündet. (JW 7.11.01)
Bereits am 13. Novmber wurde das Stadtviertel erneut von mehreren Hundert Polizisten gestürmt. Die mit Tränengas anrückenden Polizisten wurden von Unterstützerinnen und Unterstützer der Solidaritätshungerstreikenden mit Steinen und Molotovcocktails angegriffen. 10 Hungerstreikende wurden festgenommen und in ein Krankenhaus verschleppt. (FR 14.11.01)

Das wahre Gesicht der PDS:

Abschiebeteror mit PDS Beteiligung:

Von Oktober 2000 bis April 2001 wurden 219 Flüchtlinge von Meckleburg-Vorpommern abgeschoben. Damit sind im Zeitraum der Regierungsbeteiligung der PDS bereits 960 Menschen nach der Ablehunung ihres Asylantrages abgeschoben worden." (Jungle World 25.7.01)

Vorsitzender der PDS-Landtagsfraktion Sachsens Peter Porsch hetzt gegen antifaschistische Demonstration

Peter Porsch, Vorsitzender der PDS-Landtagsfraktion Sachsens, erklärte am 3. September, nach dem Antifaschistinnen und Antifaschisten durch offensives und militantes Vorgehen einen Nazi-Aufmarsch in Leipzig bereits nach 500 Metern gestoppt hatten: *„Kriegerische Sprüche und Krawall"* seien das *„Gegenteil linker Politik"*. Wer *„anderen den krieg"* erkläre, brauch sich *„nicht zu wundern, wenn ihm Gewalt entgegengesetzt wird."* (JW 4.9.01)

Gysi plädiert für militärische Aktionen „gegen Terrorismus"

Der PDS- Politiker und mittlerweile Minister im Berliner Senat, plädierte für militärische Angriffe im Name der sogenannten „Terrorismus-Kampagne":
„Sollten sich Länder jedoch weigern, die für die Anschläge Verantwortlichen auszuliefern, dann halte ich in der Tat begrenzte militärische Aktionen für statthaft." (FR 17.9.01)

PDS Thüringen distanziert sich von Aufruf für eine antifaschistische Demonstration

Nach dem der innenpolitische Sprecher der PDS im Landtag Thüringens am 10. September eine Demonstration unter dem Motto **„Es gibt tausend Gründe Deutschland zu hassen"** angmelödet hatte, wurde eine massive Hetzte gegen diese Demonstration sowie gegen den Anmelder seitens der PDS gestartet. Angemeldet war die Demonstration vom innenpolitischen Sprecher der PDS-Landtagsfraktion, der daraufhin all seiner Ämter enthoben. Tamara Thierbach, Vorsitzende der PDS-Fraktion im Erfurter Stadtparlament sagt dazu in einem Interview: *„Spätestens seit dem 11. September – die Demonstration wurde am 10. September angemeldet – ist Haß keine politische Form mehr, die tatsächlich aktive Handlungspotentiale besitzt, um etwas zu verändern. (...) Wir können nicht auf der einen Seite für eine friedliche und demokratische Politik eintreten und anderseits eine Demonstration befürworten, mit der Haß propagiert wird."* Unterstützung bekam die PDS vom Innenministerium, das die Demonstration mit ähnlichen Argumenten verbot. (FR 4.10.01, JW 8.10.01)

Quellen:
1 jw 8.11.01, 19.11.01, **2** FR 6.12.01, **3** jw 1.12.01, **4** jw 14.12.01, **5** FR 13.12.01, **6** jw 7.11.01, **7** jw 8.12.01, **8** jw 11.12.01, **9** taz 21.11.01, **10** jw 22.11.01, 26.11.01, **11** FR 27.11.01, **12** jw 22.12.01, **13** jw 3.11.01, **14** taz 2.11.01, 3.11.01, **15** FR 29.12.01, **16** jw 15.11.01, **17** jw 10.12.01, **18** jw 10.11.01, **19** jw 17.11.01, **20** FR 17.12.01, **21** jw 11.12.01, **22** FR 7.11.01, **23** taz 14.11.01, **24** jw 11.12.01, 14.12.01 , **25** jungle world Nr. 52 /19.12.01, **26** jw 12.11.01, **27** FR 13.11.01, **28** jungle world Nr. 47 / 14.11.01, **29** taz 21.11.01, **30** antifaschistische nachrichten 25-2001 /22.11.01, **31** antifaschistische nachrichten 23-2001/ 8.11.01, **32** taz 3.11.01, **33** 6.11.01, **34** 5.11.01, jungle world Nr. 47 14.11.01, **35** FR 6.11.01, **36** jungle world Nr. 47 /14.11.01, **37** jw 15.11.01, **38** FR 7.12.01, **39** jw 5.12.01, **40** jungle world Nr. 52 /19.12.01, **41** antifaschistische nachrichten 25-2001 22.11.01, **42** jungle world Nr. 52 19.12.01, **43** jw 1.12.01, **44** jw 5.11.01, **45** jw 12.11.01, **46** jw 12.11.01, **47** jw 19.11.01, **48** jw 19.11.01, **49** siehe GDS FB 10-11/01 „Kampf gegen die Kriegspolitik des deutschen Imperialismus", S.12, **50** jw 7.12.01, **51** jw 17.12.01, **52** taz 31.12.01, **53** jw 17.11.01, **54** jw 1.11.01, Rote Fane 14.1201, **55** jw 5.11.01, **56** antifaschistische nachrichten 24-2001 22.11.01, **57** jw 6.11.01, **58** jw 6.11.01, **59** jw 12.11.01, **60** jw 12.11.01, **61** jw 19.11.01, **62** jw 19.11.01, **63** jw 26.11.01, **64** siehe GDS FB 10-11/01 "Kampf gegen die Kriegspolitik des deutschen Imperialismus", S.12, **65** jw 7.12.01, **66** jw 17.12.01, **67** 10.12.01, **68** taz 31.12.0169 jw 26.11.01,**70** jw 10.12.01, **71** PB 26/2001 21.12.01, **72** FR 11.12.01, **73** jw 27.12.01, **74** jw 20.12.01



V.i.S.d.P.: A. Odenthal, Vertrieb für internationale Literatur, Brunhildstr. 5, 10829 Berlin

Beilage zum Flugblatt von Gegen die Strömung 7/2002

Roter Pressespiegel

Überblick zum Pressespiegel 1+2/02 (Januar bis April 2002)

PROLETARIER ALLER LÄNDER VEREINIGT EUCH!
PROLETARIER ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER VEREINIGT EUCH!

GEGEN DIE STRÖMUNG

Organ für den Aufbau der Revolutionären Kommunistischen Partei Deutschlands

Deutscher Imperialismus macht sich in Afghanistan breit

Rund 1200 Soldaten werden nach und nach in Afghanistan *stationiert. (TAZ 12.1.02) Seit Dezember 2001 sind und* waren auch rund 100 Elitesoldaten des Kommando Spezialkräfte (KSK) im Kampf gegen die Talibantruppen in Afghanistan aktiv beteiligt. (TAZ 25.2.02) Deutsche Spezialeinheiten der KSK sind in Afghanistan im direkten Kampfeinsatz. Einzelheiten darüber werden aber weiterhin vertuscht. (FR 5.3.02, TAZ 5.3.02) Der Kommandant der deutschen Truppen in Afghanistan wurde Oberbefehlshaber der multinationalen Truppe, die für die Kontrolle über Kabul zuständig ist. (FR 20.3.02) Der Bild-Kolumnist Franz Josef Wagner feuerte die deutschen Soldaten im Stile des „Landser" an: *„Lieber kämpfender deutscher Soldat (...) Ja, ich wünsche euch, daß ihr den Gegner tötet, bevor er euch tötet. (...) Ich stammle euch aus der Heimat: Habt Glück, paßt auf, schießt schneller."* (zitiert nach JW 6.3.02)

Neben den Truppen in Afghanistan ist der deutsche Imperialismus hauptverantwortlich für den Aufbau des Polizeiapparates in Afghanistan, was ja auf eine lange Tradition bis in die 50er Jahre zurückreicht. (TAZ 14.202) Bereits kurz nach dem Eintreffen der deutschen Soldaten in Afghanistan gaben sich die Delegationen der deutschen Kapitalisten wie Siemens, ABB und Bauunternehmen die Klinke in die Hand. Klaus-Jürgen Wilhelm von ABB schwärmte ausführlich über die aktuelle Situation: *„Wenn man sagt, man kommt aus Deutschland, sieht man ein Leuchten in den Augen."* Der Siemens-Manager Oberg ergänzte: *„Wir haben alle gespürt, daß Deutschland für Afghanistan ein Wunschpartner ist."* Siemens hatte bereits früher das afghanische Telefonnetz aufgebaut und will nun auch wieder den Auftrag zur Instandsetzung und Ausbau des Telefonnetzes. Auf die Frage von Journalisten nach möglichen „Unsicherheitsfaktoren" für die deutschen Kapitalisten antwortete der Baukapitalist Papenburg: *„Wir haben bereits auf dem Balkan erlebt, daß durch die Präsenz einer internationalen Friedenstruppe einschließlich der Bundeswehr eine gewisse Sicherheit gegeben wird."* (TAZ 13.2.02)

Deutscher Imperialismus baut weltweites Netz von Stützpunkten auf

Rund 1800 Marine-Soldaten sind mit insgesamt 12 Schiffen, Hubschraubern und Flugzeugen vor der **Küste von Somalia, Dschibuti, Kenia und der arabischen Halbinsel** im Einsatz. (FR 3.1.02) In **Kenia** baut die Bundeswehr neben **Dschibuti** einen zweiten Stützpunkt auf. In Mombasa sind vor allem Transportflugzeuge und 150 Soldaten auf einem Flugplatz stationiert. Auch in **Usbekistan** haben deutsche Soldaten einen Stützpunkt auf einem Flughafen errichtet. Der Flughafen soll dauerhaft vom deutschen Imperialismus genutzt werden (JW 1.2. 2.2. und 12.2.02)
Zudem ist geplant, daß der deutsche Imperialismus die Führung des Marineverbandes im Indischen Ozean übernehmen soll. (FR 22.4.02) In **Kuwait** nahmen 250 Soldaten einer sogenannten ABC-Abwehreinheit an Manövern teil. (TAZ 10.1.02) Mitte März sollen allerdings nur 200 nach Deutschland zurückkehren. Panzer, Waffen und 50 Soldaten bleiben in Kuwait für den jederzeitigen Einsatz stationiert. (FR 28.2.02) Auch in **Georgien** kämpfen deutsche, britische und US-amerikanische Spezialeinheiten. (JW 15.3.02) Insgesamt stellt der deutsche Imperialismus rund 3900 Soldaten im Rahmen der sogenannten Terrorismus-Bekämpfung. (FR 27.2.02)

Deutscher Imperialismus in Kosova, Mazedonien und Ex-Jugoslawien

Die Führung der NATO-Truppen durch den deutschen Imperialismus wurde um weitere 3 Monate verlängert. (FR 19.2.02) Die WAZ-Mediengruppe hat sich durch den ehemaligen Koordinator des Balkan-Stabilitätspaktes Bodo Hombach mit 13 Millionen Euro bei der serbischen Zeitung „Politika" eingekauft. (Jungle World Nr. 7, 6.2.02)
In Kosova hat nun auch der ehemalige deutsche Kanzlerberater Steiner sein Amt als Chef der UN-Mission in Pristina übernommen. In seiner Funktion kann Steiner jederzeit das kosova-albanische Parlament durch ein sogenanntes Experten-Parlament ersetzen lassen. Frei nach dem Motto: Lassen sich die kosovarischen Parteien nicht auf die imperialistischen Interessen ein, sind sie schneller weg als sie im Amt waren. (TAZ 15.2.02)

West LB: Zerstörung der Lebens- und Arbeitsbedingungen und Terror in Ecuador

In Ecuador ist die West LB, zu 43 Prozent im Besitz der rotgrünen Landesregierung in Nordrhein-Westfalen, an einem internationalen Konsortium zum Bau eines Ölpipelineprojekts beteiligt. Die West LB hat sogar die Führung dieses Konsortiums inne. Für diese Pipeline soll quer durch den Regenwald eine Schneise geschlagen werden. Zehntausende Menschen sollen für den Bau vertrieben werden, ein ungeheure Verseuchung der Lebensverhältnisse durch austretendes Öl ist zu erwarten. Bereits seit Februar wird in der Erdölregion für eine bessere Infrastruktur gestreikt. Mittlerweile wurde der Ausnahmezustand verhängt. Bei Protesten wurden bereits 3 Arbeiterinnen und Arbeiter ermordet und 20 verletzt. Frauengruppen hatten daraufhin den Militärflughafen in Nueva Loja besetzt, um gegen den Mord zu protestierten. Anfang März blokkierten mehrere hundert Menschen die Zufahrtsstraßen zu den Ölfördertürmen und zur Raffinerie. Doch auch hier wird erwartet, daß das Militär und die Polizei für die Gewinne von West LB und anderen Kapitalisten den Weg freiräumen werden. (JW 6.3.02, JW 13.3.02)

Mörderischer Abschiebeterror

Druch die drohende Abschiebung in den Iran wurde der 23jährige **Mohamad Hussein Tamna** am 20. November 2001 nach dem Bescheid über die Ablehnung seines Asylantrages in Schneckenstein in einer Flüchtlingsunterkunft im Vogtland in den Tod getrieben. (JW 28.1.02) In Stadtallendorf sprang der 40jährige **Hüseyin Yurucu** aus Angst vor der drohenden Abschiebung vor einen fahrenden Zug. Nach seinem Tod droht nun weiterhin seiner Frau und seinen Kindern die Abschiebung in die Türkei. (FR 27.2.02)

Streiflichter des Nazi-Terror

In der Nacht zum 29. Dezember 2001 wurde auf das Initiativenzentrum in der Schweffelstraße 6 in **Kiel** ein Nazi-Brandanschlag verübt. (Antifaschistische Nachrichten 1-2002). In **Potsdam** wurde am 5. Januar ein Mann aus Sierra Leone von drei Nazis angegriffen, rassistisch beschimpft und verletzt. (JW 8.1.02, Jungle World 16.1.02) In **Groß-Zimmern (Kreis Darmstadt/Hessen)** überfielen zwei Nazis eine Flüchtlingsunterkunft und verletzten zwei Männer aus Afghanistan und Pakistan mit Schlägen. (FR 9.1.02) Am Wochenende des 7./8. Januar wurde in **Brühl** ein Nazi-Brandanschlag auf das Geschäft eines Mannes aus der Türkei verübt. Die Nazis beschmierten die Fassade mit Hakenkreuzen und rassistischen Parolen. (JW 9.1.02) Am 19. Januar marschierten rund 300 Nazis von NPD und sogenannten freien Kameradschaften anläßlich des Jahrestages der alliierten Bombardierung **Magdeburgs** durch die Stadt. (ANNA 3-2002) Am 21. Januar wurden in **Dortmund** zwei Jugendliche, die für Antifaschisten gehalten wurden, von vier Nazis zusammengeschlagen und schwer verletzt. (JW 26.1.02) Am ersten Februar-Wochenende am es zu mehreren brutalen Nazi-Überfällen in **Zehla-Mehlis**. Bereits am 1. Februar wurden zwei Antifaschistinnen von sechs Nazis angegriffen und mit Zaunlatten traktiert. Am 2. Februar überfielen rund 20 Nazis mit Knüppeln bewaffnet eine Faschingsveranstaltung, sieben Jugendliche wurden teils schwer verletzt. (redchannel 4.2.02). Am 4. Februar wurde in **Berlin** ein Mann aus Portugal von Nazis angegriffen und verletzt. (JW 5.2.02) In **Dresden** marschierten am 14. Februar anläßlich der alliierten Bombardierung Dresdens rund 800 Nazis durch die Stadt. (TAZ 15.2.02) In **Bielefeld** marschierten am 2. März rund 600 Nazis erneut gegen die in Bielefeld gezeigte Ausstellung „Verbrechen der Wehrmacht". (JW 4.3.02) In **Bernau** wurde ein Mädchen aus Afghanistan von zwei Nazis beschimpft, geschlagen und getreten. Erst das Hinzukommen von einigen Mitschülern führte dazu, daß die Nazis abhauten. (TAZ 6.3.02). In **Neuhof bei Fulda** wurde am 4. März das Schaufenster einer Metzgerei eines Mannes aus der Türkei mit Hakenkreuzen und SS-Runen beschmiert. (FR 6.3.02) Am 9. März marschierten Nazis in **Barnshausen bei Hannover** und in **Schwedt** auf. (TAZ 11.3.02) In **Köln** marschierten am gleichen Tag rund 50 Nazis der „Bürgerbewegung pro Köln" geschützt von einem großen Polizeiaufgebot durch Köln. (TAZ 11.3.02). In **Templin** drang ein Nazis gewaltsam in die Wohnung eines Mannes aus Indien ein und verprügelte diesen. Am 10. März stürmten in **Hennigsdorf** mehrere Nazis einen Imbiß und verletzten zwei Männer aus der Türkei. (FR 12.3.02) Eine Familie aus der Türkei wird im brandenburgischen **Basdorf** nun seit Monaten bereits von Nazis bedroht, beleidigt und angegriffen. Am 10. März versuchten Nazis, in ihr Haus einzudringen, was ihnen allerdings nicht gelang. Am 1. April versammelten sich 6 Nazis vor dem Haus der Familie und riefen Nazi-Parolen. (TAZ 12.3.02, TAZ 3.4.02) Am 16. März wurde das sowjetische Denkmal auf dem städtischen Friedhof in **Berlin-Marzahn** umgestoßen und mit Hakenkreuzen besprüht. Auch in **Ahlbeck auf der Insel Usedom** schleuderten am gleichen Wochenende Nazis einen Brandsatz auf ein Denkmal für die sowjetischen Rotarmistinnen und Rotarmisten, die im Kampf gegen den Nazismus starben. (JW 18.3.02) Am 23. März marschierten in **Neubrandenburg** rund 250 Nazis des „Kameradschaftsbundes Usedom" und der NPD auf. In **Erfurt** marschierten 60 Nazis durch die Stadt. (TAZ 25.3.02) In **Brand-Erbisdorf (Sachsen)** drangen zwei Nazis in die Wohnung einer Familie aus der Türkei gewaltsam ein, beschimpften die Familie und schlugen auf den Vater ein. (TAZ 6.4.02) Am 20. April, an dem von den Nazis gefeierten Geburtstag Hitlers, wurde in **Eberswalde** ein Jugendlicher von 5 Nazis zusammengeschlagen, in **Bochum** nahm die Polizei zwei Bundeswehrsoldaten, die Nazi-Parolen grölten, fest. Auch in **Bautzen** grölten 25 Nazis ihre Parolen während eines Aufmarsches durch die Stadt. (FR 23.4.02) In **München** tauchten etwa 20 Nazis bei einer Kundgebung von Palästinenserinnen und Palästinensern – die ausgerechnet am 20. April stattfand – auf und riefen antisemitische Parolen bevor sie endlich von Autonomen und Palästinenserinnen und Palästinenser vertrieben wurden. (JW 23.4.02)

Welle antisemitischen Terrors

Nach den antisemitischen Äußerungen Möllemanns fühlten sich die Nazis bestärkt und griffen mehrere jüdische Einrichtungen an. In der Nacht auf den 5. März wurde der jüdische Friedhof in **Grabow (Mecklenburg-Vorpommern)** von Nazis geschändet. Bereits Ende Februar gab es drei Nazi-Anschläge auf Gedenkstätten oder jüdi-

Abonniert den Pressespiegel

Faksimile aus der bürgerlichen, demokratisch-antifaschistischen und opportunistischen Presse

ca. 150 Seiten A4, 8,– EURO

Pressespiegel erscheint zweimonatlich und stellt faksimilierte Artikel nach folgenden Kategorien zusammen:

★ Deutscher Imperialismus nach nach Außen (militärische/politische/ökonomische) Machenschaften des deutschen Imperialismus
★ Deutscher Imperialismus nach Innen (Faschisierung/Militarisierung/Repression)
★ Kämpfe und Proteste in Deutschland
★ Kämpfe und Proteste international
★ Opportunisten

zu bestellen bei:
Buchladen Georgi Dimitroff
Speyerer Straße 23
60327 Frankfurt
Fax: 0 69 / 73 09 20

sche Friedhöfe. Auf die KZ-Gedenkstätte in **Wöbbelin**, auf das Mahnmal für die Opfer des Todesmarsches in **Rabensteinfeld** und auf den jüdischen Friedhof in **Boizenburg**. (JW 6.3.02) Fast zeitgleich mit zwei Anschlägen auf sowjetische Denkmäler am 16. März schleuderten Nazis einen Sprengsatz über den Zaun des jüdischen Friedhofs in **Berlin-Charlottenburg**. Bereits 1998 wurde auf dem gleichen Friedhof das Grab des ehemaligen Vorsitzenden des Zentralrates der Juden in Deutschland Galinski mit einer Bombe zerstört. (JW 18.3.02) Am 2. April wurde das Mahnmal auf der Putlitzbrücke in **Berlin**, das an die Deportation der Berliner Jüdinnen und Juden erinnert, von Nazis beschmiert. (TAZ 3.4.02). Ende April wurde im gleichen Stadtbezirk erneut ein jüdisches Mahnmal beschmiert. (TAZ 27.4.02) In der Nacht zum 16. April wurde die Synagoge in **Herford** mit antisemitischen Nazi-Parolen besprüht. (JW 18.4.02) Am 28. April verübten Nazis einen Brandanschlag auf die Synagoge in **Berlin-Kreuzberg**. (JW 30.4.02) Anfang April wurden zwei orthodoxe Juden aus den USA in **Berlin** von Antisemiten angegriffen. Am 14. April wurde eine Jüdin mit ihrer Tochter von zwei Nazis auf einem **Berliner U-Bahnhof** angegriffen und verletzt (TAZ 3.4.02, FR 16.4.02)

Nazis mitten im Staatsapparat

Der NPD-Vorsitzende Udo Holtmann hatte im Oktober 2001 ein Plakat mit dem Aufdruck *„Den Holocaust hat es nie gegeben!"* als presserechtlich Verantwortlicher verbreitet. Holtmann war zu diesem Zeitpunkt noch aktiver V-Mann für den Verfassungsschutz. (Antifaschistische Nachrichten 28.2.02) Weitere Fakten und Stellungnahmen von „Gegen die Strömung" zu den aufgeflogenen Fällen von Zusammenarbeit von Nazis und Staatsapparat siehe Flugblatt 2/02: „Die Nazis mitten im Staatsapparat!"

Antinazistische Aktionen und Demos

150 Antifaschistinnen und Antifaschisten verhinderten ein Treffen von 30 Nazis in einer Gaststätte in **Bielefeld**. (TAZ 17.1.02) In **Magdeburg** protestierten kirchliche und gewerkschaftliche Gruppen mit 200 Menschen und eine antifaschistische, autonome Demo gegen den Aufmarsch von 300 Nazis. (FR 21.1.02) Ebenfalls am 19. Januar demonstrierten 300 Antifaschistinnen und Antifaschisten gegen den Aufmarsch von 200 Nazis in **Lüdenscheid**. (TAZ 21.1.02) In **Bielefeld** marschierten unter massivem Polizeischutz 1700 Nazis gegen die dort gezeigte Ausstellung „Verbrechen der Wehrmacht" unter Polizeischutz durch die Straßen. Auf einer von DGB angemeldeten und organisierten Demonstration waren 10.000 Menschen gekommen. Etwa 500 Antifaschistinnen und Antifaschisten versuchten aus dem Sternmarsch des DGB heraus zum Naziaufmarsch vorzudringen, um sich den Nazis in den Weg zu stellen. (JW 4.2, FR 1.2.02) Am 9. Februar demonstrierten in **Demmin (Mecklenburg-Vorpommern)** 700 Menschen gegen einen Aufmarsch von rund 100 Nazis. (TAZ 11.2.02)
In **Bielefeld** protestierten am 2. März 3000 Menschen gegen einen erneuten Aufmarsch von rund 600 Nazis. (JW 4.3.02) In **München** griffen drei Jugendliche aus der Türkei einen Nazi an und schickten ihn ins Krankenhaus. Zwei der Jugendlichen wurden verhaftet und es wird wegen versuchten Mordes gegen sie ermittelt. (TAZ 6.3.02) 500 Antifaschistinnen und Antifaschisten protestierten in **Ludwigsburg** gegen einen Aufmarsch von 200 Nazis. (JW 6.3.02) Am 23. März konnte in **Neubrandenburg** der Aufmarsch von 120 Nazis durch eine Blockadeaktion von 800 Antifaschistinnen und Antifaschisten gestoppt werden. In **Erfurt** versuchten 350 Antifaschistinnen und Antifaschisten einen Aufmarsch von Nazis durch die Stadt zu verhindern. Nur durch den Schutz der Polizei gelang es den Nazis ihren Aufmarsch durchzuführen. (JW 25.3.02) Am 30. März griffen aus einer Demonstration von 300 Antifaschistinnen und Antifaschisten einige eine Kundgebung von etwa 50 Nazis in **Lübeck** mit Steinen an. 45 Antifaschistinnen und Antifaschisten wurden später vorläufig festgenommen. (JW 4.4.02) Am 6. April versuchten rund 1000 Nazis zum dritten Mal in sieben Monaten einen Aufmarsch durch **Leipzig**. Rund 10.000 Menschen protestierten am Rande gegen den Aufmarsch. Nach 6 Stunden Wartezeit wurde der Aufmarsch der Nazis von der Polizei untersagt. Bei der Abreise gelang es aber noch einigen Antifaschistinnen und Antifaschisten die Nazis anzugreifen. (JW 8.4.02).

Aktionen gegen Abschiebterror und staatlichen Rassismus

Am 8. Januar haben rund 150 Antirassistinnen und Antirassisten in **Bremen** mit Straßenbarrikaden sich schützend vor das Haus einer von der Abschiebung bedrohten Familie gestellt. Die Polizei konnte so zunächst von der Abschiebung abgehalten werden. Später mußte die Polizei dann feststellen, daß die kurdische Familie bereits weg war, um sich vor ihrer Abschiebung zu schützen. (FR 9.1.02) Am 3. Februar beteiligten sich 250 Schülerinnen und Schüler aus verschiedenen saarländischen und rheinland-pfälzischen Städten an einer Demonstration in **Merzig** für die Rückkehr einer bereits abgeschobenen kurdischen Familie. (JW 4.2.02) In **Luckenwalde** demonstrierten am 7. Februar 80 Flüchtlinge sowie Antirassistinnen und Antirassisten gegen die Residenzpflicht und gegen unmenschliche Unterbringen in Flüchtlingsunterkünften. (JW 8.2.02) In Wiesbaden wurde eine Demonstration von 200 Schülerinnen und Schülern, die vor dem Landtag gegen die Abschiebung einer Mitschülerin protestierten, unter Einsatz von Hunden und Pferden auseinandergetrieben (JW 9.2.02) Am 23. Februar demonstrierten 500 Antirassistinnen und Antirassisten gegen das Abschiebegefängnis in **Norderstedt-Glasmoor**. (JW 27.2.02)

Massenproteste gegen die NATO-Sicherheitskonferenz in München

In München wurden am Wochenende vom 1. bis zum 3. Februar alle Proteste gegen die 3. Tagung der NATO-Sicherheitskonferenz für die gesamte Dauer der Konferenz verboten. Auf Antrag des Münchner Polizeipräsidiums hatte das Kreisverwaltungsreferat der Stadt München für den Zeitraum der Konferenz einen faktischen Ausnahmezustand über die Münchner Innenstadt verhängt. 3500 Polizisten wurden zur Verhinderung von Protesten eingesetzt. Doch trotz aller Verbote versammelten sich am Freitag 2000 bis 3000 Demonstrantinnen und Demonstranten. Kurz nach Beginn der Kundgebung griff die Polizei die Demonstration brutal an. Zahlreiche Demonstrantinnen und Demonstranten wurden verletzt, 200 in Gewahrsam genommen und 50 weitere wurden festgenommen.
Doch dies konnte die 7000 Gegnerinnen und Gegner der NATO-Konferenz am Samstag nicht von einer erneuten Demonstration abhalten. Aber auch diese Demonstration und weitere spontane Demonstrationen wurden immer wieder brutal von der Polizei angegriffen. Insgesamt wurden 747 Demonstrantinnen und Demonstranten festgenommen, 60 in Gewahrsam genommen. In München wurde sogar das Gewerkschaftshaus von der Polizei umstellt. Bei vielen rief dies Erinnerungen an die Nazis hervor, die 1933 das Gewerkschaftshaus umstellten. Weitere Informationen im Flugblatt: „Die Nazis mitten im Staatsapparat!", Gegen die Strömung 2/02, Seite 2. (JW 4.2, 5.02, 13.2.02, FR 1.2.02, FR 2./3.2.02, FR 4.2.02)

Proteste der Arbeiterinnen und Arbeiter gegen das revisionistische Regime in China

In Nordchina demonstrierten mehrere tausend Arbeiterinnen und Arbeiter für ausstehende Löhne, gegen Entlassungen und Korruption. In Liaoyang versammelten sich Mitte März 4000 Arbeiterinnen und Arbeiter aus sechs staatlichen Fabriken vor dem Petitionsbüro der Stadtverwaltung, um ihren Forderungen Nachdruck zu verleihen. Viele haben bereits seit über einem Jahr keine Löhne mehr erhalten. Am 20. März protestierten dann erneut die Arbeiterinnen und Arbeiter für ihre Forderungen. Die mehr als zehntausend Protestierenden trugen auch Portraits von Mao Tse-Tung mit sich. Am 18. März bereits hatten rund 30.000 Arbeiterinnen und Arbeiter eine Demonstration durch die Stadt organisiert. Mittlerweile beteiligten sich Arbeiterinnen und Arbeiter aus 20 staatlichen Firmen. Am gleichen Tag demonstrierten in der Stadt Daqing im chinesischen Erdölfördergebiet 4000 entlassene Arbeiterinnen und Arbeiter vor der Nationalen Ölgesellschaft. Diese Kämpfe sind keine Ausnahme. Laut internen Regierungszahlen kam es allein im Jahr 2000 zu 30.000 Arbeiterinnen- und Arbeiterproteste. Auch die Bäuerinnen und Bauern kämpfen für eine bessere Lebenslage. Nach einer Steuererhöhung im Januar stürmten 600 aufgebrachte Bäuerinnen und Bauern in Fushan das Büro des Parteikomitees. (FR 12.3.02, FR 22.3.02)

Erneute Angriffe der Guerilla gegen den reaktionären Staat in Nepal

Anfang Februar überfielen Guerillagruppen einen Polizeiposten 120 Kilometer östlich der Hauptstadt Kathmandu und töteten 15 Polizisten. (JW 6.2.02) Mitte des Monats wurde Mangalsen, der Hauptort des Distriktes Achham von 100 Guerillakämpferinnen und -kämpfern gestürmt. Sie töteten den Distriktverwalter, 49 Polizisten und 48 Soldaten. Sie setzten Regierungsgebäude in Brand, befreiten Gefangene aus dem Gefängnis, raubten eine Bank aus und griffen Polizeiposten, Armeebaracken und Munitionsdepots an. Sie griffen auch den nahegelegen Flughafen an, besetzten ihn und töteten dort ebenfalls 22 Polizisten. (JW 19.2.02) Einige Tage später griffen die Guerillas eine Polizeiwache rund 260 Kilometer westlich der Hauptstadt an und töteten über 30 Polizisten. Der Angriff erfolgte nur wenige Stunden nachdem das Innenministerium den Ausnahmezustand für weitere 3 Monate verlängert hatte. (JW 23.2.02) Die Guerilla-Stützpunkte wurden dann aber seit Mitte März massiv von Polizei- und seit neustem auch von Armee-Einheiten angegriffen. Die Armee wurde u.a. durch die deutsche Waffenschmiede Heckler&Koch mit 65.000 G-36 Gewehren beliefert. (FR 4.3.02) Mehrere hundert Kämpferinnen und Kämpfer sollen laut Regierungsangaben gefallen sein. Bei einem Angriff auf zwei Polizeistationen im Westen des Landes am 12. April töteten die Guerillas nach offiziellen Angaben 46 Polizisten und verletzten über 70. Augenzeugen sprachen allerdings von mehr als hundert erschossenen Polizisten. Auch das Haus des Ministers für Innere Sicherheit wurde angegriffen. Dabei wurden 60 Polizisten erschossen, es sollen aber nach Angaben der Polizei auch rund 60 Kämpferinnen und Kämpfer bei dem Gefecht gefallen sein. Am 23. April begann ein fünftägiger Generalstreik in der Hauptstadt Kathmandu, der das gesamte Stadtleben zum Erliegen brachte. Außer den staatlichen Büros blieben die meisten Geschäfte geschlossen. (FR 13.4.02, FR 14.302, TAZ 25.4.02)

Antirassistische Proteste gegen Flüchtlingslager

AUSTRALIEN: In Australien protestierten Flüchtlinge hauptsächlich aus Afghanistan gegen den Stop der Bearbeitung ihrer Asylanträge und gegen ihre drohende Abschiebung mit einem Hungerstreik im Abschiebelager Woomera. „Einwanderungsminister" Phillip Ruddock äußerte sich daraufhin extrem zynisch und verachtend: *„Sie können ja nach Hause gehen, wenn Ihnen die Verhältnisse in Woomera nicht gefallen."* Aus Verzweiflung versuchten mehrere Menschen sich das Leben zu nehmen. Nach fast zwei Wochen waren sogar 370 Flüchtlinge im Hungerstreik. In mehreren Orten Australiens versammelten sich Antirassistinnen und Antirassisten vor Abschiebelagern, begannen Solidaritätshungerstreiks. In Melbourne gelang des Antirassistinnen und Antirassisten, einen Zaun des Maribryn-Lagers zu durchbrechen. Auf Grund der Proteste wurde erreicht, daß nach 2 Wochen Hungerstreik am 30. Januar die Bearbeitung von Asylanträgen erst mal wieder aufgenommen wurde. (FR 22.1.02 23.1.02, 28.1.02, TAZ 31.1.02) In Australien belagerten Anfang April rund 800 Antirassistinnen und Antirassisten das weit ab in der Wüste gelegene Flüchtlingslager Woomera. Während einer Demonstration vor dem Lager gelang es etwa 50 Flüchtlingen auszubrechen und in der Menge der Demonstration zunächst unterzutauchen. Der mehrere Meter hohe und mit NATO-Stacheldraht bestückte Zaun um das Lage wurde von den Antirassistinnen und Antirassisten niedergerissen und sie ermöglichten so die Flucht. Zwei Tage später rissen erneut rund 200 Demonstrantinnen und Demonstranten den Zaun ein, eine Flucht wurde jedoch vom Wachpersonal verhindert. (JW 2.4.02) Auf dem Inselstaat Nauru, auf dem Australien ein Lager für etwa 300 Flüchtlinge aus Afghanistan errichtet hat, um zu verhindern, daß diese überhaupt Australien erreichen, gelang am 9. April 250 Flüchtlingen die Flucht aus dem Lager. Kurz darauf wurden allerdings alle wieder ins Lager verschleppt. (JW 11.4.02) Im Lager Port Hedland bei Perth bewaffneten sich 150 Flüchtlinge und griffen die Wärter an. Im nahegelegenen Flüchtlingslager Curtin verweigerte sich eine Gruppe von bewaffneten Flüchtlingen 5 Tag lang den Anweisungen der Wärter. Bei direkten Kämpfen zwischen Wärtern und Flüchtlingen gab es 50 Verletzte. (JW 25.4.02)

SCHWEIZ: Am 29. Januar wurde ein Flüchtling ohne legale Papiere bei einer Ratsdebatte verhaftet. Abends versammelten sich daraufhin rund 300 Antirassistinnen und Antirassisten vor dem Polizeigebäude. Die Antirassistinnen und Antirassisten drangen in das Gebäude ein, entfernten das Sicherheitsglas, durchsägten die Stäbe der Zelle von Sherif A. und schafften ihn in der Menge der Leute ins Freie, woraufhin er untertauchen konnte. Sherif A. sollte einen Tag später in das Abschiebegefängnis verlegt werden und von dort aus in die Türkei abgeschoben werden. Doch dies konnte durch diese Aktion verhindert werden. (Angehörigen Info 15.2.02)

GROSSBRITANNIEN: In Großbritannien gelang es mehreren Flüchtlingen, aus dem Abschieblager Yarl's Wood Centre zu fliehen. Etwa 20 Flüchtlinge konnten ihre Wärter überwältigen, das Lager in Brand stecken und fliehen. Mit dem Feuer konnten sie die Anlage zu einem Drittel zerstören und einen Schaden von 60 Millionen Euro hinterlassen. Die Flüchtlinge wurden bereits am Tag darauf wieder inhaftiert. (FR 16.202)

V.i.S.d.P.: A. Odenthal, Vertrieb für internationale Literatur, Brunhildstraße 5, 10829 Berlin

Beilage zum Flugblatt von Gegen die Strömung 10/2002

Roter Pressespiegel

Überblick zum Pressespiegel 3/02 (Mai bis Juni 2002)

PROLETARIER ALLER LÄNDER VEREINIGT EUCH!
PROLETARIER ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER VEREINIGT EUCH!

GEGEN DIE STRÖMUNG

Organ für den Aufbau der Revolutionären Kommunistischen Partei Deutschlands

Deutscher Imperialismus weltweit aktiv

Anfang Mai hat die Bundeswehr für sechs Monate den Oberbefehl über den Einsatz von Kriegsschiffen am Horn von Afrika übernommen. Dort sind in Kenia und Dschibuti 1400 Soldaten und 15 deutsche Kriegsschiffe stationiert. Die Stationierung vonTruppen des deutschen Imperialismus in Afghanistan, im Kosovo und in Mazedonien wurden verlängert und werden sich so der Plan des deutschen Imperialismus noch Jahre dort festsetzen. So werden z.B. für weitere sechs Monate Bundeswehrsoldaten in Afghanistan stationiert bleiben. Eigentlich wäre der Einsatz am 20. Juni beendet gewesen. Die derzeit 1160 Soldaten sollen auf 1400 aufgestockt werden. Damit stellt der deutsche Imperialismus das stärkste Kontingent innerhalb der ISAF (Internationale Schutztruppe für Afghanistan). (JW 10.5.02, 27.5.02, FR 31.5.02, FR 6.6.02)

Alltäglicher Polizeiterror

Nach 12-tägigem Koma starb Stefan N. in Köln an seinen Verletzungen. Sechs Polizisten hatten ihn brutal mit Schlägen und Pfefferspray mißhandelt und mit Fußtritten auf den Kopf getötet. (taz 17.5.02)
Wie jetzt die offiziellen Zahlen belegen, wurden 2001 in 4172 Fällen von Polizisten Schußwaffen eingesetzt, im Jahr 2000 waren es 3594 Fälle. 68 Mal wurde auf Personen geschossen, wobei 5 getötet wurden. Zynisch wertet der Bremer Innenminister Böse dies: *„Die Beamten haben erneut eindrucksvoll gezeigt, dass sie gerade auch in Extremsituationen professionell und abgewogen reagieren und entscheiden."* (JW 21.5.02)

Staatlicher Rassismus

Im Rahmen der sogenannten Anti-Terror-Gesetze müssen sich Menschen aus 22 Ländern besonderen Überprüfungen unterziehen lassen, um nach Deutschland einreisen zu dürfen. Dazu gehören unter anderem Menschen aus Ägypten, Iran, Saudi-Arabien Afghanistan, Pakistan, Nordkorea. (taz 3.06.)

Prozess gegen SS-Mörder Engel

Nach 58 Jahren steht seit dem 7. Mai der ehemalige SS-Sicherheitschef von Genua, Friedrich Engel, wegen 59fachen Mordes vor dem Hamburger Landgericht. Am 19. Mai 1944 befehligte der SS-Chef von Genua eine Erschießung von 59 Gefangenen als „Vergeltungsmaßnahme" für den erfolgreichen Anschlag antifaschistischer Partisaninnen und Partisanen auf ein Soldaten-Kino bei dem 5 Wehrmachtssoldaten getötet und 16 verletzt werden konnten. Er befehligte nicht nur das Massaker, sondern beteiligte sich auch selbst - wie Zeugenaussagen belegen. Der „Todesengel von Genua", der in Italien 1999 wegen der Ermordung von 246 italienischen Geiseln in Abwesenheit zu lebenslanger Haft verurteilt wurde, lebte unbehelligt von der deutschen Justiz in Hamburg. Erst durch den Prozeß in Italien und die Proteste der Angehörigen von Ermordeten wurde die deutsche Justiz zu Ermittlungen und den jetzigen Prozeß gezwungen. (FR 07.05.02)

Antisemitische Attacken von Möllemann und antisemitische Reaktionen

Der stellvertretende FDP-Vorsitzende Möllemann griff mit seinen antisemitischen Tiraden Michel Friedmann an und warf ihm vor, verantwortlich für den Antisemitismus in Deutschland zu sein: „Michel Friedmann (Vizepräsident des Zentralrats der Juden in Deutschland) weckt (...) den Zorn und Unmut vieler Menschen." (FR 29.05.02)
Das ganze demagogische Denkmuster „Die Juden sind selbst schuld am Antisemitismus" ist tief verwurzelt in der Geschichte der Feindschaft gegen die Juden. Ganz aktuell schwimmt der Antisemitismus auf einer Welle, die so neu nicht ist: Um den „Zionismus" soll es angeblich gehen, um den Krieg zwischen der israelischen Armee und den bewaffneten Kräften in den palästinensischen Autonomiegebieten, tönt es. Letztendlich ist es aber schlichtweg Antsemitismus. Im Internetforum von Möllemann mehrten sich sehr schnell die teils noch offeneren antisemitischen Ausfälle.
Auch Norbert Blüm blies ins gleiche Horn, als er im „stern" sagte, dass Kritik an Israel angeblich mit dem „Knüppel" Antisemitismus unterdrückt werde. (FR 9.6.02)

Auch die Nazis griffen die antisemitischen Äußerungen von Möllemann liebend gerne auf. Von der NPD, über die DVU bis hin zur Jungen Freiheit applaudierten sie Möllemann. (Jungle World 29.5.02)
So wurdem auch in den ersten drei Monaten dieses Jahres bereits offiziell 127 antisemitische Straftaten registriert. Gegen 65 Antisemiten wurde ermittelt, jedoch in lediglich einem Fall wurde Haftbefehl erlassen (taz 13.05.02) Am 19. April wurde ein jüdischer Friedhof in **Schwerin** (Mecklenburg-Vorpommern) geschändet, in der Nacht zum 27. April wurde ein jüdisches Mahnmal in **Berlin** geschändet. (Jungle World 08.05.02) In **Berlin** ist Anfang Mai das 1941 von der Gestapo geschlossene „Israelitische Krankenheim" verwüstet worden. Das Mobiliar, die elektrischen Anlagen und Scheiben wurden systematisch zerstört und unersetzbar vernichtet. (FR 13.05.02)
(Weitere Positionen in „Die erstarkende Feindschaft gegen die Juden in Deutschland bekämpfen!", Gegen die Strömung 05/2002)

Nazi-Morde an Kajrat B. und Klaus Dieter L.

Am 4. Mai wurde der aus Rußland kommende 24jährige **Kajrat B.** zusammen mit einem Freund in Wittstock (Brandenburg) von drei Nazis angegriffen. Nach mehreren Schlägen warf einer der Nazis mit voller Wucht einen großen Stein auf den am Boden liegenden Karjat B. Nach zweiwöchigem Koma starb Kajrat B. (Taz 25.05.02)

Mitte Mai wurde der 19jährige Behinderte **Klaus Dieter L.** in Neubrandenburg (Mecklenburg-Vorpommern) von zwei Nazis zu Tode getreten. „Es sah so aus, als wäre mit dem Kopf Fußball gespielt worden" sagte Oberstaatsanwalt Moser, allerdings einen nazistischen Hintergrund des Mordes leugnete er und fasselt statt dessen von „überschießender Gewaltanwendung". Bekannt ist, daß die Nazis vor der Tat ausgesagt haben, „Behinderte und Neger" seien „nicht lebenswert". (taz 14.06.02)

Streiflichter des alltäglichen Nazi-Terrors

Bundesweit fanden auch in diesem Jahr Naziaufmärsche am 1. Mai statt. In **Berlin** marschierten 700 Nazis in **Frankfurt/Main** versammelten sich 400 Nazis, 200 Nazis marschierten in **Mannheim**, 400 in **Fürth**, in **Dresden** marschierten 900 Nazis auf.

Am 26. April wurde ein aus Rußland stammender Mann in **Püchersreuth (Bayern)** von Nazis verprügelt. Am 27. April wurden in **Bremen** zwei Brandanschläge auf von Menschen aus der Türkei bewohnte Häuser verübt. Mehrere Personen erlitten Rauchvergiftungen. (Jungle World 08.05.02.) In der Nacht zum 1. Mai wurde die aus der Türkei kommende Familie Sendilmen in **Pirna (Sachsen)** von 15 Nazis attackiert. Die Polizei schritt erst nach drei Stunden ein. Die Familie ist nach sechs Jahren Nazi-Terror mittlerweile aus Pirna geflüchtet. Nach wie vor läuft gegen sie ein Gerichtsverfahren, welches u.a. von neun Nazis der mittlerweile verbotenen Skinheads Sächsische Schweiz gegen sie angestrengt wurde. In Pirna und Umgebung sind seit Mitte April 28 Jugendliche Opfer von Nazi-Angriffen geworden. (Jungle World 08.05.02, 12.06.02) In Sachsen stieg die Zahl der Nazis im Jahre 2001 offiziell auf 3300 Personen und erreichte damit einen neuen Höchststand seit 1990. (Taz 08.05.02) In **Braunschweig** überfielen Mitte Mai 30 Nazis Besucher einer Diskothek und prügelten und traten auf sie ein. (antifaschistische nachrichten 13-2002) Am 17. Mai wurde in **Freiburg** ein Brandanschlag auf eine Flüchtlingsunterkunft verübt. Zwei Bewohner wurden durch Sprünge aus dem Fenster schwer verletzt, 16 weitere erlitten eine Rauchvergiftung. In **Biesenthal (Brandenburg)** wurden mehrere Vietnamesen am 21. Mai von vier Nazis angegriffen. Währen drei Vietnamesen entkommen konnten, fiel ein weiterer den Nazis in die Hände, wurde getreten und mit einem Messer attackiert und verletzt. (Jungle

Abonniert den Pressespiegel

Faksimile aus der bürgerlichen, opportunistischen und demokratisch-antifaschistischen Presse

ca. 150 Seiten A4, 8,- EURO

Pressespiegel erscheint zweimonatlich und stellt faksimilierte Artikel nach folgenden Kategorien zusammen:

- ★ Deutscher Imperialismus nach nach Außen (militärische/politische/ökonomische) Machenschaften des deutschen Imperialismus
- ★ Deutscher Imperialismus nach Innen (Faschisierung/Militarisierung/Repression)
- ★ Kämpfe und Proteste in Deutschland
- ★ Kämpfe und Proteste international
- ★ Opportunisten

zu bestellen bei:
Buchladen Georgi Dimitroff
Speyerer Straße 23
60327 Frankfurt
Fax: 0 69 / 73 09 20

World 29.05.02) Am 25. Mai wurde ein Konzert in **Kandel** von 30 bis 40 bewaffneten Nazis überfallen. Mehrere jugendliche Konzertbesucher erlitten Verletzungen durch Schläge, Tritte und Flaschenwürfe. (antifaschistische nachrichten 14-2002) Am 1. Juni ist in **Berlin** ein Jugendlicher aus dem Iran von mehreren Nazis in einem Bus mit Fäusten und Schlagringen verprügelt worden. Dabei wurde der Jugendliche mit dem Kopf so lange gegen eine Busscheibe geschlagen, bis diese zerbrach. (taz 04.06.02) In **Magdeburg** wurde am 3. Juni ein 17jähriger aus dem Kongo von zwei Nazis verprügelt und mit einem Messer angegriffen worden. (FR 05.06.02) Am 8. Juni marschierten in **Leipzig** 2500 Nazis gegen die dort gezeigte Ausstellung über die Verbrechen der Nazi-Wehrmacht auf. Durch 4000 Polizeikräfte wurde für die Nazis ein Areal von etwa fünf Quadratkilometern abgeriegelt. (JW 10.06.02) 15 Nazis verprügelten in **Dortmund** am 14. Juni nach einer Hetzjagd durch die Innenstadt zwei Menschen aus anderen Herkunftsländern. (FR 17.06.02) In **Berlin** ist am 14. Juni eine arabische Familie von einem Nazi mit einer Metallstange angegriffen worden. Der Vater brachte den Nazi mit einem Fausthieb ins Gesicht zu Fall. (taz 18.06.02) In **Saarbrücken** griffen im 15. Juni drei Nazis ein PDS-Mitglied an einem Wahlkampfstand an und traten ihn am Boden liegend ins Gesicht und an den Oberkörper. Das Opfer mußte mit gebrochenen Rippen ins Krankenhaus, wie auch zwei Passanten, die helfend eingegriffen haben. (JW 19.06.02) Am Wochenende des 22./23. Juni griffen in **Berlin** 50 Nazis Besucher eines Blumenfestes an. (JW 24.06.02)

Antifaschistische Demonstrationen und Aktionen am 1. Mai

Auch in diesem Jahr war der 1. Mai in Deutschland geprägt von antifaschistischen Kämpfen, die sich gegen Naziaufmärsche richteten. Mehrere hundert Antifaschistinnen und Antifaschisten protestierten in **Berlin** gegen einen Aufmarsch von 700 Nazis. (Berliner Zeitung 62.05.02) In **Frankfurt/Main** wurde verhindert, daß die etwa 400 Nazis ihren Aufmarsch beginnen konnten. Bereits am frühen Morgen errichteten Antifaschistinnen und Antifaschisten auf den Zufahrtstraßen und der geplanten Nazi-Route Straßenblockaden, um den Aufmarsch der Nazis zu verhindern. (swing Nr. 114) 800 Menschen demonstrierten in **Mannheim** gegen einen Aufmarsch von 200 Nazis. Verhindert werden konnte, daß die Nazis auf dem Rathausplatz eine Kundgebung abhielten. (Mannheimer Morgen 02.05.02) In **Fürth** gelang es den 3-4000 Gegendemonstrantinnen und Gegendemonstranten nicht, einen Aufmarsch von 400 Nazis zu verhindern, da die gesamte Nazi-Route durch eine polizeiliche Sicherheitszone mit Absperrgittern und Bewachung vor Protesten geschützt wurde. (antifaschistische nachrichten. 12-2002) In **Ludwigshafen** blokkierten Antifaschistinnen und Antifaschisten den Hauptbahnhof und verhinderten so den Aufmarsch von ca. 250 Nazis durch die Innenstadt. Die Polizei sorgte dafür, daß die Nazis nach **Ludwigshafen-Mundenheim** umgeleitet wurden, wo sie für 20 Minuten, begleitet von den Protesten nachgekommener Antifaschistinnen und Antifaschisten, durch den Stadtteil zogen. In **Dresden** gelang es Antifaschistinnen und Antifaschisten, einen Aufmarsch von 900 Nazis mehrmals durch Blockaden zu stoppen. Eine Blockade von 400 Antifas zwang die Nazis dann endgültig zum Abbruch ihres Aufmarsches. In **Göttingen** gelang es den Antifaschistinnien und Antifaschisten nicht, einen Aufmarsch von 200 Nazis zu verhindern, da dieser unter dem Schutz von 3500 Polizeikräften durchgeführt wurde. (antifaschistische nachrichten 10-2002)

Anti-Nazi-Kämpfe

In **Frankfurt/Main** verhinderten am 4. Mai ca. 1000 Antifaschistinnen und Antifaschisten durch Straßenblockaden und militante Angriffe, einen Aufmarsch von 50 Nazis auf ihrer genehmigten Route. Die Nazis erhielten Unterstützung von 2000 Polizisten, die teilweise mit Schlagstöcken auf Antifaschistinnen und Antifaschisten einschlugen. (Neue Presse 06.05.02, swing Nr. 114) 500 Antifaschistinnen und Antifaschisten demonstrierten am 11. Mai in **Dorsten** gegen die Dorstener Nazis und ihre Wegbereiter. (www.no-nazis.de) Am 15. Mai protestierten 40 Menschen in **Kiel** gegen eine Veranstaltung von Burschenschaftern und Nazi-Mördern der Legion Condor. (antifaschistische nachrichten 12/2002) In **Jena** demonstrierten 100 Antifaschistinnen und Antifaschisten am 1. Juni gegen einen Aufmarsch von 120 Nazis. (FR 03.06.02) Zwei Gegendemonstrationen (Antifas und DGB) richteten sich am 15. Juni in **Karlsruhe** gegen einen Aufmarsch von 300 Nazis, der von 1100 Polizisten geschützt wurde. Den Antifaschistinnen und Antifaschisten gelang es auf Grund des massiven Polizeischutzes für die Nazis nicht, den Nazi-Aufmarsch zu verhindern, (JW 17.06.02).

Kämpfe gegen den staatlichen Rassismus und Abschiebeterror

300 Schülerinnen nud Schüler demonstrierten am 7. Mai in **Friedberg (Hessen)** vor der Ausländerbehörde für das Bleiberecht der staatenlosen Familie Zamfir, die nach Rumänien abgeschoben werden soll, (FR 08.05.02) 1000 Flüchtlinge sowie Antirassistinnen und Antirassisten protestierten am 25. Mai in **München** unter dem Motto „Stoppt die Internierungslager" gegen die geplante Internierung von sogenannten „ausreisepflichtigen" Menschen aus anderen Herkunftsländern. (taz 27.05.02) In **Köln** demonstrierten am 25. Mai Antirassistinnen und Antirassisten und forderten die Schließung des sogenannten „Ausländerzentralregisters". (JW 29.05.02), In **Essen** demonstrierten Ende Mai 1000 Menschen gegen die drohende Abschiebung von Roma-Familien nach Jugoslawien. (taz 30.05.02) 600 Roma protestierten am 5. Juni in **Bremerhaven** gegen den Plan der dort stattfindenden Innenministerkonferenz, Roma, Ashkali und Serben nach Kosova abzuschieben. Die Roma, die Protestaktionen in **Essen**, **Düsseldorf** und **Hamburg** durchführten, um gegen ihre drohende Abschiebung zu kämpfen, demonstrierten mit 400 weiteren aus Serbien und Montenegro kommenden Roma auch am 10. Juni in **Berlin** gegen die geplante Abschiebung. (FR 06.06.02, JW 11.06.02) Mehrere hundert Demonstrantinnen und Demonstranten protestierten am 5. Mai in **Berlin** vor der FDP-Zentrale gegen den Antisemitismus in der FDP und forderten die Abwahl des Antisemiten Möllemann aus dem Parteivorstand. (taz 06.06.02) Gegen einen Auftritt Möllemanns in **Hamburg** protestierten dort 200 Antifaschistinnen und Antifaschisten am 11. Juni. Der von ihnen besetzte Versammlungssaal wurde von der Polizei mit Knüppelen geräumt. Dabei wurde auch eine über 80jährige Frau, Überlebende des Holocaust und Mitglied des Auschwitz-Komitees, mit dem Knüppel geschlagen. (antifaschistische riachrichten 13-2002) Gegen Flüchtlingsinternierung und Abschiebung protestierten am 8. Juni 400 bis 500 Antirassistinnen und Antirassisten auf dem Flughafen **Frankfurt/Main**. (Asyl-Nachrichten Nr. 117) Etwa 2000 Menschen demonstrierten am 15. Juni in einem länderübergreifenden Protestmarsch gegen den Ausbau polizeilicher Kontrolle und staatlicher Überwachung. (JW 17.06.02)

Streiks der Bauarbeiterinnen und Bauarbeiter

Vom 17. bis zum 26. Juni streikten zum ersten Mal seit 1945 insgesamt 32000 Bauarbeiterinnen und Bauarbeiter auf ca. 2800 Baustellen in ganz Deutschland für bessere Arbeitsbedingungen und Lohnerhöhung. So wichtig und notwendig diese für viele Arbeiterinnen und Arbeiter ersten Kampferfahrungen seit Jahrzehnten sind, zeigt auch dieser Streik das Dilemma von Kämpfen, die unter der Kontrolle der DGB-Führung und des DGB-Apparates stehen. So äußerte sich der IG BAU Vorsitzende Wiesehügel schon zu Beginn abwiegelnd: *„Wir haben kein Interesse an einem langen Streik"*

Die Bau-Kapitalisten ließen Polizei undbezahlte Schlägertrupps aufmarschieren, um Streikbrecher auf die Baustellen zu schleusen, von denen sich allerdings auch einige, insbesondere Kollegen aus anderen Herkunftsländern, mit den Streikenden solidarisierten und sich dem Streik anschlossen. (JW 18.06.02, 19.06.02, 25.06.02)
(Weitere Informationen und Positionen zum Streik der Bauarbeiterinnen und Bauarbeiter in „Der Bauarbeiterstreik im Juni 2002, Gegen die Strömung 7/02)

Militante Kämpfe in Peru gegen erhöhte Strompreise und Massenentlassungen

Mitte Juni kam es zu mehrere Tage anhaltenden Protesten und militanten Kämpfen gegen den geplanten Verkauf von zwei Energieunternehmen. Die Proteste richteten sich in erster Linie gegen die drohende Erhöhung von Strompreisen sowie Massenentlassungen. Trotz des am 17. Juni von der peruanischen Regierung verhängten Ausnahmezustandes über die Provinz Arequipa weiteten sich die Kämpfe aus. In Arequipa, der zweitgrößten Stadt des Landes, wurden öffentliche Gebäude gestürmt. Bei Kämpfen gegen die Polizei wurde ein Student erschossen. In der 250.000 Einwohner-Stadt Tacna kämpften Tausende von Menschen gegen die drohenden Massenentlassungen und Preiserhöhungen. Sie griffen öffentliche Einrichtungen an und errichteten mit Baumstämmen und brennenden Reifen Barrikaden, um die wichtigsten Straßen zu blockieren. In Lima, der Hauptstadt des Landes, setzte die Polizei gepanzerte Fahrzeuge gegen die Kämpfenden ein. Einige Tage später wurde aufgrund der Proteste der Verkauf der beiden Firmen erst einmal gestoppt. (FR 18.06.02, 19.06.02, JW 19.06,02)

Generalstreik in Spanien

Kurz vor Beginn des EU-Gipfels in Sevilla fand am 19. Juni in Spanien ein landesweiter Generalstreik statt. Der erste Generalstreik seit 1994 richtete sich gegen beschlossene Einschnitte beim Kündigungsschutz und bei der Arbeitslosenversicherung. In Bilbao wurden von streikenden Arbeiterinnen und Arbeitern mit brennenden Barrikaden Straßensperren errichtet. In Sevilla führte der bestreikte Flughafen zur Verschiebung des EU-Gipfels, da eine Anreise über den Flughafen nicht mehr möglich war. 200.000 Menschen gingen dort auf die Straße. (JW 21.06.02)

Die Kämpfe in Argentinien gehen weiter

Am 20. Mai blockierten 10.000 verarmte und arbeitslose Argentinierinnen und Argentinier Dutzende von Straßen. Allein in La Matanza blockierten 7000 Menschen die Autobahn. (JW 22.05.02) Am 29. Mai folgte ein landesweiter Streik- und Protesttag, an dem sich zehntausende Arbeiterinnen und Arbeiter sowie Arbeitslose beteiligten. Mehr als tausend Straßen im Lande wurden blockiert und in mehreren Provinzen kam es zu militanten Kämpfen. (JW 31.05.02) Am 26. Juni erschoß die Polizei Dario Santillan (21) und Maximiliano Costeki (25), Mitglieder kämpferischer Arbeitslosengruppen, die mehrere Zufahrtstraßen blockieren wollten. Vorausgegangen war die Drohung, die weiteren Proteste brutal zu unterdrücken, und auch der Einsatz von Schusswaffen wurde offen angekündigt. Gegen diesen Polizeiterror protestierten einen Tag später mehrere tausend Menschen in Buenos Aires. (taz 28.06.02, JW 29.06.02)

V.i.S.d.P.: A. Odenthal, Vertrieb für internationale Literatur, Brunhildstraße 5, 10829 Berlin

Beilage zum Flugblatt von Gegen die Strömung 11/2002

Roter Pressespiegel

Überblick zum Pressespiegel 4/02 (Juli bis August 2002)

PROLETARIER ALLER LÄNDER VEREINIGT EUCH!
PROLETARIER ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER VEREINIGT EUCH!
GEGEN DIE STRÖMUNG
Organ für den Aufbau der Revolutionären Kommunistischen Partei Deutschlands

Deutscher Imperialismus weltweit aktiv

Der deutsche Imperialismus hat mittlerweile in vielen Ländern Truppen stationiert: u.a. in Kosovo, Mazedonien, Bosnien, Afghanistan, Kenia, Dschibouti, Kuwait und Bahrein. Während Vor- und Nachbereitungen aller militärischen Aktivitäten der Bundeswehr sind rund 50.000 Soldaten permanent durch Auslandseinsätze gebunden. (JW 26.07.02)

Faschisierung und Verschärfung nach Innen

Auch nach Innen rüstet der deutsche Imperialismus auf und treibt die Faschisierung voran. Die Ausgaben für den Bundesgrenzschutz (BGS) sollen in den nächsten 10 Jahren stetig erhöht werden, um unter anderem durch das sogenannte „Attraktivitätsprogramm 11" die Zahl der Planstellen für Polizisten „im gehobenen Dienst" von 20% auf 40% zu erhöhen. Damit soll die Zahl der Kommissare auf 12.000 steigen. (JW 04.07.2002) Der Bund Deutscher Kriminalbeamter (BDK) forderte die Registrierung der Fingerabdrücke aller in Deutschland lebenden Menschen. (FR 08.08.2002)

Auch die Zahl der abgehörten Telefonate steigt kontinuierlich, sie hat sich seit 1995 verfünffacht und die Tendenz ist steigend. Datenschützer gehen von 1,5 Millionen betroffenen Haushalten aus, von denen die meisten nichts von dem Lauschangriff wissen und auch nie erfahren werden. Denn die Abgehörten sind nur zu benachrichtigen, sobald dies „ohne Gefährdung des Untersuchungszwecks" geschehen kann, dies geschieht in der Praxis jedoch fast nie. (UZ 19.07.2002) In Griesheim wurde im Rahmen des sogenannten „Anti-Terror"-Kampf die Moschee in Griesheim von Sonderkommandos der Polizei gestürmt. (FR 18.07.02)

Deutsche Polizisten töteten drei Menschen
Am 8. Juli kam der Libanese **Abbas Atris** in **Berlin** bei einer brutalen Verhaftung durch die Polizei ums Leben. (UZ 19.07.02) Am 14. Juli tötet ein Polizist in **Hamburg** einen Menschen, als dieser eine Polizeikontrolle durchbrach und flüchtete. Angeblich löste sich ein Schuss, als der Polizist den 36-jährigen Mann festhielt. Das Opfer stürzte daraufhin zehn Meter vom Dach eines Parkhauses und starb wenig später an seinen Verletzungen. (FR 17.07.2002) Am 28. Juli tötete ein Polizist in Nordhausen einen Mann bei der Verhaftung. (taz 29.07.2002)

Abschiebeterror und staatlicher Rassismus

Die Abschiebehaft für Minderährige soll nun institutionell verankert werden. In Hamburg sollen zum 1. Oktober hin zunächst 15 Plätze für Minderjährige geschaffen werden, die ohne legale Papiere mit Abschiebung rechnen müssen. (Antifaschistische Nachrichten 16.07.02) Die an der Regierung in Hamburg beteiligte Schill-Partei fordert die Internierung von erkrankten Flüchtlingen. (FR 29.7.02)

Kämpfe der Roma gegen Antiziganismus und Abschiebeterror

Roma, die seit über 8 Wochen in Düsseldorf gegen ihre drohende Abschiebung nach dem maßgeblich vom deutschen Militarismus zerstörten Jugoslawien mittels Platzbesetzung mit Zelten kämpfen, protestieren gegen ein verschärftes antiziganistsiches Klima. Die über 700 Roma machten mit einer Karawane, die seit dem 27. April in über 15 Städten war, auf Rassismus und Diskriminierung aufmerksam (taz 13.8.02). 250 Roma demonstrierten am 5. August in Düsseldorf gegen ihre Abschiebung nach Jugoslawien. (taz 06.08.2002)
(Weitere Informationen im Flugblatt 8/02 von Gegen die Strömung: „Den Kampf der Roma aus dem ehemaligen Jugoslawien gegen den mörderischen Abschiebeterror des deutschen Imperialismus unterstützen!")

Kämpfe gegen staatlichen Rassismus und Abschiebeterror

500 Antirassistinnen und Antirassisten demonstrierten am 29. Juni in **Ingelheim** gegen das dortige Abschiebegefängnis und das sogenannte „Ausreisezentrum". (JW 1.07.2002) Gegen die rassistische „Bürgerinitiative Bornstedt" in **Potsdam** demonstrierten am 13. Juli 250 Antirassistinnen und Antirassisten. Diese sogenannte Bürgerinitiative stellt sich gegen die Verlegung von Flüchtlingen in den Potsdamer Stadtteil Bornstedt (Politische Berichte 15/2002). Am 31. Juli protestierten in **Husum** 200 Menschen gegen die Abschiebung einer pakistanischen Familie. (Politische Berichte 17/2002) Im Rahmen des diesjährigen 5. antirassistischen Grenzcamps, das am 12. Juli mit etwa 400 Antirassistinnen und Antirassisten aus dem gesamten Bundesgebiet in **Jena** begann, wurden mehrere antirassistische Aktionen durchgeführt. Bereits am 12. Juli demonstrierten 200 Menschen durch Jena. Am 15. Juli fand eine Protest-Kundgebung vor einer Flüchtlingsunterkunft statt, wo sich die Flüchtlinge mitten in einem Waldgebiet unter menschenunwürdigen Zuständen aufhalten müssen. (JW 16.07.2002, JW 22.07.2002) Am 17. August begann die Tour der „Karawane für die Rechte der Flüchtlinge und MigrantInnen" mit einer Demonstration in **Bremen** von 600 Anitrassistinnen und Antirassiten, wovon eine Vielzahl aus anderen Herkunftsländern stammte. Es ist die seit 1998 zweite Karawane durch die BRD. (JW 24.08.2002)

Verschärfungen gegen Erwerbslose

Mit einer Welle von Verschärfungen vor allem gegen Erwerbslose droht das sogenannte Harz-Papier. So soll die Beweislast umgekehrt werden, wodurch Arbeitslose gezwungen wären zu beweisen, dass eine Stelle, die sie ablehnen, wirklich unzumutbar ist. (Ein Wechsel des Wohnortes würde z.B. nicht ausreichen.) Weiterhin sollen Arbeitslose einer genaueren Datenprüfung unterliegen. Hinzukommen sogennnante Personal-Service-Agenturen (PSA). Über diese PSAs sollen Unternehmen neue Arbeiterinnen und Arbeiter suchen, kostenlos auf Probe oder gegen Entgeld leihen. Die staatliche Unterstützung von Erwerbslosen soll zudem nach und nach gekürzt werden, so dass nach 24 Monaten lediglich noch ein Sozialgeld gezahlt wird, was der heutigen Sozialhilfe entspricht. (Politische Berichte 05.07.02)

Steigender Antisemitismus in Deutschland

Nach Angaben der jüdischen Gemeinden in Deutschland nimmt der Antisemitismus nicht zuletzt durch die hetzenden Äußerungen des FDP-Politikers Möllemann wieder zu. Jüdische Gemeiden berichten von antisemitischen Schmierereien, Droh- und Schmähanrufen. Anfang Juli gröhlten 5 Antisemiten vor der Synagoge in der Berliner Rykestraße antisemitische Parolen. (FR 3.8.02, Jungle World 10.7.02) In Jülich wurde in der Nacht vom 18. auf den 19. Juni der jüdische Friedhof von Nazis mit Nazi-Symbolen beschmiert. Auch in Strasburg (Ostvorpommern) wurden im Juni 11 Grabsteine auf einem jüdischen Friedhof von Antisemiten umgestoßen. (TAZ 2.7.02) In Deutschland wurden im 2. Quartal diesen Jahres offiziell 319 antisemitische Straftaten gemeldet. (FR 30.7.02)

Nazis ermorden Ahmet S. in Sulzbach

Schon wieder ist ein Mensch, diesmal der 19-jährige **Ahmet S.** aus der Türkei, von einem Nazi ermordet worden. Er wurde am Freitag, den 9. August auf dem Volksfest in Sulzbach mit 5 Messerstichen attackiert, an denen er am Samstag morgen starb. Seit Jahren ist das Salzbrunnenfest Anzieh-

Abonniert den Pressespiegel

Faksimile aus der bürgerlichen, opportunistischen und demokratisch-antifaschistischen Presse

ca. 150 Seiten A4, ca. 8,– EURO

Pressespiegel erscheint zweimonatlich und stellt faksimilierte Artikel nach folgenden Kategorien zusammen:

★ Deutscher Imperialismus nach Außen (militärische/politische/ökonomische) Machenschaften des deutschen Imperialismus
★ Deutscher Imperialismus nach Innen (Faschisierung/Militarisierung/Repression)
★ Kämpfe und Proteste in Deutschland
★ Kämpfe und Proteste international
★ Opportunisten

zu bestellen bei:
Buchladen Georgi Dimitroff
Speyerer Straße 23
60327 Frankfurt
Fax: 0 69 / 73 09 20

ungspunkt der Nazis, darüber hinaus sind etwa 20 Nazi-Treffs im Sulzbachtal bekannt und Nazi-Übergriffe stellen absolut keine Seltenheit dar. Zu einer Mitte August von der Stadt und der türkischen Gemeinde organisierten Protestdemonstration kamen mehr als 3000 Menschen. (taz 19.8.02, FR 26.8.02)

Streiflichter des alltäglichen Nazi-Terrors

Zum 10. Jahrestag des drei Tage dauernden rassistischen Pogroms in **Rostock-Lichtenhagen** sind erneut Brandanschläge verübt worden. Sie richteten sich zum einen gegen das Büro der Arbeiterwohlfahrt im sogenannten Sonnenblumenhaus und einen in der Nähe gelegenen Asia-Shop. (taz 22.7.02) Am 6. Juli marschierten in **Magdeburg** 200 Nazis unter dem Motto „Linken Terror bekämpfen". Im Laufe des Tages wurde eine Gruppe von Jugendlichen von Nazis angegriffen. In der Nacht zum Sonntag griffen Nazis das alternative Jugendprojekt „Ulricke" an. (JW 10.7.02) In **Zittau** marschierten 100 Nazis zu einem sogenannten Gedenkmarsch auf. (taz 8.7.02) In **Lüdenscheid** wurde eine Gruppe von Menschen aus anderen Ländern von Nazis angegriffen; 2 der angegriffenen mussten ins Krankenhaus. Bezeichnenderweise nahm die Polizei neben einem Nazi auch zwei der Angegriffenen fest. (Jungle World 16.7.02) Am frühen Morgen des 14. Juli griffen 30-40 Nazis in **Forst** ein Festival des Jugend- und Kulturzentrums „Buntes Haus" mit Steinen und Flaschen an. (Antifaschistische Nachrichten 16/2002) Im Zug zwischen **Backnang und Schwäbisch Hall** attackierten Mitte August sechs Nazis einen aus Indien stammenden Mann und zündeten ihm den Bart an. (Stuttgarter Zeitung 21.8.02) Mißhandelt wurde am 18.8.02 in **Cottbus** eine Familie aus dem Iran (Jungle World 28.802), wenige Tage vorher ein Pakistani in **Frankfurt (Oder)** (taz 16.8.02), am 16.8.02 ein aus Sierra Leone geflüchteter Mann im brandenburgischen Prenzlau, der eine Woche später wieder von den Freunden der im Knast sitzenden Nazis bedroht wurde und nun einen sicheren Aufenthaltsort fordert. (FR 28.8.02) Am 13.8.02 wurden in **Freiberg** zwei Männer aus Vietnam (Jungle World 28.8.02) und am 6.8.02 ein Mann aus Cote d'Ivoire in **Halle** angegriffen und verletzt (Jungle World 14.8.02). Anfang August werden ein Mann aus Mosambik in **Ludwigsfelde** (FR 10.8.02), ein Kubaner in **Cottbus** (FR 5,8,02) und Ende Juli mehrere Brasilianer in **Berlin** und **Offenbach** von Nazis angegriffen und beleidigt (Jungle World 11.7.02). Insgesamt wurden von Januar bis Ende Juli offiziell 2264 nazistische Straftaten, davon 164 Gewalttaten registriert. (Antifaschistische Nachrichten 29.8.02)

Demonstrationen und Aktionen gegen Nazis

In **Marburg** protestierten am 6. Juli 150, und am 7. Juli 100 Antinazistinnen und Antinazisten gegen den Marktfrühschoppen, der als Forum reaktioärer und nazistsicher Burschenschaften dient. 39 Antifaschist-innen und Antifaschisten wurden festgenommen. Seit Mitte der 90er Jahre findet dieses „Fest" unter Polizeischutz statt. (FR 8.7.02) 400 Antifaschisten demonstrierten am 13. Juli in **Leipzig** gegen einen Aufmarsch von 400 Nazis, der von 2000 Polizisten geschützt wurde. (taz 15.7.02) Im westfälischen **Soest** demonstrierten 1500 Menschen am 20. Juli gegen einen Aufmarsch von 100 Nazis. (JW 22.7.02) Nachdem in der Nacht vom 19. zum 20. Juli, zehn Jahre nach dem dortigen nazistischen Pogrom, drei Nazi-Anschläge in **Rostock-Lichtenhagen** verübt wurden, demonstrierten am 21. Juli etwa 130 Antinazistinnen und Antinazisten, unter ihnen viele Flüchtlinge, gegen diesen Anschlag. (Politische Berichte 16/02) 500 Antifaschistinnen und Antifaschisten demonstrierten am 17. August gegen 2500 Nazis in **Wunsiedel**, die dort anlässlich des Todestages des Nazi-Kriegverbrechers Heß aufmarschierten. (FR 19.8.02) Ein großes Polizeiaufgebot sicherte den Aufmarsch von 60 Nazis am 24. August in **Stolberg** (Kreis Aachen) vor 80 Gegendemonstrantinnen und Gegendemonstranten (JW 26.8.02). Wahlkampfauftritte der nazistischen NPD sind massiv von Antifaschistinnen und Antifaschisten gestört worden. In **Limburg, Wetzlar und Wiesbaden** protestierten am 27. August jeweils 200-300 Antifaschistinnen und Antifaschisten gegen die NPD-Kundgebungen. In **Frankfurt/Main** demonstrierten am 28. August 400 Antifaschistinnen und Antifaschisten gegen die NPD. In **Darmstadt** versammelten sich am selben Tag 500 Menschen in der Innenstadt und verhinderten, dass die Fahrzeuge der Nazis auf den Kundgebungsplatz auffahren konnten. Insgesamt 1000 Gegendemonstrantinnen und Gegendemonstranten protestierten gegen einen NPD-Auftritt am 29. August in **Marburg und Gießen.** Nach Abschluß der Veranstaltung blockierten 70 Antifaschistinnen und Antifaschisten eine zentrale Straße in Marburg und legten den Verkehr für zweieinhalb Stunden lahm. (FR 30.8.02 / JW 30.8.02)

Mehrwöchiger Busfahrerstreik in Hessen

Im Juli und August streikten mehrere hundert Fahrerinnen und Fahrer privater Busunternehmen über 4 Wochen in Hessen. Die Streikenden, die etwa 20 bis 25 Prozent weniger verdienen als ihre Kolleginnen und Kollegen bei den städtischen Busgesellschaften, kämpften für eine deutliche Angleichung ihrer Löhne und Einhaltung des gesetzlichen Mindesturlaubs. Viele der Fahrer sind aus anderen Ländern. Bei einer Demonstration vor einer der bestreikten Firmen raste ein Abteilungsleiter der Firma mit seinem Auto in die Streikenden und verletzte drei Streikende. (JW 25. 7.02, jW 13.8.02, FR 26.7.02)

Erfolgreiche militante Bauernkämpfe in Mexiko

Seit der Vorlage von Plänen der mexikanischen Regierung für den Bau eines Großflughafens im Norden von Mexiko-Stadt am 22. Oktober 2002, protestierten die Bewohnerinnen und Bewohner von 13 Dörfern, die von diesem Projekt betroffen waren. 4375 Bäuerinnen und Bauern waren von der Enteignung bedroht. Die Vorlage der Enteignungsdekrete am 11. Juli 2002 für 5000 Hektar Land wurde von den Bäuerinnen und Bauern mit militanten Kämpfen gegen die Polizei beantwortet. Dabei wurde ein Bauer getötet und dutzende verletzt. Mehrere tausend mit Macheten bewaffnete Bäuerinnen und Bauern blockierten wichtige Kreuzungen und lieferten sich Straßenschlachten mit der Polizei. Um die Freilassung inhaftierter Bauern zu erzwingen, nahmen die kämpfenden Bauern 19 Vertreter des mexikanischen Staatsapparates als Geiseln, unter ihnen Justizbeamte und Polizisten. Rund 2000 Polizisten umstellten das Dorf, in dem sich die Bauern verbarrikadiert hatten. Die Bauern drohten zudem mit der Sprengung mehrerer Erdöl-Pipelines. Die reaktionäre mexikanische Regierung musste angesichts dieser Kämpfe nachgeben. Die inhaftierten Bauern wurden freigelassen und die Pläne für den Standort des Flughafens zurückgenommen. (JW 15.07.02, jW 16.07.02, taz 03.08.02)

Verschärfter Hungerstreik in den Gefängnissen der Türkei

Der verschärfte Hungerstreik in der Türkei gegen die Isolationsgefängnisse, der seit Mai 2002 ausschließlich von Gefangenen aus zwei Gruppen fortgesetzt wird, hat drei weitere Opfer gefordert. Am 29. Juli starb die 24jährige **Semra Basyigit** nach 368 Tagen Hungerstreik. Am zweiten Augustwochenende starb die 30jährige **Fatma Bilgin.** Am 22. August starb die 34jährige **Melek Birsen Hosver** infolge der Zwangsbehandlung im Krankenhaus. Im Kampf der revolutionären und demokratischen Gefangenen in der Türkei, der im Oktober 2000 mit einem Hungerstreik von 2000 Gefangenen seinem Anfang nahm, starben bis heute 94 Kämpferinnen und Kämpfer. (JW 02.08.02, JW 13.08.02, Angehörigen Info 30.08.02) In Deutschland ist der revolutionäre Gefangene Rainer Dittrich weiterhin im Solidaritätshungerstreik.

Kurzer Überblick über weitere internationale Kämpfe

Als Folge der Verschärfung der ökonomischen Lage wurden in Montevideo, der Hauptstadt von **Uruguay,** am 1. August 30 Geschäfte von hung-ernden Menschen gestürmt. Am darauffolgenden Tag versammelten sich hunderte von Menschen vor einem Einkaufszentrum und forderten in Sprechchören Nahrungsmittel. Mittlerweile waren 5000 Polizisten aufmarschiert, die durch die Stadt patrouillierten. Am 25. August demonstrierten 70.000 Menschen gegen die Regierung. (JW 01.08.02, jW 05.08.02, jW 27.08.02)

Nach der Erschießung zweier kämpfender Arbeitsloser am 26. Juni in **Argentinien** durch die Polizei fand bereits einen Tag später in der Hauptstadt Buenos Aires eine Demonstration von 15.000 Menschen statt, die gegen den polizeistaatlichen Terror und die Regierung protestierten. Am 3. Juli protestierten 30.000 Menschen in Buenos Aires gegen Polizeigewalt und soziales Elend. 35.000 Menschen demonstrierten wenige Tage später erneut in der Hauptstadt, im Rahmen von im ganzen Land stattfindenden Kundgebungen gegen die Politik der argentinischen Regierung. (Jungle World 03.07.02, jW 03.07.02, taz 05.07.,02, taz 11 .07.02)

In **Paraguay** demonstrierten tausende Menschen gegen die Regierung. Am 15. Juli wurden Grenzübergänge nach Brasilien und Argentinien und die wichtigsten Kreuzungen im Landesinneren blockiert. In Ciudad del Este fanden stundenlange militante Straßenkämpfe von 3000 Demonstrantinnen und Demonstranten gegen die Polizei statt. Dabei wurden mindestens zwei Demonstranten erschossen, 50 weitere verletzt und über hundert festgenommen (taz 17.07.02).

4000 Tagelöhner marschierten Anfang August in **Spanien** nach Malaga, um durch eine Blockade des dortigen Flughafens gegen die verschärften Arbeitsgesetze zu protestieren. Nur 2000 von ihnen erreichten den Flughafen, die anderen wurden bereits weit vor Malaga durch paramilitärische Einheiten der Guardia Civil abgefangen. (JW 14.08.02)

600 Nigerianerinnen besetzten in Escravos im Süden von **Nigeria** Anfang Juli einen Ölhafen und nahmen 1200 Ölarbeiter gefangen, um für ihre Foderungen gegenüber dem Chevron-Texaco-Konzern nach Arbeitsplätzen für ihre Männer und für Sozialeinrichtungen zu kämpfen. Mitte Juli besetzten mehrere hundert Frauen weitere Öl-Förderanlagen, um auf ihre ökonomische Lage aufmerksam zu machen. (FR 17.07.02; FR 19.07.02)

1500 Antirassistinnen, Antirassisten aus Europa und den USA und Flüchtlinge beteiligten sich im Juli an den Protestaktionen des internationalen Grenzcamp in Straßbourg, **Frankreich.**(JW 24.07.02, 26.07.02)

V.i.S.d.P.: A. Odenthal, Vertrieb für internationale Literatur, Brunhildstraße 5, 10829 Berlin

Beilage zum Flugblatt von Gegen die Strömung 2/2003

Roter Pressespiegel

Überblick zum Pressespiegel 5/02 (September bis Oktober 2002)

PROLETARIER ALLER LÄNDER VEREINIGT EUCH!
PROLETARIER ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER VEREINIGT EUCH!
GEGEN DIE STRÖMUNG
Organ für den Aufbau der Revolutionären Kommunistischen Partei Deutschlands

Militärische Präsenz des deutschen Imperialismus an allen Fronten

Der deutsche Imperialismus wird offiziell zum 1. März 2003 die Führung der internationalen Schutztruppe in Afghanistan zusammen mit den Niederlanden übernehmen. Damit verbunden ist eine Aufstockung der deutschen Truppen um 1300 Soldaten. Zur Zeit sind im Rahmen von „Enduring Freedom" über 1200 deutsche Soldaten im Einsatz, hauptsächlich in Afghanistan, am Horn von Afrika und in Kuwait. Auch der Einsatz der Bundeswehrtruppen in Mazedonien wurde ein weiteres Mal verlängert, diesmal bis Mitte 2003. Aber auch hier warnte Kriegsminister Struck schon mal vor, dass dies womöglich noch nicht das Ende vom Lied sei. (JW 17.10.02, FR 24.10.02)

Immer deutlichere Konkurrenz zum US-Imperialismus

In der Frage zur Haltung des Krieges gegen den Irak wird die verschärfte Rivalität des deutschen Imperialismus vor allem gegenüber dem US-Imperialismus immer deutlicher. Der SPD-Generalsekretär Müntefering sagte am 10. September, der deutsche Weg heiße nicht nur, dass der deutsche Imperialismus nicht mit Soldaten, sondern auch, dass er nicht mit Geld dabei wäre. Und auch der Vorsitzende des NATO-Militärausschusses, General Harald Kujat sagte: „Langfristig müssen die Europäer eine eigene Strategie zur Abschreckung entwickeln." Sprich, nicht nur ohne, sondern auch gegen andere imperialistische Staaten, vor allem gegen den US-Imperialismus. (taz 11.9.02)

Aufrüstung und Rüstungsexporte

Die Entwicklungskosten für den Schützenpanzer „Igel", der 2005 mit 410 Exemplaren fertig gestellt sein wird, betragen 198,3 Millionen Euro. Aus alten Beständen verkauft der deutsche Imperialismus 124 Kampfpanzer „Leopard 2" im Wert von 68 Mio. Euro nach Finnland, für 1,5 Mrd. Euro 170 Panzer desselben Typs an Griechenland und weitere 128 sowie 23 „Mig-29"-Jagdflugzeuge im Wert von 370 Mio. Euro an Polen. Die ersten Panzer erhielt Polen bereits am 16. September. (JW 13.9.02, 17.9.02, taz 17.9.02)

„Ausreisezentren" – neuer Baustein in der Abschreckungspolitik des staatlichen Rassismus

Nach Niedersachsen und Rheinland-Pfalz entsteht jetzt auch in Bayern eine sogenannte „Ausreiseeinrichtung", was nicht anderes ist als ein Abschiebelager. In dem Lager in Fürth sollen ab Ende Dezember die ersten 50 Flüchtlinge eingewiesen werden. In diesen Lagern soll die Herkunft von Menschen festgestellt werden, denen behördlich unterstellt wird, diese zu verschleiern. Sie werden kontrolliert, verhört, erhalten kein „Taschengeld" und unterliegen einer ständigen Meldepflicht, um nur einige der Druckmittel zu nennen, die sie zur angeblichen „freiwilligen Ausreise" zwingen sollen. Getreu den Worten des Bayerischen Innenministers Beckstein: Es muß ihnen verdeutlicht werden, das ein Daueraufenthalt in Deutschland nicht in Betracht komme. (FR 10.9.02, Raumzeit 17.10.02)

Revanchisten feiern sogenannten „Tag der Heimat"

300 Antifaschistinnen und Antifaschisten protestierten in Berlin gegen den sogenannten „Tag der Heimat" des „Bund der Vertriebenen" (BdV) am 31. August in Berlin. Dort stellten Sie ihre dreist revanchistischen Forderungen wie die Aufhebung der Benes-Dekrete, die Einrichtung eines „Zentrum gegen Vertreibung" in Berlin oder gar die zynische Forderung nach Entschädigung für deutsche „Zwangsarbeiter" in Osteuropa, also de facto Forderung nach Entschädigung für Nazi- und Kriegsverbrecher sowie Kollaborateure mit den Nazis, auf (Jungle World 4.9.02).

Rolle des Bertelsmann Verlag im Nazifaschismus

Eine Historiker-Komission untersuchte die Rolle des Bertelsmann Verlag im Nazifaschismus. Ergebnis der Untersuchungen war, dass Bertelsmann sich in den Dienst einer nazistischen, rassistischen und antikommunistischen Nazi-Propaganda stellte und „zum Lieferanten nazistischer Massenliteratur" wurde.. U.a. versorgte Bertelsmann die Wehrmacht mit 19 Mio. Büchern und avancierte damit zum Spitzenreiter der Produktionsstatistiken – weit vor dem Zentralverlag der NSDAP. Die Untemehmensgewinne explodierten und Bertelsmann verlagerte den Druck in die Niederlande und in das litauische Wilna, wo Jüdinnen und Juden zur Zwangsarbeit in der Druckerei gezwungen wurden. (FR 8.10.02, taz 8.10.02)

Antisemitische Wahlpropaganda

Am 17. September 2002 erreichte eine Postwurfsendung des antisemitischen FDP-Politikers Möllemann sämtliche Haushalte in Nordrhein-Westfalen. In diesem Pamphlet hetzte Möllemann, der schon seit Wochen wegen seiner antisemitischen Angriffe auffiel, unmittelbar vor der Bundestagswahl erneut gegen Israel sowie Michel Friedman. Bereits einen Tag zuvor, auf einer Wahlkampfveranstaltung in Aachen, trat Möllemann mit seinen antisemitischen Angriffen auf (FR 18.9.02).

Antisemitische Anschläge

In der Nacht vom 5. auf den 6. September verübten Nazis nahe Wittstock, im Belower Wald, einen Brandanschlag auf die „Gedenkstätte des Todesmarsches". Sie warfen Brandsätze in die Museumsräumlichkeiten und den Keller und zerstörten somit einen Großteil der Ausstellung. Außerdem brachten sie ein Hakenkreuz und SS-Schmierereien an. Dies alles geschah exakt zehn Jahre nach dem Brandanschlag auf die KZ-Gedenkstätte Sachsenhausen und wieder am Vorabend des jüdischen Neujahrsfestes. (FR 7.9.02)
Im Mecklenburg-Vorpommerschen Bützow wurde am 7. September der jüdische Friedhof geschändet. Es wurden zehn Grabsteine umgestoßen und mit einem Vorschlaghammer teilweise zerstört. Zudem wurden die Grabsteine mit Hakenkreuzen und SS-Runen besprüht. Nach Angaben des Innenministers von Mecklenburg-Vorpommem wurden im Jahr 2001 offiziell 44 antisemitische Verbrechen registriert, wobei es im ersten Halbjahr 2002 bereits 33 waren. (FR 9.9.02)

Unterdrückung und Kampf von Roma in Deutschland

Am 16. September gab Bundesinnenminister Otto Schily (SPD) hocherfreut das nun offizielle Zustandekommen eines Abkommens zwischen dem deutschen Imperialismus und Jugoslawien über die Abschiebung von sogenannten „Drittstaatenangehörigen und Staatenlosen". 80% dieser insgesamt 50.000 „Ausreisepflichtigen" sind Roma, die nach dem imperialistischen Angriffskrieg, an dem auch der deutsche Imperialismus maßgeblich beteiligt war, geflohen waren. Faktisch ist ihre Abschiebung schon seit der Innenministerkonferenz vom 6. Juni besiegelt. Der am 16. September geschlossene Vertrag dient dazu, das Abschiebeverfahren zu beschleunigen und den Ausländerbehörden die Arbeit zu vereinfachen. (JW 17.9.02) Die Protestdemonstrationen durch diverse Städte der BRD, mit der etwa 500 Roma Ende April gegen die drohenden Abschiebungen protestierten, sind im September bereits auf 700 Roma angewachsen. Ihr Protestcamp wurde auf dem Schützenplatz an den Düsseldorfer Rheinwiesen aufgebaut. Im Oktober blockierten sie etwa drei Wochen lang allmorgentlich die Vertretung Jugoslawiens in Düsseldorf. Sie führten dies konsequent fort, bis sie ein Gesprächstermin erwirkten. Am Wochenende des 31.8. besuchte die „Karawane für die Rechte der Flüchtlinge und MigrantInnen" das Protestcamp der Roma in Düsseldorf, wo beschlossen wurde, den Widerstand zu verknüpfen. (JW 3.9.02) Rund 200 Roma demonstrierten am 16. September vor dem Bundesinnenministerium gegen ihre geplante Abschiebung. (taz 17.9.02) Mit Barrikaden verhinderten am 1. Oktober etwa 20 Flüchtlingsfamilien ihre Zwangsversorgung mit Sammelverpflegung. Zu diesem Tag hatte die Stadt Köln als Abschreckungsmaßnahme die Auszahlung von Geld zur Selbstverpflegung an die Romafamilien eingestellt. (taz 2.10.02) Am 20. Oktober demonstrierten ca. 100 Antirassistinnen und Antirassisten vor dem Tagungshotel in Berlin-Neukölln, in welchem der SPD-Bundesparteitag stattfand, um gegen die akut drohende Abschiebung von etwa 300 Romafamilien aus Ex-Jugoslawien zu protestieren. Die Roma des Protestcamps wurden von der Düsseldorfer Polizei mit Drohung der sogenannten Residenzpflicht daran gehindert, sich dem Protest anzuschließen. Der Sprecher der Roma brachte die Geschehnisse auf den Punkt: „Die Politiker verhalten sich uns gegenüber wie Arschlöcher." (JW 21.10.02)

Nazi-Mord an Christa G. in Wurzen

Wie erst Anfang September bekannt wurde, ist die alkoholabhängige Rentnerin Christa G. Ende Juni von dem Nazi Patrick K. in ihrer Wohnung erstochen worden. Polizei und Staatsanwaltschaft hatten bisher gut vertuscht, dass es sich bei dem Mörder um einen bekannten Nazi handelt, und fasselten davon, dass kein sogenannter „politischer Hintergrund" zu erkennen sei. (Jungle World 37/2002, 4.9.02)

Abonniert den Pressespiegel

Faksimile aus der bürgerlichen, opportunistischen und demokratisch-antifaschistischen Presse
ca. 150 Seiten A4, ca. 6,– EURO

Pressespiegel erscheint zweimonatlich und stellt faksimilierte Artikel nach folgenden Kategorien zusammen:

- ★ Deutscher Imperialismus nach Außen (militärische/politische/ökonomische) Machenschaften des deutschen Imperialismus
- ★ Deutscher Imperialismus nach Innen (Faschisierung/Militarisierung/Repression)
- ★ Kämpfe und Proteste in Deutschland
- ★ Kämpfe und Proteste international
- ★ Opportunisten

zu bestellen bei:
Buchladen Georgi Dimitroff
Speyerer Straße 23
60327 Frankfurt
Fax: 0 69 / 73 09 20

Pogromartiger Nazi-Überfall in Allgermissen

Auf einem Schützenfest in Allgermissen wurden Flüchtlinge unter Beifallklatschen angepöbelt. Als die Flüchtlinge in Richtung ihrer Unterkunft flohen, wurden sie verfolgt und geschlagen. Nachdem die Polizei eingetroffen war, nahm sie, wie so oft, ausschließlich die Personalien der Flüchtlinge auf. Kurz darauf kehrten die Nazis zurück und schlugen mehrere Scheiben ein. Von der erneut gerufenen Polizei verlangten die Flüchtlinge jetzt eine sichere Zuflucht, was diese schlicht ablehnten. Am darauffolgenden Tag überfielen erneut 50 Rassisten mit Naziparolen und mit Eisenstangen bewaffnet die Flüchtlingsunterkunft. Sie drangen in die nicht abschließbare Unterkunft ein und versuchten die Zimmertüren aufzubrechen. Die Polizei gab an, sich nicht in der Lage gesehen zu haben, zu den um Hilfe rufenden Flüchtlingen zu gelangen. Erst nach mehr als einer Stunde verschwanden die Angreifer und die Polizei evakuierte allmählich die Flüchtlinge. (Antifaschistische Nachrichten 12.9.02)

Alltäglicher Nazi-Terror

In **Rostock** marschierten rund 100 Nazis anläßlich der erneuten Verurteilung des Nazis Roeder auf. (FR 2.9.02) Am 31. August kamen in **Ramstein** zu einem sogenannten „antiimperialistsichen Fest" der NPD rund 200 Nazis zusammen. (Antifaschistische Nachrichten 12.9.02). In **Berlin** wurde ein Mann aus Algerien im Bahnhof von Perleberg von zwei Nazis angegriffen und geschlagen. (JW 20.9.02) Vor einer Kirche in **Lendringen** (Nordrhein-Westfalen), in der sich Flüchtlinge im Kirchasyl befinden, marschierten in der Nacht Nazis auf und grölten Naziparolen. (Jungle World 40/2002, 25.9.02) Am Freitag, den 27. September griffen Nazis ein Konzert im Jugendzentrum in **Mannheim** mit Flaschen und Feuerwerkskörpern an. (Antifaschistische Nachrichten 21/2002) In der Nacht zum 28. September versuchte ein Rassist die Flüchtlingsunterkunft in **Berhausen** (Nordrhein-Westfalen) niederzubrennen. Das Feuer konnte jedoch schnell gelöscht werden. (Jungle World 42/2002, 9.10.02) Ende September verübten Nazis einen Brandanschlag auf einen deutsch-türkischen Kulturverein in **Nordenham** bei Bremerhaven und sprühten ein Hakenkreuz an die Wand. (FR 2.10.02) In **Berlin** wurde ein Mann aus Nigeria von zwei Nazis in der S-Bahn zusammengeschlagen (JW 23.10.02). Insgesamt stieg die Zahl der offiziell registrierten Nazi-Verbrechen in diesem Jahr auf über 2.600 an. Von der namenlos hohen Dunkelziffer abgesehen finden damit durchschnittlich elf nazistische Verbrechen pro Tag in Deutschland statt, dass lediglich 330 Nazis von der Polizei ermittelt, davon nur 73 festgenommen wurden und nur in 17 Fällen ein Haftbefehl erging, zeigt wieder einmal die Haltung dieses Staatsapparates zu den Nazis. (Antifaschistische Nachrichten 26.9.02)

Anti-Nazi-Kämpfe

Am 6. September, einen Tag nach dem Brandanschlag auf die Gedenkstätte im Belower Wald bei **Wittstock**, haben rund 500 Menschen gegen Nazi-Terror demonstriert. (JW 7.9.02) 250 Antifaschistinnen und Antifaschisten demonstrierten einen Tag später, am 7. September, gegen den Aufmarsch von 135 Nazis in **Leipzig**. (Antifaschistische Nachrichten 12.9.02) Ebenfalls am 7.9. protestierten 3.000 Nazigegnerinnen und Nazigegner gegen einen NPD-Aufmarsch in **Wuppertal**. Teile der Gegendemonstratinnen und Demonstranten wurden unter Schlagstockeinsatz der Polizei daran gehindert, sich in einem Demonstrationszug in Richtung der Nazis zu bewegen, um deren Aufmarsch zu blockieren. Es gab Festnahmen und Verletzte auf Seiten der Antifaschistinnen und Antifaschisten (Antifaschistische Nachrichten 12.9.02). In **Freiburg/Breisgau** beteiligten sich am 14. September ca. 10.000-15.000 Menschen an Aktionen gegen die NPD. Die 150 Nazis wurden durch eine Massenblockade des Bahnhofs am Marschieren gehindert. (Politische Berichte 27.9.02) Auch in **Potsdam** konnte an diesem Tag ein Erfolg verbucht werden: 2.000-2.500 Antinazistinnen und Antinazisten verhinderten den Aufmarsch von 80 Nazis. (Politische Berichte 27.9.02) Am 3. Oktober nahmen etwa 1.000 Menschen an den Aktionen gegen den Nazi-Aufmarsch von 180 Nazis in **Leipzig** teil. Dies war der siebte Nazi-Aufmarsch innerhalb eines Jahres in Leipzig. (taz 4.10.02) Rund 3.000 Nazigegnerinnen und Nazigegnern gelang es am 14. Oktober, den Aufmarsch von ca. 1.000 Nazis in **München** gegen die Ausstellung „Verbrechen der Wehrmacht" zu stoppen. Fast 30 Antifaschistinnen und Antifaschisten wurden festgenommen, 17 droht eine Anklage. Einem Antifaschisten wurde bei einem brutalen Polizeieinsatz an diesem Tag das Bein zertrümmert. (JW 14.10.02) Eine knappe Woche nach dem Aufmarsch, am 18. Oktober provozierten 30 Nazis erneut in **München**, mit einer Kundgebung vor dem Rathaus. Zu einer spontanen Protestaktion kamen innerhalb von zwei Stunden ca. 100 Antifaschistinnen und Antifaschisten zusammen. (JW 21.10.02) Am 19. Oktober kam es in **Neubrandenburg** zu Angriffen der Polizei gegen 100 der 500 Gegendemonstrantinnen und -demonstranten, die an diesem Tag gegen den Aufmarsch von 360 Nazis protestierten und eine Straße besetzten. 29 Antifaschistinnen und Antifaschisten wurden vorläufig festgenommen, 103 Platzverweise wurden ausgesprochen und gegen 33 wurden Strafverfahren eingeleitet. Mehrere Antifaschistinnen und Antinazisten wurden dabei verletzt. (JW 21.10.02) Eine Woche später am 26. Oktober haben rund 200 Menschen in **Suhl** gegen einen Aufmarsch von rund 100 Nazis demonstriert. (taz 28.10.02)

Aktion eines Flugpassagiers verhindert Abschiebung

Durch die Weigerung eines Flupassagiers, sich vor dem Start hinzusetzen, konnte er die geplante gewaltsame Abschiebung eines Flüchtlings nach Budapest verhindern. Auf Grund dieses Widerstandes entschloß sich der Pilot, weder den Fluggast noch den Flüchtling zu transportieren. Unter Androhung von Gewalt zwang der BGS den Fluggast auszusteigen und drohte ihm eine Schadensersatzklage wegen der gescheiterten Abschiebung an. (JW 4.9.02)

Protest in den USA gegen den Krieg im Irak

In den USA waren aus diversen Bundesstaaten über 100.000 Menschen zur größten Anti-Kriegs-Kundgebung in den USA seit denen gegen den Krieg in Vietnam nach Washington gekommen. Mit einem Marsch um das Weiße Haus endete der Protest. (taz 28.10.02)

Streik der Hafenarbeiter in den USA

Über eine Woche streikten Hafenarbeiter in 29 Häfen an der Westküste der USA. Die Kapitalisten ließen daraufhin 10.500 Arbeiterinnen und Arbeiter aussperren. Im Kampf der Streikenden geht es neben tariflichen Forderungn auch um Einführung neuer Verladetechniken und einer damit einhergehenden drohenden Entlassung. Einer der letzten großen Arbeitskämpfe richtet sich 1971 gegen neue Containerkräne. In Folge der Modernisierung sank die Zahl der Hafenarbeiterinnen und Hafenarbeiter von 100.000 auf 10.500 Kolleginnen und Kollegen aus Australien solidarisierten sich mit den Streiks in den USA. Am 7.10. ließen die Hafenkapitalisten den Streik durch den Präsidenten für mindestens 80 Tage verbieten. Im Vorfeld hatte die Regierung damit gedroht die Kriegsmarine als Streikbrecher einzusetzen. (taz 7.10.02, jW 10. 10.02)

Guerillakrieg gegen das reaktionäre Regime in Nepal

Am 9. Spetember überfielen Guerillakämpferinnen und -kämpfer einen Außenposten von Polizei und Armee in einer 300 Kilometer von der Hautstadt entfernten Ortschaft. Dabei konnten sie 40 Polizisten und 17 Soldaten töten. Ein Korrespondent einer nepalesischen Zeitung sprach von 200 Toten. Vor dem Rückzug steckten die Guerillas öffentliche Gebäude, die Symbole des unterdrückerischen Staatsapparates, in Brand. Am gleichen Tag konnten die Guerillakämpferinnen und -kämpfer einen weiteren Stützpunkt erfolgreich angreifen und 48 Polizisten töten. Mitte September legte erneut ein von der Guerilla ausgerufener Generalstreik weite Teile Nepals lahm. Bei Angriffen der Armee und Polizeieinheiten fielen aber auch viele Kämpferinnen und Kämpfer der Guerilla. Ende Oktober verübten die Guerialls mehrer Bombenanschläge in der Nähe des Königspalastes. (FR 10.9.02, JW 17.9.02, JW 26.9.02, JW 28.10.02)

Kampf der „Papierlosen" gegen die rassistische Politik des französischen Imperialismus

Nach der zwei Wochen andauernden Besetzung der Kirche St. Denis nördlich von Paris im August durch „Sans Papiers", Flüchtlinge ohne gültige Aufenthaltspapiere, kam es in der ersten Septemberwoche immer wieder zu Demonstrationen, Besetzungen und Hungerstreiks in ganz Frankreich. Den vorläufigen Höhepunkt bildeten die Demonstrationen am 7. und 8. September in Paris und anderen französischen Städten, an denen sich knapp 10.000 Flüchtlinge sowie antirassistische Unterstützerinnen und Unterstützer beteiligten, um Aufenthaltsgenehmigungen für die „Sans Papiers" zu fordern. (taz 03.09.02, Poliische Berichte 13.09.02)

Proteste und Streiks der Arbeiterinnen und Arbeiter bei Fiat in Italien

Am 9. Oktober demonstrierten 20.000 der 28.000 Einwohner zählenden Stadt Termini gegen die Schließung des Fiat-Betriebs. Die Autobahn von Palermo nach Catania sowie der Hafen wurden blockiert. Am 10. Oktober wurde in allen Betrieben des Konzerns landesweit gestreikt. Zum zweiten Mal innerhalb eines halben Jahres legte ein erfolgreicher Generalstreik am 18. Oktober erhebliche Teile des Landes lahm. Etwa eine halbe Million Menschen beteiligte sich an Kundgebungen und Demonstrationen in 120 Städten Italiens. Der Protest richtete sich gegen die drohenden Entlassungen bei Fiat, und die Verteidigung des Kündigungsschutzes sowie gegen weitere geplante wirtschaftliche und soziale Verschärfungen. (JW 9.10.02, taz 15.10.02)

Streiks und Krankenhausbesetzungen in Südkorea

Der im Juli begonnene und seit nun mehr über hundert Tagen andauernde Streik für die Zahlung der Mindestlöhne und mehr soziale Absicherung der Beschäftigten mehrerer Krankenhäuser wurde von der Krankenhausleitung und der Regierung mit massiver Repression beantwortet. Ende August feuerte die Leitung des größten Krankenhauses der Insel Cheju 108 der 115 gewerkschaftlich organisierten Streikenden, diese besetzten das Krankenhaus. Die Leitung organisierte einen privaten Wachschutz, um den Widerstand zu brechen. Es kam zu militanten Kämpfen, bei denen 20 Besetzerinnen und Besetzer zum Teil schwer verletzt wurden. Am 11. September wurden zwei Krankenhäuser in Seoul von hunderten Polizisten gestürmt und 490 Streikende festgenommen. Wöchentlich kommt es zu Protesten mit der Forderung nach Freilassung der zur Zeit noch 50 verhafteten Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter. (taz 3.9.02, 12.9.02)

Kampf der Landlosen in Argentinien

In der Region Misiones an der Grenze zu Brasilien haben im September und Oktober etwa 6.000 Familien rund 150.000 Hektar Land besetzt. Sie requirierten das brachliegende Land der Großgrundbesitzer, um sich eine Lebensgrundlage zu verschaffen und auf die ungerechte Landverteilung und die Folgen der argentinischen Wirtschaftskrise aufmerksam zu machen. (FR 28.10.02)

V.i.S.d.P.: A. Odenthal, Vertrieb für internationale Literatur, Brunhildstraße 5, 10829 Berlin

Beilage zum Flugblatt von Gegen die Strömung 4/2003

Roter Pressespiegel

Überblick zum Pressespiegel 6/02 (November bis Dezember 2002)

PROLETARIER ALLER LÄNDER VEREINIGT EUCH!
PROLETARIER ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER VEREINIGT EUCH!

GEGEN DIE STRÖMUNG

Organ für den Aufbau der Revolutionären Kommunistischen Partei Deutschlands

Deutscher Imperialismus übernimmt das Oberkommando in Afghanistan

Der deutsche Imperialismus hat gemeinsam mit den Niederlanden als deutsch-niederländisches Korps den Oberbefehl über die ISAF-Truppen in Afghanistan übernommen. Zudem wurden weitere 1000 deutsche Soldaten dort stationiert. Insgesamt befinden sich dort offiziell 2500 deutsche Soldaten. (JW 5.11.02) Kriegsminister Struck formulierte die imperialistische Perspektive am 5. Dezember. *„Die Sicherheit Deutschlands wird auch am Hindukusch verteidigt"*, gab er als Losung aus, die der Umsetzung nächster deutscher Großmachtambitionen Rechnung tragen soll. Von den aktuell 285.000 Soldaten der Bundeswehr stehen zur Zeit 65.000 zum Auslandseinsatz bereit. (FR 6.12.02, taz 21.12.02)

Deutsches Kapital im Irak

Im November 2002 fand im Irak die groß angelegte Bagdad-Messe statt. Die Teilnahme diverser deutscher Unternehmen, darunter Siemens, DaimlerChrysler, Linde und Deutz, wurde vom Bundeswirtschaftsministerium subventioniert. Die Messe bot eine hervorragende Möglichkeit, sich im zwischenimperialistischen Konkurrenzkampf um ökonomische Einflußsphären in Stellung zu bringen, die das deutsche Kapital nicht ungenutzt ließ. Der irakische Handelsminister Mohamed Mahdi Salih betonte besondere Sympathien für die Demonstrationen anläßlich des Bush-Besuches im Mai in Deutschland und fügte hinzu, daß Deutschland wieder zu den bevorzugten Handelspartnern des Irak avanciert sei. Von 2000 bis 2001, also noch vor der Lockerung der Sanktionen, gelang es deutschen Konzernen bereits, ihre Exporte in den Irak nahezu zu verdreifachen. (Jungle World 11.12.02) Im Bericht der irakischen Regierung an die UNO wurden 80 deutsche Firmen aufgeführt, die seit 1975 ihre Geschäfte mit dem reaktionären Regime im Irak gemacht hatten, viele der Geschäfte gingen bis ins Jahr 2001. Unter den 207 Firmen, die 1991 von der UNO als Zulieferer für die irakische Chemiewaffenproduktion genannt wurden, befanden sich allein 86 deutsche Firmen, die auch direkt verantwortlich sind für die Giftgasmassaker an der kurdischen Bevölkerung. (FR 17.12.02)

Linke Zeitschrift „Phase 2" beschlagnahmt

Am 6. Dezember beschlagnahmte der Zoll an der tschechisch-deutschen Grenze die gesamte Auflage der in der Tschechischen Republik gedruckten sechsten Ausgabe des linken Zeitungsprojektes „Phase 2". Am 11. Dezember entschied das Amtsgericht Wunsiedel, daß die aus dem Antifa-Spektrum stammende Zeitschrift wegen verfassungswidriger Inhalte und Steuervergehen weiterhin unter Verschluß bleibe. (taz 19.12.02)

Rassistische Razzien

In Stuttgart, Mannheim und Frankfurt/Main stürmten am 13. Dezember Hunderte Einsatzkräfte des SEK mehrere islamische Moscheen, Gebetsräume und Büros islamischer Vereine und durchsuchten diese. In voller Ausrüstung, zudem mit Schuhen, mit denen Gebetsräume nicht betreten werden dürfen, hinderten sie viele der Moscheebesucherinnen und -besucher am Beenden ihrer Gebete und verteilten mehrsprachige Informationsblätter, auf denen sie eine Personalienfeststellung unter Anwendung von Gewalt androhten. Begründung für diese rassistischen Überfälle war wieder einmal der „islamische Terrorismus", da die Moscheen angeblich als logistische Unterstützung, z.B. Beschaffung falscher Dokumenten dienen. Gefunden wurde allerdings nichts. (JW 16.12.02)

Ali A. von deutscher Polizei in den Tod getrieben

Ein 39jähriger Mann aus Mosambik starb am 17. November in einem Berliner Krankenhaus. Nach Angaben der Polizei stürzte sich Ali A. aus der siebten Etage seiner Wohnung, als ihn die Polizeibeamten in Zivil wegen mehrfachen „Schwarzfahrens" festnehmen wollten. Langjährige Freunde von Ali A. zweifeln an der Version der Polizei. Vielmehr gehen sie von einem brutalen Vorgehen der Polizei aus, welches Ali A. in den Tod getrieben hat. (taz 20.11.02)

Kämpfe gegen staatlichen Rassismus und Abschiebeterror

Am 02.11.02 fand ein bundesweiter Aktionstag gegen Abschiebung, Abschiebehaft und Abschiebelager statt, der den Auftakt zu einer bundesweiten Kampagne bildete. Anlaß sind die Repressalien gegen Flüchtlinge, die Etablierung von Abschiebelagern, die verharmlosend „Ausreisezentren" genannt werden. Die bereits bestehenden Modellprojekte sind eine neue Form der Ausgrenzung von Flüchtlingen. Die Flüchtlinge werden dort unter weitestgehendem Entzug ihrer Persönlichkeitsrechte und unter massivem behördlichem und psychologischenm Druck zur „freiwilligen" Ausreise gezwungen. Diese Repressalien treiben sie in die Illegalität. Protestaktionen gab es unter anderem in **Berlin, Düsseldorf, Ingelheim, Hamburg, Hannover, Leipzig, Nürnberg, Regensburg, Rendsburg und Tübingen.** (Politische Berichte 08.11.02)

Am 2. November protestierten 500 Roma in **Düsseldorf** gegen drohende Abschiebungen und für ein dauerhaftes Bleiberecht. (FR 4.11.02)

Am 29. November demonstrierten 300 Antirassistinnen und Antirassisten vor dem Frauenabschiebegefängnis in **Neuss** und protestierten gegen die schlechten Haftbedingungen, forderten die Schließung des Gefängnisses und ein Aufenthaltsrecht für die inhaftierten Frauen. (Taz 2.12.02)

Alltägliche antisemitische Angriffe

Anfang November mußte der Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde Berlin, Alexander Brenner, seine Rede aufgrund von antisemitischen Hetzparolen abbrechen. „Juden raus" tönte es unter anderem aus der 40köpfigen Zuhörerschaft, als die 1938 im Zuge der nazifaschistischen „Arisierung" umbenannte Straße (von Jüden- in Kinkelstraße) nun wieder ihren eigentlichen Namen erhielt – nach 17jähriger Auseinandersetzung, die zu Ungunsten der „Bürgeraktion Kinkelstraße" ausfiel. Eine Strafe brauchen die antisemitischen Hetzer indes nicht zu befürchten, die anwesende Polizei will – wie immer – nichts gehört haben. (JW 5.11.02)
Behindert von offizieller Seite wurde auch eine Gedenkveranstaltung am 9. November zum nazistischen Novemberpogrom 1938. Die Stadtverwaltung in Stuttgart schränkte die Benutzung der Lautsprecheranlage stark ein – folglich mußte der Liedermacher Erich Schmeckenbecher seine jiddischen Lieder ohne Mikrofon vortragen. (Jungle world 13.11.02)

In einer Rede im hessischen Landtag setzte Roland Koch (CDU) die Erhebung einer Vermögenssteuer für Reiche mit dem Tragen des gelben Sterns für Jüdinnen und Juden im Nazifaschismus gleich und verharmloste so den Holocaust. (FR 13.12.02)

In **Berlin** wurde Anfang November eine Gedenktafel für einen Rabbiner beschmiert und teilweise beschädigt. (JW 16.11.02) In **Leegebruch/Brandenburg** wurde ein Mahnmal, das an das Konzentrationslager Sachsenhausen erinnert, zerstört. Am 9. November, dem Jahrestag des Novemberpogroms wurden ins Gästebuch des Konzentrationslagers **Sachsenhausen** Hakenkreuze geschmiert. (JW 22.11.02) Im Landkreis **Uecker-Randow** (Mecklenburg-Vorpommern) wurden am Jahrestag des Novemberpogroms von 1938 an einem jüdischen Friedhof, an einer Brücke und an einem jüdischen Denkmal antisemitische Transparente entdeckt. (JW 12.11.02) In **Bochum** wurde in der Nacht zum 7. November eine Gedenktafel zur Erinnerung an den Standort der Synagoge in Bochum verwüstet. (taz 8.11.02) Anläßlich des Besuchs des israelischen Präsidenten marschierten in **Berlin** 100 Nazis der NPD auf. In Reinickendorf warfen Antisemiten am gleichen Tag die Scheiben eines jüdischen Ladens ein. (taz 11.12.02)

Nazis ermorden Marinus Schöberl

Am 18.11.02 wurde bekannt, daß in der Uckermark schon Mitte Juli ein brutaler Nazimord begangen wurde. Die Täter (allesamt Mitglieder der örtlichen Nazi-Szene) hielten ihr Opfer für einen Linken bzw. aufgrund seiner Kleidung für einen HipHopper und beschimpften ihn als Juden. Die drei 17- bis 23jährigen Nazis zwangen Marinus von einer Party im Dorf Potzlow zu einer stillgelegten LPG zu fahren. Dort ermordeten sie Marinus

Abonniert den Pressespiegel

Faksimile aus der bürgerlichen, opportunistischen und demokratisch-antifaschistischen Presse
ca. 150 Seiten A4, ca. 6,– EURO

Pressespiegel erscheint zweimonatlich und stellt faksimilierte Artikel nach folgenden Kategorien zusammen:

- ★ Deutscher Imperialismus nach Außen (militärische/politische/ökonomische) Machenschaften des deutschen Imperialismus
- ★ Deutscher Imperialismus nach Innen (Faschisierung/Militarisierung/Repression)
- ★ Kämpfe und Proteste in Deutschland
- ★ Kämpfe und Proteste international
- ★ Opportunisten

zu bestellen bei:
Buchladen Georgi Dimitroff
Speyerer Straße 23
60327 Frankfurt
Fax: 0 69 / 73 09 20

auf bestialische Weise. Erst Monate später, als einer der Nazis mit dem Mord prahlte, wurde die Leiche in einer Jauchegrube gefunden, und gegen die drei Nazis wurden Haftbefehle ausgestellt. Einer der drei war erst kürzlich wegen eines brutalen Angriffs auf einen aus Afrika stammenden Mann zu einer Haftstrafe verurteilt worden.
(www.inforiot.de)

Alltäglicher Nazi-Terror

Ende Oktober wurde auf eine Flüchtlingsunterkunft in **Kleinanspach** (Baden-Württemberg) ein Brandanschlag verübt. (taz 1.11.02) Bei einem Nazi-Konzert bei **Mannheim** kamen rund 400 Nazis zusammen. (FR 8.11.02) Am 17. November tauchten in **Wismar** 300 Nazi-Plakate auf. (Jungle World 27.11.02) Innerhab von 6 Wochen im Oktober und November 2002 wurden in **Baiersbronn** (Baden-Württemberg) leerstehende Hotels, die zu Flüchtlingsunterkünften umgebaut werden sollten, durch Brandanschläge beschädigt. (JW 20.11.02) Am 16. November marschierten rund 100 Nazis in **München** auf. (Antifaschistische Nachrichten 24-2002) In **Dresden** griffen 25 Nazis eine antifaschistische Infoveranstaltung zum Nazi-Treffpunkt „Cafe Thor" an. (taz 23.11.02) Am 26. November wurde ein Mann aus Afrika von einem Nazi angegriffen und schwer verletzt. (29.11.02) Am 27. November zündeten 3 Nazis in **Altdorf** (Mittelfranken) einen schlafenden Obdachlosen an und verletzten ihn lebensgefährlich. (FR 29.11.02) In **Teutschenthal** (Sachsen-Anhalt) überfielen am 30. November 30 Nazis einen Jugendclub. (taz 2.12.02) In der Nacht zum 9. Dezember schleuderten Nazis Brandsätze auf eine Flüchtlingsunterkunft in **Chemnitz.** (Jungle World Nr. 52) Ebenfalls am 9. November griffen 10 Nazis auf dem Bahnhof in **Voerde** drei Männer aus Afrika an und verletzten diese. (FR 10.12.02)

Von CDU bis PDS: Gemeinsames „Heldengedenken" mit Nazis

Bei einer Veranstaltung am 17.11.02 anläßlich des „Volkstrauertages" sprach die Oberbürgermeisterin von Halle vor mehrheitlich Nazis, die den Gertrudenfriedhof in **Halle** als Ausweichort für das verbotene „Heldengedenken" in Halbe nutzten. Sämtliche Parteien von PDS über SPD, FDP bis CDU gedachten gemeinsam mit 200 Nazis, die den Nazi-Mördern des Holocausts und des 2. Weltkrieges ihre „Ehre" erwiesen.
(Antifaschistsiche Nachrichten 05.12.02)

Antinazistische Proteste und Demonstrationen

Am 9. November demonstrierten in **Weimar** 1500 Menschen gegen einen Aufmarsch der NPD. (taz 11.11.02) Am 17. November demonstrierten im brandenburgischen **Halbe** 500 Antifaschistinnen und Antifaschisten gegen Faschismus, Krieg und einen geplanten Naziaufmarsch, der jedoch zuvor vom Bundesverfassungsgericht verboten wurde. (JW 18.11.02) 2000 Antifaschistinnen und Antifaschisten gedachten am 23. November in **Berlin** der Ermordung Silvio Meiers, der vor zehn Jahren von Nazis im Bahnhof Samariterstraße erstochen wurde. (taz 25.11.02) Am selben Tag demonstrierten in **Potsdam** 250 Menschen gegen einen NPD-Aufmarsch. Während die bürgerlichen Parteien und Organisationen weitab vom Geschehen waren, versuchten die Antifas die Nazis direkt anzugreifen, was wie so oft von einem immensen Polizeiaufgebot verhindert wurde. (Antifaschistische Nachrichten 5.12.02) Rund 1000 Menschen demonstrierten am 30. November in **München** gegen einen von dem Nazi-Führer Christian Worch angemeldeten Naziaufmarsch. Nach der antifaschistischen Kundgebung versuchten mehrere hundert Antifaschistinnen und Antifaschisten, sich den Nazis direkt in den Weg zu stellen. Sie wurden allerdings von einem Großaufgebot von 1500 Polizisten brutal daran gehindert. (JW 02.12.02) Am 30. November demonstrierten in **Potzlow** 200 Antinazistinnen und Antinazisten gegen den Nazi-Mord an Marinus Schöberl. (JW 2.12.02) Am 21. Dezember marschierten erneut Nazis durch **Potsdam.** 400 Menschen protestierten dagegen. 150 Antifas griffen den Naziaufmarsch an, bewarfen Polizei und Nazis mit Eiern. Doch auch hier räumte die Polizei den Nazis gewaltsam den Weg frei. (taz 23.12.02) In **Berlin** demonstrierten mehrere hundert Antifaschistinnen und Antifaschisten gegen einen antisemitischen Aufmarsch der NPD, der gegen den Besuch des israelischen Staatspräsidenten gerichtet war. Die Antinazistinnen und Antinazisten, jüdische wie palästinensische Demonstrantinnen und Demonstranten versuchten mehrfach, den Aufmarsch der Nazis zu stoppen. (taz 11.12.02, JW 11.12.02)

Streiflichter der Kämpfe der Werktätigen und Erwerbslosen in Deutschland

Wegen bevorstehender Entlassungen bei der Post beteiligten sich am 20. November fast alle der 18.500 Beschäftigten an bundesweiten Betriebsversammlungen. Die rund 5000 posteigenen Filialen blieben geschlossen. Am selben Tag fand in Berlin eine Demonstration von etwa 1000 Angestellten der Post statt. Die Post will 1000 ihrer 13.000 Filialen schließen und mindestens 3600 Angestellte entlassen (JW 21.11.02)

Am 5. Dezember demonstrierten rund 400 Arbeiterinnen und Arbeiter sowie Erwerbslose in Berlin gegen die repressiven Maßnahmen der sogenannten „Hartz-Kommission". (taz 6.12.02)
Am 16. Dezember traten 1000 Beschäftigte des öffentlichen Dienstes in Berlin in einen Warnstreik und forderten mehr Lohn. Städtische Kitas und der öffentliche Nahverkehr wurden kurzzeitig lahmgelegt. Auch blieben die meisten Schleusen in dieser Region geschlossen, da sich rund 300 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Wasserschifffahrt in Berlin und Brandenburg an dem Warnstreik beteiligten.(taz 17.12.02)

Um ihre Solidarität mit den Kolleginnen und Kollegen in Italien zu demonstrieren, die um den Erhalt ihrer Arbeitsplätze kämpfen, streikten am 16. Dezember etwa 2500 Arbeiterinnen und Arbeiter bei Fiat und Iveco-Magirus in Ulm. (Rote Fahne 20.12.02)

Proteste gegen die Räumung der Wagenburg Bambule und den Hamburger Senat

Seit der Räumung der Bauwagensiedlung Bambule am Montag, dem 4. November, kam es in Hamburg immer wieder zu Demonstrationen und Aktionen gegen die repressive Senatspolitik. Gegen die massiven Polizeiangriffe mit Wasserwerfern und Schlagstöcken wehrten sich die Demonstrantinnen und Demonstranten z.B. am 17. November mit Leuchtkugeln, Steinen und Barrikaden. Bisheriger Höhepunkt war eine Demonstration am 21. Dezember, zu der das Bambule-Solidaritätsbündnis aufgerufen hatte. Unter dem Motto „Die Regierung stürzen" zogen 10.000 Menschen durch Hamburg. Schon nach kurzer Zeit wurden sie von der Polizei aufgehalten und mit Schlagstökken und Wasserwerfern auseinandergetrieben. Noch den ganzen Tag lang blockierten Kleingruppen den Verkehr in der Stadt und wurden immer wieder von der Polizei eingekesselt. Die Polizei sprach von 180 sogenannten „Ingewahrsamnahmen".
(JW 05.11.02/ Politische Berichte 22.11.02 /FR 18.11.02/ jW 02.12.02/ jW 23.12.02)

Internationale Kämpfe gegen den drohenden imperialistischen Aggressionskrieg gegen den Irak

Fast weltweit fanden im November und Dezember Proteste gegen den drohenden imperialistischen Aggressionskrieg gegen den Irak statt. So demonstrierten in **Kopenhagen** etwa 20.000 Menschen, die dieses mit dem Kampf gegen die Festung Europa verbanden, im italienischen **Genua** 40.000. Mehrere Zehntausend protestierten in **Großbritannien** gegen den Angriffskrieg des britischen Imperialismus. In **Kanada, Belgien** und der **Türkei** gingen jeweils mehrere tausend Kriegsgegnerinnen und -gegner auf die Straße.

Am 1. November demonstrierten allein in den **USA** mehr als 300.000 Kriegsgegnerinnen und Kriegsgegner. In Washington waren es 200.000 Demonstrantinnen und Demonstranten, in San Francisco 75.000, in St. Paul (Minnesota) 12.000, in Seattle 5.000, in Taos (New Mexico) 2.500, um nur einige Sädte aufzuzählen. (JW 2.11.02)

Auch in **Australien** demonstrierten mehr als 18.000 Kriegsgegnerinnen und Kriegsgegner am 29. November gegen den drohenden Krieg und eine australische Beteiligung. (taz 18.11., 2.12.02, / Politische Berichte 8.11.02/ JW 2.11., 16.12.02)

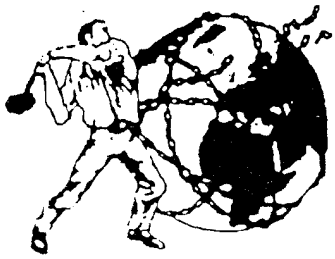
Kämpfe in Argentinien gehen weiter

In Buenos Aires forderten am 26. November 10.000 Demonstrantinnen und Demonstranten die Bestrafung von Polizisten, die für die Ermordung zweier kämpferischer Erwerbsloser vor fünf Monaten verantwortlich sind. (JW 28.11.02) Am 20. Dezember endete ein bereits am 16. Dezember begonnener Sternmarsch durch 20 argentinische Provinzen in einer Demonstration von mehr als 40.000 Erwerbslosen sowie Rentnerinnen und Rentnern in Buenos Aires. (JW 23.12.02)
Am 24. November wurde die seit 11 Monaten besetzte Textilfabrik Brukman von der Polizei gestürmt und geräumt. Dabei wurden 7 Arbeiterinnen, die zur Nachtwache geblieben waren, verhaftet. Lange hielt die polizeiliche Räumung der Brukmanschen Textilfabrik nicht an. Unterstützt von 200 Erwerbslosen sowie linken Aktivistinnen und Aktivisten konnten die Arbeiterinnen die Polizei zum Rückzug zwingen. Seit Monaten hatten die Arbeiterinnen keinen Lohn mehr erhalten und auch Strom und Gas waren nicht mehr bezahlt worden. So übernahmen die Arbeiterinnen das Werk und fordern die Enteignung der Fabrik, weshalb sie großes Ansehen in der Bevölkerung genießen. (JW 26.11.02)

Aktionen der Arbeiterinnen und Arbeiter bei FIAT in Italien gegen Massenentlassungen

Anderthalb Wochen vor der angedrohten Entlassung von 8.100 Werktätigen verstärkten die Kolleginnen und Kollegen ihre Aktionen. Am 21. November besetzten 600 Arbeiterinnen und Arbeiter eines FIAT-Werkes im norditalienischen Arese den Mailänder Flughafen Malpensa und legten für eine Stunde den Flugverkehr lahm. Auch die Arbeiterinnen und Arbeiter des Werkes in Cassino begannen einen Streik und blockierten die Zufahrten zur Autobahn Rom—Neapel. Bereits am 11. November blockierten 500 Arbeiterinnen und Arbeiter den Hafen und Flughafen in Palermo. (taz 12.11.02, taz 22.11.02)

V.i.S.d.P.: A. Odenthal, Vertrieb für internationale Literatur, Brunhildstraße 5, 10829 Berlin



Bulletin 1/01

zur Information der revolutionären, marxistisch-leninistischen Kräfte aller Länder

Auszüge und Zusammenfassungen aus den Publikationen von "Gegen die Strömung" - Organ für den Aufbau der Revolutionären Kommunistischen Partei Deutschlands: **Jan. - März 2001**

☆ Erscheint vierteljährlich auf Türkisch, Französisch, Englisch, Spanisch, Italienisch und Niederländisch ☆

Im Januar veröffentlichte „Gegen die Strömung" das Flugblatt:

Ohne auch nur einen Millimeter im Kampf gegen die Nazis zurückzuweichen – den Kampf gegen staatlichen Abschiebeterror und staatliche Faschisierung überhaupt verstärken!

Gegen den Staatsterror!

„Eine immer und immer wieder im antinazistischen Kampf gemachte Erfahrung ist: Jeder konsequente Kampf gegen die Nazis stößt sofort auf diesen Staatsapparat, der sich den Nazi-Gegnern in den Weg stellt, sie einkesselt, verhaftet und terrorisiert bis hin zur Kriminalisierung ganzer Organisationen und Zusammenhänge des Widerstands gegen die Nazifaschisten ... Es ist auch dieser umfassende und systematische Charakter des staatlichen Terrors, warum wir sagen, daß die staatliche Faschisierung heute die größte Dimension des reaktionären Terrors ausmacht und der Kampf gegen die Nazis nur Erfolg haben kann, wenn er verbunden wird mit dem Kampf gegen die staatliche Faschisierung, die sich vor allem gegen die Flüchtlinge und die demokratischen und revolutionären Kräfte richtet.

Es muß diskutiert werden, wie es gelingen kann, den Kampf gegen Nazis und staatliche Faschisierung zu einem einheitlichen demokratischen Kampf gegen den deutschen Imperialismus zu verbinden. Dafür ist es nicht nur nötig, eine klare Vorstellung von der Zusammenarbeit von Nazis und deutschem Staat zu haben, sondern es geht vor allem auch darum, das heutige Ausmaß der staatlichen Faschisierung sowie ihre Steigerungsmöglichkeiten richtig einzuschätzen. Kurz: Wir müssen unsere Feinde genau kennen, um sie wirklich effektiv bekämpfen zu können!"

■ Mörderischer staatlicher Abschiebeterror gegen Flüchtlinge

Der sich immer weiter verschärfende mörderische Nazi-Terror richtet sich vor allem auch gegen Flüchtlinge. Jedoch ist der deutsche Staatsapparat mit seinem staatlichen mörderischen Terror der ***Hauptakteur*** gegen die Flüchtlinge: durch die Politik des Visumszwangs und der Grenzaufrüstung, durch den ungesicherten, kurzfristige Aufenthaltsstatus und drohende Abschiebungen, durch Verschärfung der Sondergesetze gegen Menschen aus anderen Ländern, durch menschenunwürdige Behandlung in Containern und Massenlagern, durch brutale Mißhandlungen durch chauvinistisch verhetzte deutsche Polizisten und BGSler, durch mörderische Abschiebepraktiken, durch direkte Übergabe an die Folterer und Henker anderer reaktionärer Staaten. Weiter heißt es:

„Mit all diesen Maßnahmen und der gleichzeitig damit verbundenen chauvinistischen Hetze wird heute durch den imperialistischen deutschen Staat die 'Ausländer-raus'-Politik in gigantischem Umfang vollstreckt und zugleich ein Nährboden für den Nazi-Terror bereitet. Der staatliche Terror gegen Flüchtlinge muß im Zusammenhang der ständigen Verschärfung der staatlichen Faschisierung in den letzten Jahren gesehen werden."

■ Etappen staatlicher Faschisierung

Das Flugblatt arbeitet folgende Etappen der staatlichen Faschisierung seit Anfang der 90er Jahre heraus: Verschärfung rassistischer Sondergesetze gegen „Ausländer" und faktische Abschaffung des „Asylrechts", Verschärfung der Unterdrückung demokratischer und revolutionärer Organisationen aus anderen Ländern, Unterdrückung demokratischer, gegen seine Institutionen oder Terrorpraktiken ge-

richteten Aktionen durch staatliche Repression, Kriminalisierung des konsequenten demokratischen bzw. revolutionären Widerstands, Verbote demokratischer und revolutionären Presseorgane, Ausweitung legaler Möglichkeiten der Verfolgung und Unterdrückung demokratischer und revolutionärer Kräfte durch die Einschränkungen der Rechte Angeklagter in Strafprozessen, den „Großen Lauschangriffs" usw. und schließlich offene Hinrichtungen wie im Fall von Wolfgang Grams (einem Kämpfer der RAF) durch die Elitetruppe GSG-9 am 27. Juni 1993 oder des 15jährigen Halim Dener am 1. Juli 1994 beim Plakatieren für den Befreiungskampf des kurdischen Volkes durch einen polizeilichen Rükkenschuß. Nach dem Abschnitt *„Der Staatsapparat des deutschen Imperialismus – Instrument zur Aufrechterhaltung seiner Klassenherrschaft"* heißt es weiter:

■ Den demokratischen Kampf gegen sämtliche Formen der Ausbeutung und Unterdrückung durch den deutschen Imperialismus führen!

„...Ein großes Problem ist, daß diese wichtigen Aktionen und Kämpfe getrennt voneinander geführt werden, keine oder kaum Kontakte bestehen zwischen den Anti-Nazi-Gruppen und den demokratischen Kräften, die gegen den staatlichen Abschiebeterror, gegen staatliche Faschisierung kämpfen, geschweige denn zu den Kämpfen der fortschrittlichen Arbeiterinnen und Arbeiter in den Betrieben oder zu demokratischen Gruppen, die gegen andere Verbrechen des deutschen Imperialismus wie z. B. seine Waffenexporte kämpfen.

Die Verstärkung und Radikalisierung, ja die Verbindung dieser Kämpfe zu einem einheitlichen militanten internationalistisch-demokratischen Kampf gegen den deutschen Imperialismus und all seiner Abteilungen zusammen mit allen von den Nazis Verfolgten, mit den demokratischen und revolutionären Kräften aus anderen Ländern, die hier in Deutschland leben und arbeiten, muß gegen die Abwiegelei jeglicher opportunistischer Kräfte und im Kampf vor allem gegen den verfluchten deutschen Chauvinismus angepackt werden. Es gilt dabei geschickt und mit viel Phantasie legale mit illegalen Kampfmitteln zu verbinden."

■ Perspektive der proletarischen Revolution für den Kommunismus

„Es gehört zu den weit verbreiteten Irrtümern in verschiedenen sich als 'revolutionär-antifaschistisch' verstehenden Organisationen, daß – da ja die Wurzel des Nazifaschismus der Kapitalismus ist – der Kampf gegen die Nazis sozusagen 'spontan', 'automatisch' in den Kampf für die proletarische Revolution einmünden müsse. Die eigentliche Aufgabe, diesen Zusammenhang bewußt herzustellen, wird so 'übersprungen'. Es geht unserer Meinung nach darum, angesichts der vielfältigen Aufgaben, klar zu trennen, um verbinden zu können: die nötigen Aufgaben im demokratischen Kampf von den langfristigen, eigenständigen Aufgaben der Vorbereitung und Durchführung der sozialistischen Revolution, sowie die Arbeit für den Aufbau der Kommunistischen Partei auf illegaler Basis, durch Verbindung des legalen mit dem illegalen Kampf, von den Aufgaben im Kampf gegen Nazis und staatliche Faschisierung.

Sozialistische Revolution bedeutet vor allem, daß im Bürgerkrieg gegen die Bundeswehr und sämtliche bewaffneten Abteilungen der Bourgeoisie der gesamte bürgerliche Staatsapparat zerschlagen, die Bourgeoisie gestürzt werden muß. Nach dem Sturz der Bourgeoisie gilt es, die Diktatur des Proletariats zu errichten, um die gestürzte Bourgeoisie niederhalten zu können, die verzweifelt versuchen wird, mit allen Mitteln ihre alte Macht wieder zu erringen. Ohne revolutionäre Gewalt, ohne den Einsatz von Waffen und Gefängnissen, können die reaktionären Kräfte nicht niedergehalten und vernichtet werden. Nur auf dem Weg der Errichtung und Verstärkung der Diktatur des Proletariats kann der Sozialismus und dann der Kommunismus, die Gesellschaft ohne Ausbeutung und Unterdrückung errichtet werden!

Heute ist vor allem der Kampf um den Aufbau einer Revolutionären Kommunistischen Partei entscheidend, die die nötige Bewußtheit und Organisierung in die Arbeiterklasse hineinträgt. Denn nur so kann dort die Kraft, der Haß und die Entschlossenheit entstehen, um das gesamte verfluchte System des deutschen Imperialismus in der bewaffneten proletarischen Revolution zu vernichten."

Thema des Februar/März-Flugblatts war der Kampf der Gefangenen in der Türkei. Es enthielt einen Auszug aus der von „Spartakus- Organ für den Aufbau der marxistisch-leninistischen Partei der Türkei" und „Gegen die Strömung" gemeinsam auf Deutsch und Türkisch veröffentlichten Broschüre „Der Kampf der demokratischen und revolutionären Gefangenen in der Türkei 2000/2001 geht weiter!"

Wie der mörderische türkische Staat versucht, den Kampf der Gefangenen in Blut zu ersticken

Der Kampf der demokratischen und revolutionären Gefangenen in der Türkei geht weiter!

„Weitgehend verschwiegen von den bürgerlichen Medien wird, daß sich momentan in der Türkei mehr als 2000 demokratische und revolutionäre Gefangene an dem am 20. Oktober 2000 begonnenen Hungerstreik beteiligen, 600 von ihnen befinden sich im verschärften Hungerstreik. Am 19. Dezember 2000, dem 61. Tag ihres Hungerstreiks, hatten in den frühen Morgenstunden rund 8.500 schwerbewaffnete Soldaten zeitgleich 20 Gefängnisse gestürmt, um den Widerstand der demokratischen und revolutionären Gefangenen zu zerschlagen. Ihre Kapitulation oder Vernichtung sollte gleichzeitig ein Exempel an die fortschrittlichen Kräfte „draußen" sein. Bei diesem blutigen Massaker wurden 32 Genossinnen und Genossen ermordet, Hunderte teilweise schwer verletzt. Aber sein Ziel, die Zerschlagung des Widerstands der kämpfenden Gefangenen, hat der mörderische türkische Staat nicht erreicht.

Erst nach fünf Tagen, am 23. Dezember, gelang es den bis an die Zähne bewaffneten Schergen des türkischen Staats, zu den letzten der vom wochenlangen Hungerstreik körperlich extrem geschwächten, durch Schlafmangel ausgemerkelten, aber festentschlossenen Genossinnen und Genossen vorzudringen...

Nach dem Massaker erschien der türkische Justizminister bei seinen imperialistischen Oberherren in Berlin und danach in der BKA-Zentrale in Karlsruhe zum Rapport. Die Verstärkung der Solidarität mit den kämpfenden Gefangenen durch revolutionäre Kräfte in Deutschland ist gerade auch deshalb von Bedeutung, weil der deutsche Imperialismus einer der Hauptdrahtzieher des Terrorregimes in der Türkei, weil er für die Ermordung der 32 Genossinnen und Genossen mitverantwortlich ist."

■ *Ein von langer Hand geplantes Massaker*

Nach einer Schilderung des Kampfes der Gefangenen und des Massakers durch den türkischen Staat geht das Flugblatt auf die F-Typ-Gefängnisse im terroristischen Gefängnissystem der Türkei und den anhanltenden Widerstand der Gefangenen ein. Weiter heißt es:

■ *Wertvolle Erfahrungen aus dem heldenhaften Kampf der demokratischen und revolutionären Gefangenen*

„...Die Erfahrungen der letzten Jahre und Jahrzehnte haben gezeigt, daß die Gefängnisse in der Türkei nicht nur Schauplätze grausamster Folter sind, sondern auch Orte unzähliger Widerstandsaktionen und Kämpfe demokratischer und revolutionärer Gefangener ... Gerade die anstehende Aufgabe der Auswertung der Erfahrungen dieses letzten Kampfes ist für revolutionäre Kräfte auf der ganzen Welt sehr wertvoll im Hinblick auf zukünftige Kämpfe in den Kerkern des Imperialismus und seiner Lakeien."

Die demokratischen und revolutionären Gefangenen bereiteten sich auf den Angriff des türkischen Staates vor und entwickelten einen regelrechten Verteidigungsplan:

„- Sie beschafften sich genaue Lagepläne der Gefängnsisse, machten andere Trakte als Rückzugsmöglichkeiten ausfindig, um die Wirkung der erwartungsgemäß eingesetzten Gas- und Rauchbomben zu minimieren...

- Im Falle eines Angriffs mußte unbedingt versucht werden, zur Außenwelt Kontakt zu halten. Auch beim Rückzug in andere Trakte planten die Gefangenen die Mitnahme eines eigenen Radios oder Fernsehgeräts ein, um Informationen zum Stand der Kämpfe in anderen Gefängnisssen zu erhalten. Ebenso wichtig war es, durch das Rufen von Parolen oder revolutionären Liedern den Kontakt zu Gefangenen in anderen Trakten aufrechtzuhalten.

- Ein weiterer Bestandteil des Verteidigungsplans waren die Nachtwachen, die die übrigen Genossinnen und Genossen frühzeitig vor Angriffen warnen sollten.

- Gegen die Vergiftung durch Gasbomben stellten die Gefangenen Gasmasken aus Plastikflaschen her.

- Sie horteten Decken, die beim Angriff dann durchnäßt wurden und zumindest kurze Zeit ein Schutz gegen das Feuer der Flammenwerfer und Brandbomben bieten sollten.

- Sehr wichtig war die Beschaffung von Materialien wie Ofenkohle, Stühle, Schränke und Betten, die zum Barrikadenbau benutzt werden konnten.

- Ebenfalls von Bedeutung war die Herstellung von eigenen Waffen. So stellten die Gefangenen aus Bettgestellen Eisenstangen her, Erdgasbehälter wurden zu Flammenwerfern umfunktioniert, Pfeile und Wurfgeschosse hergestellt."

Reklame für Bulletin-Sammelmappen in verschiedenen Sprachen

NEU 150 Seiten, 10 DM

■ Der deutsche Imperialismus – einer der Haupdrahtzieher und Oberherren der herrschenden Klassen des türkischen Staates

Die Unterdrückung der revolutionären Bewegung und der kurdischen nationalen Befreiungsbewegung in der Türkei liegt ganz im Interesse des deutschen Imperialismus zur Sicherung seiner ökonomischen, politischen und militärischen Ziele. An der Ermordung der 32 Genossinnen und Genossen ist er direkt mitverantwortlich:

"- Der Kampf der Gefangenen richtete sich gerade gegen die Einführung des deutschen Exportschlagers „Stammheimer Modell". Der deutsche Imperialismus war aufgrund seiner „Erfahrungen" bei der Planung und Durchführung der F-Typ-Gefängnisse in der Türkei federführend beteiligt...

- Bei der Erstürmung der Gefängnisse und der Massakrierung der kämpfenden Gefangenen wurden Bomben, Panzer und Bagger eingesetzt, an deren Produktion auch deutsche Firmen beteiligt waren.

- Wie blutbefleckt die Hände des deutschen Imperialismus sind, zeigt das Schicksal von Ali Ishan Özkan, der bei der Erstürmung der türkischen Gefängnisse ermordet worden war. 1992 war er vom deutschen Imperialismus aus Bayern abgeschoben worden. Ein Jahr später wurde er in der türkischen Stadt Corum wegen seiner politischen Aktivitäten ... während seines Aufenthalts in Deutschland verhaftet und zwei Jahre später wegen angeblicher Unterstützung der TKP(ML) zu 12 Jahren Gefängnis verurteilt ... Als das reaktionäre türkische Regime die Gefängisse erstürmen ließ, befand sich Ali Ishan Özkan seit 61 Tagen im Hungerstreik. Er wurde am 19. Dezember im Gefängnis Bursa bei lebendigem Leib verbrannt.

Die Arbeiterinnen und Arbeiter in Deutschland, alle wirklichen demokratischen und antiimperialistischen Kräfte sind verpflichtet, den Kampf der Völker, die auf dem Staatsgebiet der Türkei ausgebeutet und unterdrückt werden, für ihre Befreiung, gegen Kompradorenbourgeoisie und Feudalherren, gegen den Weltimperialismus solidarisch zu unterstützen. Dieser Kampf richtet sich auch gegen ihren 'eigenen', den deutschen Imperialismus, der die Ausbeutung und Unterdrückung der werktätigen Massen des türkischen Staates massiv vorantreibt und mittlerweile zu einem der Hauptdrahtzieher und Oberherren der herrschenden Klassen des türkischen Staates geworden ist!"

Kontakt über:

Buchladen Georgi Dimitroff

Speyerer Str. 23, 60327 Frankfurt/M.

*Fax: +49 (0)69 73 09 20

*E-Mail: buchladen@gegendiestroemung.org

*http://www.gegendiestroemung.org

(*Die Geheimdienste aller Länder nicht unterschätzen!)

Öffnungszeiten:

Freitag 16.30-19.30 Uhr

Samstag 10.00-13.00 Uhr

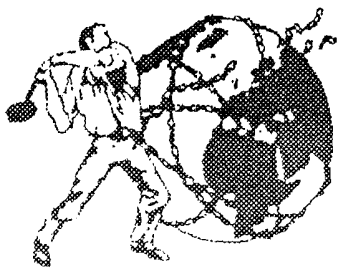
Vertrieb für Internationale Literatur

Brunhildstr. 5, 10829 Berlin

Geöffnet:

Samstag 11.00-14.00 Uhr

Drucker, Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: A. Odenthal, Vertrieb für Internationale Literatur, Brunhildstr. 5, 10829 Berlin



Bulletin 2/01

zur Information der revolutionären, marxistisch-leninistischen Kräfte aller Länder

Auszüge und Zusammenfassungen aus den Publikationen von "Gegen die Strömung" - Organ für den Aufbau der Revolutionären Kommunistischen Partei Deutschlands: **April- Juni 2001**

☆ Erscheint vierteljährlich auf Türkisch, Französisch, Englisch, Spanisch, Italienisch, Niederländisch und Russisch ☆

Das April/Mai-Flugblatt von „Gegen die Strömung" trug den Titel:

Kommunistische Arbeit in den Betrieben langfristig vorantreiben!

„Am 1. Mai, dem Kampftag der Arbeiterklasse, stellt sich seit über 150 Jahren verstärkt die Frage, ob es denn eine Alternative zum Profitsystem des Kapitalismus, zur Ausbeutung und dem Privateigentum an Fabriken und Produktionsmitteln überhaupt gibt. Das Ziel des Kommunismus wird von vielen heute als 'Utopie' verlacht. Die Möglichkeit des Sieges über das Kapital, durch die diktatorische Unterdrückung der Bourgeoisie und aller Reaktionäre durch die Mehrheit der Arbeiterinnen und Arbeiter zur Abschaffung der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen, wird als 'Hirngespinst' abgetan. Für die kommunistischen Kräfte heute ist klar, daß wirklich an diesen Zielen festzuhalten bedeutet, nicht allein die Verbrechen des kapitalistischen Systems anzuprangern und zu entlarven,nicht nur die Perspektive des Sozialismus und Kommunismus möglichst realistisch darzulegen, sondern auch einen harten, langfristigen, systematischen Kampf zu führen, um eine feste Mehrheit in den Betrieben für den Kampf um die Vorbereitung und Durchführung der sozialistsichen Revolution zu gewinnen. Der Kampf um die Gewinnung der Mehrheit in der Arbeiterklasse aber bedeutet, den Kampf für die Schaffung kommunistischer Betriebszellen systematisch und planvoll aufzunehmen und weiterzuführen."

Im Abschnitt ***„Über die Großbetriebe im System des kapitalistisch-imperialistischen Deutschland"*** wird u.a. dargelegt, daß von den ca. 5 Millionen Arbeiterinnen und Arbeiter, die das städtische Proletariat ausmachen, in Industriebetrieben mit über 1.000 Beschäftigten ca. 2 Millionen, in Großbetrieben mit über 10.000 Beschäftigten etwa 1 Million. arbeiten. Neben einem Bewußtsein über die zahlenmäßige Verteilung des Proletariats in den Betrieben gibt es jedoch weitere Kriterien für die kommunistischen Kräfte, um die Lage in den Betrieben realistisch einschätzen und bestimmen zu können, in welchen Betrieben vor allem kommunistische Betriebsarbeit geleistet, die fortgeschrittensten Kräfte des Proletariats für die Kommunistische Partei gewonnen und kommunistische Betriebszellen aufgebaut werden müssen:

„Erstens muß weiterhin bewußt sein, daß in bestimmten Großbetrieben die Ausbeutungszentralen des deutschen Finanzkapitals ihren Sitz haben. Das bedeutet, daß große Teile der Beschäftigten dieser Betriebe keineswegs Arbeiterinnen und Arbeiter sind, sondern oft bestechliche und schon bestochene Elemente, die die weltweite Ausbeutung des deutschen Finanzkapitals organisieren und koordinieren.

Zweitens sind die Kampftraditionen der jeweiligen Betriebe zu analysieren, aber auch die jeweiligen Niederlagen, vor allem aufgrund des Wirkens der Arbeiteraristokratie, der Opportunisten und der Gewerkschaftsführung außerhalb und innerhalb der Betriebe..."

Im Abschnitt ***„Grundprobleme der kommunistischen Betriebsarbeit, die eben nicht in erster Linie Gewerkschaftsarbeit ist"*** erläutert das Flugblatt einige Prinzipien und Ausgangspunkte für die kommunistische Betriebsarbeit:

„- Die besonderen Aufgaben der Arbeit unter den Arbeiterinnen und Arbeitern aus anderen Herkunftsländern müssen erkannt werden. Insbesondere gilt es, den Kampf gegen jegliche Form des deutschen Chauvinismus zu führen sowie

gegen die besonders brutale Ausbeutung der Arbeiter und Arbeiterinnen aus anderen Herkunftsländern. Dies ist eine Voraussetzung, um überhaupt eine internationalistische Kampffront der Arbeiterinnen und Arbeiter aller Länder in den Betrieben schaffen zu können.

- Kommunistische Betriebsarbeit muß in organisatorischer Hinsicht von Anfang an im Kampf gegen alle Formen des Legalismus auf illegaler Grundlage durchgeführt werden... Bei der illegalen Arbeit im Betrieb geht es darum, sich legale Stützpunkte z.B. in den Gewerkschaften zu schaffen, daß heißt, es geht darum, die illegale mit der legalen Arbeit zu verbinden...

- Die Entlarvung und der Kampf gegen alle falschen Freunde, ihre Ideologien sowie ihre betrügerischen Methoden ist ein zentraler Bestandteil kommunistischer Betriebsabeit...

- Der Kampf gegen Betriebsspitzel und Provokateure aller Art, insbesondere auch gegen Streikbrecher, ist eine eigenständige Aufgabe, die systematisch organisiert werden muß...“

Ausgewertet müssen beim Aufbau kommunistischer Betriebszellen insbesondere die ***grundlegenden Hinweise Lenins in einem Brief an einen Genossen*** über die Arbeitsteilung innerhalb einer Betriebszelle in Form von Zirkeln, die jeweils verschiedene Aufgaben erledigen und davon abhängig einen bestimmten Grad an Konspiration einhalten müssen. Weiter heißt es im gesonderten Abschnitt: ***„Was bedeutet die Losung 'Jeder Betrieb muß unsere Fesung sein!'?“***:

„Diese Losung Lenins bedeutete und bedeutet, daß die Mehrheit der Arbeiterklasse nur durch den Kampf der KP in den Betrieben überzeugt, gewonnen und organisiert werden kann ... Diese Losung bedeutet jedoch nicht, wenn es darum geht, den bewaffneten Kampf gegen die Ausbeuter zu organisiren und durchzuführen, sich militärisch defensiv in den Betrieben zu verschanzen. Dies hat vor allem auch das Beispiel von Chile 1973 überdeutlich gezeigt....

Die Verbreitung der Losung, daß die Arbeiterinnen und Arbeiter zurück in die Fabriken gehen sollten durch die Allende-Regierung und die Revisionisten der 'K'P Chiles war in diese Situation durch und durch reaktionär. Der reaktionären chilenischen Armee wurde es nicht zuletzt durch diese Parole erleichtert, die Massaker in den Fabriken Chiles durchzuführen....“

Die Begründung der kommunistischen Arbeit vor allem in den Großbetrieben ergibt sich, so das Flugblatt weiter, aus der Erkenntnis, daß das Proletariat der Totengräber des kapitalistischen Systems ist. Aber die theoretische Argumentation über die welthistorische Rolle des Proletariats steht die Realität des realen Bewußtseinsstantes der großen Mehrheit der Arbeiterinnen und Arbeiter im eigenen Land, in Deutschland gegenüber:

„... Gerade die wenigen bewußten, nur an die Tausend zählenden kommunistisch orientierten Arbeiterinnen und Arbeiter in den Großfabriken wissen sehr genau, daß opportunistische Schmeicheleien über ein angeblich heute vorherrschenden 'Klassenbewußtsein' bei der Mehrheit der Arbeiterklasse dümmliche Lügerei oder Selbstbetrug ist. Die Wahrheit ist, daß Opportunismus und deutscher Chauvinismus in breiten Teilen unter den deutschen Arbeiterinnen und Arbeitern nicht nur die Folge ideologischer Beeinflussung durch die Massenmedien des deutschen Imperialismus ist. Dieser Opportunismus und deutsche Chauvinismus wird auch sehr materiell und handfest durch reale Drohungen mit Entlassung, bei Arbeitskämpfen mit Polizeiterror, aber auch durch Bestechungen, kleine und größere Vergünstigungen verankert, wie sie sich eine imperialistische Großmacht wie Deutschland durch die Ausplünderung auch der Werktätigen anderer Länder leisten kann...“

Der aktuelle Zustand des Bewußtseins der Arbeiterklasse in Deutschland ist Ergebnis von Erfolgen, aber vor allem von einer Kette von Niederlagen der kommunistischen Aufklärung und Organisierung: der imperialistische Taumel und der sozialdemokratische Verrat zur Zeit des Ersten Weltkriegs, die Erfolge der Organisierung von über 300.000 Mitgliedern der KPD vor allem in den Betrieben zur Zeit der Weimarer Republik und vor allem die welthistorische Niederlage der deutschen Arbeiterbewegung durch den Nazifaschismus:

„Die verschiedensten Kämpfe, Erfolge und Niederlagen, haben tiefe Spuren, auch der Resignation innerhalb der Arbeiterbewegung in Deutschland hinterlassen:

- Die ersten positiven Versuche, nach 1945 erneut durch kommunistische Betriebsarbeit in Westdeutschland eine starke Kommunistische Partei aufzubauen;

- die ersten Erfolge bei der Aufklärung und

Organisierung von kommunistisch orientierten Teilen der Arbeiterklasse in der DDR. Dann aber vor allem das Zerrbild eines polizeistaatlichen Pseudosozialismus und der Verrat an den Ideen des Kommunismus, der sozialistischen Demokratie und der Idee der Diktatur des Proletariats spätestens ab 1956;

- das Verbot der KPD in der BRD und der völlige revisionistische kapitulantenhafte Niedergang der KPD bzw. SED in beiden Teilen Deutschlands.

Die Herrschaft des Kapitals ist heute weitgehend vor allem dadurch gefestigt, daß nicht zuletzt mit Hilfe des Gewerkschaftsapparates die Betriebe von kommunistischen Kräften in den letzten 50 Jahren systematisch gesäubert wurden. Diese Säuberungen konnten relativ leicht durchgeführt werden, weil die kommunistischen Kräfte darauf nicht genügend vorbereitet waren. Dies hat seine Ursache auch darin, daß das revisionistische Gift sich schon seit den 50er Jahren in der Arbeiterbewegung immer weiter ausbreiten konnte..."

Abschließend heißt es im Flugblatt:

„Die Kenntnis der realen Lage und des realen Bewußtseinsstands der Arbeiterklasse ist für diesen Kampf unerläßlich. Die Auswertung der kommunistischen Betriebsarbeit im Kampf gegen Reformismus, Legalismus und Resignation sind Grundvoraussetzungen.

Die kommunistisch organisierten Kräfte müssen systematisch Kader in die Großbetriebe von besonderer Bedeutung schicken, entlassene Kader durch neue ersetzen, mit großer Vorsicht in den bestehenden Gewerkschaftsorganisationen arbeiten. Gleichzeitig müssen sie auch im demokratischen Kampf gegen Nazis und Faschisierung des deutschen Staates lernen, Kontakte herzustellen, vor allem kommunistische Propaganda zu betreiben und in konkreten Kämpfen Freund und Feind besser zu unterscheiden, eine leitende Rolle einzunehmen und vor allem nicht zu resignieren.

Für diese Arbeit sind kommunistische Grundlagen und Prinzipien, der Aufbau der Kommunistischen Partei das allerwichtigste."

☆ ☆ ☆

Im Juni veröffentlichte „Gegen die Strömung" das Flugblatt:

1. Mai 2001 in Deutschland:

Die Erfahrungen der Kämpfe gegen die Nazi-Banden auswerten!

„Am 1.Mai 2001 versuchten die Nazis wie schon letztes Jahr bundesweit Aufmärsche zu organisieren und durchzuführen. Eine besondere Provokation war es, daß nach ihrem Aufmarsch am 7. April 2001 in Frankfurt/Main dieses Jahr dort auch am 1. Mai eine Demonstration von den Nazis angemeldet wurde. Das Ziel der Nazis war es, erstmals seit 1978 in Frankfurt/Main einen Nazi-Aufmarsch durchzuführen, als Signal ihrer weiter gewachsenen Stärke, denn Frankfurt/Main gilt bei den Nazis als 'letzte Bastion der Linken', als 'Ausländerhochburg'. Tatsächlich konnten mehrere hundert Nazis unter Polizeischutz ihre von der deutschen Justiz erlaubten Nazi-Kundgebungen durchführen, ja das Nazi-Pack konnte in mehreren Städten unter dem Schutz der deutschen Polizei seine Aufmärsche teilweise wie geplant durchführen. In mehreren Städten wurden von der deutschen Polizei ganze Stadtviertel abgeriegelt, damit das Nazi-Pack seine Aufmärsche möglichst ungestört durchführen konnte. Insgesamt marschierten über 3000 Nazis bundesweit. Inzwischen hat das Bundesverfassungsgericht grundsätzlich die Erlaubnis für Nazi-Propangandaveranstaltungen per höchstrichterlichem Beschluß abgesegnet. Doch das ist nur eine Seite der Sache.

Es gelang Gegnerinnen und Gegnern der Nazis in mehreren Städten, Nazi-Aufmärsche durch die Straßen zu verhindern bzw. behindern durch Demonstrationen und Blockaden und - wie in Frankfurt - auch durch militanten Kampf gegen Nazis und Polizei. Die Auswertung dieser Kampferfahrungen zeigt, daß ein verstärkter, auch militant geführter Kampf gegen die Nazis unmöglich ist, ohne daß wir unseren Feind genau kennen - denn nur so können wir ihn wirklich bekämpfen -, ohne daß klar ist, daß die Polizei und

Justiz als Schutzmacht der Nazis auftreten. Das reicht jedoch nicht aus. Es ist ebenso notwendig, das Zusammen- und Verwirrspiel zwischen Justiz, Polizei und bürgerlichen Medien sowie die diversen Abwiegeleien und Ablenkungsmanöver der Opportunisten wie z.B. der DGB-Bürokraten und diverser opportunistischer Organisationen zu entlarven und zu durchschauen."

Das Flugblatt behandelt folgende Themen:

■ ***Wiederstand gegen die Nazi-Aufmärsche am 1. Mai 2001***

■ ***Wer sind die Nazis? Die braune Saat geht auf...***

- „Deutsche Zustände": Tagtäglicher Nazi-Terror, tagtägliche Nazi-Verbrechen, tagtägliche Nazi-Propaganda

- Zur Entwicklung der Nazi-Bewegung in Deutschland seit 1945

Thema des Flugblatt sind außerdem der anhaltende ***Kampf der demokratischen und revolutionären Gefangenen in den Gefängnissen des reaktionären türkischen Staates*** sowie eine thesenartige Kritik am ***kapitulantenhaften Aufruf zum „Antifakongreß" verschiedener antifaschistischer Gruppen vom April 2001,*** in dem behauptet wird, der Kampf gegen die Nazis sei nunmehr „Staatslinie" geworden. Abschließend behandelt das Flugblatt den Themenkomplex:

■ ***Aufgaben und Perspektiven im Kampf gegen die Nazis, gegen die staatliche Faschisierung und gegen den deutschen Imperialismus überhaupt***

- Argumentieren, wo möglich; Zuschlagen, wo nötig!

- Gegen die Vertuschung: Alle Naziverbrechen anprangern!

- Den Kampf gegen die Nazi-Ideologie nicht unterschätzen!

- Der Abwiegelei und der Verwirrung entgegentreten!

- Zur Rolle der antinazistischen Militanz

- Den Kampf gegen den staatlichen Terror nicht unterschätzen!

- Den Nazifaschismus mit seiner Wurzel auszurotten heißt, das imperialistische System des Kapitalismus vernichten!

„...Der deutsche Imperialismus herrscht heute wie vor hundert Jahren, seine ungebrochene Tradition beinhaltet die Verbrechen, die von deutschem Boden in diesem Jahrhundert ausgegangen sind. Sie wurden immer wieder möglich durch das Wirken der deutschen Ideologie, die in alle Lebensbereiche eingedrungen war und ist, gerade auch in den Reihen der Werktätigen, der Ausgebeuteten.

Wer konsequent gegen die Nazis kämpfen will, radikal, d.h. an die Wurzel gehen, der muß auch den deutschen Imperialismus selbst, seine kapitalistische Grundlage, seine Ideologie bekämpfen.

Es gilt daher für uns Kommunistinnen und Kommunisten, den Kampf gegen staatliche Faschisierung und gegen Nazi-Banden und -Parteien ein- und unterzuordnen dem Kampf zur Vorbereitung und Durchführung der sozialistischen Revolution, zum Sturz dieser imperialistischen Gesellschaftsordnung, für die revolutionären Diktatur des Proletariats, die die gestürzte Bourgeoisie, die Nazis und sämtliche Reaktionäre unterdrükken muß, denn nur dann kann wirklch der Weg zu einer neuen Gesellschaft beschritten werden, der Weg zum Sozialismus und Kommunismus. Nur auf diesem Weg wird es möglich sein, die Gefahr einer erneuten Errichtung einer nazifaschistischen Diktatur in Deutschland zu bannen, denn der Träger der nazifaschstischen Gefahr ist der deutsche Imperialismus."

Kontakt über:

Buchladen Georgi Dimitroff

Speyerer Str. 23, D-60327 Frankfurt/M.

***Fax: +49 (0)69/ 73 09 20**

***E-Mail: buchladen@gegendiestroemung.org**

***http://www.gegendiestroemung.org**

(*Die Geheimdienste aller Länder nicht unterschätzen!)

Öffnungszeiten:

Freitag 16.30-19.30 Uhr

Samstag 10.00-13.00 Uhr

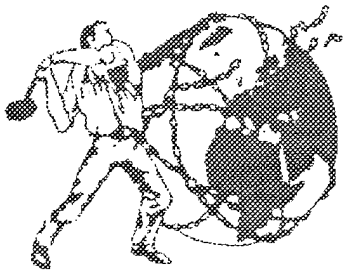
Vertrieb für Internationale Literatur

Brunhildstr. 5, D-10829 Berlin

Geöffnet:

Samstag 11.00-14.00 Uhr

Drucker, Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: A. Odenthal, Vertrieb für Internationale Literatur, Brunhildstr. 5, 10829 Berlin



Bulletin 3/01

zur Information der revolutionären, marxistisch-leninistischen Kräfte aller Länder

Auszüge und Zusammenfassungen aus den Publikationen von "Gegen die Strömung" - Organ für den Aufbau der Revolutionären Kommunistischen Partei Deutschlands: **Juli - Sept. 2001**

☆ Erscheint vierteljährlich auf Türkisch, Französisch, Englisch, Spanisch, Italienisch, Niederländisch und Russisch ☆

Das Juli/August-Flugblatt von "Gegen die Strömung" trug den Titel:

Ein Beitrag zur Klassenanalyse in Deutschland

Revolutionäre Perspektiven auf dem Land?

Einleitend heißt es u.a. im Flugblatt

„... Da der Aufbau des Sozialismus und dann des Kommunismus unmöglich ist ohne Sturz der Bourgeoisisie, ohne Zerschlagung des bürgerlichen Staatsapparats im Bürgerkrieg, ohne Errichtung der Diktatur des Proletariats über alle Reaktionäre, müssen sich die kommunistischen Kräfte gerade auch in einem imperialistischen Land wie Deutschland darüber im klaren sein, daß dieser Bürgerkrieg nicht gewonnen, die Diktatur des Proletariats nicht errichtet werden kann, ***ohne daß sich bestimmte Schichten auf dem Land zumindest neutral verhalten, ohne Sympathie, ja Unterstützung von Teilen der ausgebeuteten Werktätigen auf dem Land*** *zu gewinnen.*

Um Freund und Feind auf dem Lande unterscheiden zu können, gilt es die Arbeits- und Lebensverhältnisse, die Klassenverhältnisse auf dem Land genau zu kennen..."

I. Fünf Gründe, warum es keine Vorbereitung auf den Sieg der sozialistischen Revolution geben kann, ohne sich mit der Lage und den Aufgaben auf dem Land auseinanderzusetzen

*„**Erstens:** Wer wirklich für die Zerschlagung des deutschen Imperialismus in der proletarischen Revolution, für den radikalen Bruch mit allen ausbeuterischen Verhältnissen kämpfen will, muß sich für die Frage interessieren, welche Auswirkungen dieses radikale Brechen auf die Lebensverhältnisse international und auch hier hat...*

Zweitens:** Die komplizierte Lage der Werktätigen auf dem Land steht auch im engen Zusammenhang mit dem* ***Gegensatz zwischen Stadt und Land *...*

Drittens:** ... Die Kommunistische Partei darf die Masse der Werktätigen und Ausgebeuteten auf dem Land* ***nicht der Dominanz der imperialistischen Bourgeoisie und der Reaktion *überhaupt* ***überlassen****...*

Viertens:** Auch wenn weitgehend anerkannt wird, daß die kapitalistische Gesellschaft in Klassen zerfällt, insbesondere in die Klasse des Proletariats und die Klasse der Bourgeoisie, wird doch allzu oft die Tatsache übersehen, daß auch ein Teil des Proletariats unmittelbar mit dem Land verbunden ist, daß nämlich* ***das Proletariat auf dem Land durch das Landproletariat vertreten *ist...*

Fünftens:** Nicht zuletzt geht es überhaupt um die Bedeutung der ausgebeuteten und werktätigen Massen, die in der* ***Landwirtschaft *tätig sind. ... Besonders in Zeiten des Bürgerkriegs, aber auch in Zeiten des krisenhaften Zusammenbruchs der Produktions- und Verteilungsmechanismen des Kapitalismus, wie z. B. in und direkt nach dem Ersten oder Zweiten Weltkrieg, wird schlagartig deutlich, inwiefern die Landwirtschaft auch heute noch eine grundlegende Basis der gesellschaftlichen Reproduktion ist und daß die Frage des Bündnisses des städtischen und industriellen Proletariats mit der Mehrheit der Landbevölkerung eine überragende Bedeutung hat ... Deshalb ist es zentral, daß das Land unbedingt zur Bastion der proletarischen Revolution werden muß, denn wenn das Land Stützpunkt der Bourgeoisie bleibt, wenn in den Städten der bewaffnete Aufstand begonnen hat, kann ein Sieg nicht von Dauer sein, weil es der Konterrevolution gelingen wird, die Masse der Werktätigen und Ausgebeuteten des Landes gegen die Stadt zu mobilisieren..."*

II. Aspekte zur Klassenanalyse auf dem Land

Zunächst betont das Flugblatt, daß zum einen die Klassenanalyse nicht einfach durch kritische Auswertung statistischer Daten erfolgen kann, sondern auch die historischen ***Erfahrungen*** in Deutschland wie international einbeziehen muß. Zum anderen kann nicht nur durch die Analyse entschieden werden, wer sich auf die Seite der Revolution stellen wird. Die Feststellung der klassenmäßigen Lage ist dafür nur der Rahmen.

Unverrückbarer Ausgangspunkt der Klassenanalyse auf dem Land ist, daß der entscheidende Klassenantagonismus der kapitalistisch-imperialistischen Gesellschaft in Deutschland auch auf dem Land ausschlaggebend ist. Im folgenden beschreibt das Flugblatt detalliert erste Ausgangspunkte, Aspekte und auch zahlenmäßige Angaben zur Klassenanalyse auf dem Land:

*„Das **Landproletariat.** ...Laut offizieller bürgerlicher Statistik gab es 1999 in Deutschland annähernd eine halbe Million ... Landarbeiterinnen und Landarbeiter sowie andere Lohnarbeiterinnen und Lohnarbeiter in der Landwirtschaft. Von den ca. 500.000 agrarischen Lohnarbeitskräften waren laut Statistik 1999 ... ca. 300.000 Saisonarbeiterinnen und Saisonarbeiter. Völlig unberücksichtigt bleibt in den offiziellen Zahlen aber so oder so die hohe Zahl der „illegal" beschäftigten Landarbeiterinnen und Landarbeiter aus anderen Herkunftsländern. Die **Lage** der Landarbeiterinnen und Landarbeiter ist schlechter, die Bedingungen ihres Kampfes sind schwieriger als bei den Industriearbeiterinnen und -arbeitern. Der durchschnittliche Brutto-Stundenlohn eines Landarbeiters lag 1998 auf dem Gebiet des ehemaligen Westdeutschlands mit 20 DM bzw. auf dem Gebiet der ehemaligen DDR mit ca. 14 DM um ca. 30% unter dem eines männlichen Industriearbeiters ... Weit niedriger noch sind die Löhne der vor allem aus anderen Herkunftsländern, insbesondere aus Polen, kommenden Saisonarbeiterinnen und Saisonarbeiter...*

*Das **Halbproletariat** und die **Kleinbauernschaft.** Die Entwicklung der letzten Jahrzehnte hat in beschleunigtem Maß zum Ruin hunderttausender kleinbäuerlicher Betriebe geführt ... Waren es Anfang der 90er Jahren knapp über 40%, so sind 1999 bereits über 60% der bäuerlichen Betriebe Nebenerwerbswirtschaften.*

Dabei ist es durchaus auch in den Reihen des städtischen Proletariats nötig, bewußt zu machen, daß die Lebensbedingungen dieses Teils der ländlichen Bevölkerung oft extrem schlecht sind. Arbeitszeiten von 12, 14 und mehr Stunden am Tag sind gang und gäbe. Den Hauptteil der Arbeit am Hof machen dabei oft die Frau und die Kinder, d.h. die Nebenerwerbslandwirtschaft ist auch eine wichtige Form der zusätzlichen Knechtung und Ausbeutung der Frauen sowie der Ausbeutung von Kindern. Offiziellen Berechnungen zufolge hatten 1999 über 60% der Nebenerwerbsbetriebe aus ihrer landwirtschaftlichen Arbeit ein Jahreseinkommen von weniger als 5.000 DM..."

III. Grundsätzliches zu den Aufgaben und Perspektiven des Klassenkampfes, der Vorbereitung der sozialistischen Revolution auf dem Land

Das städtische Industrieproletariat ist der führende Kern des Proletariats. Das städtische Proletariat und das Landproletariat verwirklichen die Hegemonie des Proletariats

„...Das Landproletariat besitzt wie auch das städtische Proletariat keine Produktionsmittel, wird ausgebeutet und unterdrückt, ist Teil der Arbeiterklasse und daher auf dem Land mit Abstand die revolutionärste Kraft. Es ist ein entscheidender Hebel, um die Verbindung zwischen den Masse der Werktätigen und Ausgebeuteten auf dem Land und dem städtischen Proletariat herzustellen und zu festigen, die Hegemonie des Proletariats auf dem Land zu verwirklichen.

Es darf aber auch nicht übersehen werden, daß das Landproletariat andere Lebens- und Produktionsbedingungen als das städtische Industrieproletariat hat und bestimmte Besonderheiten aufweist. Es ist weniger konzentriert, es herrscht eine größere Zersplitterung als im städtischen Industrieproletariat vor, z.B. durch die weit verbreitete Saison- und Tagelöhnerarbeit. Es ist besonderen Formen der reaktionären Ideologie der deutschen Bourgeoisie ausgesetzt, wie z.B. der reaktionären Propaganda von einer angeblichen „Dorfgemeinschaft"..., es ist in Teilen mit einer Form pseudofamiliärer, einer Art patriarchalischer Atmosphäre zur Vertuschung der Ausbeutung und der Ankettung an den Betrieb des kapitalistischen Großbauern konfrontiert, die das Ausbeutungsverhältnis verschärfen und undurchschaubarer machen, als es in den industriellen Großbetrieben der Stadt der Fall ist. Das Land-

proletariat ist der sogenannten „Apathie des Landlebens" ausgesetzt, eine Atmosphäre, die insgesamt auf allen Gebieten besonders reaktionär ist, weil auf dem Dorf in viel größerem Maße nicht über den eigenen Tellerrand geschaut wird, weil das Dorfleben selbst von bürgerlich-demokratischen kulturellen Ideen und Einrichtungen weitestgehend abgeschnitten ist.

... Insbesondere gilt es für die kommunistischen Kräfte, durch Hinwendung und Schaffung von vielfältigen Verbindungen des Landproletariats zum städtischen Proletariat, das Landproletariat für die Ideen des Kommunismus zu gewinnen, bei gleichzeitigem Kampf gegen die auch in Teilen des städtischen Proletariats vorhandene Mentalität einer „städtischen Arroganz" gegenüber dem Land.

Dieser Kampf wird erleichtert durch die Tatsache, daß gerade in einem hochindustrialisierten Land wie Deutschland riesige landwirtschaftliche Betriebe, die mit modernsten industriellen Methoden und Produktionsmitteln arbeiten, in immer größerem Umfang entstehen, wodurch sich die Bedingungen großer Teile des Landproletariats mehr und mehr den Bedingungen des städtischen industriellen Proletariats annähern und dadurch größere und bessere objektive Möglichkeiten existieren, auf dem Land feste kommunistische Stützpunkte zu schaffen."

Die Masse der Werktätigen und Ausgebeuteten auf dem Land sind die nächsten Bündnispartner des Proletariats

„.... Einerseits sind die große Masse der Bauernschaft Werktätige und Ausgebeutete, andererseits auch Produktionsmittelbesitzer (Land, Maschinen) und eng verbunden mit der durch Kleinproduktion zersplitterten Einzelwirtschaft. Anders als im Proletariat ist die Möglichkeit, sich im Kampf eng zusammenzuschließen auch wesentlich erschwert durch die klassenmäßige Spaltung und Schichtung der Bauernschaft. Große Teile der Bäuerinnen und Bauern sind daher eben nicht voll und ganz und nur ausgebeutete Werktätige. Sie haben durch ihren Produktionsmittelbesitz schon heute oder aber in Zukunft Möglichkeiten, beim Verkauf ihrer Produkte als Waren auf dem Markt als Händler und in bestimmten Situationen teilweise auch als Spekulant aufzutreten...

*Im **Halbproletariat** bestehen die günstigsten Möglichkeiten, es als Bündnispartner zu gewinnen.... Auch die **Kleinbauern** haben aufgrund der Tatsache, daß sie selbst keine fremde Arbeitskraft ausbeuten, eine ganze Fülle von konkreten Vorteilen von der proletarischen Revolution ... Allerdings existieren hier größere Schwankungen und Probleme als beim Halbproletariat...Eine gesonderte Stellung nehmen die **Mittelbauern** ein, die Werktätige sind, die aber als Eigentümer oder Pächter von Land einen Überschuß erwirtschaften können und oftmals saisonweise Landarbeiterinnen und Landarbeiter ausbeuten. Sie sind kein verläßlicher Bündnispartner des Proletariats, weil sie aufgrund ihrer Klassenlage schwanken zwischen der Dorfbourgeoisie, den reichen Bäuerinnen und Bauern, denen sie nacheifern, und der Dorfarmut, deren Lage sie gut kennen, vor der sie Angst haben und deshalb mit aller Kraft verhindern wollen, daß sie selbst in diese Lage geraten. Deshalb überwiegt bei der Mittelbauernschaft die Weltanschauung und Stimmung der Eigentümer, deshalb muß das Proletariat versuchen, die große Mehrheit dieser Schicht im revolutionären Kampf zum Sturz der Bourgeoisie zu **neutralisieren...***

In die Tageskämpfe auf dem Land, die gegen die Verschlechterung der Lage geführt werden, muß eingegriffen werden, die gerechte Seite dieser Kämpfe muß die Kommunistische Partei unterstützen, und die negativen, reaktionären Seiten, wie die oftmals führende Rolle der Großbauern in solchen Kämpfen, müssen schonungslos aufgezeigt und ohne faule Kompromisse bekämpft werden. Es gilt, eine gemeinsame Kampffront zwischen dem städtischen Proletariat und zwischen der Masse der werktätigen und ausgebeuteten Bäuerinnen und Bauern in Deutschland einerseits und dem Proletariat aller Länder andererseits zu organisieren, sowie mit den unterdrückten Völkern, insbesondere mit dem antiimperialistischen Kampf der Masse der Bäuerinnen und Bauern in vom Imperialismus abhängigen Ländern. Es gilt vor allem, die Einheit der werktätigen und ausgebeuteten Massen in Stadt und Land – ohne und gegen alle falschen Freunde – für die Zerschlagung des imperialistischen Staatsapparates und den Sturz der Bourgeoisie zu schaffen, durch systematische Propaganda für die sozialistische Revolution, die Notwendigkeit der Diktatur des Proletariats und die Perspektive des Aufbaus des Sozialismus und Kommunismus."

Das Flugblatt enthält außerdem den gesonderten Abschnitt ***„Hungerstreik der demokratischen und revolutionären efangenen in der Türkei seit über 270 Tagen!"***

Am 8. September veröffentlichte "Gegen die Strömung" folgende Stellungnahme:

Die militanten Kämpfe in Genua gegen die weltweite imperialistische Ausbeutung und Unterdrückung waren gerecht!

I. ...In der breiten Front des Kampfs gegen die Treffen der politischen Repräsentantinnen und Repräsentanten der imperialistischen Großmächte, der „G8-Staaten", unterstützen wir vor allem die zielklarsten militanten Genossinnen und Genossen! Die Hetze der bürgerlichen Politiker und der bürgerlichen Medien gegen die militanten Genossinnen und Genossen und ihr gleichzeitig geheucheltes Verständnis für die „berechtigten Anliegen" der „guten", „friedlichen" Demonstrantinnen und Demonstranten zeigen, dass die „Herrschenden dieser Welt" vor allem Angst vor einer stärker werdenden und militanten Massenbewegung haben, die gegen ihre brutale und gewaltsame, weltweite Ausbeutung und Unterdrückung den militanten Kampf aufnimmt...

*II. Bei der **Diskussion über die Ereignisse in Genua** und über die an den Kämpfen teilnehmenden Gruppen zeigt sich auch für die Vorbereitung der kommenden Kämpfe gegen die „G8-Treffen", dass wir unser Augenmerk auch auf ideologisch-politische Fragen im Kampf gegen die Offensive der imperialistischen Großmächte und gegen den Kapitalismus überhaupt richten müssen ...*

*Heute werden in allen Ländern die **Unterdrückungsfunktionen der Staatsapparate ausgebaut** und noch vorhandene Rechte der ausgebeuteten und werktätigen Massen abgebaut ... In dieser Hinsicht bedeutet die immer deutlicher und offensichtlicher werdende Unterordnung der Staatsapparate unter die kapitalistischen Monopole – vor allem auch der Polizei – im Prozeß der Faschisierung in Wirklichkeit **keine Schwächung** der Rolle des Staats, sondern eine **Verstärkung** seiner Unterdrücker- und Ausbeuterfunktionen. Genua ist dafür ein „schlagendes" Beispiel...*

*Bei der Entlarvung und dem Kampf gegen die Vorbereitung neuer großer zwischenimperialistischer Kriege muss vor allem die Vorstellung der Möglichkeit und die damit verbundene **Ideologie eines angeblichen „Ultraimperialismus ohne Widersprüche und Kriege" unter dem Schlagwort „Globalisierung"** angeprangert und konkret sowie prinzipiell bekämpft werden. In diesem Kampf gilt es deutlich zu machen, dass alle neuen Erscheinungsformen des Weltimperialismus, seit seiner Entstehung vor 100 Jahren nicht nur nichts an der grundlegenden Analyse des Imperialismus durch Lenin ändern, sondern darüber hinaus auch nur zu verstehen und einzuordnen, zu analysieren und zu bekämpfen sind, wenn von Lenins Charakterisierung des Imperialismus ausgegangen wird...*

*III. Unsere besondere Aufmerksamkeit richtet sich dabei auf **den „eigenen", den deutschen Imperialismus,** der zunehmend den US-Imperialismus, den englischen und den französischen Imperialismus herausfordert, seine gerade auch militärische Rolle vergrößert – innerhalb Europas und in allen Regionen der Welt ... Der deutsche Imperialismus ist eine besonders aggressive imperialistische Großmacht, ein internationaler Ausbeuter und Unterdrücker der Völker der Welt, ein eigenständiger Kriegsherd, der lokale Raubkriege und einen Weltkrieg vorbereitet im Kampf um die Neuaufteilung der imperialistischen Einflußsphären, im Kampf um die Weltherrschaft gegen die anderen imperialistischen Großmächte. Nach Innen treibt der deutsche Imperialismus die Faschisierung des Staatsapparats ständig voran.*

Im ideologischen Kampf gegen Abwiegler, Pazifisten, revisionistische und trotzkistische Kapitulanten und Demagogen müssen die kommunistischen Kräfte die revolutionäre Linie im Kampf gegen den Imperialismus propagieren, und dabei die Entlarvung reaktionärer Kapitulanten und Demagogen in richtiger Weise mit der helfenden und solidarischen Kritik ehrlicher, demokratisch und revolutionär orientierter Kräfte verbinden."

Kontakt über:

Buchladen Georgi Dimitroff

Speyerer Str. 23, D-60327 Frankfurt/M.

***Fax: +49 (0)69/ 73 09 20**

***E-Mail: buchladen@gegendiestroemung.org**

***http://www.gegendiestroemung.org**

(*Die Geheimdienste aller Länder nicht unterschätzen!)

Öffnungszeiten:

Freitag 16.30-19.30 Uhr

Samstag 10.00-13.00 Uhr

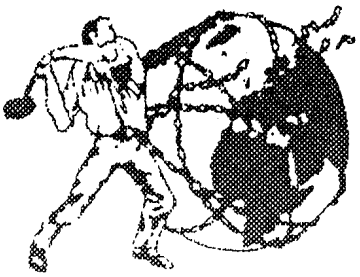
Vertrieb für Internationale Literatur

Brunhildstr. 5, D-10829 Berlin

Geöffnet:

Samstag 11.00-14.00 Uhr

Drucker, Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: A. Odenthal, Vertrieb für Internationale Literatur, Brunhildstr. 5, 10829 Berlin



Bulletin 4/01

zur Information der revolutionären, marxistisch-leninistischen Kräfte aller Länder

Auszüge und Zusammenfassungen aus den Publikationen von „Gegen die Strömung" – Organ für den Aufbau der Revolutionären Kommunistischen Partei Deutschlands: **Okt. - Dez. 2001**

Erscheint vierteljährlich auf Englisch, Französisch, Italienisch, Niederländisch, Russisch, Spanisch und Türkisch

Das Flugblatt Oktober/November setzt sich innerhalb von insgesamt 16 Thesen mit der Kriegspoltik des deutschen Imperialismus gegen Afganistan auseinander. Da bei einer Zusammenfassung der Thesen die Gefahr besteht, dass der Inhalt durch die Verkürzung entstellt wird werden die Thesen in voller Länge abgedruckt.

Das Oktober/November -Flugblatt von „Gegen die Strömung" trug den Titel:

Angesichts der amerikanisch-britischen Bombardierung Afganistans und des Beschlusses des Deutschen Bundestags zum Kriegseinsatz der Bundeswehr in und um Afganistan:

Kampf gegen die Kriegspolitik des deutschen Imperialismus!

„Nach wochenlangem militaristischem Propagandagetrommel haben die deutschen Imperialisten offiziell den internationalen Kriegseinsatz der Bundeswehr beschlossen und begonnen. Der deutsche Kriegsminister wurde „ermächtigt", mit Tausenden deutschen Soldaten weit über das „NATO-Gebiet" hinaus in allen möglichen Teilen der Welt Krieg zu führen, von Teilen Asiens bis zur arabischen Halbinsel und Nord-OstAfrika sowie den angrenzenden Seegebieten. Das ist in der Tat ein seit 1945 beispielloser Akt, zugleich aber nur ein weiterer Schritt auf dem seit Jahrzehnten verfolgten Weg des deutschen Imperialismus, Militarismus und Revanchismus, im nunmehr dritten Anlauf seine weltweiten imperialistischen Ziel durchzusetzen. Dabei ist unsere Position eindeutig: Obwohl die imperialistische Aggression im Moment noch hauptsächlich vom US-Imperialismus und vom englischen Imperialismus durchgeführt wird, gilt es, politisch und ideologisch als kommunistische Kraft in Deutschland vor allem den „eigenen", den deutschen Imperialismus zu bekämpfen".

Der Kriegseinsatz der Bundeswehr steht nicht nur unter dem Zeichen einer barbarischen militärischen Offensive gegen Afghanistan, sondern auch einer politischen und psychologischen Offensive, um Gegner des Krieges gegen Afghanistan zu isolieren, zu desorientieren, zu verwirren und in die Enge zu treiben.

Kampf um ideologische und politische Klarheit ist unerläßlich, um diesem Druck nicht früher oder später nach-zugeben, um wirklich mit aller Kraft den Kampf gegen die imperialistische Kriegspolitik und Kriegstreiberei zu entfalten. Im folgenden sollten thesenartig Grundpositionen zum Kampf gegen die Kriegspolitik des deutschen Imperialismus dargelegt werden:

I. Die imperialistische Aggression gegen Afghanistan bekämpfen! Den deutschen Imperialismus als eigenständigen Kriegsherd entlarven und bekämpfen!

1. Mörderischer imperialistischer Krieg gegen Afghanistan

Die unter dem Vorwand der Anschläge in New York und Washington unternommenen Angriffe der US-amerikanischen und englischen Militärmaschinerie gegen Afghanistan sind Kriegsverbrechen und durch nichts zu rechtfertigen. Es ist dies ein weiteres Kapitel in der weltweiten Geschichte der Verbrechen des US-Imperialismus seit 1945.

2. Expansionismus und Machtdemonstration des US-Imperialismus

Die am 7. Oktober 2001 begonnene Militäraggression gegen Afghanistan ist vor allem ein Krieg der US-amerikanischen und britischen Imperialisten; er wird geführt zur Sicherung und Ausweitung von deren politischen, ökonomischen und strategischen Interessen. Konkret ist der US-Imperialismus, aber auch der englische Imperialismus militärisch auf dem Vormarsch.

Aber auch die anderen Imperialisten vertreten in Afghanistan und in der umliegenden Region ihre ureigenen Interessen des Profits und der Macht. In den Ländern Zentralasiens ist ein verschärfter Konkurrenzkampf um Einflußgebiete, Rohstoffquellen, Transportwege und Märkte entbrannt, zwischen der geschwächten imperialistischen Macht Rußland und den anderen imperialistmperialistischen Großmächten, die auch untereinander rivalisieren.

*Zugleich stellt diese große und langfristig angelegte Militäraktion indirekt auch **eine gewaltige Drohung gegen alle heutigen und vor allem gegen zukünftige mächtige revolutionäre Kräfte der Welt dar.***

Die unverhüllte ***Machtdemonstration*** *und* ***Expansion*** *des US-Imperialismus in Mittel- und Westasien, einem der strategisch wichtigsten Gebiete in der Rivalität* ***aller*** *imperialistischen Großmächte, zeigt in krasser Weise, wie über eine Reihe von begrenzten militärischen Provokationen und lokale Kriege* ***die Gefahr eines neuen Weltkriegs wächst.***

3. Beteiligung des deutschen Imperialismus

Der deutsche Imperialismus, der seine eigenen Interessen in den Vordergrund stellt, ist von Anfang an ***an diesem barbarischen Krieg gegen Afghanistan beteiligt.***

4. Besondere Aggressivität des deutschen Imperialismus

Der besondere Eifer, mit dem die Sachwalter des deutschen Imperialismus ihre Kriegsvorbereitungen durchführen und sich für einen direkten Kampfeinsatz in Afghanistan und in anderen Ländern stark machen, zeigt die ***zunehmende Aggressivität*** *des deutschen Imperialismus. Vor allem mit dem imperialistischen Angriffskrieg gegen Jugoslawien im Jahr 1999 hat er vor aller Welt demonstriert, daß er längst als* ***eigenständiger Kriegsherd****, als* ***imperialistische Großmacht mit besonderer Aggressivität*** *wiedererstanden und dazu in der Lage ist, seine Ansprüche auch mit Waffengewalt zu behaupten. Mit Hilfe der Salamitaktik, der schrittweisen Realisierung und Verschärfung von Kriegsprojekten, und einer geschickten Verschleierungstaktik eskalieren die deutschen Imperialisten ihre Kriegspolitik, und dies mit weltweiten imperialistischen Ansprüchen und Zielen.*

5. Eigenständige imperialistische Großmachtinteressen Deutschlands

Mit dem „Ermächtigungsbeschluß" des Deutschen Bundestags vom 16. 11, 01 für den weltweiten Kampfeinsatz der Bundeswehr ist eine neue Etappe der militärischen Eskalation erreicht. 3.900 Soldaten verschiedener Abteilungen der Bundeswehr sollen in den nächsten 12 Monaten –vorläufig!- im sogenannten „Krieg gegen den Terror" zum Einsatz kommen. Damit verfolgen die deutschen Imperialisten mehrere naheliegende und auch längerfristige Ziele:

Erstens: *Mit den lautstarken Erklärungen, daß nunmehr für Deutschland endgültig die* „Nach-Kriegszeit" *abgeschlossen sei, wird darauf gepocht, daß das „souveräne" Deutschland nun endlich auch „gleichberechtigt" auf militärischem Gebiet mitzumischen habe, ob jetzt in Afghanistan oder demnächst anderswo auf der Welt.*

Zweitens: *Auf Dauer lassen sich die imperialistischen Interessen des deutschen Monopolkapitals tatsächlich nicht allein mit dem „Scheckbuch" durchsetzen, sondern deren Durchsetzung und Sicherung erfordert militärische Mittel. Es sind die eigenständigen räuberischen Großmachtinteressen des deutschen Imperialismus, welche die Bundeswehr weltweit durchsetzen soll. Darauf wurde und wird die Bundeswehr ausgerichtet.*

Drittens *geht es um die zunehmende Gewöhnung der Bevölkerung an direkte Kriegseinsätze sowie um das Training der eigenen Armee und des Waffeneinsatzes im „Ernstfall". Es geht um die Vorbereitung lokaler, eigenständig geführter Kriege des deutschen Imperialismus, die sich gegen imperialistische Rivalen sowie gegen Befreiungskämpfe der Völker in allen Teilen der Welt richten, und um die langfristige Vorbereitung weltweiter imperialistischer Kriege zur Neuaufteilung der Welt gegen die anderen imperialistischen Großmächte.*

6. Doppeltaktik des deutschen Imperialismus: Allianz und Rivalität

Heute betonen die Sachwalter des deutschen Imperialismus in erster Linie die Allianz, die Waffenbrüderschaft und Zusammenarbeit mit den übrigen imperialistischen Großmächten, vor allem mit dem US-Imperialismus. Aber auf der Grundlage der eigenständigen Interessen des deutschen Imperialismus wird bereits das sich verschärfende Moment der Rivalität sichtbar, wie zum Beispiel beim sich andeutenden und offenbar in Planung befindlichen Krieg gegen den Irak.

7. Doppeltaktik des deutschen Imperialismus: „Friedliche" Diplomatie und offene Kriegspolitik

Einerseits forciert der deutsche Imperialismus seine „friedlichen" Machenschaften, intensiviert er seine geheime und offene Diplomatie in Westasien, insbesondere gegenüber Rußland, verstärkt er seine guten Beziehungen zu allen Ländern - zu den Regierungen wie zu den Oppositionsbewegungen- treibt er die Abhängigkeit verschiedener reaktionären Regimes finanziell und gerade auch durch Rüstungsexport voran, um sich alle Optionen der Ausdehnung seines Einflusses und seiner Macht offenzuhalten. Dabei nutzt er gezielt seine „alten" Verbindungen aus der Zeit des Nazifaschismus, aktuell zum Beispiel die zum afghanischen König Zaher Schah, ein alter Freund Nazi-Deutschlands.

Andererseits rüstet der deutsche Imperialismus fieberhaft seine Bundeswehr auf, hält er eine der stärksten und modernst ausgerüsteten Armeen bereit, um überall auf der Welt militärisch präsent sein und „eingreifen" zu können.

Diese „Doppeltaktik" bedeutet für die deutschen Imperialisten, sozusagen in den Startlöchern stehend, für alle Fälle gewappnet zu sein, um allemal, sowohl durch den Einsatz von Bundeswehrtruppen als auch durch bereitgestelltes Kapital, ihren Einfluß als imperialistische Großmacht zu stärken. Die Ausdehnung der Macht des deutschen Imperialismus richtet sich dabei nicht nur gegen die von ihm ausgebeuteten und unterdrückten Völker, sondern auch mehr und mehr gegen die anderen imperialistischen Großmächte, mit denen er um die Vorherrschaft in der Welt ringt.

8. Gut verteiltes Rollenspiel der bürgerlichen Parteien des deutschen Imperialismus

Beim Kampf gegen die imperialistische Kriegspolitik gibt es niemanden unter den bürgerlichen Politikern, dem man trauen, auf den man sich stützen könnte. Sie alle dienen auf die eine oder andere Art den Interessen des deutschen Imperialismus. Zur Taktik des deutschen Imperialismus gehören gerade auch bei der Kriegseskalation die gut verteilten Rollen der bürgerlichen Parteien von CDU/CSU über SPD und Grüne bis zur PDS. Deren Zwistigkeiten sind dabei keineswegs ein Zeichen für mehr

oder weniger „Fortschrittlichkeit". Schaut man hinter die Phrasen, so zeigt sich, daß sie im Keim lediglich um die „richtige", das heißt effektivste Politik für den deutschen Imperialismus streiten.

9. Militarisierung und Faschisierung nach innen

Der gesteigerten Aggressivität nach außen entspricht, daß die Militarisierung und Faschisierung nach innen eine weitere Stufe erreicht hat. Die Politiker des deutschen Imperialismus überschlagen sich geradezu darin, mit ihren sogenannten „Anti-Terror-Paketen" immer mehr demokratische Rechte abzubauen und die Repression und Kriminalisierung demokratischer und revolutionärer Gruppen und Strukturen zu verstärken. Reaktionärer und konterrevolutionärer Kernpunkt ist dabei der Plan, die Bundeswehr mit oder ohne Grundgesetzänderung "regulär" nach innen einzusetzen, was durch die sogenannten „Notstandgesetze" schon längst für den „Krisenfall" vorgesehen ist, etwa um Streikbewegungen von Arbeiterinnen und Arbeiter mit Militärgewalt niederzuschlagen. Dies alles geht einher mit verschärften Unterdrückungsmaßnahmen und enorm verstärkter rassistisch-chauvinistischer Hetze, aktuell besonders gegen Menschen aus arabischen Ländern. Militaristische Floskeln, kriegstreiberische Stereotype und Propagandamethoden aus Goebbels Werkstatt werden geschickt aktiviert.

10. Wie die deutsche Bourgeoisie mit ihreneigenen Gesetzen umgeht

Die Ideologen und Politiker des deutschen Imperialismus brechen ganz offen die Bestimmung ihres eigenen Grundgesetzes, in denen 1949 unter dem Druck der Anti-Hitler-Koalition und als Zugeständnis an den Kampf der Völker gegen den Nazifaschismus ausdrücklich das Verbot von Angriffskriegen festgeschrieben wurde. Ebenso werden Anforderungen des Völkerrechts als völlig irrelevant abgetan.

Wenn die deutschen Imperialisten heute frecher denn je verkünden, daß sie sich um ihre Gesetze im einzelnen nicht kümmern könnten, dann ist dies zum einen Drohung an die Völker der Welt, daß die deutschen Imperialisten ihre aggressiven Weltherrschaftsinteressen nun mit aller Macht verfolgen. Zum anderen ist dies auch ein deutlicher Hinweis darauf, mit welchem Ausmaß polizeistaatlicher Willkür antimilitaristische Massenkämpfe gegen den Krieg der deutschen Imperialisten zu rechnen haben.

II. Solidarität mit den wirklich fortschrittlichenund revolutionären Kräften in Mittel- und Westasien! Keine Solidarität mit den Taliban und ähnlichen reaktionären Kräften!

11. Das Taliban-Regime als ureigenste Kreatur des imperialistischen Systems

Das Regime der Taliban in Afghanistan ist eine reaktionäre, vom System des Imperialismus geschaffene Macht. Vor allem die US-amerikanischen, aber auch die deutschen und andere Imperialisten unterstützten jahrelang diverse reaktionäre Kräfte in Afghanistan gegen den sozialimperialistischen Konkurrenten Sowjetunion, der von 1979 bis 1989 Afghanistan direkt militärisch besetzt hielt, um diesen Einflußbereich gegen den US-Imperialismus und andere imperialistische Großmächte zu halten. Die Taliban, Bin Laden und die ebenso reaktionären Kräfte der „Nordallianz" wurden mit Aber-milliarden Dollar direkt vom CIA und anderen Geheimdiensten finanziert und mit modernsten Waffen ausgerüstet.

Bezeichnend ist, daß die wirklich fortschrittlichen, vor allem am wissenschaftlichen Kommunismus orientierten Kräfte Afghanistans schon damals nicht nur von den sozialimperialistischen Machthabern verfolgt und ermordet wurden, sondern ebenso von den reaktionären Banden, die im Sold der westlichen Imperialisten standen.

12. Die Rolle der proimperialistischen Kettenhunde für ihre imperialistischen Herren

In Zentral- und Westasien, aber auch in einigen Ländern Afrikas diente und dient das Hochpeitschen von reaktionären, sich nationalistisch oder religiös bemäntelnden Bewegungen, die oft in enger Verbindung zu den reaktionären, vom Imperialismus abhängigen Regimes im Irak, im Iran, in Syrien oder Saudi-Arabien stehen, vor allem zwei Zielen:

***Erstens** päppelten die imperialistischen Mächte in abhängigen Ländern diverse reaktionäre Gruppierungen und Bewegungen auf, um im imperialistischen Konkurrenzkampf gegen imperialistische Rivalen ihre, eigenen Interessen verstärkt durchzusetzen, wie das eindeutig in Afghanistan der Fall war.*

Zweitens *ging und geht es darum, den Einfluß fortschrittlicher oder revolutionärer Kräfte und Organisationen zu zerschlagen. In der Tat ist es ein ernstes Problem, daß in vielen Regionen der Welt derartige reaktionäre Bewegungen, die vielfach einen großen Masseneinfluß haben, tatsächliche demokratische Ansätze von Befreiungsbewegungen „plattmachen" bzw. gemacht haben.*

13. Ursachen für den verstärkten Einfluß proimperialistischer reaktionärer Bewegungen

Das enorme Anwachsen solcher reaktionären Organisationen und Bewegungen, die vielfach einen erheblichen Masseneinfluß und Massenanhang haben, hängt sehr weitreichend auch mit den enormen Rückschlägen und der Schwäche der kommunistischen Bewegung zusammen.

Durch die revisionistische Liquidierung der allermeisten ehemaligen Kommunistischen Parteien, vor allem nach dem revisionistischen 20. Parteitag der KPdSU 1956, brach die revolutionäre Gegenkraft gegen die reaktionären, feudalistischen Kräfte in den vom Imperialismus abhängigen Ländern weitgehend weg, so daß es nur eine Frage der Zeit und des Zusammentreffens verschiedener Umstände war, bis diese reaktionären Kräfte in einem so breiten Maßstab auf den Plan traten bzw. treten konnten.

Enorme negative Auswirkungen hatte dies auf die Entwicklung nationaler Befreiungsbewegungen, sei es in Mittel- und Südamerika, sei es in Afrika oder Asien. Ohne zielkiare Führung durch die kommunistischen Parteien wurden verschiedene Bewegungen teilweise direkt liquidiert, teilweise ließen sie sich reformistisch in die Stabilisierung bestehender, nur kosmetisch leicht veränderter Ausbeutungs- und Abhängigkeitsverhältnisse integrieren. Mit dem sich verschärfenden Kampf der imperialistischen

Großmächte um Neuaufteilung der Einfluß-sphären zeichnet sich ab, daß die Imperialisten verstärkt Befreiungsbewegungen „unterstützen", die sich gegen ihre Rivalen richten, um sie für die eigenen expansionistischen Ziel zu instrumentalisieren.

14. Die imperialistische Demagogie „links - rechts"

Das von der imperialistischen Reaktion demagogisch aufgebaute und verwendete Denkmuster „links = rechts" spielt in diesem Zusammenhang eine ganz besondere Rolle. In der reaktionären Hetze des sogenannten „Kriegs gegen den Terror" werden Organisationen wie Al Qaida, Hamas usw. mit ganz bestimmten Absichten vieldeutig und nebulös als „radikal", „gewalttätig" usw. bezeichnet. Ihre politische Charakterisierung wird bewußt offengelassen, um in der Propaganda gegen diese Organisationen die Speerspitze vor allem gegen zukünftige, mögliche oder in Ansätzen auch real existierende revolutionäre Organisationen richten zu können.

15. Proletarischer Interationalismus als Richtschnur wirklich antiimperialistischer und kommunistischer Politik

Was die Anschläge vom 11. September in New York und Washington angeht, so steht fest, daß diese eindeutig im Gegensatz zu jeglicher Tradition wirklich linker, antiimperialistischer oder gar kommunistischer Politik stehen. In dieser Tradition stehen nur bewaffnete Aktionen, die sich an der Richtschnur des proletarischen Interationalismus, an den Grundprinzipien „Proletarier aller Länder, vereinigt euch!" und „Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt euch!" orientieren, um Schritt für Schritt und auf lange Sicht wirklich ein Bündnis aller revolutionären Kräfte weltweit gegen den gemeinsamen Feind, den Weltimperialismus, zu schmieden. Die Anschläge vom 11. September zeugen aber ganz und gar nicht von so einem Bestreben oder Konzept. Vielmehr deutet alles darauf hin, daß es sich um einen Konflikt innerhalb des Lagers der imperialistischen Weltreaktion handelt, wobei es um keinerlei wirkliche Interessen ausgebeuteter und unterdrückter Volksmassen geht.

Anhaltende Aggression und militärische Operationen der US-amerikanischen und anderen imperialistischen Mächte in Zentral- und Westasien werden dazu führen, daß sich eine gerechte antiimperialistische Bewegung der Volksmassen in den verschiedenen Ländern formieren wird -selbständig und gegen die verschiedenen reaktionären Kräfte und Regimes. Doch Möglichkeit und Wirklichkeit dürfen nicht verwechselt werden. Zur Zeit ist der Widerstand gegen die USA noch geprägt durch die Führung gerade dieser reaktionären Bewegungen und Regimes.

16. Solidarität mit dem Taliban-Regime als vom Imperialismus überfallenes Land?

Es wäre ein grundlegender Fehler, die unbedingte Verurteilung der militärischen Aggression gegen Afghanistan oder etwa gegen den Irak gleichzusetzen mit der angeblich nötigen Unterstützung der überfallenen Staaten und ihren Regierungen.

Das Schwergewicht des Protests gegen den barbarischen Massenmord durch die imperialistische Bombardierung Afghanistans zu richten, ist völlig richtig: Steht auf dieser Seite doch eine „Allianz" von mörderischen imperialistischen Großmächten Massenmörder im Weltmaßstab. Demgegenüber steht mit dem Taliban-Regime ein Regime des Massenmords im eigenen Land. Hier die Empörung vor allem gegen die Großmächte zu richten, hier in Deutschland dabei vor allem die Machenschaften des deutschen Imperialismus aufs Korn zu nehmen hat ganz und gar nichts mit einer Sympathie für das Mörderregime der Taliban zu tun.

Es gibt nur einen Weg: die Völker dieser Region dabei zu unterstützen, ihre reaktionären Regimes selbst loszuwerden und dabei gleichzeitig die Einmischung der Großmächte abzuwehren.

Tod dem deutschen Imperialismus, Militarismus und Revanchismus!

Zum gleichen .Zeitpunkt erschien zu den Thema ein ausführliches Flugblatt, das neben dem oben abgedruckten folgende Themen behandelt:

III. Ideologisch-politisches Grundproblem Nr1: Die angebliche deutsche „Amerikahörigkeit"

IV. Ideologisch-politisches Grundproblem Nr. 2: „Frieden schaffen ohne Waffen"?

V. Aufgaben und Perspektiven: Kampf gegen die Bundeswehr, in den Betrieben, auf der Straße und in den Kasernen!

Schlaglichter der weltweiten Verbrechen des US-Imperialismus seit 1945

Fakten zur Salamitaktik des deutschen Imperilismus und zur Steigerung seiner Militär- und Kriegseinsätze nach 1945

Imperialistische Allianzen sind „Atempausen zwischen den Kriegen"

Der verschärfte Konkurrenzkampf der imperialistischen Großmächte um Einflußgebiete, Rohstoffe und Transportwege in den Ländern Zentralasiens

Wie der deutsche Imperialismus die „Gunst der Stunde" zur Verschärfung der Repression und der Überwachung nach Innen nutzt

Die Berufung auf die „Kreuzzüge" und das „christliche Abendland" steht in der blutigen Tradition von millionenfachem Massenmord.

Aus dem Leben einer der Genossen, die im Kampf für den Aufbau der Kommunistischen Partei Afganistans/ML von den Handlangern des russischen Sozialimperialismus oder den reaktionären Mujaheddin im Sold der westlichen Imperialisten ermordet wurden.

„Alte" Kontakte des deutschen Imperialismus zur einheimischen Reaktion Afganistans am Beispiel des Königs Zaher Schah

Die Instrumentalisierung der reaktionären Kräfte im Herrschafts- und Einflußbereich imperialistischer Rivalen – eine altbekannte Methode des deutschen Imperialismus und seiner Nazis

Was uns Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht für heute zu sagen haben

Deutsche Polizisten schützen am 3.11.2001 den größten Nazi-Aufmarsch in Berlin seit 1945!

Im Dezember 2001 erschien das zwanzigseitige Flugblatt:

22. Juni 1941 – 8. Mai 1945:
Krieg des deutschen Nazifaschismus gegen die Diktatur des Proletariats in der Sowjetunion

1418 Tage!

„1418 Tage mußte die sozialistische Sowjetunion kämpfen, bis schließlich am 8. Mai 1945 der Sieg über die deutsche Nazi-Wehrmacht und die gesamte nazifaschistische Mordmaschinerie errungen war: Damals besiegt von den bewaffneten Kräften der Anti-Hitler-Koalition, vor allem den Kräften der sozialistischen Sowjetunion, hat der deutsche Imperialismus inzwischen die Ergebnisse des Zweiten Weltkrieges wahrlich auf den Kopf gestellt:

Der besiegte deutsche Imperialismus, der die Bedingungen des Potsdamer Abkommens niemals anerkannt hat, entwickelte sich in den letzten Jahrzehnten erneut zu einer imperialistischen Großmacht, deren besondere Aggressivität sich immer bedrohlicher zeigt. Er ist dazu übergegangen, das Gebiet der in ihre Bestandteile zerfallene Sowjetunion, die mit dem Machtantritt der Chruschtschow-Breschnew-Revisionisten von einem sozialistisch-internationalistischen Land in ein revisionistisch-sozialimperialistisches Land umgewandelt hatte, vor allem ökonomisch zu durchdringen, aber auch seinen Einfluß in Konkurrenz zu anderen Imperialisten militärisch abzusichern, Truppen in ehemalige Randrepubliken zu stationieren, Polizeikräfte zu `unterstützen´ und unter dem Vorwand der `Ausbildung´ immer mehr Einfluß in die dortigen verfaulenden kapitalistischen Staatsapparate zu nehmen.

Der deutsche Imperialismus – das zeigte die Zeitspanne vor und während des Überfalls aus die damals sozialistische Sowjetunion- hatte eine langfristige Strategie zur Eroberung der imperialistischen Vorherrschaft in der ganzen Welt. Bekanntlich scheiterte die `Blitzkriegstrategie´an der Sowjetunion – und damit kehrte sich zunächst der ganze Plan des deutschen Imperialismus um: Es gab einen Rückzug, der mit der Besetzung Berlins durch die Rote Armee seinen Abschluß fand.

In den Jahrzehnten nach 1945 hat der deutsche Imperialismus mit seinen vielfältigen militärischen und diplomatischen Erfahrungen sein Vorhaben nie aufgegeben, revanche für diese Niederlage zu nehmen und sich auf diesem Weg auch und gerade Gebiete der ehemaligen Sowjetunion einzuverleiben als wichtigen Schritt auf dem erneuten Weg zur Weltherrschaft vor allem in Rivalität zum US-Imperialismus.

Daß es 1941 trotz aller Schwierigkeiten, erzwungener Rückzüge und Niederlagen nicht zum `Blitzsieg´ über die Diktatur des Proletariats in der Sowjetunion unter Führung Stalins kam, war in der Tat von welthistorischer Bedeutung. Die antikommunistische Hetze gegen Stalin hat eine hauptsächliche Quelle auch und gerade darin, daß Stalin – verkürzt und bildlich gesprochen - `Hitler das Genick gebrochen´ hat.

Unseren heutigen Kampf gegen das imperialistische Weltsystem und insbesondere gegen den deutschen Imperialismus führen wir im Geist der antinazistischen Kämpferinnen und Kämpfer aller beteiligten Länder, vor allem aber der sozialistischen Sowjetunion unter der Führung Stalins. Die gewaltigen Erfahrungen des Kampfes der sozialistischen Sowjetunion, ihre politischen, ideologischen, militärischen und auch ökonomischen Erfahrungen umfassend auszuwerten und zu verteidigen, ist Verpflichtung und Ansporn zugleich für unseren heutigen Kampf gegen den deutschen Imperialismus, den wir unter neuen Bedingungen, bei jedoch grundlegend gleichen Voraussetzungen der Epoche des Imperialismus und der proletarischen Revolution für die Zerschlagung des deutschen Imperialismus, Militarismus und Revanchismus führen."

I. Der Überfall des imperialistischen Nazi-Deutschlands auf die damals sozialistische Sowjetunion

Bereits am 18.12.1940 definierten die Nazifaschisten **Ziele und Grundlagen des Vernichtungskriegs Nazi-Deutschlands** im Dokument Barbarossa:

„Vernichtung des Sowjetstaates, Besetzung des Landes, Inbesitznahme seiner Rohstoff- und Lebensmittelquellem, Ermordung von Millionen Sowjetbürgern , Versklavung der Überlebenden."

Innerhalb von 25 Jahren sollten nach dem „Generalplan Ost" 31 Mio Sowjetbürger verschleppt oder ermordet werden.

„Grundlage für die erfolgreiche Durchführung eines solchen Eroberungs- und Vernichtungskriegs,....,war nicht nur der preussisch-militärische Kadavergehorsam der Nazi-Soldaten und-Offiziere,....., sondern vor allem auch das vom deutschen Imperialismus ins Extreme gesteigerte Herrenmenschentum, die Ideologie des Chauvinismus, Rassismus, Antiziganismus, Antisemitismus und Antikommunismus."

Am Abend des 21. Juni 1941 **überfiel Nazideutschland die sozialistische Sowjetunion** mit 190 voll ausgerüsteten und ausgebildeten Divisionen, ca. 4300 Panzern, 50.000 Geschützen und 4000 Flugzeugen.

Die **aktive Verteidigung der Roten Armee** bestand darin **Widerstand trotz des Rückzugs** zu leisten.

„Im Gegensatz zu Nazi-Deutschland begann der Krieg für die sozialistische Sowjetunion unter sehr komplizierten Bedingung. Die rund 4,2 Mio Rotarmistinnen und Rotarmisten mußten erst mobilisiert werden."

Ihre grundlegende Aufgabe war es deshalb,

„...die Angriffe abzuwehren und Zeit zu gewinnen um Kräfte zu sammeln.".

Sowohl die Rotarmistinnen und Rotarmisten als auch die Sowjetbevölkerung leisteten erbitterten Widerstand gegen Nazi-Deutschland.

„Das Angriffstempo der Nazi-Truppen verlangsamte sich im Vergleich zu den ersten Kriegstagen von 30 km auf 6 km pro Tag Ende August."

Die Rote Armee mußte in dieser Zeit aber erhebliche Verluste hinnehmen, die zunächst auch weit über den Verlusten der Nazi-Wehrmacht lagen.

„Die 'Prawda' vom 6. Oktober 1941 berichtete von 1.128.000 getöteten Rotarmisten sowie vom Verlust von 8.000 – 9.000 Geschützen und 7.000 Panzern seit dem 22. Juni."

U.a. in der Direktive des ZK der KPdSU und des Rats der Volkskommisare vom 29.Juni 1941 wurde die grundlegende politisch-ideologische und militärische Orientierung für den Kampf gegen die Nazi-Räuber gegeben,

„...dass es in dem Krieg, den uns das faschistische Deutschland aufgezwungen hat, um Leben und Tod des Sowjetstaates geht, darum, ob die Völker der Sowjetunion frei sein werden oder in Versklavung geraten."
(zitiert nach Redaktionskollektiv(Hersg.) Geschichte des Großen vaterländischen Kriegs der Sowjetunion, Bd. 2, Berlin 1962, S. 60)

Zu dem Plan für die Vernichtung der Nazi-Wehrmacht gehörte neben der Sicherung der Front durch Umstellung der gesamten Wirtschaft auf den Krieg, der Sicherung der Front durch Unterstützung des Hinterlands als zentraler Punkt der geordnete Rückzug. Es wurde auch ein Partisanenkrieg entfaltet, um in den besetzten Gebieten für die Nazis unerträgliche Bedingungen zu schaffen.

Eine wichtige Voraussetzung für den Sieg der Sowjetunion war:

„Es muß mit der schädlichen Auffassung Schluß gemacht werden, dass die Arbeiter und Bauern in den Uniformen eines kapitalistischenStaates sofort die Waffen wegwerfen würden, wenn sie gegen die Sowjetunion kämpfen sollten!"

Dies galt insbesondere in Bezug auf die deutsche Arbeiterklasse.

Um bewußtzumachen, dass der Feind grausam und unerbittlich ist, wurde

„...beschlossen, die Propagandearbeit in der Roten Armee zu verstärken. Im ersten halben Jahr nach dem Überfall wurden 8000 führende Kader der Partei, 60.000 Parteimitglieder und 40.000 Komsomolzen an die Front geschickt."

II. Das Scheitern der „Blitzkriegstrategie": „Vor Moskau muß die Zerschlagung der faschistischen deutschen Eindringlinge beginnen!" (Juni 1941 – November 1942)

Neunhundert Tage Blockade: „Der Fall Leningrads würde zum Prolog des Falls von Moskau werden!"

Nachdem die Einnahme Leningrads durch die Nazis im August 1941 durch den heroischen Widerstand der Leningraderinnen und Leningrader gemeinsam mit der Roten Armee verhindert werden konnte, blockierten die Nazis ab September die Stadt. Leningrad sollte vernichtet werden, die Bevölkerung verhungern. Nach 900 Tagen gelang es der Roten Armee die Belagerung vollständig zu beenden.

Die Kämpfe um Moskau: „Vor Moskau muß die Zerschlagung der faschistischen deutschen Eindringlinge beginnen!" (Oktober 1941-Januar 1942)

„Die Kämpfe um Moskau waren das zentrale Ereignis in der ersten Periode des Krieges.....Moskau war für die Nazifaschisten der Inbegriff des Bolschewismus. Von Moskau aus wurden der ganze Sowjetstaat und die Kampfhandlungen an der Front geleitet."

Ab dem 20 Oktober 1941 war Moskau belagert, es konnte jedoch nicht eingenommen werden. Stalin erklärte das Scheitern der „Blitzkriegsstrategie" in der Sowjetunion. Der deutsche Imperilaismus hatte sich verrechnet,

„...es würden gleich nach dem ersten ernstlichen Schlag und nach den ersten Mißerfolgen der Roten Armee Konflikte zwischen den Arbeitern und Bauern ausbrechen und Streitigkeiten zwischen den Völkern der UdSSR beginnen, es würde zu Aufständen kommen, und das Land würde in seine Bestandteile zerfallen... Aber auch hier haben sich die Deutschen gründlich verrechnet. Die Mißerfolge der Roten Armee haben das Bündnis der Arbeiter und Bauern wie auch die Freundschaft der Völker der UdSSR nicht nur nicht geschwächt, sondern im Gegenteil, sie haben dieses Bündnis sowie diese Freundschaft noch gefestigt."
(Stalin, Der 24. Jahrestag..., Werke Bd. 14, 6.11.1941, S. 247)

Einer der Gründe die Schwierigkeiten der Roten Armee war das Fehlen einer zweiten Front der Alliierten in Westeuropa, so das die Nazis ihre Kräfte nicht zersplittern mußten.

Am 6.12.1941 ging die Rote Armee zur Gegenoffensive über und zerbrach die Zange der Nazitruppen um Moskau. Nach 40 Tagen ununterbrochener Angriffe, mußten die Nazis aufgeben und zogen sich ungeordnet zurück.

„Die Deutschen sind in ihren Operationen pünktlich und genau, wenn die Lage es gestattet, den Forderungen der Dienstvorschriften nachzukommen. Darin liegt ihre Stärke. Die Deutschen werden hilflos, sobald die Lage kompliziert wird und diesem oder jenem Paragrafen der Dienstvorschrift 'nicht mehr entspricht', sondern einen selbständigen Entschluß erheischt, der in der Dienstvorschrift nicht vorgesehen ist."
(Stalin, Befehl des Obersten Befehlshabers vom 23.2.1943, Werke Bd. 14, S. 306)

„Der Mythos von der Unbesiegbarkeit der Nazi-Wehrmacht war nun zerschlagen worden."

Das Flugblatt nimmt Stellung **gegen die revisionistische Propaganda vom angeblichen gesetzmäßigen Sieg der Sowjetmacht**

„Die revisionistische These vom objektiven „gesetzmäßigen", also objektiv notwendigen Sieg der Sowjetunion, die die Realität eben einer 'harten Probe' negiert, verfolgt das Ziel, den subjektiven Faktor, insbesondere den Beitrag Stalins als herausragender und führender Kader der KPdSU(B) bei der Niederwerfung des deutschen Nazifaschismus und seiner Verbündeten zu schmälern, die Frage des Sieges loszulösen von der revolutionären Führung, mit der dieser Sieg errungen wurde: durch die revolutionäre KPdSU(B) unter Führung Stalins."

III. Der Beginn der Zerschlagung der Nazi-Armee: „Es ist an der Zeit, mit dem Rückzug Schluß zu machen. Keinen Schritt zurück!"

Das Kriegsjahr 1942 wurde das schwerste für die Sowjetmacht. Denn die Nazis warfen all ihre freien Kräfte an die Sowjetfront. Dies war ihnen durch das Fehlen einer zweiten Front im Westen möglich. Ihr Ziel war es Moskau vom Osten her zu umgehen. Im Sommer 1942 begannen die **Kämpfe um Stalingrad,** eine der größten Industriestädte der Sowjetunion.

Jetzt wurde die Anweisung gegeben:

„Es ist Zeit, mit dem Rückzug Schluß zu machen. Keinen Schritt zurück Das muß jetzt unsere Hauptlosung sein!"

Nachdem es den Nazifaschisten gelungen ist, in die Stadt einzudringen, begann ein erbitterter Häuser- und Straßenkampf., der 143 Tage dauerte.

Am 19. November 1942 ging die Rote Armee zur Gegenoffensive über, am 2 .2. 1944 war die Heeresgruppe der Naziwehrmacht zerschlagen. Die Schlacht bei Stalingrad war der Wendepunkt des gesamten Weltkriegs zugunsten der anti - nazistischen Kräfte.

Im Sommer 1943 besiegte die Rote Armee die Nazis in den **Kämpfen am Kursker Bogen**.

„War die Schlacht bei Stalingrad ein Vorbote des Untergangs der faschistischen deutschen Armee, so führte die Schlacht von Kursk sie vor die Katastrophe."
(Stalin, der 26. Jahrestag der Oktoberrevolution, 6.11.1943, Werke Bd. 14, S. 324)

Gleichzeitig galt:

„Die von den Deutschen besetzten Sowjetgebiete sind von den Flammen des Partisanenkriegs erfaßt!"

Die Kämpfe der Roten Armee wurden von einer starken Partisanenbewegung unterstützt, die ca. 1,1 Mio bewaffnete Partisaninnen und Partisanen auf dem besetzten Gebiet der Sowjetunion umfasste. Sowjetische Partisaninnen und Partisanen kämpfen aber auch in anderen besetzten Gebieten, so z.B. 5000 in Frankreich.

Das Flugblatt führt weiter aus, **dass die Entscheidung zur Gegenoffensive genau im richtigen Moment getroffen werden muß und wurde.**

„Das war keine Entscheidung mit siegessicherem Ausgang....Sorgfältig wurden alle Faktoren, die Gesamtsituation an der Ostfront, Anzahl, Ausstattung, Zustand der Nazitruppen und der eigenen bewaffneten Kräfte bei Stalingrad analysiert."

„Die Entschlossenheit zum Gegenangriff in dieser Situation, dieser Mut und diese Konsequenz als grundlegende Eigenschaft kommunistischer Kader ist nur zu vergleichen mit ähnlichen folgenschweren Entscheidungen wie es beispielsweise die Festlegung des Tages für den bewaffneten Aufstand während der Oktoberrevolution 1917 war."

IV. Die „Zehn Schläge" der Roten Armee zusammen mit den Partisaninnen und Partisanen zur Befreiung der Völker der Sowjetunion und Osteuropas von den Nazi-Mördern (1944)

„1944 vertrieb die Rote Armee durch zehn vernichtende Schläge die Nazitruppen aus der Sowjetunion und aus den besetzten Gebieten Osteuropas. Wichtig dafür war auch die Unterstützung durch die Partisaninnen und Partisanen der europäischen Länder."

Beginnend mit der Vernichtung der Nazi-Armee bei Leningrad, über die Befreiung der Krim, Karelins, Belorusslands, Litauens, ein Großteil von Polen, der Ukraine, der Moldauischen Sowjetrepublik, der Einnahme von Bukarest mit der Hilfe des antinazistischen Aufstands in Rumänien, der Befreiung Estlands, Lettlands, der Hilfeleistung bei der Befreiung von Jugoslawien und der Tschechoslowakai, bis zu der Befreiung Norwegens und des Polargebiets.

Vormarsch der Roten Armee in Osteuropa und Aspekte des Proletarischen Internationalismus:

Gegen die antikommunistische Propaganda der angeblichen „Expansion des Bolschewismus" erklärte Stalin bereits im November 1941:

„Wir haben keine Kriegsziele und können keine Kriegsziele haben wie die Eroberung fremder Gebiete und die und die Unterwerfung fremder Völker, ganz gleich, ob es sich um Völker und Gebiete Europas oder um Völker und Gebiete Asiens, darunter auch Irans, handelt... Wir haben keine Kriegsziele und können keine Kriegsziele haben wie etwa das Ziel den slawischen und den anderen unterjochten Völkern Europas, die von uns Hilfe erwarten, unseren Willen und unser Regime aufzuzwingen. Unser Ziel besteht darin, diesen Völkern in ihrem Befreiungskampf gegen die Hitlertyrannei zu helfen und es ihnen zu überlassen, sich auf ihrem Boden völlig frei so einzurichten, wie sie das wollen..."
(Stalin, Der 24. Jahrestag der Oktoberrevolution..., Werke Bd. 14, 6.11.1941, S. 257)

Die Anforderungen an die Rote Armee beim Einmarsch in die profaschistischen Nazi-Satelliten- oder Vasallenstaaten (z.B. Rumänien, Ungarn, Bulgarien, Österreich) waren kompliziert.

„Das Kriterium für das Verhalten der Sowjetmacht den Völkern dieser Länder gegenüber war das Kriterium der Loslösung von den profaschistischen herrschenden Klassen und die Beteiligung am praktischen anti-nazistischen bewaffneten Kampf."

V. Die Zerschlagung der nazi-faschistischen Machtzentren im Kampf um Berlin: „Ein rasender Hund ist auch noch im Verenden gefährlich!"

Auf ihrem **Vormarsch nach Deutschland** befreite die Rote Armee u.a. auch das Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau.

„Die Rotarmistinnen und Rotarmisten hatten 4 Jahre lang im blutigsten und grausamsten Krieg der Weltgeschichte die Nazimörder bekämpft, waren durch von Nazis völlig niedergebrannte und zerstörte Gebiete gezogen und hatten die Grausamkeiten und Bestialitäten der Nazi-Henker mit eigenen Augen gesehen. Doch dieser grauenhafte Anblick überbot alles..."

Diese Greuel riefen verständlicherweise nicht nur Haß sondern auch Rachegefühle hervor. Gegen diese hatte Stalin bereits 1942 die Leitlinie formuliert:

Gewiß ist die Rote Armee vor die Notwendigkeit gestellt, die faschistischen deutschen Okkupanten zu vernichten, da sie unsere Heimat unterjochen wollen, oder sie – eingekesselt von unseren Truppen- sich weigern, die Waffen zu strecken und sich gefangen zu geben. Die Rote Armee vernichtet sie, nicht weil sie deutscher Abstammung sind, sondern weil sie unsere Heimat unterjochen wollen."
(Stalin, Befehl des Volkskommisariats für Verteidigung vom 23 Februar 1942, Werke Bd. 14,, S. 267)

Ein ernsthaftes Problem war, dass **bis zuletzt kein antinazistischer Aufstand der werktätigen Bevölkerung in Deutschland** erfolgte.

„Die Rote Armee, die nun auf deutschem Boden für die Zerschlagung des Nazifaschismus kämpfte betrat ausgesprochenes Feindesland."

Denn nun hatte sie es mit

„...einer zu übergroßen Teilen auch pro-nazistischen Bevölkerung, die sich durch chauvinistische, durch rassistische, durch antisemitische und antikommunistische Verhetzung, durch Untertanengeist und nicht zuletzt durch Angst davor, für ihre Mitschuld an den nazi-faschistischen Verbrechen zur Rechenschaft gezogen zu werden, gegen ihre Befreiung wehrte."

Am 1. Mai 1945 hißte die Rote Armee die Rote Fahne auf dem Reichstag in Berlin, nachdem sie

„...Viertel um Viertel, Haus um Haus, Stockwerk um Stockwerk gegen den nicht nachlassenden Widerstand der Nazi-Wehrmacht, der SS, des `Volkssturms', der `Wehrwölfe', der HJ und gegen eine nazifaschistisch verhetzte Bevölkerung...."

erobert hatte. Am 8. Mai 1945 kapitulierte Nazi-Deutschland.

VI. Zusammenfassung

Bilanz des nazi-faschistischen Raub- und Vernichtungskriegs gegen die sozialistische Sowjetunion:

„Im Zweiten Weltkrieg wurden rund 27.650.000 sowjetische Menschen ermordet,...jeder siebte Einwohner...Der materielle Schaden...belief sich ....auf 2 Billionen 569 Milliarden Rubel....."

„Unter den millionenfachen Todesopfern der eigenen Bevölkerung befanden sich gerade auch die besten Genossinnen und Genossen, die von den Nazifaschisten ermordet wurden".

Faktoren für den Sieg der Diktatur des Proletariats unter Führung Stalins:

„Entscheidend war, dass in der Sowjetunion die Diktatur des Proletariats existierte, in der die Arbeiterinnen und Arbeiter im Bündnis mit der Masse der werktätigen und ehemals ausgebeuteten Bauern erfolgreich den Sozialismus unter Führung ihrer revolutionären kommunistischen Partei aufbauten und in der die verschiedenen Nationalitäten gleichberechtigt und in Freundschaft miteinander lebten. Entscheidend war, dass die Werktätigen der Sowjetunion gewillt waren, diese ihre Errungenschaften im Kampf auf Leben und Tod zu verteidigen und die von den Nazis besetzten Länder zu befreien."

Die Erfahrungen der sozialistischen Sowjetunion im Krieg zur Vernichtung des Nazifaschismus gegen die Chruschtschow-Breschnew Revisionisten verteidigen!

Der Kampf gegen die Nazi-Faschisten ging einher mit einer Reihe von Kompromissen.

„Die Kompromisse mit den imperialistischen Großmächten innerhalb der Anti-Hitler-Koalition waren in der damaligen Situation durchaus berechtigt, ja notwendig. Sie wurden jedoch von den Chruschtschow-Breschnew-Revisionisten auf andere historische Situationen übertragen und als Anknüpfungspunkt für den kapitalistischen Farbwechsel benutzt – und hier liegt eben auch eine Schwierigkeit."

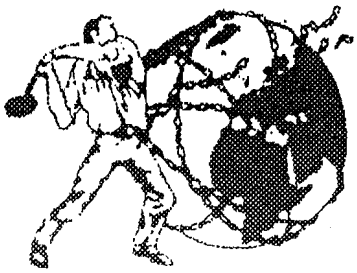
Und weiter wird ausgeführt:

„Das historische Verständnis der ungeheuren Anspannungen, Verluste, Schwächen und Stärken im Kampf gegen den Nazifaschismus schärft den Blick für die demagogischen `Leistungen' Chruschtschows und Breschnews, ihren revisionistischen Verrat zu verkleistern.

Das Flugblatt enthält darüber hinaus Kästen zu folgenden Themen:

Unvollständige Chronik der Ereignisse des Zweiten Weltkriegs
Aus dem Merkblatt der Soldatender Nazi-Wehrmacht
Aus dem nazi-faschistischen „Kommisarbefehl" von 1941
Schlaglichter der Naziverbrechen in der Sowjetunion: „Die Gesamtzahl der von mir erschossenen und erhängten friedlichen russischen Bürger kann ich nicht angeben, weil es ihrer zu iele waren und ich mich nur noch an einige Fälle erinnere..."
Nazi-KZ's in der Sowjetunion
Systematische Ermordung de jüdischen Bevölkerun der Sowjetunion
Systematische Vernichtung der Roma der sowjetunion: „...entsprechend des Judenbestimmungen behandelt."
Planmäßige Ermordung kriegsgefangener Rotarnistinnen und Rotarmisten
Schlaglichter der Unterstützung der Partisaninnen und Partisanen durch die örtliche Zivilbevölkerung der Sowjetunion
Rotarmistinnen und Partisaninnen im antinazistischen Krieg
Der Doppelcharakter des Warschauer Aufstands von 1944

Drucker, Herausgeber, verantwortlicher Redakteur: A. Odenthal, Vertrieb für internationale Literatur, Brunhildstr. 5, 10829 Berlin



Bulletin 1/02

zur Information der revolutionären, marxistisch-leninistischen Kräfte aller Länder

Auszüge und Zusammenfassungen aus den Publikationen von "Gegen die Strömung" - Organ für den Aufbau der Revolutionären Kommunistischen Partei Deutschlands: **Jan. - März 2002**

☆ Erscheint vierteljährlich auf Türkisch, Französisch, Englisch, Spanisch, Italienisch, Niederländisch und Russisch ☆

Im Januar 2002 veröffentlichte "Gegen die Strömung" das Flugblatt:

Die anhaltenden Kämpfe der Ausgebeuteten und Unterdrücken in Argentinien zeigen den fortschrittlichen Kräften der ganzen Welt:

So wie es ist, bleibt es nicht!

„Mitte Dezember begannen die Kämpfe der Ausgebeuteten und Unterdrückten in Argentinien erneut mit großer Heftigkeit aufzuflammen. Die militant geführten, zunächst ökonomischen Kämpfe gegen die zunehmende Verschlechterung der Lebensbedingungen, Demonstrationen und massenhaften Beschaffungsaktionen von Lebensmitteln vor allem in den Vororten von Buenos Aires, breiteten sich auf das ganze Land aus, entwickelten sich zu machtvollen Demonstrationen, Streiks und militanten Straßenkämpfen bis hin zu einem regelrechten Aufruhr. Die Kämpfe, die angesichts der zunehmenden Verarmung breiter Massen der Werktätigen spontan entstanden sind, richteten sich zunehmend nicht nur gegen die anhaltende Verelendung, nicht nur gegen eine bestimmte Regierung, sondern auch gegen die imperialistischen Oberherren des reaktionären argentinischen Staates, das imperialistische Finanzkapital, und die herrschenden Klassen Argentiniens selbst.

Auch durch Terror, parlamentarische Manöver oder vollmundig „antiimperialistisch" klingende Phrasen der Repräsentanten der Ausbeuterklassen in Argentinien wird es ihnen auf lange Sicht nicht gelingen, die Unzufriedenheit der Masse der Ausgebeuteten und Werktätigen in Argeninien aus der Welt zu schaffen. Denn die Kämpfe in Argentinien zeigen: So wie es ist, bleibt es nicht! Im Rahmen des imperialistischen Systems gibt es für die Ausgebeuteten und Unterdrückten keine Lösung!"

Das Flugblatt schildert zunächst detalliert den Verlauf der Kämpfe. Neben einem gesonderten Abschnitt mit dem Titel ***„Grundlegende Daten und Fakten zu Argentinien"***, der Grundinformationen zur Wirtschaft und Geschichte Argentiniens enthält, geht das Flugblatt ausführlich auf die geschichtliche und aktuelle ***Rolle des deutschen Imperialismus in Argentinien*** ein. Darin heißt es einleitend:

„Wenn auch die aktuellen Kämpfe gegen das imperialistische Finanzkapital heute in erster Linie gegen den momentan dominierenden US-Imperialismus gerichtet sind, werden die revolutionären Kräfte in Argentinien auch zunehmend den deutschen Imperialismus in die Schußlininie nehmen. Er ist ein Todfeind der Ausgebeuteten und Werktätigen Argentiniens, wie auch die Geschichte zeigt."

Insbesondere zur Zeit der nazifaschistischen Diktatur in Deutschland bot sich dem deutschen Imperialismus Argentinien vor allem aufgrund von drei Faktoren an: Zum einen durch die große Anzahl durch jahrzehntelange „Deutschtumsarbeit" deutschnational verhetzter ***„Auslandsdeutscher"***, die sich als zuverlässigste Kerntruppe der ideologischen und politischen Expansion des deutschen Imperialismus in Argentinien erwiesen. Zum anderen durch den nicht zu unterschätzen ***Einfluß auf den Polizei- und Militärapparat*** sowie die relativ ***starke wirtschaftliche Position*** der Konzerne des deutschen Imperialismus. Ein weiterer Anknüpfungspunkt war schließlich die demagogische Propaganda einer ***angeblich „antiimperialistischen" Politik*** Nazi-Deutschlands. Im gesonderten Abschnitt ***„Dankesschuld für alte Kameraden des deutschen Heeres" (Perón 1952)*** listet das Flugblatt einige „prominente" Beispiele der rund 30.000 geflüchteten Nazi-Schergen und -Kriegsverbrecher auf, die in Argentinien Unterschlupf fanden. Am Beispiel ***Mercedes-Benz in Argeninien***

geht das Flugblatt im Kästchen ***„Die linken Betriebsräte ermordet, ein represor zum Sicherheitschef ernannt – da widersprach im Werk niemand mehr....“*** Rolle deutscher Konzerne nicht nur als Blutsauger und Ausbeuter, sondern auch als Folterkomplizen und Unterdrücker der Werktätigen Argentiniens ein. Abschließend heißt es im Flugblatt:

*„Während der Kämpfe der letzten Wochen haben die ausgebeuteten Werktätigen Argentiniens erlebt, daß es möglich ist, in einer Stadt wie Buenos Aires - mit zeitweise 45.000 Polizisten und Militärs konfrontiert - militant zu demonstrieren und zu streiken, revolutionäre Gewalt anzuwenden.... Das alles sind unschätzbare Erfahrungen. Und doch wiesen die Mütter der Plaza de Mayo in einem Interview auf einen zentralen Mangel hin: **'Es fehlt sehr stark ein politisches Bewußtsein. Es gibt einen winzigen Ansatzpunkt im Bewußtsein der Leute, daß sie auf die Straße gehen müssen, weil sie nun schon die Erfahrung gemacht haben, daß sie imstande sind, einen Präsidenten zu verjagen...'** Dieses Bewußtsein - das ist den revolutionären Kräften Argentinien klar - kann nur eine **revolutionäre, am wissenschaftlichen Kommunismus, an den Lehren von Marx, Engels, Lenin und Stalin orientierten Kommunistischen Partei** schaffen. Eine Partei, die in ökonomischen und demokratischen Tageskämpfen eingreift, zu ihrer führenden Kraft wird und diese zunehmend gegen die Versklavung durch das imperialistische Weltsystem, gegen das kapitalistische System als tiefste und grundlegenste Ursache für Verelendung und Erwerbslosigkeit richtet und dabei die wichtigen Erfolge und Erfahrungen der aktuellen und vergangenen Kämpfe propagiert, aber auch die Mängel und Schwachpunkte der Massenbewegung kritisiert und bekämpft sowie die falschen Freunde entlarvt, die sich den kämpfenden Massen mit ihrer Ideologie des Reformismus, Nationalismus, sich links gebärdendem Peronismus oder Revisionismus anbiedern...“*

Das Flugblatt enthielt als Beilage das Plakat ***„Solidarität mit den Kämpfen der Werktätigen und Ausgebeuteten in Argentinien!“***

☆ ☆ ☆

Im Februar 2002 erschien das Flugblatt:

NPD und Verfassungsschutz:

Die Nazis mitten im Staatsapparat!

„Jeder Aktivistin, jedem Aktivisten im Kampf gegen die Nazis ist seit Jahren klar, daß es zahlreiche Verbindungen zwischen den Nazis und dem Staatsapparat des deutschen Imperialismus gab und gibt, daß die Nazis mit sehr viel Geld ausgestattet waren und sind. An den aktuell aufgeflogenen Fällen im Zusammenhang mit dem NPD-Verbotsverfahren sticht jedoch nicht zuletzt die merkwürdige 'Unverwundbarkeit' der hochrangigen Funktionäre der Nazis heraus. Die nun durch die inneren Widersprüche der verschiedenen Abteilungen des deutschen Imperialismus herausgekommenen Tatsachen werfen vor allem die Frage des Zusammenhangs zwischen den Nazi-Banden auf der Straße und den Nazis im Staatsapparat und überhaupt die Frage des Zusammenhangs der Nazi-Bewegung mit dem Staatsapparat des deutschen Imperialismus auf.“

Die Position, daß die Nazi-Banden auf der Straße mit weit über 100 Morden an Flüchtlingen, Obdachlosen und Linken, hunderten Brandanschlägen und tausenden brutaler Übergriffe mit schweren und schwersten Verletzungen als „Nazis“ und der Staatsapparat mit seinen „Ausländergesetzen“, Kriminalisierung sog. „Illegaler“, Mißhandlungen durch Polizei und BGS, mit seiner brutaler Abschiebehaft und seinem mörderischen Abschiebeterror gegen Flüchtlinge als „Staat“ eingeschätzt und in diesem Zusammenhang eben der Schwerpunkt auf den Kampf gegen den „offiziellen“ Terror durch die verschiedenen Abteilungen des deutschen Imperialismus gelegt wird, , ohne den Kampf gegen den „inoffiziellen“ Nazi-Terror zu vernachlässigen, war und ist sicher richtig:

„...Vernachlässigt wurde aber womöglich, in welchem Umfang gerade auch der Staatsapparat selbst, seine mittleren und anderen Ebenen direkt in das Nazi-Netzwerk eingebunden sind, die Nazis in diesen Teilen des Staatsapparates weiter an Einfluß auch gegen die Spitzen der bürgerlichen Parlamentsparteien gewonnen haben, die ihrerseits beginnen ängstlich zu wirken und mehr oder minder offen den 'Kompromiß' mit den Nazis suchen ...Vor dem Hintergrund der akzeptierten Koalition in Österreich, zwischen den 'normalen' reaktionären Parteien und den mehr oder minder offenen Naziparteien, der Koalition mit der FPÖ und Haider in Österreich oder der

Partei Berlusconis in Italien, wird leichter verständlich, daß es dem grundlegenden Interesse des deutschen Imperialismus entspricht, gerade auch durch nazifaschistische Abteilungen wie der NPD bestimmte Teile der Bevölkerung an sich zu binden und ideologisch und politisch den Druck auf eine Faschisierung des gesamten gesellschaftlichen Lebens zu legen."

Dabei ist es eine wichtige Aufgabe der Kommunistinnen und Kommunisten zu belegen, daß die Verankerung der Nazi-Bewegung im Staatsapparat des deutschen Imperialismus nicht in den 70er und 80er geendet hat und nicht „biologisch" an die Existenz der alten Nazis geknüpft ist, sondern daß vielmehr der ***Generationswechsel*** vor allem in den Kernbereichen des Staatsapparates, in seinen mittleren und anderen Ebenen, ***unter der Führung der alten Nazis durchgeführt und organisiert wurde***. Weiter heißt es im Flugblatt:

*„Der staatliche Terror gegen Menschen aus anderen Herkunftsländern wie gegen demokratische und revolutionäre Kräfte wird vom **gesamten** Staatsapparat mit seinen verschiedenen Organen ausgeübt: Von den Mitarbeitern der Ausländerämter, dem Wachpersonal in den Abschiebegefängnissen, den Polizeibeamten, die rassistische Razzien oder Abschiebungen durchführen, über die Betreiber und Mitarbeiter der "Zentralen-Ausländer-Sammellager", den Richtern und Staatsanwälten ...bis hin zu den Mitarbeitern der Geheimdienste...*

Vor diesem Hintergrund gilt es zu verstehen, daß der Kampf gegen die Nazis viel direkter mit dem Kampf für die Zerschlagung des Staatsapparat des deutschen Imperialismus zusammenhängt... daß der umfassende Kampf gegen die Nazis in den Kampf für die Zerschlagung des gesamten Staatsapparates des deutschen Imperialismus und für die Errichtung der Diktatur des Proletariats über die gestürzten Imperialisten, ihre Werkzeuge, die Nazis und alle anderen Reaktionäre, eingeordnet und diesem untergeordnet werden muß."

☆☆☆

Im März 2002 veröffentlichte "Gegen die Strömung" das Flugblatt:

Ex-Jugoslawien, Afghanistan, Usbekistan, Kuwait, Somalia...

Der deutsche Imperialismus beim dritten militärischen Anlauf für seine Weltherrschaftsziele!

„Nach dem Kampfeinsatz der Bundeswehr im Krieg in und um Afghanistan ist eine neue Etappe der militärischen Eskalation erreicht ... Zugleich sind in den letzten Monaten Momente einer sich verschärfenden Rivalität gegen den US-Imperialismus deutlich geworden, gerade hinsichtlich eines in Planung befindlichen Kriegs gegen Irak. Von den Politikern, Medien und 'Militärspezialisten' des deutschen Imperialismus wurde gleichzeitig eine Kampagne losgetreten, wie 'unzureichend ausgerüstet', 'schwach', 'nicht einsatzfähig' die Bundeswehr angeblich sei. Was steckt dahinter?"

■ *Aktuelle Bestandsaufnahme:*
Sprunghafte Ausdehnung der Militärstützpunkte und Kriegseinsätze der Bundeswehr und offen bekundete Distanz zum US-Imperialismus

In enormem Tempo nutzt der deutsche Imperialismus die augenblickliche Lage zur weiteren Aufrüstung und Ausdehnung seiner Militärsützpunkte: ein deutscher Flottenverband und andere Bundeswehrteile liegen vor Djibouti und Somalia, deutsche Marineflugzeuge sind in Kenia stationiert, deutsche Spezialtruppen wurden nach Kuwait entsendet, ein Bundeswehr-Stützpunkt in Usbekistan geschaffen. Insgesamt sind heute ca. 10.000 Bundeswehrsoldaten im „Auslandseinsatz". Durch die mit ungeheurem Tempo vorangetriebene Militarisierung in allen gesellschaftlichen Bereichen hat der deutsche Imperialismus auch große Teile der Linken überrumpelt, die ideologisch und politisch den Zusammenhang zwischen den zunehmenden Militäreinsätzen und den grundlegenden weltweiten imperialistischen Zielen des deutschen Imperialismus nicht sehen und dabei mit dem Festhalten an der These der angeblichen „Supermacht" des US-Imperialismus, der der deutsche Imperialismus militärisch niemals ernsthaft Paroli bieten könne, die Stärke und Gefährlichkeit des deutschen Imperialismus bagatellisieren.

■ *Mittelfristige Bestandsaufnahme:*
Groß angelegtes Aufrüstungsprogramm im Interesse der Weltherrschaftsziele des deutschen Imperialismus, für eine Bundeswehr, „die interventionsfähig ist, die den Frieden er-

zwingen und sichern kann, wo immer es notwendig sein wird" (Admiral a.D. Weisser)

Die aktuelle Bestandsaufnahme der Machenschaften des deutschen Militarismus sind in Wirklichkeit nur zu verstehen in der Perspektive der nächsten 10 bis 20 Jahre. Mittelfristig geht es darum, die Bundeswehr mit einem gigantischen Aufrüstungsprogramm von über 110 Milliarden Euro in den nächsten fünf bis zehn Jahren in die Lage zu versetzen, „auf gleicher Augenhöhe" mit den anderen imperialistischen Großmächten in aller Welt nicht nur lokale „Stellvertreterkriege", sondern auch groß angelegte Kriege zu führen.

■ *Langfristiges Kriegsziel des deutschen Imperialismus:*

Im dritten Anlauf zur Weltherrschaft - „Nach außen gilt es, etwas zu vollbringen, woran wir zweimal zuvor gescheitert sind"(Ex-Außenminister Kinkel)

In einem gesonderten Abschnitt geht das Flugblatt auf die ***besondere Aggressivität des deutschen Imperialismus*** und das imperialistische Deutschland als ***eigenständiger Kriegsherd*** ein. Im Anschluß wird dargelegt, daß unbeschadet der momentanen Überlegenheit insbesondere des US-Imperialismus über den deuschen Imperialismus die Gesamtheit der grundlegenden Faktoren nicht außer acht gelassen werden darf, die auf weitere Sicht für die Verschärfung der Gegensätze zwischen den Imperialisten bis hin zum imperialistischen Krieg zwischen ihnen ausschlaggebend sind, u.a.:

„- Die militärische Schlagkraft des deutschen Imperialismus ist nicht nur wegen dessen großem ökonomischem Potential noch ***enorm steigerbar****, sondern gerade auch wegen seiner Fähigkeit, das ganze Land in eine Art gutfunktionierende Kriegsfabrik zu verwandeln. Die besondere Ausprägung des Militarismus in Deutschland geht vor allem zurück auf das reaktionäre Preußentum...*

- Ohne den deutschen Imperialismus zur Zeit des Nazifaschismus mit dem deutschen Imperialismus heute gleichzusetzen, verdienen doch die damaligen militärischen Erfahrungen auch für heute Beachtung. Trotz 'heimlicher' Aufrüstung waren die militärischen Kräfte des deutschen Imperialismus noch am Ende der Weimarer Republik sehr gering im Vergleich mit den USA, Frankreich oder England .... Ausschlaggebend war, daß es innerhalb weniger Jahre gelang, mittels der 'Blitzkriegstrategie' große Teile Europas zu unterwerfen und sich deren militärisches Potential, deren Waffenproduktion, Rohstoffe usw. anzueignen...

- ...Für die Erfolgsaussichten des dritten Anlaufs des deutschen Imperialismus im Kampf um die Weltherrschaft hat eine entscheidende Bedeutung, ob es den deutschen Imperialisten gelingen wird, im Konkurrenzkampf gegen die anderen imperialistischen Großmächte große Teile der ehemaligen Sowjetunion...mehr oder weniger direkt in ihren Macht- und Herrschaftsbereich einzubinden, um deren enormes Potential (vor allem an Rohstoffen, die für die Kriegführung unerläßlich sind) für sich in die Waagschale zu werfen.."

■ *Kampf für die Zerschlagung der Bundeswehr, die mörderische Maschinerie des deutschen Imperialismus, Militarismus und Revanchismus!*

„...Die systematische Entlarvung sämtlicher Operationen dieser imperialistischen Bundeswehr über Jahre, ja Jahrzehnte hinweg ist entscheidender Ansatzpunkt, damit zunächst aus Tageskämpfen gegen dieses oder jenes Verbrechen der Bundeswehr schließlich Kämpfe werden, die unter Führung einer wirklich kommunistischen Partei das ganze System des deutschen Imperialismus, Militarismus und Revanchismus in Frage stellen. Es geht darum im revolutionären Bürgerkrieg den Sturz der Bourgeoisie zu erkämpfen, dann die Diktatur des Proletriats und die sozialistische Demokratie zu verwirklichen, um den Aufbau des Sozialismus und Kommunismus, die vollständige Vernichtung des Kapitalismus durchsetzen zu können..."

Kontakt über:

Buchladen Georgi Dimitroff

Speyerer Str. 23, D-60327 Frankfurt/M.

***Fax: +49 (0)69/ 73 09 20**

***E-Mail: buchladen@gegendiestroemung.org**

***http://www.gegendiestroemung.org**

(*Die Geheimdienste aller Länder nicht unterschätzen!)

Öffnungszeiten:

Freitag 16.30-19.30 Uhr

Samstag 10.00-13.00 Uhr

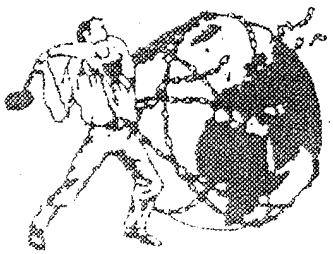
Vertrieb für Internationale Literatur

Brunhildstr. 5, D-10829 Berlin

Geöffnet:

Samstag 11.00-14.00 Uhr

Drucker, Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: A. Odenthal, Vertrieb für Internationale Literatur, Brunhildstr. 5, 10829 Berlin



Bulletin 2/02

zur Information der revolutionären, marxistisch-leninistischen Kräfte aller Länder

Auszüge und Zusammenfassungen aus den Publikationen von „Gegen die Strömung" – Organ für den Aufbau der Revolutionären Kommunistischen Partei Deutschlands: **April-Juni 2002**

Erscheint vierteljährlich auf Türkisch, Französisch, Englisch, Spanisch, Italienisch und Russisch

Das April-Flugblatt von „Gegen die Strömung", das zum 1. Mai erschienen ist, trug den Titel:

Die imperialistischen „Herren der Welt" haben NICHT „alles im Griff"!

Die gerechten Kämpfe der Ausgebeuteten und Unterdrückten in aller Welt lassen sich nicht aufhalten!

„Die bürgerlichen Medien verkünden, dass die imperialistischen Machthaber „alles im Griff" hätten und letztlich jeder Widerstand gegen ihre Herrschaft zwecklos sei. Um dieses verlogene Bild plausibel erschienen zu lassen, versuchen sie alle wirklichen Kämpfe gegen den Imperialismus international zu vertuschen, verbannen wichtige Kämpfe und Bewegungen wie in Südkorea, Nepal usw. in Randnotizen, verdrehen deren Charakter usw. Antirassistische Protestaktionen, antinazistische Kämpfe und gerade auch Protestaktionen in den Betrieben in Deutschland werden zumeist verschwiegen."

Im Folgenden werden in dem Flugblatt zunächst zwei herausragende Kampfbewegungen beispielhaft herausgestellt:

Von den hart kämpfenden Arbeiterinnen und Arbeitern in Südkorea lernen, ihren Kampf propagieren und unterstützen!

Aus den Aktionen, der seit Jahren wirklich kämpferischen und auch teilweise militanten Bewegung der koreanischen Arbeiterinnen und Arbeiter werden vier herausragende Aktionen kurz beschrieben. Unter großen Repressionen des reaktionären Staatsapparat wie brutalen Knüppeleinsätzen der Polizei, Verhaftungen und Verfolgung, führten die Arbeiterinnen und Arbeiter Streiks und Fabrikbesetzungen durch, teilweise mit Unterstützung von Studentinnen und Studenten, sowie Bäuerinnen und Bauern.

Den bewaffneten Befreiungskampf in Nepal gegen feudalistische Reaktion und imperialistische Knechtung unterstützen

Seit 1996 findet ein bewaffneter Befreiungskampf in Nepal statt.

„Basis des bewaffneten Kampfs sind vor allem die weiten, meist schwer zugänglichen und gebirgigen ländlichen Regionen Nepals....in denen die Massen der Großteils sehr armen Bäuerinnen und Bauern ohne Land oder ohne nennenswerten Landbesitz leben.....Sogar die bürgerlichen Medien müssen inzwischen zugeben, dass mehr als ein Drittel der 75 Bezirke Nepals weitgehend unter der bewaffneten Kontrolle der revolutionären Kräfte stehen."

Dabei sind wichtige Merkmale des Kampfes die breite Beteiligung von Frauen auch am bewaffneten Kampf, sowie die Verbindung des bewaffneten Kampfes mit einer breiten Massenbewegung der Ausgebeuteten nicht nur auf dem Land, sondern auch in den Städten.

Der nepalesische Saat reagiert auf den bewaffneten Kampf mit brutalstem Terror. Wobei gerade auch die deutschen Imperialisten die reaktionären Machthaber vor allem mit Waffenlieferungen und Maschinen zur Rüstungsproduktion unterstützen.

„Es ist die Pflicht der Arbeiterinnen und Arbeiter, aller fortschrittlichen Kräfte in Deutschland, diese und alle anderen Machenschaften des deutschen Imperialismus, womit sie den revolutionären Befreiungskampf in Nepal zu unterdrücken suchen, zu entlarven und zu bekämpfen. Wer ein solches Verbrechen hinnimmt oder gar unterstützt, macht sich mitschuldig

Gleichzeitig ist es Pflicht aller antiimperialistisch eingestellten Kräfte, den revolutionären Befreiungskampf in Nepal moralisch, politisch und materiell maximal zu unterstützen, was auch das Studium der Dokumente und die solidarische Debatte mit den sich an der roten Fahne des Kommunismus orientierenden Kräften in Nepal einschließt und erfordert."

Und hier in Deutschland?

„Gegen viele reaktionäre Vorstöße des deutschen Imperialismus wie vor allem seine Kriegspolitik hat es nur geringe oder vorübergehende, teilweise gar keine Proteste gegeben. Es herrscht ein erschreckender „Gewöhnungseffekt" gegenüber dieser „deutschen Normalität" vor, auch bei den sich als demokratisch und revolutionär verstehenden Kräften."

Im Folgenden werden dann einige Kämpfe und Aktionen gegen die mörderische Abschiebepolitik des vergangenen Jahres in Deutschland beleuchtet, die insbesondere auch von den betroffenen Flüchtlingen selbst organisiert und durchgeführt wurden.

Von besonderer Bedeutung ist auch die Kontinuität und Fülle der Kampfdemonstrationen gegen den Vormarsch der Nazis.

Verbindung aller Tageskämpfe zu einem einheitlichen Kampf gegen den deutschen Imperialismus und die Perspektive der proletarischen Revolution

Der Vormarsch und das immer frechere großmachtchauvinistische Auftrumpfen des deutschen Imperialismus nimmt immer mehr zu und zeigt in den letzen Monaten Momente einer sich verschärfenden Rivalität gegen den US-Imperialismus.

Es werden im weiteren Verlauf große tagespolitische Aufgaben aufgezählt, die es in Deutschland zu lösen gilt, u.a.:

- *„Den Kampf gegen die zunehmende stärker werdenden internationalen ökonomischen, politischen und militärischen Großmachtaktivitäten des Deutschen Imperialismus, Militarismus und Revanchismus"*
- *„Tatkräftige Unterstützung insbesondere der vom „eigenen", vom deutschen Imperialismus ausgebeuteten und unterdrückten Völker"*

Bei den tagespolitischen Aufgaben darf aber nicht stehengeblieben werden. Es geht darum die proletarische Revolution zum Sturz dieser Gesellschaftsordnung vorzubereiten, die demokratischen Kämpfe in diesen Kampf ein- und unterzuordnen, in der sozialistischen Revolution, im revolutionären Bürgerkrieg den bürgerlichen Staatsapparat zu zerschlagen und die Diktatur des Proletariats zu errichten.

Abschließend wird festgestellt:

*„Heute ist vor allem der **Kampf um den Aufbau einer revolutionären Kommunistischen Partei** entscheidend....."*

Proletarier aller Länder vereinigt euch!

Es muß eine entscheidende Schwäche auch der großartigen Kämpfe z.B. in Südkorea aufgedeckt werden.

„Es fehlt eine wirkliche internationalistische Verbundenheit der verschiedenen Klassenkämpfe in den fünf Erdteilen, in allen Ländern. Die Ursache ist - kurz gesagt - das Fehlen einer kraftvollen kommunistischen Weltbewegung."

„Es ist an den Kommunistinnen und Kommunisten aller Länder, auf der Grundlage des wissenschaftlichen Kommunismus .....den Aufbau wirklich kommunistischer Parteien als entscheidenden Hebel anzupacken, um sich entwickelnde revolutionäre Massenkämpfe erfolgreich anleiten zu können."

Das Flugblatt enthält einen Kasten zu Kämpfen in anderen Ländern im Verlauf des letzten Jahrs.

Die im Mai und Juni erschienenen Flugblätter drucken wir wegen ihrer großen politischen Bedeutung und um Sinnentstellungen infolge der Kürzungen zu vermeiden in voller Länge ab.

Flugblatt Mai 2002

Die erstarkende Feindschaft gegen die Juden in Deutschland bekämpfen!

„Er macht sich wieder breit, wird stärker, frecher, argumentiert scheinbar gar, gibt sich mal national, mal internationalistisch. Und er wird von Personen, die Name und Adresse haben betrieben. Er wird von scheinbar sich widersprechenden politischen Kräften propagiert von PDS bis Möllemann, von Schröder bis Walser und Mahler. Er hat seine Facetten und ein schier unerschöpfliches Arsenal an oft verblüffenden Dummheiten und abgrundtiefer Brutalität. Im Hintergrund: Nicht nur Pogrome, Vertreibung, Mord

und Raubmord, sondern die Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau, Treblinka, Sobibor, Chelmno, Majdanek-Lublin.... Die Rede ist vom Antisemitismus, der Feinschaft und dem Hass gegen die Juden.

Ganz aktuell schwimmt der Antisemitismus auf einer Welle, die so neu nicht ist: Um den `Zionismus` soll es momentan angeblich gehen, um den Krieg zwischen der israelischen Armee und den bewaffneten Kräften in den palästinensischen Autonomiegebieten, tönt es. Tatsache aber ist, dass Synagogen angezündet und angegriffen werden, dass `Tod den Juden' auf Transparenten zu lesen ist, dass zudem im faktischen Organ der PDS `Neues Deutschland' vom FDP-Möllemann der Wahlsieg von Haiders FPÖ als `Emanzipation der Demokraten gefeiert wird. Und aller Orten wird gemurmelt `Da ist doch was dran'. Lohnt es sich, solche `unter aller Kritik' stehenden Behauptungen aus dem Arsenal des Antisemitismus zu widerlegen? Nun, gegen eingefleischte Antisemiten kommt niemand mit Argumenten an, da müssen andere Mittel her. Aber immerhin ist auch eine gegen diese Strömung eingestellte Tendenz bei den demokratisch und revolutionär orientierten Kräften in Deutschland zu verzeichnen, die gestärkt und unterstützt werden muß. Insofern muß die These: `Die Juden sind selbst an der Judenfeindschaft schuld' Gegenstand unserer Kritik sein. Denn der sich verstärkende Antisemitismus ist eine zunehmend gefährlicher werdende Waffe des deutschen Imperialismus nach innen und nach außen."

Das ganze demagogische Denkmuster „Die Juden sind selbst schuld am Antisemitismus" ist tief verwurzelt in der Geschichte der Feindschaft gegen die Juden. Immer schon schoben die Judenfeinde scheinbare „Argumente" dieser Art vor: Der religiöse christliche Antisemitismus hatte die Floskel der christlichen Bibel, dass „die Juden" Schuld an der Kreuzigung von Jesus seien als Grund für Pogrome und Kreuzzüge. Der wirtschaftliche Antisemitismus behauptete als Legitimation für seine Raubmorde die „armen Leute" würden „von den Juden" durch Übervorteilung im Handel und Geldhandel ausgebeutet, die reichen Juden wären halt zu reich und die armen Juden wären halt zu arm. Der rassistische Antisemitismus der Nazis, der auf die vorangegangenen Aspekte nicht verzichtete, konzentrierte sich auf die Konstruktion einer angeblich „minderwertigen und lebensunwerten Rasse der Juden", die wie die als „Zigeuner" diffamierten Sinti und Roma zutiefst schlecht seien und nicht gebessert werden könnten, sondern wie Bazillen seien, mit denen man ja auch nicht verhandelt oder die man ja auch nicht erzieht, eben vernichtet werden müssen. Die bloße Existenz der Juden ist nach Ansicht der Antisemiten das Problem, würden sie nicht existieren, gäbe es auch keinen Grund mehr zur Feindschaft gegen die Juden.

Es ist bekannt, daß dieses Programm der Vernichtung der Juden durch die Nazis im großen Maßstab durchgeführt wurde. Doch ganz haben dies die Nazis trotz ihrer Deportationen in die Vernichtungslager, trotz ihrer Versuche der Nazi-Armee unter General Rommel, Palästina zu erobern, nicht erreicht. Die Rote Armee als Kern der Anti-Hitler-Koalition befreite Auschwitz und Europa von der Nazi-Mörder-Herrschaft, die Anti-Hitlerkoalition, darunter nicht wenige jüdische Soldaten und Partisanen, besiegte Nazi-Deutschland.

Der Nazifaschismus war militärisch besiegt, die große Masse der Nazis in Deutschland wechselten das Hemd und das Parteiabzeichen.

Deutschland wurde gemäß dem Potsdamer Abkommen 1945 besetzt. Die Nazi-Parole, dass der „Stärkere recht hatte" und die Tatsache, dass die Anti-Hitler-Koalition stärker war, führte in der Tat, gepaart mit dem schielen auf den momentan „Stärkeren" zu einer oberflächlichen Abwendung von Hitler. Und die Verbrechen der Nazis? Der Völkermord an den Juden, wurde von all jenen, die ihn nicht abstreiten oder abschwächen konnten, als große Schmach empfunden. Was aber schmerzte? Die ermordeten jüdischen Familien? In Einzelfällen vielleicht, aber was schmerzte war eigentlich, dass „Deutschlands Ehre" beschädigt sei!!

Der deutsche Nationalismus war der Grundton im propagandistischen Dreiklang der Nazis. „Deutschland erwache", bildete in vielerlei Hinsicht die Basis für „Juda verrecke" und „Tod dem Bolschewismus".

Wenn in einem Dreiklang der dritte Ton eine Weile zu fehlen scheint, dann schwingt er dennoch mit: Nach 1945 wurde ohne Pause am Wiederaufstieg „Deutschlands", des stark geschwächten deutschen Imperialismus gearbeitet. „Tod dem Bolschewismus", gerichtet gegen die siegreiche sozialistische Sowjetunion mit Stalin an der Spitze, wurde gar noch verstärkt. Und „Juda verrecke" schien verstummt zu sein. Ja, die alten Nazis, die wieder in Amt und Würde waren, schmückten sich vor allem international fast ohne Ausnahme mit „jüdischen Freunden", erwiesen scheinbar „Respekt" und hielten Sonntagsreden, wie schlimm alles gewesen sei, und dass jetzt alles besser werde.

Der deutsche Imperialismus erstarkte, die durch Bürokratismus und Revisionismus längst revolutionärer Inhalte beraubte, nun selbst imperialistisch auftretende Sowjetunion löste sich unter dem Druck der anderen imperialistischen Großmächte weitgehend auf, verkaufte vorher noch die ebenfalls vom Bürokratismus und Revisionismus zerfressene Karikatur auf einen sozialistischen Staat darstellende DDR an den deutschen Imperialismus. Deutsche Soldaten kämpfen gemeinsam mit dem feindlichen „Freund", dem US-Imperialismus in fast allen Erdteilen. Deutschland ist wieder erwacht. Alles

was nur im entferntesten am Bolschewismus erinnert, alles was nur nach Revolution riechen könnte wird bekämpft und die deutsche Geschichte scheint endgültig „bewältigt".

Die deutsche Basis ist erwacht, und der deutsche Überbau schreitet zu dem voran, mal mehr mal weniger. Die Revision der Geschichte, die Revision des Siegs der Anti-Hitler-Koalition über den Nazi-Faschismus hat längst begonnen. Das Umschreiben der Geschichte begann direkt 1945. Ab und zu gab es ein paar Skandale auf diesem Weg, die in größerem Umfang öffentlich wurden. Irgend jemand „störte" da, der dritte Ton des Dreiklangs der Nazi-Ideologie wurde mobilisiert. „Der Jude stört", das Credo des Antisemitismus nach Auschwitz wegen Auschwitz!! „Die Deutschen werden den Juden Auschwitz nie verzeihen", heißt es zu Recht sarkastisch und polemisch gesprochen: die Erinnerung an diese massenmörderische Tat des Nazi-Deutschlands, die in der bloßen Existenz überlebender Juden enthalten ist. Die heutige Fassung des „Juda, verrecke"!

„Der Jude stört" - tönte es als in Bitburg 1985 jüdische Demonstranten dagegen protestierten, dass von höchsten Repräsentanten des westdeutschen Imperialismus Kränze auch an Gräbern von SS-Mördern niedergelegt wurden.

„Der Jude stört" - tönte es als die Spitze deutscher Historiker mit Nolte 1989 im sogenannten „Historikerstreit" die Massenvernichtung der europäischen Juden als doch angeblich „berechtigte" Antwort auf den Bolschewismus „erklärte".

„Der Jude stört" beim Streben des deutschen Imperialismus, im Bündnis und in Rivalität mit dem US-Imperialismus wieder alte und neue Macht und Herrlichkeit in Europa und der Welt zu errichten.

Der Antisemitismus, auf der Straße durch Nazi-Schläger und Nazi-Mordbanden präsent, ist auch in den verschiedenen oberen Abteilungen des deutschen Imperiatismus - mal mit verteilten Rollen, mal in gleichem Tonfall -präsent, aktiv und zudem ein Trumpf-As im Ärmel, wenn es gilt, Hindernisse aus dem Weg zu räumen.

Schröder, Walser und Möllemann schrieben in den letzten Wochen, in denen auch in Deutschland verstärkt Tag und Nacht antisemitische Anschläge durchgeführt werden, in dieser unendlichen Geschichte das vorläufig aktuelle Kapitel.

Walser, praktizierender Antisemit, hatte vor Jahren bereits sein „Deutschland erwache" mit dem Kampf gegen die angebliche „Auschwitzkeule" als „Friedenspreisträger" unter dem tosenden Beifall der oberen Tausend des Überbaus des deutschen Imperialismus vorgetragen. Schröder, der vorschlug, dass endlich deutsche Soldaten im arabisch-israelischen Konflikt mal militärisch eingreifen und da für Ruhe und Ordnung sorgen sollten, so daß endlich mal wieder „normal" und im „Interesse des Friedens" deutsche Soldaten „Juden erschießen gehen", traf sich zum 8.Mai 2002 zur Aussprache mit dem literarischen Chef des Antisemitismus, Martin Walser, um über das Programm des „Deutschland erwache" zu schwadronieren.

Das war die politische Rückendeckung für die wenig später erfolgende Walser-Haß-Tirade über den „Tod des jüdischen Kritikers", den er herbeisehnt, der aber nicht kommt, immer noch nicht kommt, denn diese Juden sind zäh und ewig, klagen Deutschland an durch ihre bloße Existenz, so tönt es.

In dieser Zeitspanne eröffnete eine Abteilung des deutschen Imperialismus mit Möllemann an der Spitze die Kampagne, in Deutschland auch eine Abteilung ähnlich Le Pens und Haiders zu stabilisieren - mit dem Programm des Bündnisses mit diversen reaktionären Regimes des Erdballs in zunehmender Opposition gegen den US-Imperialismus und verschärftem Antisemitismus.

„Der Jude stört" auch bei diesen Manövern der führenden Persönlichkeiten des deutschen Imperialismus, er protestiert gar gegen die politische Popularisierung der antisemitischen Grundfigur, dass „der Jude doch selbst schuld sei", ohne Juden gäbe es auch keinen Antisemitismus, und wenn sie den Mund aufmachen würden, bekämen sie eben aufs Maul.

Obwohl es fast nebensächlich ist, dass Möllemann den sich verstärkenden Antisemitismus an der Person Michel Friedmanns und an der Person Sharons (an der heutigen Politik Israels) festmachte, und so den - aus seiner Sicht berechtigten - verstärkten Judenhaß legitimierte, sei folgende rhetorische Frage zur Widerlegung erlaubt:

Wäre Israel heute kein reaktionärer Staat, sondern ein fortschrittlicher Staat, der konsequent den deutschen Imperialismus anprangern und bekämpfen würde, wäre dann der Antisemitismus in Deutschland geringer?

Wäre Michel Friedmann, ein CDU-Mitglied und gewiß kein konsequenter Demokrat, um es vorsichtig auszudrücken, in seiner Funktion als Mitglied des Zentralrats der Juden in Deutschland, konsequenter, unerbittlicher, rücksichtsloser - wäre dann der Antisemitismus in Deutschland geringer?

Der Antisemitismus in Deutschland als fester Bestandteil der Ideologie der deutschen Herrenmenschen ist im Kommen, ist populär bis hinein in sich selbst gar als „links" begreifende Teile der Bevölkerung auf dem Weg des Aufstiegs des deutschen Imperialismus.

Der Antisemitismus muß von allen wirklich demokratisch und revolutionären Kräften konsequent und in allen Facetten als Todfeind bekämpft werden, in Solidarität mit den toten und lebenden Juden, im Bewußtsein, dass er gemeinsam mit dem deutschen Nationalismus und Antikommunismus einer der

schärfsten Waffen der deutsch-imperialistischen Reaktion ist.

GEGEN DIE STRÖMUNG, 30.5.2002

Das Flugblatt enthält auch einen Auszug aus „Rot Front" Nr.2, Resolution 3 der 2. Parteikonferenz von Gegen die Strömung, „Tod dem deutschen Imperialismus, Revanchismus und Militarismus!", Juli 1996, S. 68-70:

Den Antisemitismus bekämpfen!

„Antisemitismus nennt man die Verbreitung von Feindschaft gegen die Juden ... Auch in anderen Ländern hat man nicht selten Gelegenheit, zu sehen, daß die Kapitalisten Feindschaft gegen die Juden schüren, um den Blick des Arbeiters zu trüben, um seine Aufmerksamkeit von dem wirklichen Feind der Werktätigen - vom Kapital - abzulenken Schmach und Schande über den, der Feindschaft gegen die Juden, Haß gegen andere Nationen sät"
(Lenin, „Über die Pogromhetze gegen die Juden", 1919, Werke Band 29, S. 239/240)

Der Antisemitismus war die Ideologie, die in der Praxis der Nazi-Diktatur zum industriell und staatlich durch organisierten Völkermord an 6 Millionen Juden und Jüdinnen, vom Säugling bis zum Greis, beigetragen hat.

Der Antisemitismus in Deutschland hat eine viele Jahrhunderte alte Tradition, ist tief als negatives Erbe in der Geschichte des deutschen Volkes verwurzelt und reicht bis in die Reihen der Arbeiterbewegung. Er wurde keinesfalls erst durch die Nazifaschisten erfunden, er existierte auch in Westdeutschland von Anbeginn an und existiert heute in Deutschland in vielerlei Formen und Abstufungen. Nach der Ehrung der SS in Bitburg trat er wieder ungeniert an die Öffentlichkeit. Der Antisemitismus wurde für extrem rechte wie auch „linksliberale" Kreise wieder salonfähig und erstarkte.

Die jahrzehntelange zumindest in mancher Hinsicht an den Tag gelegte Zurückhaltung nach 1945 aufgrund der zu „frischen" Erinnerung an Auschwitz, das angebliche „Tabu" bezüglich der „Kritisierbarkeit von Juden", wird nun nach 40, 50 Jahren abgeschüttelt, und alte Vorurteile über angebliches „jüdisches Verhalten" erhalten freie Bahn. Gerade jene, die Auschwitz überlebt haben, die sozusagen eine lebendige Anklage gegen die Verbrechen der deutschen Imperialisten darstellen, werden diffamiert und angegriffen. Das geht bis zu dem infamen Vorwurf, daß nur die „Brutalsten" und „Skrupellosesten" angeblich dazu in der Lage waren, Auschwitz zu überleben. Das ist die besondere Form des Antisemitismus und der Judenhetze nach Auschwitz wegen Auschwitz!

Der Antisemitismus ist eine der extremsten Formen des Chauvinismus und Rassismus, bedroht unmittelbar die jüdische Bevölkerung in Deutschland und birgt die Gefahr von Pogromen in sich. Der Antisemitismus hat in den letzten Jahren extrem zugenommen. Verwüstungen und Zerstörungen von jüdischen Friedhöfen sind an der Tagesordnung, der antisemitische, nazifaschistische Terror reicht von Brandanschlägen auf die Gedenkstätte der ehemaligen Konzentrationslager Sachsenhausen und Buchenwald, über die Brandanschläge auf die Lübecker Synagoge bis hin zur brutalen Ermordung von Karl-Hans Rohn, der von den Nazis für einen Mann jüdischer Herkunft gehalten worden ist. Dies alles wurde möglich und angeheizt in der durch Repräsentanten des deutschen Staates verschärften antisemitischen Propaganda wie durch die salonfähig gemachte Leugnung des industriellen Völkermords in Auschwitz und in den anderen Vernichtungslagern.

Daher muß eine revolutionäre Kommunistische Partei in Deutschland den verschärften Kampf gegen den Antisemitismus in all seinen Formen führen und die jüdische Bevölkerung in Deutschland in ihrem Kampf gegen Diskriminierung und Verfolgung solidarisch unterstützen und die Geschichte ihres Kampfes propagieren.

Denn es ist wie Stalin sagte, daß „die Kommunisten als konsequente Internationalisten unversöhnliche und geschworene Feinde des Antisemitismus" sind.
Siehe Stalin, "Ober den Antisemitismus", 1931, Werke Band 13, S. 26.

Dabei gilt es gerade auch innerhalb der Arbeiterbewegung, keinerlei Zugeständnisse an pseudolinke, in Wirklichkeit antisemitische Auffassungen zu machen, wie etwa die Lüge, daß der Antisemitismus angeblich „antikapitalistische Elemente" habe. Schon Engels hat diese zutiefst reaktionäre Vorstellung bekämpft:

„Der Antisemitismus (...) dient daher nur reaktionären Zwecken unter scheinbar sozialistischem Deckmantel."
(Engels, "Über den Antisemitismus", 1890, Marx/Engels Werke, Band 22, S. 50)

In der Tradition von Marx und Engels muß dem Antisemitismus als einer durch und durch reaktionären Erscheinung der Ausbeuterordnungen unbarmherzig und vollständig der Krieg erklärt werden.

Dabei müssen in der Tradition des wissenschaftlichen Kommunismus, des Kampfes von Marx und Engels, aber gerade auch des wichtigen Kampfes von Lenin, Stalin und der Kommunistischen Internationalen, auch die Geschichte der Arbeiterbewegung, ihr Kampf zur Verteidigung der jüdischen Bevölkerung gegen die Angriffe der Antisemiten zur Zeit von Marx und Engels sowie die oft in der Hölle der KZs geführten Anstrengungen der Genossinnen und Genossen der KPD zum Schutz und zur Verteidigung der vom Antisemitismus direkt Betroffenen propagiert werden. Aber es müssen auch die Unterlassungen

und Fehler der kommunistischen und Arbeiterbewegung, insbesondere der KPD, ihrer Führer und ihrer Kader auf theoretischem, propagandistischem und direkt praktischem Gebiet erkannt und aufgedeckt werden, um bewußt aus diesen Kämpfen wirklich für heute lernen zu können.

Im Juni erschien das Flugblatt:

Die imperialistischen Großmächte hetzen die Völker gegeneinander, um ihre Expansion zu betreiben:

Die Masse der werktätigen Bevölkerung Israels und der palästinensischen Autonomiegebiete wird gemeinsam im Kampf gegen Imperialismus und Chauvinismus eine neue Seite ihrer Geschichte aufschlagen!

„Angesichts der aktuellen Ereignisse im Nahen Osten, dem militärischen Vorgehen der reaktionären israelischen Armee gegen die palästinensischen Autonomiegebiete und den zunehmend ausschließlich gegen die Zivilbevölkerung Israels gerichteten Bombenattentaten der reaktionären Hamas und anderer Organisationen werden die revolutionären Kräfte in der ganzen Welt sich gegen jede Hoffnung auf kurzfristige Lösungen wenden. Ihre, unsere Solidarität gilt den relativ gesehen sehr wenigen demokratisch und revolutionär orientierten Kräften in Israel, die gegen den polizeistaatlichen Terror Israels kämpfen und deshalb als „Vaterlandsverräter" und Helfer Palästinas gebrandmarkt werden, die sich für die Solidarität mit den geschundenen palästinensischen Massen, gegen deren ins rassistisch gehende Diskriminierung einsetzen und ihre „eigene" reaktionäre Regierung bekämpfen.

Ihre, unsere Solidarität gilt den relativ gesehen sehr wenigen demokratischen und revolutionären Kräften in der palästinensischen Bevölkerung, die keine Zugeständnisse an die reale Koalition von PLO und Hamas machen, die die reaktionäre Losung `Einsatz der Großmächte' bekämpfen und im Kampf für die eigenen Rechte gleichzeitig den Kampf gegen die arabische Reaktion , alle Erscheinungen des Antisemitismus und der pauschalen Diffamierung aller Israelis und `Juden' führen, was dazu führt, dass sie dem Verdacht der `Kollaboration mit Israel' ausgesetzt und oft genug von Hinrichtung und Vernichtung bedroht und betroffen sind.

Die revolutionären, am wissenschaftlichen Kommunismus orientierten Kräfte in der ganzen Welt wissen, dass nur die heute erst im Keim existierende jüdisch-palästinensische Solidarität den verfluchten Knoten der Feindschaft zwischen der Masse der Bevölkerung Israels und der Masse der Bevölkerung der palästinensischen Autonomiegebiete zerschlagen kann. Dies ist nur möglich im gemeinsamen Kampf gegen die imperialistischen Großmächte, (die diese Feinschaft schüren, um als angebliche `Friedensmächte' ihre Position auszubauen) und im Kampf gegen die `eigene' Reaktion eine grundsätzliche Lösung durchzusetzen- basierend auf der Idee zweier Staaten, die die damals noch sozialistische Sowjetunion 1947 unterstütze."

Die nachfolgenden Thesen sind erste Ergebnisse unserer Debatte über den Krieg zwischen Israel und den palästinensischen Autonomiegebieten, die wir hiermit zur Diskussion stellen.

Thesen

1. In den letzten 20 Jahren sind die imperialistischen Großmächte verstärkt dazu übergegangen, bestehende Konflikte in der Welt zu nutzen, um die Völker gegeneinander aufzuhetzen, in von beiden Seiten reaktionären Kriegen (wie im Iran-Irak Krieg), beide Seiten zu unterstützen, um solche Kriege anzuheizen und zu verlängern, Flächenbombardierungen einzusetzen wie im Krieg gegen Ex-Jugoslawien und sich national gebende Bewegungen wie im Kosova voll und ganz als Bodentruppen und Kanonenfutter zu benutzen. Die selbe Taktik erleben wir bei der Schürung des Konfliktes zwischen Indien und Pakistan um Kaschmir und gerade auch im Krieg zwischen Israel und den palästinensischen Autonomiegebieten. Dabei ist besonders auffallend, daß die PLO-Führung heute winselnd den US-Imperialismus und die europäischen imperialistischen Großmächte um „Hilfe" anbettelt und die pro-US-imperialistischen Reaktionäre in der Führungsspitze Israels zunehmend scheinbar oder auch wirklich auf Distanz zum US-Imperialismus gehen.

2. Eine aktuelle Einschätzung allein ohne geschichtlichen Hintergrund erlaubt jedoch keine wirkliche politische Einschätzung der Situation im Krieg zwischen Israel und den palästinensischen Autonomiegebieten. Die bloße Verurteilung des militärischen Vorgehens der israelischen Armee gegen die palästinensischen Autonomiegebiete, gegen die palästinensische Zivilbevölkerung und die palästinensischen bewaffneten Kräfte und eine bloße Verurteilung der vor allem von Hamas durchgeführten Attentate, die sich in erster Linie oder nur gegen die israelische Zivilbevölkerung richten und keineswegs „Aktionen der Verzweiflung" sind,

sondern Ausdruck einer reaktionären ideologisch-politischen Linie, bleibt zu sehr an der Oberfläche.

3. Bei diesen geschichtlichen Hintergründen ist der entscheidende Knotenpunkt die Debatte über den 1947 unter Federführung der damals sozialistischen Sowjetunion vorgeschlagenen Plan zur Gründung zweier Staaten, der aufgestellt wurde, nachdem eine gemeinsame Staatsgründung als gescheitert angesehen werden mußte. Wesentliche Basis dieser Vorschläge waren vor allem und in erster Linie die Erfahrungen des Befreiungskrieges gegen Nazideutschland und auch grundsätzliche Überlegungen über die Geschichte der jüdischen Bevölkerung und der palästinensischen Bevölkerung.

4. Die Nazifaschisten hatten überall auf der Welt in ihrem imperialistischen Kampf gegen den englischen Imperialismus korrupte führende Persönlichkeiten, die in der anti-englischen Bewegung in kolonial unterdrückten Ländern Einfluß hatten, gekäuft und massiv politisch und militärisch unterstützt - so in Indien, Irland, aber eben auch in den allermeisten arabischen Ländern, insbesondere in Palästina mit dem Mufti von Jerusalem an der Spitze. So entwickelte sich der angeblich "antiimperialistische" Befreiungskampf gegen den englischen Imperialismus, der in seiner Kolonie Palästina die Massen jüdischer und palästinensischer Nationalität gegeneinander aufhetzte, in einen pronazistischen, von Nazideutschland teils unterstützten, teils angeleiteten Kampf, worin der verbrecherische „Kampf gegen das Weltjudentum“ mit seiner eliminatorischen Komponente entscheidenden Einfluß hatte. Verkörperung dieser Grundtendenz war der Mufti von Jerusalem, der bis heute als sogenannter „palästinensischer Patriot“ gefeiert wird. Er half den Nazis, bosnisch-muslimische SS-Einheiten aufzubauen und bekam für seine „Verdienste“ in Nazi-Deutschland „Asyl“. Die große Mehrheit der verfolgten jüdischen Bevölkerung beteiligte sich dagegen direkt oder indirekt am welthistorischen Befreiungskampf gegen den Nazifaschismus der in der Anti-Hitler-Koalition vereinigten Staaten und Völker.

5. Reaktionäre arabische Staaten akzeptierten den Plan zur Gründung zweier Staaten nicht und begannen den ersten Krieg gegen Israel 1948. Die führende Schicht in Israel entwickelte sich vor dem Hintergrund des Bruches der Anti-Hitlerkoalition zu vom US-Imperialismus abhängigen Kräften, die mit dessen Hilfe die Situation nutzten, um für den US-Imperialismus gegen den englischen Imperialismus vorzugehen und Israel entgegen dem Plan der Gründung zweier Staaten schon 1948 territorial zu erweitern. Vor, während und nach diesem Krieg kam es in der Tat zu Massakern an palästinensischen Dörfern vor allem durch reaktionäre israelische Organisationen. Reaktionäre arabische Staaten förderten zudem die Flucht der palästinensischen Bevölkerung indem sie rasche Rückkehr in ein paar Wochen, nachdem angeblich Israel militärisch zerschlagen sein würde, in Aussicht stellten. Seitdem existiert das Problem hunderttausendfacher Flucht. Die palästinensischen Flüchtlinge, ihre Kinder und Enkel, leben bis heute in Flüchtlingslagern.

6. Israel wurde zunehmend zu einem Stützpunkt des US-Imperialismus im Nahen Osten militärisch aufgerüstet, unterstützte ideologisch und praktisch seine weltweiten Verbrechen (Pinochet, die Contras in Nicaragua ...), ohne daß der US-Imperialismus auf seinen massiven Einfluß in anderen arabischen Staaten verzichtete. Arabische reaktionäre Staaten ihrerseits wurden auch von anderen imperialistischen Großmächten, insbesondere auch der sozialimperialistischen Sowjetunion aufgerüstet und in den Rivalitäten der Großmächte als Werkzeuge verwendet.

7. Die Schaffung der PLO als nationale Befreiungsbewegung Schulter an Schulter mit anderen revolutionären-demokratischen Organisationen in der ganzen Welt - unterstützt von den demokratischen, revolutionären und kommunistischen Kräften in Israel - krankte von Anfang an an fundamentalen Fehleinschätzungen in folgenden Punkten:

* Prinzipielle Ablehnung des von der damals sozialistischen Sowjetunion mit Stalin an der Spitze vorgeschlagenen Plans zur Gründung zweier Staaten von 1947 und des Rechts auf eigenständige staatliche Existenz Israels.

* Orientierung auf die reaktionären Regimes der arabischen Staaten und die These der „einen arabischen Nation“.

* Keine korrekte Einschätzung der reaktionären, pronazistischen Einflüsse in der vorangegangenen Etappe anti-englischer palästinensischer Bewegungen.

* Verleugnung des nationalen Elements bei der jüdischen Bevölkerung in Israel und Reduzierung auf ein angeblich bloßes „Religionsproblem“.

* Keine korrekte Einschätzung, daß die Sowjetunion zur Zeit Breshnews eine revisionistisch-kapitalistisch-imperialistische Macht war, was dazu führte, daß die PLO schon in den 70er Jahren ins Fahrwasser revisionistischer-prosowjetischer Kräfte geriet.

8. Unter anderem auch durch diese Fehleinschätzungen kam es zunächst 1970 zu dem bisher größten Massaker an der palästinensischen Befreiungsbewegung - durchgeführt vom jordanischen Staat unter Führung des US-Imperiatismus -, dem sogenannten „Schwarzen September“ mit über 20.000 ermordeten Palästinenserinnen und Palästinensern. Wahrlich ein „Chile“ im Nahen Osten!

Systematisch wurde vom US-Imperialismus und anderen imperialistischen Großmächten der Einfluß auf die PLO vergrößert, um sie in ein Werkzeug der

Aufhetzung der Völker zu verwandeln und jegliche eigenständigen revolutionären demokratischen Elemente zu zerstören. Das ist heute fast oder ganz gelungen. Die PLO-Administration lebt von den Geldern der imperialistischen Großmächte und der arabischen Reaktion und ist keinesfalls eine unabhängige Kraft - abgesehen davon, daß von revolutionären oder gar kommunistischen Idealen, ja nicht mal mehr der Sprache nach die Rede sein kann.

9. In den letzten Jahren hat zudem angesichts der proimperialistischen Finanzierung der PLO-Administration die reaktionäre Hamas-Bewegung in der palästinensischen Bevölkerung als scheinbar „radikalere" Kraft massiv an Boden gewonnen. Abkommen und Übereinkünfte offizieller und inoffizieller Art mit der PLO bei gleichzeitiger Abhängigkeit der Hamas von reaktionären arabischen Staaten haben zu einer desolaten Situation geführt, in der jede demokratisch-revolutionäre palästinensische Stimme buchstäblich sofort um das Überleben kämpfen muß. Die durch die israelische und arabische Reaktion leidgeprüften Massen der palästinensischen Bevölkerung sind heute real ohne demokratisch-revolutionäre Führung.

10. Der deutsche Imperialismus spielt schon immer sein schmutziges Spiel in dieser Angelegenheit. Mit der Doppelstrategie der angeblich „besonderen Beziehungen zu Israel" wurde zunächst jede pro-US-amerikanische Aggression und Expansion unterstützt, während gleichzeitig und traditionell auch immer auf die Seite der reaktionären arabischen Staaten gesetzt wurde. Zehntausende von Nazi-Funktionären hatten schließlich nach 1945 Zuflucht in Syrien, Ägypten, Irak usw. gefunden und waren als Militär-, Geheimdienst- und Folterexperten begehrt und zudem behilflich bei der Ankurbelung der Importe und Exporte. Nie und nimmer ging es um Unterstützung einer gerechten Sache, immer um Vergrößerung des Einflusses des deutschen Imperialismus in diesen weltpolitisch und ökonomisch wichtigen Gebieten.

11. In Westdeutschland holten sich die Nazis, die nach 1945 in SPD, FDP und CDU ihre „neue Heimat" fanden, als angeblich „proisraelisch" Absolution. Sie rangelten von Anfang an mit offenen antisemitischen Reaktionären, die die israelische Führung mit ganz Israel und vor allem Israel mit den Juden überhaupt gleichsetzten und an den nazistischen Traditionen der Zusammenarbeit mit reaktionären arabischen Kräften anknüpften.

Dazu kommt eine Nazi-Bewegung in Deutschland die schon länger, nun aber in zunehmendem Tempo Kontakte zu sich als „islamistisch" bezeichnenden Organisationen zwecks militärischer Ausbildung und Logistik aufnimmt, so daß im weltweiten nazistischen Netz der bewaffneten pronazistischen Kräfte - von Hamas bis Ustascha-Kräften über bosnische Faschisten - eine „Heilige Allianz" gebildet wurde nach dem Vorbild Nazideutschlands, in dem deutsche Nazis mehr und mehr an Gewicht erhalten. Diese „Heilige Allianz" lässt sich insbesondere auch an den weltweiten Konferenzen der Holocaust-Leugner belegen, die immer öfter unter führender Beteiligung von deutschen Nazis zusammen mit arabisch-pronazistischen Kräften und anderen pronazistischen Gruppen aus aller Welt stattfinden.

Es zeichnet sich ab, daß die gewaltige antisemitische Welle in Europa und insbesondere in Deutschland zu einem reaktionären Bündnis bestimmter offizieller Abteilungen des deutschen Imperialismus mit nazistischen Organisationen, palästinensischen Organisationen und Teilen von sich selbst als „links" bezeichnenden Kräften führte. Dies ist der Hintergrund, daß bis hinein in das Lager verschiedener antinazistischer örtlicher und überregionaler Gruppen eine gewaltige Konfusion entsteht und palästinensische und israelische Fahnen schwingende Gruppen ihre destruktive Wirkung entfalten, die wir auf allen Ebenen bekämpfen müssen.

12. Unsere Aufgaben heute im Sinne des proletarischen Internationalismus sind vielfältig:

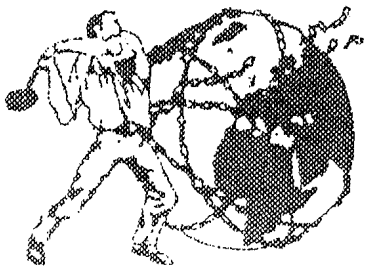
* Es gilt, alle israelischen und palästinensischen Kräfte, die wirklich eine revolutionäre, gegen den Imperialismus und die innere Reaktion gerichtete Linie erkämpfen, in ihrer Zusammenarbeit zu stärken und zu unterstützen.

* Dabei müssen die Machenschaften der imperialistischen Großmächte und der inneren Reaktion entlarvt werden, die Völker gegeneinander aufzuhetzen, den israelischen und arabischen Nationalismus zu schüren. Es gilt die Manöver der imperialistischen Großmächte zu entlarven, die mit friedlich-neokolonialistischen und kriegerischen Mitteln ihren Einfluß und ihre Stützpunkte im Nahen Osten versuchen auszubauen.

* Dabei liegt der Schwerpunkt der Entlarvung für uns auf den Machenschaften des deutschen Imperialismus, dessen Politiker teils getrennt teils im gleichen Atemzug die reaktionären Kräfte Israels und der palästinensisch-arabischen Reaktion unterstützen, um in Zusammenarbeit, vor allem aber auch in imperialistischer Rivalität mit dem US-Imperialismus und anderen imperialistischen Großmächten ihren Einfluß im Nahen Osten zu vergrößern.

* Gleichzeitig und in gewisser Weise vorrangig gilt es hier in Deutschland einen gewaltigen ideologischen und politischen Kampf gegen antisemitische und antimoslemische deutsch-nationale und nazistisch geprägte Entwicklungen zu führen. Die israelisch-palästinensischen Kämpfe sind dabei lediglich ein Anlaß, nicht Ursache dieser rassistischen Ideologie und Politik der verschiedenen Abteilungen des deutschen Imperialismus.

Drucker, Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: A. Odenthal, Vertrieb f. internat. Literatur, Brunhildstr. 5, 10829 Berlin



Bulletin 3/02

zur Information der revolutionären, marxistisch-leninistischen Kräfte aller Länder

Auszüge und Zusammenfassungen aus den Publikationen von „Gegen die Strömung" – Organ für den Aufbau der Revolutionären Kommunistischen Partei Deutschlands: **April-Juni 2002**

Erscheint vierteljährlich auf Englisch, Französisch, Italienisch, Niederländisch, Russisch, Spanisch und Türkisch

Das Juli -Flugblatt von „Gegen die Strömung" trug den Titel:

Das Dilemma der von der Gewerkschaftsbewegung abhängigen Streikbewegung:

Der Bauarbeiterstreik im Juni 2002

„Vom 17.6.2002 bis zum 26.6.2002 streikten zum erstenmal seit 1945 insgesamt ca. 32.000 Bauarbeiterinnen und Bauarbeiter auf ca. 2800 Baustellen in ganz Deutschland für bessere Arbeitsbedingungen und Lohnerhöhungen. So wichtig und notwendig diese für viele Arbeiterinnen und Arbeiter ersten Kampferfahrungen seit Jahrzehnten sind, zeigt aber auch dieser Streik das Dilemma von Kämpfen, die unter der Kontrolle der DGB-Führung und des DGB-Apparats stehen.

Erstens wird für unzureichende Forderungen (4,5 Prozent für alle Tarifarbeiterinnen und -arbeiter) mobilisiert, der Streik abgewürgt, wenn die Forderungen gerade mal zur Hälfte „durchgesetzt" sind, was dann auch noch als großer Erfolg verkauft wird. Damit sind Demoralisierung und Resignation gerade auch bei den kämpferischen Kolleginnen und Kollegen vorprogrammiert.

Zweitens zeigt sich auch gerade an diesem Streik, wie durch staatstragend-chauvinistische Politik der Gewerkschaftsführung die reaktionäre Bindung der Masse der Arbeiterinnen und Arbeiter an den deutschen Imperialismus vorangetrieben und zementiert wird. Denn nur vordergründig gilt bei ihnen „gleicher Lohn für gleiche Arbeit" für alle Arbeiterinnen und Arbeiter. In Wirklichkeit richtet sich ihre chauvinistische Politik gerade gegen die am meisten ausgebeuteten und entrechteten Arbeiterinnen und Arbeiter aus anderen Herkunftsländern, die gezwungen sind, hier ohne Papiere zu leben und zu arbeiten"

In dem Flugblatt wird zunächst über den Verlauf des Streiks berichtet und die Solidarität der Arbeiter und Arbeiterinnen aus anderen Ländern hervorgehoben, die sich weigerten als Streikbrecher eingesetzt zu werden.

Sich auf die eigene Klassenkraft verlassen, den Kampf in die eigenen Hände zu nehmen!

Dies ist auch die Lehre aus diesem Streik nachdem die IG BAU-Führung ihr mehr als mageres Verhandlungsergebnis als „großen Erfolg" verkaufte und den Streik abbrach.

Wie die chauvinistische Politik der IG-BAU-Führung die Konkurrenz zwischen den Arbeiterinnen und Arbeitern schürt!

Die Forderung 4,5 % Lohn für alle zementiert die Spaltung der Arbeiterinnen und Arbeiter in der Bauindustrie.

„Um der Forderung 'gleicher Lohn für gleiche Arbeit' wirklich Geltung zu verschaffen, hätte für Ostdeutschland eine ca. 8 prozentige Lohnerhöhung gefordert werden müssen."

Für die, die in großer Anzahl auf den Baustellen zu Hungerlöhnen und unmenschlichen Arbeitszeiten sogenannten „illegalen" Arbeiterinnen und Arbeiter beschäftigt sind, stellte die IG-BAU-Führung keine Forderung auf.

„Sie sieht die 'Illegalen' nur als Konkurrenz, die es buchstäblich mit allen Mitteln konsequent zu unterbinden gelte."

Die IG-BAU-Führung propagiert ein Spitzelwesen auf den Baustellen und die Abschiebung der „Illegalen" in ihre Herkunftsländer.

„Jede Forderung nach Beschränkung des Zuzugsrechts und des ungehinderten Zugangs nach Deutschland für Arbeiterinnen und Arbeiter aus anderen Ländern ist zutiefst reaktionär. Der notwendige Zusammenschluss über die Grenzen des 'eigenen' Landes hinweg mit den Arbeiterinnen und Arbeitern aller Länder ist unmöglich, wenn nicht umfassend für die gleichen Rechte aller Arbeiterinnen und Arbeiter unabhängig von ihrer Herkunft gekämpft wird. Das schließt auch das Recht auf ungehinderten Zuzug ein."

Für den proletarischen Internationalismus! Gegen die reaktionäre Politik der IG BAU gegen die Kollegen und Kolleginnen aus anderen Ländern!

Vereinzelt gibt es in den Reihen der IG-BAU Stimmen gegen die chauvinistische Politik der IG-BAU-Führung. Eine Kollegin aus Hamburg forderte:

„Auf dem Bau muß wieder Solidarität einkehren. Unser Motto muß lauten Arbeiter aller Länder vereinigt euch".

Zusammenschluß der kämpferischsten Kolleginnen und Kollegen für eine revolutionäre Perspektive!

In diesem Abschnitt geht das Flugblatt darauf ein, dass die revolutionäre Perspektive mit den Tageskämpfen verbunden werden muß, die ihr untergeordnet sind.

„Das bedeutet, dass das kapitalistische Ausbeutersystem mit allen seinen Wurzeln in der sozialistischen Revolution zerschlagen, die revolutionäre Demokratie entfaltet werden muß, um eine sozialistische und dann kommunistische Gesellschaft zu erkämpfen."

Flugblatt August 2002

Den Kampf der Roma aus dem ehemaligen Jugoslawien gegen den mörderischen Abschiebeterror des deutschen Imperialismus unterstützen!

„Seit Ende April 2002 führen über 700 Roma aus Serbien und Montenegro den Kampf gegen ihre drohende Abschiebung durch den deutschen Staat und ein uneingeschränktes Bleiberecht. Nach der Wiederaufnahme des sogenannten „deutsch-jugoslawischen Rückführungsabkommen" aktuell für Flüchtlinge aus Serbien und Montenegro – sind mehrere Tausend Flüchtlinge vor allem die Roma aus diesem Teilen des ehemaligen Jugoslawien akut von der Abschiebung durch den deutschen Imperialismus bedroht. Mit ihrem entschlossenen Kampf gegen die Abschiebemaschinerie des deutschen Imperialismus führen die Roma aus dem ehemaligen Jugoslawien auch den Kampf gegen die ungebrochenen Kontinuität der staatlichen Verfolgung und den Antiziganismus in Deutschland, der die Sinti und Roma seit Jahrhunderten verfolgt und sich in der Zeit des Nazifaschismus bis zum staatlich organisierten und durchgeführten Völkermord an ca. 500.000 Sinti und Roma aus ganz Europa steigerte.

Viele sind infolge der in den letzten 10 Jahren wegen den von imperialistischen Großmächten, vor allem des deutschen Imperialismus angefachten und angezettelten reaktionären Kriege .....und den daran anschließenden Vertreibungen vor allem auch aus dem Kosowo nach Deutschland geflüchtet."

Gegen ihre Abschiebung nach Serbien, Montenegro und in den Kosowo, wo sie von einer elenden Lebenslage bis hin zu Pogromen und Ermordung bedroht sind kämpfen die Roma nun schon monatelang. Der deutsche Polizeiapparat reagiert hierauf mit Terror gegen die Roma.

Dzoni Sichelmann (Sprecher des Zentrum für Integration, Anerkennung und Befreiung der Roma in Deutschland) prangert unter anderem an:

„Roma und Sinti waren wie die Juden Opfer der mörderischen NS-Rassenpolitik. Doch leider haben wir keine Lobby. Daher werden die Roma einfach vergessen. Niemand zwingt die Regierung ihrer historischen Verantwortung gerecht zu werden. Wenn die Roma abgeschoben werden, beteiligt sich die Bundesregierung wieder an ihrer Verfolgung"

Die mörderische Abschiebepolitik des deutschen Imperialismus durch „Rückführungsabkommen"

Mehrere zehntausend Roma aus Serbien und Montenegro, allein 40.000 aus Nordrhein-Westfalen, sollen im Rahmen eines bereits 1996 mit der reaktionären Milosevic-Regierung abgeschlossenen Abschiebeabkommens abgeschoben werden.

„Schon die Wortwahl und Sprache zeigt deutlich, dass der deutsche Imperialismus sich auch heute der sterilen Verwaltungssprache ähnlich wie die Nazis bedient, wenn laut offizieller Sprachregelung nicht von Abschiebung gesprochen wird sondern so schöne Worte Wie „Reintegration" oder „Rückführung" benutzt werden, wie bei einer Dienstleistung für Flüchtlinge."

Den Kampf der Roma gegen Abschiebung mit allen Kräften unterstützen!

„....bedeutet auch gegen den verfluchten Chauvinismus und Rassismus, gegen den widerlichen Antiziganismus für den internationalistischen Zusammenschluss mit den gegen ihre Abschiebung kämpfenden Roma wie mit allen vom Abschiebeterror des deutschen Staates Bedrohten zu kämpfen und diesen Kampf zu propagieren.

Ohne einen solchen demokratischen Kampf kann an einen wirklich revolutionären Kampf für den Sozialismus und den Kommunismus unter der internationalen Losung „Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch! Noch nicht einmal gedacht werden."

Das Flugblatt enthält Kästen zu:
Nazimord an Ahmed Sharlak im saarländischen Sulzbach am 9.8.2002, Rassistische Hetze in den bürgerlichen Medien gegen den Kampf der Roma, Den Antiziganismus bekämpfen! Ein Auszug aus Rot Front Nr. 2, Die ungebrochene Tradition des Rassismus gegen die Sinti und Roma in Deutschland!

Flugblatt September 2002:

Aus Dimitroffs Kampf gegen den Nazifaschismus lernen!

„Die meisten der antifaschistischen Gruppen in Deutschland konzentrieren sich auf den Kampf gegen die Nazi-Organisationen vor Ort und beschäftigen sich mit den aktuellen Erfahrungen der antifaschistischen Kämpfe in Deutschland. Wer sich etwas tiefgehender mit den bereits vorhandenen geschichtlichen Erfahrungen des Kampfes gegen Nazi-Faschismus und voranschreitende Faschisierung des Staatsapparats beschäftigt, wer

versucht, den heute stattfindenden Kämpfen durch die Auswertung der großen internationalen antifaschistischen Kämpfe Klarheit zu verleihen und ihre Schlagkraft zu steigern, der kommt um Georgi Dimitroffs Kampf, seine Erfahrungen und Richtlinien im Kampf gegen den Faschismus, insbesondere den deutschen Nazi-Faschismus, nicht herum.

Georgi Dimitroff erlangte 1933 als Angeklagter im Reichstagsbrandprozeß aufgrund seiner furchtlosen und politisch hervorragenden Verteidigung, die sich in eine Anklage gegen die von den Nazis begangenen Verbrechen verwandelte, internationales Ansehen und Berühmtheit. Das von ihm als Vorsitzender der kommunistischen Internationale auf dem VII. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale 1935 gehaltenen Hauptreferat zum Kampf gegen den Faschismus wertete die Erfahrungen, Erfolge und Niederlagen des in vielen Ländern geführten antifaschistischen Kampfes aus und legte die Linie für den notwendigen Massenkampf gegen den Faschismus dar. Wer dieses Referat sowie die beiden weiteren, von Dimitroff auf dem VII. Weltkongreß gehaltenen Redebeiträge ernsthaft im Zusammenhang mit den historischen Bedingungen studiert und die Gemeinsamkeiten, aber auch die Unterschiede zwischen den damaligen und heutigen Bedingungen heraus arbeitet und beachtet, der kann vom VII. Weltkongreß sehr viel für den heutigen antifaschistischen Kampf lernen. Die von Dimitroff dargelegten Richtlinien sind vor allem auch eine wichtige Hilfe, um den Kampf gegen die Nazifaschisten und die staatliche Faschisierung richtig in den umfassenden Kampf gegen den Kapitalismus bzw. Imperialismus, in den Kampf für die sozialistische Revolution einzuordnen und unterzuordnen. Dimitroffs revolutionäres Auftreten im 'Reichstagsbrandprozeß' in Leipzig 1933 versetzte den Nazi-Faschisten einen schweren Schlag."

Unter dem Vorwurf den Reichstag am 27.2.1933 in Brand gesetzt zu haben wurde Georgi Dimitroff und weitere bulgarische und deutsche Kommunisten von den Nazi-Faschisten verhaftet. Die Nazifaschisten machten für den Brand die KPD und die Kommunistische Internationale verantwortlich. Tatsächlich war die Reichstagsbrandstifung eine Provokation der Nazis,

„..die Rechtfertigung und der Auftakt für einen groß angelegten Terrorfeldzug gegen die revolutionäre Bewegung des Proletariats mit dem Ziel ihrer vollständigen Zerschlagung."

Dimitroff verstand es in diesem Prozeß, trotz schwerer Schikanen in der monatelangen Haft vom Angeklagten zum gefürchteten Ankläger der Nazi-Verbrechen zu werden.

Nur durch die Unterstützung und Mobilisierung der Öffentlichkeit im internationalen Maßstab, mußte Dimitroff schließlich freigesprochen werden und nach weiteren Monaten der Haft durfte er schließlich am 27.2.1934 in die Sowjetunion ausreisen.

Dimitroffs Reden auf dem VII. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale – grundlegende Richtlinien für den weltweiten antifaschistischen Kampf

Im folgenden beschäftigt sich das Flugblatt mit dem Referat Dimitroffs auf dem VII. Weltkongreß 1935 in Moskau. Zu diesem Zeitpunkt herrschte bereits in einer Reihe von Staaten der Faschismus, in Deutschland schon 2 Jahre, in anderen Ländern erhöhte sich die Gefahr der Errichtung faschistischer Diktaturen.

Der Nazi-Faschismus – Todfeind der Arbeiterklasse

Dimitroff betont, dass unabhängig von der Form das Wesen des Faschismus sich folgendermaßen darstellt:

„Der Faschismus ist die wütendste Offensive des Kapitals gegen die werktätigen Massen. Der Faschismus ist zügellosester Chauvinismus und Raubkrieg. Der Faschismus ist wütende Reaktion und Konterrevolution.

Der Faschismus ist der schlimmste Feind der Arbeiterklasse und aller Werktätigen." (S. 8)

(Alle Zitate, die fett und kursiv hervorgehoben sind, stammen, soweit nicht anders gekennzeichnet, aus dem Referat von Georgi Dimitroff, gehalten auf dem 7. Weltkongreß. Die Seitenzahlen beziehen sich auf den Abdruck in: „Gegen den Nazifaschismus", Verlag Olga Benario und Herbert Baum, Offenbach.)

Und speziell zum Nazi-Faschismus in Deutschland:

„Die reaktionärste Spielart des Faschismus ist der Faschismus deutschen Schlages.....Der deutsche Faschismus spielt die Rolle des Stosstrupps der internationalen Konterrevolution, des Hauptkriegs-brandstifters des imperialistischen Krieges, des Initiators eines Kreuzzuges gegen die Sowjetunion..." (S. 5)

Der Nazi-Faschismus – die offen terroristische Diktatur der Bourgeoisie

Diese These stellt Dimitroff gegen die revisionistische These, dass nur der aggressivere Teil des Finanzkapitals hinter dem Nazifaschismus steht, unmißverständlich fest:

„...der Faschismus ist die Macht des Finanzkapitals selbst." (S. 5)

und weiter wird im Flugblatt ausgeführt:

„An der Klassennatur des Staates als Werkzeug der herrschenden Klasse ändert sich also nichts, es ändert sich aber die Staatsform:

Der Machtantritt des Faschismus ist keine einfache Ersetzung der bürgerlichen Regierung durch eine andere, sondern eine Ablösung der einen Staatsform der Klassenherrschaft der Bourgeoisie – der bürgerlichen Demokratie – durch eine andere Form, durch die offene terroristische Diktatur."

Der bewaffnete Kampf gegen den Faschismus

Im weiteren Verlauf seines Referats stellt Dimitroff heraus, dass sich der Kampf gegen den Faschismus nicht auf einen legalistischen Rahmen beschränken läßt. Er

propagiert und verteidigt die Kämpfe in Österreich und Asturien (Spanien) 1934 gegen die Reformisten, die meinten man hätte nicht zu den Waffen greifen dürfen. Sie endeten zwar in einer Niederlage, aber die antifaschistische Bewegung wurde ermutigt und gestärkt.

„Die Schule des Bürgerkriegs macht das Volk- sagt Lenin- nicht umsonst durch. Es ist eine harte Schule, und zu ihrem vollen Programm gehören unvermeidlich auch Siege der Konterrevolution, das Wüten der gereizten Reaktionäre, wilde Racheakte der alten Macht an den Rebellen usw. Doch nur eingefleischte Reaktionäre und schwachsinnige Mummelgreise können darüber jammern, wenn die Völker diese qualvolle Schule durchmachen; diese Schule lehrt die unterdrückten Klassen den Bürgerkrieg zu führen und in der Revolution siegen. Sie speichert in den Massen der modernen Sklaven jenen Hass auf, den die verschüchterten, stumpfen und unwissenden Sklaven ewig hegen und der die Sklaven, die sich der Schmach ihres Sklaventums bewusst geworden sind, zu den größten geschichtlichen Heldentaten führt."
(Lenin, „Zündstoff in der Weltpolitik", 1908, Werke Band 8, S. 177)

Gegen den Chauvinismus, „dieses Hauptwerkzeug der ideologischen Einwirkung der Faschisten auf die Massen"

Es wird betont, dass es wichtig ist auf die nazifaschistischen Demagogien zu reagieren und die Fragen des Kampfes gegen die faschistische Ideologie nicht unterschätzt werden dürfen. Der Nazifaschismus versucht höchst raffiniert die nationalen bzw. chauvinistischen Vorurteile der Massen für seine Ziele zu nutzen. Es muß ein 2 Frontenkampf gegen Chauvinismus und nationalen Nihilismus geführt werden.

„Die Kommunisten, die einer unterdrückten, abhängigen Nation angehören, können nicht mit Erfolg gegen den Chauvinismus in den Reihen ihrer Nation auftreten, wenn sie gleichzeitig die Praxis der Massenbewegung zeigen, dass sie in der Tat für die Befreiung ihrer Nation vom fremdländischen Joch kämpfen. Andererseits können wieder Kommunisten der Unterdrückernation nicht das tun, was zur Erziehung der werktätigen Massen ihrer Nation im Geiste der Internationalismus notwendig ist, wenn sie keinen entschiedenen Kampf gegen die Unterdrückungspolitik der `eigenen' Bourgeoisie, für das volle Selbstbestimmungsrecht der von ihr versklavten Nation führen. Wenn sie das nicht tun, dann erleichtern sie der unterdrückten Nation nicht die Überwindung der nationalistischen Vorurteile." (S. 62)

Die Taktik der proletarischen Einheitsfront und der Volksfront gegen den Faschismus darf nicht zu einer Änderung der Strategie führen

Der VII. Weltkongreß der Komintern stellte den kommunistischen Parteien die Aufgabe eine antifaschistische Aktionseinheit zu bilden und für den antifaschistischen Massenkampf zu mobilisieren.

„Diese taktische Linie logisch weitergedacht, sah der VII. Weltkongreß im Falle eines siegreichen Kampfes gegen die faschistische Herrschaft unter bestimmten Bedingungen sogar die Möglichkeit einer Regierung der antifaschistischen Einheits- und Volksfront vor, die keine Regierung der proletarischen Diktatur ist."

Gegen revisionistische Entstellungen wird klargestellt:

*„Die Idee der Aktionseinheit und Einheitsfront war eine taktische Orientierung, sie sollte ein taktisch notwendiger Schritt sein, um an das strategische Ziel der `revolutionären Machtergreifung' und der `proletarischen Diktatur' **heranzukommen** und bedeutet keineswegs eine Änderung der Strategie."*

Für eine einheitlich revolutionäre Partei der Arbeiterklasse im Kampf gegen Reformismus und Revisionismus

Der Terror auch gegen Sozialdemokraten führte zu einer Annäherung der revolutionären Elemente der Sozialdemokratie und den kommunistischen Parteien. Dimitroff arbeitete fünf Kriterien für den Zusammenschluss von sozialdemokratischen und kommunistischen Parteien. Ein zentrale Kriterium ist:

*„Kernpunkt ist hier die Anerkennung der Notwendigkeit des revolutionären Sturzes der Bourgeoisie **und** der Diktatur des Proletariats als Bedingung der Vereinigung."*

Der Aufbau und die Festigung der kommunistischen Partei als entscheidende Voraussetzung für den erfolgreichen antifaschistischen Kampf

Gegen Ende des Referats geht Dimitroff noch darauf ein, dass es nicht genügt,

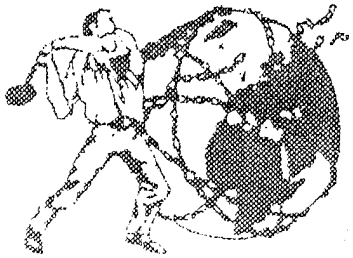
„...die Existenz der kommunistischen Parteien nun sozusagen als einfach gegeben und gesicherten Faktor hinzunehmen, um sich nur noch auf die Umsetzung der Politik nach außen zu konzentrieren. Er betonte demgegenüber, dass die kommunistischen Parteien nur im Stande sind, die breitesten Massen der Werktätigen zum einheitlichen Kampf gegen den Faschismus und die Kapitaloffensive erfolgreich zu mobilisieren, `wenn sie ihre eigenen Reihen allseitig stärken'."

Im Schlußwort geht Dimitroff noch darauf ein, was das für die grundlegenden Bestandteile des Parteiaufbaus – Theorie, Kader, Organisation - bedeutet.

Das Flugblatt enthält außerdem den Kasten: Aus dem Stenogramm der Gerichtsverhandlung am 4.11.1933: Die Vernehmung Görings

Das Leben von Georgi Michailowitsch Dimitroff (18.6.1882 – 2.7.1949) Ein Nachruf des Politbüros des ZK der KPdSU (B) erschienen in der Prawda Nr.184 vom 3.7.1949)

Drucker, Herausgeber, und verantwortlicher Redakteur: A. Odenthal, Vertrieb f. internationale Literatur, Brunhildstr. 5, 10829 Berlin



Bulletin 4/02

zur Information der revolutionären, marxistisch-leninistischen Kräfte aller Länder

Auszüge und Zusammenfassungen aus den Publikationen von „Gegen die Strömung" – Organ für den Aufbau der Revolutionären Kommunistischen Partei Deutschlands: **Nov. 2002-Jan. 2003**

Erscheint vierteljährlich auf Englisch, Französisch, Italienisch, Niederländisch, Russisch, Spanisch und Türkisch

Das November -Flugblatt von „Gegen die Strömung" trug den Titel:

Überfälle, Mißhandlungen, Anschläge, Mord:

Nazi-Terror!

„In den letzten Monaten hat sich die Lage für alle Menschen, die vom Nazi-Terror bedroht sind, weiter verschärft. Mindestens drei Nazi-Morde, zahllose Angriffe und Überfälle durch Nazis gab es. Gleichzeitig verstärkt sich zunehmend die Gefahr, daß dieser Nazi-Terror nur noch „am Rande" registriert wird. Dies liegt nicht nur am Erfolg der Desinformation und Manipulation der bürgerlichen Medien, die Gegenwehr schon im Keim ersticken soll. Dies liegt nicht nur an der Repression gegen die antinazistischen Aktivistinnen und Aktivisten durch den deutschen Imperialismus und der Inschutznahme der Nazis durch seine Polizei. Dies liegt auch ein stückweit an uns selbst: Am schleichenden Gift der eigenen Gewöhnung an den tagtäglichen Nazi-Terror und die tagtägliche Nazi-Propaganda, an der unzureichenden Vernetzung der einzelnen Anti-Nazi-Kämpfe untereinander und an der ungenügenden Kampfbereitschaft."

Nazi-Mord an Marinus Schoberl

Im Flugblatt werden die Ereignisse um den Mord von Marinus Schoberl durch drei ortsbekannte und bereits für Nazi-Straftaten verurteilte Nazis in Potzlow (Brandenburg) beschrieben. Angeprangert wird auch die Vertuschungstaktik von Politikern und Medien, es gäbe in Potzlow keine „ausgeprägte rechte Szene", obwohl aus der Region 144 Nazi-Verbrechen seit Juli bekannt geworden sind. Das Flugblatt schließt mit dem Auftrag:

„Klar ist: Gegen den verschärften Naziterror müssen wir mehr und besser aufklären, mehr und besser kämpfen. Nur militante Gegenwehr und einen offensiven Kampf gegen die Nazis und ihre Ideologie können wir im demokratischen Kampf gegen Nazis und Nazismus Erfolge erzielen."

Das Flugblatt enthält einen Kasten: „Schlaglichter des Naziterrors der letzten Wochen" und ein Plakat „Von Nazis ermordet".

Das Flugblatt Dezember 2002/Januar2003:

Studiert die Schriften des wissenschaftlichen Kommunismus:

Überzeugende Argumente für den Kommunismus

Der Kommunismus wird seit über 150 Jahren verleumdet. Zusätzlich wurde er diskreditiert durch die polizeistaatlichen Karikaturen auf die kommunistischen Ideen von Karl Marx: von den Pseudokommunisten in der UdSSR, der DDR und den anderen revisionistischen Staaten, die spätestens seit Mitte der 50er Jahre den Weg hin zum Kommunismus verlassen und unter der Maske des „Sozialismus" eine schlechte Kopie der westlichen kapitalistischen Staaten errichteten, ehe die Restauration des Kapitalismus völlig offen betrieben wurde.

Was also ist das Ziel des Kommunismus eigentlich? Eine bloße Utopie, nie zu erreichen, weil der Mensch halt doch „von Natur aus böse" ist, ein schönes, aber völlig unrealistisches Ideal? Oder gar das „teuflische Lügengebäude jüdisch-bolschewistischer Verschwörer, die nur den eigenen Vorteil suchen", wie dies die Nazifaschisten propagieren? Die Verleumdungen des Kommunismus und seine Verfälschungen nehmen immer mehr zu. Das ist kein Wunder, denn die mörderische Realität des heutigen Kapitalismus in seiner imperialistischen Ausprägung schreit geradezu nach Beseitigung des Imperialismus, nach Abschaffung des Profitsystems, nach Vergesellschaftung der Produktionsmittel usw., nach dem Kommunismus:

Eine nicht abreißende Serie von Raubkriegen, die Verschärfung von Ausbeutung und Elend bis zum Hungertod von jährlich über 30 Millionen Menschen, die schon längst

ernährt werde könnten, wenn es aus der Sicht der „Verdammten dieser Erde" vernünftig zugehen würde, stehen im krassen Widerspruch zu den immer größer werdenden und deutlich sichtbaren Möglichkeiten, die grundlegenden Probleme der breiten Massen der Weltbevölkerung angesichts des gigantischen technischen Fortschritts, angesichts der Ansammlung ungeheurer Reichtümer, angesichts nur dem Imperialismus vernünftig erscheinender weltweiter Rüstungsausgaben von 800 Milliarden Dollar jährlich usw. lösen zu können. Die Herren dieser Erde morden, rauben, plündern, verschwenden und verschleudern und müssen immer mehr... lügen: „Es gibt halt kein besseres System..., da muß man sich mit abfinden".

Um so wichtiger ist es, sich Klarheit zu verschaffen: Klarheit darüber, warum und mit welchem Ziel das ganze kapitalistisch-imperialistische System bekämpft und vernichtet werden muß. Klarheit über das Ziel des Kommunismus, warum der Kommunismus vernünftig und realistisch ist und für wen!"

Das Ziel des Flugblatts ist es:

„Das Studium des wissenschaftlichen Kommunismus, im Kampf für den Kommunismus, im Kampf für den Aufbau der kommunistischen Partei anzuregen und zu unterstützen..."

Kurze Charakteristik der kommunistischen Gesellschaft

Stalin hat 1927 die bisher prägnanteste Skizze der kommunistischen Gesellschaft gegeben:

„Eine allgemeine Charakteristik der kommunistischen Gesellschaft haben Marx, Engels und Lenin in ihren Werken gegeben. Wenn in aller Kürze die Anatomie der kommunistischen Gesellschaft skizziert werden soll, so wird es eine Gesellschaft sein:

a) in der es kein Privateigentum an Produktionsmitteln, sondern nur gesellschaftliches, kollektives Eigentum an Produktionsmitteln geben wird;

b) in der es keine Klassen und keine Staatsmacht, sondern Arbeiter der Industrie und der Landwirtschaft geben wird, die sich als freie Assoziation der Werktätigen wirtschaftlich selbst leiten werden;

c) in der die Volkswirtschaft, nach einem Plan organisiert, auf der höchsten Stufe der Technik in der Industrie wie auch in der Landwirtschaft basieren wird;

d) in der es keinen Gegensatz zwischen Stadt und Land, zwischen Industrie und Landwirtschaft geben wird;

e) in der man die Produkte nach dem Prinzip der alten französischen Kommunisten verteilen wird: `Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen';

f) in der Kunst und Wissenschaft sich in so günstigen Verhältnissen befinden werden, daß sie in jeder Hinsicht aufblühen werden;

g) in der die Persönlichkeit, befreit von der Sorge um das Stück Brot und der Notwendigkeit, sich an die `Großen der Welt' anzubiedern, wirklich frei sein wird usw. usw."

(Stalin, „Unterredung mit der ersten amerikanischen Arbeiterdelegation", 1927, zitiert nach Leninismus-Heft 4, Moskau 1935, S. 111/112, siehe auch Werke Bd. 10, S. 116/117)

Argumente für das gesellschaftliche Eigentum an Produktionsmitteln

legt dieser Abschnitt dar und begründet warum die „Tiefe Grundlage der kommunistischen Gesellschaft.....die Enteignung der Enteigner" ist, wie Marx bereits 1871 in seiner Schrift „Bürgerkrieg in Frankreich ausgeführt hat:

„Die Kommune, rufen sie aus, will das Eigentum, die Grundlage aller Zivilisation , abschaffen! Jawohl, meine Herren, die Kommune wollte jenes Klasseneigentum abschaffen, das die Arbeit der vielen in den Reichtum der wenigen verwandelt. Sie wollte das individuelle Eigentum zu einer Wahrheit machen, indem sie die Produktionsmittel, den Erdboden und das Kapital, jetzt vor allem die Mittel zur Knechtung und Ausbeutung der Arbeit, in bloße Werkzeuge der freien und assoziierten Arbeit verwandelt. Aber dies ist der Kommunismus, der `unmögliche' Kommunismus."

(Marx, „Der Bürgerkrieg in Frankreich", 1871, Werke Bd. 17, S. 342)

„Das unverzichtbare Wesensmerkmal einer kommunistischen Gesellschaft ist, dass angesichts der technisch sowieso nur noch kollektiv möglichen Produktion auch die Mittel zur Produktion nicht mehr von Kapitalisten zur Ausbeutung verwendet werden dürfen, nicht mehr „Privateigentum" sein dürfen. Die industrielle Großproduktion als Ganzes ist im Kapitalismus seit Jahrzehnten eh schon „gesellschaftlich".....Es geht nun darum, diese schon stattfindende gesellschaftliche Produktion auch unter die gesellschaftliche Kontrolle und Planung zu stellen. Nur so kann nicht nur die Ausbeutung beseitigt, sondern auch die Produktion...im Interesse der Produzenten gesteigert, die Mittel zum Leben können leichter erzeugt und besser verteilt und aufgeteilt werden."

Kommunismus - eine Gesellschaft ohne Klassen und ohne Staat

Ein weiteres Wesensmerkmal des Kommunismus ist, dass es sich um eine „klassenlose Gesellschaft" handelt. Zunächst wird die Klasse der Ausbeuter beseitigt. Aber

„Die klassenmäßigen Unterschiede zwischen den Werktätigen, etwa zwischen Arbeiter und Bauern zu beseitigen – das ist eine schon schwierigere, längerfristige Angelegenheit....Der gigantische Fortschritt in der Produktionstechnik ermöglicht, dass sich mehr und mehr die wesentlichen Unterschiede zwischen Industrie und Landwirtschaft verwischen. Die Menschen arbeiten immer ähnlicher und die Abschaffung jeglichen Besitzes an Produktionsmitteln dient als Basis für die prinzipielle Gleichberechtigung aller Menschen in dieser höheren Phase des Kommunismus.....So kann schließlich der Staat als Unterdrückungsmaschinerie Stück für Stück absterben, wenn alle Menschen grundsätzlich gleich und frei ihre Produktion und ihr gesamtes Leben gemeinsam selbst in die Hand nehmen."

Engels führt dazu aus:

„Die Gesellschaft, die die Produktion auf Grundlage freier und gleicher Assoziation der Produzenten neu organisiert, versetzt die ganze Staatsmaschine dahin, wohin sie dann gehören wird: ins Museum der Altertümer, neben Spinnrad und bronzene Axt."
(Engels, „Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staats", 1884, Werke Bd. 21, S. 168)

Weltweit gesehen hat das folgende Konsequenz:

„Staatsgrenzen verlieren ihren Sinn, wenn kein Raum für nationale Unterdrückung mehr existiert und werden verschwinden, nationale Unterschiede werden aufgehoben, alle Länder und Nationen werden im Weltkommunismus verschmelzen."

Nach den Bedürfnissen der kommunistischen Gesellschaft geplante, wissenschaftlich organisierte und technisch hoch stehende Wirtschaft

„Die Methode des gnadenlosen Konkurrenzkampf bis hin zu Raubkriegen, die Methode des geschürten Konkurrenzkampfes zwischen den Arbeitenden, des `Teile und Herrsche´, wurde durch die sozialistische Revolution vernichtet. Die kommunistische Gesellschaft entwickelt sich durch gemeinsam arbeitende Menschen, die planvoll und wissenschaftlich Probleme anpacken und lösen."

Im weiteren Text legt das Flugblatt dar, wie dies möglich ist. Zentral ist dabei, dass das Ziel der Produktion nicht mehr die Erreichung von Maximalprofiten ist. Engels führt dazu aus:

„Darwin wusste nicht, welch bittre Satire er auf die Menschen...schrieb, als er nachwies, dass die freie Konkurrenz, der Kampf ums Dasein, den die Ökonomen als höchste geschichtliche Errungenschaft feiern, der Normalzustand des Tierreichs ist. Erst eine bewusste Organisation der gesellschaftlichen Produktion, in der planmäßig produziert und verteilt wird, kann die Menschen ebenso in gesellschaftlicher Beziehung aus der übrigen Tierwelt herausheben, wie dies die Produktion überhaupt für die Menschen in spezifischer Beziehung getan hat. Die geschichtliche Entwicklung macht eine solche Organisation täglich unumgänglicher, aber auch täglich möglicher."
(Engels, „Dialektik der Natur", Werke Bd. 20, S. 324)

Außerdem wird es eine Fülle von unproduktiven Ausgaben nicht mehr geben und so Ressourcen frei werden (Versicherungen, Werbung etc.), die Entwicklung der Technologie wird die Produktion ungeheuer erleichtern. Wie Marx feststellte:

„die Maschinerie an sich betrachtet die Arbeitszeit verkürzt, während sie kapitalistisch angewandt den Arbeitstag verlängert, an sich die Arbeit erleichtert, kapitalistisch angewandt ihre Intensität steigert, an sich ein Sieg des Menschen über die Naturkraft ist, kapitalistisch angewandt den Menschen durch Naturkraft unterjocht, an sich den Reichtum des Produzenten vermehrt, kapitalistisch angewandt ihn verpaupert usw."
(Marx, „Das Kapital", 1872, Werke Bd. 23,S. 465)

Aber auch die Verwaltung wird immer einfacher:

„Auf der Basis hochindistrialisierter und technologisierter menschlicher Produktion können so eine Vielzahl von Verwaltungsfunktionen des Staates wegfallen und absterben. Das ist eine wichtige Voraussetzung für die Errichtung der klassenlosen und staatenlosen kommunistischen Gesellschaft."

Dazu Lenin:

„Die kapitalistische Kultur hat die Großproduktion, hat Fabriken, Eisenbahnen, Post, Telefon u.a. geschaffen, und auf dieser Basis sind die meisten Funktionen der alten `Staatsmacht´ so vereinfacht worden und können auf so einfache Operationen der Registrierung, Buchung und Kontrolle zurückgeführt werden, dass diese Funktionen alle Leute, die des Lesens und Schreibens kundig sind, ausüben können, so dass man sie für gewöhnlichen `Arbeiterlohn´ wird leisten und jeden Schimmer eines Vorrechts, eines `Vorgesetztenrechts´ wird nehmen können (und müssen)."
(Lenin, „Staat und Revolution", 1917, Werke Bd. 25, S. 433)

Die weltweiten Gegensätze zwischen Stadt und Land sterben im Kommunismus ab

Es gibt in jedem Land aber auch weltweit ein Gefälle einen grundsätzlichen Gegensatz zwischen Stadt und Land. Dazu führt das Flugblatt aus:

„Die kommunistische Gesellschaft wird..... weltweit wie in den einzelnen Ländern im Prozess der Abschaffung aller Klassengegensätze dieses Gefälle planmäßig beseitigen, und die Gegensätze zwischen Stadt und Land aufheben."

Warum ist die Forderung „Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen" ein Kernpunkt des verwirklichten Kommunismus?

Zunächst wird klargestellt, dass nach der sozialistischen Revolution

„...die Gesellschaft noch alte Strukturen, Vorurteile und durch die Macht der Gewohnheit eingeschliffenen Verhaltensweisen der Menschen mit sich (schleppt). Auf die Frage: Was ist gerecht? Wird es noch weitgehend die Antwort geben: „Wenn jeder nach seiner Leistung bezahlt wird! Wer mehr und qualifizierter arbeitet, soll auch mehr Produkte erhalten!"

Es wird ausgeführt, dass es schon ein gewaltiger Fortschritt ist, wenn die Masse der Werktätigen als Lohn oder als soziale Leistungen erhalten was sie erarbeitet haben. Aber es ist,

„...das eigentliche Grundprinzip des Kommunismus „Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen"...noch nicht verwirklicht (ist)...die eigentliche, höchste Stufe des Kommunismus noch nicht erreicht (ist)."

Es ist ein riesiger Unterschied,

„ob ich sozusagen der Not gehorchend arbeite, um das Leben bestreiten zu können oder aber ob ich arbeite, weil das Arbeiten selbst ein echtes Bedürfnis geworden ist."

„Durch den oben beschriebenen hohen Stand der Technik, der vernünftigen Planung werden Produkte in mehr als ausreichender Anzahl für alle vernünftigen Bedürfnisse der Menschen in immer kürzerer Zeit entstehen. Der Zwang als Spezialist im Geflecht der menschlichen Arbeitsteilung nervend immer dieselbe Arbeit leisten zu müssen, fällt immer mehr weg. Die Möglichkeit selbst immer mehr zu lernen, immer mehr zu können und es in anderen Arbeitszweigen ausprobieren zu können – all das wächst und erleichtert zunächst die Arbeit ausgesprochen, bis schließlich der Punkt kommt, an dem die Arbeit wirklich als Sinn des eigenen Lebens einen zentralen Stellenwert erhält.....Jeder arbeitet nach seinen Fähigkeiten.....Und jeder lebt nach seinen Bedürfnissen..."

Dazu Marx:

„In der höheren Phase der kommunistischen Gesellschaft, nachdem die knechtende Unterordnung der Individuen unter die Teilung der Arbeit, damit auch der Gegensatz geistiger und körperlicher Arbeit verschwunden ist; nachdem die Arbeit nicht nur Mittel zum Leben, sondern selbst das erste Lebensbedürfnis geworden; nachdem mit der allseitigen Entwicklung der Individuen auch ihre Produktionskräfte gewachsen und alle Springquellen des genossenschaftlichen Reichtums voller fließen – erst dann kann der enge bürgerliche Rechtshorizont ganz überschritten werden und die Gesellschaft auf ihre Fahnen schreiben: Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen!"
(Marx, „Kritik des Gothaer Programms", 1975, Werke Bd.19, S. 21)

Das Aufblühen der Wissenschaften und der Kunst im Kommunismus (Aufhebung der grundlegenden Gegensätze zwischen Kopf und Handarbeit)

Zunächst wird festgestellt, dass es im Imperialismus eine

„...tiefe Kluft zwischen der großen Masse der Werktätigen, die in Industrie und Landwirtschaft hart arbeiten und ausgebeutet werden und jenen Menschen, die wissenschaftlich-geistig und künstlerisch arbeiten können.... " gibt.

„Zudem wird die Wissenschaft im Imperialismus als Waffe gegen die Arbeiterinnen und Arbeiter verwendet. Der Arbeitsmediziner, der Polizeipsychologe und die Finanzwissenschaftler wollen alle die Schraube anziehen.... ".

„Jeder Mensch im Kommunismus arbeitet und ist dabei gleichzeitig Künstler. ...Von der Jugend an gilt es möglichst umfassend in alle Wissensgebiete des menschlichen Lebens und der Natur Einblick zu nehmen, `Feuer zu fangen´ und nie mehr aufzuhören, zu lernen, zu studieren, wissenschaftlich zu arbeiten."

Und schließlich:

„Der Gegensatz zwischen Produktion einerseits und Wissenschaft und Kunst andererseits wird mit der Beseitigung des Gegensatzes von körperlicher und geistiger Arbeit aufgehoben werden – der Schlüssel ist die Veränderung des ganzen Charakters der Arbeit auf einem hohen Niveau der Produktion."

Im weiteren Verlauf des Abschnitts beschäftigt sich das Flugblatt noch damit, dass auch die Rolle der Religion - einerseits Opium für das Volk und andererseits Machtmittel in den Händen der Herrschenden zur Ausbeutung und Unterdrückung zu sein - im Kommunismus zu Ende ist.

Der Nationalismus als Ausbeuterideologie, der die Menschen spaltet und nicht eint, wird ebenfalls endgültig beerdigt werden.

Warum im Kommunismus die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist

Es existiert das antikommunistische Vorurteil, dass der Kommunismus die Menschen gleichmachen wolle, nicht auf ihre Unterschiede und Persönlichkeit Rücksicht nehme und quasi *„gestanzte Puppen, geklonte zugerichtete und willenlose Menschen"* erzeuge.

Dagegen wird ausgeführt:

„Es geht nicht darum, dass alle Menschen `gleich´ sind, sondern darum, dass sie gegen jede Diskriminierung gleiche Rechte, gleiche Würde und gleiche Möglichkeit zur Entfaltung haben sollen, und zwar bei Beibehaltung und Entfaltung ihrer Besonderheiten und Eigenheiten."

Im Manifest der Kommunistischen Partei heißt es dazu, dass im Kommunismus

„die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist."
(Marx/Engels, Manifest der Kommunistischen Partei; 1948, Werke Bd. 4, S. 82)

Warum Kämpfe und Widersprüche auch im Kommunismus existieren, aber produktiv gelöst werden können und gelöst werden

„Doch die Auseinandersetzung mit der Natur einerseits und die Auseinandersetzung der Menschen untereinander, diese beiden großen Kämpfe der Menschheit, die nicht aufhören werden solange es Menschen gibt, werden einen grundlegend anderen Charakter haben. Die `Kämpfe´ zwischen den Menschen werden keine Klassenkämpfe und keine bewaffneten Kämpfe sein, sondern Kämpfe mit Argumenten auf Grund unterschiedlicher Erfahrungen und eines unterschiedlichen Wissenstands, unterschiedlicher Interessen, die – so oder so gelöst- nicht die Existenz der einzelnen Menschen bedrohen oder in Frage stellen. Die `Kämpfe´ mit der Natur haben als Ziel die langfristig geplante, sinnvolle und bewußte Umgestaltung der Natur im langfristigen Interesse der Menschheit. Das ist aber ein gewaltiger Unterschied zu den bisherigen `Kämpfen´ in der Weltgeschichte."

Der Kommunismus ist nur durch die gewaltsame proletarische Revolution, in der der bürgerliche Staatsapparat zerschlagen und die Diktatur des Proletariats errichtet wird zu erreichen. Deshalb enthält das Flugblatt den Kasten: „Der Kommunismus- ...was schwer zu machen ist!" und auch einen Auszug aus Lenins Schrift „Staat und Revolution" von 1917 „Über die höhere Phase der kommunistischen Gesellschaft".

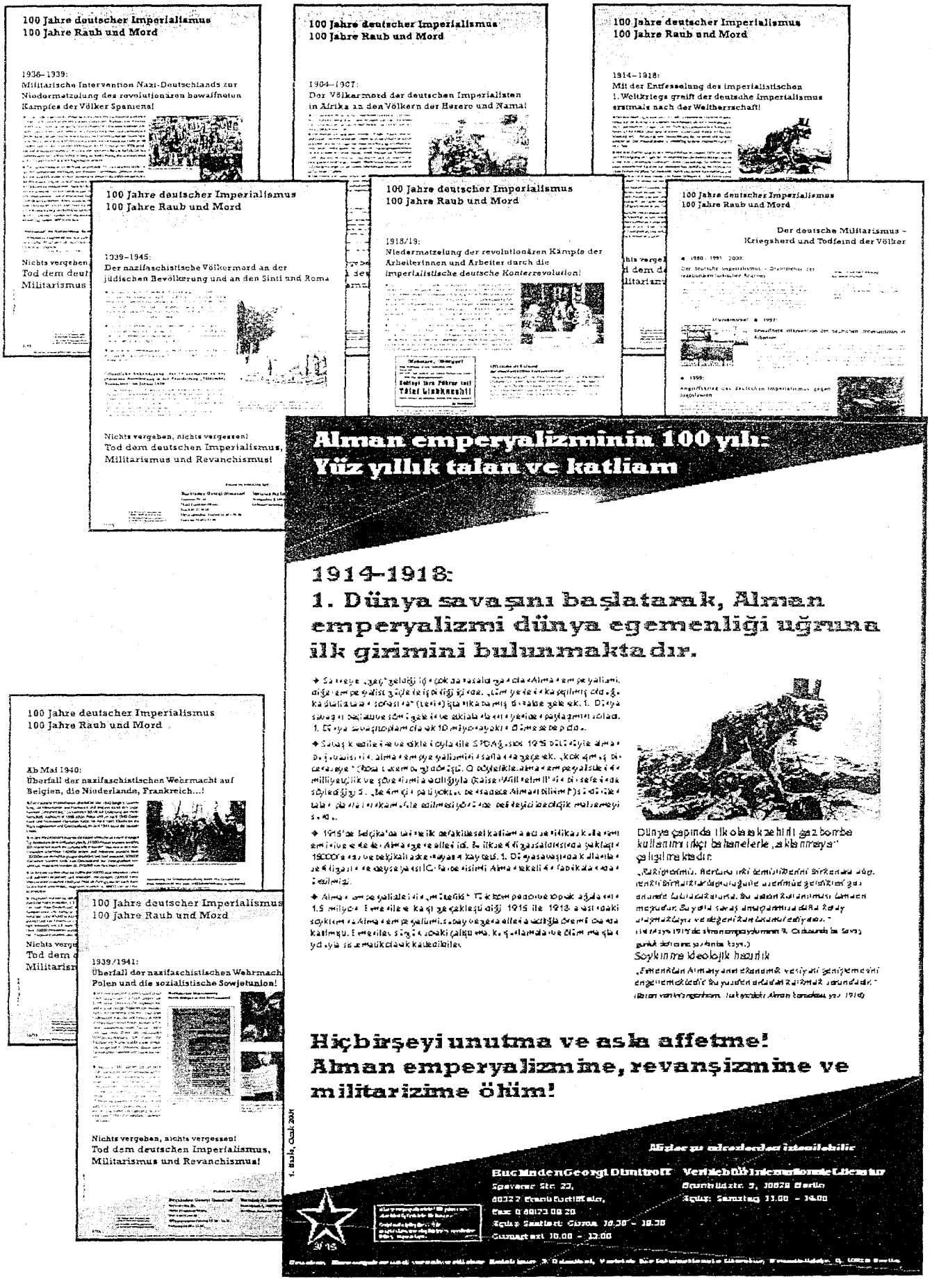
Drucker, Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: A. Odenthal, Vertrieb für internationale Literatur, Brundhildstr. 4, 10829 Berlin

Beilage zu den Bulletins am 1. Mai 2001

Den Bulletins in türkisch, englisch, spanisch, französisch, italienisch und niederländisch wurde zum 1. Mai als Beilage eine Auswahl von Plakaten zum Deutschen Imperialismus montiert auf einer DIN A 4 Seite beigelegt. Dabei wurde ein Plakat, das möglichst einen Zusammenhang zum jeweiligen Land haben sollte, vollständig abgedruckt. Teilweise wurden diese Plakate in der Übersetzung abgedruckt; dem italienischen Bulletin wurde mangels einer Übersetzung die spanische Übersetzung beigelegt und beim niederländischen Plakat die deutsche Fassung.

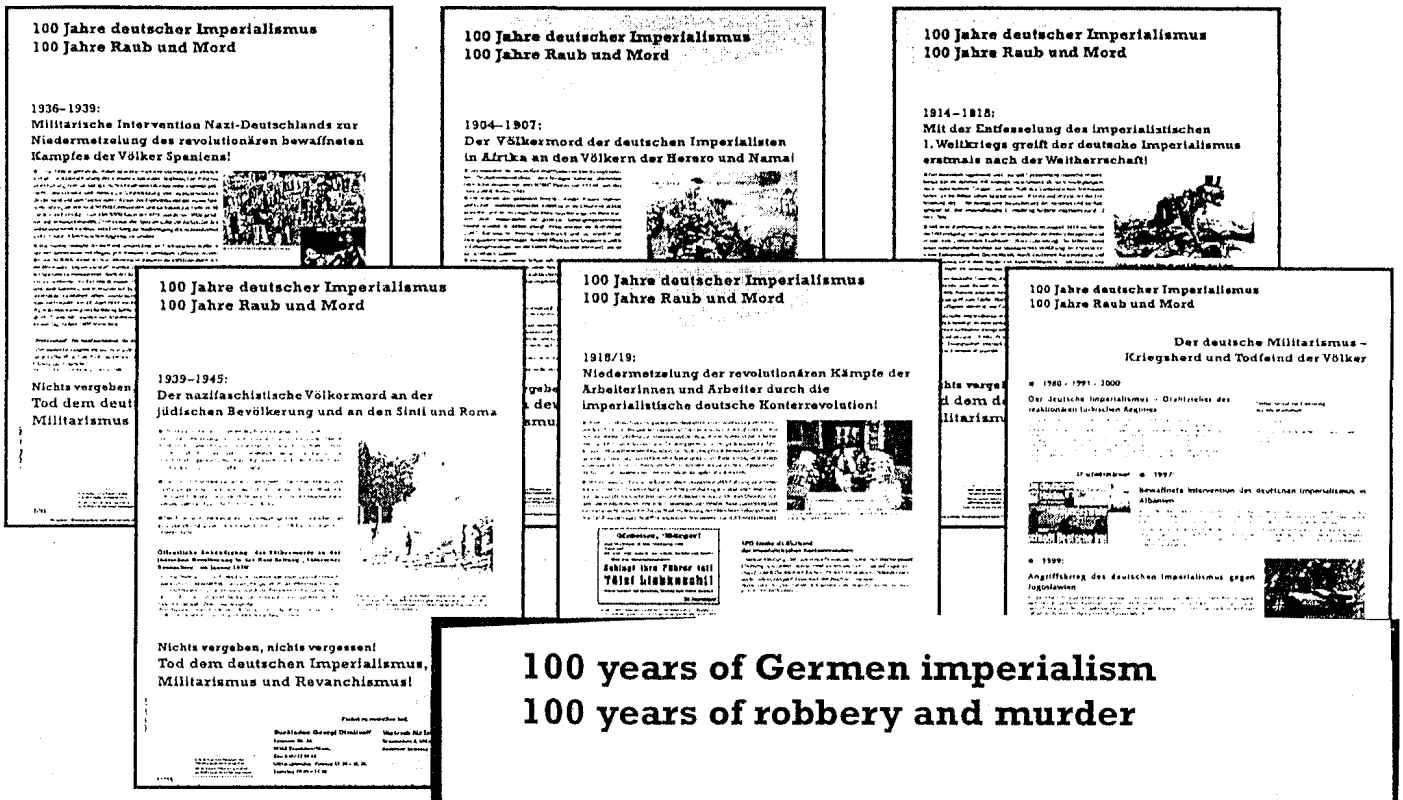
Afiþ Serisi

Alman emperyalizminin 100 yýlý –Yüz yýllýk talan ve katliam



100 years of German imperialism - 100 years of robbery and murder

(-series of posters-)

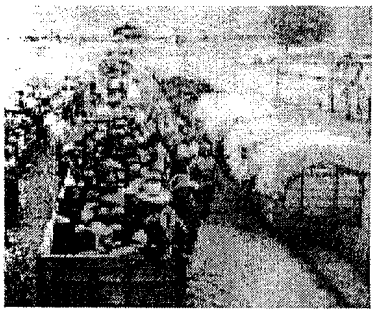




100 years of Germen imperialism
100 years of robbery and murder

1904–1907:
Genocide Committed Against the Herero and Nama by German Imperialists in Africa

- According to estimates, of the 80,000 Herero, only 15,130 and of the about 20,000 Nama, 9781 survived the massacre done by the German imperialists in formerly so-called „German South West Africa", nowadays Namibia.
- Most of the Herero killed – Children, women, men and the elderly – were murdered by cutting them from all water sources, forcing them to die from thirst in the desert of Omaheke. Herero taken prisoner were put in chains; the letters 'GH' ('Gefangener Herero' – imprisoned Herero) were burnt into their skin, and they were forced into forced labour. Other survivors were interned in prison camps at the cold and wet coast of the Atlantic Ocean where thousands of them died.
- The Herero and Nama didn't let the Germans massacre them defencelessly, but resisted for three years. By means of guerilla tactics, the rebellious Herero and Nama were able to give temporary severe strikes against the German troops.



Railway-transport of imprisoned Herero. A part of the survivors was packed together in German prison-camps and died there of hunger and desease.

"The Germans spared no-one. They killed thousands upon thousands. I have seen this slaughter day after day."
(The supreme political representative of the Begdamara under oath)

"I, the great General of the German soldiers, herewith send this letter to the people of the Herero. The Herero aren't German subjects anymore ... The people of the Herero must now leave the country. If the people doesn't do this, I will force it to do so by means of the big barrel. Within the German borders, every Herero, with or without gun, with or without cattle, will be shot dead. I don't accept any women and any children here anymore; I shall drive them back to their people or shall give orders to shoot at them. These are my words to the people of the Herero."
(Order of the German general von Trotha of October 1904, addressing to the Herero after slaughtering down the rebellion)

"The waterless Omaheke was to complete what German weapons had begun: The annihilation of the Herero people ..."
(The German General Staff, 1904)

Remember everything!
Death to German imperialism, militarism and revanchism !

1st edition, Jan. 2001

Order these posters at:

Buchladen Georgi Dimitroff
Speyrer Str. 23,
60327 Frankfurt/Main,
Fax: 0 69/73 09 20
Öffnungszeiten: Freitag 16.30 – 19.30,
Samstag 10.00 – 13.00

Vertrieb für Internationale Literatur
Brunhildstr. 5, 10829 Berlin
Geöffnet: Samstag 11.00 – 14.00

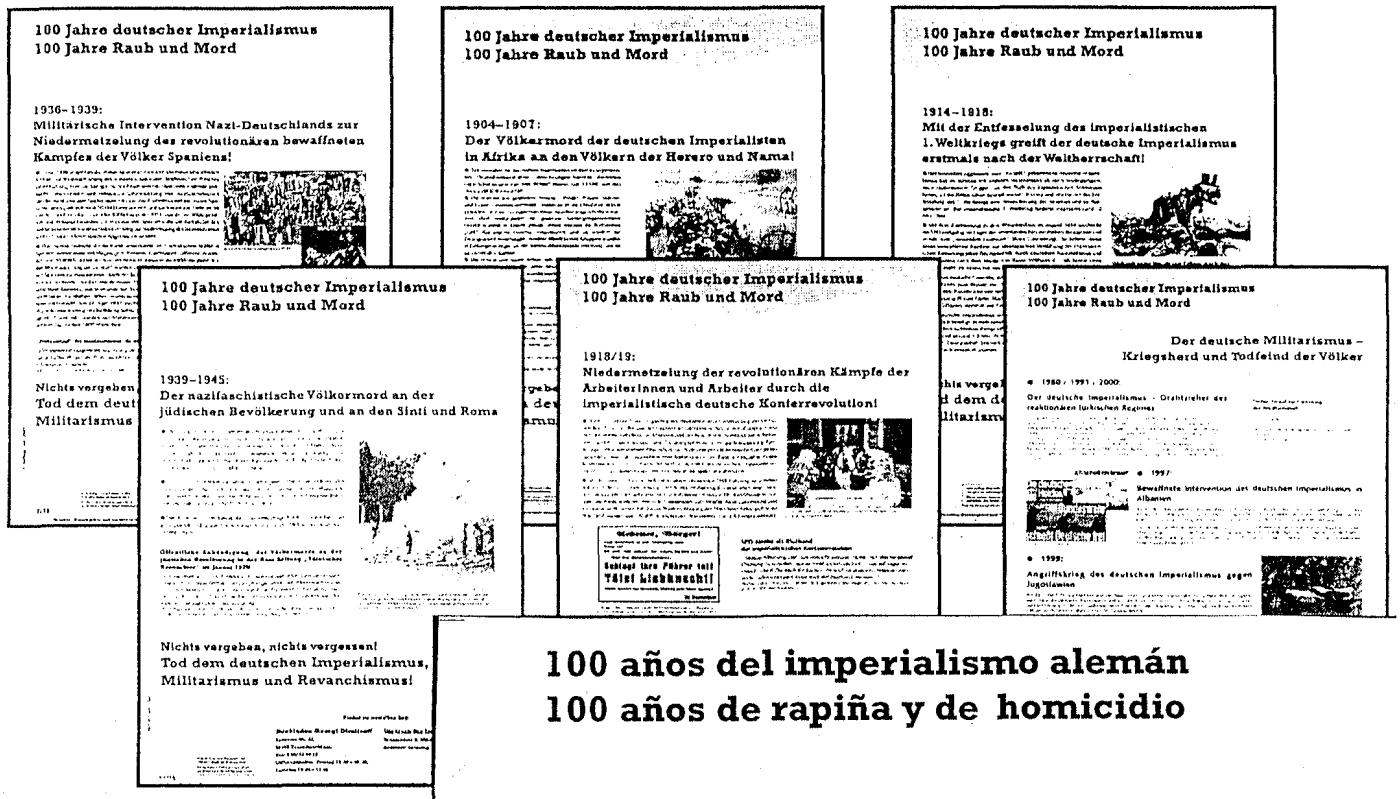
First edition of a series of posters on 100 years of German imperialism.
For further correction, we are dependent on criticism and suggestions.

2/15

Drucker, Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: A. Odenthal, Vertrieb für Internationale Literatur, Brunhildstr. 5, 10829 Berlin

100 años del imperialismo alemán - 100 años de rapiña y homicidio

(-serie de carteles-)

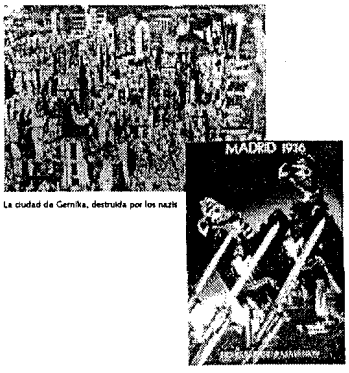


100 años del imperialismo alemán
100 años de rapiña y de homicidio

1936–1939:
Intervención militar de la Alemania nazi para ahogar en sangre la lucha revolucionaria de los pueblos de España

● En julio de 1936, los pueblos de España comenzaron una lucha revolucionaria armada para derrotar el golpe contrarrevolucionario fascista bajo la dirección de Franco. Los fascistas en España contaron con el respaldo decisivo militar, económico y político de la Alemania nazi y de la Italia fascista. Por otro lado, se sumaron a la lucha de liberación alrededor de 50,000 camaradas, hombres y mujeres de más de 50 países, como brigadistas voluntarios, entre ellos unos 5,000 cuadros del Partido Comunista de Alemania (KPD) de los cuales 3,000 dejaron su vida, quedaron asesinados. Estaba claro desde el principio: España era la primera batalla de la guerra antifascista mundial para vencer al fascismo nazi y los demás agresores fascistas.

● La Alemania nazi respaldó a las fuerzas fascistas españolas enviando aviones, tanques, piezas de artillería, oficiales, instructores, etc. Envió a 30,000 soldados de la Wehrmacht nazi, entre ellos los 4,500 soldados asesinos de la tropa de élite de la „Legion Condor" con el fin de ahogar en sangre la lucha de los pueblos de España. A partir de 1937, tras el bombardeo de Madrid y Barcelona sus ataques mortales se concentraron en Euskadi. La ciudad de Gernika, desde hacía siglos símbolo de la libertad e identidad del pueblo de Euskadi, se convirtió en el símbolo del terror de exterminio de la Wehrmacht nazi. El 27 de abril de 1937, durante tres horas de bombardeo, arrojó 50,000 kg de bombas incendiarias y rompedoras, reduciendo la ciudad a cenizas. Los que lograron huirse de la ciudad fueron ametrallados. En un solo día quedaron muertos 1,600 personas.



La ciudad de Gernika, destruida por los nazis

„Ensayo general" del fascismo nazi para la II Guerra Mundial

„La Guerra de España era una buena oportunidad para poner a prueba a mi jóven Fuerza Aérea ... así como para que mis hombres adquirieran experiencia."

(Declaración de Göring ante el tribunal de Nüremberg 1946)

„...La 'civilización germánica' ha pasado por aquí..."

„Pero Gernika ahora ya no era más que un montón enorme de llamas y ruinas, sobre las cenizas de la cual habría que poner este epitafio: La civilización germánica ha pasado por aquí."

José de Labauria, alcalde de Gernika, en un llamamiento a la opinión pública democrática del mundo el 17 de mayo de 1937)



¡Ni olvido, ni perdón!
Muerte al imperialismo, militarismo y revanchismo alemanes!

1. Auflage, Jan. 2001

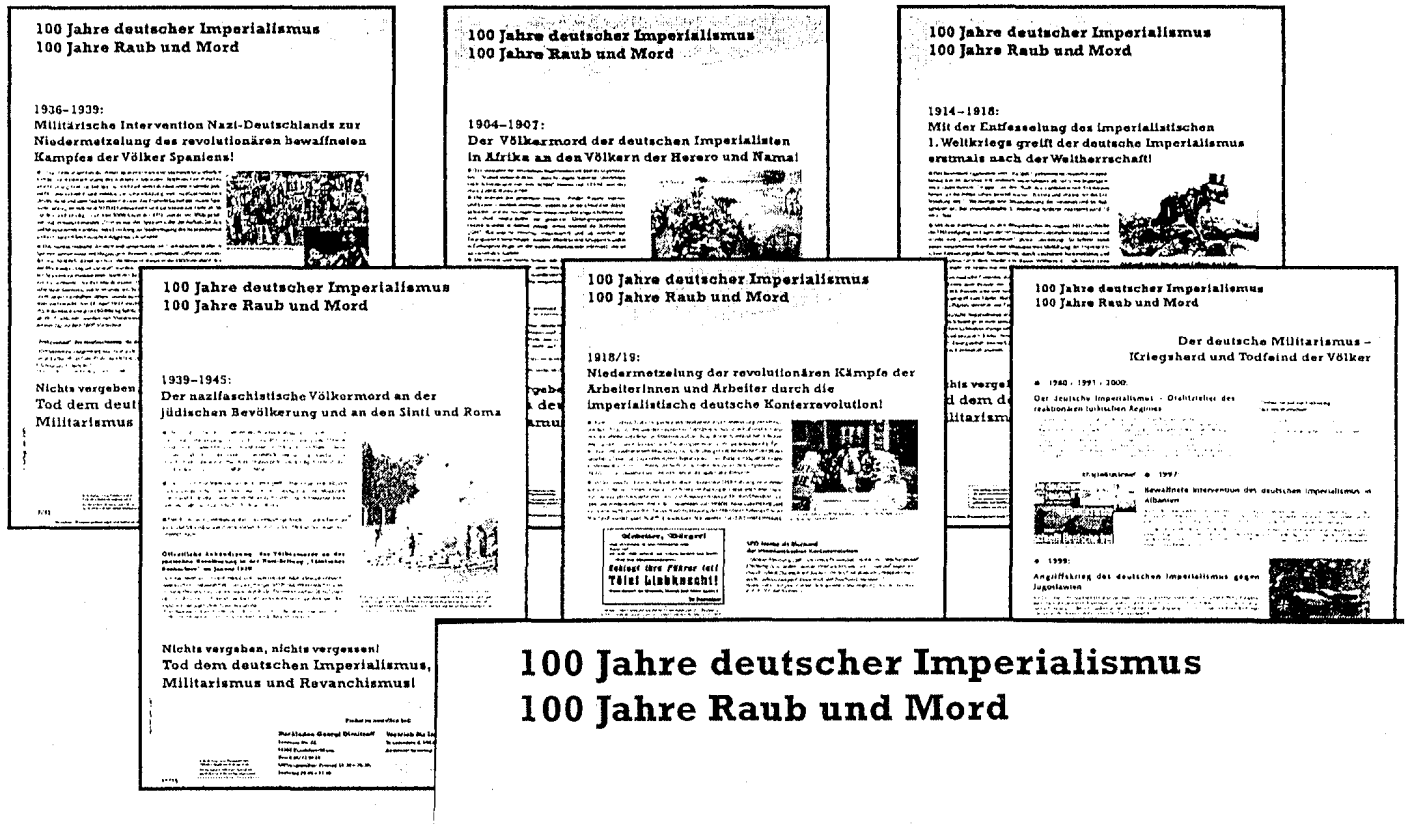
Pedir cartel a:

Buchladen Georgi Dimitroff
Speyerer Str. 23,
60327 Frankfurt/Main,
Fax: 0 69/73 09 20
Öffnungszeiten: Freitag 16.30 – 19.30,
Samstag 10.00 – 13.00

Vertrieb für Internationale Literatur
Brunhildstr. 5, 10829 Berlin
Geöffnet: Samstag 11.00 – 14.00

100 ans d'impérialisme allemand - 100 ans de pillage et d'assassinats

(-série d'affiches-)



100 Jahre deutscher Imperialismus
100 Jahre Raub und Mord



Ab Mai 1940:
Überfall der nazifaschistischen Wehrmacht auf Belgien, die Niederlande, Frankreich...!

● Der deutsche Imperialismus überfiel im Mai 1940 Belgien, Luxemburg, die Niederlande und Frankreich und begann damit den sogenannten „Westfeldzug" als weiteren Schritt zur Eroberung der Weltherrschaft, nachdem er 1939 schon Polen und im April 1940 Dänemark und Norwegen überfallen hatte. Im April 1941 überfielen die Nazis Jugoslawien und Griechenland, im Juni 1941 dann die Sowjetunion.

● In den Niederlanden machte die Nazi-Luftwaffe an einem einzigen Tag Rotterdam dem Erdboden gleich. 24000 Häuser wurden zerstört, 900 Menschen durch die Luftangriffe ermordet. Von den in den Niederlanden lebenden 140000 Juden und Jüdinnen wurden über 100000 in die Vernichtungslager deportiert und dort ermordet. 500000 Menschen wurden nach Nazi-Deutschland zur Zwangsarbeit verschleppt. Insgesamt wurden ca. 210.000 von den Nazis ermordet.

● In Belgien wurden über die Hälfte der 50000 dort lebenden Juden und Jüdinnen deportiert und ermordet. Mindestens 200000 Menschen wurden zwischen 1940 und 1944 als Zwangsarbeiter nach Nazi-Deutschland verschleppt. Insgesamt wurden ca. 88000 von den Nazis ermordet.

● Insgesamt wurden ca. 80000 Juden und Jüdinnen aus Frankreich durch die Nazis ermordet. 4,5 Millionen Einwohner Frankreichs wurden nach Nazi-Deutschland zur Zwangsarbeit verschleppt. 20000 Kämpferinnen und Kämpfer der Resistance wurden von den Nazis ermordet, über 60000 in Nazi-KZs deportiert. Ganze Dörfer wurden zerstört und ihre Einwohner – vom Kleinkind bis zum Greis – bestialisch ermordet, wie z.B. beim SS-Massaker von Oradour am 10. Juni 1944. 70000 Einwohner wurden durch Geißelerschiessungen ermordet. Insgesamt wurden über 650.000 von den Nazis ermordet.



25. Februar 1941 in Amsterdam: Razzia gegen streikende Arbeiterinnen und Arbeiter

Anordnung zur Geiselerschießung durch den General der Nazi-Wehrmacht und dem Militärbefehlshaber in Frankreich

„Der Militärbefehlshaber in Frankreich
3. Nachstehende Sühnemaßnahmen sind anzuordnen:
(...)
b) weiterhin wird angeordnet:
ee) Die sofortige Erschießung von 30 Kommunisten, Juden u. dem Täterkreis nahestehenden Personen.
ff) Die Erschießung von weiteren 80, sowie die Deportation von 1000 Kommunisten, Juden u. dem Täterkreis nahestehenden Personen nach dem Osten, falls die Täter nicht innerhalb von 3 Tagen nach Veröffentlichung der Bekanntmachung gem. Ziff. 4a) festgestellt sind."
(17.4.1942)

Nichts vergeben, nichts vergessen!
Tod dem deutschen Imperialismus, Militarismus und Revanchismus!

1. Auflage, Jan. 2001

Buchladen Georgi Dimitroff
Speyerer Str. 23,
60327 Frankfurt/Main,
Fax: 0 69/23 08 20
Öffnungszeiten: Freitag 16.30 – 19.30,
Samstag 10.00 – 13.00

Vertrieb für Internationale Literatur
Brunhildstr. 5, 10829 Berlin
Geöffnet: Samstag 11.00 – 14.00

Unsere Auflage dieser Plakatserie über 100 Jahre deutscher Imperialismus. Für die weitere Verbreitung sind wir auf Kritiken und Vorschläge angewiesen.

Drucker, Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: A. Odenthal, Vertrieb für Internationale Literatur, Brunhildstr. 5, 10829 Berlin

100 anni di imperialismo tedesco - 100 anni di rapine e omicidi

(-serie di manifesti-)



100 años del imperialismo alemán
100 años de rapiña y de homicidio

1936–1939:
Intervención militar de la Alemania nazi para ahogar en sangre la lucha revolucionaria de los pueblos de España

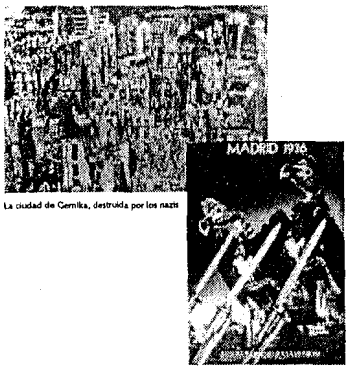
● En julio de 1936, los pueblos de España comenzaron una lucha revolucionaria armada para derrotar el golpe contrarrevolucionario fascista bajo la dirección de Franco. Los fascistas en España contaron con el respaldo decisivo militar, económico y político de la Alemania nazi y de la Italia fascista. Por otro lado, se sumaron a la lucha de liberación alrededor de 50,000 camaradas, hombres y mujeres de más de 50 países, como brigadistas voluntarios, entre ellos unos 5,000 cuadros del Partido Comunista de Alemania (KPD) de los cuales 3,000 dejaron su vida, quedaron asesinados. Estaba claro desde el principio: España era la primera batalla de la guerra antifascista mundial para vencer al fascismo nazi y los demás agresores fascistas.

● La *Alemania nazi respaldó a las fuerzas fascistas españolas enviando* aviones, tanques, piezas de artillería, oficiales, instructores, etc. Envió a 30,000 soldados de la Wehrmacht nazi, entre ellos los 4,500 soldados asesinos de la tropa de élite de la „Legion Condor" con el fin de ahogar en sangre la lucha de los pueblos de España. A partir de 1937, tras el bombardeo de Madrid y Barcelona sus ataques mortales se concentraron en Euskadi. La ciudad de Gernika, desde hacía siglos símbolo de la libertad e identidad del pueblo de Euskadi, se convirtió en el símbolo del terror de exterminio de la Wehrmacht nazi. El 27 de abril de 1937, durante tres horas de bombardeo, arrojó 50,000 kg de bombas incendiarias y rompedoras, reduciendo la ciudad a cenizas. Los que lograron huirse de la ciudad fueron ametrallados. En un solo día quedaron muertos 1,600 personas.

„Ensayo general" del fascismo nazi para la II Guerra Mundial

„La Guerra de España era una buena oportunidad para poner a prueba a mi jóven Fuerza Aérea ... así como para que mis hombres adquirieran experiencia."

Declaración de Göring ante el tribunal de Nüremberg 1946)



La ciudad de Gernika, destruida por los nazis

„...La 'civilización germánica' ha pasado por aquí..."

„Pero Gernika ahora ya no era más que un montón enorme de llamas y ruinas, sobre las cenizas de la cual habría que poner este epitafio: La civilización germánica ha pasado por aquí."

José de Labauna, alcalde de Gernika, en un llamamiento a la opinión pública democrática del mundo el 17 de mayo de 1937)

¡Ni olvido, ni perdón!
Muerte al imperialismo, militarismo y revanchismo alemanes!

1. Auflage, Jan. 2001

Pedir cartel a:

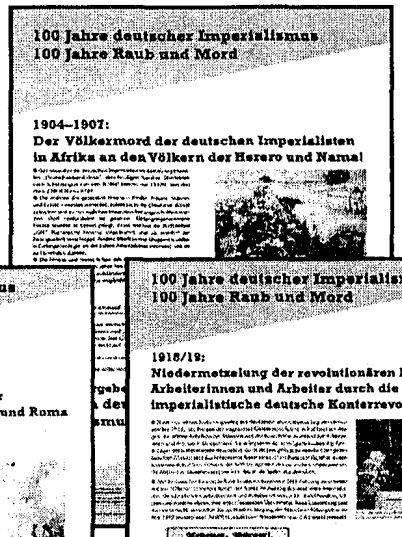
Buchladen Georgi Dimitroff
Speyerer Str. 23,
60327 Frankfurt/Main,
Fax: 0 69/73 69 20
Öffnungszeiten: Freitag 16.30 – 18.30,
Samstag 10.00 – 13.00

Vertrieb für Internationale Literatur
Brunkildstr. 5, 10829 Berlin
Geöffnet: Samstag 11.00 – 14.00

100 jaar Duits imperialisme - 100 jaar roof en moord

(-Plakkaatserie-)

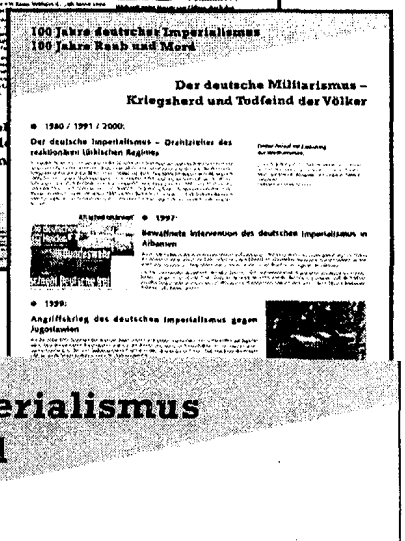


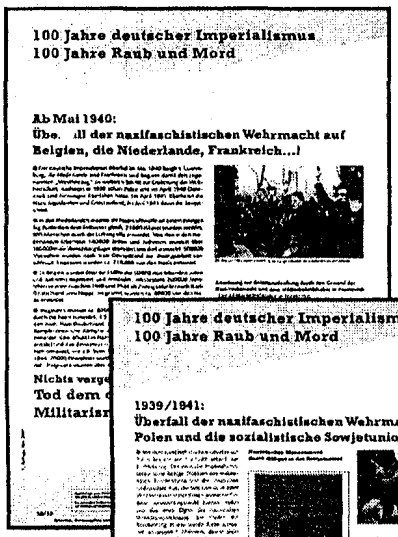
















100 jaar Duits imperialisme
100 jaar roof en mord

Thema's van de plakkaatserie (eerste uitgave 01/2001)

In 1900: Duitse soldaten roven en moorden in China (Plakkaat 1)

1904-1907: De volkerenmoord van de Duitse imperialisten in Afrika en op de volkeren van Herero en Nama! (Plakkaat 2)

1914-1918: Met het ontketenen van de imperialistische 1e wereldoorlog greep het Duitse imperialisme voor het eerst naar de wereldheerschappij! (Plakkaat 3)

1918/19: Het afslachten van de revolutionaire strijd van arbeiders(sters) door de imperialistische Duitse contrarevolutie! (Plakkaat 4)

1918-1933: Het Duitse imperialisme bereidt stuk voor stuk zijn revanchistische oorlog en zijn openlijke terroristische dictatuur voor! (Plakkaat 5)

1933: Verbond van de Duits-nationalisten en de NSDAP: Begin van de openlijke terroristische nazi-fascistische dictatuur van het Duitse financieringskapitaal (Plakkaat 6)

1936-1939: Militaire interventie van Nazi-Duitsland om het revolutionaire bewapende verzet van het Spaanse volkeren neer te slaan! (Plakkaat 7)

1938: Voor iedereen zichtbaar: De moorddadige antisemitische terreur van de novemberpogroms! (Plakkaat 8)

1939/1941: Overval van de nazi-fascistische wehrmacht op Polen en de socialistiche Sovjet Unie (Plakkaat 9)

Vanaf Mai 1940: Overval van de nazi-fascistische wehrmacht op België, Nederland, Frankrijk,...! (Plakkaat 10)

1939-1945: De nazi-fascistische volkerenmoord op de joodse bevolking en de Sinti en Roma (Plakkaat 11)

Vanaf 1950: Hermilitarisering van het westduitse imperialisme en opbouw van de bunderwehr in de traditie van de nazi-wehrmacht! (Plakkaat 12)

Vanaf het midden Mitte der 60er jaaren: Het Duitse imperialisme verscherpt de fasciserin[illegible] vervolging van anti-imperialistische en revolutionaire krachten in Duitsland! (Plakkaat 13)

Het Duitse militarisme: Oorlogshaard en doodsvijand van volkeren (Plakkaat 14)

Sedert 1990: De inlijving van de DDR – het Duitse imperialisme, revanchisme en militarisme in opmars! (Plakkaat 15)

Plakkaate (in het Duits) zijn te bestellen bij:
Boekhandel Georgi Dimitroff, Speyerer Str. 23,
60327 Frankfurt/M., Fax: +49 (0)69 73 09 20,
E-Mail: buchladen@gegendiestroemung.org,
http://www.gegendiestroemung.org
Vertrieb für Internationale Literatur, Brunhildstr. 5, 10829 Berlin

Drucker, Herausgeber und verantwortlicher Redaktuer: A. Odenthal, Vertrieb für internationale Literatur, Brunhildstr. 5, 10829 Berlin